



Tätigkeitsbericht des Staatsrats

—
2011



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG
WWW.FR.CH



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

I. Einleitung	1	VII. Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2011 gefassten Beschlüsse	30
II. Konjunkturelles Umfeld 2011	1	1. Investitionsrechnung	30
1. Weltwirtschaft	1	2. Erfolgsrechnung	30
2. Schweizer Wirtschaft	1	VIII. Personalbestand	35
3. Freiburger Wirtschaft	2	IX. Die parlamentarischen Vorstösse	35
III. Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten	2	1. Motionen	36
1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben	2	2. Postulate	39
2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern	6	3. Aufträge	43
3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern	7	4. Volksmotionen	45
4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten	10	5. Anfragen	45
5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren	12		
6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation	15		
7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern	17		
IV. Plan zur Unterstützung der Wirtschaft	20		
V. Staatsratsjahr	20		
1. Sitzungen	20		
2. Arbeitstreffen	21		
3. Besuche und Empfänge	21		
4. Wahl von Alain Berset in den Bundesrat	22		
5. Anwesenheit des Kantons Freiburg bei der Vereidigung der neuen Päpstlichen Schweizergardisten	22		
6. Legislaturbilanz 2007–2011	22		
7. Rekonstituierung des Staatsrats für die Legislaturperiode 2012–2016	22		
VI. Aussenbeziehungen	23		
1. Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	23		
2. ch Stiftung	23		
3. Direktorenkonferenzen	23		
4. Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; WRK)	27		
5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen	27		
6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden	27		
7. Vernehmlassungen des Bundes	28		

2011

I. Einleitung

In Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 wird bestimmt, dass der Staatsrat dem Grossen Rat jedes Jahr über seine Tätigkeit und den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode Auskunft gibt.

Der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2011 folgt dem Modell der Berichte über die Jahre 2007 bis 2010 und berücksichtigt beide Elemente, über die dem Grossen Rat Auskunft erteilt werden muss. Er besteht aus zwei Teilen: Im ersten wird über die Tätigkeit des Staatsrats berichtet, und nach einer kurzen Übersicht über das konjunkturelle Umfeld im Berichtsjahr wird über die Umsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode informiert. Im zweiten Teil werden nach einem gemeinsamen Raster die Tätigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei dargestellt.

Die Darstellung des Tätigkeitsberichts, die seit vier Jahren gut aufgenommen wird, wurde für diese Ausgabe nicht geändert.

II. Konjunkturelles Umfeld 2011

1. Weltwirtschaft

Die Konjunkturaussichten für 2012 sind eher düster. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Phase, die zusammen mit einem allgemeinen Vertrauensverlust zu einer erhöhten Verschlechterungsgefahr führt. Die Ereignisse von 2011 (Erdbeben in Japan, Unruhe in mehreren erdölproduzierenden Ländern, Finanzkrise in der Eurozone) trugen dazu bei, dass sich die Situation, die bereits Ende 2010 gespannt war, weiter verschlechtert. Gemäss den Vorhersagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) dürfte das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Weltwirtschaft 2011 und 2012 um 4 % zunehmen (2010: um mehr als 5 %).

Die entwickelten Länder dürften unter der Konjunkturlage leiden und nur begrenztes Wachstum aufweisen. Die Experten des IMF schätzen, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten 2012 um 1,8 % (2011: um 1,5 %) und diejenige der Eurozone um 1,1 % (2011: um 1,6 %) wachsen dürfte. Obwohl bei den Schwellen- und den Entwicklungsländern eine leichte Wachstumsverlangsamung festgestellt werden muss, dürften sie weit überdurchschnittlich wachsen, wobei China (9 %) und Indien (7,5 %) einmal mehr an der Spitze liegen. Die Länder Afrikas südlich der Sahara dürften weiter wachsen und 2012 eine der

weltweit höchsten Wachstumsrate aufweisen (5,8 % gegenüber 5,2 % im Jahr 2011).

Ganz allgemein kann man sagen, dass die Schwierigkeiten in der Eurozone, wo selbst die üblichen Wachstumsmotoren stottern, und die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der öffentlichen Verschuldung Amerikas eine Rezessionsgefahr heraufbeschwören. Damit ein solches Ergebnis verhindert werden kann, meinen die Experten des IMF, dass es wesentlich ist, dass die Europäische Zentralbank weiterhin fest interveniert, um auf den öffentlichen Verschuldungsmärkten für Ordnung zu sorgen, und dass das amerikanische Federal Reserve Board bereit ist, ausserordentliche Mittel aufzuwenden, um das Wachstum zu unterstützen und die Verschuldung mittelfristig auf ein erträgliches Mass zurückzuführen.

2. Schweizer Wirtschaft

Nach einem überzeugenden ersten Halbjahr 2011 zeigten sich in der Schweiz ab dem Sommer Zeichen einer deutlichen Verlangsamung, die sich im dritten Quartal bestätigten. Die internationale Konjunkturlage und der starke Schweizer Franken führen zu einer schwierigen Situation. Die Exportunternehmen wurden am stärksten betroffen, obwohl sie noch immer wachsen. Die Nachfrage ist noch immer vorhanden und die Auftragsbücher sind voll, was positiv ist; der Druck auf die Preise ist aber sehr gross und zwingt die Unternehmen, ihre Margen zu verringern. Mit der Festlegung eines Mindestwechsellages von 1.20 Franken für einen Euro (nachdem im August praktisch die Parität erreicht wurde) konnten der Höhenflug des Schweizer Frankens gebremst und ein wenig Druck von den Exportfirmen weggenommen werden. Der Schweizer Franken bleibt aber weiterhin stark, so dass die Investitionen im Inland gebremst werden.

So dürfte das Wirtschaftswachstum in der Schweiz 2012 verhalten sein. Die Experten des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) haben ihre Voraussagen für 2011 leicht revidiert und erwarten nun ein BIP-Wachstum von 1,9 % (gegenüber früher 2,1 %). Die Voraussagen für 2012 wurden deutlich nach unten korrigiert und das Wachstum dürfte um 0,5 % (gegenüber früher geschätzten 1,5 %) liegen.

Der Arbeitsmarkt konnte zunächst von einem guten Jahresanfang profitieren, aber die ersten Zeichen einer negativen Entwicklung zeigten sich im Sommer. Die wichtigsten Arbeitsmarktkindikatoren künden eine Verlangsamung bei den Neuanstellungen an, und die Lage dürfte sich höchstwahrscheinlich im Jahr 2012 verschlechtern. Die Arbeitslosigkeit dürfte deshalb 2012 zum ersten Mal nach 2009 wieder zunehmen. 2011 betrug die Arbeitslosenquote 3,1 %; das ist eine der niedrigsten Quoten

—
2011

in den vergangenen neun Jahren. Die Experten des seco sagen für 2012 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,4 % voraus.

3. Freiburger Wirtschaft

Der Kanton Freiburg folgte dem landesweiten Trend und hielt sich im ersten Teil des Jahres gut, 2011 schwächte sich aber das Wachstum ab. Diese Situation dürfte gemäss dem Institut für angewandte Makroökonomie an der Universität Lausanne, CREA, zu einer Zunahme des BIP 2011 um 0,2 % führen; für 2012 sagt dieses Institut sogar einen Rückgang des kantonalen BIP um 0,8 % voraus. Abgesehen von den Lebensmitteln waren alle Branchen von dieser Entwicklung betroffen. Die Verschlechterung war besonders deutlich in der Metall- und der Holzindustrie.

Die Mehrheit der Unternehmensleiter, die im Rahmen der Konjunkturumfrage vom Zentrum für Konjunkturforschung der ETH Zürich (KOF) befragt wurden, machen sich Sorgen um die Gewinne ihrer Unternehmen. Immer mehr von ihnen sind ausserdem der Meinung, dass ihre Personalbestände zu hoch sind. Die meisten Indikatoren sind in den Negativbereich gerutscht und die Unternehmer sind nun mehrheitlich pessimistisch, was die kurzfristige Entwicklung angeht.

Trotz dem starken Schweizer Franken, der sich sehr negativ auf die Exporte auswirkt, haben diejenigen des Kantons per Ende September um 14 % zugenommen (5,8 Milliarden gegenüber 5,1 Milliarden Ende September 2010). Diese Zahlen müssen aber relativiert werden, denn sie werden stark von den Uhrenexporten beeinflusst (nahezu 40 %), aber der Grossteil der Produkte wird nicht im Kanton hergestellt, sondern nur verrechnet. Der Maschinen- und Elektroapparatebau hat besonders stark gelitten.

Die Auswirkungen der Verlangsamung dürften sich in der Arbeitslosenquote niederschlagen; diese beträgt 2011 im Kanton Freiburg im Jahresmittel 2,6 % (2010: 3,9 %) und liegt damit unter der landesweiten Arbeitslosenquote (3,1 %). Freiburg hat einmal mehr die tiefste Arbeitslosenquote der Westschweiz, es folgen Jura (3,5 %) und das Wallis (3,8 %).

III. Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten

1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben

1.1 Die Harmonisierung der obligatorischen Schule fortsetzen

Bei der interkantonalen Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ist die Phase der Vorbereitung abgeschlossen und in der laufenden Legislaturperiode hat nun die konkrete Verwirklichung und schrittweise Umsetzung begonnen. Der Kanton Freiburg ist inzwischen sowohl der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) wie auch der Westschweizer Schulvereinbarung (CSR) beigetreten. Im Jahr 2011 beteiligte sich der Kanton Freiburg an den interkantonalen Arbeiten in Zusammenhang mit diesen beiden Vereinbarungen und befasste sich mit deren Umsetzung auf kantonaler Ebene. Konkret bedeutet dies, dass an den französischsprachigen Schulen des Kantons zum Schuljahresbeginn 2011 der neue Westschweizer Lehrplan (PER) sowie die für die Romandie gemeinsam konzipierten Lehrmittel eingeführt wurden. Auf deutschsprachiger Seite wurden mit der Gründung der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) im März 2010 die Koordination der deutschsprachigen Kantone und Regionen im Bildungsbereich verstärkt und die sprachregionale Zusammenarbeit intensiviert. Die wichtigste Aufgabe der D-EDK ist die Entwicklung des gemeinsamen Lehrplans 21. Der Kanton Freiburg ist an diesem Projekt massgeblich beteiligt.

Am 5. September 2008 sprach sich der Grosse Rat für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres aus und genehmigte die damit verbundenen Änderungen des Schulreglements vom 9. Dezember 2008. Zum Schuljahresbeginn 2009 führten 48 von 107 Schulkreisen das 2. Kindergartenjahr ein. Zum Schuljahresbeginn 2010 boten 73 Schulkreise und zum Schuljahresbeginn 2011 81 Schulkreise den Zweijahreskindergarten an. Dieser muss spätestens zum Schuljahresbeginn 2013 in sämtlichen Gemeinden eingeführt sein.

Die Einführung von Schulleitungen zur Führung von Kindergärten und Primarschulen ist heute sowohl im französischsprachigen wie auch im deutschsprachigen Teil des Kantons praktisch umgesetzt. Nachdem sich die Schulleitungen in den beiden Sprachregionen zunächst unterschiedlich entwickelt hatten, stellt dieses neue Führungsmodell heute im gesamten Kanton eine wichtige Triebkraft für die Kohärenz der pädagogischen Massnahmen dar.

—
2011

Nach der breit abgestützten Vernehmlassung im Jahr 2010 folgte eine gründliche Überarbeitung des Vorentwurfs zum neuen Schulgesetz. Um dabei nach Möglichkeit den Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen der Schule Rechnung zu tragen, wurden diese zu Gesprächsrunden eingeladen. Der Entwurf für das neue Gesetz soll im Jahr 2012 dem Grossen Rat überwiesen werden. Im künftigen Schulgesetz werden die Leitlinien für die obligatorische Schule in den kommenden Jahrzehnten gesetzt und die nötigen Rechtsgrundlagen für die Einführung und wirkungsvolle Umsetzung der in den vergangenen Jahren eingeführten Massnahmen aktualisiert und verankert.

Die verschiedenen Massnahmen zur Unterstützung und Begleitung verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler sind mittlerweile etabliert und können nunmehr ihre Wirkung entfalten. Eine Koordinationsstelle unterstützt die beiden wesentlichen kantonalen Massnahmen: Die Relaisklassen sowie die mobile Einheit, die vor Ort interveniert und die Schulen unterstützt.

Gestützt auf das kantonale Konzept für den Sprachenunterricht, das der Grosse Rat im Herbst 2010 genehmigt hatte, wurde mit der Umsetzung mehrerer Massnahmen begonnen. So lancierten die beiden französischsprachigen Orientierungsschulen La Tour-de-Trême und Murten ein Projekt, um erste Erfahrungen mit zweisprachigen Unterrichtssequenzen zu sammeln. An der OS Bulle und an der deutschsprachigen OS Murten sind ähnliche Projekte geplant. Die Einführung neuer Lehrmittel geht weiter voran; dazu wurde für die Lehrpersonen eine begleitende Weiterbildung organisiert. Im Hinblick auf die Einführung des Englischunterrichts in den 5. Primarklassen ab Schuljahresbeginn 2013/14 wurden in einer ersten Phase Entscheide zur Stundentafel getroffen, die anschliessend ausgewertet werden sollen.

Das im Zuge der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) geschaffene Amt für Sonderpädagogik (SoA) hat mittlerweile seinen Personalbestand von anfänglich 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahr 2008 auf 15 im Jahr 2011 aufgestockt. Es hat inzwischen die gesamte Leitung der Sonderschulen und der Schuldienste übernommen. Zudem koordiniert es seit 2007 die Arbeiten am kantonalen Konzept für die Sonderpädagogik, für die es eine kantonale Arbeitsgruppe unter der Leitung der Erziehungsdirektorin eingesetzt hat. Diese Arbeiten basieren auf der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich, die der Grosse Rat am 16. Dezember 2009 angenommen hat, und sollten Anfang 2012 abgeschlossen werden. In den Jahren 2012 und 2013 folgen dann die Vernehmlassungs- und Entscheidverfahren, bis das Konzept schliesslich zum Schuljahresbeginn 2013/14 in Kraft treten kann. Die EKSD legte während der gesamten Dauer der Reform ein besonderes Augenmerk auf den offenen Dialog mit sämtlichen beteiligten Partnern, also mit den freischaffenden Logopädinnen und Logopäden, den Eltern, den schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und den Sonderschulen.

Um der stetig wachsende Zahl der Gesuche und Anfragen Rechnung zu tragen, wurde das Angebot im sonderpädagogischen Bereich, sowohl in den Sonderschulen wie auch in den Regelschulen, in den Jahren 2007 bis 2011 laufend erweitert.

1.2 Die Infrastrukturen der Sekundarstufe II modernisieren

Mit dem Abriss der alten Schulgebäude war im Sommer 2009 der Startschuss für die Renovations- und Ausbaurbeiten am Neuen Kollegium Gambach gefallen. Im Frühjahr 2010 wurde mit dem Rohbau begonnen; der Bau der drei neuen Gebäude B, C, D ging bisher planmässig voran. Die neuen Einrichtungen können ab Sommer 2012 in Betrieb genommen werden. Das alte Gebäude A wird, nach Renovierung und Anpassung an die heute geltenden Erdbebennormen, ab Ende 2013 wieder zur Verfügung stehen.

An seiner Sitzung vom 20. Dezember 2011 verabschiedete der Staatsrat zuhanden des Grossen Rates den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für den Um- und Ausbau des Kollegiums des Südens in Bulle.

Die Erweiterung der Informatikinfrastruktur der Kollegien St. Michael und Heilig Kreuz sowie der Pädagogischen Hochschule wurden fortgesetzt; bis Ende 2012 sollen alle Klassenzimmer ausgerüstet sein.

Für die Berufsbildung stehen heute zwei neue Schulgebäude zur Verfügung: Das erste, von seinen Initianten als «Boucle» bezeichnete Bauvorhaben am Standort «Derrière-les-Remparts» kostete rund 55 Millionen Franken. Das neue Schulgebäude beherbergt nebst Klassen- und Sitzungszimmern eine Dreifachturnhalle, einen Fitnessraum, ein Restaurant und zwei Einstellhallen. Das zweite Gebäude, das unter dem Projektnamen «Eisenherz» mit Gesamtkosten von 42 Millionen Franken realisiert wurde, ist für die neue Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF) bestimmt. Im diesem Gebäude, das zu Beginn des Schuljahres 2011/12 bezogen werden konnte, sind Werkstätten, Labors und die Klassenzimmer für die verschiedenen Ausbildungen, welche die Berufsfachschule EMF anbietet, untergebracht. Zudem steht der Schule nun auch eine Sporthalle zur Verfügung.

1.3 Die Hilfe zugunsten von Jugendlichen in Schwierigkeiten verbessern

In ihrem Bericht aus dem Jahr 2009 setzte sich die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung folgende Zielsetzung: Massnahmen zu erarbeiten und vorzuschlagen, um für betroffene Jugendliche optimale Voraussetzungen zu schaffen, damit ihnen der Einstieg in eine nachobligatorische Ausbildung und später ins Erwerbsleben gelingt. Mit der gesetzlichen Verankerung der Kommission und der Plattform Jugendliche im Gesetz vom 6. Oktober 2010 über

2011

die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) ist die Einrichtung der Unterstützungsstrukturen für Jugendliche nun abgeschlossen.

Die Kommission befasste sich daraufhin vor allem mit den zentralen Massnahmen des Unterstützungsangebots. Eine erste Massnahme bestand darin, die Berufsberatung der Jugendlichen während der obligatorischen Schulzeit zu intensivieren. Zudem konnte die Plattform Jugendliche dank der fachlichen Unterstützung des Jugendamts verstärkt werden. Ferner erarbeitete die Kommission konkrete Lösungen für verschiedene Problemsituationen, mit denen diese Einrichtung konfrontiert ist. Die Plattform Jugendliche bearbeitet jährlich über 600 Gesuche für eine Übergangslösung.

Um den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen mit Schwierigkeiten gerecht zu werden, wurden Angebote entwickelt und Strukturen eingerichtet, damit eine grössere Zahl von Jugendlichen mit unterschiedlichen Problemprofilen betreut werden kann. Es handelt sich vor allem um berufsvorbereitende Einrichtungen für die Begleitung von Jugendlichen, deren Aufgabe in erster Linie darin besteht, psychosoziale Probleme zu lösen und die sozialen Fähigkeiten der Betroffenen zu stärken, bevor das Problem der Berufsbildung angegangen wird. Diese neue Einrichtung bietet den Jugendlichen die Möglichkeit einer Begleitung und gleichzeitigen Tätigkeit in einem Partnerunternehmen. Die Finanzierung der Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten ist kantonale geregelt.

Durch das Case Management in der Berufsbildung können Jugendliche mit Schwierigkeiten heute übergreifend und gezielt betreut werden. Die Verantwortlichen für das Case Management werden während der obligatorischen Schulzeit und der beruflichen Grundbildung aktiv und übernehmen das Coaching der Jugendlichen und die Koordination der Massnahmen, besonders in den Übergangsphasen bis zu ihrer Eingliederung ins Erwerbsleben.

Jugendliche, die eine Berufsberatung wünschen, erhalten Auskünfte und eine entsprechende Beratung, unter anderem an dem alle zwei Jahre stattfindenden «Forum der Berufe». Dank den vom Amt für Berufsbildung durchgeführten Aktionen zur Lehrstellenförderung, der klaren Regelung der Betreuung von Jugendlichen in Schwierigkeiten sowie der Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen ist es inzwischen gelungen, die Zahl der Lehrvertragsauflösungen zu verringern und die Wirtschaft vermehrt zu mobilisieren, so dass über 1600 Lehrstellen geschaffen werden konnten.

Damit für alle Jugendlichen bis zum Schulanfang im Herbst eine Anschlusslösung gefunden werden kann, bietet das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung eine sogenannte «Last-Minute-Aktion» an. Diese besteht aus einem Beratungs-

dienst, bei dem die Jugendlichen von Berufsberaterinnen oder Berufsberatern über das aktuelle Lehrstellenangebot informiert werden, wobei sie auch Tipps für das weitere Vorgehen und Hilfe bei der Bewerbung erhalten.

Allen Jugendlichen, die zu Beginn des Schuljahres noch keinen Lehr- oder Vorlehrvertrag haben, soll schliesslich die «Win-Win-Aktion» den Kontakt zu den Lehrbetrieben im Kanton erleichtern. Diese Massnahme hilft zahlreichen Jugendlichen, auch noch im Herbst einen Lehrvertrag abzuschliessen.

Mit einer jährlichen Umfrage wird die Situation der Jugendlichen vor Abschluss ihrer beruflichen Ausbildung erfasst. Ziel dieser Erhebung ist es, die Begleitung und Betreuung der Jugendlichen während ihrer Ausbildung zu verbessern und ihnen nach Bedarf Hilfe anzubieten, die ihren Einstieg ins Berufsleben erleichtern.

1.4 Die Freiburger Hochschulen positionieren

In der Hochschullandschaft sind weiterhin zahlreiche interkantonale wie auch kantonale gesetzgeberische Arbeiten in Gang.

Die Schlussfassung der neuen interkantonalen Vereinbarung über die Westschweizer Fachhochschule (HES-SO), deren Vorwurf im Jahr 2008 dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) unterbreitet und von diesem Ende Januar 2010 definitiv genehmigt worden war, wurde am 26. Mail 2011 von den strategischen Ausschüssen der HES-SO und der HES-S2 (Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit) verabschiedet. Diese Vereinbarung wird nun den Regierungsräten der sieben Abkommenskantone der HES-SO zur Verabschiedung und danach den betreffenden Kantonsparlamenten zur Ratifizierung unterbreitet. Für den Kanton Freiburg hat der Staatsrat den Entwurf für die neue Vereinbarung am 16. November 2011 genehmigt. Nun soll die neue Vereinbarung im Jahr 2012 dem Grossen Rat zur Ratifizierung vorgelegt werden. Der Bund verlangt, dass sämtliche Abkommenskantone die neue Vereinbarung spätestens am 31. Dezember 2012 ratifiziert haben, damit diese am 1. Januar 2013 in Kraft treten kann. Parallel dazu konnten auch auf Freiburger Seite die Arbeiten am Gesetzesentwurf über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (GHES-SO//FR) fortgesetzt werden. Dieses Gesetz sieht vor, die vier Freiburger Fachhochschulen unter einem gemeinsamen Dach zu vereinigen und somit eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts zu schaffen. Die Vorlage wird im Jahr 2012 in die Vernehmlassung gehen und soll dann dem Grossen Rat unterbreitet werden. Das neue Gesetz soll gleichzeitig wie die neue Vereinbarung über die HES-SO oder leicht verzögert in Kraft treten, also im Jahr 2013.

—
2011

Dank einer Vereinbarung mit dem Kanton Waadt können die Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg als dezentraler Standort der HMS-Lausanne in Freiburg weitergeführt werden.

Der Entwurf zur Revision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) wird demnächst in die Vernehmlassung geschickt.

Auch der Entwurf für die Teilrevision des Universitätsgesetzes wird im Frühjahr 2012 in die Vernehmlassung gehen. Er stützt sich auf den Schlussbericht einer vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe, über den zuvor eine interne Vernehmlassung durchgeführt wurde.

Sämtliche Freiburger Hochschulen wollen ihre jeweiligen Fachkompetenzen weiter vertiefen, um sich auf lokaler, nationaler und sogar internationaler Ebene besser zu positionieren. Mehrere wichtige Projekte wurden durchgeführt oder lanciert. So ist es gelungen, in Zusammenarbeit mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und dem freiburger spital an der Universität Freiburg das 3. Studienjahr in Medizin zu etablieren. Im Herbst 2011 traten 80 Studierende ins dritte Studienjahr ein. Da die Erfolgsquote in den beiden ersten Studienjahren deutlich gestiegen ist, soll die Aufnahmekapazität im 3. Studienjahr in Medizin ab dem akademischen Studienjahr 2012/13 auf 96 Studienplätze erhöht werden. Unter den weiteren neuen Angeboten der Universität können vor allem die biomedizinischen Wissenschaften sowie die Bewegungs- und Sportwissenschaften einen grossen Erfolg verzeichnen, wobei der Master in Bewegungs- und Sportwissenschaften in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen angeboten wird.

Die vom Freiburger Industriellen Adolphe Merkle gegründete Stiftung hat das Adolphe Merkle Institut (AMI), ein Forschungszentrum für Nanomaterialien, ins Leben gerufen. Mit diesem Forschungsinstitut und den im Fribourg Center for Nanomaterials (FriMat) zusammengeschlossenen Forscherinnen und Forschern aus verschiedenen Departementen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hat die Nano-/Materialforschung an der Universität Freiburg neuen Schwung erhalten und grosses Ansehen erlangt.

Weiterhin lancieren und fördern die Hochschulen innovative Projekte. Im Jahr 2008 gründete der Staatsrat ein Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg (WTZ-FR), das auf Initiative der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) in Zusammenarbeit mit der Universität, insbesondere mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und dem Adolphe Merkle Institut, entstand. Dieses WTZ wird eine wichtige Rolle für alle Fragen im Zusammenhang mit der Innovation, der Forschung und dem Technologietransfer (TT) spielen, insbesondere für die KMU des Kantons. Parallel dazu wurde ein Technologietransferbüro eingerichtet, das die

betreffenden Verantwortlichen der HTA-FR, der Universität und des AMI vereint.

Mit mehreren Bauprojekten, die derzeit im Gang sind, wird eine Konzentration der Hochschulen auf der Perolles-Ebene angestrebt (Neubau für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg am Standort des ehemaligen Zeughauses; Umbau der Klink Garcia für das AMI).

1.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 1

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
1.1	Gesetz über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (SchG, Totalrevision)	Endgültiger Vorentwurf in Ausarbeitung
1.2	Gesetz über den Sonderschulunterricht (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
1.3	Gesetz über die kantonale Lehrmittelverwaltung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
1.4	<i>Kantonales Sportgesetz (neu)</i>	<i>(siehe Ziff. 2.10)</i>
1.5	Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen (Totalrevision)	Gesetz vom 14.2.2008
1.6	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Totalrevision)	Gesetz vom 13.12.2007
1.7	Gesetz über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (Totalrevision)	Gesetz vom 14.3.2007
1.8	Gesetz über die Universität (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
1.9	Gesetz über die pädagogische Hochschule (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
1.10	Gesetz über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (Totalrevision)	Gesetzvorentwurf ausgearbeitet
1.11	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (neu)	Gesetz vom 12.2.2009
1.12	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Westschweizer Schulvereinbarung (neu)	Gesetz vom 12.2.2009
1.13	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (neu)	nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen Gesetz vom 16.12.2009

 2011

2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern

2.1 Die Gesundheit der Bevölkerung erhalten und fördern

Im Jahr 2011 wurden mehrere Projekte, die für die Zukunft der öffentlichen Gesundheit von Bedeutung sind, in die Vernehmlassung geschickt: das Konzept der präklinischen Notfallversorgung, das auf eine optimale Übereinstimmung der Rollen der privaten Ärztinnen und Ärzte und der Spitäler hinzielt, der Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention, das Konzept «Gesundheit in der Schule» und das Konzept zur Neuorganisation der schulärztlichen Betreuung im Kanton Freiburg, wobei die beiden letzten gemeinsam mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) erarbeitet wurden. Die Umsetzung des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht», das sich in erster Linie an Kinder im Vorschulalter richtet, wurde fortgeführt, ebenso die Ausarbeitung des Projektes «Koordinierte Betreuung abhängiger Personen». In diesem Bereich hatte die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) die Aufsicht über den Zusammenschluss dreier Freiburger Institutionen, die im Bereich der Drogen- oder Alkoholsucht tätig sind.

Im Bereich ältere Menschen hat der Staatsrat die Planung der Langzeitpflege für 2011–2015 genehmigt. Diese legt einerseits die Notwendigkeit von zusätzlichen Betten in den Pflegeheimen fest und sieht andererseits eine Anhebung der Zahl der Kurzzeitbetten und der Tagesstättenplätze sowie einen Ausbau des Personalbestands in den Spitex-Diensten im Hinblick auf die Förderung des Verbleibs zu Hause der Betagten vor.

2.2 Die beiden Gesundheitsnetze festigen

Die beiden Gesundheitsnetze erfüllen auch weiterhin ihren Auftrag und stimmen ihre Infrastruktur und Organisation auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ab. Für das freiburger spital (HFR) äussert sich dies vor allem durch das Projekt für den Umbau und die Vergrößerung des Standortes Meyriez-Murten, das 2011 erarbeitet wurde und über das die Bevölkerung des Seebezirks und der Grosse Rat 2012 noch abstimmen werden, sowie durch die Einweihung der Radiologie im HFR Riaz.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat sich umfassende Überlegungen zu seiner Organisation gemacht. Für mehrere Leistungsbereiche war 2011 ein Jahr der Konsolidierung, namentlich für die Tagesklinik, die Ende 2010 in Freiburg eröffnet worden war, und für das 2010 geschaffene mobile Team für psychosoziale Notfälle (EMUPS), das bei 60 traumatischen Ereignissen zum Einsatz kam.

2.3 Das Management der Lebensmittelsicherheit vereinheitlichen

Die Arbeiten im Hinblick auf den Ausbau und die Harmonisierung der Bereiche Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen wurden weitergeführt, insbesondere durch die Übernahme der Analysen im Veterinärbereich durch das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW); zuvor wurden die Analysen vom Agro-Lebensmittellabor durchgeführt, das der Nutztiersicherungsanstalt (Sanima) angehört. Darüber hinaus wurde die Einführung einer allen Kantonen der Romandie gemeinsamen Software vorbereitet, die der Verwaltung der Kontrollaktivitäten (Analysen und Inspektionen) im Lebensmittelbereich dienen soll. Schliesslich hat der Grosse Rat noch das neue Gesetz über das Trinkwasser verabschiedet.

2.4 Die Betreuung unserer schwächeren Mitmenschen überprüfen

Unter dem Namen «Freiburg für alle» öffnete am 1. September 2011 eine soziale Anlaufstelle ihre Türen. Die Anlaufstelle, die sich im Herzen der Stadt Freiburg befindet, berät alle Personen, die Fragen zum Freiburger Sozialwesen haben. Die zahlreichen Personen, die sich in den ersten Betriebsmonaten an «Freiburg für alle» gewendet haben, machen deutlich, dass eine solche Anlaufstelle durchaus nötig war. Gleichzeitig gingen die Modernisierungsarbeiten an der Sozialhilfe weiter, deren Ziel eine bessere Abstimmung unter den einzelnen regionalen Sozialdiensten ist.

Nachdem der Bundesrat das kantonale Konzept des Kantons Freiburg zur Förderung der Eingliederung von Personen mit Behinderungen genehmigt hatte, machten sich verschiedene Arbeitsgruppen an seine Umsetzung. Im Rahmen des Projektes Senior+ arbeiteten über 57 Stellen und Organisationen gemeinsam an der Definition der Ziele der Politik zugunsten der älteren Menschen und an der Festlegung der Handlungsbereiche der öffentlichen Hand. Ferner ist am 1. Januar 2011 das kantonale Gesetz über die Prostitution in Kraft getreten; dieses hat zum Ziel, die Mittel zur Bekämpfung der Zwangsprostitution zu verstärken und sieht Massnahmen der Prävention und der gesundheitlichen und sozialen Betreuung in diesem Milieu vor.

2.5 Die künstlerischen und sportlichen Tätigkeiten fördern

Die spezifische Hilfe, die im Hinblick auf eine stärkere Verbreitung des Kunstschaffens innerhalb des Kantons eingeführt wurde, war auch 2011 wirksam.

Infolge einer positiven Beurteilung wurde 2011 die Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit verlängert, die der Kanton Freiburg 2008 mit der Region Elsass für eine Dauer von drei Jahren unterzeichnet hatte.

2011

Die stetig ansteigende Zahl der Musikerinnen und Musiker des 2008 gegründeten Freiburger Kammerorchesters (FKO) entsprach 2011 einem Beschäftigungsgrad von rund 30 %.

Der Kanton nimmt aktiv an den verschiedenen Programmen des Bundes zur Förderung der sportlichen Betätigung teil, darunter: «schule.bewegt» (145 Freiburger Klassen von schweizweit insgesamt 2750), «schweiz.bewegt» und insbesondere «Die Gemeinden handeln!» (16 Gemeinden für die Ausgabe 2011) sowie «Urban Training», das auf Anstoss des Amtes für Sport und des Amtes für Gesundheit in Bulle und Freiburg durchgeführt wurde und ein voller Erfolg war. Auch das Projekt J+S-Kids für 5- bis 10-Jährige verzeichnet in unserem Kanton immer mehr Erfolge. 2011 haben von schweizweit insgesamt 165 Klassen 34 Freiburger Klassen am Projekt «Bike2school» teilgenommen. Das Sportgesetz ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten und das Sportreglement wurde am 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Das Programm «Sports-Arts-Formation», das im 2010 eine Testphase durchlief, startete mit Schulbeginn 2011 offiziell; es unterstützt talentierte Sportlerinnen und Sportler sowie Künstlerinnen und Künstler bei der Vereinbarung von Studium und Sport bzw. Kunst. Im Berichtsjahr konnten 420 Jugendliche davon profitieren. Nachdem 2011 eine zweite Eisbahn und eine Mehrzweckhalle eröffnet worden waren, fällte der Staatsrat in Bezug auf die Projekte für die Vergrößerung der Anlage mit der kantonalen Subvention einen positiven Grundsatzentscheid. Seit Mai 2011 liegt eine Inventur aller Sportanlagen des Kantons vor, anhand derer ein kantonales Konzept für eine noch gezieltere Sportförderung erarbeitet werden soll.

2.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 2

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
2.1	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Teilrevision)	Gesetz vom 4.12.2008
2.2	Gesetz über die Schulzahnpflege und -prophylaxe (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
2.3	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Tierschutz (Totalrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
2.4	Gesundheitsgesetz (Teilrevision)	Gesetz vom 8.5.2009
2.5	Gesetz über das Trinkwasser (Totalrevision)	Gesetz am 6.10.11 angenommen
2.6	Gesetz über die Prostitution (neu)	Gesetz vom 17.3.2010
2.7	Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (neu)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
2.8	Gesetz über behinderte Menschen (neu)	Vorabklärungen im Gang

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
2.9	Gesetz über betagte Menschen (neu)	Vorabklärungen im Gang (= Nr. 1.4 des ursprünglichen Programms) Gesetz vom 16.6.2010
2.10	Kantonales Gesetz über den Sport (neu)	

3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern

3.1 Die Familienpolitik festigen

Die Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit wurde mit der Annahme eines neuen Gesetzes über die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen am 9. Juni durch den Grossen Rat verbessert. Das Ausführungsreglement dieses Gesetzes ist am 1. Oktober in Kraft getreten und legt namentlich die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Eltern, Gemeinden, Kanton und Arbeitgebern fest. Im Übrigen wurde ein kantonaler Fonds zur Förderung von ausserschulischen Betreuungsplätzen errichtet, der mit einer Million Franken ausgestattet ist.

Die Arbeiten im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung betrafen insbesondere die Stärkung der materiellen Sicherheit der Familien. Eine Revision des Gesetzes über die Familienzulagen wurde in die Vernehmlassung gegeben. Diese entspricht dem Willen der Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte, das Prinzip einer Familienzulage für jedes Kind, darunter auch für selbstständig erwerbende Personen, anzuwenden. Am 2. September haben sich die Sozialpartner bei einer Sitzung unter Vermittlung der Direktion für Gesundheit und Soziales auf eine Anhebung der Familienzulagen geeinigt. Ein Gesetzesvorentwurf über die Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen wurde für die Vernehmlassung vorbereitet. Schliesslich wurde die Umsetzung des neuen Gesetzes über die Mutterschaftsbeiträge auf sein Inkrafttreten am 1. Juli organisiert. Somit ist Freiburg schweizweit der erste Kanton, der allen Müttern einen Mutterschaftsbeitrag ausrichtet.

40 Jahre Frauenstimmrecht und 30 Jahre Verankerung der Gleichstellung in der Bundesverfassung – es war ein Jubiläumsjahr in Sachen Gleichstellung. Beide Ereignisse wurden gefeiert, namentlich anhand eines Wettbewerbs «Wahlen, Gleichstellung, Los!», dessen Ziel es war, Schülerinnen und Schüler der 2. Sekundarstufe und der Berufsfachschulen zu sensibilisieren, sowie anhand von öffentlichen Darstellungen mit dem Titel «In gleichen Stimmen – 40 Jahre Frauenstimmrecht und 30 Jahre Gleichstellung». Zudem wurden verschiedene weitere Projekte

—
2011

durchgeführt: eine Sensibilisierung der Jugendlichen und ihrer Eltern auf Stereotypen bei der Berufswahl am Forum der Berufe (8. bis 13. Februar), die elfte Ausgabe des «Nationalen Zukunftstags» (10. November), die Untersuchung betreffend Frauen und Politik im Kanton Freiburg (Wahlen 2011), die Präsentation einer neuen Website (www.leg.ch, deutsche Version: www.gleichstellungsgesetz.ch) über das Recht auf Gleichstellung zwischen Frau und Mann, die in Zusammenarbeit mit egalite.ch (Gleichstellungsbüro der Romandie) aufgeschaltet wurde. Im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Planes zur Gleichstellung innerhalb der Kantonsverwaltung wurden Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen. Ein weiterer Schwerpunkt wurde auf den Kampf gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft gelegt, und zwar mit der Organisation eines Symposiums, das am 18. November grossen Anklang fand. Die Kommission gegen Gewalt in Partnerschaften wurde mit Mitteln ausgestattet, um die Koordination der zahlreichen in diesem Bereich tätigen Kreise zu gewährleisten.

3.2 Die Zweisprachigkeit als Stärke des Kantons hervorheben

Auf der Grundlage des kantonalen Konzepts, von dem der Grosse Rat im Herbst 2010 Kenntnis genommen hat, ist die Umsetzung von mehreren Massnahmen angelaufen. So wurde an zwei französischsprachigen Orientierungsschulen (La Tour-de-Trême und Murten) ein Pilotprojekt für zweisprachige Unterrichtssequenzen eingeführt, ein gleiches Vorgehen ist an der OS Bulle und der deutschsprachigen OS von Murten vorgesehen. Es wurden weiterhin neue Lehrmittel eingeführt; in Zusammenhang mit dieser Einführung wurden Weiterbildungskurse für das Lehrpersonal durchgeführt. Im Hinblick auf die Einführung des Englischunterrichts in der 5. Primarklasse ab dem Schuljahr 2013/14 sind für die erste Phase Entscheide zu den Stundentafeln getroffen worden, die nun evaluiert werden.

Die Universität, die PH und die HES-SO//FR positionieren sich entschieden als zwei- resp. mehrsprachige Bildungsinstitutionen. Sie bieten immer mehr Möglichkeiten an, die Studien zweisprachig zu absolvieren oder einen Teil der Lehrveranstaltungen in einer anderen Sprache zu besuchen und die gewonnenen Sprachkenntnisse anerkennen zu lassen.

2008 gründeten die Universität und die PH das Institut für Mehrsprachigkeit, das die Kompetenzen der beiden Institutionen in diesem Bereich bündelt. Das Institut wird unterstützt von der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit, die 2007 vom Staat Freiburg gegründet wurde, und von der Adolphe-Merkle-Stiftung. Der Bundesrat hat dieses Engagement für die Forschung und Bildung im Bereich der Mehrsprachigkeit anerkannt und das Freiburger Institut zum wissenschaftlichen Kompetenzzentrum im Sinne des Sprachengesetzes des Bundes bestimmt.

Im Rahmen einer nationalen Ausschreibung haben die Universität und die PH Freiburg zusammen mit der PH Bern auch die Graduate School und den Master in Fremdsprachendidaktik ins Leben gerufen.

3.3 Migrantinnen und Migranten integrieren

Die Umsetzung der kantonalen Politik der Integration der Migrantinnen und Migranten ist im Jahr 2011 einen grossen Schritt weitergekommen. Der Grosse Rat hat am 24. März 2011 das Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention verabschiedet. Das Gesetz ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten und hat zu einer Verstärkung der integrationsfördernden Massnahmen geführt.

Die Programme der Sprachkurse wurden fortgesetzt und erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Die Gemeinschaften der Migrantinnen und Migranten nehmen aktiv daran teil. Ausserdem wurde das Angebot an spezifischen Massnahmen für Personen aus dem Asylbereich verdichtet, sodass besser auf die Bedürfnisse neu zugezogener Personen eingegangen werden kann.

Für die Verwaltungsangestellten von 20 Gemeinden, in denen 60 % der Migrationsbevölkerung des Kantons Freiburg leben, wurde zudem eine Weiterbildung zum Thema «Empfang neu zugezogener Personen in der Gemeinde» angeboten.

Mit dem Ziel, die Chancen der Migrantinnen und Migranten auf Ausbildung und berufliche Eingliederung zu verbessern, hat die kantonale Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus zum ersten Mal den Preis «Migration und Arbeit» verliehen. Preisträgerin war die Schreinerei «Gachet Ruffieux SA» aus Charmey.

Die Broschüre «Der Kanton Freiburg heisst Sie willkommen», die ins Albanische, Englische, Portugiesische und Türkische übersetzt wurde, ist sowohl bei den Gemeinden als auch bei den betroffenen Gemeinschaften sehr gut aufgenommen worden. Die Broschüre kann auch auf der neuen Website der Fachstelle für die Integration heruntergeladen werden: <http://www.fr.ch/imr/de/pub/index.cfm>.

Das Pilotprojekt «Communes sympas – Gemeinsam in der Gemeinde» befindet sich in drei Gemeinden (Marly, Bulle, Düdingen) in der Umsetzungsphase. Mehrere andere Freiburger Gemeinden haben ihr Interesse bekundet, dieses Projekt zur Förderung der Lebensqualität und der sozialen Integration umzusetzen. Der Grosse Rat hat am 9. September 2011 im Rahmen der kantonalen Strategie Nachhaltige Entwicklung eine finanzielle Unterstützung bewilligt, sodass das Projekt stärker verankert und auf neue Gemeinden ausgeweitet werden kann.

—
2011

Mehrere Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, namhafte Wissenschaftler und knapp hundert Personen, die zu einem grossen Teil aus Gemeinschaften von Migrantinnen und Migranten aus dem Kanton Freiburg stammen, haben am 28. Mai 2011 an der ersten kantonalen Tagung für die Integration teilgenommen. Das Thema der Veranstaltung war «Migration(en), religiöse Zugehörigkeit(en) und Integration(en)».

Durch die gemeinsame Sensibilisierungskampagne gegen Zwangsheirat und die Verstümmelung weiblicher Genitalien konnten über 500 Fachleute aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Polizei, Sozial- und Vereinswesen sensibilisiert werden. Es werden gezielt Broschüren verteilt, die in verschiedene Sprachen übersetzt worden sind.

3.4 Territoriale Strukturen an die Entwicklung der Gesellschaft anpassen

Der Bericht des Staatsrats vom 16. November 2010 sah folgende Optionen für die Entwicklung der territorialen Gliederung vor:

- › die gegenwärtige Aufteilung der territorialen Gliederung zu bestätigen;
- › die Stellung, die Funktion und die Aufgaben der Oberamtspersonen neu zu definieren;
- › den Ansatz einer Umwandlung der Bezirke in einfache Verwaltungskreise weiter zu erörtern;
- › ein Projekt zur Neueinteilung der Wahlkreise rasch umzusetzen.

Nach der Debatte im Grossen Rat wurde lediglich der Antrag, das Gesetz über die Oberamt männer grundlegend zu revidieren, gutgeheissen.

3.5 Das Kantonszentrum stärken

Die Agglomeration Freiburg ist konstituiert. Die 2008 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verabschiedeten Statuten sehen vor, dass die Agglomeration die interkommunale Zusammenarbeit bei Aufgaben von regionalem Interesse in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Förderung kultureller Aktivitäten umsetzt. Im Bereich der Raumplanung erstellt sie den Richtplan der Agglomeration und gewährleistet zusammen mit dem Staatsrat die Aufsicht darüber.

3.6 Die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden verringern

Das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich wurde am 16. November 2009 vom Grossen Rat gutgeheissen und anschliessend in der Volksabstimmung vom 7. März 2010 angenommen. Die Verordnung wurde am 4. Oktober 2010 vom Staatsrat gutgeheissen. Sie ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Der Übergang zum neuen Ausgleich hat zahlreiche Fragen der Gemeinden aufgeworfen, da sich einige in einer weniger günstigen Lage befinden als zuvor. Das Ausgleichssystem wird jedoch alle vier Jahre einer Beurteilung unterzogen werden, die erste muss spätestens nach drei Jahren durchgeführt werden. Anhand dieser Beurteilung können die vorgesehenen Kriterien gegebenenfalls angepasst werden.

3.7 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 3

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
3.1	Gesetz über die kantonalen Mutterschafts- und Adoptionsbeiträge (Totalrevision)	Gesetz vom 9.9.2010
3.2	Gesetz über die Betreuung von Kindern (Totalrevision)	Gesetz am 9.6.2011 angenommen 1. Etappe abgeschlossen (Gesetz vom 8.10.2008); 2. Etappe (Umsetzung von Art. 60 Abs. 1 KV): Vorentwurf in der Vernehmlassung
3.3	Kantonales Gesetz über die Familienzulagen (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
3.4	Gesetz über Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
3.5	Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Projekt aufgegeben im Februar 2011 (Entscheid des Grossen Rats)
3.6	Gesetz über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke (Totalrevision)	Nach der Aufgabe des Projekts 3.6 separat wieder aufgenommenes Projekt, Vorabklärungen im Gange
3.7	Gesetz über die Oberamt männer (Totalrevision)	

2011

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
3.8	Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	provisorisches Gesetz vom 8.9.2010; Nach der Aufgabe des Projekts 3.6 wieder aufgenommenes Projekt, Vorabklärungen im Gange
3.9	Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (neu)	Gesetz vom 16.11.2009
3.10	Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten (neu)	Gesetz am 24.03.2011 angenommen
3.11	Anpassung von Gesetzen in den Bereichen, die von der NFA berührt werden	Gesetz vom 12.6.2007 (hauptsächlich) nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen
3.12	Gesetz über die Gemeindezusammenschlüsse (neu)	Gesetz vom 9.12.2010 + 3 Fusionsgesetze

4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten

4.1 Die gesetzlichen Grundlagen für die Raumplanung modernisieren

Das neue Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG) trat 2010 in Kraft; es übernimmt die Elemente des bisherigen Rechts, die sich bewährt haben, und optimiert die einschlägigen Verfahren. Das Gesetz verlangt für die Einreichung von Planungsdossiers und Baugesuchen einen Befähigungsnachweis. Der strategische Charakter der Raumplanung wird gestärkt, indem die Regionalplanung, die freiwillig bleibt, mehr Bedeutung erhält. Das neue Gesetz gibt den Gemeinden neue Instrumente für eine bessere Verwaltung der Bauzonen. Es trägt des Weiteren der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) Rechnung, der der Kanton beigetreten ist. Nicht zuletzt führt das RPBG auch ein neues System für die Materialausbeutung ein, die eine effizientere Bearbeitung der Dossiers und eine bessere Kontrolle des Betriebs erlauben wird.

2011 hat die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) weitere Schritte unternommen, um die Umsetzung des neuen kantonalen Rechts zu vereinfachen. So hat sie beispielsweise ein Bauhandbuch mit Richtlinien über den Mindestinhalt von Baugesuchen ausgearbeitet. Im Rahmen der Überarbeitung der Arbeitshilfen für die Regionalplanung und Ortsplanung hat

sie eine Richtlinie für den Mindestinhalt von Ortsplanungsdossiers herausgegeben.

4.2 Umwelt und Natur schützen

Am 1. Januar 2011 trat das neue Gewässergesetz (GewG) in Kraft. Darin sind die Bestimmungen zum Schutz der unter- und oberirdischen Gewässer sowie zum Wasserbau vereint. Mit diesem Gesetz wird der Grundsatz der koordinierten Gewässerbewirtschaftung auf der Grundlage von regionalen Einzugsgebieten eingeführt. Das Ausführungsreglement trat am 1. Juli 2011 in Kraft.

Der Massnahmenplan Luftreinhaltung, der seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist, dient der Koordination aller Anstrengungen gegen die Luftverschmutzung und sieht Massnahmen in den Bereichen Verbrennungsanlagen, Agglomerationsverkehr, Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft vor. Er ist eine wichtige Grundlage für die Richtpläne der Agglomerationen. Im Bereich der Mobilität wurden der Massnahmenplan und der kantonale Verkehrsplan aufeinander abgestimmt. Der Massnahmenplan wurde 2010 einer detaillierten Bewertung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Bewertung wurden 2011 veröffentlicht.

Die Umsetzung der Strassenlärmschutzmassnahmen wird im Rahmen von Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton geregelt. Über dieses Instrument erhält der Kanton bedeutende Bundesbeiträge für die Verwirklichung der entsprechenden Projekte. Für die Verwirklichung des Kantonsstrassenprogramms verabschiedete der Grosse Rat im September 2011 für die Periode 2012–2015 einen Verpflichtungskredit von 26 Millionen Franken. Die Lärmsanierungsarbeiten wurden sowohl für die Kantons- als auch für die Gemeindestrassen planmässig in Angriff genommen.

Im Bereich der belasteten Standorte hat der Kanton die Umsetzung der Massnahmen weitergeführt, die aufgrund des im Oktober 2008 veröffentlichten Katasters nötig sind. Den betroffenen Personen wurden unter Berücksichtigung der Dringlichkeit die entsprechenden Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsarbeiten aufgetragen. Die wichtigsten Daten des Katasters können über das Geoportal des Kantons eingesehen werden. Das Verfahren im Hinblick auf die Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila wurde fortgeführt. Als Nächstes steht die Genehmigung des Sanierungsprojekts an.

Der Grosse Rat verabschiedete am 7. September 2011 das Gesetz über belastete Standorte (AltlastG) mit dem ein kantonaler Altlastenfonds eingerichtet wird, der hauptsächlich der Finanzierung der Massnahmen zur Untersuchung, Überwachung und Sanierung der belasteten Standorte dient, wenn die Verursacher der Verschmutzung oder Eigentümer des Standorts nicht mehr ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. Ausser-

2011

dem sind kantonale Finanzhilfen für Massnahmen im Zusammenhang mit ehemaligen Gemeindedepotien und Schiessanlagen vorgesehen.

Der Vorentwurf des kantonalen Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz wurde fertiggestellt und im September 2011 dem Grossen Rat unterbreitet. Die Umsetzung der in den Bundesinventaren vorgesehenen Schutz- und Unterhaltmassnahmen für Hoch- und Flachmoore, Auengebiete, Magerwiesen und Amphibienlaichgebiete wurde planmässig fortgeführt.

Die beiden regionalen Naturpärke des Kantons (Gruyère Pays-d'Enhaut und Gantrisch) haben im September 2011 das Label «Regionaler Naturpark» erhalten.

Die Kartografierung der Naturgefahren im Mittelland konnte Ende 2011 abgeschlossen werden.

In Bezug auf die Landwirtschaft können die Fortschritte bei der Umsetzung des Berichts «Landwirtschaft und Umwelt 1996–2006» erwähnt werden. In diesem Zusammenhang haben die ILFD und RUBD namentlich die Weisungen über das Ausbringen von Hofdünger und die Zwischenlagerung von Mist ausgearbeitet, um nachteilige Einwirkungen auf die Fliessgewässer und das Grundwasser zu vermeiden.

4.3 Erneuerbare Energien fördern

Am 29. September 2009 unterbreitete der Staatsrat dem Grossen Rat seinen Bericht über die Energieplanung des Kantons Freiburg (neue Energiestrategie), in welchem die energiepolitischen Ziele sowie die zu treffenden Massnahmen klar definiert werden. Das Ziel der neuen Energiestrategie des Kantons Freiburg ist eine «4000-Watt-Gesellschaft» bis zum Jahr 2030. Zur Erreichung dieses Ziels hat der Staatsrat als Erstes das Energie-reglement (EnR) geändert, um die Förderungsmassnahmen in den Bereichen Gebäudesanierung und erneuerbare Energien auszubauen (Minergie P-Label, Holzheizungen, Solaranlagen, Wärmepumpen, Wärme-Kraft-Kopplung, Label «Energiestadt» für Gemeinden und Verbesserung der thermischen Gebäudehüllen).

Am 12. Mai 2011 richtete er einen kantonalen Energiefonds ein. Der Fonds soll die sparsame und rationelle Nutzung aller Energien und die Nutzung erneuerbarer Energien in Anwendung des Energiegesetzes fördern. Ausserdem wurden verschiedene Informationstätigkeiten in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fortgesetzt. Die Energiefachleute und -akteure, aber auch die Schulen und die Bevölkerung wurden für einen rationellen Energieverbrauch und die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen sensibilisiert.

Der Staatsrat überwies dem Grossen Rat am 13. September 2011 den Gesetzesentwurf zur Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000, um die gesetzlichen Grundlagen für die Förderung eines noch effizienteren Energiekonsums zu stärken und so die in der neuen Energiestrategie definierten Ziele zu erreichen. Mit der Änderung wird insbesondere die Pflicht eines kantonalen Gebäudeenergieausweises eingeführt. Ausserdem werden der Einbau von Elektroheizungen und die Warmwassererzeugung mit Elektrizität verboten, es wird die Notwendigkeit eingeführt, Zielvereinbarungen mit Grossverbrauchern aufzustellen, und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand wird gestärkt. In diesem Rahmen verfolgen der Staat und die Gemeinden namentlich das Ziel, bis 2015 25% Ihres Strombedarfs mit Strom zu decken, der das «Label Naturemade» Star trägt. So werden auf dem Freiburger Kantonsgebiet neue Stromerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energiequellen nutzen, gebaut. Für den Staat Freiburg stellt dies einen Anteil an der Jahresproduktion von 10 GWh dar.

Im Zusammenhang mit den Vorzeigeprojekten des Staats kann insbesondere das Biogasprojekt der Axpo Kompogas AG im Sektor Châtillon, bei welchem das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve mitmacht, erwähnt werden. Diese Gäranlage, die 2013 in Betrieb gehen soll, wird auf einer vom LIG zur Verfügung gestellten Parzelle gebaut werden. Das Institut verpflichtete sich zudem, die erforderlichen Bioabfälle zu liefern. Des Weiteren haben auch die Anstalten von Bellechasse eine Biogasverstromungsanlage errichtet.

4.4 Die Mobilität der Freiburger überdenken

Die Planung und Lenkung der Mobilität wird immer wichtiger, da sie zahlreiche Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit und die Wirtschaft hat. Entsprechend wurden die Verwaltungsstrukturen angepasst, damit die komplexen Fragen im Zusammenhang mit der Mobilität noch effizienter behandelt werden können. So wurde namentlich beschlossen, auf den 1. Januar 2012 aus der Fachstelle Verkehr des heutigen Amtes für Verkehr und Energie sowie der Sektoren Mobilität, Baubewilligung und Kantonsstrassen der Sektion Strassennetzmanagement vom Tiefbauamt das Amt für Mobilität zu schaffen. Dadurch werden sämtliche Fragen der Mobilität künftig vom selben Amt behandelt werden.

Das Poyaprojekt kommt planmässig voran. Die Vorbereitungsarbeiten für die St.-Leonhard-Unterführung wurden am 25. Juli 2011 in Angriff genommen.

Im Juni 2011 verabschiedete der Staatsrat das Dokument «Leitbild Velo», das Weisungen für die Förderung des Fahrrad- und Langsamverkehrs enthält.

2011

Die Erweiterung des öffentlichen Verkehrsangebots ist ein wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Attraktivität und ist für die Umsetzung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Entwicklung unerlässlich. Die Lancierung des Projekts RER Fribourg|Freiburg und die starke Erhöhung der für die Verkehrspolitik bereitgestellten finanziellen Mittel sind ein deutliches Zeichen in diese Richtung. Mit dem Projekt RER Fribourg|Freiburg hat der Staatsrat den Grundstein gelegt für die Schaffung und den Ausbau eines effizienten und attraktiven öffentlichen Verkehrsangebots.

4.5 Eine kantonale Struktur für nachhaltige Entwicklung schaffen

Am 3. Juni 2008 hat der Staatsrat die nachhaltige Entwicklung formell der RUBD zugeteilt. Ausserdem beschloss der Staatsrat, die RUBD hierfür mit einer Vollzeitstelle auszustatten und eine Struktur einzurichten, in der die Direktionen des Staatsrats integriert sind. Die Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung des Kantons ist seit Juni 2009 im Amt. Sie soll sicherstellen, dass in der Kantonsverwaltung die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Eine weitere Aufgabe ist die proaktive Unterstützung der Dienststellen bei der Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung (unter dem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekt).

Die Strategie Nachhaltige Entwicklung wurde im Juni 2011 vom Staatsrat verabschiedet. Für ihre Umsetzung stimmte der Grosse Rat einem Verpflichtungskredit von 7 713 160 Franken zu, wobei die erforderlichen Zahlungskredite in die Voranschläge der Jahre 2012 bis 2018 unter den entsprechenden Kostenstellen der Direktionen aufgenommen werden. Die Strategie besteht aus einer Zustandsanalyse, die aufzeigt, wo der Staat bereits nachhaltig handelt, aus 6 Zielen, die der Staat mittelfristig erreichen will, aus 21 Massnahmen mit Modellcharakter, die innert bester Frist umgesetzt werden sollen und der Erreichung der festgelegten Ziele dienen, aus einem Verfahren für die Nachhaltigkeitsbeurteilung der Freiburger Gesetzes- und Dekretentwürfe sowie aus einem Monitoring, das mittels Indikatoren aufschlüsselt, wo der Kanton in seiner Entwicklung Richtung Nachhaltigkeit steht.

4.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 4

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
4.1	Raumplanungs- und Baugesetz (Totalrevision)	Gesetz vom 2.12.2008 Dem Grosse Rat im September 2011 überwiesen.
4.2	Naturschutzgesetz (neu)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.3	Gesetzgebung über den Transport und die Verteilung von Erdgas (Totalrevision)	

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2011
4.4	Strassengesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.5	Verkehrsgesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.6	Gewässergesetz (Totalrevision)	Gesetz vom 18.12.2009 (nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen) Entwurf wurde dem Grosse Rat überwiesen
4.7	Energiegesetz (Teilrevision)	

5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren

5.1 Das Konzept «High Tech in the Green» konsolidieren

Im Jahr 2011 wurde die Innovationspolitik des Kantons Freiburg mit dem Start des Vorzeigeprojekts eines Technologieparks auf dem Cardinal-Area konkret umgesetzt: Nachdem die Firma Feldschlösschen 2010 die Schliessung der Cardinalbrauerei in Freiburg angekündigt hatte, haben der Kanton und die Stadt Freiburg mit der Firma über den Rückkauf des Geländes (53 000 m²) verhandelt. Ziel dieser Verhandlungen war es, an diesem Standort einen Freiburger Technologiepark zu bauen. Eine tripartite Arbeitsgruppe (Staat, einschliesslich der akademischen Kreise, Stadt und EPFL) hat ein Konzept ausgearbeitet, um die Machbarkeit eines derartigen Vorhabens zu bestätigen und dessen Leitlinien vorzuzeichnen. Stadt und Kanton stellten ab September 2011 einen gemeinsamen Lenkungsausschuss auf. Dieser Ausschuss hat eine Projektstruktur aufgestellt, die es erlaubt, sofort mit den ersten Studien zum Gelände zu beginnen. Der Ideenwettbewerb blueFACTORY wurde im Dezember 2011 lanciert, um Vereins- und Universitätskreise wie auch Privatpersonen anzusprechen, ihre Ideen in die Konzeption dieses Projekts einfließen zu lassen.

Der Kanton hat 2011 auch zwei neue Projekte zur Begleitung von Jungunternehmen unterstützt: ein regionales Gründerzentrum im Murten, das über die NRP-Mittel unterstützt wurde sowie ein Projekt zur Betreuung von Start-ups im Vivier in Villaz-St-Pierre.

Der Innovationsfonds nahm seinen Betrieb im Februar 2011 auf und unterstützte drei Projekte im Bereich der angewandten Forschung, die als gemeinsame Projekte von Privatunternehmen und akademischen Institutionen auf der Pérolles-Ebene realisiert wurden. Ganz im Sinne seines Auftrags konnte er ausserdem den

—
2011

Start der Technologietransferstruktur TT-FR finanzieren. Diese vereint die UNI-FR, das AMI und die HTA-FR. Die Stiftung Seed Capital Freiburg hat ihre Tätigkeit 2011 ebenfalls verstärkt und sechs Unternehmensprojekte mit Startkapital (Seed Capital) unterstützt.

Der Kanton hat über das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und den NRP-Fonds die bestehenden Einrichtungen von Fri Up, des Wissenschafts- und Technologiezentrums Freiburg und von Cleantech-FR weiter finanziell unterstützt und hat ausserdem bei der Einführung des FTTH-Projekts (Glasfaseranschluss der Freiburger Haushalte) weiterhin mit der Groupe E und Swisscom zusammengearbeitet.

5.2 Den Fortbestand des Primärsektors sichern

Die Umsetzung der Massnahmen und Aktionen, die im vierjährigen Landwirtschaftsbericht und im Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» aufgeführt sind, wurde gesamthaft überwacht. Gestützt auf diesen Bericht wurde eine Standortbestimmung durchgeführt. Daraus lassen sich folgende Bemerkungen formulieren:

- › Die Zahl der Freiburger Landwirtschaftsbetriebe nimmt weiter ab;
- › Die Spezialisierung der Landwirtschaft setzt sich fort;
- › In der Landwirtschaft werden grosse Investitionen getätigt;
- › Der Gesamtbetrag der Direktzahlungen nimmt im Vergleich zum Wert der landwirtschaftlichen Produktion zu;
- › Die Flächen, für die ÖQV-Beiträge (Öko-Qualitätsverordnung) gewährt werden, nehmen zu, die Teilnahmequote nimmt bei den pflanzenbaulichen Massnahmen zu;
- › Die Zahl der Personen, die auf den Landwirtschaftsbetrieben arbeiten, nimmt ab, die Familienmitglieder der Landwirte arbeiten immer seltener im landwirtschaftlichen Betrieb.

Die insbesondere durch das Landwirtschaftsgesetz vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen, namentlich die Investitionshilfen über den kantonalen Landwirtschaftsfonds und die Massnahmen zur Verkaufsförderung von Landwirtschaftsprodukten, wurden stark beansprucht.

Besonders erwähnenswert ist der Bau eines Käsekellers durch die Coopérative des producteurs de fromage d'Alpage in Charmey, mit dem das Angebot und die Qualität eines typischen Alpprodukts mit steigender Nachfrage und die Effizienz bei der Herstellung verbessert werden können. Dieser Bau erfolgte

im Rahmen des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg.

Darüber hinaus wurde die Entwicklung der Agrarpolitik (AP 14–17) des Bundes besonders aufmerksam verfolgt, da die vorgeschlagenen neuen Massnahmen für die Freiburger Landwirtschaft wichtig sind.

5.3 Wiedereingliederung arbeitsloser Personen

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist gesunken, und zwar von 3,2 % im Januar auf 2,9 % im Dezember 2011. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 2,6% der erwerbstätigen Bevölkerung (3,2 % im Jahr 2010) und liegt somit einen halben Prozentpunkt unter dem nationalen Durchschnitt. Der Kanton Freiburg konnte den Auswirkungen des starken Frankens und auch der verlangsamten Entwicklung der Weltwirtschaft relativ gut Stand halten.

Das Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Das Gesetz ermöglicht es dem Kanton, die Unterstützung und die Betreuung der stellensuchenden Personen zu verbessern und weiter auszubauen. Besonderes Augenmerk gilt dabei Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung und Personen, die Leistungen der Sozialhilfe empfangen.

In diesem Sinne hat die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung ihre Tätigkeit fortgesetzt. Sie hat sich im Jahr 2011 hauptsächlich auf folgende Massnahmen konzentriert: die Entwicklung des «Case Managements» und des dazugehörigen Kommunikationsplans; die Weiterentwicklung der Hilfsmittel, die der Plattform Jugendliche zur Verfügung stehen, und die Anpassung der Übergangslösungen, die besser auf die spezifischen Bedürfnisse von Jugendlichen mit Schwierigkeiten abgestimmt wurden. Eine Massnahme, die sich an «Job Factory» orientiert, macht es bereits heute möglich, Teilnehmende bei verschiedenen Partnerunternehmen aufzunehmen.

Einige Monate nach der Einführung der AVIG-Revision zieht der Staatsrat eine mehrheitlich positive Bilanz. Die konjunkturelle Lage, die bis im Herbst günstig war, die Tatsache, dass sich der Kanton trotz des starken Frankens relativ gut entwickelt hat, und die kantonalen Massnahmen für stellensuchende Personen haben dazu beigetragen, die Auswirkungen dieser Revision in Grenzen zu halten. Dennoch musste im Rahmen der Einführung dieser Revision ein merklicher – wenn auch punktueller – Anstieg der Personen verzeichnet werden, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung ausgeschöpft haben. Die Zahl der ausgesteuerten Personen hat anschliessend wieder auf ein Niveau zurückgefunden, das den Vorjahreswerten entspricht. Die betroffenen arbeitslosen Personen (ca. 250 Personen) wur-

2011

den von den RAV intensiv betreut und besuchten einen speziellen Bewerbungstechnik-Kurs. Der Staatsrat konnte feststellen, dass die existierenden Massnahmen und insbesondere die Qualifizierungsprogramme ihren Auftrag gegenüber den ausgesteuerten Personen vollumfänglich erfüllt haben.

5.4 Die interkantonale und internationale Zusammenarbeit verstärken

Im Jahr 2011 hatte Freiburg wie bereits im Jahre 2010 den Vorsitz der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK-WS) inne. Diese Konferenz, in der die Kantone VD, GE, NE, VS, BE, JU und FR vertreten sind, bezweckt, den interkantonalen Teil des NRP-Umsetzungsprogramms zu realisieren, das zur Hälfte vom SECO finanziert wird. Die VDK-WS finanziert Projekte zur Begleitung von KMU und Start-ups über die Programme Alliance (Entwicklung neuer technologischer Produkte) und Platinn (Geschäftsinnovation). Die VDK-WS finanziert auch die vier Fachplattformen BioAlps, AplCT, Micronarc und CleantechAlps. Neben der normalen Projektstätigkeit wurde im Jahr 2011 auch das nächste interkantonale NRP-Umsetzungsprogramm für den Zeitraum 2012-2015 aufgestellt und mit dem SECO verhandelt. Dieses neue Umsetzungsprogramm sieht eine lineare Kürzung der Budgets für die verschiedenen Programme vor. Gleichzeitig sollen Genilem und Capital-Proximité progressive in den Finanzierungsrahmen der VDK-WS integriert werden. Auf diese Weise wird die gesamte Finanzierung der Kantone zugunsten der KMU und Start-ups unter einem Dach vereint und koordiniert.

Im Bereich der Aussenwirtschaftsförderung ist der Kanton Freiburg seit 2010 der GGBa angeschlossen, die die Kantone VD, GE, NE, VS, BE und FR unter sich vereint. Die Resultate dieser Zusammenarbeit lagen in den Jahren 2010 und 2011 deutlich unter den Erwartungen, da die meisten Erfolge im Bereich der Wirtschaftsförderung nicht aus Projekten stammen, die über die GGBa akquiriert wurden. Es ist offensichtlich, dass die gemeinsame Standortpromotion der GGBa bisher vor allem den grossen Zentren des Genferseebogens genutzt hat, während die peripheren Kantone, zu denen auch Freiburg zählt, praktisch leer ausgegangen sind. Das Akquisitionsmodell wurde im Sommer 2011 auf Verlangen des Kantons Freiburg angepasst. Die Wirkung dieser Änderung kann jedoch auf Ende 2011 noch nicht bewertet werden.

Der Staatsrat hat in regelmässigen Abständen die Frage der Positionierung des Kantons Freiburg im nationalen und internationalen Kontext und die Organisation der Aussenbeziehungen des Kantons erörtert. Am 22. Dezember 2010 hat er beschlossen, die politische Verantwortung für die Aussenbeziehungen vom Staatsratspräsidium auf den Volkswirtschaftsdirektor zu übertragen. Mit dieser Änderung können die Aussenbeziehungen mit einer grösseren Kontinuität betreut werden. Der Volkswirt-

schaftsdirektor vertritt den Kanton in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in seinem leitenden Ausschuss für den Zeitraum 2011–2013 und ist von 2012 bis 2013 Präsident der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK).

Die wichtigsten Gegenstände, die von der KdK 2011 behandelt wurden, waren die Europapolitik, die Unternehmensbesteuerung der Kantone, die Dossiers in Verbindung mit der tripartiten Agglomerationskommission, das «Raumkonzept Schweiz» und die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Die WRK befasste sich mit der Entwicklung bestimmter Bundesdossiers, insbesondere der Europapolitik der Schweiz, des «Raumkonzepts Schweiz», des Legislaturprogramms 2011–2015 des Bundes und der Bundesverfahren hinsichtlich der Standesinitiativen. Die Westschweizer Regierungskonferenz hat von 2010 bis 2011 das Verfahren zur Verabschiedung des Vertrags über die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der Ausarbeitung, der Ratifizierung, dem Vollzug und der Änderung von interkantonalen Verträgen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland (ParlVer) koordiniert.

In der Westschweiz zeichnen sich zwei Metropolitanregionen ab, nämlich der Genferseebogen und die Hauptstadtregion Schweiz um die Bundeshauptstadt. Beide Regionen ziehen die Aufmerksamkeit des Kantons Freiburg auf sich. Am 2. Dezember 2010 wurde der Verein der Hauptstadtregion Schweiz von fünf Kantonen (BE, SO, FR, NE und VS) und von einem Dutzend Städten und Regionalverbänden gegründet. Der Verein organisiert gemeinsame Projekte in den Bereichen Verkehr, Wirtschaft, Gesundheit, Erziehung und beschäftigt sich mit der Rolle, die die Bundeshauptstadt spielen kann. Er möchte auf diese Weise den Zusammenhalt der Hauptstadtregion Schweiz stärken helfen, ihr Wirtschaftsprofil genauer umreissen und sein Netzwerk nutzen, um den Einfluss auf Bundesebene zu stärken. Ende 2011 wurde ausserdem die Métropole lémanique geschaffen, die sich zurzeit auf die Kantone Waadt und Genf beschränkt, später aber auf weitere Kantone (FR, NE und VS) ausgedehnt werden soll. Der Kanton Freiburg, der zwar an diesen Metropolen interessiert ist, möchte jedoch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen fortsetzen und zählt dafür auf das Konzept der variablen Geometrie.

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit hat der Kanton verschiedene ausländische Delegationen empfangen, die im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angereist waren. Bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE) vertrat der Volkswirtschaftsdirektor den Kanton und die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) in der Schweizer Delegation, die an verschiedenen Vorstandssitzungen dieser Versammlung teilnahm. Die Teilnahme des Kantons an bestimmten Projekten der VRE wurde ebenfalls weitergeführt und zwar insbesondere

—
2011

am Programm Eurodyssée, das den Austausch von einem Dutzend junger Berufsleute zwischen dem Kanton Freiburg und den Regionen Europas ermöglichte.

Im Juni 2011 war der Kanton Freiburg im Rahmen der Warenmesse von Ningbo (6.–9. Juni 2011) Ehrengast der chinesischen Provinz Zhejiang. Eine Delegation des Staatsrats wurde von einer Gruppe von Unternehmern aus der Industrie und dem Nahrungsmittelbereich begleitet. Die Schweizer Delegation warb für Produkte aus dem Freiburgerland und konnte gleichzeitig die Kontakte mit der Provinz Zhejiang ausdehnen, dies in Form eines Praktikantenaustauschs im Bereich der Wirtschaftsförderung. Die Delegation konnte das erste CO₂-neutrale Gebäude Chinas besuchen, das sich in Ningbo befindet. Diese Kontakte erlaubten es, die Freiburger Vision eines CO₂-neutralen Technologieparks auf dem Cardinal-Areal zu festigen.

5.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 5

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
5.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision)	Gesetz vom 14.12.2007
5.2	Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Totalrevision)	Gesetz vom 6.10.2010
5.3	Gesetz über den Beitritt zur Convention des conventions (Totalrevision)	Gesetz vom 8.10.2010

6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation

6.1 Die bürgernahe Polizei überall einführen

Die bürgernahe Polizei konnte für das Jahr 2011 eine hervorragende Bilanz vorweisen. Dank der Tätigkeiten insbesondere der drei Ermittlungsgruppen konnte effizient gegen den Drogenhandel vorgegangen sowie die Täter zahlreicher Graffitis, Vandalenakte und anderer Widerhandlungen, die auf Kantonsgebiet begangen wurden, identifiziert und angezeigt werden.

Die bürgernahe Polizei war ausserdem im Präventionsbereich sehr aktiv, namentlich im Rahmen von Informationskampagnen in Einkaufszentren, an Messen, etc. Bei ihrer Tätigkeit pflegen die Beamtinnen und Beamten der bürgernahen Polizei Kontakte zu verschiedenen Partnern (kantonale und Gemeindebehörden, Akteure des gesellschaftlichen Lebens, Vereine und andere Institutionen, Verantwortliche von Veranstaltungen etc.).

Die bürgernahe Polizei hat in verschiedenen Quartieren, Sektoren und öffentlichen Gaststätten sichtbare Präsenz gewährleistet und hat Lageberichte verfasst, in welchen die angetroffenen

Probleme hervorgehoben und die zu treffenden Massnahmen aufgezeigt wurden. Dank ihrer Nähe zur Bevölkerung konnten die Beamtinnen und Beamten in einigen Quartieren konkrete Probleme lösen, zum Beispiel durch die Installation von Beleuchtungsanlagen in Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde. Die Präsenz der Beamtinnen und Beamten verstärkt das Sicherheits- und Vertrauensgefühl der Bevölkerung und ermutigt diese, Widerhandlungen anzuzeigen.

Im Weiteren wurden grosse Anstrengungen unternommen, um den Zugang zu Alkohol an Grossveranstaltungen insbesondere für Minderjährige zu beschränken. Es wurde eine Arbeitsgruppe geschaffen, um Lösungen für das Problem des übermässigen Alkoholkonsums zu finden, der häufig Ursprung von ungesittetem Verhalten oder häuslicher Gewalt ist.

Im Jahr 2011 hat die bürgernahe Polizei zusätzlich zu ihren laufenden Tätigkeiten ihre Anstrengungen gegen Einbruch und Diebstahl und insbesondere gegen Entreisssdiebstahl verstärkt.

6.2 Die Justiz neu organisieren und die Verfahren vereinheitlichen

Die Arbeiten zur Neuorganisation der richterlichen Gewalt, die aufgrund der Umsetzung der Kantonsverfassung erforderlich wurde, sowie die Vereinheitlichung des Verfahrens infolge der neuen Prozessordnungen des Bundes wurden im Jahr 2010 mit der Verabschiedung des neuen Justizgesetzes abgeschlossen. Lediglich ein Bereich ist noch ausstehend: die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes, das ab dem 1. Januar 2013 das aktuelle Vormundschaftsrecht ersetzen wird. Ein Gesetzesvorentwurf, der von einer Arbeitsgruppe von Vertretern der betroffenen Kreise und Behörden erarbeitet wurde, ist vom Dezember 2011 bis März 2012 in Vernehmlassung gegeben worden. Der Vorentwurf sieht vor, die Zuständigkeit der Friedensgerichte in diesem Bereich beizubehalten; diese müssen aber der Anforderung des Bundesrechts an die Interdisziplinarität Rechnung tragen.

6.3 Die Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse anpassen

Die neue Haftanstalt «Les Falaises» wurde am 15. Januar 2010 am Zentralgefängnis eröffnet. Der ordentliche Vollzug und der erleichterte Strafvollzug sind nun physisch getrennt. Die Haftanstalt beherbergt bis zu 20 Insassen und nimmt im Rahmen des geltenden Konkordats auch Insassen aus anderen Kantonen auf. Seit der Eröffnung am 1. Februar 2010 ist die Anstalt beinahe zu 100 % belegt. Der erleichterte Strafvollzug ermöglicht den zu einer kurzen Freiheitsstrafe verurteilten Personen, ihre Stelle zu behalten, und soll dazu beitragen, Insassen mit einer längeren Strafe auf die Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten.

2011

Das Gebäude für den vorzeitigen Strafvollzug (VSV) der Anstalten von Bellechasse hat am 1. September 2010 die ersten Insassen aufgenommen. Es umfasst 40 ordentliche Zellen, 8 Arrestzellen sowie eine Sporthalle, die allen Insassen der Anstalten von Bellechasse zur Verfügung steht. Mit diesem Gebäude wurde für beschuldigte Personen die Möglichkeit geschaffen, ihre Strafe freiwillig zu vollziehen, obwohl sie noch nicht definitiv verurteilt worden sind.

6.4 Katastrophen verhüten und auf Notsituationen vorbereitet sein

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz (BevSG), das 2008 in Kraft getreten ist, beauftragt den Staat, im Hinblick auf die Prävention, die Vorbereitung des Einsatzes bei Ereignissen, die Ausbildung der Führungsorgane und den Einsatz im Ereignisfall Vorschriften zu erlassen. Nach der Inkraftsetzung der Verordnung über die Ausbildung und die Übungen der für den Bevölkerungsschutz zuständigen Organe im März 2010 hat der Staatsrat die Verordnung über die Koordination und die Zusammenarbeit im Bereich des Bevölkerungsschutzes (Risikoanalyse und Prävention) verabschiedet, die im April 2011 in Kraft getreten ist. Im Übrigen wird eine Verordnung über die Information in ausserordentlichen Situationen vorbereitet.

Die Errichtung der Gemeindeführungsorgane (GFO) ist demnächst abgeschlossen. Die GFO haben ihre Ausbildung im Rahmen der Kurse, die vom Amt für Bevölkerungsschutz und Militär durchgeführt werden, begonnen.

Das kantonale Führungsorgan (KFO) hat die Einsatzpläne «Rot» für Grossereignisse und «Orange» für Ereignisse, die eine Organisation des Schadenraumes erfordern, genehmigt. Diese Einsatzpläne wurden anlässlich von zwei kantonalen Übungen getestet.

Der Pandemie-Einsatzplan, der unter der Leitung des KFO ausgearbeitet wurde, ist vom Staatsrat im November 2011 genehmigt worden.

6.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 6

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
6.1	Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (neu)	Gesetz vom 11.5.2007
6.2	Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts (neu)	Gesetz vom 14.11.2007
6.3	Gesetz zur Einführung des Zivilprozesses des Bundes (neu)	In Projekt 6.15 integriert
6.4	Gesetz zur Einführung des Strafprozesses des Bundes (neu)	In Projekt 6.15 integriert

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
6.5	Einführungsgesetz zur Gesetzgebung des Bundes über den Kindes- und Erwachsenenschutz (Totalrevision des Vormundschaftsrechts) (neu)	Vorentwurf in Vernehmlassung
6.6	Einführungsgesetz zum Gesetz über das Bundesgericht (Verwaltungsverfahren) (neu)	Gesetz vom 9.10.2008
6.7	Gesetz zur Schaffung eines Gerichts für Familienangelegenheiten (neu)	In Projekt 6.15 integriert
6.8	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Totalrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
6.9	<i>Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)</i>	<i>(siehe 7.3)</i>
6.10	Gesetz über die Videoüberwachung (neu)	Gesetz vom 7.12.2010
6.11	<i>Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)</i>	<i>(siehe 7.1)</i>
6.12	Ausführungsgesetz zur Ausländergesetzgebung des Bundes (Totalrevision)	Gesetz vom 13.11.2007
6.13	Gesetz über den Bevölkerungsschutz (neu)	Gesetz vom 13.12.2007
6.14	Gesetz betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Teilrevision)	Gesetz am 1.02.2011 verabschiedet (nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen)
6.15	Gesetz über die Gerichtsorganisation (Totalrevision)	Gesetz vom 31.05.2010 (nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen)
6.16	Gesetz über die Mietgerichtsbarkeit – Teilrevision (neu)	In Projekt 6.15 integriert (nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen)
6.17	Situation von Kindern und jungen Erwachsenen im Verfahren (Art. 29 Abs. 5 KV)	In Projekt 6.15 integriert (nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen)
6.18	Unentgeltliche Rechtspflege (Art. 29 Abs. 4 KV)	In Projekt 6.15 integriert

—
2011

7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern

7.1 Die Leistungen für die Bürger und die Gemeinden verbessern

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden für die Harmonisierung der Informatiksysteme hat gut funktioniert. 2011 wurden 51 französischsprachige Gemeinden und 2 Verbände («Communes») und 16 deutschsprachige Gemeinden («Rechenzentrum Gemeinden Deutschfreiburg») beim ITA gehostet.

Für die kantonalen und eidgenössischen Wahlen im Kanton Freiburg stellte das ITA dank geschützter Verbindungen 356 Stimmzählerinnen und Stimmzählern aus allen Gemeinden sowie dem Personal der Oberämter und der Staatskanzlei sein Rechenzentrum zur Verfügung.

Die Plattform FRI-PERS der Einwohnerkontrolle ist nun betriebsbereit. Sie ermöglicht mehr als 440 Staatsmitarbeitenden, aber auch rund 160 Gemeindemitarbeitenden den Zugriff auf die Daten aller Einwohner des Kantons. Die Datenauffrischung erfolgt gegenwärtig monatlich, im Laufe des Jahres 2012 dann täglich. Dies bedeutet für die verschiedenen Mitarbeitenden beim Staat und in den Gemeinden eine erhebliche Zeitersparnis insbesondere bei der Suche nach den richtigen Adressen. Die Zugriffsberechtigung für die Einwohnerdaten ist unter Berücksichtigung der Datenschutzvorschriften erteilt worden und strikte auf die Daten beschränkt worden, die für die Erfüllung der Aufgaben der bis Ende 2011 zugriffsberechtigten rund 20 Dienststellen und 100 Gemeinden erforderlich sind.

Im Rahmen der Registerharmonisierung haben die Gemeinden praktisch sämtliche Daten ihrer Einwohner erfasst, vor allem den Teil betreffend die Vergabe und Verteilung der Wohnungsnummern, ein entscheidender Faktor für die Volkszählung. Freiburg bleibt damit weiterhin unter den bestplatzierten Kantonen, was die Qualität der vierteljährlich an das Bundesamt für Statistik gelieferten Daten betrifft.

Bei der Umsetzung der Richtlinien zu den elektronischen Kommunikationsstandards der Gemeindelösungen mit den eidgenössischen Registern und zwischen den Gemeinden trägt die proaktive Zusammenarbeit mit den Anbietern von Gemeindelösungen bereits Früchte, und Ende 2011 haben schon fast die Hälfte der Gemeinden die Zivilstandsänderungen auf elektronischem Weg erhalten. Das Gleiche gilt für den elektronischen Informationsaustausch über Personen, die innerhalb des Kantons in eine andere Gemeinde ziehen, zwischen der Wegzugsgemeinde und der Zuzugsgemeinde. Die restlichen Gemeinden, also 50 %, dürften im ersten Halbjahr 2012 folgen.

Im Rahmen des Projekts zur Einrichtung einer Informatikplattform für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungen (Projekt DATEC: Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) musste die von einer externen Firma entwickelte Anwendung vom ITA übernommen und stabilisiert werden. Für 2012 sind Weiterentwicklungen geplant. Der Projektperimeter von DATEC in Verbindung mit dem Projekt «Harmonisierung der Gebäuderegister» ist definiert worden.

Im Rahmen der E-Government-Initiativen hat das ITA im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung und der Staatskanzlei beschlossen, für den Staat ein Online-Zahlungssystem einzuführen.

Damit wird der Online-Verkauf von Leistungen mit Bezahlung per Kreditkarte sowie einer «anonymen» Identifizierung oder über «SuisseID» möglich. Diese Lösung wird auch die Bezahlung mit Debitkarte an den Schaltern umfassen. Die Bedarfsanalyse und die Wahl einer Zielarchitektur sind 2011 erfolgt, so dass im ersten Halbjahr 2012 ein Pilotprojekt für die Betriebsämter gestartet werden kann. Dieses neue Dienstleistungsangebot wird es den Betriebsämtern des Kantons Freiburg ermöglichen, rund ein Drittel der jährlich 100 000 Anfragen für Betriebsregisterauszüge über das Internet abzuwickeln.

Die E-Government-Schnittstelle für den elektronischen Datenaustausch zwischen der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) und den Freiburger Betriebsämtern wurde Anfang Januar 2011 implementiert. Mit dieser Lösung können die Betriebsbegehren in standardisierter, elektronischer und gesicherter Form direkt über die vom Bundesamt für Statistik entwickelte Datenplattform SEDEX (Secure Data Exchange) eingereicht werden. Mit dieser neuen Anwendung können die Betriebsämter des Kantons Freiburg rund 30 % der Betriebsbegehren (rund 30 000 von insgesamt 103 000) elektronisch bearbeiten. 2011 machten die Betriebsbegehren der KSTV über 60 % der gesamten elektronischen Betriebsbegehren (rund 19 000 von insgesamt 30 000) aus.

Die Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs wurden fortgesetzt, und Ende 2011 war das eidgenössische Grundbuch für 150 308 der 204 106 Grundstücke im Kanton angelegt. Nach Abschluss dieser Arbeiten ist das Grundbuch wirklich mit öffentlichem Glauben ausgestattet, insofern als es vollständig und bereinigt ist. 154 076 Grundstücke sind ausserdem vollständig im Informatiksystem erfasst; dadurch sind sie einerseits über Internet zugänglich (Intercapi, RFpublic), und andererseits verringert sich die Bearbeitungszeit für die Mutationen und die Ausstellung von Grundbuchauszügen erheblich.

Die Grundbuchämter des Kantons Freiburg sind ausserdem am Projekt eGRIS beteiligt, einem E-Government-Projekt des Bun-

2011

des zum Aufbau einer Infrastruktur, die eine schweizweite Auskunft über Grundbuchinformationen, den Bezug von Grundbuchdaten und die elektronische Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit den kantonalen Grundbuchämtern sowie die Archivierung und Langzeitsicherung durch den Bund ermöglicht. Der Grundbuchverwalter des Saanebezirks ist einer der sieben kantonalen Vertreter im eGRIS-Steuerungsausschuss.

Bezüglich Einführung eines Ombudsverfahrens in Verwaltungsangelegenheiten ist im Sommer 2011 ein Gesetzesvorentwurf in die interne Vernehmlassung geschickt worden. Nach entsprechender Überarbeitung soll der Entwurf dann 2012 in die externe Vernehmlassung geschickt werden.

7.2 Die interne Arbeitsweise der Verwaltung optimieren

Im IT-Bereich sind 60 Informatikprojekte am Laufen, wovon 15 Grossprojekte, zur Optimierung der internen Funktionsweise der Verwaltung. Der technische Support von rund 200 branchenspezifischen Anwendungen wird gewährleistet. 25 davon wurden vom ITA entwickelt und 5 sind generische Softwareplattformen.

Zu den bedeutenderen Projekten/Studien, die 2011 zur Optimierung der internen Arbeitsweise der Verwaltung durchgeführt wurden, zählen folgende:

- › Die Informatiklösung für das Projekt ARPA (Bevorschussung und Einforderung von Alimenten) wurde im Juni 2011 produktiv gesetzt, inklusive Übernahme der historischen Daten jedes Dossiers. Mit dieser Produktivsetzung wurde das Projekt zur Stilllegung der alten «Mainframe»-Plattform (Host) abgeschlossen.
- › Im Rahmen des Projekts Tribuna V3 (Dossierverwaltungssystem der richterlichen Behörde) ist Version 3 der Tribuna-Software in der Staatsanwaltschaft installiert und in sieben Friedensgerichten eingeführt worden. Die Kodierung der neuen Modelle im Anschluss an das Inkrafttreten der neuen Zivil- und Strafprozessordnung am 1. Januar 2011 ist abgeschlossen worden.
- › Das Zwangsmassnahmengericht ist mit dieser Informatiklösung ausgestattet worden, mit Erstellung der spezifischen Vorlagen für diese Instanz. Die Informatikinfrastrukturen für das Hosting sämtlicher Instanzen der richterlichen Behörde sind angepasst worden.
- › Das Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme wurde 2008 lanciert. Die Studienphase hat bis Ende 2010 gedauert, aber es mussten punktuell Massnahmen zur Abdeckung dringender Bedürfnisse ergriffen

werden. Der Staatsrat hat Anfang 2011 Kenntnis vom Studienbericht genommen und in seiner Sitzung vom 16. November 2011 den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung des Projekts zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme angenommen und an den Grossen Rat überwiesen.

- › Es wurde auch eine Studie zur Schaffung eines zum ITA gehörenden zentralen Informatiksupports für die Schulen (CME; Sekundarstufe 2, Hochschulen und Berufsfachschulen) durchgeführt. 2010 wurde ein Studienbericht erstellt. Der Staatsrat hat Anfang 2011 Kenntnis von diesem Studienbericht genommen, und das Projekt ist mit den beteiligten Parteien gestartet worden (Sekundarstufe 2, Hochschulen und Berufsfachschulen, PH). Die Lancierung der Bedarfsanalyse für die ersten beiden Schulen (Kollegium St. Michael und PH) gehört zu Phase 1, mit der Vereinheitlichung der technologischen Standards.
- › Für das Projekt «Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen des Staates» sind die Kritizitätsniveaus der Anwendungen definiert und es ist mit der Erarbeitung des Plans zum Neustart der Aktivitäten der Basisdienstleistungen nach einem Katastrophenfall begonnen worden. Ein Pilot-Desaster-Recovery (Neustart nach Katastrophenfall) für drei Anwendungen mit Kritizität 1 wurde gestartet.
- › Das Projekt GEVER (Dokumentenverwaltung), das Geschäftsverwaltungsprojekt für die Staatskanzlei und den Grossen Rat, das auf der Dokumentenverwaltungsplattform «FileNet» beruht, musste aus Ressourcengründen und wegen Inkompatibilität mit einer bestehenden Lösung eines anderen Kantons revidiert werden. Dieses Projekt wird 2012 wieder aufgenommen.

Im Rahmen der periodischen Aufgabenüberprüfung, die in der Verfassung des Kantons Freiburg (Art. 82 KV) verankert ist, haben die Verwaltungseinheiten ihre Leistungskataloge nachgeführt. Diese Dokumente sind vom Staatsrat genehmigt worden. In Weiterführung der ASL hat der Staatsrat die Konferenz der Generalsekretäre mit der Prüfung eines integrierten Managementsystems für den ganzen Staat beauftragt.

Es ist eine deutliche Zunahme der von den Direktionen und Verwaltungseinheiten getroffenen organisatorischen Massnahmen festgestellt worden, in den meisten Fällen mit Unterstützung des Amts für Personal und Organisation. Diese erfolgte vor allem über Beratung, Support oder Coaching, oder auch über finanzielle Unterstützung für externe Berater.

Die weitere Einführung der leistungsorientierten Führung in der Kantonsverwaltung ist vorangetrieben worden.

—
2011

7.3 Als Arbeitgeber attraktiv bleiben

Um punkto Lohnbedingungen attraktiv zu bleiben, hat der Staatsrat für 2011 eine Realloohnerhöhung von rund 0,4 % plus 0,3 % Teuerungsausgleich gewährt. Ausserdem hat der Staatsrat beschlossen, den Kadermitarbeitenden (ab Lohnklasse 21) eine zusätzliche Realloohnerhöhung zu gewähren. In % der Lohnsumme macht dies insgesamt 0,2 % aus.

Das Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals (PKG) ist vom Grossen Rat am 12. Juni 2011 verabschiedet worden. Dieses neue Gesetz ermöglicht insbesondere einen flexiblen Altersrücktritt zwischen 58 und 65 Jahren sowie eine nachhaltige Konsolidierung des Finanzierungssystems mit einem Mindestdeckungsgrad (70 %), unter Beibehaltung eines AHV-Vorschusses, der teilweise vom Arbeitgeber finanziert wird, nicht nur bei vollständiger Pensionierung, sondern auch bei Teilpensionierung. Am 28. Juni 2011 hat der Staatsrat das Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes auf den 1. Januar 2012 promulgiert und eine Verordnung über die Voraussetzungen für die flexible Pensionierung verabschiedet.

7.4 Gewährleistung eines nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushalts

Mit den Voranschlagsresultaten 2012 ist das Ziel nachhaltig ausgeglichener Kantonsfinanzen wie schon in den Vorjahren erreicht worden.

In der Entwicklung der Kantonsfinanzen zeichnet sich aber eine Wende ab. So verzeichnet der Voranschlag insbesondere einen erheblichen und unerwarteten Rückgang seiner beiden externen Haupteinnahmequellen, nämlich aus dem Kantonsanteil am Nationalbankgewinn und aus dem NFA-Ressourcenausgleich.

Für quantitativ wie auch qualitativ bessere staatliche Leistungen, zur Erfüllung gewisser Auflagen (neue Spitalfinanzierung) und zur Abdeckung neuer Bedürfnisse (Kinderbetreuungsstrukturen) musste der Staat aufgrund der erheblichen Einnahmefälle Entnahmen aus diversen Rückstellungen tätigen, also von seinem Vermögen zehren.

Da dies wohl noch so weitergehen wird und im Übrigen die aktuelle Finanzkrise sehr wahrscheinlich demnächst die Steuereinnahmen beeinträchtigen wird, insbesondere aus den Steuern der juristischen Personen, tritt der Kanton zweifellos in eine Phase beunruhigender finanzieller Schwierigkeiten ein.

7.5 Senkung der Steuerlast

In der Legislaturperiode 2007–2011 legte der Staatsrat bei der Steuersenkung den Schwerpunkt darauf, die Steuerfüsse der

Einkommenssteuer (1.1.2007: 106,6 %) und der Vermögenssteuer der natürlichen Personen sowie der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen (1.1.2007: 108,9 %) in der ersten Hälfte der Legislaturperiode auf 100 % zu senken. Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte mit der Annahme des Gesetzes vom 15. November 2007 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuer für die Steuerperiode 2008 durch den Grossen Rat, wonach alle Steuerfüsse ab der Steuerperiode 2008 auf 103 % gesenkt wurden. Der zweite Schritt erfolgte mit der Annahme des Gesetzes vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009, wonach alle Steuerfüsse auf 100 % gesenkt wurden. So liegen seit dem Jahr 2009 alle Steuerfüsse wieder bei 100 %.

Ausserdem wurde 2008 mit der Annahme des Gesetzes vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern durch den Grossen Rat ein weiteres Steuererleichterungsvorhaben zum Abschluss gebracht. Die Änderungen betreffen in der Hauptsache den ersten Teil der Unternehmenssteuerreform II (im Wesentlichen Teilbesteuerung der Dividenden), den vollen Ausgleich der kalten Progression sowie etwas höhere Sozialbzüge und günstigere Steuertarife. Das vom Staatsrat angekündigte Steuersenkungsziel war damit nach der Hälfte der Legislaturperiode schon erreicht.

Ein zweites Steuersenkungsvorhaben ist 2009 mit der Annahme des Gesetzes vom 6. Oktober 2009 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG) durch den Grossen Rat ausgeführt worden. Die hauptsächlichen Änderungen bestehen in einer Senkung der Gewinn- und Kapitalbesteuerung aller juristischen Personen um 5 %, einer Senkung der Besteuerung von Kapitaleinkünften aus Vorsorge um durchschnittlich 10,8 %, höheren Sozialabzügen für Kinder und Betreuungskosten sowie der Einführung der vereinfachten Nachbesteuerung in Erbfällen und der straflosen Selbstanzeige.

Ein drittes Vorhaben ist 2010 mit der Annahme des Gesetzes vom 9. November 2010 zur Änderung des DStG durch den Grossen Rat umgesetzt worden. Die damit erreichten Steuererleichterungen betreffen namentlich eine Senkung des Splittingsatzes von 56 auf 50 %, eine Senkung der Vermögenssteuer zwischen 5 und 10 %, eine Senkung der Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften um rund 10 %, die Umsetzung der zweiten und letzten Teils der Unternehmenssteuerreform II, die Änderung der Vorschriften über den Ausgleich der Auswirkungen der kalten Progression und die Einführung des Parteispendenabzugs.

Schliesslich ist noch anzumerken, dass mit Gesetz vom 17. Juni 2010 die besondere Besteuerung der Immobilien von Gesellschaften, Vereinen und Stiftungen mit Inkrafttreten am 1. Januar 2011 aufgehoben wurde.

2011

7.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung 7

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung Ende 2011
7.1	Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)	Gesetz vom 16.11.2009 (Teilrevision)
7.2	Informationsgesetz (neu)	Gesetz vom 9.9.2009
7.3	Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)	Gesetz vom 8.5.2008
7.4	Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (Teilrevision)	Gesetz vom 6.10.2010
7.5	Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (Totalrevision)	Gesetz am 12.5.2011 angenommen Teilrevisionen vom 5.9.2008, 6.10.2009 und 9.11.2010; künftige Revisionen in Vorbereitung
7.6	Gesetz über die direkten Kantonssteuern (Teilrevisionen)	Gesetz vom 14.9.2007
7.7	Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (Totalrevision)	Nach dem Beschluss vom 22.11.2010 über die Reorganisation des GIS Wiederaufnahme der Vorstudie im Jahr 2011
7.8	Gesetz über die amtliche Vermessung (Teilrevision)	
7.9	Gesetz zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
7.10	Jährliche Gesetze über den Steuerfuss der Steuern auf dem Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und auf dem Gewinn und dem Kapital der juristischen Personen (Totalrevision)	Gesetze vom 15.11.2007, 5.11.2008, 11.11.2009, 10.11.2010 und 2.11.2011
7.11	Dekret zur Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion in den Anstalten von Bellechasse (neu)	Projekt aufgegeben
7.12	Dekret zur Renovation des Heims Tannenhof bei den Anstalten von Bellechasse (neu)	Vorabklärungen im Gang
7.13	Dekret über eine Wäscherei für die öffentlichen Spitäler des Kantons (neu)	Dekretsentwurf in Ausarbeitung
7.14	Interkantonale Vereinbarung über die Stiftungsaufsicht (neu)	Geregelt durch Verwaltungsvereinbarung vom 1.12.2011 mit dem Kanton Bern und Verordnung vom 20.12.2011
7.15	Gesetzliche Bestimmungen über eine Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten (neu)	Gesetzesvorwurf ausgearbeitet

IV. Plan zur Unterstützung der Wirtschaft

Angesichts der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 beantragte der Staatsrat dem Grossen Rat ein Dekret über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg, das in der Sitzung vom 18. Juni 2009 erlassen wurde. Dieses Programm umfasste ursprünglich 24 Massnahmen, die sich um die 3 folgenden Schwerpunkte gliederten: Bekämpfung der unmittelbaren Auswirkungen der Krise, direkte Unterstützung der Personen und Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Kantons. Es wurde auch eine Reserve in der Höhe von 5 195 000 Franken gebildet, damit man die Kredite zur Finanzierung von weiteren Massnahmen ergänzen konnte. In der Folge hat der Staatsrat von seiner Kompetenz, Mittel aus der Reserve zu entnehmen, Gebrauch gemacht; damit konnte der Wiederankurbelungsplan mit zusätzlichen Massnahmen ergänzt werden (Kommunikationsplan, «Win-Win-Aktion», Förderung der Lehrstellen, interkantonaler Lehrstellentag und vermehrte Berufsberatung für Jugendliche in Schwierigkeiten).

2011 überwies der Staatsrat dem Grossen Rat einen Bericht über den Wiederankurbelungsplan und eine erste Beurteilung der Auswirkungen (Bericht Nr. 239). Der Plan wurde auch mit zwei neuen Massnahmen ergänzt: Mit der ersten sollte die Anstellung von Stellensuchenden im Alter von 55 Jahren und mehr gefördert werden (Massnahme «55+»); dazu sollten die Kosten für die Ausgaben im Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge gesenkt werden (Übernahme des ganzen BVG-Sparbeitrags des Arbeitgebers oder eines Teils davon). Die zweite Massnahme besteht in der Schaffung einer Struktur zur Begleitung von Jugendlichen, die keine Lösung für ihr Berufsleben haben (Unternehmen «Job Factory Freiburg»). Mit dem Wiederankurbelungsplan konnte im Mai 2011 auch der Interkantonale Tag zur Förderung von Lehrstellen wiederholt werden; an diesem Tag wurden rund 50 neue Ausbildungsplätze gemeldet. Schliesslich ist die «Task Force», die im Rahmen der Krise geschaffen wurde, 9 Mal zusammengetreten und hat die Überwachung der wirtschaftlichen Situation des Kantons sichergestellt.

V. Staatsratsjahr

1. Sitzungen

Der Staatsrat wurde 2011 von Erwin Jutzet präsiert (Vizepräsident: Georges Godel) und hielt 48 Sitzungen ab, von denen 4 vollständig für die Prüfung des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2012 reserviert und 2 Klausurtagungen waren. Er erliess rund 1030 Beschlüsse (50 Sitzungen und 1258

2011

Beschlüsse 2010). Er erliess 71 neue Reglemente und Verordnungen und 38 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen (2010: 60 und 41). Er überwies 23 Gesetzesentwürfe (2010: 24), 19 Dekretsentwürfe (2010: 16) und 20 Berichte (2010: 12) an den Grossen Rat. Er beantwortete 64 Anfragen (2010: 81), 14 Postulate (2010: 24) und 20 Motionen (2010: 27) von Grossrätinnen und Grossräten. Die neuen parlamentarischen Vorstösse (Aufträge, parlamentarische Initiativen und Volksmotionen) machten 8, keine und 2 Antworten von Seiten des Staatsrats nötig.

2. Arbeitstreffen

An der traditionellen Sitzung mit dem Gemeinderat der Stadt Freiburg konnte der Stand der Projekte «Cardinal» und Sportgelände St. Leonhard besprochen werden. Sie bot auch Gelegenheit, über die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Kantonshauptstadt und dem Staatsrat zu diskutieren. An der Sitzung mit dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbands konnte das künftige Projekt zur Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Staat und die Umsetzung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden sowie weitere aktuelle Themen, die die Gemeinden betreffen, besprochen werden. Die Arbeitssitzung mit den Oberamt Männern fand dieses Jahr im Vivisbachbezirk statt und bot Gelegenheit, über folgende Themen zu diskutieren: Projekte von Gemeindegemeinschaften, Agglomerationspolitik, Rolle des Kantons Freiburg in der Hauptstadtregion Schweiz und Organisation von Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischen Wahlen. Als Dankeschön für die Arbeit, die die höheren Kader der Kantonsverwaltung während der Legislaturperiode geleistet hatten, wurden sie von der Regierung im Rahmen des jährlichen Treffens eingeladen, das Weingut Les Faverges zu entdecken oder wiederzuentdecken. Wie jedes Jahr hat die Regierung verschiedene Freiburger Unternehmen besucht (dieses Jahr im Glanebezirk) und so ihren ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben. Die Regierung nahm Anfang Jahr auch am traditionellen Seminar für Staatsräte in Interlaken teil. Sie war auch an der 3. Föderalismuskonferenz vertreten, die in Mendrisio stattfand.

3. Besuche und Empfänge

Wie üblich hat der Staatsrat der Präsidentin des Grossen Rates und dem Präsidenten des Kantonsgerichts sowie den Vertretern der Kirche seine Neujahrswünsche überbracht. Er hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solemnität in Murten, Feier zum eidgenössischen Buss- und Betttag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse; daneben hat er zahlreichen Einladungen von Freiburger und Schweizer Institutionen Folge geleistet. Der

Staatsrat hat die Einladungen von religiösen Gemeinschaften angenommen (Franziskaner, Kapuziner, Abtei Altenryf) und auch in der St. Niklaus-Kathedrale an der Weihe von Mgr. Charles Morerod zum Bischof von Lausanne, Freiburg und Genf teilgenommen. Er war an den Veranstaltungen im Rahmen des 25. Internationalen Filmfestivals Freiburg beteiligt. Er nahm an den 37. Freiburger Folkloretreffen teil. Er nahm am 1. Eidgenössischen Glockenschwingerfest, das in Bulle stattfand, und am Eidgenössischen Jodlerfest in Interlaken teil. Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung, die alt Staatskanzler und den alt Vizekanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Er verabschiedete Maurice Ropraz als Oberamtmann des Greyerzbezirks und Pierre Nidegger, Kommandant der Kantonspolizei 1996 bis 2011. Es wurde auch ein Empfang zu Ehren von verschiedenen Persönlichkeiten organisiert, die von ihrem Amt bei den vier Pfeilern der Wirtschaft zurücktraten: Gilbert Monneron, Präsident des Verwaltungsrats der Freiburger Kantonalbank von 2005 bis 2011, und Albert Michel, Präsident der Generaldirektion dieser Bank von 1992 bis 2011. Die Regierung liess es sich nicht nehmen, das Ende des Mandats von Joseph Deiss als Vorsitzender der 65. Session der Vereinten Nationen zu begehnen. Beim Essen des Präsidenten, das zugleich das Ende der Legislaturperiode 2007–2011 markierte, verabschiedete der Staatsrat offiziell Pascal Corminbœuf und Claude Lässer, die am Ende ihrer dritten Amtsperiode als Staatsrat gelangt waren.

Bei der Begegnung mit den Generalstabsoffizieren schnitt der Staatsrat verschiedene Freiburger Anliegen im Zusammenhang mit der Armee an. Im Espace Nuithonie fand ein Abend statt, zu dem der Staatsrat die Freiburg nahestehenden hohen Beamten eingeladen hatte.

Der Staatsrat hat das Kantonsgericht, oberste Gerichtsbehörde des Kantons, eingeladen, ihn an seinem traditionellen Ausflug ins Weingut Les Faverges zu begleiten.

Die Regierung empfing den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Schweiz sowie den Schweizer Generalkonsul in Rio de Janeiro und den Generalkonsul von Frankreich in Genf. Er hatte auch die Ehre, Johann Schneider-Ammann, Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, zu treffen. Er wurde von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein eingeladen und empfing den Regierungsrat des Kantons Solothurn.

Der Staatsrat nutzte die Gelegenheit der jährlichen Konferenz der Schweizer Botschafter, die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheit im Verkehrshaus Luzern organisiert wurde, um den Kanton Freiburg und einige Aspekte seiner Wirtschaft vorzustellen.

 2011

Er lud auch die Mitglieder von eidgenössischen parlamentarischen Kommissionen, die ihre Sitzung im Kanton Freiburg abhielten, zu einem Essen ein. Es handelte sich um die Staatspolitische Kommission des Ständerats, die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats. Die Regierung beging auch das Ende der Legislaturperiode der Freiburger Vertreterinnen und Vertreter in den Eidgenössischen Räten.

Im Mai nahm eine Delegation des Staatsrats an der Eröffnung der Kulturausstellung des Kantons Freiburg am Rande des Kulturabkommens zwischen dem Staat Freiburg und der Region Elsass teil. Die Regierung wahr Anfang Dezember auch an den Veranstaltungen, die vom Schweizer Generalkonsulat in Strassburg im Rahmen des Weihnachtsmarks organisiert wurden, vertreten; Freiburg war Ehrengast am Markt.

Anlässlich ihres Eintritts in das 100. Lebensjahr haben 24 Freiburgerinnen und Freiburger Besuch von einem Mitglied des Staatsrats und das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

4. Wahl von Alain Berset in den Bundesrat

Am 14. Dezember 2011 wählte die Bundesversammlung den Freiburger Alain Berset als Nachfolger von Micheline Calmy-Rey in den Bundesrat. Der Staatsrat in corpore überbrachte dem Frischgewählten noch am selben Tag seine und die Glückwünsche des Freiburger Volks; Alain Berset wurde dann am 22. Dezember 2012 offiziell in seinem Kanton empfangen. Nach Halten in Flamatt, dem ersten Bahnhof auf Freiburger Boden, und in Belfaux, Wohngemeinde des Gewählten, fanden der offizielle Festakt im Park der Universität Freiburg und das offizielle Bankett im Forum Freiburg statt. Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und der Kantonsbehörden sowie Freiburgerinnen und Freiburger kamen zahlreich, um ihre Verbundenheit mit dem neuen Freiburger Bundesrat zu zeigen; obwohl das Wetter mehr als nur launisch war, herrschte eine gute Stimmung.

5. Anwesenheit des Kantons Freiburg bei der Vereidigung der neuen Päpstlichen Schweizergardisten

Auf Einladung des Kommandanten der Päpstlichen Schweizergarde war der Kanton Freiburg Ehrengast bei der Vereidigung der neuen Päpstlichen Schweizergardisten, die traditionellerweise am 6. Mai zum Gedenken an den Sacco di Roma von 1527 gefeiert wird. Die Regierung, die in corpore anwesend war und von der Präsidentin des Grossen Rates begleitet wurde, traf im Vatikan mit dem Chor St. Michael und der Jungen Garde der Landwehr zusammen. Der Imbiss, der nach der Feier offeriert

wurde, war vom Verein «Produkte aus dem Freiburgerland» vorbereitet worden.

Der Staatsrat nutzte die Gelegenheit seiner Anwesenheit im Vatikan, um den Schweizer Delegierten bei der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft und den Schweizer Botschafter in Rom zu treffen.

6. Legislaturbilanz 2007–2011

Am 26. Oktober 2011 stellte der Staatsrat in corpore an einer Medienkonferenz seine Legislaturbilanz 2007–2011 vor. Die Bilanz, die nach dem Modell des Regierungsprogramms aufgebaut ist, zeigt, dass die Ziele mehrheitlich verwirklicht werden konnten.

In einer Broschüre, die vom Freiburger Zeichner Marc Roulin illustriert wurde, stellte die Regierung zusammenfassend die Arbeit vor, die während der fünfjährigen Legislaturperiode ausgeführt wurde. Die Bilanz ist in sieben directionsübergreifende Herausforderungen unterteilt und übernimmt Punkt für Punkt die Kapitel des Regierungsprogramms, das der Staatsrat 2007 aufgestellt hat. Sie erläutert, welche Ziele erreicht wurden, welche Ziele sich in der Realisierungsphase befinden und welche Ziele das Gerüst des nächsten Gesetzgebungsprogramms bilden. Im Moment der Bilanz der Legislaturperiode war es für die Regierung erfreulich, dass sie folgende Feststellungen machen durfte: Die Freiburger Bevölkerung ist die jüngste der Schweiz. Das Bildungssystem ist modern und bietet Qualität. Die wirtschaftliche Lage ist beneidenswert. Unsere Institutionen funktionieren richtig, und die Infrastrukturen werden unaufhörlich weiterentwickelt. Aufgrund dieser Trümpfe kann der Kanton Freiburg der Zukunft mit Vertrauen und Optimismus entgegensehen.

7. Rekonstituierung des Staatsrats für die Legislaturperiode 2012–2016

Laut SVOG treten die Mitglieder des Staatsrats ihr Amt nach der Vereidigung durch den Grossen Rat an. Um den Übergang von der einen Legislatur zur anderen zu erleichtern, schritt der Staatsrat vor der Vereidigung und der Wahl des Präsidenten 2012 durch den Grossen Rat zur Rekonstituierung der Regierung. Die Diskussionen wurden unter Leitung des voraussichtlichen Präsidenten für das Jahr 2012, Georges Godel, zunächst bilateral und dann im Plenum geführt und führten zur Verteilung der Direktionen für die neue Legislaturperiode. Diese Verteilung wurde an der Sitzung vom 23. Dezember 2011 bestätigt; an diesem Datum wählte der Grosse Rat ausserdem Anne-Claude Demierre zu seiner Vizepräsidentin und ernannte seine ständigen Delegationen für die neue Legislaturperiode.

2011

VI. Aussenbeziehungen

Der Staatsrat prüfte wiederholt die Frage der Positionierung des Kantons Freiburg in einem nationalen und internationalen Umfeld und die Organisation der Aussenbeziehungen beim Staat. Am 22. Dezember 2010 beschloss er, dass die politische Verantwortung für die Aussenbeziehungen vom Präsidium des Staatsrats zum Volkswirtschaftsdirektor übergehen sollte. Mit diesem Wechsel kann eine grössere Kontinuität bei der Behandlung der äusseren Angelegenheiten der Regierung sichergestellt werden.

1. Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt vier Vollversammlungen ab, an denen der Volkswirtschaftsdirektor teilnahm; er ist gleichzeitig Mitglied des Büros der KdK, das 2011 ebenfalls viermal zusammentrat. Unter den wichtigsten diskutierten Gegenständen muss man die Europapolitik, die kantonale Unternehmensbesteuerung, die Dossiers im Zusammenhang mit der tripartiten Agglomerationskommission, das Projekt «Raumkonzept Schweiz» und die Reform des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung nennen.

An der Vollversammlung der KdK vom 2. Juni 2011 haben die Kantone bestätigt, dass es nötig ist, interne Reformen durchzuführen, damit der Föderalismus und die direkte Demokratie im Hinblick auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union konsolidiert werden können. Deshalb werden die Kantone neue bilaterale Abkommen nur unterstützen und genehmigen, wenn gleichzeitig interne Reformen unternommen und realisiert werden.

2. ch Stiftung

Im Umfeld der manchmal konfliktreichen Beziehungen zwischen den Sprachen und den Kulturen spielt die ch Stiftung eine wesentliche Rolle bei der Koordination und der Aufwertung von regionalen Qualitäten. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ist seit 2000 Mitglied des Stiftungsrates. Er sitzt auch im Führungsausschuss.

Seit dem 1. Oktober 2010 nahm die Tätigkeit der ch Stiftung beträchtlich zu, weil die europäischen Programme für Bildung, Berufsbildung und Jugend umgesetzt wurden. Zu diesem Zweck führt die ch Stiftung seit Anfang 2011 unter dem Namen GO-CH das Schweizerische Kompetenzzentrum für Austausch und Mobilität und hat eine Website mit einem Beratungsdienst geschaffen (www.go-ch.ch). Auf dieser Plattform sind folgende Kategorien vereint: Austauschprogramme innerhalb der Schweiz (Pestalozzi, Rousseau, Piaget); Austauschprogramm ausserhalb Europas (Magellan); europäische Austauschprogramme «Lebenslanges Lernen» (Comenius, Leonardo da Vinci, Erasmus, Grundtvig) und «Jugend in Aktion».

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) beschäftigt sich mit gesellschaftlichen Fragen wie der Gewalt bei Jugendlichen (Nationales Programm «Jugendliche und Gewalt» mit einer Internet-Plattform www.jugendundgewalt.ch) oder Drogen. Wie die ch Stiftung untersucht die TAK die gesellschaftlichen Umwälzungen, die wesentlich sind, um die Identität der Schweiz aufzubauen und zu verstärken. Das Niveau des Austausches zwischen den verschiedenen Teilnehmern an der Debatte, die sowohl die Städte als auch die Gemeinden, die Kantone und den Bund vertreten, ist vorbildlich.

3. Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich sehr in den Strukturen, aber auch in der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Zwei von ihnen haben das Präsidium einer Konferenz inne, und 5 sind Mitglieder der Vorstände oder Büros der nationalen Konferenzen.

Direktorenkonferenzen auf Landesebene, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	EKS-Direktorin	Präsidentin
Schweizerische Universitätskonferenz	EKS-Direktorin	Mitglied
Schweizerischer FH-Rat	EKS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJ-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJ-Direktor	Mitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Forstdirektoren (FoDK)	ILF-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktor	Mitglied des Büros
Tripartite Konferenz Bund – Kantone – Städte	ILF-Direktor	Mitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VW-Direktor	Mitglied des Leitenden Ausschusses und der Plenarversammlung
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VW-Direktor	Präsident
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK)	GS-Direktorin	Vorstandsmitglied

2011

Direktorenkonferenzen auf Landesebene, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK)	FIN-Direktor	Vorstandsmitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL)	FIN-Direktor und SJ-Direktor	Mitglieder
Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RUB-Direktor	Mitglied
Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Der Staatsrat ist auch bei den Regionalkonferenzen, namentlich in der Westschweiz, stark engagiert:

Regionalkonferenzen der Schweiz, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	EKS-Direktorin	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	EKS-Direktorin	Mitglied
Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK)	EKS-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJ)	SJ-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (WRK)	VW-Direktor	Mitglied
Verkehrskonferenz der Westschweiz (CTSO)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (CDEP-SO)	VW-Direktor	Präsident
Konferenz OUESTRAIL	VW-Direktor	Mitglied
Conseil des Pouvoirs Publics EOSH	VW-Direktor	Präsident
Hauptstadtregion Schweiz	VW-Direktor	Mitglied
Strategischer Ausschuss FH-WS/S2	VW-Direktor und EKS-Direktorin	Mitglieder
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone, Berns und des Tessins	FIN-Direktor	Mitglied
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	FIN-Direktor	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltschutzdirektoren der West- und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RUB-Direktor	Präsident
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Zahlreiche Dienstchefs des Staates Freiburg sind Präsidenten oder Vizepräsidenten von interkantonalen Konferenzen:

Interkantonale Konferenzen: Teilnahme von Amtsvorstehern des Kantons Freiburg (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Kantons Freiburg	Funktion
Westschweizer Konferenz der Kantonsarchitekten	Kantonsarchitekt	Präsidium
Interkantonales Netz der Delegierten für Aussenbeziehungen	Delegierter AB	Präsidium
Schweizerische Informatikkommission	Chef ITA	Vizepräsidium
Vorstand der Konferenz der kantonalen Delegierten für den öffentlichen Verkehr	Chef VEA	Vizepräsidium
Rat des Kompetenzzentrums Chemie und Life Sciences FH-SO	Verantwortlicher der Abteilung Chemie	Präsidium
Konferenz der Dienstchefs VWD (VDK-SO)	Direktor Wirtschaftsförderung FR	Präsidium
Plattin	Direktor Wirtschaftsförderung FR	Präsidium
Konferenz der öffentlichen Arbeitslosenkassen der Schweiz und Liechtensteins	Verwalter ÖALK	Präsidium
Kommission der Arbeitslosenkassen	Verwalter ÖALK	Präsidium
Schweizerische Konferenz der regionalen Statistikämter	Chef StatA	Präsidium
Régiostat	Chef StatA	Vizepräsidium
Nationale Weiterbildungskommission, Centre suisse de services pour la formation professionnelle et l'orientation professionnelle, universitaire et de carrière (CSFO)	Vorsteher BEA	Präsidium
Conférence des chefs des offices d'orientation scolaire et professionnelle (CCO, der CIIP zugewiesen)	Vorsteher BEA	Präsidium
Konferenz der J+S-Amtsvorsteher Westschweiz und Tessin	Vorsteher SpA	Präsidium im Wechsel
Arbeitsgruppe der kantonalen Sportfondbeauftragten	Vorsteher SpA	Präsidium im Wechsel
Archäologie Schweiz	Kantonsarchäologe	Präsidium
Schweizerische Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Unterrichtende auf Stufe Vor- und Primarschule (EDK)	Generalsekretär EKSD	Vizepräsidium
Lateinische Konferenz der kantonalen Vorsteher der Migrationsämter	Vorsteher BMA	Präsidium
Kommission für Bewährungshilfe	Vorsteher BHA	Vizepräsidium
Schweizerische Vereinigung Bewährungshilfe und Soziale Arbeit in der Justiz (Prosaj)	Vorsteher BHA	Präsidium
Konferenz der Gendarmeriekommandanten Westschweiz, Bern und Tessin	Kdt. Gendarmerie	Präsidium
Kommission UNIMATOS Westschweiz, Bern und Tessin	Chef All-gemeine Dienste	Präsidium

2011

Interkantonale Konferenzen: Teilnahme von Amtsvorstehern des Kantons Freiburg (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Kantons Freiburg	Funktion
Verband schweizerischer Haftanstalten	Chef ASMVG	Präsidium
Schweizerische Konferenz der kantonalen Amtsvorsteher für Militär und Bevölkerungsschutz (CRMPPCI)	Chef BSMA	Vizepräsidium Vertreter Lateinische Schweiz
Materialforum Zivilschutz	Chef ZS	
Lateinische Konferenz der Zivilschutzchefs	Chef ZS	Präsidium
Schweizerischer Verband der Kreiskommandanten	Kreiskommandant	Vizepräsidium
Schweizerische Konferenz der Chefs für den Bevölkerungsschutz	Chef des Bevölkerungsschutzes	Präsidium
Schweizerische Konferenz der Wehrpflichtersatzverwalter	Chef des Büros für Wehrpflichtersatz	Vizepräsidium
Lateinische Konferenz der Chefs Wehrpflichtersatz	Büro-Chef Wehrpflichtersatz	Präsidium
Vereinigung der Kantonsärzte und Kantonsärztinnen der Schweiz (VKS)	Kantonsarzt	Präsidium
Kommission der Kantonsärzte des Groupement des services de santé publique des cantons romands, Berne et Tessin (GRSP)	Kantonsarzt Koordinator Familienpolitik KSA	Präsidium
ARTIAS (Association Romande et Tessinoise de l'action sociale)		Vizepräsidium
Lateinische Konferenz der Vorsteher der Jugendämter (CLDPAJ)	Vorsteher JA	Präsidium
Isabelle Hafen-Stiftung (Unterstützung von Institutionen für Jugendliche)	Vorsteher JA	Präsidium
Lateinische Konferenz der Personalchefs (Bund; Westschweizer Kantone, Bern, Tessin)	Vorsteher POA	Präsidium im Wechsel
Ständige Kommission für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung	Vorsteher POA	Präsidium
Westschweizer Konferenz der Raumplanungssämter	Vorsteher BRPA	Präsidium im Wechsel
Westschweizer Konferenz der Vorsteher der Ämter für Umweltschutz	Vorsteher AfU	Präsidium
Projektoberleitung ch.ch	Staatskanzlerin	Präsidium
Lateinische Konferenz für obligatorischen Unterricht (CLEO, der CIIP zugewiesen)	Vosteher FOA	Präsidium
Kommission «Berufe des Gesundheitswesens» des Groupement des services de santé publique des cantons romands, Berne et Tessin (GRSP)	Vorsteher GesA Koordinatorin Asyl und Flüchtlinge	Präsidium
Lateinische Asylkoordinatoren		Präsidium

Interkantonale Konferenzen: Teilnahme von Amtsvorstehern des Kantons Freiburg (Stand am 31.12.2011)	Vertretung des Kantons Freiburg	Funktion
Verein «Zukunftstag»		Verantwortliche des Büros für Gleichstellung und Familienfragen Kopräsidium
Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz	Vorsteher des Amtes für Umwelt	Präsidium
Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute (Cerc'l'Air)	Chef der Sektion Luftreinhaltung	Präsidium

Zurzeit werden in diesen Konferenzen 10 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land. Jede Direktion berichtet in ihrem Teil über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten.

2011

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand am 31.12.11
1	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule («HarmoS»)	nach Beitritt von 10 Kantonen	Alle Schweizer Kantone	EKSD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	Am 1.8.2009 in Kraft getreten. Beitritt des Kantons FR am 1.5.2010, nach der Annahme durch das Volk am 7.3.2010
2	Interkantonale Zusammenarbeitsvereinbarung für Sonderpädagogik	2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	Am 1.1.2011 in Kraft getreten. Beitritt des Kantons FR am 1.3.2010
3	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Stipendien	nach Beitritt von 10 Kantonen	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	Wird zurzeit genehmigt Beitritt des Kantons FR am 1.8.2010
4	Interkantonale Vereinbarung FH Westschweiz und GS	2013	BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS	EKSD/VWD	FH Westschweiz	Vorprojekt wurde im Mai 2011 von den strategischen Ausschüssen angenommen. Entwurf wurde am 16.11.2011 vom Staatsrat angenommen. Überweisung des Beitrittsgesetzes an den Grossen Rat im Januar 2012.
5A	Interkantonales Konkordat über die Hochschulen	2013	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK;	Wird demnächst in die Vernehmlassung gegeben ¹
5B	Interkantonale Hochschulvereinbarung	wahrscheinlich 2017	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	EDK	In der Diskussionsphase (in Verbindung mit den finanziellen Bestimmungen des HFKG ¹)
6	Konkordat über die privaten Sicherheitsdienste	Unbestimmt (1.1.2015 oder 1.1.2016)	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	Die Westschweizer Kantone, unter ihnen Freiburg, werden diesem Konkordat nicht beitreten.
7	Änderung des Konkordats zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen	Unbekannt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	Vernehmlassung der Kantone zum VE, am 12.1.2012 beendet Inkrafttreten am 1.1.2012 für die Kantone FR, NE und VD. 2 staatsrechtliche Beschwerden wurden eingereicht, eine gegen das Beitrittsgesetz VD und die zweite gegen das Beitrittsgesetz FR
8	Konkordat der lateinischen Kantone vom 30. Oktober 2009 über den Anbau von Hanf und den Handel damit	01.01.2012	Alle Westschweizer Kantone und das Tessin	SJD	CLDJP	Die Änderungsvereinbarung wurde am 15.12.2011 von der CLDJP an das Büro des ParlVer gesandt, damit ihr die nützliche Folge gegeben wird
9	Vereinbarung vom 30. September 2011 zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	01.01.2013	FR, GE, JU, NE, VD, VS	SJD	CLDJP	Wird den beiden Staatsräten demnächst zuhanden der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.
10	Vereinbarung über das interkantonale Spital der Broye (HIB)	01.01.2013	FR, VD	GSD	Keine Konferenz	

¹ HFKG: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

2011

4. Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; WRK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (WRK) ist 2011 viermal zusammengetreten. Die WRK hat sich mit der Entwicklung bestimmter Dossiers des Bundes beschäftigt, namentlich mit der Europapolitik der Schweiz, dem Projekt «Raumkonzept Schweiz», der Legislaturplanung 2011–2015 des Bundes und den Verfahren des Bundes bei Standesinitiativen.

Zwischen 2010 und 2011 koordinierte die WRK das Verfahren zum Erlass des Vertrags über die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der Ausarbeitung, der Ratifizierung, dem Vollzug und der Änderung von interkantonalen Verträgen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland (ParlVer). Der ParlVer verstärkt die Mitwirkung der Parlamente bei der Ausarbeitung von interkantonalen Verträgen. Er entwickelt ebenfalls die Mittel der Parlamente zur Aufsicht über die interkantonalen Institutionen und gemeinsamen Organisationen wie zum Beispiel die FH Westschweiz. Im Kanton Freiburg wurde im September 2009 vom Grossen Rat ein Gesetz über die Verträge zwischen den Kantonen verabschiedet, es ist am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler Ebene wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone unterstrichen. 2011 hat der Staatsrat die Regierungen der Kantone Bern, Neuenburg und Waadt empfangen.

Die Freiburger Regierung und der Staatsrat des Kantons Neuenburg konnten im Rahmen der regelmässigen Treffen an der Begegnung 2011 die vorhandenen und geplanten Projekte beider Kantone prüfen und darüber diskutieren, auf welche zentrale Projekte sie sich bei der künftigen Zusammenarbeit konzentrieren wollen. Die beiden Regierungen haben folgende zentrale Projekte festgehalten: die interkantonale Polizei auf dem Neuenburgersee, der Verein La Grande Cariçaie – Südufer des Neuenburgersees, die neue Tourismusdestination «Jura & Dreiseenregion», die Schaffung einer gemeinsamen medizinischen Notrufzentrale 144 und die Ausstattung mit sozialen und erzieherischen Institutionen.

Der Freiburger Staatsrat und der Regierungsrat des Kantons Bern haben an ihrem Treffen beschlossen, in den kommenden Jahren die begonnene enge Zusammenarbeit zwischen beiden Kantonen fortzusetzen. Das Projekt Hauptstadtregion Schweiz nimmt einen vordringlichen Platz in dieser Zusammenarbeit ein. Beide Kantone haben ebenfalls beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Bereich der Aufsicht über die Einrichtungen der

beruflichen Vorsorge und bei der tierärztlichen Inspektion zu verstärken. Die Frage einer allfälligen Zusammenarbeit im Projekt Grande Cariçaie muss noch genauer geprüft werden, bevor ein Entscheid getroffen werden kann.

Der Freiburger Staatsrat hat 2011 auch den Beitritt zur Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen beiden Kantonen in der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge genehmigt. Diese Zusammenarbeit, die eine Folge der neuen Gesetzbestimmungen des Bundes über die Aufsicht über diese Einrichtungen ist, tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Der Kanton Freiburg überträgt diese Aufgabe künftig dem Kanton Bern. Die Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA) behandelt die Freiburger Dossiers auf Französisch und auf Deutsch.

Die Freiburger und die Berner Regierung haben auch die verstärkte Zusammenarbeit bei der Anwendung der Bundesgesetzgebung über tierärztliche Heilmittel gutgeheissen. In einer Vereinbarung, die demnächst unterzeichnet wird, ist die Anstellung eines Experten durch den Kanton Bern geplant. Aufgrund dieser Vereinbarung wird es möglich, Inspektionen der privaten tierärztlichen Apotheken in beiden Sprachen (Deutsch und Französisch) durchzuführen. Damit können auch einheitliche Kontrollen, die in allen betreffenden Kantonen denselben Anforderungen genügen ausgeführt werden.

Die Staatsräte der Kantone Waadt und Freiburg hielten im September 2011 eine gemeinsame Sitzung ab. An diesem Treffen konnten verschiedene Angelegenheiten des Bundes angesprochen werden, dazu gehören die erste Etappe des Concept Romandie und die Bedienung von Palézieux/Romont. Bei der interkantonalen Zusammenarbeit wurden die interkantonale Zusammenarbeit in der Schule in der Region Broye und das Agglomerationsprojekt Rivelac diskutiert. Beide Kantonsregierungen bestätigten auch die Absicht, in den kommenden Jahren ihre enge Zusammenarbeit fortzusetzen und weiter zu entwickeln. Sie beschlossen, bis Ende 2012 ein Inventar der bestehenden Zusammenarbeit zu erstellen und die Erstellung von neuen Zusammenarbeitsprojekten zu prüfen.

6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden

An den drei Treffen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger Vertreterinnen und Vertreter in den eidgenössischen Kammern konnten die für den Kanton vordringlichsten Angelegenheiten aufmerksam geprüft werden. Dabei handelt es sich namentlich um die Investitionen des Bundes für den öffentlichen Verkehr und den Privatverkehr, den Finanzausgleich des Bundes, die Entwicklung des Freiburger RER und die Erlassprojekte über die Raumplanung.

2011

7. Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 75 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet.

Titel	Für die Vernehmlassung verantwortliches Organ
Teilrevision des Obligationenrechts (Sanktionen bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung)	EJPD
Konsultation zu Korruptionsbekämpfung	KdK
09.439 – Parlamentarische Initiative. Allen Schweizer Staatsangehörigen auch weiterhin den Bezug einer herkömmlichen, nichtbiometrischen ID ohne Chip zusichern	
10.308 – Standesinitiative. Ausweisgesetz. Änderung Grundsatzentscheid Fortsetzung Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	SPK-NR KdK
Bericht der Schweizerischen Regierung über die Umsetzung des Fakultativprotokolls des Übereinkommens über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie	EDA
Ratifikation des Übereinkommens vom 30. Mai 2008 über Streumunition und Änderung des Kriegsmaterialgesetzes vom 13. Dezember 1996, Erläuternder Bericht für das Vernehmlassungsverfahren	EDA
Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»	WBK-SR
Strukturreform in der beruflichen Vorsorge: Verordnungsänderungen und neue Verordnung über Anlagestiftungen	EDI
09.499 – Parlamentarische Initiative. Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen	UREK-NR
07.419 – Parlamentarische Initiative. Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik	SGK-NR
Gemeinsames Programm des Bundes, der Kantone, der Städte und der Gemeinden zur Prävention von jugendlichem Gewaltverhalten in der Schweiz: Benennung der kantonalen und kommunalen Ansprechstellen für Gewaltprävention	KdK
Änderung des Bankengesetzes (too big to fail, TBTF)	EFD
Erhalt des Viehexportes aus der Schweiz (Parlamentarische Initiative 09.510)	WAK-NR
Strukturreform in der beruflichen Vorsorge: Vernehmlassung zu den Verordnungsänderungen	KdK
Bericht des Bundesrates über die revidierte Europäische Sozialcharta; technische Vernehmlassung	EDA
Die minimalen Geodatenmodelle im Bereich Nutzungsplanung	UVEK
Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV): Art. 105a ff. KVV (Nichtzahlung von Prämien) und Art. 106a ff. KVV (Prämienverbilligung durch die Kantone), sowie Art. 22 und 54a ELV	EDI
Revision der Energieverordnung (EnV): Überarbeitung der Energieetikette für Personenwagen	UVEK
Erlass eines Steueramtshilfegesetzes	EFD

Titel	Für die Vernehmlassung verantwortliches Organ
Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	EDA
Revision Energieverordnung (EnV): Herkunftsnachweis, kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), wettbewerbliche Ausschreibungen und Globalbeiträge – Revision Verordnung des UVEK über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft von Elektrizität – Revision der Gewässerschutzverordnung	UVEK
Europapolitische Standortbestimmung – innerstaatliche Reformen	KdK
Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung (KVAG)	EDI
Initiative für die Ausdehnung des Staatsvertragsreferendums	KdK
05.445 – Parlamentarische Initiative. Verfassungsgerichtsbarkeit – 07.476 – Parlamentarische Initiative. Bundesverfassung massgebend für rechtsanwendende Behörden	RK-NR KdK
09.462 – Parlamentarische Initiative. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops	WAK-NR
Änderung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes (Tätigkeitsverbot und Kontakt- und Rayonverbot)	EJPD
04.439 – Parlamentarische Initiative. Betäubungsmittelgesetz. Revision	SGK-NR
11.439 – Parlamentarische Initiative. Ergänzende Übergangsbestimmungen zur Einführung der Spitalfinanzierung	SGK-SR
08.314 – Standesinitiative. Bauen ausserhalb der Bauzone	UREK-NR ARE
10.440 – Parlamentarische Initiative. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes	SPK-SR KdK
Raumkonzept Schweiz	UVEK
Agrarpolitik 2014–2017: Weiterentwicklung der Agrarpolitik in den Jahren 2014 bis 2017	EVD
Entwurf eines direkten Gegentwurfs zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»	EDI
Motionen betreffend interkantonale Institutionen und interparlamentarische Aufsichtskommissionen: Anfrage der Regierung des Kantons Bern – Konsultation	KdK
Änderung des Bundesgesetzes über Kartelle, Teil 2: Umsetzung der Motion Schweiger (07.3856): Ausgewogeneres und wirksameres Sanktionssystem für das Kartellrecht	EVD
Revision der Energieverordnung (EnV): Gerätevorschriften und Inverkehrbringen	UVEK
Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes im Rahmen der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz	UVEK KdK
Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI; Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)	UVEK
Teilrevision der Jagdverordnung	UVEK
Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste (FDV)	UVEK
Kapitel Renaturierung des NFA-Handbuchs im Umweltbereich und Rahmenvereinbarung 2011 über die strategische Planung der Renaturierung	UVEK

2011

Titel	Für die Vernehmlassung verantwortliches Organ
Mehr Sicherheit für E-Bike-Fahrerinnen und -Fahrer (Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge VTS, Verkehrsregelnverordnung VRV und Signalisationsverordnung SSV)	UVEK
Änderungen im Zusammenhang mit der 3. Aktualisierung des Anhangs II zum Freizügigkeitsabkommen	EDI
Änderung der Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS)	EJPD
07.455 – Parlamentarische Initiative. Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz	SGK-NR
Externe Konsultation zu den Entwürfen der Kulturförderungsverordnung sowie zu den Förderungskonzepten gemäss Artikel 28 des Kulturförderungsgesetzes (KFG)	EDI
Grundsätze der zukünftigen Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung: Konsultation zum Verhandlungsergebnis EJPD - KdK	KdK
Teilrevision der Verordnung über Geoinformation, Anhang 1 (GeoIV)	VBS
Legislaturplanung des Bundes 2011–2015. Interne Konsultation zu den prioritären Stossrichtungen und Massnahmen	KdK
Erneuerung Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz	KdK
08.458 – Parlamentarische Initiative. Präzisierung des Anwendungsbereichs der Bestimmungen über die verdeckte Ermittlung	RK-NR EJPD
Legislaturplanung des Bundes 2011-2015. Interne Konsultation zu den prioritären Stossrichtungen und Massnahmen	KdK
Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG)	EDI
Verordnung über die Verminderung der CO ₂ -Emissionen von Personenwagen	UVEK
Änderung des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen	EFD
Änderung von Artikel 119 BV und des Fortpflanzungsmedizinengesetzes (Zulassung der Präimplantationsdiagnostik)	EDI
Änderung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV)	EFD
3. Bericht der Schweiz über die Umsetzung der Rahmenvereinbarung des Europarats über den Schutz der nationalen Minderheiten	EDA
Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen: drittes Vernehmlassungsverfahren zum Teilkartellverbot mit Rechtfertigungsmöglichkeit – Umsetzung des Entscheids des Bundesrates vom 17.08.11	EVD
Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung des Eidgenössischen Instituts für die Meteorologie und Klimatologie (Meteorologieggesetz, MetG)	EDI
Teilrevision des Transplantationsgesetzes vom 8. Oktober 2004	EDI
Teilrevision des Bundesgesetzes über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG)	EDI
Schlussbericht des Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)	NKVF
Wirtschaftlichen Uebergang der Konzession der Espace Media AG (Tele Bärn)	UVEK

Titel	Für die Vernehmlassung verantwortliches Organ
Bundesgesetz über die internationale Quellenbesteuerung (IQG)	EFD
Teilrevision des Obligationenrechts (Revision des Verjährungsrechts)	EJPD
Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention)	EJPD
E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz: Erneuerung Rahmenvereinbarung	KdK
Strategie Biodiversität Schweiz	UVEK
Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	EVD KdK
Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und des Militärstrafgesetzes (MStG). Verlängerung der Verfolgungsverjährung	EJPD
Deklarationsverordnung und Verordnung über die technischen Vorschriften betreffend die Mengenangaben auf industriellen Fertigpackungen	EJPD
Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG)	EDI
Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	KKJPD

Liste der Abkürzungen

Abkürzung	
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung
CLDJJP	Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
NR	Nationalrat
RK	Kommissionen für Rechtsfragen
SGK	Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit
SPK	Staatspolitische Kommissionen
SR	Ständerat
UREK	Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WAK	Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur
WRK	Westschweizer Regierungskonferenz

—
2011

VII. Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2011 gefassten Beschlüsse

(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Laufe des Jahres 2011 hat sich der Grosse Rat zu 20 Gesetzes- und 19 Dekretsentwürfen geäussert. Mehr als 40 % der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 10 Gesetze und 6 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Erfolgsrechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

1. Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr zwölf Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 102 472 970 Franken entsprechen. Die vier wichtigsten Vorhaben waren: der Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen 2012–2015 (26 000 000 Franken), der Verpflichtungskredit für den Erwerb und den Umbau der Liegenschaft der Groupe E (21 910 750 Franken), der Verpflichtungskredit für den Erwerb der Liegenschaften auf dem Cardinal-Areal (12 500 000 Franken) und der Verpflichtungskredit für die Subventionierung von Bau, Umbau und Erweiterung von Orientierungsschulen (10 190 000 Franken).

2. Erfolgsrechnung

Die signifikanten Auswirkungen von zehn Gesetzen und einem Dekret auf die Erfolgsrechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- › eine erhebliche Aufwanderhöhung in Zusammenhang mit dem Gesetz über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser, mit fast 55 Millionen mehr für 2012 und weiteren 35 Millionen Franken für 2017;
- › die Änderung des Pensionskassengesetzes, die eine Kostensteigerung um brutto rund 9 Millionen Franken ab 2012 und noch einmal um 4 Millionen ab 2014 zur Folge haben wird;
- › die Umsetzung des Gesetzes über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen mit daraus folgendem Mehraufwand von rund 24 Millionen Franken über 5 Jahre;

› eine Netto-Zunahme des Personalaufwands um 16,5 Millionen Franken in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Staatsvoranschlag 2012 (rund 160 zusätzliche Stellen);

› verschiedene weitere neue gesetzliche Bestimmungen, die Mehraufwendungen von 1 Million Franken und die Schaffung von 1,6 VZÄ für neue Stellen zur Folge haben.

Neue einmalige Ausgaben begründen verschiedene Gesetzesentwürfe, und zwar im Umfang von rund 1,6 Millionen Franken Franken.

Im Jahr 2011 hatten die vom Grossen Rat an den Entwürfen des Staatsrates vorgenommenen Änderungen keine finanziellen Auswirkungen.

Nicht aufgeführt ist hier der Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger, auf den der Grosse Rat nicht eingetreten ist und der dem Staat Netto-Mehreinnahmen von jährlich rund 2,9 Millionen Franken verschafft hätte.

2011

 IM JAHR 2011 GEPRÜFTE GESETZES UND DEKRETSENTWÜRFE
 (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf/Dekretentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschie-dung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquiva-lente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitions-rechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Organisation der Feuerwehr)	223	SJD	01.02.11		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über die kompensierten Nachtrags-kredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2010	230	FIND	02.02.11		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Gültigkeit der Verfassungsini-tiative «FriNetz»	227	FIND	02.02.11		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einbürgerungen	236	ILFD	23.03.11		Keine finanziellen Auswirkungen	
G über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprä-vention	224	SJD	24.03.11		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G zur Kündigung des Konkordats über die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft	229	ILFD	24.03.11		Mit dem Inkraft-treten des neuen Systems wird mit wesentlichen Einsparungen gerechnet	
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau einer Ersatzfischzuchtanlage zur Staatsrechnung des Kantons Frei-burg für das Jahr 2010	237	ILFD	11.05.11			Ausgaben: + 2 000 000 Fr.
D über den kantonalen Energiefonds	240	FIND	11.05.11		Keine finanziellen Auswirkungen	
G über den kantonalen Energiefonds	232	VWD	12.05.11		Die Speisung des Fonds erfolgt über das ordentliche Budget, die Bei-träge des Bundes (2 000 000 Fr.), die Einlage der Groupe E (3 400 000 Fr.) und allfällige wei-tere Zahlungen	
G über die Pensionskasse des Staatsper-sonals (PKG)	234	FIND	12.05.11		Brutto-Kosten der Beitragserhöhung für den Arbeitge-ber Staat: 2012: + 8 000 000 Fr. ab 2014: + 12 000 000 Fr. Brutto-Kosten der Kürzung des Ko-ordinationabszugs für den Staat: + 800 000 Fr.	
D über einen Planungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fach-hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Ge-sundheit Freiburg (HfG-FR) am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg	243	EKSD	07.06.11			Ausgaben: + 3 250 000 Fr.

2011

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschie-dung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell: Vollzeitäquiva-lente (VZÄ)	finanziell:	
					jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthft: über mehrere Jahre auf Investitions-rechnung in Franken
G über die familienergänzenden Tagesbetreuungs-einrichtungen (FBG)	238	GSD	09.06.11		Für 5 Jahre Kosten des Gesetzes zu Lasten des Staates rund 24 000 000 Fr.	
G zur Änderung des Gesetzes über Beiträge an Schulbauten für den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule	245	RUBD	09.06.11		Jährliche Subvention: zwischen 170 000 Fr. und 298 000 Fr.	?
D über die Einbürgerungen	247	ILFD	09.06.11		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über den Erwerb der Liegenschaften Artikel 7042 und 7212 der Gemeinde Freiburg (Cardinal-Areal) in einfacher Gesellschaft mit der Stadt Freiburg	246	RUBD	09.06.11			Ausgaben für den Staat: + 12 500 000 Fr.
G zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Zahlungsausstände)	264	GSD	06.09.11		Neue Lastenaufteilung im Bereich der materiellen Hilfe wirkt sich mit 300 000 Fr. leicht ungünstig für den Staat aus.	
G zur Änderung des Gesetzes über die finanzielle Beteiligung des Staates an den Wahlkampf-kosten	260	ILFD	07.09.11		Keine personellen Auswirkungen Finanzielle Auswirkungen: + 40 000 Fr.	
G über belastete Standorte (AltlastG)	257	RUBD	07.09.11	+ 1 VZÄ(AfU)	Keine direkten finanziellen Folgen ausser der Verwaltung des Fonds, der Einführung neuer Verfahren und der Speisung des Fonds, falls die Einnahmen aus den Abgaben nicht kostendeckend sind.	
G zur Anpassung der freiburgischen Gesetzgebung an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Sachenrecht	255	FIND	08.09.11		Höhere Arbeitsbelastung der Grundbuchämter. Die direkt mit dem Vollzug zusammenhängenden Kosten fallen unter das ordentliche Budgetverfahren.	
G zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Zugang für Menschen mit Behinderung)	254	RUBD	09.09.11		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren	244	RUBD	09.09.11			Ausgaben: + 10 190 000 Fr.

2011

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschie-dung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:		finanziell:
				Vollzeitäquiva-lente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitions-rechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2012–2015)	256	RUBD	09.09.11			Ausgaben: + 26 000 000 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für die Verwirklichung des Aktionsplans und der Instrumente gemäss der Strategie Nachhaltige Entwicklung des Kantons Freiburg	261	RUBD	09.09.11			Ausgaben: + 7 713 160 Fr.
G über die internationale Entwicklungs-zusammenarbeit und humanitäre Hilfe über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Westschweizer Konkordat über	265	SJD	05.10.11		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G Anbau und Handel von Hanf	259	SJD	05.10.11		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G über das Trinkwasser (TWG)	262	ILFD	06.10.11		Kosten: + 260 000 Fr. für den Beizug von Fachleuten.	
D über einen Verpflichtungskredit für Schutzmassnahmen gegen Naturge-fahren auf der SBB-Linie Bern–Frei-burg, Sektor Flamatt (Objektkredit)	258	ILFD	06.10.11			Ausgaben: + 2 109 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Le-bensräume	266	ILFD	02.11.11		Gesamtkosten-übernahme für Schadenverhü-tung und Entschä-digung durch den Staat liegt nach den Zahlen der letzten 4 Jahre zwischen 28 000 und 102 000 Fr.	
G über den Steuerfuss der direkten Kan-tonssteuern für die Steuerperiode 2012	284	FIND	02.11.11		Keine Finanziellen Auswirkungen. Die Steuerfüsse bleiben für 2012 unverändert bei 100 %.	
D über die Einbürgerungen	283	ILFD	02.11.11		Keine finanziellen Folgen	
D über die Verlängerung bis 2012 des Dekrets über einen Verpflichtungskre-dit für die Unternehmen des öffentli-chen Verkehrs	263	VWD	02.11.11			Ausgaben: + 5 395 500 Fr.
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2012	287	FIND	02.11.11	+ 158.97 VZÄ (neue und zusätz-liche Stellen)	Neue und zusätzli-che Stellen: Bruttoaufwand: + 19 661 110 Fr. Nettoaufwand: + 16 547 890 Fr.	
D über einen zusätzlichen Verpflichtungs-kredit für den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe Merkle Institut	276	EKSD / RUBD	03.11.11			Ausgaben: + 3 445 060 Fr.

2011

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschie-dung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:		finanziell:
				Vollzeitäquiva-lente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	
D über einen Beitrag an das Ausbaupro- jekt für die Mortivue auf dem Gebiet der Gemeinde Semsales	279	RUBD	03.11.11			Ausgaben: maximal + 1 609 500 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für den Erwerb von Artikel 7036 des Grund- buchs der Gemeinde Freiburg, der Eigentum der Freiburger Kantonalbank ist	280	RUBD	03.11.11			Ausgaben: + 6 350 000 Fr.
D für den Erwerb und den Umbau der Liegenschaft von Groupe E an der Route des Daillettes 6 und 6a in Frei- burg	281	RUBD	03.11.11			Ausgaben: + 21 910 750 Fr.
G über den Zusammenschluss der Ge- meinden Estavayer-le-Lac und Font	270	ILFD	04.11.11		Finanzhilfe: 1 110 800 Fr. Die Zahlung erfolgt 2013 im Rahmen der durch das GZG zur Ver- fügung gestellten Mittel	
G über den Zusammenschluss der Ge- meinden Ursy und Vuarmarens	271	ILFD	04.11.11		Finanzhilfe: 483 800 Fr. Die Zahlung erfolgt 2013 im Rahmen der durch das GZG zur Ver- fügung gestellten Mittel	
G über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser	251	EKSD	04.11.11	+ 0.6 VZÄ	Mehraufwand 2012: zwischen 7 600 000 und 14 200 000 Fr. Mehraufwand bis 2017: zwischen 43 100 000 Fr. und 48 800 000 Fr. Finanzierung der Privatkliniken: + 27 700 000 Fr. Ausserkantonale Spitalaufenthalte: + 19 200 000 Fr.	

—
2011**VIII. Personalbestand**

BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
Behörden - Direktionen	10'176.96	9'882.72	294.24
Gesetzgebende Behörde	6.59	7.07	-0.48
Richterliche Behörde	278.72	263.43	15.29
Vollziehende Behörde	7.00	7.00	
Staatskanzlei	37.88	35.63	2.25
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4'513.03	4'415.60	97.43
Sicherheits- und Justizdirektion	851.97	827.94	24.03
Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft	419.42	404.76	14.66
Volkswirtschaftsdirektion	663.31	630.04	33.27
Direktion für Gesundheit und Soziales	2'635.63	2'534.83	100.80
Finanzdirektion	382.26	371.81	10.45
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	381.15	384.61	-3.46
SEKTOREN	10'176.96	9'882.72	294.24
Zentralverwaltung	2'491.45	2'431.94	59.51
Unterrichtswesen	4'867.58	4'744.85	122.73
Spitalwesen	2'495.32	2'397.17	98.15
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	322.61	308.76	13.85

IX. Die parlamentarischen Vorstösse

Laut Artikel 68 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006 (GRG) erstellt der Staatsrat «jedes Jahr im Rechenschaftsbericht die Liste der Vorstösse, denen er im Verlauf des Berichtsjahrs Folge gegeben hat, und macht einen kurz begründeten Bericht über den Stand der noch hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und darüber, wie er ihnen Folge zu geben gedenkt». Der Staatsrat hat beschlossen, aus dieser Liste eine vollständige Bestandesaufnahme der parlamentarischen Vorstösse, die sich in den verschiedenen Stadien der Prüfung befinden, zu machen. Die Situation entspricht dem Stand am 31. Dezember 2010.

Werden in der Spalte «Nr. und Direktion» mehrere Direktionen aufgeführt, so ist die erste erwähnte Direktion federführend.

2011

1. Motionen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
1137.11 ILFD	Waeber Emanuel/Brönnimann Charly – Unvereinbarkeit der politischen Mandate als Mitglied des Grossen Rates und der Bundesversammlung	E: 22.12.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1136.11 VWD	Kaelin Murith Emanuelle/Romanens Jean-Louis – Innovationsförderung und Unterstützung der techno- logischen Entwicklung	E: 22.12.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1135.11 RUBD	Schorderet Edgar – Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG)	E: 10.11.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1134.11 RUBD	Mutter Christa/Duc Louis – Günstigere Tarife für Familien und Jugendliche im öffentlichen Verkehr	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1133.11 ILFD	Corminbœuf Dominique/Repond Nicolas – Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (LandwG) – Verbot der GVO	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1132.11 RUBD	Brodard Vincent/Beyeler Hans-Rudolf – Für einen attraktiven öffentlichen Verkehr im ganzen Kanton / Für einen vollständigen Taktfahrplan	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1131.11 FIND	Bonny David/Brodard Vincent – Steuerabzug für Kinder, die in einem Chor, einem Sport-, Musik- oder Kunstverein eingeschrieben sind	E: 15.09.11 A: 20.12.11		Motion bedarf der Erheblicherklärung durch den GR.
1130.11 FIND	Romanens Jean-Louis/Bulliard Christine – Senkung des Steuersatzes der übrigen juristischen Personen	E: 15.09.11		Gemäss Artikel 60 Abs. 4 GRG aus dem Register gestrichen. Abgeschrieben.
1129.11 FIND	Bonny David/Ganioz Xavier – Die Sitzungsgelder der Magistratspersonen, die den Staat vertreten, sollen dem Staat überwiesen werden	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1128.11 FIND	Peiry Stéphane/Gander Daniel – Steuerabzug für Empfänger/innen von AHV/IV- Leistungen	E: 15.09.11 A: 20.12.11		Motion darf der Erheblicherklärung durch den GR.
1127.11 FIND	Vonlanthen Rudolf – Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (FHG)	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1126.11 RUBD	Vonlanthen Rudolf – Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG)	E: 18.08.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1125.11 FIND	Neuhaus Othmar/Vonlanthen Rudolf – Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonsteuern (DStG)	E: 18.08.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1124.11 ILFD	Piller Alfons/Waeber Emanuel – Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich – Anpassung des Bedürfnisausgleichs	E: 14.07.11		Antwort ist in Vorbereitung. Gemäss Artikel 60 Abs. 4 GRG aus dem Register gestrichen. Abgeschrieben.
1123.11 GSD	Bulliard Christine – Betagtenpflege	E: 14.07.11		Antwort ist in Vorbereitung. Gemäss Artikel 60 Abs. 4 GRG aus dem Register gestrichen. Abgeschrieben.
1122.11 ILFD	Thomet René/Emonet Gaétan – Volkswahl des Ammanns – Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (GG)	E: 17.06.11 A: 27.09.11	Am 04.11.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1121.11 EKSD	Ganioz Xavier/Emonet Gaétan – Nacht der Museen: Gratiseintritt für alle	E: 17.06.11 A: 13.12.11		Motion bedarf der Erheblicherklärung durch den GR.
1120.11 ILFD	Schoenenweid André/Peiry Stéphane – Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (GG) und neues Gesetz über die Gemeindefinanzen	E: 17.06.11 A: 03.10.11	Am 04.11.11 teilweise an- genommen.	Ein Gesetzesentwurf wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.
1119.11 FIND/ VWD	Collomb Eric – Steuerliche Förderung bei Unternehmensgründungen	E: 17.06.11 A: 29.11.11		Motion bedarf der Erheblicherklärung durch den GR.
1118.11 ILFD	Corminbœuf Dominique/Marbach Christian – Verbindung der finanziellen Beteiligung des Staates an den Wahlkampfkosten mit der Transparenz der Finanzierung der politischen Parteienpolitiques	E: 01.04.11 A: 30.08.11	Am 06.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
1117.11 ILFD	Rime Nicolas/Thomet René – Transparente öffentliche Unternehmen	E: 01.04.11 A: 23.08.11	Am 04.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1116.11 ILFD	Mauron Pierre/Burgener Andrea – Politische Repräsentativität in den Verwaltungsräten der grossen Unternehmen in staatlicher Hand	E: 01.04.11 A: 16.08.11	Am 04.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1115.11 ILFD	Lehner-Gigon Nicole/Emonet Gaétan – Veröffentlichung der Liste der Spenderinnen und Spender, deren Parteienspenden mehr als 5000 Franken betragen	E: 01.04.11 A: 30.08.11	Am 06.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1114.11 ILFD	Raemy Hugo/Roubaty François – Finanzielle Beteiligung an den Wahlkampfkosten in Verbindung mit der Offenlegung der Buchhaltung der politischen Parteien	E: 01.04.11 A: 30.08.11	Am 06.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1113.11 FIND	<i>Standesinitiative:</i> Menoud Eric/Collomb Eric – Steuerbefreiung für die Kinderzulagen	E: 14.01.11 A: 15.06.11	Am 08.09.11 angenommen.	Der Dekretsentwurf zur Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung wird in der gesetzlichen Frist von einem Jahr an den GR überwiesen.
1112.10 VWD	Rime Nicolas – Förderung der kombinierten Mobilität	E: 17.12.10 A: 17.05.11	Am 05.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1111.10 GSD	Cotting Claudia/Goumaz-Renz Monique – Sozialhilfegesetz, Wohnsitzwechsel	E: 17.12.10 A: 03.10.11	Am 04.11.11 angenommen.	Der Erlassentwurf wird in der gesetzlichen Frist von einem Jahr überwiesen.
1110.10 FIND	Losey Michel/Corminbœuf Dominique – Änderung des Prozentsatzes für den Abzug von medizinischen Behandlungskosten auf der Steuererklärung	E: 17.12.10 A: 24.05.11	Am 08.09.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1109.10 FIND	Girard Raoul – Mobilitätsplan für die Staatsangestellten	E: 19.11.10 A: 29.03.11	Am 11.05.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben.
1108.10 SJD/FIND	Collomb Eric/Cotting Claudia – Reduzierung der Fahrzeugbesteuerung	E: 15.10.10 A: 23.11.10	Am 01.02.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1107.10 FIND	Vonlanthen Rudolf – Änderung des Steuergesetzes: Freiwilligentätigkeit	E: 17.09.10 A: 25.01.11	Am 23.03.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1106.10 SJD	Girard Raoul – Gesetz über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden	E: 25.06.10 A: 11.01.11	Am 01.02.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1105.10 FIND	Romanens Jean-Louis/Siggen Jean-Pierre – Kantonale Steueramnestie	E: 25.06.10 A: 11.01.11	Am 23.03.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben. Der GR hat die aufgeteilte Motion gemäss dem Antrag des SR angenommen. Der Erlassentwurf über die Steuersenkung für natürliche und juristische Personen wird überwiesen, sobald es die Budget-Situation erlaubt.
1104.10 FIND	Siggen Jean-Pierre/Thürler Jean-Pierre – Senkung der Steuerbelastung	E: 25.06.10 A: 11.01.11	Am 02.02.11 angenommen.	Der Dekretsentwurf zur Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung wird in der gesetzlichen Frist von einem Jahr an den GR überwiesen.
1103.10 ILFD	<i>Standesinitiative</i> Frossard Sébastien/Page Pierre-André – Kein Palmöl auf unseren Tellern	E: 25.06.10 A: 29.03.11	Am 11.05.11 angenommen.	Der GR hat gemäss dem Antrag des SR die Änderung des Strassengesetzes gutgeheissen und die Kostenaufteilung im Verhältnis der Verkehrsbelastung abgelehnt. Gesetzesentwurf zur Änderung des Strassengesetzes : Botschaft 291 vom 29.11.11. Abgeschrieben.
1102.10 RUBD	Wicht Jean-Daniel – Kostenverteilung bei Kreiseln mit städtebaulichem Charakter	E: 25.06.10 A: 16.11.10	Am 09.12.10 angenommen.	Abgeschrieben.
1101.10 FIND	Collomb Eric/Bourguet Gabrielle – Gleiche Steuerabzüge für alle Kinder	E: 25.06.10 A: 06.12.10	Am 02.02.11 abgelehnt.	Abgeschrieben. Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die finanzielle Beteiligung des Staates an den Wahlkampfkosten : Botschaft 260 vom 21.06.11. Abgeschrieben.
1100.10 ILFD/SK	Rey Benoît – Versandkosten der Wahlprospekte	E: 25.06.10 A: 12.10.10	Am 11.11.10 angenommen.	Abgeschrieben.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
1099.10 FIND	Gendre Jean-Noël/Schneider Schüttel Ursula – Besteuerung nach dem Aufwand der ausländischen Staatsangehörigen (Aufhebung von Art. 14 Abs. 2 DStG)	E: 27.05.10 A: 16.11.10	Am 24.03.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1098.10 ILFD	<i>Standesinitiative</i> Glauser Fritz/Losey Michel – Dauerhafte Erhaltung des Nationalgestüts Avenches	E: 27.05.10 A: 01.03.11	Am 23.03.11 angenommen.	Dem GR wird beantragt, diese Standesinitiative für gegenstandslos zu erklären.
1097.10 GSD	de Roche Daniel/Bulliard Christine – Änderung des Gesundheitsgesetzes (Art. 34)	E: 27.05.10 A: 23.11.10	Am 03.02.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
1096.10 FIND	Peiry-Kolly Claire – Steuerbefreiung der Pauschalentschädigung für die Hilfe und Pflege zu Hause	E: 27.05.10 A: 26.10.10	Am 07.12.10 angenommen.	Der Erlassentwurf wird im 1. Semester 2012 überwiesen (2011 wurde das DStG nicht geändert).
1093.10 VWD	Crausaz Jacques/Mutter Christa – Betrieb der öffentlichen Beleuchtung	E: 27.05.10 A: 17.08.10	Am 08.10.10 angenommen.	Gesetzesentwurf zur Änderung des Energiegesetzes : Botschaft 273 vom 13.09.11. Abgeschrieben.
1090.10 GSD	Fasel Bruno/Beyeler Hans-Rudolf – Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien	E: 25.03.10 A: 21.09.10	Am 11.11.10 angenommen.	Frist verlängert bis 30. Juni 2012. Gesetzesentwurf zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Zugang für Menschen mit Behinderung) : Botschaft 254 vom 24.05.11.
1087.09 RUBD	Genoud Joe – Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG), Artikel 129 Abs. 1 und 2	E: 19.11.09 A: 11.05.10	Am 17.06.10 angenommen.	Abgeschrieben.
1086.09 GSD	Bourguet Gabrielle/Boschung Moritz – Betreuung von betagten geistig und psychisch behinderten Menschen	E: 19.11.09 A: 12.10.10	Am 11.11.10 angenommen.	Diese Motion soll im Rahmen des künftigen Gesetzes über betagte und behinderte Menschen umgesetzt werden. Die Frist wird bis 1. Januar 2014 verlängert.
1083.09 RUBD/ GSD/ FIND/ EKSD	Burgener Woeffray Andrea/Roubaty François – Änderung des Gesetzes über Beiträge an Schulbauten für den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule	E: 15.10.09 A: 09.02.10	Am 17.03.10 angenommen.	Der Erlassentwurf wird in der gesetzlichen Frist von einem Jahr überwiesen.
1080.09 EKSD	Boschung Bruno – Änderung des Beschlusses des Staatsrates über die Erhaltung des Baukulturgutes der Alpen betreffend Wahl der Materialien für die Bedachung von Alphütten	E: 17.09.09 A: 21.12.10	Am 02.02.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben.
1079.09 ILFD	Duc Louis/Glauser Fritz – Schaffung eines kantonalen Fonds für Wildschäden	E: 17.09.09 A: 23.03.10	Am 19.05.10 angenommen.	Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume: Botschaft 266 vom 16.08.11. Abgeschrieben.
1078.09 GSD	de Weck Antoinette/Gobet Nadine – Gesetz über eine neue Art der Finanzierung der Einrichtungen zur Betreuung von Kindern	E: 17.09.09 A: 04.05.10	Am 17.06.10 angenommen.	Die Motion wurde gemäss der Aufteilung angenommen, die in der Antwort des SR beantragt wurde. Gesetzesentwurf über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) : Botschaft 238 vom 01.03.11. Abgeschrieben.
1071.09 SJD	Justizkommission – Gesetz über die Gerichtsorganisation – Stellvertreter des Friedensrichters	E: 14.05.09	Am 11.05.11 zurückgezogen.	Gilt als zurückgezogen, da gegenstandslos. Abgeschrieben.
1070.09 ILFD	Butty Dominique – Gesetz über die Gemeinden	E: 02.04.09 A: 29.03.11	Am 11.05.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben.
1052.08 EKSD/ VWD	Ganioz Xavier/Siggen Jean-Pierre – Freiburger Bildungsscheck: Gleichberechtigung durch Wissen!	E: 15.05.08 A: 09.12.08	Am 12.02.09 angenommen.	Da die Versuche erst Anfang 2010 beginnen konnten, wurde ein Gesuch um Fristverlängerung für den Bericht eingereicht. Das Büro hat die Frist bis Ende März 2012 verlängert.
1038.07 VWD	Collomb Eric – Mindestanteil an erneuerbarer Energie bei der Brauchwassererwärmung	E: 22.11.07 A: 08.07.08	Am 13.11.09 angenommen.	Gesetzesentwurf zur Änderung des Energiegesetzes : Botschaft 273 vom 13.09.11. Abgeschrieben.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
1031.07 EKSD	Grandjean Denis – Änderung des Schulgesetzes (Kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im 10. partnersprachlichen Schuljahr)	E: 20.09.07 A: 24.06.08	Am 07.11.08 angenommen.	Die Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht. Antwort des SR im Bericht 206 vom 06.09.10.
1027.07 EKSD/ ILFD	Suter Olivier/Steiert Jean-François – Zweisprachigkeit in der Schule	E: 20.09.07 A: 06.09.10	Am 07.10.10 angenommen.	Die engültige Folge wird mit dem Artikel 9 des Vorentwurfs des Gesetzes über die obligatorische Schule gegeben. Gesetzesentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Zahlungsausstände) : Botschaft 264 vom 05.07.11. Abgeschrieben.
1017.07 GSD	Bachmann Albert/Clément Pierre-Alain – Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	E: 21.06.07 A: 28.10.08	Am 04.12.08 angenommen.	Abgeschrieben. Angesichts von weiteren Motionen zu den Steuern, die in Kraft gesetzt werden müssen, und der finanziellen Aussichten, die sich dank der Nachführung des Finanzplans eröffnen, kann der SR noch nicht voraussehen, wann er dem GR einen Entwurf unterbreiten kann.
1002.07 FIND	Ith Markus – Gesetz über die direkten Kantonssteuern – Reduktion der Kapitalsteuer um den Betrag der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften steuern (DStG)	E: 28.03.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen.	Antwort ist in Vorbereitung. Die Verspätung ergab sich aufgrund der Einführung eines neuen Buchhaltungsmodells, und das Amt für Gemeinden möchte die Frage des Steuerfusses in diesem Rahmen prüfen. Die Motion wird während des 1. Semesters 2012 beantwortet.
164.06 ILFD	Romanens Jean-Louis/Geinoz Jean-Denis – Gesetz über die Gemeinden (Festlegung des Steuerfusses)	E: 03.11.06		Entwurf des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz: Botschaft 274 vom 13.09.11. Abgeschrieben.
163.06 RUBD	Galley Jean-Pierre/Thürler Jean-Pierre – Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (Naturpärke)	E: 03.11.06 A: 11.03.08	Am 04.04.08 angenommen.	Die Antwort des SR ist im Bericht 206 vom 06.09.10 enthalten. Die engültige Folge wird mit dem Artikel 9 des Vorentwurfs des Gesetzes über die obligatorische Schule gegeben.
149.06 EKSD	Freiburghaus Madeleine/Romanens Jean-Louis – Erlernen der Partnersprache	E: 15.05.06 A: 06.09.10	Am 07.10.10 angenommen.	Gemäss Artikel 60 Abs. 4 GRG aus dem Register gestrichen. Abgeschrieben.
133.05 EKSD	Collaud Jean-Jacques/Schnyder Jörg – (die Motion wurde am 14.03.07 von Bachmann Albert übernommen) – Ausbildungsdauer bis zur eidgenössischen Maturität	E: 15.12.05		
122.05 EKSD	Fasel Bruno/Brönimann Charly – Unterrichtsstunde bei Beginn des neuen Schuljahres über «Evakuierungen» in den Schulhäusern bei Feuer- und Naturkatastrophen	E: 13.10.05 A: 09.05.06	Am 15.05.06 angenommen.	Entwurf für einen Artikel im Rahmen der Totalrevision des Schulgesetzes. Die engültige Folge wird mit dem Artikel 9 des Vorentwurfs des Gesetzes über die obligatorische Schule gegeben.
110.01 EKSD	Baudois Jacques/Garnier Bernard – Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit	E: 09.02.01 A: 18.09.01	Am 02.10.01 angenommen.	

2. Postulate

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
2098.11 RUBD	Glauser Fritz/Hunziker Yvan – Umfahrung Romont, Chavannes–La Parqueterie–La Halle	E: 13.10.11 A: 13.12.11		Beratung über die Erheblicherklärung durch den GR.
2097.11 VWD/ EKSD/ SK	Bulliard Christine/Siggen Jean-Pierre – Nationaler und internationaler Berufslernenden - Austausch in einer andern Sprachregion	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
2096.11 FIND	Ducotterd Christian/Ackermann André – Gehälter der Staatsräte, der Oberamtmänner, der Kantonsrichter und der Mitglieder der Kommissionen des Staates	E: 15.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
2095.11 VWD	Waeber Emanuel/Peiry Stéphane – Entwicklung zukünftiger Tourismuszonen	E: 18.08.11	Am 22.12.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben.
2094.11 VWD	Waeber Emanuel/Peiry Stéphane – Stromversorgungssicherheit	E: 14.07.11 A: 20.12.11		Beratung über die Erheblicherklärung durch den GR.
2093.11 VWD	Ganiox Xavier/Schneider Schüttel Ursula – Kontrolle der Entsendung von Arbeitskräften: zusätzliche Mittel für mehr Kontrollen	E: 17.06.11 A: 06.12.11		Beratung über die Erheblicherklärung durch den GR.
2092.11 GSD	Thomet René/Krattinger-Jutzet Ursula – Geschützte Wohnungen für Betagte	E: 17.06.11		Antwort ist in Vorbereitung.
2091.11 GSD	Repond Nicolas/Lehner-Gigon Nicole – Neues Strukturkonzept der Notaufnahme des HFR	E: 17.06.11		Antwort ist in Vorbereitung. Da die Einführung der 2. Etappe der RER Freiburg Freiburg für 2014 vorgesehen ist, bittet der Staatsrat den Grossen Rat zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Bericht nicht innerhalb der gesetzlichen Frist eingereicht werden kann.
2090.11 RUBD	Piller Carrard Valérie/Corminbœuf Dominique – Öffentlicher Regionalverkehr	E: 17.06.11 A: 08.11.11		
2089.11 EKSD	Savary-Moser Nadia – Mangel an Lehrkräften für Kindergarten und Primarschule – Mythos oder Realität?	E: 20.05.11 A: 20.12.11		Beratung über die Erheblicherklärung durch den GR. Der SR beantragt die Annahme des Postulats. Sollte der GR Eintreten beschliessen, so legt der SR seinen Bericht erst in 2 Jahren vor, damit er die Lehren aus dem Pilotprojekt in Vaulruz ziehen kann, mit dem voraussichtlich im Frühjahr 2012 begonnen wird. Die Prüfung dieses Gegenstands wurde auf die Februarsession 2012 verschoben.
2088.11 RUBD	Lehner-Gigon Nicole/Rime Nicolas – Parkplätze für Fahrgemeinschaften	E: 20.05.11 A: 27.09.11		Der Bericht wird gemeinsam mit dem Postulat 2071.10 in der gesetzlichen Frist von einem Jahr überwiesen.
2087.11 GSD	Lehner-Gigon Nicole/Hänni-Fischer Bernadette – Studie über die medizinische Erstversorgung im Kanton	E: 01.04.11 A: 16.08.11	Am 05.10.11 angenommen.	
2086.11 ILFD	Piller Carrard Valérie/Schneider Schüttel Ursula – Vertretung von Frauen in leitenden Funktionen von Grossunternehmen	E: 01.04.11 A: 16.08.11	Am 04.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
2085.11 EKSD	Vez Parisima – Staatskundeunterricht an den Schulen	E: 11.02.11 A: 05.07.11	Am 07.09.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen.
2084.11 EKSD/ RUBD	Suter Olivier/Ackermann André – Kantonale Infrastruktur und Ausstattung für das professionelle Kunstschaffen	E: 14.01.11 A: 03.05.11	Am 08.06.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
2083.10 GSD	Collomb Eric/Menoud Eric – Vorbeugung der Verschuldung Jugendlicher	E: 17.12.10 A: 28.06.11	Am 06.09.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen.
2082.10 GSD	Goumaz-Renz Monique/Schoenenweid André – Ausserfamiliäre Betreuung: Beratung und Unterstützung für Familien in Schwierigkeiten	E: 17.12.10		Antwort ist in Vorbereitung.
2081.10 VWD	Wicht Jean-Daniel/Morand Jacques – Bekämpfung der Schwarzarbeit	E: 17.09.10 A: 29.03.11	Am 07.09.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen.
2080.10 SJD	Rime Nicolas/Raemy Hugo – System der öffentlichen Beurkundung	E: 17.09.10 A: 29.03.11	Am 11.05.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen. Antwort in Vorbereitung. Verlängerung gerechtfertigt aufgrund des Zusammenhangs des Vorstosses mit der Umsetzung der Kriminalpolitik (Zusammenarbeit Generalstaatsanwalt - SR; Art. 67 JG) und der konkreten Anwendung der neuen StPO. Neue Frist: Ende 2012.
2078.10 SJD	Peiry Stéphane – Zwangs- und Dringlichkeitsmassnahmen, um gewalttätigen Demonstrationen entgegenzutreten	E: 25.06.10 A: 21.12.10	Am 03.02.11 angenommen.	
2077.10 RUBD	Menoud Eric/Romanens Jean-Louis – Studie mit Vorschlägen zur Organisation und zur Zukunft des öffentlichen Verkehrs für die drei Bezirke im südlichen Kantonsteil	E: 25.06.10 A: 02.11.10	Am 09.12.10 angenommen.	Der Bericht wird aufgrund der Fristverlängerung durch das Büro des GR bis zum Sommer 2012 überwiesen.
2076.10 GSD	Collomb Eric – Neue Regeln für den Bezug von Sozialhilfe	E: 25.06.10 A: 15.02.11	Am 22.03.11 angenommen.	Der Bericht wird im Laufe des Jahres 2012 überwiesen.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
2075.10 FIND	Collomb Eric – In welchem Mass kann Fernarbeit (Teleworking) beim Staat zum Einsatz gelangen?	E: 25.06.10 A: 28.09.10	Am 07.12.10 angenommen.	Weisungen über die Voraussetzungen für Teleworking müssen herausgegeben und während mindestens 3 Jahren angewendet werden. Deshalb kann der Bericht nicht vor 2014 überwiesen werden.
2074.10 ILFD/ EKSD	de Roche Daniel/Thévoz Laurent – Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften im Kanton Freiburg	E: 27.05.10 A: 08.11.10	Am 09.12.10 angenommen.	Der Bericht wird aufgrund der Fristverlängerung durch das Büro des GR im September 2012 überwiesen.
2073.10 VWD	Rime Nicolas/Marbach Christian – S-Bahnnetz-Anschluss für entfernte Ortschaften, in den Agglomerationen und Vereinbarungen mit den Nachbarkantonen	E: 27.05.10 A: 26.10.10	Am 09.12.10 angenommen.	Bericht 250 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2072.10 GSD	Burgener Woeffray Andrea/Fasel Bruno – Regelmässige Berichte über die Armut im Kanton Freiburg	E: 25.03.10 A: 21.09.10	Am 10.11.10 angenommen.	Der SR wird seinen ersten Bericht 2012 überweisen.
2071.10 GSD	Boschung-Vonlanthen Moritz/Thalmann-Bolz Katharina – Förderung von Gemeinschaftspraxen bzw. Grundversorgungszentren auf dem Land	E: 25.03.10 A: 22.02.11	Am 22.03.11 angenommen.	Der Bericht wird gemeinsam mit dem Bericht zum Postulat 2087.11 überwiesen.
2070.10 SJD/ VWD/ EKSD	Ganioz Xavier/Mutter Christa – Berufsbildung auch für junge Sans-Papiers	E: 25.03.10 A: 24.08.10	Am 07.10.10 angenommen.	Mit der Antwort wird auf die Vernehmlassung zur Änderung der Bundesgesetzgebung auf diesem Gebiet zugewartet. Neue Frist: Ende 2012.
2069.10 EKSD/ ILFD	Commission des pétitions – Untersuchung der Tierversuche an der Universität Freiburg im Allgemeinen und an Primaten im Besonderen	E: 25.03.10 A: 17.08.10	Am 08.09.10 angenommen.	Bericht 293 vom 13.12.2011.
2068.10 EKSD	Schorderet Gilles/Hunziker Yvan – Erhaltung des Baukulturgutes der Alpen (Auswirkungen des Beschlusses über die Erhaltung des Baukulturgutes der Alpen)	E: 25.03.10 A: 21.12.10	Am 02.02.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen. Der SR wird den Bericht überweisen, sobald die Schlussfolgerungen des Berichts des WIG und des ergänzenden Berichts des GLAS sowie der neue Entwurf zur Revision des KVG bekannt sind.
2067.10 GSD	Rey Benoît/Mauron Pierre – Einheitskrankenkasse	E: 11.02.10 A: 16.11.10	Am 09.12.10 angenommen.	Der Bericht wird aufgrund der Fristverlängerung durch das Büro des GR bis zum Sommer 2012 überwiesen.
2066.10 RUBD/ VWD	Buchmann Michel/Rey Benoît – Mögliche Lösungen für das Problem der Kreuzungen von S-Bahn und Strassenverkehr	E: 11.02.10 A: 21.09.10	Am 10.11.10 angenommen.	Bericht ist in Vorbereitung.
2065.09 GSD	Aeby-Egger Nicole – Betreuung suchtmittelabhängiger Personen	E: 22.12.09 A: 21.06.10	Am 07.09.10 angenommen.	Der GR nimmt zur Kenntnis, dass der Bericht wahrscheinlich nicht in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen werden kann.
2064.09 VWD	Mutter Christa – Wärmerückgewinnung aus Abwasser	E: 19.11.09 A: 11.05.10	Am 16.06.10 angenommen.	Der SR hat dem Postulat direkte Folge gegeben: Bericht 288 vom 25.10.11. Abgeschrieben.
2063.09 GSD	Brodard Jacqueline/Bourguet Gabrielle – Berufliche Wiedereingliederung von Müttern und Vätern, die für die Betreuung der Kinder ihre Stelle aufgegeben haben	E: 19.11.09 A: 25.10.11		
2062.09 EKSD	Bulliard Christine/Fasel Josef – Integration von Alltagskompetenzen – Hauswirtschaft als Pflichtfach	E: 15.10.09 A: 23.03.10	Am 15.06.10 angenommen.	Bericht 290 vom 16.11.11. Abgeschrieben.
2061.09 RUBD	Ganioz Xavier/Burgener Woeffray Andrea – Einsatz des Kantons zugunsten fairer öffentlicher Beschaffungen	E: 15.10.09 A: 09.02.10	Am 17.03.10 angenommen.	Die dem Bericht 261 angefügte Strategie «Nachhaltige Entwicklung» vom 21.06.11 dient als Bericht zum Postulat. Abgeschrieben.
2060.09 RUBD	Etter Heinz – Langfristige Planung der Abwasserreinigung in der Region Murtensee	E: 15.10.09 A: 23.02.10	Am 17.03.10 angenommen.	Bericht 253 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2058.09 VWD/ RUBD	Chassot Claude – Untersuchung der Vor- und Nachteile einer Unterstellung des Amtes für Verkehr und Energie unter die RUBD	E: 17.09.09 A: 21.12.10	Am 02.02.11 angenommen.	Die Antwort dient als Bericht. Abgeschrieben.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
2057.09 RUBD	Dorand Jean-Pierre/Ciément Pierre-Alain – Prüfung eines Projekts für eine Tram-Train-Linie zwischen Belfaux und Freiburg	E: 17.09.09 A: 27.04.10	Am 15.06.10 angenommen.	Angesichts des Umfangs der Untersuchungsarbeiten, die geleistet werden müssen, ist es nicht möglich, den Bericht in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr einzureichen, denn dieser wird in eine ausführlichere Studie aufgenommen.
2054.09 ILFD/ FIND	Boschung Moritz/Glardon Alex – Public corporate governance	E: 14.05.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen.	Bericht 267 von 16.08.2011. Abgeschrieben.
2050.09 VWD	Wicht Jean-Daniel/Ackermann André – Kontrolle der Kosten und Leistungen der öffentlichen Verkehrsunternehmen	E: 19.02.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen.	Bericht 248 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2048.09 GSD	Krattinger-Jutzet Ursula/Marbach Christian – Palliatives Betreuungskonzept für der Kanton Freiburg	E: 19.02.09 A: 15.03.10	Am 20.05.10 angenommen.	Der Bericht wird unterbreitet, sobald die Schlussfolgerungen des Projekts «Voltigo» bekannt sind.
2047.09 VWD	Ducotterd Christian/de Reyff Charles – Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs in der Agglomeration Freiburg	E: 19.02.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen.	Bericht 249 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2046.08 FIND	Peiry Stéphane/Mauron Pierre – Internes Kontrollsystem	E: 12.11.08 A: 17.02.09	Am 25.03.09 angenommen.	Bericht 233 vom 31.01.11. Abgeschrieben.
2045.08 RUBD	Suter Olivier/Crausaz Jacques – Für eine Raumplanung, die der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist	E: 12.11.08 A: 20.01.09	Am 24.03.09 angenommen.	Bericht 181 von 09.02.10. Die dem Bericht 261 vom 21.06.11 angefügte Strategie «Nachhaltige Entwicklung» ergänzt diesen Bericht. Abgeschrieben.
2040.08 VWD/ GSD	Wicht Jean-Daniel/Ducotterd Christian – Praktika in Unternehmen für die berufliche Wiedereingliederung	E: 11.09.08 A: 17.05.11	Am 07.09.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen.
2039.08 VWD	Grandjean Denis – Errichtung von Wasserkraftwerken im Kanton Freiburg	E: 11.09.08 A: 29.09.09	Am 13.11.09 angenommen.	Die Ergebnisse der Studie werden in den kantonalen Richtplan aufgenommen. Abgeschrieben.
2038.08 RUBD	Weber-Gobet Marie-Thérèse/Bachmann Albert – Inventar der Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die sich für thermische und photovoltaische Solaranlagen eignen	E: 17.07.08 A: 28.10.08	Am 16.02.09 angenommen.	Bericht 231 vom 25.01.11. Abgeschrieben.
2034.08 ILFD	Boschung Moritz/Ackermann André – Unterstützung der zweisprachigen Gemeinden durch den Kanton	E: 26.06.08 A: 08.02.11	Am 23.03.11 angenommen.	Der Bericht wird in der gesetzlichen Frist von 1 Jahr überwiesen.
2032.08 GSD	Raemy Hugo/Tschopp Martin – Chancengleichheit von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung Freiburg	E: 15.05.08 A: 11.11.08	Am 11.02.09 angenommen.	Bericht 252 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2029.08 EKSD	Collomb Eric – Schaffung von «S-K-A»-Strukturen (Sport-Kunst-Ausbildung) im Kanton Freiburg	E: 15.05.08 A: 22.12.09	Am 03.02.10 angenommen.	Bericht ist in Vorbereitung.
2024.07 VWD	Collomb Eric – Schaffung eines Technologieparks als Dach für die Innovation	E: 12.12.07 A: 16.12.08	Am 16.02.09 angenommen.	Bericht 268 vom 16.08.11. Abgeschrieben.
2023.07 SJD	Grandjean Denis – Reglement über Fundsachen	E: 11.12.07 A: 11.03.08	Am 03.04.08 angenommen.	Entwurf des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) : Botschaft 269 von 23.08.11. Abgeschrieben.
2021.07 RUBD	Zurkinden Hubert/Suter Olivier – Nachhaltige Entwicklung	E: 21.08.07 A: 03.06.08	Am 13.02.09 angenommen.	Bericht 181 von 09.02.10. Die dem Bericht 261 vom 21.06.11 angefügte Strategie «Nachhaltige Entwicklung» ergänzt diesen Bericht. Abgeschrieben.
2018.07 GSD	Bulliard Christine/Steiert Jean-François – Senkung der Prämienlast der Familien in der obligatorischen Krankenversicherung	E: 11.05.07 A: 27.10.09	Am 16.12.09 angenommen.	Bericht ist in Vorbereitung.
2015.07 VWD	Haenni Charly – Kantonale Verkehrspolitik	E: 08.05.07 A: 26.08.08	Am 05.11.08 angenommen.	Bericht 250 vom 17.05.11. Abgeschrieben.
2008.07 EKSD/ GSD	Raemy Hugo/Krattinger Ursula – Schulsozialarbeit während der obligatorischen Schulzeit	E: 16.03.07 A: 23.10.07	Am 13.02.08 angenommen.	Die Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
322.06 EKSD/ GSD	Morel Françoise/Masset André – Schuldienste	E: 03.11.06 A: 08.05.07	Am 27.03.07 angenommen.	Der Bericht wird in eine Botschaft über das kantonale Sonderschulkonzept und zu einem entsprechenden Gesetz aufgenommen, das 2011 in die Vernehmlassung gehen soll.
273.05 SJD	Berset Solange/Bapst Markus – Erdbebenprävention im Kanton Freiburg	E: 03.02.05 A: 21.06.05	Am 22.06.05 angenommen.	Bericht 242 vom 05.04.11. Abgeschrieben.
268.04 GSD	Keller-Studer Catherine – Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter	E: 16.12.04 A: 26.04.05	Am 23.06.05 angenommen.	Gesetzesentwurf über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (Botschaft 238 vom 01.03.11). Der Bericht zu diesem Postulat in die Botschaft integriert. Abgeschrieben.
257.04 FIND	Glardon Alex/Haenni Charly – Pensionskasse des Staatspersonals	E: 16.09.04 A: 25.01.05	Am 16.03.05 angenommen.	Diesem Postulat wurde mit dem neuen Gesetz vom 12.05.11 über die PKSPF Rechnung getragen. Abgeschrieben.
255.04 EKSD	Krattinger Ursula – Einführung von Tagesschulen und Blockzeiten an den öffentlichen Schulen	E: 16.09.04 A: 06.09.05	Am 13.10.04 angenommen.	Die Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht.
253.04 FIND	Berset Solange – Pensionskasse des Staatspersonals	E: 16.06.04 A: 07.09.04		Diesem Postulat wurde mit dem neuen Gesetz vom 12.05.11 über die PKSPF Rechnung getragen. Abgeschrieben.
251.04 ILFD	Steiert Jean-François/Haenni Charly – Gemeindezusammenschlüsse	E: 16.06.04 A: 01.02.05	Am 03.02.05 angenommen.	Die Oberamtspersonen müssen aufgrund von Weisungen, die bis Ende Februar 2011 von der ILFD erarbeitet werden, einen Fusionsplan vorlegen. Der Bericht kann erst verfasst werden, wenn diese Weisungen fertig sind. Ein Bericht wird dem GR im Laufe des 1. Semesters 2012 unterbreitet.
223.03 SJD	Josef Fasel – Elementarschäden als Folge von Klimaveränderung	E: 12.02.03 A: 24.06.03	Am 24.06.03 angenommen.	Bericht 277 vom 20.09.11. Abgeschrieben.

3. Aufträge

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
4030.11 FIND/ EKSD/ GSD	Losey Michel/Waeber Emanuel/Zadory Michel/ Page Pierre-André/Schorderet Gilles/Broenimann Charles/Piller Alfons/Johner-Etter Ueli (ersetzt Binz Joseph)/ Thalmann-Bolz Katharina (ersetzt Rossier Jean-Claude)/ Schuwey Roger – Änderung der Verordnung über die Verbilligung der Krankenkassenprämien und des Reglements über die Stipendien	E: 10.11.11		Antwort ist in Vorbereitung.
4029.11 VVD	Hänni-Fischer Bernadette/Mutter Christa (ersetzt de Roche Daniel)/ Lehner-Gigon Nicole/Repond Nicolas (ersetzt Aebischer Bernard)/ Bonny David/ Raemy Hugo/Schneider Schüttel Ursula/Bapst Markus/Badoud Antoinette/Rime Nicolas (ersetzt Menoud Eric) – Weiterbildung für Berufs- und Fachleute im Bereich erneubare Energie	E: 17.06.11		Antwort ist in Vorbereitung.
4028.11 RUBD	Geinoz Jean-Denis/Page Pierre-André/Clément Pierre-Alain/Mauron Pierre/Thürler Jean-Pierre/ Gobet Nadine/Feldmann Christiane/Etter Heinz/ Burkhalter Fritz/Peiry Stéphane – Deponie La Pila: Auswahlmöglichkeit für den Grosse Rat	E: 17.06.11 A: 16.11.11		Auftrag darf der Erheblicherklärung durch den GR.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
4027.11 VWD	Rime Nicolas, Brunner Daniel, Roubaty François, Schneider Schüttel Ursula, Hänni-Fischer Bernadette, Raemy Hugo, Repond Nicolas, Ganioz Xavier, Burgener Woeffray Andrea, Jelk Guy-Noël – Stoppt die Stromverschwendung	E: 20.05.11 A: 11.10.11		Auftrag darf der Erheblicherklärung durch den GR.
4026.11 RUBD/ EKSD	Morand Jacques, Page Pierre-André, Bapst Markus, Siggen Jean-Pierre, Jendly Bruno, Geinoz Jean-Denis, Cardinaux Gilbert, Romanens Jean-Louis, Thévoz Laurent, Mauron Pierre – Adolphe-Merkle-Institut – Untergrund	E: 20.05.11	Am 03.11.11 zurückgezogen	Abgeschrieben.
4025.11 RUBD/ EKSD	Morand Jacques, Rime Nicolas, Page Pierre-André, Bapst Markus, Siggen Jean-Pierre, Jendly Bruno, Geinoz Jean-Denis, Cardinaux Gilbert, Thévoz Laurent, Mauron Pierre – Adolphe-Merkle-Institut – zusätzliches Geschoss	E: 20.05.11 A: 20.09.11	Am 03.11.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
4024.11 ILFD	Mauron Pierre, Piller Carrard Valérie, Lehner-Gigon Nicole, Repond Nicolas, Ganioz Xavier, Thomet René, Corminbœuf Dominique, Roubaty François, Rime Nicolas, Berset Solange – ALPIQ	E: 20.05.11 A: 16.08.11	Am 04.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
4023.11 VWD	Mutter Christa/Rey Benoît/Raemy Hugo/Schneider Schüttel Ursula/Suter Olivier/Thévoz Laurent/Rime Nicolas/de Roche Daniel/Aeby-Egger Nicole/Marbach Christian – Antrag an den Bundesrat bezüglich des Kernkraftwerks Mühleberg	E: 01.04.11 A: 05.09.11	Am 05.10.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
4022.11 ILFD	Losey Michel/Page Pierre-André/Glauser Fritz/Johner-Etter Ueli (ersetzt Genoud Joe)/ Zadory Michel/Schorderet Gilles/Frossard Sébastien/Gander Daniel/Burkhalter Fritz/Peiry Stéphane (ersetzt Bachmann Albert) – Gesuch um Beitritt der Freiburger Regierung zur Schweizerischen Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor (SALS)	E: 01.04.11 A: 16.11.11		Auftrag darf der Erheblicherklärung durch den GR.
4021.10 EKSD	Suter Olivier/Aeby-Egger Nicole/Beyeler Hans-Rudolf/de Roche Daniel/Rey Benoît/Chassot Claude/Thévoz Laurent/Duc Louis/Marbach Christian/Girard Raoul – Den Willen und die Grosszügigkeit von Jean Tinguely respektieren	E: 17.12.10 A: 03.05.11	Am 08.06.11 abgelehnt.	Abgeschrieben.
4020.10 VWD	Ganioz Xavier/Brodard Vincent/Thomet René/Hänni Bernadette/Repond Nicolas/Girard Raoul/Rime Nicolas/Mauron Pierre/Burgener Woeffray Andrea/Aebischer Bernard – Retten wir unsere Regionallinien!	E: 17.09.10 A: 08.02.10	Am 23.03.11 zurückgezogen.	Abgeschrieben.
4019.10 GSD	Ducotterd Christian/Lauper Nicolas/Bourguet Gabrielle/Jordan Patrice/Andrey Pascal/Menoud Eric/Kaelin Murith Emmanuelle/Waerber Emanuel/Fasel Josef/Bulliard Christine – Änderung der Verordnung über die Verbilligung der Krankenkassen-prämien und des Reglements über die Stipendien	E: 25.06.10 A: 03.10.11	Am 04.11.11 angenommen.	Der SR wird dem Auftrag in der gesetzlichen Frist von einem Jahr Folge geben.
4018.10 RUBD	Wicht Jean-Daniel/Cotting Claudia/Kolly René/Kuenlin Pascal/Hunziker Yvan/Vial Jacques/Siggen Jean-Pierre/Gobet Nadine/Savary Nadia/Genoud Joe – Zahlungsfristen bei Bauleistungen	E: 25.06.10 A: 26.10.10	Am 03.02.11 angenommen.	Angenommen gemäss Anträgen des SR. Der SR hat die notwendigen Massnahmen ergriffen. Abgeschrieben.
4017.09 GSD/ EKSD/ FIND/ RUBD	Burgener Woeffray Andrea/Jelk Guy-Noël/Raemy Hugo/Marbach Christian/Roubaty François/Tschopp Martin/Krattinger Ursula/Mauron Pierre/Piller Carrard Valérie/Girard Raoul – Anstossfinanzierung zur Schaffung von Plätzen in der ausserschulischen Betreuung	E: 15.10.09 A: 03.05.11	Am 07.06.11 teilweise angenommen.	Angenommen gemäss Anträgen des SR: Pkt. a) angenommen, Pkt. b) abgelehnt. Der SR wird dem Auftrag in der gesetzlichen Frist von einem Jahr Folge geben.

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
4009.08 RUBD	Losey Michel/Collomb Eric/Duc Louis/Piller Valérie/Bachmann Albert/Corminbœuf Dominique/Zadory Michel/Hänni Charly/Collaud Elian/Glar-don Alex – Fahrende	E: 09.05.08 A: 14.10.08	Am 05.12.08 angenommen.	Eine von der RUBD vorgeschlagene Lösung wurde vom Bund gutgeheissen, der mit der Umsetzung beauftragt ist. Abgeschrieben.

4. Volksmotionen

Nr. und Direktion	Verfasser und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2011
1513.11 VWD	Grünliberale Partei – Für eine echte Förderung der Solarenergie im Kanton Freiburg	E: 24.11.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1512.11 ILFD/ EKSD/ VWD	Jugendrat des Kantons Freiburg – Tag der Zweisprachigkeit	E: 02.09.11		Antwort ist in Vorbereitung.
1511.11 ILFD	Jungfreisinnigen des Kantons Freiburg – Für eine freiwillige Kirchensteuerpflicht der juristischen Personen	E: 29.08.11 A: 13.12.11		Motion darf der Erheblicherklärung durch den GR.
1510.11 VWD	Christlich-soziale Partei – Mehr Demokratie in Atomfragen	E: 08.06.11 A: 03.10.11		Motion darf der Erheblicherklärung durch den GR.
1509.10 VWD	JungsozialistInnen Freiburg – Unentgeltlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel für die Jugend des Kantons Freiburg	E: 07.01.11 A: 21.06.11	Am 09.09.11 abgelehnt.	Abgeschrieben. Der SR leistet dieser Motion bei der Ausarbeitung des Gesetzes über betagte Personen Folge, das am 1. Januar 2014 in Kraft treten soll.
1505.07 GSD	Christlich-soziale Partei – Günstige und angemessene Alterswohnungen	E: 20.11.07 A: 13.04.10	Am 20.05.10 angenommen.	

5. Anfragen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3422.11 RUBD/ EKSD	Chassot Claude – Schloss Attalens, eine historische, touristische und kulturelle Stätte des Kantons Freiburg?	E: 07.12.11
3421.11 EKSD	Goumaz-Renz Monique/Cotting Claudia – Schwimmbäder für den Schulunterricht. <i>Da die Verfasserinnen dieser Anfrage nicht mehr Mitglieder des Grossen Rates sind, wird der Vorstoss abgeschrieben. Der Staatsrat hat indessen auf jeden Fall die Möglichkeit, die Anfrage noch zu beantworten.</i>	E: 07.11.11
3420.11 RUBD	Gander Daniel/Cotting Claudia – Kreisel	E: 07.11.11
3419.11 VWD	Cotting Claudia – Amt für Berufsbildung. <i>Da die Verfasserin dieser Anfrage nicht mehr Mitglied des Grossen Rates ist, wird der Vorstoss abgeschrieben. Der Staatsrat hat indessen auf jeden Fall die Möglichkeit, die Anfrage noch zu beantworten.</i>	E: 03.11.11
3418.11 JR	Corminbœuf Dominique – Rolle der Ersatzbeisitzerinnen und Ersatzbeisitzer im Freiburger Rechtssystem	E: 02.11.11
3417.11 RUBD	Brunner Daniel – A12 – Zukunft der Autobahnbrücke Flamatt	E: 28.10.11
3416.11 VWD/RUBD	Suter Olivier/Thévoz Laurent – Entwicklung von thermischer und fotovoltaischer Solarenergie – Erneuerbare Energien	E: 13.10.11
3415.11 EKSD	Suter Olivier – Schaffensbeitrag; kantonale Kulturkommission; Reglement über die kulturellen Angelegenheiten	E: 13.10.11 A: 20.12.11
3414.11 RUBD/ VWD	Wicht Jean-Daniel – Landschaftsgestaltung rund um die Gebäude des Staates Freiburg	E: 10.10.11 A: 13.12.11
3413.11 EKSD	Peiry Stéphane/Page Pierre-André – Vorführung des Films «Vol spécial» in Freiburger Schulen	E: 10.10.11 A: 20.12.11

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3412.11 SJD	Brönnimann Charles – Situation eines abgewiesenen Asylbewerbers	E: 06.10.11 A: 13.12.11
3411.11 GSD	Menoud Eric/Romanens Jean-Louis – Entfernung des Medizinbeckens der Stiftung HorizonSud in Marsens. <i>Da die Verfasser dieser Anfrage nicht mehr Mitglied des Grossen Rates sind, wird der Vorstoss abgeschrieben. Der Staatsrat hat indessen auf jeden Fall die Möglichkeit, die Anfrage noch zu beantworten.</i>	E: 05.10.11
3410.11 VWD	Ganioz Xavier/Siggen Jean-Pierre – Gesuch um Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrags der Tankstellenshops im Kanton Freiburg	E: 28.09.11 A: 20.12.11
3409.11 VWD/SJD/ ILFD	Glauser Fritz – Aprikosenverkauf am Strassenrand	E: 26.09.11 A: 20.12.11
3408.11 VWD	Mutter Christa – Ungenügende Notkühlung des AKW Mühleberg	E: 12.09.11
3407.11 RUBD	Mutter Christa – Massnahmen zugunsten der Biodiversität – Ziele für 2020	E: 12.09.11 A: 16.11.11
3406.11 GSD	Roubaty François – Finanzierung des Sonderkindergartens «La Coccinelle»	E: 08.09.11
3405.11 FIND	Schnyder Erika – Gesetz über die Kantonssteuern – Harmonisierung mit dem Bundesrecht – Besteuerung geschiedener pensionierter Väter	E: 29.08.11 A: 22.11.11
3404.11 EKSD	Page Pierre-André/Peiry-Kolly Claire – Berufsbegleitende Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer	E: 25.08.11 A: 20.12.11
3403.11 VWD	Jendly Bruno – Das Gebäudeprogramm	E: 25.08.11 A: 22.11.11
3402.11 GSD	Peiry Stéphane – Provisorische Schliessung der Geburtenabteilung des Kantonsspitals	E: 19.08.11
3401.11 GSD	Fasel-Roggo Bruno – Massnahmen im Kantonsspital - Gynäkologie (Geburtsabteilung)	E: 18.08.11
3400.11 EKSD	Corminbœuf Dominique – Betrieb des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye	E: 16.08.11 A: 22.11.11
3399.11 ILFD	Fasel-Roggo Bruno – Gesetz über die Hundehaltung (HHG)	E: 02.08.11 A: 11.10.11
3398.11 VWD	Cotting Claudia – Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)	E: 11.07.11 A: 16.08.11
3397.11 SJD/RUBD	Brönnimann Charles – Nutzung von Räumlichkeiten für den Gebrauchtwagenhandel	E: 16.06.11 A: 16.08.11
3396.11 FIND/VWD	Schorderet Edgar – Steuervergünstigung in Zusammenhang mit Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Änderung des DStG)	E: 14.06.11 A: 23.08.11
3395.11 VWD	Berset Solange – Berufsbildung	E: 09.06.11 A: 30.08.11
3394.11 VWD	Bonny David – Prüfung der Tarife von Groupe E nach der Bekanntgabe der horrenden Kosten für ihr neues Gebäude	E: 09.06.11 A: 23.08.11
3393.11 VWD	Bussard Christian – Erfassung der von der Groupe E erworbenen Kunstwerke	E: 07.06.11 A: 05.07.11
3392.11 ILFD	Hänni Bernadette – Situation der Bienenzucht im Kanton Freiburg	E: 30.05.11 A: 13.12.11
3391.11 ILFD/RUBD	Bapst Markus – Verschmutzung von Gewässern durch Hofdünger	E: 24.05.11 A: 23.08.11
3390.11 EKSD	Aeby-Egger Nicole – Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung an den Orientierungsschulen während der Mittagszeit	E: 12.05.11 A: 16.08.11
3389.11 GSD	Johner-Etter Ueli – Aufsicht des Staates über Stiftungen, insbesondere der Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte, SSEB	E: 12.05.11 A: 06.12.11
3388.11 VWD	Waeber Emanuel – Entwicklung zukünftiger Tourismuszonen	E: 11.05.11 A: 23.08.11
3387.11 RUBD	Mauron Pierre – Kreisell im Dorfzentrum von Riaz	E: 11.05.11 A: 06.06.11
3386.11 ILFD	Duc Louis – Fischer und Kormorane: welche Zukunft?	E: 29.04.11 A: 16.08.11

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3385.11 VWD	Ducotterd Christian – Bau eines Bahnhofs in Avry	E: 26.04.11 A: 28.06.11
3384.11 FIND	Waeber Emauel – Personalfluktuatun und Personalförderung	E: 26.04.11 A: 05.07.11
3383.11 GSD	Ganioz Xavier – Essstörungen: Behandlung und Begleitung von Personen, die an Magersucht/Bulime leiden, im Kanton Freiburg	E: 21.04.11
3382.11 VWD	Hänni Bernadette – Problematik Hochspannungsleitung und Atomstrom	E: 11.04.11 A: 15.06.11
3381.11 FIND	Mauron Pierre – ALPIQ	E: 08.04.11 A: 15.06.11
3380.11 VWD	Wicht Jean-Daniel – Qualitätskontrolle eines Objekts, das über das Gebäudeprogramm subventioniert wird	E: 04.04.11 A: 15.06.11
3379.11 ILFD	Duc Louis – Unausgewogene Verteilung in den Verwaltungsräten	E: 04.04.11 A: 16.08.11
3378.11 VWD	Wicht Jean-Daniel/Siggen Jean-Pierre – Anforderungen des Kantons Genf an Freiburger Unternehmen, die private Aufträge ausführen	E: 01.04.11 A: 03.05.11
3377.11 VWD	Goumaz-Renz Monique/de Roche Daniel – Hochspannungsleitung Yverdon–Galmiz	E: 31.03.11 A: 17.05.11
3376.11 RUBD/ VWD	Thévoz Laurent – Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die sich für thermische und photovoltaische Solaranlagen eignen	E: 30.03.11 A: 31.05.11
3375.11 SK	Studer Albert – Disfunktion des Systems Votel	E: 28.03.11 A: 31.05.11
3374.11 ILFD	Vonlanthen Rudolf/Piller Alfons – Begleitmassnahmen hinsichtlich der Verkehrsregelung auf Alp- und Waldwegen: Wann wird die rechtliche Situation der Parkplätze geregelt?	E: 24.03.11 A: 31.05.11
3373.11 EKSD	Jelk Guy-Noël/Suter Olivier – Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz	E: 24.03.11 A: 12.04.11
3372.11 RUBD	Peiry-Kolly Claire – Gebäude der ehemaligen Klinik Garcia	E: 18.03.11 A: 17.05.11
3371.11 VWD	Waeber Emanuel – Zukünftige Stromversorgungssicherheit für den Kanton Freiburg	E: 17.03.11 A: 21.06.11
3370.11 VWD	Rime Nicolas – Welche Politik verfolgen die TPF und der Staatsrat bezüglich Carsharing?	E: 16.03.11 A: 31.05.11
3369.11 SJD	Zürcher Werner – Direktion der Anstalten von Bellechasse – Personalführung	E: 28.02.11 A: 19.04.11
3368.11 VWD	Binz Josef – Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Automobilgewerbes des Kantons Freiburg	E: 25.02.11 A: 17.05.11
3367.11 VWD	Collomb Eric – Der Technologiepark eine Totgeburt?	E: 21.02.11 A: 05.04.11
3366.11 ILFD	Romanens Jean-Louis – Neuer interkommunaler Finanzausgleich	E: 10.02.11 A: 17.05.11
3365.11 VWD	Ganioz Xavier – Auswirkungen und Konsequenzen (der Abstimmung über die Revision) des AVIG für die arbeitslosen und stellensuchenden Personen im Kanton Freiburg	E: 02.02.11 A: 05.04.11
3364.11 GSD	Schnyder Erika – Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezüger, die ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen	E: 27.01.11 A: 01.03.11
3363.11 VWD/RUBD	Rey Benoît – Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle vor den Toren Freiburgs	E: 18.01.11 A: 21.03.11
3362.10 RUBD	De Weck Antoinette – Instandstellung der Scheune auf dem Gelände der Johanniterkomturei, Untere Matte in Freiburg	E: 17.12.10 A: 08.02.11
3361.10 RUBD/ VWD	Bapst Markus – Projekt Wasserkraftwerk in der Warmen Sense	E: 15.12.10 A: 15.03.11
3360.10 GSD	Lehner-Gigon Nicole – Ergänzungsleistungen und Beiträge an die Krankenversicherungsprämien	E: 13.12.10 A: 01.03.11
3359.10 VWD	Rime Nicolas – Briefzustellung durch die Post am 8. Dezember 2010	E: 13.12.10 A: 08.02.11

2011

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3358.10 VWD/GSD	Aeby-Egger Nicole – Validierung von Bildungsleistungen Krankenpfleger/i	E: 13.12.10 A: 05.04.11
3357.10 VWD	Corminbœuf Dominique – Erschliessung des unteren Broyebezirks durch den öffentlichen Verkehr	E: 09.12.10 A: 15.02.11
3356.10 VWD	Collomb Eric – Mögliche Schaffung einer interkantonalen Berufsfachschule	E: 01.12.10 A: 15.03.11
3355.10 ILFD	Haenni Bernadette – Stand der Umsetzung der Verfassung	E: 22.11.10 A: 08.02.11
3354.10 GSD	Grandjean Denis – Telealarm für ältere, behinderte und allein lebende Menschen im Kanton Freiburg	E: 18.11.10
3353.10 FIND	Losey Michel – Bearbeitung und Nachkontrolle der Steuererklärungen der natürlichen Personen	E: 16.11.10 A: 25.01.11
3351.10 EKSD	Peiry-Kolly Claire/Page Pierre-André – Zugang zu den Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen	E: 15.11.10 A: 31.05.11
3349.10 FIND	Waeber Emanuel – Gesamtübersicht der Dienstleistungen und Beratungen Dritter während der letzten 4 Jahre (laufende Legislaturperiode)	E: 12.11.10 A: 31.01.11
3348.10 RUBD	Waeber Emanuel – Baubewilligungsverfahren und Nachweis der Qualifizierung	E: 12.11.10 A: 18.01.11
3347.10 SK	Butty Dominique/Thévoz Laurent – Ombudsstelle	E: 12.11.10 A: 28.06.11
3346.10 VWD	Emonet Gaétan/Raemy Hugo – Erarbeitung einer Stellungnahme des Kantons zu Rahmenbewilligungsgesuchen für neue Kernanlagen	E: 12.11.10 A: 31.01.11
3345.10 CHA	Brodard Vincent/Rime Nicolas – Propaganda für die Abstimmung vom 28. November 2010	E: 12.11.10 A: 15.02.11
3344.10 VWD	Rime Nicolas/Gendre Jean-Noël – Energieeffizienz und erneuerbare Energien	E: 10.11.10 A: 31.01.11
3343.10 RUBD	Jordan Patrice – Parkplatz für Fahrzeuggemeinschaften	E: 03.11.10 A: 08.02.11
3340.10 ILFD	Schorderet Gilles – Golfplatz Pont-la-Ville – Kontrolle der Pachtzinse durch die Behörde für Grundstückverkehr	E: 05.10.10 A: 15.03.11
3339.10 GSD	Krattinger Ursula – Entschädigung der Samariterinnen und Samariter	E: 16.09.10 A: 25.01.11
3335.10 ILFD	Boschung Moritz – Strategie gegen Neophyten	E: 06.09.10 A: 21.03.11
3328.10 ILFD	Brönnimann Charles – Anwendung des Reglements über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen	E: 28.07.10 A: 15.03.11
3320.10 GSD	Duc Louis – Was ist im Interkantonalen Spital der Broye (HIB) in Payerne los?	E: 28.06.10 A: 15.02.11
3302.10 GSD/EKSD	Burgener Woeffray Andrea – Anstossfinanzierung ausserschulische Betreuung seitens des Bundes	E: 24.03.10 A: 06.06.11
3295.10 ILFD	Collaud Elian – Nationalgestüt in Avenches	E: 02.03.10 A: 01.03.11
3293.10 ILFD	Duc Louis – Kurzfristige Aufhebung des Nationalgestüts in Avenches	E: 01.03.10 A: 01.03.11
3260.09 VWD	Wicht Jean-Daniel/Siggen Jean-Pierre – Anforderungen des Kantons Genf an Freiburger Unternehmen, die auf Genfer Kantonsgebiet arbeiten	E: 13.10.09 A: 01.03.11



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport DICS
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD

WWW.FR.CH/EKSD

Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD

2011

I. Direktion und Generalsekretariat	1	VIII. Hochschule für Gesundheit Freiburg	50
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	50
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	51
3. Interkantonale Zusammenarbeit	4		
5. Gesetzgebung	5		
II. Amt für Ressourcen	6	IX. Fachhochschule Freiburg für soziale Arbeit (FHF-SA)	53
1. Aufgaben	6	1. Aufgaben	53
2. Tätigkeit	6	2. Tätigkeit	54
III. Ämter für obligatorischen Unterricht	8	X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	55
1. Aufgaben	8	1. Aufgaben	55
2. Tätigkeit	8	2. Berufsberatung	55
		3. Erwachsenenbildung	57
IV. Sekundarstufe II	26	XI. Amt für Ausbildungsbeiträge	58
1. Aufgaben	26	1. Aufgaben	58
2. Tätigkeit	26	1. Tätigkeit	58
3. Kollegium St. Michael	29		
4. Kollegium Heilig Kreuz	31	XII. Amt für Sport	59
5. Kollegium Gambach	33	1. Aufgaben	59
6. Kollegium des Südens	35	2. Ordentliche Tätigkeit	59
7. Fachmittelschule Freiburg / FMSF	37		
8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye	39	XIII. Amt für Kultur	62
V. Amt für Universitätsfragen	41	1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit	62
1. Aufgaben	41	2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit	66
2. Tätigkeit	41	3. Staatsarchiv	66
VI. Universität	44	4. Kantons- und Universitätsbibliothek	69
1. Aufgaben	44	5. Konservatorium	76
2. Tätigkeit	45	6. Museum für Kunst und Geschichte	80
VII. Pädagogische Hochschule	47	7. Naturhistorisches Museum	83
1. Aufgaben	47	8. Schloss Greyerz	86
2. Tätigkeit	47	9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst	87
		10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle	88
		11. Römisches Museum Vallon	88

XIV. Amt für Archäologie **89**

- 1. Aufgaben 89
- 2. Tätigkeit 89
- 3. Besondere Ereignisse 93

XV. Amt für Kulturgüter **94**

- 1. Aufgaben 94
- 2. Tätigkeit 95
- 3. Besondere Ereignisse 96

XVI. Personalbestand **97**

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) ist für folgende Bereiche zuständig (ZDirV, SGF 122.0.12): Vorschule und obligatorische Schule; Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe 2; Berufsbildung auf der Tertiärstufe in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst; Lehrerinnen- und Lehrerbildung; Universitätsfragen; Schul- und Berufsberatung; Erwachsenenbildung; Gewährung von Ausbildungsbeiträgen; Kulturförderung; kulturelle Institutionen des Staates; Erhaltung von archäologischen Stätten und Kulturgütern; Sportunterricht und Sportförderung. Auf den Internetseiten der EKSD (www.admin.fr.ch/eksd) sind zahlreiche weitere Informationen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Direktion zu finden.

Direktorin: Staatsrätin Isabelle Chassot
Generalsekretär: Michel Perriard

Der Auftrag des Generalsekretariats (GS-EKSD) besteht darin, der Direktion bei der Führung und Verwaltung zur Seite zu stehen, die Verwaltungseinheiten der Direktion logistisch zu unterstützen und repräsentative Aufgaben zu erfüllen (Art. 50 SVOG, SGF 122.0.1). Die vier Hauptaufgabenbereiche des Generalsekretariats der EKSD sind: 1. die strategische Unterstützung der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin, wozu unter anderem die Kommunikation, die Koordination und das Controlling der Tätigkeit der EKSD gehören, 2. die juristische Beratung und die Regelung von Streitfällen, 3. die Finanzen und die Ausstattung sowie 4. die operationelle Unterstützung der Direktorin, die das Direktionssekretariat und die Übersetzung einschliesst.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Direktion legt anhand der in der entsprechenden Gesetzgebung definierten Aufträge die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder ihr zugewiesen sind. Über ihre Ämter, an die sie einen Teil der Befugnisse delegiert, steuert sie den Vollzug der Massnahmen, die Erfolgskontrolle sowie allfällige Korrekturmassnahmen. Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu besprechen und für die Nachführung und Bearbeitung der Dossiers zu sorgen. Die ordentlichen Tätigkeiten werden in den Abschnitten der jeweiligen Verwaltungseinheiten ausführlich beschrieben.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin und unterstützt daneben die Arbeit der Verwaltungseinheiten in Form von Beratung, Erstellung schriftlicher Unterlagen und Vorentwürfe für Gesetze und Reglemente, Unterstützung bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Mitwirkung an Projekten und Sitzungen (zu den ständigen Aufgaben des Generalsekretariats gehören der Vorsitz der Bildungsämter-Konferenz, die Führung der Voranschlags- und Rechnungsführungsverfahren und die Leitung der Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome). Zudem organisiert es Referate zu verschiedenen Themen (rechtliche Aspekte des Lehrberufs, berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulkader, Rolle und Befugnisse der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit, Informationspolitik der EKSD). Im Jahr 2011 war das Generalsekretariat weiterhin stark mit den Arbeiten zur Gesamtrevision des Gesetzes über die obligatorische Schule beschäftigt. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen ist insbesondere die Teilnahme an der Informatikkommission des Kantons, an der Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen sowie an der Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz zu nennen.

2.2 Besondere Ereignisse

Mehrere Ereignisse des Jahres 2011, die das Generalsekretariat und die Direktion betrafen, werden hier besonders hervorgehoben, wobei einige von ihnen in anderen Abschnitten des Tätigkeitsberichts ausführlicher behandelt werden.

2.2.1 Totalrevision des Schulgesetzes

Die Ergebnisse der im Jahr 2010 durchgeführten Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes über die obligatorische Schule wurden im Mai 2011 dem Staatsrat und anschliessend den Medien präsentiert. Daraufhin erteilte der Staatsrat der EKSD den Auftrag, mit den wichtigsten betroffenen Partnern Gespräche zu führen, um in folgenden Punkten allenfalls alternative Lösungen vorzuschlagen: Rolle und Befugnisse von Schulleiterinnen und Schulleitern, dies in Bezug auf die Rolle der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, Zusammenarbeit Schule-Eltern, Festlegung der Schulkreise und Regelung der Klassen- und Schülerbestände, Organisation der Schülertransporte, Aufteilung der Aufgaben und Kosten zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Die Gesprächsrunden mit den Partnern der Schule fanden im Herbst statt. Im Anschluss daran erfolgte eine Überarbeitung des Vorentwurfs. Der definitive Gesetzesentwurf soll 2012 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

2011

2.2.2 Umsetzung der NFA im sonderpädagogischen Bereich

Im Zuge der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde am 1. Januar 2008 das Amt für Sonderpädagogik (SoA) geschaffen.

Zusätzlich zur Übernahme sämtlicher Tätigkeiten im sozialpädagogischen Bereich durch die EKSD muss der Kanton ein kantonales Konzept ausarbeiten, das frühestens auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten sollte. Dazu wurde eine Projektorganisation aufgebaut, die auch im Jahr 2011 intensiv an diesem Konzept weitergearbeitet hat. Das kantonale Konzept soll anschliessend in die Vernehmlassung gehen. Die Website www.resonfr.ch informiert über den Fortschritt dieses Projekts.

2.2.3 Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz

Volk und Stände haben am 21. Mai 2006 mit deutlichem Mehr der Revision der Bildungsartikel in der Bundesverfassung zugestimmt. Seither ist die Zusammenarbeit unter den Kantonen sowie zwischen Kantonen und Bund als Verfassungsgrundsatz verankert. Dies soll für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Schulsystems sorgen. Im Zuge dieser Neuordnung sollen gewisse Eckwerte vereinheitlicht werden. Zudem wird der gesamte Hochschulbereich künftig von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert.

Im Bereich der obligatorischen Schule haben die Kantone die Aufgabe, das Bildungswesen, das Schuleintrittsalter, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und die Übergänge zwischen den Stufen sowie die Anerkennung der Bildungsabschlüsse zu harmonisieren. Am 12. Februar 2009 sagte der Grosse Rat Ja zum Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) und zur Westschweizer Schulvereinbarung. Während die Westschweizer Schulvereinbarung – die im Wesentlichen dem HarmoS-Konkordat entspricht, aber gewisse Kooperationsbereiche vertieft – nicht angefochten wurde, ist gegen den Beitritt des Kantons Freiburg zur HarmoS-Vereinbarung ein Referendum zustande gekommen. Nachdem sich das Volk in der Abstimmung am 7. März 2010 für den Beitritt aussprach, ist der Kanton Freiburg am 1. Mai 2010 dem HarmoS-Konkordat beigetreten. Die Umsetzung verschiedener Harmonisierungsmassnahmen wird im Abschnitt der «Ämter für obligatorischen Unterricht» näher erläutert.

2.2.4 Kantonales Konzept für den Sprachenunterricht

Der Staatsrat unterbreitete dem Grossen Rat einen Bericht über das kantonale Konzept für den Sprachenunterricht, das den Erwerb der Partnersprache sowie weiterer Fremdsprachen vom

Kindergarten bis zur Orientierungsschule und auch auf der Sekundarstufe II fördern soll. Gemäss diesem zukunftsweisenden Konzept, dessen Umsetzbarkeit im Vordergrund steht, sollen alle Möglichkeiten für das Sprachenlernen und die Vertiefung von Sprachkenntnissen genutzt werden. Das Konzept, ein Impulsprojekt für einen zweisprachigen Kanton, beinhaltet neun Vorschläge, wie der Erwerb funktionaler Kenntnisse einer Partnersprache oder Fremdsprache gefördert werden soll. Nachdem der Grosse Rat den Bericht in seiner Sitzung vom 7. Oktober 2010 behandelt hat, wird nun mit der Umsetzung des Konzepts begonnen. So wurden erste Projekte mit zweisprachigem Unterricht an der OS La Tour-de-Trême und der OS Murten gestartet. Näheres dazu ist im Abschnitt über die Ämter für obligatorischen Unterricht zu finden.

2.2.5 Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme

Die Projektierungsphase zur geplanten Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme (HarmAdminEcoles) unter Mitwirkung der EKSD, ILFD, VWD, GSD und der FIND ist abgeschlossen. Nun liegt eine Zusammenstellung der von diesem System erwarteten Funktionen und Leistungen vor und die Kosten konnten beziffert werden. Ende 2011 wurde dem Grossen Rat ein Dekretsentwurf vorgelegt. Der beim ITA eingerichtete zentrale Informatiksupportdienst für die Schulen der S2 (CME) hat 2011 seine Tätigkeit aufgenommen.

2.2.6 Die Ergebnisse der PISA-Studie 2009 bestätigen die Resultate aus den Jahren 2000, 2003 und 2006

Im Anschluss an die im Jahr 2010 bekanntgegebenen internationalen Resultate der PISA-Erhebung von 2009 wurden am 5. Dezember 2011 die Ergebnisse der Zusatzuntersuchung veröffentlicht, dank der die Ergebnisse der französischsprachigen Kantone untereinander verglichen werden können. Aus diesem Vergleich geht hervor, dass die Westschweiz und der Kanton Freiburg die guten Ergebnisse in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bestätigen konnten.

Von insgesamt 2572 getesteten Schülerinnen und Schülern im 9. Schuljahr nahmen 856 aus dem Kanton Freiburg im Mai 2009 am PISA-Test teil. 1036 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren waren in der internationalen Untersuchungsgruppe dabei. Die Teilnehmenden stammen aus allen 13 französischsprachigen Orientierungsschulen des Kantons: 370 aus der progymnasialen Abteilung, 350 aus der allgemeinen Sekundarabteilung und 136 aus der Realabteilung.

Im Lesen, dem Bereich, der bei PISA 2009 speziell untersucht wurde, zählt der Durchschnittswert der Freiburger Jugendlichen (520) zu den besten unter den Schweizer Kantonen mit einem

—
2011

Durchschnittswert von 502. Zudem liegt bloss eine geringe Anzahl Jugendlicher (7 %) unter dem Basiswert (von der OECD bei 407 Punkten festgelegt) für einen erfolgreichen Schulabschluss mit nachfolgendem Berufseintritt. Hingegen erlangten 34 % der Schülerinnen und Schüler das Niveau 4 (von höchstens 6), das heisst einen Wert von mindestens 550 Punkten, was auf hervorragende Leistungen in diesem Bereich schliessen lässt.

Wie bereits in den vorherigen Untersuchungen zeigt es sich, dass die Leistungen der Freiburger Schülerinnen und Schüler beim Lesen wiederum überdurchschnittlich und zudem stabil sind. Über alle Stufen betrachtet beträgt der Unterschied zwischen den besten und den schwächsten getesteten Jugendlichen 237 Punkte. Damit verzeichnet Freiburg im Vergleich mit allen anderen Schweizer Kantonen den kleinsten Abstand. Ebenfalls positiv fällt auf, dass die Unterschiede zwischen Jugendlichen aus bildungsfernen und bildungsnahen Milieus sowie zwischen französischsprachigen und fremdsprachigen Familien abgenommen haben.

In Mathematik beträgt der durchschnittliche Leistungswert der Freiburger Schüler/-innen 558. Dies ist der beste Wert der Westschweizer Kantone (530) und er liegt deutlich über dem Schweizerischen Mittel (536). Diese Resultate sind auch im internationalen Vergleich ein Spitzenwert, auch wenn die getesteten Schülergruppen nicht ganz vergleichbar sind. Wie beim Lesen fällt eine relativ geringe Streuung (255 Punkte) zwischen den schwächsten (425) und den besten Schülerinnen und Schülern (680) auf.

In den Naturwissenschaften liegt der Durchschnitt für den Kanton Freiburg bei 519; ein Wert, der zu den besten unter den Westschweizer Kantonen zählt (500) und leicht über dem schweizerischen Durchschnitt (517) liegt. Die Unterschiede zwischen den drei Klassentypen sind erheblich: 560 Punktwerte im Progymnasium, 500 in den allgemeinen Sekundar- und 455 in den Realklassen. Mehr als drei Viertel der Progymnasialklassen und mehr als die Hälfte der allgemeinen Sekundarklassen erreichten bessere Ergebnisse als der Westschweizer Durchschnitt. Trotzdem fällt eine Verschlechterung der Resultate von 2009 gegenüber jenen des Jahres 2000 auf. Nun gilt es, den Ursachen für dieses Nachlassen nachzugehen, insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Westschweizer Lehrplans und den damit verbundenen Anpassungen in der Stundentafel.

Zusammenfassend können in allen drei untersuchten Bereichen die guten Freiburger Resultate hervorgehoben werden, auch wenn sich die Unterschiede zwischen den Kantonen der Westschweiz im Vergleich zur ersten Erhebung von 2000 verringert haben. Ein Viertel der Jugendlichen aus den Klassen mit den tiefsten Leistungsanforderungen befindet sich unter dem Westschweizer Durchschnitt und mehr als die Hälfte aus den allgemeinen Sekundarklassen übertrifft den Durchschnittswert.

Schliesslich ist das sehr positive Ergebnis der Progymnasialklassen hervorstreichend, zumal diese Gruppe 43,2 % der Freiburger Stichprobe ausmacht. In Mathematik befindet sich bloss ein kleiner Teil der Getesteten (5 %) unter dem Niveau 2, dem minimalen Leistungsniveau. Hingegen erreicht eine ansehnliche Zahl (27 %) Schüler/-innen die beiden höchsten Leistungsniveaus 5 und 6. Dies ist auch in den beiden anderen Bereichen Lesen und Naturwissenschaften der Fall.

Die Analyse der Kontextvariablen der Untersuchung von 2009 zeigt, dass der Durchschnittswert aller drei Bereiche bei den Mädchen bei 532 Punkten liegt und bei den Knaben bei 507, wobei die Leistungsdifferenz vor allem in den Progymnasialklassen auffallend ist. Beim Lesen fällt diese Differenz deutlich zugunsten der Mädchen aus, in der Mathematik für die Knaben und in den Naturwissenschaften ebenfalls leicht für die Knaben. Mit einem Wert von 493 erreichen die fremdsprachigen Schüler/-innen (13 % der Stichprobe) des Kantons Freiburg das beste Resultat aller Westschweizer Kantone.

Die Bestätigung der Ergebnisse des PISA-Tests 2006 wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Freiburger Schule zeigt deutlich, dass es ihr gelingt, bei vielen Schülerinnen und Schülern Kompetenzen aufzubauen, die sie in komplexen Situationen anwenden können. Die Freiburger Schule ist also in der Lage, den Anforderungen und Herausforderungen der heutigen Gesellschaft mit Erfolg gerecht zu werden.

Die Experten des Instituts für pädagogische Forschung und Dokumentation (IRDP), die den Bericht «PISA 2009. Kompetenzen der Westschweizer Schüler/-innen» verfasst haben, nennen ein paar Gründe für das gute Abschneiden der Freiburger Schüler/-innen, insbesondere für die erfreulich geringen Leistungsunterschiede: «Wir vermuten, dass die Leitideen und Vorgaben der kantonalen Schulverantwortlichen von den Schulleitungen unmittelbar umgesetzt werden und zudem ein regelmässiger und direkter Austausch zwischen allen Akteuren stattfindet, wovon die einzelne Schule profitieren kann. In gleicher Weise besteht an den Schulen ein positives Klima unter allen Beteiligten. Stets mit dem Ziel, in den Klassen erfolgreichen Unterricht zu gestalten.»

Die guten Resultate sind eine Anerkennung und Ermutigung für den ganzen Lehrkörper und für alle anderen Personen, die für die Schule tätig sind. Sie sind zudem ein wichtiger Gradmesser für die Umsetzung aktueller Projekte: den neuen Lehrplan, die Einführung neuer Lehrmittel, Methoden und Lerninhalte. Und auch für die Diskussion rund um das neue Schulgesetz.

2011

2.2.7 Initiative der Freiburger und Waadtländer Broye für eine interkantonale Zusammenarbeit in der obligatorischen Schule der Region Broye

Am 4. Juli 2008 legten die Oberamt männer der Freiburger Broye und der Waadtländer Broye-Vully ihren Zwischenbericht vom 30. Juni 2008 zuhanden der Regierungen der beiden Kantone über die heutige Situation und die Möglichkeiten einer interkantonalen Zusammenarbeit in der obligatorischen Schule vor. Die beiden Oberamt männer präsidieren gemeinsam die Arbeitsgruppe der Waadtländer und der Freiburger Regierung, die nach entsprechenden Anfragen von Gemeinden aus der Region am 13. April 2005 eingesetzt wurde. Nach einer genauen Prüfung des Dossiers forderten die beiden Kantonsregierungen an ihrem Treffen vom 13. Januar 2009 die Initianten dieses Vorhabens auf, bei den betreffenden Gemeinden und ihrer Bevölkerung eine Vernehmlassung durchzuführen. Diese fand im Frühjahr 2009 statt. Nachdem den Staatsräten der beiden Kantone ein zusätzlicher Bericht vorgelegt wurde, legten sie den allgemeinen Rahmen fest und trafen entsprechende Vorkehrungen für die Durchführung zusätzlicher Arbeiten zu diesem Projekt. Im Jahr 2011 wurden schliesslich die rechtlichen Rahmenbedingungen entworfen, auf deren Grundlage die interessierten Gemeinden ein entsprechendes Projekt erarbeiten können.

2.2.8 Zentrale Verwaltung der interkantonalen Schulgeldabkommen in Zusammenhang mit dem ausserkantonalen Schulbesuch

Angesicht der zunehmenden Komplexität der interkantonalen Schulgeldströme, dem Bedürfnis nach einer besseren Übersicht und der Schwierigkeit, mehrere dezentrale Behördenstellen zu koordinieren, die sich jeweils nur beschränkt mit ihren jeweiligen Aufgaben befassen, beschloss der Staatsrat im Juni 2011, die Verwaltung sämtlicher interkantonalen Vereinbarungen über den Besuch einer Schule ausserhalb des Wohnkantons auf allen Schulstufen – d.h. von der obligatorischen Schule bis zur Tertiärstufe, einschliesslich der Berufsbildung – bei einer einzigen kantonalen Dienststelle zu zentralisieren. Diese neue Verwaltungsstelle wird beim Generalsekretariat der EKSD geschaffen und ihre Arbeit ab der zweiten Hälfte des Jahres 2012 aufnehmen. Die neue Einrichtung wird die finanzielle Verwaltung der erwähnten Vereinbarungen sowie die Kontakte mit den betroffenen Personen und Institutionen inner- und ausserhalb des Kantons erleichtern. Für die inhaltliche Ausgestaltung der interkantonalen Vereinbarungen, die Liste der davon betroffenen Bildungsgänge sowie für die Erteilung von Einzelbewilligungen für den ausserkantonalen Schulbesuch bleiben die jeweiligen Direktionen – EKSD, VWD oder ILFD – zuständig.

2.2.9 Weitere besondere Ereignisse in Kürze

Der Kanton Freiburg und die Region Elsass erneuerten am 20. Mai 2011 in Strassburg ihre Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit. Die neue Kooperationsvereinbarung wird künftig neben den darstellenden Künsten auch die Instrumentalmusik und den Gesang einschliessen. Einzelheiten dazu sind im Abschnitt über das «Amt für Kultur» zu finden.

Das Förderprogramm «Sport-Kunst-Ausbildung» (SKA), das zu Schuljahresbeginn 2010 versuchsweise für eine noch reduzierte Anzahl Disziplinen eingeführt worden war, wird seit Beginn des Schuljahres 2011/12 allgemein angewendet.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, «Conférence universitaire de Suisse occidentale», Strategieausschuss HES-SO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden jedoch die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit betreffen.

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2011 hielt die EDK drei ordentliche Plenarversammlungen ab und behandelte dabei unter anderem folgende Themen und Projekte: Nationale Bildungsstandards, Nahtstelle obligatorische Schule – Sekundarstufe II, Projekt «Berufliche Anforderungsprofile» des Schweizerischen Gewerbeverbands, Erhöhung der Studiengebühren an Hochschulen, Entwicklung der gymnasialen Maturität, Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013–2016, Kulturpolitik des Bundes. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der EDK verwiesen.

Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin, die der EDK seit dem 1. Juli 2006 vorsteht, wurde für die laufende Amtsperiode vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2014 in ihrem Amt bestätigt. Der EDK-Vorstand traf sich zu vier Sitzungen und fasste zudem eine Reihe von Zirkularbeschlüssen.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz und der Kommission der Departementssekretäre. Ferner ist er Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschul- und der Primarstufe.

2011

3.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Jahr 2011 behandelte die CIIP an vier Versammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Neugestaltung und Anpassung der Reglemente und Organe der Konferenz im Anschluss an die Westschweizer Schulvereinbarung vom 21. Juni 2007 (in Kraft seit dem 1. August 2009), Westschweizer Lehrmittel, Verknüpfung zwischen den Fachmaturitäten und den Fachhochschulen für Gesundheit und Soziales, Gründung einer Westschweizer Filmstiftung. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der CIIP verwiesen.

Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre. Am 25. November 2011 wählte ihn die CIIP zum Vorsitzenden der neuen Verwaltungskommission der CIIP.

3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Im Laufe des Jahres 2011 delegierte die NW EDK, ebenso wie die übrigen deutschsprachigen Regionalkonferenzen der EDK, einen grossen Teil ihrer Aufgaben an die neue D-EDK, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vereinheitlichung der Lehrpläne (konkret geht es um den Lehrplan 21), die Koordination der Lehrmittel und die Entwicklung von Vergleichsprüfungen und Beurteilungsinstrumenten. Die NW EDK befasste sich daneben vor allem mit regionalspezifischen Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA). Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht der Konferenz verwiesen.

Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK und der D-EDK.

Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK.

4. Streitsachen im Schulwesen

Bei der Direktion sind im Jahr 2011 89 (86) Beschwerden eingegangen (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als übergeordnete Aufsichtsbehörde fungiert). 73 (68) betrafen

den französischsprachigen und 16 (18) den deutschsprachigen Unterricht. Davon wurden 10 (4) als unzulässig und 11 (9) als gegenstandslos erklärt (Rückzug der Beschwerde oder neuer Entscheid), 3 (12) wurden gutgeheissen, 2 (0) wurden teilweise gutgeheissen, 57 (55) abgewiesen und 6 (6) sind noch hängig.

Im Personalwesen wurde eine (5) Beschwerde gegen einen Entscheid der Direktion eingereicht. Diese Beschwerde wurde abgelehnt.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 7. Juni 2011 über einen Planungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg.

Dekret vom 3. November 2011 über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe Merkle Institut.

5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 11. Januar 2011 über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II (LDS II) im akademischen Jahr 2011/12.

Verordnung vom 15. März 2011 über die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2011/12.

Verordnung vom 17. Mai 2011 über die Aufnahme in die Grundausbildung der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Verordnung vom 17. Mai 2011 zur Änderung des Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen.

Verordnung vom 3. Oktober 2011 über die Einschreibe- und Studiengebühren für die Bachelorausbildung und die Zusatzmodule an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 11. Oktober 2011 über die Beschränkung der Studienplätze für den Studiengang des Bachelor of Science in Sport- und Bewegungswissenschaften an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2012/13.

2011

Verordnung vom 25. Oktober 2011 zur Änderung des Beschlusses über die Einsetzung einer kantonalen Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten.

Verordnung vom 8. November 2011 über die Einschreibe- und Studiengebühren an der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit.

Verordnung vom 8. November 2011 über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2012/13.

Reglement vom 13. Dezember 2011 über die Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen.

Verordnung vom 13. Dezember 2011 zur Änderung des Beschlusses über die Gebühren für die Schlussprüfungen an den Schulen der Sekundarstufe 2.

Reglement vom 20. Dezember 2011 über den Sport (SportR).

II. Amt für Ressourcen

1. Aufgaben

Das aus der Restrukturierung der EKSD 2002 hervorgegangene Amt für Ressourcen nahm seine Tätigkeit am 1. Januar 2003 auf. Es ist für vier Tätigkeitsbereiche zuständig: Administrative Führung des Personals der EKSD (Lehrpersonen und Verwaltungspersonal sämtlicher Verwaltungseinheiten mit Ausnahme der Universität), Anerkennung der Schülertransporte und entsprechende Beiträge, Aufteilung der die obligatorische Schule betreffenden Kosten («gemeinsamer Topf») und Verwaltung der interkantonalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden. Anzumerken ist, dass das Amt für Ressourcen ab diesem Jahr neu auch für das Personal der dem Amt für Kultur angeschlossenen Institutionen zuständig ist.

Amtsvorsteherin: Christiane Brühlhart

2. Tätigkeit

2.1 Personal

2.1.1 Lehrpersonen nach Stufe

	Anzahl Personen	Vollzeitstellen VZÄ
Kindergarten	491	316
Primarschule	2018	1349
Orientierungsschule	1284	898
Sekundarstufe II	588	424
Pädagogische Hochschule	94	56
Hochschule für Gesundheit	55	43
Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	50	30
Total	4580	3116

2.1.2 Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	349	1	141	99,9 %
Primarschule	245	1226	75	472	84 %
Orientierungsschule	381	518	162	223	58 %
Sekundarstufe II	236	178	89	85	45 %

2.1.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2010/11 erfolgten 9 (13) Rücktritte auf Kindergartenstufe, davon 3 Rücktritte aus Altersgründen, 107 (84) auf Primarschulstufe, davon 31 (41) aus Altersgründen, 54 (69) auf Sekundarstufe I (OS), davon 24 (31) aus Altersgründen, 19 (24) auf der Sekundarstufe II, davon 6 (17) aus Altersgründen.

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden über 250 (200) Unterrichtsstellen ausgeschrieben, davon 110 mit Vollpensum. Alle Stellen konnten besetzt werden, doch gingen in diesem Jahr weniger Bewerbungen ein und gelegentlich musste eine Stelle mehrmals ausgeschrieben werden. Rund 20 Personen in Ausbildung wurden in Teilzeit angestellt. Zudem gestaltete es sich als schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für Stellvertretungen oder für den Stützunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 72 (77) Stellen ausgeschrieben, davon 26 (17) mit Vollpensum. Es besteht weiterhin ein Mangel an diplomierten Lehrpersonen, vor allem für den Unterricht in Fremdsprachen, Hauswirtschaft und Technisches Gestalten in den französischsprachigen OS und für die naturwissenschaftlichen Fächer in den deutschsprachigen OS. Die französischsprachigen OS konnten einige Lehrpersonen mit Di-

—
2011

plom für die Sekundarstufe II anstellen, die keine Stelle in einem Gymnasium gefunden hatten. Zudem wurden mit Studierenden, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, oder mit anderen Personen befristete Anstellungsverträge abgeschlossen.

Auf Sekundarstufe II wurden 39 (25) Stellen ausgeschrieben, davon 7 (3) mit Vollpensum. Die meisten Neuestellten besitzen das erforderliche Diplom oder werden ihre Lehrbefähigung bald erlangen.

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 wurden an die 1300 (1300) Arbeitsverträge erstellt, wobei Neuanstellungen und Änderungen des Arbeitsverhältnisses bestätigt wurden: 218 (225) unbefristete sowie 314 (307) befristete neue Arbeitsverträge, 278 (265) Anstellungsverlängerungen, 109 (119) Stellenwechsel und 355 (426) nennenswerte Änderungen des Beschäftigungsgrads.

2.2 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2011/12 wurden überprüft und genehmigt. Jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr musste gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen und den Gemeinden vorgelegten Rechnungen 2010/11 wurden geprüft und ausstehende Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten im Jahr 2011 beim Kindergarten auf rund 669 605 (523 553) Franken, bei der Primarschule auf 6 253 670 (5 755 783) Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 417 103 (1 407 435) Franken.

Bei den Arbeiten zur Revision des Schulgesetzes wurden verschiedene Varianten zur Finanzierung der Schülertransporte (Pauschalbeteiligung des Kantons, Kommunalisierung der Kosten) geprüft. Die Ergebnisse dieser Abklärungen sollen dann später in die definitive Fassung des Gesetzes und des dazugehörigen Ausführungsreglements einfließen.

2.3 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat prüfte zusammen mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulkosten für das Rechnungsjahr 2010. Nach der zweiten Prüfung wurde die Abrechnung 2010 für korrekt befunden. Die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf, die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, begutachtete im November 2011 die Jahresrechnung 2010 und den Voranschlag 2012. Im Jahr 2011 wurde die Aufteilung nach den Grundsätzen des neuen Finanzausgleichs vorgenommen; d.h. die Aufteilung von 65 % der Kindergarten- und Primarschulkosten erfolgte einzig nach dem Kriterium der zivilrechtlichen Bevölkerung jeder Gemeinde. Um diese Auf-

teilung zu automatisieren, entwickelte das ITA ein neues Programm (DCOM-Anwendung). Die Aufteilung der Kosten für die obligatorische Schule wird künftig vereinfacht, da bei den Berechnungen für den interkommunalen Finanzausgleich das Kriterium der Finanzkraft wegfällt. Nach Anhörung der betroffenen Stellen, die diesen Schritt befürworteten, beschloss der Staatsrat daher an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2011, die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf aufzulösen. Bei den regelmässigen ordentlichen Revisionen der Kostenstellen sollen jedoch Kontrollen durchgeführt werden.

2.4 Regionales Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen

Im Rahmen des Regionalen Schulabkommens über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009), das für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Jura, Luzern, Solothurn, Wallis und Zürich gilt, zahlte der Kanton Freiburg dieses Jahr Schulgelder in Höhe von insgesamt 1 956 725 (1 741 635) Franken für 128 (98) Schülerinnen und Schüler, die in anderen Kantonen zur Schule gehen.

Gleichzeitig erhielt der Kanton für die Aufnahme von 119 (132) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe 2, allgemeine Richtung) 1 432 456 (1 434 440) Franken. Diese Einkünfte wurden unter dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt, wie dies in der Botschaft an den Grossen Rat zum RSA 2009 vorgesehen ist.

Im Juni 2011 beschloss der Staatsrat, die Verwaltung sämtlicher interkantonalen Vereinbarungen über den ausserkantonalen Schulbesuch auf allen Schulstufen – von der obligatorischen Schule bis zur Tertiärstufe, einschliesslich der Berufsbildung – zu zentralisieren und dazu eine einzige kantonale Stelle einzurichten. Diese Stelle wird beim Generalsekretariat der EKSD geschaffen; sie soll ihre Arbeit in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 aufnehmen. Die neue Struktur wird die finanzielle Verwaltung der erwähnten Vereinbarungen und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Personen und Institutionen inner- und ausserhalb des Kantons erleichtern.

 2011

III. Ämter für obligatorischen Unterricht

1. Aufgaben

Die beiden Schulämter, das Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht und das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht, tragen die Verantwortung für die Organisation und den Betrieb der obligatorischen Schule. Sie leiten den Unterricht, der sämtlichen Schülerinnen und Schülern des Kindergartens, der Primarschule und der Orientierungsschule erteilt wird. Insbesondere haben sie die Aufgabe, auf die Unterrichtsqualität zu achten und die Qualität der Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler zu kontrollieren. Ihnen zur Seite steht das Amt für Sonderpädagogik, das zuständig ist für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund eines besonderen Bildungsbedarfs sonderpädagogischen Unterricht erhalten oder in den Genuss von verstärkten Unterstützungsmassnahmen kommen. Der Tätigkeitsbereich der drei Ämter umfasst sämtliche Einrichtungen der obligatorischen Schule, die zum Schuljahresbeginn im August 2011 einen Bestand von 37 114 (36 781) Schülerinnen und Schülern verzeichneten.

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht sind Dienstleistungserbringer und zugleich Qualitätsprüfer. Zur Erfüllung dieser doppelten Aufgabe können sie auf die Dienste von Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, Direktorinnen und Direktoren der OS, pädagogischen Beraterinnen und Beratern sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen, welche die berufliche Tätigkeit der etwa 3500 in der obligatorischen Schule angestellten Lehrerinnen und Lehrer sowie der rund 300 im sonderpädagogischen Bereich tätigen Lehrkräfte unterstützen. Die wichtigsten Dossiers, Arbeitsfelder oder behandelten Bereiche des Jahres 2011 werden in den Tätigkeitsberichten der einzelnen Stufen des obligatorischen Unterrichts erläutert. Jene, die in den sonderpädagogischen Bereich fallen oder die Schuldienste betreffen, werden in einem separaten Abschnitt behandelt.

Vorsteher des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (SEnOF): Léon Gurtner

Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA): Reto Furter

Vorsteherin des Amtes für Sonderpädagogik (SoA): Fouzia Rossier

2. Tätigkeit

2.1 Allgemeines

2.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht befassten sich gemeinsam mit verschiedenen übergreifenden Themen:

Vorentwurf des Gesetzes über die obligatorische Schule: Nach der breiten Vernehmlassung im Herbst 2010 wurden im ersten Halbjahr 2011 die eingegangenen Anmerkungen, Kommentare und Vorschläge ausgewertet, um zu ermitteln, wo es Übereinstimmungen gibt und bei welchen Punkten die Meinungen auseinandergehen. In der zweiten Jahreshälfte wurden die strittigen Themen mit Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Partner der Schule (Gemeindebehörden, Schulkommissionen, Eltern, Lehrerinnen- und Lehrerverbände, Schulleiterinnen und Schulleiter, Primarschulinspektorate, OS-Direktionen) aus dem französischsprachigen Kantonsteil und aus Deutschfreiburg ausführlich erörtert. Anschliessend wurde der Vorentwurf gründlich überarbeitet.

Kindergarten: Die am 1. August 2009 in Kraft getretene Änderung des Schulgesetzes schuf die Grundlage für die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres. Zum Schuljahresbeginn 2011 besuchten 5321 (5187) Kinder (3962 französisch- und 1359 deutschsprachige) den Kindergarten. Vorab absolvierten die Klassenlehrpersonen der 1. und 2. Kindergartenklassen die eigens für diese Umstellung organisierte Weiterbildungsveranstaltung. Die Gemeinden, in denen der Zweijahreskindergarten noch nicht angeboten wird, wurden im Dezember erneut gefragt, wann sie das zweite Kindergartenjahr einführen wollen. Sie müssen dies spätestens bis zum Schuljahresbeginn 2013/14 tun.

Reform der Sonderpädagogik: Mitwirkung an der Erarbeitung des kantonalen Konzepts und Weiterführung von Pilotprojekten.

Sprachenunterricht: Die Umsetzungsarbeiten des allgemeinen Sprachenkonzepts, welches der Grosse Rat im Herbst 2010 genehmigt hatte, wurden fortgesetzt. Die Orientierungsschulen La Tour-de-Trême und Murten sammelten erste Erfahrungen mit zweisprachigen Unterrichtssequenzen. Zudem wurde eine Internetplattform für den Schüler- und Klassenaustausch eingerichtet.

Förderung der Gesundheit in der Schule, Präventionsarbeit und Neuorganisation der schulärztlichen Betreuung: Der nach Abschluss der Umfragen an verschiedenen Versuchsstandorten erstellte Bericht über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten von Freiburger Kindern und Jugendlichen (über 3000 befragte Schülerinnen und Schüler) diente der EKSD und der GSD als Grundlage für die Erarbeitung des kantonalen Konzepts für die Gesundheit in der Schule. Dieses sieht unter anderem eine Neuorganisation der schulärztlichen Betreuung (FRIMESCO) vor. Beide Konzepte, «Gesundheit in der Schule» und FRIMESCO, wurden im Herbst 2011 in die breite Vernehmlassung 2011 geschickt.

—
2011

Massnahmenpaket für verhaltensauffällige Schüler/-innen: Anstellung von Schulsozialarbeitern in der Stadt Freiburg und im Sensebezirk sowie Verstärkung der schulinternen Massnahmen durch die Gewährung zusätzlicher Entlastungen für Schulleiterinnen und Schulleiter (Kindergarten und Primarschule) oder Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Direktion (OS). Im Schuljahr 2010/11 wurden in den drei Relaisklassen 29 Schülerinnen und Schüler betreut, davon 3 aus Primarschulen. 18 von ihnen konnten anschliessend wieder in die Schule integriert werden; 5 setzten ihre schulische Ausbildung zum Schuljahresbeginn in der Relaisklasse fort. Für 6 Schülerinnen und Schüler musste eine andere Lösung gefunden werden (berufsvorbereitende Praktika, therapeutische Behandlung oder ausserkantonale Betreuung). Die Mobile Einheit mit ihrem zweisprachigen Interventionsteam befasste sich mit 112 Fällen, ein Drittel davon an Primarschulen und zwei Drittel an Orientierungsschulen. Bei einem Drittel der Fälle handelte es sich um deutschsprachige Schülerinnen und Schüler, zwei Drittel betrafen Französischsprachige. Mehr als die Hälfte der Arbeit der mobilen Einheit besteht aus Beratung, Begleitung und Unterstützung; ein Drittel leistet sie in Form von sozialpädagogischer Betreuung.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht: Ausbau des pädagogischen Internetportals (friportal.ch), auf dem die Unterrichts- und Lernressourcen online angeboten werden.

2.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Primäres Ereignis im Berichtsjahr war die Veröffentlichung der Ergebnisse der internationalen PISA-Studie 2009, genauer gesagt der Ergebnisse der sprachregionalen (Westschweiz) und kantonalen Vergleiche. Mit den PISA-Tests können die Grundkompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften von Schülerinnen und Schülern im 3. OS-Jahr erfasst werden. Die Freiburger Resultate liegen sowohl über dem Schweizer Durchschnitt wie auch über dem der OECD. Es wurden insgesamt gute Ergebnisse erzielt, vor allem in der Mathematik. Auch die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler oder solche aus bildungsfernen Milieus erreichten erfreuliche Durchschnittswerte.

Im Jahr 2011 wurden – zusätzlich zu den unter Ziffer 2.1.1 aufgeführten – vor allem folgende Themen und Dossiers behandelt:

- › Kaderbildung (Schulkader, Schulinspektoren/-innen, OS-Direktoren/-innen, Schulleiter/innen, Stellvertretende der Direktion): Das Konsortium «FORDIF» der vier Westschweizer Hochschulen organisiert nunmehr die verschiedenen Teile der Kaderbildung. 2011 absolvierten für das Amt für französischsprachigen Unterricht 18 Personen den Zertifikats-(CAS) oder Diplomlehrgang (DAS) zur Führungskompetenz für den öffentlichen Sektor.
 - › Westschweizer Lehrplan (PER): Der im Frühjahr 2010 von der CIIP verabschiedete Lehrplan wurde zu Beginn des Jahres 2011 an sämtliche Lehrpersonen der obligatorischen Schule verteilt. Dabei erhielten die Lehrpersonen zuvor allgemeine Basisinformationen. Für jene, die Kindergartenklassen, 3. und 4. Primarklassen sowie 1. OS-Klassen unterrichten, wurde eine spezielle Vorbereitung organisiert, da bei diesen Klassen der neue Lehrplan zum Schuljahresbeginn 2011/12 eingeführt wurde. Auf Beginn der nächsten Schuljahre wird die Einführung sukzessive fortgesetzt; für die letzte Stufe ist die Umstellung auf Beginn des Schuljahres 2014/15 vorgesehen.
 - › Interkantonale Zusammenarbeit und Absprache im pädagogischen Bereich: Die Doppelprojekte HarmoS-Konkordat und Westschweizer Schulvereinbarung brachten auf regionaler Ebene einiges an Mehrarbeit mit sich. Die Arbeiten konzentrierten sich auf den Westschweizer Lehrplan (siehe oben), auf die Auswahl neuer Lehrmittel, die Erarbeitung pädagogischer Ressourcen und ein gemeinsames Beurteilungskonzept für die Westschweiz. Die pädagogischen Mitarbeitenden des Amtes und die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen zu den Hauptfächern (OS) nahmen regelmässig an den Sitzungen der Westschweizer Kommissionen teil, die sich mit verschiedenen Fragen und laufenden Arbeiten befassen.
 - › Schulmediation: Abschluss des Ausbildungsjahrgangs 2009–2011 mit 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Sekundarstufe I, 4 aus der allgemeinbildenden Sekundarstufe II und 8 aus der berufsbildenden Sekundarstufe II. Nach Abschluss ihrer Ausbildung erhielten die meisten von ihnen das entsprechende Abschlusszeugnis, vier müssen noch zusätzliche Arbeiten leisten. Für 2011–2013 wurde ein neuer Ausbildungsgang organisiert, um die Nachfrage seitens der Schulen zu decken. An diesem werden Lehrpersonen aus den verschiedenen Schulstufen teilnehmen; Kindergarten/Primarschule (6 Kandidierende), OS (9), Gymnasien (3) und Berufsbildung (3). Dieser Ausbildungsgang wird künftig unter der Leitung der Pädagogischen Hochschule Freiburg als CAS-Lehrgang durchgeführt.
 - › Individuelle Unterstützung und Begleitung von Lehrpersonen: Konfliktlösungen, das Führen einer schwierigen Klasse, Beziehungen Schule–Elternhaus, Bewältigung schwieriger Situationen (Trauerfall, schwere Unfälle...). Diese Unterstüt-
- › Schulleitung an Primarschulen: Die neue Führungsstruktur, die zur qualitativen Verbesserung des Schulbetriebs führt, ist nunmehr voll in Betrieb. Zum Schuljahresbeginn 2011 wurden 74 von 93 französischsprachigen Primarschulen von einer Schulleiterin oder einem Schulleiter geführt; 11 kleinere Schulen sind ihnen operationell angeschlossen. Die Hauptaufgaben, welche die Schulverantwortlichen erfüllen, sind in einem Orientierungspapier beschrieben.

2011

zung wurde sowohl auf Primar- wie auf Orientierungsstufe angeboten. Rund 30 Lehrerinnen und Lehrerinnen wurden vom Interventionsteam individuell unterstützt und betreut.

- › Kantonales Konzept für den Sprachenunterricht: Das Amt stellte einen Projektleiter an, der für die Weiterentwicklung und Umsetzung der 9 Vorschläge zuständig ist. Ferner wurden zwei neuangestellte Mitarbeiterinnen mit der didaktischen Weiterbildung der Englischlehrpersonen der 5. und 6. Primarklassen betraut.
- › Schulung fremdsprachiger Kinder: Hier sind Arbeiten zur Vereinheitlichung des Konzepts für die Aufnahme neu ankommender Schülerinnen und Schüler und die Schulung fremdsprachiger Kinder im Gang – systematisiertes Aufnahmeverfahren, Bestimmung einer verantwortlichen Person (Integrationsverantwortliche/r) in den Schulen, Beurteilungspraxis, an fremdsprachige und/oder mehrsprachige Zielpersonen angepasste Betreuungskriterien und Zielsetzungen, Beziehungen Schule-Elternhaus und Schulung der betroffenen Lehrpersonen. Bei einer Ausschreibung von Projekten zur Förderung der Kenntnisse Anderssprachiger in ihrer Erstsprache erhielt die EKSD vom Bundesamt für Kultur (BAK) einen Beitrag für das Projekt «MOCERELCO» (Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen für heimatliche Sprache und Kultur und den Regelklassenlehrpersonen). Damit soll in der obligatorischen Schule in beiden Sprachregionen des Kantons die Kenntnis der Erstsprache von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verbessert und somit die Anerkennung der Herkunftssprachen gefördert werden. Das Projekt wurde im Juli 2011 gestartet und wird mehrere Jahre dauern. In einem ersten Schritt sollen die entsprechenden Kursangebote über die Internetseite der EKSD und die Internetplattform Friportal besser bekannt und zugänglich gemacht werden. Geleitet wird das Projekt von den beiden Koordinatorinnen für die Schulung von Migrantenkindern beim Amt für deutsch- und beim Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht.

2.1.3 Deutschfreiburg

Das Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) bearbeitete schwerpunktmässig folgende Themen:

- › Schrittweise Umsetzung des Qualitätskonzepts «Gemeinsam eine qualitätsvolle Schule gestalten». Hauptsächlich im Bereich der Leistungsbeurteilung wurden wichtige Entwicklungsarbeiten zuhanden der Lehrpersonen geleistet.
- › Anpassung des bestehenden Übertrittsverfahrens von der Primar- in die Orientierungsschule und Einführung des revidierten Verfahrens ab Schuljahr 2011/12. Die Neuerung betrifft den gleichwertigen Einbezug der vier Beurteilungs-

elemente Note, Empfehlung Lehrperson, Empfehlung Eltern, Vergleichsprüfung.

- › Mitarbeit im Projekt «Lehrplan 21», der Erarbeitung eines neuen Lehrplans für alle Deutschschweizer Kantone. Es wurde entschieden, dass der Kanton FR an der Erarbeitung eines separaten Lehrplans für das Fach «Latein» teilnimmt.
- › Schrittweise Umsetzung der Projektziele von «Passepartout – Fremdsprachen an der Volksschule», dem interkantonalen Sprachenprojekt (BE, BL, BS, FR, SO, VS): allgemeine Einführung des neuen Französischlehrmittels «Mille feuilles» in der 3. Klasse; Begleitung der 3 Testklassen, die das neue Englischlehrmittel «New World» erproben; Umsetzung der angepassten Studentafel für die Primarschule; Fortsetzung der methodisch-didaktischen und fachlichen Weiterbildung der Lehrpersonen; Vorbereitung der Projektumsetzung auf der Orientierungsschulstufe.
- › Ausbildungsabschluss von zwei Schulleitern des Kindergartens und der Primarschule.
- › Weiterbildung der neuen Mitglieder der Schulkommissionen zu wichtigen schulischen Themen durch die Amtsleitung, die Inspektorinnen und Inspektoren sowie externe Fachpersonen.
- › Zusatzmandate an zwei amtierende Mitarbeiterinnen: Koordination und Begleitung des heilpädagogischen Angebots in den Stufen Kindergarten und Primarschule; Sprachförderung in der Eingangsstufe (Schuljahre 1–4).
- › Durchführung des Vorlesewettbewerbs in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg.
- › Durchführung des Projekts «Zeitung in der Schule» der lokalen deutschsprachigen Tageszeitung.
- › Schulung fremdsprachiger Kinder:

Für die deutschsprachigen Schulen: In den ersten drei Wochen der Sommerferien fanden wiederum die Sommerkurse (SOKU) für fremdsprachige Kinder statt. Fünf Kurse konnten in Freiburg organisiert werden, zwei Kurse mehr als das Jahr zuvor.

Bereits seit fünf Jahren läuft das Integrationsmodell «GuKeMu» (Gurmels-Kerzers-Murten) der kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkindern. Es zeigte sich an den drei Schulen, dass die neu ankommenden Schülerinnen und Schüler dank diesem Modell erfolgreich aufgenommen und betreut werden können. Als weitere Verbesserungsmaßnahme wurden an den Orientierungsschulen Ressourcen für eine «Integrationsbegleitung vor Ort» bereitgestellt. Und an regelmässigen Treffen

2011

mit den Lehrpersonen der Integrationsbegleitung werden fachliche, pädagogische und organisatorische Fragen besprochen.

Die Arbeitsgruppe für die Schulung fremdsprachiger Kinder befasste sich nebst den gängigen Themen speziell mit der Planung einer umfangreichen Weiterbildung für die Lehrpersonen, welche fremdsprachigen Kindern Deutsch unterrichten. Und die Ziele des Deutschunterrichts für Fremdsprachige wurden in Bezug auf die Förderplanung und den Lernbericht neu formuliert.

Der Kanton Freiburg erhielt für das Projekt «MOCERELCO» (Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen für heimatliche Sprache und Kultur und den Regelklassenlehrpersonen) Bundesgelder. Erste wichtige Umsetzungsarbeiten konnten mit den Projektbeteiligten eingeleitet werden.

2.1.4 Sonderpädagogik

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) befasste sich vorrangig mit folgenden Schwerpunktthemen:

- > Zusammenfassung der Arbeiten in Zusammenhang mit der NFA mit der Erarbeitung eines ersten Entwurfs für das kantonale Konzept für Sonderpädagogik.
- > Schulung der Fachpersonen für Logopädie, Psychologie und Psychomotorik zur Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF), Grundlagen des neuen Abklärungsverfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs, das mit der interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik eingeführt wurde;
- > Verbesserung der Verfahren für die Anmeldung und Platzierung;
- > Verstärkung der Gesuchsprüfung;
- > Zusammenarbeit mit den Partnern der Schule.

2.1.5 Schülerzahlen

Kindergarten

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutsch-freiburg		Total	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Schülerzahl	3725	3962	1462	1359	5187	5321
Anzahl Klassen	206,5	224	77,9	76,2	284,4	300,2
Durchschnitt pro Klasse	18,04	17,69	18,77	17,83	18,24	17,72

Im französischsprachigen Kantonsteil stieg die Zahl der Klassen um 17,5 (+26 im Schuljahr 2010/11) und die Schülerzahl um 237 (+579). In Deutschfreiburg sank die Zahl der Klassen hingegen um 1,7 (3,4) und diejenige der Schüler/-innen um 103 (-60). Insgesamt ist also ein Zuwachs – bei den Klassen um 15,8 (+22,6) und bei den Schüler/-innen um 134 (+519) – zu verzeichnen, der hauptsächlich auf die Einführung des zweiten Kindergartenjahres im französischsprachigen Kantonsteil zurückzuführen ist.

Primarschule

In den Regelklassen der Primarschule befanden sich zu Beginn des Schuljahrs 2011/12 19 745 (19 647) Schüler/-innen, davon 15 063 (14 969) in den französischsprachigen Klassen und 4682 (4678) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 7,5 (+12) und die Schülerzahl um 94 (+104). In Deutschfreiburg stieg die Zahl der Klassen um 6,2 (-0.8) und diejenige der Kinder um 4 (-64). Insgesamt ist also ein Zuwachs zu verzeichnen – bei den Klassen um 13,7 (+11,2) und bei den Schüler/-innen um 98 (+40). Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse beträgt 19,07 (19,23), mit den Kleinklassen 18,80 (18,96).

Verteilung der Schüler/-innen

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
1. Jahr	2540	2575	802	779	3342	3354
2. Jahr	2428	2608	736	797	3164	3405
3. Jahr	2494	2410	770	741	3264	3151
4. Jahr	2446	2534	807	762	3253	3296
5. Jahr	2487	2446	784	820	3271	3266
6. Jahr	2574	2490	779	783	3353	3273
Total	14 969	15 063	4678	4682	19 647	19 745
Anzahl Klassen	780	787,5	241,6	247,8	1021,6	1035,3
Durchschnitt pro Klasse	19,19	19,13	19,36	18,89	19,23	19,07

Ergänzend zu diesen Beständen ist noch der Schülerbestand der Kleinklassen zu erwähnen: 247 (258) Schüler/-innen, davon 175 (174) in französischsprachigen Klassen und 72 (84) in deutschsprachigen Klassen.

Orientierungsschule

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 7,5 (+3,5) und die Schülerzahl um 231 (+105). In

2011

Deutschfreiburg sank die Zahl der Klassen hingegen um 6 (0) und die der Schüler/-innen um 171 (-15). Insgesamt verzeichnet man bei den Klassen eine Zunahme um 1,5 (+3,5) und bei den Schülerzahlen einen Zuwachs von 60 (+90).

Klassenbestände nach OS-Schuljahr

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
7. Jahr	2657	2756	915	839	3572	3595
8. Jahr	2665	2754	885	915	3550	3669
9. Jahr	2645	2688	1030	905	3675	3593
Total	7967	8198	2830	2659	10 797	10 857
Anzahl Klassen	381	388,5	159	153	540	541,5
Durchschnitt pro Klasse	20,91	21,10	17,80	17,38	19,99	20,05

Durchschnittsbestand nach Abteilung

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Progymn. Abt.	24,18	24,09	20,63	19,05
Allg. Abt.	22,70	22,56	20,9	20,38
Realabteilung	16,49	17,22	14,98	14,98
Werkklassen	9,18	9,03	8,22	9,13
Total	20,91	21,10	17,80	17,38

Schülerzahlen nach Abteilung (alle drei OS-Schuljahre)

	Französischsprachige Klassen				Deutschsprachige Klassen			
	2010/11		2011/12		2010/11		2011/12	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Progymn. Abt.	2901	36,41	2915	35,56	784	27,70	743	27,94
Allg. Abt.	3428	43,03	3542	43,21	1254	44,31	1141	42,91
Realabteilung	1410	17,70	1498	18,27	644	22,76	629	23,66
Werkklassen	179	2,25	167	2,04	148	5,23	146	5,49
Aufnahmeklasse	49	0,61	76	0,92	-	-	-	-
Total	7967	100	8198	100	2830	100	2659	100

Schüler/-innen im 10.,11. oder 12. Schuljahr

	Französischsprachige Klassen				Deutschsprachige Klassen			
	2010/11		2011/12		2010/11		2011/12	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
10. Jahr	607	7,62	657	8,01	174	6,15	143	5,38

2.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.2.1 Klassenbestände und Organisation

Zu Schuljahresbeginn 2011 zählte die Region Nord des französischsprachigen Kantonsteils 109 (103,5) Kindergartenklassen, die Region Süd deren 115 (103), was ein Total von 224 (206,5) Klassen ergibt.

Die Einführung des zweiten Kindergartenjahres hat weiterhin erhebliche Änderungen zur Folge: So wird der Zweijahreskindergarten zu Beginn des Schuljahres 2011/12 in 8 (23) weiteren Schulkreisen angeboten, davon 3 (8) in der Region Nord und 5 (15) in der Region Süd: Bas-Vully, Haut-Vully / Belfaux, Autafond / Vernay / Hauterive / La Verrerie / Le Flon / Châtel-St-Denis / Vaulruz.

2011

2.2.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane-Land	67	1236	71	1296
Stadt Freiburg	17	289	15	263
Broye	31	581	32	585
Glâne	24	453	27	460
Greyerz	39	692	39	673
See	10,5	165	13,5	242
Vivisbach	18	309	26	443
Total	206,5	3725	224	3962

2.2.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Es wurden 3 Klassen im Einjahreskindergarten eröffnet: Noréaz-Ponthaux / Châtonnay-Torny / Greyerz.

Demgegenüber wurden 8 Klassen im Einjahreskindergarten geschlossen: Freiburg (Auge, Neuveville) / Freiburg (Vignetaz) / St-Aubin, Vallon / Matran / Billens, Romont-Hennens / Vuisternens-dt-Romont / Broc, Botterens / Bulle, la Condémine, Morlon.

Im Zuge der Einführung des zweiten Kindergartenjahres wurden 22,5 Klassen im Zweijahreskindergarten eröffnet: Bas-Vully, Haut-Vully (3) / Belfaux, Autafond / Givisiez / Châbles, Cheyres, Font / Nuvilly, Les Montets (0,5) / Vernay / Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Hauterive / Auboranges, Chapelle, Ecublens, Rue / La Verrerie / Le Châtelard / Le Flon / Mézières / St-Martin / Ursy / Châtel-St-Denis (5) / Pont-en-Ogoz.

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 gab es somit 17,5 (+26) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.2.4 Schwerpunkte: Weiterführung der Einführung des zweiten Kindergartenjahres

Nachdem im Grossen Rat am 6. September 2008 der Entscheid für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres gefallen war, wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Gemeinderäte, Schulkommissionen und Elternvereinigungen sowie für die betroffenen Eltern und Lehrpersonen organisiert. An diesen Veranstaltungen wurden administrative und organisatorische Fragen, aber auch pädagogische und soziale Aspekte der geplanten Umstellung angesprochen.

Zur Vorbereitung dieser Umstellung betraute die Direktion die pädagogischen Beraterinnen mit der Organisation und Durchführung eines Weiterbildungsprogramms für die betroffenen Lehrpersonen. Dieses besteht aus einem ersten viertägigen Kurs-

modul im Sommer vor Beginn des Schuljahres sowie aus mehreren Weiterbildungsnachmittagen in den beiden ersten Jahren der Einführung. Nach Abschluss dieser rund 50 Stunden umfassenden Weiterbildungstage erhalten die Lehrpersonen einen Fortbildungsnachweis. Im Juni 2011 konnten 82 Lehrpersonen für den Kindergarten das entsprechende Zeugnis entgegennehmen. Im Rahmen dieser Zusatzausbildung wurden Workshops zur Musikpädagogik organisiert, in denen es um die Bewegung, das Zuhören, die Imagination und das Schöpferische in Musik und Theater ging.

2.2.5 Betreuung und Begleitung von Klassen der Eingangsstufe (1-2 KG und 1-2 PS)

Mit der schrittweisen Einführung des 2. Kindergartenjahres steigt auch die Zahl der Klassen, der Kinder und der Lehrpersonen. Die Aufnahme dieser jungen Schülerinnen und Schüler mit ihren ganz besonderen Bedürfnissen und der Aufbau einer konstruktiven Partnerschaft mit den Eltern erfordern eine gute Begleitung und Betreuung. Aufgrund der steigenden Anforderungen und um ein gutes Unterstützungsangebot für die Eingangsstufe zu schaffen, wurde beim Amt für französischsprachigen Unterricht eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen; somit bestehen für die pädagogische Beratung nun 3 Vollzeitstellen.

2.2.6 Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten und/oder Verhaltensauffälligkeiten

Drei schulische Heilpädagoginnen (2,6 Vollzeitstellen) arbeiten mit lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern. Sie betreuen diese in der Regel in der Klasse, und zwar bis Ende der 2. Klasse, damit die Betroffenen längerfristig begleitet werden oder um eine Klasse zu unterstützen, die durch das Verhalten von Schülerinnen und Schülern plötzlich gestört wird. Die Heilpädagoginnen wirken in dem von pädagogischen Beraterinnen und Beratern geführten Netzwerk mit und arbeiten nach Bedarf mit anderen Partnern zusammen, die Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten betreuen.

2.2.7 Übergang Vorschule – Kindergarten

Die pädagogischen Beraterinnen haben eine Partnerschaft mit verschiedenen Stellen des Unterstützungsnetzwerks (Spielgruppen, Frühberatungsdienst, Schuldienste, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Ärzteschaft, Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Familienbegleitung) aufgebaut, um besondere Situationen zu bewältigen und um die kohärente Umsetzung der pädagogischen Projekte für die betroffenen Kinder zu gewährleisten. Auch die Kindergartenlehrpersonen sind an diesem Netzwerk beteiligt, damit der Übergang für die Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten und ihre Familie möglichst optimal verläuft.

2011

2.2.8 Betreuung und Begleitung von Klassen der Eingangsstufe (1–2 KG und 1–2 PS)

Die Idee der Basisstufe (Eingangsstufe), welche die ersten vier schulpflichtigen Jahre umfasst, ist inzwischen Realität geworden. Derzeit wird daran gearbeitet, die verschiedenen Kooperationen unter den Lehrpersonen des Kindergartens und denjenigen der ersten und zweiten Primarklasse in ihrem jeweiligen Schulkreis weiterzuführen. In den vier ersten Jahren der obligatorischen Schule wird den jungen Schülerinnen und Schülern Zeit gelassen, um auf ihre Entwicklung Rücksicht zu nehmen und für ein angemessenes Lerntempo zu sorgen.

2.3 Kindergarten Deutschfreiburg

2.3.1 Allgemeines

Die Konsolidierungsphase des Zweijahreskindergartens wurde fortgesetzt. Die Rückmeldungen der Schulbehörden, Schulleitungen, Lehrpersonen und Eltern zeigten deutlich, dass das neue Kindergartenmodell bereits eine breite Akzeptanz genießt. In der Stadt Freiburg, ausgenommen an der Freien öffentlichen Schule, und in der Gemeinde Giffers konnte der Zweijahreskindergarten wegen fehlenden Schulraums noch nicht angeboten werden.

14 (21) Kinder mit besonderen Bedürfnissen wurden in Regelkindergärten und in die Basisstufe integriert. Dabei erfolgte die Integration von 8 (11) Kindern über das Schulheim Les Buissonnets; 6 (10) Kinder wurden über das Amt für Sonderpädagogik integriert. Zur Förderung und Unterstützung dieser insgesamt 14 Kinder arbeiteten 14 (16) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit.

In 25 (20) Schulkreisen wurde zur besseren Eingliederung fremdsprachiger Kinder ein Zusatzunterricht «Deutsch für Fremdsprachige» angeboten. Im Schuljahr 2011/12 können 270 (252) Kinder des 1. und 2. Kindergartenjahres von diesem Angebot profitieren.

Das Projekt «Basisstufe / classe multi-âges» wird in den drei Gemeinden Murten, Fräschels und Bärfischen unverändert weitergeführt.

Der Pilotversuch des Projekts «Purzelbaum» für mehr Bewegung im Kindergarten wurde erfolgreich abgeschlossen. In den Gemeinden Schmitten, Düdingen, Plaffeien, Plasselb und in der Stadt Freiburg wird dieses Projekt nun umgesetzt.

2.3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Im Zuge der Einführung des zweiten Kindergartenjahres wurden im Zweijahreskindergarten keine Klasse (Vorjahr: 2,5) er-

öffnet und 2,7 (4,9) Klassen geschlossen: Flamatt / Tafers (1), Gurmels (0,7).

Demgegenüber wurde eine Klasse im Einjahreskindergarten eröffnet: Freiburg Schönberg.

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 gab es somit 1,7 (3,4) Klassen weniger als im Vorjahr.

2.3.3 Geografische Verteilung der Klassen

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Stadt Freiburg (dt.)	6	94	7	96
Sense	45	851	43	770
Greyerz (dt.)	1	15	1	18
See (dt.)	25,9	502	25,2	475
Total	77,9	1462	76,2	1359

*die zwei Klassen des Projekts Basisstufe mitgezählt

Durchschnittlicher Klassenbestand im Schuljahr 2011/12: 17,83 (18,77) Kinder. Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

50 (47) Kindergartenklassen werden von 2 Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 5 (5) Kindergartenlehrpersonen sind zugleich als Schulleiterinnen tätig.

2.3.4 Weiterbildung

Die Weiterbildung für die Lehrpersonen konzentrierte sich auf zentrale Aspekte der Beurteilung wie beispielsweise das Führen von förderorientierten Elterngesprächen und Erweiterung der diagnostischen Kompetenz. Zudem wurde die Planung stufenübergreifender Weiterbildungsangebote für die Schuljahre 1–4 angegangen.

2.3.5 Einschulung

Die Eltern von 64 (83) Kindern wünschten, den Eintritt in den Zweijahreskindergarten um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 9,26 % (9,45 %) der Kinder, die 2011 das Schulalter erreichten.

2.3.6 Beschäftigungssituation

Auf Beginn des Schuljahres konnten alle offenen Stellen besetzt werden. Es zeigte sich jedoch, dass sich Angebot und Nachfrage noch knapp die Waage hielten und in nächster Zeit möglicherweise mit einem Rekrutierungsproblem zu rechnen ist. Die Organisation von längerdauernden Stellvertretungen verursachte wiederum erhebliche Probleme.

2011

2.4 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.4.1 Geografische Verteilung der Klassen

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane-Land	229,5	4471	232	4432
Stadt Freiburg	82	1404	81	1414
Broye	106,5	2067	109	2123
Glâne	83	1573	85	1571
Greyerz	169	3379	170	3370
See	44	762	42,5	794
Vivisbach	66	1313	68	1359
Total	780	14 969	787,5	15 063

2.4.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

18 Klassen wurden eröffnet: Cressier (0,5) / Givisiez / Domdidier / Estavayer-le-Lac / Nuvilly, Les Montets / Avry / Villars-sur-Glâne, Rochettes / Villars-sur-Glâne, Villars-Vert / Hauterive (0,5) / Romont (2) / Bossonens / Semsales / Sorens / Vuadens / Broc, Bortorens / Bulle, La Condémine, Morlon / Bulle, La Léchère (2).

Demgegenüber wurden 10,5 Klassen geschlossen: Bas-Vully, Haut-Vully / Cressier-sur-Morat / Fribourg (Auge, Neuveville) / Léchelles, Montagny (0.5) / Farvagny, Vuisternens-en-Ogoz / Le Mouret / La Roche, Pont-la-Ville / Pont-en-Ogoz / Gruyères / Haut-Intyamont / Le Pâquier.

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 gab es folglich insgesamt 7,5 (+12) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.4.3 Schwerpunkte

2.4.3a Verwaltung und Leitung von Schulprojekten

Wie bereits unter Ziffer 2.1.1 erwähnt, ist im Zuge der Umsetzung des Schulleitungskonzepts zu Beginn des Schuljahrs eine weitere wichtige Etappe realisiert worden: Nunmehr haben 74 (68) Schulen eine Schulleiterin bzw. einen Schulleiter an ihrer Spitze und 11 kleinere Schulen sind diesen geleiteten Schulen angeschlossen. Die Schulleiterinnen und Schulleiter werden vom zuständigen Kreisinspektorat regelmässig zu einem Schulleitungstreffen einberufen. Der Vorentwurf zum Schulgesetz, der nach der Vernehmlassung im Jahr 2010 gründlich überarbeitet wurde, legt die nötigen Rechtsgrundlagen für diese neue Führungsstruktur der Primarschulen fest.

Schulprojekte: Auch im Jahr 2011 kamen weitere Schulprojekte hinzu. Bisher wurden die Projekte von über 80 Schulen (von

den insgesamt 94, die das Amt betreut) genehmigt. Ein Mitglied des Lehrerkollegiums, oder eventuell die Schulleiterin bzw. der Schulleiter selber, übernimmt die Projektleitung und nimmt an den kantonalen Koordinationssitzungen und Netzwerktreffen teil.

2.4.3b Französischunterricht

Im Laufe des Schuljahres 2010/11 wurden dem Lehrkörper der Eingangsstufe (KG–2PS) die von der CIIP ausgewählten neuen Lehrmittel «Grindelire» und «Que d'histoires» präsentiert. Im Hinblick auf die Einführung zum Schuljahresbeginn 2011/12 in den 1. Primarklassen einigte man sich auf ein einziges Lehrmittel pro Schule. Die von der CIIP für die 3. bis 6. Primarklasse vorgesehenen Lehrmittel «L'île aux mots» und «Mon manuel de français» werden seit Ende Januar 2011 in sechs Klassen des Kantons erprobt. Gestützt auf die dabei gesammelten Erfahrungen wird sich das Amt in den kommenden Monaten zur Wahl des definitiven Lehrmittels äussern. Den Lehrpersonen des Kindergartens und der 3. bis 6. Primarklassen werden ab Schuljahresbeginn verschiedene Projekte zur Leseförderung angeboten, wobei die Teilnahme freiwillig ist. Im Juni 2011 wurde in allen vierten Primarklassen des Kantons eine kantonale Vergleichsprüfung in Französisch durchgeführt. Nachdem die Steuergruppe Friportal ihre Zustimmung erteilt hat, geht der Aufbau des Internetportals «français.friportal» in Zusammenarbeit mit der Fachstelle fri-tic weiter voran.

2.4.3c Mathematikunterricht

Die Fachgruppe Mathematikunterricht setzte 2011 ihre Arbeit an den Vergleichsprüfungen für den Übertritt in die OS fort. Zudem wurde für die 2. Primarklassen am Ende des Schuljahres eine kantonale Vergleichsprüfung organisiert. Aus der Auswertung lässt sich entnehmen, dass die Schülerinnen und Schüler im Kanton Freiburg sehr erfreuliche Mathematikkenntnisse erworben haben. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Lehrplans traf sich die Fachgruppe Mathematikunterricht mit den Lehrpersonen der Eingangsstufe und jenen der 3. und 4. Primarklassen, um ihnen Hilfe und Beratung anzubieten. Nach der Herausgabe der Aufgabenblätter «Fiches de devoirs 3P» arbeitete die Gruppe an den Unterlagen für die Sammlung für die 4. Primarklassen weiter.

2.4.3d Deutsch- und Englischunterricht

Gemäss dem kantonalen Konzept für den Sprachenunterricht wird vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung für Sprachen gelegt. Dazu werden künftig generell die neuen Westschweizer Lehrmittel EOLE verwendet. Zudem laufen versuchsweise einige Sprachprojekte in den Primarschulen des Kantons Freiburg, von denen einige bereits über 10 Jahre dauern. Es handelt sich um die Schulkrei-

—
2011

se von Cressier, Belfaux, Corminbœuf, Auboranges-Chapelle-Ecublens-Rue und Barberêche. Ziele dieser Projekte: Das Verständnis zwischen den zwei Sprachgruppen fördern, positive Vorstellungen von der Partnersprache wecken, zum Lernen einer neuen Sprache motivieren, in allen Klassen Intensität und Qualität des Unterrichts in der Zweitsprache (L2) erhöhen, vertikale Koordination des Sprachenlernens verbessern (KG bis 6. Klasse), Entwicklung der sprachlichen Autonomie der Schülerinnen und Schüler fördern.

Für den Englischunterricht: Die CIIP hat sich für das Lehrmittel «More» von der «Cambridge University Press» entschieden. Dieses wird ab Schuljahresbeginn 2011 in 5. Primarklassen sämtlicher Westschweizer Kantone erprobt; ab 2012 soll es dann in den 6. Primarklassen getestet werden. In Freiburg erhalten bereits vier Primarklassen in der Region Murten entsprechenden Englischunterricht. Die beiden pädagogischen Mitarbeiterinnen (2 x 0,6 VZÄ) begleiten diese Versuchsphase und bereiten die didaktische Ausbildung der künftigen Englischlehrpersonen vor.

2.4.3e Unterricht in Geografie, Geschichte sowie Mensch und Umwelt

Seit Schuljahresbeginn 2011 nutzen die Lehrpersonen der 3. und 4. Primarklassen ein neues zweisprachiges Lehrmittel für die regionale Geografie («Nourri-cultures»), mit dem sie in ihrer Klasse das Thema der Freiburger Landwirtschaft behandeln können. Dieses Lehrmittel gehört zur Sammlung GEO|FR, die in den kommenden Jahren laufend erweitert werden soll. Der Kanton Freiburg ist an einer Expertengruppe beteiligt, die auf Westschweizer Ebene im Auftrag der CIIP den Ordner «Connaissance de l'environnement» für den Kindergarten und die beiden ersten Primarklassen anpassen soll. Gleichzeitig ist ein Autor aus dem Kanton an den von der CIIP geleiteten Arbeiten zur Erstellung der künftigen Westschweizer Geografielehrmittel für die 3. bis 6. Primarklasse beteiligt. Daneben unterstützt das Amt zusammen mit privaten Institutionen oder anderen Dienststellen des Kantons (insbesondere mit dem Büro für Natur- und Landschaftsschutz) die Lehrstätten, die den Schülerinnen und Schülern die Umwelt näherbringen: Kiesgrube von Ménières (Broye), Hochmoor Les Gurses (Greyerz), Lehrpfad bei Le Flon (Glâne) und Pflanzung von Hecken (Landschaftsraum Mittelland).

Geschichte: Die geschichtskundlichen Lernaktivitäten in Greyerz, Vallon und Marly werden weiterhin angeboten. Im Schloss Greyerz wurde das Angebot mit einer neuen Lektion zu den Festen und Spielen im Mittelalter erweitert, die einen grossen Erfolg verbuchen konnte. Daneben beteiligt sich der Kanton an der Erarbeitung von Westschweizer Lehrmitteln sowie auch an der Entwicklung neuer Geschichtslehrmittel für die 3. bis 6. Primarklassen.

2.4.3f Musikunterricht

Nach den Klassenbesuchen und den Gesprächen mit den Lehrpersonen wurden methodische Hilfen zum PER bereitgestellt (Weiterbildung und ergänzende Unterlagen zur aktuellen Methodik). Zudem wurde das Angebot in Musikunterricht auf der Internetplattform Friportal sowie bei der kantonalen Lehrmittelverwaltung ausgebaut. Die Kindergartenlehrpersonen nahmen an einem Weiterbildungsnachmittag zum Musikunterricht teil, an dem Fragen zum Westschweizer Lehrplan behandelt wurden, insbesondere die Aspekte «Wahrnehmung» und «Bewegung». Das musikalische Veranstaltungsprogramm für die 1. bis 4. Primarklassen wurde weiter ausgebaut; im Berichtsjahr besuchten rund 1500 Schülerinnen und Schüler die pädagogischen Konzerte des «Orchestre de la Suisse romande».

Der Kanton beteiligte sich ferner an den Arbeiten der CIIP zur Erstellung einer «Bestandsaufnahme» der in den Westschweizer Schulen für den Musikunterricht verwendeten Lehrmittel. Der COMEVAL (Commission d'évaluation des moyens romands) wurde ein Bericht vorgelegt, in dem die Erarbeitung einer neuen Methodik sowie neuer Lehrmittel vorgeschlagen wird.

2.4.4 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil zählt 21 Kleinklassen, die von 175 Schülerinnen und Schülern besucht werden. 12 Kleinklassen befinden sich in der Region Nord: 1 in Belfaux-Autafond, 7 in Freiburg, 2 in Estavayer-le-Lac und 2 in Villars-sur-Glâne. In der Region Süd gibt es 9 Kleinklassen: nämlich 2 in Marly, 2 in Romont, 1 in Châtel-St-Denis und 4 in Bulle. Zu Beginn des Schuljahres 2011/12 wurden in den 12 Kleinklassen der Region Nord 95 Kinder und in den 8 Klassen der Region Süd 80 Kinder betreut.

Zudem stehen für den Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU), bei dem Schülerinnen und Schüler mit erheblichen Lernschwierigkeiten betreut werden, 44 Vollzeitstellen zur Verfügung, 23,5 in der Region Nord und 20,5 in der Region Süd.

2.4.5 Aufnahme- und Integrationsklassen

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 wurden für diese Klassen in der Region Nord 7,2 Vollzeitstellen und in der Region Süd 5,2 Vollzeitstellen angeboten. Die Unterstützung fremdsprachiger Kinder erfolgt bedarfsgerecht: Aufnahmeklassen, in denen die Schülerinnen und Schüler einen Teil des Jahres verbringen, bevor sie in eine Klasse integriert werden, oder Sprachintensivkurs einzeln oder in der Gruppe. Das Angebot kann während des Jahres weiterentwickelt und an die Situation der Schule und die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden.

—
2011

In den drei ersten Wochen der Sommerferien fanden wiederum die Sommerkurse (SOKU) in Französisch als Unterrichtssprache für fremdsprachige Kinder statt. 6 Kurse wurden in Freiburg durchgeführt, 4 in Bulle. Aufgrund der grossen Nachfrage wurde das Kursangebot erweitert: 2 in Romont, 2 in Estavayer-le-Lac, 1 in Courgevaux und 1 in Courtepin. Insgesamt mussten 8 Kurse mehr als im Vorjahr organisiert werden. Diese steigende Nachfrage zeigt deutlich: Viele Eltern haben ein Interesse daran, dass die Kinder die Unterrichtssprache möglichst schnell lernen und sich so in ihr neues Umfeld integrieren können. Im Berichtsjahr verzeichneten die Kurse in Herkunftssprache und kultur (HSK-Kurse) einen starken Zuwachs auf 45 (9); hinzu kommen noch die direkt von der Gemeinde Freiburg geleiteten HSK-Kurse.

2.4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Im Schuljahr 2011 versammelten sich die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren sowie pädagogischen Beraterinnen zu 12 Sitzungen, meist im Beisein des Amtsvorstehers oder seines Stellvertreters. Dabei wurden zahlreiche Themen behandelt, die sowohl die Leitung und die Verwaltung der Schule wie auch eher pädagogisch-didaktische Aspekte betreffen: Unterstützung bei der Einrichtung der neuen Schulleitungen, Teilnahme an den Arbeiten zur Umsetzung der NFA, Entwicklung des Pilotprojekts in der Region Murten im Hinblick auf die Einführung von Englisch in der 5. Primarklasse, Mitwirkung an der Erarbeitung von Richtlinien für den Englischunterricht und Anpassung der Stundentafel, Teilnahme an den Gesprächsrunden, die im Anschluss an die Vernehmlassung über das neue Schulgesetz organisiert wurden.

Ferner war die Konferenz stark mit der Einführung des Westschweizer Lehrplans (PER) auf den Beginn des Schuljahres 2011/12 sowie mit der entsprechenden Weiterbildung der Lehrpersonen beschäftigt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Einführung der neuen Französischlehrmittel in der 1. und 2. Primarklasse gelegt, daneben wurden die Überlegungen im Zusammenhang mit den neuen Französischlehrmitteln für die 3. bis 6. Primarklasse weitergeführt.

Die Konferenz nahm zudem Stellung zum Inhalt der verschiedenen kantonalen Prüfungen auf der Primarstufe. Auch setzte sie sich mit Fragen zum Klassenbuch und zum Stützunterricht auseinander.

Daneben pflegte die Konferenz regelmässigen Kontakt mit der HEP-PH-FR, dieses Jahr speziell zum Problem der Praktikumsplätze, sowie mit der SPFF (Société pédagogique fribourgeoise francophone). An den Treffen vom 12. April und vom 15. November 2011 ging es vor allem um folgende Themen: Einführung des PER, Inhalt des Klassenbuchs, Abbau der administrativen

Belastung der Lehrpersonen, Funktion der Schulleitung, Schulprojekte, Qualität der Weiterbildungen am Mittwochnachmittag, Zuteilung der Klassen und Schüler/-innen, Beziehungen Lehrpersonen-Schuldienste, Evaluations- oder Qualifikationsbesuche (Leistungsbeurteilung), Studentafel und Organisation des Kindergartens, Fachaustausch und Einführung von Englisch, Weiterbildung im Bereich Gestalten, Zählweise der Schuljahre gemäss HarmoS, Problem der Stellvertretungen, Förderung einer guten Ausbildungsqualität.

2.4.7 Schulmediation und Erziehungsberatung

Die Dienste des Begleit- und Beratungsteams für allgemeine Erziehungsfragen, das verschiedenen Partnern der Schule erzieherische Beratung und Begleitung anbietet, wurden mehrfach in Anspruch genommen: Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Schulleiterinnen und Schulleitern, Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern, örtlichen Schulbehörden (Schulkommissionen und Gemeinderäte), Zusammenarbeit mit dem Primarschulinspektorat und den OS-Direktionen, Bewältigung von Krisensituationen, Notfällen, Todesfällen oder schweren Krankheiten. Das Team sorgt für die Supervision und die Weiterbildung der Schulmediatorinnen und Schulmediatoren an Primarschulen, leitet die Tätigkeiten der Gruppe im Kanton, organisiert und koordiniert die Interventionen in den Primarschulen.

Im Rahmen der Umsetzung der NFA ist das Team zuständig für die Weiterbildung des Lehrkörpers der Primarschulen und der OS zu allgemeinen Erziehungsfragen (Gesundheit, Beratung, erzieherische Aspekte im weiteren Sinn).

Präventionskampagne «klick clever»: Die von der Kantonspolizei und der EKSD gemeinsam durchgeführte Präventionskampagne «klick clever» zu den mit der Verwendung von Internet und anderen modernen Kommunikationsmitteln verbundenen Gefahren läuft weiterhin.

2.4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden und den Schulkommissionen

Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin und die Verantwortlichen des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht nahmen an der Delegiertenversammlung der SPFF (Société pédagogique fribourgeoise francophone) teil und trafen sich zweimal mit dem Vorstand dieses Berufsverbands. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Ermüdung und Erschöpfung bei Lehrpersonen (Burnout) und Arbeitsüberlastung, Planung der Mittwochnachmittage, Einführung des Westschweizer Lehrplans (PER), Einführung von Englisch und Anpassung der Stundentafel in der 5. und 6. Primarklasse, Klassenbestände, Urlaubsgesuche der Eltern zur Verlängerung von Ferien, Vorentwurf für das Gesetz über die obligatorische Schule, Kantonal-

2011

sierung des Integrationskonzeptes, Stützunterricht, Autonomie der Schulen, Lehrermangel, Lohnerhöhung, Rolle, Pflichtenheft und hierarchische Stellung der Schulinspektoren/-innen und der Schulleiter/-innen.

Schulkommissionen: Im Anschluss an die Gemeindewahlen und die Neubesetzung der Schulkommissionen wurde der Wunsch laut, die neuen Mitglieder über den gesamten Schulbetrieb zu informieren. Der Amtsvorsteher und sein Stellvertreter führten daher im Herbst 2011 vier Informationsveranstaltungen durch.

2.5 Primarschule Deutschfreiburg

2.5.1 Allgemeines

Die Umsetzung des Projekts «Passepartout - Fremdsprachen an der Volksschule» (Projekt der sechs Kantone BL, BE, BS, FR, SO, VS) trat in eine neue Phase, indem das neue Französischlehrmittel «Mille feuilles» für alle Schülerinnen und Schüler der 3. Primarklasse eingeführt wurde. Das Projekt führt zur Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts und zu seiner methodisch-didaktischen Neuausrichtung. Im Zentrum steht die Didaktik der Mehrsprachigkeit: Beim Sprachenlernen sollen Verbindungen zwischen den Sprachen hergestellt und die Sensibilisierung und die Reflexion über Sprachen und Kulturen gefördert werden. Im Rahmen einer sehr umfangreichen Weiterbildung wurden die Lehrpersonen befähigt, mit den neuen Lehr- und Lernmaterialien zu arbeiten und das erneuerte Verständnis des Sprachenlernens umzusetzen.

2.5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Stadt Freiburg (dt.)	28	519	27	504
Sense	133,8	2582	139	2626
Greyerz (dt.)	3	56	3	51
See (dt.)	76,8	1521	78,8	1501
Total	241,6	4678	247,8	4682

2.5.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen zu Schuljahresbeginn 2011

9,7 Klassen wurden eröffnet: Tafers / JLS [Jeuss, Lurtigen, Salvenach] / St. Silvester / Flamatt (1) / Murten / Schmitten (2) / Düdingen (1,2) / Bösing (0,5).

Demgegenüber wurden 3,5 Klassen geschlossen: Plaffeien-Oberschrot-Zumholz [POZ] / FOS Freiburg / FOS Courtepin (1) / Ueberstorf (0,5).

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 gab es somit 6,2 (-0,8) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.5.4 Sprachkurse, Stand am 1. September 2011

Schulkreis ABGRU (Agriswil, Büchslen, Gempenach, Ried, Ulmiz) 7/28; Alterswil 4/28; Bösing 8/28; FOS-Courtepin 6/28; Düdingen 16/28; Flamatt 28/28; Freiburg 24/28; Freiburg FOS 2/28; Galmiz 3/28; Giffers 3/28; Gurmels 9/28; Heitenried 2/28; Jaun 1/28; Kerzers 42/28; Murten 31/28; Plaffeien 8/28; Plasselb 6/28; Schmitten 13/28; Schwarzsee 1/28; St. Antoni 2/28; St. Silvester 1/28; St. Ursen 2/28; Tafers 17/28; Ueberstorf 2/28; Wünnewil 10/28.

2.5.5 Weiterbildung für die Lehrpersonen

Die Lehrpersonen, die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sowie die Schulleiterinnen und Schulleiter wurden zu vielen verbindlichen Kursen aufgebildet. Themen von besonderer Bedeutung waren zum Beispiel: Leseförderung, kooperatives Lernen im Mathematikunterricht, «explore-it-Technik begreifen», Integration und individuelle Förderung.

2.5.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren des Kindergartens und der Primarschule hielt insgesamt 17 Sitzungen ab, an denen meistens der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter teilnahmen. Nebst den wiederkehrenden Inhalten befasste sich die Konferenz schwerpunktmässig mit folgenden Themen: Lehrplan 21, neue Richtlinien des Amtes für Sport, Integration in Regelklassen und Sonderschulung, Klassenaustausch, Leistungsbeurteilung, Übertrittsverfahren, Evaluation des heilpädagogischen Angebots, Informationsveranstaltung für Schulkommissionen.

Zudem nahm die Konferenz Koordinationsaufgaben mit verschiedenen Ämtern, Gremien und Organisationen wahr und beteiligte sich an verschiedenen Vernehmlassungen.

2.5.7 Kleinklassen

Im Schuljahr 2011/12 werden 7 (8) Kleinklassen geführt: 3 in Düdingen und 4 in Kerzers. Die sogenannte Einführungsklasse in Düdingen, die auch lernbehinderte Schülerinnen und Schüler betreut, gilt administrativ ebenfalls als Kleinklasse.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterrichts (HSU) präsentiert sich wie folgt: 24,78 (23,61) Vollzeitstellen verteilt auf folgende Schulkreise: ABGRU, Alterswil, Bösing, Brünisried, Courtepin, Flamatt, Freiburg, FOS Freiburg, Giffers, Gurmels (Cordast-Guschelmuth, Liebistorf), Heitenried, Jaun, JLS, Mur-

2011

ten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schmitten, Schwarzsee, Tifers, Ueberstorf, Wünnewil.

2.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

2.6.1 Allgemeines

Die 13 französischsprachigen Orientierungsschulen verzeichneten zum Schuljahresbeginn 2011 wiederum eine höhere Schülerzahl, nämlich 231 (+105) Schülerinnen und Schüler mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Klassen erhöhte sich um 7,5 (+ 3,5).

2.6.2 Bestände nach OS

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Belluard	33	670	33	693
Bulle	39	789	39	840
Domdidier	19	406	19	404
Estavayer	32	681	33	691
Gibloux	19	400	19	395
Glane	42	917	42	911
Jolimont	35	718	36	761
La Tour/Jaun	42	932	44,5	943
Marly	27	569	27	582
Murten	10	187	11	208
Pérolles	26	511	26	512
Saane West	26	535	28	573
Vivisbach	31	652	31	685
Total OS	381	7967	388,5	8198

2.6.3 Verteilung der Schüler/-innen nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Am Übertrittsverfahren nahmen 2624 (2514) Schülerinnen und Schüler teil, die sich nach Abschluss des Verfahrens wie folgt auf die verschiedenen Abteilungen der OS verteilten:

	Schüler/-innen		in %	
	2009/10	2010/11	2009/10	2010/11
Progymnasiale Abteilung	830	895	33,02	34,11
Allgemeine Abteilung	1175	1213	46,74	46,23
Realabteilung	480	486	19,09	18,52
Wahl einer anderen Schule	29	30	1,15	1,14

2.6.4 Aufnahme- und Integrationsklassen

Zu Beginn des ersten Semesters des Schuljahres werden 5 (5) Aufnahmeklassen mit 76 (49) Schüler/-innen geführt, und zwar in den Orientierungsschulen Belluard, Bulle, Jolimont (2) und Pérolles. In den übrigen Schulen bilden die anderssprachigen Schülerinnen und Schüler keine eigenen Klassen, erhalten aber Stützunterricht, insbesondere für Französisch.

2.6.5 Schwerpunkte

Der Schwerpunkt des Schuljahres 2010/11 lag auf den Vorbereitungen für die Einführung des neuen Westschweizer Lehrplans (PER). Zunächst wurden alle OS-Lehrkräfte allgemein mit dem neuen Lehrplan vertraut gemacht. Anschliessend verlagerte sich die Arbeit auf die Schulen, damit sich die Lehrpersonen vertieft mit den jeweiligen Lehrplänen ihrer Unterrichtsfächer befassen und die Einführung im 1. OS-Jahr auf den Schuljahresbeginn 2011 vorbereiten konnten. Dabei spielten die kantonalen Fachkommissionen für die einzelnen Fächer, bestehend aus einer Vertreterin bzw. einem Vertreter pro Schule, eine Schlüsselrolle; so erarbeiteten sie insbesondere die Jahresplanungen für Freiburg. Zum Schuljahresbeginn 2011 wurden für die 1. OS-Klassen neue Lehrmittel für Mathematik und Französisch eingeführt, auch dies jeweils eng verknüpft mit der Einführung des PER.

Ferner stellen die OS-Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit der Universität Klassenlektüren mit Texten von Westschweizer Autorinnen und Autoren (Anne-Lyse Grobéty, Agota Kristof) zusammen.

Kantonales Konzept für den Sprachenunterricht: Seit Beginn des Schuljahres 2011/12 werden Sprachaustausche im Deutschunterricht besonders gefördert. Sämtliche 2. OS-Klassen stehen in Kontakt mit einer deutschsprachigen Partnerklasse in Freiburg, in einem anderen Schweizer Kanton oder in Bayern. Im Programm sind für die konkrete Umsetzung dieser Sprachaustausche drei Aktivitäten vorgesehen: Die Klasse stellt sich der Partnerklasse vor, die Partnerklasse identifiziert die Klassenkameraden anhand von Beschreibungen, (inter)kultureller Austausch (Feste, Kochrezepte, Geographie, Geschichte...). Solche Austausche können auch über längere Zeit stattfinden, sofern die Lehrpersonen dies wünschen. Zwei Orientierungsschulen haben mit der Bildung zweisprachiger Klassen begonnen: Die OS La Tour-de-Trême hat eine erste Progymnasialklasse eröffnet, bei welcher der Unterricht in Mathematik, Sport und bildnerischem Gestalten in Deutsch erteilt wird. Da zahlreiche Anmeldungen für diese Klasse eingingen, mussten die Plätze unter den Interessenten ausgelost werden. An der OS Murten meldeten sich alle Schülerinnen und Schüler der 3. Progymnasialklassen freiwillig für den Hauswirtschafts- und Sportunterricht in Deutsch an.

—
2011

Persönliche Arbeit der Schülerinnen und Schüler: An den französischsprachigen OS wird die Autonomie der Schülerinnen und Schüler weiterhin mit gezielten Aktivitäten gefördert, so in Form von Hausaufgabenhilfen für die Schülerinnen und Schüler sowie Weiterbildungskursen über Lernstrategien für die Klassenlehrpersonen der 1. OS-Klassen unter der Leitung des Begleit- und Beratungsteams für allgemeine Erziehungsfragen («Education générale»).

Suizidprävention: Das Begleit- und Beratungsteam beteiligt sich an der Erarbeitung von Materialien für die Suizidprävention bei Jugendlichen, wobei auch deren Umfeld einbezogen wird.

Musik: Es wurde eine erste interkantonale Weiterbildungsstagnung organisiert, an der 150 Lehrpersonen aus den Kantonen Waadt und Freiburg teilnahmen. Diese Art von Treffen entspricht der im PER angestrebten Öffnung und kommt auch dem Bedürfnis nach Praxis- und Erfahrungsaustausch entgegen.

Schulabschlussprüfungen: Wie jedes Jahr legten alle Schülerinnen und Schüler im letzten Jahr der OS (2575 Schüler/-innen) ihre Abschlussprüfungen ab (Französisch, Deutsch, Mathematik, Englisch, Latein). Dabei gab es eine Änderung: Die mündlichen Prüfungen in Deutsch und Englisch fanden erstmals nach den schriftlichen Prüfungen statt.

Neu ankommende Schülerinnen und Schüler: Das im Jahr 2007 an der OS des Greyerzbezirks in Bulle lancierte Projekt «double intégration» läuft weiter. Das Konzept, das bereits seit fünf Jahren in den drei deutschsprachigen OS des Seebezirks (GuKeMu) praktiziert wird, bietet viele Vorteile für die schulische und soziale Integration neu ankommender Jugendlicher. Gestützt auf die Empfehlungen aus der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts in Bulle entwickelte eine Arbeitsgruppe (bestehend aus 3 OS-Direktoren, Vertretern von Schulen mit unterschiedlichen Migrationsströmen, 2 Lehrpersonen von Aufnahmeklassen sowie der pädagogischen Koordinatorin des Amtes) ein Modell, das in den übrigen französischsprachigen OS des Kantons eingeführt werden kann. Nun wird ein entsprechender Bericht erstellt, der zunächst der Direktorenkonferenz und dann dem Amt vorgelegt werden soll.

2.6.6 Direktorenkonferenz (OSDK)

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und OS-Direktoren (OSDK) traf sich im Berichtsjahr in der Regel wöchentlich und führte darüber hinaus längere Beratungen und Diskussionen zu umfangreicheren Themen durch. An den Sitzungen ging es hauptsächlich um die Umsetzung und Einführung des PER. Dabei wurde eine bedeutende Arbeit zur Anpassung und Vertiefung geleistet, die auch in den kommenden zwei Jahren noch weitergeführt wird. Mehrere pädagogische Tagungen waren dem neuen Lehrplan gewidmet, dies mit folgenden Zielsetzun-

gen: Den Lehrpersonen Gelegenheit geben, den PER, dessen Besonderheiten und die damit verbundenen Herausforderungen kennenzulernen und sich mit dem Vokabular und dem Aufbau des neuen Lehrplans vertraut zu machen; Zusammenhänge zwischen Bekanntem und Neuem herstellen; die überfachlichen Kompetenzen und die Allgemeinbildung («Formation générale») in die Fächer integrieren. Nach dieser ersten Phase ging es darum, sich konkret mit dem Unterricht der einzelnen Fächer zu befassen, die prioritären Lernziele aufzugreifen und in Unterrichtsinhalte zu übertragen sowie die Unterrichtssequenzen vorzubereiten. Zudem wurde ein kantonaler Jahresplan erarbeitet, der als roter Faden dienen und eine gute Unterrichtsqualität gewährleisten soll.

Massnahmenpaket für verhaltensauffällige Schüler/-innen: Ausarbeitung eines Formulars zur Kontrolle der schulinternen Massnahmen. Diese Massnahmen sind eine wertvolle Hilfe für die Schulen und deren Leitung; sie bieten Unterstützung in Form von personeller Verstärkung, Hilfe bei der Entscheidungsfindung und der Suche nach Lösungen oder auch in Form von direkten Interventionen der mobilen Einheit. Dank diesem Konzept konnten die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit in fünf Orientierungsschulen eingreifen.

Kontakt mit den verschiedenen Partnern der Schule: Die Direktorinnen und Direktoren trafen sich mit der Konferenz der Primarschulinspektoren/-innen, mit dem Sonderschulinspektor und den Mitarbeitenden des Amtes für Sonderpädagogik sowie dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung. Zudem fanden Informations- und Diskussionssitzungen statt mit der Staatsrätin und dem Amt für Ressourcen, der Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien und der Direktorenkonferenz der Deutschfreiburger OS.

Die Konferenz engagiert sich auch in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung: An die 50 Studierende absolvieren derzeit unter der Aufsicht von Praktikumslehrpersonen ihre Berufspraktika für den Masterstudiengang in den Schulen. Im Zusammenhang mit der Führung im Schulwesen beschäftigte sich die Konferenz mit verschiedenen Instrumenten zur Qualitätsförderung an den Schulen; insbesondere verfolgte sie mit Interesse ein entsprechendes Projekt, das an einer Schule läuft.

2.6.7 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin und die Verantwortlichen des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht trafen sich mehrmals mit Delegierten der AMCOFF, um folgende Themen zu besprechen: Organisation des sonderpädagogischen Unterrichts im Rahmen der Umsetzung der NFA und Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bildungsbedürfnissen, Frage der Kleinklassen, Vorentwurf für das künftige Schulgesetz und weiteres Vorgehen, Einführung

2011

des PER, Funktionsbewertung für Lehrpersonen der Orientierungsschule, insbesondere für Fachlehrpersonen, sowie Modalitäten zur Regelung der Lernstunden und der Aufsicht während der Mahlzeiten.

2.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

2.7.1 Allgemeines

Die verbindliche Weiterbildung in der ersten Woche der Sommerferien wurde weitergeführt. Die Lehrpersonen besuchten wiederum zwei Kurse zur allgemeinen Didaktik mit den Themen «individuelle Unterstützung» und «Zielorientierung im Unterricht». In den Fachbereichen «Geschichte» und «Sprachen» wurden fachliche Weiterbildungen angeboten.

Am 1. September traten gemeinsame Regeln zur Schülerbeurteilung an allen Orientierungsschulen in Kraft. Diese Regeln vereinheitlichen wichtige Prinzipien, um den Schülerinnen und Schülern eine möglichst gleichwertige Beurteilung in allen Orientierungsschulen Deutschfreiburgs zu garantieren.

Die zweiten und dritten Klassen führten in den Fächern Naturlehre, Englisch, Mathematik und Französisch Vergleichsarbeiten («Orientierungsarbeiten») durch. Grundlage für diese Arbeiten waren fachspezifische Referenzrahmen, welche die zu einem bestimmten Zeitpunkt erwarteten Schülerkompetenzen in jeder Leistungsgruppe festlegen.

Mit der DOS Freiburg und der OS Kerzers wurden gemäss ordentlichem Turnus zwei weitere Schulen extern evaluiert. Von den insgesamt 8 Schulen liegen nun für 7 Schulen detaillierte Evaluationsberichte vor.

2.7.2 Bestände der einzelnen Schulen

	2010/11		2011/12	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Stadt Freiburg (dt)	20	369	19	348
Düdingen	23	430	22	411
Plaffeien	23	404	22	365
Tafers	23	401	21	366
Wünnewil	17	297	18	296
Gurmels	11	196	10	180
Kerzers	18	297	18	284
Murten	24	436	23	409
Total OS	159	2830	153	2659

Das Übertrittsverfahren verlief zum letzten Mal gleich wie in den vorangehenden Jahren: Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung basiert auf der Empfehlung der Klassenlehr-

person der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Für den Zuweisungsentscheid wird ergänzend dazu die Meinung der Eltern berücksichtigt.

2.7.3 Direktorenkonferenz Deutschfreiburg

Die Schuldirektoren Deutschfreiburgs hielten 17 ordentliche Sitzungen ab. In der Regel waren der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter und der Inspektor anwesend. Für spezifische Fragen wurden regelmässig Fachleute in die Konferenz eingeladen.

Die Konferenz beschäftigte sich neben den allgemeinen Koordinationsaufgaben und Fragen zum Schulbetrieb mit folgenden Schwerpunktt Themen: Umsetzung des Qualitätskonzeptes «Gemeinsam eine qualitätsvolle Schule gestalten», Stellungnahmen zu verschiedenen Vernehmlassungen.

Für das Schuljahr 2011/12 setzte sich die Konferenz folgende Schwerpunkte: Fortsetzung der Umsetzungsarbeiten zum Qualitätskonzept, definitive Fassungen der angepassten schulinternen Beurteilungskonzepte, neue Ausrichtung der Zusammenarbeit Direktorenkonferenz – Arbeitsgruppe Unterricht, Auswertung der Erfahrungen mit den Orientierungsarbeiten, pädagogische Diskussionen und Anlässe zur Teamentwicklung, neues Konzept für die Ansprechpersonen IKT, Austausch mit der französischsprachigen Direktorenkonferenz, Begleitung und Beurteilung von Lehrpersonen.

2.8 Sonderpädagogik und Schuldienste

2.8.1 Allgemeines

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) zählt 15 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zusammen 10,4 Vollzeitstellen belegen.

Auch im Jahr 2011 sorgte das Amt weiterhin für die Koordination der Arbeiten im Zuge der Reform der Sonderpädagogik, die von 14 Unterarbeitsgruppen unter der Leitung der Steuergruppe ausgeführt werden. Mit Ausnahme der Unterarbeitsgruppe zur Gesetzgebung haben alle anderen Unterarbeitsgruppen ihre Schlussberichte vorgelegt. Diese wurden von der Steuergruppe geprüft.

Das Personal der Sonderschulen und der Schuldienste sowie deren Leitung sind weiterhin an diesen Arbeiten beteiligt. Dazu wurden in beiden Sprachregionen des Kantons Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die zweisprachige Internetplattform über die Reform der Sonderpädagogik (resonfr.ch) wurde regelmässig nachgeführt.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport traf sich mehrmals mit Delegierten des Verbands der freipraktizierenden Lo-

2011

gopädinnen und Logopäden des Kantons Freiburg (ALIFR), um folgende Themen zu besprechen: Steigender Bedarf, Wirksamkeit der Behandlungen, Ausbildung in Logopädie, Weiterbildung. Das Amt für Sonderpädagogik behandelte zudem an den drei Treffen mit den Direktorinnen und Direktoren von Sonderschulen und den Leiterinnen und Leitern der Schuldienste folgende Themen: Vorgehenspläne, Schulung zum standardisierten Abklärungsverfahren. Ausserdem fand ein Treffen mit der französischsprachigen OS-Direktorenkonferenz statt, um den Auftrag des Amtes sowie dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzustellen und das künftige kantonale Konzept für Sonderpädagogik kurz zu erläutern.

2.8.2 Statistische Angaben zur Sonderpädagogik

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Insgesamt	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Anzahl Schüler/innen	761	768	131	133	892	901
Anzahl Klassen	108	108	19	19	127	127
Durchschnitt Schüler/Klasse	7,05	7,11	6,90	7	7,02	7,09

Die Sonderschulen des Kantons boten 752 (752) Plätze in Sonderklassen. Sie sind überbelegt, da 901 Schüler/innen – also 19,81 % mehr als die verfügbaren Plätze – sonderpädagogisch betreut wurden.

Kinder aus Freiburg, die in anderen Kantonen betreut wurden:

- > Deutschfreiburg: 35 (34)
davon 32 im Kanton BE, 2 in AG und 1 in OW
- > Franz. Kantonsteil: 18 (15)
davon 15 im Kanton VD, 3 in NE

Kinder aus anderen Kantonen, die im Kanton Freiburg eingeschult sind:

- > Deutschfreiburg 1 (1)
1 Kind aus dem Kanton BE
- > Franz. Kantonsteil 42 (37)
29 Kinder aus dem Kanton VD; 4 aus NE; 7 aus BE; und 2 aus GE

Die Sonderschulen (einschliesslich Integrationsdienst) verfügten insgesamt über 417,80 (416,56) Vollzeitstellen, davon 349,60 für den französischsprachigen Kantonsteil und 68,20 für

Deutschfreiburg. Der Frühberatungsdienst, der sich für Kinder im Vorschulalter engagiert, ist mit 24,25 Vollzeitstellen ausgestattet.

Derzeit laufen verschiedene Projekte für den gemeinsamen Regel- und Sonderschulunterricht.

2.8.3 Lehrpersonen

Der Lehrkörper der Sonderschulen umfasste insgesamt 317 Lehrpersonen, die sich 193,78 (186,64) Vollzeitstellen teilten, 270 (255) französischsprachige Lehrpersonen für 163,09 (155,57) Vollzeitstellen und 47 (46) deutschsprachige Lehrpersonen für 30,69 (30,77) Vollzeitstellen. Der Personalbestand steigt, dies vor allem infolge der Komplexität der Fälle, die eine zunehmend individuellere Betreuung erfordert. Die Lehrpersonen der französisch- und der deutschsprachigen Integrationsdienste sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

2.8.4 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Der französischsprachige Kantonsteil zählte 108 Klassen. Im Rahmen der Reform der Sonderpädagogik sind derzeit ein Team-Teaching-Projekt und ein Projekt zur sprachlichen Integration im Gang, die beide vom Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg evaluiert werden.

In Deutschfreiburg blieb die Zahl der Klassen unverändert.

Die Übersichtstabelle 2011/12 zeigt, dass insgesamt 9 Schüler/innen und Schüler mehr als im Vorjahr sonderpädagogisch betreut wurden.

2.8.5 Integration in die Regelklasse

220 (208) Kinder mit einem Entwicklungsdefizit besuchten eine Regelklasse. Sie wurden vom Integrationsdienst des «Centre éducatif et scolaire de la Glâne» (CesG) betreut, bei dem 60 Lehrpersonen beschäftigt sind, die sich 44,50 volle Stellen (VZÄ) teilten. Im französischsprachigen Kantonsteil waren zudem 20 sprachbehinderte Kinder in eine Regelklasse integriert, die von 8 Lehrpersonen (3,45 VZÄ) des Instituts St. Joseph betreut wurden.

Das Institut St. Joseph sorgte ausserdem für die pädagogische Unterstützung der 20 hörbeeinträchtigten Kinder; diese wurden von 9 Personen betreut, die sich 4,40 Vollzeitstellen teilten.

Die 5 französischsprachigen sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelklasse integriert sind, wurden von Sonderschullehrpersonen des «Centre pour handicapés de la vue» (CPHV) in Lausanne betreut.

2011

In den französischsprachigen OS betreute das CesG im Berichtsjahr 28 Schülerinnen und Schüler.

In Deutschfreiburg erhielten 59 (53) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts eine Betreuung durch das Schulheim Les Buissonnets: 8 (11) im Kindergarten, 36 (23) in der Primarschule und 15 (19) in der Orientierungsschule. 24 Lehrpersonen, die sich 11,51 Vollzeitstellen teilen, sind für die Integrationsmassnahmen durch das Schulheim *Les Buissonnets* tätig.

Die 10 deutschsprachigen sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelklasse integriert sind, wurden von den Sonderschullehrpersonen der Stiftung für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in Zollikofen betreut. Für die Betreuung der insgesamt 10 deutschsprachigen hörbeeinträchtigten Kinder, die in die Regelklasse integriert sind, sorgten die Sonderschullehrpersonen des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache in Münchenbuchsee.

Daneben wurden auch einige Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltensstörung integriert unterrichtet, wobei die Betreuung in beiden Sprachregionen des Kantons durch das Amt für Sonderpädagogik erfolgte: 9 (16) im Kindergarten, 54 (45) in der Primarschule, 15 (12) in der Kleinklasse und 20 (20) in der Orientierungsschule.

2.8.6 Schuldienste

2.8.6a Personal

53 (54) Psychologinnen und Psychologen auf 32,62 (32,62) volle Stellen. 94 (89) Logopädinnen und Logopäden auf 56,75 (56,08) volle Stellen. 26 (26) Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten auf 13,31 (13,40) volle Stellen.

2.8.6b Schulpsychologischer Dienst

Die betreuten Schülerinnen und Schüler verteilten sich wie folgt auf die Bezirke:

See: 11,09 % (11,51 %), Sense: 9,81 % (9,32 %), Saane: 9,65 % (9,78 %), Broye: 9,59 % (9,10 %), Glane-Vivisbach: 7,49 % (7,24 %), Greyerz: 6,57 % (5,80 %).

Von den 3209 (3089) betreuten Kindern sind 1922 (1785) oder 59,89 % (57,8 %) Knaben und 1287 (1304) oder 40,11 % (42,2 %) Mädchen.

Im Berichtsjahr wurden 184 (168) Beobachtungen und 48 (49) Interventionen in der Klasse sowie 28 (28) Kriseninterventionen durchgeführt.

Abgeklärt, behandelt und/oder begleitet wurden 3209 (3089) Kinder und Jugendliche; das ergibt einen Anteil von 9,01 % (8,83 %) aller Schüler/-innen der Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Orientierungsschulen.

Im französischsprachigen Kantonsteil wurden 2307 (2168) Schüler/-innen oder 8,65 % (8,38 %) untersucht, in Deutschfreiburg 902 (921) Schüler/-innen oder 10,06 % (10,11 %). Die Schüler/-innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen, verteilen sich anteilmässig wie folgt auf die einzelnen Schulstufen: Kleinklassen: 31,01 % (33,58 %), Kindergarten: 9,08 % (9,98 %), Primarschule: 10,90 % (10,45 %), OS: 4,58 % (4,18 %) (Progymnasium: 1,63 % (1,92 %), allgemeine Abteilung: 3,93 % (3,67 %), Realabteilung: 7,79 % (6,58 %), Klein- und Aufnahmeklassen: 24,20 % (19,40 %).

65,81 % (65,88 %) der betreuten Schülerinnen und Schüler wurden von Lehrpersonen angemeldet, 21,78 % (20,88 %) durch die Eltern, 4,92 % (5,28 %) durch Logopädinnen oder Logopäden und die restlichen durch Ärztinnen oder Ärzte und andere Stellen. 32 (42) Schüler/-innen nahmen selber mit den schulpsychologischen Diensten Kontakt auf. Die Anmeldegründe lassen sich folgenden Problemfeldern zuordnen: «Lernen und Leisten» 58,55 % (58,21 %), «Verhalten und Umfeld» 44,28 % (45,61 %) oder «Eigene Persönlichkeit» 38,08 % (35,84 %), wobei auch Kombinationen dieser Kategorien als Anmeldegrund möglich sind.

Schulische Massnahmen wurden in 19,69 % (20,85 %) der Fälle, pädagogische/heilpädagogische in 20,97 % (19,75 %) der Fälle empfohlen. Häufiger wurden jedoch andere Massnahmen angeboten wie Beratung und Begleitung 37,15 % (35,87 %), Beratung der Lehrperson oder der Familie (systemische Familientherapie) 24,37 % (25,96 %) und psychologische Unterstützung 43,59 % (43,54 %). In 7,48 % (5,37 %) der Fälle waren keine Massnahmen erforderlich.

55,97 % der Anmeldungen betreffen neue Fälle, 24,86 % werden seit einem Jahr betreut und in 4,36 % aller Fälle dauert die Behandlung mindestens 4 Jahre. 61,91 % der Fälle erforderten eine Intervention von 1 bis 10 Stunden. Für 10,77 % der Kinder dauerte die Betreuung länger als 20 Stunden.

2.8.6c Logopädischer Dienst

Kantonsteil	Anzahl Kinder	% der Gesamt-schülerzahl	Knaben	Mädchen
Französisch-sprachiger	2265 (2276)	8,50	1354	911
Deutschfreiburg	1217 (1262)	13,57	760	457
	3482			
Total	(3538)	9,77	2114	1368

2011

Verteilung nach Schulstufe:

	Französisch	Deutsch	Total	%
Vorkindergarten	27	25	52	-
Kindergarten	435	365	800	15,42
Primarschule	1626	743	2369	12,05
Kleinklasse	65	33	98	37,98
Orientierungsschule	112	51	163	1,51
Total	2265	1217	3482	9,70

Kinder in Behandlung während des Schuljahres:

Saane	1159
Saane (ohne Stadt)	751
Stadt Freiburg	408
Broye	213
Glane	253
Greyerz (davon 17 deutschsprachige Kinder)	505
See (französisch)	104
See (deutsch)	348
Sense	767
Vivisbach	132
Ausserkantonale	1
Total	3482

Im Rahmen der verstärkten Massnahmen übernommene Behandlungen:

> Franz. Kantonsteil	1229	(1310)	oder 74,26 %
> Deutschfreiburg	426	(431)	oder 25,74 %
> Total	1655	(1741)	oder 47,53 %

2.8.6d Psychomotoriktherapie

Im Schuljahr 2010/2011 wurden im Kanton insgesamt 730 Kinder psychomotorisch betreut.

Franz. Kantonsteil	574 (623) Kinder, 141 Mädchen und 433 Knaben, insgesamt 2,15 % der französischsprachigen Schüler/-innen
--------------------	---

Deutschfreiburg 156 (151) Kinder,
33 Mädchen und 123 Knaben,
insgesamt 1,74 % der deutschsprachigen Schüler/-innen

Total 730 (774) Kinder
oder 2,05 % (2,21 %) der Gesamtschülerzahl

Verteilung nach Schulstufe

	Französisch	Deutsch	Total	%
Vorkindergarten	7	0	7	-
Kindergarten	124	60	184	0,52
Primarschule	438	96	534	1,50
Kleinklasse	4	0	4	0,00
Orientierungsschule	1	0	1	0,00
Total	574	156	730	2,05

Verteilung nach Bezirk

	Mädchen	Knaben	Total
Stadt Freiburg (französisch)	22	56	78
Stadt Freiburg (deutsch)	8	15	23
Saane (französisch, ohne Stadt)	41	136	177
Broye	18	63	81
Glane	23	61	84
Greyerz	15	67	82
See (französisch)	11	21	32
See (deutsch)	19	58	77
Sense	6	50	56
Vivisbach	11	29	40
Total	174	556	730

Die Zahlen des Schuljahres 2010/11 zeigen, dass die Anmeldungen in Deutschfreiburg gestiegen sind (+5), im französischsprachigen Kantonsteil hingegen abnahmen (-49). Insgesamt haben in diesem Jahr 730 Schüler/-innen die Psychomotorikdienste in Anspruch genommen, das sind 2,05 % der Gesamtschülerzahl: 574 französischsprachige und 156 deutschsprachige Kinder. Die Verteilung nach Geschlecht ergibt 76,16 % Knaben und 23,84 % Mädchen.

87,53 % der Anmeldungen und der Behandlungen betrafen Kinder vom Kindergarten bis zur 3. Klasse.

73,7 % der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, die übrigen durch Psychologen/-innen 9,05 %, Eltern 6,57 %, Logopäden/-innen 6,57 % und andere Fachpersonen 4,11 %. Die Analyse der neu angemeldeten Fälle nach den Gesprächen, den klinischen Beobachtungen oder Psychomotoriktests führte in 36,75 % der Fälle zu einer Beratung, in 47,53 % zu einer Be-

 2011

handlung; 3,18 % sind noch hängig und 12,54 % der Meldungen erforderten keine Massnahmen. Bei den Behandlungen steht die Einzeltherapie im Vordergrund, gelegentlich werden die Kinder auch in Gruppen betreut. Die Therapiedauer ist recht unterschiedlich: in 63,15 % aller Fälle beträgt sie 6 Monate bis 2 Jahre.

Im kantonalen Mittel entfällt eine Stelle auf 2601 Schulkinder. 26 Fachpersonen für Psychomotorik teilen sich insgesamt 13,31 Vollzeitstellen (-0,10).

2.9 Schüleraustausch

2.9.1 Allgemeines

Das Jahr 2011 war einerseits durch die Einführung der neuen Internetplattform für die Koordinationsstelle für Schüleraustausch des Kantons Freiburg (www.fr.ch/coes – www.fr.ch/kosa) und andererseits durch die Lancierung der neuen zweisprachigen Plattform für Klassenaustausch (<http://eclass.friportail.ch> – <http://eclass.friportal.ch>) geprägt.

Die Koordinationsstelle organisierte wiederum ihre Informationskampagne mit Vorträgen und Vorstellungen der Austauschprogramme, die während des ganzen Jahres im Kanton Freiburg und in anderen Kantonen stattfanden, insbesondere bei allen Konferenzen für den obligatorischen und nachobligatorischen Unterricht und bei den Berufsberatungsstellen.

Die Projektleitung des Klassen-Austauschprogrammes EA 8–9 (Experimentierphase) hielt im September 2011 in Bern ihr letztes Lancierungsseminar und gleichzeitig ihr drittes Bilanzseminar ab.

Die Koordinationsstelle beteiligte sich an den Vorgesprächen mit der Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH – www.hauptstadtregion.ch), deren Mitglied der Kanton Freiburg ist, um den Sprachaustausch in dieser Region zu fördern. Der Koordinator für den Schüleraustausch im Kanton Freiburg, auf Mandat der EKSD und der Staatskanzlei, ist Mitglied der Arbeitsgruppe B3 (Sprachaustausch).

2.9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Die Teilnehmerzahl für das Schuljahr 2010/11 betrug 201 Schülerinnen und Schüler und im Schuljahr 2011/12 wurden 211 Schülerinnen und Schüler vermittelt. Somit ist eine Zunahme von 10 Teilnehmenden zu verzeichnen. Das Verhältnis Deutschsprachige (69 im Jahr 2010/11 und 70 im Jahr 2011/12) gegenüber Französischsprachigen (123 im Jahr 2010/11 und 141 im Jahr 2011/12) ist immer noch nicht ausgeglichen. Es ist sogar eine gegenteilige Tendenz zu beobachten. Die Zuteilung ist daher organisatorisch weiterhin schwierig. 32 Schüler/-innen im Jahr 2010/11 und 50 Schüler/-innen im Jahr 2011–12 wählten einen

gegenseitigen Austausch (Variante 2), was natürlich sehr erfreulich ist. Immer noch aktuell ist der Mangel an Pensionsealtern (Gasteltern) für die Platzierung der Schülerinnen und Schüler.

2.9.3 Schüler-/Klassenaustausche (SAKA)

Die der Koordination angemeldeten Klassenaustausche sind im Schuljahr 2010/11 praktisch gleich geblieben wie im Jahr 2009/10. Für den ganzen Kanton registrierte die Koordination, alle Schulstufen zusammengenommen, insgesamt 31 Klassen. Die französischsprachigen Klassen waren wieder in der Mehrheit, insgesamt 9 für Deutschfreiburg, 22 für den französischsprachigen Teil.

Allerdings ist die Zahl der Klassenaustausche in Wirklichkeit höher, da ein Teil der Austausche direkt von Schule zu Schule ohne Anmeldung bei der Koordination realisiert wird. Diesbezüglich wurde den Schulleitungen eine Information abgegeben.

2.9.4 Ferieneinzelaustausch (FEA)

Die Koordination stellte eine stagnierende Teilnahme fest, mit 41 (37 im Jahr 2010) französischsprachigen vermittelten Schülerinnen und Schülern, wovon 3 fürs Tessin, und mit 8 (21 im Jahr 2010) deutschsprachigen vermittelten Schülerinnen und Schülern, wovon 3 fürs Tessin. Insgesamt haben bei diesem Programm im Jahr 2011 49 deutschsprachige und französischsprachige Freiburgerinnen und Freiburger mitgemacht (2010: 58). Die Französischsprachigen bilden immer noch eine Mehrheit.

Das neue elektronische Anmeldesystem funktioniert immer noch nicht voll effizient. Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Solothurn wird für die Ausgabe 2012 das System weiter verbessern und dann dieses Programm ab Ausgabe 2013 den 26 Kantonen zur Verfügung stellen. Momentan nehmen alle Westschweizer Kantone, das Tessin und die Kantone der Nordwestschweiz (NW EDK) daran teil.

2.9.5 Klassenaustausch, Stufe 8–9 (EA 8–9)

Im Frühling 2008 wurde ein neues Klassenaustausch-Programm (EA 8–9) mit einer vierjährigen Experimentierphase aufgelegt, und zwar gemeinsam getragen von der NW EDK und der CIIP. Der Freiburgerische Verantwortliche für die Klassenaustausche leitet das Projekt EA 8–9 für die CIIP, die Aargauer Koordinatorin ist Projektleiterin für die NW EDK. Im ersten Jahr – 2008/09 – hatten 10 Klassen daran teilgenommen. Die betreffenden Kantone stellen eine Klasse zur Verfügung, die zweisprachigen Kantone 2 Klassen. Das Bilanzseminar 3 und das Lancierungsseminar 4 fanden im September 2011 in Bern statt. Die 3. Ausgabe SJ 2010/11 betrifft 12 Klassen und wird nach dem gleichen Prinzip wie in den vergangenen Jahren durchgeführt. Die letzte Ausgabe für 2011/12 erzielte leider nicht den erhofften Erfolg. Ein

2011

Schlussbericht wird im Jahr 2012 dieses Experiment, das 4 Jahre gedauert hat, abschliessen.

2.9.6 ch Stiftung

Seit dem 01.01.2011 ist die Schweiz in vollem Umfang Partnerin der EU für den Bereich Austausch und Mobilität, und zwar über das Kompetenzzentrum «ch Stiftung», das seinen Sitz in Solothurn hat. Diese Stiftung betreut die verschiedenen Austauschprogramme auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und dies für die verschiedenen Zielgruppen (www.ch-go.ch). Sie ist ebenfalls in engem Kontakt mit den kantonalen Austauschverantwortlichen, mit dem BBT, mit dem BAK und mit allen engagierten Zielgruppen im Rahmen der Sprachaustausche und der Mobilität.

2.9.7 RC-CH (Région Capitale Suisse)

Es fanden Diskussionen statt, um die Sprachaustausche im Rahmen der Hauptstadtregion Schweiz (www.hauptstadtregion.ch) zu fördern. Aktuell steht in der Ad-hoc-Arbeitsgruppe (Vorprojekte B2, B3) zur Diskussion, ob Austausche (Schulpartnerschaften zwischen HSR-Gemeinden, Schüler/-innen und Lehrkräfte auf allen Schulstufen – obligatorischer / nicht-obligatorischer Schulunterricht, Berufs- und Fachschulen) machbar sind. Die Koordinationsstelle nimmt an diesen Gesprächen teil.

2.9.8 Varia

Im November 2011 stand in Luzern der nationale Kongress für Austausch auf dem Programm, der mit über 280 Teilnehmenden einen grossen Erfolg verzeichnen konnte. Es wurde beschlossen, dass die nächste Veranstaltung im November 2012 in Gstaad/BE stattfinden soll. Die Koordinationsstelle war zudem im Februar 2011 mit einem Stand am Start, Forum der Berufe, im Freiburger Forum vertreten. Die Besucherzahl war sehr erfreulich und die Koordinationsstelle konnte vielen Jugendlichen und Erwachsenen über die verschiedenen Sprachaustausch-Programme Auskunft geben. Die Koordinationsstelle war ebenfalls am Rendez-vous bilingue (RDV Bilingue)

mit einem Stand präsent, das am 4. Juni 2011 auf dem Georges-Python-Platz in Freiburg stattfand.

IV. Sekundarstufe II

1. Aufgaben

Das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II (S2) ist zuständig für die administrative und pädagogische Leitung der gymnasialen Maturitäts-Ausbildungsgänge, der Fachmittelschulen und der Vollzeit-Handelsschulen. Genauer gesagt beaufsichtigt es:

- > die Unterrichtsorganisation und die Pädagogik im Unterricht;
- > die allgemeine und finanzielle Verwaltung;
- > die Anstellung und die Weiterbildung von Lehrpersonen;
- > den Bau und den Unterhalt der Gebäude;
- > die kantonale und interkantonale Koordination.

Folgende Schulen bieten diese Ausbildungen an: die Kollegien St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach in Freiburg, das Kollegium des Südens in Bulle und die Fachmittelschule Freiburg. Zudem verwaltet das S2 gemeinsam mit der Direktion der Gymnasien des Kantons Waadt das Interkantonale Gymnasium der Region Broye (GYB) in Payerne.

Amtsvorsteher: *François Piccard*

2. Tätigkeit

2.1 Schülerzahlen

Der Schülerbestand an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe II präsentierte sich zu Beginn des Schuljahres 2011/12 wie folgt

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler/-innen, Klassen, Mittel)					
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12	2010/11		2011/12			
fr.	1'647 = 42,16%	1'726 = 39,86%	2'260 = 57,84%	2'604 = 60,14%	3'907	194	20,14	4'330	197	21,98
dt.	481 = 36,77%	442 = 39,53%	827 = 63,23%	676 = 60,47%	1'308	51	25,65	1'118	51	21,92
Total	2'128 = 40,81%	2'168 = 39,79%	3'087 = 59,19%	3'280 = 60,21%	5'215	245	21,29	5'448	248	21,97

2011

Gegenüber dem Schuljahresbeginn 2010 erhöhte sich der Schülerbestand um 4,5 %. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Einführung zweier «Passerellenklassen» am Kollegium St. Michael und auf die Zunahme der Zahl der Freiburger Schüler/-innen am GYB zurückzuführen.

2.2 Unterricht**2.2.1 Gymnasiale Maturität**

Dieser Bildungsgang wird an den vier kantonalen Kollegien und am GYB angeboten. Die im Juni 2007 vom Bundesrat und von der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren (EDK) eingeleitete Teilrevision des Maturitätsanerkennungsreglements ist abgeschlossen und gilt nun für alle Stufen.

2.2.2 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird an der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), am Kollegium des Südens und am GYB angeboten und nach drei Jahren mit einem Fachmittelschulabschluss im Bereich Gesundheit oder im sozial-erzieherischen Bereich abgeschlossen. Nach dem Erwerb des Fachmittelschulabschlusses kann eine gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturität angestrebt werden. Diese ermöglicht die Zulassung zur Fachhochschule für Gesundheit oder für Soziale Arbeit und zur Pädagogischen Hochschule.

2.2.3 Vollzeit-Handelsschule

Diese Ausbildung wird an den Kollegien Gambach und des Südens sowie am GYB angeboten. Schülerinnen und Schüler, die ihre Ausbildung vor dem Schuljahr 2011/12 begonnen haben, schliessen diese mit dem Handelsdiplom und/oder der Kaufmännischen Berufsmatura (KBM) ab.

Das BBT hat die Reform «Zukunft der Handelsmittelschulen» eingeleitet. Sie soll die berufliche Praxis an den Vollzeit-Handelsschulen fördern. So werden die Schulen dann berechtigt sein, einen eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EFA) als Kauffrau/Kaufmann und einen kaufmännischen Berufsmaturitätsausweis (KBM) auszustellen. Seit Schuljahresbeginn 2011 ist die Reform in unserem Kanton gültig. Die ersten Ausweise (EFA und KBM) werden 2015 ausgehändigt.

2.2.4 Zweisprachige Angebote

Die verschiedenen Immersionsangebote werden von insgesamt 501 Schülerinnen und Schülern, aufgeteilt auf 25 zweisprachige Klassen, genutzt. Sie profitieren aber auch von den übrigen Angeboten mit totaler oder teilweiser Immersion. 2011 wurden

142 eidgenössisch anerkannte Maturitätsausweise mit Vermerk «zweisprachig» ausgestellt.

2.2.5 Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen

Seit die Institution CIUS/VKHS (Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz) ihre Tätigkeit eingestellt hat, werden diese Kurse in Französisch und Deutsch am Kollegium St. Michael angeboten. Diese einjährige Weiterbildung erfolgt in den Fächern Französisch, Deutsch, Mathematik, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Inhaberinnen und Inhaber einer eidgenössischen Berufsmaturität sollen danach über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ein Hochschulstudium zu absolvieren. Die ersten Zusatzprüfungen werden 2012 abgelegt.

2.3 Konferenzen und Kommissionen**2.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien**

Diese Konferenz vereinigt die Rektorin und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMSF und des GYB unter dem Präsidium des Amtsvorstehers der Sekundarstufe II. Die Rektorin und Rektoren der Kollegien treffen sich zudem unter der Leitung eines Rektors regelmässig zu fachlichen Sitzungen. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Revision der kantonalen gymnasialen Studienpläne und dem Beschrieb der Abschlussprüfungen.

2.3.2 Schulkommissionen

Jede Schulkommission führte während des Schuljahres im Schnitt zwei Sitzungen durch und erörterte dabei u. a. die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

2.3.3 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe 2 (KKI) führte ihre auf zwei Unterkommissionen aufgeteilten Arbeiten weiter. Die Unterkommission, die sich mit der Technik befasst, erstellt das Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor und koordiniert die Abläufe der Netzwerkverwaltung und den Erwerb sowie den Unterhalt der Ausstattungen. Die pädagogische Unterkommission beschäftigte sich weiterhin mit der Weiterentwicklung des Informatikunterrichts an den Schulen der Sekundarstufe II. Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge

2011

Die Fachstelle fri-tic führte die Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II für den pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken weiter. Sie sorgt auch für die Ausbildung der dafür zuständigen Ansprechpersonen.

Das Amt ist am Projekt HarmAdminEcoles (Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme) und an der Einführung eines zentralen Informatikdienstes für die Schulen der S2 (CME) beteiligt und arbeitet dazu mit dem ITA zusammen.

2.3.4 Prüfungen

Die für die Maturitätsausweise, die Handelsdiplome und KBM, die Fachmittelschulenausweise und die Fachmaturitäten zuständige kantonale Prüfungskommission sorgte für die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2011. Der Präsident der Prüfungskommission des GYB war ebenfalls an den Arbeiten beteiligt.

2.3.5 Schüleraustausch

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und der Koordinationsstelle für Sprachaustausch erleichtert den gegenseitigen Austausch von Informationen sowie eine allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, damit der Aufenthalt möglichst optimal abläuft.

2.4 Schuldienste

2.4.1 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen fort. Das Beratungsteam besteht aus drei Personen mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50 %. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weitergeleitet.

2.4.2 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege genutzt. Die Kommunikation unter den verschiedenen Diensten funktioniert und ist effizient, ebenso die gegenseitige Unterstützung. Der Zusammenhalt wird durch ein jährliches Treffen, welches vom S2 organisiert wird, gefestigt. Die neu ausgebildeten Mediatorinnen und Mediatoren, welche im Herbst 2009 ihre Ausbildung begonnen hatten, schlossen diese im September 2011 ab. Der Ausbildungszyklus wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht und dem Amt für Berufsbildung organisiert.

2.5 Vereine

2.5.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

2011 besprach die EKSD mit dem Verein hauptsächlich die periodische Lehrerbeurteilung und die Organisation der Maturaarbeiten.

2.5.2 Elternvereinigungen

Die EKSD traf sich mit den französischsprachigen Elternvereinen der Kollegien und dem deutschsprachigen Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg.

2.6 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die mehrheitlich von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg sowie intern von jeder Schule organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) organisierte mehrere Abholkurse.

2.7 Gebäude und Bauarbeiten

Der Bau der drei neuen Gebäude des Kollegiums Gambach verlief weiterhin planmässig. Das ursprüngliche Gebäude A wird zurzeit gemäss den geltenden Erdbevorbauvorschriften renoviert. Es sollte Ende 2013 wieder bezugsbereit sein.

Am 20. Dezember 2011 nahm der Staatsrat den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für den Um- und Ausbau des Kollegiums des Südens an und leitete diesen an den Grossen Rat weiter.

Die Arbeiten in Zusammenhang mit der Informatikausrüstung der Kollegien St. Michael und Hl. Kreuz und der Pädagogischen Hochschule wurden fortgesetzt; bis Ende 2012 sollten alle Klassenzimmer ausgerüstet sein.

2.8 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des S2 regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) teil. Er ist zudem Mitglied der Schweizerischen Mittelschulämterkonferenz (SMAK), die von der EDK eingesetzt wurde. Die Zusammenarbeit betrifft vor allem die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen.

2011

3. Kollegium St. Michael

3.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), zweisprachige Schule, Passerelle
Schülerbestand:	Total 1326
Lehrpersonen:	161 Lehrpersonen (113,09 volle Pensen)
Rektor:	Matthias Wider
Adresse:	Petrus-Kanisius-Gasse 10, Freiburg

3.2 Schüler/-innen

3.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/-innen		Klassen	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Gymnasium, fr. Abteilung	710	697	32	33
Gymnasium, dt. Abteilung	411	400	18	18
Zweisprachige Klassen	204	197	9	9
Passerelle		32	0	2
Total	1325	1326	59	62

Wohnort	2010/11	2011/12
im Kanton Freiburg	1319	1321
in einem anderen Kanton	6	5

3.2.2 Aufnahmen

	2010/11	2011/12
in die 1. Klasse (147 in die dt. und 186 in die fr. Abteilung)	335	333
in die 2. Klasse	20	37
Total	355	370

3.2.3 Ausgestellte Diplome

Insgesamt meldeten sich 305 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Prüfungen an (51 in den zweisprachigen Klassen, 153 französisch- und 101 deutschsprachige). Es gab keine Rückzüge vor den Examen. 13 Prüfungen wurden als nicht bestanden bewertet, 7 in der französisch- und 6 in der deutschsprachigen Abteilung. Die 292 ausgestellten Abschlusszeugnisse verteilen sich auf folgende Schwerpunktfächer:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisp. Abt.	Total
Englisch	1	6	3	10
Griechisch	6	0	0	6
Latein	7	0	0	7
Italienisch	22	3	7	32
Spanisch	23	19	14	56
Physik + Anw. der Math.	9	12	0	21
Biologie + Chemie	39	16	1	56
Wirtschaft + Recht	24	26	16	66
Bildnerisches Gestalten	13	9	5	27
Musik	0	7	4	11
Total	143	92	47	292

Hinweis: Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 35 Schülerinnen und Schüler aus den Kollegien Gambach und Heilig Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft und 72 Schülerinnen und Schüler aus dem Kollegium St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

3.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung

Gut besuchte Elternabende in den Monaten Februar und März 2011 nach den ersten Semesternoten in den ersten Klassen. Für das zweite, dritte und vierte Jahr wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/-innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich zudem jeweils anhand des Halbsemester-, Semester- und Jahreszeugnisses regelmässig über die Schulleistungen informieren.

Anfang September 2011 fanden Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/-innen des 1. Jahres statt: Vorstellung der Ziele, Programme und Arbeitsmethoden durch die Vorsteher.

Der Rektor und die Vorsteher trafen sich mit dem Vorstand des Elternvereins und nahmen an dessen Jahresversammlung teil.

Deutschsprachige Abteilung

Die im Februar durchgeführten Elternabende für die 1. und 2. Klassen wurden rege besucht. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu zwei Informationsveranstaltungen eingeladen. Ausserdem fanden

2011

persönliche Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Die Direktion nahm an der Generalversammlung des Elternvereins teil. Zudem traf sie die CO-Präsidenten, um aktuelle Probleme zu erörtern.

Der Rektor hat ebenfalls an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

3.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeitpensen
161 Lehrpersonen am 1. September 2011	64	97	113,09

Es wurden 11 Lehrpersonen neu angestellt, 8 davon für weniger als 12 und 3 für mehr als 12 Wochenstunden.

2 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 5 weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

3.3.3 Kulturelle und pädagogische Anlässe

Geplant und organisiert wurden die kulturellen Anlässe von den Vorstehern in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine pro Sprachabteilung.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der französischsprachigen Abteilung:

- > Oper: Eugen Onegin an der Universität Freiburg und Operette von Offenbach: Monsieur Choufleuri im Frison;
- > Theater: Toi partout (nach Ramuz) vom Théâtre de Vidy (Transhelvetia), Tartuffe ou l'imposteur (Les Arpenteurs), Les amours chagrines (Nuithonie), Monsieur Bonhomme et les incendiaires (Théâtre des Osses); Improvisationstheater in der Aula des Kollegiums; La visite de la vielle dame (Theater der Kollegien St. Michael und Hl. Kreuz);
- > Kino: A travers les branches d'un arbre von D. Duqué (Film und anschliessende Diskussion mit dem Regisseur); Desert Flower; Teilnahme am FIFF: Sin ritorno (Film mit anschliessender Diskussion); Vol spécial (Film mit anschliessender Diskussion);
- > Vortrag mit anschliessender Diskussion mit Joseph Deiss, Präsident der Generalversammlung der UNO.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der deutschen Abteilung:

- > Jahresthema «islamisch-arabische Welt» (2010/11): Schnupperkurs Arabisch; Film «Na putu»;

- > Vortrag und Diskussion mit Joseph Deiss;
- > Vortrag und Diskussion mit dem Holocaust-Überlebenden Bernard Marks: zwei Vorträge im Februar, neun Diskussionen in ausgewählten Klassen im Mai;
- > FIFF: «Sin Retorno», mit anschliessender Diskussion;
- > «Das Glas Wasser» (Theatergruppe der Freiburger Kollegien);
- > Konzert des Ergänzungsfachs Musik;
- > Lesung mit Paul Wittwer (alle Klassen);
- > «Nibelungenlied» (Maturaarbeit) im Podium Düdingen für die Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen;
- > Jahresthema «Russland, Osteuropa und der Balkan» (2011/12): Vortrag von Dr. Nicola Gallina (Universität Freiburg); Film «Katja, Valentina, Marina» und «Die Welt ist gross und Rettung lauert überall»; Vortrag «Die Jugosphäre» und «Former Yugoslavia: challenges and perspectives»;
- > Film «Vol spécial» mit anschliessender Diskussion.

Unter der Leitung seines Dirigenten Philippe Savoy gab der Chor St. Michael verschiedene öffentliche Konzerte und nahm am Wettbewerb des «Kiosque à musique» teil. Er gab ein Weihnachtskonzert und sang an der Weihnachtsmesse in der Kollegiumskirche.

Die Blasmusik organisierte ein Benefizkonzert für «Frères de nos frères» und lud am 20. Mai 2011 zu ihrem Jahreskonzert ein (Dirigent: Pierre-Etienne Sagnol).

3.3.4 Besondere Ereignisse

Am 12. Januar 2011 empfing das Kollegium St. Michael Joseph Deiss, den Präsidenten der Generalversammlung der UNO, im Rahmen eines ausserordentlichen Tages. Vor einer Delegation von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe 2 hielt der Präsident einen Vortrag über seine Rolle in der Generalversammlung der UNO.

Der Chor des Kollegiums begleitete die Freiburger Delegation an die Vereidigung der Schweizer Gardisten in Rom und hatte die Ehre, im Campo Teutonico die Vesper und im Petersdom die feierliche Messe zu singen.

3.3.5 Schüleraustausch

Einzelaustausche: 2011/12 haben 44 Schülerinnen und Schüler ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland, Südamerika) oder in

2011

der Deutschschweiz verbracht. Das Kollegium nahm im Gegenzug 10 ausländische Schülerinnen und Schüler auf. 4 Schüler der deutschsprachigen Abteilung verbrachten drei Monate an der Schweizer Schule in Santiago de Chile; ihre 4 chilenischen Kameraden wurden derweil am Kollegium St. Michael aufgenommen.

Im Winter 2011 verbrachten einige Schülerinnen und Schüler der 2. französischen Klasse zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen); im Gegenzug gingen Zürcher Schülerinnen und Schüler zwei Wochen im Kollegium St. Michael zur Schule.

Austauschprojekte gab es mit Schulen aus St. Gallen, Amstelveen (NL) und St. Petersburg.

3.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» nahmen an den SUNESCO-Tagen im Grossratssaal teil (Eröffnungszereemonie im Beisein von Joseph Deiss). Vom 11. bis 15. April beteiligten sich die meisten Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen an den Studientagen. Die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung führten eine Studienwoche durch und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema vertieft und fächerübergreifend zu behandeln.

20 bis 30 Schülerinnen und Schüler profitierten vom Tandem-Angebot.

Das Kollegium zählte zu Schuljahresbeginn 2011 neun zweisprachige Klassen, zwei im 2., vier im 3. und drei im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

3.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Hauptgebäude: Teilrenovation von zwei Schulzimmern; Umbau und Fertigstellung des Kellers «Agora»; Renovation des Konferenzraums beim Rektorat.

Lyzeum: diverse Arbeiten im Physiklabor.

Sportzentrum: Einrichtung und Einweihung der Kletterwand; Erneuerung der Lüftungs-/Klimaanlage des Schwimmbads.

Altes Internat: Aufbau einer Wand für Mikrowellenherde; Neue Fenster in der Abwartwohnung.

Verschiedene Unterhaltsarbeiten.

4. Kollegium Heilig Kreuz

4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität
(alle Schwerpunktfächer), zweisprachige Schule

Schülerbestand: Total 950

Lehrpersonen: 130 Lehrpersonen (84,3 volle Pensen)

Rektorin: Christiane Castella Schwarzen

Adresse: Antoine de St-Exupéry-Strasse 4, Freiburg

4.2 Schüler/-innen

4.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/-innen		Klassen	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Gymnasium, fr. Abteilung	578	550	25	25
Gymnasium, dt. Abteilung	269	281	13	13
Gymnasium zweisprachige Abteilung	119	119	6	6
Total	966	950	44	44

Wohnort	2010/11	2011/12
im Kanton Freiburg	964	949
im einem anderen Kanton	2	1

4.2.2 Aufnahmen

	2010/11	2011/12
in die 1. Klasse (fr. Abteilung und dt. Abteilung)	223	244
in die 2. Klasse	25	31
Total	248	275

4.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2011 nahmen insgesamt 244 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teil, 232 davon haben bestanden. Verteilung:

2011

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweispr. Abt.	Total
Griechisch	0	4	0	4
Italienisch	4	2	2	8
Englisch	11	9	0	20
Spanisch	21	6	11	38
Physik + Anwendung der Math.	16	0	0	16
Biologie + Chemie	28	13	19	60
Wirtschaft + Recht	33	18	7	58
Bildnerisches Gestalten	12	8	3	23
Musik	3	2	0	5
Total	128	62	42	232

4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

4.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung: 18 Elternabende für 12 Klassen; die Beteiligung der Eltern lag bei 59 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Deutschsprachige Abteilung: 8 Elternabende für 7 Klassen; die Beteiligung der Eltern lag bei 45 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Zweisprachige Abteilung: 1 Elternabend für 2 Klassen.

Elternvereine und Schulkommission: Die Schulleitung nahm an einer Sitzung teil.

4.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeitpensen
130 Lehrpersonen am 1. September 2011	68	62	84,3

Es wurden 6 Lehrpersonen neu angestellt, alle für weniger als 12 Wochenstunden.

4.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Theateraufführungen, Oper, Konzert, Kino, Literarisches Cafe; Deutsches Theater; Mummenschanz; Théâtre des Osses; Freiburger Filmfestival; Freiburger Oper; Veranstaltungen der Kollegien Hl. Kreuz und St. Michael, Theater in Bern.

Schülerorientierung: WINS, Teilnahme am Tag der offenen Türe der UNIFR.

4.3.4 Besondere Ereignisse

- > Politische Diskussionen: Empfang und Wahldebatte der Kandidaten und Kandidatinnen für die Nationalratswahl;
- > Konferenzen: «Wasser und nachhaltige Entwicklung» Präsentation von Helvetas;
- > SUNESCO;
- > Ausstellung der Werke von Schülerinnen und Schülern des Fachs Bildnerisches Gestalten und Vernissage zum Thema «Die Stadt»;
- > Konzerte: Solidaritätskonzert der Schüler/-innen des Schwerpunktfachs Musik, Konzert der Jazz Band, Konzert des Chors in der Kathedrale von Lausanne und in der Victoria Hall Genf, Weihnachtskonzert;
- > Amnesty International: Aktion zum internationalen Tag der Menschenrechte;
- > World Café: Treffen mit Charles Ridoré (Haïti);
- > Collégiades (Klassen- und schulinterne Sportturniere); GianXtour: Ski;
- > Jahr des Waldes: Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), dem Forstdienst des Kantons Freiburg und den Förstern des Forstkreises Staatswald-Galm;
- > Studienreisen: Schüler/-innen der 3. und 4. Klassen des Fachs Latein und Griechisch entdecken Rom und Neapel (6 Tage); Schüler/-innen des Schwerpunktfachs 3 Griechisch Griechenland; Italienisch und Spanisch: Studientage in Sagunto (E) 7 Tage und Rom 4 Tage;
- > Geografie: (Ergänzungsfach 3) zweitägiger Ausflug in den Jura zum Thema «Wasserlauf auf der Oberfläche und in den Tropfsteinhöhlen des Jura-Karst»;
- > Treffen mit einem Holocaust-Überlebenden für die deutsch- und die zweisprachige Abteilung;
- > Thementage.

Die Schüler/-innen der ersten drei Schuljahre beteiligten sich an den thematischen Tagen. Im 1. Schuljahr fanden sie innerhalb der Klasse statt, im 2. Schuljahr in von den Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen ausgewählten Ateliers. Die thematischen Tage des 3. Schuljahres fanden im Rahmen des Schwerpunktfachs statt: zum Beispiel DNA im Schwerpunktfach

2011

fach Biologie und Chemie und Meteorologie im Schwerpunktfach Physik und Mathematik.

4.3.5 Schüleraustausch

12 Gastschüler/-innen aus den USA, Deutschland, Mexiko, Ecuador, Costa Rica, Belgien, Island und Kanada besuchten das Kollegium. 21 Schülerinnen und Schüler machten einen Sprachaufenthalt in der Deutschschweiz, in den USA, in Australien, Schweden, China, Spanien usw.

4.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

6 französischsprachige Schüler/-innen in der deutschsprachigen Abteilung; 5 deutschsprachige in der französischsprachigen Abteilung; 6 zweisprachige Klassen.

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» erhielten 42 Schüler/-innen, 21 deutsch- und 21 französischsprachige.

Mehrere Schüler/-innen besuchten das Schwerpunktfach bzw. das Ergänzungsfach in der Partnersprache.

Einzeltandems (mehr als hundert) und Klassentandems (fast alle Klassen mit Immersionsunterricht).

Austausche mit verschiedenen Gymnasien in der Schweiz und in Deutschland (drei- bis fünfwöchige Aufenthalte).

4.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Sanierung des Sporthallendaches; Installation der Signalisation der Fluchtwege in der Sporthalle; Erneuerung der Signalisation im Hauptgebäude; Erneuerungsarbeiten in verschiedenen Räumen (Pressesaal, Vorbereitungszimmer 412, Audioanlage in der Sporthalle); Marksteinsetzung.

5. Kollegium Gambach

5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (Schwerpunktfächer Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht), Vollzeit-Handelsschule; Kantonaler Kurs Fachangestellte/r in Verwaltung (FAV); zweisprachige Schule

Schülerbestand: Total 658, insgesamt 33 Klassen

Lehrpersonen: 97 Lehrpersonen (62,38 volle Pensen)

Rektor: Pierre Marti

Adresse: Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg

5.2 Schüler/-innen

5.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/-innen		Klassen	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Gymnasium - fr. Abteilung	267	283	14	14
Gymnasium - dt. Abteilung	205	190	9	9
Handelsschule fr. - Diplom	89	49	4	3
Handelsschule fr. - KBM	36	70	2	3
Handelsschule dt. - Diplom	36	17	2	1
Handelsschule dt. - KBM	21	42	1	2
fachangestellte/r für Verwaltung (FAV) fr. + dt.	13	7	1	1
Total	667	658	33	33

Wohnort	2010/11	2011/12
im Kanton Freiburg	661	650
im einem anderen Kanton	4	5
im Ausland (Austausch)	2	3

5.2.2 Aufnahmen

	2010/11	2011/12
Gymnasium	138	131
Handelsschule + KBM	62	51
FAV	13	7
Total	213	189

5.2.3 Ausgestellte Diplome

Gymnasiale Maturität

Im Juni 2011 nahmen insgesamt 110 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teil, 104 davon haben bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweispr. Abteilung	Total
Italienisch	2	2	2	6
Englisch	9	3	3	15
Spanisch	15	2	0	17
Biologie + Chemie	11	0	0	11
Wirtschaft + Recht	25	33	3	61
Total	62	40	8	110

2011

Handelsdiplom

Von 60 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten 43 das Handelsdiplom, 36 aus der französischsprachigen und 17 aus der deutschsprachigen Abteilung.

Kaufmännische Berufsmaturität

Von 29 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden 28 die Berufsmaturität.

Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV

Alle 11 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten den Ausweis.

5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

5.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Im September 2010 wurden zwei Informationsabende für KBM-Kandidatinnen und KBM-Kandidaten und deren Eltern durchgeführt.

Im Februar und März 2011 wurden 18 Elternabende für die Eltern von Schülerinnen und Schülern beider Abteilungen organisiert.

Im Juni 2011 fanden zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler aller Abteilungen statt. Zudem gab es während des Jahres zahlreiche Kontakte zwischen Eltern und der Direktion.

Der Rektor nahm an den Sitzungen der Schulkommission und an den 3 Informationssitzungen für die Eltern der OS-Schülerinnen und OS-Schüler teil.

5.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeitpensen
97 Lehrpersonen am 1. September 2011	43	54	62,38

10 Lehrpersonen mit einem Teilzeitpensum wurden neu angestellt.

Am Ende des Schuljahrs 2010/11 gingen 2 Lehrer in Pension und 5 weitere Lehrpersonen verliessen die Schule aus unterschiedlichen Gründen.

5.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Die Klassen, ganze Klassen oder Teile von ihnen, besuchten unter anderem folgende Anlässe:

- > verschiedene Filme im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg; für interessierte Klassen wurden dazu Thementage organisiert.

- > verschiedene Theateraufführungen und Konzerte;

- > Besuche und Ausflüge: Sportlager, Ausflüge im Rahmen des Geografieunterrichts, Besuche von Unternehmen, Studientage, praktische Arbeiten im Labor der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, Teilnahme an der SUNESCO;

- > Thematische Tage: Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Arbeiten, KBM-Bildungstage, Berufspraxis;

- > verschiedene Informationssitzungen/Vorträge zur Berufsberatung sowie zu aktuellen Themen (z.B. «People with AIDS»);

- > drei aufeinanderfolgende Polysport- und Skitage und verschiedene Wettkämpfe und Turniere.

5.3.4 Schüleraustausch

Im April erfolgte ein 10-tägiger Schüleraustausch mit der Harker School in San Jose (Kalifornien). Der Gegenbesuch in Freiburg fand dann im Juni statt.

5.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Reform der Handelsmittelschule

Die KBM-Kandidatinnen und -Kandidaten haben ihre Ausbildung in der neuen Handelsschule im September 2011 begonnen. Sie unterschrieben einen Lehrvertrag und absolvieren den Unterricht gemäss der revidierten kaufmännischen Ausbildung, die gemeinsam mit der Handelsschule des Kollegiums in Bulle organisiert wurde. Die Lehrpersonen treffen sich regelmässig, um die Umsetzung der neuen Ausbildung zu koordinieren. Die mit der Umsetzung des Projekts «Zukunft der Handelsmittelschulen» im Kanton Freiburg betraute Arbeitsgruppe führte ihre Arbeit weiter. Dabei befasste sie sich vor allem mit den Qualifikationsabläufen, den Langzeit-Praktika und der Ausarbeitung der Reglemente. Die ersten entsprechenden Diplome sollen 2015 ausgestellt werden.

Mentoring

Das vom Mediationsdienst eingeführte «Mentoring-Projekt» wird fortgesetzt. Das Mentoring hat zum Ziel, das schulische

2011

Umfeld der neuen Schülerinnen und Schüler zu verbessern und ihnen den Wechsel von der OS ans Kollegium zu erleichtern. Jede neue Schülerin und jeder neue Schüler wird beim Eintritt ins Kollegium einem Mentor zugeteilt; Mentoren sind eigens für diese Funktion ausgebildete Schülerinnen und Schüler der 2. oder 3. Klasse. Die Aufgabe des Mentors besteht darin, seinen Schützling ins Kollegiumsleben einzuführen und ihn bei der Bewältigung der Anforderungen des gymnasialen Unterrichts zu unterstützen. Die Mentoren arbeiten zusammen mit den Mediatorinnen und Mediatoren, welche die Aktion beaufsichtigen.

5.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

5.4.1 Gebäude

Seit September 2009, nach dem Abriss der alten Gebäude für den Neubau des Kollegiums, steht auf dem Gelände des Kollegiums nur noch das Hauptgebäude (A) zur Verfügung. 18,5 Schulzimmer befinden sich in den FOS-Gebäuden (B). Der Musikunterricht findet am Kollegium St. Michael statt; der Sportunterricht wird in der FMS und in der Sporthalle von Sainte-Agnès erteilt; die Theatergruppe «Vertige» übt in der Jolimont-Aula.

Diese Raumverteilung bringt nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten mit sich, die aber mit den Neubauten und neuen Einrichtungen bald behoben sein werden.

5.4.2 Bauarbeiten im Jahr 2011

Gebäude A: Ausstattung von 2 Testschulzimmern gemäss dem Konzept für das neue Kollegium. Das Lehrerpult wird mit einem grafischen Tablett ausgestattet, dessen Bild über den Beamer auf eine Leinwand projiziert wird. Eine weisse Tafel erlaubt es, parallel zur Projektion zu schreiben. Ausserdem wird der bisher benutzte Projektor durch einen «Viewer» ersetzt.

Gebäude B: (FOS): Kauf von Laptops (mobile Einheit).

5.4.3 Neues Kollegium

Die Bauarbeiten der drei neuen Gebäude, die im Sommer 2012 zur Verfügung stehen werden, schreiten voran. Zahlreiche provisorische Räume sind vorgesehen, da einige Räume erst nach Ende der Renovationsarbeiten des alten Gebäudes funktionsfähig sein werden. Es handelt sich dabei insbesondere um Büros, Informatikräume und Lehrersäle.

Die Umbauarbeiten im alten Gebäude A werden länger dauern als vorgesehen. Dies hängt mit den neuen Erdbebenbestimmungen (gemäss SIA-Normen) zusammen. Die Bauarbeiten werden Ende des Kalenderjahres 2013 beendet und nicht wie ursprünglich vorgesehen im Sommer 2013.

6. Kollegium des Südens

6.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsschule, Fachmittelschule
Schülerbestand:	Total 1072
Lehrpersonen:	131 Lehrpersonen (96,08 volle Pensen)
Rektor:	François Genoud
Adresse:	Rue de Dardens 79, Bulle

6.2 Schüler/-innen

6.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/-innen		Klassen	
	2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Gymnasium	680	683	33	34
Handelsschule - Diplom	114	65	9	8
Handelsschule - KBM	45	60	0	0
Abteilung Fach- mittelschule (FM)	222	211	11	11
FM - Päd	14	17	1	1
FM - Ges	9	30	0	0
FM - Soz	16	6	0	0
Total	1100	1072	54	54

Infolge der Einführung des Eintrittswettbewerbs hat die Handelsschule eine Klasse weniger. Dagegen musste wegen der steigenden Schülerzahl im 1. Gymnasialjahr eine zusätzliche Klasse eröffnet werden. Die Aufnahmekapazität des Gebäudes (750 Schüler/-innen) wird damit deutlich überschritten. Der Stundenplan der Klassen musste erweitert werden.

Wohnort	2010/11	2011/12
im Kanton Freiburg	1098	1070
im einem anderen Kanton	2	2

6.2.2 Aufnahmen

	2010/11	2011/12
ins Gymnasium	181	220
in die Handelsschule und KBM	44	30
in die FMS	92	84
Total	317	334

2011

6.2.3 Ausgestellte Diplome

Gymnasiale Maturität

Im Juli 2011 nahmen insgesamt 166 Kandidatinnen und Kandidaten an den Prüfungen teil; davon haben 161 bestanden. Mit folgender Verteilung:

Schwerpunktfächer	frz. Abteilung	zweisp. Abteilung	Total
Latein	4	1	5
Griechisch	5	0	5
Italienisch	7	1	8
Englisch	2	3	5
Spanisch	18	10	28
Physik + Angewandte Mathematik	6	2	8
Biologie + Chemie	38	14	52
Wirtschaft + Recht	33	10	43
Bildnerisches Gestalten	9	1	10
Musik	2	0	2
Total	120	41	161

Handelsdiplom

Von 50 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten 45 das Diplom.

Kaufmännische Berufsmaturität

Von 19 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden 18 die Berufsmaturität.

Fachmittelschule

Von 55 Kandidatinnen und Kandidaten erhielten 45 das Diplom.

6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

6.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- > Dezember 2010: Elternabend für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen; im Februar 2011: Elternabend für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Klassen.
- > Gute Beteiligung der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).
- > Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit den Eltern, bei Problemen jeglicher Art oder bei einer Neuorientierung.

- > Anfangs Dezember 2011 fand ein Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/-innen statt: Vorstellung der verschiedenen Bildungswege (HS, FMS, Gymnasium).

6.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeitpensen
131 Lehrpersonen am 1. September 2011	49	82	96,08

Es wurden 6 Lehrpersonen neu eingestellt, 2 davon für weniger als 12 und 4 für mehr als 12 Wochenstunden.

Drei Lehrpersonen sind in den Ruhestand getreten.

6.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Hierzu sind, unter anderen, folgende Aktivitäten und Veranstaltungen zu erwähnen:

- > Konzerte: Freiburger Kammerorchester; «Le Quai d'Oz», Streicher
- > Aufführungen: Oper «Hänsel und Gretel»; Theateraufführung «Tartuffe»
- > Film: Teilnahme am FIFF
- > Konferenzen: «Bible et faits historiques», mit Pater Jean-Michel Poffet; «Nains de jardins», Konferenz mit Beteiligung des Westschweizer Schriftstellers Jacques-Etienne Bovard und seines Verlegers Bernard Campiche.
- > Ausstellungen: «La Magie du Papier» von Viviane Fontaine; «Francophonie», Ausstellung unter der Leitung von Claude Pillet (mit mehreren Studenten) zum internationalen Treffen der Frankophonie in Montreux; «La Fleur», Ausstellung der Lehrpersonen für bildnerisches Gestalten zu einem Thema, das alle Studierenden betrifft.
- > Thementage: «Journée de la Résistance», zum ersten Todestag von Marguerite Plancherel, Widerstandskämpferin und Gönnerin des Kollegium des Südens; Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass); Besuch des Bundesparlamentes.
- > Sportliche Anlässe: Herbstwanderung im Oktober; Thementage im Juni: verschiedene sportliche und kulturelle Aktivitäten.

6.3.4 Schüleraustausch

24 Schüler/-innen kamen in den Genuss eines Sprachaufenthalts, 12 davon entschieden sich für einen Jahresaufenthalt (Deutschland, USA, Südafrika, und China), 6 für einen Semesteraufenthalt.

2011

halt (2 davon an der Kantonsschule Rychenberg, Winterthur, Partnerschule) und 6 für einen 2-3-monatigen Aufenthalt.

Im Vergleich zum Jahr 2010 (16 Aufenthalte) ist dies eine deutliche Zunahme. Der Trend der letzten Jahre bestätigt sich, die Jahresaufenthalte erfreuen sich immer grösserer Beliebtheit.

Das Kollegium des Südens hat 21 ausländische Gasthörer aufgenommen, davon 11 für ein Jahr und 8 für ein Semester. Die meisten wurden durch den Rotary-Club, AFS und YFU vermittelt.

Zudem fanden regelmässige Austausche mit dem Collège Edouard-Montpetit von Longueuil (Québec) statt. Zum 7. aufeinanderfolgenden Mal haben 7 Studierende unseres Kollegiums am Treffen mit dem Dreikönigsgymnasium (Köln) und dem Minniemeninstituut (Leuven) teilgenommen. Die Partnerschaft mit Argentinien, in Zusammenarbeit mit der Vereinigung «Baradero-Freiburg», wird weitergeführt.

6.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2011 besuchten 185 Schüler/-innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: Einführung in Wirtschaft und Recht, Biologie, Physik, Geschichte und Mathematik. Schüler/-innen, die dieses Programm absolvieren, erhalten am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR-Anforderungen.

6.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Ausbau des Kollegiums: Die Arbeitsgruppe traf sich während des Jahres regelmässig. Der Staatsrat genehmigte den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für den Um- und Ausbau des Kollegiums und die entsprechende Botschaft an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2011.

7. Fachmittelschule Freiburg / FMSF

7.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik)
Schüler/innen:	Total 890
Lehrpersonen:	90 Lehrpersonen (67,54 volle Pensen)
Direktor:	Claude Vauthey
Adresse:	Moléson-Allee 17, Freiburg

7.2 Schüler/innen

7.2.1 Schülerzahlen

		Schüler/innen		Klassen	
		2010/11	2011/12	2010/11	2011/12
Französischspr. Abteilung	1. Jahr	240	211	10	10
	2. Jahr	171	199	7	7
	3. Jahr	161	149	7	8
	4. Jahr FM-BP ¹⁾	47	43	2	2
	4. Jahr FM-GE ²⁾	37	68	-	-
	4. Jahr FM-SO ³⁾	34	38	-	-
	1. Jahr	62	45	3	3
	2. Jahr	54	51	2	2
	3. Jahr	48	48	2	2
Deutschspr. Abteilung	4. Jahr FM-BP1 ¹⁾	14	15	1	1
	4. Jahr FM-GE ²⁾	16	18	-	-
	4. Jahr FM-SO ³⁾	9	5	-	-
	Total	893	890	34	35

¹⁾ Fachmaturität Pädagogik, Schüler unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der Schule

²⁾ Fachmaturität Gesundheit, Schüler unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der HfG-FR

³⁾ Fachmaturität Soziales, Schüler unter Verantwortung der FMSF, Praktika in Institutionen

Wohnort	2010/11	2011/12
im Kanton Freiburg	884	882
im einem anderen Kanton	9	8

7.2.2 Aufnahmen

	2010/11	2011/12
In die französischsprachige Abteilung	372	197
In die deutschsprachige Abteilung	102	45
Total	474	242

2011

7.2.3 Ausgestellte Ausweise

	Kandidierende an den Prüfungen	davon haben bestanden
französischsprachige Abteilung	156	147
deutschsprachige Abteilung	48	47
Fachmaturität Pädagogik, französischspr. Abt.	34	16
Fachmaturität Pädagogik, deutschspr. Abt.	9	7
Fachmaturität Gesundheit, französischspr. Abt.	36	27
Fachmaturität Gesundheit, deutschspr. Abt.	18	6
Fachmaturität Soziales, französischspr. Abt.	37	32
Fachmaturität Soziales, deutschspr. Abt.	11	11

Bei den Ergänzungskursen für Erwachsene erwarben 17 Personen, darunter 12 Frauen, ein Zertifikat für die Aufnahme in die FH Westschweiz.

7.3 Allgemeiner Schulbetrieb

7.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- > zehn Elternabende mit den Lehrpersonen und den Schülern/-innen;
- > vier Informationsabende zu den eingeführten Fachmaturitäten;
- > zwei Informationsabende für die neuen Schüler/-innen und ihre Eltern;
- > zwei Informationsabende für die Schüler/-innen des 3. OS-Jahres und ihre Eltern;

Die Schulkommission hielt drei Sitzungen ab. Zudem trafen sich ihr Präsident und der Direktor sechsmal.

7.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeitpensen
90 Lehrpersonen am 1. September 2011	50	40	67,54

6 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 3 für mindestens 12 Wochenstunden.

1 Lehrperson hat einen einjährigen unbezahlten Urlaub genommen.

5 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen, eine von ihnen ging in den Ruhestand und 4 wechselten in einen anderen Unterrichtssektor oder nahmen ihre Studien wieder auf.

7.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, angeboten und besucht:

- > Filme: «Yo, Tambien»; Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg;
- > Theater, Musik, Oper: «Jeanmaire»; «Les femmes savantes» von Molière; «La tortue de Darwin»; Theatergruppe FMSF mit der Vorstellung «Ballade et jeux de planches»; «Der Richter und sein Henker»; «Verbrennungen»; «Die Wirtin – Mirandolina»;
- > Besuche, Schulreisen mit Besuch von 15 Museen und historischen Schweizerorten, ökologische Exkursionen, Besuch von Ausstellungen, Besichtigungen des Atomkraftwerks Mühleberg, des Seculab-Labors an der GIBS, des Museums der Fotografie, und des «Salon du livre»;
- > Vorträge: François de Closets, Joseph Deiss;
- > Internationaler Tag der älteren Menschen, thematische Tage über das Thema Konsum;
- > Seelsorge: Zusätzlich zu den mit dem liturgischen Jahr verbundenen Aktivitäten: Besuch von 15 Heimen und Institutionen während der Adventszeit, Besinnungstage auf dem Simplon, Verkauf von Goldmünzen, Mimosen und Orangen;
- > Sport: Volleyballturnier; Matches zwischen Lehrerschaft und Schülerinnen und Schülern; Teilnahme an den Collégiades; Winterlager; Polysporttage, Sport am Schuljahresende;
- > Bildung: Herstellung und Vorführung von Trickfilmen von Schülergruppen des Ergänzungsfachs Foto.

7.3.4 Besondere Ereignisse

In der Studienwoche «Gesundheit-Soziales, Information und Berufsorientierung» wurden 55 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu den anschliessenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung durchgeführt.

Während der thematischen Tage zum Thema «Konsum» testeten 26 Gruppen von 10–13 Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Wettbewerbs «experts de demain» verschiedene Produkte unter Aufsicht der FRC (Fédération romande des consommateurs).

2011

7.3.5 Schüleraustausch

Am Programm «Tandem», bei dem Schülerpaare aus beiden sprachlichen Abteilungen gebildet werden, nahmen 26 Schüler/-innen, 14 französisch- und 12 deutschsprachige, aufgeteilt in 7 Gruppen, teil.

2 Klassen des 1. Jahres und 2 Klassen des 3. Jahres der beiden Abteilungen hatten interne Austausche und gemeinsame zweisprachige Unterrichtsstunden.

3 französischsprachige Klassen des 1. Jahres führten einen Sprachaustausch in Brief- und telefonischer Form durch und besuchten dann das «Seeland-Gymnasium» in Biel. Ein Austausch wurde zwischen einer Klasse der französischsprachigen Abteilung des 2. Jahres und einer Klasse der Kantonsschule Schaffhausen organisiert.

Für die Schüler/innen der 3. deutschen Klasse des Wahlfachs «English Conversation» wurde ein 4-tägiger Sprachaufenthalt in Edinburgh (Schottland) organisiert.

15 Schüler/innen absolvierten einen Sprachaufenthalt von drei Wochen bis zu einem Jahr in verschiedenen europäischen Ländern und in Amerika. Eine australische Austauschschülerin besuchte die FMSF.

Die Partnerschaft zwischen der Schule und dem «Lycée provincial de Banfora», mit Schwerpunkt Nord-Süd-Dialog, humanitäre Hilfe und pädagogischem Austausch, wurde mit der Reise nach Burkina Faso von 10 Schüler/innen in Begleitung von 2 Lehrpersonen gekrönt.

7.3.6 Programme, Ausbildung

Eine Anhörung im Rahmen des Qualitätsmanagements der FMSF wurde im April 2011 mit Erfolg abgehalten. Die ISO-9001-Zertifizierung wurde erneuert.

Die Einführung der Fachmaturität (FM) gemäss dem EDK-Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003 trat Anfang des Schuljahres 2010/11 in Kraft. Im Juli 2011 stellten die kantonalen Fachmittelschulen die ersten Ausweise in den Bereichen Gesundheit, Soziale Arbeit und Pädagogik aus. Die Fachmaturitätsausweise wurden im Verlaufe des Herbsts von der EDK anerkannt.

7.4 Gebäude, Betrieb und Einrichtung

7.4.1 Gebäude

Verschiedene Apparate und Möbel wurden gewartet. Für die Klassenzimmer wurden mehrere Stühle geliefert. Das Einschal-

ten der Beleuchtung im Untergeschoss wurde geändert. Im Sommer wurden die Fassaden des Gebäudes B neu gestrichen. Verschiedene Büros wurden versetzt und neu eingerichtet. Die Schutzbehandlung «Anti Graffiti» des Kunstwerkes im Schulhof wurde unter Garantie ausgeführt. Die Audioanlage im Musikzimmer wurde ersetzt.

8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye

8.1 Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger Broye wie auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), vollzeitliche Handelsschule mit Berufsmatura nach Erlangung des EFZ, Fachmittelschule, Fachmaturität

Schülerbestand: Total 995

Lehrpersonen: 109 Lehrpersonen (78,9 volle Pensen)

Direktor: Thierry Maire

Adresse: Rue du Gymnase 1, Postfach 188, Payerne

8.2 Schüler/-innen

8.2.1 Schülerzahlen

	2010/11		2011/12		Klassen	
	FR	VD	FR	VD	2010/11	2011/12
1. Jahr Maturität	113	9	112	9	5	5
2. Jahr Maturität	104	96	96	94	8	9
3. Jahr Maturität	79	57	90	77	6	7
4. Jahr Maturität	81	73	77	61	7	6
1. Jahr FMS (*)	57	58	57	64	5	6
2. Jahr FMS (*)	34	62	56	48	4	5
3. Jahr FMS (*)	37	39	32	59	3	4
Kaufmännische Berufsmaturität	8	7	19	7	1	1
Fachmaturitäten	8	12	15	22	2	3
Total	521	413	554	441	41	46

2 ausserkantonale Schüler im Rahmen der Fussballschule des Schweizerischen Fussballvereins in Payerne.

(*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik) und Handelsschule.

2011

8.2.2 Ausgestellte Diplome

Am Ende des Schuljahrs 2010/11 wurden am GYB folgende Ausweise ausgehändigt:

	Anzahl Kandidierende	Anzahl Erfolge
Gymnasialer Maturitätsausweis	151	136
Fachmittelschulabschluss (Gesundheit)	20	16
Fachmittelschulabschluss (Sozialpädagogik)	30	28
Handelsdiplom	23	20
kaufm. Berufsmaturität	16	16

8.3 Allgemeiner Schulbetrieb

8.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Im Jahr 2011 hatte die Waadtländer Staatsrätin Anne-Catherine Lyon das Präsidium inne. Unter ihrer Leitung wurden zwei Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat genehmigte sowohl die Rechnung 2010 wie auch den Voranschlag 2012 des Direktors. Ebenfalls angenommen hat er die Einführung der Fachmaturität im Berufsfeld Gesundheit (Praktika und Mandat für die spezifischen Module) und die Studienpläne der Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus sieben Waadtländer und sieben Freiburger Grossratsmitgliedern. Im Jahr 2011 wurde sie von der Waadtländer Grossrätin Roxanne Meyer Keller präsiert. Die interparlamentarische Kommission nahm die Rechnung 2010 und den Voranschlag 2012 zur Kenntnis; ausserdem übte sie die Aufsicht über die Institution aus, wobei sie jeweils über die wichtigsten Ereignisse im Schulbetrieb informiert wird. Sie analysierte die verschiedenen Anklagepunkte des Briefes, welcher von etwas weniger als zwanzig Eltern (zirka zehn Familien) unterschrieben und zu Beginn des letzten Sommers an die Presse weitergeleitet worden war. Speziell befasste sie sich mit den Lehrerabsenzen. In ihrem Bericht kam sie zu folgendem Schluss «Anlässlich der Sitzung vom 26. September 2011 erklärten sich die Mitglieder der CI-GYB absolut nicht einverstanden mit den schriftlichen Äusserungen der Schülereltern und deren Vorgehen im Juni».

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie Lehrpersonen. Ihre 12 Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Kommission versammelte sich zwei Mal unter dem Präsidium von Jean-Edouard Buchter. Sie befasste sich insbesondere mit der Einführung des elektronischen Ein-

schreibemodus und der Verleihung des Preises Edgar Rouge an ein Maturaarbeitsseminar, bei dem Zeugenaussagen aus dem Broyebezirk zum Zweiten Weltkrieg gesammelt wurden.

8.3.2 Verwaltung und Lehrpersonen

Die Zahl der angestellten Lehrpersonen nahm deutlich zu. Die Zunahme ist auf einen entsprechenden Anstieg der Schülerzahlen zurückzuführen. Da in einigen Fällen die Maximalzahl für eine Klasseneröffnung erreicht wurde, mussten zusätzliche Kurse organisiert werden. Die Verwaltungsstellen blieben hingegen unverändert.

Das GYB ist weiterhin mit der Einführung der KBM-Ausbildung nach den Vorgaben des Projekts «Zukunft der Handelsmittelschulen» des BBT beschäftigt. Zudem bietet es nun auch die Fachmaturitäten in den Bereichen Gesundheit und Soziales und im Bereich Pädagogik an.

8.3.3 Besondere Ereignisse, Anlässe

Die aus Lehrerinnen und Lehrern bestehende Kulturkommission organisiert jeweils im Espace de la Blancherie öffentliche Ausstellungen und Vorträge. Auszug aus dem Programm:

- > Vorträge: «Ces Helvètes qui ont fait la révolution française et la France», Alain Jacques Tornare – «Le film policier américain», Patrick Ramuz. – Erwähnt sei auch der Besuch von Jean-Luc Delarue. Er sprach über sein Leben und die Drogenabhängigkeit;
- > Veranstaltungen: «Courir les rues», Theater von Raymond Queneau, gespielt von der Compagnie de l'Oranger- «Le médecin malgré lui» von Molière, gespielt von der Troupe du Nouveau Théâtre – Konzert der Schweizerband Sonalp – «Intégrale des films de Georges Schwizgebel» im Beisein des Regisseurs;
- > Ausstellungen und Begegnungen von und mit verschiedenen Künstlern im Espace de la Blancherie: Barbara Cardonne, Daniela de Maddalena, Eddy Mottaz, Odile Gauthier.

Das GYB hat den Preis Edgar Rouge für das Maturaarbeitsseminar «Quand les Broyards racontent leur vie entre 1939 et 1945» erhalten. Eine öffentliche Aufführung des Films fand am 22. September in Anwesenheit der Zeugen in der Aula statt.

Das GYB hatte auch die Ehre, die Schweizerische Gymnasialdirektorenkonferenz anlässlich ihrer Jahresversammlung Ende Mai 2011 zu empfangen. Während drei Tagen diskutierten über 110 Direktorinnen und Direktoren über die neusten Technologien.

—
2011

8.3.4 Schüleraustausche und Zweisprachigkeit

Das Austauschangebot Tandem ermöglichte einigen Schülerinnen und Schülern einen zwei- bis siebenwöchigen Aufenthalt in Deutschland oder in der Deutschschweiz. Sechs Schüler/innen befinden sich in einem einjährigen Austausch in einer vergleichbaren Schule in der Deutschschweiz, in Deutschland, in den USA und/oder in Australien.

Zum Schuljahresbeginn 2011 zählte die zweisprachige Abteilung des GYB 151 Schüler/innen (Maturitätsschule: 122, Handels- und Fachmittelschule: 29). Auf Deutsch werden Wirtschaft und Recht, Biologie, Mathematik, Geschichte, Geografie unterrichtet.

8.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

8.4.1 Gebäude

Die Optimierung der technischen Infrastruktur des Minergie-Gebäudes trägt Früchte, wie sich an den Verbrauchszahlen im Schuljahr 2011 ablesen lässt.

V. Amt für Universitätsfragen

1. Aufgaben

Das Amt für Universitätsfragen (AfU) ist das Bindeglied zwischen den Hochschulen des Kantons und den politischen Behörden. Es übt im Namen der Direktion die Oberaufsicht über die Hochschulen aus, unterstützt die Schulen in der administrativen Leitung und ist Ansprechstelle für ihre Kontakte mit den kantonalen Behörden, mit dem Bund, mit den anderen Kantonen und mit den übrigen Institutionen im Bereich der Hochschulen. Zudem fungiert das Amt als kantonale Instanz der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit (FH-GS). Es unterstützt die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport bei der Bearbeitung der politischen Dossiers, die die Hochschulen betreffen.

Amtsvorsteherin: Barbara Vauthey Widmer

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Universitätspolitik

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), der die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport als Mitglied angehört, hielt 2011 vier Sitzungen ab und fasste zweimal Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Dabei wurden vor allem folgende Geschäfte behandelt: Verschiedene Entscheide zur Abschaffung der «Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz (VKHS)» und Auflösung der entsprechenden Stiftung, Erklärung zur Aufstockung der Beiträge von Bund und Kantonen an die Universitäten, Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der SUK für die Amtsperiode 2012/13, Akkreditierungsentscheide; Finanzierung von Kooperations- und Innovationsprojekten.

Die Jahrestagung der SUK, an der Vertreterinnen und Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundesstellen und interkantonalen Gremien teilnahmen, fand am 27. und 28. Januar in Basel statt. An dieser Tagung ging es um folgende Themen: Bologna-Prozess und Studienarchitektur; Rankings als hochschulpolitische Herausforderung.

Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK (drei Sitzungen im Jahr 2011). Sie vertritt die Konferenz im Stiftungsrat für die Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz und wirkt in verschiedenen Adhoc-Arbeitsgruppen mit.

Der von der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin präsierte Rat der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit traf sich zweimal, um die Rechnung und den Voranschlag des Instituts für Mehrsprachigkeit zu genehmigen und dessen Entwicklung sowie die Einrichtung des nationalen Kompetenzzentrums mitzuverfolgen.

Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 erhielt der Kanton Freiburg im Jahr 2011 53 222 183 Franken für die an der Universität Freiburg immatrikulierten ausserkantonalen Studierenden und bezahlte seinerseits 18 093 862 Franken für Freiburger Studierende an anderen Schweizer Universitäten. Unter dem Strich nahm der Kanton damit 35 128 321 Franken (2010: 34 491 555 Franken) ein.

2.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Das Verwaltungsgremium der Allgemeinen Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der PH Freiburg und der Universität Freiburg hielt wiederum keine Sitzung ab. Eine Arbeitsgruppe, die im Anschluss an einen ersten Bericht mit der Erarbeitung

 2011

von Szenarien für die Umsetzung verschiedener Varianten zur Annäherung von Universität und PH betraut worden war, übernimmt seither die Arbeit des Verwaltungsgremiums. Sie hat ihre Untersuchung inzwischen abgeschlossen. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat die Universität beauftragt, einen Teil der Schlussfolgerungen dieses Berichts intern umzusetzen, bevor das gesamte Projekt weitergeführt wird.

Die PH-Kommission traf sich dreimal, um den Voranschlag und die Jahresrechnung der PH, den Entwurf für das neue Gesetz über die PH, die Strategie der PH für 2011/12 und die geplante neue Grundausbildung zu beraten.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der interkulturelle Kommission für die universitäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Diese Kommission befasste sich mit der Anstellung von Lehr- und Forschungsrätinnen und -räten sowie Didaktikerinnen und Didaktikern und mit der Anerkennung von Lehrdiplomen für den Unterricht in französischer und deutscher Sprache auf Sekundarstufe I und II. Zudem arbeitete sie an verschiedenen Gesetzesgrundlagen zum Zulassungsreglement für das Lehrdiplom für die Sekundarstufe II (LDS II), insbesondere mit einem FH-Bachelor in Musik, der Schaffung eines LDS-I-Bereichs «Bildnerisches Gestalten» – in Zusammenarbeit mit der PH – sowie der Anerkennung der vor der Zulassung zum Master erworbenen Kreditpunkte. Daneben beteiligte sich die Kommission an den Vernehmlassungen der EDK und nahm insbesondere Stellung zum Lehrdiplom für die Sekundarstufe I sowie zu den auf Sekundarstufe II unterrichteten Fächern Musik, Sport und Bildnerisches Gestalten. Gestützt auf die Auswertung des Auswahlverfahrens schlug die Kommission dem Rektorat und dem Staatsrat wiederum vor, eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen zum LDS II zu genehmigen.

Die Stellvertretende Amtsvorsteherin nimmt an den Sitzungen der von der Direktion organisierten Konferenz der Amtsvorsteher für Unterricht teil.

2.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport vertritt den Kanton Freiburg im Strategieausschuss der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik. Im Kanton gibt es zwei Ausbildungsstätten im Bereich Gesundheit-Soziales, die zum Netz der FH Westschweiz gehören: Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA). Im Bereich der Musik hat die dezentrale Unterrichtsstätte des Lausanner Konservatoriums unter der Bezeichnung «Conservatoire de Lausanne Haute école de musique – site de Fribourg» ihren Sitz in Freiburg.

Der Strategische Ausschuss der HES-SO hielt sechs Sitzungen ab. Hauptthema war wiederum die neue interkantonale Vereinbarung, die anstelle der beiden heute geltenden Vereinbarungen treten soll; sie wurde am 26. Mai vom Strategischen Ausschuss verabschiedet (s. unten Ziff. 2.2.3). In den Kantonen sind die entsprechenden Beitrittsverfahren angelaufen. Ein weiteres wichtiges Thema bildete die Aufhebung des Vorbereitungsjahres im Bereich Gesundheit und die Einrichtung der Fachmaturität und der Zusatzmodule (s. unten Ziff. 2.2.3). Daneben wurden noch folgende Geschäfte behandelt: Das Profil des Lehr- und Forschungspersonals, das Zulassungsverfahren im Bereich Soziale Arbeit, das Gebührenreglement der HES-SO, verschiedene finanzielle Geschäfte wie der Voranschlag und die Rechnung der HES-SO, die Festlegung von Quoten für die regulierten Studiengänge, die angewandte Forschung und Entwicklung. Die Vorbereitung dieser Sitzungen erfolgte gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion (VWD); diese ist zuständig für die beiden anderen Freiburger Hochschulen, die der HES-SO angehören.

Die freiburgischen Hochschulen für Ausbildungsgänge in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Musik werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) im Leitungsausschuss der HES-SO/FH Westschweiz vertreten. Die beiden Direktionen (EKSD und VWD) und die Freiburger Fachhochschulen sowie der Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft und die Stellvertretende Amtsvorsteherin des Amtes für Universitätsfragen pflegen eine enge Zusammenarbeit.

Die Amtsvorsteherin beteiligte sich an der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe (VWD, EKSD, ILFD), die einen Vorschlag für die Koordination und Verwaltung sämtlicher interkantonalen Vereinbarungen erarbeitet hat. Dieser wurde am 28. Juni vom Staatsrat genehmigt. Die Koordinations- und Verwaltungsstelle soll ab 1. Januar 2012 beim Generalsekretariat der EKSD eingerichtet werden.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Universität

Die Arbeiten zur Teilrevision des Gesetzes über die Universität werden fortgesetzt; im ersten Quartal 2012 ist eine Vernehmlassung geplant. Die Einführung des 3. Studienjahrs in Medizin, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der EKSD und der GSD begleitet wird, kommt weiterhin gut voran. Nachdem im Herbstsemester 2011 80 Studierende in Freiburg das 3. Studienjahr beginnen konnten, soll die Aufnahmekapazität im Herbst 2012 auf 96 Plätze erhöht werden. Die Zusammenarbeit zwischen Universität und HFR wird im Leistungsvertrag für den Bachelor in Humanmedizin und im Kooperationsvertrag für den klinischen Unterricht geregelt; beide Verträge wurden am 30. März unterzeichnet. Das momentan grösste Problem ist der Mangel

—
2011

an Büro- und Laborräumlichkeiten am Standort Pérolles I. Die im Jahr 2011 eingerichteten provisorischen Lösungen vermögen nur den dringendsten Bedarf zu decken. Daneben wird auch an der Bedarfsstudie für einen Neubau weitergearbeitet.

Das Amt betreut ferner noch weitere Immobilienprojekte: Umbau der ehemaligen Klinik Garcia für das Adolphe Merkle Institut, für den der Grosse Rat am 3. November einen Zusatzkredit genehmigt hat; Erwerb der Liegenschaft an der Romstrasse 1 (ehemaliges Gebäude der Vorbereitungskurse) – die entsprechende Botschaft wurde vom Staatsrat am 13. Dezember angenommen; Studien zum geplanten Bau für die Rechtswissenschaftliche Fakultät auf dem Gelände des Tour-Henri.

Die Amtsvorsteherin sitzt als Vizepräsidentin im Verwaltungsrat des Innovationsfonds. Sie ist zudem an den Vorarbeiten für die Umnutzung des Cardinal-Areals beteiligt und leitete die Arbeitsgruppe, die den Anstoss für diese Arbeiten gegeben hat.

In Sachen Finanzierung standen die Arbeiten an zwei Dossiers im Vordergrund: Nach der vom Bund beschlossenen Synchronisierung von Beitrags- und Auszahlungsjahr der Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten durch die Auslassung eines Beitragsjahrs wurden gemeinsam mit den anderen betroffenen Kantonen verschiedene Schritte unternommen. Als zweites wurden die Arbeiten (Datenprüfungen) im Zusammenhang mit der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) verstärkt.

2.2.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die gemeinsame Arbeit des Amtes und der PH zur Revision der gesetzlichen Grundlagen der Hochschule wurde weitergeführt: neuer Entwurf für die Teilrevision des Gesetzes (PHG), Studienreglement, Verordnung über die Aufnahme in die PH, Verordnung über die Studien- und Prüfungsgebühren und über die Entschädigungen für Mitglieder der Prüfungskommissionen. Der neue Entwurf für das PHG soll bald in die Vernehmlassung gehen.

Bereits durchgeführt wurde eine eingeschränkte Vernehmlassung bei den betreffenden Partnern über den neuen Studiengang für die Grundausbildung an der PH.

In Zusammenarbeit mit der PH und den zuständigen Ämtern der Direktion wurde die Umgestaltung des kantonalen Weiterbildungsangebots für die Lehrpersonen weitergeführt. Einige Verbesserungen sind bereits realisiert: Die Weiterbildungsstelle der PH wurde erneuert und ein Sektor «Weiterbildung» ist entstanden. Die PH umfasst somit künftig drei Sektoren: Grundausbildung, Weiterbildung und Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung. Daneben führte die PH ihre Zusammenarbeit mit den übrigen pädagogischen Hochschulen der Westschweiz

weiter: Hier wurde eine Westschweizer Weiterbildung für Hauswirtschaft sowie technisches Gestalten organisiert.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin beteiligte sich an der Erarbeitung des Ausführungsreglements zur Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik an der Fachmittelschule Freiburg (FMS).

Die Einbindung der Fachstelle fri-tic in die PH nahm weiter ihren Gang. Die in ein kantonales Kompetenzzentrum umgewandelte Fachstelle wurde bereits 2009 dem Rektorat der PH unterstellt. Im Zuge des Einbindungsprozesses sind neue Formen der internen Zusammenarbeit entstanden; es wurden aber auch verschiedene Anpassungen nötig, die immer noch nicht abgeschlossen sind.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin leitete eine Arbeitsgruppe, die beim Lehrdiplom für die Sekundarstufe einen Studienbereich Bildnerisches Gestalten entwickeln soll. Ab Beginn des Studienjahrs 2012 wird den Studierenden zudem durch die Philosophische Fakultät der Universität und die PH gemeinsam ein Diplom angeboten.

2.2.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Der Strategische Ausschuss der Fachhochschule Westschweiz verabschiedete am 26. Mai die Schlussfassung der neuen Vereinbarung über die HES-SO. Die mit der Prüfung des Vorentwurfs betraute Interparlamentarische Ad-hoc-Kommission hiess die neue Vereinbarung am 30. Juni praktisch einstimmig ebenfalls gut. Schliesslich wurde die neue Vereinbarung auch vom Staatsrat an dessen Sitzung vom 16. November formell genehmigt. Er wird sich im Jahr 2012 mit der Botschaft über den Beitritt zu dieser Vereinbarung befassen und diese anschliessend dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreiten.

Der Entwurf für das Gesetz HES-SO//Freiburg wurde an die Schlussfassung des Konkordatsentwurfs der HES-SO angepasst. Der Gesetzesentwurf, in dem unter anderem eine Generaldirektion HES-SO//FR vorgesehen ist, wird bald fertiggestellt und soll Anfang 2012 in die Vernehmlassung gegeben werden.

Aufgrund der Arbeiten, die derzeit bei der HES-SO im Gang sind (Erstellen einer Typologie für das Lehr- und Forschungspersonal), wurde die Arbeit am Entwurf für eine Verordnung über das in der Lehre und Forschung tätige Personal der Freiburger Hochschulen, die der HES-SO//FR angehören, unterbrochen. Gestützt auf diese Arbeiten soll später der Gesetzesentwurf über die HES-SO//FR, insbesondere der Abschnitt über das Personal, ergänzt werden.

Der Strategische Ausschuss der HES-SO beschloss am 3. Februar, das Vorbereitungsjahr auf die Studiengänge im Bereich

—
2011

Gesundheit der HES-SO ab Beginn des Studienjahrs 2011 für die Inhaberinnen und Inhaber eines Fachmittelschulenausweises durch die Fachmaturität Gesundheit (FM-Gesundheit) und für die Inhaberinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität durch die Zusatzmodule (ZM) zu ersetzen. Dabei fallen die Zusatzmodule in die Zuständigkeit der Hochschule für Gesundheit Freiburg, wogegen die Fachmittelschulen für die FM-Gesundheit zuständig sind. Der Kanton Freiburg hat nun beschlossen, einen Teil der Module für die FM-Gesundheit an der Hochschule für Gesundheit Freiburg durchzuführen; dazu wurde mit der Hochschule ein entsprechender Leistungsvertrag abgeschlossen. Ab Beginn des Studienjahrs 2011 wird somit das Vorbereitungsjahr nicht mehr angeboten.

Am 7. Juni genehmigte der Grosse Rat das Dekret über einen Planungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg. Eine Planungsgruppe, bestehend aus Architekten des Siegerprojektes, der Direktorin und dem Direktor der betreffenden Hochschulen, dem Generaldirektor der HES-SO und der stellvertretenden Amtsvorsteherin, erarbeitet derzeit unter der Leitung des Kantonsarchitekten das detaillierte Projekt.

Nach dem Rücktritt des Direktors der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (HEF-TS) organisierte das Amt zusammen mit dem Direktionsrat der Fachhochschule die Nachfolge. Schliesslich bestimmte der Staatsrat Jean-Christophe Bourquin zum neuen Direktor der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (per 1. Oktober).

Die stellvertretende Amtsvorsteherin wirkte in weiteren Arbeitsgruppen mit, so in der vom Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe 2 geleiteten Arbeitsgruppe über die Fachmaturität im Bereich Gesundheit und Soziales sowie in einer interkantonalen Arbeitsgruppe, die sich mit den Gesundheitsberufen befasst und vom Vorsteher des Amtes für Gesundheit des Kantons Freiburg geleitet wird.

VI. Universität

1. Aufgaben

Im Gesetz vom 19. November 1997 wird der Auftrag der Universität wie folgt definiert:

- a) wissenschaftliche Erkenntnisse mit Objektivität und Toleranz vermitteln und fördern;
- b) bei den Studierenden, Forschenden und Lehrenden das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt stärken und
- c) zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, vermittelt die Universität eine Ausbildung von hoher Qualität, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut und mit einem Bachelor, Master oder Doktorat abgeschlossen wird. Sie betreibt Forschung und sorgt für die Verbreitung ihrer Resultate, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und bietet universitäre Weiterbildungen an.

Die Universität wird vom Rektorat geleitet, das von einem Rektor und vier Vizerektoren gebildet wird; diese werden jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt. *Das Rektoratsteam besteht momentan aus Guido Vergauwen (Rektor), Alexandra Rumo-Jungo, Thomas Hunkeler, Titus Jenny, Philippe Gugler (bis zum 30.09.2011) und Jacques Pasquier (ab 1.01.2012).*

Die Tätigkeit der Universität wird jährlich im Jahresbericht zusammengefasst, der sich seit 2007 auf das Kalenderjahr bezieht. Er enthält unter anderem Informationen über die Lehr- und Forschungstätigkeit an den fünf Fakultäten, über die Weiterbildung sowie Zahlen und Statistiken. Der Jahresbericht kann auf der Internetseite der Universität unter der Adresse www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/ konsultiert werden.

2011

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Studierende

		Herbst 2009		Herbst 2010		Herbst 2011	
Total		9443	100,0 %	9466	100,0 %	9678	100 %
a)	Studierende nach Herkunft						
	Freiburg	2173	23,0 %	2209	23,3 %	2335	24,1 %
	Andere Kantone	5626	59,6 %	5581	59,0 %	5640	58,3 %
	Ausland	1644	17,4 %	1676	17,7 %	1703	17,6 %
b)	Studierende nach Fakultät						
	Theologie	342	3,6 %	339	3,6 %	316	3,3 %
	Rechtswissenschaft	1648	17,4 %	1570	16,6 %	1553	16,1 %
	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1839	19,5 %	1797	19,0 %	1800	18,6 %
	Philosophische Fakultät	3980	42,2 %	4048	42,8 %	4129	42,7 %
	Math.-Naturw. a) Naturwissensch.	1303	13,8 %	1355	14,3 %	1488	15,4 %
	b) Medizin	331	3,5 %	357	3,7 %	392	4,1 %

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- a) Der Gesamtbestand der Studierenden hat leicht zugenommen: um 2,24 % oder 212 Personen.
- b) Betrachtet man die Herkunft der Studierenden, so hat die Anzahl der Studierenden mit Wohnsitz in Freiburg um 126 Personen oder 5,7 % zugenommen und diejenige der Studierenden aus den anderen Schweizer Kantonen um 59 Personen oder 1,06 %. Das Total der Studierenden aus dem Ausland erhöhte sich um 27 Personen oder 1,61 %.
- c) Bezüglich der Verteilung auf die Fakultäten, ist für zwei Fakultäten ein Rückgang der Anzahl Eingeschriebener festzustellen; die Theologie mit einer Verringerung um 6,78 % und die Rechtswissenschaft mit einem Rückgang um 1,08 %. Diese Reduktionen werden von den anderen drei Fakultäten ausgeglichen, mit Wachstumsraten von 0,17 % in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2 % in der Philosophischen Fakultät und einer besonders ausgeprägten Zunahme von 9,81 % in den Naturwissenschaften einschliesslich Medizin.
- d) Die Anzahl neu eingeschriebener Studierender hat um 10,6 % zugenommen, was 201 Personen entspricht. Das Wachstum trifft auf die Neueingeschriebenen aller Herkunftskategorien zu: Die Neueinschreibungen aus den Schweizer Kantonen ausser Freiburg haben um 5,76 % zugenommen und jene aus dem Ausland um 13,88 %. Das stärkste Wachstum ist bei

Neueinschreibungen aus dem Kanton Freiburg zu verzeichnen, die um 22,25 % zugenommen haben.

- e) Nach Fakultäten betrachtet kommen 43 Neueingeschriebene auf die Theologische Fakultät, die als einzige einen Rückgang zu verzeichnen hat, gegenüber 51 Einschreibungen im Jahr 2010. Die Anzahl Neueingeschriebener der anderen Fakultäten: 328 in der Rechtswissenschaft (+ 10,44 %), 399 in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (+ 23,15 %), 804 in der Philosophischen Fakultät (+ 4,42 %) und 523 in den exakten und Naturwissenschaften, einschliesslich Medizin (+ 15,2 %).
- f) Die Studentinnen machen 58,22 % der Gesamtzahl der Studierenden und 61,47 % der Neueinschreibungen aus.

Im Herbstsemester 2011 ist in allen Fakultäten ein Anteil Studentinnen von über 50 % festzustellen, ausser in der Theologie mit 18,6 % Frauen und in den exakten und Naturwissenschaften der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit einem Frauenanteil 45,9 % bei den Neueingeschriebenen. In der Philosophischen Fakultät beläuft sich der Anteil der Studentinnen auf 77,49 % und in der Rechtswissenschaft auf 59,45 %, während bei den Neueinschreibungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 50,13 % Studentinnen praktisch ein Gleichstand der Geschlechter besteht. Dagegen sind die Studentinnen der Medizin in der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 63,16 % der Neueinschreibungen deutlich in der Mehrheit.

2011

- g) Von den zahlreichen Personen, die Weiterbildungskurse der Universität besuchen, werden nur jene als «Weiterbildungsstudierende» bezeichnet, die für ein Programm zu mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind. Ihre Zahl ist leicht zurückgegangen: von 188 im Jahr 2010 auf 158 im Jahr 2011.

2.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hielt vier ordentliche Sitzungen und eine Reflexionssitzung ab. Er behandelte insbesondere in zweiter Lesung die finanzielle Mehrjahresplanung 2012–2015 zuhanden des Staatsrats sowie das Arbeitsprogramm des Rektorats 2011–2015. Die Reflexionssitzung vom 16. Mai war den Positionierungsstrategien der Universität auf dem Studienmarkt gewidmet. An seiner Sitzung vom 19. September wählte der Senat Ruth Lüthi zu seiner neuen Präsidentin und Nachfolgerin von Prof. Marco Borghi. In der Sitzung vom 5. Dezember wählte der Senat Prof. Jacques Pasquier zum Vizerektor als Nachfolger des zurückgetretenen Prof. Philippe Gugler.

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, versammelte sich drei Mal. Er begleitete insbesondere die Entwicklung und den Ausbau der Zusatzprogramme in Ethik, die er finanziell mit Mitteln unter seiner Aufsicht unterstützt und die mit Angeboten in Ethik und Recht sowie Ethik und Entwicklung erweitert wurden.

2.1.3 Professorenschaft

In folgenden Bereichen wurden ordentliche Professuren besetzt:

- › in der Philosophischen Fakultät: Allgemeine Pädagogik, Allgemeine Psychologie, Allgemeine und Schweizerische Zeitgeschichte, Italienische Literatur, Kunstgeschichte, Klinische Psychologie, Religionswissenschaft;
- › in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: Mathematik, Medizin und Gesellschaft, Pharmakologie, Bio-Nanomaterialien.

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- › in der Theologischen Fakultät: Vergleichende Religionsgeschichte;
- › in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät: Zivilprozessrecht und Grundlagen des Rechts;
- › in der Philosophischen Fakultät: Germanistische Literaturwissenschaft und Literaturgeschichte, Logopädie, Mittelalterliche englische Sprache und Literatur, Berufsbildung.

Zwei Professorinnen, in universitärer Didaktik sowie in Medien und Kommunikationswissenschaft, wurden von assoziierten zu ordentlichen Professorinnen befördert.

Auf die dreizehn im Jahr 2011 besetzten ordentlichen Professuren wurden vier Frauen und neun Männer berufen; bei den sechs assoziierten Professuren sind es eine Frau und fünf Männer.

An sieben Mitglieder des Lehrkörpers wurde eine Titularprofessur verliehen: einem Lehrbeauftragten und einem Lehr- und Forschungsrat der Theologischen Fakultät, einem Lehrbeauftragten der Rechtswissenschaften Fakultät, einem Lehr- und Forschungsrat der Philosophischen Fakultät, einem Lehrbeauftragten und Weiterbildungsdirektor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, einem Lehr- und Forschungsrat sowie einem Oberassistenten und Lehrbeauftragten der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 50 Jahre und 5,7 Monate (im Dezember 2011); 47 Jahre und 5 Monate bei den assoziierten und 52 Jahre und 6,2 Monate bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

2.1.4 Studienorganisation

Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) beschloss der Kanton Freiburg per Verordnung vom 15. März 2011, den Eignungstest für das Human- und Zahnmedizinstudium beizubehalten. Die Zahl der Plätze für das erste Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 beschränkt. Ebenfalls auf Empfehlung der SUK verlängerte der Staatsrat die Verordnung vom 8. November 2011 über die Zulassung ausländischer Studierender zum Medizinstudium an der Universität Freiburg für das Studienjahr 2012/13.

In Anbetracht der begrenzten Anzahl Praktikumsplätze an den kantonalen Gymnasien erneuerte der Staatsrat auf Empfehlung des Rektorats die Verordnung zur Begrenzung der Zulassung zur französischsprachigen Lehrerausbildung Sekundarstufe II (DAES II) für das Studienjahr 2012/13. Die Begrenzung ist für den Fall vorgesehen, dass die Anzahl Einschreibungen diejenige der Praktikumsplätze erheblich übersteigt. Im akademischen Jahr 2011/12 musste die Beschränkung nicht angewendet werden.

Die Sicherheitsvorgaben für die Sportinfrastrukturen bewogen das Rektorat, eine Beschränkung der Anzahl Studienplätze für den Bachelor in Sport und Bewegungswissenschaft vorzuschlagen. Der Staatsrat ist diesem Vorschlag mit der Verordnung vom 11. Oktober 2011 zur Begrenzung der Studienplätze für den Bachelor in Sport und Bewegungswissenschaften der Universität Freiburg für das akademische Jahr 2012/13 nachgekommen.

—
2011

Im Departement Medizin der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurde das Akkreditierungsverfahren für den neuen Bachelorstudiengang in Humanmedizin erfolgreich abgeschlossen. Die Schweizerische Universitätskonferenz fasste am 1. Dezember 2011 den Beschluss, den Studiengang zu akkreditieren.

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport ratifizierte zwei Statutenänderungen und zwei neue Statuten von Instituten.

2.2 Besondere Ereignisse

Die Entwicklung der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät in den Bereichen Medizin und Lebenswissenschaften und der Philosophischen Fakultät auf dem Gebiet der Klinischen Psychologie und der Heil- und Sonderpädagogik haben an der Universität Freiburg ein Kompetenzzentrum für Kognitionswissenschaften entstehen lassen. Dieser besonderen Kompetenz wurde mit der Schaffung eines interfakultären Kompetenzzentrums Kognitionswissenschaften eine Struktur verliehen. Das Zentrum umfasst insgesamt neun Forschungsgruppen: vier aus dem Departement Medizin der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät, vier aus dem Departement Psychologie sowie eine aus dem Departement Heil- und Sonderpädagogik der Philosophischen Fakultät. Die Arbeit der vernetzten Wissenschaftler konzentriert sich auf die vier Hauptthemenfelder «Wahrnehmung und Aktion», «Aufmerksamkeit und Gedächtnis», «Spracherwerb und Zweisprachigkeit» sowie «Lernen und Entwicklung» und verfolgt das gemeinsame Ziel, ein besseres Verständnis der kognitiven Prozesse zu erlangen.

Der neue Masterstudiengang in Sportwissenschaft, der im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Eidg. Hochschule für Sport Magglingen gestartet wurde, konnte 2011 durch eine neue Option «Gesundheit und Forschung» ergänzt werden. Diese öffnet den Absolventinnen und Absolventen breite Perspektiven in Forschung und Gesundheitsförderung.

Das Adolphe Merkle Institut für Nanomaterialforschung an der Math.-Naturwissenschaftlichen Fakultät konnte mit der Besetzung der ordentlichen Professur für Bionanomaterialien durch zwei Forscherinnen im Job Sharing konsolidiert werden. Dem Institutsdirektor und seiner Forschungsgruppe wurde zur Weiterführung ihrer Forschungen über intelligente Materialien ein «Advanced Grant» des European Research Council zugesprochen.

Das Jahr 2011 war das internationale Jahr der Chemie, und aus diesem Anlass organisierte das Departement Chemie der Universität eine Reihe von Veranstaltungen für das breite Publikum, die auf reges Interesse stiessen, so ein «Fest der Chemie» und eine Theaterproduktion zum Thema der chemischen Forschung.

Die wissenschaftliche Kompetenz und internationale Reputation der Forschenden der Universität haben zu einer Reihe von Ehrungen geführt, namentlich die Ernennung von Astrid Epiney, Professorin für Europarecht, zur «Chevalière de la Légion d'Honneur» der Französischen Republik, die Verleihung des James Lindner Awards an Rolf Ingold, Professor für Informatik, die Ernennung von Philippe Deschamps, Professor für Wirtschaftsmathematik, zum «Fellow» des Journal of Econometrics sowie die Aufnahme der Professoren Siegfried Weichlein, Zeitgeschichte, und Simone Zurbuchen, Philosophie, in die Europäische Akademie der Wissenschaften und der Künste.

Die wissenschaftliche Forschung an der Universität Freiburg führte zu zahlreichen Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen in Publikationen und an Konferenzen mit bedeutender internationaler Wahrnehmung.

VII. Pädagogische Hochschule

1. Aufgaben

Die Pädagogische Hochschule Freiburg (PH Freiburg) hat folgende fünf Grundaufgaben: Die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen auf Stufe Kindergarten und Primarschule, die Organisation und Koordination der Weiterbildung des Lehrpersonals, die Forschung und Entwicklung im Bereich Erziehung und Bildung, die Bereitstellung der für ihre Arbeit und ihre Ausbildung notwendigen Unterlagen und technischen Hilfsmittel für Lehrpersonen und Studierende sowie die Förderung und die Entwicklung der Zweisprachigkeit.

Rektorin: Pascale Marro

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Sektor «Grundausbildung»

Die Einschreibungen für das Studienjahr 2011/12 nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 40 % zu, sowohl auf deutsch- wie auf französischsprachiger Seite.

Zu Beginn des Studienjahres zählte die PH Freiburg 409 (2010: 384) Studierende, die folgende Studiengänge belegten:

> «Lehrdiplom Vorschulstufe und Primarschule»: 354 Studierende, wovon 235 im französischen Studiengang, 67 im deut-

2011

schen Studiengang und 52 Studierende im zweisprachigen Studiengang.

> «LDS I» (Lehrdiplom Sekundarstufe I) für die Fächer Hauswirtschaft und Technisches Gestalten. Dieses Angebot wird im Rahmen einer Konvention mit der Universität Freiburg angeboten: Gesamthaft 49 Studierende, wovon 31 das Fach «Hauswirtschaft» und 18 das Fach «Technisches Gestalten» belegen.

> «Zusatzausbildung Hauswirtschaft oder Technisches Gestalten»: 6 Studierende.

107 von 354 Studierenden des Studienbereichs «Vorschulstufe und Primarschule» kommen aus anderen Schweizer Kantonen oder aus dem Ausland.

Am 23. November fand die jährliche Diplom- und Zertifikatsübergabe statt, wobei 87 Lehrdiplome für die Vorschulstufe und Primarschule verbunden mit dem Bachelor of Arts in Pre-primary and Primary Education (57 auf Französisch, 30 auf Deutsch und 4 zweisprachige Diplome) übergeben wurden. Zusätzlich wurden 2 Zertifikate an Lehrpersonen der Sekundarstufe I für ihre Facherweiterung in Hauswirtschaft bzw. Technisches Gestalten vergeben.

2.1.2 Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

Das Jahr 2011 war geprägt durch die Integration der Kataloge der Dokumentationszentren und des Multimedia Ateliers in den «Westschweizer Bibliotheksverbund» (RERO). Diese erfolgte Mitte September nach mehr als 18 Monaten Vorarbeit. Dank der Bildung einer pädagogischen Arbeitsgruppe, bestehend aus den französischen und den zweisprachigen PH, konnte die Behandlung der Besonderheiten des pädagogischen Bereichs im Rahmen des RERO-Katalogs koordiniert werden. Zusätzlich wurden aufgrund dieser Besonderheiten zwei Sondermodule entwickelt: die Reservationen auf Stichtag im Virtua-System sowie eine Benutzeroberfläche für die Suche nach audiovisuellen Geräten.

Centre de documentation pédagogique/Didaktisches Zentrum (CD/DZ)

Dokumentation, Ausleihe, Dienstleistungen:

	Centre de documentation (CD) und Multimedia Atelier (ATEM)	Dokumentationszentrum (DZ)	
Stand des Katalogs	54 000	35 700	Exemplare
Katalogisierung	2500	1700	Exemplare (inkl. Klassensätze / im CFDP ohne, im DZ mit Erneuerung der Ausleihe)
Ausleihe	82 000	61 900	

Verschiedene Zusammenarbeitsprojekte haben die Publikation neuer Lehrmittel erlaubt:

> Die modernen Kunstwerke von etwa 20 Gemeinden des deutschsprachigen Kantonsteils werden nunmehr auf einer Internetseite präsentiert, die auf dem pädagogischen Internetportal des Kantons Freiburg (Friportal) unter dem Titel «Neuere Kunst in Deutschfreiburg entdecken und erleben» zugänglich ist.

> Mit der Unterstützung des Vereins Soroptimist wurde auf Friportal eine Internetseite aufgeschaltet, welche die Lehrpersonen sowie die Schülerinnen und Schüler anregt, die Welt von Landart zu erforschen. Dazu können sie die Werke und Vorgehensweisen von Künstlern entdecken, die Natur beobachten und mit ihr spielen und selber Kunstwerke schaffen und ausstellen.

> Ein dem Freiburger Künstler Bruno Baeriswyl gewidmeter neuer Koffer erlaubt es den Schülerinnen und Schülern, drei Techniken des Künstlers zu erproben und sein Werk zu entdecken.

> Das Hauswirtschafts-Lehrmittel «Hauswärts» wurde unter der Leitung der HEP-PH Freiburg ins Französische übersetzt und vom Schulverlag plus AG unter dem Titel «Croqu’Maison» herausgegeben.

> Ein vom Multimedia-Atelier produzierter Film analysiert und beleuchtet die Besonderheiten des gemeinsamen Unterrichts zwischen einer Klassenlehrperson und der Lehrperson für den Heilpädagogischen Stützunterricht.

Deutsch- und französischsprachige Weiterbildungsstelle

Ende 2010 wurden die deutschsprachige Weiterbildungsstelle «WeiLe» und die französischsprachige «FoCo» zur neuen Abteilung «Weiterbildung - Formation continue» fusioniert. Das Jahr 2011 stand im Zeichen der administrativen Neuorganisation.

Die administrativen Abläufe wurden im Rahmen der ISO-Zertifizierung analysiert und soweit erforderlich angepasst. Parallel

2011

dazu konnte ein professionelles Informatiksystem implementiert werden. Diese Massnahmen brachten eine spürbare Effizienz- und Qualitätssteigerung der administrativen Dienstleistungen.

Um die Weiterentwicklung des Weiterbildungsangebots auf inhaltlich-konzeptueller Ebene zu unterstützen, konnte das Weiterbildungs-Team durch französischsprachige Dozierende der PH-HEP FR verstärkt werden.

Wegweisend für die bereits realisierten und zukünftigen Entwicklungen sind die Richtlinien der EKSD vom 18. Oktober 2009 über die Weiterbildung, welche eine kohärente, qualitativ gute Weiterbildung für die Lehrpersonen und Schulleitenden der Primarstufe sowie der Sekundarstufen I und II anstreben. Diese Richtlinien beziehen sich auf alle Weiterbildungsmaßnahmen, die in Form von Leistungsaufträgen durch die EKSD an die PH erteilt werden.

Im Berichtsjahr wurden 1500 Einschreibungen für 273 freiwillige Angebote registriert. Dies sind deutlich weniger als im Vorjahr (2526). Ursachen für diesen Rückgang sind einerseits die umfangreichen Umstrukturierungen innerhalb der Abteilung (Neuorganisation mit Implementierung eines neuen Informatiksystems und hiermit Änderungen bei der statistischen Erhebung) und andererseits diverse kantonale Reformen.

Ein direkter Vergleich der Zahlen erlaubt daher nur bedingt eine Aussage über die Weiterbildungsaktivitäten der Lehrpersonen und ist im Zusammenhang mit den neuen Rahmenbedingungen zu sehen. So sind viele Lehrpersonen von den umfangreichen obligatorischen Weiterbildungen (PER, Lehrmitteleinführung, Passepartout-Sprachen) betroffen. Ebenfalls ist parallel zur Abnahme der Kurse «à la carte» (32) eine Zunahme der schulinternen Weiterbildungen (32) (SchILw) zu beobachten.

Forschungsstellen Deutsch und Französisch

Die französischsprachige Dienststelle konnte ein bedeutendes, vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Projekt starten. Dieses Projekt umfasst zwei Teile: Der erste Teil beabsichtigt, die Entwicklung der Integration der IKT zu messen, und der zweite Teil versucht die Modalitäten einer effizienten Ausbildung zur Benutzung von IKT zu bestimmen. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle fri-tic und der Pädagogischen Hochschule BEJUNE beschäftigen sich die Mitarbeitenden der Forschungsstelle gegenwärtig mit der Datenerhebung (nahezu 1000 Lehrpersonen und ca. 100 Klassen werden befragt).

Zudem engagiert sich der Dienststellenleiter auf dem Gebiet der Musikausbildung und hat ein Forschungsprojekt über die Benutzung von Smartphones in der Instrumentalausbildung der Studierenden der PH Freiburg initiiert. Diese Studie wird

im kommenden Jahr 2012 weitergeführt und im Herbst 2012 in Kanada vorgestellt.

Im Bereich der Evaluation hat die Dienststelle einen wissenschaftlichen Bericht über die Einführung der neuen Lehrmittel im Bereich Schriftspracherwerb in Kindergarten und Primarschule veröffentlicht. Mit dieser Publikation endet ein im Jahr 2008 lanciertes Projekt, das teilweise von der EKSD finanziell unterstützt worden ist. Ferner wurde dem Dienststellenleiter die Organisation des Jahreskongresses der ADMEE Internationale (Association pour le développement des méthodologies d'évaluation en éducation) in Freiburg im Jahr 2012 anvertraut.

Der Verantwortliche der französischen Abteilung ist Mitglied des Verwaltungsrats der ADMEE-Europe und sitzt zudem in verschiedenen wissenschaftlichen Räten, z.B. den JFREM (Journées francophones de recherche en éducation musicale). Er beteiligt sich an Koordinationsgruppen oder Kommissionen auf nationaler und internationaler Ebene. Er ist zudem Chefredaktor der Zeitschrift *Formation et pratiques d'enseignement en questions* und präsidiert die *Association Suisse romande de recherche en éducation musicale* (ASRREM).

Auf deutschsprachiger Seite konzentrierten sich die laufenden Arbeiten vor allem auf drei bedeutende wissenschaftliche Forschungsprojekte. Abgeschlossen wurde das Projekt «Lesen in Familie und Schule», das vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert worden ist. Die dabei behandelten Daten wurden für weitere Analysen genutzt. So wurde aus den vorhandenen Daten für den Kanton zusätzlich eine Analyse der Leseleistungen der Kinder in den vierten Klassen erstellt.

Ein weiteres Projekt wurde zum wechselseitigen Lernen im Mathematikunterricht durchgeführt. Beteiligt waren 15 Projekt- und 15 Kontrollklassen. Hierzu wurde auch eine Weiterbildung für die Lehrpersonen angeboten.

Ein drittes Projekt wird zum Praxismentoring an der Pädagogischen Hochschule durchgeführt. Dabei wurden anspruchsvolle Kompetenzen der Inneren Differenzierung durch eine spezielle Betreuung der Studierenden und durch Weiterbildung mit den Praxislehrpersonen gefördert. Gegenwärtig werden die Projektdaten analysiert.

Der Leiter wirkt zudem in einer aus sechs Personen bestehenden internationalen Projektgruppe mit, die ein Projekt zur Praxisausbildung im Lehramtsstudium in Deutschland, Österreich und der Schweiz plant. Die Schweiz wird die Leitung dieses geplanten Projektes übernehmen. Der Leiter der deutschsprachigen Abteilung vertritt die Pädagogische Hochschule in der Forschungskommission der COHEP (die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen). Ferner ist er Mitherausgeber und Redaktor der Zeitschrift

2011

«Beiträge zur Lehrerbildung», einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, die von der Schweiz. Gesellschaft für Lehrerbildung herausgegeben wird.

2.1.3 Fachstelle fri-tic

Im Schuljahr 2010/11 absolvierten etwa 60 Heilpädagoginnen und Heilpädagogen eine Ausbildung in der Nutzung der Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien und erarbeiteten ein pädagogisches Szenario, um ihre erworbenen Kompetenzen unter Beweis zu stellen. Die Datenbank ist unter www.fri-tic.ch abrufbar und zählt mittlerweile gegen 3050 pädagogische Szenarien.

Im Auftrag der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport wurde die Implementierung des neuen Westschweizer Lehrplans (PER: Plan d'études romand) für die im Schuljahr 2011/12 betroffenen Stufen realisiert. Es wurde ein Unterstützungsangebot PERMITIC eingerichtet und den Lehrpersonen in Form einer Website zur Verfügung gestellt, um die Einführung dieser Neuerungen zu erleichtern. Die Fachstelle fri-tic erstellte eine Softwareliste für die Arbeit mit Medien und ICT in den Klassen und erwarb bei Bedarf kantonale Lizenzen. Ebenso wurden Empfehlungen zur Ausrüstung (Computer, Netzwerke, interaktive Wandtafeln usw.) an die Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt, um die grosse qualitative und quantitative Heterogenität in den obligatorischen Schulen zu verringern. In den Räumlichkeiten der PH wurde ein Ausstellungs- und Ausbildungsraum für interaktive Technologien Freiburg eingerichtet.

Das kantonale Internetportal für pädagogische Lehr- und Lernressourcen «Friportal», das von der Fachstelle fri-tic und den Dokumentationszentren gesteuert wird, setzt seine Entwicklung fort. Mittlerweile sind etwa 300 digitale Ressourcen auf Deutsch und auf Französisch katalogisiert, zudem wurde der Zugriff auf Enzyklopädien ermöglicht. Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit referenziert Friportal die digitalen Ressourcen aller Westschweizer Kantone und macht sie über die Plattform des französischsprachigen Lehrplans (PER) zugänglich.

Die Fachstelle fri-tic entwickelte im Auftrag der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport die Austauschplattform «Eclass» für Schulaustauschprojekte des Kantons Freiburg und ein neues und kostenloses Werkzeug für das Erstellen von Websites für die Schulen. Etwa 25 Schulen profitieren bereits von diesem Angebot. Die Fachstelle beteiligte sich in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der EKSD an der Präventionskampagne über die Gefahren und Risiken der Internetnutzung. Seit 2003 verwaltet und garantiert die Fachstelle auch das kantonale pädagogische Netz (SAI), das von der Swisscom gesponsert wird und etwa 240 Schulgebäude umfasst.

2.2 Besondere Ereignisse

Die HEP-PH FR erhielt im Juni die ISO-Zertifizierung (ISO 9001:2008).

Überlegungen hinsichtlich der Einrichtung eines neuen Grundbildungslehrplans für die Vorschul- und die Primarstufe führten zur Bildung eines akademischen Rates, der sich aus der Rektorin, den Abteilungsleitern und PH-Dozenten zusammensetzt. Dieser akademische Rat hat insbesondere die Aufgabe, diesen neuen Lehrplan, der gegenwärtig im engen Kreis, d.h. gemeinsam mit den direkten Partnern der HEP-PH FR, geprüft wird, fertigzustellen und anschliessend umzusetzen.

Auf kantonaler und überkantonaler Ebene beteiligt sich die HEP-PH FR aktiv an den COHEP-Arbeitsgruppen und der COHEP-Kommission. Die Rektorin ist Vorstandsmitglied der COHEP und vertritt die Pädagogischen Hochschulen darüber hinaus im Leitungsausschuss der drei Rektorenkonferenzen (la-rkh.ch) und im Stiftungsrat des SNF.

VIII. Hochschule für Gesundheit Freiburg

1. Aufgaben

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS-FR) hat den Auftrag, in einem zweisprachigen Umfeld eine Ausbildung anzubieten und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die in der Praxis und in der Forschung verankert sind und sich in den Dienst einer qualitativ hochstehenden Pflege stellen. Die HEdS-FR ist auch in den Bereichen angewandte Forschung, Weiterbildung und Dienstleistungen in verschiedenen Fachgebieten tätig.

Das erste Jahr mit dem neuen Direktionsteam war geprägt von bedeutenden Vorbereitungsarbeiten in Zusammenhang mit dem Entscheid der FH Westschweiz, das Vorbereitungsjahr ab Schuljahresbeginn 2011 aufzuheben. Dieser Entscheid brachte eine merkbliche Zunahme der Studierendenzahl. Viel Arbeit bedeutete auch die Anpassung des RLP (Rahmenlehrplan) in Pflege, der auf Schuljahresbeginn 2012 in Kraft treten wird.

Direktorin: Susanna Weyermann-Etter

—
2011

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Direktionsrat

Der Direktionsrat unter dem Präsidium der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hielt drei Sitzungen ab. Dabei prüfte er die Rechnung und den Geschäftsbericht 2010 sowie den Voranschlag 2012 sowie die Anstellungen und nahm Kenntnis von Personalrücktritten. Weiter nahm er Einblick in geplante Projekte mit den Partnern der HEdS-FR und in das Bauprojekt HEF-TS – HEdS-FR auf dem Gelände des ehemaligen Zeughauses in Freiburg. Auch informierte er sich über den Stand der Gesetzgebungsarbeit auf der Stufe HES-SO und HES-SO//FR sowie über die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bachelor of Science HES-SO, dem Master in Pflegewissenschaften, der Fachmatura Gesundheit (FM-Gesundheit) und den Zusatzmodulen (ZM). Er hielt sich über alle Projekte auf Landesebene und in der Westschweiz zu den FH-Studiengängen auf dem Laufenden.

2.1.2 Ausbildungsgänge

Am 31. Dezember 2011 zählte die HEdS-FR 433 Personen in Ausbildung (2010: 332), davon 260 im Bachelor HES-SO in Pflege, 127 in der Fachmaturität Gesundheit und 46 in den Zusatzmodulen.

Im Laufe dieses Jahres wurden 570 Praxisausbildungsperioden organisiert (17 750 Tage), verteilt auf 70 Pflegeinstitutionen, 22 von ihnen ausserhalb des Kantons, was einer Zunahme von rund 14 % gegenüber 2010 entspricht.

An der Diplomverleihung vom 1. Dezember erhielten 61 neue Pflegefachpersonen den Bachelor of Science HES-SO in Pflege (46 französischsprachige, 10 deutschsprachige und 5 zweisprachige), 18 Gesundheits-Fachpersonen ein Zertifikat CAS in Psychogeriatric (11 französischsprachige und 7 deutschsprachige) und 13 weitere ein Zertifikat CAS HES-SO «in Pflegequalität und Beratung».

2.1.3 Grundausbildung

Gemäss Beschluss der FH Westschweiz wird das Vorbereitungs-jahr für Studienanwärter/-innen mit Fachmittelschulabschluss durch die Fachmaturität Gesundheit (FM-Gesundheit) und für Inhaber einer gymnasialen Maturität durch die Zusatzmodule (ZM) ersetzt. Die Zunahme der Anzahl Einschreibungen erklärt sich dadurch, dass die Studierenden die FM-Gesundheit in ihrem Wohnkanton absolvieren, unabhängig vom gewählten Studiengang des Gesundheitsbereichs. Der Erfolg der berufsbefähigenden Ausbildung im Bereich Gesundheit bringt eine verstärkte Nachfrage nach Praktikumsplätzen mit sich (+ 87 % ge-

genüber dem Vorjahr). Auf Einladung der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport und der Direktorin für Gesundheit und Soziales wurde am 27. Juni ein Treffen mit den freiburgischen Institutionen des Gesundheitswesens organisiert; dabei wurde speziell auf die beträchtliche Zunahme der Studierendenzahl und der dadurch benötigten Praktikumsplätze hingewiesen.

2.1.4 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg bietet unter anderem von der FH Westschweiz anerkannte Diplom- und Zertifikatslehrgänge (DAS und CAS) für diplomierte Berufspersonen der Bereiche Gesundheit und Soziale Arbeit sowie kurze Weiterbildungen auf verschiedenen Stufen an.

Um auf die Wünsche der Pflegefachpersonen besser eingehen und die Zusammenarbeit mit den Institutionen des Gesundheitswesens fortsetzen zu können, wurde das Weiterbildungsangebot weiterentwickelt, wodurch das Angebot für 2012 entsprechend erweitert wird:

- › CAS HES-SO in Kardiologie, Partnerschaft mit dem HFR, dem CHUV und den HUG (auf F);
- › CAS HES-SO in Symptommanagement, Partnerschaft mit dem HFR, dem CHUV, mit dem «Etablissement Hospitalier de la Côte» in Morges und der «Haute Ecole de la Santé La Source» in Lausanne (auf F);
- › CAS HES-SO in Klinischem Assessment, Partnerschaft mit der «Haute Ecole de la Santé La Source» in Lausanne und dem CHUV (auf F);
- › CAS HES-SO in Diabetespflege, Partnerschaft mit den Berufsorganisationen, dem Inselspital Bern und der Berner Fachhochschule;
- › CAS HES-SO in Diabetesberatung, Partnerschaft mit den Berufsorganisationen, dem Inselspital Bern und der Berner Fachhochschule.

Die HEdS-FR hat ausserdem ihre Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule (BFH) fortgesetzt, um ein gemeinsames Weiterbildungsangebot in deutscher Sprache auszuarbeiten. Das Angebot der HEdS-FR findet man bereits im Katalog der BFH.

2.1.5 Dienstleistungen

Von Institutionen des Pflegebereichs und von Organisationen, die im Gesundheits- und Sozialwesen tätig sind, erhielt die HEdS-FR zahlreiche Dienstleistungsaufträge. Überdies wurden Dienstleistungen für berufliche und universitäre Bildungsinstitutionen sowie für andere Fachhochschulen erbracht.

—
2011

Die HEdS-FR hat auf Anfrage Dienstleistungen in folgenden Bereichen erbracht:

- › auf die Bedürfnisse von Einrichtungen zugeschnittene Weiterbildungstage in situ;
- › Praxisanalysen und Aneignung neuer Kompetenzen bei Fachpersonen in verschiedenen Gesundheitsbereichen;
- › methodologische Begleitung von Projekten und neuen Aufgaben oder der Einführung von Instrumenten oder innovativen Modellen für die Pflegetätigkeit in einer Institution oder in einem Gesundheitsdienst;
- › Stellungnahmen und Expertisen auf Anfrage von Institutionen;
- › Einzel- oder Team-Supervision;
- › Portfolio-Kompetenzbilanzen;
- › Unterricht in anderen Bildungsinstitutionen: Fachhochschulen der Deutschschweiz und Standorte der FH Westschweiz, Universitäten Freiburg und Lausanne, Bildungszentrum des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner in Zürich, Berufsschulen und Verbände.

Die HEdS-FR erfüllt daneben auch spezifische Aufträge, die ihr von der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) erteilt werden: Vertretung in der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) in der Fachkonferenz Gesundheit (FKG), Ansprechstelle für die Einrichtung und die Durchführung des Masters in Pflegewissenschaften, Verantwortung für den Studiengang Pflege in der Westschweiz.

2.1.6 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

An sieben Forschungsprojekten in den oben erwähnten Bereichen wurde gearbeitet. Acht weitere Projekte sind in Vorbereitung. Die HEdS-FR forscht unter anderem auf dem Gebiet der Koordination zwischen den Pflegefachpersonen und den übrigen Fachpersonen in den Spitälern sowie im Bereich der Eingliederung der neuen Pflegefachpersonen mit Bachelor in die Spitäler. Diese Studien wurden vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) finanziert (Programm DORE). Die HEdS-FR hat im Auftrag des Nationalen Vereins für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) an der ersten nationalen Prävalenzmessung Sturz und Dekubitus mitgearbeitet. Sie war auch beteiligt an der Obsan-Studie «Migration des Gesundheitspersonals in der Schweiz auf der Stufe Pflegeassistentinnen und -assistenten und brain waste». Ausserdem wurden verschiedene Projekte zum Thema

Verbesserung der Betreuung von Krebs- und HIV-Patientinnen und -Patienten realisiert (z.T. im Rahmen von Masterarbeiten).

Insgesamt publizierten Dozierende, Fachdozierende und Studierende der HEdS-FR 13 Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften und in Zeitschriften für Gesundheits-Fachpersonen oder für Patientinnen und Patienten.

Zudem wurden an verschiedenen nationalen und internationalen Kongressen 14 wissenschaftliche Beiträge präsentiert. Die Tendenz, die Praxis auf wissenschaftliche Erkenntnisse aufzubauen, soll gefördert und vertieft werden. Dazu wurde im Rahmen der Partnerschaft Hochschule – Praxis zwischen der HEdS-FR und dem HFR das erste Projekt «Fokus Dekubitus» initiiert.

2.1.7 Internationale Beziehungen

Die HEdS-FR ist auf internationaler Ebene eine anerkannte Akteurin in der Ausbildung im Pflegebereich. Da der bisherige Verantwortliche für internationale Beziehungen eine neue Funktion übernommen hat, wurde eine neue Person ernannt.

Der internationale Austausch für die Studierenden entwickelt sich weiter; die HEdS-FR hat mit der Universität Nottingham (GB) und der Evangelischen Fachhochschule Berlin (D) Verträge abgeschlossen, die drei Studierenden ein Studium an diesen Hochschulen ermöglicht haben. Die HEdS-FR empfing drei Studierende der Universität Québec in Chicoutimi (CA), während 14 Studierende ein achtwöchiges Praktikum im Ausland absolvierten.

2.1.8 Zusammenarbeit mit der FH Westschweiz

Die Direktorin nahm an den Sitzungen der Bereichsräte Gesundheit sowie Gesundheit-Soziales der FH Westschweiz teil. Sie und weitere Direktionsmitglieder, namentlich der Dekan für Ausbildung, beteiligten sich an den verschiedenen Arbeiten zur Entwicklung des Bachelors in Pflege und des Masters in Pflegewissenschaften sowie an den Arbeiten im Zusammenhang mit der Fachmaturität Gesundheit (FM-Gesundheit) und den Zusatzmodulen (ZM).

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Strategie und Ziele

Das neue Direktionsteam legte in einer ersten Phase seine Vision und für jede Mission eine Strategie fest, die anschliessend von der gesamten Schule genehmigt wurden.

2011

2.2.2 Veranstaltungen und Informationsarbeit

Die Information der Öffentlichkeit, der Studienanwärterinnen und -anwärter, der Partner der Schule und die interne Kommunikation erfolgten über die Website der HEdS-FR sowie durch Informationsveranstaltungen und durch die Teilnahme an verschiedenen Anlässen:

- › gemeinsamer Stand der Freiburger Hochschulen auf Fachhochschulstufe am Forum der Berufe «Start» vom 8. bis 13. Februar;
- › gemeinsamer Stand der Hochschulen für Gesundheit der Westschweiz am jährlichen Kongress des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK);
- › Beteiligung am Projekt der FH Westschweiz am Paléo;
- › Teilnahme am 4. Nationalen Spitaltag im HFR;
- › Betreuung von rund 15 Knaben am Nationalen Zukunftstag.

Am 26. und 27. Januar wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen Arbeitgebern die traditionelle Ausstellung mit dem Titel «Der Ausbildungsmarkt» organisiert, um die Studierenden der Hochschule mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen.

Am 6. Mai empfing die HEdS-FR Altbundesrat Joseph Deiss, Präsident der UNO-Generalversammlung, zu einem Treffen mit den Studierenden der Freiburger FH.

Am 11. Oktober organisierte die Alumni-Vereinigung der HEdS-FR für das diplomierte Pflegepersonal der Schule einen Vortragsabend zum Thema Schmerz.

Am 21. November organisierte die HEdS-FR gemeinsam mit dem «Institut Universitaire de Formation et de Recherche en Soins» (IUFRS) in Lausanne ein Forschungsforum, an dem die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie über die Entwicklung, die Implantierung und die Evaluierung einer Spital Einheit vorgestellt wurden, die auf dem Konzept «nurse-led» für Patientinnen und Patienten mit hohem bio-psycho-sozialem und tiefem medizinischem Risiko beruht.

Die Verleihung der Bachelors of Science HES-SO in Pflege und der Certificates of Advanced Studies HES-SO (CAS) sowie die Jahresversammlung der Alumni-Vereinigung der HEdS-FR standen am 1. Dezember auf dem Programm.

2.2.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Am 16. November nahm der Staatsrat Kenntnis vom kantonalen Pandemie-Einsatzplan, an dem sich die HEdS-FR mit ihrer Kontaktperson Gesundheit-Sicherheit vor allem von 2009 bis 2011 beteiligt hatte. Dieser Plan wird demnächst Gegenstand einer offiziellen Mitteilung des Staatsrats sein.

Der Dienst für psychologische und soziale Beratung für die Studierenden und das Personal der vier Freiburger Hochschulen auf FH-Stufe setzte seine Tätigkeit fort: 2011 wurden 83 Personen psychologisch unterstützt, was für die zuständige Person einen Aufwand von 700 Stunden bedeutete.

IX. Fachhochschule Freiburg für soziale Arbeit (FHF-SA)

1. Aufgaben

Die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) hat die Aufgabe, im Bereich der Sozialen Arbeit eine berufliche Grundausbildung auf Hochschulstufe anzubieten. Diese beruht auf dem Grundsatz der dualen Ausbildung sowie der Entwicklung und Förderung der beruflichen Kompetenzen. Die FHF-SA bietet somit Bachelor- und Masterstudiengänge an, die den Anforderungen des Fachhochschulgesetzes und der dazugehörigen Bundesverordnungen sowie den europäischen Richtlinien der Bologna-Erklärung entsprechen. Wie es ihrem gesetzlichen Auftrag entspricht, ist die FHF-SA ferner auch in der Weiterbildung und Nachdiplomausbildung und in der angewandten Forschung tätig, erbringt Dienstleistungen und pflegt internationale Kontakte. Bis 31. August 2011 wurde die Fachhochschule von Dimitri Sudan geleitet. Im September 2011 übernahm Jean-Louis Korpès ad interim die Leitung.

Direktor: Jean-Christophe Bourquin (ab 1. Oktober 2011)

Im Jahr 2011 erstellte die FHF-SA einen Strategieplan für die Jahre 2011 bis 2014. Darin soll die doppelte Zielsetzung der Fachhochschule bekräftigt werden: Verankerung in der beruflichen Praxis und Erweiterung der Kompetenzen durch Forschungsarbeit. Dazu werden fünf Schwerpunkte festgelegt: Erreichtes konsolidieren und das Bildungspotenzial im Bereich der Sozialen Arbeit besser ausschöpfen; die Besonderheiten des Freiburger Standorts nutzen, durch Forschung neue Erkenntnisse gewinnen und den Wissenstransfer fördern; das Engagement in den internationalen Netzwerken verstärken; für ein gutes Kli-

 2011

ma an der Fachhochschule sorgen. Diese Schwerpunkte werden in Form von Zielen für die gesamte Fachhochschule und für die einzelnen Abteilungen ausgearbeitet sowie mit konkreten Massnahmen ausgeführt. Der Direktionsrat der Fachhochschule hat diese Massnahmen Ende 2011 verabschiedet. Sie sollen in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Grundausbildung

Die FHF-SA bietet ein Bachelorstudium in Sozialer Arbeit mit Vertiefung in Sozialarbeit und Sozialpädagogik an. Die Vertiefung in soziokultureller Animation wird in Freiburg vorläufig nicht angeboten. Die FHF-SA beteiligt sich zudem an der Entwicklung des Master-Angebots, das vom Bereich Soziale Arbeit der FH Westschweiz erarbeitet wurde. Im Herbst begannen 28 Studierende mit dem Masterstudiengang.

Am 15. Oktober studierten an der Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengenommen, insgesamt 484 Personen, davon 363 Frauen (75 %) und 121 Männer (25 %). 324 Studierende absolvieren ein Vollzeitstudium (66,94 %), 148 ein berufs begleitendes Studium (30,58 %) und 12 ein Teilzeitstudium (2,48 %).

Im akademischen Jahr wurden 160 neue Bewerbungsdossiers von Studienanwärterinnen und -anwärtern eingereicht. Zu Studienbeginn 2011 konnten 101 Studierende neu in die Ausbildung aufgenommen werden. Dies ist deutlich mehr als in den früheren Jahren. Damit ist die maximale Aufnahmekapazität der Fachhochschule erreicht, gemessen an den Plätzen in den praktischen Ausbildungsmodulen, der Anzahl Dozierender und der Grösse der derzeit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten.

An der Diplomfeier vom 15. Juni wurden 32 Bachelor- und FH-Diplome übergeben.

2.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Die Tätigkeiten im weiteren Aufgabenbereich der Fachhochschule wurden entsprechend den seit mehreren Jahren geltenden Werten und Leitlinien der FHF-SA weitergeführt. Sie betrafen Schwerpunktthemen wie die Probleme und Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Praxis im Berufsfeld Gesundheit und Soziales, mit Behinderungen sowie behinderten Personen, mit der sozialen und beruflichen Eingliederung, mit der Förderung der Lebensqualität und der Prävention von Gewalt und selbstzerstörerischem Verhalten stellen. Diese Aufgaben machen rund 20 % der gesamten Tätigkeit der FHF-SA aus.

2.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hielt fünf Sitzungen ab. Er genehmigte die Jahresrechnung 2011, wurde über die Entwicklung des Voranschlags 2011 informiert, prüfte den Voranschlag 2012 und genehmigte den Strategieplan 2011-2014. Zudem sah er verschiedene Rechtserlasse ein. Weiter nahm er Kenntnis von der Nichterneuerung von Mandaten im Direktionsrat sowie vom Rücktritt von Dimitri Sudan als Direktor der Fachhochschule und äusserte sich zur Anstellung von Jean-Christophe Bourquin als neuem Direktor.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Chancengleichheit von Frauen und Männern

Die FHF-SA beteiligte sich an den Aktionen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Tagung *Work in progress* bot Gelegenheit, die jüngsten Arbeiten der HES-SO auf dem Gebiet der Geschlechterforschung kennenzulernen. Ausserdem beteiligte sich die Fachhochschule am nationalen Zukunftstag. So konnten Knaben im 2. OS-Jahr den Beruf des Sozialarbeiters und seine verschiedenen Facetten entdecken. Im zweiten Teil des Tages folgte ein Besuch der Stiftung Les Buissonnets.

2.2.2 Vorbereitungen für den Master in Sozialer Arbeit

Die FHF-SA beteiligte sich an den Vorbereitungen für die Einführung und Akkreditierung des Masters in Sozialer Arbeit.

2.2.3 Zusammenarbeit mit dem Institut régional du travail social (IRTS) in der Franche-Comté

Die FHF-SA hat eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Institut régional du travail social (IRTS) in der Region Franche-Comté unterzeichnet. Gestützt auf diese Vereinbarung soll eine wissenschaftliche, technische und pädagogische Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit und der Entwicklung aufgebaut werden. Mit dieser Zusammenarbeit werden folgende Ziele verfolgt: Den Austausch von wissenschaftlichen Lehrbeauftragten sowie Ausbilderinnen und Ausbildnern für Mandate in der Lehre, Forschung sowie Weiterbildung von kurzer oder längerer Dauer verstärken; gemeinsam durchgeführte Forschungsprojekte sowie gemeinsam organisierte wissenschaftliche und technische Veranstaltungen fördern. Als erste konkrete Ergebnisse dieser Zusammenarbeit fanden im Mai in Belfort und im November in Freiburg zwei Fachtagungen zum Thema «Behinderung und Alter» statt.

—
2011

2.2.4 Teilnahme an «START! – Forum der Berufe»

Die Fachhochschule war auch am Forum der Berufe präsent, das einen grossen Besucherandrang verzeichnete. Bei dieser Ausgabe wurden auch die Studierenden der Fachhochschule einbezogen, um die jungen Freiburgerinnen und Freiburger, die sich über ihre berufliche Zukunft orientieren wollten, anzusprechen.

2.2.5 UNO-Jahr: Besuch von Joseph Deiss am Freiburger Standort der HES-SO

Am 6. Mai erhielten die Studierenden der vier Schulen der Westschweizer Fachhochschule in Freiburg Gelegenheit, Joseph Deiss, den Präsidenten der 65. Generalversammlung der UNO, zu treffen und ihm Fragen zu stellen.

2.2.6 Abgabe der Weiterbildungsausweise «Intervention dans le cadre des accueils extrascolaires AES IV 2009–2011» an der OS Jolimont in Freiburg

Am 25. Mai erhielten 23 Personen, die an der FHF-SA diese Weiterbildung absolviert hatten, ihre Weiterbildungsausweise. Vor der offiziellen Feier wurde für alle Kinder der ausserschulischen Betreuungseinrichtungen im Kanton ein Schauspiel dargeboten. 224 Personen nahmen an dieser Veranstaltung teil, darunter etwa 100 Kinder.

X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung

1. Aufgaben

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung hilft Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl oder bei der Planung einer beruflichen Laufbahn. Es informiert sie über die bestehenden Möglichkeiten, berät sie in ihrer Wahl und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung oder Eingliederung. Zudem begleitet es die erste Berufswahl in einem erzieherischen, kontinuierlichen Prozess.

Amtsvorsteher: Marc Chassot

2. Berufsberatung

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Berufswahlvorbereitung

Die Berufswahlvorbereitung erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 1966 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird jeweils der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schülerinnen und Schüler der zweiten OS-Klassen abgegeben. Er dient den Fachpersonen als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

2.1.2 Schul- und Berufsinformation

Zur Information über Berufe und Bildungsgänge werden folgende Hilfsmittel eingesetzt:

- > schriftliche Informationsunterlagen (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- > mündliche Informationen (Vorträge über Berufe und Schulen);
- > audiovisuelles Material (CD-Rom, DVD);
- > kantonale und nationale Internetseiten zur Berufsberatung (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);
- > Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden);
- > Schnupperlehren.

12 932 (13 587) Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse einer Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt jeweils eine Liste offener Lehrstellen. 2011 umfasste diese Liste 1570 (1639) Lehrstellen. Dank einem elektronischen Informationssystem können die Lehrstellen das ganze Jahr laufend gemeldet werden. Dies erlaubt eine bessere Information über das Angebot.

Daneben führte das Amt im Frühjahr und Sommer 2011 bei den Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen sowie telefonische Nachbefragungen durch, um die Lehrstellenliste im Internet nachzuführen.

2011

Für die Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Orientierungsschulen und ihre Eltern wurde eine Neuauflage der Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» herausgegeben. Parallel dazu wurde auch eine deutschsprachige Broschüre «Schulzeit-Berufswelt» angeboten.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum für Berufsbildung sowie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung arbeitete der Dokumentationsdienst an der Gestaltung oder Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen mit: Für den Kanton Freiburg wurden 103 (104) UNI-INFO-Blätter, 50 (52) ECOL'INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 55 (50) INFOP-Blätter über Berufe neu erstellt oder angepasst. 741 (846) Weiterbildungsangebote wurden in die Datenbank www.berufsberatung.ch aufgenommen.

2.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an. Im gesamten Kanton zählte man insgesamt 26 842 (27 749) Besucherinnen und Besucher, von denen sich 12 508 (10 380) in einem persönlichen Gespräch informierten.

2.1.4 Internetportal der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung führt ein Internetportal, das unter anderem ein Verzeichnis der Berufsinformationsstellen und der angebotenen Dienstleistungen umfasst. Dieses Portal informiert über die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge und ermöglicht den Zugang zum nationalen Portal, auf dem alle verfügbaren Lehrstellen verzeichnet sind.

2.1.5 Einzelberatung

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Zu den Zahlen dieses Jahres lässt sich Folgendes festhalten:

- > Die Zahl der behandelten Fälle blieb praktisch unverändert. Die Zahl der Gespräche verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 399, was einem Rückgang von 3,7 % entspricht.
- > Bei 1490 (1462) oder 25,7 % der Beratungen wurden gleichzeitig auch Tests durchgeführt.
- > Die erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen mit 1472 (1316) Personen 25,3 % der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden	2011			2010
	M.	F.	Total	Total
Anzahl beratene Personen	2383	3425	5808	5907
Anzahl Beratungsgespräche	4386	6025	10 411	10 810
Alter der Ratsuchenden				
bis 19-jährig	1855	2481	4336	4474
20-jährig und älter	528	944	1472	1433

2.1.6 Erwachsenenberatung

162 (131) registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, und zwar vor allem im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt.

2.1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2011 beendeten 3688 (3485) Schüler/-innen die Orientierungsschule; sie haben sich für folgende Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2011			2010
	M.	F.	Total	Total
Lehre, Grundausbildung	58,8	29,3	44,2	43,0
Schulen der Sekundarstufe II	25,1	44,1	34,5	37,1
Andere Schulen	2,3	2,5	2,4	1,9
Erwerbsarbeit	0,1	0,0	0,1	0,3
Partnersprachliches zehntes Schuljahr	3,8	5,3	4,5	4,4
Übergangslösung oder unbekannte Lösung	3,5	12,8	8,1	7,6
Vorbereitungs- oder Integrationskurse	6,4	6,0	6,2	5,7

Der Anteil der Jugendlichen, die sich für eine Lehre entschieden, betrug 44,2 % (43,0), das sind 1632 (1500) Personen. Die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule eine Lehre begannen, stieg gesamthaft um 1,2 %, wobei bei den Knaben eine Zunahme um 3,3 %, bei den Mädchen hingegen eine Abnahme von 1,2 % zu verzeichnen ist. Diese Zunahme lässt sich dadurch erklären, dass die Berufsbildung attraktiver geworden ist und das Angebot der über die Berufslehre führenden Bildungswege (duale Berufsausbildungen) ausgeweitet wurde.

Das gestiegene Lehrstellenangebot bewog mehr Jugendliche dazu, nach der obligatorischen Schule eine Lehre zu beginnen. In einigen Sektoren wie im Bau- oder im Gastgewerbe ist die Zahl der Stellen ausreichend. Bei den Dienstleistungsberufen oder im Sektor Gesundheit und Soziales ist das Angebot an freien Lehrstellen hingegen geringer als die Zahl der Lehrstellensu-

2011

chenden. Jugendliche mit guten schulischen Leistungen finden in der Regel eine Lehrstelle; wer hingegen schulisch schwach ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, muss mit mehr Schwierigkeiten kämpfen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die Berufsberatung des Kantons Freiburg kümmert sich speziell um die Jugendlichen, denen der Einstieg ins Berufsleben besonders grosse Schwierigkeiten bereitet. Im Rahmen eines vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanzierten Projekts wurde ein Unterstützungsprogramm für Jugendliche in Schwierigkeiten eingeführt, das sogenannte «Case Management». Dieses besteht in Frühmassnahmen bei OS-Schülerinnen und OS-Schülern, die am Ende der obligatorischen Schulpflicht mit Eingliederungsschwierigkeiten konfrontiert sein könnten. Die betreffenden Jugendlichen erhalten bis zum Abschluss der Orientierungsschule eine intensivere Betreuung.

Bis Anfang September wurden zudem Jugendliche betreut, die bis dahin keine Lehrstelle gefunden hatten. Mit der Aktion «Last Minute» kann den ganzen Sommer eine Anlaufstelle betrieben werden.

120 Jugendliche nahmen diesen Dienst in Anspruch; insgesamt wurden im Rahmen dieser Aktion 150 Gespräche geführt.

Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung hat die vom Staatsrat vorgesehenen Massnahmen zur Optimierung der Übergangsphase am Ende der obligatorischen Schulzeit umgesetzt.

Dank einem Beitrag aus dem Plan zur Wiederankurbelung konnten die Ressourcen für die Beratung von Jugendlichen in Schwierigkeiten verstärkt werden.

3. Erwachsenenbildung

3.1 Tätigkeit

3.1.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hielt vier Sitzungen ab, an denen sie die Subventionsgesuche prüfte und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgab.

Weitere Tätigkeiten der Kommission:

› In Absprache mit dem Delegierten für die Integration der Migrantinnen und Migranten, der Koordinationsplattform für Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten in Freiburg

(COLAMIF) und dem Interprofessionellen Weiterbildungszentrum wurde ein neuer Weiterbildungskurs organisiert, der sich an Lehrpersonen für Französisch als Zweitsprache oder für Integrationskurse richtet.

› Im Rahmen des nationalen Projekts «GO – Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen» setzte die Kommission eine institutionsübergreifende Arbeitsgruppe ein, die eine Bestandesaufnahme zu dieser Thematik in unserem Kanton erarbeitet hat.

› Am 9. und 10. September ging das Lernfestival über die Bühne. Die Kommission unterstützte eine öffentliche Veranstaltung zur Förderung der Weiterbildung.

Ein Betrag von 25 400 (21 700) Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Subventionen verwendet.

3.1.2 Volkshochschule

Im Jahr 2010/11 besuchten 3586 (3545) Personen Kurse der Volkshochschule, insgesamt zählte man 51 165 (49 652) «Teilnehmerstunden». 599 (577) Kurse wurden angeboten und 424 (411) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, sowie die Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem anhand von quantitativen und qualitativen Indikatoren die zu erreichenden Ziele. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt, ferner werden pro «Teilnehmerstunde» 2.10 Franken ausgerichtet. Insgesamt beläuft sich der Beitrag des Staates auf 158 465.20 Franken. Da jedoch eine Bestimmung des Leistungsvertrags vorsieht, dass der Beitrag für die «Teilnehmerstunden» höchstens 102 000 Franken betragen darf, wird ein Betrag von 153 000 Franken überwiesen.

› Eigenmittel	
Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen	84,74 % (83,98 %)
› Subventionen	
Kanton	14,32 % (15,07 %)
Gemeinden	0,95 % (0,95 %)
Subventionen insgesamt	15,26 % (16,02 %)

2011

3.1.3 Verein Lesen und Schreiben

Gestützt auf einen Leistungsvertrag mit dem Verein Lesen und Schreiben wurde diesem ein Beitrag von 15 000 Franken für sein Engagement gegen den Illettrismus gewährt

3.1.4 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger Kantonsangehörige die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler. Der finanzielle Beitrag des Kantons Freiburg belief sich auf 16 000 Franken.

Die Bildungsgänge in deutscher Sprache werden in der interkantonalen Vereinbarung der Nordwestschweiz über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern geregelt (s. Abschnitt des Amtes für Ressourcen).

3.1.5 Validierung von Bildungsleistungen

Das Amt fungiert als Anlaufstelle für die Validierung von Bildungsleistungen. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung wurde für den Beruf Fachangestellte Gesundheit (FaGe) ein Qualifikationsverfahren gemäss der Validierung von Bildungsleistungen eingeführt. 74 Personen haben das Verfahren in die Wege geleitet, um ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis für diesen Beruf zu erhalten. 41 Personen, davon 25 aus anderen Kantonen, haben sich für ein ähnliches Verfahren für den Beruf der Logistikerin/des Logistikers angemeldet.

3.2 Besondere Ereignisse

3.2.1 Forum der Berufe

Vom 8. bis 13. Februar 2011 fand im Forum Freiburg das dritte Forum der Berufe statt. Sämtliche Schülerinnen und Schüler des 7. und 8. Schuljahres (1. und 2. OS), insgesamt an die 7200 Jugendliche, besuchten dieses Forum während der Unterrichtszeit und konnten dabei rund 200 Berufe und Ausbildungswege entdecken. Das Forum verzeichnete abends und während des Wochenendes gesamthaft fast 18 000 Besucherinnen und Besucher. Die Veranstaltung wurde vollständig zweisprachig organisiert.

3.2.2 Berufsinfo-Pass

In den Herbstferien konnten Schülerinnen und Schüler der 2. OS-Klassen Unternehmen besuchen oder eintägige Praktika absolvieren. 116 Unternehmen oder Bildungsinstitutionen boten 487 Besuche an und 604 Schülerinnen und Schüler meldeten sich für die angebotenen Aktivitäten an.

XI. Amt für Ausbildungsbeiträge

1. Aufgaben

Mit öffentlichen Ausbildungsbeiträgen in Form von Stipendien oder Studiendarlehen soll die Chancengleichheit im Bereich der Ausbildung gefördert werden. Das Amt für Ausbildungsbeiträge hat die Aufgabe, die für den Bereich der Ausbildungsbeiträge geltende Gesetzgebung umzusetzen. Darüber hinaus informiert das Amt das Zielpublikum sowie die Ausbildungsstätten über die vorhandenen Ausbildungsbeihilfen und die Voraussetzungen für die Gewährung von Unterstützungsbeiträgen. Das Amt ist zudem das ausführende Organ der Kommission für Ausbildungsbeiträge und besorgt deren Sekretariat.

Amtsvorsteher: Beat Schneuwly (bis 31.08.), Pierre Pillonel (ab 1.09.)

1. Tätigkeit

1.1 Ordentliche Tätigkeit

1.1.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu einer Plenarsitzung und sechs Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei behandelte sie 32 Einsprachen und 3 besondere Fälle.

Die Kommission genehmigte zudem, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2010/11 gemachten Erfahrungen, die internen Richtlinien des Amtes.

1.1.2 Kantonale Stipendien

Beim Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2009/10 zeigt sich, dass die Zahl der Gesuche erneut zugenommen hat.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/-innen	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungsquote
2009/10	3381	1879	1502	44,42 %
2010/11	3479	1809	1670	48,00 %

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2011 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

2011

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
Sekundarstufe II:		
Andere Mittelschulen	265	994 048
Vollzeitberufsschulen	266	1 078 286
Berufslehren und Anlehren	594	2 064 842
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	77	246 393
Tertiärstufe:		
Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung	55	366 102
Fachhochschulen	280	1 598 866
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	445	2 558 583
Total	2377	10 385 668

1.1.3 Studiendarlehen

Im Kalenderjahr wurden 62 (41) Gesuche geprüft; davon wurde 61 (38) stattgegeben. Insgesamt wurden Studiendarlehen im Umfang von 501 811 (403 800) Franken gewährt, während gemäss Budget 450 000 (450 000) Franken veranschlagt waren. Bei der Rückzahlung von Darlehen wurden 457 730 (472 880) Franken verbucht; im Voranschlag waren hierfür 400 000 (400 000) Franken vorgesehen.

1.1.4 Bundessubventionen

Der vom Bund bereitgestellte Kredit wird nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse auf die Kantone aufgeteilt. Freiburg wird voraussichtlich rund 853 000 Franken erhalten.

1.2 Besondere Ereignisse

1.2.1 START! Forum der Berufe

Das Amt für Ausbildungsbeiträge beteiligte sich am dritten Forum der Berufe, das vom 8. bis 13. Februar 2011 stattfand.

1.2.2 Änderung des Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen

Das Gesetz vom 18. Juni 2009 zum Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen trat am 1. August 2010 in Kraft. Im Anschluss daran nahm der Staatsrat eine Anpassung des Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen vor (Verordnung vom 17. Mai 2011). So gelten seit dem 1. September 2011 (Ausbildungsjahr 2011/12) neue Stipendien-Höchstbeträge: Für Personen in Ausbildung auf der Sekundarstufe II wurde der Höchstbetrag von bisher 11 000 Franken auf 12 000 Franken angehoben und für Personen in Ausbildung auf der Tertiärstufe von 14 500 auf 16 000 Franken. Um diesen Anpassungen

Rechnung zu tragen, ist der Voranschlag 2011 der kantonalen Stipendien gegenüber dem Vorjahr um 300 000 Franken erhöht worden und beläuft sich nun auf 11 200 000 Franken.

XII. Amt für Sport

1. Aufgaben

Die wichtigste Aufgabe des Amtes für Sport ist die Förderung des Sports in unserem Kanton. Das Amt erfüllt die Aufgaben und übt alle Befugnisse aus, die von der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung dem Kanton im Bereich Sport übertragen werden und die keiner anderen Behörde oder Verwaltungseinheit zugewiesen sind. Es sorgt für die Koordination der Aktivitäten in den Bereichen Sport und Sporterziehung, Schulsport, Jugend+Sport, Förderprogramm für junge Nachwuchssportler/-innen, Sportinfrastrukturen und setzt die ihm zur Verfügung stehenden Mittel für die Sportförderung ein. Es gewährleistet und fördert die Information der Bevölkerung, der Schulbehörden und der Sportkreise.

Im Schulbereich organisiert das Amt Weiterbildungskurse für Lehrpersonen, die Sport und Sporterziehung unterrichten, koordiniert die Aktivitäten des freiwilligen Schulsports und berät Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in Schulfragen, organisiert für sie Stützunterricht und begutachtet Gesuche betreffend die Übernahme von Schulgeldern in anderen Kantonen.

Im Bereich Jugend+Sport organisiert das Amt Aus- und Weiterbildungskurse für Leiterinnen und Leiter und besorgt die administrative Abwicklung der von Sportvereinen, Sport- und Jugendverbänden und Schulen organisierten Kurse und Lager J+S und J+S Kids.

Im Bereich LoRo-Sport überwacht das Amt die reglementsconforme Verteilung der Lotteriegewinne; dabei arbeitet es eng mit der für die Verteilung zuständigen Stelle (Kantonale LoRo-Sport-Kommission) zusammen.

Amtsvorsteher: *Benoît Gisler*

2. Ordentliche Tätigkeit

2.1 Kommission für Sport und Sporterziehung

2011 hielt die von Henri Baeriswyl präsierte Kommission sechs Sitzungen ab. Sie hat:

2011

- > gemeinsam mit dem Amt für Sport am geplanten kantonalen Sportkonzept gearbeitet;
- > den Vorentwurf für das Ausführungsreglement zum Gesetz über den Sport geprüft;
- > zu drei Entwürfen für Bundesverordnungen zum neuen Sportförderungsgesetz Stellung genommen;
- > eine Untersuchung über die Ausstattung von Turn- und Sporthallen begonnen;
- > dem Staatsrat Vorschläge für die Vergabe des kantonalen Sportpreises unterbreitet;
- > die Vergabe von zwei Förderpreisen beschlossen, den einen an die 13-jährige Julie Pantillon aus Sugiez (Rhythmische Sportgymnastik), den andern an den 17-jährigen Pascal Ungersböck aus Riaz (Leichtathletik);
- > 16 Freiburger Sportlerinnen und Sportler bei der Vorbereitung im Hinblick auf eine Selektion für die Olympischen Spiele oder die Paralympics über die Aktion OS/JO der LoRo-Sport Kommission finanziell unterstützt;
- > die laufenden Geschäfte in ihrem Zuständigkeitsbereich behandelt.

2.2 Sporterziehung

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe II unterrichtet. Das Jahr 2011 war geprägt von folgenden Hauptaktivitäten:

2.2.1 Fortbildung der Lehrpersonen

Obligatorische Fortbildung:

Über 350 Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen absolvierten einen der zahlreichen Kurse zur Erneuerung des Rettungsschwimmbrevets und erfüllten damit die jeweils alle zwei Jahre fällige Fortbildungspflicht.

Fakultative Fortbildung:

Das Interesse der Lehrkräfte an der Fortbildung zeigt sich daran, dass der Grossteil der angebotenen Kurse durchgeführt werden konnte; zudem wurde das Kursangebot weiter ausgebaut.

Die auf Antrag organisierten Kurse verzeichneten eine starke Nachfrage; über 140 Lehrpersonen konnten von den Fachkenntnissen der Ausbilderinnen und Ausbilder in verschiedenen

Fächern profitieren, wobei ein besonderer Akzent auf die Sicherheit im Schulsportunterricht gelegt wurde.

2.2.2 Sicherheit im Schulsportunterricht

Die Richtlinien zur Sicherheit im Schulsportunterricht wurden im Berichtsjahr leicht angepasst. Dabei wurden vor allem die Fortbildungskurse im Wassersport (Rettungsschwimmkurse) in den Vordergrund gerückt.

2.2.3 Freiwilliger Schulsport

Die Angebote im freiwilligen Schulsport werden ständig erweitert. Die auf allen Schulstufen angebotenen Kurse ermöglichten es rund 4200 Schülerinnen und Schülern, eine zusätzliche Wochenstunde Sportunterricht zu besuchen.

2.2.4 Schülerturniere

Die Primarschülerinnen und Primarschüler konnten sich 2011 in folgenden Sportarten messen: Ski und Snowboard, Orientierungslauf, Basketball und Fussball.

Die Klassen der Orientierungsschulen beteiligten sich erneut sehr zahlreich an den beliebten Turnieren in: Basketball, Handball, Eishockey, Unihockey, Triathlon, Orientierungslauf, Fussball sowie Volleyball und Tanzen.

Auf Gymnasialstufe erfreuen sich die GiantXTour und die «Colégiades» bei den Studierenden steigender Beliebtheit. Fast 700 Studierende nahmen an den beiden Veranstaltungen teil, die dieses Jahr vom Kollegium Heilig Kreuz organisiert wurden.

2.2.5 Schweizerische Schulsporttage

Die Gewinner der kantonalen Turniere haben den Kanton Freiburg erfolgreich an den schweizerischen Schulsporttagen in Solothurn/Olten vertreten. 26 Teams aus dem Kanton traten in 10 Sportdisziplinen an.

2.2.6 Förderung junger Nachwuchssportler/-innen

Die Förderung junger Freiburger Sporttalente erfolgt in Form von Beratung, Stundenplan-Anpassungen, finanzieller Unterstützung (LoRo-Sport und/oder kantonaler Sportfonds) sowie Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden.

Dank der tatkräftigen, professionellen Unterstützung der Sportverbände konnten die bestehenden Projekte ergänzt werden. 2011 haben rund 420 junge Sportlerinnen und Sportler von Stundenplan-Anpassungen profitiert, die es ihnen erlauben, ihre sportliche Laufbahn mit der schulischen Ausbildung zu vereinbaren.

2011

Auch wenn sich im Rahmen der bisherigen Praxis für eine grosse Zahl von Athletinnen und Athleten, Eltern, Sportvereinen und Sportklubs befriedigende Lösungen finden liessen, um die Ausbildung mit dem Ausüben einer Sportart oder einer künstlerischen Betätigung zu vereinbaren, bestand in unserem Kanton das Bedürfnis nach einem effizienten «Sport-Kunst-Ausbildung» (SKA)-Konzept. Die von der EKSD in Zusammenarbeit mit dem VWD eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Yvan Girard, Direktor der Orientierungsschule Saane West, legte Ende 2010 einen Bericht vor, auf dessen Grundlage die EKSD ein Pilotprojekt mit den kantonalen Bildungszentren starten konnte. Gestützt auf diesen Bericht sowie auf die Auswertung des Pilotprojektes konnte auf Beginn des Schuljahres 2011/12 ein SKA-Förderprogramm eingeführt werden.

2.3 Jugend+Sport (J+S)

Im Jahr 2011 konnte das Kursangebot J+S-Kids zugunsten der Kinder von 5 bis 10 Jahren auf stabilem Niveau gehalten werden. Mit diesem Programm fanden im Berichtsjahr 8 (12) Ausbildungstage und 8 (6) Weiterbildungstage statt. Die Kurse für Kinder sind immer gefragter, was deutlich belegt, dass das Programm Anklang findet.

2.3.1 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

193 (192) Expertinnen und Experten waren an der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leitenden beteiligt. 27 (33) von ihnen nahmen am kantonalen Ski- und Snowboard-Zentralkurs in Zermatt teil und 9 Experten besuchten den ersten kantonalen Zentralkurs J+S-Kids.

2.3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

632 (606) Leiterinnen und Leiter wurden in 25 (22) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 1190 (971) Leiterinnen und Leiter nahmen an 40 (38) Fortbildungskursen teil. 9 (10) Kurse mussten mangels Anmeldungen abgesagt werden (die J+S-Leiterkurse Karate, Tennis, Volleyball und 2 Leiterkurse J+S-Kids, der Einführungskurs für Kidsleiter, die Fortbildungskurse Eishockey, Lagersport und Trekking sowie ein Grund- und Fortbildungskurs J+S Coach).

2.3.3 Von J+S Freiburg organisierte Lager

Das Kletter- und Bergsteigerlager in Finhaut wurde mit 13 (15) Jugendlichen durchgeführt. An den zwei Schwimmsport-/Polysport-Lagern in Tenero beteiligten sich insgesamt 156 (152) Jugendliche. Das Kanu-Lager in La Roche zählte 23 (26) Teilnehmende.

2.3.4 J+S-Kurse und -Lager (10–20-Jährige) der Vereine und Schulen

An diesen Kursen und Lagern nahmen 27 985 (24 040) Jugendliche in folgenden Sportarten bzw. Aktivitäten teil: Ausdauerlager, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislaufen, Fechten, Fussball, Turnen, Geräteturnen, Gymnastik und Tanz, Kunstturnen, Handball, Inline-Hockey, Ju-Jjtsu, Judo, Kanusport, Karate, Kids, Lagersport/Trekking, Leichtathletik, Mountainbike, Orientierungslauf, Polysport, Reiten, Rettungsschwimmen, Ringen, Rudern, Rugby, Schwimmen, Schwingen, Segeln, Skifahren, Snowboard, Skilanglauf, Skitouren, Sportklettern, Squash, Tanzsport, Tchoukball, Tennis, Tischtennis, Unihockey, Volleyball, Pferdesport, Radsport, Rollhockey, Wasserspringen, Kanusport-Regatta, polysportive Kurse.

Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 2 294 797 (2 031 356) Franken.

2.3.5 J+S-Kurse (5- bis 10-Jährige) der Vereine und Schulen

An diesen nach dem J+S-Kids-Programm organisierten Kursen, bei welchen der Schwerpunkt auf dem polysportiven Bewegungsangebot liegt, nahmen 2617 (2497) Kinder teil.

Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 229 319 (194 288) Franken.

2.4 Loterie Romande-Sport (LoRo-Sport)

Am 1. Januar 2011 trat die neue Verordnung (SGF 463.11) über die Verteilung des Anteils des Kantons Freiburg am Nettogewinn der Gesellschaft der Loterie Romande zugunsten des Sports in Kraft. Mit dieser neuen Verordnung wurde auch eine kantonale Kommission eingesetzt, die damit betraut ist, die Rahmenbedingungen und das Verfahren zur Behandlung der Gesuche festzulegen, die Beitragsgesuche zu prüfen und dem Staatsrat Vorschläge zur Entscheidung über die Gesuche zu unterbreiten. Erster Präsident der Kommission ist Henri Baeriswyl.

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie-Romande-Sport betrug im Jahr 2011 2 568 632 (2 458 759) Franken.

> Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt:	Fr.
Unterstützung von Leistungs- und Freizeitsport	879 177
Bauten und Materialeinkäufe	443 446
Unterstützung für ausserordentliche Sportaktivitäten	217 890

2011

Unterstützung von Leistungssportlerinnen und -sportlern und Talenten	212 400
Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen	318 810
Kommissionen	8310
Verschiedene administrative Ausgaben	37 324
Werbung	9668
Aktion LoRo-Sport	32 767
Gebühr der Gewerbepolizei	164 144
Zuweisung an den Reservefonds	244 696
Total	2 568 632
Unterstützung von Leistungssportlerinnen und -sportlern und Talenten, Promotion Olympische Spiele (über den Reservefonds)	96 000
Freiwilliger Schulsport (50 % von 215 044) (über den Reservefonds)	107 522

71 (71) Verbände, Vereine oder Institutionen erhielten einen Unterstützungsbeitrag für ihren ordentlichen Sportbetrieb, auf der Basis der Mitgliedererhebung 2011, die bis 2013 gültig bleibt.

2.5 Kantonales Inventar der Sportanlagen

In einem Gemeinschaftsprojekt des Amtes für Sport, des GIS-Kompetenzzentrums (GIS = geografisches Informationssystem) und der Hochschule für Wirtschaft wurde ein Inventar der Sportanlagen im Kanton Freiburg erstellt. Dieses wird auf einer Internetseite veröffentlicht.

Die entsprechenden Daten wurden von den Gemeinden des Kantons geliefert. Gewisse Angaben können fehlen oder unvollständig erscheinen. Daher können sich die Gemeinden an das Amt für Sport wenden, um die im Inventar enthaltenen Informationen nachzuführen oder zu ergänzen.

Dieses Inventar soll noch weiter vervollständigt werden, ist aber bereits seit dem 2. Mai 2011 auf der Internetseite des Amtes für Sport konsultierbar.

2.6 Besondere Ereignisse

Anlässlich der Nacht des Freiburger Sportpreises vom 16. Dezember konnte Jean-Daniel Gachoud, mehrfacher Schweizer-

meister und Trainer im Ringen, den Sportpreis des Kantons in Empfang nehmen. Ausserdem wurden an diesem Anlass auch die beiden unter Ziffer 2.1 erwähnten Förderpreise übergeben.

Auf Initiative und mit der Unterstützung des Amtes für Sport, des Amtes für Gesundheit (GesA), über das Programm «Gesundes Körpergewicht», und von LoRo-Sport konnte zusammen mit den Gemeinden von Mai bis September 2011 in den Städten Freiburg und Bulle das Projekt «Urban Training» realisiert werden.

XIII. Amt für Kultur

1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit

Das Amt befasst sich innerhalb der Kantonsverwaltung mit allen Fragen in Zusammenhang mit der Kulturförderung und setzt diese um.

Amtsvorsteher: Gérald Berger

1.1 Kommissionen

1.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat die Aufgabe, die Fonds zu überprüfen, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und die ihr unterbreiteten Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel zu beurteilen. Sie hat sich zu einer Sitzung getroffen.

1.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hielt acht Sitzungen ab und nahm zu 182 (183) Beitragsgesuchen Stellung, die beim Amt eingegangen sind. Sie beantragte die Verlängerung von acht Mehrjahres-Schaffensbeiträgen für die Jahre 2012 bis 2014, was vom Staatsrat bewilligt wurde. Durch diese Beiträge werden Tätigkeiten von Professionellen in den Bereichen Tanz, Theater und Musik und von Kulturanbietern gefördert, deren Ziel die Schaffung von professionellen, originellen Kulturangeboten ist. Sie schlug vor, den Begriff des professionellen Kulturschaffenden klarer zu definieren, und verabschiedete neue Bestimmungen für die Vergabe von Subventionen an wiederkehrende Veranstaltungen, die vom Staatsrat beschlossen wurden. Sie führte ihre Diskussion über ein Fördermodell für moderne Musik weiter. Angesichts der steigenden Anzahl Gesuche zur Unterstützung von Theaterpro-

2011

duktionen prüfte sie, ob ein Konzept zur selektiven Vergabe von Beiträgen in diesem Bereich eingeführt werden sollte.

1.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung sämtlicher kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz, Kulturanimation) sowie für kulturelle Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 600 000 Franken zur Verfügung.

1.2.1 Statistik

79 % der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt; die restlichen 21 % gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

Theater	42,2 %
Festivals / kulturelle Anlässe	17,1 %
Musik	17,0 %
Tanz	11,7 %
Bildende Kunst	8,8 %
Literatur / Publikationen	2,6 %
Film / Video	0,6 %

Das Internetportal des Amtes (www.fribourg-culture.ch) verzeichnete über 34 000 Besuche.

1.2.2 Mehrjahres-Schaffensbeiträge

Folgende Gruppen von Kulturschaffenden erhielten im Rahmen der Mehrjahres-Schaffensbeiträge insgesamt 1 490 000 Franken: Théâtre des Osses / Centre dramatique fribourgeois (Givisiez), Compagnie de danse Da Motus (Freiburg), Compagnie de danse Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando Freiburg, Compagnie Drift (Freiburg / Zürich).

Vier Institutionen kamen in den Genuss erneuerbarer Schaffensbeiträge in einem Gesamtbetrag von 505 000 Franken: Freiburger Oper, Kunsthalle Fri-Art, Belluard Bollwerk International und Espace Nuithonie (Konzept *RésiDanse* in Freiburg). Dank dem Beitrag an die *Fondation Equilibre et Nuithonie* konnten in den Räumlichkeiten des Espace Nuithonie Produktionen von zwei Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: der Compagnie Fabienne Berger (Promasens) und der Compagnie Da Motus (Freiburg).

1.2.3 Schaffensbeiträge

Die Direktion gewährte folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge in Höhe von insgesamt 713 000 Franken:

Musik, Gesang, Rock, Jazz:
 Chœur Symphonique de Fribourg, CantaSense, Fribourg Jazz Orchestra Big Band, Collegium Vocale Seeland, Freiburger Kammerorchester (Freiburg), Attack Vertical, Société de musique L'Alperose de Montbovon, Dan Ottiger, Monoski, The Roxanne, Chœur de Jade, Arnaud Francelet, Divertimento Vocale, Talamani, Freiburger Chorfest, Konzerte der Karwoche, Sébastien Peiry, Chœur de mon Cœur, Maîtrise de Fribourg, Les Enchanteurs de Ste-Thérèse, Dominique Schafer, Pierre-Bernard Sudan, Benoît Gisler, Chœur-Mixte L'Espérance de Vuadens, Brass Band Fribourg, Les Marmousets de Fribourg, Chœur de chambre Zeugma, Enigmatik, Nenuphar is what we are;

Literatur / Publikationen:
 Editions MétisPresse, Verein Freunde des Greyerzer Museums, Editions La Sarine, Verein O.S.K.A.R., Claudia Chinezu, Editions L'Âge d'Homme, Editions Xénia, Biro & Cohen Editeurs, WOA Verlag, Editions Cabédita, Société cantonale des patoisants fribourgeois, Xylon Suisse, Editions Favre SA, Editions Faim de Siècle, Editions de l'Hèbe, Bernard Campiche Editeur, Association Histoire;

Tanz:
 Danse Créations, Action-Danse;

Theater:
 Eva-Maria Bertschy, Kunos Circus Theater, Le Guignol à Roulettes, La Joli Compagnie, Théâtre de l'Ecrou, L'Aire du Théâtre, Talman Ensemble, Théâtre On M'Ladit, Chacun son Tour, Compagnie Les Ânes Volants;

Film / Video:
 PS Productions, Productions JMH;

Bildende Kunst / Fotografie:
 Guy Oberson, Marie Vieli, Katharina Wyss, Jean-Marc Schwallier, Jean-Michel Robert, Schau! Fenster, Hafis Bertschinger, Jacques Gutknecht, Jean-Luc Cramatte, Stiftung akku Emmen, Mélanie Rouiller, David Brühlhart, Camille von Deschwanden, Lauris Paulus, Audrey Brohy, Martine Aeschlimann.

1.2.4 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 556 000 Franken unterstützte die Direktion u. a. folgende Veranstaltungen und Organisationen:

2011

Chanson du Pays de Gruyère, Verein Kultur Pur (Schmitten), Schweizerische Trachtenvereinigung (Bubikon), Fiebre Latina (Marly), Association Up Jazz (Cudrefin), Kammerchor der Universität Freiburg, Suisse Diagonales Jazz (Bern), Freiburger Chorwettbewerb, Union des Théâtres Romands (Genf), Rencontres théâtrales de Bulle, Corps de musique de la ville de Bulle, Association Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Lè Tserdziniolè (Treyvaux), Dimanche-Musique (Corpataux-Magnedens), Chœur de May (Bulle), Opéra Louise (Freiburg), Association ADMA (Freiburg), Académie d'orgue de Fribourg, Prix interrégional des jeunes auteurs (Charmey), Association Guitare Passion (Freiburg), Fête du livre et du papier (Greyerz), Association des amis de l'orgue du collège St-Michel (Freiburg), Maîtrise L'Annonciade (Romont), Fantoche Internationales Festival für Animationsfilm (Baden), Nacht der Museen (Freiburg), Association Rencontres Guitares (Bulle), Fondation Edith Moret/Château de Mézières, FriScènes (Freiburg), Association Guitare et Luth (Greyerz).

1.2.5 Ordentliche Beiträge

Die Direktion unterstützte 33 im Kanton tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 191 000 Franken.

1.2.6 Beiträge der Loterie Romande

In Absprache mit dem Staatsrat gewährte die kantonale Kommission der Loterie Romande folgenden Veranstaltungen und Kulturstätten Unterstützungsbeiträge in Höhe von insgesamt 2 910 000 Franken: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival von Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival geistlicher Musik (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Les Francomanias de Bulle, Fondation du Théâtre des Osses (Givisiez), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Musica Virtuosa-Festival du Lied (Freiburg), Freiburger Oper, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner unterstützte die Kommission, ebenfalls mit Zustimmung des Staatsrats, die Saisonprogramme folgender kultureller Einrichtungen mit insgesamt 672 500 Franken: Bicubic (Romont), Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

1.2.7 Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens

Um Freiburger Schriftstellerinnen und Schriftstellern zu ermöglichen, dass sie sich eine Zeitlang ausschliesslich dem Schreiben widmen können, und so das literarische Schaffen zu beleben,

vergift die EKSD alle zwei Jahre ein Förderstipendium. Für die Ausgabe 2011 gingen fünfzehn Bewerbungen ein (9 französisch- und 6 deutschsprachige). Auf Empfehlung der Lesejury wurde ein Stipendium in Höhe von 15 000 Franken an Mélanie Richoz, wohnhaft in Bulle, vergeben, um ihr das Verfassen ihres nächsten Romans zu ermöglichen.

1.2.8 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

Die 8. Ausgabe der «Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg» wurde im September 2010 lanciert. 18 Projekte aus der ganzen Schweiz sowie aus dem Ausland gingen innerhalb der Eingabefrist ein. Die Jury entschied sich für das Projekt «Liturgie(n)» von Matthieu Gafsou, wohnhaft in Lausanne. Diese Arbeit wird im Jahr 2012 an einer Ausstellung präsentiert.

1.2.9 Fonds Pierre und Renée Glasson

Der 1995 gegründete Fonds Pierre und Renée Glasson hat sich zum Ziel gesetzt, Nachdiplomstudien junger Musikerinnen und Musiker aus Freiburg an einem Konservatorium in der Schweiz oder im Ausland finanziell zu unterstützen. Nach Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten gewährte die Expertenjury dem Akkordeonisten Sylvain Tissot ein Stipendium von 5000 Franken, damit er in Bern weiterstudieren kann.

1.2.10 Kulturelle Infrastruktur

Gestützt auf die getroffenen Entscheide des Staatsrates wurde für den Bau des Gastspielhauses Equilibre in Freiburg ein Subventionsbeitrag von 1 000 000 Franken gewährt (4. von 5 Tranchen).

Mit Vereinbarung vom 18. Dezember 2009 verpflichtete sich die Handelsgesellschaft «Société fribourgeoise d'animation touristique SA», die über eine Spielbankenkonzession für das Casino Lucien Barrière in Granges-Paccot verfügt, dem Staat Freiburg unter bestimmten Voraussetzungen jährlich einen Beitrag zu Gunsten von kulturellen Infrastrukturen und Aktivitäten ausserhalb des Wirkungskreises des Vereins Coriolis Infrastructures zu überweisen. In Absprache mit der Verwaltungskommission des kantonalen Kulturfonds vergab die EKSD für das Jahr 2011 einen Gesamtbetrag von 170 000 Franken an den Verein CO2 in Bulle, den Verein Bicubic in Romont, den Verein Kultur im Podium in Düdingen, die Association culturelle de Châtel-St-Denis und die Kulturkommission von Estavayer-le-Lac.

1.2.11 Zusammenarbeit

Das Amt beteiligte sich wiederum an den Arbeiten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles). So unterstützte es die Tätigkeit der «Fondation romande pour la musique actuelle», des interkantonalen Fonds «Regio-Films»

—
2011

und der «Association romande des techniciens du spectacle» (ARTOS). Zudem nahm es an den Arbeiten von nationalen und westschweizerischen Kulturkonferenzen teil.

Der Kanton Freiburg trat der «Fondation romande pour le cinéma» bei, durch die alle Westschweizer Kantone sowie die Städte Genf und Lausanne nunmehr das Filmschaffen unterstützen. In Zukunft werden sämtliche Freiburger Projekte des filmischen Schaffens von der genannten Filmstiftung gefördert, wobei der Kanton sich gemäss einem im Reglement festgelegten Verteilungsschlüssel an der Finanzierung beteiligt.

Die Konferenz der Westschweizer kantonalen Kulturbeauftragten (KKB) schlug der CIIP die Schaffung eines «Label+ Théâtre romand» vor, das grössere Theaterproduktionen in der Westschweiz unterstützen und deren Verbreitung im In- und Ausland fördern soll. Die bei einem jährlich durchgeführten Wettbewerb ausgewählten Preisträger erhalten je einen Förderbeitrag von höchstens 200 000 Franken, der von den Mitgliedskantonen der Konferenz finanziert wird. Der Amtsvorsteher wurde zum Jurymitglied für die Ausgaben 2011 und 2012 ernannt.

Der Kanton Freiburg und die Region Elsass haben am 20. Mai 2011 in Strassburg die Vereinbarung über kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen erneuert. Die erneuerte Vereinbarung schliesst künftig auch darstellende Künste sowie professionelle Instrumentalmusik und Gesang ein. Dank dieser Zusammenarbeit waren vier elsässische Produktionen in Freiburg zu Gast, im Gegenzug fanden drei Freiburger Produktionen in St-Louis, Kingersheim bzw. Altkirch statt. Die Tanzcompagnie Act2 setzte ihren Gastaufenthalt in Freiburg fort. Im Rahmen des regen Austausches zwischen den beiden Regionen präsentierte sich der Kanton Freiburg mit der Ausstellung «Freiburg, ein Schweizer Kanton stellt sich vor» vom 20. Mai bis zum 24. Juni im «Maison de la Région Alsace» in Strassburg. Vom 20. bis zum 28. Mai belebte ausserdem ein «Freiburger Dorf», das vom Freiburger Tourismusverband (FTV) und der Vereinigung zur Förderung der Produkte aus dem Freiburgerland realisiert wurde, den Gutenbergplatz in Strassburg. Das Ensemble Orlando Freiburg bestritt das offizielle Konzert, das am 1. Dezember von der Eidgenossenschaft in Strassburg organisiert wurde, als sie den Vorsitz in der Oberrheinkommission übernahm.

Der Amtsvorsteher vertritt den Staat Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz, deren Vizepräsident er ist, sowie im Stiftungsrat der Haute Ecole de Musique (HEMU) Vaud/Valais/Fribourg.

Die Kantone Freiburg und Genf teilen sich seit 2011 in Berlin (Wedding) eine Künstlerresidenz. Der bildende Künstler Guy Oberson, wohnhaft in Lentigny, konnte als Erster das neue Atelier während einer Dauer von sechs Monaten bewohnen.

1.2.12 Kultur und Schule

Das Amt hat das für die Schulen des Kantons bestimmte Programmangebot «Kultur und Schule», bestehend aus rund 60 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten und produziert von Freiburger Kulturschaffenden, wiederum finanziell unterstützt.

Ausserdem gewährte das Amt zwölf Museen und Ausstellungsräumen des Kantons finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Veranstaltungen für Schulen. Dank dieser Hilfe konnten etwa vierzig Workshops angeboten werden.

Das Amt unterstützte schliesslich finanziell einen von der «Association Découvertes Théâtre» ausgearbeiteten Pilot-Workshop zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für darstellende Künste.

Insgesamt belief sich der für das Programm «Kultur und Schule» gewährte Beitrag im Jahr 2011 auf 163 745 Franken.

1.2.13 Immaterielles Kulturerbe

Die Eidgenössischen Räte ratifizierten 2008 das UNESCO-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes. Der Bund beauftragte die Kantone, ein Inventar ihres immateriellen Kulturerbes zu erstellen, um anschliessend der UNESCO eine genehmigte Liste zu unterbreiten. Das Amt für Kultur der EKSD seinerseits betraute das Greyerzer Museum mit der Aufgabe, das kantonale Inventar zu erstellen. Gestützt auf die Vorschläge der vom Museum eingesetzten Expertengruppe unterbreitete der Staatsrat dem Bundesamt für Kultur (BAK) folgende acht Freiburger Traditionen:

- › das Wissen der Käser um die Herstellung des Greyerzer Alpkäses (und des Freiburger Vacherin), einschliesslich die damit verbundenen Traditionen wie der Alpbazug, Alpenlieder im Gesangsrepertoire und das Tragen der Sennentracht;
- › der Kuhreihen (Ranz-des-vaches) im Greyerzer Patois und in Französisch (einschliesslich dessen Darbietung durch die Freiburger am Winzerfest in Vevey;
- › die Poya-Malerei / Darstellungen des Alpaufzugs;
- › das Fondue als Mahlzeit (zusammen mit dem Kanton Neuenburg);
- › das Handwerk der Schindelmacher (eventuell zusammen mit dem Kanton Neuenburg);
- › das Nikolausfest in der Stadt Freiburg;

 2011

- > die Kilbi (Bénichon), an bestimmten Daten im gesamten Kanton begangenes Erntedankfest;
- > die Tradition des Geistheilens und die anerkannte Tätigkeit der Heilerinnen und Heiler (zusammen mit dem Kanton Jura).

Sämtliche Vorschläge des Kantons wurden gutgeheissen.

1.3 Besondere Ereignisse

Der Amtsvorsteher beteiligte sich an den Arbeiten des Steuerratsausschusses von «Enjoy Switzerland» – ein vom FTV lanciertes Projekt.

Er hielt zwei Vorträge zur kantonalen Kulturpolitik; einen an der Hochschule für Theater der Westschweiz und den zweiten vor einer Delegation von Magistraten und hohen Beamten aus den an die Schweiz angrenzenden Gebieten Frankreichs.

2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit

Das Amt übt die Aufsicht über die kulturellen Institutionen des Staates aus, legt ihr allgemeines Tätigkeitsprogramm fest und sorgt für die Koordination ihrer Tätigkeiten.

2.1 Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen

Der Amtsvorsteher hielt mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinationssitzungen sowie eine Plenarsitzung ab. Er beaufsichtigte die Erstellung des Voranschlags und der Rechnung sämtlicher Institutionen und nahm an den jeweiligen Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der Institutionen teil.

Die Arbeitsgruppe, die einen Bericht zur Suche eines neuen Standorts für das Naturhistorische Museum erstellen sollte, reichte ihren Bericht mit entsprechenden Vorschlägen bei der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport ein.

Der Amtsvorsteher ist Mitglied der Baukommission zur Erweiterung der Gebäude des Konservatoriums (2. Bauetappe), die von der Pensionskasse des Staatspersonals realisiert wird. Ferner war er Präsident der Arbeitsgruppe, die mit der Erarbeitung eines neuen Gesetzes zur Archivierung und zum Staatsarchiv betraut worden war. Die Arbeitsgruppe legte der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin einen Gesetzesvorentwurf vor.

3. Staatsarchiv

3.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Staatsarchivs (StAF) ist es, die archivierten Dokumente des Staates und seiner Institutionen, der zentralen Verwaltung und der dezentralen Dienststellen zu bewerten, zu erschliessen, zu konservieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Staatsarchiv betreut die Vorarchivierung in den Dienststellen. Es berät die Gemeinden, Pfarreien und Privatpersonen bei der Organisation und Führung ihrer Archive. Es bietet der Öffentlichkeit, den Studierenden und Forschern Unterstützung bei ihren Forschungen sowie Zugang zu spezifischen Informations- und Suchinstrumenten. Das Staatsarchiv trägt mit seinen Forschungen und Publikationen zur Kenntnis der Freiburger Geschichte bei.

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

3.2 Tätigkeit

3.2.1 Archivkommission

Die Archivkommission tagte 2011 zweimal. Sie prüfte den Voranschlag für 2012, befasste sich mit den Platzreserven des Staatsarchivs, die demnächst zur Neige gehen, und nahm Kenntnis von einem Vorentwurf für ein Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv sowie vom Jahresbericht 2010.

3.2.2 Gesetzesgrundlagen

Die Arbeitsgruppe, die von der EKSD eingesetzt und mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs für ein Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv betraut worden war, hat einen Text vorbereitet, der noch weiter ausgearbeitet werden soll.

3.2.3 Gebäude und Ausstattung

Wie seit einigen Jahren angekündigt, werden die Platzreserven des Staatsarchivs Ende 2013 ausgeschöpft sein. Von da an wird das Staatsarchiv nicht mehr in der Lage sein, die Archive der Behörden und der kantonalen Verwaltung anzunehmen und die Bearbeitung der bereits abgelieferten Bestände fortzusetzen. Es muss deshalb dringend eine Lösung gefunden werden.

3.2.4 Informatik und neue Technologien

Die Datenbank des Staatsarchivs ist in die leistungsstärkere und benutzerfreundlichere Version 5.0.0.3 von *scopeArchiv* überführt worden. Die Benutzer des Internets haben Zugang zur Website des StAF unter neuer Formel und versehen mit dem neuen visuellen Auftritt des Staats Freiburg. Die systematische Digitalisierung und Mikroverfilmung von 12 000 Zehntplänen

—
2011

lief 2011 weiter; es wurden fast 6500 Aufnahmen gemacht. Das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Bern hat eine Reihe von Fragebogen digitalisiert, die im StAF aufbewahrt werden und die Umfrage Stapfer (1799) betreffen. Das StAF hat begonnen, nach Lösungen zu suchen, mit welchen auf mittlere Frist die Sicherheit und Konservierung der bereits produzierten, erworbenen oder erhaltenen numerischen Daten gewährleistet werden kann.

3.2.5 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

32 (35) Dienste der Verwaltung wurden besucht: Generalsekretariat der GSD; Generalsekretariat der RUBD; Amt für Ressourcen; Universität Freiburg; Naturhistorisches Museum; Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung; Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht; Inspektorat Kindergärten und Primarschule Tafers; Pädagogische Hochschule; Amt für Bewährungshilfe; Kantonale Gebäudeversicherung; Amt für Bevölkerungsschutz und Militär; Amt für Justiz; Anstalten von Bellechasse; Amt für Bevölkerung und Migration; Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge; Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg; Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen; Oberamt des Vivisbachbezirks; Amt für Wald, Wild und Fischerei; Kantonales Sozialamt; Hochschule für Gesundheit; Jugendamt; Amt für Personal und Organisation; Finanzverwaltung; Amt für Umwelt; Tiefbauamt; Abteilung Gewässer; Handelsregisteramt; Kantonsgericht; Gericht des Saanebezirks; Gericht des Sensebezirks.

Auch 22 (23) andere Institutionen liessen sich beraten: Familie de Vevey, Freiburg; Gemeinde Greyerz; Gemeinde Bulle; Syndicom; Invalidenversicherungs-Stelle; Gemeinde Grolley; Stiftung d'Affry, Givisiez; Gemeinde Avry-sur-Matran; «Les Greffons»; Gemeinde Vuippens; Gemeinde Salvenach; Gemeinde Kerzers; Pfarrei Romont; Familie von der Weid, Villars-sur-Glâne; Studentenvereinigung AV Goten; Familie Mauroux, Estavayer-le-Lac; Pfarrei Châtel-Saint-Denis; Pfarrei Vaulruz; Gemeinde Léchelles; Gemeinde Vuadens; Pfarrei Promasens; Gemeinde Arconciel.

3.2.6 Ablieferungen

Die folgenden Bestände wurden von den Dienststellen des Staats oder von öffentlichen Körperschaften abgeliefert, insgesamt 387,30 Laufmeter (Lm) (500,40 Lm):

Staatskanzlei:

Protokolle des Staatsrats, Amtliches Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rats, Register der Einbürgerungen (1994–2010, 1 Lm).

SJD:

Alarmzentrale der Kantonspolizei; Tagesrapporte (2010, 0,45 Lm); Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse;

Personendossiers und Kartei der Häftlinge (1942–2001, 9 Lm); Kantonspolizei, Tagesrapporte der einzelnen Posten (2005, 2,10 Lm); Amt für Justiz, 5 Notariatsstempel; Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Qualifikationen der Beamten, 3 Register (19. Jh., 6,70 Lm).

EKSD:

Amt für Kulturgüter, Baugenehmigungen, Seebezirk, (1897–1916, 0,80 Lm); Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht, Dossiers (1966–2009, 3,20 Lm); Amt für Kultur, Tarifvertrag der Freiburger Museen vom 24. Januar 1976.

ILFD:

Generalsekretariat, verschiedene Dossiers (1952–2010, 13 Lm).

GSD:

Kantonales Sozialamt, Personendossiers (1969–2007, 3,3 Lm); Jugendamt, Personendossiers (2000, 1,50 Lm).

FIND:

Amt für Personal und Organisation, Personendossiers (1984–1999, 58 Lm); Finanzplanung und Budgetkontrolle, Rechnungen der Direktion und der Ämter (2010, 0,25 Lm).

RUBD:

Bau- und Raumplanungsamt, Dossiers betr. Kiesgruben und Fotos (1850–1980 ca.) und Baudossiers (1995, 37 Lm); Tiefbauamt, Dossiers zu Strassen (1895–2009, 4 Lm).

Gerichtsbehörden:

Kantonsgericht, Verwaltungsrechtliche Abteilung, Sozialversicherungsgerichtshof, Steuergerichtshof, Verwaltungsgerichtshöfe (Jahr 1999, 15 Lm); Gericht des Vivisbachbezirks, Zivilsachen (1971–1980, 8,5 Lm), Dossiers und Korrespondenz der Anklagekammern, Vormundschaften (1950–2000, 114 Lm), Sektion Verwaltung, «Verwaltungsgericht», Dossiers des 1., 2. und 3. Verwaltungsgerichtshofs, des Steuergerichtshofs, des Sozialversicherungsgerichtshofs, Gerichtsakten und Korrespondenz (2000, 13 Lm); Jugendstrafgericht, Personendossiers (2001–2004, 31 Lm); Gericht des Saanebezirks, Strafakten (20. Jh., 151 Lm).

Verschiedenes:

Gemeinde Greyerz, verschiedene Bücher (1930–1946, 0,60 Lm); Gemeinde Avry-sur-Matran, verschiedene Register und Pläne (1829–1989, 1 Lm); Notar Hermann Bürgi, Urschriften, Erbscheinigungen, Akten in Brevet (1968–2010, 9,40 Lm); Notar Theodor Schwab, Urschriften, Inventare und Register der Bürgerschaften (1965–1984, 2,50 Lm); Notar Michel Torche, 1 Inventar (1975–2004).

Das StAF erhielt 64,05 (51,40) Lm an Archivalien von Privatpersonen, darunter Dokumente von Fri Art CAF (2006–2010, Depot); zusätzliche Dokumente zum Bestand de Vevey (19. und

2011

20. Jh., Depot); verschiedene Dokumente betreffend Cugy und Vesin, darunter eine Sammlung von Lehensanerkennungakten aus dem Besitz von François-Joseph Reyff, Schultheiss von Estavayer und Herr von Cugy und Vesin (1720–1902, Schenkung); Archivalien des Freiburger Anwaltsverbands (2001–2008); Papiere der Herzogin Colonna – Marcello (19. Jh., Depot); das Archiv der «Greffons», (Association de renaissance rurale, ca. 1942–1962, Depot); 51 Bände der «Rapports annuels de la Société fribourgeoises d'économie alpestre» (1947–2009, Schenkung); verschiedene Dokumente aus dem Schloss Belfaux (1794–1917, Schenkung); das Archiv der Gewerkschaft Medien und Kommunikation (Syndicom) (1893–1999, Depot); das Archiv der Studentenvereinigung AV Goten (1930–2010, Depot); ein Rechnungsbuch von François Nicolas d'Ammann (1842–1851, Schenkung); zusätzliche Dokumente zum Archivbestand der Studentenvereinigung Neu Romania (Depot); das Archiv der Pfarrei Vaulruz, Pergamente, Dokumente und Register (19.–20. Jh., Depot); der Bestand Roger de Diesbach (Depot), eine Dokumentation zur Genealogie der Familie Gaillard (Schenkung); Dokumente aus dem Besitz von Gaston Demierre, Antiquar in Estavayer-le-Lac (Schenkung).

Das StAF konnte folgende Originaldokumente erwerben:

Ein wichtiger Bestand aus dem Besitz des Antiquars Gaston Demierre, von Estavayer-le-Lac, mit zahlreichen Stücken, hauptsächlich betreffend die Familien Wild, Debiers, Gady und Schaller sowie die Helvetische Republik und das Schloss Pérolles (1360–1938); das Brevet eines Hauptmanns im Regiment Vigier im französischen Dienst, unterzeichnet d'Affry, zugunsten von Leutnant Risler (1790); die Bestätigung einer Invalidenrente des Königs von Frankreich zugunsten von Nicolas Grangier, unterzeichnet vom Pfarrer von Lentigny und authentifiziert durch den Landvogt von Montagny (1789); 20 Papierdokumente und 1 Pergament zur Gemeinschaft Crésuz (1663–1782); ein Notariatsinstrument, unterzeichnet vom Notar Theobald Loys, zum Tausch von Häusern und Land in Kerzers und Murten (1431); zwei Pergamente zur Familie Thorimbert von Grangettes (1665 und 1718); sieben Pergamente zu Grundstücken aus dem Besitz der Familien Genoud, Chilliez, Cardinaux und Bossallier, gelegen in Châtel-St-Denis und Maudens (1638–1768).

3.2.7 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen: Inventar der Plan-sammlung (17.–20. Jh.); Inventar des Bestands Karten und Pläne CP I (1644–2008); Inventar des Architekturwettbewerbs Universität-Plateau Pérolles-Freiburg (1997); Inventar des Bestands der Familie Forestier (1670–1945); Inventar des Bestands der Familie de Vevey CA; Inventar des Bestands der Gewerkschaft Medien und Kommunikation (Syndicom), Sektion Freiburg Post (1893–2009); Klassierung des Grundbuchs des Greyerzbezirks (1833–1971); Klassierung der Branddossier der KGV; Klassie-

rung des Bestands des Oberamts des Saanebezirks (1910–2009); Klassierung des Archivs der Staatsanwaltschaft (1999–2006); Beschreibung und Rekonditionierung des Bestands Verträge und Richtungen (13.–18. Jh.); Klassierung des Bestands Gaston Demierre (Schenkung); Klassierung des Bestands d'Affry (Boccard); Rekonditionierung des Bestands Reynold von Cressier; Versehen mit Signaturen der Bestände des Zivilstandsamts des Saanebezirks; Integration der Staatstitel (2010–2011).

Die folgenden Bestände wurden in die Datenbank eingegeben: Generalsekretariat der GSA (199 Einträge); Strafdossiers des Gerichts des Saanebezirks (13 657 Einträge); Enteignungskommission (144 Einträge), Friedensgericht des Saanebezirks (82 Einträge), Gericht des Vivisbachbezirks (673 Einträge); Kantonale Gebäudeversicherung (10 866 Einträge); Verwaltungsgericht (1620 Einträge); Kantonales Sozialamt (416 Einträge); Jugendamt (348 Einträge); Tiefbauamt (87 Einträge); Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (122 Einträge); Verwaltungsgericht (1623 Einträge); Freiburger Anwaltsverband (134 Einträge).

Von den laufenden Arbeiten verdienen mehrere eine besondere Erwähnung, so die Klassierung von ungefähr 60 000 Dossiers Strafsachen des Gerichts des Saanebezirks, des Archivs der KGV, der Dossiers der Insassen von Bellechasse sowie der Bestände Stadtsachen B, des ehemaligen kantonalen Militärdepartements und des Tiefbauamts.

3.2.8 Konservierungsmassnahmen, Restaurierung, Buchbindung und Mikroverfilmung

Infolge einer Untersuchung, die in den Jahren 2009 und 2010 von einem Spezialisten für präventive Konservierung und Restaurierung durchgeführt wurde, wurde eine Reihe von Massnahmen für die alten Bestände eingeleitet. In diesem Zusammenhang wurde die Neuordnung und Rekonditionierung des Bestands «Verträge und Richtungen» als Pilotprojekt für die Fortsetzung der Arbeiten an den alten Beständen des Staatsarchivs konzipiert. Der Bestand «Verträge und Richtungen», der in den Jahren 2010–2011 rekonditioniert und neu geordnet wurde, ist der erste einer Reihe von alten Beständen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten reinventorisiert und rekonditioniert werden müssen. Das Atelier für Mikroverfilmung des Staats nahm 174 Register und Dokumente auf Mikrofilm auf, hauptsächlich Pfarregister, Gerichtsbücher und handgeschriebene Inventare des 19. Jh.

3.2.9 Dienstleistungen: Auskünfte, Führungen, Ausstellungen

Gemäss eines neuen Zählungssystems, das aufgrund der Empfehlungen der Schweizerischen Archivarendirektorenkonferenz eingeführt wurde, sind 10 076 (9212) Dokumente von 713 (819) Kunden in 2340 (3086) Tagessätzen konsultiert worden. Das

 2011

StAF übermittelte 622 (579) Dossiers an die Dienststellen der Verwaltung. Das Sekretariat des StAF beantwortete schriftlich oder telefonisch eine sehr grosse Anzahl von Anfragen, überwiegend zu genealogischen Forschungen. Zudem wurden 50 (60) Vorlagen für Familienwappen verschickt.

Darüber hinaus empfing das StAF eine grosse Zahl von Gruppen für kommentierte Führungen und Lektionen, nämlich 15 (15) Führungen mit 253 (258) Personen. Ferner konnte das StAF anlässlich der Museumsnacht vom 29. Mai 2011 fast 850 (750) Besucher empfangen, die in der Benutzerstatistik nicht erfasst sind.

Im Rahmen der Museumsnacht präsentierte das StAF drei kleine Ausstellungen: «Prozesse und Hinrichtungen am laufenden Band im Mittelalter (die freiburgischen Ursprünge der Guillotine)», «Die Freiburger Orte der Internierung im 19. und 20. Jh.: von den Gefängnissen der Stadt zum Spital von Marsens» und «Verbrechen und Justiz im Saanebezirk, 19.–Anfang 20. Jh.».

Ausserdem liess das StAF für mehrere Ausstellungen Dokumente aus: «Skulptur 1500. Freiburg im Herzen Europas» (Museum für Kunst und Geschichte, 14. Oktober 2011 – 19. Februar 2012), «Enrico VII e gli Astigiani. Il sogno italiano del casato di Lussemburgo» (Archivio della città di Asti, Italien, 8. Oktober 2011 – 3. Februar 2012).

3.2.10 Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen

Das StAF unterstützte verschiedene Forschungen historischer, naturwissenschaftlicher oder technischer Art. In der Reihe der Archivblätter «Connaissez-vous ? / Schon bekannt?» sind drei neue Blätter erschienen: «L'Établissement cantonal d'assurance des bâtiments: une histoire «brûlante» / Die kantonale Gebäudeversicherung: eine «brennende» Geschichte», «Sous le feu des archives, enquêtes sur 10 000 incendies en terre fribourgeoise / Feuer im Archiv, 10 000 Branduntersuchungen im Kanton Freiburg» und «Les dossiers pénaux du tribunal d'arrondissement de la Sarine / Die Strafakten des Gerichtes des Saanebezirks». Die Mitarbeiter des StAF haben zahlreiche Vorträge gehalten und insbesondere publiziert: «Mes Aïeux ! Guide de recherches généalogiques et biographiques aux Archives de l'Etat de Fribourg», Fribourg: Société d'Histoire du Canton de Fribourg, 2011, 144 S.; «Une famille bulloise: Antoine Mathey» in: La Gruyère dans le miroir de son patrimoine, Neuenburg 2011, Bd. 2, S. 56; «Les débuts du cinéma à Bulle» in: La Gruyère dans le miroir..., Bd. 5, S. 71–72; «Tobie de Buman, un bailli au château de Bulle (1787–1792)», in: La Gruyère dans le miroir..., Bd. 3, S. 45–47; «Une prise d'intérêts peu amicale, mais bien préparée: la faillite du dernier comte de Gruyère (1554)», in: La Gruyère dans le miroir..., Bd. 3, S. 29–33; «Neuchâtel, ses gouverneurs et le refuge huguenot dans la première moitié du XVIII^e siècle», in: Association suisse pour l'histoire du Refuge huguenot. Bul-

letin 28 (2007–2008), S. 6–22.; «Notariat und Historiografie. Die Freiburger Notarsfamilie Cudrefin und die Anfänge der freiburgischen Historiografie (Mitte 15. Jahrhundert)», in: Freiburger Geschichtsblätter 88 (2011), S. 9–51.

3.2.11 Zusammenarbeit

Das StAF nahm an den Aktivitäten des Freiburger Forums der Archivare teil: ein Schultag zu den Katastrophenplänen für die Archive, eine der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes zur Archivierung gewidmete Sitzung und ein Reflexionstag über die Konservierung und Erschliessung der Pfarreiarchive.

Das Staatsarchiv beteiligte sich zudem zusammen mit den anderen kulturellen Institutionen des Staates, den privaten Museen und den historischen Vereinen an der Organisation der dritten Museumsnacht. Diese Veranstaltung lief unter dem Titel «Verbrechen und Strafe: In den Abgründen des Archivs» und war mit rund 850 Besuchern ein Erfolg für das StAF.

Das StAF setzte seine Zusammenarbeit mit der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins fort. Im April 2011 wurde die Arbeit an der Edition des ersten Notariatsregisters des Kantons Freiburg, des *Registrum Lombardorum* (1356–1359), in Angriff genommen.

4. Kantons- und Universitätsbibliothek

4.1 Aufgaben

Hauptaufgaben der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) sind der Erwerb, die Aufbewahrung und die Vermittlung von Büchern, Zeitschriften und anderen Informationsträgern, die für den Hochschulunterricht, die wissenschaftliche Forschung sowie für die Allgemeinbildung erforderlich sind. Sie verwahrt die Veröffentlichungen und Archive, die für die Kenntnis der Kantonsgeschichte nötig sind, wobei sie dazu insbesondere den historischen Bücherbestand pflegt. Ferner sorgt sie für die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die obligatorische Abgabe der für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnisse und Aufnahmen. Sie trägt allgemein zur Förderung des Lesens und des kulturellen Lebens bei. Die KUB erbringt bibliothekarische Dienstleistungen und übernimmt Koordinations- und Ausbildungsaufgaben für über dreissig universitäre und assoziierte Bibliotheken.

Direktor: Martin Good

—
2011

4.2 Tätigkeit

4.2.1 Kommission

In den beiden jährlichen Sitzungen sah die Kommission die Rechnung 2010 ein und nahm zum Voranschlag 2012 zustimmend Stellung. Die Kommissionsmitglieder hoben die Qualität des kulturellen Programms, den Abschluss der Rekatalogisierung und die Lancierung der Selbstausleihe in der Mediathek hervor. Zu den wichtigsten behandelten Geschäften gehörten das Aus- und Umbauprojekt und der Erwerb von Lizenzen für die elektronischen Ressourcen. Zudem befasste sich die Kommission mit der Integration der Bibliotheken der PH Freiburg und den Richtlinien über die Zusammenarbeit mit den assoziierten Bibliotheken.

4.2.2.a Direktion und Stabsfunktionen

Der Direktor und die stellvertretende Direktorin nahmen an den Arbeiten folgender Organe und Vereinigungen teil:

- › Association romande des bibliothèques patrimoniales;
- › Vorstand der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken ABF-VFB;
- › Steuerungskomitee für das Projekt E-lib.ch;
- › Kommission der KUB;
- › Kommissionen der dezentralen Bibliotheken an der Universität;
- › Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz «KUB» (der KUB-Direktor war als Revisor des Konsortiums tätig);
- › Schweizerische Konferenz der Kantonsbibliotheken;
- › «Conseil stratégique RERO» und Büro des «Conseil stratégique» (provisorisches Führungsorgan in Hinblick auf eine neue Governance des Verbunds);
- › Switch AAI Advisory Committee;
- › Universität Freiburg / Weiterbildungsstelle (Mitarbeit bei der Durchführung des «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque»).

Das Organigramm der drei Abteilungen der Sondersammlungen wurde revidiert: Aufhebung des «Departements Sondersammlungen und kulturelle Aktivitäten» und interne Fusion der «Abteilung Druckschriften» und der «Abteilung audiovisuelle Medien», um einen neuen Sektor «Freiburger Sammlun-

gen und kulturelle Aktivitäten» zu bilden. Dieser ist direkt der Direktion unterstellt, ebenso wie die Abteilung «Handschriften, Inkunabeln und Archivalien».

4.2.2.b Gebäude, Einrichtungen, Hausdienst, Sicherheit für Personen und Sachen

Unter Leitung des Hochbauamts (s. Ziff. 4.2.11) wurden neben den üblichen Unterhaltsarbeiten mehrere Projekte verwirklicht, insbesondere: Unterhalt und Teilersatz der Klimaanlage (Magazin der wertvollen Bücher usw.) und die erste Etappe der Erneuerungsarbeiten des Gebäudes von 1910 für die nicht vom Ausbauprojekt betroffenen Räume, hauptsächlich in der vollständig renovierten Rotunde (Asphaltboden, Farbanstrich nach alter Art usw.), aber auch in der Eingangshalle, im Hauptlesesaal, im Ausstellungsraum und in der öffentlichen Cafeteria (Auswechslung der Gebläsekonvektoren und der Heizungsverkleidungen).

4.2.2.c Berufsausbildung

2 Personen haben ihre Lehre als Assistent in Information und Dokumentation (AID) abgeschlossen, 4 weitere setzten diese fort. 2 neue AID-Lernende wurden angestellt, davon je einer in Partnerschaft mit der «Bibliothèque de la Ville» in Freiburg und der «Bibliothèque publique et scolaire» in Bulle. Im Rahmen der Fachhochschulausbildung als Spezialist für Information und Dokumentation absolvierten 2 Personen ein Immersionspraktikum, und 2 Personen wurden für Praktika angestellt, je eine für den Master of Advanced Studies in Archival, Library and Information Science der Universität Bern und den Bachelor in Konservierung und Restaurierung der Hochschule für Künste Bern. Der Lernende in Mediamatik setzt seine Ausbildung fort.

Der fünfte Jahrgang des «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque» ging mit der feierlichen Übergabe der Zeugnisse an alle Teilnehmenden (19 Fachpersonen) zu Ende. 5 weitere Personen besuchten einzelne Module. Der sechste Jahrgang hat begonnen.

4.2.2.d Koordination mit der Universität

Das Jahr stand im Zeichen der Ernennung von Prof. Titus Jenny zum für die Bibliotheken zuständigen Vizerektor (Nachfolge Prof. Astrid Epiney). Die Koordinationsgruppe befasste sich insbesondere mit der Finanzplanung 2013–16, dem Voranschlag 2012, der Verwaltung des Kredits «Projekte der Koordinationsgruppe» (Anstellung von Personal), dem Status des künftigen Dokumentationszentrums für Mehrsprachigkeit, dem Fortschritt der Integration des Katalogs des Instituts für Föderalismus und der Erweiterung von Miséricorde.

2011

4.2.2.e Koordination mit den assoziierten Bibliotheken

Die Koordination mit den assoziierten Bibliotheken umfasste die Betreuung von 17 Bibliotheken. Die Bibliothek des Staatsarchivs Freiburg (StAF) trat dem Verbund bei und begann mit der Katalogisierung ihrer Bestände. Die drei Dokumentationszentren der Pädagogischen Hochschule (PH) traten ebenfalls dem Verbund bei, nachdem ihre Kataloge konvertiert und in den RERO-Katalog aufgenommen worden waren. Katalogisierung und Ausleihe sind betriebsbereit. «Grundsätze für die lokale RERO-Koordination durch die KUB» und ein neues Kostenberechnungsmodell wurden erarbeitet und an alle assoziierten Bibliotheken verteilt. Für zwei eventuelle Integrationen wurden Vorberichte verfasst (Schweizerisches Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal 2012 und Franziskanerkloster 2013).

4.2.2.f Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (ABF-VFB)

Die ABF-VFB beteiligte sich weiterhin an der Weiterbildung der Bibliothekare. Sie führte unter ihren Mitgliedern eine Umfrage über die Ausbildungsbedürfnisse durch, um diesen bestmöglich entsprechen zu können. Sie organisierte mehrere Kurse, von denen einige von der EKSD subventioniert wurden; diese unterstützt ebenfalls die Grundkurse, die Kurse für leitende Personen und gewisse Fortbildungskurse. Die ABF-VFB informierte die Gemeinden über die Erhöhung der Grundkurse und der Kurse für leitende Personen und ermutigte sie, die Weiterbildung zu unterstützen. Im Rahmen des Bibliotheksabends bot die ABF-VFB einen Vortrag der Direktorin der Nationalbibliothek über die Zukunft der Bibliotheken und der Bibliothekare an. Die Loterie Romande (LoRo) gewährte einen Unterstützungsbeitrag von 132 750.60 Franken, der vollständig an die Schul- und Gemeindebibliotheken weitergeleitet wurde.

4.2.2.g Veröffentlichungen

Zur Bekanntmachung ihrer Bestände, ihrer Aktivitäten und ihrer Funktionsweise oder im Rahmen von Kooperationen veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- › «Les grands travaux des Mülhauser – Die Grossbaustellen der Mülhauser: Rossens, Schiffenen, Madeleine», Ausstellungskatalog;
- › Set mit 18 Postkarten (Fotos Mülhauser);
- › «La bibliothèque de Castella de Delley. Son histoire et son catalogue» von Alain Bosson, hg. von Silvia Zehnder-Jörg;
- › «Chronique fribourgeoise 2010»;
- › Themenblätter zur Ergänzung des KUB-Prospekts;
- › halbjährlicher elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- › Prospekte Kulturprogramm 2011 und Kulturprogramm 2011/12;
- › Cinéplus-Programme Frühjahr 2011 und 2011/12;
- › «BCU Info», Nr. 65-66.

4.2.2.h Ausbau-, Umbau- und Renovierungsprojekt

Ein Projekt «Organisation et gestion des masses documentaires» wurde lanciert. Dabei sollen bis Ende 2012 Überlegungen angestellt werden über die Organisation und Verwaltung der in Magazinen oder Freihandbereichen aufbewahrten Druckwerke, sowohl der allgemeinen wie auch der historischen Bestände. Diese Überlegungen haben die gegenwärtige Lage zu berücksichtigen und Übergangsphasen einzuplanen, unter anderem im Hinblick auf den absehbaren Platzmangel. Des Weiteren sollen sie als Entscheidungsgrundlage für die Nutzung der im Rahmen des Aus- und Umbaus vorgesehenen zukünftigen Räume dienen, zu ergreifende Massnahmen (Auslagerung, Beseitigung, Räumung usw.) vorsehen und die Planung der künftigen neuen Magazine inkl. deren Einrichtung sowie die Konservierungs- und Sicherheitsbedingungen, unter Berücksichtigung der verfügbaren oder vorzusehenden Personal- und Finanzbedürfnisse, ermöglichen.

Das im Architekturwettbewerb gewählte Projekt wurde gründlich analysiert und eine Zusammenfassung der Vorschläge der KUB für die Detailplanung erstellt. Eine Arbeitsgruppe bereitete die Wahl einer Klassifizierungssystematik für die Freihandbestände vor. Das RFID-System, mit dem der Freihandbereich für die Selbstausleihe ausgestattet werden soll, wurde in der Mediathek erfolgreich getestet und funktioniert zufriedenstellend. Die KUB wirkte an der Erstellung der verschiedenen Subventionsdossiers mit.

4.2.3 Kulturelle Veranstaltungen

4.2.3.a Ausstellungen

- › «Die Grossbaustellen der Mülhauser». 100 Fotografien über den Bau der Stau Mauern von Rossens und Schiffenen sowie der Magdalena-Brücke (19.11.11–10.03.12);
- › «Jacques Devillers (1921-2008), Grafiker des Unsichtbaren». Der Gründer des Atelier Jade war für die grafische Gestaltung von Zeitschriften, Büchern, Schallplattenhüllen, Plakaten und Logos verantwortlich (17.9.2011–05.11.2011);

2011

> «Guy Le Querrec: JAZZ von J bis ZZ» (im Rahmen des FIFF). 72 Fotografien aus den Jahren 1964 bis 2004. Vernissage in Gegenwart des Fotografen (19.03.11–21.03.11);

> «Werner Bischof (1916–1954). Fotograf». Auswahl von 80 klassischen Aufnahmen des berühmten Schweizer Fotografen (26.11.10–05.03.11).

4.2.3.b Veranstaltungen, Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde

> Führungen durch die Ausstellungen «JAZZ von J bis ZZ», «Jacques Devillers, Grafiker des Unsichtbaren» und «Die Grossbaustellen der Mülhauser»;

> «La Revue Durable», Begegnung mit dem Gründer und verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift, Jacques Mirenovicz;

> «L'Association Histoires d'ici» (die ihre ersten Dokumente in der KUB deponiert), Präsentation des Werks «Dans le temps en Gruyère» durch Danielle Aeby und den Verleger Jean-Bernard Repond;

> «Autour de la Revue des deux mondes», Begegnung mit dem Direktor der Zeitschrift, Michel Crépu, Schriftsteller, Literaturkritiker und Chronist;

> «Seislertütsche Aabe. Besonderheiten der Freiburger Dialekte» mit Pascale Schaller und Alexandra Schiesser, Autorinnen des Heftes «Freiburgerdeutsch» der Sammlung «Sprachen und Kulturen»;

> «Hergé, Tintin et la Castafiore. Entre fiction et réalité, une présentation qui réhabilite la cantatrice d'Hergé!» von Frédéric Wandelère;

> «Je dis tu à tous ceux que j'aime», Poesieabend für den Valentinstag, veranstaltet vom Freiburger Schriftstellerverein (FSV);

> «Unterwegs», Dokumentarfilm von Marco Bischof und René Baumann über die drei grossen Reportagen Werner Bischofs im Fernen Osten (Kino Rex);

> «Gepreyßt soll werden das Kunstreiche Werck der Truckerey», über den ersten Freiburger Druck und seine Sprache, mit Walter Haas (im Rahmen der Vorträge des Deutschen Geschichtsforschenden Vereins);

> Das alte Buch in Freiburg, von Alain Bosson und Silvia Zehnder-Jörg.

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde

> Führungen durch die Ausstellungen «Werner Bischof, Fotograf (1916–1954)», «Jacques Devillers, Grafiker des Unsichtbaren», «Die Grossbaustellen der Mülhauser».

4.2.3.c Cinéplus – der Filmclub

Im 34. Jahr von Cinéplus besuchten 1107 (1264) Personen die Vorführungen von 26 (25) bisher nicht gezeigten oder selten zu sehenden Filmen.

4.2.3.d Zusammenarbeit

Mitarbeit an der Website «Notre Histoire.ch».

4.2.4 Abteilung Sondersammlungen: Handschriften, Inkunabeln und Archive

4.2.4.a Schenkungen und Erwerbungen

Aimé Chiffelle, «Journal». Autogr. Ms. 1879–1880; Inkunabel: Bibel. Altes Testament. [Lyon, Guillaume Le Roy, 1479–1480]; Urbar der Zisterzienserabtei La Fille-Dieu. Ms. 15. Jh.; Pierre-Henri Simon, ««Sagesse» de Paul Verlaine». Autogr. Ms. 20. Jh.; Guillaume de Techtermann, Entwurf des «Municipale». Autogr. Ms. Ende 16. Jh.; Dokumente über Paul Ducotterd (1898–1957), Missionar in China; handschriftlichen Dokumente des Paters Jean de Menasce (1902–1973); Archiv der Keramikfreunde der Schweiz; Papiere Charles Jauquier (1920–1998); 1 handschriftlicher Brief des hl. Franz von Sales an Sebastian Werro, 12.8.1598 (Ankauf); 2 Zeichenhefte von Charles de Castella (1737–1823), 1789 und 1796 (Ankauf); Presseauszüge zum Tod von Georges de Montenach († 1925); Papiere Jean Crotti/Gian-Carlo Bertoli; handschriftlichen Dokumente von Mgr Hubert Savoy (1869–1951) (Ankauf); Sammlung von Totenbildchen und Todesanzeigen, 19.-21. Jh.; Gebetbuch. Ms. 17. Jh.; François-Joseph de Lagrange-Chancel, «Les Philippiques». Ms. 18. Jh.; Ernest Duvillard, «Récits de voyages». Autogr. Ms. 1867–1868 (Ankauf); Goldenes Buch des Informationspavillons von Courgevaux (Autobahnbüro). Ms. 1991–1996.

4.2.4.b Erschliessung

Klassierung der Neuzugänge: L 2137–2152; Z 310–311; Papiere Charles Jauquier (1920–1998); Papiere Bernard Sansonnens (1952–2000); Familienarchiv de Castella de Delley.

4.2.4.c Restaurierungen

Ms. L 320: Petrus Riga, Aurora, 14. Jh. (2. Und letzte Phase); Ms. L 383/10: Sammelband mit Texten des 15.–16. Jh.; Ms. L 25: Anerkennnisse für Jehan IV d'Estavayer, Ende 14. Jh.

2011

Familienarchiv de Castella de Delley: verschiedene Dokumente, darunter ein Stammbaum von 1779.

4.2.4.d Mikroverfilmung / Digitalisierung

Digitalisierung der Zeichnungen von Charles de Castella (1737–1823) und des Ms. L 509 (Teil).

4.2.4.e Zusammenarbeit und weitere Aktivitäten

- > Ausstellung zum 20-jährigen Bestehen des Jazzklubs «La Spirale», Grangeneuve;
- > Ausstellung «Meisterwerke des frühen Buchdrucks. Inkunabeln aus der Kantonsbibliothek Thurgau», 28. August 2011–29. Januar 2012, Kartause Ittingen.

4.2.5 Abteilung Sondersammlungen: Druckschriften

4.2.5.a Erwerbungen

	2011	2010
Monografien (total)	1347	1938
Pflichtabgabe	332	723
Abschlussarbeiten UNI + FH	372	589
Ankäufe	361	626
Schenkungen	282	589

555 (503) Plakate und 7 (21) geografische Karten wurden erworben.

Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe	2011	2010
Eingegangene Faszikel	1701	1368
Neue Zeitschriftentitel	72	46

4.2.5.b Freiburger Bibliografie (FB)

Jährliche Erschliessung	2011	2010
Aufnahmen mit FB-Indexierung	756	2877
Druckschriften	420	603
Audiovisuelle Dokumente	217	1365
Analytische Aufnahmen	119	909
Leitaufnahmen	246	499
Total der Aufnahmen:	34 247	33 491

Die teilweise stark zurückgegangenen Zahlen erklären sich durch mehrere längere Abwesenheiten (lange Krankheiten und Arbeitsbeginn der neuen Verantwortlichen zu 100 % erst im April).

4.2.5.c Erschliessung und Benutzung

Die Benutzung des Lesesaals für Sondersammlungen präsentiert sich wie folgt: 1966 (2572) Dokumente, davon 465 (1091) Handschriften, wurden eingesehen, und 749 (745) Besuche, davon 195 (343) für Handschriften, wurden registriert. Im Rahmen der Katalogisierung alter Drucke wurden 423 (643) Titel bzw. 623 (716) Bände katalogisiert, davon 304 Titel der Bibliothek de Castella de Delley. Die Erarbeitung des Katalogs «La bibliothèque de Castella de Delley» (erschienen am 25.11.2011) verursachte einen grossen Arbeitsaufwand für die Katalogisierung.

4.2.5.d Konservierung und Buchbinderei

	2011	2010
Einbände	360	421
Broschüren	200	350
Reparaturen beschädigter Bände	204	284
Behälter (Herstellung und Reparatur)	96	neue Rubrik
Passe-Partouts	171	44
Restaurierungen	64	neue Rubrik
Ausstellungen (Auf- und Abbau in Arbeitsstunden)	215	neue Rubrik

Die Buchbinder arbeiteten an der Verwaltung der Zeitungen und Zeitschriften im Lesesaal (Rotunde) mit. Zudem waren sie für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme zuständig: 370 (349) Bestellungen mit insgesamt 5981 (5847) Fotokopien sowie 33 (31) Bestellungen von Kopien vollständiger Ausgaben von Freiburger Zeitungen und 15 Bestellungen (keine Angabe für 2010) von Scans alter Bücher wurden bearbeitet.

Die Mikroverfilmung der wichtigsten Freiburger Zeitungen des laufenden Jahres wurde gemäss den Richtlinien des Fachbereichs Kulturgüterschutz im Bundesamt für Bevölkerungsschutz vorgenommen. Eine Auswahl Freiburger Zeitschriften («Freiburger Volkskalender», «Annales fribourgeoises») und alter Freiburger Drucke wurde digitalisiert (26 249 Seiten).

4.2.5.e Veranstaltungen und Zusammenarbeit

- > Ausleihe alter Freiburger Drucke für die Ausstellung des Museums für Kunst und Geschichte Freiburg (MAHF) «Jagd, von Menschen, Tieren und Sagen» vom 22.10.2010 bis 27.02.2011.
- > Ausleihe alter Freiburger Drucke für die Ausstellung des Gutenberg-Museums «Schiffenensee – das versunkene Saanetal» vom 14.09.2011 bis 31.11.2011.
- > Ausleihe von Dokumenten und Mitwirkung an der Ausstellung im Sensler Museum «Humor los?!» vom 14.05.2011 bis 13.08.2011.

2011

- > Mitwirkung am Projekt e-rara durch die Überlassung von 36 Dokumenten (10 684 Seiten) an die Bibliothèque de Genève für die Digitalisierung.
- > Mitwirkung am Digitalisierungsprojekt der «Gazette de Berne» durch die Universitätsbibliothek Bern (Ausleihe von 9 Exemplaren von 1770 bis 1797).
- > Veröffentlichung von Alain Bosson, «La bibliothèque de Castella de Delley: son histoire et son catalogue.» Freiburg, KUB, 2011. Vernissage am 25. November 2011.

4.2.6 Abteilung Sondersammlungen: audiovisuelle Dokumente

4.2.6.a Erwerbungen

Audiovisuelle Dokumente (Pflichtabgaben)	2011	2010
Tondokumente	205	141
Videodokumente	49	45
CD-ROMs	3	0
Total	257	186

Audiovisuelle Kulturgüter	2011	2010
Tondokumente	104	41
Videodokumente	36	43
Total	140	84

Die Fotosammlung wurde erweitert um den Fonds Albin Carrel, Polizist in Tafers (772 Negative), Fotografien der FEW (291) und eine Reportage über den «Espace Boxal» vor dem Abriss von Primula Bosshard; die Postkartensammlung wuchs um 2065 Stücke (151). Insgesamt 1969 Fotos – aus den Fonds Mülhauser, Bernard Daguét, FEW-Groupe E, Louis Jaeger – wurden digitalisiert und teilweise katalogisiert. Die Archivierung des Fonds Mülhauser und die vollständige Inventarisierung der Fonds Rast, Thévoz und CIRIC sowie der Postkartensammlung laufen weiter. Zudem wurden die Fonds Schwaller, Bernard Daguét, Albin Carrel, Louis Jaeger, FEW-Groupe E, de Zurich, Chopard und CASM erfasst und inventarisiert.

Die Sammlung Freiburger Plakate wurde mit 97 (8) alten Plakaten – hauptsächlich jene des Théâtre des Osses – ergänzt, und 140 (104) Plakate wurden digitalisiert.

Aus konservatorischen Gründen wurden 335 (524) Dokumente übertragen oder kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 850 (1120) Stunden genutzt.

4.2.6.b Benutzung

650 (669) Bilddokumente aus den Archiven wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturinstitutionen und Privatpersonen genutzt.

4.2.7 Informatikabteilung

Wichtigste Projekte:

- > Migration zur Virtua-Version 2010.4;
- > Digitalisierter alter Zettelkatalog: Abschluss der Retrokonversion;
- > Beteiligung an der Einführung der RFID-Technologie in der Mediathek;
- > Beteiligung an der Digitalisierung und Veröffentlichung mehrerer Freiburger Dokumente;
- > Umfangreiches Engagement im Rahmen einer Strategieentwicklung im Bereich der elektronischen Bibliothek;
- > Beteiligung an der Evaluation eines neuen OPAC RERO.

4.2.8 Erwerbungsabteilung

4.2.8.a Statistik

Erworbene Dokumente	2011	2010
Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	14 885	12 277
Ankäufe aus dem Budget der Universität	19 475	16 736
Ankäufe aus Sonderkrediten	922	685
Schenkungen	3292	3288
Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Dokumente)	1388	1660
Tausch	455	531
Deposita	365	355
Zeitschriften: neue Abonnemente	185	79
Zeitschriften: Sonderhefte	347	416
Total	41 314	36 027
Zeitschriften		
Abonnierte Printzeitschriften	5032	4984
Elektronische Zeitschriften (Titel)		
über das Konsortium abonnierte Titel	12 344	9665
ausserhalb des Konsortiums abonnierte Titel	780	723
nachgewiesene unentgeltliche Titel	32 000	26 812
Datenbanken (CD-ROMs und online)	398	394

2011

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 24 055 Faszikel.

4.2.8.b Erwerb elektronischer Angebote

Die KUB setzte ihre Mitarbeit im Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort, das sich eine koordinierte Versorgung der Hochschulen mit elektronischer Information zu günstigen finanziellen Bedingungen zum Ziel gesetzt hat. Die meisten der 10 000 Zeitschriften, die auf dem Campus und im Gebäude der KUB online zur Verfügung stehen, sind über das Konsortium abonniert. Insbesondere beteiligte sich die KUB an einem Konsortiumsvertrag für folgende Produkte: ArtStor, Physik Online, Thieme Bilddatenbank Anatomie, Benezit Dictionary of Artists. In Zusammenarbeit mit anderen Westschweizer Universitäten erwarb sie die digitale Sammlung «The Making of the Modern World II» und die Datenbanken Europresse, International Aristotle Bibliography Euromonitor und Communication Abstracts. Zudem erwarb sie die E-Books folgender Sammlungen: Bibliothèque des lettres (Garnier), Brockhaus Duden Nachschlagewerke, Biblioteca Italiana Zanichelli und Blackwell Reference Online.

4.2.8.c Buchbinderei

Von externen Unternehmen gebundene Bände: 8733 (8627).

4.2.9 Katalogisierungsabteilung

4.2.9.a Formalkatalogisierung

Bände	2011	2010
Neuaufnahmen	52 375	42 091
Rekatalogisierung	189 016	95 824
Verschiedene	5384	7853
Total KUB	246 775	145 768
Assoziierte Bibliotheken	105 597	13 767
Total	352 372	159 535

4.2.9.b Sachkatalogisierung

	2011	2010
Von der KUB bearbeitete Bände	16 863	15 776
Von einer anderen Bibliothek bearbeitete Bände	76 481	34 508
Nicht erschliessbare Bände	235 314	77 896
Leitaufnahmen	3329	3600
Total	331 987	131 780

Die Universitätsbibliothekare leisteten 5 % (17 %) der Formalkatalogisierung und 43 % (40 %) der Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheks-

verbund (RERO) wurden 44 % (51 %) der Formalkatalogisierung bzw. 82 % (69 %) der Sachkatalogisierung für die Bände der KUB bereits von den anderen Partnern geleistet, wenn man nicht erschliessbare Titel und Leitaufnahmen ausser Betracht lässt.

Was die assoziierten Bibliotheken betrifft, ist die Integration der Bestände der PH in RERO zu erwähnen, was 78 665 Bänden entspricht.

Der lokale RERO-Katalog der KUB umfasst 1 618 239 (1 353 306) Aufnahmen, denen 2 262 225 (1 936 921) Bände entsprechen.

4.2.9.c Rekatalogisierung

Die Bearbeitung der Bestände der Bibliothek der Abteilung für Mathematik (MATH) und des Seminars für Allgemeine Linguistik (SLG) ist abgeschlossen. Zur laufenden Rekatalogisierung und den verschiedenen Arbeitsvorgängen ergeben sich folgende Zahlen:

- > in der Zentrale 186 533 Bände (85 631), davon 178 187 durch einen Dienstleister;
- > in der Universität 2 483 Bände (10 193).

Von 1985 bis 2011 wurden 947 142 Bände rekatalogisiert, davon 189 016 im Berichtsjahr (95 824).

Der erwähnte Dienstleister erfasste 2010 und 2011 die 207 909 unbearbeiteten Zettel des alten, 1984 abgebrochenen Katalogs, der mehr als 1 Million Zettel umfasste. Seit der Rekatalogisierung des letzten Zettels im Oktober ist dieses hundertjährige Werkzeug – inkl. der digitalisierten Online-Version – überholt.

2011

4.2.10 Benutzungsabteilung

4.2.10.a Statistik

Dokumente:	2011	2010
Heimausleihe inkl. Mediathek	366 221	329 675
<i>davon Mediathek allein</i>	<i>102 890</i>	<i>85 311</i>
Ausleihe in den Lesesaal	5512	14 537
Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität	72 501	71 984
Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	9772	9916
Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	9765	9683
Versand bestellter Fotokopien	1114	1076
Eingang bestellter Fotokopien	519	399
Total	465 404	437 270
Versand bestellter Kopien von Freiburger Zeitungen	398	362
Bearbeitung der Bestellungen per E-Mail	4948	neue Rubrik
Zahl der WLAN-Zugänge durch nichtuniversitäres Publikum	2357	neue Rubrik

4.2.10.b Nutzung der elektronischen Angebote

In den über das Konsortium abonnierten Zeitschriften wurden mehr als 196 000 (209 000) Artikel in 25 Zeitschriftenpaketen konsultiert. In den 398 (394) von der KUB abonnierten Online-Datenbanken wurden mehr als 266 000 (285 000) Recherchen vorgenommen.

4.2.10.c Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale veranstaltete 56 (45) Führungen und Kurse für Bibliotheksbenutzung und Bibliografieren, an denen insgesamt 576 (507) Personen teilnahmen. Mehr als 750 (750) Studierende nutzten das in das Universitätsstudium integrierte Programm.

4.2.11 Logistikabteilung

4.2.11.a Verwaltung der Magazine, Lieferung und Vervielfältigung von Dokumenten

Über die laufenden Geschäfte hinaus (s. Ziff. 4.2.10a für die Statistik) lancierte die Abteilung das Projekt OGD (s. Ziff. 4.2.2.h).

4.2.11.b Ausrüstung der Dokumente

Dokumente	2011	2010
Etikettierte Bände	55 965	63 050
Mit Magnetstreifen versehene Bände	19 739	21 256
Mit RFID-Chips versehene Bände	59 500	neue Rubrik

Die Ausrüstung der Dokumente mit dem neuen, auf der RFID-Technologie beruhenden Verwaltungssystem begann für die Dokumente der Mediathek und der öffentlichen Bereiche (Sicherung gegen Diebstahl, Selbstausleihe der Dokumente usw.). Die Produktion der Etiketten der Abteilung für Altdrucke wurde informatisiert.

4.2.11.c Spedition, Transporte, Umzüge

4944 Pakete (4521) wurden versandt. Neben den regelmässigen Transporten für die Bibliotheken an der Universität und für die assoziierten Bibliotheken wurden zahlreiche Sondertransporte durchgeführt.

4.2.11.d Infrastrukturen und Materialzentrale

Die CampusCard ist nun von den Nutzern als elektronische Geldbörse verwendbar. Die neuen RFID-Geräte wurden installiert (Sicherheitsschleuse, Chips für Ausleihe und Verbuchung usw.). Das analoge Telefonfestnetz wurde vollständig ersetzt durch das digitale VoIP-System und die mobile Telefonie über das GSM-Netz.

4.2.12 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Zu den Aktivitäten von Constellation (Gruppe der Verantwortlichen der Bibliotheken an der Universität) gehörten die Vorbereitung von vier Vollversammlungen (zwei mit den für die Bibliotheken zuständigen Vizerektoren, zwei mit den KUB-Kadern), die Schaffung eines Dokuments zur Vorstellung der Dokumentationseinheiten für neue Professoren, die Einführung des BibUp (vom NTE-Zentrum der Universität entwickelte Gratis-App, dank der man über ein iPhone die ISBN-Codes von Büchern oder Textteile scannen kann, um sie nach dem Download aus dem Internet in eine schriftliche Arbeit einzufügen) in einigen Testbibliotheken, die Vorbereitung einer Umfrage unter den Studierenden (vorgesehen für das Frühjahr 2012). Ein Projekt für die Anpassung der Informatikeinrichtungen wurde lanciert. Das Rektorat gewährte einen Weiterbildungskredit für Constellation. Anlässlich der Internationalen Open-Access-Woche veröffentlichte und verbreitete die dazu geschaffene Arbeitsgruppe zwei Wegleitungen.

5. Konservatorium

5.1 Aufgaben

Das Konservatorium bietet Gesangs- und Instrumentalunterricht sowie Tanz- und Schauspielunterricht auf Amateurstufe und im Rahmen der berufsvorbereitenden Ausbildung an. Dieser Unterricht wird an verschiedenen dezentralen Unterrichts-orten in den Bezirken angeboten.

2011

Direktor: *Giancarlo Gerosa*

5.2 Tätigkeit

5.2.1 Kommission des Konservatoriums

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie genehmigte die Rechnung 2010 und fällte einen positiven Vorentscheid für den Voranschlag 2012. Daneben behandelte sie folgende Themen: berufsvorbereitende Ausbildung, Förderprogramm «Sport-Kunst-Ausbildung», Bauprojekt des neuen Gebäudes für den Tanz- und Schauspielunterricht, Schuljahresbeginn 2011/12.

5.2.2 Einteilung nach Unterrichtsfach

Die Angaben stammen aus der Statistik von Oktober 2011.

Schauspielunterricht

- › Abteilungsleiter: Yann Pugin; Schüleranzahl 47; Aufteilung nach Stufe: Einführungskurs I, II, III 23; Amateurzertifikate I, II, III 18; Vorstudienzertifikate 6; Anzahl Lehrpersonen: 10; Unterrichtsort: Freiburg.

Holzblasinstrumente

- › Abteilungsleiter: Christophe Rody; Anzahl Kurse 865: Blockflöte 211, Querflöte 298, Klarinette 163, Saxophon 140, Oboe 33, Fagott 20; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 520, Mittelstufe 199, Sekundarstufe 85, Amateurzertifikate 43; Vorstudienzertifikate 6; Anzahl Lehrpersonen: Blockflöte 14, Querflöte 12, Klarinette 6, Saxophon 6, Oboe 1, Fagott 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 24 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Gesang

- › Abteilungsleiter: Nicolas Pernet; Anzahl Kurse 190; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 90, Mittelstufe 44, Sekundarstufe 30, Amateurzertifikate 13; Vorstudienzertifikate 3; Anzahl Lehrpersonen: 9; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

Streichinstrumente

- › Abteilungsleiter: Pierre-Bernard Sudan; Anzahl Kurse 425: Geige 311, Cello 99, Bratsche 7, Kontrabass 8; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 229, Mittelstufe 105, Sekundarstufe 53, Amateurzertifikate 24; Vorstudienzertifikate 4; Anzahl Lehrpersonen: Geige 15, Cello 4, Bratsche 1; Kontrabass 1; Unterrichtsorte: Geige (Bulle, Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Freiburg, Düdingen, Murten, Romont, Villars-sur-Glâne, Wünnewil); Bratsche (Freiburg); Cello (Bulle, Freiburg, Murten, Wünnewil); Kontrabass (Freiburg).

Blechblasinstrumente

- › Abteilungsleiter: Laurent Carrel; Anzahl Kurse 587: Trompete 380, Euphonium 69, Tuba 12, Horn 25, Posaune 47; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 318, Mittelstufe 174, Sekundarstufe 74, Amateurzertifikate 13; Vorstudienzertifikate 5; Anzahl Lehrpersonen: Trompete 15, Tuba und Euphonium 3, Horn 2, Posaune 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 41 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Tanz

- › Abteilungsleiterin: Corinne Held; Schülerzahl 67; Aufteilung nach Stufe: Amateurzertifikate 52; Vorstudienzertifikate 12; Anzahl Lehrpersonen: 5; Unterrichtsort: Freiburg.

Gitarre

- › Abteilungsleiterin: Jacqueline Sudan; Anzahl Kurse 429; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 297, Mittelstufe 85, Sekundarstufe 35, Amateurzertifikate 7; Anzahl Lehrpersonen: 13; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

Jazz

- › Abteilungsleiter: Christophe Tiberghien; Anzahl Kurse 410: Klavier 135, Gitarre 94, Schlagzeug 90, Keyboard und Synthesizer 30, Gesang 28, Bassgitarre 12, Klarinette und Saxophon 12, Blechblasinstrumente 6, Kontrabass 3; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 226, Mittelstufe 101, Sekundarstufe 35, Amateurzertifikate 18; Vorstudienzertifikate 5; Anzahl Lehrpersonen: 16; Unterrichtsort: Freiburg.

Klavier

- › Abteilungsleiter: Philippe Morard; Anzahl Kurse 1346; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 828, Mittelstufe 274, Sekundarstufe 144, Amateurzertifikate 45; Vorstudienzertifikat 4; Anzahl Lehrpersonen: 51; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 33 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Weitere Unterrichtsfächer

- › Akkordeon: Anzahl Kurse 41; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 22, Mittelstufe 11, Sekundarstufe 6; Amateurzertifikate: 2; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- › Cembalo: Anzahl Kurse 4; Aufteilung nach Stufe: Mittelstufe 4; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- › Musiklehre und Gehörbildung: Grundausbildung und Amateurkurse: Anzahl besuchte Kurse 76; Aufteilung nach Stufe: Stufe I 19; Stufe II 19; Stufe III 14; Stufe IV 15; Stufe V 9;

2011

berufsvorbereitende Ausbildung: Anzahl besuchte Kurse 23, Aufteilung nach Stufe: Stufe I: 4; Stufe II: 9; Stufe III: 10; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

> Chorleitung: Amateurzertifikatsstufe, Anzahl besuchte Kurse 8; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

> Blasmusikleitung: berufsvorbereitende Ausbildung, Anzahl besuchte Kurse 10; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsort: Freiburg.

> Musikalische Früherziehung: Anzahl besuchte Kurse: 172; Aufteilung nach Unterrichtsfach: Musikalische Früherziehung 53, Rhythmik Jaques Dalcroze 68, Orff-Methode 51; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

> Orgelimprovisation: Anzahl Kurse 9; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 5, Mittelstufe 3, Sekundarstufe 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

> Orgel: Anzahl Kurse 14; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 10, Amateurzertifikate 4; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

> Klassisches Schlagzeug: Anzahl Kurse 77; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 45, Mittelstufe 23, Sekundarstufe 7, Amateurzertifikate 2; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

5.2.3 Einteilung nach Stufe

Unterstufe 2611 (2611); Mittelstufe 1030 (1064); Sekundarstufe 477 (455); Amateurzertifikat 176 (212); Vorstudienzertifikate 62 (80).

5.2.4 Einteilung nach Alter und Geschlecht

> 2395 (2549) Lektionen wurden von Schülerinnen unter 18 Jahren besucht;

> 1343 (1432) Lektionen wurden von Schülern unter 18 Jahren besucht;

> 791 (755) Lektionen wurden von Schülerinnen über 18 Jahre besucht;

> 568 (569) Lektionen wurden von Schülern über 18 Jahre besucht.

5.2.5 Abgegebene Zertifikate

> 36 (24) Amateurzertifikate: Schauspiel, Gesang, Klarinette, Ballett, Chorleitung, Euphonium, Blockflöte, Querflöte, Gi-

tarre, Bassgitarre, Klassisches Schlagzeug, Klavier, Saxophon, Trompete, Geige, Cello.

> 5 (5) Vorstudienzertifikate: Gesang, Tanz, Klavier, Saxophon.

5.2.6 Prüfungen

Während des Schuljahres 2010/11 wurden 1102 Prüfungen in 3 Gebieten durchgeführt (Musik, Schauspiel und Tanz).

Musik

1024 Prüfungen mit folgender Verteilung: Eintritt Mittelstufe: 509; Eintritt Sekundarstufe: 261; Eintritt in Zertifikatsklasse: 69; Zwischenprüfungen für Amateurzertifikate: 50; Musiklehre und Gehörbildung (Schlussexamen), Amateurzertifikate: 24; Schlussexamen (Amateurzertifikate): 31 (4 Gesang, 2 Klarinette, 2 Chorleitung, 2 Blockflöte, 3 Querflöte, 1 Bassgitarre Jazz, 2 Gitarre, 1 Klassisches Schlagzeug, 5 Klavier, 3 Saxophon, 4 Trompete, 2 Cello).

Schauspiel

35 Prüfungen mit folgender Verteilung: Eintrittsprüfungen Amateurzertifikat 9; Übertrittsprüfungen Amateurzertifikat 8; Schlussprüfungen Amateurzertifikat 4; Aufnahmeprüfungen in Vorberufsstufe: 14 (6 Aufnahmeprüfungen).

Tanz

43 Prüfungen mit folgender Verteilung: Grund- und Amateurunterricht 9 (Eintritt Mittelstufe: 2; Eintritt Sekundarstufe: 5; Eintritt in Amateurklasse: 1; Schlussprüfung Amateurzertifikate: 1); berufsvorbereitender Studiengang 34 (Aufnahmeprüfungen: 5; Eintritt Sekundarstufe: 3; Eintritt in Zertifikatsstufe: 6; Zwischenprüfungen: 19, Schlussprüfungen: 1).

5.2.7 Lehrpersonal und neue Studiengänge

Im Schuljahr 2010/11 erteilten die 194 (193) Lehrpersonen (113 Vollzeitstellen) im Durchschnitt wöchentlich 2947 (2934) Unterrichtsstunden. Das Konservatorium wird im Rahmen des Schwerpunktfachs Musik auch von Studierenden der Kollegien besucht (Kollegium Sankt Michael, Kollegium Hl. Kreuz und Kollegium des Südens). Die Lehrpersonen der Musikschule erteilten zudem unter anderem den Studierenden des Konservatoriums Lausanne-Standort Freiburg sämtliche Kurse im Zweitinstrument und im Hauptfach für den Studiengang Schulmusik.

5.2.8 Kulturelle Aktivitäten

Der Jahresablauf am Konservatorium ist für Eltern und Musikliebhaber geprägt durch mehrere hundert Vortragsübungen (300 im Schuljahr 2009/10, 180 Vortragsübungen in Granges-Paccot und 120 in den Aussenstellen) und öffentliche Konzerte. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

2011

- > 21. Januar, Lehrerkonzert und Film, Thema: Le Ladakh, mit Jean-Claude Charrez und Olivier Lattion, Klavier, Guy-Philippe Ayer, Synthesizer;
 - > 4. und 5. Februar, Konzert der Schüler des gemeinsamen Ateliers der Gesangsklassen, Leitung: Romy Rudolf von Rohr, Monique Volery, Marie-Françoise Schuwey;
 - > 12. Februar, Lehrerkonzert mit Bruno Luisoni, Oboe, Stéphanie Mooser, Horn, Olivier Lattion, Klavier;
 - > 2. April, Tag der offenen Tür in Bulle;
 - > 9. April, Konzert im Rahmen der 25-Jahr-Feier des Jazzklubs «La Spirale» mit Paolo Fresu, Trompete, Ralph Towner, Gitarre;
 - > 24. September, Kongress ESTA Schweiz (European String Teachers Association), Thema: «Une pédagogie du violon, de la méthode à la liberté d'expression»;
 - > 8. September, Lehrerkonzert mit François Theis, Geige, Matthias Clausen, Klavier;
 - > 4. Dezember, Konzert mit Thomas Grossenbacher, Cello, Keiko Tamura, Klavier.
- 5.2.9 Pädagogisches
- Im Schuljahr fanden zahlreiche pädagogische Treffen und Weiterbildungsprogramme statt. Diese Aktivitäten gaben den Schülern und der Lehrerschaft Gelegenheit, ihre Ausbildung in folgenden Bereichen zu verbessern:
- > 5. Februar, Meisterkurs mit Etienne Crausaz, Tuba;
 - > 8. Februar, Meisterkurs mit Claude-Alain Barmaz, Trompete;
 - > 21. und 22. Februar, Meisterkurs mit Finghin Collins, Klavier, in Zusammenarbeit mit dem Orchestre des Jeunes de Fribourg;
 - > 9. April und 28. Mai, Meisterkurs mit Thomas Grossenbacher, Cello;
 - > 17. Juni, Meisterkurs mit Cyril Regamey, Schlagzeug und Rhythmik, Jazz;
 - > 30. August, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Streichinstrumente mit Haïda Housseini, Thema: «écouter autrement»;
 - > 30. August, Weiterbildung für alle Lehrpersonen mit Dr. Florian Lang, Thema: «Les troubles de l'ouïe chez les musiciens, acouphène et prévention»;
 - > 31. August, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Klavier, mit Jean-Claude Charrez, Thema: «La musique contemporaine»;
 - > 1. September, Weiterbildung für alle Lehrpersonen mit Mattia Piffaretti, Thema: «Aspects mentaux dans l'approche musicale, apports pratiques de la psychologie du sport»;
 - > 2. September, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Blechblasinstrumente mit Anne Vuistiner de Sybourg, Thema: «Professeur, élève, un duo complice»;
 - > 2. September, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Streichinstrumente mit Noémie Robidas, Thema: «Renouveler sa boîte à outils pédagogiques, motivation, créativité, improvisation»;
 - > 31. Oktober, Weiterbildung für die Lehrpersonen Jazzabteilung mit John Abercrombie, Gitarre;
 - > 19. November, Meisterkurs mit Laurent Estoppey, Saxophon;
 - > 11., 12., 18. und 19. November, Meisterkurs mit Michel Brodard, Gesang;
 - > 10. und 24. September, 8. Oktober, 5. und 26. November, 3. Dezember, Meisterkurs für die Gesangsschüler mit Monique Deléglise, Thema: «L'expression corporelle».
- 5.2.10 Einführung des Studiengangs für die berufsvorbereitende Ausbildung (Klassik und Jazz)
- Der Grosse Rat nahm im März 2009 die Gesetzesänderung über die kulturellen Institutionen an. Das Konservatorium bietet also neu einen instrumentalen und vokalen Unterricht, Schauspielkunst und Ballettunterricht auf Amateur- und Vorberufsstufe. Im Mai 2010 wurden die beiden Lehrpläne der berufsvorbereitenden Ausbildung (Klassik und Jazz) genehmigt. Sie traten am 1. September 2010 in Kraft. Am Ende des Schuljahres 2010/11 konnte das Konservatorium zum ersten Mal die Vorstudienzertifikate in den Studiengängen Musik, Tanz- und Schauspielunterricht überreichen.
- 5.2.11 Neues Gebäude für den Tanz- und Schauspielunterricht

Im Juni 2010 bewilligte der Staatsrat die Erweiterung des Konservatoriums für den Tanz- und Schauspielunterricht. Zurzeit

2011

wird dieser Unterricht in der Villa Gallia, Pérolles erteilt. Die zuständige Baukommission traf sich zu 8 Sitzungen. Die Bauarbeiten werden im Februar 2012 beginnen mit dem Ziel, das neue Gebäude für den Schulanfang 2013/14 zu übergeben.

5.2.12 Information und Kommunikation

Die Internetseite des Konservatoriums wurde neu gestaltet, um den Bedürfnissen der Besucher noch gerechter zu werden. Sie wurde von 60 000 Besuchern angewählt. Das Bulletin des Konservatoriums wird zweimal pro Jahr mit je 5000 Exemplaren herausgegeben. Im Dezember erhielten die Freiburger Gemeinden zudem ein Dokument, in dem die Organisation und der Betriebsablauf des Konservatoriums präsentiert werden.

6. Museum für Kunst und Geschichte

6.1 Aufgaben

Das Museum für Kunst und Geschichte (MAHF) bietet der Öffentlichkeit sowie Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Forschenden einen Einblick in das künstlerische und historische Kulturgut des Kantons und in verschiedene frühere und zeitgenössische Gestaltungsformen im Bereich der visuellen Künste. Zudem sorgt es für die Vervollständigung, Bestandsaufnahme und Konservierung der Kunst- und historischen Sammlung des Staates.

Direktorin: Verena Villiger Steinauer

6.2 Tätigkeit

6.2.1 Kommission

Die Kommission und ihr Ausschuss traten zweimal zusammen. Sie prüften die Jahresrechnung 2010 und verabschiedeten den Voranschlag 2012.

6.2.2 Personal

Temporäre Anstellung von sieben Zivildienstleistenden und drei wissenschaftlichen Assistentinnen, die an der Vorbereitung von Ausstellungen und der Neuinventarisierung der Sammlung mitarbeiteten. Zwei Universitätsstudierende absolvierten sechsmontatige museologische Praktika, drei Studierende dreiwöchige Praktika.

6.2.3 Wechselausstellungen und Dauerausstellung

Chasse – Jagd. Von Menschen, Tieren und Sagen (22. Oktober 2010 – 27. Februar 2011) / Passage – J-Marc Schwaller & Marcel Mathys (6. Mai – 14. August) / Skulptur 1500 – Freiburg im Herzen Europas (14. Oktober 2011 – 19. Februar 2012).

Die erwähnten Ausstellungen, die Dauerausstellung und die Veranstaltungen wurden von insgesamt 13 702 (14 587) Personen besucht, darunter 174 (136) Schulklassen mit 2914 (2105) Schülerinnen und Schülern; in der Museumsnacht (28. Mai) kamen 1003 (1248) Personen ins Museum. Tagesdurchschnitt von 44 (47) Besucherinnen und Besuchern.

6.2.4 Führungen

Insgesamt fanden 95 (84) Führungen durch die Dauerausstellung und die Wechselausstellungen statt (inkl. «Kultur nach Jahreszeiten», s. unten).

«Kultur nach Jahreszeiten»: Im Wechsel der Jahreszeiten lädt das MAHF an vier Sonntagen pro Jahr zur (Wieder-)Entdeckung seiner Dauerausstellung ein. Während des Besuchs finden Kreativateliers für Kinder statt.

6.2.5 Vorträge und Konzerte

Insgesamt wurden 39 (45) Vorträge gehalten (inkl. die «Entdeckungen von 6 bis 7», s. unten).

«Entdeckungen von 6 bis 7»: Monatliche Vorstellung eines Werkes der Museumssammlung am frühen Abend. Für das Publikum wurden zehn Vorträge von Fachleuten mit anschliessender Diskussion organisiert.

«Geschichte des einheimischen Kinos»: In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Filmfestival Freiburg führten die Société d'histoire du canton de Fribourg und das MAHF einen regionalgeschichtlichen Zyklus, d. h. 6 Abende und 12 Vorträge, über den Film als Medium des 20. Jahrhunderts durch.

«Schreibwerkstatt» mit François Jolidon im Oberlichtsaal (5 Sitzungen à 2,5 Stunden).

Im Lapidarium waren 11 (5) Konzerte von verschiedenen Musikformationen zu hören.

6.2.6 Vollständige Neuinventarisierung der Museumssammlung; neue Depots

Die Inventarisierung und Konservierung (Depots) der Sammlung des MAHF (2008–13) ist im Gang. Im Berichtsjahr wurden 6525 (9161) Werke/Objekte inventarisiert.

6.2.7 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das MAHF setzte seine Tätigkeit in der trinationalen Arbeitsgruppe «Sculpture médiévale dans les Alpes» (Mittelalterliche Plastik im Alpenraum – Italien / Frankreich / Schweiz) fort.

2011

Folgende Publikationen veröffentlichte das MAHF unter Leitung oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden: *Chasse – Des hommes, des bêtes, des fables / Passage* – J-M Schwaller & Marcel Mathys / *Sculpture 1500 – Fribourg au cœur de l'Europe / Skulptur 1500 – Freiburg im Herzen Europas / Die Freiburger Skulptur des 16. Jahrhunderts, Herstellung, Funktion und Auftraggeberschaft.*

Sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien) sind erschienen (97 Blätter seit 1997).

Mehrere von den Mitarbeitenden des MAHF verfasste Beiträge über die Museumssammlung wurden in Zeitschriften publiziert.

Eine Masterarbeit über die Geschichte des MAHF wurde abgeschlossen, drei weitere sind in Arbeit (Universität Neuenburg).

6.2.8 Website

Die Website des MAHF verzeichnete 66 439 Besuche. Sie ermöglicht unter anderem, eine ständig wachsende Zahl von Werken aus der Sammlung, derzeit 1162 Objekte (928), zu konsultieren.

6.2.9 Schenkungen

Malerei: Monique de Castella de Delley: Unbekannt, Parade des Regiments Castella, 2. Hälfte 18. Jh., Öl auf Leinwand.

Plastik: Marcel Bongard: Unbekannt, Büste von Mgr Marius Besson (1876–1945), Gips, 2. Viertel 20. Jh.

Druck- und Grafikwerke: Jean Demierre, Françoise Demierre und Anne Schmitt-Demierre: François Bonnet, 5 Skizzenhefte, Mitte 19. Jh., Bleistift, Feder laviert, Kohle auf Papier. Dieselben: François Bonnet, Rumilly, um 1840, Bleistift auf Papier. Hermann Schöpfer: Unbekannt, Weihnachtsengelchen, 1. Viertel 19. Jh., Gouache auf Papier. Derselbe: Unbekannt, Schutzengel, der zwei am Rand eines Abgrunds spielende Kinder beschützt, 19. Jh., Chromolithografie. Derselbe: Unbekannt, Schutzengel am Krankenbett eines Mädchens, 19. Jh., Chromolithografie.

Kunsth Handwerk: Madeleine Ansermet: Freiburger Manufaktur, 6 unvollständige Lose Ofenkacheln, 4. Viertel 18. Jh. und Anfang 19. Jh, Ton. Raphaël Carnat: Klosterarbeit, Hl. Trinität und Putti auf Wolken, Malerei und Stickerei mit Seiden- und Silberfäden auf Stoff, 17. und 20. Jh. Jean Demierre, Françoise Demierre und Anne Schmitt-Demierre: Wandschirm, 18.–20. Jh., Seide mit Rosensträussen. Urs Grütter: Tisch Tuch und 12 Servietten, 19. Jh., weisses Damastleinen. Marcel Guhl, Unterer Teil einer Ofenplatte mit Anbetung der Weisen, nach 1521, Gusseisen. Pfarrei Promasens, von Pferden gezogener Leichenwagen, um 1900, Holz schwarz gefasst, Stoff, Metall. Mano Renevey: Simone Codourey, Kinderkleid, Abschlussarbeit einer

Schneiderlehre, um 1938, weisser Baumwollbatist, Stickerei mit hellblauem Baumwollfaden, Klöppelstickerei, Häkelarbeit, Perlmutter. Frau Charles-Henri de Roten: Gürtelschmuck aus dem Besitz von Jeanny Daguet-Ody, 2. Hälfte 19. Jh., Gussmetall. Anne Schmitt-Demierre: Gelbes Kasel und Accessoires, 18. und 19. Jh., Seide. Ehem. Mitglieder des Grütli-Schützenvereins durch Vermittlung von Albert Grand: Fahne des Grütli-Schützenvereins mit Schaft, 1895, Stickerei mit farbigen Seidenfäden auf grüner Seide, Holz, Messing, und Futteral, 1987, Baumwolle, Leder. Anne-Marie Yerly: Bredzon und Hose aus dem Besitz von Romain Steinauer, Freiburg, 20. Jh., Baumwolle.

Legate

Malerei: Legat Francesco Giambonini: Mauro Poretti (1970), 24 Gemälde, 2003–2007, davon 22 über das Thema der Tessiner Bahnhöfe; derselbe: M. Towae, Stilleben, um 1957, Öl auf Leinwand.

Plastik: Legat Francesco Giambonini: Unbekannter, gekreuzigter Christus, 15. Jh., Holz gefasst.

Druck- und Grafikwerke: Legat Francesco Giambonini: Mauro Poretti, 4 Kohlezeichnungen, 2003–2007; derselbe: Edy Borrado, Fries aus Köpfen um Mauro Poretti, 2005, 2 grosse Kohlezeichnungen; derselbe: Francesco Giambonini, Landschaften, 8 Schwarzweissfotografien; derselbe: Unbekannt, anatomische Tafel (Rückenansicht eines Skeletts), Mitte 16. Jh., Kupferstich; derselbe: Daman, unidentifizierter Stecher, Meeresgefolge mit Ceres, Satyrn und Mänade, 18. Jh., Kupferstich; derselbe: Daman, naturhistorische Tafel (Insekten), 18. Jh., Kupferstich.

Kunsth Handwerk: Legat Francesco Giambonini: Ensemble aus einer Truhe und drei Tafelgemälden über das Thema der Vergänglichkeit, 19. Jh., Öl auf Holz; derselbe: Unbekannt, Wasserbecken, 18. und 19. Jh., Zinn graviert.

Übergaben

Malerei: Ankaufsfonds des Staats Freiburg: Marie Vieli, Ohne Titel, Serie «Garten», 2011, Acryl auf Leinwand. Derselbe: Guy Oberson, Baumfragmente, 2010, Öl.

Plastik: Ankaufsfonds des Staats Freiburg: Camille von Deschwanden, Osmosen, Diptychon, 2011, Bütten und Lichtfasern.

Druck- und Grafikwerke: Ankaufsfonds des Staats Freiburg: Marie Vieli, Ohne Titel, 2011, Pastell und Farbstift. Derselbe: Marie Vieli, Ohne Titel, 2011, Pastell und Farbstift. Derselbe: Los mit Grafiken Freiburger Künstler, 1990er Jahre, Kupferstich, Lithografie, Holzschnitt.

2011

6.2.10 Deposita

Malerei: Visitandinnenkloster: 74 Bilder, religiöse Sujets, Porträt der Gründer, hl. Franz von Sales und hl. Jeanne de Cantal, und von Visitandinnenschwestern, 17.-20. Jh., Öl auf Leinwand oder Pavatex; dasselbe: religiöse Sujets, 18. Jh., 7 Hinterglasbilder.

Plastik: Ursi Luginbühl: Bernhard Luginbühl, Venus von Möttschwil, 2005, Eisen. Theo Nussbaumer: Hl. Barbara, um 1505, Lindenholz mit Resten der Fassung; derselbe: Madonna mit Kind, Mitte 15. Jh., Holz gefasst. Visitandinnenkloster: Hl. Meinrad (?), 17. Jh., Vollplastik, Holz ungefasst.

Druck- und Grafikwerke: Visitandinnenkloster: 64 gerahmte Stiche, religiöse Sujets, Porträts der Gründer, Ansichten von Freiburg, 19. Jh., Kupferstich, Lithografie, Chromolithografie; dasselbe: Schwester Maria Scholastika von Reding (1860–1927), 9 Ansichten von Freiburg, Pastell.

Kunsth Handwerk: Visitandinnenkloster: 44 Kruzifixe, 17.-20. Jh., Elfenbein, Bein, Holz, Metall. 5 Reliquiare und 7 Rahmen (von Reliquiaren), 17.-19. Jh., Holz ungefasst, Holz vergoldet; dasselbe: Klosterarbeit, 2 Altar-Blumensträuße in Schachtel, 19. Jh., Stoff, Metallfaden, Papier bemalt; dasselbe: 2 Altarvasen, Appliken, 18. Jh., Holz vergoldet; dasselbe: Unbekannt, Flugaufnahme des Visitandinnenklosters anlässlich des 300-jährigen Jubiläums des Klosters, 1935, Schwarzweissfotografie; dasselbe: Übersicht über alle Visitandinnenklöster der Welt, 17.-20. Jh., Holz bemalt; dasselbe: 10 Euis für liturgische Objekte, 18.-20. Jh., Seide, Baumwolle, Leinen.

6.2.11 Ankäufe

Malerei: Unbekannt, Parade des Regiments Castella, 2. Hälfte 18. Jh., Öl auf Leinwand. Unbekannt, Porträt Marie-Elisabeth de Bocard de Grangettes, um 1700, Öl auf Leinwand. Unbekannt, Porträt Jean-Antoine I de Castella de Delley (1655–1724), um 1700, Öl auf Leinwand. Unbekannt, Porträt François-Joseph II de Castella de Delley (um 1658–1725), 1700–1710, Öl auf Leinwand. Unbekannt, Das Milchwunder des hl. Bernhard mit Wappen Castella, 18. Jh., Unterglasmalerei. Unbekannt, Das Wunder der abgehackten Hand des hl. Johannes von Damaskus mit Wappen Castella, 18. Jh., Unterglasmalerei. Unbekannt, Porträt Mgr Jean-Baptiste Odet, 1795, Öl auf Leinwand. Gottfried Locher, Porträt François-Pierre-Prosper de Castella de Delley (1744–1810), 1775, Öl auf Leinwand. Wojtek Klakla, Pierre-Alain Morel, Nr. 2 der Serie «2 in 1», 2010, Acryl auf Leinwand. Louis-Michel Vanloo, Porträt Rodolphe II de Castella (1705–1793), Mitte 18. Jh., Öl auf Leinwand.

Druck- und Grafikwerke: François Bonnet, Skizzenheft, Mitte 19. Jh., Bleistift laviert, Kohle, Aquarell. Louise Bouteiller, Por-

trät Nicolas-Antoine-Xavier de Castella de Berlens, 1. Viertel 19. Jh., Lithografie. Charles de Castella, Bauernhaus oder Entwurf für den Wiederaufbau von Bulle nach dem Brand von 1805, um 1805, Aquarell und Gouache auf Papier. Emmanuel Curty, Studienheft, um 1800, Bleistift laviert. Philippe de Fégey, Album mit 300 Zeichnungen, 1820–1830, Bleistift, Gouache, Aquarell, Tusche. Unbekannt, Porträt Anne-Catherine-Sophie von der Weid de Seedorf (1777–1858), 1809, Pastell auf Papier. Unbekannt, Fantasieansicht von Freiburg von den Neiglen aus mit der Hängebrücke, um 1850, Bleistift laviert. Pierre Mariette, 4 Landkarten (Europa, Asien, Afrika, Amerika), 1666, Kupferstich. Alois Müller, Schloss Delley, Promenade «La Nouvelle Angleterre», 1796, Aquarell auf Papier; derselbe, Schloss Delley, Der Chinesische Garten von Osten, 1796, Aquarell auf Papier; derselbe, Schloss Delley, Teil des Chinesischen Gartens von Westen, 1796, Aquarell auf Papier; derselbe, Schloss Delley, «Vue de la promenade de la Motta au-dessus du Village de Portalban», 1796, Aquarell. Jean-Marc Schwaller, Wassergarten, 2011, Aquarell auf Papier. G. Wetstein nach Charles Le Brun, Zyklus mit 5 Alexanderschlachten, 17. Jh., Kupferstich. Klosterarbeit, 9 aquarellierte Spitzenbilder, hl. Josef und Jesus, hl. Johannes Evangelist, hl. Klara, hl. Franziskus, hl. Maria Magdalena, Anbetung der Hirten, Anbetung der Weisen, Karl der Grosse, 2. Hälfte 18. und Anfang 19. Jh. Lot mit Drucksachen, Damen- und Herrenmode, Erbgemeinschaft Tiefnig, Schneider in Freiburg, 1931–1957.

Kunsth Handwerk: beidseitig gravierte Kupferplatte: Carlo Bianchi, Conclusiones Theologicae de Fide, Spe, et Charitate, 1633, Kupferstich; Unbekannt, Ballszene, 1640-1650, Kupferstich. Perriard, Freiburg, Steinschlosspistole mit Wappen Castella, 1. Drittel 18. Jh., Stahl, Holz, mit Silber belegt, graviert. Wappen vom Grabmal für Louis Wallier und Anne d'Erlach, kurz vor 1650, Bronze. Kästchen mit Wappen von Antoine-Tobie de Castella (1698–1757) und Nicolas-Constantin de Castella de Montagny (1700–1747), um 1700, Einlegearbeit mit verschiedenen Hölzern, Elfenbein oder Bein. Wandteppich mit Wappen de Castella, 18. Jh., Applikation verschiedener Motive in roter Wolle und beigefarbenem Leinen auf blauem Wollgrund. Altarteppich aus der Kapelle von Delley, 18. Jh., rote Seide bestickt. Taufschleier mit Wappen de Castella, beigefarbene Seide bestickt. Zwei Perückenschachteln mit galanten Szenen, 18. Jh., Malerei auf Seide, Stickerei mit Seiden- und Silberfäden. Manufaktur François Gendre, Teller mit chinesischem Dekor, 4. Viertel 18. Jh., Lusterfayence. Nicolas Raemy, Lampe eines Miniaturheiligtums, um 1680, Silber. Unbekannt, Lampenvase eines Miniaturheiligtums, um 1680, Silber. Unbekannt, Madonna im brennenden Dornbusch, 4. Viertel 18. Jh., Glas, Blei, Grisaillemalerei. Unbekannt, Hl. Familie zwischen hll. Nikolaus und Elisabeth, 17. Jh., Glas, Blei. Unbekannt, Hl. Antonius und Madonna zwischen hll. Nikolaus und Bischof, 17. Jh., Glas, Blei. Unbekannt, Truhe mit Wappen de Reyff, 1. Hälfte 17. Jh., Holz eingelegt. Bruder Emmanuel Python OFC, Spielzeugtasche, 2011, Woll-

2011

stoff für Mönchskutten, Industriespitze. Mantel und Kleid einer Freiburger Frau, 20. Jh., Wolle, Seide, Klöppelspitze.

6.2.12 Kunstvermittlung

Der Kunstvermittlungsdienst ist eine Projektarbeit, die zwei Hauptaufgaben hat: Die Erarbeitung und Entwicklung von Konzepten und Dokumenten, um das Museum auf andere Art und Weise zu entdecken, sowie der Empfang von Gruppen. Der Kunstvermittlungsdienst gestaltete spielerische und lehrreiche Dokumente für Ausstellungsbesuche, ein Happening in der Nacht der Museen, «Bitte lächeln, Sie werden fotografiert», ein elektronisches Spiel, «Gestalten Sie Ihr Retabel», das im Museum während der Ausstellung «Skulptur 1500» und auf der Website zur Verfügung stand. Teilnahme an der Konzeption von Objekten für den Museumsshop (T-Shirts und anderes).

Vor allem bietet der Kunstvermittlungsdienst *Ateliers* an, dank denen Besuchergruppen eine Ausstellung auf interaktive und ihnen angepasste Weise kennenlernen können. Dabei soll eine Beziehung zwischen den Werken/Kunstschaffenden und der Erfahrungswelt der Besucherinnen und Besucher hergestellt werden. Der Dienst steht allen Gruppen (Schulen, Private, Kinder und Erwachsene), die sich für das Museum interessieren, zur Verfügung und erfüllt gerne Sonderwünsche.

Die Kunstvermittlung organisierte im Berichtsjahr 89 *Ateliers* (56) für rund 1500 Personen. Die 89 *Ateliers* wurden von 82 Kindergruppen (darunter 66 Volksschulklassen des Kantons), 6 Erwachsenengruppen und einer Gruppe für sämtliche Altersstufen genutzt.

Themen: 54 *Ateliers* befassten sich mit der Dauerausstellung, 25 mit Wechselausstellungen; die Themen waren: 7 x «Ich und das Porträt»: Wer sind die «Bewohner des Museums?»; 4 x «Von der Mücke zum Drachen»: Zahlreiche Tiere sind auf den alten und modernen Werken der Sammlung zu finden; 37 x «Leben im Schloss»: Rundgang durch den Ratzehof bis in verborgene Winkel, um den Freiburger Alltag kennenzulernen; 3 x «Plastik» in der Sammlung; 9 x «Die Sammlung im Allgemeinen»; 2 x «Ausstellung Jagd»; 23 x «Skulptur 1500»; 4 x «Wie geht man mit Kindern ins Museum»: Erwachsenenbildung PH.

6.2.13 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung sorgte für die regelmässige Kontrolle der klimatischen Bedingungen in den verschiedenen Depots und den Räumen der Dauer- und Sonderausstellungen. Sie führte ihre Beratungstätigkeit für interne und externe Anfragen weiter (technologische Gutachten und Beratungen). Daneben widmete sie 25 % ihrer Tätigkeit dem «Projekt Inventar». Sie betreute zwei Studentinnen der Hochschule für Restaurierung in Bern für Studienpraktika und begleitete zwei

Diplomarbeiten (1x Bachelor und 1x Master) von Studierenden derselben Schule. Die Abteilung beteiligte sich zudem an der Planung neuer Depoträume für die Museumssammlung (Daillettes), indem sie die Eignung der Standorte prüfte und eine erste Studie über die mit der Einrichtung verbundenen Sachzwänge und Kosten erstellte. Sie verfasste Zustandsprotokolle und nahm Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Auf- und Abbau der Wechselausstellungen vor. In diesem Rahmen führte sie Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen an verschiedenen Werken der Sammlung durch.

6.2.14 Interne Organisation

Der Direktionsrat führte 11, die Personalkonferenz 2 Sitzungen durch.

6.2.15 Verschiedenes

Das MAHF beteiligte sich am 15. Mai am Internationalen Museumstag, am 28. Mai an der Nacht der Museen und am 10./11. September an den Tagen des Denkmals (freier Eintritt).

Der Jahreskongress von ICOM Schweiz / VMS fand vom 24. bis 26. August im MAHF statt.

7. Naturhistorisches Museum

7.1 Aufgaben

Das Naturhistorische Museum Freiburg (NHMF) sorgt für die sichere Aufbewahrung, den angemessenen Unterhalt und die Aufwertung der ihm anvertrauten naturkundlichen Sammlungen von lokalem und wissenschaftlichem Wert. Es vermittelt einer breiten Öffentlichkeit ein rationales, positives und aktuelles Verständnis der natürlichen Umwelt und bietet spezifische, den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen und ihren Bedürfnissen angepasste Dienstleistungen.

Direktor: André Fasel

7.2 Tätigkeit

7.2.1 Kommission

Die Kommission hat zweimal getagt. Sie nahm die Rechnung 2010 zur Kenntnis und prüfte den Voranschlag 2012. Sie befasste sich mit dem Raummangel des Museums und wurde über das Projekt eines Umzuges des NHM informiert.

7.2.2 Besucher

2011 besuchten 60 112 (59 342) Personen das Museum, davon 7129 (7083) Schülerinnen und Schüler aus 457 (422) Klassen.

2011

Die Internetseite des NHM wurde in die Plattform CONTENTS des Staates Freiburg integriert und verzeichnete im Berichtsjahr 131 491 Besuche.

7.2.3 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 91 (101) Personen 229 (227) Objekte zur Verfügung. Das Angebot wurde durch einen einfachen Labor-Versuch zum Thema DNA-Analyse für Schulen erweitert. Dieser Koffer wurde sechsmal von Schulen der Sekundarstufe II während einer Dauer von insgesamt 5 Monaten ausgeliehen.

4 (4) pädagogische Unterlagen wurden zu den Sonderausstellungen erarbeitet: zwei zu den Themen der Dauerausstellungen «Wirbeltiere aus aller Welt» sowie «Mineralogie» und zwei zu den Sonderausstellungen «Maulwurf & Co» und «Heissi Marroni!».

2011 wurden 4 (4) neue Workshops unter der Bezeichnung «Kultur und Schule» organisiert: zwei zu Themen der Dauerausstellungen «Der Vogelzug» sowie «Geologie» und zwei zu den Sonderausstellungen «Maulwurf & Co» und «Heissi Marroni!». Das Angebot wurde von 91 (65) Klassen mit insgesamt 1574 (1158) Schülerinnen und Schülern wahrgenommen.

Für Unterrichtende des Kantons Freiburg wurden Führungen zu den Sonderausstellungen veranstaltet. Im Rahmen der Volkshochschule (Unipop) des Kantons Freiburg wurde zudem ein Kurs zur Einführung in die heimische Vogelwelt angeboten.

Im Ausstellungssaal «Wirbeltiere aus aller Welt» wurden diverse Führungen für Studierende der Biogeografie, Biologie und Umweltwissenschaften der Universität Freiburg durchgeführt.

7.2.4 Verschiedene Aktivitäten

23 (12) Führungen, 36 (13) Vorträge, Filmvorführungen oder sonstige Aktivitäten und 3 (6) Exkursionen wurden durchgeführt, insbesondere in Zusammenhang mit den Sonderausstellungen und anlässlich der dritten Nacht der Museen – Freiburg.

Für 110 Kinder im Schulalter wurden anlässlich des Ferienpasses 8 (9) Aktivitäten organisiert: 3 (5) «Entdeckungsparcours», 2 (1) Ateliers «Unsere Tierwelt» sowie 3 Ateliers «Auf den Spuren von Max». Weiter nahmen insgesamt 378 (469) Kinder an den 33 (45) Bastelateliers am Mittwochnachmittag zu 8 (8) verschiedenen Themen teil.

7.2.5 Pflegestation

Das NHM betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Laufe des Jahres wurden 206 (232) verletzte oder

krankte Tiere aufgenommen; 74 (68) wurden gepflegt und konnten wieder in die Freiheit entlassen werden; 130 (146) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 2 (18) Tiere in Pflege.

7.2.6 Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen

Die Vertreter des NHM haben in verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet: Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz; Möserkommission von Düdingen und sowie jene von Rechthalten/St. Ursen; Vorstand von «Tourismus Freiburg».

Das NHM ist an zwei Projekten von internationaler Bedeutung beteiligt:

> Im Rahmen eines internationalen Forschungsprojektes zur biogeographischen Artenvielfalt und zur Erhaltung der Terrestrialflora arbeitet das NHM mit dem Botanischen Institut von Baku (Aserbaidzhan) und dem Botanischen Garten von Berlin (Deutschland) zusammen. Der Vize-Direktor und der Konservator der botanischen Sammlung des Museums sind nach Aserbaidzhan gereist, um die Unterlagen zu vervollständigen, im Hinblick auf eine Sonderausstellung sowie eine Publikation. Eine Delegation aus Aserbaidzhan wurde von der Museumsdirektion in Freiburg empfangen, um die zukünftige Zusammenarbeit zu koordinieren.

> In Zusammenarbeit mit der Internationalen Union für die Bewahrung der Natur (IUCN) hilft das NHM bei der Zusammenstellung der roten Liste der Europäischen Gefässpflanzen.

In seiner Funktion als anerkannte Institution für Zivildienstleistende hat das NHM 3 (4) Personen für eine Dauer von insgesamt 10,5 (14) Monaten beschäftigt. Die Zusammenarbeit mit der Stiftung «Intégration pour tous» und dem «Centre d'intégration socioprofessionnelle» erlaubte es, 3 (2) Personen ein Praktikum anzubieten. 7 (7) Personen wurden von der IV und dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) vermittelt, und 2 (3) Personen arbeiteten im Rahmen eines post-universitären Praktikums für eine Dauer von insgesamt 12 (24) Monaten im Museum.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

7.2.7 Sonderausstellungen

> «Von Wildschweinen und Menschen» (13.11.2010–13.02.2011)

> «Achat und Jaspis» (09.10.2010–08.05.2011)

> «Küken» (26.03.2011–01.05.2011)

2011

> «Heissi Marroni!» (18.06.2011–05.02.2012)

> «Maulwurf & Co» (02.07.2011–08.01.2012)

7.2.8 Dauerausstellungen

Seit November kann im Geologie-Saal des Museum ein Skelett eines Ichthyosauriers, das 1870 am Westfuss des Teysachaux (Molésou) entdeckt wurde, besichtigt werden. Dieses Skelett wurde dem NHM vom Naturhistorischen Museum der Bürgergemeinde Bern für eine längere Dauer ausgeliehen.

Mit der Unterstützung der Vereinigung der Freunde konnte das NHM drei Schneeleoparden aus verschiedenen Zoos erwerben. Die Präparate können im Saal der Dauerausstellung Wirbeltiere aus aller Welt bewundert werden.

Im Saal Tierwelt unserer Region wurden elf präparierte Fische, zwei Schnatterenten, ein Schwarzhalstaucher und ein Wildschwein gegen neue Exemplare ausgetauscht. Auch viele neue Tierarten sind in diesem Saal zu besichtigen, wie zum Beispiel eine Sumpfhöhle, eine Rohrweihe und ein Sonnenbarsch.

Im Saal der Amphibien, Fische und Reptilien befindet sich eine neue Haiart: der Kleine Schwarzspitzenhai.

7.2.9 Ausleihe von Sonderausstellungen

Die Ausstellung «Mauswiesel und Hermelin» wurde vom 19. September 2010 bis 28. August 2011 im Naturhistorischen Museum von La Chaux-de-Fonds gezeigt. Die Ausstellung «Arctica» wurde an die OS von La Tour-de-Trême ausgeliehen und dort vom 24. Januar bis 21. Februar präsentiert. Die Ausstellung «Von Wildschweinen und Menschen» wurde dem Naturmuseum Olten vom 5. November 2011 bis 22. April 2014 ausgeliehen.

7.2.10 Sammlungen

273 (282) Personen haben dem NHM 489 (1096) Tiere oder andere Objekte übergeben. Speziell hervorzuheben ist die umfangreiche naturhistorische Sammlung von Muriel Cormier. Diese Sammlung enthält relevante Objekte der Geowissenschaft, verschiedene Stachelhäuter und Meeresschnecken.

Die Inventarisierung der verschiedenen Sammlungen des Museum wurde weitergeführt.

Die erdwissenschaftliche Sammlung wurde um 190 (73) Neueingänge bereichert, im Speziellen um folgende Stücke:

> ein fossiles Vogelskelett (*Diomedeoidea brodkorbi*) aus dem Oligozän, Rheinweiler, Deutschland.

> 20 Fragmente von Primatenkiefern aus dem Tertiär, Fundorte in Frankreich und Deutschland. Diese Stücke werden im Departement für Geowissenschaften der Universität Freiburg einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen.

> 5 Bergkristalle aus einer alpinen Kluft, ein geschliffener Zyanit (Edelsteinqualität) aus dem Himalaya Nepals; ein Aggregat von mehreren Aquamarinkristallen aus Namibia, ein Bergkristall mit Albit und Turmalin, ein Fenster-Rauchquarz aus Brasilien, ein Rauchquarz mit Spessartin aus China, ein Milarit, ein Chabasit und ein Alpen-Apatit sowie ein Amethystkristall aus Namibia, eine Spende von Walter Schäfer aus Châtillon.

> 85 Fossilien aus den Freiburger Voralpen, die den Bericht des Post-Masterpraktikums von Bertrand Yerly über die fossilhaltigen Standorte in Freiburg dokumentieren.

> 32 Pflanzenfossilien aus dem Tertiär, Fundorte in Deutschland und Tschechien.

> 3 Steinplatten aus dem Devon mit Versteinerungen von Dünen-Trichterarnazissen, Seesternen und der Pflanze *Drepanophycus sp.* aus dem Rheinischen Schiefergebirge.

> 30 Fossilien, davon zwei Mesosaurier (*Mesosaurus brasiliensis*) aus Brasilien und verschiedene Fische, Seeigel, Ammoniten und Trilobiten. Diese Stücke stammen aus der Hinterlassenschaft von Muriel Cormier.

> 1 Fossil eines Krokodilschädels (*Elosuchus cherifiensis*) aus der Kreidezeit aus Marokko, eine Schenkung der Vereinigung der Freunde des Naturhistorischen Museums Freiburg.

> 4 grosse Achate aus den USA und aus Simbabwe, eine Spende von Carmen und Hansruedi Brun (†) aus Zug anlässlich ihrer Sonderausstellung «Achat und Jaspis».

Die zoologische Sammlung wuchs um 158 (729) Neueingänge, darunter 37 (662) Objekte aus einer Schenkung der Universität Freiburg «Ökologie und Evolution». Mehrere Objekte waren neu für die Sammlung des NHM, so zum Beispiel ein Roter Ibis, ein Weissohr-Rabenkakadu und eine Jamaika-Amazone.

Die malakologische Sammlung wurde um 158 Meeresschnecken, 89 marine Muscheln und 379 Landschnecken bereichert. Die Seeigel aus der Cormier-Hinterlassenschaft wurden noch nicht bestimmt und inventarisiert.

Die Aufnahme der Herbarien des NHM in den vom Botanischen Garten New York verwalteten Index herbariorum soll hier besonders erwähnt werden. Dieser Index umfasst die Institutionen

2011

von einer gewissen Bedeutung und zählt die international bedeutendsten öffentlichen Herbarien auf.

In der botanischen Abteilung wurde das Inventar des Herbariums fortgesetzt (Weiterführung der Datenbank des *Herbarium Friburgense*). Am 31. Dezember umfasste das Inventar 22 560 (21 322) Herbarblätter, dies entspricht mehr als 30 % der botanischen Sammlungen des NHM.

Die Inventarisierung im Feld und das Herbar der Wasser- und Sumpfpflanzen des Kantons Freiburg wurden weitergeführt. Diese Sammlung enthält 500 (200) Herbarblätter.

Das Museum hat eine neue Sammlung von Reliktbäumen aus dem Tertiär begonnen. 200 Herbarblätter wurden 2011 vom Museum gesammelt oder im Rahmen des Austauschs mit internationalen Partnern erworben.

Die Pilzsammlung des NHM konnte dank der Zusammenarbeit mit dem Pilzverein Freiburg um 110(184) Posten bereichert werden.

7.2.11 Wissenschaftliche Projekte

Das Satellitentelemetrie-Projekt mit dem Weissstorch Max und den Rotmilanen wurde weitergeführt. Die Flugbewegungen der Vögel wurden regelmäßig via Internet veröffentlicht und 4610 (4226) Abonnenten erhielten die Neuigkeiten wöchentlich per E-Mail zugesandt.

Das Studium der Feuchtgebiete durch das NHM wurde weitergeführt. Um die Bilddatenbank zu vervollständigen, erstellten die Verantwortlichen dieses Projektes mehr als 3000 Aufnahmen von Wasser- und Sumpfpflanzen, davon 2160 Makroaufnahmen im Feld und 940 Fotografien im Fotolabor der NHM.

7.2.12 Gebäude

Im Rahmen der Planungs- und Unterhaltsarbeiten der Dauerausstellungen und insbesondere des Umbaus der technischen Räume und des neuen Konferenzzimmers fanden mit Vertretern des Hochbauamtes mehrere Sitzungen statt.

7.2.13 Umzugsprojekt des Museums

Die Arbeitsgruppe zum Umzugsprojekt des Museums hat, auf Anfrage des EKSD hin, die Unterlagen für die neuen Raumbedürfnisse überarbeitet und vervollständigt. Diese wurden vom EKSD gutgeheissen.

8. Schloss Greyerz

8.1 Aufgaben

Die Stiftung des Schlosses unter dem Präsidium der Direktorin der EKSD hat hauptsächlich die Aufgabe, im Namen des Staates die Restaurierung, die Erhaltung, die Einrichtung, die Sicherheit und die Nutzung der Gebäude, des Grundbesitzes und der Möbel des Schlosses zu gewährleisten.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservator: *Raoul Blanchard*

8.2 Tätigkeit

8.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich zweimal. Das Büro des Stiftungsrates trat zweimal zusammen.

8.2.2 Ausstellungen

- > Weihnachten im Schloss: Neapolitanische Krippen (13. November 2010 bis 9. Januar 2011);
- > Chantal Michel: Fotografien und Videoinstallationen (22. Januar bis 15. Mai);
- > Carl Bucher: Skulpturen und Malereien (28. Mai bis 6. November);
- > Weihnachten im Schloss: Krippen aus Österreich und dem Südtirol (19. November 2011 bis 8. Januar 2012);

Das Schloss war an folgenden Veranstaltungen und Empfängen beteiligt:

- > Dreharbeiten: «La Télé» für die Sendung «Visibilis» (29. März);
- > Dreharbeiten: Westschweizer Fernsehen für die Sendung «Passe-moi les jumelles» (4. Mai);
- > «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit der «Compagny of Saynt George», 18. und 19. Juni);
- > Arbeitstreffen der Freiburger und Berner Regierung (28. Juni);
- > Atelier für alte Musik. Bau der Kopie einer Renaissance-Harfe mit Renzo Salvator. Drei Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz und eine Retrospektive 2010 im Calvaire von Greyerz (21. bis 28. August);

2011

- › Aufnahme des Westschweizer Radios «Espace 2» des Pianofortes Braschoss für die Sendung «Musique en mémoire» (30. und 31. August);
- › Besuch der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (18. Oktober).

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 376 (403) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 186 760 (176 963) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 512 (485) Besuchern ergibt.

8.2.3 Sammlung

- › Restaurierung des Bildes «Das goldene Zeitalter» von Marco Salerni, 1998, Saal der fantastischen Kunst;
- › Reparatur der Wappenscheibe Fivaz-König von Mohr, 1699, Saal der Vögte;
- › Verstärkung der Skulptur «Harfe» von Hafis Bertschinger, 2010, Aussenhof.

Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und ergänzt.

8.2.4 Gebäude

Ende der Renovierungsarbeiten des ehemaligen Gewächshauses. Ausbessern der Aussenmauern. Erster Teil der Erneuerungsarbeiten des Rundweges «Jehan l'Eclapé». Instandsetzung des Brotofens. Test für die Erneuerung der Aussenbeleuchtung des Schlosses.

8.2.5 Informatik

Die Website des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und verzeichnete 182 254 Besuche.

8.2.6 Schenkungen, Ankäufe

Schenkung: Frau Lucia Aebischer, Freiburg: Chantal Michel, «Pour Auguste», 2011, Fotografie.

Ankauf: Groschen des Grafen Michael von Greyerz, 1552, Legierung aus Silber und Kupfer.

8.2.7 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 512 (466) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Für die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Primarklassen des Kantons Freiburg wurden 12 (13) Geschichtslektionen und 5 (5) «Mittelaltertage» organisiert.

9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

9.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Vitrocentre ist es, historische, technische und konservierungstechnische Forschungen auf dem Gebiet der Glasmalerei, der Hinterglasmalerei und der Glaskunst durchzuführen und zu unterstützen. Das Vitrocentre baut Dokumentationen und eine Studiensammlung auf und betreut insbesondere den Fonds Ruth und Frieder Ryser. Es fördert die Ausbildung auf diesem Fachgebiet und pflegt eine Zusammenarbeit mit dem Vitromusée Romont, dem Schweizerischen Museum für Glasmalerei und Glaskunst.

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Direktor: Stefan Trümpler

9.2. Tätigkeit

9.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat trat zu zwei Sitzungen zusammen. Er verabschiedete die Jahresrechnung sowie den Voranschlag und prüfte die Planung der laufenden und vorgesehenen Forschungsprojekte.

9.2.2 Forschungstätigkeit

Das Vitrocentre setzte seine Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Schweizer Glasmalerei mit drei Bestandsaufnahmen in den Kantonen Freiburg und Bern (Glasmalerei des 16. bis 18. Jh., Corpus Vitrearum) sowie Genf (Glasmalerei nach 1940) fort. Für Freiburg handelt es sich um die auswertende Gesamtstudie im Rahmen eines Nationalfondsprojekts. Zwei weitere, thematische Nationalfonds-Projekte zum Medienwandel im Mittelalter (nationaler Forschungsschwerpunkt) und zur Glasmalerei des 19. Jh. und zur Werkstatt Röttinger sind in Arbeit. Die Forschungen mit der Hochschule der Künste Bern über die Konservierung von Hinterglasmalereien wurden abgeschlossen. Auf dem Gebiet der Konservierung wurde mit der EMPA Dübendorf und dem Schweizerischen Fachverband für Glasmalerei ein neues Projekt zu Schutzverglasungen und ihren energetischen Auswirkungen gestartet. Für die Finanzperiode 2013–16 wurden zuhanden der Eidgenossenschaft (SER) eine strategische Studie und ein Subventionsgesuch ausgearbeitet.

In den Kantonen Aargau, Bern, Genf, Jura, Waadt und Wallis sowie in Frankreich (Ripaille) wurden Mandate und Expertisen zur Konservierung von Glasmalereien und Hinterglasbildern

2011

durchgeführt. Im Kanton Freiburg waren die Franziskaner- und die Augustinerkirche in Freiburg sowie die Kollegiatskirche von Romont Gegenstand von Untersuchungen.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Vitromusée Romont, die aktive Teilnahme an Tagungen im In- und Ausland, der Aufenthalt von Forschenden in Romont und die Lehrtätigkeit an Schweizer Universitäten haben es dem Vitrocentre ermöglicht, seine Tätigkeit zu vermitteln und bekanntzumachen.

10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle

10.1 Aufgaben

Hauptaufgabe der Stiftung Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle ist es, eine Dauerausstellung zu unterhalten, die zu einem bedeutenden Teil dem Werk von Jean Tinguely und Niki de Saint Phalle gewidmet ist, sowie deren Werke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservatorin: Caroline Schuster Cordone, stellvertretende Direktorin des MAHF

10.2 Tätigkeit

10.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab, an der er die Rechnung und den Voranschlag genehmigte sowie das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm festlegte.

10.2.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Der Espace organisierte folgende Wechselausstellungen, in deren Verlauf zahlreiche Veranstaltungen (Vernissagen, Besichtigungen, Künstlergespräche) stattfanden: Bernhard Luginbühl (26.11.2010–27.03.2011) / Niki de Saint Phalle – Animal (25.05–21.08.2011) / Die Sammlung (16.09.2011–09.04.2012). Im Rahmen der Ausstellung wurde zweimal das Theaterstück (Special Event) «Best of Luginbühl!» präsentiert. Tinguelys Geburtstag wurde am 22. Mai gleichzeitig mit der Vernissage der Ausstellung «Animal» gefeiert. Eine «Entdeckung von 6 bis 7» galt einem Hauptwerk des Espace: dem Retabel des westlichen Überflusses und des totalitären Merkantilismus. Im Rahmen des internationalen Gitarrenfestivals fand ein Konzert statt. Der Espace wurde von 23 597 (14 746) Personen besucht, darunter 185 (125) Klassen mit 3626 (2070) Schülerinnen und Schülern; er nahm mit 1750 (2331) Besucherinnen und Besuchern an der Nacht der Museen teil und wurde 27 (30) Mal für Anlässe aller

Art gemietet. Insgesamt wurden 49 (42) Führungen und 48 (23) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

11. Römisches Museum Vallon

11.1 Aufgaben

Der Hauptauftrag der Stiftung «Pro Vallon» besteht darin, die archäologische Fundstelle von Vallon zu erhalten und der Öffentlichkeit angemessen zu präsentieren. Dies geschieht in erster Linie durch eine Präsentation der freigelegten Mosaiken sowie über Sonderausstellungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservatorin: Carmen Buchillier, Kantonsarchäologin

11.2 Tätigkeit

11.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab und genehmigte die Rechnung. Er bemühte sich insbesondere um die Unterhaltsarbeiten am Gebäude (Fassaden) und nahm Kenntnis vom Stand der Massnahmen des AAFR zum Schutz der Mosaiken.

11.2.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Museum wurde von 5721 (6163) Personen besucht. Insgesamt wurden 59 (61) Führungen und 43 (59) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Die Ausstellung mit dem Titel «2 Mosaiken, 3 Gärten und 1 Schildkröte! Das Römermuseum in Vallon feiert sein 10-jähriges Jubiläum», welche im November 2010 eröffnet worden war, wurde das ganze Jahr fortgesetzt und dauert noch bis zum 4. März 2012. Die Öffentlichkeit kam in den Genuss kostenloser Führungen durch die Ausstellung («Sonntag im Museum»).

Mit dem Pfahlbaudorf Gletterens kam eine neue Zusammenarbeit zustande. Die beiden Institutionen führten gemeinsam zwei Workshops durch: «Römisches Mosaik» im Museum Vallon und «Steinzeitbild» im Pfahlbaudorf.

Das traditionelle Römerfest im Museum Vallon fand am 4. September statt und stand im Zeichen von Traube, Weinlese und Wein («Vinalia»).

Das Museum beteiligte sich an mehreren Kulturveranstaltungen (Römertag in Vindonissa/Brugg, Internationaler Museumstag, Ludimania'k in Estavayer-le-Lac, Römerfest in Augst, Europäische Tage des Denkmals).

—
2011

Das Museum, seine Mosaiken und seine Veranstaltungen waren Gegenstand von Präsentationen für die Allgemeinheit sowie von Artikeln in Fachzeitschriften und in der Publikumspresse.

Der zweite Band in der Kinderheftreihe «Les guides à pattes» erschien unter dem Titel «Cortex présente... Vallon, vivre à la campagne au temps des Romains».

XIV. Amt für Archäologie

1. Aufgaben

Die Aufgabe des Amtes für Archäologie besteht darin, archäologische Kulturgüter (Fundstellen und Objekte) nach lokaler, regionaler und nationaler Bedeutung zu identifizieren, zu inventarisieren und zu dokumentieren. Das Amt begleitet die administrativen Vorgänge, welche die in archäologischen Zonen befindlichen Bodendenkmäler betreffen, und stellt Mittel zur Verfügung, um Ausgrabungen durchzuführen und gegebenenfalls Bodendenkmäler zu erhalten. Die beschreibende, grafische und visuelle Dokumentation der Bodendenkmäler (Fundstellen und Objekte) wird, sobald sie abgeschlossen ist, der Wissenschaft, öffentlichen Institutionen und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Um verschiedene Zielgruppen (Wissenschaft, Politik, Schule) und die breite Öffentlichkeit über den Reichtum und die Vielfalt des archäologischen Erbes des Kantons zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren, organisiert das Amt Tage der offenen Tür auf Ausgrabungen und in den Werkstätten sowie Vorträge und Ausstellungen. Daneben wird der Ausbildung ein besonderer Platz eingeräumt (Veranstaltungen an Universitäten/Fachhochschulen, Tutorat, Lehrgrabungen).

Auf administrativer Ebene erfolgte im Amt die weitere Umsetzung der leistungsorientierten Führung (LoF), in die verschiedene Akteure involviert waren und die Ende Jahr in der Einführung der Zeiterfassung am PC für alle Mitarbeiter/-innen mündete.

Amtsvorsteherin (Kantonsarchäologin): Carmen Buchillier

2. Tätigkeit

2.1 Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

Rettungsgrabungen wurden an folgenden Orten durchgeführt: in Arconciel/La Souche (Fortsetzung der Lehrgrabung am mittelsteinzeitlichen Fundplatz unter einem Felsschutzdach); in Belfaux/La Sauge/Pré-St-Maurice (mittelalterlicher Friedhof);

in Bossonnens/St-Claude (Fortsetzung der Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); in Grolley/Au Gros Praz, Montagny-la-Ville/La Cabuche und Vallon/Sur Dompierre (Fortsetzung der Lehrgrabung im Gartenbereich des römischerzeitlichen Gutshofs).

In zahlreichen öffentlichen oder in Privatbesitz befindlichen Gebäuden aus dem Mittelalter wurden im Rahmen von Restaurierungsarbeiten und/oder Umbauten vorausgehende und baubegleitende Analysen, Dokumentationen und Sondierungen unternommen: Bulle/Grand-Rue 61; Châtel-St-Denis/Château; Chavannes-sous-Orsonnens/Chapelle Saint Jean-Baptiste; Estavayer-le-Gibloux/Eglise St-Clément; Estavayer-le-Lac/Grand-Rue 35/Grand-Rue 36/Grand-Rue 56/Ruelle de la Fausse Porte 6/Place de l'Eglise 10/Rue du Musée 8/Eglise St-Laurent; Freiburg/Kathedrale/ Johanniterkomturei/Kurzweg 22/Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters/Reichengasse 64/Schmiedgasse 28/Alte Brunnengasse 13-15/Alte Brunnengasse 29/Karrweg 2/Samaritergasse 28/Samaritergasse 40; Gruyères/Rue du Bourg 7; La Neirigue/Chapelle St-Garin; Montbrelloz/Eglise (Friedhof); Murten/Rathausgasse 29/Ryf 41/Hauptgasse/Deutsche Kirche/Deutsche Kirchgasse 24/Hauptgasse 13/Rathausgasse/Schaalgasse 4/Schlossgasse 16; Posieux/Abbaye d'Hauterive; Romont/Rue des Moines 68-70/Grand-Rue 19; Rue/Château; Wünnewil-Flamatt/Sensebrück.

2.2 Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mittels Prospektion (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (maschinell angelegte Suchgräben oder Bohrungen) kann der Charakter bedrohter Fundplätze, an denen Rettungsgrabungen durchgeführt werden müssen, im Vorfeld besser erfasst werden. Die Untersuchungen erlauben die Bestimmung archäologischer Perimeter, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Dabei konnten neue Fundstellen erfasst und bereits bekannte präzisiert werden.

Im Rahmen des Forschungsprojekts zur mittelsteinzeitlichen Besiedlung des Kantons fanden Prospektionskampagnen entlang der Sense und der Glane sowie am Brendelspitz und im Petit Mont statt.

Zudem wurden präventive Sondierungen in Form von maschinell angelegten Suchgräben und Bohrungen vorgenommen: in Autavaux/La Crasaz; Châtillon/La Vuarda; Chavannes-les-Forts/La Pierraz; Delley/Rte du Port; Enney/L'Auge; Franex/Roche à Manien; Montagny-les-Monts/Fin des Esserts; Murten/Löwenberg; Porsel/Champ Dessus; Posieux/Bois de la Rappaz; Rueyres-St-Laurent/A Rueyres.

2011

Die archäologische Tauchequipe kam Anfang Jahr in Muntelier/Schloss/Steinberg (Dokumentation von Seeufersiedlungen) zum Einsatz.

Das Amt ergriff zudem Schutzmassnahmen an den Fundstellen von Ecuwillens/Pra Novy (Verlegung eines Schutzgitters und Wiederherstellung) und Jaun/Euschels, Fundpunkt 12 (Errichtung eines Schutzzaunes).

Im ganzen Kantonsgebiet wurden im Rahmen von Baumassnahmen 363 Ortseinsichten vorgenommen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Bauarbeiten an folgenden Ortschaften gelegt: Alterswil; Arconciel/Es Nés II; Bas-Vully-Sugiez/Les Grantès; Bösinggen/Dorfplatz/Kirche/Freiburgstrasse; Bulle/Au Dally; Courgevau; Bussy/Champ au Doux; Cournillens/Cormérod; Düdingen/Schiffenengraben; Ecuwillens/Pra Novy-Château; Font/L'Epenex; Freiburg/Poyapark; Gurmels; Kerzers; Ménières; Montagny-la-Ville/La Cabuche; Prez-vers-Noréaz/Moulin de Prez; Rue-Ursy; Villeneuve/Le Pommay. Andere Fundstellen wie Estavayer-le-Lac/Corbière; Enney; Forel; Gletterens; Montet/Villardin; Neyruz; Treyvaux; Vallée de la Jogne waren Gegenstand von regelmässig durchgeführten Bauüberwachungen.

2.3 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für mehrere Umbau- und Restaurierungsprojekte von Gebäuden in mittelalterlichen Ortschaften und in der Altstadt von Freiburg sowie von einigen Baudenkmälern in Staatsbesitz sind die Mittelalterarchäologen des Amtes beigezogen worden (z.B. Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters in Freiburg, Kathedrale St. Niklaus, Johanniterkomturei).

2.4 Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten wurden 579 (2010: 633) Gutachten für das BRPA erstellt. 61 (85) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon die Mehrzahl im Greyerzbezirk. 58 (40) Dossiers Ortsplanung und 21 (16) Dossiers Detailplanung wurden begutachtet.

30 % (24 %) der Antragsteller hielten sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung bei Baubeginn und gaben den jeweiligen Baubeginn bekannt.

Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 19 (13) Gemeinden aktualisiert werden.

2.5 Auswertung und Publikationen

Abgesehen von den regelmässig anfallenden Arbeiten (Vorbereiten von Artikeln, Verfassen von Untersuchungsberichten

usw.) wurde das Auswertungsprojekt «Découverte d'une œuvre majeure: les fragments de peintures murales de l'Eglise des Cordeliers à Fribourg» zu den Wandmalereien aus der Franziskanerkirche Freiburg fortgeführt. Zudem wurden für zwei neue Forschungsprojekte Gesuche an den Schweizerischen Nationalfonds SNF erarbeitet; davon betrifft eines die Spurenanalyse und die Technologie der Steinindustrie am Ende der Mittelsteinzeit (in Zusammenarbeit mit Ph. Della Casa, Professor an der Universität Zürich), das andere das Hinterland von Avenches (namentlich in Zusammenarbeit mit der Römerstadt und dem Römermuseum von Avenches). Im Herbst haben zudem die Vorbereitungen zur Sonderausstellung «Unesc...eau. Un label mondial pour cinq palafittes fribourgeoises» begonnen.

2.5.1 Monografien

Im Jahr 2011 sind keine Monografien erschienen.

2.5.2 Artikel

C. Agustoni – C. Buchillier – N. Terrapon, «Archéologie et muséologie: préserver ou présenter?», *Forum* 17, 2011, 32–38.

C. Agustoni – J. Monnier – C. Buchillier, «2 mosaïques, 3 jardins et 1 tortue! Le Musée romain de Vallon fête ses 10 ans», *Archéologie suisse* as. 34, 2011, 40–41.

C. Agustoni – C. Wolf – C. Buchillier, «Rapport d'activités 2010 du Musée Romain de Vallon», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

C. Benoît – F. Lagger – N. Terrapon, «Réflexion et méthodologie: autour d'une prise d'empreinte en papier», *Conservation, exposition, restauration d'Objets d'art* 6, 2011, s. p. (online seit 31.05.2011: <http://ceroart.revues.org/2106>).

G. Bourgarel, «La basilique Notre-Dame: vingt ans pour lui redonner son lustre et mieux la connaître!», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

G. Bourgarel – Ch. Kündig, «Fribourg/Forgerons 28, une maison qui justifie bien le nom de sa rue!», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

Gilles Bourgarel, «Architecture civile urbaine des cantons de Berne et Fribourg (1150–1350)», in: Archäologie Schweiz – Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit – Schweizerischer Burgenverein (Hrsg.), *Siedlungsbefunde und Fundkomplexe der Zeit zwischen 800 und 1350*, Akten des Kolloquiums zur Mittelalterarchäologie in der Schweiz (Frauenfeld, 2010), Basel 2011, 197–211.

Gilles Bourgarel, «Céramique en milieu urbain dans le canton de fribourg: 1150–1350», in: Archäologie Schweiz – Schweize-

—
2011

rische Arbeitsgemeinschaft für die Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit – Schweizerischer Burgenverein (Hrsg.), *Siedlungsbefunde und Fundkomplexe der Zeit zwischen 800 und 1350*, Akten des Kolloquiums zur Mittelalterarchäologie in der Schweiz (Frauenfeld, 2010), Basel 2011, 427–447.

C. Buchillier (mit einem Beitrag von M.-F. Meylan Krause und der Mitarbeit von B. Kaufmann und V. Trancik Petitpierre), «Vuadens/Le Briez au cours des siècles à la fois lieu de vie et ultime demeure», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

C. Buchillier, «Sites palafittiques autour des Alpes: un dossier gagnant à l'Unesco!», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

C. Buchillier, «Les réseaux d'échange de la Préhistoire au Moyen Âge», in: Ch. Mauron – I. Raboud (dir.), *La Gruyère dans le miroir de son patrimoine 1. Des armaillis et des ouvriers*, Neuenburg 2011, 8–9.

C. Buchillier, «La Gruyère gallo-romaine: un territoire approuvé», in: Ch. Mauron – I. Raboud (dir.), *La Gruyère dans le miroir de son patrimoine 2. Entre ville et campagne*, Neuenburg 2011, 24.

C. Buchillier, «Vestiges des débuts de la christianisation», in: Ch. Mauron – I. Raboud (dir.), *La Gruyère dans le miroir de son patrimoine 4. Sous le signe de la croix*, Neuenburg 2011, 9.

C. Buchillier, «Les antiquités grüériennes au XIX^e siècle. Une affaire de lettrés et d'ecclésiastiques», in: Ch. Mauron – I. Raboud (dir.), *La Gruyère dans le miroir de son patrimoine 5. Une région en représentation*, Neuenburg 2011, 18–22.

J.-P. Graf, «La soutane, la plume et la truëlle ou les trois vies d'Othmar Perler», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

G. Graenert (mit einem Beitrag von N. Pöllath), «Mittelalterliche Siedlungsreste von Schmitten Schlossmatte», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

G. Graenert – K. König, «800–1350: Funde aus Landsiedlungen der Kantone Bern, Solothurn und Freiburg», in: Archäologie Schweiz – Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit – Schweizerischer Burgenverein (Hrsg.), *Siedlungsbefunde und Fundkomplexe der Zeit zwischen 800 und 1350*, Akten des Kolloquiums zur Mittelalterarchäologie in der Schweiz (Frauenfeld, 2010), Basel 2011, 399–404.

D. Heinzelmann, «Der Schimmelturm der Murtener Stadtbefestigung: neue Ergebnisse zur Baugeschichte», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

K. König – G. Graenert, «Spurensuche zwischen 800 und 1350: Landsiedlungen der Kantone Bern, Freiburg und Solothurn», in: Archäologie Schweiz – Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit – Schweizerischer Burgenverein (Hrsg.), *Siedlungsbefunde und Fundkomplexe der Zeit zwischen 800 und 1350*, Akten des Kolloquiums zur Mittelalterarchäologie in der Schweiz (Frauenfeld, 2010), Basel 2011, 161–172.

M. Mauvilly, «Alterswil/Flue, ein neu entdeckter Lagerplatz unter einem Felsschutzdach aus dem Mesolithikum», *Freiburger Volkskalender 2012*, 2011, 35–41.

M. Mauvilly, «Une roue néolithique à Delley-Portalban», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

M. Mauvilly – F. McCullough, «La gestion des déchets dans un abri mésolithique, une affaire complexe...», *Nike* 6, 2011, 35–37.

M. Mauvilly – L. Kramer – R.-M. Arbogast, «Alterswil/Flue, ein neu entdeckter Lagerplatz unter einem Felsschutzdach aus dem Mesolithikum», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

M. Mauvilly – M. Ruffieux – L. Dhennequin – A. Rast-Eicher – T. Uldin (mit einem Beitrag von Ch. Favre und der Mitarbeit von L. Dafflon), «Deux nouvelles tombes à arme hallstattiennes dans le canton de Fribourg», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

J. Monnier, «Un temple sort de terre. Mise en valeur du *fanum* d'Estavayer-le-Gibloux», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

E. Mouquin – E. Rossier (mit einem Beitrag von B. Bär), «Les haches miniatures du canton de Fribourg», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

B. Pradervand, «Une œuvre gothique majeure à l'Eglise des Cordeliers de Fribourg», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

2.5.3 Fundregister

«Archäologischer Fundbericht 2010», *FHA* 13, 2011, in Vorbereitung.

AAS 94, 2011, passim.

2.6 Büro der Grafiker und Zeichner

2.6.1 Präsentation

› Bereinigung von Plänen und Fundobjektzeichnungen für die Untersuchungsberichte der Mitarbeitenden des Autobahnsektors.

2011

› Erstellung von diversen Postern und Ausstellungstafeln (internationales Kolloquium zur Konservierung des Steins von Morens, Tage der offenen Tür in Bulle, Estavayer-le-Gibloux, Vallon und in der Liebfrauenkirche Freiburg).

› Erstellung von Informationstafeln (Freiburg/Liebfrauenkirche, Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours).

2.6.2 Zusammenarbeit für diverse Publikationen, Vorträge und Artikel

› Freiburger Hefte für Archäologie 11 (diverse Autoren).

› Verschiedene Abbildungen für die Erstellung von Publikationen, wissenschaftlichen Auswertungen und Stellwänden oder anderen museografischen Dokumenten.

2.6.3 Layout

› Monografie zur Nekropole von Lully/La Faye (erscheint 2012).

› Freiburger Heft für Archäologie 11 (erscheint Anfang 2012).

› Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten für die Monografie «Vallon/Sur Dompierre. Histoire et archéologie d'un établissement romain dans la Broye fribourgeoise» (erscheint 2012).

2.7 Fotografie und Infografik

› Zahlreiche Arbeiten für Publikationen, Ausstellungen und Konferenzen sowie Reproduktionen von Negativen auf Bestellung von verschiedenen Forschern und Institutionen.

› Orthofotografische Aufnahmen anlässlich der Überwachung des Erhaltungszustands der Mosaik im Römermuseum Vallon.

› Zusammenarbeit mit dem Grafikerteam bei der Erstellung von Publikationen.

2.8 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Das Konservierungs- und Restaurierungslabor nahm alle aus archäologischen Interventionen stammenden Fundobjekte entgegen und verpackte diese provisorisch.

Im Berichtsjahr konnte Gaëlle Liengme als Praktikantin aufgenommen werden (Einführung in die Verfahren der Konservierung und Restaurierung von Keramik, Suche nach passenden Fragmenten bei den Wandmalereien aus Murten/Combette). Mit der Freiburger Hochschule für Technik und Architektur sowie mit zahlreichen anderen externen Personen (Studieren-

de, Restauratorinnen und Restauratoren, Fachberater/-innen, Wissenschaftler/-innen, Museen usw.) pflegte das Labor einen erfolgreichen Austausch und half bei der Restaurierung und Lyophilisation von Fundobjekten mit. Überdies führten die Mitarbeitenden des Labors eine regelmässige Klimakontrolle in den Fundlagern durch, fertigten Spezialverpackungen an und verpackten fachgerecht archäologisches Material, das für den Transport vorgesehen war.

2.8.1 Durchgeführte Massnahmen und Präsentation

› Die zahlreichen, aus verschiedenen Zeitepochen stammenden Metallobjekte, die bei Ausgrabungen in Bossonnens/Château, Estavayer-le-Lac/Eglise St-Laurent, Montagny-la-Ville/Chemin de la Cabuche, Freiburg/Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters/, Kathedrale/Liebfrauenkirche/Johanniterkomturei, Franex/La Roche à Manien, Muntelier/Steinberg, Murten/Hauptgasse 37, Vallon/Sur Dompierre zum Vorschein kamen, wurden von den Restauratoren/-innen gereinigt, konsolidiert, restauriert und verpackt. Objekte aus verschiedenen Fundstellen (Bussy/Pré de Fond/Praz Natey, Estavayer-le-Gibloux/Au Village, Marsens/En Barras, Meyriez/Merlachfeld, Riaz/Tronche-Bélon, Morens/Le Curtillet, Schmitten/Schlossmatte) wurden durch Sandstrahlung freigelegt, um ihre Bestimmung und Auswertung zu ermöglichen. Einige Funde wurden nach ihrer Entsalzung erneut bearbeitet (Bösingen/Fendringenstrasse, Vallon/Sur Dompierre), andere wiederum wurden für die Auswertung «drestauiert» (Gumefens/Sus Fey, Riaz/Tronche-Bélon).

› Das LCR hat zahlreiche Münzfunde aus den archäologischen Interventionen in Bossonnens/Château, Freiburg/Kathedrale/Johanniterkomturei/Liebfrauenkirche, Estavayer-le-Lac/Grand-Rue 35, Vallon/Sur Dompierre gereinigt, prophylaktisch konserviert und restauriert.

› Bei den Objekten aus Glas, Keramik und Terrakotta wurden Ensembles aus verschiedenen Fundstellen gereinigt, auf Passscherben hin untersucht und verpackt. Die bearbeiteten Gläser stammen aus Vallon/Sur Dompierre, Freiburg/Johanniterkomturei/Neustadtgasse, Estavayer-le-Gibloux/Au Village, Bulle/Condémine, Grolley/Au Gros Praz. Ausserdem wurden Fensterscheiben, Flakons und Flaschen aus mehreren Fundstellen (Arconciel/Es Nés, Freiburg/Franziskanerkirche, Freiburg/Samaritergasse, Rue/Chapellenie) neu abgepackt. Die behandelten Fundgegenstände aus Keramik und Terrakotta stammen aus Albeuve/Place des Tilleuls, Arconciel/La Souche, Bussy/Pré de Fonds/Praz Natey, Bossonnens/Château, Freiburg/Kathedrale/Johanniterkomturei/Schmiedgasse/Neustadtgasse 5/Criblet, Gumefens/Sus Fey, Marsens/En Barras, Schmitten/Schlossmatte, Grolley/Au Gros Praz, Montagny-la-Ville/Chemin de la Cabuche, Murten/Speicher-gasse/Schlossgasse 16, Vallon/Sur Dompierre, Villeneuve/Le

 2011

Pommay, Pont-en-Ogoz/La Chavanne/Vers-les-Tours, Ru-eyres-les-Prés/Sur le Pasquier, Muntelier/Schloss/Steinberg. Die Bestattungsurnen aus Bösinggen/Fendringenstrasse wurden ebenfalls restauriert, während das Material aus den Grabungen von Murten/Combette und Bussy/Praz Natey einer sanften Derestauration unterzogen und neuverpackt wurde.

- › An den Fundobjekten aus Stein fanden Reinigungsarbeiten statt; zudem wurden diese Objekte beschriftet und auf Passstücke untersucht (Freiburg/Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters/Neustadtgasse, Murten/Combette, Vallon/Sur Dompierre). Weiter sind die Reinigung und die Konsolidierung der Grabplatte des Peter Rych zu erwähnen, die in der Liebfrauenkirche in Freiburg zum Vorschein kam. Schliesslich wurden Architekturelemente aus der Kirche von Vallon/Carignan konsolidiert und fixiert, damit diese fotografiert, gezeichnet und untersucht werden können.
- › Im Römermuseum Vallon setzte das LCR die Arbeiten rund um die beiden Mosaik-fragmente fort (Algizidbehandlung und Sterilisierung, Fungizid-Test, Biozidbehandlungen der Mosaikpflaster und der neuzeitlichen Bauelemente, Resistenztests, orthofotografische Aufnahmen). Das Labor führte in den betreffenden Räumen zudem eine Klimastudie durch (Kartografie, Auswertung der Daten) und installierte eine Videoüberwachung.
- › Die Wandmalereien wurden sortiert, gereinigt, beschriftet, auf anpassende Fragmente untersucht und weggeräumt (Freiburg/Franziskanerkirche/Liebfrauenkirche, Murten/Combette). Ausserdem wurden für das betreffende Ensemble aus Freiburg/Liebfrauenkirche Mörtelproben entnommen und die bemalten Ziegelsteine aus Freiburg/Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters einer Reinigung unterzogen.
- › Wichtige Fundensembles aus organischen Materialien waren Gegenstand einer prophylaktischen oder kurativen Konservierung (Arconciel/La Souche, Bossonnens/Château, Freiburg/Johanniterkomturei/Alte Brunnengasse 29/Neustadtgasse, Grolley/Au Gros Praz, Meyriez/Chemin du Village, Muntelier/Steinberg/Schloss, Vallon/Sur Dompierre, Murten/Vorder Prehl/Pantschau, Delley/Rte du Port). Der Einbaum aus Forel wurde einer prophylaktischen Konservierung unterzogen. Ferner wurden die in Freiburg/Alte Brunnengasse 29 freigelegten Hölzer restauriert.
- › Damit bei einem Verlust oder einer Beschädigung der Originale eine Kopie vorhanden ist, die zudem für Veranstaltungen und Ausstellungen, bei denen die erforderlichen klimatischen Bedingungen für die Präsentation von Originalen nicht gegeben sind, zur Verfügung gestellt werden kann, wurden Abgüsse von folgenden Fundobjekten angefertigt: Armreife aus

Gempnach/Forstmatte und Chandossel (Museum Murten), pfauenförmige Lampe und Fibeln aus Murten/Combette, Ziegel mit Stempel aus Haut-Vully/Le Rondet, Motivbeilchen aus Riaz/Tronche-Bélon (Musée gruérien de Bulle), Panzer einer Europäischen Sumpfschildkröte aus Vallon/Sur Dompierre, Trinkhorn aus Muntelier/Fischergässli (Laténium).

2.9 Inventar und Sammlungen

Die Kisten mit den archäologischen Gläsern, die neu in einem adäquaten Funddepot im Amt gelagert werden, wurden geräumt und etikettiert. Das Fundlager in Cugy musste geräumt werden; das dort untergebrachte Material (Bauelemente, Sedimente usw.) wurde aussortiert und in die Sammlungen des Amtes integriert.

In Sachen Museografie sind erste Vorbereitungen für die Sonderausstellungen «Archéoquiz» zu erwähnen, welche im Jahre 2012 im MAHF gezeigt wird.

Die Arbeiten zur Verbesserung, Anpassungen und Vereinheitlichung von Funddaten der Datenbank FRINARC wurden fortgesetzt, soweit es die Zeit der für die Inventur zuständigen Mitarbeiterin sowie des Informatikers zulies.

2.9.1 Ausleihe von Objekten

Objekte aus kantonalen, archäologischen Sammlungen (Originale) wurden dem Museum Murten für die neue, im letzten März eröffnete Dauerausstellung zur Verfügung gestellt. Weitere Objekte wurden dem Greyerzer Museum in Bulle für die 2012 eröffnende Dauerausstellung ausgeliehen.

2.10 Archivierung

Für die Erarbeitung eines Archivierungssystems wurde eine Archivistin-Dokumentalistin eingestellt; bereits wurde mit verschiedenen Arbeiten im Bereich Computerdateien und Aktenplan begonnen. In Zusammenarbeit mit der KUB konnte der bislang unveröffentlichte Nachlass Othmar Perler gesichtet werden; die archäologischen Aufzeichnungen wurden inventarisiert, abgelegt und eingescannt. Im Hinblick auf ihre Mikroverfilmung wurden zudem zahlreiche, noch nicht vektorisierte Pläne eingescannt.

3. Besondere Ereignisse

3.1 Führungen, Animationen, Tage der offenen Tür

- › Führungen für Schulklassen und Erwachsenengruppen im Amt für Archäologie (Werkstätten usw.);
- › Führungen durch die Altstadt von Freiburg;

—
2011

- › Führungen im Römermuseum Vallon;
- › Führungen auf Ausgrabungen in Vallon/Sur Dompierre und Arconciel/La Souche im Rahmen verschiedener Veranstaltungen;
- › Ferienpass der Stadt Freiburg;
- › Tage der offenen Tür für Schulklassen auf verschiedenen Ausgrabungen (Arconciel/La Souche, Vallon/Sur Dompierre, Belfaux/Pré St-Maurice);
- › Präsentation (Fundobjekte und Anschauungsmaterial) der Grabhügel von Bulle/Le Terraillet anlässlich des von Glasson Matériaux organisierten Tages der offenen Tür;
- › Tag der offenen Tür mit diversen Animationen für Kinder in Estavayer-le-Gibloux;
- › Teilnahme an den Tagen des Europäischen Denkmals (10.–11. September) an den Fundstellen von Arconciel/La Souche, Vallon/Sur Dompierre und auf dem Wistenlacherberg.

3.2 Kurse, Pressekonferenzen und Beiträge zu verschiedenen Kolloquien

- › Berufsinformationen (zweispachig) für künftige Studierende der Archäologie;
- › Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Kurs: «Archéologie fribourgeoise»); Besichtigungen von Ausgrabungen (Vallon/Sur Dompierre, Châtillon-sur-Glâne, Arconciel/La Souche) und des Römermuseums Vallon;
- › Betreuung von Studierenden, die Freiburger Fundmaterial bearbeiten, sowie von wissenschaftlichen Assistentinnen und Assistenten, die ein Praktikum im AAFR absolvierten;
- › Kurs zum Thema «Silex schlagen» im Rahmen einer Blockveranstaltung der Archäometrie (Institut für Mineralogie und Petrographie der Universität Freiburg);
- › Kurse an der Universität Freiburg (in Vertretung des Titularprofessors für prähistorische Archäologie);
- › Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge anlässlich verschiedener Kolloquien durch die Kantonsarchäologin sowie durch Mitarbeitende des Amtes.

3.3 Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes

- › Freiburg, Nacht der Museen «Als Detektiv unterwegs» (28. Mai): Organisation von Führungen, Animationen und Vorführungen;
- › Zusammenarbeit mit dem Römermuseum Vallon bei den «Vinalia» (4. September): Animationen und Vorführungen;
- › Vorträge, Präsentationen und geführte Exkursionen verschiedener Mitarbeiter/-innen des Amtes im Rahmen von archäologischen Aperitifs des Vereins Freunde der Archäologie und der Römerstadt und des Römermuseums von Avenches sowie im Vully (auf Einladung der Vereinigung Pro Vistiliaco) und im Römermuseum Vallon (auf Anfrage der Vereinigung der Freunde dieses Museums);
- › abschliessende Arbeiten zur Kandidatur der Freiburger Fundstellen im Rahmen des Projekts zur Aufnahme der vorgeschichtlichen Pfahlbaustandorte im Alpenraum in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO; Vorträge und Informationsveranstaltungen zu diesem Thema. Die Delegierten der UNESCO setzten die Pfahlbauten am 28. Juni 2011 auf die Liste des Weltkulturerbes. Das Amt würdigte dieses Ereignis mit einem Fest, das am 16. September im Pfahlbaudorf von Gletterens stattfand;
- › Teilnahme an den Beratungen der Prüfungskommission der Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz (VATG).

XV. Amt für Kulturgüter

1. Aufgaben

Das Amt für Kulturgüter hat den Auftrag, Kulturgüter zu schützen und zu erhalten. Es lässt den zuständigen Behörden und den Eigentümern zweckmässige Informationen sowie Beratung und Unterstützung zukommen. Es fördert die Kenntnis und die Wertschätzung der Kulturgüter mit Publikationen, mit Öffentlichkeitsarbeit und mit dem Aufbau einer Dokumentation.

Amtsvorsteher: Claude Castella

—
2011

2. Tätigkeit

2.1 Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplans ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen. Das Verzeichnis wurde in 7 Gemeinden mit gesamthaft 11 Ortschaften überarbeitet: Arconciel, Châtillon, Corpataux-Magnedens, Fräschels, Le Glèbe (Estavayer-le-Gibloux, Rueyres-St-Laurent, Villarlod, Villarsel-le-Gibloux) und Lurtigen. Von 2591 aufgesuchten Gebäuden wurden 346 ins Verzeichnis aufgenommen und bewertet.

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter wurde für die kirchlichen Gebäude der Gemeinden Arconciel, Granges und Le Glèbe (Estavayer-le-Gibloux, Rueyres-Saint-Laurent, Villarlod) erstellt. Dabei wurden 247 Objekte ins Verzeichnis aufgenommen.

2.2 Unterschutzstellung von Kulturgütern

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der ortsfesten Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Das Amt erstellte 79 Gutachten zu Revisionsprogrammen, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung sowie zu regionalen Richtplänen.

Nach der Genehmigung der Ortsplanung, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden jedes Jahr beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

2.3 Baubewilligungsgesuche

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung zukommen lässt.

Alle Stadien des Baubewilligungsverfahrens gesamthaft betrachtet, hat das Amt 1550 Gutachten erstellt. Seit 2007 hat sich die Zahl der Gutachten um 36 % vermehrt. Die behandelten Gesuche verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 42 %, Bauvorhaben innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 54 %, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 4 %.

2.4 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an den Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter im Eigentum von Privatpersonen. Er kann sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Das Gleichgewicht zwischen eingegangenen Verpflichtungen und den im Voranschlag bereitgestellten Mitteln ist heute hergestellt. Seit dem Voranschlag 2009 konnte der Betrag von 1 900 000 Franken auf 1 700 000 Franken verringert werden. Die im Jahr 2011 eingegangenen Verpflichtungen sind geringer als der Mittelwert der letzten zehn Jahre. Das bestätigt den seit 2007 beobachteten Trend zu einem Rückgang der Verpflichtungen.

Die ausbezahlten Subventionen betragen 1 261 125 Franken. Zu 82 % waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 18 % für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). Die zugesprochenen Subventionen erreichen einen Gesamtbetrag von 1 308 000 Franken. Die von privaten Eigentümern beantragten Subventionen entsprechen 74 % des Gesamtbetrags, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten Beiträge 26 %.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen übernahm das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen in Höhe von 42 528 Franken.

Es sind 1 028 070 Franken an Bundessubventionen ausbezahlt worden, wovon 507 896 Franken an den Staat Freiburg für die Restaurierung der Kathedrale und der Kirche St. Moritz sowie für archäologische Arbeiten.

2.5 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation über die Freiburger Kulturgüter aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Archivierung von Berichten und ganzen Dossiers über Restaurierungen wird fortgesetzt: 155 Einheiten wurden archiviert. Wiederum wurden alte Photographien gesichtet und geordnet. Gegen 2000 Abzüge wurden identifiziert und bereichern nunmehr die Sammlung des Amtes. Ein Konvolut von 630 Plänen

2011

des Schlosses und der Domäne La Poya in Privatbesitz wurde erfasst und fotografiert. Ferner wurden über 1000 Zeitungsausschnitte der Freiburger Dokumentation hinzugefügt. Für das Register des zukünftigen Bandes 4b des «Kunstführers durch die Schweiz» wurden 1599 Einträge zu Künstlern verfasst und in die Datenbank des Verzeichnisses der ortsfesten Kulturgüter unter «Auteurs» aufgenommen. Für die Handbibliothek wurden 243 Titel angeschafft.

2.6 Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Mittel wurden prioritär für die Revision des Bandes 4b des «Kunstführers durch die Schweiz» verwendet; dieser Band umfasst die Kantone Freiburg und Wallis. Über 2400 Objekte sind darin behandelt, wovon 205 Schlösser und Landsitze, 171 Kirchen sowie 258 Kapellen. Die Stadt Freiburg wird 2012 behandelt. Der Band soll noch im gleichen Jahr erscheinen. Dank diesem Projekt konnte eine fotografische Minimal-Dokumentation aller berücksichtigten Objekte erstellt werden. Über 55 000 Aufnahmen ergeben so eine Momentaufnahme der hauptsächlichen Baukulturgüter des Kantons (Verzeichniswert A und B).

Es ist kein weiteres Heft in der Reihe «Freiburger Kulturgüter» erschienen und auch keine neue Serie der Blätter zur Architektur in der Stadt Freiburg. Wegen mangelnder Finanzmittel musste die geplante Publikationsreihe über die Schlösser und Landsitze in Partnerschaft mit der Sektion Freiburg von Domus Antiqua Helvetica aufgegeben werden. Immerhin ist die Monographie über das Herrenhaus Chollet de Grolley als Sonderheft von «Freiburger Kulturgüter» erschienen.

Wie jedes Jahr war das Amt an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert. In Zusammenarbeit mit der «Société d'histoire du canton de Fribourg» wurde zum sechsten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, der diesmal einen Einblick in die Restaurierung der Johanniterkommende in Freiburg bot. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit Besichtigungen, Vorträgen und Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung zur vertieften Kenntnis der Kulturgüter beigetragen. Das Amt führte die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg weiter und übernahm ein Modul «Conservation du patrimoine architectural bâti».

2.7 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 20 % unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Mikroverfilmung von Freiburger Zeitungen, Digitalisierung und

Mikroverfilmung der Katasterpläne im Staatsarchiv, Dokumentation der Sammlungen des Greyerzer Museums in Bulle sowie die Inventarisierung des Stadt- und des Pfarreiarchivs von Romont.

2.8 Kunstdenkmäler der Schweiz

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden.

Die im Jahr 2008 aufgenommene Redaktionsarbeit ging weiter voran. Sie wurde ergänzt mit zusätzlichen Beobachtungen an den Objekten und Altersbestimmungen von Gebäuden mittels der Dendrochronologie (Jahrring-Methode). Zusätzliche Archivforschungen ergaben reiche Informationen über Gebäude in Estavayer-le-Lac und in den übrigen Ortschaften des Broyebezirks.

2.9 Kommissionen

Die Kulturgüterkommission trat zu 8 Sitzungen zusammen; das Büro der Kulturgüterkommission hielt 16 Sitzungen ab und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich zu einer Sitzung. Die wissenschaftliche Kommission für die Begleitung der Forschungsarbeiten zu den «Kunstdenkmälern der Schweiz» führte eine Sitzung durch.

3. Besondere Ereignisse

Das Amt hat mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg ein Forschungsprojekt über die Bedingungen der Erhaltung und neuen Nutzung ländlicher Baukulturgüter ausgearbeitet. Es wird im Jahr 2012 an der Ausführung mitwirken.

Im Zusammenhang mit der Neuausgabe des «Kunstführers durch die Schweiz» (im Auftrag der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK) arbeitete das Amt seit 2008 an der Erstellung eines Kurz-Verzeichnisses der bemerkenswertesten Gebäude im Kanton. Diese Arbeit wird Anfang 2012 abgeschlossen.

Das Amt hat einen Zivildienstleistenden beschäftigt, der seine Studien über spätgotische Blendmasswerke und profilierten Fenstergewände in der Stadt Freiburg weitergeführt hat.

2011

XVI. Personalbestand

BEHÖRDEN — DIREKTIONEN Finanzstellen		Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT		4513,03	4415,60	97,43
ZENTRALVERWALTUNG		230,87	224,58	6,29
3200 / IPCS	Generalsekretariat	21,00	20,61	0,39
3202 / ENOB	Obligatorische Schule	43,55	40,08	3,47
3208 / ENSA	Amt für Sonderpädagogik	7,81	7,48	0,33
3225 / OSPR	Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	26,40	25,18	1,22
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	2,59	2,49	0,10
3265 / CULT	Amt für Kultur	2,61	3,00	-0,39
3270 / ARCH	Staatsarchiv	5,50	5,83	-0,33
3271 / BCUN	Kantons- und Universitätsbibliothek	48,33	48,22	0,11
3273 / MAHF	Museum für Kunst und Geschichte	14,82	15,37	-0,55
3274 / MHNA	Naturhistorisches Museum	10,39	10,47	-0,08
3280 / SACF	Amt für Archäologie	28,25	27,09	1,16
3281 / BIEN	Amt für Kulturgüter	14,17	13,63	0,54
3291 / JSPO	Jugend und Sport		2,58	-2,58
3292 / SPOR	Amt für Sport	5,45	2,55	2,90
UNTERRICHTSWESEN		4282,16	4191,02	91,14
3203 / EPRE	Vorschulunterricht	305,10	282,41	22,69
3205 / EPRI	Primarschulunterricht	1343,16	1314,65	28,51
3210 / CORI	Orientierungsschule – Entlastungen	18,55	16,04	2,51
3210 / CORI	Orientierungsschule	901,22	894,98	15,24
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	1,89	1,84	0,05
3230 / ECDD	Diplommittelschule	67,06	63,76	3,30
3235 / CGAM	Kollegium Gambach	66,77	66,56	0,21
3240 / CSCR	Kollegium Hl. Kreuz	91,88	91,88	–
3245 / CSMI	Kollegium St. Michael	123,25	121,97	1,28
3249 / CSUD	Kollegium des Südens	103,15	99,92	3,23
3256 / HEPF	Pädagogische Hochschule	97,75	98,08	-0,33
3258 / HESS	Hochschule für Gesundheit	56,83	57,07	-0,24
3259 / HETS	Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	45,46	44,77	0,69
3260 / UNIV	Universität	924,17	913,55	10,62
3272 / CONS	Konservatorium	126,92	123,54	3,38



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

WWW.FR.CH/SJD

Sicherheits- und Justizdirektion SJD

2011

I. Direktion und Generalsekretariat	1	VII. Amt für Bewährungshilfe (BHA)	34
1. Aufgaben	1	1. Auftrag	34
2. Tätigkeiten.....	1	2. Tätigkeiten.....	35
3. Interkantonale Konferenzen	4	3. Besondere Ereignisse	38
4. Streitigkeiten und Beschwerden.....	4		
5. Gesetzgebung.....	5		
		VIII. Amt für Justiz	39
II. Kantonspolizei	6	1. Auftrag	39
1. Auftrag.....	6	2. Aktivitäten.....	39
2. Gendarmerie.....	6		
3. Kriminalpolizei.....	10	IX. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)	41
4. Stabsdienste.....	12	1. Auftrag.....	41
5. Personalbereich	14	2. Tätigkeiten.....	41
6. Pressedienst.....	14		
7. Büro für Waffen und Sprengstoffe.....	15	X. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)	42
8. Sicherheitsunternehmen	17	1. Auftrag	42
		2. Tätigkeiten.....	43
III. Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)	17		
1. Auftrag des Amtes.....	17	XI. Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)	43
2. Bevölkerungsschutz	17	1. Auftrag.....	43
3. Zivilschutz.....	19	2. Tätigkeiten.....	43
4. Militärverwaltung	21		
5. Verwaltung der Militärgebäude.....	24	XII. Anstalten von Bellechasse	43
		1. Aufgabe.....	43
IV. Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)	25	2. Tätigkeiten.....	43
1. Aufgaben	25		
2. Fremdenpolizei.....	25	XIII. Personalbestand	44
3. Asylbereich.....	26		
4. Ausländische Arbeitskräfte	26		
5. Schweizerpässe und Identitätskarten.....	27		
V. Amt für Gewerbepolizei (GePoa)	27		
1. Aufgabe.....	27		
2. Aktivitäten.....	27		
VI. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)	29		
1. Auftrag	29		
2. Straf- und Massnahmenvollzug.....	29		
3. Gefängnisse	32		

2011

I. Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Direktor: *Erwin Jutzet*

Generalsekretärin: *Claudine Godat*

1. Aufgaben

Zu den Hauptaufgaben der Sicherheits- und Justizdirektion gehören die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, der Strafvollzug und die Wiedereingliederung der verurteilten Personen, die Fremden- und die Gewerbepolizei, die Integration der Migrantinnen und Migranten, die Stiftungsaufsicht, die Justizverwaltung sowie der Bevölkerungsschutz und die Militärverwaltung. Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS), die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) sowie die Anstalten von Bellechasse sind der Direktion administrativ zugewiesen.

2. Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der Direktion waren im Jahr 2011 durch folgenden Schwerpunkte geprägt:

2.1 Laufende Geschäfte

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die interne und gegen aussen gerichtete Informationsverwaltung zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen umfassen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Fortsetzung der Integrationspolitik

Die Anstrengungen im Bereich der Integration der Migrantinnen und Migranten im Kanton Freiburg wurden 2011 fortgesetzt und intensiviert.

Ab 2014 wird der Bund eine neue Integrationspolitik einführen. Im Hinblick darauf hat die Sicherheits- und Justizdirektion zusammen mit der Direktion für Gesundheit und Soziales die Ausarbeitung eines globalen kantonalen Integrationsprogramms in Angriff genommen. Zu diesem Zweck wurde eine spezialisierte externe Institution beauftragt, eine Zustands- und Bedürfnisanalyse in folgenden Bereichen der Integration vorzunehmen: Integration im Allgemeinen, Asylbereich, Prävention von Diskriminierungen.

Das Programm «Sprache und Bildung» wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration erfolgreich weitergeführt. Es wurden knapp 20 Projekte unterstützt und im Frühling 2011 fand für die Projektträgerinnen und -träger eine Informations- und Austauschtagung zu den ersten Erfahrungen mit dem «Lernfeedback» statt.

Ausserdem wurde die Zusammenarbeit mit den Gemeinden stark weiterentwickelt. Auf der Grundlage des Projekts «Marly Sympa», dem Preisträgerprojekt des Schweizer Integrationspreises 2009, hat die Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten das Projekt «Communes Sympas – Gemeinsam in der Gemeinde» ausgearbeitet, das von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) finanziell unterstützt wird. Mehrere Gemeinden (Bulle, Düringen, Estavayer-le-Lac) haben bereits vorgesehen, dieses Projekt umzusetzen.

Zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde am 13. Oktober 2011 die 3. Konferenz der Gemeinden zum Thema Arbeit und Migration durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit hat die Fachstelle für die Integration angeboten, Gemeinden, die Informationsanlässe für neu zugezogene Personen durchführen möchten, aktiv zu unterstützen, namentlich durch die Erstellung einer Musterpräsentation für eine solche Empfangsveranstaltung.

Ende März 2011 wurde die Website der Fachstelle für die Integration aufgeschaltet, um den Zugang zu praktischen Informationen zu erleichtern. Die Fachstelle erhält dadurch eine grössere Sichtbarkeit und alle nützlichen Informationen sind leichter zugänglich, insbesondere auch für Personen, die neu in den Kanton zugezogen sind. Ausserdem wurde die Empfangsbroschüre «Der Kanton Freiburg heisst Sie willkommen» in weitere Sprachen übersetzt und ist nun in sechs Sprachen verfügbar: Deutsch, Französisch, Albanisch, Englisch, Portugiesisch und Türkisch.

Am 28. Mai 2011 fand in Freiburg die erste kantonale Tagung für die Integration statt. Der Anlass wurde von der Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus (KMR) organisiert und befasste sich mit dem Thema «Migration(en), religiöse Zugehörigkeit(en) und Integration(en)». Zahlreiche Persönlichkeiten aus der Politik sowie drei namhafte Wissenschaftler haben an dieser Veranstaltung teilgenommen.

Das neue Gesetz vom 24. März 2011 über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention wiederum bietet einen neuen rechtlichen Rahmen für die aktuellen Tätigkeiten, ohne aber die seit mehreren Jahren geltende Verteilung der Zuständigkeiten in Frage zu stellen. Das Gesetz

2011

bestätigt die zentrale Rolle, die den Gemeinden in diesem Bereich zufällt.

Auf institutioneller Ebene ist die Fachstelle für die Integration, die der Sicherheits- und Justizdirektion angegliedert ist, die Ansprechpartnerin des Bundesamtes für Migration und sie übernimmt die Koordination der Integrationsmassnahmen auf kantonaler Ebene. Das kantonale Sozialamt, das der Direktion für Gesundheit und Soziales angegliedert ist, zeichnet seinerseits verantwortlich für den Sonderbereich der Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen.

2.2.2 Internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Im Jahr 2011 hat der Kanton Freiburg zudem ein Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe erlassen. Das Gesetz setzt Artikel 70 der Kantonsverfassung um, der besagt, dass der Staat die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und den gerechten Handel sowie den Austausch zwischen den Völkern fördern soll.

Mit der Schaffung dieses Gesetzes wollte der Staatsrat die Entwicklungsländer in ihren Anstrengungen unterstützen, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen zu verbessern. Das Gesetz bekräftigt die Handlungsgrundsätze des Staates in diesen Bereichen und festigt das politische Fundament der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe.

Die Sicherheits- und Justizdirektion hat 2011 das Dossier der Entwicklungszusammenarbeit von der Staatskanzlei übernommen. Die Zuständigkeit für die humanitäre Hilfe bleibt bei der Finanzdirektion (FIND). So hat der Staatsrat zu Beginn des Jahres 2011 auf Antrag der FIND 100 000 Franken für Projekte der humanitären Hilfe in Nova Friburgo zugesprochen.

2.2.3 Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches

Der Entwurf des Einführungsgesetzes zum schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) wurde Ende 2011 dem Grossen Rat überwiesen. Es handelt sich um eine beträchtliche Erneuerung, vor allem im Bereich des Nachbarrechts. Das Gesetz war ursprünglich auf eine mehrheitlich ländliche Gesellschaft ausgerichtet, nun soll es der städtischen Ausprägung des Kantons Rechnung tragen. Auch das Erbrecht wurde im Hinblick auf die Professionalisierung der Friedensgerichte angepasst, die dadurch für neue Aufgaben qualifiziert werden.

Das Vormundschaftsrecht – oder gemäss der Terminologie des neuen ZGB das Erwachsenenschutzrecht – wird in einem eigenständigen Ausführungsgesetz geregelt, das dem Kantonsparlament im Jahr 2012 vorgelegt wird.

2.2.4 Pensionierungsalter der mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamtinnen und Beamten

Der Staatsrat hat eine Verordnung erlassen, die ab 2012 das Höchstalter von 60 Jahren für die Pensionierung der mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamtinnen und Beamten einführt. Das obligatorische Pensionierungsalter von 60 Jahren, das bisher bereits für Polizeibeamtinnen und beamten galt, wird so auf die Fachleute für Justizvollzug des Zentralgefängnisses und der Anstalten von Bellechasse sowie auf die Wildhüter-Fischereiaufseher ausgeweitet.

Der Beschluss stützt sich auf das Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist und das weiterhin die Befugnis der Regierung vorsieht, je nach Personalkategorie ein unterschiedliches Höchstalter für die Pensionierung festzulegen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten (Gendarmerie und Kriminalpolizei) verfügten bereits über das Pensionierungsalter von 60 Jahren aufgrund eines Ad-hoc-Reglements, das auf den 31. Dezember 2011 aufgehoben wurde.

2.2.5 Kantonaler Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS)

Der kantonale Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS) ist ein beratendes Organ des Staatsrats und vereinigt Vertreter der Kantonspolizei, der Oberämter, der Gemeinden, der Gesundheitsförderung, der Jugendarbeit, der soziokulturellen Animation und der betagten Personen und schliesst ab 2012 auch den Generalstaatsanwalt ein.

Der KRPS wird vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert und hat im Frühjahr 2011, in seinem ersten Bericht an den Staatsrat, sechs prioritäre strategische Ziele zur Verstärkung der bürgernahen Sicherheit festgelegt: den Bürger zu einem Partner in Sachen Sicherheit machen, Gewalt vorbeugen und bekämpfen, öffentliche Räume einladend erhalten, den Alkoholkonsum einschränken, ungesittetes Verhalten vermindern und Einbrüche verhindern.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird zudem die Einführung der kantonalen Kriminalpolitik, die von der Staatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem Staatsrat ausgearbeitet wurde, einen klaren und soliden Rahmen zum Schutz vor Beeinträchtigungen der Sicherheit schaffen.

2.2.6 Bericht über die Erdbebensicherheit im Kanton Freiburg

Der Staatsrat hat den Bericht zum Postulat Berset-Bapst (Nr. 273.05) über die Erdbebensicherheit im Kanton Freiburg an den Grossen Rat überwiesen. Beunruhigt durch einen nationalen Bericht, in dem Erdbeben bis zur Stärke 6 der Richterskala

—
2011

im Kanton Freiburg als möglich eingeschätzt wurden, hat die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) als Kompetenzzentrum in diesem Bereich den international anerkannten Spezialisten Prof. Jon Mosar vom Departement für Geowissenschaften der Universität Freiburg beauftragt, die Tektonik und die Seismizität auf dem Kantonsgebiet eingehend zu untersuchen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Studien lassen erkennen, dass die Erdbebengefährdung im Kanton nicht über eine Stärke von 4,5 und somit im schweizerischen Durchschnitt liegen sollte.

In der Praxis lässt sich anhand der Erdbebengefährdung hauptsächlich der Umfang der zu treffenden Präventionsmassnahmen bestimmen. Es geht vor allem darum, die Sicherheit der Gebäude zu verstärken, zu informieren und zu sensibilisieren, den Einsatzfall vorzubereiten und die Schadendeckung sicherzustellen.

In Freiburg ist im neuen Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG) vorgeschrieben, dass bei Neubauten die Normen für erdbebensicheres Bauen eingehalten werden müssen. Ausserdem hat der Kanton in den letzten Jahren die Informations- und Sensibilisierungsarbeit im Bereich Erdbeben verstärkt. Der Einsatz im Erdbebenfall ist zudem Bestandteil der Einsätze, die vom kantonalen Führungsorgan geplant und geübt werden.

2.2.7 Pensionierung des Kommandanten der Freiburger Kantonspolizei und Ernennung des neuen Kommandanten

Am 29. November 2011 hat der Staatsrat in corpore den Kommandanten der Freiburger Kantonspolizei, der am 31. Dezember 2011 in den Ruhestand getreten ist, offiziell verabschiedet. Der Staatsrat bekundete seine tiefe Wertschätzung und sprach Herrn Nidegger seinen herzlichen Dank dafür aus, dass er während sechzehn Jahren die Verantwortung für die Sicherheit der gesamten Freiburger Bevölkerung übernommen hat. Am 1. Februar 1996 wurde Pierre Nidegger, der zuvor während vierzehn Jahren Chef der Kriminalpolizei war, zum Kommandanten der Freiburger Kantonspolizei ernannt. In seinen sechzehn Jahren als Kommandant hat er eine stabile und effiziente Polizei geschaffen, die Anerkennung genießt. Für ihn war es stets von erstrangiger Bedeutung, den Polizeiaspirantinnen und -aspiranten eine exzellente Ausbildung zu vermitteln, und dadurch hinterlässt er seinem Nachfolger ein wertvolles Instrument, um die hohe Qualität der Arbeit der Polizei zu gewährleisten.

Als Nachfolger von Pierre Nidegger hat der Staatsrat Herrn Pierre Schuwey ernannt. Pierre Schuwey war bis anhin und seit 1993 Chef der Gendarmerie und seit 1996 Vize-Kommandant der Freiburger Kantonspolizei.

2.3 Leitung von Projekten

Die Direktion hat die Gesetzgebungsprojekte zu den unter Ziffer 5 aufgeführten Gesetzen und Verordnungen geleitet.

Sie hat zudem verschiedene weitere Projekte namentlich zu folgenden Themen geleitet:

- › Einsetzung der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe für das Projekt eines Sport- und Freizeitzentrums im Lager Schwarzsee: In einigen Jahren wird die Armee die Belegung des Lagers Schwarzsee deutlich reduzieren, wodurch es notwendig wird, das Lager neuen zivilen Belegungen zuzuführen. Die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat zum Ziel, Lösungen zur Optimierung der nichtmilitärischen Belegung des Lagers bis 2016 aufzuzeigen und hat zudem den Auftrag, die Machbarkeit eines Umbaus der Militärbauwerke zu einem Sport- und Freizeitzentrum am Schwarzsee zu untersuchen.
- › Gesundheitsversorgung der strafrechtlich verurteilten Personen und Zukunft des Heims Tannenhof in den Anstalten von Bellechasse: Im Kanton Freiburg wie auch in der übrigen Schweiz leiden immer mehr Gefangene unter psychischen Problemen und sitzen nicht einfach eine Gefängnisstrafe ab, sondern durchlaufen eine therapeutische Massnahme. Die Umsetzung solcher Massnahmen erfordert Infrastrukturen und eine psychiatrische Betreuung von höchster Qualität. Angesichts dieser neuen Herausforderung hat der Staatsrat zusammen mit der Direktion für Gesundheit und Soziales eine fach- und direktionsübergreifende Arbeitsgruppe beauftragt, die konzeptuellen und rechtlichen Grundlagen für die medizinische Betreuung (physisch und psychisch) der Gefangenen und der zu einer Strafmassnahme verurteilten Personen im Kanton Freiburg zu erarbeiten. Sie hat ausserdem die Aufgabe, die Machbarkeit einer Spezialeinrichtung für Straftäter mit psychischen Problemen im Sinne von Artikel 59 StGB auf dem Areal des Heims Tannenhof in den Anstalten von Bellechasse zu untersuchen.
- › Umsetzung des mehrere Direktionen umfassenden Projekts zur Harmonisierung der Personenregister (Projekt HarmPers): Mit der Einführung der Informatikplattform Fri-Pers, die für die kantonale Verwaltung seit dem 17. Juni 2011 zugänglich ist, sollen die Vorgehensweisen der Einwohnerkontrollen in allen Kantonsgemeinden vereinheitlicht werden. Sie enthält die harmonisierten Daten aller Personen, die in den 167 Gemeinden des Kantons wohnen. Ausserdem hat eine Arbeitsgruppe von Kanton und Gemeinden ein Handbuch für die Vorsteherinnen und Vorsteher der Einwohnerkontrollen erarbeitet.

 2011

3. Interkantonale Konferenzen

3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die KKJPD hat unter der Leitung von Karin Keller-Sutter (SG) zwei Plenarsitzungen abgehalten.

Sie hat insbesondere folgende Fragen behandelt:

- › Die Entwicklung der Situation im Asylbereich
- › Die Fortsetzung der Einführung des nationalen Entführungsalarms, in Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden
- › Die Vernehmlassung zu den Änderungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Der Sicherheits- und Justizdirektor präsidiert ausserdem die Strafrechtskommission (zuvor Kommission für Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität / OKWK), die zu den ständigen Kommissionen der KKJPD gehört. Die Strafrechtskommission setzt sich zusammen aus Vertretern der kantonalen politischen Behörden, der Staatsanwaltschaft der Kantone und der Bundesanwaltschaft. Sie befasst sich mit der Koordination von Fragen von interkantonaler Bedeutung bzw. der Zusammenarbeit der Kantone mit den Strafbehörden des Bundes.

3.2 Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)

Die MZDK hat ihre Jahresversammlung am 27. Mai 2011 in Winterthur abgehalten. Nebst den statutarischen Geschäften wurden die Mitglieder der Konferenz von Bundesrat Ueli Maurer über die politische Situation in Sachen Sicherheit sowie von Armeechef Korpskommandant André Blattmann über die Situation im Bereich der Armee informiert.

3.3 Weitere Konferenzen

Die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) hat im Jahr 2011 zwei Plenarversammlungen abgehalten.

Die Mitglieder der Konferenz der Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren der lateinischen Schweiz haben sich am 1. Dezember 2011 in Lausanne versammelt.

4. Streitigkeiten und Beschwerden

4.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Personalfragen, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen usw.). Im Jahr 2011 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (2011 eröffnete oder laufende Verfahren)	39
Gefällte Entscheide (Massnahmen/negative Entscheide/positive Entscheide/unzulässig)	32
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme / Verfahren gegenstandslos	2
Beschwerden an den Staatsrat	3
Beschwerden an das Kantonsgericht	3
Am 31. Dezember 2011 hängige Verfahren	5

4.2 Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Die Situation im Jahr 2011 präsentierte sich wie folgt:

2011 eingegangene Beschwerden	32
<i>davon</i>	
gutgeheissen	0
abgewiesen	25
unzulässig	2
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	3
Am 31. Dezember 2011 bei der Direktion hängige Verfahren	2
Beschwerden an das Kantonsgericht	3

2011
4.3 Haftungsfragen

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Die Situation im Jahr 2011 präsentierte sich wie folgt:

Am 1. Januar 2011 hängige Fälle	1
Eingereichte Forderungen im Jahr 2011	2
Erledigte Fälle im Jahr 2011	2
Am 31. Dezember 2011 hängige Fälle (2011 oder vor 2011 eingereicht)	1

5. Gesetzgebung**5.1 Gesetze und Dekrete**

Gesetz vom 1. Februar 2011 zur Änderung des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Organisation der Feuerwehr)

Gesetz vom 24. März 2011 über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention

Gesetz vom 5. Oktober 2011 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Gesetz vom 5. Oktober 2011 über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Westschweizer Konkordat über Anbau und Handel von Hanf

5.2 Verordnungen und Tarife

Verordnung vom 18. Januar 2011 über die Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer und die Fahrschulen

Verordnung vom 15. Februar 2011 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Corminboeuf

Verordnung vom 15. Februar 2011 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Givisiez

Verordnung vom 15. Februar 2011 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Granges-Paccot

Verordnung vom 15. Februar 2011 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Villars-sur-Glâne

Verordnung vom 22. Februar 2011 über die Koordination und die Zusammenarbeit im Bereich des Bevölkerungsschutzes (Risikoanalyse und Prävention)

Verordnung vom 15. März 2011 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei

Verordnung vom 15. März 2011 zur Änderung der Verordnung über die DNA-Profile

Verordnung vom 15. Juni 2011 zur Änderung der Verordnung betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Organisation der Feuerwehr)

Verordnung vom 15. Juni 2011 zur Änderung der Verordnung betreffend die Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen an die Kosten der Feuerschutz- und Feuerbekämpfungsmassnahmen

Verordnung vom 15. Juni 2011 zur Änderung der Verordnung betreffend die Organisation, den Betrieb und die Subventionierung der Stützpunkte für die Brandbekämpfung

Verordnung vom 23. August 2011 über die Videoüberwachung

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Freiburg

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Marly

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Bulle

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Gruyères

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Murten

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Romont

2011

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Estavayer-le-Lac

Verordnung vom 13. September 2011 über die Verlängerung der Zuständigkeit zur Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Châtel-St-Denis

Verordnung vom 25. Oktober 2011 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge

Verordnung vom 22. November 2011 zur Änderung der Verordnung über den kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit

Verordnung vom 22. November 2011 über den Ansatz der Prämien und der Zuschlagsprämien der Gebäudeversicherung für 2012

Verordnung vom 29. November 2011 über den mittleren Baukostenindex der Gebäudeversicherung für 2012

Verordnung vom 29. November 2011 über die Pensionierung der mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamtinnen und Beamten

Verordnung vom 13. Dezember 2011 über Anbau und Handel von Hanf

Verordnung vom 20. Dezember 2011 über die Aufsicht über die Stiftungen

Verordnung vom 20. Dezember 2011 über die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Verordnung vom 20. Dezember 2011 zur dringlichen Anpassung der Gesetzgebung über den Zivilschutz

Verordnung vom 20. Dezember 2011 zur Änderung des Beschlusses über den Kaminfegertarif

II. Kantonspolizei

Kommandant: Pierre Nidegger

1. Auftrag

Die Kantonspolizei hat den allgemeinen Auftrag, für die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Sie besteht aus der Gendar-

merie, der Kriminalpolizei, den Stabsdiensten und dem Personalbereich.

2. Gendarmerie

2.1 Auftrag

Die Gendarmerie ist territorial in drei Regionen eingeteilt, wobei jede ein Regionalzentrum umfasst, das den Bereitschaftsdienst sicherstellt, sowie dezentralisierte Posten der bürgernahen Polizei, die seit Juli 2009 insbesondere den permanenten Kontakt mit der Bevölkerung und den verschiedenen öffentlichen Institutionen unterhält. Sie umfasst ebenfalls eine Verkehrs- und Schifffahrtspolizei. Sie ist mit den Aufgaben des allgemeinen Polizeidienstes, der Verkehrspolizei und der Schifffahrtspolizei beauftragt. Die Gendarmerie erfüllt auch gerichtspolizeiliche Aufgaben in Fällen, in denen der Einsatz der Kriminalpolizei nicht notwendig ist und nimmt verwaltungspolizeiliche Aufgaben wahr, die der Kantonspolizei durch die besondere Gesetzgebung übertragen werden.

2.2 Laufende Geschäfte

2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2010	2011
Erstellte Polizeirapporte	13 705	13 282
Aufgenommene Strafklagen	9 911	9 316
Behandelte Aufträge	24 145	21 459
Transport von Gefangenen und Beschuldigten	3 707	3 579
- davon im Kanton	3 057	3 047
- davon ausserhalb des Kantons	650	532

2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2010	51	117	168
2011	35	115	150

2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahr 2011 hat der Engel Franky seine Aktion «Slow Down. TAKE IT EASY» im Rahmen einer Aktion insbesondere für Motorradfahrer fortgesetzt. Auf der Rennstrecke von Bresse/F wurden zwei Präventionstage durchgeführt unter dem Motto: «Spüre die Geschwindigkeit, aber nicht auf unseren Strassen».

2011

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Saane	687	592	318	296	2	4
Sense	190	192	119	118	2	4
Greyerz	325	305	141	138	3	4
See	175	157	99	91	1	3
Glane	99	73	50	33	0	1
Broye	144	109	56	70	3	0
Vivisbach	99	61	52	28	0	1
Total	1 719	1 498	835	774	11	17

Die Zahl der polizeilich festgestellten Unfälle ist mit 1 498 Fällen (1 719 im Jahr 2010) um 12,9 % gesunken. Die Zahl der verletzten Personen, insgesamt 774 (835 im Jahr 2010), ist um 7,3 % gesunken. Im Jahr 2011 wurden 17 Personen getötet (11 im Jahr 2010), was einer Zunahme von 54,6 % entspricht.

Im Rahmen der Vorbeugung des Alkoholmissbrauchs am Steuer wurde das Konzept fortgeführt, welches anlässlich der Einführung der 0,5 %-Grenze ins Leben gerufen wurde. Die Alkoholkontrollen werden in systematischer (Kontrolle aller Fahrzeuglenker) oder in punktueller Form (aufgrund von Anzeichen für Alkoholkonsum) durchgeführt. Im Jahr 2011 hat die Gendarmerie folgende Anzahl Kontrollen durchgeführt:

	Anzahl Kontrollen		Angetrunkene Fahrzeuglenker	
	2010	2011	2010	2011
Total	19 196	15 121	4,9 %	7,1 %

Zusätzlich zu diesen Zahlen sind noch folgende hervorzuheben:

	2010	2011
Führerausweisentzug	1 106	1 174
Geschwindigkeitskontrollen	3 750	4 239
Führerflucht nach Unfall	801	725
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	241	223
Betrag einkassierter Ordnungsbussen	Fr. 6 396 834	Fr. 6 355 329
Kontrollierte Transportunternehmen (seit 2008 und gemäss den Richtlinien des ASTRA, die erhobenen Zahlen betreffen nur die Anzahl der Kontrollstunden)	48	32
Begleitung Ausnahmetransporte	193	229
Schiffahrtsunfallmeldungen	0	1
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	5	12
Einsätze Tauchergruppe	10	6

2.2.4 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2011 folgende Aufgaben:

	2010	2011
Verkehrsunterrichtsstunden in Schulen und Institutionen	1 156	1 083
Ausbildungsstunden Schülerpatrouilleure	1 371	1 426
Ausbildungsstunden Erwachsenen-Patrouilleure	512	486
Prüfung für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 382	1 466
Erziehungskurse für angezeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	9	9

2.2.5 Polizeihunde

	2010	2011
Anzahl Hunde	20	20
Anzahl Einsätze, davon:	684	674
- Verhaftungen und/oder Auffinden von Diebesgut	49	41
- Beschlagnahmen durch Drogenspezialisten	54	52
- Personensuche	67	49
- Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	2	3

Bei diesen Einsätzen wurden verschiedene von den Hunden aufgespürte Betäubungsmittel beschlagnahmt.

2.2.6 Fahrende

Im Verlauf des Jahres 2011 wurde der Einsatz der Gendarmerie in 37 Fällen wegen der Ankunft von Fahrenden auf Freiburger Gebiet angefordert (26 Einsätze im Jahr 2010). Diese Personen verbrachten insgesamt 114 Tage in unserem Kanton (89 Tage im Jahr 2010). Da kein Rastplatz für die Fahrenden zur Verfügung steht, wird in jedem Fall mit den betroffenen Personen und den Behörden (Gemeinde und/oder Oberamt), gegebenenfalls auch mit dem Grundstückbesitzer, über Ort und Dauer ihres Aufenthalts verhandelt. Die Verhandlungen werden grundsätzlich durch einen Polizeioffizier geführt. Der Bundesrat hat ein Konzept verabschiedet, das Rastplätze entlang des Nationalstrassennetzes vorsieht. In diesem Zusammenhang hat er das Projekt zur Verwirklichung eines multifunktionellen Rastplatzes auf der A12 bei Sâles unterstützt, der die Fahrenden aufnehmen kann. Der bereits bestehende Rastplatz La Joux des Ponts wird vergrössert und kann somit den Fahrenden Platz bieten.

2011

2.2.7 Personenschutz

Die Interventionsgruppe GRIF hat im Jahr 2011 in 26 Fällen Personenschutz gewährleistet (28 im Jahr 2010), davon in 23 Fällen für Vertreter von Bundesbehörden oder für ausländische Persönlichkeiten, die auf Besuch in der Schweiz weilten.

2.2.8 Ausschaffungen

Im Jahr 2011 hat die Kantonspolizei in 8 Fällen (gleichviel wie im Jahr 2010) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer zurück in ihr Herkunftsland begleitet. Gegenwärtig sind 19 Beamte, davon 5 Frauen, für die Ausführung solcher Aufträge ausgebildet.

2.2.9 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum täglichen Polizeidienst sind die Gendarmen bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienstkompanie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Bestand verändern. Sie gilt im Allgemeinen nicht für Kaderleute.

Um in der Lage zu sein, Grossveranstaltungen zu bewältigen und eine einheitliche Einsatz- und Ausbildungsmethode zu gewährleisten, haben die Westschweizer Polizeikorps eine Gruppierung Ordnungsdienst geschaffen, die unter der Abkürzung GMO (Groupement du maintien d'ordre) bekannt ist.

Im Laufe des Jahres wurden 1162 Beamte in 33 Fällen für den Ordnungsdienst für Ereignisse auf unserem Kantonsgebiet eingesetzt, darunter waren 15 Eishockeyspiele (13 für den HC Gottéron und 2 für die Eishockeyspiele Düdingen–Martigny), 5 Fussballspiele, 7 Veranstaltungen diverser Art, 5 Gerichtsverfahren und 1 Einsatz für Personenschutz. Für die Sicherheit dieser Veranstaltungen haben die Beamten insgesamt 8170 Einsatzstunden geleistet. Im Rahmen von Sportveranstaltungen wurden 21 Stadion- und 24 Rayonverbote ausgesprochen.

Unter der Leitung des GMO sind 11 Mitarbeiter in Davos für das World Economic Forum (WEF) im Einsatz gestanden. 10 Beamte verstärkten das GMO anlässlich des Kongresses der SVP in Bern. Dafür haben die 21 Beamten insgesamt 1308 Einsatzstunden geleistet.

2.3 Besondere Ereignisse

2.3.1 Präventionskampagnen

2.3.1.1 Sicherheit und öffentliche Ordnung

In jeder der drei Regionen der Gendarmerie wurden permanente und punktuelle Aktionen durchgeführt. Diese Aktionen, die den geographischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Regionen Rechnung tragen, dienen in erster Linie

der Prävention, können aber auch zur Aufdeckung und Verfolgung von Widerhandlungen führen. Die langfristig angelegten Aktionen erfolgen konkret durch eine verstärkte Präsenz der uniformierten Polizei an heiklen Örtlichkeiten wie in öffentlichen Parkanlagen und Fussgängerzonen, an Bahnhöfen und Stränden, an Orten mit starkem Menschenandrang sowie in Gaststätten. Neben der Signalwirkung dieser Aktionen auf die Bevölkerung gestatten sie, ungesittetem Verhalten Einhalt zu gebieten, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und gleichzeitig auch gegen den illegalen Handel in jeder Form vorzugehen, vor allem gegen den Drogenhandel.

Kantonale Aktionen

«BÜRGER-KONTAKT»

Diese permanente Schwerpunktaktion besteht darin, die Sicherheit im Nahbereich zu verstärken, indem der Bevölkerung durch gut sichtbare Präsenz und Dialogaufnahme Sicherheit vermittelt und somit das subjektive Unsicherheitsgefühl reduziert wird. Die gut sichtbare Präsenz und das ständige offene in Kontakttreten mit der Bevölkerung der Beamten der uniformierten Polizei, die zu Fuss unterwegs, bei öffentlichen Veranstaltungen und während der Stosszeiten in aller Öffentlichkeit präsent sind, stellen ein effizientes Mittel dar, um den Kontakt zwischen den Ordnungshütern und der Bevölkerung zu verstärken. Diese Aktionen verfolgen auch das Ziel, die Präsenz der uniformierten Beamten der Gendarmerie im Strassenverkehr zu erhöhen, indem sie gut sichtbare Überwachungen auf den Hauptachsen des kantonalen Strassennetzes sowie innerhalb der Agglomerationen durchführen.

«TABARRO»

Am Wochenende und abends (vor allem am Freitag- und Samstagabend), sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in Gaststätten mit starkem Andrang sowie an Standorten wichtiger Anlässe mit festlichem Charakter. Es wurden insgesamt 86 Einsätze von einer Gesamtdauer von 366 Stunden geleistet. 406 Beamte haben daran teilgenommen.

«AURORE»

Am Wochenende, frühmorgens, auf der Autobahn: Kontrolle der Automobilisten mit Verdacht auf Fahren nach Betäubungsmittel- und/oder Alkoholkonsum (Rückkehr nach Fest). So haben 461 Beamte 159 Schwerpunktaktionen auf den Autobahnen A1 und A12 durchgeführt. 22 Personen wurden wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz und 23 Lenker wegen Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz verzeigt. Weitere 10 Personen wurden wegen verschiedener Vergehen zur Anzeige gebracht.

2011

REGIONALE AKTIONEN

Region Zentrum:

«ÖFFENTLICHE ORDNUNG» Sichtbare und regelmässige Präsenz der Polizeikräfte (erhöhte öffentliche Sicherheit) im Stadtzentrum Freiburg und koordinierte Strafverfolgungsaktionen mit folgenden Zielen:

- Vorbeugung gegen Betäubungsmittelhandel in öffentlichen Lokalen, auf der Strasse, in öffentlichen Parkanlagen und an Stellen, die für Ansammlungen günstig sind;
- Kontrolle der gegen Dealer ausgesprochenen Zonenverbote;
- Vorbeugung gegen das Überhandnehmen von Bettelien;
- Vorbeugung gegen das ungesittete Benehmen und Widerhandlungen, vor allem gegen Taschendiebstähle;
- Verhindern, dass Bettler oder Obdachlose die Nacht bei grosser Kälte im Freien verbringen müssen;
- Sorgen für öffentliche Ruhe und Ordnung der Bürger;
- Erhöhen des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

1628 Beamte kamen im Rahmen von 754 durchgeführten Aktionen zum Einsatz. Dabei wurden 44 Personen für verschiedene Vergehen und 39 wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt.

«ANGEL» Gut sichtbare und vorbeugende Präsenz auf Strassen und Plätzen im Zentrum der Stadt Freiburg während der Festtage am Jahresende, um verschiedenen Vergehen vorzubeugen (Taschendiebstahl, Entreisssdiebstahl, Ladendiebstahl) und um die Bevölkerung zu beruhigen. Während den 129 Aktionen leisteten 264 Beamte eine Präsenz von 621 Stunden.

«ACHTUNG DIEBE!» Im Verlauf des Frühlings 2011 wurde aufgrund polizeilicher Feststellungen deutlich, dass zahlreiche Diebstähle und Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz im Stadtzentrum verübt worden sind. Gestützt auf diese Erkenntnis wurde durch die bürgernahe Polizei der Region Zentrum eine Präventionskampagne auf die Beine gestellt, die im Monat März 2011 lanciert wurde. Mehr als 700 Plakate wurden verteilt und angeschlagen. 5000 Flyer wurden an zahlreiche Geschäfte, öffentliche Gaststätten und Bürger der Stadt verteilt.

«EDEN» Die Task-Force «EDEN» war in der Zeit vom 1. Juni bis 15. September 2011 tätig, um gegen zunehmende Störung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit im Stadtzentrum Freiburg anzukämpfen, vor allem in den Geschäftszonen, öffentlichen Plätzen und Parks. Dank ihrer gezielten Aktion im präventiven wie auch im repressiven Bereich gelang es der aus 6 Beamten der Kantonspolizei bestehenden Task-Force «EDEN», das Phänomen einzudämmen. 18 Strafklagen konnten aufgeklärt werden, 8 Verhaftungen, 131 Kontrollen und 77 Einvernahmen wurden vorgenommen. 88 Anzeigerapporte wegen Diebstahls, Sachbeschädigung, Verstoss gegen das Betäubungsmittel- und Ausländergesetz wurden erstellt. In der erwähnten Zeitspanne wurden 243 g Haschisch, 52 g Marihuana, 28,4 g Kokain und 3,3 g Heroin sichergestellt.

Region Nord:

«STAND BY» Während der Festtage am Jahresende: sichtbare Präsenz in der Nähe sicherheitsrelevanter Orte wie Poststellen, Geldautomaten, Banken und Einkaufsstrassen. Im Rahmen dieser Aktion haben die Beamten 100 Präsenzen geleistet.

Region Süd:

«ROSSO» Diese Aktion hatte zum Ziel, dem Drogenkonsum vorzubeugen und diesen zu ahnden, namentlich in den Bahnhöfen der TPF, den Stadtzentren, in den öffentlichen Parks, bei den Orientierungsschulen, an den Ufern des Greyerzersees und in der Nähe von Einkaufs- und Kulturzentren. Sie ermöglicht zudem, gegen das ungesittete Benehmen, die Sachbeschädigungen und die Vergehen gegen das Strassenverkehrsgesetz (Nichtbeachten von Signalen, wildes Parkieren) anzukämpfen. Diese Aktion erlaubt auch eine präventive Präsenz bei Banken und Tankstellen, eine präventive und repressive Präsenz in den Einkaufszentren, insbesondere gegen die verschiedenen Diebstähle (Portmonee, Handtaschen usw.), die namentlich durch Osteuropäer verübt werden.

1 149 Aktionen wurden durchgeführt, an denen 2201 Beamte während insgesamt 1383 Stunden zum Einsatz kamen. 192 verdächtige Personen wurden identifiziert und 19 Straftäter wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt. 55 Verkehrsteilnehmer wurden zur Anzeige gebracht. 8 weitere Personen wurden wegen anderen Widerhandlungen verzeigt.

2.3.1.2 Strassenverkehr

01.01 – 31.12	Der Gurt als Lebensretter	Kontrolle des Tragens der Sicherheitsgurte auf dem gesamten kantonalen Strassennetz. 4393 Ordnungsbussen- und Bedenkfristformulare wurden dabei ausgestellt. Permanente Aktion.
01.01 – 31.12	TECO	Kontrollen in Bezug auf die Verwendung der Mobiltelefone am Steuer. 1855 Fahrzeuglenker wurden dabei angezeigt. Permanente Aktion.
11.04 – 31.12	Aktion Verhalten und Ausrüstung der Zweiradlenker – Radarkontrollen der Motorradfahrer	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradfahrern benützt werden. 278 Motorradfahrer wurden angezeigt. Permanente Aktion.

2011

11.04 – 31.12	Aktion Verhalten und Ausrüstung der Zweiradlenker – Verkehrskontrollen	675 Motorrad- und Fahrradlenker wurden verzeigt (OB oder Rapport). 449 Mängelkarten wurden ausgestellt. Auf der Rennstrecke von Bresse/F wurden zwei Präventionstage durchgeführt unter dem Motto: «Spüre die Geschwindigkeit, aber nicht auf unseren Strassen». Während dieser Aktion hat die Zahl der Opfer unter den Motorradlenkern abgenommen: Verletzte: -13 % (127 im Jahr 2010 gegenüber 111 im Jahr 2011) Todesfälle: -60 % (5 im Jahr 2010 gegenüber 2 im Jahr 2011).
22.08 – 09.09	Schulanfang	Geschwindigkeitskontrollen und Überwachung der Fussgängerstreifen in unmittelbarer Nähe von Schulen und Schulwegen. Zusätzliche Kontrollen zum Tragen der Sicherheitsgurte ergänzten diese Aktion. 26 Lenker wurden verzeigt.
13.04	Aktion «Merci»	Die Aktion hatte zum Ziel, sich bei den Fahrzeuglenkern für ihr korrektes Verhalten im Strassenverkehr zu bedanken. Dabei wurde ihnen eine Tafel Schokolade mit einem besonderen Logo überreicht. Lenker mit ordnungswidrigem Verhalten wurden angezeigt. Von den 1230 kontrollierten Automobilisten erhielten 1127 Lenker eine Tafel Schokolade und 103 wurden verzeigt.
10.11 11. – 26.11	Tag des Lichts Aktion Beleuchtung	Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) hat in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeien, dem Fonds für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt, um auf die Bedeutung der Sichtbarkeit im Strassenverkehr aufmerksam zu machen. Die Aktion Beleuchtung hat mit dieser nationalen Kampagne begonnen. 627 Flyer und 268 Armbinden wurden verteilt. 93 Lenker wurden zur Anzeige gebracht und 473 Mängelkarten ausgestellt.

2.3.2 Bürgernahe Polizei

Am 1. Juli 2009 wurde die bürgernahe Polizei auf das ganze Kantonsgebiet ausgeweitet. Gleichzeitig wurden auch die drei Ermittlungsgruppen in den Einsatzzentren eingeführt und ihrer Bestimmung, der Strafverfolgung im Nahbereich (Strassenhandel, Tags, damit verbundene Delikte usw.), zugeführt. Während dieser permanenten Tätigkeit haben die Beamten 497 verdächtige Personen angehalten (559 im Jahr 2010). 81 Straftäter (107 im Jahr 2010) wurden vorläufig festgenommen oder sind für die Bedürfnisse der weiteren Ermittlungen inhaftiert

worden. Gegen 323 Personen (306 im Jahr 2010) wurde wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz Anzeige erstattet. Zudem wurden 101 Verzeigungen (85 im Jahr 2010) aufgrund von Vermögensdelikten und deren 35 (20 im Jahr 2010) wegen Sachbeschädigungen erstellt. Im Verlauf ihrer Tätigkeit haben die Beamten namentlich folgende Mengen Betäubungsmittel sichergestellt: 138,5 g Heroin (151 g im Jahr 2010), 172 g Kokaïn (122 g im Jahr 2010), 203 g Haschisch (1,2 kg im Jahr 2010), 6,3 kg Marihuana (12,6 kg im Jahr 2010) sowie verschiedene andere Betäubungsmittel (Thaipillen, Ecstasy, LSD, Speed usw.). Im Verlauf der Ermittlungen wurden 9 Indoor-Kulturen entdeckt (32 Kulturen im Jahr 2010) und 2290 Hanfpflanzen (4757 im Jahr 2010) sichergestellt. Zudem wurde eine Outdoor-Kultur von einer Fläche von 4500 m² entdeckt. Die Pflanzen wurden vor Ort unter Aufsicht der Beamten destilliert.

3. Kriminalpolizei

3.1 Auftrag

Die Kriminalpolizei amtiert als Gerichtspolizei in allen Fällen, die wegen ihrer Bedeutung, Komplexität oder besonderen Natur ihren Einsatz erfordern. Ihre allgemeinen Aufträge sind die Besichtigung am Tatort, die Indizien- und Spurensicherung, die Auswertung der Spuren, das Befragen der betroffenen Personen, die Ermittlung der Sachverhalte, die Identifizierung und Festnahme der mutmasslichen Täter und deren Anzeige beim Staatsanwalt.

3.2 Laufende Geschäfte

3.2.1 Behandelte Geschäfte

	2010	2011
Erstellte Polizeirapporte	1 945	1 072
Aufgenommene Strafanträge	117	86
Behandelte Aufträge	2 333	1 441
Identifikationen durch KTD	251	297
davon Fingerabdrücke	77	129
davon DNA-Profile	124	106
davon Schuhsohlenprofile	50	51
davon Ohrabdrücke		11
Verbindungen zwischen Schuhsohlenprofilen		207
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	134	266
interne	17	29
mit anderen Kantonen	117	237
DNA-Probenahme bei Personen	991	1 084
Löschung der DNA-Profile	1 652	570
Erkennungsdienstliche Massnahmen	1 110	1 016

2011

3.2.2 Festnahmen

	CH	Ausl.	Total
2010	40	190	230
2011	35	134	169

3.2.3 Betäubungsmittel

	2010	2011
Beschlagnehmete Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	27 347	754
Marihuana (in Gramm)	43 837	48 662
Heroin (in Gramm)	166	158
Kokain (in Gramm)	2 490	641
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy	12	53
Amphetamin (in Gramm)	145	9
Todesfälle infolge Überdosis	4	2
Einbruchdiebstähle und versuche in Apotheken, Spitälern und Arztpraxen	12	12

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2010	2011
Felder	1 (Gesamtfläche von ungefähr 2000 m ²)	1 (Gesamtfläche von ungefähr 2000 m ²)
davon im Saanebezirk	0	0
davon im Sensebezirk	1	1
davon im Glanebezirk	0	0
davon im Greyerzbezirk	0	0
davon im Seebezirk	0	0
davon im Broyebezirk	0	0
davon im Vivisbachbezirk	0	0
Beschlagnehmete Hanfmenge	4 413 Pflanzen, davon - 3 792 aus Indoor-Kulturen: - 621 aus Outdoor-Kulturen	4 173 Pflanzen, davon - 2 572 aus Indoor-Kulturen: - 1 601 aus Outdoor-Kulturen
Indoor-Kulturen	32	27
Strafuntersuchungen	0	1

3.3 Besondere Ereignisse

Die Einführung der neuen StPO auf den 1. Januar 2011 war ein wichtiger Moment, besonders für die Polizei. Die Kriminalpolizei hat namentlich im Anschluss an die folgenden besonderen Vorkommnisse umfangreiche Ermittlungen getätigt:

Tötungen	Riaz	26.03.2011: Ermordung eines 24-jährigen Mannes am Steuer seines Fahrzeuges vor dem Haus der Schwiegereltern des Täters. Der Täter konnte einige Tage später im Wallis anlässlich einer Verkehrskontrolle festgenommen werden. Er hatte 8 Schüsse mit einer Parabellum-Pistole des Kalibers 7.65 mm Para auf den Liebhaber seiner Frau abgefeuert. Am Tatort konnten 8 Hülsen und 7 Projektile sichergestellt werden.
	Chénens	20.11.2011: Tötung einer 53-jährigen Frau mit einer Feuerwaffe an ihrem Wohnort durch ihren Ex-Freund. Vier Schüsse wurden im Zimmer abgegeben, vermutlich mit einem Repetier-Jagdgewehr mit Schalldämpfer. Zwei Schüsse trafen das Opfer am Kopf und führten zum Tod.
	Neirivue	03.12.2011: Tötung eines Mannes im Alter von 69 Jahren mit einem Jagdgewehr im Anschluss an einen Nachbarschaftsstreit, der zum Drama führte. Nach einer verbalen Auseinandersetzung holte der stark alkoholisierte Täter ein doppelläufiges Jagdgewehr und schoss auf die Wohnungstüre des Opfers. Die Schrotladung durchschlug die Türe und verletzte das dahinter stehende Opfer tödlich. Der Täter hat sich danach gestellt.
	Bulle	28.12.2011: Ein 34-jähriger Familienvater hat auf seine zwei Kinder geschossen und dabei seinen zwei Monate alten Säugling getötet. Das Kind im Alter von 6 Jahren wurde schwer verletzt. Der Täter richtete sich danach mit einer Feuerwaffe. Das sechsjährige Mädchen erlag zwei Tage später an den Folgen seiner schweren Verletzungen.
Leichenhebungen	Kanton	Intervention bei 73 aussergewöhnlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen konnten die Todesursachen geklärt werden (Tötung, natürlicher Tod, Unfalltod oder Selbstmord).
Raubüberfälle	Kanton	Aufgeklärte Fälle mit Überführung der Täter: 18.05.11: Domdidier, Privatdomizil (Anstiftung, Irreführung der Rechtspflege) 27.05.11: Freiburg, Bijouterie «Le TRES'OR» 06.06.11: Freiburg, Modegeschäft PKZ 30.06.11: Givisiez, Raiffeisenbank 23.07.11: Romont, Station-Shop AVEC 28.10.11: Villars-sur-Glâne, On The Run

2011

Serien von Einbruchdiebstählen	Kanton und ausserkantonale	Mehr als 2 000 Einbruchdiebstähle, Einbruchdiebstahlversuche oder Einschleichdiebstähle wurden registriert. Festnahme in flagranti von mehreren Banden durch die Kriminalpolizei und die Gendarmerie. Die Täter stammen vorwiegend aus osteuropäischen Staaten und dem Balkan. Anhaltung von 3 Rumänen, die ca. 60 Entreisssdiebstähle in der ganzen Schweiz begangen haben. Sie wurden wegen banden- und berufsmässigem Diebstahl, Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage, Verstoss gegen das AuG und Geldwäscherei zu Anzeige gebracht.	Pornographie	8 Fälle von illegaler Pornografie wurden aufgedeckt.
Entreisssdiebstähle			Sitte	Einführung des neuen Gesetzes über die Prostitution am 1. Januar 2011. 278 Kontrollen von Massagesalons. 243 Prostituierte wurden erfasst und 25 Prostituierte wurden verzeigt.
Skimming	Kanton	224 Fälle von Skimming registriert. Anhaltung von 2 Bulgaren, die in verschiedenen Kantonen Skimmer installiert hatten.	Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton Zahlreiche Ermittlungsverfahren infolge von Anzeigen durch Opfer sexueller Handlungen und Vergewaltigung. DNA-Identifizierung des Täters einer Vergewaltigung, die 2002 in Freiburg begangen wurde. Die Delikte im Zusammenhang mit der Internetnutzung sind immer noch aktuell. 83 Video-Befragungen wurden durchgeführt.
Beschädigung von Fahrzeugen	Grandvillard	29.09.2011: 9 Fahrzeuge von Armeeangehörigen, die auf dem Parkplatz der Kaserne stationiert waren, wurden stark beschädigt und 4 Paar Kontrollschilder wurden entwendet. Der von zwei geständigen Jugendlichen verursachte Sachschaden dürfte sich auf ca. 80 000 Franken belaufen.	Prävention	Kanton Fortsetzung der Präventionskampagne «t-ki» – «wer bisch», die 2007 lanciert wurde. Prävention durch den Präventionsbeauftragten der Jugendbrigade: 420 Klassen der Primar- und Sekundarschulen wurden besucht. Teilnahme an 104 Elternabenden, Lehrersitzungen und anderen Veranstaltungen.
Brände	Kanton	Intervention bei 66 Brandfällen. Ursachen: menschliche, technische, natürliche und unbestimmte Ursache. Nach dem Brand von drei Holzstapeln im Vallée de la Jogne und eines landwirtschaftlichen Gebäudes in Charmey wurde ein Überwachungsdispositiv eingerichtet.		
Betäubungsmittel	Kanton	Die Ermittlungen zum Kokainhandel in der Stadt Freiburg führten bis in den Kanton Bern. Drei afrikanische Drogenhändler wurden angehalten. Bei der Hausdurchsuchung wurden ca. 350 g Kokain beschlagnahmt. Die Kantonspolizei Bern führte zwei Verhaftungen durch und beschlagnahmte ca. 115 g Kokain. In unserem Kanton wurden ca. 160 g gehandelt. Im Jahr 2010 hat die Polizei von Annemasse/F mehrere Verhaftungen im Zusammenhang mit zwei Fällen von Marihuana-Handel von über 100 kg vorgenommen. Die Ermittlungen ergaben, dass die Drogen aus Freiburg in der Schweiz stammen, und dies bereits seit 2002. Im Verlauf der Vorermittlungen fiel der Verdacht auf zwei Einwohner aus Düdingen. Am 29.11.2011 wurde auf Rechtshilfeersuchen am Wohnort der Vorgenannten interveniert. Die grossangelegten Durchsuchungen führten zur Beschlagnahme von ca. 25 kg Marihuana, abgepackt für den Verkauf en gros, ca. 50 000 Franken, sowie verschiedenen der Ermittlung dienenden Gegenständen. Die Abklärung der Herkunft der Drogen ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen.		

4. Stabsdienste

4.1 Auftrag

Die Stabsdienste bestehen aus Diensten, die die Kantonspolizei unterstützen, indem sie die Zusammenhänge und die Einheit auf logistischer, administrativer und technischer Ebene garantieren. Folgende Sektoren gehören den Stabsdiensten an:

- > die Einsatz- und Alarmzentrale (operativer Einsatz);
- > die Informatik und Telekommunikation (Systemverwaltung, Datenbank, Übermittlung, technische Ausrüstung);
- > das Info-Center (Verwaltung des zentralen Informationssystems, Konservierung und Archivierung der Daten, kantonale und nationale Ausschreibungen, Erstellung von Statistiken, kantonale Filtrierstelle Ripol);
- > die Buchhaltung;
- > die Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung;
- > die Gebäudeverwaltung;
- > die Garage.

2011

4.2 Laufende Geschäfte

4.2.1 Behandelte Geschäfte

	2010	2011
Erstellte Polizeirapporte	8 440	1 995
Aufgenommene Strafklagen	2	2
Behandelte Aufträge	1 425	474
Eingegangene Anrufe	227 950	286 312
- davon Anrufe über die Notfallnummer	90 416	90 365
Behandelte Alarme	2 350	2 652
- davon wegen Feuer	628	718
- davon wegen Einbruch/Überfall	1 722	1 934

Der Rückgang der Anzahl Rapporte und Aufträge ist auf eine interne Änderung der Arbeitsabläufe zurückzuführen.

4.2.2 Informatik und Telekommunikation

- › Unterhalt und Betrieb der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC;
- › Unterhalt und Betrieb des analogen Funknetzes (Funkausrüstung in den Einsatzfahrzeugen, tragbare Funkgeräte, 10 Standorte/Antennen).

4.2.3 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2010	2011
Autos	201	210
Motorräder	9	9
Schiffe	5	5

4.2.4 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhalts der 46 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden mehr als 1000 Eingriffe vorgenommen (Auffrischungen, Unterhalt usw.). Es wurden insgesamt 18 Umzüge oder interne Mutationen und 52 mittlere und grössere Projekte realisiert.

4.2.5 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Die Abteilung Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung sowie die Bewaffnung der gesamten Kantonspolizei. Sie ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Polizeiasspiranten.

4.2.6 Buchhaltung

Für das Jahr 2011 erstellte die Buchhaltung der Kantonspolizei gestützt auf die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) 19 933 Rechnungen (20 601 im Jahr 2010). Ein Totalbetrag von 4 260 093 Franken (4 253 007 Franken im Jahr 2010) wurde in Rechnung gestellt.

4.3 Besondere Ereignisse

4.3.1 Informatik und Telekommunikation

- › POLYCOM: Beginn des Gesuchsverfahrens für eine Baubewilligung, Ausstattung einer ersten Serie von Dienstfahrzeugen mit POLYCOM, Personalisierung der Terminalparameter mit der Arbeitsgruppe der Benutzer;
- › Zentrales Informationssystem Zephyr: Entwicklung des automatischen Moduls zum Archivieren und Löschen der Daten, Anpassung und Integration der neuen Formulare im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO), Migration der Anwendungen / Module und Tests, Entwicklung der Schnittstelle SwissPol Index für den Bund;
- › Übergang zu Win 7 und Office 2010: Analysen und Tests;
- › Einführung der Systemverwaltung SCCM.

4.3.2 Gebäudeverwaltung

Wichtigste Projekte:

- › Studie und Abschluss des Wettbewerbes für das neue Kommandogebäude;
- › Studie eines neuen Postens in Le Mouret;
- › Verkauf der Posten in Cugy, Le Mouret, Giffers und Schmitten;
- › Komplettsanierung der Posten Prez-vers-Noréaz und Châtel-St-Denis, Teilsanierung des Postens von Porsel;
- › Anpassung der Polizeiräumlichkeiten an die Anforderungen gemäss der neuen StPO;
- › Sanierung der Büros des Kriminalkommissariats und Einrichtung eines Mehrzwecksaales Kommando/Ausbildung.

 2011

4.3.3 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

- › Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe UNIMATOS für die Ausarbeitung der neuen Präsentationsuniform;
- › Erneuerung der kollektiven Schutzwesten und der Schutzbekleidung OD (Ordnungsdienst);
- › Auswechseln von Wänden und der Beleuchtung im ersten Schiesskeller.

5. Personalbereich

5.1 Auftrag

Der Personalbereich umfasst die Sektoren, die in der Personalverwaltung, der Ausbildung und der psychologischen Unterstützung spezialisiert sind. Er stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei sowie die Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule an. Er gewährleistet die Verwaltung des Personals und deren Daten. Er ist für die Aus- und Weiterbildung sowie für die individuelle berufliche Entwicklung der Kader und Mitarbeiter verantwortlich. Er bietet den um Hilfe suchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung und der Hierarchie Beratung an.

5.2 Laufende Geschäfte

5.2.1 Aus- und Weiterbildung

Am 3. Januar 2011 begannen 30 Personen die Polizei-Aspirantenschule (PAS). Im Verlaufe des Jahres verliessen 4 Aspiranten/innen die Schule und ein ehemaliger Schüler (PAS 2009) nahm die Ausbildung wieder auf. Am Schluss ihrer Ausbildung haben 27 Kandidatinnen und Kandidaten die Prüfung für den Eidgenössischen Fachausweis Polizistin/Polizist abgelegt und diese mit Erfolg bestanden. Am Freitag 16. Dezember 2011 wurden 22 Gendarmen und 4 Inspektoren/innen der PAS 2011 in der Kathedrale vereidigt.

32 Aspirantinnen und Aspiranten wurden für die PAS 2012 aufgenommen, 24 für die Gendarmerie und 8 für die Kriminalpolizei.

Ausserdem hat das Ausbildungszentrum verschiedene Kurse zugunsten verschiedener Partner organisiert, die im Sicherheitswesen des Kantons Freiburg tätig sind (Feuerwehr, Gefängnisaufseher, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft).

5.3 Besondere Ereignisse

5.3.1 Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen»

Nach der Pensionierung des Amtsinhabers, BC Germain Collaud, wurde der neue Verantwortliche der Einheit in der Person von Adj Charles Baeriswyl ernannt. Er absolviert zurzeit eine Ausbildung zum «Personenzentrierten Ansatz». Adj Baeriswyl wurde ebenfalls anstelle seines Vorgängers, der das Co-Präsidium bekleidete, in die kantonale Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen berufen.

Die Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen» wurde für die Betreuung einer gewissen Anzahl spezieller Fälle eingesetzt. Der Verantwortliche der Einheit hat bei der Grundausbildung der Aspiranten an der PAS mitgewirkt und für sie ein Konzept zur psychologischen Unterstützung während ihres Praktikums auf die Beine gestellt.

5.3.2 Arbeitspsychologie

In Anbetracht der positiven Erfahrungen wurde die im November 2010 versuchsweise eingeführte flexible Arbeitszeit auf alle Dienststellen der Kantonspolizei ausgedehnt. So ist die Anzahl betroffener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 130 auf 350 angestiegen.

Das Verfahren der Rekrutierung der Polizei aspiranten wurde aktualisiert. Zukünftig schreiben sich die Kandidaten für das Verfahren der Rekrutierung auf der Website der Kantonspolizei ein. Sie haben dann die Möglichkeit, sich für einen halbtägigen Test anzumelden. Ausser den sprachlichen Kenntnissen werden durch neue Tests die kognitiven Fähigkeiten, die Motivation, die sozialen Kompetenzen, die Integrität und der praktische Überlegungssinn geprüft.

In ihrer einjährigen Grundausbildung erhalten die Polizei aspiranten eine 80-stündige Ausbildung in Psychologie. Eine Arbeitsgruppe, hauptsächlich aus Psychologen der Polizeikorps der Westschweiz, wird bis Ende 2012 die Kursunterlagen überarbeiten.

6. Pressedienst

6.1 Auftrag

Der Presse- und Präventionsdienst stellt die Information der Bevölkerung durch die Medien sicher, fördert das Image der Kantonspolizei und ist verantwortlich für den Inhalt der Internetseite der Kantonspolizei. Er informiert und berät die Bürger über die Kriminalitätsprävention. Ausserdem ist er für die interne Kommunikation der Kantonspolizei zuständig.

2011

6.2 Laufende Geschäfte

6.2.1 Aktivitäten im Zusammenhang mit den Medien

Folgende Medienaktivitäten wurden im Jahr 2011 durch den Pressedienst behandelt:

- > 759 Medienmitteilungen;
- > 6 Pressekonferenzen und punktuelle Medienorientierungen;
- > 531 telefonische Anfragen von Journalisten;
- > 19 SMS-Alarmmeldungen über aussergewöhnliche Ereignisse.

Im Weiteren besuchten 173 647 Personen die Website; dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 475 Personen.

6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2011 wurde die Öffentlichkeitsarbeit in Form von zahlreichen Informationsständen auf dem ganzen Kantonsgebiet verrichtet. Insbesondere hat der Pressedienst an folgenden Veranstaltungen mitgewirkt:

10.04.	Slow Up Murten;
28. – 29.05.	Schweizerisches Polizeimusiktreffen;
10.07.	Slow Up im Greyerzbezirk;
7. – 16.10.	Freiburger Messe;
20. – 23.10.	Expo Schmitten.

Vom 1. Juli bis 31. August 2011 wurden in den drei Einsatzzentren total 18 Ferienpassprogramme durchgeführt.

Die verschiedenen Dienststellen der Kantonspolizei wurden im Verlauf des Jahres ebenfalls besucht.

6.2.3 Präventive Aktivitäten

Im Jahr 2011 hat die Informations- und Präventionsstelle folgende Präventionsaktionen unterstützt:

- > 6 öffentliche Präventionsaktionen:

Aktion «Zweirad»;

Aktion «Merci» auf den Freiburger Strassen;

Aktion «Schulanfang»;

Aktion «Beleuchtung»;

Aktion «Angel».

- > 21 Hausberatungen durch einen spezialisierten Beamten.

6.3 Besondere Ereignisse

6.3.1 Motorradaktion 2011

Die Kantonspolizei Freiburg, mit der finanziellen Unterstützung des ASS und des TCS, Sektion Freiburg, stellte eine originelle Aktion zur Sensibilisierung der Motorradfahrer auf die Beine. Sie wollte damit eine einfache Botschaft vermitteln: «Spüre die Geschwindigkeit, aber nicht auf unseren Strassen».

Um den Motorradfahrern die Möglichkeit zu bieten, die Geschwindigkeit mit der eigenen Maschine auszuleben, wurden sie für einen Tag auf eine Rennstrecke in Frankreich eingeladen. Unter der Leitung von kompetentem Personal hatten die Motorradlenker die Gelegenheit, ihrem Hobby zu frönen, ohne Gefahr zu laufen, in eine Radarkontrolle zu geraten. 176 Motorradfahrer und 14 Motorradfahrer der Kantonspolizei fanden sich am 17. und 18. Mai 2011 auf der Rennstrecke von Bresse in Frontenaud ein.

6.3.2 Aktion «Vorsicht Diebel»

Diese Aktion wurde durch eine Medienorientierung am 23. März 2011 lanciert. Seit Jahresbeginn wurden zahlreiche Personen Opfer von Entreisssdiebstählen, vor allem in der Stadt Freiburg. Um die Bevölkerung auf dieses Phänomen aufmerksam zu machen, wurde diese Präventionsaktion ins Leben gerufen: In den Geschäften wurden Flyers und Plakate verteilt. In einem Einkaufszentrum wurden über die Lautsprecher Meldungen verbreitet, die zur Vorsicht aufriefen. In den Kinosälen der Stadt wurde im Vorspann ein Diapositiv projiziert. Die Aktion war ursprünglich für eine kurze Dauer vorgesehen, erstreckte sich aber schlussendlich über mehrere Monate.

7. Büro für Waffen und Sprengstoffe

7.1 Auftrag

Die Kantonspolizei ist die zuständige Behörde für die Anwendung und Kontrolle des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition, aber auch für die Anwendung der Gesetzgebung über die Sprengstoffe. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe stellt die Waffenerwerbsbewilligungen und Waffentragscheine, Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln, Zuverlässigkeitsbescheinigungen für Spreng-

2011

ausweisanwärter, europäische Feuerwaffenpässe für Jäger und Sportschützen, die im Schengenraum an Jagd- oder Schiesssportanlässen teilnehmen sowie Waffenhändlerpatente aus. Der Dienst organisiert Prüfungen zum Erhalt der Waffentragbewilligung für Sicherheitsbeamte, den kontrollierten Verkauf von Waffen, die Vernichtung von beschlagnahmten Waffen, Munition, Sprengstoffen und Feuerwerksartikeln. Das Büro für Waffen und Sprengstoff verwaltet auch den Beschlagnahmeraum für Waffen und Sprengstoffe. Es kontrolliert die Waffengeschäfte, Waffensammler, Verkaufsstellen von Feuerwerksartikeln sowie die Lager von Sprengstoffen der zivilen Anwender. Es wirkt bei den Voruntersuchungen im Rahmen von verwaltungsrechtlichen Verfahren mit. Seit Frühling 2011 werden neu alle Informationen über den Waffenerwerb durch ausländische Staatsangehörige, den Waffenentzug durch die kantonale Behörde sowie die Verweigerung von Bewilligungen in der eidgenössischen Datenbank «ARMADA» erfasst.

7.2 Laufende Geschäfte

Aktivität im Jahr 2011:

	2010	2011
Waffenerwerbsbewilligungen (Zivil)	505	617
Waffenerwerbsbewilligungen (Leihwaffen und Waffenübernahme bei Dienstentlassung aus der Armee)	228	518
Einvernahmen von Personen in Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	56	56
Ausnahmebewilligungen zum Erwerb von Waffen	28	10
Waffentragbewilligungen	46	24
Feuerwaffenpässe	77	87
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	16	26
Kontrolle von Waffenhandlungen	8	0
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	6	4
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	16	15
Kontrolle von Sprengstofflagern (Verwender)	11	2
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln (Silvesterfeiern)	74 (5)	79 (2)
Beschlagnahme von Waffen	225	270
Untersuchungen	106	143
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	44	15
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren	31	22
Rückgabe von Waffen an die Besitzer	21	16
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an die Logistikkbasis Grolley	10	6
Vernichtung von Waffen	355	348
Waffenabgabe	79	18

	2010	2011
Abgabe von Munition (in Kilogramm)	ca. 250	ca. 150
Abgabe von Sprengstoff (in Kilogramm)	640	10
Abgabe von Zündern (in Stück)	80	20
Meldung von bereits bestehendem Besitz von Waffen gemäss Art. 10 WG	30	20

Als Folge der Revision der Verordnung des VBS über das Schiesswesen ausser Dienst hat die Anzahl der ausgestellten Waffenerwerbsscheine massiv zugenommen. Alle aus dem Wehrdienst entlassenen Soldaten, die ihre Dienstwaffe übernehmen möchten, sind verpflichtet, einen kantonalen Waffenerwerbsschein vorzuweisen. Dasselbe gilt auch für Zivilpersonen, die eine militärische Leihwaffe haben, bzw. haben möchten.

Infolge der massiven Zunahme an Waffenerwerbsscheinen war das Waffenbüro stark mit der Registrierung von Waffen in der kantonalen Datenbank beschäftigt.

Im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und anderen Vergehen wurden viele Waffen eingezogen. Aus diesen Beschlagnahmungen resultiert jedes Mal eine verwaltungsrechtliche Untersuchung, gemäss Artikel 31 des Waffenrechts, in der geprüft wird, ob Waffen an den Besitzer zurückerstattet werden können oder nicht.

7.3 Besondere Ereignisse

7.3.1 Kontrolle aller Feuerwerksverkaufsstellen

Dieses Jahr wurden vom Waffenbüro sämtliche Feuerwerksverkaufsstellen kontrolliert. Es konnte festgestellt werden, dass diese Geschäfte im Grossen und Ganzen rechtmässig geführt werden. Bei zwei Verkaufsstellen musste wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz Anzeige erstattet werden. Ansonsten wurden für kleinere Unregelmässigkeiten Verwarnungen ausgesprochen.

7.3.2 Entsorgen von Waffen, Munition, Feuerwerk & Sprengstoff

Infolge von Gerichtsurteilen, Waffenentzug durch die kantonale Behörde und freiwilliger Abgabe wurden sehr grosse Mengen an Waffen und Munition entsorgt, bzw. rückgeführt. Auch wurde durch das Waffenbüro eine beachtliche Menge an defektem, altem und unsachgemäss entsorgtem Feuerwerk bzw. Sprengstoff vernichtet.

 2011

8. Sicherheitsunternehmen

8.1 Auftrag

Die Kantonspolizei ist die Vollzugsbehörde des Konkordats vom 18. Oktober 1996 über die Sicherheitsunternehmen. Die Kantonspolizei ist namentlich verantwortlich für die Erteilung von Bewilligungen gemäss Konkordat und laut Artikel 6 des Ausführungsbeschlusses des Konkordats (Bewilligung für die Anstellung von Sicherheitspersonal) für die Anerkennung der nicht durch die Konkordatskantone ausgestellten Bewilligungen und Fähigkeitsausweise oder Befähigungsbescheinigungen und für die Genehmigung des vom Sicherheitspersonal benutzten Materials.

8.2 Laufende Geschäfte

Im Jahr 2011 wurden folgende Bewilligungen ausgestellt:

- > 108 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal;
- > 171 Ausübungsbewilligungen;
- > 3 Betriebsbewilligungen.

Die Kantonspolizei hat zudem 13 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal erteilt, das für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig ist.

Zurzeit sind im Kanton Freiburg 12 Sicherheitsunternehmen im Besitz einer Betriebsbewilligung.

III. Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

Vorsteher: *Daniel Papaux*

1. Auftrag des Amtes

Das Amt ist beauftragt, die Tätigkeiten des Bevölkerungsschutzes zu koordinieren und die Führung im Falle eines Einsatzes sicherzustellen, den Zivilschutz und die Militärangelegenheiten zu verwalten sowie den Unterhalt der dem Kanton gehörenden Militärgebäude zu garantieren.

2. Bevölkerungsschutz

2.1 Auftrag

Der Bevölkerungsschutz ist ein Verbundsystem für Führung, Schutz, Rettung und Hilfe. Somit:

- > erstellt er die Risikoanalyse und aktualisiert sie regelmässig;
- > gewährleistet er die Koordination der Präventionsmassnahmen;
- > stellt er die Einsatzvorsorge sicher;
- > koordiniert er alle Mittel im Einsatz;
- > setzt er seine Koordinationstätigkeiten bis zur Instandstellung fort.

2.2 Laufende Geschäfte

Gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz (BevSG) wurde am 22. Februar 2011 die Verordnung über die Koordination und die Zusammenarbeit im Bereich des Bevölkerungsschutzes (Risikoanalyse und Prävention) durch den Staatsrat in Kraft gesetzt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat der Chef Bevölkerungsschutz an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ) und der Territorialregion 1 teilgenommen.

Die laufende Beobachtung der Temperaturen wurde mit dem Amt für Umwelt weitergeführt. Sie hat ermöglicht, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt Hitzewelle-Warnungen an die betroffenen Stellen zu versenden. Zudem wurde diese Analyse durch das Amt für Informatik und Telekommunikation insofern optimiert, dass die Messungen automatisch auf einer Website aufgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation, das die Projektleitung wahrnahm, hat der Bevölkerungsschutz das Projekt zur Realisierung einer «ORKAF-Plattform» weitergeführt. Diese Informatikoberfläche soll besonders als Plattform zum Informationsaustausch (hauptsächlich zwischen den Gemeindeführungsorganen und dem kantonalen Führungsorgan) sowie als Dokumentenablage dienen. Diese Arbeiten werden 2012 weitergeführt.

Die Arbeiten zur Beschaffung eines Kommandofahrzeugs haben in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei 2010 begonnen.

2011

Das Fahrzeug soll als Kommandoposten auf dem Schadenplatz dienen. Es soll anfangs 2012 einsetzbar sein.

Im Rahmen der vom Gesetz über den Bevölkerungsschutz (BevSG) angebrachten Änderungen des Gesundheitsgesetzes (GesG) hat der Bevölkerungsschutz an der vom Kantonsarztamt geleiteten Arbeitsgruppe «ORCSan» teilgenommen. Diese soll ein sanitätsdienstliches Führungsorgan einführen, um ausserordentliche Ereignisse zu bewältigen.

Der Bevölkerungsschutz wurde im Hinblick auf den Erhalt der Betriebsbewilligung des Bundesamts für Zivilluftfahrt von der COREB in die Redaktion des Einsatzplanes «Aéropôle de Payerne» eingebunden.

Aufgrund des Entscheides von Swisscom, das Infranet nicht mehr zu betreiben, muss das Steuerungssystem zur Auslösung der Sirenen bis Ende 2012 ersetzt werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat der Bevölkerungsschutz die Arbeiten unter Einbezug u.a. des Zivilschutzes und der Groupe E begonnen.

Im Rahmen eines vom Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) geleiteten Projekts hat der Bevölkerungsschutz den Kontakt zu den Gemeindeführungsorganen sichergestellt, mit dem Ziel, Naturgefahrenberater zur Verfügung stellen zu können.

Unter dem Vorsitz des Chefs Bevölkerungsschutz hat die Kommission der Bevölkerungsschutzverantwortlichen der lateinischen Schweiz, die der Konferenz der Bevölkerungsschutzamtsvorsteher der lateinischen Schweiz unterstellt ist, u.a. die Stellungnahme über den Bericht «Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» vorbereitet.

Das kantonale Führungsorgan hat während dem Jahr 2011 sechsmal im Rahmen seiner ordentlichen Sitzungen getagt. Es hat u.a. verschiedene Einsatzpläne angenommen (Plan ORANGE, Plan ROUGE, kantonaler Pandemie- Einsatzplan, Plan Anthrax).

Im Rahmen eines halben Ausbildungstages hat das kantonale Führungsorgan (KFO) seine Kenntnisse über den Führungsrhythmus für die Stabsarbeit erweitert. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz durchgeführt.

Im Rahmen der Bundesübung «NOSOS» des Bundesamtes für Veterinärwesen hat das KFO während 3 Tagen (vom 28. bis 30. Juni 2011) eine Übung zum Thema der Maul- und Klauen-seuche durchgeführt.

Im Auftrag des kantonalen Führungsorgans (KFO) hat der Bevölkerungsschutz mit der Redaktion des Einsatzplanes «Strom-

knaptheit» begonnen, wofür er Vertreter verschiedener Ebenen und Sektoren mit einbezogen hat (Bund, Kanton, Gemeinden, Privatunternehmen).

Die KFO-Spezialisten wurden zum Jahresrapport vom 26. Mai 2011 eingeladen, wo sie über Neuigkeiten im Bereich Bevölkerungsschutz, u.a. über die Gemeindeführungsorgane (GFO), informiert wurden. Zudem haben sie am 13. Dezember 2011 eine halbtägige, durch Instruktoren des BABS erteilte Ausbildung besucht.

Die Gemeinden, die ihre Gemeindeführungsorgane bis Ende 2009 bilden mussten, wurden in ihren Schritten durch den Bevölkerungsschutz unterstützt.

In Abhängigkeit von der Bildung der GFO hat der Bevölkerungsschutz im Jahr 2011 die GFO- Grundausbildung weiterfolgen können. Insgesamt haben 17 Gemeindeführungsorgane diese Ausbildung absolviert, was 76 Teilnehmern entspricht.

Der Jahresrapport der GFO-Chefs wurde am 1. Juli 2011 in Grangeneuve abgehalten. In dessen Rahmen konnten sich die GFO-Chefs auch einmal ausserhalb des Ausbildungszyklus versammeln.

Am 8. April 2011 wurde ein halbtägiges Seminar durchgeführt, um die GFO-Chefs über die für einen Einsatz in den Gefahrenzonen des Kernkraftwerks Mühleberg zu erstellende Planung und die zu treffenden Massnahmen zu orientieren.

Eine Übung des Plan ORANGE hat am 31. Mai 2011 in Estavayer-le-Lac stattgefunden. Deren Ziele waren u.a. die Abläufe des Plan ORANGE zu trainieren und die Sanitätsrettungskette zu testen. Im Rahmen des Szenarios eines Turnhallendachs, das über zwei Schulklassen eingestürzt war, wurden etwa 150 Mitglieder der Einsatzkräfte und zirka 50 Statisten eingesetzt.

2.3 Besonderes

Der Bevölkerungsschutz wurde durch einen neuen Mitarbeiter verstärkt, der vom Zivilschutz gekommen ist. Dieser Mitarbeiter hat als Instruktor die Hauptaufgabe, die GFO auszubilden.

Die Planung der im Fall einer Pandemie zu treffenden Massnahmen wurde abgeschlossen. Der kantonale Pandemie-Einsatzplan, vom kantonalen Führungsorgan am 14. April 2011 angenommen, wurde dem Staatsrat am 16. November 2011 vom Chef KFO und dem Kantonsarzt vorgestellt. Der Staatsrat hat ihn zur Kenntnis genommen und namentlich beschlossen, den Ausschuss und die Projektgruppe aufzulösen.

Auf Anregung des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) hat das KFO in Anbetracht der anhaltenden Trocken-

2011

heit im Frühling ein Feuerverbot erlassen. Dieses wurde durch die Oberamtmänner am 20. April 2011 in Kraft gesetzt und Mitte Mai aufgehoben.

3. Zivilschutz

3.1 Auftrag

Der Zivilschutz leitet die kantonalen Zivilschutzaktivitäten in den Bereichen Infrastruktur, Material und Alarmierungssysteme. Er koordiniert und führt die Ausbildung der zivilschutzpflichtigen Personen, verwaltet die Einsatzformationen und bereitet Einsätze vor.

3.2 Laufende Geschäfte

3.2.1 Verwaltung

3.2.1.1 Verwaltung und Informatik

Die Verwaltungsabläufe betreffend das Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, die Verwaltung der geleisteten Dienstage und deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz mittels des Informatiksystems OM verliefen reibungslos.

3.2.1.2 Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienstperioden sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend gross. Die interne Organisation des Sektors Zivilschutz hat jedoch eine rasche Erledigung aller Gesuche ermöglicht.

3.2.1.3 Verwaltung der Schutzbauten und Sirenen

Die mit der Firma OM Computer-Support AG in Cham (ZG) entwickelte Informatikapplikation für die Verwaltung der Schutzbauten ist nun betriebsbereit. Alle Datensätze der bisherigen Applikation konnten übernommen werden. Die manuelle Überprüfung der Daten bedeutet allerdings einen grossen Zeitaufwand. Die Schnittstellen zur Informatikapplikation des BRPA sowie diejenige zur Austauschplattform FRI-PERS wurden erstellt. Für das Projekt waren gemäss Finanzplanung ursprünglich 299 000 Franken vorgesehen. Die Abrechnung belief sich schliesslich auf 157 932 Franken. Die Differenz erklärt sich durch die Tatsache, dass mit dem gewählten Produkt eine bereits bestehende Lösung (OM Computer-Support AG) erworben werden konnte. Die neue Informatikapplikation entspricht vollumfänglich den Erwartungen und der kantonale Zivilschutz verfügt nun über ein sehr effizientes Produkt für die Verwaltung der Schutzbauten und für die Erhebung der Ersatzabgaben.

Im Jahr 2011 wurden im Kanton Freiburg 82 neue Sirenen installiert. Der Kanton verfügt nun über ein Sirenenetz der neuesten Generation, welches mit 248 fest installierten Sirenen das ganze Kantonsgebiet abdeckt. Die Gesamtkosten für die Erneuerung der bestehenden Sirenen, der Installation von 82 zusätzlichen Sirenen und von drei Ausbildungssirenen (eine pro Lieferant) im Ausbildungszentrum in Sugiez kostete insgesamt 3 318 571 Franken. Dieser Betrag wurde vollumfänglich vom Bund übernommen. Gemäss der Planung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz wird die ferngesteuerte Auslösung des Alarms der 82 neuen Sirenen von der Einsatzzentrale der Kantonspolizei aus erst 2015 mittels POLYALERT möglich sein.

3.2.1.4 Disziplinarwesen

	2010	2011
Dienstversäumer Zivilschutzkurse:	69	68
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:	29	29
Verwarnungen (leichte Fälle):	10	3
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz:	30	31
Entscheide:	24	24
Busse und/oder Haftstrafe:	23	24
Einstellung des Verfahrens:	1	0
Überweisung an den Polizeirichter:	0	0
Hängige Verfahren:	6	7
Hängige vorgängige Strafuntersuchungen:	0	5

Gegen die erlassenen Strafbefehle wurden keine Einsprachen eingereicht.

3.2.2 Ausbildung

Der Bestand des Ausbildungs-, Verwaltungs- und technischen Personals mit Arbeitsplatz in Sugiez beläuft sich auf 7,1 Vollzeitangestellte. (2010: 7,1). Nach dem Transfer eines Instructors in den Sektor Bevölkerungsschutz beläuft sich der Bestand ab 1.8.2011 auf 6,1 Vollzeitangestellte.

Grundausbildungsschulen (GAS)

Für die drei Grundfunktionen (Stabsmitarbeiter, Betreuer und Pionier) wurden zwölf (2010: 13) Grundausbildungsschulen (GAS) von je zwei Wochen durchgeführt.

Ausgebildete Funktionen	Teilnehmer	TOTAL
Betreuer	39	
Pionier	134	
Stabsmitarbeiter	22	195
	2010:	250

2011

Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse in den Ausbildungszentren Sugiez, Grône (VS), Spiez (BE), Köniz (BE), Couvet (NE) und Bernex (GE) durchgeführt.

Funktion	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg	Teilnehmer aus anderen Kantonen	Total	Ausbildungszentrum
Zugführer Unterstützung	4		4	Bernex, Couvet
Gruppenführer Unterstützung	12		12	Bernex, Couvet, Spiez
Zugführer Betreuung	6	7	13	Sugiez, Spiez
Gruppenführer Betreuung	15	11	26	Sugiez, Spiez
Chef logistisches Element	2		3	Grône
Anlagewart	13	3	16	Sugiez
Materialwart	4	2	11	Sugiez, Spiez
KGS Spezialist	11	9	20	Sugiez, Köniz
Rechnungsführer	2	4	6	Sugiez
Fourrier	12		12	Sugiez
Chauffeur	25		25	Sugiez
Kurse des Bundes	11		21	Schwarzenburg
Kurse für Ausbildungspersonal	1		2	Schwarzenburg
TOTAL	118	36	154	

Die Besetzung des Ausbildungszentrums in Sugiez belief sich im Jahr 2011 auf 5994 Personentage (2010: 6047 Personentage).

3.2.3 Organisation

Die Regionalkommissionen wurden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen. Sie haben zum Dienstleistungsplan 2012 und zu den Gesuchen für Einsätze des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft oder der Organisatoren von Grossanlässen Stellung genommen. Ausserdem wurden die Regionalkommissionen hinsichtlich der vorgesehenen Erneuerung der oberen Kader der Einsatzkompanien für die Verwaltungsperiode 2012–2015 angehört. Um den lokalen Zivilschutzkörper die Möglichkeit zu geben, Wiederholungskurse im Bereich der Ausbildung durchzuführen, aber auch um den vorgeschriebenen Rhythmus der Schutzraumkontrollen einhalten zu können, mussten bestimmte Anträge für Einsätze zugunsten der Gemeinschaft, insbesondere für den Auf- und Abbau von

Festzelten, abgewiesen werden. Es ist aber zu erwähnen, dass die Anzahl diesbezüglicher Anträge deutlich abgenommen hat.

Es wurde ein neues 4x4-Fahrzeug beschafft, das für den Schleppbetrieb von bis zu 2,8 Tonnen zugelassen ist. Der Zivilschutz verfügt nun über zehn 9-plätzig Transportfahrzeuge und sechs Geländefahrzeuge.

Rekrutierung 2011

	Stabsmitarbeiter	Betreuer	Pioniere	Total
Rekrutierungszentrum Lausanne (f)	20	75	151	246
Rekrutierungszentrum Sumiswald (d)	14	15	48	77
Total	34	90	199	323
			2010:	332

Wiederholungskurse

Während des Jahres 2011 wurden 331 (2010: 345) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 7250 Personentage geleistet (2010: 6786). Die Einsätze dienten dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren behandelt, welches im AMBS für Gesuche von Militärdienstpflichtigen angewendet wird. Auf insgesamt 3775 (2010: 3818) ausgestellte Aufgebote wurde in 780 Fällen (2010: 729) eine Dispens gewährt und 81 Dispensgesuche wurden abgelehnt. 23 Pflichtige leisteten aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses keinen Dienst, während 85 unentschuldig nicht eingerückt sind.

3.2.4 Bauten und Material

Kontrollen und Inspektion des Materials

Die Zivilschutzorganisation Freiburg wurde inspiziert. Das Material von sechs Zügen wurde kontrolliert und dasjenige von weiteren fünf Zügen zurückgezogen. Die Kontrolle hat ergeben, dass das Material dieser Organisation fachgerecht gewartet und eingelagert und somit auch einsatzbereit ist.

Unterhalt des Materials und der Anlagen

Gestützt auf die Arbeitsrapporte wurde bestimmten Zivilschutzorganisationen die Bewilligung erteilt, mit den Ersatz-

2011

beitragen Kosten im Bereich Unterhalt des Materials und der Schutzanlagen zu decken.

Periodische Kontrollen der Schutzanlagen

Die Schutzanlagen Riaz (geschützte Sanitätsstelle), La Tour-de-Trême (Bereitstellungsanlage II*) und Bulle (SD I und Bereitstellungsanlage I) wurden kontrolliert. Diese Anlagen entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Die festgestellten Mängel beeinträchtigen die Einsatzbereitschaft dieser Anlagen nicht.

Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar wiesen 3 fest installierte (von 167) und 31 mobile Sirenen (von 215) Mängel auf. Diese wurden sofort behoben.

Bauten

› Private Schutzräume

+ Angemeldete Bauten im Jahr 2011:	55
+ Schutzplätze	2 809
+ wovon in 23 gemeinsamen privaten Schutzräumen	1 354
+ Erledigte Bauten im Jahr 2011:	88
+ Schutzplätze	3 892
+ wovon in 55 gemeinsamen privaten Schutzräumen	2 824
+ Laufende Projekte:	335
+ Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen:	3 518

› Öffentliche Schutzräume

+ Genehmigte Gesuche im Jahr 2011:	0
+ Erledigte Gesuche im Jahr 2011:	1
+ Schutzplätze:	204
+ 2011 fertiggestellt und bezahlt: Montet (Glane)	
+ Im Bau:	0
+ Vorprojekte und Projekte in Planung oder im Genehmigungsverfahren: Châtel-Saint-Denis	
+ Ausbezahlte Subventionen	
+ Bund	0 Franken
+ Kanton	0 Franken

› Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes im Jahr 2011

+ Bezahlte Bauten:	keine
+ Fertiggestellte und genehmigte Bauten:	keine
+ Im Bau befindliche Projekte:	keine
+ In Planung befindliche Bauprojekte:	keine
+ Ausbezahlte Subventionen für den Unterhalt:	
+ Bund:	198 700 Franken
+ Kanton:	0 Franken

4. Militärverwaltung

4.1 Auftrag

Das Kreiskommando verwaltet die im Kanton wohnhaften Armeeangehörigen, führt die Prozesse betreffend Rekrutierung und Entlassungen, behandelt die Dienstverschiebungsgesuche sowie das Disziplinar- und Strafwesen und verwaltet das Schiesswesen ausser Dienst.

Das Büro für Wehrpflichtersatz führt die Einforderung und die Betreuung des Wehrpflichtersatzes aller Ersatzpflichtigen des Kantons durch.

4.2 Laufende Geschäfte

4.2.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im Jahr 2011 im Freiburger Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Personen 100 Beförderungen ausgesprochen: 6 Oberste, 9 Oberstleutnants, 10 Majore, 14 Hauptleute, 26 Oberleutnants und 35 Leutnants.

4.2.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2011 wurden von 1065 eingereichten Gesuchen 983 Dienstverschiebungen bewilligt (92 %) und 82 abgelehnt (8 %).

Die Gründe der bewilligten Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	3,2 %
Studium	37,5 %
Beruflich	24,0 %
Berufliche Weiterbildung	8,1 %
Auslandaufenthalt	4,4 %
Ärztliche Gründe	6,4 %
Andere Gründe	8,7 %

2011

4.2.3 Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Schiesssub-kommissionen	Rücktritte per 31.12.2011	Ernennung der Mitglieder für die Amtsperiode 2012–2015
1 FR Saane und Glane	Maj iGst Frédéric Gaillard Frau Marie-Eve Gaillard-Chassot	Obt Michel Bondallaz, Präsident Oberst Roger Stalder Lt Sébastien Gillard Stabsadj Christophe Rapin Wm Jérôme König Obgfr Julien Meuwly
2 FR Sense		Hptm Dominik Clément, Präsident Hptm Raphael Marro Obt Pascal Aebischer Adj Uof Alois Sauterel Fw Peter Buntschu
3 FR Greyerz und Vivisbach		Maj iGst Cédric Menoud, Präsident Hptm Julien Grand Hptm Grégoire Santschi Lt Ludovic Charrière Adj Uof Gilles Bardet Adj Uof Grégory Magnin
4 FR See		Maj Fritz Herren, Präsident Oberst Franz Schär Hptadj Niklaus Goetschi Stabsadj Edouard Aegerter Gfr Walter Meer
5 FR Broye		Maj Yvan Baechler, Präsident Hptm Didier Banderet Hptm David Girod Obt Alexandre Carrard Obt Yannick Verdon Stabsadj Christian Wagner

Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
	Schützen	Schützen	Schützen	Schützen
2011	7 751	5 458	811	1 671
2010	8 208	5 758	843	1 867
2009	8 321	5 636	854	1 767

Anzahl Jungschützen

2011	568
2010	600
2009	701

Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2011	63
2010	65

4.2.4 Disziplinar- und Strafwesen

686 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 581 Strafverfügungen.

Die Sicherheits- und Justizdirektion behandelte 7 (6) Beschwerden gegen diese Verfügungen. 7 davon wurden abgewiesen.

11 Stellungspflichtige wurden für das Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

44 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 8 für ein zweites Versäumnis, 3 für ein drittes Versäumnis und 4 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 5 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

4.2.5 Rekrutierung

Orientierungstage

Auf dem Waffenplatz Freiburg wurden durch die Kreiskommandantin 30 Orientierungstage für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1993 durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1109 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1993

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2012	1,9 %	4,2 %	10,1 %
2013	6,8 %	17,5 %	33,2 %
2014	7,8 %	8,2 %	7,3 %
2015	0,0 %	1,5 %	1,5 %

Für die 406 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1993

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2012	2,7 %	3,5 %	8,6 %
2013	9,3 %	12,3 %	44,8 %
2014	4,2 %	3,2 %	8,9 %
2015	0,0 %	0,8 %	1,7 %

2011

Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2011 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1 143	465
diensttauglich	698 (61,1 %) davon 135 Durchdiener	296 (63,7 %) davon 44 Durchdiener
SD-tauglich	233 (20,4 %)	63 (13,5 %)
SD-untauglich	122 (10,7 %)	59 (12,7 %)
SD-untauglich in abs	50 (4,4 %)	21 (4,5 %)
zurückgestellt zur Nachrekrutierung	34 (2,9 %)	24 (5,2 %)
zurückgestellt auf 1 Jahr	5 (0,4 %)	2 (0,4 %)
zurückgestellt auf 2 Jahre	1 (0,1 %)	0 (0 %)

Waffenloser Militärdienst

Sechs Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden zwei Gesuche angenommen und drei abgelehnt. Ein Gesuch wurde noch nicht behandelt.

4.2.6 Entlassung aus der Wehrpflicht

741 Armeeangehörige der Jahrgänge 1977 (Rest), 1978, 1979, 1980 und 1981, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden am 31.12.2011 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden während zwei Tagen in der Kaserne La Poya in Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Armeeangehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 695 bewaffneten Armeeangehörigen haben 61 (8,8 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben, 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Staboffiziere des Jahrganges 1961, die Hauptleute des Jahrganges 1969 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1975, insgesamt 32 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

4.2.7 Wehrpflichtersatz

Die Revision der gesetzlichen Grundlage des Bundes, die seit dem 1. Januar 2010 in Kraft ist, hat folgende Konsequenzen für das Veranlagungsjahr 2011: Erhöhung des Mindestbetrages der Wehrpflichtersatzabgabe von 200 Franken auf 400 Franken, Aufhebung des Abzuges für verheiratete Ersatzpflichtige, Teilverzicht auf die Ermässigung des Wehrpflichtersatzes, neue Art der Veranlagung für Ersatzpflichtige, die in einem Betriebsdetachment eingeteilt sind, und für Rekruten, die die Rekrutenschule erst teilweise absolviert haben.

Die Anzahl der Ersatzpflichtigen (nicht in einer Formation der Armee eingeteilt und nicht der Zivildienstpflicht unterstellte Ersatzpflichtige) hat in diesem Jahr weiter zugenommen. Sie hat gegenüber dem Vorjahr um 611 Personen zugenommen und beträgt nun 9771 Personen. Die demographische Entwicklung, die Verschiebung der Rekrutenschule sowie die Befreiung aus medizinischen Gründen sind Gründe für diese Entwicklung.

1168 Dienstpflichtige wurden im Jahr 2010 wegen Nichterfüllen des Militärdienstes (1016) oder des Zivildienstes (152) der Ersatzabgabe unterstellt.

Es wurden 1146 Rückerstattungsentscheide in der Höhe von 546 242 Franken gefällt; dies entspricht einer Zunahme um 45 % gegenüber dem Jahr 2010.

Die Vorsorgebezüge (Säule 2 und 3a) werden bei der Veranlagung des Wehrpflichtersatzes mit einbezogen. Die Überprüfung der 180 Dossiers des Sachregisters der Kantonalen Steuerverwaltung hatte 30 Veranlagungen zu Folge.

Beim Verwaltungsgericht wurde gegen einen Einspracheentscheid (2010: 1) Beschwerde eingereicht.

Die Arbeitsgruppe bestehend aus den zehn Kantonen, welche die Informatikapplikation des Wehrpflichtersatzes nutzen, hat sich dreimal zu Sitzungen getroffen. Die Erweiterung des Programms und die Migration von Windows XP zu Windows 7 waren die Hauptthemen dieser Sitzungen.

Bezug des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton

	2010	2011
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	6 416 932.30	6 590 062.35
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	546 242.00	346 370.25
Reinertrag	5 870 690.30	6 243 692.10
Anteil des Bundes (80 %)	4 696 552.25	4 994 953.70
Anteil des Kantons (20 %)	1 174 138.05	1 248 738.40

2011

	2010	2011
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	66 169.55	62 501.40
Verrechnete Rückzahlungszinsen	2 158.75	1 679.20
Rückstände	2 342 053.89	2 036 898.95
Betrag der Verlustscheine	137 275.15	151 574.70

Statistiken

	2010	2011
Veranlagungsverfügungen	12 665	10 410
Entscheide minimale Ersatzabgabe (400 Fr.)	2 803	1 723
Ersatzbefreiung (Art. 4 WPEG)	639	560
Annullierte Ersatzabgaben	24 452.52 Fr.	23 881.73 Fr.
Erlassene Ersatzabgaben	35 738.25 Fr.	31 538.70 Fr.
Ratenzahlungen	1 059	929
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2 453	2 453
Betreibungsbegehren	568	636
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1 146	786
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	619	717

5. Verwaltung der Militärgebäude

5.1 Auftrag

Die Verwaltung der Militärgebäude bewirtschaftet die kantonalen Militärbetriebe. Sie kümmert sich um die Personalführung, verwaltet die administrativen und finanziellen Belange und stellt den Unterhalt der Infrastrukturen des Lagers Schwarzsee und des Waffenplatzes Freiburg sicher.

Die Verwaltung der Militärgebäude plant und steuert die militärischen und zivilen Belegungen im Lager Schwarzsee.

5.2 Laufende Geschäfte

5.2.1 Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- › Laufender Unterhalt an allen Gebäuden der Kaserne
- › Zweite und letzte Etappe der Sanierung der Krankenstation im Gebäude 3. Die Krankenstation ist im Juni 2011 den Betreibern übergeben worden. Die Gesamtkosten betragen 980 000 Franken und werden zu 35 % vom Bund und zu 65 % vom

Kanton finanziert. Der Kostenvoranschlag dieser Arbeiten ist eingehalten worden.

5.2.2 Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- › Laufender Unterhalt an allen Gebäuden des Lagers Schwarzsee
- › Sicherung der Gebäudestatik der Turnhalle durch bauliche Massnahmen
- › Bodensanierung und Einbringen eines neuen Belages in der Turnhalle
- › Austausch des Gymnastikmaterials, im Anschluss an die Belagerneuerung
- › Austausch von 38 Mischbatterien in den Duschräumen des Gebäudes B
- › Eine Studie für die im Jahr 2015 geplante Heizungssanierung wird zurzeit erarbeitet.

Anschaffung von Material und Geräten

- › Anschaffung von 2 Flachbildschirm-TV-Geräten, 106 cm, inkl. digitaler Satellitentuner.

Anschaffung von Bettwäsche

- › Laufender Ersatz der nordischen Bettwäsche.

Belegungstage

2010	2011
39 710	32 080

Von den 32 080 Tagen wurden 23 043 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager (Intersoc), 6674 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen realisiert. Die militärischen Belegungen ergaben 2363 Tage.

5.3 Besonderes

5.3.1 Ehemaliges Zeughaus Freiburg

Im Anschluss an die Reorganisation des Amtes wurden unter der Leitung des Hochbauamtes zusammen mit verschiedenen privaten Firmen folgende Arbeiten am Standort des ehemaligen Zeughauses Freiburg durchgeführt:

—
2011

- › Reorganisation und Zuweisung neuer Parkplätze für die Mitarbeiter des Amtes;
- › Anpassung der gesamten Wegweisung im Aussenbereich und Beschriftung im Innenbereich des Amtes.

5.3.2 Waffenplatz Freiburg

In Zusammenhang mit dem Bau der Poyabrücke ist der Waffenplatz Freiburg zurzeit direkt von den Bauarbeiten am Kasernenareal (Fällen von Bäumen, Änderungen am Grundstück) und am Poyapark betroffen.

Der Verwalter der kantonalen Militärgebäude ist Mitglied einer Arbeitsgruppe, die von der armasuisse geleitet wird. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, eine neue Variante für die Entschädigung der kantonalen Waffenplätze ab 2014 auszuarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat per Ende 2011 der Projektaufsicht des Bundes einen Zwischenbericht vorgelegt. Die Arbeitsgruppe führt ihre Arbeit im Jahr 2012 weiter.

5.3.3 Lager Schwarzsee

Die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude arbeitet in einer Arbeitsgruppe mit, welche Lösungen für die Zukunft des Lagers Schwarzsee ausarbeiten soll. Die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude ist auch für das Sekretariat dieser Arbeitsgruppe zuständig.

IV. Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)

Vorsteher: *Patrick Pochon*

1. Aufgaben

Das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) setzt die fremdenpolizeilichen Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit ausländischer Staatsangehöriger um. Es behandelt die Anfragen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger für die Ausstellung eines Passes oder einer Identitätskarte und führt die ihm durch die Gesetzgebung über die Einwohnerkontrolle zugewiesenen Aufgaben aus.

2. Fremdenpolizei

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2010	2011
Niederlassungsbewilligungen	1 725	1 976
Aufenthaltsbewilligungen	3 639	4 838
Kurzaufenthaltsbewilligungen	410	476
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	152	281
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	11 712	7 397

2.1.2 Sonstige Leistungen

Rückreisevisa	242	275
---------------	-----	-----

2.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylsuchende und vorläufige aufgenommene Personen)

	2010	2011
Mit Niederlassungsbewilligungen	31 743	32 899
Mit Aufenthaltsbewilligungen	17 924	20 319
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen >=12 Monate	570	680
Total	50 237	53 898

2.1.4 Administrativmassnahmen

	2010	2011
Vom Amt durchgeführte Befragungen	229	204
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	59	63
Wegweisungsverfügungen	260	211
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	-	48
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerungen oder Widerrufe	48	46
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen als Zwischenverfügungen	2	3
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	10	14
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	19	13
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	151	190
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	115	156
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	16	15

2011

	2010	2011
Überprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	61	62
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	41	31
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	24	66
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	45	40
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	86	63
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	8	8
Eingestellte Verfahren	10	5

2.2 Besondere Ereignisse

Die Einwanderung aus EU-Staaten hat 2011 im Kanton Freiburg einen neuen Höchststand erreicht. Der über ein Jahr gesehene positive Migrationssaldo der von der Personenfreizügigkeit profitierenden Personen ist somit per 31.12.2011 auf 3251 Personen gestiegen. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung hat folglich noch stärker als in den Vorjahren zugenommen (+7,3 % in einem Jahr, per 31.12.2011).

Der Vollzug zahlreicher Wegweisungen aus der Schweiz machte vermehrt ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen erforderlich (+35 % gegenüber 2010). Der Anteil dieser Fälle aus dem Asylbereich mit Rückübernahme von anderen europäischen Staaten in Anwendung des Dublin-Assoziierungsabkommens ist weiter sehr hoch (53 %). Diese Zwangswegweisungen, einschliesslich der auf dem Dublin-Abkommen beruhenden, mussten insbesondere in medizinischer Hinsicht immer strengere Vorgaben erfüllen.

3. Asylbereich

3.1 Ordentliche Tätigkeit

	2010	2011
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	7	6
Asylsuchende, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	422	709
Erteilte Arbeitsbewilligungen	229	241
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	59	23
Vorläufig aufgenommene Personen	133	71
Positive Entscheide des BFM	94	102
Negative Entscheide des BFM (Ablehnung oder Nichteintreten)	418	358
Entscheide gemäss Anwendung des Dublin-Abkommens	152	164

	2010	2011
Beim BFM hängige Asylgesuche	277	460
Total der am 31. Dezember im Kanton weilenden Asylsuchenden	397	545
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer	776	797

3.2 Besondere Ereignisse

Die politischen Umwälzungen in Nordafrika haben zu einem erneuten Anstieg der Asylgesuche in der Schweiz geführt, insbesondere von Asylbewerbern aus Tunesien. Infolgedessen sind dem Kanton Freiburg 2011 so viele Asylbewerber neu zugewiesen worden wie seit 2002 nicht mehr (+68 % gegenüber 2010).

4. Ausländische Arbeitskräfte

4.1 Ordentliche Tätigkeit

4.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2010	2011
für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	1 448	2 283
für entsandte Arbeitnehmer	1 414	1 558
für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	348	1 024

4.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EU-8/EU-2-Staaten

	2010	2011
Aufenthaltsbewilligungen	42	32
Kurzaufenthaltsbewilligungen	358	168
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	267	42
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen EU	37	269

4.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2010	2011
Jahresaufenthaltsbewilligungen	32	23
Kurzaufenthaltsbewilligungen	64	41
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	53	65
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen	445	0
Bewilligungen für andere Künstler (Musiker)	112	67

2011

4.1.4 Sonstige Entscheide

	2010	2011
Verweigerungsverfügungen	224	208
Einspracheentscheide	34	13

4.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG kann die zuständige Behörde die Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abweisen oder nur teilweise bewilligen. Sie kann diese Sanktion auch androhen.

	2010	2011
Verweise	22	18
Androhungen	75	80
Suspendierungen/Verweigerungen	45	57

4.2 Besondere Ereignisse

Seit dem 1. Mai 2011 gilt die volle Personenfreizügigkeit in der Schweiz auch für die Angehörigen der EU-8-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen und Lettland). Folglich wird im Hinblick auf ihren Zugang zum Arbeitsmarkt nicht mehr vorgängig kontrolliert, ob der Inländervorrang oder die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Diese Zulassungsvoraussetzungen gelten aber weiterhin für Angehörige der EU-2-Staaten (Rumänien und Bulgarien).

Seit dem 1. Januar 2011 stellt der Kanton Freiburg keine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen aus Staaten mehr aus, mit denen die Schweiz kein Freizügigkeitsabkommen hat (Drittstaaten).

5. Schweizerpässe und Identitätskarten

5.1 Ordentliche Tätigkeit

5.2 Ausgestellte Ausweise

	2010	2011
Ordentliche Pässe ohne biometrische Daten	3 190	0
Biometrische ordentliche Pässe	10 425	14 406
Identitätskarten	26 296	26 875
Provisorische Pässe	587	585
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	195	264
Biometrische Ausländerausweise	0	7 293

5.3 Besondere Ereignisse

2011 ist das erste vollständige Jahr, in dem kein ordentlicher nichtbiometrischer Pass ausgestellt worden ist. Seit dem 1. März 2010 ist kein solcher Ausweis mehr ausgefertigt worden.

Seit dem 24. Januar 2011 erhalten die in der Schweiz aufenthaltsberechtigten Ausländerinnen und Ausländer, für die die Personenfreizügigkeit aber nicht gilt, aufgrund der Auflagen nach dem Schengen-Abkommen einen neuen, biometrischen Ausländerausweis. Die dafür erforderlichen Daten werden ebenfalls im Biometriezentrum des BMA erfasst, wie auch für die Ausweise für Schweizerbürger.

V. Amt für Gewerbepolizei (GePoa)

Amtsvorsteher: Alain Maeder

1. Aufgabe

Das Amt erteilt die Bewilligungen und kontrolliert die geschäftlichen Tätigkeiten mit eingeschränkter Handelsfreiheit. Es ist vor allem im Bereich der öffentlichen Gaststätten, des Verkaufs von Alkohol, der Spielapparate, der Lotterien, des Kinos, der Handelspatente, der Kollekten und der Prostitution tätig. Es überwacht ausserdem die Angabe der Preise, die Metrologie und die Öffnungszeiten der Geschäfte.

2. Aktivitäten

2.1 Laufende Aktivitäten

2.1.1 Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2011 wurden ausgestellt:

Neues Patent A für das Hotelleriegewerbe	1
Neue Patente B für Betriebe mit Alkohol	15
Neues Patent C für Betriebe ohne Alkohol	1
Neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	11
Neue Sonderpatente H	11
Neue Patente I für hotelähnliche Betriebe	9

2011

Neue Patente T für Traiteure	6
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	180

Zudem wurden 566 Patente erneuert, 36 erweitert und 34 Namensänderungen bewilligt.

Ausserdem wurde ein Patent entzogen. In vier Fällen wurde die Schliessung eines Betriebes angeordnet.

Im Kanton wurden 80 Raucherräume in Betrieb genommen und 41 diesbezügliche Projekte wurden abgebrochen.

Am 31. Dezember 2011 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

Hotelbetriebe	164
Betriebe mit Alkohol	607
Betriebe ohne Alkohol	14
Dancings, Kabarett	22
Hotelbars	16
Nachtrestaurants	4
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	108
Buvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	475
Hotelähnliche Betriebe	106
Traiteure	53
Total	1569

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht des Amtes fünf Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Insgesamt haben 129 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in französischer Sprache und 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in deutscher Sprache besucht. 84 Fähigkeitsausweise wurden ausgestellt.

Im Weiteren haben 26 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweis oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

Der Verband hat zwei Ausbildungskurse für Inhaber eines Patents G oder T organisiert. Von den insgesamt 16 Teilnehmerin-

nen und Teilnehmern haben 12 den Kurs in französischer und 4 den Kurs in deutscher Sprache besucht.

2.1.2 Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2011 bestanden 476 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

2.1.3 Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2011 wurden 106 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 115 im Jahr 2010. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 104 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 99 im Kalender der Stiftung ZEW (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

2.1.4 Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 325 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

2.1.5 Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2011 wurden:

313 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten und 224 Betriebsbewilligungen für Unterhaltungsapparate erteilt.

Im Kanton werden zurzeit drei Spielsalons betrieben.

2.1.6 Gewerbe der Reisenden

Im Jahr 2011 wurden:

20 Ausweise für Reisende und 2 Ausweise für Schausteller und Zirkusbetreiber ausgestellt.

2.1.7 Konsumkredit

Im Jahr 2011 wurden neun Bewilligungen zur Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber erneuert.

2.1.8 Masse und Gewichte

Im Jahr 2011 wurde gemäss den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen Folgendes geprüft:

 2011

Waagen für offene Verkaufsstellen	753
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1135
Fahrzeug- und Geleisewaagen	27
Spezialwaagen	61
selbsttätige Waagen	20
Preisauszeichnungswaagen	230
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	1017
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	2
Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein)	33
Längenmasse	2
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	427

Ausserdem wurden 636 Kontrollen von Fertigpackungen gleicher Nennfüllmenge und 458 Kontrollen von Zufallspackungen in Betrieben durchgeführt.

Schliesslich wurden 102 Verkaufsstellen im Rahmen der Marktüberwachung kontrolliert.

2.2 Besonderes Ereignis

Für das Jahr 2011 ist ein besonderes Ereignis zu erwähnen.

Am 1. Januar 2011 ist das Gesetz über die Ausübung der Prostitution in Kraft getreten.

Während dem ganzen Jahr 2011 hat das Amt für Gewerbepolizei verschiedene Verfahren für die Bereitstellung von Räumlichkeiten an Dritte zur Ausübung der Prostitution eingeleitet. Konkret wurden 27 Standorte beim Amt angemeldet, von welchen sich 20 in der Stadt Freiburg, 4 in Bulle, 2 in Châtel-St-Denis sowie 1 in Flamatt befinden.

Vier dieser Anfragen wurden abgelehnt; eine Anfrage wurde annulliert.

Am 31. Dezember 2011 waren noch 22 Verfahren pendent.

VI. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)

Amtsvorsteher: Thomas Freytag

1. Auftrag

Das Amt ist beauftragt, die durch die zuständigen Strafbehörden (Gerichte, Polizeirichter und Staatsanwaltschaft) ausgesprochenen Strafen und Massnahmen zu vollziehen. Es weist die zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer stationären Massnahme oder Verwahrung verurteilten Personen in die zuständigen Anstalten ein. Es vollzieht die anderen strafrechtlichen Sanktionen (oder lässt diese vollziehen), namentlich umgewandelte Geldstrafen, umgewandelte Bussen, die gemeinnützige Arbeit und die ambulanten Behandlungen. Es führt im Weiteren die Gefängnisse (das Zentralgefängnis, die offene Anstalt «Les Falaises» und das Gefängnis Romont) und das Strafregister.

2. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Tätigkeiten des Amtes stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- › Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937;
- › Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007;
- › Verordnung vom 19. September 2006 zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz (V StGB-MStG);
- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen;
- › Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB);
- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit;
- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug;
- › Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen);
- › Entscheide der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden;
- › Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006.

2011

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlauf des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem über die in den Konkordatstexten vorgesehenen Entscheide, die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Massnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, in denen anstelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe ausgesprochen wurde. Im Weiteren stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

2.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

2.1.1 Anzahl eingegangener Urteile (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

Im Jahr 2011 wurden dem ASMVG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 264 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, wovon:

- > 204 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten;
- > 32 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr;
- > 28 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr.

2.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

- > Es wurden 161 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.
- > 73 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen

beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts, am Samstag und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.

- > 3 Personen haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzuges an den Wochenenden zu vollziehen.

41 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren. Darüber hinaus hat das ASMVG 19 Urteile von anderen Kantonen zwecks Vollzuges einer Freiheitsstrafe erhalten, da die verurteilten Personen im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

> Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, gemeinnützige Arbeit, Ersatzfreiheitsstrafen)	745
> Unterbruch des Vollzuges	9
> Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen	178
> Vollzugsmandate an die Polizei	31
> Transportaufträge	103
> Anfragen um Einweisung (zwecks Vollzug oder vorzeitigem Vollzug der Freiheitsstrafe)	71

2.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

	Vollzugstage	Insassen
Anstalten von Bellechasse, Sugiez/FR	19 463	126
Etablissements de la plaine de l'Orbe/VD	2 306	7
Etablissement de Bellevue, Gorgier/NE	1 990	6
Anstalten von Witzwil/BE	1 641	5
Strafanstalt Hindelbank/BE	730	2
Strafanstalt La Stampa, Lugano/TI	251	2
Strafanstalt Thorberg/BE	365	1
Strafanstalt Lenzburg/AG	112	2
Strafanstalt Crêtelongue, Granges/VS	202	2
Le VAM, Freiburg, Bulle, Düdingen	196	20
Ritec, Düdingen	122	15
Coup de Pouce, Freiburg	32	1
Inselspital Bern (Zellentrakt)	72	11
Diverse ausserkantonale Kurzstrafen	1 640	108
Massnahmenzentrum St. Johannsen/BE	2 001	6
Anstalt für junge Erwachsene in Pramont/VS	414	2

2011

	Vollzugstage	Insassen
Fondation Bartimée, Grandson/VD	457	2
Le Tremplin «Foyer Horizon», Freiburg	533	3
Fondation Le Torry, Freiburg	117	1
Foyer St Louis, Freiburg	792	4
Foyer André, La Côte-aux-Fées/NE	910	3
Foyers Les Rives du Rhône, Sion/VS	67	2
EMS Sylvabelle SA, Provence/VD	681	2
Foyer Champ Fleuri, Glion/VD	334	1
Archezürich, Zürich	395	1
Foyer Eden, Hilterfingen/BE	103	1
Casa Fidelio, Niederbuchsiten/SO	31	1
Haus Gilgamesch, Basel	730	2
Stiftung Tannenhof, Gampelen/BE	195	1
Total	36 882	340

2.1.4 Anzahl strafrechtliche Massnahmen

112 Personen haben eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind:

- > 26 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB oder Art. 59 und Art. 60 StGB;
- > 15 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB;
- > 2 Personen in stationärer Behandlung im Rahmen einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB;
- > 18 Personen in einer ambulanten Behandlung während des Strafvollzugs in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 48 Personen in einer ambulanten Behandlung in Freiheit in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 3 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Das ASMVG hat 29 Behandlungsverfügungen erlassen. Diese Personen wurden in folgende Institutionen eingewiesen (siehe unter 2.1.3).

2.1.5 Etappen des Vollzugs von Strafen und Massnahmen (Arbeitsexternat, Wohn- und Arbeitsexternat, bedingte Entlassung)

a) Arbeitsexternat

24 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternates bewilligt. Vollzugsanstalten:

	Vollzugstage	Insassen
Offene Anstalt «Les Falaises», Freiburg	878	13
Maison Montfleury/GE	231	1
Maison Le Vallon/GE	638	4
Klosterfiechten Basel	58	1
Total	1 805	19

b) Arbeits- und Wohnexternat

6 Personen wurde das Vollzugsregime Arbeits- und Wohnexternat bewilligt.

c) Bedingte Entlassung aus Sanktionen und Aufhebung von Massnahmen

Seit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen am 1. Januar 2007 ist das ASMVG alleine für die Anordnung einer bedingten Entlassung zuständig (bei einer Freiheitsstrafe von mehr als 2 Jahren holt es die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit ein).

Ebenfalls in Anwendung der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen ist das ASMVG für die Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus und/oder die Aufhebung einer ambulanten oder stationären therapeutischen Massnahme bzw. einer Verwahrung zuständig. In mehreren Fällen beantragt das ASMVG ebenfalls eine Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit.

Folgende Entscheide wurden erlassen:

> Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	24
> Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	12
> Verweigerung der bedingten Entlassung	11
> Aufhebung einer Massnahme bewilligt	12

2011

> Aufhebung einer Massnahme abgelehnt	27
> Bedingte Entlassung aus einer Massnahme bewilligt	5
> Bedingte Entlassung aus einer Massnahme abgelehnt	22
> Bedingte Entlassung aus der Verwahrung abgelehnt	2
> Verlängerung der Probezeit	2
> Total	117

2.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Die unbezahlten Bussen und Geldstrafen werden in Freiheitsstrafen umgewandelt (100 Franken Busse = 1 Tag Freiheitsstrafe; die Höhe des Tagessatzes bei der Geldstrafe wird von der Strafbehörde festgelegt).

Die Anzahl umgewandelter Bussen und Geldstrafen sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden sind in der untenstehenden Tabelle ersichtlich:

	Erhaltene Umwandlungsentscheide	Einkassierter Betrag
Staatsanwaltschaft	1 613	794 562.80
Oberämter	1 647	304 149.50
Andere Kantone	137	45 545.05
Gerichte	47	13 030.00
Stadt Freiburg	1 218	8 591.90
Gemeinde Plaffeien	11	750.75

Insgesamt hat das ASMVG 4673 Umwandlungsentscheide (Bussen und Geldstrafen) erhalten und einen Gesamtbetrag von 1 166 630.00 Franken einkassiert.

104 Umwandlungsentscheide betreffend 58 Personen wurden zwecks Strafvollzugs im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurde 3 Umwandlungsentscheide an den Sektor GA zwecks Vollzug in Form der GA überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen:

> Anzahl Mandate an die Polizei	2 229
> Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen	924
> Anzahl Delegationen an andere Kantone	1 273

2.3 Bewilligte Abzahlungsvereinbarungen: Gemeinnützige Arbeit (GA)

Mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches am 1. Januar 2007 sind das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse sowie das Amt für Bewährungshilfe beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die Administrativmassnahmen in Anwendung von Artikel 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2011 wurden von den zuständigen Strafbehörden 382 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 42 Verurteilungen zu GA erhalten, die zu vollziehen sind, da die betroffenen Personen Wohnsitz im Kanton Freiburg hatten oder hier wohnhaft waren.

Das ASMVG hat 2011 insgesamt 335 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 122 Fällen wurde, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, das rechtliche Gehör gewährt und in 4 Fällen musste der Widerruf der gemeinnützigen Arbeit angeordnet werden. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 114 Vollzugsberichte an die Strafbehörde adressiert.

117 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

2.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahr 2011 ein Begnadigungsgesuch zu behandeln.

2.5 Strafregister

Im Jahr 2011 hat das Amt 5638 Urteile registriert und 4749 Auszüge zuhanden der kantonalen Justizbehörden ausgehändigt.

3. Gefängnisse

Das Gefängnis von Romont musste im Jahr 2011 nicht geöffnet werden.

2011

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung;
- > Beschuldigte nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- > Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt;
- > Insassen, die von einer Strafanstalt in eine andere überführt werden;
- > Insassen, die umgewandelte Bussen und Geldstrafen verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monate im Regime der Halbgefängenschaft verbüssen;
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternates verbüssen (am Ende einer langen Strafe);
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monate im ordentlichen Vollzug verbüssen;
- > Personen die aufgrund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- > Insassen die aufgrund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind;
- > Insassen in Militärhaft.

3.1 Eintritte 2011

	Schweizer	Ausländer
Männer – Zentralgefängnis	123	408
Männer – Gefängnis Romont	0	0
Frauen – Zentralgefängnis	7	18
Männer – Anstalt «Les Falaises»	35	31
Frauen – Anstalt «Les Falaises»	5	3
Total	170	460

3.2 Vollzugstage

	Schweizer		Ausländer		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
- Zentralgefängnis	1 396	59	7 663	213	9 331
- Gefängnis Romont	0	0	0	0	0
Inhaftierung von Minderjährigen					
- Zentralgefängnis	71	0	70	0	141
Geschlossener Strafvollzug					
- Zentralgefängnis	1 430	131	2 623	304	4 488
Tageweiser Strafvollzug					
- Zentralgefängnis	27	0	0	0	27
Halbgefängenschaft					
- Anstalt «Les Falaises»	1 965	298	1 243	71	3 577
Arbeitsexternat					
- Anstalt «Les Falaises»	674	0	813	98	1 585
Zwangsmassnahmen (Ausländerrecht)					
- Anstalt «Les Falaises»	0	0	2 266	16	2 282
Militärhaft – Zentralgefängnis					
- Zentralgefängnis	12	0	0	0	12
Total	5 575	488	14 678	702	21 443

3.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis werden die Mahlzeiten durch einen professionellen Koch-Aufseher zubereitet, unterstützt von zwei Insassen. Seit der Eröffnung der Anstalt «Les Falaises» und der damit verbundenen zusätzlichen Vollzugsplätze wird die Küche punktuell von einem externen Koch unterstützt, sodass während der ganzen Woche, inklusive Wochenende, ein professioneller Koch vor Ort ist. Im Jahr 2011 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

3.4 Räumlichkeiten

a) Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 5 verschiedene Sektoren, nämlich:

> Untersuchungshaft Männer	35 Plätze
> Minderjährige	4 Plätze
> Geschlossener Strafvollzug Männer	17 Plätze
> U-Haft und geschlossener Vollzug Frauen	5 Plätze
> Vollzug von Zwangsmassnahmen	9 Plätze
> Total verfügbare Plätze	70 Plätze

 2011

b) Das Gebäude der Anstalt «Les Falaises» verfügt über 2 Sektoren, nämlich:

> Arbeitsexternat und Halbgefängenschaft Männer	16 Plätze
> Arbeitsexternat und Halbgefängenschaft Frauen	4 Plätze
> Total verfügbare Plätze	20 Plätze

c) Das Gefängnis Romont:

> Untersuchungshaft Männer	5 Plätze
> Total verfügbare Plätze	5 Plätze

3.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnte die Beschäftigung der Insassen kontinuierlich gesteigert werden (2011: insgesamt 23 810 Stunden geleistete Arbeit für ein Entgelt von Fr. 71 432.–), dies in der Küche, im Gebäudeunterhalt, in der Reinigung, in der Werkstatt und in der Wäscherei.

3.6 Insassenbetreuung

Seit 2011 teilen sich zwei Sozialarbeiterinnen das 50 %-Pensum des Sozialdiensts im Zentralgefängnis. Sie sind jeden Morgen präsent und sorgen für die soziale Betreuung der Insassinnen und Insassen im geschlossenen Strafvollzug, vorzeitigen Strafvollzug und Vollzug von Ersatzstrafen sowie von Minderjährigen und den Insassen der offenen Anstalt «Les Falaises». Der Sozialdienst erarbeitet zudem die Strafvollzugspläne der Personen im Strafvollzug, im Arbeitsexternat und in Halbgefängenschaft.

Der Oberaufseher oder seine Stellvertreter haben die neu eingetretenen Insassinnen und Insassen, insbesondere die Untersuchungshäftlinge, die Insassen im Strafvollzug und diejenigen, die aufgrund von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert worden sind, innerhalb von 48 Stunden anzuhören (2011: 514 Unterredungen).

Der Amtsvorsteher steht den Insassen jeden Donnerstagnachmittag für eine beantragte Sprechstunde zur Verfügung.

Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, einem Psychiater, einer Psychologin sowie einer Krankenschwester mit 70 %- und einem Krankenpfleger mit 50 %-Pensum sichergestellt. Während des Jahres 2011 haben die

Ärzte im Zentralgefängnis 426 Insassen und der Psychiater 199 Insassen empfangen. Mehrere Insassen mussten für Abklärungen und/oder ambulante Eingriffe ins Spital überführt werden.

Seit Anfang 2007 wurde die Frequenz der Konsultationen des Psychosozialen Dienstes im Zentralgefängnis von einem auf zwei Nachmittage pro Woche erhöht. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte bei der Behandlung von Alkohol- und/oder Rauschgiftsüchtigen von entsprechenden Spezialisten unterstützt.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern sichergestellt. Zudem erhalten die Insassen bei Bedarf eine materielle Unterstützung in beschränktem Mass.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie sind während drei Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis und empfangen die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten. In den Bezirksgefängnissen intervenieren die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe zweimal pro Monat oder auf Anfrage. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann, und unterstützen die Rückkehr ehemaliger Insassen ins Zivilleben. Sie fördern zudem die Beziehungen der Insassen zu ihren Familien und den Arbeitgebern.

Einige Freiwillige besuchen die Gefängnisse des Kantons, um die Insassen, insbesondere jene, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mehr zu ihr pflegen, zu unterstützen.

Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen in Untersuchungshaft dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Staatsanwalts ebenfalls Besuch empfangen.

VII. Amt für Bewährungshilfe (BHA)

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

1. Auftrag

Das Amt für Bewährungshilfe handelt gemäss den Artikeln 93 bis 96 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB). Die Abteilung Bewährungshilfe gewährleistet nach dem Prinzip der durchgehenden Betreuung die soziale Begleitung und die Kontrolle von Personen nach provisorischer Haftentlassung, im Arbeitsexternat, im Wohn- und Arbeitsexternat sowie mit einem Mandat der Bewährungshilfe. Sie übernimmt ebenfalls den

2011

Sozialdienst für Personen in Untersuchungshaft. Die Abteilung alternative Strafvollzugsformen garantiert in Anwendung der Artikel 37 ff. und 107 StGB die Planung und Umsetzung aller unter diese Kategorie fallenden Strafen.

2. Tätigkeiten

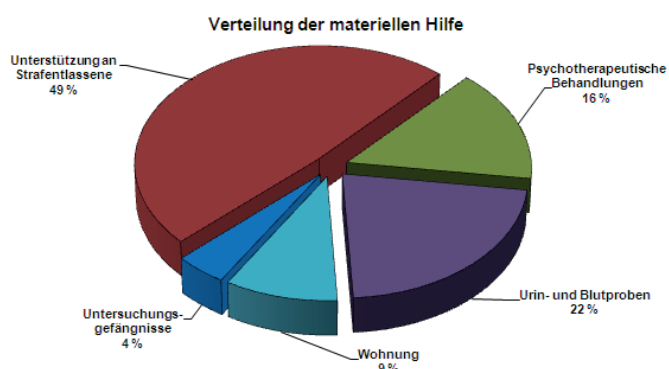
Auf kantonaler Ebene stützen sich die Tätigkeiten des Amtes insbesondere auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- › Verordnung vom 6. Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe
- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)
- › Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)
- › Beschlüsse der westschweizerischen Konferenz der für das Gefängniswesen zuständigen kantonalen Behörden

Die Tätigkeiten des Amtes basieren ebenfalls auf dem von der Schweizer Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Bewährungshilfen erarbeiteten Leitbild «Grundlagen und Hauptaufgaben der Bewährungshilfe in der Schweiz» und unter Berücksichtigung der jüngsten Empfehlung CM/Rec(2010)1 über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats und der Empfehlung R(92)16 über die europäischen Grundsätze über nicht im Gefängnis zu vollziehende Strafen und Massnahmen.

2.1 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung hat 471 Dossiers der Abteilung Bewährungshilfe und 621 Dossiers der Abteilung alternative Strafvollzugsformen geführt. Ebenfalls wurde von der Abteilung die finanzielle Situation von 30 Personen im Arbeitsexternat in der Anstalt «Les Falaises» verwaltet.



Die höchste finanzielle Unterstützung, in der Höhe von 33 377 Franken, hat das Amt an unter Mandat stehenden Personen abgegeben. Die Kosten für Urin- und Blutproben haben 15 030 Franken und die Psychotherapiekosten 10 574 Franken betragen. Nachdem es in den letzten Jahren eine starke Zunahme der richterlichen und administrativ übertragenen Mandate gegeben hat, lassen die Zahlen dieses Jahres jedoch eine Abflachung der Anfragen erkennen. Die Unterstützung für Personen im offenen Vollzug und mit angeordnetem Mandat der Bewährungshilfe ist in Form von Lebensmittelkarten, Transportgutscheinen und Beiträgen an verschiedenen Aus- und Weiterbildungen erfolgt. Der zur Verfügung stehende Betrag für Bücher, Wörterbücher, Papeterieartikel und Briefmarken wurde für Personen im geschlossenen Vollzug verwendet.

Die von uns gemieteten und an aus dem Freiheitsentzug entlassene Personen untervermieteten Wohnungen waren zu 98 % belegt. Das Möbellager in Belfaux entspricht weiterhin einem Bedürfnis und lagert die Effekten von 23 inhaftierten Personen.

2.2 Abteilung Bewährungshilfe

Durch die am 1. Januar 2011 in Kraft getretene Schweizerische Strafprozessordnung und die Einführung des Zwangsmassnahmengerichts mussten die Verfahrensabläufe neu angepasst werden. Die Zusammenarbeit mit dieser neuen Behörde hat sich schnell und angenehm eingestellt. In Anwendung des Prinzips der durchgehenden Betreuung begleiten die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer die straffällig gewordenen Personen in allen Phasen des strafrechtlichen Prozesses, sei es im geschlossenen oder im offenen Vollzug. Die Synergie und Zusammenarbeit innerhalb dieser Bereiche, die schon letztes Jahr angesprochen wurden, werden fortgesetzt. In der Tat ist die Bewährungshilfe klar mit dem Ziel im Strafgesetzbuch verankert, die Rückfallgefahr zu vermindern.

Die unten stehende Darstellung zeigt die Verteilung der Personen im geschlossenen Vollzug nach Haftregime.

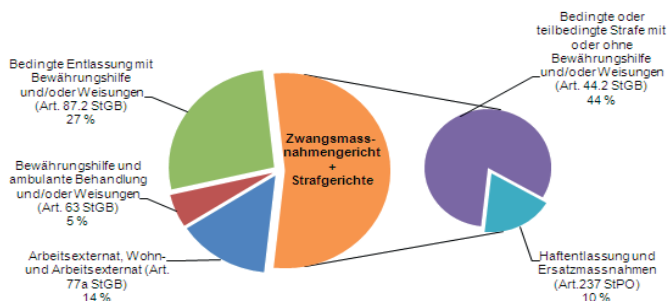
Begleitung der Personen im geschlossenen Vollzug vom 1.01. bis 31.12.	2008	2009	2010	2011
Untersuchungshaft	182	189	196	156
Vorzeitiger Straf- oder Massnahmenvollzug	51	46	59	61
Massnahmenvollzug	35	46	45	58
Strafvollzug	155	123	103	80
Zwangsmassnahmen	9	9	6	7
Total	432	413	409	362

Der Rückgang der Anzahl in Untersuchungshaft stehender Personen lässt sich namentlich durch die Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung erklären. Die Begleitung und Kontrolle der Personen im offenen Vollzug stellen

2011

die Haupttätigkeit des Amts dar. Die auf den risikoorientierten Strafvollzug ausgerichteten Ansätze sowie die Einschätzung der Gefährlichkeit stehen im Mittelpunkt jeder Debatte bezüglich der Bewährungshilfe. Letztere muss diesbezüglich Antworten hervorbringen können.

Situation im offenen Vollzug vom 1.01 bis zum 31.12.11



Die voranstehende Abbildung veranschaulicht die Verteilung der übertragenen Mandate. Man stellt fest, dass mehr als die Hälfte (54 %) der 275 Mandate dem Amt direkt vom Zwangsmassnahmengericht und den Bezirksstrafgerichten zugestellt worden sind. Der andere Teil wurde vom Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) weitergeleitet. In Anwendung von Artikel 95 StGB hat das Amt insgesamt 141 Sozialberichte an richterliche Instanzen oder Verwaltungsbehörden (Staatsanwaltschaft, Zwangsmassnahmengericht, Bezirksstrafgerichte, Kantonsgericht, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Friedensgerichte usw.) verfasst, die zur Entscheidungsfindung und Urteilsfällung beigetragen haben.

Wie bereits erwähnt ist eine Abflachung der Anzahl Mandate betreffend Überwachung der Weisungen (Art. 94 StGB) erkennbar, insbesondere bei den Urin- und Blutkontrollen. Im Gegensatz zu den 347 beziehungsweise 365 Tests in den Jahren 2009 und 2010 wurden im Laufe des Jahres für 46 betroffene Personen 300 Tests durchgeführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts haben 10 Besuche von Kindern in Haftanstalten organisiert. Die freiwilligen Gefangenenbesucherinnen und Gefangenenbesucher haben insgesamt 31 Inhaftierte besucht.

2.3 Abteilung alternative Strafvollzugsformen

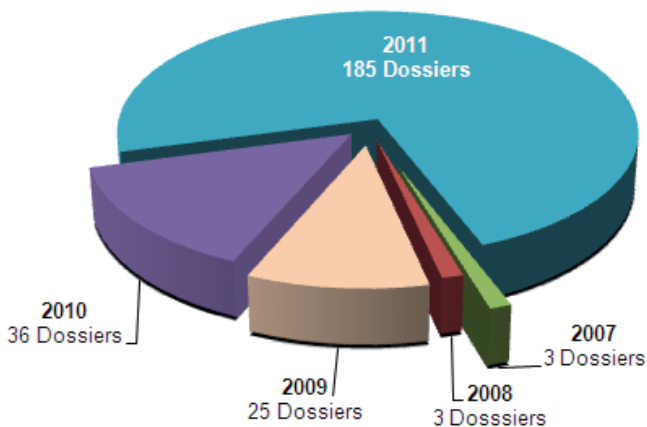
Seit dem 1. Januar 2007 ist die gemeinnützige Arbeit (GA) eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine GA von 4 Stunden entspricht 1 Tag Freiheitsentzug. Die GA wird zugunsten einer privaten oder sozialen Institution, einer öffentlichen Verwaltung oder einer hilfsbedürftigen privaten Person geleistet.

Aufteilung der Dossiers nach Status

Status	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept	Okt	Nov.	Dez.
Auf Warteliste	62	79	77	74	67	60	48	72	65	68	51	70
In Bearbeitung	234	217	201	173	167	175	167	152	154	159	172	147
Verwarnung	8	10	10	12	15	14	20	18	13	14	16	11
Beginn verschoben	3	2	1	2	4	9	8	9	10	7	6	8
Unterbruch	15	9	13	17	15	19	19	18	16	17	17	16
Total	322	317	302	278	268	277	262	269	258	265	262	252

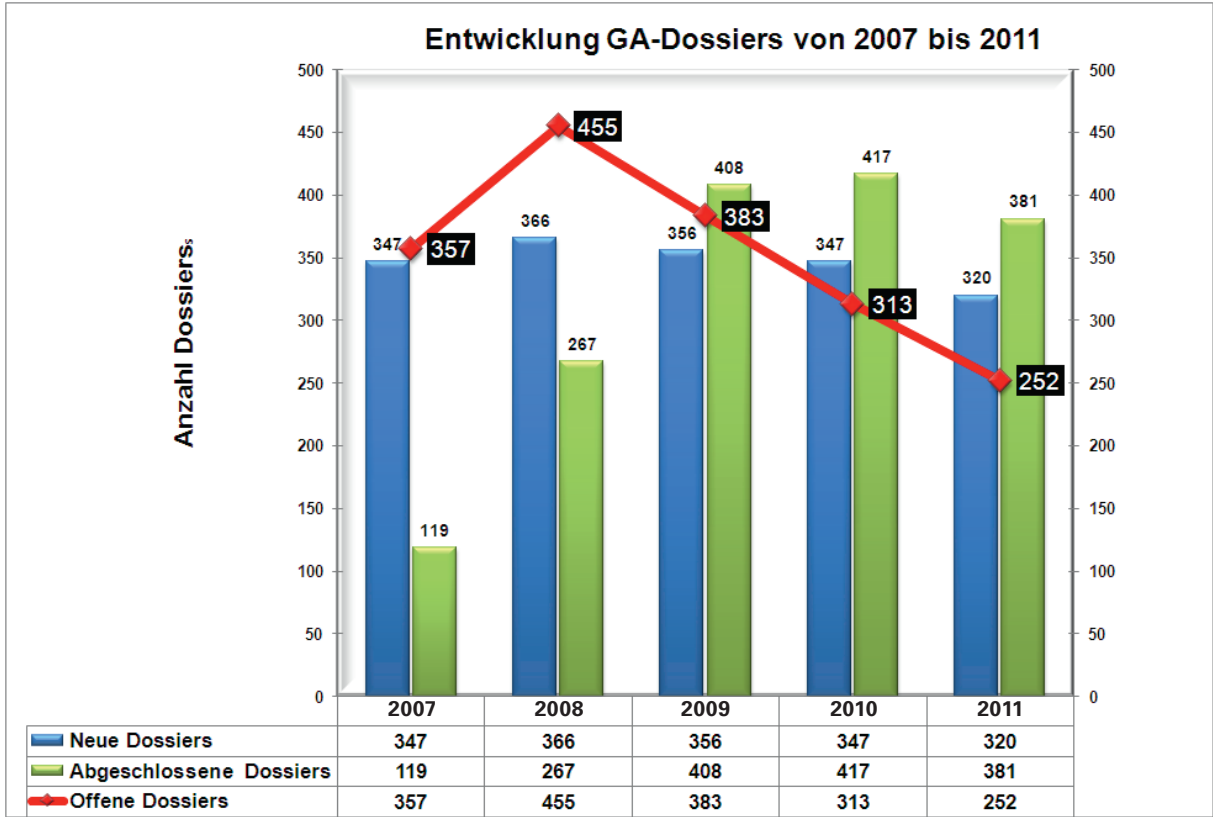
Von den 252 offenen Dossiers per 31. Dezember 2011 waren 147 in Bearbeitung und 70 auf der Warteliste. Idealerweise sollte die Abteilung alternative Strafvollzugsformen die eingehenden Dossiers fortlaufend bearbeiten können. Die Wartezeit hat sich von bisher 6 bis 9 Monaten auf etwa 3 Monate verkürzt.

GA-Dossiers per 31.12.2011 gemäss Eingangsdatum



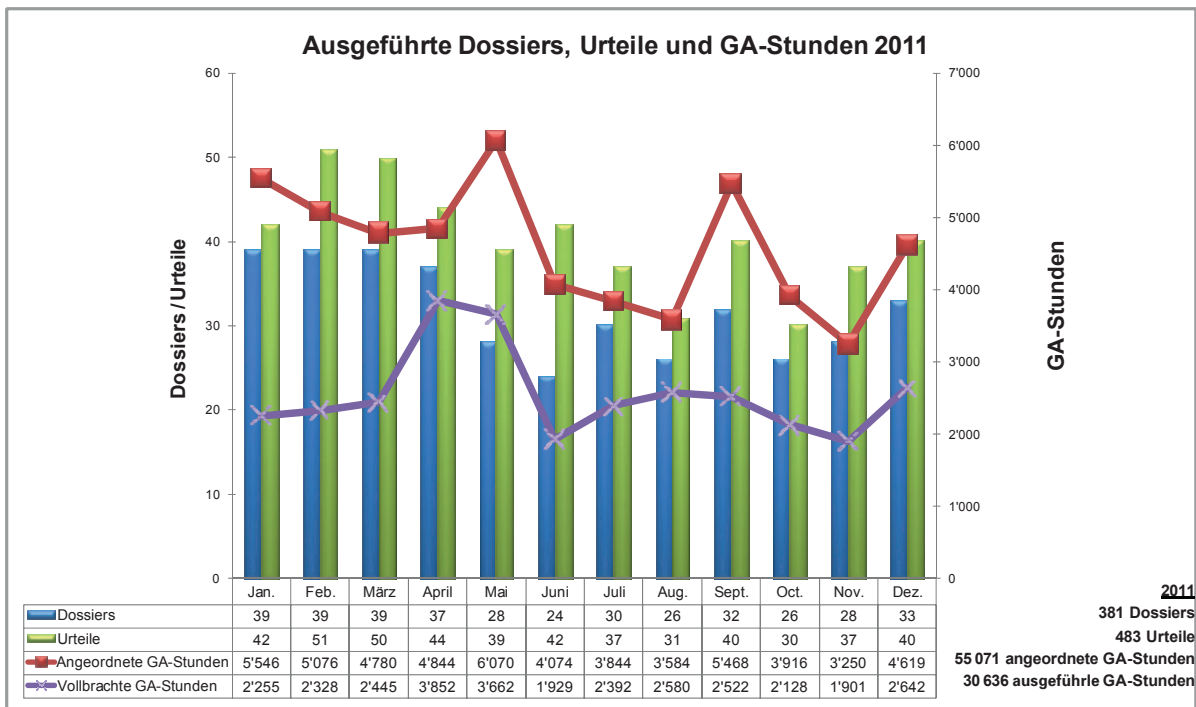
Die Aufteilung der GA-Dossiers per 31. Dezember 2011 gemäss Eingangsdatum zeigt deutlich die Schwierigkeit, einige wenige angefangene Dossiers abzuschliessen (neu eingehende Urteile bei bereits angefangener GA, Unterbruch wegen Krankheit, instabile berufliche Situation, soziale Probleme usw.). Daher sind 3 im Jahr 2007, 3 im Jahr 2008 und 25 im Jahr 2009 angefangene GA-Dossiers per 31. Dezember 2011 noch nicht abgeschlossen. Die Situation normalisiert sich jedoch langsam.

2011



Der Bestand der GA-Dossiers nimmt seit dem Höhepunkt im Jahr 2008 ab (-44 %). Die Anzahl der bearbeiteten Dossiers ist von 455 (64 886 GA-Stunden) im Jahr 2008 auf 252 Dossiers (44 330 GA-Stunden) im Jahr 2011 gesunken.

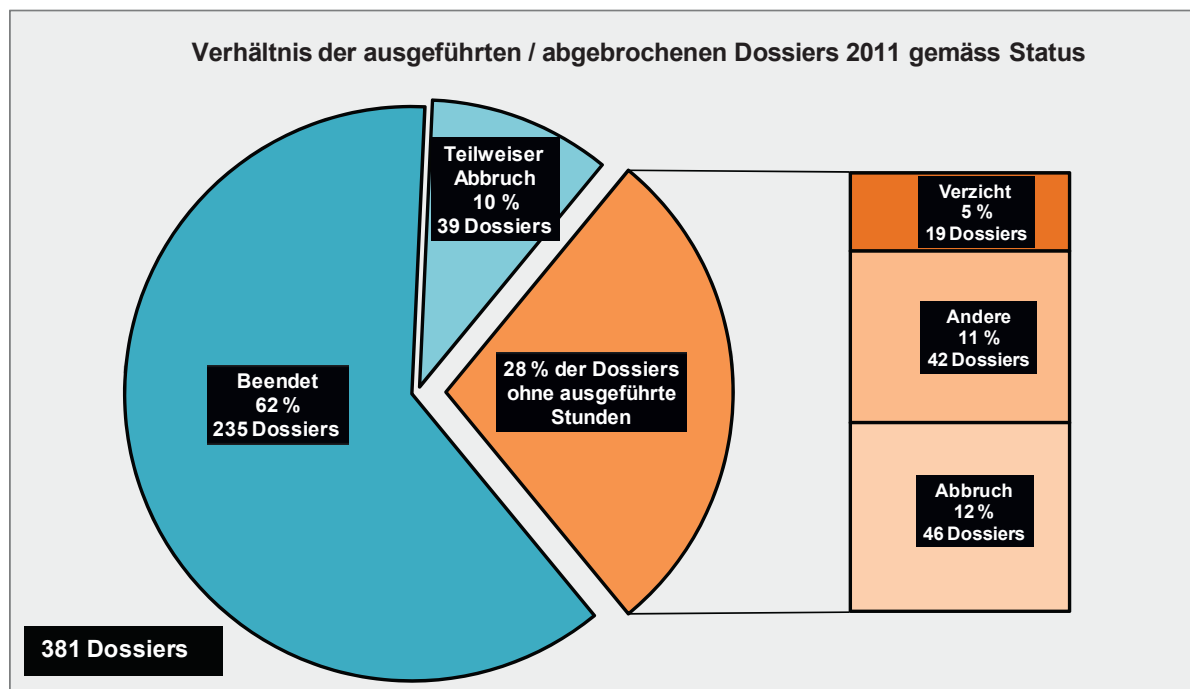
Diese Entwicklung ist in erster Linie die Folge einer starken Zunahme der geschlossenen Dossiers zwischen 2008 und 2010. Die Anzahl eingegangener Dossiers bleibt eher beständig. Somit war die Anzahl der geschlossenen Dossiers (381) zum dritten Mal in Folge höher als die der eingegangenen Dossiers (320).



—
2011

Im Jahr 2011 wurden von insgesamt 55 071 angeordneten GA-Stunden 30 636 ausgeführt, was 7659 Hafttagen entspricht.

Auch wenn 44 % der GA-Stunden nicht in dieser Form geleistet werden konnten, muss vermerkt werden, dass 28 % der Dossiers (107) keine Arbeitsstunden verbuchen konnten, 10 % während der Ausführung aus verschiedenen Gründen abgebrochen und 62% der Dossiers erfolgreich beendet worden sind.



Wie seit der Einführung der GA festgestellt wurde, nimmt die Anzahl der Personen mit psychischen Schwierigkeiten, Sucht- und sozialen Problemen stetig zu und sie benötigen deshalb eine intensivere Betreuung. In dieser Hinsicht hat sich die eingegangene Partnerschaft mit zwei Institutionen, die sich dieser schwierigen Personen annehmen und sie beschäftigen, mehr als bewährt. Per 31. Dezember 2011 haben 31 Personen ihre GA im Rahmen dieser Partnerschaft durchgeführt, d.h. 1661 GA-Stunden.

3. Besondere Ereignisse

3.1 Rückfallgefahr und Risikoanalyse

Rückfallgefahr und Risikoanalyse gewinnen in der Berufspraxis der Bewährungshilfe zunehmend an Bedeutung. Das Modellprogramm ROS (risikoorientierter Strafvollzug) wird bereits in verschiedenen Deutschschweizer Kantonen angewendet. In Erwartung der Einführung dieses Programms in einem grösseren Umfang und um dem Bedürfnis der Risikoanalyse gerecht zu werden, hat das Amt im Jahr 2010 eine eigene Methodik unter dem Namen «Suivi actif» erarbeitet, welche im Jahr 2011 eingeführt worden ist. Dieser empirische und experimentelle Ansatz

erlaubt es, die Situationen mit einem erhöhten Risiko hervorzuheben und diese somit als Situationen, «die eine erhöhte Wachsamkeit erfordern», zu identifizieren und die Betreuung demgemäss anzupassen.

3.2 Abtretung der finanziellen Verwaltung

Im Jahr 2011 hat das Amt die finanzielle Verwaltung der unter Mandat stehenden Personen ganz abgetreten. Die Abtretung dieser Leistung, welche in den letzten Jahren anzahlmässig niedrig war und die von regionalen Sozialämtern übernommen worden ist, stellt einen wichtigen Wandel der Aktivitäten des Amtes dar. Durch diesen Wechsel wird die Arbeit des Amtes auf die Verminderung der Rückfallgefahr und die soziale Rehabilitation ausgerichtet, welche in dieser Form im Strafgesetzbuch verankert ist.

3.3 Sensibilisierungsveranstaltung bei Studenten/-innen

Zum zweiten Mal in Folge intervenierte das Amt im Kollegium St. Michael bei jungen Erwachsenen. Das Amt für Bewährungshilfe kontaktierte im Jahr 2010 die Direktion des Kollegiums

2011

St. Michael, nachdem festgestellt wurde, dass viele junge Erwachsene, die vom Amt für eine GA aufgeboten werden, weder Kenntnisse über die strafrechtlichen Folgen ihrer Delikte haben, noch sich der Schwere gewisser Handlungen bewusst sind. Die Direktion stimmte diesem Projekt bereitwillig zu und stellte dafür Raum und Zeit zur Verfügung. Diese originelle Methode wurde im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem Kollegium St. Michael in Form einer Veranstaltung mit dem Thema «Delikte und ihre strafrechtlichen Folgen» weitergeführt. In diesem Rahmen besuchten der stellvertretende Generalstaatsanwalt sowie eine Bewährungshelferin und ein Bewährungshelfer alle Klassen des 2. Schuljahres, um sich mit ihnen über Fragen, Befürchtungen usw. auszutauschen. Dieser bereichernde Anlass wurde von den Teilnehmenden und dem Lehrkörper als sehr positiv bewertet.

3.4 Empfang von ausländischen Praktikanten

Zum dritten Mal in Folge hat das Amt während einer Woche Praktikanten der «Ecole nationale d'administration pénitentiaire d'Agén (F)» empfangen. Dieses Praktikum findet während des Ausbildungsprogramms zum Direktor der Bewährungshilfe statt und ermöglicht den Praktikanten, in mehr als zwanzig europäischen Ländern Einblicke in den Bereich der Bewährungshilfe zu gewinnen. Vier unter ihnen besuchten den Kanton Freiburg, um zu erfahren, wie die Bewährungshilfe in der Schweiz funktioniert. Dieses Jahr interessierten sie sich vor allem für die Rückfallgefahr und für die Einschätzung der Gefährlichkeit.

VIII. Amt für Justiz

Amtsvorsteherin: Maryline Boson Sulmoni

1. Auftrag

Das Amt für Justiz (AJ) unterhält die Verwaltungsbeziehungen zu den Gerichtsbehörden und dem Konkursamt sowie den Betreuungssämtern. Es wirkt bei der Verwaltung dieser Organe mit, namentlich in Bezug auf das Personal, das Budget, die Rechnung und die Logistik.

Darüber hinaus sorgt es für die Anwendung der Gesetzgebung über den Anwaltsberuf, das Notariat, die unentgeltliche Rechtspflege und die Rechtshilfe. Es erfüllt die Aufgaben, die der Verwaltung in den Bereichen der Gerichtsorganisation und des Gerichtsverfahrens, des Privat- und Strafrechts sowie der Zwangsvollstreckung obliegen.

2. Aktivitäten

2.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Annick Achtari, Bénédicte Airiau, Ulina Bajraktaraj, Aleksandra Bjedov, Céline Brunod, Marlène Collaud, Laetitia Créatin, Catherine Faller, Joséphine Glasson, Céline Henguely, Semra Kalan, Clémence Purro, Sarah Reitze, Anne-Laure Simonet, Virginie Sonney, Marc Baur, Philippe Berset, Simon Bucheli, Vincent Corpataux, Alexandre Dafflon, Guy Deillon, Eloi Jeannerat, Nicolas Maternini, Maxime Morard, Christoph Pamberg, Christophe Sansonnens, Alessandro Sia, Marc Ursenbacher.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	14
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	2
Beschwerden und Anzeigen	4
Befreiungen vom Berufsgeheimnis	2
Praktikumsbewilligungen	37
Herabsetzung der Praktikumsdauer	2
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	1

Es waren am 31. Dezember 2011 tätig:

Im kantonalen Register der Anwältinnen und Anwälte eingetragene Anwälte	170
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	4
Anwaltspraktikanten	113

2.2 Notariat

Am 31. Dezember 2011 gab es 42 praktizierende Notare, wovon 3 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgelegte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

2011

2.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 hat das Amt für Justiz 1231 Entscheide über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	-	89	2	9	100
Bezirksgericht Saane	4	392	3	52	451
Bezirksgericht Sense	2	73	-	12	87
Bezirksgericht Greyerz	4	159	1	25	189
Bezirksgericht See	1	78	-	9	88
Bezirksgericht Glane	-	59	1	5	65
Bezirksgericht Broye	2	75	-	26	103
Bezirksgericht Vivisbach	1	53	-	2	56
Friedensgerichte	-	87	1	4	92
Insgesamt	14	1065	8	144	1231

795 Kostenlisten von Anwälten und Friedensgerichtsschreibern im Gesamtbetrag von 2 359 936 Franken (im Jahr 2010: 2 051 282 für 724 Kostenlisten) wurden 2011 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Franken
Ehescheidungsprozesse	1 402 684
Ehetrennungsprozesse	635 118
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	48 146
Vormundschaftssachen	25 518
Obligationenrechtsprozesse	186 807
Verschiedenes	61 663
Total	2 359 936

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 ZPO kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahr 2011 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 209 325 Franken erzielt.

2.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, die seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege, sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor welcher das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 hat das Amt für Justiz 67 Entscheide über die unentgeltliche Rechtspflege erhalten, darunter 8 Abweisungsentscheide.

Es wurden 245 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 1 423 794 Franken bezahlt.

2.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 hat das Amt für Justiz 93 Entscheide über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, darunter 6 Abweisungsentscheide.

Es wurden 94 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 120 103 Franken bezahlt.

2.6 Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahr 2011 wurden ein Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 18 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt.

2.7 Mediation

2.7.1 Die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen

Die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen wurde am 1. Januar 2011 ins Leben gerufen. Sie übt die Oberaufsicht über Personen aus, welche der Verordnung über die Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen unterstellt sind, d.h. die vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren, die im Rahmen eines Gerichtsverfahrens die Mediation ausüben.

Die Kommission entscheidet über Eintragungen, Nachführungen und Streichungen im Register der Mediatorinnen und Mediatoren. Sie wacht darüber, dass die Mediatorinnen und Mediatoren ihre Tätigkeit gemäss ihrem Eid oder ihrem feierlichen Versprechen ausüben, sie übt die Disziplinargewalt aus und erlässt die notwendigen Weisungen.

2011

Im Jahr 2011 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafstrafsachen 20 Mediatorinnen und Mediatoren ins Register eingetragen, davon 7, welche ermächtigt sind, als Familienmediatoren im Sinne von Art. 126 Abs. 3 des Justizgesetzes tätig zu sein.

2.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

2.7.2a Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess):

Statistiken	(2010)	2011
	(119)	83
Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer	(169)	134

In 34 Fällen war nur ein einzelner jugendlicher Täter

In 27 Fällen waren zwei jugendliche Täter

In 22 Fällen waren 3 oder mehr jugendliche Täter

2.7.2b Aufteilung nach Geschlecht

Statistiken	(2010)	2011
Jungen	(141)	109
Mädchen	(28)	25

2.7.2c Aufteilung nach Sprache

Statistiken	(2010)	2011
Französisch	(145)	99
Deutsch	(24)	35

2.7.2d Herkunft

Stadt Freiburg	(18)	10
Saane-Land	(37)	33
Greyerz	(34)	30
Broye	(23)	5
Glane	(13)	9
Vivisbach	(10)	4

Sense	(5)	17
See	(24)	19
Andere Kantone	(5)	6
Andere Länder	(0)	1

2.7.2e Ausgang der Verfahren

Abschluss einer Mediationsvereinbarung	(84)	79
Erfolglose Mediationsverfahren	(20)	18
Am 31. Dezember 2011 hängige Verfahren	(49)	31

IX. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)

Amtsvorsteherin: Sylvie Pétremand-Besancenet

1. Auftrag

Das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA) beaufsichtigt die so genannten klassischen Stiftungen (Art. 84 ZGB) sowie die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (Art. 61 ff. BVG).

Allgemein sorgt es dafür, dass das Vermögen der Stiftungen und der Einrichtungen seinem Zweck entsprechend verwendet wird. Es stellt sicher, dass die unter seiner Aufsicht stehenden Einrichtungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten.

2. Tätigkeiten

2.1 Klassische Stiftungen

Als klassische Stiftungen werden alle Stiftungen bezeichnet, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben und die keine Familienstiftungen oder kirchliche Stiftungen sind.

Die Aufsichtstätigkeiten umfassen hauptsächlich die Aufsichtsunterstellung der Stiftungen, die jährliche Prüfung der Tätigkeitsberichte und Jahresrechnungen, die statutarischen Änderungen, die Prüfungen der Reglemente und die Aufhebung und Löschung von Stiftungen.

—
2011

Das Amt hat 23 Verfügungen zur Änderung der Statuten klassischer Stiftungen erlassen, um sie an ihre aktuelle Situation anzupassen.

Im Jahr 2011 sind zwei Stiftungen neu der Aufsicht unterstellt worden und drei Stiftungen wurden gelöscht.

Am 31. Dezember 2011 standen unter der Aufsicht des Amtes 270 klassische Stiftungen, die zu diesem Zeitpunkt eine Bilanzsumme von rund 953 Millionen Franken aufwiesen.

Um den Rückstand in der Kontrolle der jährlichen Unterlagen der klassischen Stiftungen aufzuholen, wurde zur Verstärkung des Amtes per 1. April 2010 eine Juristin eingestellt. Diese hat die Bearbeitung der Dossiers von 84 Stiftungen, die ihr anvertraut wurden, abgeschlossen. Für die weiteren klassischen Stiftungen müssen diese Arbeiten im Jahr 2012 fortgesetzt werden.

2.2 Vorsorgeeinrichtungen

Die Vorsorgeeinrichtungen schützen ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Falls sie die obligatorische berufliche Vorsorge gemäss BVG durchführen, müssen sie im kantonalen Register für die berufliche Vorsorge, das vom Amt geführt wird, eingetragen werden. Die nicht registrierten Vorsorgeeinrichtungen und stiftungen (Zusatzeinrichtungen, patronale Stiftungen, Wohlfahrtsfonds) unterstehen ebenfalls der Aufsicht des Amtes.

Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit prüft das Amt insbesondere die Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, fordert von den Vorsorgeeinrichtungen und stiftungen (Vorsorgeeinrichtungen) jährliche Berichterstattung, nimmt Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge, trifft Massnahmen zur Behebung von Mängeln und beurteilt Streitigkeiten betreffend die Informationsrechte der versicherten Person.

Bei den aktiven Vorsorgeeinrichtungen hat das Amt hauptsächlich Verfügungen über Statutenänderungen erlassen und hat die Dokumente ihrer jährlichen Berichterstattung analysiert.

Die finanzielle Lage der Einrichtungen hat sich kaum verbessert. So befanden sich 12 Vorsorgeeinrichtungen per 31. Dezember 2011 in Unterdeckung.

Die oft komplexen Gesamtliquidationen von Vorsorgeeinrichtungen haben das Amt weiterhin erheblich in Anspruch genommen. Das Amt hat insbesondere 15 Aufhebungsverfügungen und 12 Lösungsverfügungen erlassen.

Bei verschiedenen Fällen von aktiven oder in Liquidation stehenden Vorsorgeeinrichtungen mussten Aufsichtsmaßnahmen getroffen werden, um die Interessen der Versicherten zu wahren.

Am 31. Dezember 2011 beaufsichtigte das Amt insgesamt 87 Vorsorgeeinrichtungen, deren Bilanzsumme insgesamt 5,7 Milliarden Franken betrug, wovon rund 3,1 Milliarden auf die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen entfielen.

Durch die Tätigkeiten des Amtes wurden im Jahr 2011 Gebühreneinnahmen in der Höhe von 268 840 Franken generiert, dies vor allem im Rahmen der Prüfung von Finanzdokumenten der Vorsorgeeinrichtungen. Dieser Betrag übertrifft den budgetierten Betrag um 160 000 Franken.

Infolge der Strukturreform in der beruflichen Vorsorge, die am 19. März 2010 vom eidgenössischen Parlament verabschiedet wurde, hat der Kanton Freiburg mit dem Kanton Bern einen Vertrag abgeschlossen, in dem vorgesehen ist, dass die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge mit Sitz im Kanton Freiburg ab dem 1. Januar 2012 von der bernischen Aufsichtsbehörde für Vorsorgeeinrichtungen und Stiftungen übernommen wird.

X. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Direktor: Marc Rossier

1. Auftrag

—
Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist seit 1997 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 78,65 Vollezeiteinheiten und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 18 Millionen Franken.

Das ASS ist verantwortlich für die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Es werden mehr als 200 000 Fahrer und an die 225 000 Fahrzeuge im Kanton gezählt. Auch die Schifffahrt (Zulassung der Schiffsführer und der Schiffe) gehört zum Tätigkeitsgebiet des Amtes. Zudem erhebt das ASS die Fahrzeug- und Schiffsteuer (mehr als 86 Millionen Franken) im Auftrag des Kantons Freiburg. Das ASS ahndet Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die Massnahmen werden durch die Kommission für Administrativmassnahmen ausgesprochen.

—
2011**2. Tätigkeiten**
—

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter www.ocn.ch heruntergeladen werden.

XI. Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)
—

Direktor: Jean-Claude Cornu

1. Auftrag
—

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als autonome öffentliche Einrichtung (juristische Person des öffentlichen Rechts) den Auftrag, sämtliche Gebäude zu versichern, die auf Kantonsgebiet liegen, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität nahezu 114 000 Gebäude für einen Versicherungswert in der Höhe von ca. 75,7 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von über 15 Millionen Franken; das heisst, über einen Drittel der eingezogenen Prämien. Im Jahr 2011 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 9,5 Millionen Franken entschädigen.

2. Tätigkeiten
—

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV sind Gegenstand eines gesonderten Berichtes. Dieser Jahresbericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter www.ecab.ch heruntergeladen werden.

XII. Anstalten von Bellechasse
—

Direktor: Philippe Tharin

1. Aufgabe
—

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nehmen die AB Insassen in offenem oder halboffenem Regime für den Vollzug von Urteilen auf, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorglichen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 200 Plätzen.

2. Tätigkeiten
—

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines gesonderten Berichtes, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

—
2011

XIII. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
SICHERHEIT UND JUSTIZ	851,97	827,94	24,03
ZENTRALVERWALTUNG	723,85	714,14	9,71
3300 / JPMS Generalsekretariat	8,57	7,94	0,63
3301 / SPRD Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz		1,55	-1,55
3302 / SFPP Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge	3,50	3,13	0,37
3305 / JUST Amt für Justiz	5,15	4,90	0,25
3315 / MIPU Staatsanwaltschaft		8,51	-8,51
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3,41	3,64	-0,23
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	39,60	38,71	0,89
3345 / POLI Kantonspolizei	593,69	576,99	16,70
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	32,34	31,55	0,79
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	7,29	7,41	-0,12
3375 / MILI Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	16,81	14,55	2,26
3385 / PROT Zivilschutz	13,49	15,26	-1,77
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	128,12	113,80	14,32
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	126,12	111,80	14,32
3382 / LACN Lager in Schwarzsee	2,00	2,00	



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts DIAF
Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ILFD

WWW.FR.CH/ILFD

Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ILFD

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat	1	IX. Nutztierversicherungsanstalt (Sanima)	61
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	61
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	61
3. Aussenbeziehungen	5		
4. Streitsachen	6		
5. Gesetzgebung	7	X. Personalbestand	62
II. Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)	8		
1. Aufgabe	8		
2. Tätigkeit	8		
III. Amt für Gemeinden (GemA)	11		
1. Aufgaben	11		
2. Tätigkeit	11		
IV. Amt für Landwirtschaft (LwA)	13		
1. Aufgaben	13		
2. Tätigkeit	13		
V. Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)	20		
1. Aufgabe	20		
2. Tätigkeit	20		
3. Besondere Ereignisse	38		
VI. Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)	38		
1. Aufgaben	38		
2. Wald	39		
3. Jagd, Wild und Fischerei	44		
VII. Oberämter	46		
1. Aufgaben	46		
2. Tätigkeit	46		
VIII. Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg (LIG)	59		
1. Aufgaben	59		
2. Tätigkeit	59		

2011

I. Direktion und Generalsekretariat

Staatsrat, Direktor: Pascal Corminbœuf
Generalsekretär: Claude Yerly

1. Aufgaben

Im Rahmen ihrer in Artikel 45 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) definierten allgemeinen Funktionen ist die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) in den Bereichen Institutionen (Verfassung, Beziehungen zwischen Kirchen und Staat, Sprachen, Oberämter, Gemeinden, Zivilstandswesen, Einbürgerungen), Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, Nutztierversicherung sowie Wald, Wild und Fischerei tätig. Sie hat so die folgenden fünf ihr unterstellten Ämter und deren Tätigkeiten geleitet, begleitet und kontrolliert:

- › Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)
- › Amt für Gemeinden (Gema)
- › Amt für Landwirtschaft (LwA)
- › Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)
- › Amt für Wald, Wild und Fischerei (Wald)

Dasselbe gilt für die folgenden, ihr administrativ zugewiesenen Einheiten:

- › Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg in Grangeonne (LIG)
- › Oberämter
- › Behörde für Grundstückverkehr (BGV)
- › Verwaltung der Staatsreben (VSR)
- › Nutztierversicherungsanstalt (SANIMA)

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die ILFD die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhal-

tung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau sowie der Aufsicht über Fauna und Flora.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabstelle Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für den Direktor zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

2.2 Besondere Tätigkeit

2.2.1 Umsetzung der Kantonsverfassung

Der Leitungsausschuss unter dem Präsidium des Staatsrats und Direktors hat wie in den Vorjahren die Entwicklung der Anpassung der Gesetzgebung verfolgt. Im Jahr 2011 hat der Grosse Rat folgende Erlasse verabschiedet: das Gesetz über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen, das Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention und das Gesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Das Jahr war weiter geprägt durch die Realisierung des Projekts zur nachhaltigen Entwicklung (mit der Verabschiedung eines Dekrets durch den Grossen Rat). Am 11. Oktober 2011 hat der Staatsrat dem Grossen Rat seinen Schlussbericht über die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung überwiesen. Aus diesem Bericht, von dem der Grosse Rat am 2. November 2011 Kenntnis genommen hat, geht hervor, dass von den 76 Projekten, die in der endgültigen Arbeitsplanung für die Umsetzung der Kantonsverfassung vorgesehen waren, 64 (84 %) erledigt worden sind. Der Gesamtbetrag der Ausgaben im Zusammenhang mit den Arbeiten, die nicht durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates ausgeführt wurden, beläuft sich auf Fr. 2 197 758. Die 2004 vom Staatsrat geschaffene Projektorganisation wurde auf Ende 2011 aufgelöst. Die zuständigen Direktionen werden von nun an direkt dem Staatsrat gegenüber für die noch zu realisierenden zwölf Projekte verantwortlich sein.

2.2.2 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Seit dem 1. Januar 2011 wird das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge aufgrund einer internen Reorganisation vom Generalsekretariat der ILFD geführt.

2011

2011 ist die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge zweimal zusammengetreten. Die Phase der Umsetzung von neuen Strukturen (Rahmenvereinbarungen und Leistungsvereinbarungen) für Anstalten, die direkt dem Staat unterstellt sind, ist praktisch beendet. Für die Kommission beginnt eine zweite Etappe, die nunmehr die Weiterführung der Leistungsvereinbarungen gewährleisten soll.

Bleibt das Mandat betreffend die Freiburgische Vereinigung der spezialisierten Institutionen (INFRI), das der Kommission vom Staatsrat anvertraut wurde, und noch zu keinen konkreten Ergebnissen geführt hat. Das Ziel besteht darin, eine einheitliche Regelung für die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge zu finden.

2.2.3 Territoriale Strukturen und Wahlkreise

In der Februarsession 2011 hat der Grosse Rat, auf der Grundlage der vom Staatsrat in seinem Bericht vom 16. November 2012 (Bericht 10 225) vorgeschlagenen Lösungen, wie folgt entschieden:

- › der Antrag, die gegenwärtige Aufteilung der territorialen Gliederung zu bestätigen, wird angenommen;
- › der Antrag, die Stellung, die Funktion und die Aufgaben der Oberamtspersonen neu zu definieren, wird angenommen;
- › die Forderung, nach der der Ansatz einer Umwandlung der Bezirke in einfache Verwaltungskreise weiter erörtert werden soll, wurde abgelehnt;
- › schliesslich hat der Grosse Rat auch das Projekt für eine Neueinteilung der Wahlkreise verworfen.

Die Umsetzung insbesondere der Totalrevision des Gesetzes über die Oberamtspersonen wurde im Rahmen des Projekts zur Entflechtung der Beziehungen Staat/Gemeinden besprochen. Was die Wahlkreise betrifft, so wird die Frage im Rahmen der Teilrevision der Gesetzgebung über die Ausübung der politischen Rechte geregelt.

2.2.4 Zivilstandswesen und Einbürgerungen

Die ILFD hat das Konzept «Integration und Mobilisierung» für Personen ausgearbeitet, deren Einbürgerungsverfahren gescheitert ist oder deren Integration wichtig ist. Seine Umsetzung ist gestartet und dürfte fortgeführt werden.

Im Bereich des Zivilstandswesens wurde dem Kampf gegen die missbräuchlichen Eheschliessungen und gegen Identitätsdelikte besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

2.2.5 Gemeinden

Die am 3. Oktober 2011 angenommene Verordnung über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAV) legt für das Jahr 2012 die neuen Parameter für den Ressourcen- und den Bedarfsausgleich fest.

Das Gesetz über die Förderung der Gemeindegemeinschaften wurde am 15. Mai 2011 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommen. Es tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. In Anwendung dieses Gesetzes wurden die Oberamtspersonen mit der Ausarbeitung von Fusionsplänen für jeden Bezirk beauftragt. Die Arbeiten sind im Gange.

2.2.6 Landwirtschaft

Die Verfolgung der Entwicklung der Agrarpolitik des Bundes (AP 2014–2017) stellte für den Kanton Freiburg eine grosse Herausforderung dar, sodass dieses Dossier im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens besonders gründlich geprüft wurde.

Ein weiteres laufendes Projekt, die Realisierung von Alpkäsekellern in Charmey, hat mit dem Beginn der Bauarbeiten eine neue Etappe erreicht. Es ist vorgesehen, dass in diesen neuen Räumlichkeiten erstmals 2012 produziert werden kann.

Schliesslich wurden mehrere Projekte zum Beginn oder zur Planung von Güterzusammenlegungen weiterverfolgt oder unterommen.

2.2.7 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Im Rahmen der Arbeiten zur Harmonisierung und Stärkung der Zusammenlegung der beiden Kontrolleinheiten, resp. der Fleischhygiene, seien insbesondere folgende fünf Projekte erwähnt:

- › die Annahme des Gesetzes über das Trinkwasser durch den Grossen Rat;
- › die Arbeiten zur Ausarbeitung des Ausführungsgesetzes über den Tierschutz;
- › die Entwicklung einer neuen gemeinsamen Software für alle Westschweizer Kantone zur Vereinfachung der Verwaltung der Kontrolltätigkeit (Analysen und Inspektionen) in den Bereichen der Lebensmittelhygiene;
- › Die Ausarbeitung eines Informatikleitbilds im Hinblick auf die Neubewertung der bestehenden Hilfsmittel und deren Anpassung auch unter dem Blickwinkel der Entwicklungen von Projekten des Bundes in diesem Bereich und der neuen Anforderungen der übertragenen Aufgaben.

2011

- › die Erarbeitung des Projekts «Inspektorat», um die Zusammenarbeit in diesen Bereichen zu verstärken und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

2.2.8 Wald und Wild

Drei Themen sollen hervorgehoben werden:

- › Das Jahr 2011 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum «Internationalen Jahr des Waldes» erklärt. Die Akteure aus dem Waldwirtschaftsbereich haben zusammengearbeitet, um in den verschiedenen Regionen des Kantons mehrere Tage im Wald zu organisieren.
- › Der Bericht des Staatsrats an den Grossen Rat vom 11. Oktober 2011 zu den vorgenommenen und noch vorgesehenen Strukturverbesserungen durch die forstlichen Betriebseinheiten und die Forstreviere im Kanton Freiburg.
- › Die Zunahme von Wildtierschäden an landwirtschaftlichen Kulturen, namentlich durch Wildschweine, hat zu mehreren parlamentarischen Vorstössen geführt. Es wurde eine interkantonale Koordination auf der Ebene der jagdlichen und der Präventionsmassnahmen, aber auch betreffend die Entschädigungsmöglichkeiten angestrebt.

2.2.9 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Die Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) war Gegenstand einer jährlichen Evaluation. Es sind keine grösseren Anpassungen zu erwähnen.

2.2.10 Deponie La Pila

Die Arbeiten im Rahmen der Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila (Hauterive FR) wurden auf mehreren Ebenen fortgeführt: Der Kanton Freiburg (RUBD-AfU) und der Bund (BAFU) haben sich auf die Grundsätze eines externen Gutachtens des Sanierungsprojekts gemäss der Altlastenverordnung des Bundes geeinigt, das im Dezember 2010 vorlag. Gleichzeitig konnten die vorbereitenden Sanierungsmassnahmen, die im April 2011 öffentlich aufgelegt wurden, im Sommer mit den Arbeiten zum Abfangen des Wassers oberhalb der Deponie aufgenommen werden. Weitere Massnahmen (Ausbau der Zugänge und Anlagen der Baustelle, Errichtung eines Systems zur Wasserentnahme und -aufbereitung) waren Gegenstand von Ausschreibungen und Vergaben, gemäss den geltenden Richtlinien über das öffentliche Beschaffungswesen. Es wurden auch Vergabeverfahren im Hinblick auf die Entsorgung des Aushubmaterials lanciert, das infolge der Sofortmassnahmen von 2009 angefallen ist. Die Arbeiten zur Einrichtung des neuen Standorts der Fahrenden beim «Wald von Châtillon» wurden im April 2011 abgeschlossen. Die Gemeinschaft konnte zwischen Mai und Juni 2011 um-

ziehen. Angesichts der allfälligen Arbeiten am Standort der Deponie wurde dieser Umzug als unabdingbar beurteilt.

2.3 Politische Rechte

Auf Antrag der ILFD erliess der Staatsrat im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die für 2011 vorgesehenen Urnengänge die folgenden Beschlüsse.

2.3.1 Kantonale Abstimmungen

- › Beschluss vom 1. März 2011 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, 15. Mai 2011, über folgende Vorlage:

Gesetz vom 9. Dezember 2010 über die Förderung der Gemeindegemeinschaften (GZG)

2.3.2 Kantonale Wahlen

- › Beschluss vom 6. Dezember 2010 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag, den 20. März 2011, zu den Gemeinderats- und Generalratswahlen für die kommende Amtsperiode

- › Beschluss vom 17. Mai 2011 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Ständeratswahl vom Sonntag, 23. Oktober 2011.

- › Beschluss vom 17. Mai 2011 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur Nationalratswahl vom Sonntag, 23. Oktober 2011.

- › Beschluss vom 5. Juli 2011 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag, 13. November 2011, für die Wahl der Mitglieder des Grossen Rates und des Staatsrates sowie für die Wahl der Oberamtspersonen

- › Beschluss vom 16. November 2011 über das Ergebnis der Wahl vom 13. November 2011 für die Gesamterneuerung des Staatsrats und zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zum zweiten Wahlgang vom Sonntag, 4. Dezember 2011

2.3.3 Eidgenössische Abstimmungen

- › Beschluss vom 14. Dezember 2010 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 13. Februar 2011, über folgende Vorlage:

2011

Volksinitiative vom 23. Februar 2009 «Für den Schutz vor Waffengewalt».

2.4 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

2.4.1 Jugendrat

Auftrag

Gemäss dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 ist der Jugendrat (JR) der ILFD administrativ zugewiesen, welche die für seine Arbeit nötigen Mittel erteilt. Der JR hat namentlich den Auftrag, die Jugendlichen bei den politischen und Verwaltungsbehörden des Kantons Freiburg zu vertreten.

Tätigkeit

Am 6. Mai 2011 trafen sich die Mitglieder des JR mit Joseph Deiss, Präsident der 65. UNO-Generalversammlung. Dieser Anlass gab den Jugendlichen des Kantons die Gelegenheit, den Werdegang eines erstrangigen Schweizer Politikers zu entdecken. Das Büro hat seinerseits die Zusammenarbeit mit der Versammlung der Regionen Europas (VRE) fortgeführt. So besuchte der Präsident des JR am 19. und 20. April in Orléans eine Konferenz zum Thema Jugendmobilität. Verschiedene Projekte, wie das Programm Eurodyssée, sind vorgestellt worden. Im August nahmen zwei JR-Mitglieder teil an der VRE *Summer School* in Almere, Niederlande. Der rote Faden einer Jugend in einer Gesellschaft im Umbruch führte durch die Woche. Diese jährliche Veranstaltung will den Austausch von Ideen und die Bildung verschiedener Kontakte und Partnerschaften zwischen Jugendlichen auf europäischer Ebene fördern.

Am 22. August ernannte die ILFD die Mitglieder des JR für die Amtsperiode 2011-2013. Neu zählt der Rat 23 Personen. Am 24. September wählte der Jugendrat die Mitglieder des Büros, dabei wurde namentlich Leonardo Roux zum zweiten Mal in Folge zum Präsidenten des JR gewählt. Am gleichen Tag wurde zum ersten Mal der Jugendpreis vergeben. Die *Fribourg Young Artists Association* (FYAA), eine Gruppierung mit kulturellem Zweck, hat diese Auszeichnung erhalten. Die Arbeitsgruppe Zweisprachigkeit hat ihrerseits genug Unterschriften für die Volksmotion «Für einen Tag der Zweisprachigkeit» gesammelt. Die Motion, die von der Regierung die Schaffung eines Tages der Zweisprachigkeit im Kanton fordert, ist mit 316 Unterschriften zustande gekommen.

2.4.2 Behörde für Grundstückverkehr

Präsident: *Henri Nuoffer*

2.4.2.a Aufgaben

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bürgerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

2.4.2.b Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 14 (17) Plenarsitzungen (229 (270) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (411 (496) Präsidialentscheide) behandelt.

Bürgerliches Bodenrecht

Die BGV hat 488 (537) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 254 (314) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- > 157 (137) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bürgerliche Bodenrecht;
- > 62 (57) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- > 8 (4) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB).
- > 27 (22) die Feststellung von landwirtschaftlichem Gewerbe (Art. 7 LDFR).

Landwirtschaftliche Pacht

Die BGV hat 62 (73) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 23 (20) eine Verkürzung der Pachtdauer;
- > 7 (19) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- > 6 (8) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;

2011

- > 19 (20) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 7 (6) Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins. In 6 Fällen hat sie den Pachtzins gesenkt.
- > In 5 (11) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2.4.3 Verwaltung der Staatsreben

2.4.3.a Aufgaben

Die Verwaltung der freiburgischen Staatsreben (VSR) ist für die Verwaltung der Rebgrüter des Staates in technischer, gewerblicher und administrativer Hinsicht zuständig. Sie ist der ILFD zugewiesen.

2.4.3.b Tätigkeit

Die VSR verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung und die Betreuung der Debitoren.

In den beiden Gebieten sind folgende Ergebnisse der Weinlese zu verzeichnen:

Lavaux

Geerntete Menge:

> Faverges weiss	77 000 l junger Wein (74 100)
> Ogoz (nur weisse Trauben)	10 000 l junger Wein (10 600)
> Faverges rot	37 400 l junger Wein (37 700)

Verkauf der letzten Ernte:

> Faverges weiss 2010	36 480 l Wein (41 860)
> Ogoz 2010	9 700 l Wein (12 060)
> Faverges rot 2009	19 450 l Wein (31 180)

Bestand am 31.12.2011:

> Faverges weiss 2010	13 130 Flaschen (22 640)
-----------------------	--------------------------

> Faverges weiss 2010	28 430 l (27 350)
> Ogoz 2010	1 290 Flaschen (1 700)
> Faverges rot 2009	17 470 Flaschen (16 700)
> Faverges rot 2010	33 910 l (41 190)

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2010 wird im Frühling 2012 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres verkauft.

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2011 wird im Frühling 2013 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres verkauft.

Vully

Geerntete Menge:

> Etat de Fribourg weiss	9 700 l junger Wein (10 450)
> Château de Mur weiss	11 200 l junger Wein (12 800)
> Etat de Fribourg rot	5 200 l junger Wein (5 600)
> Château de Mur rot	8 150 l junger Wein (8 900)

Verkauf der letzten Ernte:

> Etat de Fribourg weiss 2010	7 720 l Wein (12 030)
> Château de Mur weiss 2010	12 730 l Wein (12 240)
> Etat de Fribourg rot 2010	2 760 l Wein (3 620)
> Château de Mur rot 2010	1 890 l Wein (6 490)

Bestand am 31.12.2011:

> Etat de Fribourg weiss 2010	3 710 Flaschen (1 240)
> Château de Mur weiss 2010	90 Flaschen (3 260)
> Etat de Fribourg rot 2010	2 750 Flaschen (2 900)
> Château de Mur rot 2010	9 910 Flaschen (9 930)

3. Aussenbeziehungen

3.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)

Diese Konferenz kam einmal am 28. und 29. April 2011 in Horn (TG) zusammen. Die wichtigsten behandelten Geschäfte dieser

2011

Konferenz betrafen die Weiterführung der Diskussionen zur technischen Umsetzung des Transfers der Datenbank «Infostar» an den Bund und die Berufsbildung der Zivilstandsangestellten.

3.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren

Die ILFD war durch ihren Direktor nicht nur an den Sitzungen, sondern auch im Vorstand dieser Konferenz vertreten. Es wurden die folgenden Kernthemen behandelt:

- > die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes;
- > die Entwicklung der Direktzahlungen;
- > die Strategie im Bereich Agrarwirtschaft und Agro-Lebensmittel;
- > die Entwicklung der eidgenössischen Agrarpolitik mit der Prüfung des Vorentwurfs zum Landwirtschaftsgesetz (AP 2014–2017);
- > das landwirtschaftliche Wissenssystem.

3.3 Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums (AGRIDEA)

Der Vorsteher der ILFD hatte bis zur Generalversammlung am 21. November 2011 das Präsidium der Schweizerischen Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums inne. Diskutiert wurden insbesondere:

- > die Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), in der die Fortsetzung des Beratungsauftrags der AGRIDEA für die Dauer von zwei Jahren (2012–2013) gewährleistet wird;
- > die Strategie der AGRIDEA für 2012–2016;
- > die Revision der Statuten.

3.4 Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL)

Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, deren Präsidium der Direktor der ILFD innehat, hat sich insbesondere mit den folgenden Fragen befasst:

- > die Änderung der Statuten der Schule und ihre Vergrößerung;
- > die Übernahme der Hochschule durch den Kanton Bern.

3.5 Zuckerfabriken Aarberg+Frauenfeld AG

Der Direktor der ILFD ist Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens, der die laufenden Angelegenheiten behandelte.

3.6 Konferenz der kantonalen Forstdirektorinnen und -direktoren

Auf der Tagesordnung der Sitzungen dieser Konferenz, deren Mitglied der Direktor der ILFD ist, standen die folgenden Schwerpunkte:

- > die Forstpolitik des Bundes und der Kantone;
- > der Wald und die Raumplanung sowie die Waldflächenpolitik;
- > die Strategie Biodiversität Schweiz.

3.7 Konferenz der kantonalen Jagddirektorinnen und -direktoren

An den Sitzungen vom 5. Mai und 17. November 2011, an denen der Direktor der ILFD teilgenommen hat, wurden folgende Themen besprochen:

- > die Revision der eidgenössischen Jagdverordnung;
- > die Strategie Biodiversität Schweiz, insbesondere unter dem Blickwinkel des Wildtiermanagements.

3.8 Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Direktor der ILFD hat an der Sitzung vom 1. Juli 2011 teilgenommen, an der folgende Themen behandelt wurden:

- > die Fortsetzung der Gespräche und die Weiterführung der TAK;
- > das Arbeitsprogramm 2012–2015;
- > Finanzierungs- und Lastenausgleichsfragen in Agglomerationen;
- > die Analyse der Ergebnisse der Nationalen Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011.

4. Streitsachen

Die ILFD beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d. h. vor allem Entscheide des Amts für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amts für Landwirtschaft, des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2011

und des Amtes für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist. 2011 wurden folgende Streitsachen behandelt:

Beschwerdeentscheide:	24
Haftpflichtfälle:	3
Ausstandsentscheide:	8
Erstinstanzliche Entscheide:	12
Aufsichtsbeschwerden:	3
Verschiedene:	3
Bei der Direktion am 31. Dezember 2011 hängige Streitsachen:	
Beschwerdeentscheide:	13
Haftpflichtfälle:	2
Ausstandsentscheide:	0
Erstinstanzliche Entscheide:	2
Aufsichtsbeschwerden:	1
Verschiedene:	0

8 von der Direktion gefällte Beschwerdeentscheide sind bei höheren Instanzen hängig.

5. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der ILFD fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

5.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 23. März 2011 über die Einbürgerungen
- > Gesetz vom 24. März 2011 zur Kündigung des Konkordats über die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft
- > Dekret vom 11. Mai 2011 über einen Verpflichtungskredit für den Bau einer Ersatzfischzuchtanlage
- > Dekret vom 9. Juni 2011 über die Einbürgerungen

- > Gesetz vom 7. September 2011 zur Änderung des Gesetzes über die finanzielle Beteiligung des Staates an den Wahlkampfkosten
- > Gesetz vom 6. Oktober 2011 über das Trinkwasser
- > Dekret vom 6. Oktober 2011 über einen Verpflichtungskredit für Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren auf der SBB-Linie Bern–Freiburg, Sektor Flamatt (Objektkredit)
- > Dekret vom 2. November 2011 über die Einbürgerungen
- > Gesetz vom 2. November 2011 zur Änderung des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume
- > Gesetz vom 4. November 2011 über den Zusammenschluss der Gemeinden Ursy und Vuarmarens
- > Gesetz vom 4. November 2011 über den Zusammenschluss der Gemeinden Estavayer-le-Lac und Font

5.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 10. Februar 2011 zur Änderung der Verordnung über die Teilprüfungen der Fähigkeitsprüfung für die Jagd und die Bedingungen für den Prüfungserfolg
- > Verordnung vom 29. März 2011 über die Prämien der Sanima und die Höchstbeträge des Schätzungswerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- > Verordnung vom 5. April 2011 über die Sömmerungsbedingungen
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Juli 2011 zur Änderung der Verordnung über die Reben und den Wein
- > Verordnung vom 5. Juli 2011 über die Regulierung des Steinwildbestands im Jahr 2011
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 19. August 2011 zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Arbeitsweise des Jugendrates
- > Verordnung vom 16. November 2011 zur Genehmigung der Teilrevision der Kirchenverfassung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Freiburg
- > Verordnung vom 29. November 2011 zur Änderung des Bedarfsdeckungsplans für Sammelstellen tierischer Abfälle

2011

> Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 30. November 2011 über die Verlängerung der Wildschweinjagd

II. Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)

Amtsvorsteher: *Jean-Pierre Coussa*

1. Aufgabe

Im Bereich des Zivilstandswesens besteht die Hauptaufgabe des ZEA im Vollzug der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. In dieser Funktion muss das Amt alle Zivilstandsereignisse erfassen, die sich im Kanton Freiburg ereignen oder die im Ausland wohnhafte Freiburgerinnen und Freiburger betreffen. Die Erfassung der Zivilstandsereignisse erfolgt über das Betriebssystem Infostar, das Eigentum der Kantone ist und dessen Wartung und Betrieb durch den Bund im Auftrag der Kantone gewährleistet werden.

Im Bereich der Einbürgerungen besteht die Hauptaufgabe des Amtes in der Prüfung und administrativen Betreuung der Einbürgerungsgesuche zuhanden der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden. In diesem Rahmen ist das Amt in alle ordentlichen und erleichterten Einbürgerungsverfahren einbezogen, die den Kanton Freiburg als Wohnsitzkanton und/oder Heimatkanton der Gesuchstellenden betreffen.

2. Tätigkeit

Im Verlauf des Jahres 2011 hat sich das ZEA mit folgenden Geschäften befasst:

2.1 Bereiche im Zivilstandswesen

2.1.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandsbezug

Es wurden folgende Geschäfte vorgenommen:

- > Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2006, ZStV) 1218 (1195)
- > verweigerter Einschreibungen 0 (1)

- > Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV) 111 (86)

- > Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Amt für Bevölkerung und Migration (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst) 1986 (2104)

- > Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen 80 (73)

2.1.2 Eheschliessungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- > Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 16 ZStV) 261 (398)
- > zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 14 (12)

2.1.3 Eingetragene Partnerschaften

- > Prüfung der Akten im Hinblick auf eine eingetragene Partnerschaft 2 (8)
- > zurückgezogene eingetragene Partnerschaft 1 (0)

2.1.4 Anerkennungen

Folgende Aktivitäten sind betroffen:

- > Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV) 46 (71)

2.1.5 Zivilstandsänderungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- > Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV) 16 (41)
- > verweigerter Berichtigungen 1 (0)
- > verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst 88 (136)
- > Bearbeitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB)

2011

+ a) bewilligt durch die ILFD 19 (29)
 + b) zurückgezogene Gesuche 3 (1)

> Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):
 + a) bewilligt durch das ZEA 183 (188)
 + b) zurückgezogene Gesuche 13 (24)
 + c) verweigert 0 (0)

> Erklärungen über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 IPRG) 326 (359)

> Namensklärungen 1 (2)

> Geschlechtsumwandlungen 0 (1)

2.1.6 Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

> Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht
 + a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG 10 (8)
 + b) nach Art. 21 BRG 5 (3)

> ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 399 (356)

> erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG) 252 (358)

> erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a und 31b BüG) 9 (11)

> erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a und 58c BüG) 73 (72)

> Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 4 (8)

> Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG) 5 (1)

> Ehrenbürgerrecht (Art. 42 und 43 BRG) 0 (0)

> Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 9 (3)

> Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG) 2 (4)

> Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG) 6 (11)

> Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG) 4 (7)

2.1.7 Verschiedenes

Es seien die folgenden Tätigkeiten erwähnt:

> Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV) 21 (31)

> Verschiedene Auskünfte an Privatpersonen 30 (80)

> Suche nach einem Familienmitglied 17 (6)

2.1.8 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2011 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

> Geburten 2570 (2391)

> Anerkennungen 744 (664)

> Eheschliessungen 1458 (1345)

> Todesfälle 2084 (1850)

> Ehescheidungen 656 (684)

> Eingetragene Partnerschaften 18 (16)

> Auflösungen von eingetragenen Partnerschaften 4 (2)

> Namensklärungen 247

2.2 Bereich Einbürgerungen

2011 registrierte das ZEA insgesamt 1026 neue Dossiers.

2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 198 (285) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Ausländische Staatsangehörige	
1 Ägypten	1 Madagaskar
1 Algerien	1 Malaysia
1 Belgien	1 Marokko
3 Bosnien-Herzegowina	9 Mazedonien
1 Brasilien	1 Mexiko
2 Chile	1 Moldawien

2011

10	Dem. Republik Kongo	1	Österreich
23	Deutschland	1	Peru
2	Ecuador	3	Polen
4	Eritrea	65	Portugal
1	Finnland	4	Russland
31	Frankreich	13	Serbien
1	Griechenland	2	Slowakei
1	Haiti	7	Somalia
1	Indien	19	Spanien
2	Irak	2	Sri Lanka
1	Iran	1	Togo
40	Italien	1	Tschechien
1	Jemen	4	Tunesien
1	Kambodscha	12	Türkei
1	Kamerun	3	Ukraine
1	Kanada	3	Ungarn
2	Kapverden	5	unklar
4	Kolumbien	1	Uruguay
19	Kosovo	1	USA
9	Kroatien	5	Vietnam
1	Lettland		

Schweizer Staatsangehörige: 0

63 (119) dieser 198 (285) Gesuche wurden von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 332 (462) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d. h. 198 (285) Ausländerinnen und Ausländer mit 49 (64) ausländischen Ehegatten und 85 (113) ausländischen Kindern.

2.2.2 Feierlicher Empfang für neu eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer

2011 organisierte das Amt vier offizielle Empfänge, an denen die neu eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer und Freiburgerinnen und Freiburger sich vor einem Vertreter des Staatsrats dazu verpflichteten, der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung treu zu sein.

Diese Empfänge fanden an folgenden Daten und Orten statt:

- > 11. Januar 2011 im Centre Löwenberg in Murten (118 (94) neu Eingebürgerte)
- > 5. April 2011 Univer@lle in Châtel-Saint-Denis (115 (132) neu Eingebürgerte)

> 21. Juni 2011 Hôtel-de-Ville in Romont (85 (118) neu Eingebürgerte)

> 23. November 2011 an der Orientierungsschule Greyerz in Bulle (132 (120) neu Eingebürgerte)

2.2.3 Kantonsbürgerrecht

Im Berichtsjahr hat der Grosse Rat keiner Schweizer Staatsangehörigen und keinem Schweizer Staatsangehörigen (im Vorjahr 3) das freiburgische Bürgerrecht verliehen; der Staatsrat hat 4 (3) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 12 (8) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

2.2.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 322 (417) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

- > 262 (329) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);
- > 60 (88) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG) oder die nicht in die Einbürgerung eines Elternteils einbezogen werden konnten (Art. 31a und 31b BüG).

2.2.5 Wiedereinbürgerungen

6 (8) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

2.2.6 Nichtigkeitsklagen

12 (8) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

9 (11) Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

—
2011

III. Amt für Gemeinden (Gema)

Amtsvorsteher: *Gérald Mutrux*

1. Aufgaben

Die Tätigkeit des Amts für Gemeinden (das Amt) liegt hauptsächlich in den Bereichen der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, dies in Zusammenarbeit mit den Oberämtern. In diesem Rahmen berät das Amt die öffentlichen Gemeinwesen und erteilt Empfehlungen und Weisungen.

2. Tätigkeit

2.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten begleitet, namentlich:

- › die Verordnung vom 3. Oktober 2011 über die Umsetzung des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG) für das Jahr 2012, mit den neuen Parametern im Anhang;
- › das Gesetz über die Förderung der Gemeindegemeinschaften, das in der Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 angenommen wurde und am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist;
- › ausserdem hat das Amt auf informeller Basis bei der Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten mitgewirkt.

2.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2010 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

2.3 Ausarbeitung der Finanzlage der Gemeinden

Das Amt hat für alle Gemeindegemeinschaften den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die üblichen Finanzindikatoren ausgearbeitet. Das Amt wurde häufig von den

Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.

2.4 Berechnung des interkommunalen Finanzausgleichs

Das Amt hat die Steuerpotenzialindizes (Ressourcenausgleich) und die synthetischen Bedarfsindizes (Bedarfsausgleich) der 165 Gemeinden berechnet, sowie die Beträge für die beitragspflichtigen Gemeinden und die vom Ressourcenausgleich begünstigten Gemeinden und die Beträge für alle vom Bedarfsausgleich begünstigten Gemeinden.

2.5 Berechnung des Finanzausgleichs und der Klassifikation der Gemeinden

Obwohl sie durch den interkommunalen Finanzausgleich ersetzt wurden, wurden die Klassifikation und die Finanzkraft im Anhang 2 der Verordnung über den interkommunalen Finanzausgleich (SGF 142.11) ein letztes Mal berechnet, und zwar nur aus Gründen der interkommunalen Zusammenarbeit für die Aufteilung interkommunaler Lasten im Rechnungsjahr 2012.

2.6 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 124 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

2.7 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und an die Betroffenen weitergeleitet. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung oder Aufhebung von Steuerfüssen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

2.8 Statistiken

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amts für Gemeinden zur Verfügung.

2.9 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei elf Statuten von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht ent-

2011

sprechen. Es bereitete in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

2.10 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 98 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die ILFD zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

2.11 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfungsformular für die Revisionsstellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

2.12 Rechtliche Auskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

2.13 Ausbildungskurse

- › Die Arbeiten betreffend die interkantonale französischsprachige Ausbildung BE-NE-JU-FR-VD der Gemeindeschreiber wurden im Jahr 2011 weitergeführt und mit dem Anschluss der Partner aus dem Kanton Genf weiterentwickelt. Der vierte Bildungslehrgang, mit dem das interkantonale Diplom für Gemeindegänger erlangt werden soll, umfasste 2011 das Modul 2, in dem insbesondere das Gemeinderecht behandelt und geprüft wurde. Das Amt hat am Unterricht und an der Prüfung mitgewirkt.
- › Im deutschsprachigen Teil des Kantons kam das Gemeindepersonal im Herbst 2011 in den Genuss eines dritten Basisurses, der von den Personalverbänden der beiden Bezirke Sense und See sowie von der HSW Freiburg organisiert wurde. Der zweite Ausbildungszyklus dieses Bildungsganges wurde durch die Diplomverleihung am 30. September 2011 abgeschlossen. Das Amt hat sowohl beim Unterricht als auch bei den Prüfungen dieser Bildungsgänge mitgewirkt.

2.14 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen

Das Amt wurde gebeten, sich zusammen mit dem Freiburger Gemeindeverband für die Gestaltung und Durchführung von

Einführungskursen für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu engagieren. Diese haben im September 2011 stattgefunden.

2.15 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirkten in den folgenden Vorständen, Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- › Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- › Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- › Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- › Kommission für Schulbauten;
- › Lenkungsausschuss des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen»;
- › Arbeitsgruppe «Territoriale Gliederung»;
- › Arbeitsgruppe «Website der Oberämter und Datenbank der Gemeinden»;
- › Arbeitsgruppe «Gewässergesetz»;
- › Arbeitsgruppe «Kantonales Konzept der präklinischen Notfallversorgung»;
- › Direktionsübergreifende Arbeitsgruppe – Agglomerationsprogramme;
- › Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks;
- › Arbeitsgruppe «Umfassende Politik zugunsten Betagter – Senior+»;
- › Arbeitsgruppe «Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime»;
- › Interkantonale Koordinationsgruppe HRM2;
- › Paritätisches Organ für die Finanzierungsstudie der Feuerwehrstützpunkte – FriFire SP.

2011

2.16 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Seit dem 1. Januar 2011 wird das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge von der ILFD geführt. Die entsprechende Verordnung (SGF 190.12) wurde folglich angepasst.

Es verwaltet die Direktzahlungen und die Sömmerungsbeiträge. Es kontrolliert und anerkennt die Landwirtschaftsbetriebe. Es sorgt für den Schutz landwirtschaftlicher Böden im Rahmen von Bau und Raumplanung und arbeitet beim Vollzug des landwirtschaftlichen Pachtrechts mit.

IV. Amt für Landwirtschaft (LwA)

Amtsvorsteher: Pascal Krayenbuhl

1. Aufgaben

Das Amt für Landwirtschaft (das Amt) unterstützt die freiburgische Landwirtschaft durch Finanzhilfen und Beratung in den Bereichen:

- > Strukturverbesserungen, landwirtschaftliche Gebäude inbegriffen,
- > soziale Begleitmassnahmen,
- > Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Zucht und des Weinbaus,
- > Massnahmen zum Schutz von Boden, Wasser und zur Luftreinhaltung.

2. Tätigkeit

2.1 Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2011 waren im ganzen Kanton 159 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

2.2 Landwirtschaftliche Pacht

Das Amt ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es im Jahr 2011 48 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 24 Pachtverträge für Grundstücke des Staates, von Gemeinden oder der Kirche. Gegen 43 Pachtverträge, oder 90 % der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

2.3 Beitragswesen

Die folgenden Beiträge wurden gewährt:

Bundesbeiträge:

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
Flächenbeiträge	2 804	(2 860)	90 144	(90 634)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2 519	(2 576)	39 211	(39 454)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 597	(1 631)	20 339	(20 621)
Allgemeine Hangbeiträge	1 320	(1 356)	3 087	(3 102)
Hangbeiträge für Rebflächen	14	(17)	22	(26)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			152 803	(153 837)
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	2 804	(2 860)	7 366	(7 117)
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 000	(1 027)	2 157	(2 159)
Beiträge für den biologischen Landbau	125	(113)	1 085	(925)
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 482	(1 465)	5 866	(5 805)
Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2 288	(2 328)	14 084	(14 233)
Beiträge für Sömmerungs- und Hirtenbetriebe	564	(532)	8 581	(7 484)

2011

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
Beiträge Gewässerschutz	58	(58)	412	(342)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	515	(475)	593	(514)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	786	(652)	1 592	(1 249)
Beitrag für die Luftreinhaltung	15	(26)	180	(567)
Total der Ökobeiträge			41 916	(40 395)
Ackerbaubeiträge			4 917	(4 716)
Total Bundesbeiträge			199 636	(198 948)

Kantonsbeiträge:

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
Sömmerungsbeiträge	54	(48)	210	(200)
Beiträge Gewässerschutz	65	(58)	108	(91)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	515	(475)	148	(128)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	786	(652)	398	(313)
Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	69	(69)	137	(160)
Total Kantonsbeiträge			1001	(892)

Bemerkungen

2011 gab es keine gewichtigen Änderungen der Verordnungen und die Beiträge wurden nicht verändert. Die Anzahl Betriebe mit Direktzahlungen geht weiterhin zurück (-56).

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in der Endphase. Die Gemeinden Pont-en-Ogoz und St. Antoni wurden 2011 kontrolliert und es wurde eine Konsultation zu den Plänen durchgeführt.

Gemäss Artikel 24 der Verordnung über Sömmerungsbeiträge hat das Amt 105 Sömmerungsbetriebe nach den Vorgaben des Bundes kontrolliert. Das Bundesamt für Landwirtschaft kontrollierte im Rahmen der Oberaufsicht die Sömmerungsbetriebe der Gemeinde Châtel-St-Denis. In den Schlussfolgerungen seines Berichts hält das Bundesamt für Landwirtschaft fest, dass die Kontrollen betreffend die Sömmerungsbeiträge im Kanton Freiburg gut organisiert und vorschriftsgemäss ausgeführt werden.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge basierten auf dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 bzw. seinem Reglement vom 27. März 2007, in dem die Bedingungen für die Gewährung der Beiträge festgelegt sind. Die kantonale Hilfe wird mit dem Ziel gewährt, die Verwertung der Käseproduktion im Sömmerungsgebiet zu fördern. Für das Jahr 2011 stand ein Betrag von 210 000 Franken zur Verfügung. Dieser Betrag wurde entspre-

chend den an den Sömmerungsorten erzeugten und zur Vermarktung bestimmten Produktionsvolumen auf 54 Empfänger verteilt. Im Jahr 2011 betrug das Gesamtvolumen 3 140 512 kg Milch, was 6,7 Rappen pro Kilo Milch entspricht.

2.4 Anerkennung von Betrieben

2011 sind 67 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 14 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 24 aufgelöst, 13 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 8 aufgelöst und 8 neue einfache Betriebe anerkannt.

2.5 Rindviehzucht

2011 hat der Kanton 460 489 Franken (inkl. 50 000 für die Holstein Championship 2013) für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzu kommen 600 000 Franken für den Absatz von Schlachtvieh über die Nutztierversicherungsanstalt (Sanima).

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen, wie die regionalen Ausstellungen, sowie für die Förderung von Hochleistungskühen. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

2011

Drei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton, nämlich:

- > Expo Bulle. An der 40. Ausgabe der nationalen Milchviehausstellung der Rassen Holstein und Red Holstein wurden am 26. und 27. März 2011 rund 350 Milchkühe ausgestellt.
- > Zuchtstiermarkt. Am kantonalen Zuchtstiermarkt vom 27. September 2011 wurden 267 Stiere ausgestellt. 127 Stiere wurden bei dieser Gelegenheit verkauft, davon 115 für die Zucht und 12 als Schlachttiere.
- > JUNIOR-EXPO Bulle. An dieser von den Freiburger Jungzüchtern organisierten nationalen Ausstellung wurden vom 2. bis 3. Dezember 2011 rund 650 Holstein und Red Holstein Rinder und Kühe vorgeführt.

Das Amt wirkt bei der Organisation der European Holstein & Red Holstein Championship 2013 mit.

2.6 Pferdezucht

2011 hat der Kanton 37 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferdezucht gewährt.

2.7 Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

2011 hat der Kanton 86 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Kleinviehzucht gewährt.

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2011 belief sich auf 69 000 Franken für die Schaf- und Ziegenzucht und auf 17 000 Franken für die Schweinezucht. Die Hilfe für die Schweinezucht beschränkt sich ausschliesslich auf den Beitrag für den Gesundheitsdienst.

2.8 Weinbau

Die Rebfläche des Kantons Freiburg beläuft sich auf 116,3 ha (116,4 ha). Im Rahmen der Umsetzung der Bundesverordnung vom 14. November 2007 über den Rebbau und die Einfuhr von Wein wurden 8 (4) Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) für eine Fläche von 14 924 m² behandelt.

Für die Weinlese 2011 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der ILFD vom 1. Juli 2011 wie folgt festgesetzt:

	Produktionsbeschränkung	Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)
Vully		
Chasselas:	1,250 kg/m ²	64°
andere weisse Rebsorten:	1,100 kg/m ²	70°
Pinot noir:	1,050 kg/m ²	75°
andere rote Rebsorten:	1,200 kg/m ²	70°
Cheyres		
weisse Rebsorten:	1,250 kg/m ²	62°
rote Rebsorten:	1,100 kg/m ²	70°

Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC). Die gesamte Weinlese 2011 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllt die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Erträge der Weinlese 2011 fielen leicht höher aus als im sehr ertragsreichen Vorjahr. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 1 087 933 kg. Was die Qualität betrifft, so war der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt sehr hoch und der Gesundheitszustand der Traubenernte hervorragend.

Die Ergebnisse der Weinlese sind wie folgt:

Vully	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	514 540	77,42
Pinot noir	211 136	101,59
Gamay	9 025	92,85
Spezialitäten weiss	110 684	96,51
Spezialitäten rot	106 198	93,66
Cheyres		
Chasselas	45 352	70,27
Pinot noir	66 683	90,96
Spezialitäten weiss	7 129	92,00
Spezialitäten rot	17 186	83,95

2.9 Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 55 Viehhandelspatente und 14 Vermittlerpatente abgegeben.

1 Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Ver-

2011

ordnung vom 29. März 2011 über die Prämien der Sanima für die jährliche Versicherungsperiode fest.

2.10 Absatzförderung und wirtschaftliche Entwicklung

Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- > Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- > Unterstützungsbeiträge,
- > Veranstaltungen,
- > Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen hat der Kanton für 30 Projekte Hilfen erteilt und namentlich 350 000 Franken an die «Vereinigung zur Förderung der Produkte aus dem Freiburgerland», die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausbezahlt.

2.11 Raumplanung

Zu folgenden Gesuchen wurden im Jahr 2011 Stellungnahmen abgegeben:

- > 75 (111) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 74 (97) Gesuche in der Bauzone, dazu 82 (77) direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betrafen;
- > 248 (296) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Hühnerställen, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften, Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben;
- > 77 (86) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

2.12 Umwelt- und Naturschutz

2.12.1 Bodenschutz

Baubewilligungen. Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz nahm das Amt Stellung zu 115 (148)

Baubewilligungsgesuchen für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden.

Pflugloser Anbau. In Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006 hat das Amt Beiträge an 59 (69) Landwirte für insgesamt 140 522 (160 150) Franken ausgerichtet.

Die Gesamtfläche der 85 unter Vertrag stehenden Flächen beträgt 480 (487) Hektaren. Die Vertragsarten sind wie folgt verteilt:

- > 30 auslaufende Verträge (gültig bis 2011) für eine Fläche von 224 Hektaren,
- > 27 verlängerte Verträge (gültig bis 2014) für eine Fläche von 158 Hektaren,
- > 28 laufende Verträge (gültig bis 2014) für eine Fläche von 98 Hektaren.

Erosion. Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2011 einmal zusammengetreten. Für die Erosionserhebung sind die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen zuständig. Dank guter Wetterverhältnisse wurden nur zwei Fälle von Erosion gemeldet. Es wurde kein Mehrjahresplan gemäss dem kantonalen Verfahren erstellt.

2.12.2 Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 515 (475) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 742 066 (642 000) Franken erhalten. 786 (652) Betrieben wurde ein Bonus von 1 989 132 (1 562 000) Franken für die Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) ausgerichtet. 2011 wurden acht neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Dabei handelt es sich um die Projekte von Courlevon, Misery-Courtion, Rueyres-les-Prés, Barberêche, Plaffeien-Oberschrot, Bouley-Obere Bibera, Gletterens-Vallon und Châtonnaye-Torny-Trey. Die Öko-Qualitätsverordnung sieht eine Finanzierung vor, die zu 80 % vom Bund und zu 20 % vom Kanton übernommen wird.

2.12.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Gewässerreglements vom 21. Juni 2011 (GewR) hat das Amt 65 (58) Landwirten Entschädigungen ausbezahlt, die Böden der Projekte in Avry, Neyruz, Midde, Courgevaux, Fétigny, Domdidier, Lurtigen und Gurmels bewirtschaften. 2011 wurde ein neues Projekt durch den Kanton finanziert (Gurmels). Für die Nitratprojekte wurden Beiträge von insgesamt 519 456 (433 711) Franken entrichtet. Der Anteil

2011

des Kantons an den Abgeltungen (~20 % des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 107 885 (91 229) Franken; der restliche Betrag wird vom Bund übernommen.

2.12.4 Luftreinhaltung

Es wurde ein Ressourcenprojekt Ammoniak nach den Artikeln 77a und b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft mit dem Titel «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet und am 2. Juni 2009 unterzeichnet. Bis Ende 2011 waren 7 (18) Gesuche für Schleppschlauchverteiler, 2 (2) Gesuche für Abdeckungen offener Jauchebehälter, 2 (0) Gesuche für die Fütterung von Schweinen mit stickstoffarmem Futtermittel (535 Schweineplätze) und 4 (6) Gesuche für einzelbetriebliche Projekte eingegangen. 15 (26) Projekte für einen Betrag von 180 383 (567 971) Franken zulasten des Bundes sind bereits abgerechnet worden. Die Gesamtinvestitionen betragen 320 066 (923 681) Franken.

2.13 Subventionierung landwirtschaftlicher Strukturen

Vom Kanton subventionierte Arbeiten. Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2011 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

	Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	5 615 000	1 769 600
Alpwege und Hofzufahrten	2 601 313	807 973
Wasserversorgungen	11 443 605	2 028 957
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken)	225 626	46 756
Landw. Bauten und Sennereien	43 816 000	6 295 460
Total 2011	63 701 544	10 948 746
Total 2010	46 217 736	8 197 809

Die kantonalen Beiträge für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone belaufen sich auf 586 700 Franken für 14 Fälle.

Die Summe der Beiträge, die im Jahr 2011 unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen zugesichert wurden, beläuft sich auf 868 662 Franken bei einem anrechenbaren Kostenvoranschlag von 3 060 408 Franken, was 48 Projekten oder Etappen entspricht.

Vom Bund subventionierte Arbeiten. Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2011 zugesicherten Bundesbeiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 516 370
Alpwege und Hofzufahrten	730 878
Wasserversorgungen	1 353 272
Andere Bodenverbesserungen	42 460
Landw. Bauten und Sennereien	4 327 790
Total der Bundesbeiträge an den Kanton im Jahr 2011:	8 970 770
2010	8 082 414

Im Jahr 2011 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	1 460 362	2 060 383
Alpwege und Hofzufahrten	1 035 590	1 154 590
Wasserversorgungen	1 091 792	1 429 683
Andere Bodenverbesserungen	294 350	220 831
Landw. Bauten und Sennereien	4 162 300	3 372 600
Hofdüngeanlagen	-	-
Total 2011	8 044 394	8 238 087
Total 2010	8 727 810	8 180 032

Am 31. Dezember 2011 befanden sich 15 Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamtes für Landwirtschaft.

Am 31.12.2010: 6 Abrechnungen

Die pro Rubrik ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

Im Jahr 2011 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2011	1 105 753
Total 2010	642 884

Stand der Verpflichtungen nach Meliorationsart. Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2011 wie folgt zusammen:

2011

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 887 750
Alpwege und Hofzufahrten	664 420
Entwässerungen	181 988
Wasserversorgungen	2 420 908
Andere Bodenverbesserungen	9 605
Landw. Bauten und Sennereien	4 934 260
Hofdüngeranlagen	25 440
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2011	11 124 371
Am 31. Dezember 2010	8 427 505

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2011 auf 1 657 461 Franken.

Allgemeine Bemerkungen zu einigen Meliorationsarten

Güterzusammenlegungen. 2011 wurden zwei Bodenverbesserungskörperschaften in Lessoc (177 ha) und Siviriez (1484 ha) gegründet. Eine Körperschaft hielt ihre Auflösungsversammlung in Cheyres-Yvonand ab.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

Alpwege und Hofzufahrten. Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten zur Verfügung gestellt wurden, sind 2011 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Im September 2011 wurde eine Information betreffend die Wiederinstandstellung und den Unterhalt der Feldwege an alle Bodenverbesserungskörperschaften und Gemeinden des Kantons versandt, um sie an die Möglichkeit zu erinnern, dass diese Instandstellungen mit Bodenverbesserungskrediten unterstützt werden können.

Wasserversorgungen. Unter dieser Rubrik werden nach wie vor zahlreiche Beitragsgesuche gestellt. 2011 wurden 14 Projekte unterstützt.

Andere Bodenverbesserungen. 2011 wurden drei Bewässerungsprojekte und zwei Projekte zur Wiederinstandsetzung von Entwässerungen subventioniert. Die Fortführung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirten, die verpflichtet sind, qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

Landw. Bauten und Sennereien. Die am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen erlauben es, einzelne bauliche Elemente zu subventionieren (z. B. Ställe, Schuppen).

Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden.

Der Kanton hat 2011 14 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert (18 im Jahr 2010).

2.14 Investitionskredite

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2011

Zweck	Beträge Fr.
Starthilfen	3 680 000
Bau von Wohnhäusern	560 000
Umbau von Wohnhäusern	1 242 000
Betriebskäufe durch Pächter	891 000
Bau von Hühnerställen	332 000
Bau von Gewächshäusern	326 000
Bau von Ökonomiegebäuden	4 924 000
Umbau von Ökonomiegebäuden	1 877 000
Wohn- und Ökonomiegebäude	206 000
Diversifizierung	200 000
Kleine gewerbliche Betriebe	171 000
	14 409 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 12,1 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 197 384 Franken.

Total 2011	14 409 000
Total 2010	17 625 000

Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2011

Zweck	Beträge Fr.
Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen	719 000
Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude	3 710 000
Verarbeitungs- und Lagergebäude	2 000 000
Gemeinschaftsanlagen zur Energieerzeugung aus Biomasse	670 000
Wasserversorgungen und -verteiler	769 000
Landumlegung	1 285 000
	9 153 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 457 650 Franken.

Total 2011	9 153 000
Total 2010	7 056 000

2011

2.15 Betriebshilfen

Darlehen 2011

Zweck	Beträge Fr.
Umschuldung bestehender Schulden	479 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	360 000
	839 000
Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 8,4 Jahre	
Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 119 857 Franken.	
Total 2011	839 000
Total 2010	611 000

2.16 Kantonaler Landwirtschaftsfonds

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2011

Zweck	Beträge Fr.
Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen)	8 132 000
Kauf von Land und landw. Heimwesen	4 014 000
Verwertungsbetriebe	0
Alpwege	35 000
Total 2011	12 181 000
Total 2010	7 749 000

2.17 Tätigkeit der Kommissionen

Landwirtschaftskommission. Die Landwirtschaftskommission ist 2011 einmal zusammengetreten.

Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft. Die Kommission hat 2011 neun Plenarsitzungen abgehalten.

Rekurskommission für Bodenverbesserungen.

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2010	4
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2011	7
Gefällte Entscheide	im Jahr 2011	6
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2011	-
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2011	5

Kommission für Grundstückerwerb. Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2011 insgesamt 23-mal zusammen, 6-mal im Plenum und 17-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- > 5 das Hochbauamt (HBA)
- > 15 das Tiefbauamt (TBA)
- > 1 das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit
- > 2 die Gemeinden
- > 2 die Pfarreien

Pflanzenschutzkommission. Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

Kommission für die Degustation von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung. Sie ist zweimal zusammengetreten.

2.18 Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 50 844 Franken ausbezahlt (2010: 34 560 Franken, 2009: 132 744 Franken, 2008: 119 530 Franken). Davon wurden 27 084 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

2.19 Fonds für Bodenverbesserungen

Geldverkehr. Einnahmen:

	Fr.
Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3425/3510.002	750 000.—
jährliche Zinsen von 1,5 %	20 622.60
Zahlungen der Grundbuchämter	4 149 304.—
Total der Einnahmen	4 919 926.60
Ausgaben:	
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4021.001	4 149 304.—
Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/4510.002	1 100 000.—
Vermögensrückgang	- 329 377.40
Total der Ausgaben	4 919 926.60

—
2011

2.20 Besondere Ereignisse

Im Laufe des Jahres 2011 wurden die neuen Strukturen des Amtes weiter gefestigt.

Im Rahmen der vom Grossen Rat genehmigten Massnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft hat sich das Amt an den Massnahmen Nr. 23 «Strukturhilfe an die Landwirtschaft» und Nr. 24 «Revitalisierung der Alpwirtschaft» stark beteiligt.

V. Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)

Amtsvorsteher: Fabien Loup

1. Aufgabe

Das LSVW hat die Aufgabe, die Konsumentinnen und Konsumenten mittels Inspektionen und Analysen vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sowie vor Täuschung im Zusammenhang mit Lebensmitteln zu schützen. Es gewährleistet das Wohlbefinden und die Gesundheit der Tiere um der Tiere willen und zum Nutzen des Menschen.

2. Tätigkeit

2.1 Tätigkeiten des Laboratoriums Veterinärbiologie

Seit dem 1. Januar 2011 ist das Laboratorium Veterinärbiologie (LV), das ehemalige Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor (FALL-VE), das von der Nutztiersversicherungsanstalt (Sanima) verwaltet wurde, ans Laboratorium des LSVW angegliedert.

Diese Zusammenlegung erfolgt aus der Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Nutztiersversicherung (NTVV), die am 14. Dezember 2010 vom Staatsrat angenommen wurde, und folgt auf den Grundsatzentscheid vom August 2010, das Labor des LSVW, ehemals Bestandteil des Kantonalen Labors, und das FALL-VE zusammenzuführen.

Mit dieser Zusammenlegung baut der Kanton Freiburg ein Kompetenzzentrum auf, das fähig ist, die für die offiziellen Kontrollen notwendigen Untersuchungen im Veterinär- und Lebensmittelbereich durchzuführen.

2011 beschäftigte das LV sieben Personen (5 VZÄ). Zusätzlich hat das Laboratorium drei auszubildende Biologielaborant/-innen beschäftigt. Das Laboratorium ist insbesondere mit den

Analysen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung beauftragt. Es ist als Prüfstelle für veterinärmedizinische Analysen in den Bereichen Mikrobiologie, Serologie und Parasitologie nach der Norm ISO/CEI 17025 akkreditiert.

2.1.1 Diagnostische Untersuchungen von Krankheiten mit Meldepflicht

Die Anzahl an serologischen Analysen auf IBR/IPV, Brucellose der Rinder, Schafe und Ziegen, Coxiellose, Enzootische Leukose bei Rindern (EBL), Leptospirose und Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) ist auf 12 512 gestiegen. Es wurden 2565 Analysen auf Bovine Spongiforme Enzephalopathie (BSE) durchgeführt (2010: 2567). 556 Aborte wurden mikroskopisch und/oder mit dem ELISA-Verfahren untersucht.

Im Rahmen der Bekämpfung von Schweinekrankheiten wurden 756 serologische Analysen für die Aujeszkysche Krankheit und 744 Analysen für das Porcine Reproduktive und Respiratorische Syndrom (PRRS) gemacht. Im Übrigen wurden 64 Lungen und 10 Tupferproben mit Verdacht auf EP (enzootische Pneumonie) mittels PCR in Echtzeit analysiert (2 Lungen der gleichen Lieferung aus dem Kanton Bern waren positiv). 154 Lungen mit Verdacht auf *Actinobacillus pleuropneumoniae* (APP) wurden mittels klassischer Bakteriologie analysiert. 41 Lungen waren positiv und wurden durch das Referenzlabor in Bern (ZOBA) bestätigt.

Die Anzahl Untersuchungen von Boviner Virus-Diarrhoe (BVD) ist 2011 aufgrund der amtlich angeordneten Analysen nicht nur aller Nachgeburten und toten Kälber, sondern auch der Kadaver in den Sammelstellen gestiegen. 61 Blutproben, 520 Stichproben von Kadavern und 312 Stichproben von Nachgeburten oder Föten (2009: 146) wurden zwecks Untersuchung des Antigens anhand von molekularbiologischen Methoden (Echtzeit-PCR) analysiert. Sieben Analysen stellten sich als positiv heraus.

Aufgrund der Anpassung an die europäische Gesetzgebung wird die amtliche Diagnostik der Salmonella-Infektion des Geflügels nur bei Produzenten mit mehr als 1000 Tieren durchgeführt. Es wurden 292 serologische Untersuchungen von Eiern durchgeführt; 2010 waren es 86. Die Anzahl bakteriologischer Untersuchungen beläuft sich auf 53 (2010: 114).

Die in der Folge eines vom Laboratorium Veterinärbiologie entdeckten positiven Salmonellenfalls durchgeführten Umfeldanalysen ergaben ausschliesslich negative Resultate. Zwei weitere Verdachtsfälle auf Salmonellen erwiesen sich als negativ.

In den Schlachthöfen wurde 2011 eine Stichprobenerhebung der Blauzungkrankheit (Bluetongue) bei den Rindern durchgeführt. 585 Blutproben wurden auf Antikörper gegen die Blauzungkrankheit untersucht. 686 Blutproben wurden anhand

2011

von Echtzeit-PCR auf das Antigen der Blauzungenkrankheit untersucht (Stichprobe und Tierverkehr).

Das Laboratorium hat weiter die Verdachtsfälle von Paratuberkulose bei Rindern untersucht. 12 Tiere wurden mit dem ELISA-Verfahren auf Antikörper und mit der PCR-Methode auf Antigene untersucht. Die Hälfte der Tiere hatte Antikörper im Blut und vier Tiere hatten Antigene im Kot.

Fünf Hengste und eine Stute wurden vor dem Decken auf MCE (ansteckende Pferdemetritis) untersucht.

2.1.2 Lebensmittel tierischer Herkunft

- Mikrobiologische Fleischuntersuchungen

199 mikrobiologische Fleischuntersuchungen wurden nach der Schlachtung durchgeführt (2010: 331). Bei diesen Untersuchungen wurde gleichzeitig nach Hemmstoffen gesucht. 15 Nierenproben waren positiv.

Vier Geruchsuntersuchungen wurden vorgenommen, um Ebergeruch ausfindig zu machen, und sechs weitere zur Feststellung des Ursprungs der gelblichen Farbe des Fleisches (Ikterus oder Lipochromatose).

- Trichinenuntersuchungen

340 Untersuchungen mit durchschnittlich 30 Tieren wurden durchgeführt (d. h. rund 10 200 Tiere wurden untersucht). Alle Resultate waren negativ.

- Mastitismilchproben

Mit Mastitismilchuntersuchungen sollen die Erreger gefunden werden, die für Mastitis verantwortlich sind. Ihre Empfindlichkeit bzw. Resistenz gegenüber den gebräuchlichen Antibiotika wurde anhand eines Antibiotogrammes festgestellt. 1970 Milchproben wurden untersucht (2010: 2253).

Im Rahmen der Untersuchungen auf Hemmstoffe bei Normalschlachtungen (offizielle Stichproben) wurden 729 Schweins- und Rindernieren untersucht. 29 Rindernieren waren positiv.

2.1.3 Verschiedene Untersuchungen:

Diverse andere Untersuchungen wurden für Privatkunden durchgeführt. Es handelt sich um:

› 57 bakteriologische Untersuchungen verschiedener Proben (Eiter, bronchiale Spülungen, Punktate von verschiedensten Infektionen). Diese Untersuchungen wurden vielfach durch

Antibiogramme ergänzt, um dem Tierarzt die Therapie zu erleichtern;

› 35 Parasiten-Untersuchungen in Kotproben, wovon 6 positiv auf Kryptosporidiose getestet wurden;

› 49 Trichinenuntersuchungen in Wildschweinmuskulatur;

› 4 Pseudotuberkuloseuntersuchungen mit einem positiven Fall;

› 127 Untersuchungen auf *Listeria monocytogenes* im Rahmen des Exports von Ziegen und Schafen in die Ukraine;

› 211 serologische Untersuchungen auf Visna-Maedi (davon 127 für den Export in die Ukraine).

2.1.4 Qualitätskontrollen

Das Labor nimmt jedes Jahr nationale und internationale Ringversuche vor, um eine Qualität sicherzustellen, die den geltenden Normen sowie den Anforderungen der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS) und des Bundesamts für Veterinärwesen entspricht. 2011 nahm es an den Ringversuchen für BSE, Bluetongue, EP, PRRS, CAE, IBR, Aujeszkysche Krankheit und *Brucella melitensis* teil.

2.2 Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeproben

Da die Kontrollen gezielt erfolgen, können ihre Ergebnisse nicht als repräsentativ für die allgemeine Situation betrachtet werden. Die folgenden Informationen geben einen Überblick über die im Laufe des Jahres durchgeführten Analysen.

2011 nahm der Kanton Freiburg erstmals an den regionalen Kampagnen im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Westschweizer Kantone, die Ende 2010 unterzeichnet worden war, teil. Ziel dieser Vereinbarung ist es, die Tätigkeiten der sechs Westschweizer Kantone im Bereich des Vollzugs des Lebensmittelrechts zu vernetzen. So werden zwischen den Laboratorien der betreffenden Kantone entsprechend ihrer Analysekompetenzen Proben ausgetauscht. Diese Arbeitsweise machte eine Änderung der Praxis in den einzelnen Kantonen nötig und zog logistische Probleme nach sich, für die jedoch eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden konnte. Die Bilanz dieses ersten Jahres ist sehr positiv.

Freiburg stellte den anderen Westschweizer Kantonen seine analytischen Mittel im Bereich der Wasseruntersuchung (Trinkwasser, Schwimmbäder), der Untersuchung von metallenen Gebrauchsgegenständen und der chemischen Analyse von Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnissen zur Verfügung.

2011

Im Gegenzug unterbreitete Freiburg dem Westschweizernetz Proben zur Identifizierung von Fischarten, zur Feststellung genetisch veränderter Organismen, der Phosphatdosierung in tiefgekühlten Meeresfrüchten, der Urethandosierung in Spirituosen aus Steinobst, von Pestizidrückständen in Bio-Getreideprodukten, von Tierarzneirückständen in Geflügelfleisch sowie zur Feststellung von Pestizidrückständen in frischen Früchten und Gemüse. In den folgenden Punkten sind die Bilanzen der im Kanton Freiburg entnommenen Proben aufgeführt. Die Bilanzen für die Westschweiz werden separat veröffentlicht.

Bezeichnung	Anzahl untersuchter Proben	Anzahl beanstandeter Proben
Trinkwasser / Mineralwasser	1695	86
Quell-, Brunnen-, Seewasser	1011	-
Wasser von Schwimmbädern	121	24*
Brauchwasser / Abwasser	97	-
Andere Lebensmittel	902	189
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	231	126
Verschiedene Gegenstände	44	-
Insgesamt	4101	401 + 24*

* im Bereich der kantonalen Gesetzgebung

2.2.1 Lebensmittelproben

- Käse

Das Lysozym (Zusatzstoff E1105) ermöglicht eine Verhinderung der Buttersäuregärung, die bei Käse aus Silomilch entstehen kann. Bei den im Rahmen dieser Kampagne getesteten Käse handelte es sich um Gruyère AOC, Freiburger Vacherin AOC und Raclettekäse. 24 Proben wurden entnommen. Keine der Proben enthielt eine Lysozymkonzentration oberhalb der Nachweisgrenze der Methode. In den kommenden Jahren werden weitere Käsesorten kontrolliert werden.

- Käse von Märkten

Das Hauptziel dieser Kampagne bestand darin, die mikrobiologische Qualität von auf den Märkten verkauften Weich- oder Frischkäse und Ziger zu kontrollieren. Des Weiteren wurde mit dieser Kampagne bezweckt, allfällige falsche Bezeichnungen «reiner Ziegen-» oder «reiner Schafskäse» festzustellen. Bei den getesteten Produkten handelte es sich um Weich- und Frischkäse sowie Ziger aus Kuh-, Schaf- oder Ziegenmilch.

Es wurden nur drei Proben entnommen. Keine wurde beanstandet. Angesichts der geringen Anzahl untersuchter Proben ist diese Bilanz nicht repräsentativ für die tatsächliche Situation. Diese Kampagne wird 2012 in grösserem Umfang erneut durchgeführt werden.

- Fleischerzeugnisse

Die Verwendung von Nitrat und Nitrit in Fleischerzeugnissen ist gesetzlich geregelt. Da die Einhaltung der Normen oft problematisch ist, sind diese Produkte (z. B. Modellschinken, Zigeunerschinken, geräucherter Schinken, ...) regelmässig Gegenstand von Kontrollen. In verschiedenen Metzgereien des Kantons wurden zwölf Proben entnommen. Ein Produkt (= 8,3 %) wurde aufgrund seines Nitratgehalts, der über den Anforderungen lag, beanstandet. Das Resultat hat sich im Vergleich zu früheren Kampagnen verbessert. Ein Teil der Proben wurde ebenfalls auf ihre mikrobiologische Qualität hin kontrolliert. Von den neun untersuchten Proben wurde keine wegen dieses Kriteriums beanstandet.

- Tierarzneirückstände in Geflügelfleisch

Geflügel wird meist in sehr grossen Beständen gezüchtet und auf beschränkten Flächen eingepfercht. Diese Situation erhöht das Risiko für Infektionskrankheiten. Dies ist einer der Gründe, weshalb das Geflügel über das Futter konstant medikamentös versorgt wird. Weitere Futterzusätze bewirken eine höhere Mastleistung. 20 Proben wurden bei auf unverarbeitetes Geflügelfleisch spezialisierten Verteilern (Huhn, Wachtel, Trute, Zuchtente – einheimisch oder importiert) entnommen. Das Laboratorium des SCAV GE hat die Proben auf verschiedene Klassen von Antibiotika, Antikokzidien, Entzündungshemmern, Schädlingsbekämpfungsmitteln, Beruhigungsmitteln und auch Ethoxyquine (Antioxydantien) überprüft. Die 20 untersuchten Proben entsprachen den Vorschriften, was diese Parameter betrifft.

- Bestimmung von Fischarten

Die Bestimmung einer Fischart mit blossen Auge kann sich als unmöglich erweisen, wenn der Fisch filetiert ist und die Haut entfernt wurde. Es besteht somit ein erhöhtes Verwechslungsrisiko. Hinzu kommt, dass je nach Art grosse Preisunterschiede bestehen. Die in den letzten Jahren bei Detaillisten und in Restaurants durchgeführten Kontrollen haben erhöhte Beanstandungsraten ergeben. Für die Kampagne 2011 wurden 10 Proben von Fischen, filetierten) oder verarbeiteten Fischen (roh, gekocht, gewürzt) bei Detailhändlern entnommen. Die Bestimmung der Arten wurde vom SCAV Neuenburg mit molekularbiologischen Methoden vorgenommen. Bei zwei (= 20 %) der 10 Proben entsprach die festgestellte Art nicht der angegebenen Art. Diese zwei Proben wurden beanstandet und es wurde eine Verbesserung der Rückverfolgbarkeit verlangt.

- Tierarzneirückstände in Zuchtfischen und -krustentieren

Im Bereich Nutztiere werden immer häufiger Tierarzneimittel verwendet. Diese Tendenz weitet sich auch auf die Aquakultur

—
2011

aus, wo der Ertrag aufgrund bakterieller Erkrankungen immer weiter zu sinken droht. Es gilt daher, Zuchtfische und -krustentiere stichprobenweise auf ihre Konformität hin zu überprüfen. 14 Proben wurden zu diesem Zweck entnommen. Darunter befanden sich 3 Proben von in lokalen Fischzuchten gezüchteten Regenbogenforellen, 3 Forellen aus ausländischer Produktion, 2 Lachse, ein Seesaibling, 2 Pangasius und 3 Proben von Krustentieren. Die Proben wurden auf Malachitgrün und 11 verschiedene Fluorchinolone hin untersucht. In keiner der Proben wurden Spuren von verbotenen Substanzen gefunden. Alle untersuchten Proben entsprachen den Vorschriften, was diese Parameter betrifft.

- Phosphate in tiefgekühlten Meeresprodukten

Gemäss der Zusatzstoffverordnung sind verschiedene phosphathaltige Zusatzstoffe (Phosphorsäure und ihre Salze, Polyphosphorsäuren und ihre Salze) als Zusatzstoffe in nicht verarbeiteten, tiefgefrorenen Fischereiprodukten zugelassen. Diese Zusätze binden Wasser, bewirken den Emulsionsprozess und schränken die Auswirkungen des Tiefgefrierens auf das Fleisch ein. Um eine übermässige Wasserbindung zu vermeiden, beschränkt die Zusatzstoffverordnung das Beifügen all dieser Zusatzstoffe pauschal. Im Rahmen dieser Kontrollkampagne wurden 10 Proben von tiefgefrorenen Fischfilets entnommen. Alle Proben entsprachen den Anforderungen für diesen Parameter.

- Sprossen und Keimlinge

Mit dieser Kampagne sollte der Stand der Dinge überprüft werden, was die mikrobiologische Qualität von konsumfertigem Sprossengemüse (Mungobohnen, Luzerne, Zwiebelsamen, Rotkohlsamen, Linsen, Randensamen, Radieschensamen, Sonnenblumensamen, Kichererbsen, Broccolisamen, Alfalfa, Bockshornklee) auf dem Freiburger Markt betrifft. 2006 wurden im Rahmen einer Kampagne des LSVW/KL Salmonella spp, Escherichia coli und Bacillus cereus in einigen Proben von Zwiebelsprossen festgestellt. Vor kurzem wurden Salmonellosefälle aufgrund kontaminierter Bohnensprossen im Ausland bekannt. Eine erste Reihe von Proben war bereits im April entnommen worden, also vor dem Ausbruch der Epidemie in Deutschland, die auf den Verzehr von mit enterohämorrhagischer E.coli des Serotyps O104:H4 infizierten Bockshornkleesprossen zurückzuführen war. Die zweite Kontrollserie wurde im September durchgeführt. Insgesamt wurden 36 Proben entnommen, davon waren 11 als «bio» deklariert.

Die mikrobiologischen Untersuchungen erwiesen sich für alle überprüften Proben als negativ. Es wurden insbesondere keine Bakterien der Art E.coli, Salmonella spp. oder Listeria monocytogenes gefunden. Die mikrobiologische Qualität dieser Produkte entsprach den Vorschriften. Nichtsdestotrotz stellen diese

Produkte aufgrund ihrer Produktionsbedingungen ein potenzielles Risiko dar.

- GVO – Kontrolle von Schokolade, Proteinriegeln und Speziallebensmitteln

In der Schweiz muss die Verwendung von Zutatensubstanzen aus gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln bewilligt und auf der Verpackung des Lebensmittels deklariert werden. Ein genetisch verändertes Ausgangsprodukt, das breitflächig angebaut wird, ist Soja. Bestandteile von Soja werden in Lebensmitteln verwendet (Lecithine in Schokolade, in Speziallebensmitteln wie Proteinriegel oder Lebensmittel zur Gewichtskontrolle). Da das Risiko, dass ein Lebensmittel GVO enthält, in importierten Lebensmitteln grösser ist, wurden solche Produkte kontrolliert. Es wurden 20 Schokoladeprouben und 20 Proben von Proteinnahrung entnommen. Der waadtländische SCAV hat mit molekularbiologischen Methoden nach genetisch veränderten Stoffen gesucht. Die 40 Proben enthielten kein GVO-Soja und entsprachen somit den gesetzlichen Vorschriften für diesen Parameter.

- Gewürze und Kastanienerzeugnisse

Mykotoxine sind sekundäre Stoffwechselprodukte aus Schimmelpilzen und gehören hauptsächlich zur Gruppe der Aspergillus, Penicillium oder Fusarium. In Tierversuchen konnten neurotoxische, mutagene, teratogene und kanzerogene Wirkungen dieser Mykotoxine nachgewiesen werden. Sie sind resistent gegen biologische Bekämpfung und moderate Erhitzung (also Kochen). 14 Gewürzproben, nämlich 9 Curry, 4 Paprika, 1 Gewürzmischung sowie 10 Kastanienerzeugnisse wurden in verschiedenen Geschäften und auf Märkten des Kantons entnommen. 1 Curryprobe und 1 Paprikaprobe wurden aufgrund ihres Gehalts an Aflatoxin B1, der über dem Grenzwert lag, beanstandet. Bei der nicht den Vorschriften entsprechenden Paprikaprobe war auch der Gehalt an Ochratoxin – ein weiteres Mykotoxin – über dem Grenzwert. Keines der Kastanienerzeugnisse enthielt Mykotoxine. Angesichts dieser Resultate muss die Überwachung, insbesondere bei den Gewürzen, fortgesetzt werden.

- Urethan in Spirituosen aus Steinobst

Urethan oder Ethylcarbammat wird in Spirituosen durch das Zusammenwirken von Alkohol mit Cyanwasserstoff gebildet, der durch in den Steinen von Steinobst enthaltenes Amygdalin freigesetzt wird. Urethan ist eine sehr giftige Substanz und wirkt krebserregend. Die Urethanbildung kann eingeschränkt werden, indem Fermentations-, Destillations- und Lagerungsparameter berücksichtigt werden. Konsumenten von Spirituosen, einem Genussmittel, setzen sich der Toxizität von Alkohol aus. Der Gehalt an Urethan stellt jedoch eine erhöhte, unerwartete Gefahr dar, die beseitigt werden muss. Der Gesetzgeber hat deshalb für Spirituosen einen Grenzwert von 1 Milligramm Ethyl-

—
2011

carbamat pro Liter festgelegt. Die Kontrollen der vergangenen Jahre ergaben einige Beanstandungen nichtkonformer Produkte von lokalen Destillateuren. 14 Proben wurden bei lokalen Destillateuren entnommen. Die Analysen wurden vom Laboratorium des SCAV Jura durchgeführt. In den 14 analysierten Proben war zwar Urethan vorhanden, jedoch wies keine der Proben einen Urethanwert über dem Grenzwert auf.

- Pestizidrückstände in Bio-Getreideprodukten

In den vergangenen Jahren hat das SCAV GE Rückstände von im biologischen Landbau unerlaubten Produkten in Biogetreide, -getreideprodukten und -ölsaaten gefunden. Die Kontamination entstand in diesen Fällen meistens nicht beim Pflanzenbau, sondern stammt aus Produkten, die in der konventionellen Produktion als Vorratsschutzmittel oder zur Behandlung der Räumlichkeiten oder der Lager- und Verarbeitungseinrichtungen benutzt werden. 2011 wurden 20 Proben im Kanton Freiburg entnommen. Die Entnahmestellen wurde auf Westschweizer Ebene bestimmt, damit die Geschäfte, die mit solchen Produkten handeln, so gut wie möglich abgedeckt waren. Das Laboratorium des SCAV GE hat diese Proben auf 400 Pflanzenschutzmittel untersucht. Es hat ausserdem die Kennzeichnungangaben bewertet. Alle untersuchten Proben entsprachen den Vorschriften, was diese Parameter betrifft.

- Pestizidrückstände in frischen Früchten und Gemüse

Bei der Früchte- und Gemüseproduktion werden Pestizide angewendet, um die Pflanzen vor schädlichen Einwirkungen von Insekten, Schimmel, Pilzen und Schädlingen zu schützen. Nach der Ernte werden nicht selten Schutzmittel gegen eine schnelle Zersetzung angewendet. Rückstände dieser Substanzen und ihrer Abbauprodukte bleiben in den konsumierten Waren vorhanden. Um die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen, hat der Gesetzgeber Höchstwerte für jeden bewilligten Wirkstoff festgelegt. Die Anforderungen an die Abbauprodukte sind nur sehr selten genau festgelegt. Die Überwachung in diesem Bereich hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Früchte und das Gemüse gleichzeitig mit einer steigenden Anzahl Pestiziden verschmutzt waren. Dies ist das Resultat der Anwendung sogenannter «Cocktails» dieser Wirkstoffe. Mit dem Grundsatz des Höchstgehalts für jedes Pestizid, ist die Gesetzgebung nicht auf diese neue Situation vorbereitet. 9 Früchte- und 13 Gemüseproben wurden im Kanton entnommen. Das Laboratorium des SCAV GE hat jede dieser Proben auf rund 400 Substanzen untersucht. Von 22 kontrollierten Proben wurde 1 Gemüse (5 %) beanstandet, da es gleichzeitig zwei Rückstände oberhalb des erlaubten Höchstwerts enthielt. Eine Probe enthielt Rückstände von 5 Pestiziden, deren Gehalt unter dem erlaubten Höchstwert lag.

- Pflanzenerzeugnisse

Der Handel mit Lebensmitteln auf pflanzlicher Basis (die als Nahrungsergänzungsmittel, Kräutertee, ... verkauft werden) ist stark angestiegen. Nicht selten werden in diesen Produkten Substanzen mit therapeutischer oder sogar toxischer Wirkung gefunden. Das Bundesamt für Gesundheit und Swissmedic haben gemeinsam eine Einstufung pflanzlicher Stoffe und Zubereitungen, die als Medikament oder Nahrungsmittel dienen können, erarbeitet. Diese Einstufung dient den amtlichen Kontrollorganen als Ermessensgrundlage. 2011 wurden im Fachhandel 20 Proben von Produkten mit Pflanzen oder Pflanzenextrakten entnommen. Das Laboratorium des SCAV GE hat rund hundert pflanzliche Marker untersucht, anhand derer eine allfällige therapeutische, toxische oder betäubende Wirkung nachgewiesen werden kann. 3 der 20 Proben mussten beanstandet werden: 2 aufgrund von nichtkonformen Angaben auf der Etikettierung und 1 aufgrund der Zusammensetzung, die mit der BAG/Swissmedic-Liste nicht konform war. Diese Kontrollen müssen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

- Jakobskreuzkraut

In der Westschweiz ist das Jakobskreuzkraut immer invasiver. Diese Pflanze ist für das Vieh aufgrund der Pyrrolizidin-Alkaloide giftig. Diese Substanzen kommen in verschiedenen Pflanzen vor, bis anhin konnten mehr als 200 verschiedene Verbindungen dieser Familie bestimmt werden. Die meisten dieser Verbindungen sind giftig für den Menschen, nicht jedoch für Bienen. Um die Folgen von Jakobskreuzkraut in der Nähe von Bienenstöcken, insbesondere für den Gehalt dieser giftigen Verbindungen im Honig, besser zu kennen, hat das LSVW/KL mit einem Imker des Kantons Kontakt aufgenommen und seinen Honig analysieren lassen. Dieser hatte Honig aus einem Bienenstock gemacht, der rund 350 m Luftlinie von einem Feld entfernt war, in dem es 60 bis 80 Jakobskreuzkraut-Pflanzen hatte. Der Honig wurde während der Blütezeit des Jakobskreuzkrauts gewonnen. Er wurde vom BAG analysiert. In diesem Honig wurden Spuren von Pyrrolizidin-Alkaloiden unter der Bestimmungsgrenze nachgewiesen. Dieses Ergebnis ist typisch für einen Schweizer Honig. Die toxischen Verbindungen im Honig sind derzeit Gegenstand zahlreicher Studien.

- Gaststätten

Die Lebensmittelinspektoren und -kontrolleure entnehmen im Verlauf des Jahres in öffentlichen Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen Proben verschiedener verderblicher Produkte, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu untersuchen. Mit den Kontrollen soll überprüft werden, ob die guten Hygienepraktiken eingehalten werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf heikle Produkte wie Reis, Teigwaren und gekochtes Gemüse gerichtet. Dank der mikrobiologischen Analysen konnten

2011

zahlreiche Hygienemängel aufgedeckt werden. In einigen Gaststätten handelt es sich um bedeutende Mängel, da die Mehrheit der untersuchten Proben beanstandet werden musste. In solchen Fällen kommt es zu einer Inspektion und je nach festgestellter Überschreitung wird ein Verbot für den Gebrauch von vorbereiteten Lebensmitteln ausgesprochen. Von 386 Proben wurden 76 beanstandet, d. h. 19,7 %. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu 2010 (25,2 %) leicht gesunken. Trotzdem bleibt die Beanstandungsrate für thermisch behandelte Lebensmittel relativ hoch: 25,6 % oder rund $\frac{1}{4}$ der Proben stammen aus dieser Kategorie. Dies zeigt, dass die Einhaltung der guten Hygiene- und Herstellungspraktiken von Lebensmitteln noch verbessert werden muss und dass die Hygienekontrolle in öffentlichen Gaststätten unabdingbar ist. Die Kontrollen, Massnahmen und Sanktionen werden 2012 verstärkt werden.

2.2.2 Gebrauchsgegenständeproben

- Kosmetik

In Kontrollkampagnen in den Jahren 2008 und 2009 wurden 38 % der Proben von Hautaufhellungsmitteln beanstandet, da sie Substanzen enthielten, die von der Gesetzgebung verboten sind. 2011 wurde eine erneute Kontrollkampagne durchgeführt.

Hydrochinon und Kojisäure sind Substanzen, die als Depigmentierungsmittel für Flecken und zur Aufhellung der Haut verwendet werden. Ihre Verwendung ist in der Schweiz und in der Europäischen Union jedoch verboten. Für andere Substanzen, z. B. Arbutin, ist die Konzentration in den vorerwähnten Kosmetika beschränkt. 13 Proben wurden in verschiedenen Fachgeschäften des Kantons entnommen. Diese umfassten aufhellende Cremes, Gels, Lotionen und Milch. Insgesamt mussten drei Proben beanstandet werden. Dies entspricht einer Beanstandungsrate von 23 %. Dieses Resultat ist noch immer nicht zufriedenstellend. Die Kontrollen müssen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

- Tätowier- und Permanent-Make-up-Farben

In den vergangenen Jahren wurden auf nationaler Ebene Kampagnen zur Kontrolle von Tätowier- und Permanent-Make-up-Farben durchgeführt, deren Ergebnisse sehr schlecht ausfielen. 2011 wurde daher erneut eine Kampagne organisiert. Die Anforderungen für diese Produkte sind in der Verordnung über Gegenstände für den Humankontakt festgelegt. 7 im Kanton entnommene Proben wurden dem Kantonalen Laboratorium Basel-Stadt unterbreitet, dem Referenzlabor für diese nationale Kampagne. Bei den Analysen ging es um die Feststellung von organischen Farbstoffen, Konservierungsmitteln, aromatischen Aminen, Nitrosaminen und, je nach Fall, noch weiteren Substanzen. Auch die Kennzeichnung wurde kontrolliert. 3 (= 43 %) der 7 Proben entsprachen nicht den gesetzlichen Vorschriften

und waren Gegenstand einer Verfügung. Angesichts der hohen Beanstandungsrate muss die Überwachung dieser Produkte in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

- Schmuck und Kleidungsstücke

Anhand dieser Kampagne wurde die Migration von Nickel und Cadmium aus metallenen Gegenständen mit längerem und direktem Hautkontakt kontrolliert. Die Kontrolle wurde aufgrund der erhöhten Beanstandungsrate in den vergangenen Jahren durchgeführt. Eine nationale Kampagne im Jahr 2007 ergab eine Gesamtbeanstandungsrate von 21 % für die überprüften Gebrauchsgegenstände (Armbänder, Ohrringe, Nieten und Knöpfe an Textilien, Ringe, Gürtelschnallen, Halsketten, Modeschmuck, ...). Es sei daran erinnert, dass Nickel bei vielen Personen Allergien auslöst. In Mitteleuropa sind schätzungsweise 10–15 % der Mädchen und Frauen und 2–5 % der Männer von einer Nickel-Kontaktallergie betroffen. Cadmium seinerseits ist ein für Menschen äusserst giftiges Metall. Seit 2010 sind in der Gesetzgebung die Höchstmengen an Cadmium festgelegt, die von cadmiumhaltigen Gegenständen abgegeben werden dürfen. 2011 wurden in verschiedenen Geschäften und auf Märkten 20 Proben entnommen. Insgesamt mussten 2 Proben (10 %) beanstandet werden. Zu diesen 20 Proben kamen 42 Proben aus den Kantonen Genf und Waadt hinzu. Die Beanstandungsrate für alle Proben zusammen belief sich auf 37 %. Diese Situation zeigt, dass in den kommenden Jahren weitere Kontrollen nötig sind.

- «Bars à sourire»

Aufgrund von Medienberichten sah sich das LSVW/KL dazu veranlasst, eine Untersuchung über die in einer Kette von Zahnaufhellungsstudios («bars à sourire») verwendeten Produkte durchzuführen. Bei diesen Geschäften, die Zahnaufhellungen anbieten, handelt es sich im Allgemeinen um Kosmetikinstitute. Die gesammelten Informationen haben gezeigt, dass die verwendeten Produkte den Anforderungen der Kosmetikgesetzgebung entsprachen und keiner Bewilligung durch das Bundesamt für Gesundheit bedurften. Entgegen den Angaben in der Werbung für diese Behandlungen, setzt das fragliche Produkt Wasserstoff-Peroxid frei. Die Website des Unternehmens, das diese Behandlungen anbietet, sowie die Anzeigen und Flugblätter wurden korrigiert. Das Kantonsarztamt war an den Schritten im Rahmen dieser Untersuchung beteiligt.

2.3 Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder

- Öffentliche Netze

Die Trinkwasserverteiler der öffentlichen Trinkwassernetze sind gehalten, im Rahmen ihrer Selbstkontrolle ein Überwachungsprogramm für das abgegebene Wasser auszuarbeiten

2011

und der Einheit Kantonales Laboratorium des LSVW (LSVW/KL) Wasserproben zu unterbreiten. Dank seiner Kenntnis der Netze kann das LSVW/KL, sobald es Kenntnis von nicht vorschriftsgemässen Ergebnissen hat, schnell Massnahmen treffen (oft ab dem Tag nach der Abgabe der Probe an das LSVW) und die Verantwortlichen des Verteilers unverzüglich informieren. Es können folgende Massnahmen angeordnet werden: vorgeschriebenes Abkochen vor jedem Gebrauch im Ernährungszusammenhang, Schock-Chlorierung oder Ausserbetriebnahme kontaminierter Quellen. In jedem Fall muss der Verteiler nach der Verschmutzungsursache suchen und alle erforderlichen Massnahmen ergreifen, um eine erneute Verschmutzung zu verhindern. Bei den 2011 durchgeführten Analysen wurden in mehreren öffentlichen Wassernetzen Fäkalbakterien entdeckt. In einem Fall war die Verunreinigung auf eine Verbindung des öffentlichen Netzes mit einer privaten Quelle zurückzuführen. Ein einfacher Schieber trennte diese Netze. Solche Lösungen entsprechen nicht den technischen Standards und stellen eine Gefahr für die Wasserqualität der öffentlichen Netze dar. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in den Leitungen Unterdruck entstehen kann; in diesem Fall kann sich privates Wasser mit jenem des öffentlichen Netzes vermischen. Die Verteiler des Kantons wurden erneut auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Sie wurden darauf hingewiesen, dass sie überprüfen müssen, ob die Anlagen den anerkannten Vorschriften entsprechen. In einem anderen Fall zeigte die Verunreinigung die Anfälligkeit von bis dahin unbehandelten Quellen auf. In zwei Fällen konnte die Ursache für die Verschmutzung mit dem Fäkalkeim E. Coli nicht festgestellt werden, aber die angeordnete Behandlung und Nachkontrolle ermöglichten, dass sich die Situation normalisierte und unter Kontrolle ist. In einem Netz wurde eine Verunreinigung mit Nitrat festgestellt. Dank dem Überblick über frühere Analysen dieses Verteilers (ein weiterer Vorteil des aktuellen Systems) konnte aufgezeigt werden, dass diese Verseuchung auf einen stetigen Anstieg des Nitratgehalts zurückzuführen war und umfassende Massnahmen erforderlich waren. Im Falle eines Grossverteilers entsprach die Farbe des verteilten Wassers plötzlich nicht mehr den Anforderungen, was auf einen Funktionsfehler einer Anlage zur Aufbereitung von Trinkwasser zurückzuführen war. Da nach einer Analyse der Situation rasch Massnahmen getroffen wurden, konnte verhindert werden, dass die Bevölkerung gesundheitlichen Risiken ausgesetzt worden wäre.

Eine Kampagne zur Untersuchung von «flüchtigen organischen Verbindungen» (volatile organic compounds VOC) in Wasser, das am Hahn des Konsumenten entnommen wurde, wurde bei rund dreissig Verteilern durchgeführt. Alle Resultate entsprachen den geltenden Normen. Gleichzeitig wurde eine Kampagne zur Untersuchung des Wassers auf einige Herbizide durchgeführt. Sie ergab, dass 8 von rund 30 Verteilnetzen Desphenylchloridazon und Methyl-Desphenylchloridazon enthielten, Metaboliten von Pflanzenschutzmitteln, die für

Rübenkulturen verwendet werden. Diese Resultate zeigen, dass die fraglichen Gewässer verunreinigt sind und ihr Wert vermindert ist und dass die Regeln der guten Verwendungspraxis dieser Pflanzenschutzmittel nicht eingehalten werden. Es ist vorgesehen, die Kontrollen in diesem Bereich in den kommenden Jahren zu intensivieren. Der Pflanzenschutzdienst des LIG wurde über diese Situation unterrichtet.

2011 wurden erneut regelmässige Inspektionen der öffentlichen Verteilnetze aufgenommen. Bei 8 Verteilnetzen wurde eine vollständige Inspektion durchgeführt, was folgende Bilanz ergab:

Sicherheitsstufe	1	2	3	4
Anzahl Verteilnetze	1	4	2	1

Vor allem die folgenden Punkte mussten beanstandet werden: der allgemeine Zustand der Werke, der häufig nicht mehr den anerkannten Regeln der Technik entspricht, sowie die Dokumentation der Selbstkontrolle, die oft unvollständig war.

Es wurden ausserdem sechs Augenscheine oder Teilinspektionen vorgenommen. Diese erfolgten aufgrund von nicht den Anforderungen entsprechenden Analyseresultaten, aufgrund von Anfragen von Konsumentinnen und Konsumenten, die über die Qualität ihres Wassers beunruhigt waren, oder aufgrund von Auflagenprojekten, für die eine Einschätzung der Situation vor Ort erforderlich war, bevor eine Stellungnahme erstellt werden konnte.

- Kontrolle der öffentlichen Schwimm- und Strandbäder

Aufgrund der kantonalen Verordnung über die Hygiene in den öffentlichen Schwimm- und Strandbädern inspiziert das LSVW/KL die Schwimmbäder in der Regel 2- bis 4-mal jährlich und entnimmt Wasserproben. Wie im Jahr 2010 beschränkten sich die im Jahr 2011 durchgeführten Kontrollen auf die Wasserqualität, und es wurden keine Inspektionen durchgeführt. Von den 64 untersuchten Wasserproben von Schwimmbädern entsprachen 52 (= 81 %) den Anforderungen für alle kontrollierten Parameter. Dieser Anteil an vorschriftsgemässen Analysen entspricht einer spürbaren Verbesserung im Vergleich zu 2010 (68 % der Proben entsprachen den Vorschriften). Die am häufigsten beanstandeten Parameter betreffen Trübung sowie Harnstoff (in jeweils 9 % der Fälle). Zum dritten Mal in Folge wurden in gedeckten Schwimmbädern Trihalomethan-Analysen (THM) durchgeführt. THM wird bei der Desinfektion durch die Reaktion von Chlor mit gelösten organischen Stoffen gebildet. 1 (2 %) der 43 untersuchten Proben wies einen THM-Gehalt über dem in der SIA-Norm 385/9 festgelegten Höchstgehalt auf (2010: 8 %). Dieses Wasser wurde beanstandet; der betroffene Betreiber muss die Gründe für diese Überschreitung suchen und Massnahmen dagegen ergreifen. Es sei darauf hingewiesen, dass die

2011

neue SIA-Norm 385/9 im Mai 2011 die Norm 385/1 ersetzt hat. In der neuen Norm wurde der Referenzwert für THM von 0,030 auf 0,020 mg/l gesenkt. Zum ersten Mal wurde das übliche Analyseprogramm durch die Untersuchung von Pseudomonas aeruginosa ergänzt. Keine Probe wurde positiv auf diesen Parameter getestet.

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wurde zu Saisonbeginn 2011 einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. Die 9 Strände wurden in die Qualitätsklasse A eingestuft. Bei dieser Beurteilung ist eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Badewasser nicht zu erwarten.

2.4 Chemikalien / Radon

- Chemikalien

In Erwartung eines politischen Entscheids zur kantonalen Organisation der Ausführung der Chemikaliengesetzgebung, hat sich das LSVW/KL auf vereinzelte Aktionen in diesem Bereich beschränkt.

- Radonmesskampagne

Das radioaktive Radon ist ein natürliches, im Boden vorkommendes Gas, das über undichte Stellen in der Gebäudehülle eindringen und sich in der Raumluft ausbreiten kann. Wird Radon eingeatmet, ist das Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, proportional zur Radonkonzentration, ausgedrückt in Becquerel pro Kubikmeter (Bq/m³), und zur Dauer der Radonexposition. Nach dem Rauchen ist Radon die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs.

Nachdem im Winter 2009–2010 im ganzen Kanton Messungen durchgeführt wurden, wurde entschieden, im Winter 2010–2011 zusätzliche Messungen durchzuführen, und zwar einerseits in den Gemeinden, in denen die Anzahl Messungen ungenügend war, und andererseits in drei Gemeinden (Haut-Intyamou, Tentlingen, Gurmels), die bei der vorangehenden Messkampagne einen Durchschnittswert von über 200 Bq/m³ aufwiesen.

Während die Dosimeter in den meisten Gemeinden durch das Gemeindepersonal platziert wurden, wurde im Fall von Haut-Intyamou, Tentlingen und Gurmels das Zivilschutzpersonal mit dieser Aufgabe beauftragt (über 500 Gebäude wurden kontrolliert), die dank der finanziellen Unterstützung des Bundes realisiert werden konnte.

Nach den beiden Messkampagnen wurden 119 Gemeinden (71 %) als Zone mit geringem Radonrisiko (Durchschnitt in der Gemeinde unter 100 Bq/m³) und 49 (29 %) als Zone mit mittlerem Radonrisiko (Durchschnitt in der Gemeinde zwischen 100

und 200 Bq/m³) eingestuft. Der Durchschnitt lag in keiner Gemeinde über 200 Bq/m³.

In den vergangenen drei Jahren wurden im Kanton Freiburg mehr als 3000 Gebäude, hauptsächlich Einfamilienhäuser, im Rahmen der Radonmesskampagne kontrolliert. In vier Gebäuden, die in dieser Zeit kontrolliert wurden, wurde der Grenzwert von 1000 Bq/m³ überschritten. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg, das technische Kompetenzzentrum für Radon in der Westschweiz, verfolgt diese Fälle, um die Konzentration auf ein Niveau unter dem Richtwert von 400 Bq/m³ zu senken. Das BAG wird die auf seiner Website publizierten statistischen Daten zum Kanton Freiburg Anfang 2012 aktualisieren. Die Ergebnisse jeder Gemeinde können auf der Website des Bundes unter folgender Adresse eingesehen werden:

<http://www.ch-radon.ch>

2.5 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

Neben der Entnahme von Proben (s. oben) führt das Lebensmittelinspektorat Inspektionen in den verschiedenen Betrieben des Lebensmittelsektors durch.

- Sicherheit der Freiburger Lebensmittelbetriebe

Nach dem Konzept, das die Kantonschemiker im Jahr 2000 erstellt haben, wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet:	keine Mängel;
Stufe 2: verminderte Sicherheit:	Mängel ohne direkte Auswirkungen auf die Lebensmittelqualität;
Stufe 3: gefährdete Sicherheit:	erhebliche Mängel und Fehler;
Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet:	schwere Mängel.

2011 wurden infolge verschiedener Mutationen innerhalb der Abteilung «Lebensmittelinspektorat» weniger Inspektionen durchgeführt als in den Jahren zuvor. Die Bilanz der Inspektionen von Betrieben des Lebensmittelsektors präsentiert sich wie folgt:

Art der Einrichtung	Anzahl der insgesamt inspizierten Einrichtungen	Sicherheitsstufe			
		1	2	3	4
Industrie	0	0	0	0	0
Heimwerk	53	45.3	37.7	7.5	9.4
Detailhandel	162	72.2	21.0	4.3	2.5
Gastgewerbe	472	44.1	43.2	10.8	1.9

2011

Zusätzlich zu diesen Inspektionen wurden auch Teilinspektionen durchgeführt, bei denen die Inspektoren/Kontrolleure kontrollieren, ob die auferlegten Massnahmen eingehalten werden. Bei diesen Inspektionen wird keine Beurteilung der Lebensmittelsicherheit vorgenommen.

- Kontrolle der Herkunftsangabe bei Früchten und Gemüse

2010 hatte eine nationale Kampagne zur Kontrolle der Herkunftsangaben bei Früchten und Gemüse zahlreiche Mängel zutage gefördert. 2011 fand eine erneute Kampagne statt, an der sich Freiburg beteiligte. Gemäss dem auf nationaler Ebene beschlossenen Verteilschlüssel wurden 8 Betriebe kontrolliert. Von den 68 kontrollierten Produkten in diesen Betrieben entsprach nur eines nicht den Vorschriften (falsche Herkunftsangabe) – dies entspricht 1,5 % der kontrollierten Produkte. Somit kann eine starke Verbesserung im Vergleich zur Kampagne 2010 festgestellt werden, bei der 20 % der Angaben im Kanton Freiburg beanstandet wurden.

- Kontrolle des Verkaufs von Fischen und anderen Meeresfrüchten

Die Kontrolle des Verkaufs von Fischen und Meeresfrüchten ist von hohem Interesse, da sie sowohl die Lebensmittelsicherheit als auch Elemente der Täuschung betrifft. Fischereiprodukte sind äusserst heikel und bedürfen einer beispielhaften Hygiene und Aufbewahrungsbedingungen. Auf der Seite der Täuschung bestehen Probleme in Zusammenhang mit der Angabe von Arten oder mit gewissen Qualitätskriterien. Nachdem die Lebensmittelinspektoren im Jahr 2010 eine Ausbildung zu diesen Themen besucht haben, wurde 2011 eine nationale Kampagne durchgeführt, um eine Gesamtübersicht über die Qualität dieser Produkte im Handel zu erhalten. 7 Vertriebsunternehmen mussten im Kanton Freiburg kontrolliert werden, nachdem das SCAV Genf eine fachspezifische Ausbildung durchgeführt hatte. Bei diesen Kontrollen mussten die Nachprüfbarkeit der Produkte, ihre Frische, die Lagerbedingungen, der Zustand der Bauten, Einrichtungen und Anlagen sowie der Täuschungsaspekt untersucht werden. Die 31 Fische und übrigen Meeresprodukte waren in den 7 kontrollierten Unternehmen vorschriftsgemäss, was ihre (organoleptische) Frische anbelangt. In 5 Betrieben wurden Mängel bei den Infrastrukturen und in 3 Betrieben auf der Prozessebene festgestellt, die Nachprüfbarkeit der Produkte war in allen Kontrollen gewährleistet. 1 Produkt wurde aufgrund von Täuschung beanstandet (Angabe der Fischart).

- Inspektion von Ständen bei Veranstaltungen von kurzer Dauer

2011 wurden erneut Inspektionen bei Ständen durchgeführt, die an Veranstaltungen von kurzer Dauer Lebensmittel abgeben.

Die vom LSVW/KL ausgearbeitete Broschüre «Instruktionen für die Abgabe von Lebensmitteln auf Märkten oder Veranstaltungen von kurzer Dauer» dient als Grundlagendokument für die Verantwortlichen der Stände. Mit diesem Dokument sind namentlich die Oberämter und die Gemeindeverwaltungen vertraut und es ist unter anderem auf der Website des LSVW/KL zugänglich. Vor gewissen Grossveranstaltungen traf sich das Personal des LSVW/KL mit den Verantwortlichen der Veranstaltung, oder auch mit den Verantwortlichen der Stände, um ihnen die Mindestanforderungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit und die guten Hygiene- und Herstellungspraktiken zu erläutern.

56 Inspektionen wurden bei Veranstaltungen durchgeführt. Die Situation hat sich im Vergleich zu 2010 generell verbessert, insbesondere bei den Betreibern von Ständen, die bereits damals kontrolliert worden waren. Die am häufigsten beanstandeten Punkte betrafen die unzureichenden Aufzeichnungen zur Selbstkontrolle und zur guten Herstellungspraxis, die nicht vorschriftsgemässe Temperaturregulierung, die ungenügende Ausrüstung für die Händehygiene und ungeeignete Infrastrukturen (nicht ortsfeste Auslagen ohne Schutz vor Kontaminationen). Die Kontrollen werden 2012 fortgeführt.

- Restaurationsbetriebe

Von den der Kontrolle unterstellten Betriebe machen die Restaurationsbetriebe den grössten Teil aus. Seit einigen Jahren ist eine hohe Anzahl Mutationen während des Jahres (Patentwechsel) zu verzeichnen (über 30 %). Zudem sieht die kantonale Gesetzgebung über die öffentlichen Gaststätten die Möglichkeit vor, dass Personen, die noch keinen von Gastro-Freiburg organisierten Kurs besucht haben, ein provisorisches Patent von beschränkter Dauer erhalten können. Diese Personen verfügen meist nur über dürftige oder sehr lückenhafte Kenntnisse der guten Hygiene- und Herstellungspraktiken und kennen die gesetzlichen Anforderungen nicht. Dazu kommen oftmals sprachliche Schwierigkeiten. Diese Situation ist für die Kontrollorgane besorgniserregend, da die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten davon abhängt.

- Alphütten

Die Befunde der Inspektionen der Alphütten im Jahr 2009 (Datum des Inkrafttretens der Verordnung über die hygienische Milchverarbeitung in Sömmerungsbetrieben) führten dazu, dass das Lebensmittelinspektorat in den Alphütten, die über eine Bewilligungsnummer verfügen, Sanierungsmassnahmen anordnete (Zustand der Räume und der Ausrüstungen und Anlagen, Zugang zu den Räumlichkeiten usw.). Auch für die Bauwerke, die ihrer Wasserversorgung dienen, wurden Sanierungsmassnahmen angeordnet. Wie bereits im Jahr 2010 wurde auch 2011 mit dem Amt für Landwirtschaft (LwA) vereinbart, dass

 2011

dieses das Lebensmittelinspektorat informiert, wenn der Eigentümer einer Alphütte gemeldet hat, dass die Arbeiten ausgeführt worden sind. So hat das Lebensmittelinspektorat ausschliesslich die durchgeführten Arbeiten kontrolliert. Es wurden 22 Inspektionen von Sanierungen vorgenommen, die aufgrund von auferlegten Massnahmen durchgeführt wurden.

- Bei Kontrollen angeordnete Massnahmen

Wenn die Kontrollorgane Verstösse gegen die Vorschriften feststellen, verordnen sie Massnahmen zum Schutz der Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und um Täuschungen zu verhindern. So kommt es vor, dass sie die Vernichtung von Waren anordnen. Im Jahr 2011 mussten über eine Tonne Käse und mehrere hundert Kilogramm Fleisch, Fleischzubereitungen, Fleischerzeugnisse und weitere Lebensmittel vernichtet werden, da sie namentlich bei unangemessenen Temperaturen gelagert wurden, verdorben waren oder das Verbrauchsdatum abgelaufen ist. Seit 2010 beteiligt sich das Lebensmittelinspektorat auch an gemeinsamen Aktionen mit der Kantonspolizei bei Verkehrskontrollen. Je nach Ergebnis dieser Kontrollen werden Massnahmen (einschliesslich die Vernichtung von Waren) angeordnet. Betreffen die Verstösse gleichzeitig den Strassenverkehr und das Lebensmittelrecht werden die Beschwerdedossiers gleichzeitig an die Staatsanwaltschaft gerichtet.

- Ausarbeitung von Stellungnahmen

2011 hat das Lebensmittelinspektorat zu 101 Baubewilligungsgesuchen für Lebensmittelbetriebe Stellung genommen.

- Lebensmittelvergiftungen

Gemäss der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung muss das LSVW/KL Abklärungen lebensmittelbedingter Krankheitsausbrüche vornehmen. Alljährlich wenden sich Privatpersonen aufgrund gesundheitlicher Beschwerden (Gastroenteritis, ...), die sie auf den Konsum von Lebensmitteln zurückführen, an das LSVW/KL. Es kommt selten vor, dass die Ursachen für diese Beschwerden gefunden werden, denn oftmals stehen die Nahrungsmittelreste nicht zur Verfügung oder sind in einem Zustand, der keine Rückschlüsse zulässt.

Anfang 2011 musste das Amt in einem Betrieb einschreiten, da mehrere Personen, die das Lokal besuchten hatten angaben, an einer Gastroenteritis erkrankt zu sein. Es konnte kein formeller Zusammenhang zwischen diesem Betrieb und den gesundheitlichen Problemen seiner Konsumentinnen und Konsumenten festgestellt werden. Noroviren sind eine häufige Ursache von Gastroenteritis. Bei diesen Viren besteht ein hohes Verbreitungsrisiko. Die Krankheit beginnt abrupt mit schwallartigem Erbrechen, gefolgt oder begleitet von massivem Durchfall. Um die Verbreitung der Epidemie zu verhindern, müssen strenge

Hygienemassnahmen eingehalten werden. Das Bundesamt für Gesundheit hat ein sehr hilfreiches Dokument zu diesem Thema veröffentlicht. Dieses ist auf der Website des BAG zugänglich.

Im Verlaufe des Jahres 2011 haben sich das Kantonsarztamt und das LSVW/KL getroffen, um Informationen zum Umgang mit Situationen des Typs «Lebensmittelvergiftung» auszutauschen.

- RASFF-Meldungen

Im Rahmen des europäischen Schnellwarnsystems (RASFF: Rapid Alert System for Food and Feed) wird der Bund in Kenntnis gesetzt, sobald Produkte, die ein Gesundheitsrisiko für Konsumentinnen und Konsumenten darstellen könnten, aus einem EU-Land in die Schweiz importiert werden. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) informiert unverzüglich die kantonalen Organe, die ihrerseits Befragungen und Kontrollen durchführen und gegebenenfalls Massnahmen treffen. Sobald eine Meldung eintrifft, muss das Lebensmittelinspektorat eine sehr grosse Einsatzbereitschaft an den Tag legen; es muss schnell reagieren, um die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen. 2011 musste das LSVW/KL in rund zehn Fällen eingreifen. Das System funktioniert auch umgekehrt, d. h. wenn Schweizer Firmen oder Schweizer Kontrollorgane feststellen, dass Lebensmittel oder Verbrauchsgegenstände eine Gefahr für die Verbraucher darstellen und diese Produkte möglicherweise in die EU exportiert wurden, sind sie verpflichtet, das BAG zu informieren, das die Information an die EU weiterleitet.

- Informationsabend für die Sektion Freiburg des Westschweizer Konsumentenverbandes

Auf Anfrage der Freiburger Sektion des Westschweizer Konsumentenverbandes fand im November ein Vortrag zum Thema «Sicherheit und Täuschung im Lebensmittelbereich» statt. Dabei wurden konkrete Situationen, wie sie vom LSVW/KL angetroffen wurden, vorgestellt und erklärt. Die Rolle der verschiedenen Stellen (Firmen, Behörden, Verbraucher) wurde näher erläutert. Auch die Entwicklung der Gesetzgebung ist vorgestellt worden.

- Anzeige bei der Staatsanwaltschaft

29 Personen, die für Unternehmen oder Geschäfte des Lebensmittelsektors verantwortlich sind, wurden aus verschiedenen Gründen bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Diese Zahl ist identisch mit jener von 2010. Die in gewissen Betrieben festgestellten Verstösse zeigen, dass die Verantwortlichen die Hygienegrundlagen nicht kennen oder diese in einem solchen Masse vernachlässigen, dass die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten gefährdet wird. In solchen Situationen verbieten die Kontrollorgane vorübergehend oder endgültig die Räume/Anlagen/Infrastrukturen. Im Jahr 2011 mussten leider mehrere Entscheide dieser Art getroffen werden. Eine Produktionsbe-

2011

willigung wurde sogar während 2 Monaten sistiert, bis sich die Situation verbessert hatte.

2.6 Fleischverarbeitung und Schlachtbetriebe

- Tätigkeit auf der Ebene der Schlachtbetriebe

2011 konnte die Arbeitszeitkoordination der Mitarbeitenden der Fleischkontrolle an den beiden grossen Standorten Estavayer und Courtepin aufrechterhalten werden. Die obligatorische Personalanzahl auf der Produktionslinie konnte trotz längerer Abwesenheiten aufgrund von Krankheiten oder Unfällen gewährleistet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen grossen Einsatz geleistet: sie leisteten mehr Dienste und waren an verschiedenen Standorten im Einsatz. Die Arbeitslast des Personals ist hoch, die Grund- und die Weiterbildungen mussten verschoben werden.

Was die internen Weiterbildungen zur Sicherstellung der breit gefächerten Einsatzmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, so hat sich die Situation verbessert. Dass sie an verschiedenen Standorten arbeiten können erleichtert die allgemeine Organisation. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen die Abwechslung und die regelmässige Zusammenarbeit fördert den Teamgeist.

Auch dieses Jahr hat das Amt von der Fleischkontrolle zahlreiche Anzeigen wegen Verstössen gegen die Tierschutz- und die Tierseuchengesetzgebung erhalten und bearbeitet. Betrafen diese Anzeigen aus anderen Kantonen stammende Tiere, so wurde der zuständige Veterinärdienst informiert. Die Fleischkontrolle hat Proben entnommen für verschiedene nationale Monitoring-Programme zur Überwachung von Tierseuchen und zur Lebensmittelsicherheit.

Die neue Verordnung über den Tierschutz beim Schlachten ist am 1. Dezember 2010 in Kraft getreten. Um die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen in den Schlachthöfen zu überprüfen, hat unser Sektor ein Projekt erarbeitet. Besondere Aufmerksamkeit wurde darin der Unterbringung der Tiere im Schlachthof sowie den technischen Charakteristika der Betäubung gewidmet. Dank der engen Zusammenarbeit zwischen den Schlachthöfen und der Fleischkontrolle konnte bereits eine erste Übersicht der Betäubungsspezifikationen gewonnen werden. Trotz der in der Verordnung vorgesehenen Übergangsfrist von 5 bis 10 Jahren sind bereits gewisse nichtkonforme Bestimmungen geändert worden.

- Schlachtung von Schlachttieren (Rinder, Ziegen, Schweine, Pferde, Laufvögel, Zuchtwild usw.)

Bei den Schlachtungen, die alle im nationalen Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten ins Verzeichnis aufgenommen.

- Ordentliche Schlachtungen

518 137 (538 213) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 516 282 (536 845) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 1855 (1368) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben. Total Schlachtungen nach Gattung: Rinder = 102 360 (110 346), Schafe = 5823 (6102), Ziegen = 699 (575), Schweine = 408 987 (420 910), Pferde = 164 (194), Zuchtwild = 83 (86), Kaninchen = 12, Lamas = 3, Wildschweine = 6.

- Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren

432 (549) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 306 (405) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 126 (144) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

- Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland

1961 (2043) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 1958 (2041) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 3 (2) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

- Schlachtungen von Hausgeflügel

23 889 881 (23 336 687) Tiere wurden geliefert. Das Fleisch von 23 638 192 (23 105 002) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 251 689 (231 685) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

- Hofschlachtungen

Die landwirtschaftlichen Berufe haben sich in den vergangenen Jahren stark diversifiziert, zur Grundtätigkeit kam die Hofschlachtung, die Verarbeitung und der Verkauf von Lebensmitteln auf dem Hof dazu. Obwohl diese Tätigkeiten auf einem Privatbetrieb ausgeführt werden, sind sie doch reguliert.

In diesem Rahmen wurde das Projekt «Hofschlachtung» ausgearbeitet und im Laufe des Jahres 2011 eingeführt. Das oberste Ziel dieses Projekts ist die Information der Bewirtschafter über die geltenden gesetzlichen Vorschriften, welche die Schlachtungs-, Verarbeitungs- und Verkaufstätigkeiten von Fleischwaren auf dem Hof regeln. Ein weiteres Ziel ist es, die Anwendung der gesetzlichen Vorschriften mit periodischen oder kontinuierlichen Kontrollen zu überwachen.

11 Fälle von Hofschlachtungen wurden im Jahr 2011 behandelt.

2011

- Tierseuchenüberwachung in Freiburger Schlachthöfen

Sarkosporidiose: Es wurden 3 (3) Fälle bei Tieren, die aus dem Kanton stammen, nachgewiesen.

Zystizerkose: 207 (157) Fälle wurden bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 6 (2) Schlachttierkörper wurden für ungeniessbar erklärt.

Trichinen: Es wurde kein Trichinenfall nachgewiesen.

Hemmstoffe: In 44 (38) Fällen wurden Hemmstoffe in den Nieren von Tieren festgestellt, was zu 18 (18) Verwarnungen und 5 (1) Anzeigen führte.

Autowaschen: 1 (8) Verwarnung wurde ausgesprochen, weil Schlachthöfe verlassen wurden, ohne das Fahrzeug vorgängig gewaschen zu haben.

- Begleitdokument für Klautiere

Die Tierhalterin oder der Tierhalter ist verpflichtet, das Begleitdokument, ein amtliches Dokument, das sowohl für die Nahrungsmittelsicherheit als auch für die Tierseuchenbekämpfung von Nutzen ist, korrekt auszufüllen. Tiere, die innerhalb der letzten 10 Tage krank waren oder verunfallt sind, müssen zur Fleischuntersuchung angemeldet werden. Diese Informationen sind unerlässlich, zumal Transparenz und Rückverfolgbarkeit die Grundlage für ein Qualitätsprodukt sind.

Es kam zu 29 (37) Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente, 47 (55) Verwarnungen und 8 (5) Anzeigen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden, sowie 1 (7) Verwarnung wegen Nichtkennzeichnung des Tieres.

207 Abstriche aus Kloake wurden auf *Campylobacter* und (155 Leberproben auf Fremdstoffe) untersucht.

- Fleischproduktion und Bestimmung von Tierarten

In diesem Bereich fand keine Kontrolltätigkeit statt.

2.7 Primärproduktion

- Hygienekontrollen in der Milchproduktion

Die neue Verordnung (MiPV, SR 916.351.0) wurde angewendet, d. h. es wurden jährlich 24 Proben pro Betrieb analysiert und nicht wie bis Ende 2010 14 Proben.

2011 wurden 545 Milchproduktionsbetriebe des Kantons (ungefähr ein Drittel) aufgrund der Verordnung über die Hygiene

bei der Milchproduktion untersucht, Folgeinspektionen und ausserordentliche Inspektionen inbegriffen.

Bei 13,2 % der Kontrollen wurde eine Verwarnung ausgesprochen. Hauptsächlich beanstandet wurde bei dieser Gelegenheit die lückenhafte Eintragung der Schalmtestergebnisse, zu hohe Zellkonzentrationen und die schlecht gereinigte Melkeinrichtung. Die Ergebnisse dieser Kontrollen werden im Informationssystem ISVet und Acontrol (neue Benennung ASAN) erfasst.

Es wurden elf Milchlieferungen aufgrund von Problemen mit der Zellzahl verfügt. Zwei Sperren galten für denselben Produzenten. Ein Produzent, gegen den eine Milchlieferungsperre verhängt wurde, hat seither keine Milch mehr abgeliefert. Die Anzahl Sperren war 2011 höher als in all den vergangenen Jahren. Mehrere Produzenten gingen davon aus, dass die Beanstandungen am 1. Januar 2011 auf Null gesetzt werden. In diesem Bereich müssen noch grosse Anstrengungen unternommen werden. Es wurde ein Anstieg der Milchproben mit erhöhter Zellzahl festgestellt.

Es wurde eine Milchlieferungsperre aufgrund von Keimbelastung verhängt.

Es wurden 18 Fälle von Hemmstoffen gemeldet. Dieses Ergebnis liegt über demjenigen von 2010 (24 Analysen jährlich), was jedoch relativiert werden muss, da es auf 10 zusätzlichen Analyseresultaten pro Produzent basiert.

Zusätzlich zu den Qualitätssicherungskontrollen für die Milch fällt auch die Überwachung der Primärproduktion in den Zuständigkeitsbereich des LSVW. Da die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen jedoch beschränkt sind, konnten noch keine entsprechenden Kontrollen durchgeführt werden. Anfang 2011 wurde ein neuer Mitarbeiter eingestellt, um einen Teil dieser Kontrollen sicherzustellen. Im Dezember 2011 führte das Bundesamt für Veterinärwesen auch eine Weiterbildung durch, um die Entwicklung der für 2013 vorgesehenen Checklisten zu erläutern.

Der Rückstand der vergangenen Jahre im Bereich der Hygienekontrollen in der Milchproduktion konnte aufgeholt werden; Das Amt nimmt wieder Kontrollen im Abstand von vier Jahren vor.

- Amtstierärztliche Kontrollen («Blaue Kontrollen»)

2011 wurden insgesamt 159 Blaue Kontrollen durchgeführt, davon 157 auf Milchproduktionsbetrieben und 2 auf Betrieben ohne Milchproduktion.

Bei 30 % der durchgeführten Kontrollen wurde eine Verwarnung ausgesprochen. Dabei wurden hauptsächlich die Führung des

2011

Behandlungsjournals, die Befolgung der TAM-Vereinbarungen und die Angabe der Wartefristen im Behandlungsjournal be-
anstandet. Einige Tierhalter widersetzen sich immer noch der
Tatsache, dass sie ihre Rinder mit zwei amtlichen Ohrmarken
kennzeichnen müssen.

55 Dossiers sind nach den Blauen Kontrollen zur Information
und für allfällige Administrativmassnahmen an die folgenden
Abteilungen weitergeleitet worden: Tiergesundheit und/oder
Tierschutz und/oder Fleischhygiene. Dies entspricht nicht we-
niger als 34,6 % der Fälle.

2011 erfolgten 7 Beschlagnahmungen von Tierarzneimitteln.

Infolge der Blauen Kontrollen wurde eine Sperre ersten Grades
gemäss der Tierseuchenverordnung verhängt. Diese ist von der
Abteilung Tiergesundheit bestätigt worden.

Bei den Tierhaltern lässt sich eine Verbesserung des Tierarznei-
mittelmanagements feststellen. Hingegen gibt es noch immer
gewisse Tierärztinnen und Tierärzte, die Medikamente an Pro-
duzenten verkaufen oder bei ihnen deponieren, ohne die ein-
schlägige Gesetzgebung zu beachten, auch wenn hier ebenfalls
Verbesserungen festgestellt werden konnten. Es müssten Mass-
nahmen ergriffen werden.

Die Anzahl der 2011 durchgeführten amtstierärztlichen Kon-
trollen liegt nach wie vor unter dem offiziell verlangten Prozent-
satz. Dies lässt sich nicht nur mit der immer grösseren Anzahl
Kontrollpunkten erklären, sondern auch mit dem bedeutenden
Zeitaufwand für die Weiterbildung (neue Stellen, Professiona-
lisierung usw.). Der Einsatz von Amtlichen Tierärzten für die
Blauen Kontrollen muss ebenfalls genau geprüft werden. Im Jahr
2011 war im Kanton Freiburg nur ein Amtlicher Tierarzt im Ein-
satz für diese Art Kontrollen.

- AOC-Kontrollen

Gleichzeitig mit den Hygienekontrollen in der Milchproduktion
wurden dieses Jahr 862 AOC-Kontrollen in der Primärproduk-
tion (Anzahl Check-Listen) durchgeführt.

Der Vertrag, in dem die Modalitäten für die Kontrollen fest-
gelegt sind, die das LSVW auf Rechnung der interkantonalen
Zertifizierungsstelle vornimmt, wurde angepasst und scheint
angewendet zu werden.

- Überprüfung der automatisierten Probenahme-
systeme (AP) für die Entnahme von MP-Proben

Das LSVW arbeitet für die Überprüfung der automatisierten
Probenahmen weiterhin mit der Suisselab AG zusammen. Der
Experte hat 84 Kontrollen durchgeführt. 12 Kontrollen ergaben

Mängel (4 x das gleiche System und 2 x zwei Systeme), was einem
Anteil von mehr als 13,6 % der Kontrollen entspricht. Diese Art
Kontrolle wurde mit CHF 20 890.- in Rechnung gestellt.

- Monitoring des Bundesamts für Veterinärwesen

Das Inspektorat für Milch und Primärproduktion führte die
Probenahmen im Rahmen der nationalen Kampagne zur Rück-
standuntersuchung in der Milch durch.

2.8 Veterinary Public Health – Bekämpfung von Tierseuchen

- Hochansteckende Seuchen

Maul- und Klauenseuche: Unter der Leitung des Bundesamts
für Veterinärwesen wurde vom 28. bis 30. Juni 2011 in einer
nationalen Übung ein Ausbruch der Maul- und Klauenseuche
(NOSOS 2011) simuliert. Im Kanton Freiburg beschränkte sich
diese Generalstabsübung nicht auf die Veterinärbehörden. Im
Rahmen der kantonalen Organisation für den Katastrophenfall
(ORKAF) und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bevölke-
rungsschutz und Militär (BSMA) wurde ein multidisziplinäres
Szenario einer hochansteckenden Tierseuche auf die Beine ge-
stellt, in dem es darum ging, den Einsatz des kantonalen Füh-
rungsorgans (KFO) angesichts einer solchen Krisensituation
vorzubereiten.

Newcastle Krankheit: Ein positiver Fall von Newcastle Krank-
heit (NCD) auf einem Legehennenbetrieb im Kanton Neuen-
burg Anfang Dezember 2011 hatte auch Folgen für den Kanton
Freiburg. So musste über 4 Betriebe vorübergehend eine einfa-
che Sperre zweiten Grades verhängt werden. Glücklicherweise
erwiesen sich alle Proben als negativ und die letzten Betriebs-
sperren konnten kurz vor Ende Jahr aufgehoben werden.

- Auszurottende Tierseuchen

Es wurde kein Fall (0) von Boviner Spongiformer Enzephalopa-
thie (BSE) und kein Fall (0) von Transmissibler Spongiformer
Enzephalopathie (TSE) bei Schafen und Ziegen gemeldet.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und
Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzooti-
schen Leukose der Rinder (EBL) und der Brucellose der Schafe
und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragun-
gen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufäl-
lig auswählte. Im Kanton wurden 210 (180) Betriebe kontrolliert,
darunter 140 (118) auf IBR/IPV und EBL, 44 (40) auf Brucellose
der Schafe und 26 (22) auf Brucellose der Ziegen. Alle Untersu-
chungen fielen negativ aus.

2011

Die Proben für die Überwachung der Aujeszzkyschen Krankheit wurden wie in den Vorjahren direkt im Schlachthof der Micarna in Courtepin entnommen. Ausserdem wurde gleichzeitig mit der Probenahme für die Aujeszzkysche Krankheit die vom IVI betriebene Serumbank für Schweine neu bestückt.

Im Rahmen der Überwachung der Bovinen Virus-Diarrhoe (BVD) müssen sämtliche neugeborenen Kälber und Totgeburten innerhalb von fünf Tagen nach der Geburt auf BVD untersucht werden. Diese Massnahme wird bis 2012 verlängert. Entsprechend den Prognosen sind die positiven Fälle erneut beträchtlich zurückgegangen. Der Anteil der persistent infizierten Tiere belief sich Ende Oktober 2011 auf nationaler Ebene auf 0,046 %. Zu diesem Zeitpunkt waren somit schweizweit 379 Betriebe (0,88 % der Rindviehhaltungen) nicht «BVD-frei». Im Kanton Freiburg waren von allen nach dem 1.10.2010 geborenen Kälbern 0,15 % oder 119 Tiere positiv (Durchschnitt CH: 0,1 %). Die Anzahl leerer Proben, die nach dem 1.10.2010 genommen wurden, beläuft sich auf 1514 Proben oder 1,95 % (Durchschnitt CH: 1.91 %). Während der Überwachungsphase geht es nebst der Verhinderung neuer positiver Fälle darum, allfällige Quellen erneuter Infektionen so genau wie möglich zu bestimmen, um eine erneute Ausbreitung der Krankheit bestmöglich aufhalten zu können. Diese Arbeit erfolgt mittels aufwendiger epidemiologischer Abklärungen, die auf den betreffenden Betrieben durchgeführt werden. Um erneute Infektionen mit BVD zu verhindern ist es im Übrigen sehr wichtig, dass Tiere, die unter einer Verbringungssperre stehen, den Ursprungsbetrieb nicht verlassen, und dass alle totgeborenen Kälber, die in Tierkadaversammelstellen entsorgt werden, auf BVD getestet werden. In diesem Zusammenhang wurden über 5000 in Sammelstellen gebrauchte Kadaver von Rindern kontrolliert und über 500 Proben wurden analysiert. 7 Fälle wurden positiv auf BVD getestet. Es wurde verschiedentlich festgestellt, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet wurden (in den meisten Fällen handelte es sich um Tierbewegungen trotz Verbringungssperre), was Verwarnungen und Anzeigen (35 (35)) beim Untersuchungsrichter erforderlich machte.

- Zu bekämpfende Seuchen

Die Bekämpfungsmassnahmen und deren Resultate sehen wie folgt aus:

Seit dem 1. Juli 2011 wird die Caprine Arthritis – Encephalitis (CAE) als zu bekämpfende Krankheit eingestuft. Im Rahmen der Stichprobenerhebungen 2010/2011 wurden 15 (79) Ziegenhaltungen kontrolliert. Die Anzahl Erhebungen ist bedeutend tiefer als in den Vorjahren, da das Testsystem im Winter 2011/2012 geändert hat. Neu werden alle Ziegenbestände der Schweiz alle vier Jahre auf CAE geprüft. Die erste Testkampagne hat Ende 2011 begonnen und dauert noch bis Ende Mai 2012. Die Zahlen zu diesen CAE-Kontrollen können daher erst im Tätigkeitsbe-

richt 2012 veröffentlicht werden. Bei den Untersuchungen von 2011 wurden Ziegen von 4 Betrieben positiv auf CAE getestet, was Sperrmassnahmen und die Ausmerzungen der kranken Tiere erforderlich machte.

Im Kanton wurde kein Fall von Salmonellose bei Hühnern diagnostiziert. Hingegen war eine Rinderherde mit Salmonellen befallen (*S. enterica* subsp. *enterica* serovar *typhimurium*), was ein Einschreiten unsererseits erforderlich machte.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine wurde kein (0) Betrieb positiv auf Enzootische Pneumonie getestet und über 5 (6) Betriebe, die positiv auf Actinobacillose der Schweine getestet worden waren, musste eine Sperre verhängt werden.

1 (1) Fall von Infektiöser Laryngotracheitis der Hühner wurde festgestellt, über den Betrieb wurde eine Sperre verhängt und es wurden Sanierungsmassnahmen verfügt.

Was die Bienenseuchen betrifft, so ist die Situation im Kanton Freiburg bedeutend angenehmer als im Kanton Bern: In 2 (4) Bienenhäusern wurde bösartige Faulbrut festgestellt, was Sperrmassnahmen und die Vernichtung von Bienenvölkern erforderlich machte.

Blauzungenkrankheit: Die Impfung von Rinder- und Schafherden war 2011 nicht mehr obligatorisch. Im Rahmen von Stichprobenuntersuchungen wurden Ende 2011 bei Rindern Proben direkt im Schlachthof entnommen. Gemäss den gegenwärtig vorliegenden Ergebnissen wurde kein Fall von Blauzungenkrankheit festgestellt.

- Zu überwachende Seuchen

Folgende Fälle wurden festgestellt:

15 (22) Fälle von Cryptosporidiose.

11 (18) Betriebe waren von Coxiellose betroffen.

0 (2) bestätigte Fälle von Chlamydienabort (Chlamydiose) bei kleinen Wiederkäuern.

15 (3) bestätigte Fälle von Paratuberkulose bei Rindern.

3 (3) Fälle von Neosporose der Rinder.

1 (3) Fall von Pseudotuberkulose bei kleinen Wiederkäuern (Ziegen und Schafe).

1 (0) Fall von *Listeria monocytogenes* bei den Schafen.

2011

Gegen Ende Herbst 2011 mussten sehr grosse Schäden festgestellt werden, die von einer kleinen, auf Bienen parasitierenden Milbe namens *Varroa* verursacht wurden. Auf dem ganzen Kantonsgebiet wie auch in der übrigen Schweiz muss bis im Frühling 2012 mit enormen Verlusten bei den Bienenvölkern gerechnet werden.

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerz-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand sehr empfohlen. 683 (704) Rinder von 31 (34) Betrieben wurden geimpft. Im Laufe des Jahres wurde kein (1) Fall von symptomatischem Rauschbrand gemeldet.

- Bewilligung für die Verwertung von Küchenabfällen

Seit Juli 2011 ist das Sammeln und Verwerten von Abfällen und Essensresten aus Gaststätten und anderen kollektiven Haushaltungen zur Verfütterung an Schweine auf Bundesebene endgültig verboten. Von nun an können Küchenabfälle und Essensreste für die Biogasproduktion verwendet werden und das Tierseuchenrisiko in Zusammenhang mit Küchenabfällen wird auf ein Minimum reduziert. Um eine bessere Information sicherzustellen, hat das LSVW, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt (AfU) eine Broschüre ausgearbeitet mit dem Titel «Speisereste - wohin damit?», die sich an die verschiedenen Akteure richtet.

- Betriebsbewilligungen für eine Biogasanlage

Dieses Jahr wurde keine (1) neue Bewilligung für den Betrieb einer Biogasanlage erteilt.

- Bewilligung zur Besamung auf dem eigenen Betrieb

13 (14) Rindvieh- und Schweinehalter haben einen Kurs besucht und eine Bewilligung zur künstlichen Besamung auf ihrem eigenen Betrieb oder dem Betrieb ihres Arbeitgebers erhalten. Im Laufe des Jahres wurden zudem 4 (17) alte, ablaufende Bewilligungen erneuert.

- Bewilligungen für Besamungstechniker

4 (4) neue Bewilligungen wurden an Personen ausgestellt, die beruflich künstliche Besamungen vornehmen und über ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis für Besamungstechniker verfügen, und 2 (18) solche Bewilligungen wurden erneuert.

- Wanderschafherden

Der Kanton zählt 5 (5) Wanderherden, für die das Amt eine Bewilligung erteilt hat.

- Kontrolle des Tierverkehrs, der Betriebsregister und der TVD

Im Zusammenhang mit nicht vorhandenen Geburtsmeldungen, fehlerhaften Tiergeschichten, mit beim Transport oder bei der Schlachtung fehlenden Ohrmarken oder nicht übereinstimmenden Identifikationsnummern und mit anderen speziellen Fällen mussten oft Ratschläge erteilt oder Verwarnungen ausgesprochen werden. In 4 Fällen von besonderem Starrsinn wurde bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

- Importe

Wie in den Jahren zuvor wurden auch 2011 verschiedene Tiere importiert, darunter: 54 (75) Rinder und 62 (10) Ziegen. All diese Tiere wurden unter amtstierärztliche Überwachung gestellt. Aufgrund von Unsicherheiten bezüglich seines Gesundheitszustands musste 1 Hund nach seiner Einführung unter tierärztliche Überwachung gestellt werden. In keinem der Fälle wurden Unregelmässigkeiten oder Probleme mit Tierseuchen festgestellt. Ausserdem wurden 131 Räume durch Amtstierärzte inspiziert und für den Import von Eintagesküken zugelassen.

Geflügel: 70 306 der amtstierärztlichen Überwachung unterstehende Tiere und 49 950 keiner amtstierärztlichen Überwachung unterstehende Tiere wurden 2011 eingeführt. Die Anzahl für die Mast bestimmter Eintagesküken geht stetig zurück, da die Betriebe vorziehen, stattdessen Bruteier zu importieren.

Fische und Fischeier (Fischzucht): 1000 kg Fische unterschiedlicher Grösse sowie 424 000 Eier wurden importiert. In beiden Fällen handelt es sich um Regenbogenforellen und Seesaiblinge.

Folgende Tiere, die keine tierärztliche Kontrolle benötigen, wurden importiert: 70 Katzen, 97 Hunde, 75 Pferde, 8 Nagetiere, 8 Tupaias, 3 versch. Säugetiere, 31 Vögel verschiedener Arten und 9 Schlangen.

Was Genetikprodukte betrifft, so wurden 2011 25 Chargen Rindersamen, 28 Dosen Pferdesperma und 121 Rinderembryonen eingeführt.

Weiter wurden biologische Reagenzien und Tierblut für Analysen sowie diverse Arten tierischer Nebenprodukte und diverse Parasiten importiert, die im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung benutzt werden. In all diesen Fällen wurden weder Unregelmässigkeiten noch Probleme mit Tierseuchen festgestellt.

- Exporte

Im Bereich Exporte wurden 131 Zertifikate für Milchprodukte ausgestellt.

2011

Im Sommer 2011 waren 429 Rinder von Massnahmen bei der Ausfuhr und der Rückkehr nach der Sömmerung in Frankreich betroffen.

Das Amt hat namentlich Ausfuhrbestätigungen oder -zertifikate für folgende Tiere ausgestellt: 124 Pferde, 23 Rinder, 29 Ziegen, 91 Schafe, 40 730 Legehennen (für die Schlachtung in Frankreich), 38 Hunde (mehrheitlich zeitlich beschränkte Exporte), 4 Katzen, 12 verschiedene Säugetiere, 28 Nagetiere (Mäuse und Ratten), 25 Ziervögel, 10 Rotmilane (für ein Wiedereinführungsprogramm in Italien), 4 Reptilien sowie 91 Blutproben von Hunden (für die wissenschaftliche Forschung) und 77 Rinderembryonen.

- Tierarzneimittel

Es wurden keine Inspektionen der tierärztlichen Privatapotheken durchgeführt, da das Amt in diesem Bereich nicht akkreditiert ist. Hingegen haben die Transaktionen mit dem Kanton Bern im Rahmen der interkantonalen Vereinbarung der Westschweizer Kantone Fortschritte gemacht. So hat der Berner Veterinärdienst zwei Tierärzte engagiert, die die Inspektionen in den Vereinbarungskantonen vornehmen werden. Die Vereinbarung sollte Anfang 2012 unterzeichnet werden. Die Verwaltung der Bewilligungen für den Betrieb tierärztlicher Privatapotheken wird durch die Programme FriMedReg «Personen» und FriMedReg «Betriebe», die von der GSD eingeführt worden sind, stark vereinfacht werden. Es sei darauf hingewiesen, dass in diesem Zusammenhang der Kantonstierarzt für die Inspektionen verantwortlich ist und der GSD eine Stellungnahme für die Ausarbeitung einer Bewilligung abgibt. Es ist daher äusserst wichtig, dass die betroffenen Dienststellen einen gemeinsamen Zugang zur selben Datenbank haben. Die Basisdaten von FriMedReg entstammen dem System «MedReg» des Bundes. Die aufmerksame Prüfung der von Tierärzten ausgestellten Rezepte sowie eine minutiöse Kontrolle der Primärproduktion verbessern die Verwendung der Antibiotika. Die Absicht, Medikamentenrückstände in den Lebensmitteln zu verringern, ist klar vorhanden.

2.9 Tierschutz

Nachdem 2010 unter anderem von einer internen Reorganisation und der Ausbildung der betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprägt war, konnte 2011 nun die Effizienz dieser Reorganisation getestet werden. Die Abteilung konnte sich effizient ihren Aufgaben stellen und ihre Funktionsweise noch verbessern, indem sie schwerfällig gewordene Verfahren aufhob. In diesem Bericht widerspiegelt sich die Neuorganisation vor allem in Bereichen, in denen noch keine Zahlen zum Vergleich vorliegen.

Die Problematik der wilden oder ausgesetzten Katzen, die im letzten Bericht angesprochen wurde, wurde Ende 2011 behan-

delt. Auf die Initiative des Amtes hin wurde eine Kommission gebildet. Dieser Kommission gehören Vertreter aller betroffenen Kreise an (Verein Freiburger Tierärzte, Tierschutzverein, Wildhüter, Gemeindevertreter sowie Vertreter des Naturhistorischen Museums in ihrer Funktion als Experten für Ornithologie und im Bereich der nicht bejagten einheimischen Wildtiere).

Abschliessend muss erwähnt werden, dass die Abteilung ihr stetig ansteigendes Arbeitsvolumen nur dank einer guten internen Organisation und einem sehr motivierten Team bewältigen kann.

2.9.1 Tierhaltung

- Kontrollen, die durch eine vom Amt beauftragte Organisation durchgeführt wurden

824 (863) landwirtschaftliche Betriebe, die Direktzahlungen beziehen, wurden von der Freiburgischen Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte (FIPO), dem in Grangeneuve ansässigen Kontrollorgan, in Bezug auf den Tierschutz, auf der Ebene des ökologischen Leistungsnachweises, kontrolliert. 92,8 % (91,3 %) dieser Betriebe oder 765 (788) Betriebe erfüllten die Kriterien der Tierschutzgesetzgebung. Bei 7,2 % (8,7 %), das heisst bei 59 (75) der kontrollierten Betriebe, wurden Verstösse festgestellt. Die qualitativen Verstösse (angebundene Kälber, mangelnde Sauberkeit bei den Tieren, nicht zugelassene Kuhtrainernetzgeräte, mangelnde Beleuchtung, zu hohe Tierdichte usw.) machten den grössten Teil der Verstösse aus. Was die mangelnde Sauberkeit bei den Rindern betrifft, so handelte es sich in 69 % der Fälle um Tiere in Anbindehaltung und in 31 % der Fälle um Rinder in Laufställen.

Im Auftrag des LSVW wurden 64 (62) Landwirtschaftsbetriebe, die keine Direktzahlungen beziehen, von der FIPO kontrolliert. 53 (57) Betriebe erfüllten die Kriterien der Tierschutzgesetzgebung und 11 (5) wiesen Mängel auf.

51 der von der FIPO kontrollierten Betriebe waren in Ordnung, im Inspektionsbericht mussten jedoch Anmerkungen gemacht werden, die im Rahmen der Einhaltung der Tierschutzvorschriften als wichtig erachtet wurden.

Die Ergebnisse der Kontrollen, die Mängel ergaben, wurden alle in Acontrol, eine neue Datenbank des Bundes, eingegeben. Um bei der Einführung dieses neuen Hilfsmittels zur Datenverwaltung behilflich zu sein, wurden die Eingaben der Kontrollergebnisse im LSVW gemacht. Dieses Vorgehen wird auch 2012 beibehalten. Ab 2013 wird die Eingabe der Ergebnisse vollständig von der Kontrollinstanz (FIPO) übernommen.

2011

2.9.2 Stellungnahmen zu Baudossiers

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) hat dem Amt 139 (142) Baudossiers zur Stellungnahme unterbreitet. 79 (77) Dossiers betrafen Gesuche für Rinder, 40 (41) für Pferde, 9 (13) für Geflügel und die übrigen Gesuche, also 16 (30) Dossiers, betrafen Schweine, Ziegen, Hunde, Lamas, Kaninchen, Katzen und Tauben. Da ein Dossier mehrere Tierarten betreffen kann, liegt die Gesamtzahl bei mehr als 139.

Nebst den 139 Dossiers, die die Abteilung Tierschutz betrafen, erhielt das LSVW 7 (5) Baugesuche für die Abteilung Inspektorat für Primärproduktion, Fleischverarbeitung und Schlachthöfe und die Bienezucht.

2.9.3 Nutztiere

- Intervention bei lebenden Tieren

39 (47) Bescheinigungen über die Teilnahme von Landwirten an einem Kurs und/oder Bestätigungen für die praktische Ausbildung am Tier wurden unserem Amt von den betreffenden Tierärzten zugestellt. 3 (7) betrafen die Enthornung oder die Kastration von Kälbern und 1 (20) die Kastration von Ferkeln.

- Den Tierschutz betreffende Kontrollen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Tierschutz haben 2011 272 Fälle behandelt, wovon 154 im Laufe des Jahres abgeschlossen werden konnten und 118 noch in Bearbeitung sind. Dazu waren 156 Besuche auf dem Feld erforderlich. In mehr als einem Drittel der Fälle waren Rinder betroffen, in je 14 % der Fälle ging es um Schweine und Pferde. 5 Fälle wurden vom Amt bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

In 21 der behandelten Fälle ging es um Verstösse gegen die Tierschutzgesetzgebung bei der Lieferung von Geflügel an die Schlachthöfe.

Im Rahmen der Bestandesaufnahme der nicht landwirtschaftlichen Pferdehaltungen im Kanton wurden 2011 36 Pferdegeställe besucht.

2.9.4 Wildtiere

- Gesuche für Wildtierhaltung

Im Kanton Freiburg wurden 112 definitive und 6 provisorische Bewilligungen für die Haltung von Wildtieren ausgestellt.

11 (5) neue Gesuche für die Wildtierhaltung wurden beim Amt eingereicht. Sie betrafen Frettchen (4), Hirsche (3), Schlangen (2), Grosspapageien (1) und Wallabys (1). Nebst den neuen Gesuchen

wurden 39 (35) Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht, davon betrafen die meisten Hirsche (17), Frettchen (11) und Grosspapageien (3). Die übrigen Gesuche um Erneuerung betrafen Bisons, Eulen, Papageien, Leguane, Wildschweine, Schlangen, Chamäleons, Erdmännchen und Teju-Echsen.

- Klagen

11 (7) Klagen wegen nicht artgerechter Haltung von Wildtieren wurden an das Amt gerichtet.

- Wildtierhandlungen, -ausstellungen und -börsen

9 Wildtierhandlungen sowie 4 Geschäfte für Tierbedarf wurden mindestens einmal kontrolliert.

2 Vogelausstellungen und 1 Reptilienbörse wurden kontrolliert.

Den Lernenden des Papiliorama wurde auf Anfrage des Amtes für Berufsbildung BBA 1 Aufsichtsbesuch erstattet.

- Sachkundenachweise

Im Hinblick auf die Erteilung eines Sachkundenachweises wurden die Haltungsbedingungen von 2 Papageien beurteilt.

2.9.5 Tierversuche

- Kantonale Kommission für Tierversuche

Die kantonale Kommission für Tierversuche ist 2011 fünfmal zusammengetreten. Sie hat folgende Aufgaben wahrgenommen:

> 46 (82) Bewilligungsgesuche für belastende Tierversuche wurden geprüft;

> Es wurde kein (1) Gesuch abgewiesen; 13 (4) Gesuche wurden zur Überarbeitung zurückgewiesen;

> Das Amt hat 32 (77) Bewilligungen nach positiver Stellungnahme der Kommission erteilt. Für die meisten Gesuche musste die Kommission jedoch ausführlichere Informationen von den Wissenschaftlern verlangen;

> 9 (3) positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben;

> 6 (5) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden von Mitgliedern der Kommission besichtigt.

Die Mitglieder der kantonalen Kommission für Tierversuche sind für die neue Legislaturperiode vom Staatsrat ernannt wor-

2011

den. Es ist schwierig, qualifizierte Personen zu finden, die bereit sind, sich in dieser Kommission zu engagieren.

- Aufgaben des LSVW

Alle der Kommission vorgelegten Gesuche sind zuerst vom Amt geprüft worden. So wird verhindert, dass unvollständige oder unzulässige Gesuche zur Kommission gelangen. Zudem wird das Sekretariat der Kommission vom Amt wahrgenommen.

17 Gesuche, die keine Schmerzen oder Angst bei den Tieren auslösen (Schweregrad 0) wurden vom Amt bewilligt, ohne sie der Kommission vorgelegt zu haben.

In Anwendung der neuen Gesetzgebung im Bereich Tierschutz bedarf jede Versuchstierhaltung einer Bewilligung des Amtes. Nach eingehender Prüfung der Dossiers und einem Augenschein konnten wir 2 neue Haltungen bewilligen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Jahres 2011 war, dass die Einführung der Webapplikation für Tierversuche fortgeführt wurde. Dabei handelt es sich um ein neues, vom Bund entwickeltes Informatiktool zur Verwaltung aller Verwaltungsverfahren in Zusammenhang mit Tierversuchen.

2.9.6 Haustiere

- Katzen und Hunde

9 (13) Klagen wegen schlechter Haltung von Katzen gingen beim Amt ein. Alle Klagen stammten von Privatpersonen. Da der Sektor «Hundewesen» auch den Tierschutz betreffend Hunde unter sich hat, sind die Hunde betreffenden Klagen von nun an unter Abschnitt 2.9.7 aufgeführt.

- Vermisste und gefundene Tiere

290 Tiere (111 (85) Hunde und 177 (195) Katzen und keine (0) anderen Tiere) wurden aufgefunden und in die kantonale Datenbank (www.gefundene-tiere.ch) eingetragen. Es scheint uns wichtig hervorzuheben, dass lediglich 27 Hunde und 129 Katzen in der Datenbank www.tier-vermisst.ch als vermisst gemeldet wurden. Dies zeigt, dass die Bevölkerung nicht genügend Bescheid weiss über die Mittel, die ihr bei der Suche nach vermissten Tieren zur Verfügung stehen.

2.9.7 Hunde

2011 führte der Sektor seine Arbeit im Zusammenhang mit der Haltung von Hunden, die auf der Rassenliste stehen, fort. Höchste Priorität hat aber die Behandlung von Anzeigen wegen Hundebissen und aggressivem Verhalten.

- Gefährlichkeit

Eingereicht wurden:

- > 77 Anzeigen gegen Hundebisse am Menschen (70 im Jahr 2010);
- > 24 Anzeigen gegen Hundebisse an Tieren (34 im Jahr 2010);
- > 12 Anzeigen wegen aggressiven Verhaltens (formell angezeigt) (10 im Jahr 2010).

Das Amt hat vorgenommen:

- > 20 Inspektionen am Wohnort nach Anzeigen gegen Hundebisse oder aggressives Verhalten;
- > 36 Gutachten von Hunden, die gebissen haben oder aggressiv waren, ohne Inspektion;
- > 34 Verwaltungsverfahren;
- > 23 Fälle wurden aufgrund fehlender Informationen in den Dokumenten der Anzeige eingestellt (keine Angabe zu den Haltern der aggressiven Hunde).

- Hunde, die auf der Rassenliste stehen

265 Hunde, die auf der Rassenliste stehen, sind lebend und im Kanton erfasst.

148 Hunde wurden vom Amt beurteilt.

25 Hunde wurden von Hundeausbildnerinnen und -ausbildnern beurteilt, die vom Amt für diese Aufgabe ausgebildet wurden.

238 Hunde leben nicht mehr im Kanton oder sind gestorben.

83 erfasste Hunde, die auf der Rassenliste stehen, wurden beurteilt und haben eine Haltungsbewilligung mit Auflagen erhalten.

90 erfasste Hunde, die auf der Rassenliste stehen, wurden beurteilt und haben eine Haltungsbewilligung ohne Auflagen erhalten.

2 Hunde sind nicht angemeldet und stellen ein Problem dar.

- Halten von mehr als 2 erwachsenen Hunden

40 von 525 Haltern (ANIS-Erhebung) wurden vom Amt kontrolliert.

2011

41 von 525 Haltern (ANIS-Erhebung) wurden von Auftragnehmern des Amtes kontrolliert.

135 Bewilligungen wurden erteilt.

Insgesamt wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes 209 Bewilligungen auf 525 Haltungen von mehr als zwei Hunden erteilt.

- Anhörungen

13 Halterinnen und Halter wurden angehört (wegen Hunden, die auf der Rassenliste stehen, aggressivem Verhalten, mehr als zwei Hunden).

- Notfallmässige Beschlagnahmungen

Es wurden 8 notfallmässige Beschlagnahmungen durchgeführt, bei denen insgesamt 57 Hunde ins Tierheim gebracht wurden, aufgrund von Haltungsbedingungen, die das Überleben der Tiere gefährdet haben.

- Verzeigungen

23 Verzeigungen wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

- Tierschutz Hunde

Das LSVW erhielt 97 (97) Klagen wegen schlechten Haltungsbedingungen von Hunden, wobei es sich in 14 Fällen um schwere Misshandlungen handelte;

64 Klagen stammten von Privatpersonen, davon waren 22 anonym;

12 Klagen stammten vom Tierschutzverein (TSV);

21 Klagen stammten von anderen Dienststellen des Staates;

In jedem Fall wurde ein Verwaltungsverfahren eröffnet, um die Begründetheit der Klagen zu überprüfen. Nur 10 Klagen waren beim ersten Briefwechsel unbegründet.

Anhand der Betreuung der Dossiers kann folgendes festgehalten werden:

6 Dossiers wurden zur Strafverfolgung an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet;

Es wurden 3 für die ganze Schweiz geltende Hundehaltungsverbote ausgesprochen, 2 davon sind Gegenstand eines Beschwerdeverfahrens beim Kantonsgericht und somit nicht rechtskräftig;

1 Entscheid zur eingeschränkten Haltung von zwei Hunden wurde getroffen;

60 Dossiers sind noch in Bearbeitung;

26 Inspektionen sind durchgeführt worden, die übrigen sind noch in Bearbeitung.

3. Besondere Ereignisse

- **Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der Kantonschemiker und Kantonstierärzte:**

Am 21. Januar 2011 fand in Granges-Paccot eine Medienkonferenz statt, in der die Interkantonale Vereinbarung vorgestellt wurde. Diese Zusammenarbeit, bei der alle Westschweizer Kantone involviert sind, zielt auf eine optimale Nutzung der vorhandenen personellen, technischen und finanziellen Ressourcen in den Bereichen der Kontrolle der Lebensmittel und Verbrauchsgüter und des Veterinärwesens ab. Die für die Kantonschemiker und -tierärzte verantwortlichen Staatsräte der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt waren vollzählig anwesend.

VI. Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)

Amtsvorsteher: Walter Schwab

1. Aufgaben

Der Auftrag des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (das Amt) ist die Umsetzung, Beratung, Information, Überwachung und Kontrolle im Rahmen der verschiedenen Gesetze über unsere natürliche Umwelt. Es handelt sich um die Bereiche des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG – SGF 921.1), des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume (JaG – SGF 922.1), des Gesetzes über die Fischerei (SGF 923.1), sowie die verschiedenen Vollzugsbestimmungen in diesem Bereich.

Das Amt wird in folgenden Bereichen mit einem Leistungsauftrag geführt:

› Bereich Schutz vor Naturgefahren: Schutz durch biologische Massnahmen (zum Beispiel durch Schutzwälder), technische Massnahmen (z. B. Schutzbauten) und planerische Massnahmen.

2011

- > Bereich Wald: Produktion und Verwendung der Holzressourcen, Schutz und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald, qualitative und quantitative Erhaltung der Wälder und ihrer Ressourcen, Erholungsfunktion des Waldes.
- > Bereich Fauna: Schutz und Entwicklung der wild lebenden Land- und Wassertiere und ihrer Lebensräume; deren dauerhafte Nutzung durch Jagd und Fischerei.
- > Bereich Staatswälder: Bewirtschaftung der Staatswälder und weiterer dem Amt anvertrauter Grundstücke.

Das Amt setzt seinen Auftrag in erster Linie über seine territoriale Organisation um, nämlich Forstkreise und Forstreviere, die Aufsichtsregionen der Wildhut und die Wildhüter.

2. Wald

2.1 Rodungen

Die ILFD erteilte auf Antrag des Amtes 10 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

> Trinkwasserfassung und -leitung (1 Projekt)	2 400 m ²
> Strassen (punktuelle Querung und Verkehrsberuhigung, 2 Projekte)	500 m ²
> Materialabbau (1 Steinbruch und 1 Kiesgrube)	9 600 m ²
> Sanierung Deponie (1 Projekt)	60 300 m ²
> Hochwasserschutz, Revitalisierung von Gewässern (3 Projekte)	11 905 m ²
> Nutzungsänderung eines Munitionsdepots (1 Projekt)	610 m ²
> Total	85 315 m ²

2.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt erteilte 27 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

2.3 Waldfeststellungen

Die ILFD erliess auf Antrag des Amtes 8 Waldfeststellungsverfügungen.

2.4 Waldnahe Bauten

Das Amt nahm Stellung zu 335 Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten sowie zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich.

2.5 Befahren des Waldes

Das Amt hat 48 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

2.6 Biologische Vielfalt im Wald

Die Programmvereinbarung 2008–2011 gelangte zum Abschluss.

2011 wurden auf einer Fläche von 34 ha Eingriffe zur Verbesserung der Waldrandstruktur vorgenommen. Auf einer Fläche von 66 ha wurden Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Vogelwelt usw.) ergriffen.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 935 000 Franken.

Die Programmvereinbarung 2012–2015 wurde vorbereitet.

2.7 Schutz vor Naturgefahren

Schutzmassnahmen

Die Programmvereinbarung 2008–2011 «Schutzbauten» wurde abgeschlossen. Bis Ende 2011 wurden insgesamt 10 Massnahmenprojekte zum Schutz vor Naturgefahren umgesetzt und abgeschlossen. Das letzte Projekt nach der alten Gesetzgebung ist ebenfalls unter Dach und Fach. Mit Ausnahme einer vom Grossen Rat behandelten grossen Verpflichtung für die Ausführung von Sicherungsarbeiten auf der SBB-Linie Freiburg – Bern wurden noch keine neuen Verpflichtungen für die nächste Periode eingegangen. Der Finanzbedarf ist unter den in der Programmvereinbarung vorgesehenen Arbeiten geblieben.

> Betrag der abgerechneten Arbeiten (gerundet, ohne Eigenleistungen):	272 000 Fr.
> Gewährte Beiträge (gerundet, ohne Eigenleistungen):	191 000 Fr.

Kartierung der Naturgefahren

Die Arbeiten für die noch notwendigen zusätzlichen Detailanalysen der Hanginstabilitätsphänomene im Mittelland sind drei verschiedenen Büros erteilt worden. Die Mehrheit der Gemeinden des Mittellandes wurde dazu eingeladen, an der Erarbeitung

2011

der Karten mitzuwirken. Dieses Projekt wird in der Naturgefahrenkommission (KNG) koordiniert. Der Abschluss dieser Arbeiten zur Stammdatenerarbeitung ist für Frühling 2012 vorgesehen.

Ereigniskataster StorMe

Das Jahr 2011 war sehr ruhig. Es sind acht Ereignisse in Zusammenhang mit Naturgefahren verzeichnet worden. Das Jahr war von mangelndem Niederschlag gekennzeichnet, und erst in den letzten 10 Tagen sind stärkere Schneefälle beobachtet worden.

Anzahl der in StorMe erfassten Ereignisse mit Schadenfolge

Jahr	Total	Rutschungen	Wasser	Sturzprozesse	Lawinen
1998	5	0	0	4	1
1999	19	7	4	2	6
2000	10	2	5	3	0
2001	17	15	0	2	0
2002	7	6	1	0	0
2003	5	1	2	2	0
2004	10	3	2	5	0
2005	75	51	21	3	0
2006	21	16	0	4	1
2007	43	31	6	5	1
2008	4	2	0	2	0
2009	17	3	3	8	3
2010	15	3	4	2	6
2011	8	2	3	3	0
Total	256	142	51	45	18

Stellungnahmen in Sachen Naturgefahren (KNG – BRPA)

Die Gefahrenkarten werden unter anderem für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen (rund 330 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen von Änderungen der OP, DBP, RegRP und GEP (rund 100 Gesuche) verwendet. Letztere werden grösstenteils von der Naturgefahrenkommission (KNG) angefertigt.

Schutzwälder

Die neue Schutzwaldausscheidung «SilvaProtect» konnte abgeschlossen werden. Sie ersetzt diejenige von 1998 und wurde auf dem Geoportal publiziert. Durch diese Entwicklung kann die Waldbewirtschaftung besser an die im Gebiet angetroffenen Naturgefahren angepasst werden.

Die letzten Projekte des Waldbaus B/C (altes System) konnten abgeschlossen werden. Nun laufen alle subventionierten Arbeiten nach der Programmvereinbarung «Schutzwälder» ab. Die in

der Vereinbarung 2008-2011 gesetzten Ziele wurden erreicht. In diesen vier Jahren sind folgende Hauptarbeiten im Rahmen von 27 Projekten unterstützt worden.

Von Arbeiten betroffene Fläche	833 ha
Für die Schutzwälder umgesetzte Infrastrukturen	3 134 000 Fr.
Waldbauliche Massnahmen	103 000 m ³
Phytopsanitäre Schäden	37 000 m ³

2011 wurden folgende Beträge an die verschiedenen Partner gewährt:

> Gewährte Beiträge (nach alter Gesetzgebung, gerundet):	274 000 Fr.
> Gewährte Beiträge (nach neuer Gesetzgebung, gerundet):	3 875 000 Fr.
> Total	4 149 000 Fr.

Infrastrukturen

Im kantonalen Produkt wurden 11 Projekte für Beiträge von insgesamt von 1 368 000 Franken genehmigt. Es handelt sich um neun Projekte zur Instandstellung oder Verbesserung von 14 000 m Wegen, einen Neubau von 1200 m und eine Holzspanhalle. Diese sowie bereits zuvor genehmigte Projekte wurden abgerechnet, mit steigender Tendenz im Vergleich zum Vorjahr. Das Programm zur Stützung der Wirtschaft hat dazu beigetragen, den finanziellen Bedarf zu decken. Zusammen mit dem AfU und dem LwA wurden besondere Anstrengungen unternommen, um die Praxis der direkten Wiederverwertung von Asphaltgranulat auf Wald- und Feldwegen zu unterbinden. Neue Weisungen verbieten ab 2012 die Verwendung dieses Materials auf Waldwegen.

> Betrag der abgerechneten Arbeiten (gerundet):	1 260 000 Fr.
> Gewährte Beiträge (gerundet):	567 000 Fr.

Strukturverbesserungen

Zwei Projekte für einen Betrag von 244 800 Franken wurden im kantonalen Produkt gutgeheissen.

> Abgerechneter Betrag:	225 000 Fr.
> Gewährte Beiträge:	101 250 Fr.

2011

2.8 Holzproduktion und -verwendung

Jungwaldpflege

Die Programmvereinbarung 2008–2011 gelangte zum Abschluss.

2011 beträgt die Fläche der Jungwaldpflege 777 ha, davon 649 ha im Rahmen der Programmvereinbarung «Waldwirtschaft».

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 1 329 000 Franken.

Die Programmvereinbarung 2012–2015 wurde vorbereitet.

Förderung des Seilkrans

Die Bedienung des Seilkrans zum Rücken der defizitären Holzernte wird vom Kanton subventioniert. Das betroffene Volumen beträgt 15 000 m³.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 178 000 Franken.

Holznutzung

In den letzten Jahren entwickelte sich die Holznutzung in den öffentlichen und privaten Wäldern wie folgt:

Jahr	öffentliche Wälder		private Wälder		Total m ³
	m ³	%	m ³	%	
2007	185 000	67	92 000	33	277 000
2008	171 000	63	99 000	37	270 000
2009	165 000	69	75 000	31	240 000
2010	173 000	70	75 000	30	248 000

Die Zahlen des Berichtsjahres stehen ab Juni zur Verfügung.

Das Volumen der Holznutzung ist in den vergangenen Jahren gesunken und liegt auf dem Niveau von vor dem Sturm Lothar (1999).

Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2008 setzt sich das kantonale Potenzial zur jährlichen Holznutzung wie folgt zusammen:

m ³	Jährliches Nutzungsziel	öffentliche Wälder m ³	Privatwälder %	Total m ³
	%			
185 000	57	140 000	43	325 000

Eine höhere Nutzung ist vor allem in Privatwäldern und beim Laubholz, aber auch in schlecht erschlossenen Wäldern möglich.

Waldschäden

Das Schadenholzvolumen beträgt 20 019 m³, davon sind 12 025 m³ der Programmvereinbarung «Schutzwälder» zuzuschreiben.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 931 000 Franken.

Revierkörperschaften

Es gibt 35 Reviere, davon bilden 31 eine Betriebseinheit für die öffentlichen Wälder. Diese Betriebseinheiten haben folgende Rechtsformen:

- > 22 Körperschaften verfügen über Statuten und eine eigene Rechtspersönlichkeit;
- > 4 Einheiten sind durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen zwei Partnern geregelt;
- > 4 Einheiten wurden durch einen einzigen Eigentümer gebildet;
- > 1 Einheit ist eine Mehrzweckgenossenschaft.

4 Reviere bestehen vor allem aus Privatwäldern und einigen kleinen öffentlichen Wäldern. Die Eigentümer sind nicht in einer Betriebseinheit zusammengeschlossen.

Die Entwicklungsstrategie für forstliche Betriebseinheiten und die Forstreviere war Gegenstand des Berichts Nr. 286 vom 11. Oktober 2011 des Staatsrats an den Grossen Rat.

Holzförderung

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Amt für Verkehr und Energie wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren, hauptsächlich in den Bereichen Bau und Energie.

2.9 Erholungsfunktion des Waldes

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Gewisse Wälder werden von der Öffentlichkeit so stark genutzt, dass die Erholungsfunktion des Waldes eines der wichtigsten Bewirtschaftungsziele wird. Bestimmte Zusatzkosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Eigentümern für die Erholungsfunktion des Waldes erbracht werden, werden durch den Kanton pauschal entschädigt. Entsprechend der Bedeutung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes unterscheidet der Kanton 4 Waldkategorien. Die Zielsetzung und die Leistungen, zu denen sich die Waldeigentümer ver-

2011

pflichten, sind festgelegt (z. B. keine für die Besucher gefährlichen Bäume).

2011 belief sich die kantonale Unterstützung auf 1 123 000 Franken. Dies entspricht rund 4,10 Franken pro Einwohner des Kantons (Wohnbevölkerung am 31.12.2008 = 273 189 Einwohner).

2.10 Ausbildung

Forstwartlehre

Lehrabschlussprüfungen

19 Kandidaten, davon 15 französisch- und 4 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

19 Kandidaten, davon 1 Repetent, standen vor dem Lehrabschluss.

17 Kandidaten bestanden die Prüfung, 2 fielen durch.

Im Juni 2011 erhielt ein Lernender der Anlehre sein Attest.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 631 Forstwarte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

Zwischenprüfungen

15 Lernende im 1. Lehrjahr (14 französisch- und 1 deutschsprachiger) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. Die 15 Lernenden haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert.

11 Lernende im 2. Lehrjahr (10 französisch- und 1 deutschsprachiger) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgengemeinde Freiburg abgelegt. 2 sind gescheitert. Sie wurden, zusammen mit ihren Ausbildnern und ihren Eltern, zu einer Sitzung eingeladen, um die Situation zu diskutieren. Im zweiten Lehrjahr finden keine Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt.

Rekrutierung neuer Lernender

Anfang Herbst 2011 haben 19 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 15 französischer und 4 deutscher Muttersprache.

3 neue Anlehrverträge sind unterzeichnet worden.

Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Januar 2011

1. Jahr:	16	(14 F und 2 D)
2. Jahr:	10	(9 F und 1 D)
3. Jahr:	19	(15 F und 4 D)
Anlehre:	1	(1 F)
Total:	46	(39 F und 7 D)

Überbetriebliche Kurse für die Lernenden

Die Lernenden besuchten Kurse über Holzerei- und Rückearbeiten, Waldbau und Nothilfe sowie einen Gebirgs- und Baukurs.

Weiterbildung

- > Motorsäge- und Holzerkurs 2
Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse 2 wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.
- > Weiterbildungstag zum Thema «Risikoverhalten Forst»
In Rütli b. Riggisberg, am 11.11.2010, mit 5 Teilnehmern.
- > Erfahrungsaustausch zwischen Lehrpersonen von berufskundlichen Fächern an Berufsfachschulen
In Grangeneuve, am 12.11.2010, mit 6 Teilnehmern.
- > Weiterbildungskurs «IPFE, Risiken und Kompetenzen»
In Mont-sur-Lausanne, am 24.11.2010 und 8.12.2010, mit 68 Teilnehmern.
- > Kurs «Sensibilisierung für die Motorsägehandhabung»
In Grangeneuve, am 25.11.2010, mit 5 Teilnehmern.
- > Weiterbildungskurs Modul 1 «Aufbereitung und Vermarktung von Energieholz: Vom Wald bis zum Radiator»
In Lausanne, am 8.03.2011, mit 6 Teilnehmern.
- > Kurs M2 «Verbesserte Bewirtschaftung»
In Châtel-St-Denis, am 24.03.2011, mit 6 Teilnehmern.
- > Kurs Seilkraneinsatzleiter Modul E24
In Maienfeld, vom 2. bis 6.05.2011, mit 1 Teilnehmer.
- > Nothelfer-Wiederholungskurse für das Forstpersonal
In Grangeneuve, am 4. und 5.05.2011, mit 20 Teilnehmern.
- > Kurs Modul H2 «Schulung von Lehrmeistern»
In Lyss, vom 23. bis 27.05.2011, mit 2 Teilnehmern.
- > Kurs Wartung von Forstmaschinen Modul E10
In Hohenrain, vom 6. bis 15.06.2011, mit 1 Teilnehmer.
- > Grundlagen für Praktiker
In Riedholz, vom 27.06. bis 1.07.2011, mit 1 Teilnehmer.

2011

- > Kurs «Hirsch heute»
In Lyss, am 18.08.2011, mit 2 Teilnehmern.
- > Seminar «Was tun mit invasiven Neophyten im Wald?»
In Aubonne, am 23.08.2011, mit 5 Teilnehmern.
- > Austauschtag
Erfahrungsaustauschtage zwischen dem Forstpersonal und den Wildhüter-Fischereiaufsehern haben innerhalb der Forstkreise stattgefunden.

Weitere Ausbildungen

Eidgenössischer Fachausweis:

- 1 Person schloss die Ausbildung als Forstmaschinenführer ab.
- 1 Person schloss die Ausbildung als Forstwart-Vorarbeiter ab.
- 1 Person schloss die Ausbildung als Förster ab.

Praktikanten

- 1 Person hat ein Vorstudienpraktikum in einem Lehrbetrieb gemacht, um in die FH eintreten zu können.
- 1 Schüler der Försterschule Lyss hat in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.
- 1 Absolvent der Ingenieurschule für Landwirtschaft FH in Zollikofen hat ein Praktikum in der Zentrale des Amtes für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

2 Studierende der ETHZ haben ein Praktikum in einem Forstkreis absolviert.

4 Universitätsstudenten haben ein Praktikum in der Zentrale des Amtes für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

Kurse für Landwirte

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule Grangeneuve haben Kurse in Holzen absolviert.

2.11 Public Relations

Das Amt war sehr damit beschäftigt, Informationstage zu Themen wie Wald, Naturgefahren, Natur, Wild, Jagd und Fischerei zu organisieren. Insbesondere die Veranstaltungen, die im Rahmen des internationalen Jahres des Waldes organisiert wurden, erforderten einen grossen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes.

Es wurden 2595 Stunden für einen Betrag von rund 750 000 Franken für Public Relations aufgewendet.

2.12 Standortkartierung

Im Jahr 2011 wurden in 3 Forstkreisen 5 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2605 ha Wald kartiert. Ende 2011 waren 39 973 ha Wald kartiert. Dies entspricht 94 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche: 42 400 ha).

2.13 Betriebspläne

Folgende Betriebspläne/Bewirtschaftungspläne wurden 2011 genehmigt:

Kreis 1: Bewirtschaftungsplan der Kleinen Saane und des Perrolles-Sees; Betriebsplan der auf dem Gebiet der Stadt Freiburg gelegenen Wälder.

Kreis 2: keiner.

Kreis 3: keiner.

Kreis 4: keiner.

Kreis 5: Betriebsplan des Forstbetriebs Region Murtensee.

Kreis 6: Betriebsplan der Forstrevierkörperschaft Glane-Süd; Betriebsplan der Revierkörperschaft La Neirigue.

2.14 Statistik der Waldfläche, der Unternehmen und Eigentümer

	Öffentliche Wälder	Privatwälder	Total
Wald gemäss schweizerischer Forststatistik	24 000 ha (56,5 %)	18 500 ha (43,5 %)	42 500 ha
Anzahl Unternehmen/ Eigentümer	97	ca. 12 000	ca. 12 100

Von den 97 öffentlichen Forstunternehmen haben 44 eine Fläche von weniger als 50 ha, 19 haben eine Fläche zwischen 50 und 200 ha und 34 Unternehmen sind grösser als 200 ha.

2.15 Investitionskredite

Insgesamt werden gegenwärtig 36 Verträge bearbeitet. Es wurden 2 Investitionskredite über einen Gesamtbetrag von 332 000 Franken gewährt. 12 Kreditverträge konnten aufgelöst werden. Im Laufe des Jahres wurden 46 Rückzahlungen mit einem Gesamtbetrag von 1 705 000 Franken getätigt. 2 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 332 000 Franken wurden ausgerichtet. Die Verschuldung gegenüber dem Bund

2011

ist Ende 2011 aufgrund einer Rückzahlung von 612 000 Franken auf 3 659 000 Franken zurückgegangen (Zahlen gerundet).

2.16 Besondere Ereignisse

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2011 zum «Internationalen Jahr des Waldes» erklärt. Ergänzend zu den Veranstaltungen, die auf nationaler Ebene durchgeführt wurde, wurde über das ganze Jahr verteilt ein kantonaler Aktionsplan umgesetzt. Es seien hier insbesondere die folgenden drei Aktivitäten erwähnt.

- › Im Wald mit den politischen Kreisen: Am 8. September 2011 nahmen der Grosse Rat, der Staatsrat, die eidgenössischen Abgeordneten des Kantons und die Oberamtmänner an einem Thementag im Wald teil, an dem die für die Erhaltung der Funktionen des Waldes unerlässlichen Arbeiten vorgestellt wurden.
- › «Sylva-spots»: Kurze Filmsequenzen, genannt «Sylva-spots», wurden bei E-Mails, die vom Amt versendet wurden, mitgeschickt. In diesen «Sylva-spots» brachten Waldfachpersonen, Politikerinnen und Politiker sowie Waldbesucherinnen und -besucher eine Sichtweise zu einem Thema im Bereich Wald zum Ausdruck.
- › Die Ressource Holz ins Zentrum rücken: In Zusammenarbeit mit dem Freiburgerischen Verband für Waldwirtschaft und Lignum-Fribourg wurden rund dreissig sechseckige Bänke aus Rundstämmen und mit einem Inhalt von 3 m³ aufgestellt. Diese stellen die Menge an Holz dar, welche innert 3 Minuten im Freiburger Wald produziert wird. Dieses öffentliche Mobiliar wurde von den forstlichen Betriebseinheiten an viel besuchten Orten installiert.

3. Jagd, Wild und Fischerei

3.1 Gesetzgebung

Am 5. Juli 2011 genehmigte der Staatsrat die Verordnung über die Regulierung des Steinwildbestands im Jahr 2011 und am 30. November 2011 die Verordnung über die Verlängerung der Wildschweinjagd im Flachland.

3.2 Ausbildung

5 Wildhüter-Fischereiaufseher, die eine Grundausbildung von 4 Mal einer Woche besuchten, haben 2011 die Prüfung erfolgreich abgeschlossen.

Die Schweizerische Vereinigung der Fischereiaufseher (SVFA) hat einen Fortbildungskurs für Fischereiaufseher organisiert,

der in Zermatt stattgefunden hat; 10 Personen haben daran teilgenommen.

3.3 Anzeigen

2011 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hilfsaufseher folgende Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	20 Anzeigen
Strassengesetz:	52 Anzeigen
Fischerei:	20 Anzeigen
Gewässerschutz:	40 Anzeigen

3.4 Jagdsaison

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse und von Haarraubwild vom 19. September bis 1. Oktober gestattet. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 19. September bis 15. Oktober im Flachland jagen. Sie durften ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand. In diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 22. Oktober gestattet. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September. Zusätzlich wurde die Wildschweinjagd im Flachland, mit Ausnahme der Reservate und Teilreservate, bis zum 31. Januar 2012 verlängert. Der Abschuss von Hasen war verboten (eine Massnahme, die 1990 eingeführt wurde).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 19. September bis 8. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. 25 Hirsche mussten gemäss dem Abschussplan für den Hirsch erlegt werden. Mit 25 erlegten Tieren (17 in den ersten drei Tagen) ist dieses Ziel erreicht. Vom 3. bis 8. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämsen in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Im Eidgenössischen Jagdbanngebiet Hochmatt-Motélon und in seiner unmittelbaren Umgebung wurde eine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf Tauben, Enten und Raben bis am 30. November und von Waldschnepfen vom 15. Oktober bis 14. Dezember.

An der Herbstjagd 2011 beteiligten sich 758 Jäger. Es wurden 1474 Rehe (davon 454 Junge), 323 Gämsen (davon 61 Junge), 25 Hirsche (davon 7 Junge) und 5 Steinböcke erlegt.

2011

3.5 Statistik der 2011 ausgestellten Jagdpatente

336	Patente A (Jagd im Gebirge)
697	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
91	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
133	Patente für den Hirsch
547	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
33	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
5	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
1	Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
3	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
14	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiftenensee)

Anzahl Jäger 758.

3.6 Statistik des im Herbst 2010 und im Winter 2010/2011 erlegten Wildes

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger folgendes Wild erlegt:

Gämsen	321	Dachse	13
Rehe	1483	Steinmarder	18
Steinwild	3	Baumwilder	8
Hirsche	25	Verwilderte Hauskatzen	14
Hasen	0	Waldschnepfen	82
Wildschweine	103	Tauben	124
Murmeltiere	0	Raben, Häher, Elstern	530
Füchse	1441	Wasserwild	570

3.7 Verendete Tiere

Zwischen April 2010 und März 2011 wurden tot aufgefunden:

34	Gämsen (50 % infolge Schwäche oder Sturz resp. Lawinen)
----	---

586	Rehe (70 % durch den Autoverkehr)
4	Steinwild
5	Hirsche
31	Feldhasen (74 % durch den Autoverkehr)
25	Wildschweine (72 % durch den Autoverkehr)
852	Füchse (67 % durch den Autoverkehr)
270	Dachse (92 % durch den Autoverkehr)

3.8 Statistik der Fischereipatente

Im Jahr 2011 wurden folgende Patente ausgestellt:

> Flüsse und kantonale Seen (Patent A):

1365	Jahrespatente
209	Halbjahrespatente
112	Wochenpatente
2059	Tagespatente

> Nur Flüsse (Patent B):

229	Jahrespatente
28	Halbjahrespatente

> Nur kantonale Seen (Patent C):

442	Jahrespatente
191	Halbjahrespatente

> Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E):

887	Jahrespatente
215	Halbjahrespatente
26	Wochenpatente
379	Tagespatente

—
2011

› Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F):

118	Jahrespapente
39	Halbjahrespapente
1291	Tagespapente

› 19 Kollektivfischereipapente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

3.9 Pachtfisherei

2010 begann eine neue Pachtfishereiperiode. Sie dauert bis Ende 2015.

Von 72 Fischereiloson sind 70 verpachtet.

3.10 Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2011 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

5 Berufspapente (Patent A), 2 Spezialberufspapente (Patent B), 155 Sportfishereipapente mit Schleppangel (Patent C), 125 Sportfishereipapente (Patent D), 109 Zusatzpapente für Gastfisher, 34 Tagespapente C und 57 Tagespapente D.

3.11 Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2011 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspapent (Patent A), kein Spezialberufspapent (Patent B), 362 Sportfishereipapente mit Schleppangel (Patent C), 435 Sportfishereipapente (Patent D) und 256 Zusatzpapente für Gastfisher.

3.12 Besondere Ereignisse

Strukturierte Zusammenarbeit

Zwischen dem Freiburgischen Jägerverband und dem Amt wurde eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen. In dieser Vereinbarung wurden 12 Aufgaben definiert, für die eine verstärkte Zusammenarbeit in Betracht gezogen werden kann. Im Laufe des Jahres wurden die betreffenden Jäger bezeichnet und es wurden Listen erstellt. Die Arbeit kann beginnen.

Entwicklung der von Wildschweinen verursachten Schäden

Im Laufe des Jahres haben die Schäden an den landwirtschaftlichen Kulturen erneut zugenommen. Dieses Phänomen betrifft vor allem das Südufer des Neuenburgersees, es hat sich jedoch

auf das gesamte Kantonsgebiet ausgeweitet. Um diese Probleme zu verringern, hat das Amt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt den Jagddruck erhöht. Zudem wurden infolge der Erheblicherklärung einer Motion durch den Grossen Rat Schutzmassnahmen vermehrt vom Fonds für das Wild übernommen.

VII. Oberämter

1. Aufgaben

Die Oberämter nehmen zahlreiche Aufgaben wahr, die ihnen durch das Gesetz über die Oberamtmänner und zahlreiche weitere Gesetze in den verschiedensten Bereichen übertragen werden. Es handelt sich um Aufgaben sowohl aus dem Bereich der administrativen Gewalt als auch der richterlichen Gewalt, die eine Zusammenarbeit mit allen Direktionen und Ämtern des Staates erforderlich machen.

2. Tätigkeit

2.1 Oberamtmännerkonferenz

Die Konferenz, die monatlich getagt hat, nahm hauptsächlich Stellung zu den wichtigsten, insbesondere gesetzgeberischen Projekten, die ihren Tätigkeitsbereich betreffen, und deren Umsetzung, namentlich zur Sicherstellung der Koordination zwischen den Oberämtern.

Die vom Oberamtmann des Vivisbachbezirks präsierte Oberamtmännerkonferenz hat 12 ordentliche und 4 ausserordentliche Sitzungen abgehalten.

Sie hat unter anderem verschiedene Angelegenheiten bilateral mit folgenden Instanzen behandelt: mit der Staatsanwaltschaft (dem Generalstaatsanwalt und mindestens einmal den übrigen Staatsanwälten), dem Justiz- und Sicherheitsdirektor, dem Vorsteher der Institutionen, dem neuen Kommandanten der Kantonspolizei, dem neuen Direktor der KGV und dem Kantonalen Feuerinspektor, dem Personalamt (Perséval, Evaluationssystem für Mitarbeitende), dem Amt für Gemeinden (Erstellen der Fusionspläne) und dem Jugendamt, zur Zustandsanalyse, die es in Zusammenhang mit dem neuen Jugendgesetz und seiner Anwendung in den Gemeinden macht.

Die Konferenz hat die für die notwendige endogene Entwicklung so wichtige InnoregFR geleitet. In diesem Rahmen und zusammen mit den Regionalsekretären hat sie den neuen Direktor der Wirtschaftsförderung getroffen.

—
2011

Jeder Oberamtmann hat individuell den Staat oder seine Amtskollegen in unzähligen Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgruppen und Lenkungsgruppen vertreten. Im Übrigen hatte er die ständige Aufgabe, die Ansichten seiner Amtskollegen zusammenzufassen, um zu einer der jährlich rund 30 Vernehmlassungen Stellung zu nehmen.

2.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtmann: Carl-Alex Ridoré

2.2.1 Bereiche der EKSD

Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français (der Verband). Die Schülerinnen und Schüler der 39 Gemeinden von Sarine-Campagne und Haut-Lac français, welche die Orientierungsschulen Pérolles, Gibloux, Marly und Saane-West besuchen, sowie die Schülerinnen und Schüler des Verbandes, die in einer der drei Orientierungsschulen der Stadt Freiburg zur Schule gehen, profitieren seit dem Schulbeginn von einem neuen Schülerausweis, der gleichzeitig als Abonnement für den öffentlichen Verkehr gültig ist. Mit der Einführung dieses Ausweises, ein Ergebnis aus der Zusammenarbeit zwischen dem Verband und den Freiburger Verkehrsunternehmen, wird das Ziel verfolgt, die Benutzung des öffentlichen Verkehrs schon in jungen Jahren zu fördern und die Art und Weise der Fortbewegung zu vereinfachen. Gemäss den Empfehlungen des Auditberichts vom März 2009, hat die Delegiertenversammlung am 30. November ein Organisationsreglement verabschiedet, das die Kompetenzen des Direktionsrats, des Büros, des Präsidenten, des Verwalters und des Direktors der Schule festlegt. Zusätzlich hat sie eine neue, dreijährliche Vereinbarung mit der Stadt Freiburg getroffen. Diese Vereinbarung soll es den beiden Partnern namentlich erlauben, die Infrastrukturen gemeinsam und koordiniert zu planen, was letztendlich zu einer einvernehmlichen Führung aller Orientierungsschulen des Verbandes und der Stadt führen könnte.

Coriolis Infrastrukturen. Im Herbst wurde der Leistungsauftrag für die Periode 2012 bis 2014 mit der Fondation Equilibre et Nuithonie und den beiden Standortgemeinden (Freiburg und Villars-sur-Glâne) neu verhandelt. Dieser Auftrag legt die jährlichen Subventionsbeträge an die Stiftung, die Anforderungen an die Qualität und Quantität der angebotenen Leistungen im Rahmen der Saisons der Stiftung, die Einsetzung der Verwaltungsstrukturen und der Organisation von Equilibre und Nuithonie sowie die Beziehungen zwischen den Gemeinden Freiburg und Villars-sur-Glâne, die weiterhin Eigentümer der Grundstücke sind, fest. Den Höhepunkt des Jahres 2011 bildete zweifelsohne die Eröffnung des Equilibre am 19. Dezember, an der zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft anwesend waren. Insgesamt wurden der Bevölkerung der Region und des Kantons vier Darstellungen der Ballettvorstellung «Cendrillon»

angeboten. Im Übrigen sind gross und klein in den Genuss von vier Vorstellungen von «Les bijoux de la Castafiore» gekommen.

2.2.2 Bereiche der SJD

Öffentliche Gaststätten und zeitlich befristete Grossveranstaltungen. Der Oberamtmann des Saanebezirks wirkte in der Arbeitsgruppe mit, die mit der Revision des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz (GTG) beauftragt ist. Der Entwurf der Gesetzesänderung wurde Ende Jahr in die Vernehmlassung gegeben. Das Oberamt organisiert im Übrigen regelmässig Koordinationssitzungen mit den verschiedenen Akteuren, um die Auflagen und die Bedingungen für die Organisation von Grossveranstaltungen festzulegen. Der Oberamtmann hat ausserdem eine Reihe von Sonderbewilligungen (Patente K, Umzüge) erteilt und mehrere Verfügungen erlassen, welche die Durchführung von Grossveranstaltungen ermöglichen, die das Jahr 2011 geprägt haben: Giron des jeunesses; Fribourg Plage; Freiburger Alpabzug; Bischofsweihe des neuen Bischofs; Umzug zu Ehren der Wahl des neuen Bundesrats. Die Überwachung der öffentlichen Gaststätten, insbesondere die Verlängerungsgesuche und die baupolizeilichen Kontrollen, haben das Oberamt wie gewöhnlich ziemlich beschäftigt.

2.2.3 Bereiche der ILFD

Politische Rechte. Ein Teil des Personals des Oberamts wurde durch die kantonalen und die eidgenössischen Wahlen in Anspruch genommen.

Agglomeration. Das Studienauftragsverfahren erlaubte es dem federführenden Büro, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedergemeinden und verschiedenen Verwaltungsinstanzen der Agglomeration ein Agglomerationsprogramm zweiter Generation auszuarbeiten (PA2), das als Planungsinstrument für die regionale Raumplanung gilt. Das PA2 wurde im 4. Quartal in die Vernehmlassung gegeben und Ende Jahr dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zur Beurteilung übergeben.

Regionalkonferenz. Die Regionalkonferenz für regionale Infrastrukturen und eine koordinierte regionale Entwicklung hat 2011 drei Sitzungen abgehalten und die erste und zweite Lesung des Entwurfs der Statuten des Regionalverbands Saane durchgeführt, die im Übrigen dem Amt für Gemeinden vorgelegt wurden, damit dieses seine Bemerkung dazu abgebe. Die Punkte, die in der zweiten Lesung hauptsächlich Anlass zu Diskussionen gaben, betreffen die Zusammensetzung der Organe, die Speisung des Investitionsfonds und den Verteilschlüssel unter den Gemeinden. Die dritte und letzte Lesung des Entwurfs ist für den 1. Februar 2012 vorgesehen.

Aufsicht über die Gemeinden. Die regelmässige Aufsicht über die Gemeinden im Jahr 2011 führte nach den Gemeindewahlen

—
2011

zur Eröffnung von zwei Administrativuntersuchungen, welche die Gemeinden Belfaux und Corpataux-Magnedens betreffen. Die juristischen Berater des Oberamtmannes wurden als Untersuchungsleiter in diesen Angelegenheiten ernannt. Die Untersuchungsberichte wurden für das erste Semester 2012 angekündigt. Im Übrigen hat das Oberamt im Rahmen der Wahlen 2011 die Gemeinden regelmässig über die bestehenden Pflichten informiert und so seine Aufsichtspflicht im Vornherein wahrgenommen.

Gemeindezusammenschlüsse. Am 19. Januar und am 5. Oktober 2011 übermittelte der Oberamtmann den Gemeinderäten Informationen und seine ersten Überlegungen zum zukünftigen Fusionsplan für den Saanebezirk. Im Oktober wurde den 36 Gemeinden des Bezirks ein umfangreicher Fragebogen zugestellt mit der Bitte, diesen vor dem 30. November 2011 zurückzuschicken. Die Antworten in diesem Fragebogen werden es dem Oberamtmann und seiner Stabstelle erlauben, ihre Überlegungen im Hinblick auf den Abschluss des Entwurfs des Fusionsplan bis Ende des 1. Semesters 2012 zu vertiefen. Die sechs Mitgliedergemeinden der Association des communes du Gibloux (Corpataux-Magnedens, Farvagny, Hauterive, Le Glèbe, Rossens und Vuisternens-en-Ogoz) haben sich entschlossen, eine Machbarkeitsstudie zu einer eventuellen Fusion durchzuführen. Die Studie wird 2012 durchgeführt werden und der Bericht ist für Anfang 2013 vorgesehen.

2.2.4 Bereiche der VWD

Neue Regionalpolitik (NRP). In Erwartung der Schaffung einer formellen Regionalstruktur vertritt der Oberamtmann den Saanebezirk weiterhin im Vorstand des Vereins der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNOREG FR). Die operative Zusammenarbeit mit den übrigen Regionalsekretariaten wird von der Agglomeration Freiburg gewährleistet.

2.2.5 Bereiche der GSD

CODEMS. Die Kommission für Pflegeheime des Saanebezirks (CODEMS) hat ihre Stellungnahme zur Pflegeheimplanung 2012–2015 aktualisiert und eine Stellungnahme für die Jahre 2016–2017 abgegeben. Sie hat die Anerkennung der Website www.senior-sarine.ch gefördert und hat an der Schaffung einer Pileteinheit für Kurzaufenthalte und Zukunftsorientierung im Pflegeheim La Providence teilgenommen (Eröffnung im Frühling 2012 vorgesehen). Sie war weiterhin in der Arbeitsgruppe über die Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime tätig und hat die verschiedenen Anbau- und Renovations-Baustellen der Pflegeheime im Bezirk aufmerksam verfolgt.

ACSMS. Unter der Federführung der Association des communes pour les services médico-sociaux (ACSMS) hat das Pflegeheim des Saanebezirks im Mai 2011 die erste Tagesstätte der

Agglomeration Freiburg eröffnet. Mit dieser neuen Struktur, die im Rahmen der kantonalen Strategie zur Förderung des Verbleibs zu Hause der älteren Personen erfolgt, können 8 Gäste im Rentenalter aufgenommen werden. Eine Umfrage zur Zufriedenheit, die im Pflegeheim des Saanebezirks durchgeführt wurde, hat gezeigt, dass sich interne Organisations- und Kommunikationsmassnahmen aufdrängen, um das Arbeitsklima im Pflegeheim zu verbessern. Diese Massnahmen werden im Verlaufe des 1. Semesters 2012 von der Heimdirektion umgesetzt werden. Der Verband hat im Übrigen das 20-Jahr-Jubiläum des Ambulanzdienstes des Saanebezirks mit der Produktion des Films MESAventure begangen, in dem die Verantwortung und die Kompetenz des Ambulanzpersonals des Saanebezirks gezeigt wird. Die Einnahmen des sehr erfolgreichen Films werden zur Bekanntmachung von Erste-Hilfe-Massnahmen in Schulen eingesetzt. Der SAS hat als Ehrengast der Messe Freiburg seine zukünftige Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei im Bereich der cardio-pulmonalen Reanimation angekündigt.

2.2.6 Bereiche der RUBD

Ehemalige Deponie La Pila. Das Oberamt bietet der Projektleitung des Konsortiums weiterhin seine Hilfe an.

Poyaprojekt. Die vom Oberamtmann des Saanebezirks präsierte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit fortgeführt im Hinblick auf die Erarbeitung und die Koordination von Lösungen für das Verkehrsmanagement und die Grossveranstaltungen rund um die Sportanlage Saint-Léonard und auf dem Plateau d'Agy. Dieser Sektor stellt aufgrund der verschiedenen Etappen der Baustelle der Poya-Brücke und der Baustelle der neuen SBB-Haltestelle sowie aufgrund des Besucheranstiegs seit der Inbetriebnahme der neuen Sportanlagen eine besondere Herausforderung dar.

2.3 Oberamt des Sensebezirks

Oberamtmann: Nicolas Bürgisser

2.3.1 Bereiche der EKSD

Kulturerbe. Wiederum organisierte das Oberamt anlässlich des «Europäischen Tages des Denkmals» eine gut besuchte Führung. Dieses Jahr war das Thema «Unterirdische Bauten». Das unterirdische Spital in Tafers war Gegenstand dieser Führung. Viele Besucherinnen und Besucher profitierten vom Angebot und staunten über das riesige unterirdische Spital.

Die «Region Sense». Sie führt das Sekretariat und die Buchhaltung der Orientierungsschulen des Sensebezirks. Der Oberamtmann als Vorstandsmitglied der OS Sense nahm während des ganzen Jahres an dessen Arbeit teil und unterstützte den Vorstand und die Gemeinden in allen Bereichen.

2011

2.3.2 Bereiche der SJD

Die Zusammenarbeit des Oberamtes mit den lokalen Feuerwehrcorps, dem Stützpunkt Düringen und der KGV war im ganzen Jahr intensiv und ausgezeichnet. Zum ersten Mal fand der Kdt-Rapport der Sensler Feuerwehrs-Korps nicht im Sensebezirk statt, sondern in Jaun. Dabei wurden gemeinsam mit der KGV mehrere Aspekte und Probleme der Feuerwehren besprochen.

Polizei und öffentliche Sicherheit. Auch 2011 beschäftigte der zunehmende Alkoholkonsum von Jugendlichen, ja Kindern im obligatorischen Schulalter das Oberamt und die Polizei (Jugendbrigade). Mit unangemeldeten Kontrollen in Bars, Restaurants und, in Zusammenarbeit mit den Organisatoren, bei grossen Festanlässen wurde die Repression verstärkt.

Der Oberamtmann des Sensebezirks arbeitete als Vertreter der Oberamt männerkonferenz im Kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit.

Alle Sensler Gemeinden nahmen auf Einladung des Oberamts an zwei gemeinsamen Arbeitssitzungen mit der bürgernahen Polizei teil. Diese Art der Zusammenarbeit wurde von allen Teilnehmern geschätzt, sodass die Arbeitssitzungen in regelmässigen Abständen wiederholt werden.

2.3.3 Bereiche der ILFD

Abstimmungen. Dank der Unterstützung, der Motivation und der Überwachung durch das Oberamt sind die allgemeinen Wahlen gut vonstatten gegangen.

Der Oberamtmann hat im Berichtsjahr die offiziellen Besuche der einzelnen Gemeinden weitergeführt. Dabei hat er feststellen können, dass die Gemeinden des Sensebezirks gesamthaft gut geführt und verwaltet werden. Es gingen hingegen mehrere Rekurse und Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinderäte ein. Das Problem des künftigen Sitzes der Amtsvormundschaft des Sense Oberlandes zwischen den Gemeinden Giffers und Rechthalten konnte gelöst werden.

Die Beratung und Information der Gemeinden hat der Oberamtmann durch die Organisation von Informationssitzungen (in Zusammenarbeit mit kantonalen Dienststellen) und durch die Koordination von Stellungnahmen zu Vernehmlassungsverfahren wahrgenommen.

Obwohl die Legislaturperiode noch jung war, so sind im Berichtsjahr etliche Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern registriert. Dies sogar unmittelbar nach den Gemeinderatswahlen. Mit dem Verband der Verwaltungsangestellten der Gemeinden des Sensebezirks (und des Seebezirks) wurden im

Hinblick auf ein Angebot von Ausbildungsgängen Schulungen vorgenommen.

Jagd. Die Jagdsaison 2011 verlief mehrheitlich reibungslos. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Wald, Wild und Fischerei, den Wildhütern sowie dem Oberamt hat sich bewährt.

Hunde. Im Bereich der Registrierung der Hunde konnten die Rückstände bei der Erfassung nach und nach verringert werden.

Gemeindezusammenschlüsse. Weitere Arbeitssitzungen für eine mögliche Fusion der Gemeinden Plaffeien, Oberschrot, Zumholz und Brünisried wurden angesetzt. Der Wille der Gemeinden für eine Grossfusion ist spürbar.

2.3.4 Bereiche der VWD

Region Sense. Der Oberamtmann ist gleichzeitig Präsident des Gemeindeverbandes Region Sense und hat sich mit den nachfolgenden Themen befasst:

Er beteiligte sich an den Arbeiten der Tripartiten Kommission des RAV (Sense- und Seebezirk). Ende Jahr betrug die Arbeitslosigkeit im Sensebezirk 1,7 %.

Die Sensler Gemeinden trugen einen Beitrag von Fr. 1,85 Mio. an die neue auskuppelbare Sesselbahn auf die Kaiseregg bei, welche Anfang Dezember eingeweiht werden konnte.

Die Region Sense konnte im September das Label «Energistadt Schweiz» in Empfang nehmen. Damit geht eine mehrjährige intensive Arbeit zu Ende.

Einen weiteren Schritt in der Realisierung der Biogas-Anlage in Düringen konnte mit dem Spatenstich erreicht werden. Zwei Kleinwasserkraftwerke sind in Planung und haben ein Vorgesuch bei der zuständigen Direktion eingereicht. Das Windkraftwerk Schwyberg hat sein Baugesuch eingereicht.

Die «Region Sense» beteiligt sich weiterhin an den Vorbereitungsarbeiten für die neue «Hauptstadtregion Schweiz» vorerst als Beobachterin.

2.3.5 Bereiche der GSD

Gesundheit. Weiterhin engagiert sich der Oberamtmann im Gesundheitswesen von Amtes wegen und als Mitglied des Gemeindeverbandes «Gesundheitsnetz Sense» (ehemals Gemeindeverband Pflegeheim Maggenberg und sozialmedizinische Dienste).

Pflegeheime. Die Sensler Pflegeheime haben von der Verteilung der künftigen Betten für die Periode 2011–2015 Kenntnis

2011

genommen. Das Baugesuch des neuen Pflegeheims von Bösingen wurde eingereicht. Die Umsetzung der Studie betreffend Zukunft (Demenz, Verwendung Schloss, Anzahl Pflegebetten usw.) läuft.

Spitalexterne Krankenpflege. Die Kommission für die Entrichtung der Pauschalentschädigungen fährt mit ihrer Arbeit fort, alle Fälle neu zu evaluieren und gemäss den von der Oberamt-männerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zu bewerten.

Asyl. Der Oberamtmann besuchte betreffend Unterbringung von Asylsuchenden zusammen mit der Direktion die Zivilschutzanlage in Wünnewil.

2.3.6 Bereiche der FIND

Informatik. Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und dem «Rechenzentrum Gemeinden Deutschfreiburg», dem inzwischen viele Gemeinden angeschlossen sind, funktioniert einwandfrei.

2.3.7 Bereiche der RUBD

Agglomeration. Die Gemeinde Düringen verbleibt vorerst weiterhin in der Agglo FR und arbeitet aktiv mit. Der Oberamtmann ist Mitglied der kantonalen Begleitkommission (Bkom) für die Umfahrungsstrasse Düringen.

Zudem ist er Vizepräsident der kantonalen Naturgefahrenkommission.

Raumplanung. Die «Region Sense» befindet sich in der Endphase der Überarbeitung der Regionalplanung aus dem Jahre 1991.

2.4 Oberamt des Greyerzbezirks

Oberamtmann: Maurice Ropraz

2.4.1 Bereiche der EKSD

Orientierungsschulverband Greyerz. Derzeit sind Verhandlungen mit der Gemeinde Riaz und dem Staat Freiburg in Gang, um das Dossier über eine allfällige 3. Orientierungsschule voranzutreiben. Die Ausdehnung der Zone von allgemeinem Interesse bereitet Probleme aufgrund der Nähe zur Autobahn A12, die es zu lösen gilt. Weiter wurden verschiedene Ingenieurmandate im Rahmen der Renovierungs- und Ausbauarbeiten der Orientierungsschule Bulle vergeben. Die Baukommission wacht ebenfalls über die Vergabe der verschiedenen Lose an die Auftraggeberbetriebe.

Kollegium des Südens. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Ämtern des Staates arbeitet das Kollegium des Südens am Aus-

bau des Standorts Bulle, der für die Unterbringung des steigenden Schülerinnen- und Schülerbestands notwendig ist.

Stiftung Schloss Greyerz. Trotz der internationalen Krise und dank der Synergien mit dem Schokolademuseum Cailler in Broc erfreut sich das historische Städtchen grosser Beliebtheit bei den Besucherinnen und Besuchern.

Sonderschulklassen. Die Stiftung für die Sonderschulklassen des Greyerzbezirks (CENSG) konnte ihr 50-Jahre-Jubiläum erfolgreich begehen, insbesondere bei einer Feierlichkeit mit dem gesamten Personal sowie anlässlich eines Vortrags des Philosophen Alexandre Jollien. Derzeit sind Diskussionen im Gange zur Verlegung der Abschlussklassen, die sich derzeit in La Tour-de-Trême befinden.

Regionales Sportzentrum. Der Regionalverband Greyerz unternimmt die notwendigen Schritte betreffend die Vergabe eines Mandats für die juristische und finanzielle Analyse seines Projekts eines regionalen Sportzentrums.

2.4.2 Bereiche der SJD

Gaststätten. Um eine zweckmässige Aufsicht über die öffentlichen Gaststätten und die Festanlässe in der Region auszuüben, arbeitet das Oberamt eng mit dem Amt für Gewerbepolizei, den Gemeinden und der Kantonspolizei zusammen. Es wurden mehrere Präventionsaktionen durchgeführt, insbesondere anlässlich der auf dem Gebiet der Gemeinde Greyerz durchgeführten Fête des Jeunes.

Feuerpolizei. Der Oberamtmann oder der Vizeoberamtmann haben verschiedenen kantonalen Kursen für Neueingeteilte und Weiterbildungen für Einsatzleiter Besuche abgestattet. Bei den Feuerwehren von Bas-Intyamon / Grandvillard, Jaun und Sâles-Vaulruz wurden im Berichtsjahr Inspektionen durchgeführt.

2.4.3 Bereiche der ILFD

Gemeindezusammenschlüsse. Die neue Gemeinde Corbières (Zusammenschluss von Corbières und Villarvolard) ist Anfang 2011 entstanden. Erneut werden Diskussionen im Hinblick auf einen eventuellen Zusammenschluss zwischen den Gemeinden Charmey und Cerniat geführt. Im Übrigen richtete der Oberamtmann einen Fragebogen zur Problematik der Zusammenschlüsse an alle Gemeinden des Bezirks. Eine zusätzliche Information wurde anlässlich der Herbstversammlung des Regionalverbands Greyerz gegeben.

Koordinationsgruppe Wolf. Die auf Freiburger Gebiet anwesende Wölfin wütete vor allem im Sensebezirk sowie in den Gemeinden Charmey und Jaun. Dutzende Schafe in nicht geschützten Herden wurden getötet. Die umgesetzten Präven-

2011

tionsmassnahmen zeigen, dass die Angriffe stark sinken, um nicht zu sagen verschwinden, wenn die Herde gut geschützt ist.

2.4.4 Bereiche der VWD

Bergbahnen. Die für die Standorte Moléson, Jaun und Charmey vorgesehenen Investitionen wurden getätigt.

Neue Regionalpolitik (NRP). Der im Rahmen der NRP errichtete Unternehmens-Inkubator in Vaulruz ist immer erfolgreicher und erlaubt es, regelmässig neue Projekte aufzunehmen.

2.4.5 Bereiche der GSD

Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz. Die CODEMS hat eine positive Stellungnahme abgegeben zu einem vom Pflegeheim des Jauntals entwickelten Projekt für eine Tagesstätte. Dazu sind auch Diskussionen mit den Tagesstätten der Stadt Bulle am Laufen. Die Krankenpflege zu Hause nimmt in der Region ebenfalls stetig zu.

2.4.6 Bereiche der FIND

Keine besonderen Informationen.

2.4.7 Bereiche der RUBD

Kantonale Naturgefahrenkommission (KND). Die Arbeiten zur Kartierung der Naturgefahren werden derzeit im Flachland fortgesetzt und werden regelmässig der NGK vorgelegt.

Ortsverkehr. In der Stadt Bulle wurden im Rahmen der Umsetzung des Projekts MOBUL verschiedene Arbeiten durchgeführt.

2.5 Oberamt des Seebezirks

Oberamtmann: Daniel Lehmann

2.5.1 Bereiche der EKSD

Schulen. Der Oberamtmann präsidierte die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule (OS) Region Murten und war für die Vorstände und Schulleitungen der Orientierungsschulen des Bezirks beratend tätig. Er vertritt die Gemeinden des Haut-Lac français im Vorstand der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français, und er hat die Gemeinden des nördlichen Verbandsgebiets im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Vorstandes mit der Stadt Freiburg für die Erneuerung der Schulvereinbarung beraten. Die Gemeinden des Primarschulkreises Murten hat er im Hinblick auf die Erneuerung ihrer Primarschul-Konvention beraten.

Berufsberatung. Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwachte den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

Kultur. Das Oberamt unterstützte verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern. Besonders zu erwähnen ist das Festival Murten Classics, das erneut von grossem Erfolg gekrönt war und von dem ein Konzert mit einer chinesischen Pianistin in China von einer Fernseh-Anstalt als wichtiges Kulturereignis präsentiert worden ist.

2.5.2 Bereiche der SJD

Polizei. Das Oberamt unterstützte die Polizei bei der Umsetzung des Konzeptes der bürgernahen Polizei. Dazu findet ein regelmässiger Informationsaustausch mit dem Kommando der Region Nord statt.

Strafsachen. Die Anzahl ausgestellter Strafbefehle hat gegenüber dem Vorjahr noch einmal leicht zugenommen. Die Anzahl Einsprachen gegen Strafbefehle ist stabil geblieben. Die Anzahl eingereicherter Anzeigen, zu denen eine Versöhnungsverhandlung durchzuführen war, ist stark zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der durchgeführten Versöhnungsverhandlungen waren erfolgreich, was gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme darstellte.

Gaststätten und Veranstaltungen. Wie in den Vorjahren haben Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen sowie die Abklärungen für die Bewilligung von besonderen Veranstaltungen einen grossen zeitlichen Aufwand mit sich gebracht. Hingegen haben sich keine neuen Probleme im Zusammenhang mit Vereinslokalen und deren Abgrenzung von öffentlichen Gaststätten ergeben, obwohl diese Abgrenzung nach wie vor eine Grauzone darstellt.

Schiesswesen. Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt zahlreiche Beratungstätigkeiten durchgeführt und Entscheide der Direktion vorbereitet. Sie hat zudem zu einem Entwurf der Direktion für Richtlinien zur Sanierung belasteter Böden eine Stellungnahme abgegeben.

Feuerwehr. Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen und Inspektionen durchgeführt und kantonale und Bezirks-Kurse besucht. Ausserdem erfolgte eine rege Tätigkeit zur Beratung der Gemeinden bzw. der Feuerwehren betreffend Kooperationen oder Fusionen, insbesondere hinsichtlich der diesbezüglichen Anpassung der Reglemente.

2011

2.5.3 Bereiche der ILFD

Wahlen und Abstimmungen. Das Oberamt hat sowohl für die Gemeindewahlen wie auch für die eidgenössischen und kantonalen Wahlen Informationsveranstaltungen für die Verantwortlichen der Gemeinde-Wahlbüros durchgeführt. Es hat die Vorbereitung und Durchführung aller Wahlen überwacht und deren reibungslosen Ablauf gewährleistet. Im Anschluss an die Gesamterneuerungs-Wahlen der Gemeinderäte hat der Oberamtmann die Gewählten vereidigt. Erstmals sind auch die Generalräte vereidigt worden.

Gemeinden. Anlässlich eines Treffens mit den Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten hat der Oberamtmann mit Unterstützung des Amtes für Gemeinden Vorschläge zur Anpassung des Kostenverteilers in Gemeindeverbänden und -übereinkünften präsentiert. Eine Anpassung des Verteilschlüssels ist nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich in denjenigen Organisationen erforderlich, welche bisher auf den Finanzkraftindex abstellten, den es in Zukunft nicht mehr gibt.

Gemeindezusammenschlüsse. Mit einer Informationsveranstaltung für die Gemeinderäte und der Abgabe eines Fragebogens an alle Gemeinden ist die Erarbeitung des im Gesetz über die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen vorgesehenen Fusionsplanes in Angriff genommen worden.

Verband der Gemeinden des Seebezirks. Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst.

Ausbildung der Gemeinderäte. Der Oberamtmann hat an einem Kurs des kantonalen Gemeindeverbandes zur Ausbildung der Gemeinderäte mitgewirkt, welcher sich speziell an die neu gewählten Gemeinderäte richtete.

2.5.4 Bereiche der VWD

Neue Regionalpolitik (NRP). Unter aktiver Mitwirkung des vom Oberamtmann präsidierten Regionalverbandes See konnten für den Seebezirk mehrere neue Projekte der Regionalpolitik eingebracht werden, welche von den zuständigen kantonalen Instanzen gutgeheissen worden sind. Zu erwähnen sind namentlich das Gründerzentrum Nord und das Projekt der aktiven Bodenpolitik Kerzers. Ausserdem hat sich der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandsausschusses von Innoreg FR (Verband der Freiburger Regionen zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik) für verschiedene Projekte im ganzen Kanton eingesetzt.

Hauptstadtregion Schweiz. Der Regionalverband See ist, wie auch die Stadt Murten, Gründungsmitglied des Vereins Hauptstadtregion Schweiz und unterstützt damit die Bestrebungen des

Kantons, in dieser Region das ihm zustehende Gewicht zu erhalten. Mit der Wahl des Oberamtmanne des Seebezirks in den Vorstand der Hauptstadtregion Schweiz konnte die Mitwirkung des Kantons und des Seebezirks in diesem Gremium gestärkt werden.

Wirtschaftsförderung. Die regionale Wirtschaftsförderung wird vom Regionalverband See koordiniert. Dieser Verband verfügt über einen Wirtschaftsbeirat, der Vorschläge für die regionale Wirtschaftsförderungs-Strategie und deren Umsetzung erarbeitet. In seiner Funktion als Vertreter der Regionen im Bereiche der Wirtschaftsförderung hat der Oberamtmann des Seebezirks anlässlich einer Tagung der kantonalen Kommission für Wirtschaftsförderungs-massnahmen ein Referat zur Zukunft und Rolle der Regionen in der kantonalen Wirtschaftsförderung gehalten.

Tourismus. Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch. Hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen, so namentlich in der Tourismusregion 3-Seen-Land, in welcher der Oberamtmann die Freiburger Regionen im Vorstand vertritt. Auf kantonomer Ebene ist der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandes und des strategischen Ausschusses des Freiburger Tourismusverbandes tätig.

Arbeitsmarkt. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Seebezirk ist der Oberamtmann des Seebezirks Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher. Ausserdem war er an der Gründung von IRIS-FR, einem Verein zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Erwerbslosen, beteiligt, und er ist Vorstandsmitglied und Vizepräsident dieser Organisation.

2.5.5 Bereiche der GSD

Umsetzung der Spitalplanung. Nach der Ablehnung der Beschwerde gegen die Vergabe des Planungsauftrages für den Um- und Neubau des Spitalstandortes Meyriez-Murten durch das Kantonsgericht konnten der Planervertrag abgeschlossen und die Detailarbeiten an die Hand genommen werden. Der ambitionöse Zeitplan für die Planungsarbeiten konnte eingehalten werden, und Anfang November wurden die Projekt-Unterlagen dem Vorstand des Gesundheitsnetzes See abgeliefert. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 55,5 Mio. Franken, wovon 53,5 Mio. für den Um- und Neubau des Hauptgebäudes und 2 Mio. für das Provisorium für die Permanence. Der Gemeindeanteil an diesen Kosten beträgt 25 Mio. Franken (45 %). Am 15. Dezember 2011 haben die Delegierten des Gesundheitsnetzes See den beantragten Kredit einstimmig gutgeheissen.

Gesundheitsnetz See. Das Gesundheitsnetz See hat die Überprüfung des Leistungsangebots und seiner Organisationsstruk-

—
2011

tur an die Hand genommen. Eine externe Beratungsfirma wurde mit der Durchführung einer entsprechenden Studie beauftragt.

Finanzierung und Investitionskosten der Pflegeheime. Der Oberamtmann wirkt in der kantonalen Arbeitsgruppe zur Regelung der Finanzierung und Investitionskosten der Pflegeheime mit.

Spitalexterne Krankenpflege. Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat. Parallel zur Studie des Gesundheitsnetzes See haben die vier Spitexdienste des Seebezirks unter Koordination des Oberamtmannes eine Überprüfung ihrer Zusammenarbeits-Möglichkeiten in Angriff genommen.

2.5.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

2.5.7 Bereiche der RUBD

Kantonaler Richtplan. Im Hinblick auf die Realisierung der strategischen Arbeitszone des Seebezirks hat ein Koordinationsgespräch zwischen den Vertretern des Bau- und Raumplanungsamtes und den Bezirks- und Gemeindevertretern stattgefunden, an welchem der Stand der raumplanerischen Arbeiten geprüft und die zu unternehmenden Schritte definiert worden sind. In diesem Zusammenhang ist auch die Klärung der offenen Fragen betreffend die Linienführung der H10 von Bedeutung.

Regionaler Richtplan. Die Arbeiten an der Revision des regionalen Richtplanes sind vorübergehend sistiert worden. Eine Aussprache mit der Direktion wird klären müssen, ob die Arbeiten mit einem vernünftigen Aufwand so weitergeführt werden können, dass ein genehmigungsfähiges Dokument vorgelegt werden kann. Wegen des Ausfalls des von der Region mit dem Mandat betrauten Planers konnte dieses Koordinationsgespräch bisher nicht stattfinden.

Bauwesen. Erneut ist ein leichter Rückgang der Anzahl ausgestellter Baubewilligungen zu verzeichnen. Weiterhin steigende Tendenz ist aber bei der Komplexität der vom Oberamt durchgeführten Verfahren und bei der Einsprachefreudigkeit der von benachbarten Bauten Betroffenen festzustellen. Ausserdem ist die Tendenz spürbar, dass Bürgerinnen und Bürger vermehrt von der Baupolizeibehörde ein Einschreiten verlangen, wo gar nicht sie, sondern der Zivilrichter zuständig ist.

2.6 Oberamt des Glanebezirks

Oberamtmann: Willy Schorderet

2.6.1 Bereiche der EKSD

Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks. Nachdem die Vergrösserung und der Umbau des Restaurants, die Renovation der Küche und die Instandsetzung der Gebäudehülle und der Bedachung von Gebäude B abgeschlossen sind, verfügen die Schülerinnen und Schüler nun über einen angenehmen und den Bedürfnissen entsprechenden Aufenthaltsort. Die Schlussabrechnung wird den Gemeinden diesen Frühling vorgelegt.

Der Vorstand der Orientierungsschule hat eine Studie zur Renovation von Gebäude A (Klassenzimmer) in Angriff genommen. Ein Architekturbüro wurde bezeichnet. Es gilt zu koordinieren und Kompromisse zu finden, um den gelegentlich widersprüchlichen Anforderungen zwischen Gebäudeschutz, thermischer Qualität und Brandschutz gerecht zu werden.

Die Studie wird auch Antworten zu kurzfristigen Anforderungen enthalten müssen. Eine Lösung könnte darin bestehen, die Verwaltung und die nicht schulspezifischen Räumlichkeiten in einem neuen Gebäude unterzubringen. So könnten im bestehenden Gebäude ein paar neue Klassenzimmer geschaffen werden.

Gleichzeitig sollten die Gemeindedelegierten untersuchen, ob mittelfristig nicht eine zweite Orientierungsschule gebaut werden sollte. Zu diesem Zweck wurde mit den Gemeinden des Visisbachbezirks und der Gemeinde Oron Kontakt aufgenommen.

Bicubic. Dieses Gebäude ist gefragt und zahlreiche interne und externe Veranstaltungen finden darin statt. Es entspricht den Bedürfnissen und Erwartungen.

Nachdem es nun seit ein paar Jahren in Betrieb ist, hat der Schulvorstand der Orientierungsschule eine Infrastrukturkommission gebildet, um die Schwachstellen des Gebäudes zu erfassen und festzulegen, welche Arbeiten unbedingt vorgenommen werden müssen und was für Korrekturen nötig sind. So lässt sich das Leben im Innern des Gebäudes erleichtern, im Hinblick darauf, es in einem guten Zustand erhalten zu können.

Vitro Musée. Am Ende des Berichtsjahres widmete das Vitro Musée den Glasmalereien von Gian Casty eine einmalige zeitlich befristete Ausstellung. Die Vernissage dieser 70. Ausstellung bot gleichzeitig Gelegenheit, das 30-jährige Bestehen des Vitro Musée Romont und die 20-jährige Tätigkeit des Konservators Stéphane Trümpler zu feiern.

Scène 9. Die erste Sitzung von Scène 9 entsprach den Erwartungen und ist ein willkommenes zusätzliches Angebot in Romont. Die Loterie Romande, der Kanton und ein paar Gemeinden haben spontan finanzielle Unterstützung für die Umsetzung angeboten und diesen Erfolg ermöglicht.

2011

2.6.2 Bereiche der SJD

Gaststätten und öffentliche Ordnung. Im Bereich Gaststätten und öffentliche Ordnung lässt sich ein häufiger Wechsel der Geschäftsführer feststellen. Der Oberamtmann hat von der Plattform, die ihm an der Versammlung der Gaststättenbesitzer geboten wurde, profitiert, um letztere auf ihre Pflichten, insbesondere gegenüber Jugendlichen, hinzuweisen.

Das Oberamt lädt die Organisatoren und die Verantwortlichen der Sicherheitsdienste systematisch zu Koordinationssitzungen ein, um die Mitglieder der Vereine auf ihre Pflichten hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen. Die zum Teil bedeutenden Anforderungen werden diskutiert und anschliessend mit den Organisatoren vereinbart. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Veranstaltungen (Freiburger Chorfest, Musikfest und Fête de jeunesse) ein Erfolg waren und von Dynamik und dem Willen der Leute zeugen, es gut zu machen.

Es sei auch auf die hervorragende Zusammenarbeit zwischen der Gendarmerie, dem Ambulanzdienst des Freiburger Südens und dem Feuerwehrstützpunkt Romont hingewiesen.

Feuerwehr. 2011 hat das Oberamt mehrere Sitzungen durchgeführt, um die Gemeinden über die Änderungen des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und die neuen Anforderungen an die örtlichen Korps zu informieren. Zwei neue Zusammenlegungen von Feuerwehrkorps dürften Anfang 2012 ihren Abschluss finden. Es handelt sich einerseits um die Zusammenlegung «Gibloux», die eine Gemeinde des Saanebezirks (Le Glèbe) und die Gemeinden Massonnens und Villoronnens umfasst. Bei der zweiten handelt es sich um die Zusammenlegung «Glâne Nord», der die Gemeinden Châtonnaye, La Folliaz, Torny und Villaz-St-Pierre angehören. Es bestehen somit vier Zusammenschlüsse. Zudem sind Gespräche zwischen den Gemeinden Billens-Hennens, Mézières und Romont im Gange.

Bevölkerungsschutz. Sämtliche Gemeinden des Bezirks gehören einer Gemeindeübereinkunft an. Als deren Chef wurde Dominique Butty bezeichnet.

2.6.3 Bereiche der ILFD

Gemeindezusammenschlüsse. Nach der Annahme des neuen Gesetzes über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse haben die Oberamtswärter zusammen mit dem Amt für Gemeinden ein Vorgehen geplant und eine gewisse Anzahl Unterlagen vorbereitet.

Die Gesamterneuerung der Gemeinderäte im Frühling machte ein grosses Engagement seitens des Oberamtmanns erforderlich. Es galt, die Überlegungen, die angestellt werden müssen,

um zu einer Entscheidung zu gelangen, bei der alle Aspekte analysiert worden sind, erneut zu erläutern.

Politische Rechte. Das Oberamt übernahm die Organisation und die Kontrolle aller Urnengänge, sowohl der eidgenössischen als auch der kantonalen und kommunalen. Beim zweiten Wahlgang der kantonalen Wahlen haben der Oberamtmann und die Vizeoberamtswärter die Inspektion der Büros bei der Stimmzählung persönlich vorgenommen. In den kontrollierten Büros erwiesen sich Organisation und Ablauf als perfekt.

Datenbank der Gemeinden. Der Oberamtmann des Glânebezirks hat zusammen mit dem Vizeoberamtmann des Broyebezirks in der Arbeitsgruppe zur Einführung des neuen Informatikprogramms «DaGem» mitgewirkt, das in Betrieb ist und den Erwartungen entspricht.

Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Hundehaltung. Der Oberamtmann hat wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig der Faktor der Nähe für die Verwaltung der Datenbank über die Hunde ist und dass die Oberämter diese Datenbank weiterhin verwalten sollten.

Vereidigung. Nachdem das Oberamt zusammen mit den Gemeinden die Gemeindewahlen organisiert hatte, nahm es am 16. April die Vereidigung der neuen Gemeinderätinnen und -räte und zum ersten Mal auch der Generalrätinnen und -räte vor. Die Feier bot Gelegenheit, an die Rechte und Pflichten der Gewählten zu erinnern und auch sie auf ihren Auftrag und ihre Verantwortung hinzuweisen. Diese Worte wurden im zweiten Teil durch die Rede von Bernard Challandes zum Thema «Teamgeist» ergänzt und von den rund 400 anwesenden Personen (Gewählte und Gäste) geschätzt.

Besuche der Gemeinden. Das Oberamt hat damit begonnen, die Gemeinden zu besuchen. Diese Besuche werden 2012 fortgesetzt und mit Gesprächen über die Zusammenschlüsse verbunden.

2.6.4 Bereiche der VWD

Wirtschaft. Ein grosser Teil der Wirtschaft im Glânebezirk wird vom guten Gesundheitszustand der kleinen und mittleren Unternehmen getragen. Die Kundennähe der Chefs dieser Unternehmen und die Qualität ihrer Produkte machen den Erfolg unserer kleinen und mittleren Unternehmen/Industriebetriebe aus.

Es sei auch auf die bedeutenden, von gewissen Firmen wie dem Unternehmen CP Automation in Villaz-St-Pierre entwickelten Projekte hingewiesen, das seine Tätigkeit im Verlauf des Jahres aufgenommen hat.

«Das Unternehmen CP Automation gliedert sich besonders gut in die Kampagne unseres Kantons für eine nachhaltige wirt-

—
2011

schaftliche Entwicklung ein. Für den SR ist CP Automation nicht nur ein florierendes Unternehmen. CP Automation ist auch ein wertvoller Partner, da der Tätigkeitsbereich des Unternehmens es auch anderen freiburgischen Firmen ermöglicht, ihre Entwicklung sicherzustellen».

Der Kauf von Industrieland in Romont durch die Firma Abadia für den Bau einer «cité de l'environnement» lässt eine gute Entwicklungsperspektive in den kommenden Jahren erahnen.

RER. Die Einführung der S-Bahn RER «Bulle–Romont–Freibourg» hat das Angebot in Richtung Freiburg und Bern vergrößert. Die Verbindung Richtung Genf hat sich, gemäss ausinandergelassenen Meinungen der Bevölkerung der übrigen Gemeinden, hingegen verschlechtert.

2.6.5 Bereiche der GSD

Réseau Santé de la Glâne (RSG). Mit über 79 % hat die Bevölkerung des Bezirks einen Kredit von mehr als 48 000 000 Franken für die Vergrößerung und die Renovation der drei Heime in Billens, Siviriez und Vuisternens-devant-Romont genehmigt. Nach dieser Abstimmung hat der Vorstand beschlossen, unverzüglich mit dem Umbau des Standorts Vuisternens-devant-Romont zu beginnen und zwei psychogeriatrische Einheiten zu schaffen. Der Vorstand bereitet gegenwärtig den Wettbewerb vor.

Präklinische Notfallversorgung. Es wurde wiederholt Kontakt mit der Direktion für Gesundheit und Soziales aufgenommen, um der Frage nachzugehen, ob der Glane- und der Vivisbachbezirk nicht über eine Notfallversorgung verfügen könnten.

Ärzte. Die Allgemeinpraktiker sind rar und die Mehrheit von ihnen ist über 55 Jahre alt. Die Situation ist besorgniserregend und hat sich mit dem Tod von Dr. Nils Gueissaz Ende Jahr noch verschlimmert. Der Oberamtmann möchte der Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre dafür danken, dass sie dazu beigetragen hat, dass sich in Romont schnell ein Stellvertreter niederlassen konnte.

Spitalexterne Krankenpflege. Der Sektor der spitalexternen Krankenpflege, der zum RSG gehört, entwickelt sich von Jahr zu Jahr weiter.

2.6.6 Bereiche der FIND

Informatik. Das Oberamt hat sich weiterhin für eine Verbesserung des Informatikangebots für die Gemeinden eingesetzt. 2011 sind einige Gemeinden dem Verband beigetreten und sind nun nach der von CommuNet vorgeschlagenen Lösung beim Staat angeschlossen.

2.6.7 Bereiche der RUBD

Raumplanung. Aufgrund des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes hat das Oberamt in Zusammenarbeit mit dem Verband der Gemeindeschreiber und -kassiere des Bezirks einen Informationsabend mit konkreten Beispielen für die Gemeindeschreiber veranstaltet. An diesem Abend nahmen alle Gemeinden und mehrere Gemeinderäte teil.

Regionalplanung. Die Ammänner haben ihren Willen bekräftigt, die für die kurzfristige Erstellung einer Regionalplanung notwendigen Werkzeuge bereitzustellen.

2.7 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: Christophe Chardonnens

2.7.1 Bereiche der EKSD

Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos. Mit dem Abschluss der Umbauarbeiten der alten Gebäude der Orientierungsschule Estavayer-le-Lac und der Einweihung der neuen Anlagen im Juni 2011 geht der Schulbetrieb an der Orientierungsschule Broye wieder seinen gewohnten Gang. Die Einhaltung des Budgets sowie die Qualität der neuen Infrastrukturen geben Anlass zur Zufriedenheit, auch wenn sich neue Herausforderungen abzeichnen, namentlich aufgrund der Entwicklung des Schülerbestandes.

Interkantonales Gymnasium der Region Broye. Der Rat sorgt dafür, dass ein reibungsloser Schulbetrieb gewährleistet ist und begleitet Projekte, die seine Entwicklung begünstigen können.

Stiftung Pro Vallon. Die Renovationsarbeiten an der Fassade haben dem Gebäude einen jugendlichen Anstrich verliehen. Der Stiftungsrat setzt seine Bemühungen für einen Anstieg der Besucherzahlen des Musée romain de Vallon und, langfristig, für eine ausgeglichene finanzielle Situation fort.

Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye. Die Kommission hat die Betreuung der Schüler des Broyebezirks aufmerksam verfolgt, um sicher zu gehen, dass die gewährten Ressourcen den Bedarf an logopädischer, psychologischer und psychomotorischer Betreuung effizient abdecken und dies trotz immer komplexeren Situationen und grösserer Nachfrage.

Interkantonale Zusammenarbeit der Schulen. Dank der Unterstützung der für den obligatorischen Unterricht zuständigen Direktion bzw. des Departements der Kantone Freiburg und Waadt hat das Projekt zur Förderung der interkantonalen Zusammenarbeit beim obligatorischen Unterricht neuen Schwung erhalten. Es wurde eine Steuerungsgruppe gebildet, die den Auftrag hat, ein Modell für die Zusammenarbeit der Gemeinden der

2011

beiden Kantonen im Bereich der obligatorischen Schule auszu- arbeiten, anhand dessen interessierte Gemeinden ihre Projekte entwickeln können.

2.7.2 Bereiche der SJD

Gaststätten und Veranstaltungen. Das Oberamt verfolgte die Situation der öffentlichen Gaststätten im Bezirk aufmerksam und wachte über den reibungslosen Ablauf öffentlicher Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei und der Kantonspolizei.

Feuerwehr. Die Reorganisation der Feuerwehrkorps des Broyebezirks geht weiter. So nehmen neue Zusammenschlüsse von Feuerwehrkorps Form an. Die Reorganisation ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Gewisse Gemeinden müssen sich noch weiter damit auseinandersetzen.

Migrantinnen und Migranten. Das interkantonale Projekt «Des ponts sur la Broye», das im Rahmen der Ausschreibung des Projekts «Zusammenleben im ländlichen Raum» durch die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) im April 2008 entstanden ist, fand mit einem wunderbaren Schlussfest im Oktober 2011 seinen Abschluss. Mit der Beteiligung von fünf Gemeinden und zahlreichen Projekten kann eine positive Bilanz gezogen werden. Im Laufe des Jahres 2012 sind noch gewisse Aktionen geplant, mit denen die Betreuung und der Fortbestand gewisser Projekte unterstützt werden soll.

2.7.3 Bereiche der ILFD

Abstimmungen. Mit der Vorbereitung und Durchführung der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Wahlen war 2011 ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Personal des Oberamts. Die Einführung der neuen Software Votel erforderte zwar viel Energie, sie hat jedoch die Arbeit der Gemeinden und des Oberamts sehr erleichtert.

Gemeindezusammenschlüsse. Den laufenden Projekten waren unterschiedliche Schicksale beschieden. Das Fusionsprojekt der Gemeinden Châbles, Cheyres, Murist, Nuvilly und Vuissens wurde fallen gelassen und es wurde beschlossen, für das Fusionsprojekt der Gemeinden Delley-Portalban, Domdidier, Dompierre, Gletterens, Léchelles, Montagny, Russy, St-Aubin und Vallon einen kleineren Rahmen vorzusehen. Der zustande gekommene Zusammenschluss der Gemeinden Estavayer-le-Lac und Font vom 1. Januar 2012 ist jedoch Grund zur Freude. Im Übrigen wurden die Arbeiten zur Umsetzung des Gesetzes über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse in Angriff genommen. Es wurde ein Lancierungsabend durchgeführt und die Gemeinden haben einen Fragebogen erhalten, anhand dessen ihre Situation analysiert und ein Fusionsplan ausgearbeitet werden soll.

Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye). Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung der laufenden Dossiers mit.

Verband CommuNet. Das Projekt expandiert weiter und erstreckt sich inzwischen auf alle Bezirke des Kantons.

2.7.4 Bereiche der VWD

Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB). Die COREB, die vom Oberamtmann des Broyebezirks präsiert wird, hat ihre Tätigkeit für die Förderung der regionalen Entwicklung einer interkantonalen Broye verstärkt. An Projekten fehlt es nicht. Es ist deshalb vorgesehen, dass die COREB im Laufe des Jahres 2012 in grösseren Räumlichkeiten in Payerne untergebracht wird und ein Projektleiter angestellt wird.

Aeropole. Das Jahr 2011 stellte keine Ausnahme von der Regel dar; so sah man sich erneut mit einer Welle von Forderungen aller Art von Seiten des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) konfrontiert. Eine Sitzung im Dezember 2011 von Vertretern der COREB und des BAZL verlief vielversprechend und lässt auf eine Genehmigung des Betriebsreglements für Zivilluftfahrt hoffen und darauf, dass dieses ehrgeizige Projekt eines Technologieparks für Luftfahrt im Laufe des Jahres 2012 Form annimmt. Im Übrigen gibt der Erfolg des Projekts SolarImpulse, das der Region Broye mehr Visibilität verschafft, Anlass zur Freude.

Neue Regionalpolitik (NRP). Der Oberamtmann hat an den Arbeiten des Verbandes der Freiburger Regionen für die Umsetzung der neuen Regionalpolitik (INNOREG FR) mitgewirkt und in seinem Bezirk Diskussionen angeregt, um Projekte anzustossen, die eine Unterstützung des Bundes oder des Kantons erhalten könnten.

2.7.5 Bereiche der GSD

Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks. Das Jahr 2011 war im Wesentlichen der Bettenplanung der Pflegeheime des Broyebezirks gewidmet. Die dem Verband angehörenden Gemeinden konnten von den Vorschlägen Kenntnis nehmen. Ein Entscheid über die Arbeiten, die durchgeführt werden müssen, um die Pflegeheime im Broyebezirk an die Erwartungen der Heimbewohner anzupassen und die Nachfrage abzudecken, sollte Anfang 2012 gefällt werden. Die Überlegungen, die mehrere Gemeinden zur Frage der altersgerechten Wohnungen gemacht haben, sind erfreulich.

Interkantonales Spital der Broyeregion (HIB). Das Spital hat nach einem äusserst bewegten Jahr 2010 wieder zu einer gewissen Stabilität zurückgefunden. Die Ankunft des neuen Generaldirektors und des neuen Finanzdirektors brachten zweifellos

2011

frischen Wind mit sich und Projekte aller Art sind reichlich vorhanden. Wir sind überzeugt, dass die Grossen Räte der Kantone Freiburg und Waadt 2012 die neue Rechtsstellung des Spitals endlich verabschieden werden und die Überlegungen zum Spital von morgen (HIB Payerne 2) mit grossen Schritten vorangehen werden.

COSAF. Die Kommission hat zahlreiche Gesuche um Pauschalentschädigungen behandelt und gleichzeitig die Entwicklung des Dienstes für Spitalexterne Krankenpflege des Broyebezirks verfolgt.

CODEMS. Die Kommission hat sich an den Überlegungen zur Planung der Begleitungs- und Betreuungsstrukturen für Betagte Personen beteiligt.

2.7.6 Bereiche der FIND

Informatik. Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Entwicklung von Informatik-Tools und -dienstleistungen, die den Verwaltungen und Privatpersonen zur Verfügung stehen.

2.7.7 Bereiche der RUBD

Association de la Grande Cariçaie. Diese neue Struktur steht nun auf eigenen Füßen und sorgt für die langfristige Erhaltung und die Integrität der Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees.

Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees. In Anbetracht der Bildung der Association de la grande cariçaie ist die paritätische Kommission 2011 nicht zusammengetreten. Ihre Rolle und ihr Platz müssen angesichts dieser neuen Organisation neu definiert werden. Sie wird ihre Arbeit im Laufe des Jahres 2012 wieder aufnehmen, um den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren des Südufers des Neuenburgersees zu fördern.

Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf. Die Vorstudie über die Ufersanierung der Kleinen Glane und des Fossé Neuf wurde den betroffenen Gemeinden vorgestellt und sollte die Ausarbeitung eines neuen Konzepts ermöglichen.

Interkantonaler Richtplan. Das Dossier wurde an die Kantone Freiburg und Waadt zur letzten Prüfung überwiesen bevor es öffentlich aufgelegt wird. Es geht nun darum, die letzte Zielgerade vorzubereiten, die unter anderem die schwierige Mission beinhaltet, die Gemeinden davon zu überzeugen, dass es sich nicht um ein Hindernis für die kommunale Entwicklung handelt, sondern vielmehr um ein für jegliche Entwicklung unabdingbares Instrument.

Gemeindeübereinkunft für die Entwicklung des strategischen Sektors «Rose de la Broye». Mit der Aufnahme von strategischen Sektoren in den kantonalen Richtplan hat das Projekt neuen Auftrieb erhalten. Die wichtigsten, im Berichtsjahr besprochenen Themen waren der Bau einer Zufahrtsstrasse und der Erwerb des für die Entwicklung des Sektors nötigen Bodens.

Fahrende. 2011 verliefen die Aufenthalte von Fahrenden relativ diskret.

Militärflugplatz Payerne. Die Kontaktgruppe Militärflugplatz, deren Vorsitz der Oberamtmann des Broyebezirks innehat, hat ihre Überlegungen und den Austausch weitergeführt, namentlich zum militärischen Betriebsreglement und zur Umzäunung des Flugplatzes. Sie erhielt Besuch von Bundesrat Ueli Maurer, der zum Thema Erwerb neuer Kampfflugzeuge genauere Informationen abgab; Sie erwartet nun die Genehmigung des militärischen Betriebsreglements, damit die verschiedenen Abkommen, die sich aus den Diskussionen der Kontaktgruppe ergeben haben, endgültig besiegelt werden können.

2.8 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: Michel Chevalley

2.8.1 Bereiche der EKSD

Kindergarten und Primarschule. Drei neue Schulen sind eingeweiht worden und bestätigen somit eine nach wie vor beachtliche Entwicklung.

Orientierungsschule. Es muss in die Renovierung des alten Gebäudes und leider auch in die Reparatur gewisser Mängel in den neueren Gebäuden investiert werden.

Verband «Tous unis contre la violence». Der vom Oberamtmann präsidierte Verband hat in Zusammenarbeit mit den Organisatoren von Jugendfesten, an denen Exzesse zahlreich vorkommen, jede Menge Arbeit geleistet.

2.8.2 Bereiche der SJD

Öffentliche Ordnung. Die Nachtlokale sind immer wieder ein Störfaktor. Mithilfe der Kantonspolizei mussten verschiedene Regelungen eingeführt werden, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Feuerwehr. Mit der Fusion von Châtel-St-Denis und Remaufens hat der Bezirk seinen Fellwechsel vollzogen und sich vollständig an die Anforderungen der «Feuerwehr 2015» angepasst.

2011

2.8.3 Bereiche der ILFD

Gemeinden. Da er angefragt wurde, die Diskussionen über all-fällige Gemeindezusammenschlüsse zu leiten, hat der Oberamt-mann aktiv an den Arbeiten des Steuerungsausschusses teilge-nommen.

Die Ammännerkonferenz ist regelmässig zusammengetreten. Sie behandelte alle Themen, die die Gemeinden als Ganzes be-treffen.

Hunde. Als Vertreter der Konferenz hat der Oberamtman Vor-schläge gemacht, wie das Pflichtenheft eines jeden im Bereich Hunde klarer gestaltet werden könnte.

2.8.4 Bereiche der VWD

Wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl der Gürtel etwas enger geschnallt werden musste, litt der Bezirk nicht zu stark unter der eher schlechten Konjunktur in diesem Jahr. Die im Wesent-lichen auf den Sekundär- und Primärsektor ausgerichteten Un-ternehmen haben die Situation gut gemeistert.

Region und öffentlicher Verkehr. Als Präsident der Region Glane-Vivisbach beschäftigte sich der Oberamtman mit den Perspektiven in Zusammenhang mit der neuen S-Bahn RER Freiburg. Im Übrigen wirkte er bei den Arbeiten für die Projekte «Loisirs pour tous» (Zugang zu Freizeitaktivitäten für gehbehin-derte Personen) und «Communes en mouvement» mit.

2.8.5 Bereiche der GSD

Patientennahe Medizin. Nach einer Umfrage bei den Allge-meinpraktikern der Region hat sich die besorgniserregende Situation bestätigt. Es müssen unbedingt Lösungen gefunden werden.

Pflegeheime. Nach mehreren Diskussionen haben 9 Gemein-deräte schliesslich dem Projekt zugestimmt, das die Anpassung der Heime an die heutigen Anforderungen vorsieht. Kosten-punkt für die Gemeinden: über 30 Millionen Franken!

2.8.6 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

2.8.7 Bereiche der RUBD

Regionaler Richtplan. Die Planungsarbeiten konnten noch nicht in Angriff genommen werden, da gewisse Gemeinden zuerst die ersten Ergebnisse des Fusionsprojekts abwarten möchten.

RiVeLac. Der Oberamtman hat mit den Gemeinden Riviera und Châtel-St-Denis getagt und den Staatsrat vertreten. Das Ag-glomerationsprojekt Riviera und Haut-Lac (RiVeLac) könnte, wenn es so vom Bund abgesegnet wird, interessante finanzielle Auswirkungen für den Hauptort und den Bezirk haben.

2.9 Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	8709 (8015)	1134 (1340)	2520 (2324)	2132 (2044)	479 (474)	984 (1167)	479 (474)
Vermittlungsversuche:	414 (445)	47 (76)	144 (153)	23 (61)	62 (71)	72 (88)	62 (71)
- davon erfolgreich	249 (254)	26 (48)	78 (71)	11 (19)	32 (21)	27 (36)	32 (21)
- davon gescheitert	165 (185)	17 (26)	38 (44)	9 (36)	12 (39)	36 (42)	12 (39)
- davon hängig	0 (6)	4 (2)	28 (38)	3 (6)	13 (11)	9 (10)	13 (11)
Strafbefehle	8202 (7570)	1073 (1242)	2346 (2141)	2109 (1980)	417 (403)	912 (1079)	417 (403)
- davon definitiv	8134 (7446)	1049 (1228)	2274 (2090)	2071 (1943)	405 (386)	892 (1049)	405 (386)
- davon mit Einsprache angefochten	68 (124)	24 (14)	72 (51)	38 (37)	12 (17)	20 (30)	12 (17)
Verwaltungsbeschwerden (2011 erfasst)	56 (48)	17 (18)	24 (22)	16 (29)	9 (17)	33 (35)	9 (17)
Baubewilligungen (Heizungsanlagen inbegriffen)	606 (995)	363 (443)	552 (595)	319 (341)	289 (299)	406 (480)	289 (299)
Jagdpatente	360 (372)	312 (345)	604 (610)	123 (130)	197 (201)	152 (156)	197 (201)
Fischereipatente	1597 (1586)	1218 (1151)	2148 (1996)	2923 (2938)	283 (302)	815 (766)	283 (302)
Einsargungen	30 (19)	1 (1)	9 (8)	1 (1)	3 (0)	2 (2)	3 (0)
Verschiedene Bewilligungen	2670 (2160)	1185 (1170)	3103 (3058)	1780 (1739)	996 (980)	1312 (1256)	996 (980)
Freiheitsentzug (Vorfürhungen)	23 (34)	2 (4)	18 (20)	0 (0)	8 (14)	6 (6)	8 (14)

2011

VIII. Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg (LIG)

Direktorin: Geneviève Gassmann

1. Aufgaben

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs-, Dienstleistungs- und Produktionsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das Institut die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Agrotechnik, Forstwirtschaft, Gartenbau, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, um Beratungs- und Kontrollaufträge und um die Bereitstellung von Ressourcen. Die Produktionstätigkeit spielt eine entscheidende Rolle sowohl im pädagogischen Bereich als auch für Versuchs- und Demonstrationszwecke und trägt dazu bei, dass Grangeneuve für unsere Schülerinnen und Schüler, Kunden und Partner attraktiv ist.

2. Tätigkeit

2.1 Berufsbildung

Die Berufsbildungszentren des LIG, die von der Konsultativkommission und den Bildungskommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 1 047 (1 063) Schülerinnen und Schüler.

2.2 Ausbildung Naturberufe

	Anzahl Schüler/Kandidaten
Landwirtschaftliche Lehre (EFZ und EBA)	250 (180)
Fachschule Landwirtschaft (Wintersemester)	56 (130)
Forstwartlehre	47 (51)
Gärtnerlehre (EFZ, EBA und Anlehre)	160 (165)
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis	66 (45)
Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	66 (52)
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis Gärtner/in	20 (31)
HF Agrokaufmann/-frau und Agrotechniker/-in	6 (21)

Die grossen Unterschiede bei den Zahlen im Vergleich zum Vorjahr sind vor allem auf die neue Aufteilung infolge der landwirtschaftlichen Berufsbildungsreform zurückzuführen.

Die landwirtschaftliche Berufsbildungsreform ist in vollem Gange, sei dies bei der Ausarbeitung neuer Lehrmittel, der Rekrutierung und der Ausbildung von Berufsbildnern in Lehrbetrieben oder der Umsetzung des neuen Bildungsplans. Während schweizweit die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen der Landwirtschaftslehre zurückgeht, nimmt der Bestand der Lernenden in Grangeneuve zu. Die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Qualität der Lehrbetriebe, die Zweisprachigkeit und die Infrastrukturen des Instituts sind ausschlaggebend für diese Entwicklung.

Was die Ausbildung für Agrokaufleute und Agrotechniker betrifft, so ist der Prozess für die Anerkennung als Höhere Fachschule abgeschlossen. Die Anerkennung durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie bildet den krönenden Abschluss der Arbeiten, die in den letzten Jahren in die Schaffung dieser beiden höheren Fachausbildungen investiert wurden.

JardinSuisse, die Dachorganisation der Gärtner, hat Grangeneuve mit der Organisation der Fachausweise für die gesamte Westschweiz beauftragt. Nach dem Fachausweis für Landschaftsgärtner werden nun die Sportrasenspezialisten, die Zierpflanzengärtner sowie die Baumpflegespezialisten eine höhere Berufsbildung am Institut absolvieren.

Der starke Anstieg des Schülerbestandes am Bildungszentrum für Naturberufe war nur dank der Nutzung neuer Informationstechnologien möglich. Die Einführung eines papierlosen Schulverwaltungssystems sowie die zunehmende Informatisierung von Prozessen führten einerseits zu einer bedeutenden Effizienzsteigerung und andererseits zu verbesserten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.3 Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Ausbildungen

	Anzahl Schüler/Kandidaten
Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, modulare Ausbildung	26 (29)
Vorbereitungskurs für die eidg. Fachausweis- und Diplomprüfung Bäuerin	8 (8)
Hauswirtschaftslehre (EFZ und EBA)	96 (92)
Überbetrieblicher Kurs Milchtechnologin/ Milchtechnologe	54 (55)

2011

Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe (EFZ und EBA)	122 (121)
Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe (EFZ und EBA)	42 (44)
Vorbereitungskurs zur höheren Fachprüfung für Milchtechnologen	11 (11)
Vorbereitungskurs zur höheren Fachprüfung für Lebensmitteltechnologen	9 (8)
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	8 (12)

Es wurden 26 Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden unterzeichnet.

Die Schülerzahl des Bildungszentrums ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht zurückgegangen. Dies lässt sich vor allem durch den Rückgang der Anwärterinnen und Anwärter, die sich zu den überbetrieblichen Kursen für französischsprachige Milchtechnologen angemeldet haben, erklären wie auch dadurch, dass die Lehre für Hauspflegerinnen 2011 nicht mehr angeboten wurde.

2.4 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst (CASEi) hat seine Tätigkeit bei rund 270 Käsereien und 4000 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburger Agro-Lebensmittellabor hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Süsselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

2.5 Dienstleistungen

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2 075 (2 102) Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 793 (781) Personen angeschlossen.

2011 waren die Stationen unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

- > Bereitstellung von Ressourcen für die kantonalen Zuchtverbände und die Organisation der Milchvieh- und Zuchtstiermärkte in Bulle;
- > Organisation von Alpinspektionen und Verfassen eines entsprechenden Berichts;

- > Individualberatung für Landwirtinnen und Landwirte des Kantons in allen Bereichen der Produktion und Betriebsverwaltung;
- > Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten und Swissgrainum;
- > Berechnung der neuen Nährstoffbilanzen für 2400 Betriebe des Kantons;
- > Berechnung der parzellenscharfen Düngplanung und der Futterpläne für Milchvieh;
- > Verwaltung des Dossiers «Düngebewilligung für Alpen»;
- > Informationen für mehrere Projekte zur ökologischen Vernetzung;
- > Beratung für Landwirte, die sich für biologische Landwirtschaft entschieden haben;
- > Technische Beratung von Obstbauern und Gemüsegeärtnern und ihrer Organisation;
- > Abschluss der kantonalen Kampagne zur präventiven Beseitigung der Cotoneaster (Massnahme zur Bekämpfung des Feuerbrandes);
- > Erfolgskontrolle bei «Nitrat»-Projekten im Rahmen von Art. 62a des GSchG;
- > Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Trockenheit» des Tiefbauamts;
- > Begleitung von regionalen Projekten;
- > Erstellung von Betriebsbudgets, die dem LwA zu einem grossen Teil als Entscheidungsbasis dafür dienen, ob Investitionshilfen gewährt werden sollen;
- > Organisation von Weiterbildungskursen über ein breites Themenspektrum für Bäuerinnen und Landwirte;
- > Abschluss von 1 100 Betriebs- und Steuerbuchhaltungen für freiburgische Landwirte;
- > Erstellung von Statistiken aufgrund der Buchhaltungsabschlüsse;
- > Schätzung der Ertragsausfälle im Rahmen der Grundwasserschutzzonen S;

2011

- › Ertragswertschätzungen und Beratung bei Betriebsübergaben/-übernahmen;
- › Beratung für die Bildung und Auflösung verschiedener Formen der Zusammenarbeit zwischen Landwirten.

2.6 Betriebe

Zu den Betrieben gibt es für das Jahr 2011 insbesondere Folgendes zu berichten:

- › Ersetzung des Betriebleiters des Landwirtschaftsbetriebs in Grangeneuve, der in den vorzeitigen Ruhestand getreten ist;
- › Ersetzung des Verantwortlichen des Schweinehaltungsbetriebs in Grangeneuve, der in den Ruhestand getreten ist; Diese Einheit wurde vollständig dem Landwirtschaftsbetrieb angegliedert;
- › Bezüglich der Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betriebe werden gegenwärtig Lösungen gesucht, die eine optimale Überwachung des Viehs und den Unterhalt der Anlagen ermöglichen und es gleichzeitig erlauben, die Überstunden abzubauen;
- › Im Schweinehaltungsbetrieb in Grangeneuve wurden umfangreiche Unterhaltsarbeiten vorgenommen und Anlagen erneuert;
- › Bestehende Räumlichkeiten wurden für die Lagerung von Freiburger Staatswein in Grangeneuve eingerichtet;
- › Auf allen Betrieben des Instituts führte die Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL) Beratungsbesuche durch und erstellte Berichte zur Sicherheit. Sämtliche Korrekturmassnahmen befinden sich in der Abschlussphase. Im Frühling 2012 wird ein Kontrollaudit stattfinden, damit diese Betriebe die Auszeichnung Agri Top erhalten;
- › Instandsetzung der Strasse von Sorens, die sich seit zwei Jahren im Bau befindet. Im Frühling 2012 sollten die Arbeiten mit dem Anbringen des Schlussbelags abgeschlossen werden;
- › Die Wohnung für die Lernenden und Praktikanten im Haus in Sorens ist fertig und kann von drei Personen, die das ganze Jahr auf dem Betrieb tätig sind, bewohnt werden;
- › Eine Zisterne von 20 000 Litern Fassungsvermögen wurde als Occasion erworben und im alten, zerstörten Bauernhof von Chesauperey angebracht. Diese Zisterne gewährleistet einen ständigen Wasservorrat für die Tiere und für Reinigungen, wodurch die Abhängigkeit vom Wassernetz eingeschränkt wird;
- › Renaturierung des Bachs, der in der Nähe von Gros Prarys über eine Länge von 100 m unterirdisch in Röhren verlief. Diese Arbeiten erfolgten im Anschluss an den Unterhalt der angrenzenden Hecke. Anstatt die umliegenden Drainagen zu erneuern, war es sinnvoller, diesen Bach zu renaturieren und mit dem Drainagewasser zu speisen.

Aktive Beteiligung aller Mitarbeiter der Betriebe am Erfolg von Nutri11 im Juni und an der «Désalpe des Quinquas» in Freiburg im September. Der grosse Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesen Veranstaltungen, die viel Personal beanspruchten, hat sich deutlich auf den Anstieg an Überstunden ausgewirkt.

IX. Nutztiersicherungsanstalt (Sanima)

1. Aufgaben

Verwalter: Hubert Jungo

SANIMA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen. SANIMA ist beauftragt:

- › die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersicherung zu versichern;
- › die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Entsorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

2. Tätigkeit

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Es wird auf den besagten Bericht verwiesen.

2011

X. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen		Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
INSTITUTIONEN, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT		419,42	404,76	14,66
ZENTRALVERWALTUNG		240,45	228,88	11,57
3400 / ICAS	Generalsekretariat	10,68	9,85	0,83
3405 / ETCI	Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	26,95	26,80	0,15
3410 / PREF	Oberämter	38,48	38,70	-0,22
3415 / DECO	Amt für Gemeinden	8,01	8,00	0,01
3425 / AGRI	Amt für Landwirtschaft	23,10	23,00	0,10
3430 / OVET	Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	74,69	64,60	10,09
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	57,78	57,17	0,61
3460 / VILA	Weinberge Lavaux	0,76	0,76	
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		178,97	175,88	3,09
3440 / IAGR	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	159,06	154,72	4,34
3445 / SFOR	Amt für Wald, Wild und Fischerei	18,67	19,92	-1,25
3461 / VIVU	Weinberge Wistenlach	1,24	1,24	



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'économie et de l'emploi DEE
Volkswirtschaftsdirektion VWD

WWW.FR.CH/VWD

I. Direktion und Generalsekretariat	1	VIII. Wohnungsamt	23
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	23
2. Tätigkeiten.....	1	2. Tätigkeiten.....	23
3. Interkantonale Zusammenarbeit.....	4		
4. Streitfälle.....	4	IX. Amt für Berufsbildung	25
5. Gesetzgebung.....	5	1. Aufgaben	25
		2. Tätigkeiten.....	25
II. Wirtschaftsförderung	5	3. Ausbildung	28
1. Aufgaben	5		
2. Tätigkeit.....	5	X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	29
3. Neue Regionalpolitik	7	1. Aufgaben	29
4. Wirtschaftsförderungsmaßnahmen	8	2. Tätigkeiten.....	30
		3. Stand der Stipendienfonds	35
III. Amt für den Arbeitsmarkt	9		
1. Aufgaben	9	XI. Personalbestand	36
2. Ordentliche Tätigkeit.....	9		
IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse	15		
1. Aufgaben	15		
2. Tätigkeiten.....	15		
3. Ausbezahlte Leistungen.....	16		
V. Handelsregisteramt	16		
1. Aufgaben	16		
2. Tätigkeiten.....	17		
3. Interkantonale Zusammenarbeit.....	17		
4. Streitfälle.....	18		
VI. Amt für Verkehr und Energie	18		
1. Aufgaben	18		
2. Tätigkeiten.....	18		
VII. Amt für Statistik	21		
1. Aufgaben	21		
2. Tätigkeit.....	21		

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft und des Tourismus im Kanton Freiburg zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie beschäftigt sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft.

*Die Direktion wird von **Beat Vonlanthen**, Staatsrat, geleitet.*

*Das Generalsekretariat steht unter der Verantwortung von **Christophe Aegerter**, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.*

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass der Staatsrat aufgrund der Ende 2010 beschlossenen Neuorganisation der Direktionen das Amt für Verkehr und Energie aufgelöst hat. Seit dem 1. Januar 2012 gehört die Sektion Verkehr zum neuen Amt für Mobilität (MobA), das der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) unterstellt ist. Die Sektion Energie wurde in ein Amt umgewandelt und bleibt als Amt für Energie (AfE) der VWD unterstellt.

2. Tätigkeiten

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das herausragende Ereignis des Berichtsjahres war die Inbetriebnahme des RER Fribourg | Freiburg, dessen erste Linie (Bulle-Romont-Freiburg) im Dezember 2011 eingeweiht wurde. Im Laufe des Berichtsjahres hat die VWD ausserdem das Energiegesetz geändert (das der Grosse Rat Anfang 2012 behandelt hat) und hat Anreiz- und Zwangsmassnahmen eingeführt, mit denen die kantonale Energieplanung umgesetzt werden soll, die der Staatsrat 2009 aufgestellt hat. Ebenfalls auf diesem Gebiet hat der Grosse Rat im Mai 2011 das Gesetz über den kantonalen Energiefonds verabschiedet. Im Bereich der Gesetzgebung hat die VWD ausserdem den Gesetzesentwurf über die wirtschaftliche Landesversorgung und das Dekret über einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2012–2015 (2. NRP-Phase) nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung vollständig ausgearbeitet. Diese beiden Entwürfe werden vom Grossen Rat Anfang 2012 behandelt. Ein weiterer Meilenstein des Jahres 2011 waren die

Verhandlungen, die zum Erwerb des Areals der Cardinalbrauerei durch den Kanton und die Stadt Freiburg geführt haben. Nach der Unterzeichnung der Kaufvereinbarung mit dem Eigentümer des Areals hat die VWD eine Arbeitsgruppe aufgestellt, die für die nächsten Jahre den Auftrag hat, ein Projekt zur Errichtung eines Technologieparks auf diesem Gelände zu leiten. Die VWD hat ausserdem während des gesamten Jahres 2011 den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung überwacht und hat einen Zwischenbericht über die Wirkung des Plans aufgestellt (März 2011). Gestützt auf die Analysen der Arbeitsgruppe, die im Anschluss an die Verabschiedung des Plans zur Stützung der Wirtschaft aufgestellt wurde («Task Force»), hat die VWD mehrere Massnahmen zur Ergänzung des Plans vorgeschlagen (Massnahme zur Unterstützung von Jugendlichen, die noch keine Lösung für ihre Berufsbildung haben und Massnahme «55+», die die Anstellung von Stellensuchenden ab 55 Jahren fördert). Zu den herausragenden Ereignissen des Jahres 2011 zählt auch die von der Direktion organisierte Teilnahme des Kantons Freiburg als Ehrengast an der internationalen Warenmesse in Ningbo, China, sowie der Einzug der Mehrheit der Dienststellen der VWD im Boulevard de Pérolles 25, in Freiburg.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2011 insgesamt 32 Entscheide:

- > 12 Bewilligungen
- > 6 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 7 Aufhebungen von Auflagen
- > 2 Kenntnisnahmen vom Rückzug eines Gesuchs
- > 1 Zusatzerwerbung
- > 1 Verweigerung der Bewilligung
- > 3 Verkäufe von Sozialwohnungen
- > 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 2 BewG
- > 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG (Zwangsverwertung)

2011

> 0 Entscheide gemäss Art. 5 Abs. 2 und 3 BewV vom 1. Oktober 1984 (Nichtunterstellung)

Die 15 Bewilligungen betrafen:

- > 3 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen
- > 12 Ferienwohnungen:

 - > Sektor Jauntal und Berra 7
 - > Sektor Vivisbach 3
 - > Sektor Oberer Greyerzbezirk 2
 - > Sektor Sense 0
 - > Sektor Bulle 0

2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2011 eine Abnahme der Übernachtungen um etwa 2,0 %. Dieses Resultat bestätigt die Abhängigkeit des Tourismus von der globalen Wirtschaft und von der Entwicklung des Frankenkurses. Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 35,5 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Abnahme um knapp 722 000 Übernachtungen entspricht. Von der gesamten Zunahme vom vergangenen Jahr ist somit nichts zurückgeblieben. Das Resultat liegt sogar unter dem Ergebnis des Jahres 2010, das bereits ein schwieriges Jahr für den Schweizer Tourismus war. Dieser Verlust in der Hotellerie ist auf die Abnahme der ausländischen Gäste (-708 000 Übernachtungen oder -3,5 %) zurückzuführen. Die Zahl der inländischen Gäste ist praktisch unverändert geblieben (-13 000 oder -0,1 %).

Doch trotz der landesweit schwierigen konjunkturellen Lage verzeichnete die Freiburger Hotellerie eine Zunahme der Übernachtungen: Für das ganze Jahr wurden 27 448 Übernachtungen mehr (6,8 %) registriert als im Jahr 2010. Dies ist das beste Resultat des Freiburger Tourismus, nämlich insgesamt 430 544 Übernachtungen. Dieses Resultat ist auf die Eröffnung, die Vergrösserung, die Renovation und die Wiedereröffnung von Hotelbetrieben zurückzuführen. Weitere Faktoren, die diese Zunahme der Übernachtungen in Freiburg erklären können, sind der geringere Einfluss des Frankenkurses auf die Nachfrage, der grosse Anteil der inländischen Gäste, auf die 65 % der Übernachtungen entfallen, die günstigen Preise in Vergleich zu den touristischen Hochburgen der Schweiz, attraktive Pauschalangebote mit einem guten Preis/Leistungsverhältnis, die günstigen Wetterverhältnisse, die sich positiv auf den Aufenthaltstouris-

mus auswirken, die Ausrichtung der Freiburger Tourismusorte auf den Winter- und den Sommertourismus sowie das dynamische Image, das in den vergangenen Jahren von Fribourg Region vermittelt wurde.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und etwas weniger konjunkturabhängig ist, weisen die ersten Ergebnisse 2011 auf eine gewisse Stabilisierung der Resultate der vergangenen Jahre hin. Hinsichtlich der Übernachtungen kann die Gesamtbilanz für den Freiburger Tourismus als aussergewöhnlich gewertet werden, denn sie liegt über den Resultaten des Jahres 2010, während die meisten anderen Schweizer Destinationen eine Abnahme der Übernachtungen verzeichnen.

Die Ausflugsorte verzeichneten während einigen Monaten ein gutes Resultat, während sich andere Monate als schwieriger erwiesen, da sich das Wetter nicht so gut für Innenaktivitäten eignete. Dennoch erklären sich die meisten Regionen und Ausflugsorte mit den erzielten Resultaten als zufrieden.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2011 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- > Beginn oder Fertigstellung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Freiburg, Estavayer-le-Lac, Praz, Posieux;
- > die Inbetriebnahme der neuen Seilbahnen in Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee;
- > die Fortsetzung – auf Ebene des Kantons Freiburg – des vom FTV geleiteten Projekts «Enjoy Switzerland» FRIBOURG REGION. Unter anderem wurden im Rahmen dieses Projekts 2011 folgende Massnahmen getroffen:
 - + Verbesserung des Gästeempfangs;
 - + Analyse des Auftritts in den touristischen Regionen;
 - + Schulung des Tourismuspersonals zum Tourismusangebot;
 - + Werbung für «Freiburger Spezialitäten» mit rund hundert Dienstleistungsanbietern, die typische Speisen aus unserer Region anbieten;
 - + Analyse der touristischen Signalisation;
 - + Sensibilisierung der Freiburger Bevölkerung für den Tourismus;
- > die Einweihung des ersten interkantonalen Netzwerks von Self-Service-Fahrradverleihstationen der Schweiz «Fri2bike» am 7. Juli 2011. Dieses Angebot erlaubt es, unsere Region per Fahrrad über Radstrecken, die Orte mit Verleihstationen untereinander verbinden, zu erkunden;

2011

- › die Gewährung von A-Fonds-Perdu-Beiträgen für mehrere touristische Projekte im Rahmen des Umsetzungsprogramms 2008–2011 zur neuen Regionalpolitik:
 - + Studie über die finanzielle Machbarkeit eines Sportzentrums für Freizeit und Tourismus im Greyerzerland;
 - + Schaffung eines Online-Shops für regionale Produkte;
 - + «Loisirs pour tous»: Schaffung eines Tourismusangebots für Personen mit eingeschränkter Mobilität;
 - + Machbarkeitsstudie für das Astronomiezentrum Moléson;
 - + Realisierungsstudie für das Tourismusprojekt «Dorf der nachhaltigen Entwicklung»;
 - + Papiliorama: Schaffung einer neuen Aussenanlage «Playa y Agua»;
 - + Erweiterung des touristischen Radwegs «Herzroute» zwischen Laupen und Lausanne mit der Schaffung einer Etappe in Romont;
 - › die weitere Umsetzung der anderen vorrangigen Massnahmen gemäss der Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus «Vision 2030», darunter die Lancierung mehrerer Projekte für den Zeitraum 2011–2013;
 - › die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Umsetzung der Werbestrategie, die insbesondere die Verkaufsförderungsaktion für Tourismuspartner einschloss. Diese Werbekampagnen wurden in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Wallis Tourismus durchgeführt;
 - › in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von 63 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Brasilien, Kanada, Chile, Korea, den Vereinigten Staaten, Indien, Russland und den meisten europäischen Ländern;
 - › die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Tourismusgesetz errichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
 - › die Durchführung verschiedener touristischer Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung im Freiburgerland, unter anderem: die beiden «Slow Up»-Tage am Murtensee und am Greyerzersee;
 - › die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Unterlagen des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «FRIBOURG REGION – Hauptprospekt», der Hotelführer, die Broschüren «Meeting» und «Highlights», die Panoramakarte, die sehr geschätzte Pocket Card sowie das Wanderprogramm;
 - › der Betrieb der Websites www.fribourgregion.ch und www.skifribourg.ch durch den FTV; die Koordination der Websites der wichtigsten Tourismusregionen des Kantons zum Freiburger Tourismusangebot sowie die Vorbereitung der Umgestaltung der Plattform, die für 2012 vorgesehen ist, und die Migration in ein neues Betriebssystem;
 - › die Erweiterung der Plattform TOMAS (Touristic Online Management System) durch den FTV – in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen – mit Vorlagen für die Parahotellerie und die Pauschalangebote;
 - › die Fortsetzung des Betriebs der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
 - › die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von 13 (der insgesamt 18) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2011;
 - › die Erneuerung der Akkreditierung der regionalen und lokalen Tourismusorganisationen für den Zeitraum 2012–2017;
 - › die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands, die durch den Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein verbessert wird;
 - › die Durchführung und der Abschluss der Bestandsaufnahme des kantonalen Wanderwegnetzes;
 - › die Teilnahme des FTV an verschiedenen Arbeitsgruppen in Verbindung mit dem Tourismus auf kantonaler Ebene (z.B. «Image des Kantons Freiburg» unter der Leitung der Staatskanzlei) und auf nationaler Ebene (z.B. «nationales Reservationsystem» der Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren und Schweiz Tourismus);
 - › die Übernahme der Leitung der kantonalen Dachorganisation durch Thomas Steiner am 1. Oktober 2011, der die Nachfolge von Nicolas Zapf antritt.
- Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem über 1 350 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des

2011

Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2011 einen Saldo von 1 600 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

- > In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 953 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (Zinskostenbeitrag):
- > Hôtel Aux Remparts in Freiburg: Umbau einer alten Fabrik in ein 3-Sterne-Hotel;
- > Les Bains de Charmey im Greyerzerland: Verlängerung der Finanzhilfe;
- > Hôtel Ermitage in Les Paccots: Verlängerung der Finanzhilfe;
- > Hôtel Alpha in Freiburg: Renovation und Erweiterung;
- > Freiburger Seilbahnen: Télécabine Charmey-Les Dents Vertes SA im Greyerzerland für die Verschiebung der Talstation des Sessellifts «La Scie-Vounetz».

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von drei interkantonalen Konferenzen, von denen er zwei präsidiert, nämlich die Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-WS) und die Konferenz kantonalen Energiedirektoren (EnDK).

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Die VDK traf sich 2011 zu zwei Sitzungen und am 10. November zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- > dem Masterplan Cleantech der Schweiz;
- > der Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz;
- > der Revision der Leistung für die Standortförderung mit der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (OSEC);
- > dem hohen Frankenkurs;
- > der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes;
- > der Energiestrategie 2050 des Bundesrats;

> den Aussichten für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt im Jahr 2012.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2011 dreimal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- > das Programm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012–2015;
- > verschiedene Fragen in Bezug auf die Cleantech;
- > die wirtschaftliche Bedeutung der erneuerbaren Energien in der Schweiz.

Konferenz kantonalen Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2011 traf sich die EnDK zu zwei Plenarsitzungen, während der Vorstand sechs Sitzungen und zwei Videokonferenzen abhielt. Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Leitlinien der EnDK und ihrer Umstrukturierung;
- > die neuen Voraussetzungen (Konsequenzen und zu treffende Massnahmen) der schweizerischen Energiepolitik nach dem Reaktorunfall von Fukushima;
- > verschiedene Gesetzesentwürfe oder geplante Massnahmen des Bundes (CO₂-Gesetz, Cleantech, Strategie Biodiversität);
- > das Gebäudeprogramm;
- > der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK);
- > die Swissgrid AG, die Zusammenarbeit mit EnergieSchweiz und das Verhältnis zu Dritten wie swisselectric, dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) und der SIA.

4. Streitfälle

Die Direktion behandelt gestützt auf den Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2011 sieht wie folgt aus:

Eingereichte Beschwerden:	32
Bearbeitete Beschwerden:	29
<i>davon</i>	

 2011

Gutgeheissen:	0
Teilweise gutgeheissen:	2
Abgewiesen:	22
Gegenstandslos oder zurückgezogen:	4
Unzulässig:	1
Am 1. Januar 2012 bei der VWD noch hängig:	12

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Amt für den Arbeitsmarkt, Wohnungsamt, Amt für Verkehr und Energie, Hochschule für Technik und Architektur, Hochschule für Wirtschaft und Amt für Berufsbildung.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 3. November 2011 über die Verlängerung bis 2012 des Dekrets über einen Verpflichtungskredit für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gesetz vom 12. Mai 2011 über den kantonalen Energiefonds.

5.2 Verordnungen und Reglemente

Reglement vom 24. Mai 2011 über eine Massnahme zur Unterstützung von Jugendlichen, die noch keine Lösung für ihre Berufsbildung haben.

Verordnung vom 21. Juni 2011 zur Änderung des Energiereglements.

Verordnung vom 16. August 2011 über die zivilrechtliche Bevölkerung.

Verordnung vom 16. August 2011 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2010.

Reglement vom 11. Oktober 2011 für das Lehrpersonal, das der Volkswirtschaftsdirektion untersteht (LPR VWD).

Ausführungsreglement vom 8. November 2011 zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg (Förderung der Anstellung von stellensuchenden Personen ab 55 Jahren).

Verordnung vom 6. Dezember 2011 zur Änderung der Verwaltungsorganisation (Verkehr, Energie und Autobahnen).

II. Wirtschaftsförderung

1. Aufgaben

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie ist ausserdem für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik auf Kantonsebene zuständig.

Die Wirtschaftsförderung wird geleitet von Jean-Luc Mossier, Amtsvorsteher.

2. Tätigkeit

2.1 Tätigkeit im Ausland

Die Wirtschaftsförderung hat im Jahr 2011 die Ansiedlung von rund zwölf neuen ausländischen Unternehmen im Kanton Freiburg unterstützt. Die meisten stammten dabei aus ausgereiften Märkten (Vereinigte Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Deutschland), jedoch auch wie bereits im Vorjahr aus BRIC-Ländern (Russland und Indien). Sämtliche dieser Niederlassungen sind entweder das Ergebnis von Akquisitionstätigkeiten, von direkten Kontaktaufnahmen des Unternehmens oder von Kontakten über einen Berater.

Die neuen ausländischen Unternehmen, die sich im Kanton Freiburg niedergelassen haben, werden langfristig voraussichtlich mehr als hundert neue Arbeitsplätze schaffen, davon gut die Hälfte im Dienstleistungssektor.

2.1.1 Kontaktaufnahme

Die Einführung eines exklusiven Akquisitionsmodells im Rahmen des interkantonalen Vereins für die Wirtschaftsförderung im Ausland, Greater Geneva Berne area (GGBa), dem die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg, Freiburg und Bern angehören, zeigte leider nicht die gewünschte Wirkung. Im dritten Quartal 2011 wurde daher die Art der Zusammenarbeit neu überdacht. Die Kantone werden künftig die Möglichkeit haben, bei Akquisitionstätigkeiten mit einem Vertreter der GGBa auf den entsprechenden Märkten (Vereinigte Staaten, Frankreich, Deutschland, Italien, Brasilien, Russland, Indien und China) ihre eigenen Stärken hervorzuheben. Insbesondere können sie nach einem ersten Treffen im Rahmen von Akquisitionstätigkeiten in einem Land oder einem ersten Besuch des Unternehmens in der Schweiz die Projekte direkt betreuen.

2011

Die Marktverantwortlichen der Wirtschaftsförderung haben unter der Leitung der GGBa 13 Akquisitionsmissionen durchgeführt. Des Weiteren haben sie an Veranstaltungen der OSEC (Invest in Switzerland: Kompetenzzentrum der Schweizer Ausenwirtschaftsförderung) und an Fachseminaren teilgenommen.

Damit konnte die Wirtschaftsförderung auf den verschiedenen zusammen mit der GBBa bearbeiteten Märkten mehr als hundert Unternehmensverantwortliche treffen. Dazu kommen mehrere Dutzend direkte Kontakte oder durch Vermittler geknüpfte Kontakte sowie Akquisitionstätigkeiten auf weiteren Märkten und Nachfassaktionen auf den GBBa-Märkten.

Mit viel Aufwand wurde die Zusammenarbeit innerhalb der GGBa effizienter gestaltet – 2011 leider ohne Erfolg für Freiburg. Die sechs Partnerkantone haben daher weitere Massnahmen beschlossen, die zur Erhöhung der Erfolgsaussichten im Jahr 2012 umgesetzt werden sollen. Dabei sollen insbesondere Märkte erschlossen werden, die nicht bereits durch Akquisitionstätigkeiten konkurrierender Wirtschaftsförderungen übersättigt, jedoch gemäss den von der GGBa durchgeführten Analysen gleichwohl erfolgversprechend sind.

Die Wirtschaftsförderung hat 2011 im Kanton Freiburg in 55 Unternehmen aus 14 Ländern Besuche organisiert, davon fanden rund 20 auf Vermittlung der GGBa statt. Obschon im Rahmen der GBBa noch keine Ergebnisse (Ansiedlungen) erzielt werden konnten, wird das Prinzip einer interkantonalen Zusammenarbeit derzeit nicht in Frage gestellt. Die Wirtschaftsförderung will zwar das 2011 begonnene Zusammenarbeitsmodell weiterentwickeln, künftig aber die Art der Zusammenarbeit entsprechend des Entwicklungsstands und der Nähe der Märkte differenzieren.

2.1.2 Begleitung von angesiedelten Unternehmen

Besondere Bemühungen galten der Ausdehnung der Aktivitäten von ausländischen Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren im Kanton niedergelassen hatten. Die Arbeit der Wirtschaftsförderung erschöpft sich nämlich nicht in der Akquisition und der Realisierung eines Projekts, sondern beinhaltet auch die langfristige Betreuung der im Kanton niedergelassenen Unternehmen. Diese Betreuung erlaubt es, die Umsetzung von angekündigten Vorhaben und die Entwicklung neuer Projekte positiv zu beeinflussen. Die Unternehmen werden bei der Lösung von Problemen und bei administrativen Schritten unterstützt, sie werden mit Wirtschafts-, Hochschul- und Finanzpartnern vernetzt und mit Ratschlägen versorgt.

In diesem Kontext ist ein Erweiterungsprojekt in der Industrie anzuführen. Die Sachkenntnis und der Einsatz des lokalen Managements einerseits und die Unterstützung des Kantons und der Berater der Wirtschaftsförderung andererseits gaben den Aus-

schlag dafür, dass das neue Kompetenzzentrum in der Schweiz und nicht im Herkunftsland des Unternehmens gebaut wird.

Die niedergelassenen Unternehmen spielen weiterhin eine entscheidende Rolle, um neue Investoren dazu zu bewegen, ihren Standort in unseren Kanton zu verlegen. Die Wirtschaftsförderung kann somit auf die Unterstützung der Verantwortlichen dieser Firmen zählen, die sich als Referenzpersonen zur Verfügung gestellt und Zeit geopfert haben, um den Unternehmen, die den Kanton im vergangenen Jahr besucht haben, ihre Erfahrungen zu vermitteln.

2.2 Tätigkeit im Kanton

2.2.1 Wirtschaftsförderung im Kanton

Im Jahr 2011 unterstützte die Wirtschaftsförderung im Kanton Freiburg insgesamt 12 inländische Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte von Schweizer und Freiburger Unternehmen. Dies entspricht knapp der Hälfte der Projekte, die 2011 begleitet und zum Abschluss gebracht wurden.

Ausserdem wurden 44 Unternehmen bei ihrer Suche nach einem geeigneten Standort im Kanton Freiburg unterstützt.

2.2.2 Kontaktstelle für Unternehmen

Im Rahmen der Kontaktstelle für Unternehmen wurden 2011 über 150 Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Insbesondere der Verein Fri Up und die Freiburger Antenne der Bürgschaft Westschweiz tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedürfnisgerechte Lösungen angeboten werden können.

2.2.3 Analyse der Währungsturbulenzen

2011 setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung fort, was den meisten Unternehmen volle Auftragsbücher bescherte. Diese positive Entwicklung wurde aber durch die Währungsturbulenzen jäh getrübt. Zahlreichen exportorientierten Unternehmen und Zulieferbetrieben machte die Frankenstärke zu schaffen.

Um den Einfluss der Frankenstärke auf die hiesigen Unternehmen besser verstehen und beurteilen zu können, hat die Wirtschaftsförderung mit zahlreichen Unternehmen Gespräche geführt. Dabei zeigte sich ein äusserst heterogenes Bild. Das heisst, dass sich die Frankenstärke auf die einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich ausgewirkt hat, so dass sich kein allgemein gültiges Muster herauskristallisiert hat. Der Einfluss der Frankenstärke war dabei abhängig von Faktoren wie der Marktbeschaffenheit, der Branchenzugehörigkeit, der Kon-

2011

kurrenzsituation bzw. der Marktposition oder der Kunden- und Lieferantenbeziehungen der einzelnen Unternehmen.

2.2.4 Task Force der VWD

Die Task Force der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), die anlässlich der Wirtschaftskrise im Jahre 2009 ins Leben gerufen worden war, hat ihre Arbeit im Sinne eines Wirtschaftsbarometers mit der Beteiligung der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg weitergeführt. Die Task Force hat dabei zum Ziel, wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton zu erkennen und allfällige Massnahmen zu treffen.

2.2.5 Bürgschaft Freiburg

Die Bürgschaftsgenossenschaft CRC-PME Freiburg mit dem neuen Namen «Bürgschaft Freiburg» hat die Aufgabe, Betriebs- oder Investitionskredite in der Höhe von bis zu 500 000 Franken zugunsten von KMU zu verbürgen, um Neugründungen, Übernahmen oder das Wachstum der Unternehmen zu unterstützen.

Die Wirtschaftsförderung sitzt dem Verein Bürgschaft Freiburg vor und vertritt im Verwaltungsrat der Bürgschaft Westschweiz zusammen mit dem Freiburger Arbeitgeberverband und der Handelskammer Freiburg die Interessen des Kantons.

2011 konnten 13 Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der CRC-PME unterstützt werden. Zudem wurden zahlreiche Unternehmen über die Bürgschaftsgenossenschaft informiert und an diese weitergeleitet.

2.2.6 Risiko Kapital Freiburg AG

Die Risiko Kapital Freiburg AG finanziert innovative Unternehmen, die sich in der Gründungs- oder Expansionsphase befinden. Das finanzielle Engagement kann pro Unternehmen bis zu 750 000 Franken betragen.

2011 wurden der Risiko Kapital Freiburg AG 14 Anträge um eine finanzielle Beteiligung unterbreitet. 2 Unternehmen erhielten dabei einen positiven Finanzierungsbescheid.

Um auch in Zukunft Erfolg versprechende innovative Unternehmen unterstützen zu können, wurde das Kapital der Risiko Kapital Freiburg AG 2011 um 3 666 000 Franken erhöht.

2.2.7 Seed Capital Freiburg

Die Stiftung Seed Capital Freiburg, die ihre Tätigkeit im ersten Halbjahr 2010 aufnehmen konnte, hat zum Ziel, kurz vor der Gründung stehende Unternehmen, insbesondere Spin-offs der Fachhochschulen und der Universität Freiburg mittels Darlehen finanziell zu unterstützen (max. 200 000 Franken).

Im Jahre 2011 konnten drei Unternehmen von dieser Unterstützung profitieren.

2.2.8 Innovationsfonds des Kantons Freiburg

Der 2010 geschaffene Innovationsfonds des Kantons Freiburg ist ein mit 3 Mio. Franken dotierter Fonds, der der Förderung von wissenschaftlich und technologisch innovativen Projekten dient.

2011 konnten die ersten drei Projekte unterstützt werden.

3. Neue Regionalpolitik

Die Ausführung des kantonalen Umsetzungsprogramms zur neuen Regionalpolitik (NRP) für die Jahre 2008–2011 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und ist in einen kantonalen, einen interkantonalen und einen grenzüberschreitenden Aktionsbereich aufgeteilt.

Im Rahmen der kantonalen Strategie wurden mehrere Projekte genehmigt, die zur Entwicklung des Tourismusangebots im Kanton Freiburg beitragen. Zu erwähnen sind das Projekt, mit dem das Papiliorama in Kerzers um eine neue Aussenanlage erweitert werden soll, die bei schönem Wetter Platz für spielerische Aktivitäten rund um das Thema Wasser bietet, sowie das Projekt der Stiftung «Loisirs pour tous», das die Einführung eines Tourismusangebots für Personen mit eingeschränkter Mobilität in der Region Les Paccots bezweckt. Ausserdem unterstützt die NRP die Vereinigung Produkte aus dem Freiburgerland bei der Gründung eines Online-Shops, mit dem insbesondere jenseits der Kantongrenzen vermehrt für Produkte aus dem Freiburgerland geworben werden soll.

Im Bereich der Innovationsförderung lancierten die Regionen See und Sense im Rahmen der NRP im nördlichen Teil des Kantons ein Gründerzentrum für Unternehmen, um dem stetig wachsenden Bedürfnis von Unternehmensgründern nach passenden Räumlichkeiten und effizienter Begleitung gerecht zu werden. Im Gründerzentrum werden den Start-ups (Jungunternehmen) Büros und gemeinsame Räume zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Start-ups von Coaches des Vereins Fri Up kompetent beraten und begleitet.

Im Bereich der aktiven Bodenpolitik unterstützte die NRP mittels Darlehen die Gemeinden Kerzers und Châtel-St-Denis beim Kauf und bei der Erschliessung von Grundstücken, um rasch qualitativ hoch stehende Grundstücke für die Ansiedlung von Unternehmen mit (hoher) Wertschöpfung bereit stellen zu können.

2011 wurden im Bereich der industriellen Ökologie vier Pilotprojekte in den Arbeitszonen von Düdingen, Romont und Bulle

2011

sowie in der geplanten Arbeitszone «Rose de la Broye» in Lully lanciert. Die industrielle Ökologie hat zum Ziel, innovative Lösungen finden, um den Kreislauf der Ressourcen im Rahmen der Wirtschaftstätigkeit innerhalb einer bestimmten Zone zu optimieren. Es werden potenzielle Synergien ausfindig gemacht, um abfliessende Ressourcen- und Energieströme eines Unternehmens (Abfall, Wasser, Wärme) für andere Unternehmen nutzbar zu machen. Ob bei der Planung von neuen Industriezonen oder bei der Bewirtschaftung von bestehenden Arbeitszonen, die industrielle Ökologie will einerseits eine qualitative Raumentwicklung fördern – ein wichtiger Aspekt für das Image von Unternehmen und einer Region – und andererseits die Umweltbilanz der Unternehmen verbessern und dabei gleichzeitig ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die interkantonale Strategie wurde 2011 weiterverfolgt. Sie ist Teil einer gemeinsamen Initiative der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz. Die Unternehmen und die Hochschulen des Kantons Freiburg konnten dank der interkantonalen Strategie von vier Fachplattformen (BioAlps, Micronarc, Alp ICT und CleantechAlps) sowie von zwei Plattformen für die Innovationsförderung und den Technologietransfer (Platinn und Alliance) profitieren. Die Plattform CleantechAlps wird von den Kantonen Freiburg und Wallis gemeinsam geleitet. 2011 standen die Vorbereitungsarbeiten für das Programm der Jahre 2012–2015 im Zentrum; dabei galt es einerseits die Dienstleistungen sicherzustellen und andererseits die Effizienz, die Koordination und die Synergien zwischen den verschiedenen Plattformen zu verbessern.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Strategie wurden im Rahmen des «Programms Alpenraum» von Interreg IV B zwei neue Projekte genehmigt. Das Projekt Alps4EU soll die verschiedenen Cluster des Alpenraums zusammenfassen; damit soll eine

kritische Masse erreicht und ihre Sichtbarkeit in Europa erhöht werden. Die Schweizer Partner sind das Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg und Euresearch. Das zweite Projekt ist ALPlastics, das Instrumente für die Betreuung und das Management von Clustern schaffen sowie insbesondere die Zusammenarbeit und die Vernetzung im alpinen Cluster der Kunststofftechnologie entwickeln soll. Die Schweizer Partner des Projekts sind das Netzwerk Kunststofftechnologie Freiburg, das IWK Rapperswil und der Kunststoff Verband Schweiz.

2011 wurde schliesslich auch intensiv an der Vorbereitung des Umsetzungsprogramms der NRP für den Zeitraum 2012 bis 2015 gearbeitet. Es fanden Gespräche mit dem Bund statt, um die neue Rahmenvereinbarung vorzubereiten und das Budget für die zweite Phase der NRP festzulegen. Dabei soll der finanzielle Beitrag des Kantons aus den noch vorhandenen Mitteln der ersten Phase der NRP sowie einem zusätzlichen Verpflichtungskredit – unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Rat – finanziert werden.

4. Wirtschaftsförderungsmassnahmen

4.1 Neue Regionalpolitik

Seit der Einführung der Neuen Regionalpolitik (NRP) im Jahr 2008 konnte der Kanton Freiburg fast 25 Mio. Franken an die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons und seiner Regionen beisteuern. Die erste Phase der NRP schliesst mit einem Saldo verfügbarer Mittel von rund 4,3 Mio. Franken in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen und 5,8 Mio. Franken in Form von Darlehen. Die verbleibenden kantonalen Mittel für die Jahre 2008–2011 sollen in das Budget der zweiten NRP-Phase (Jahre 2012 bis 2015) übertragen werden.

4.1.1 Neue Regionalpolitik (NRP) 2008–2011: Finanzbeiträge und verfügbare Mittel am 31.12.2011 (in Fr.)

	Bund	Kanton	Total Finanzbeiträge	Genehmigt	Saldo verfügbare Mittel
Finanzbeiträge					
Kantonale Strategie	4 100 000	9 500 000	13 600 000	9 860 218	3 739 782
Interkantonale Strategie	1 400 000	1 400 000	2 800 000	2 800 000	0
Grenzüberschreitende Strategie	600 000	600 000	1 200 000	672 860	527 140
Total	6 100 000	11 500 000	17 600 000	13 333 078	4 266 922
Rückzahlbare Darlehen					
Kantonale Strategie	4 900 000	10 661 000	15 561 000	9 725 000	5 836 000
Total Beiträge und Darlehen	11 000 000	22 161 000	33 161 000	23 058 078	10 102 922
Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen	939 000	939 000	1 878 000	1 878 000	0
Total kantonales Mehrjahresprogramm	11 939 000	23 100 000	35 039 000	24 936 078	10 102 922

2011

4.2 Unterstützung der Unternehmen

Im Jahr 2011 prüfte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen vier Gesuche, die in der Folge alle bewilligt wurden. Dem Staatsrat wurden vier weitere Gesuche vorgelegt, die ebenfalls angenommen wurden.

4.2.1 Stand der Bürgschaften

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag (in Fr.)
Stand am 31.12.2011	6	5 119 500

4.2.2 Zinskostenbeiträge an Unternehmen

	Betrag der Zinskostenbeiträge (in Fr.)
Ab dem Jahr 1987 bis Ende 2010 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	23 717 943
Im Jahr 2011 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	3 606 610
Total	27 324 553

III. Amt für den Arbeitsmarkt

1. Aufgaben

Das Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) ist die kantonale Behörde, die sich mit dem Arbeitsmarkt befasst. Seine Aufgabe ist es, zu einem möglichst ausgeglichenen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei Fronten aktiv: bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Beobachtung und der Lenkung des Arbeitsmarkts.

Am 1. Juli 2011 hat Charles de Reyff die Leitung des Amtes übernommen.

2. Ordentliche Tätigkeit

Besonders geprägt wurde die Tätigkeit des AMA in diesem Jahr durch die Tatsache, dass das Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Ziel dieses neuen Gesetzes ist es, den Hilfsmitteln, die der Kanton nutzt, um den Arbeitsmarkt zu regulieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, eine Grundlage zu geben und sie weiter zu verbessern. Zu den hauptsächlichen Änderungen gehören: die Einführung von Zwangsmassnahmen der Verwaltungsbehörde im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, im Bereich der entsandten Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer und im Bereich der Schwarzarbeit; die verstärkte Unterstützung und Betreuung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt; die verstärkte Betreuung von Stellensuchenden Personen, die Leistungen der Sozialhilfe beziehen und die Anmeldung der Stellensuchenden Personen bei den RAV (vorgesehen für 2012). Das Amt bereitete sich darüber hinaus auf die Änderungen vor, die am 1. April 2011 mit der 4. Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) eingeführt wurden.

2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist gesunken und zwar von 3,2 % im Januar auf 2,9 % im Dezember. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen ist bis in den Juni hinein deutlich zurückgegangen (-1 %). Anschliessend ist die Arbeitslosenquote leicht angestiegen, was dem üblichen saisonalen Verlauf entspricht. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag somit im Jahr 2011 bei 2,6 % der erwerbstätigen Bevölkerung (3,2 % im Jahr 2010). Freiburg verzeichnet damit das beste Resultat der Westschweiz und liegt unter dem nationalen Durchschnitt. Die Stellensuchendenquote hat sich parallel zur Arbeitslosenquote entwickelt und ist von 5,6 % zu Jahresbeginn auf 5,3 % im Dezember gesunken. Im Jahr 2011 schöpften 1376 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (2010: 957).

2.1.2 Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Im Kanton gibt es drei RAV: das RAV ZENTRUM für den Saanebezirk, das RAV SÜD mit den drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV NORD mit Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense. Das AMA hat in jedem RAV eine Vermittlungszentrale eingerichtet. Ziel dieser Vermittlungszentralen ist es, eine zentralisierte Dienststelle für die Verwaltung der offenen Stellen zu schaffen und auf diese Weise die Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu verbessern.

2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Mittel zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu erhöhen. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen sowie an speziellen Massnahmen, die an die Bedürfnisse der Stellensuchenden angepasst sind: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) usw. Im Jahr 2011 wurde das Angebot ergänzt durch IRIS, ein neues Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, durch die Massnahme «Sprachen-Tandem» und durch «Job Factory», eine kantonale Massnahme zur Begleitung von Jugendlichen, die noch keine Lösung für ihre berufliche Zukunft gefunden haben.

2011

2.1.3 a Beschäftigungsmassnahmen

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) sollen die rasche und nachhaltige berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung der Versicherten erleichtern. Sie bieten berufsnahe Tätigkeiten und entsprechen möglichst genau der Ausbildung und den Fähigkeiten der versicherten Personen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahr 2011 wurden 2338 PvB bewilligt (3066 im Jahr 2010). Von diesen PvB wurden 61 % bei einem vom AMA subventionierten Anbieter durchgeführt, 20 % fanden bei einer nicht gewinnorientierten Institution statt und 19 % bei Gemeinden, bei einer Dienststelle des Staates oder bei einem ausserkantonalen Anbieter. Frima 1606, ein Programm zur vorübergehenden Beschäftigung, das vom AMA verwaltet wird, konnte 68 Versicherte aufnehmen.

Die Motivationssemester (SeMo) und die Strukturen, die PreFo anbieten, kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen arbeitslose Jugendliche bei der Wahl einer Ausbildung unterstützen. Im Schuljahr 2010–2011 haben 289 Jugendliche (249 im Jahr 2010) an einem SeMo/PreFo teilgenommen, das durchschnittlich 6 Monate dauerte.

Insgesamt wurden 50 Beschäftigungsmassnahmen in Form von Berufspraktika durchgeführt (52 im Jahr 2010), die es den versicherten Personen ermöglichen, Berufserfahrung zu sammeln oder wieder in ihren Beruf und die Arbeitswelt einzusteigen.

2.1.3 b Bildungsmassnahmen

Mit Plattformen und Kursen sollen die Kenntnisse der Stellensuchenden eingeschätzt, gesteigert und zertifiziert werden. Gesamthaft wurden 3910 Massnahmen (3976 im Jahr 2010) in verschiedenen Bereichen bewilligt (Bewerbungstechnik: 47 %; Sprachen: 28 %; Informatik: 9 %; andere: 16 %). Das Atelier für Bewerbungstechnik, das vom AMA geleitet wird, bietet den stellensuchenden Personen ein Coaching- und ein CV-Flash-Modul an. Im Jahr 2011 wurden 781 Anmeldungen verzeichnet.

Die kaufmännischen Praxisfirmen, die ebenfalls zu den Bildungsmassnahmen gehören, ermöglichen es den Versicherten, in einem Unternehmen zu arbeiten, dessen Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen eines privaten Unternehmens entspricht. Das AMA leitet zwei Freiburger Praxisfirmen: FRee Trading und free win. Die beiden Unternehmen konnten im Verlaufe des Jahres 115 bzw. 78 Versicherte aufnehmen – im Vorjahr waren es 112 und 35 Versicherte.

Gesamthaft wurden 743 Ausbildungspraktika und Schnupperlehren (779 im Jahr 2010) besucht, die es den Versicherten ermöglicht haben, sich weiterzubilden oder ihre eigenen Kompetenzen und die Anforderungen einer Stelle einzuschätzen.

2.1.3 c Spezielle Massnahmen

Die 536 bewilligten speziellen Massnahmen (611 im Jahr 2010) bestanden zu 60,5 % aus Einarbeitungszuschüssen, zu 7 % aus Ausbildungszuschüssen, zu 8 % aus Beiträgen an die Reisekosten und zu 24,5 % aus Beiträgen zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit.

2.1.3 d AMM-Budget

Das AMM-Budget umfasst die Bildungs- und die Beschäftigungsmassnahmen. Nicht im Budget enthalten sind die speziellen Massnahmen, die direkt vom SECO verwaltet werden. Im Jahr 2011 wurden 36 % des AMM-Budgets für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) bereitgestellt, 41 % für Bildungsmassnahmen (Kurse, kaufmännische Praxisfirmen) und 23 % für Motivationssemester (SeMo).

2.1.3 e Qualifizierungsprogramme (QP-BAMG)

Das kantonale Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) sieht eine Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung vor, deren Ziel es ist, die berufliche Wiedereingliederung von ausgesteuerten stellensuchenden Personen zu unterstützen, indem ihnen eine qualifizierende Beschäftigung bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht gewinnorientierten Institution geboten wird. Insgesamt wurden 97 Verträge für QP-BAMG abgeschlossen: 69 % bei nicht gewinnorientierten Institutionen, Gemeinden und Dienststellen des Kantons und 31 % bei privaten Unternehmen. Die Stellensuchenden besuchten die QP-BAMG während durchschnittlich ungefähr 3 Monaten. Es konnten drei Personen im Rahmen eines QP-BAMG-Vertrags angestellt werden, um die Betreuung der Teilnehmenden bei subventionierten Anbietern sicherzustellen.

2.1.4 Ombudsstelle

Stellensuchende, die Streitigkeiten mit den RAV, den Arbeitslosenkassen oder dem Rechtsdienst regeln müssen, können die Dienste eines Ombudsmanns in Anspruch nehmen. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 wurden 118 Einsätze erfasst.

2.1.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Immer mehr Personen sind in verschiedenen Bereichen gleichzeitig mit Problemen konfrontiert (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, soziale Schwierigkeiten), was ihre Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erschwert. Dies führt zu Ungewissheit und sozialer Ausgrenzung. Um die betroffenen Personen zu unterstützen, nutzen die RAV, die kantonale IV-Stelle und die regionalen Sozialdienste (RSD) eine gemeinsame Strategie: die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ).

2011

Im Jahr 2011 nahmen die RAV in 39 Fällen die Hilfe der IIZ und der Informatikplattform zur Verwaltung der Fälle (CaseNet) in Anspruch, wobei es sich insgesamt um 27 komplexe Fälle handelte (12 komplexe Fälle im Jahr 2010). Komplexe Fälle werden in den Koordinationsplattformen der IIZ behandelt, die aus jeweils einem Vertreter der drei Partnereinrichtungen der IIZ sowie einer Ärztin oder einem Arzt bestehen.

Die kantonale Kommission für die IIZ hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Um die Zusammenarbeit weiter zu fördern, hat die Kommission im Oktober eine kantonale Tagung organisiert, die Fachleute aus dem Kanton zusammengeführt hat.

2.1.6 Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung

Das AMA unterstützt die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung bei der Erfüllung ihrer Aufgabe: die Inbetriebnahme der Einrichtung und die Entwicklung von unterstützenden Massnahmen. Das Amt stellt der Kommission insbesondere einen Projektleiter zur Verfügung, der die Arbeitsgruppen leitet, und eine Person, die die Leitung des administrativen Bereichs übernimmt.

Die Verbesserung der Hilfsmittel für Jugendliche mit Schwierigkeiten wurde als eine der Prioritäten ins Regierungsprogramm aufgenommen. Im Jahr 2011 hat sich die Kommission bei ihrer Tätigkeit hauptsächlich auf folgende Massnahmen konzentriert: die Entwicklung des «Case Managements» und des dazugehörigen Kommunikationsplans; die Weiterentwicklung der Hilfsmittel, die der Plattform Jugendliche zur Verfügung stehen, und die Anpassung der Übergangslösungen, die besser auf die spezifischen Bedürfnisse von Jugendlichen mit Schwierigkeiten abgestimmt wurden. Eine Massnahme, die sich an «Job Factory» orientiert, macht es bereits heute möglich, Teilnehmende bei verschiedenen Partnerunternehmen aufzunehmen.

Die Kommission hat ihren 2. Bericht über die Situation und die Entwicklung der Jugendlichen mit Schwierigkeiten im Kanton verfasst. Dieser wird durch einen umfassenden Finanzplan ergänzt werden, mit dem die finanziellen Bedürfnisse für die kommenden Jahre eingeschätzt werden können.

2.1.7 Organisation und Projekte

Im Jahr 2011 hat die Abteilung sechs Projekte betreut: die Anmeldung der stellensuchenden Personen in den RAV, das Konzept eines Messestands für das Amt, die Einführung eines internen Kontrollsystems (SECO), die Harmonisierung der Ausbildung der Lernenden, die Evaluierung einer Intervention für das AMA und ein Projekt zur nachhaltigen Entwicklung. Die Mitarbeitenden, die mit diesen Projekten beauftragt waren,

nahmen an einer Weiterbildung zu verschiedenen Hilfsmitteln und Methoden zur Projektleitung teil.

Das Qualitätsmanagementsystem des AMA wurde durch die Beschreibung der Tätigkeiten der Einheit «Arbeitsmarktüberwachung» ergänzt.

Die Mitarbeitenden haben sich an der Entwicklung des Konzepts für die Plattform RAV-RSD beteiligt. Ziel dieser Plattform, die vom BAMG vorgeschrieben wird, ist es, die berufliche Wiedereingliederung von stellensuchenden Personen zu optimieren, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigungen haben und die Sozialhilfe empfangen oder empfangen haben.

Auf Anstoss der «Task Force», die für den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft zuständig ist, hat die Abteilung eine neue Massnahme entwickelt, die sich an Unternehmen richtet, die stellensuchende Personen ab 55 Jahren anstellen. Im Rahmen dieser Massnahme kann der Kanton die Sparbeiträge des Arbeitgebers an die berufliche Vorsorge ganz oder teilweise übernehmen.

2.2 Abteilung Arbeitsmarkt

2.2.1 Arbeitsinspektorat

Durch seine Tätigkeit und seinen Einsatz (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) sorgt das Arbeitsinspektorat für eine korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeiten der 120 000 Vollzeitstelleneinheiten im Kanton.

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes kontrollierten die Arbeitsinspektoren 369 Betriebe (275 im Jahr 2010), dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Das Arbeitsinspektorat hat ebenfalls 17 Audits nach dem ASA-System durchgeführt (Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit), bei denen die Organisation und das Management der Sicherheit am Arbeitsplatz in den Unternehmen untersucht wurden.

Im Zusammenhang mit der Asbestproblematik hat das Inspektorat gemeinsam mit der SUVA, dem Amt für Umwelt (AfU) und dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) einen neuen Arbeitsablauf erarbeitet, der beschreibt, welche Untersuchungen vor der Aufnahme von Arbeiten durchgeführt werden müssen. In der Folge wird es obligatorisch sein, für Gebäude, die vor 1993 erbaut worden sind und die nun umgebaut oder abgerissen

2011

werden sollen, im Rahmen des Auflageverfahrens eine Gebäudediagnostik vorzulegen.

In Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) führte das Arbeitsinspektorat in den verschiedensten Bereichen (Staub, Formaldehyd, flüchtige organische Verbindungen (VOC), Asbestvorkommen und Raumklima) Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durch.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet. Am stärksten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor.

Das Arbeitsinspektorat hat im Rahmen seiner Kompetenzen insgesamt 22 Gesuche abgelehnt. Es wurden im Jahr 2011 überwiegend Bewilligungen für Sonntagsarbeit und für Arbeit an Feiertagen beantragt.

Darüber hinaus hat das Arbeitsinspektorat eine Tätigkeit übernommen, die bisher vom SECO ausgeführt wurde. Es handelt sich dabei um die Aktualisierung des Registers der Industriebetriebe. 4 Unterstellungen, 18 Befreiungen und 27 Änderungen der Unterstellung wurden ausgesprochen.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2010	2011	2010	2011
Nacharbeit	86	79	196	120
Sonntagsarbeit	156	150	193	102
Durchgehender Betrieb	2	0	14	18
Dreischichtige Arbeit	3	5	-	-
Total	247	234	403	240

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das anschliessend auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahren vor.

	2010	2011
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	24	29
Betriebsbewilligungen	19	17
Nichtindustrielle Betriebe	564	584
Total	607	630

2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- > Quartalsbroschüre zu den Entwicklungsindikatoren der Arbeitslosigkeit in der Westschweiz nach Wirtschaftszweig (Januar, April, Juli, Oktober 2011);
- > Vierteljährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, April, Juli, Oktober 2011);
- > Halbjährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, Juli 2011);
- > Jahresbulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar 2011);
- > Entwicklung der Temporärarbeit in der Schweiz (Oktober 2011);
- > Prognosen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen AVIG (Februar-März 2011);
- > Aktualisierung der ORTE-Untersuchung im Bereich Arbeitslosigkeit und Alter 2005 (Dezember 2011).

Das Arbeitsmarktobservatorium des Kantons Freiburg ist Mitglied der Gruppe RA Viador romand, die den Katalog neuer Datenbankabfragen im Rahmen der Einführung des neuen Datenverwaltungssystems der Arbeitslosenversicherung NK AVAM weiter ergänzt und die bestehenden Abfragen optimiert hat. Die Mitarbeiter des Arbeitsmarktobservatoriums haben ebenfalls an verschiedenen Projekten teilgenommen (AMM, Massnahme 55+, Lohnvergleich FR-CH).

2.2.3 Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung (KZWL)

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung hat eine Weiterbildung für grosse Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ins Leben gerufen. Diese Gemeinden müssen in der Lage sein, die Pläne für die Rationierung von Nahrungsmitteln, Heizöl und Treibstoffen innerhalb von drei Monaten wirksam umzusetzen. Unter anderem müssen sie eine Software beherrschen, die vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) bereitgestellt wird. Der Staatsrat hat den Gesetzesentwurf über die wirtschaftliche Landesversorgung (WLG) angenommen und an den Grossen Rat weitergeleitet.

—
2011

2.2.4 Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)

Die Einigungsstelle hat sich dreimal getroffen, um im Rahmen von zwei Konflikten zwischen Sozialpartnern zu vermitteln. Alt Staatsrat Michel Pittet hat im Oktober 2011 die Präsidentschaft der Einigungsstelle übernommen.

2.2.5 Abkommen über den freien Personenverkehr (Freizügigkeitsabkommen/FZA)

Das AMA sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Die Arbeitsmarktinspektoren kontrollieren Arbeitnehmende auf Freiburger Kantonsgebiet, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden sowie selbständige Dienstleistungserbringer und EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 352 Kontrollen durchgeführt, bei denen 1128 Arbeitnehmende überprüft wurden.

Die Arbeitsmarktinspektion hat ebenfalls 12 Arbeitsvermittlungsunternehmen kontrolliert und Dossiers von 89 Personalverleihunternehmen überprüft. Die Löhne entsprechen im Allgemeinen den Anforderungen der allgemeinverbindlich erklärten GAV, lediglich in drei Fällen mussten Lohndumping und Unzulänglichkeiten bei der Auszahlung von Überstunden festgestellt werden. Im Bereich der Aufenthaltsbewilligungen ausländischer Personen wurden keine Missbräuche aufgedeckt.

Im Rahmen ihrer Kontrollen bei ausländischen Unternehmen überprüfen die Inspektoren, ob diese branchenübliche Löhne zahlen. Auf diese Weise konnten 104 200 Franken an zusätzlichen Lohngeldern zugunsten entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirkt werden.

Die Inspektion hat 4590 Meldungen bearbeitet (im Jahr 2010: 2973 Meldungen), die für 6202 Arbeitskräfte eingereicht wurden (im Jahr 2010: 4094 Arbeitskräfte): 2623 entsandte Arbeitnehmende, 2565 Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 1014 selbstständige Dienstleistungserbringer. Die 6202 Arbeitnehmenden, die der obligatorischen Meldung unterstehen (< 90 pro Jahr), repräsentieren jedoch lediglich 823 Vollzeitstellen, dies sind 0,7 % der im Kanton Freiburg registrierten Arbeitsplätze.

2.2.6 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das Amt ist die kantonale Vollzugsbehörde im Sinne des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA).

Das Inspektorat im Bereich der Schwarzarbeit besteht aus drei Inspektoren des AMA sowie mehreren Inspektorinnen und Inspektoren im Bereich des Bauwesens, die dem Freiburgerischen Prüfungsverband unterstellt sind. Das AMA überträgt dieser

Kommission mittels eines Leistungsauftrags die Kontrollen der Schwarzarbeit in den Bereichen des Bauhaupt- und Bauneben-gewerbes sowie im Bereich der Gebäudereinigung.

Die Inspektion im Bereich der Schwarzarbeit hat 429 Kontrollen durchgeführt, die insgesamt 1458 Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 152 Unternehmen angezeigt, 365 Arbeitnehmende waren von diesen Anzeigen betroffen. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Bei einem Treffen mit den verschiedenen Behörden, die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig sind, wurden verschiedene Aspekte für eine erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem AMA, der Kantonspolizei, dem Untersuchungsrichteramt, dem Amt für Bevölkerung und Migration, der SUVA, der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt und der Kantonalen Steuerverwaltung erörtert.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden fünf Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

2.2.7 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Abteilung hat im Berichtsjahr 57 Bewilligungen erteilt: 30 Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und 27 für den Personalverleih. 8 Bewilligungen wurden aufgehoben, entweder wegen Betriebsschliessung oder aufgrund von Unternehmensfusionen. Ein Personalverleihbetrieb musste Konkurs anmelden.

Das AMA gab ferner zu 25 Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih und für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab.

Darüber hinaus wurden Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern.

Zwischen September 2010 und November 2011 wurden zwölf private Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihbetriebe kontrolliert. Alle Betriebe konnten belegen, dass sie ihren Verpflichtungen im Bereich der Sozialleistungen (AHV, IV, EO, ALV, FZ, BVG) und der Versicherungsbeiträge (UVG, EAV bei Krankheit) nachkommen. Die bei den Kontrollen aufgedeckten Verstösse betreffen hauptsächlich fehlerhafte Lohnabrechnungen, gesetzwidrige Abzüge der Kosten für Schutzausrüstungen oder für Mieten, Verstösse gegen das Ausländergesetz sowie Form und Inhalt der Verträge. Die Regelung der Arbeitszeit im Personalverleihvertrag gab ebenfalls häufig Anlass zu Bemerkungen. Die Arbeitszeit wurde zum Teil nicht ordnungsgemäss geregelt oder aber die Arbeitenden wurden nicht der Arbeitszeitregelung

2011

entsprechend entlohnt. Darüber hinaus enthielten zahlreiche Verträge eine Klausel, die den Arbeitnehmenden allein für fehlende Arbeitsstunden verantwortlich macht und die das Unternehmensrisiko, das einzig dem Arbeitgeber obliegt, auf den Arbeitnehmer abwälzt. Die Löhne, die von allgemeinverbindlich erklärten GAV geregelt werden, werden von der Mehrheit der kontrollierten Betriebe eingehalten. Dennoch hat sich gezeigt, dass die Agenturen Überstunden generell nur zögerlich auszahlen und dass sie die GAV eher zu ihren Gunsten auslegen. Es gilt hervorzuheben, dass keine Agentur gegen die Meldepflicht (Arbeitskräfte aus der EU) oder die Pflicht einer Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung verstossen hat.

Im Jahr 2010 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 685 Personen. Beim Personalverleih wurden mit 6199 Personen Verträge über insgesamt 3 033 228 Arbeitsstunden abgeschlossen. Der Anteil ausländischer Personen, deren Dienstleistung vermittelt wurde, beläuft sich auf 61,3 % und liegt somit leicht über dem Schweizer Durchschnitt (59,9 %).

2.3 Rechtsdienst

2.3.1 Verfügungen und Rechtsgutachten

In seiner Funktion als kantonale Amtsstelle erliess der Rechtsdienst 6077 Verfügungen und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

- > Einstellungen der Anspruchsberechtigung: 4293
- > Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 356

- > Erlass der Rückerstattungspflicht: 53
- > Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht: 1375

Der Rechtsdienst registrierte im Jahr 2011 ferner 422 Einsprachen gegen Verfügungen des AMA. Er hat Verfügungen zu 330 Einsprachen gefällt, wobei 62,7 % der Einsprachen abgewiesen oder als unzulässig erklärt wurden. Insgesamt 27,88 % der Einsprachen wurden gutgeheissen, 6,97 % wurden teilweise gutgeheissen und 2,45 % als erledigt abgeschrieben. Im Jahr 2011 wurden beim Kantonsgericht 21 Beschwerden gegen Verfügungen des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 33 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Kantonsgericht fällte 25 Entscheide. 64 % der Beschwerden wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 8 % wurden gutgeheissen, 16 % wurden teilweise gutgeheissen und 12 % als erledigt abgeschrieben.

2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			Ausfallstunden		
	2010	2011	Schweiz	2010	2011	Schweiz
Januar	1107	243	7628	51 916	13 232	433 335
Februar	903	372	7065	38 873	15 786	388 309
März	579	251	6213	28 639	10 952	361 449
April	905	227	5982	31 439	11 501	304 306
Mai	585	214	5436	21 321	9644	296 945
Juni	141	208	4821	8687	8145	226 973
Juli	261	55	3237	9872	2721	167 927
August	92	52	836	4321	2498	146 379
September	140	76	4493	7273	5121	216 040
Oktober	315	499	6406	10 385	27 008	321 733
November	122	460	7061	5215	22 626	360 942
Dezember	133	149	5926	6266	8744	304 627

2011

2.4 Stabsdienste

2.4.1 Kommunikation

Die Website des Amtes ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Unternehmen rege genutzt wird. Monatlich werden über 20 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Besuchern der Website. Das AMA hat ein Konzept für die externe Kommunikation ausgearbeitet, das die Rollen und die Verantwortungsbereiche des Amtes und der VWD in diesem Bereich beschreibt.

2.4.2 Informatik

Das AMA setzte die Erneuerung der Informatikausrüstung fort (insbesondere Multifunktionsdrucker). Des Weiteren wurden die wichtigsten Server beim Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) zentralisiert. Die kaufmännische Praxisfirma FRee Trading wurde ans Informatiknetz der Kantonsverwaltung angeschlossen.

Mit Aktualisierungen und Tests sorgt das Informatikteam dafür, dass das elektronische Dokumentmanagementsystem und das Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM), die im Jahr 2009 installiert wurden, funktionieren.

2.4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte eidgenössische Buchhaltung und die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP teilnehmen und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich, unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen, auf 21,9 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 228 323 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 497 231 Franken, die QP bei Institutionen 498 931 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 232 161 Franken. Am 31. Dezember 2011 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 15,3 Millionen Franken.

IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Aufgaben

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird von Dominique Schmutz, Verwalter der Kasse, geleitet. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen für den Bezug von Leistungen gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenterschädigungen auszusuchen. Die Arbeitslosenkasse verfügt seit 2010 über ein von der Société générale de surveillance (SGS) zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach der ISO-Norm 9001:2008.

2. Tätigkeiten

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Einführung der 4. Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenterschädigung (AVIG) auf den 1. April 2011 hat das Personal der Kasse insbesondere während des Zeitraums, in dem die Versicherten informiert werden mussten, stark beschäftigt. Das Bundesparlament hat auf den 1. Januar 2012 die Auswirkungen dieser Revision etwas korrigiert, indem es beschlossen hat, für bestimmte Personenkategorien die Beitragszeit für den Höchstanspruch von 520 Taggeldern von mindestens 24 auf 22 Monate zu senken.

Wie bei jeder Änderung der Gesetzesbestimmungen müssen die Vollzugsbehörden die Versicherten informieren und die Information allgemeinverständlich machen. Die Arbeitslosenkasse ist insbesondere gestützt auf das Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) verpflichtet, innerhalb ihres Kompetenzbereichs die betroffenen Personen über ihre Rechte und Pflichten zu informieren.

Deshalb war das Jahr 2011 ein wichtiges Jahr in Bezug auf die Kommunikation mit den Versicherten, aber auch mit den Sozialpartnern (RAV, Sozialdienste, Gemeindeverwaltungen usw.). Die Adressatinnen und Adressaten waren mit der Kommunikationstätigkeit zufrieden und bestätigten damit die gute Qualität der angebotenen Dienstleistungen.

Im Bereich der Arbeitslosenentschädigung konnten insbesondere dank der günstigen Wirtschaftslage, die den grössten Teil des Jahres anhielt, die Zahl der ausgezahlten Taggelder reduziert werden. Dies sollte dem Ausgleichsfonds der Arbeits-

2011

losenversicherung im neuen Jahr zu einem positiven finanziellen Ergebnis verhelfen.

Die Arbeitslosenkasse setzt ihre Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt fort, und zwar insbesondere bei der Verwaltung der verschiedenen Massnahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft (Zuschüsse für die berufliche Eingliederung von

Jugendlichen mit abgeschlossener Ausbildung, Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende und Weiterbildung in Betrieben mit Kurzarbeit).

Die Kasse stellte 2261 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 34 Fälle zum Entscheid vor.

3. Ausbezahlte Leistungen

Arten von Leistungen und deren Anzahl	2010	2011	Veränderung in %
Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)			
Anzahl Versicherte	5365	5032	-6,21 %
Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen	5360	4663	-13 %
Anzahl ausbezahlter Taggelder	466 552.6	381 695.7	-18,19 %
Anträge auf Schlechtwetterentschädigung			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	90	44	-51,11 %
Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	47	13	-72,34 %
Anträge auf Insolvenzentschädigung			
Anzahl Unternehmen	46	34	- 26,09 %
Ausbezahlte Taggelder			
	2010 Fr.	2011 Fr.	
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	69 278 700.35	58 826 480.70	-15,09 %
Familienzulagen	1 566 337.00	1 160 453.80	-25,91 %
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	4 310 295.00	3 637 414.90	-15,61 %
Projektkosten (Anbieter)	16 754 159.50	19 894 246.95	18,74 %
Schlechtwetter und Kurzarbeit	8 653 091.25	3 774 179.95	-56,38 %
Insolvenz	775 006.60	834 372.55	7,66 %
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	32 034.50	55 205.35	72,33 %
Total	101 69 624.20	88 182 354.20	-13 %

V. Handelsregisteramt

1. Aufgaben

Die Handelsregisterverordnung des Bundes vom 17. Oktober 2007 (HRegV; SR 221.411) überträgt dem Handelsregisteramt die Aufgabe, Rechtseinheiten zu konstituieren und zu identifizieren. Das Handelsregister bezweckt die Erfassung und Of-

fenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.

In Anwendung der Verordnung vom 3. Dezember 1954 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1) erhebt das Handelsregisteramt bei den Rechtseinheiten die vorgesehenen Gebühren für die verschiedenen Eintragungen und Dienstleistungen.

2011

Das Handelsregisteramt wird seit dem 1. Dezember 2008 von der Registerführerin, *Urška Kozomara Yao*, geleitet.

2. Tätigkeiten

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2011 insgesamt 6568 Einträge im Handelsregister aufgenommen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 1393 Neueinträgen, 935 Löschungen und 4240 Änderungen bestehender Einträge. Die gesamte Zahl der Einträge sank somit gegenüber dem Vorjahr um 387 Einträge. Trotzdem bleibt die Zahl der Einträge seit 2009 sehr hoch und muss als aussergewöhnlich eingestuft werden (siehe Kapitel «Besondere Ereignisse» des Tätigkeitsberichts 2010).

2.2 Besondere Ereignisse

Das Handelsregisteramt nahm an einer Sitzung der Konferenz der Schweizerischen Handelsregisterbehörden teil, die im Oktober 2010 stattfand und namentlich zum Ziel hatte, die Handelsregister auf die Einführung der elektronischen Anmeldung vorzubereiten, die von der Handelsregisterverordnung (HRegV) vorgeschrieben wird. In der Folge muss das Handelsregisteramt bis zum Ablauf der gesetzlichen Übergangsfrist am 31. Dezember 2012 seine Software anpassen, damit sie die neuen gesetzlichen Anforderungen an die elektronische Kommunikation erfüllt. Zu diesem Zweck wird das Amt die Zusammenarbeit mit den Handelsregistern der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg und dem gemeinsamen Softwareanbieter fortsetzen.

Das Handelsregisteramt hat ausserdem einen Beitrag an die Ausbildung zweier Notariatspraktikanten geleistet.

2.3 Statistik

2.3.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2011 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Einzelunternehmen (EF)	5679
Kollektivgesellschaften (KollG)	356
Kommanditgesellschaften (KG)	26
Aktiengesellschaften (AG)	6839
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	4085
Unternehmen des öffentlichen Rechts	21

Kommanditaktiengesellschaften	1
Genossenschaften	593
Ausländische Zweigniederlassungen	164
Schweizer Zweigniederlassungen	349
Vereine	188
Stiftungen	488
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Total	18 797

2.3.2 Sprachliche Aufteilung der Registereinträge

Am 31. Dezember 2011 waren die aktiven Einträge im Handelsregister wie folgt auf die Sprachen aufgeteilt:

Total der auf Französisch registrierten Gesellschaften	14 632
Total der auf Deutsch registrierten Gesellschaften	4165

2.3.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

Seit das Handelsregister auf kantonaler Ebene elektronisch geführt wird, kann die Entwicklung der neu eingetragenen Gesellschaften verfolgt werden. Ihre Zahl hat sich wie folgt entwickelt:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
2004	7	2	348	17	256	309	80	31
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54
2007	8	5	374	17	291	415	57	43
2008	18	0	379	19	334	398	42	32
2009	15	6	376	15	293	448	38	36
2010	9	2	420	10	317	430	36	24
2011	6	5	401	13	385	492	59	32

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Das Handelsregisteramt nahm an den üblichen gemeinsamen Arbeitssitzungen mehrerer deutschsprachiger Kantone teil. Diese Sitzungen befassten sich hauptsächlich mit rechtlichen Fragen.

 2011

4. Streitfälle

Für 2011 hat das Handelsregisteramt keinen Streitfall zu vermelden.

VI. Amt für Verkehr und Energie

1. Aufgaben

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt insbesondere für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig.

Das Amt wurde von Martin Tinguely, Dienstchef, bis am 31. Dezember 2011 geleitet. Aufgrund der vom Staatsrat im Dezember 2010 beschlossenen Neuorganisation der Direktionen, wurde das VEA auf dieses Datum hin aufgelöst. Die Sektion Verkehr des Amts wurde in das neue Amt für Mobilität (MobA) aufgenommen, das der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) unterstellt ist. Die Sektion Energie wurde in ein Amt umgewandelt (Amt für Energie; AfE). Diese Änderungen sind auf den 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

2. Tätigkeiten

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt zwei Sitzungen ab, an denen die Einführung des RER Fribourg|Freiburg, der Fahrplanentwurf 2012 und die Herausforderungen und Aussichten für den öffentlichen Verkehr im Kanton Freiburg präsentiert und besprochen wurden.

Die Arbeiten an der Errichtung des RER Fribourg | Freiburg wurden fortgesetzt. Die erste Etappe wurde am 11. Dezember 2011 eingeführt. Die zweite Etappe wird auf den Fahrplanwechsel 2014 folgen.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung an den künftigen Regionalfahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel fort.

Es verfolgte ferner die Arbeiten der Agglomeration Freiburg (Agglo-FR) und des regionalen Verkehrsverbunds der Agglomeration Bulle (MOBUL).

2.1.2 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft (Ankurbelungsplan)

Für die Sanierung der Bahnübergänge, die Verbesserung der Zugänge und für die Vernetzung der Sicherheitsanlagen zwischen bestimmten Bahnhöfen auf Strecken, die von der Freiburger S-Bahn künftig befahren werden, hat das Amt gestützt auf die Massnahme Nr. 18 des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft einen Betrag von 1 978 391 Franken zugesprochen.

Für die Massnahme Nr. 19 hat das Amt den gesamten bereitgestellten Betrag von 305 300 Franken für die Erneuerung der Infrastrukturen von Schmalspurbahnen und die Instandstellung von Bahnhöfen und Bahnsteigen zugesprochen.

Gestützt auf die Massnahme Nr. 20 sprach das Amt einen Betrag von 235 346 Franken für die Finanzierung des Kantonsanteils an den Studienkosten für den Bau der künftigen Bahnhaltestelle Fribourg/St-Léonard zu.

2.1.3 Fahrpläne

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Fahrplanentwurf 2012 wurden 327 Gesuche eingereicht, die vom Amt untersucht wurden. Ein Teil der Gesuche wurde als vorrangige Änderungen für den Fahrplan 2012 eingestuft, andere werden als Planungsgrundlage für die folgenden Fahrplanperioden dienen.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2011 und 2012.

2.1.4 Bahn 2030

Das Amt verfolgte die Planungsarbeiten zur Bahn 2030.

2.1.5 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Gegenständen:

- > Erneuerung der Gleise auf der Strecke Kerzers–Müntschemier;
- > Ersatz des Billetautomaten am Bahnhof Chénens;

2011

- > Stabilität der Stützmauer bei km 28.900, Gemeinde Rue;
- > Naturgefahren bei km 83.0–86.3, Gemeinde Flamatt;
- > Erneuerung der Gleise und Bau eines Entwässerungsnetzes, Gemeinden Villaz-St-Pierre, La Folliaz, Chénens;
- > Vorhaben eines GSM-R-Funks, Tunnel Villangeaux, Gemeinde Ecublens;
- > 132-kV-Fahrleitung Puidoux-Kerzers, Abschnitt Kleinbösing-Ried;
- > Vorhaben eines GSM-R-Rangierfunks am Bedienpunkt des Bahnhofs Estavayer-le-Lac;
- > Sanierung und Verlängerung des Landungsstegs von Môtier;
- > Erneuerung der Fahrleitung auf der Strecke «Les Cases–Les Sciernes»;
- > Errichtung von TETRA-Funkantennen auf einem Masten neben dem alten Wasserreservoir, Gemeinde Neyruz;
- > Bau von automatischen Schranken am Bahnübergang «Miroir», Gemeinde Mézières;
- > Bau von automatischen Schranken am Bahnübergang «St-Anne», Gemeinde Romont;
- > Bau von automatischen Schranken am Bahnübergang bei der Bahnhaltestelle von Mézières, Gemeinde Mézières (FR);

2.1.6 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amts zu 4 Gesuchen um Gewährung, 5 Gesuchen um Änderung, 3 Gesuchen um Erneuerung, zu einem Gesuch um Übertragung und einem Gesuch um Aufhebung einer Automobilkonzession ein.

Das Amt nahm ausserdem Stellung zu 4 Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt 27 Bewilligungen für die Personenbeförderung.

2.1.7 Seilbahnen und Skilifte

Das Amt hat eine Bewilligung zum Betrieb eines Mini-Skilifts erneuert. Es leitete 20 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans

des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amts für den Bau des Sessellifts La Scie – Vounetz und des Sessellifts Schwarzsee – Kaiseregg ein.

2.1.8 Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt sieben Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und eine Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

2.2 Tätigkeit im Bereich der Energie

2.2.1 Allgemeines

Die kantonale Energiekommission hielt eine Sitzung ab, die hauptsächlich dem Vernehmlassungsverfahren für den Bau neuer Kernkraftwerke und der langfristigen Stromversorgung der Schweiz gewidmet war.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Das Amt organisierte mehrere Kurse und Seminare für Bau-spezialisten. Es betreute einen Informationsstand an der Messe «Energissima», die vom 13. bis am 16. April 2011 in Freiburg stattfand.

Ausserdem führte es seine Informationskampagne in den Schulen mit Hilfe des Informationskonzepts für die französisch- und deutschsprachigen Primarklassen des Kantons fort. Im Schuljahr 2010–2011 wurden 60 Klassen besucht, dies entspricht 1274 Schülerinnen und Schülern.

Das Amt beteiligte sich an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie und Gebäudeisolation.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

2.2.2 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 vier Bewilligungen.

2011

2.2.3 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 50 Projekte zu, was einem Betrag von 1 332 648 Franken für eine Leistung von 26 473 kW entspricht.

2.2.4 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 363 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 875 940 Franken für eine Fläche von 3568 m².

2.2.5 Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 21 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 210 716 Franken.

2.2.6 Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 94 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 492 000 Franken für eine Leistung von 1224 kW.

2.2.7 Wärmepumpe als Ersatz einer fossilen Heizung*

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 38 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 210 000 Franken für eine Leistung von 452 kW.

2.2.8 Heizwasserverteilsystem

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 42 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 127 500 Franken.

2.2.9 Gebäudeprogramm

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 684 Projekte zu, dies entspricht einem Betrag von 2 106 570 Franken. Der vom Bund für den Kanton Freiburg bereitgestellte Beitrag an das Gebäudeprogramm beläuft sich auf 6 650 485 Franken.

2.2.10 Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme*

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 einen Beitrag an ein Projekt zu, dies entspricht einem Betrag von 94 000 Franken für eine Gesamtleistung für die neu angeschlossenen Gebäude von 750 kW.

2.2.11 Wärmekraftkopplung*

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 einen Beitrag an ein Projekt zu, dies entspricht einem Betrag von 250 000 Franken für eine Gesamtleistung von 740 kW (Elektrizität) und 870 kW (Wärme).

** Neue Fördernassnahmen im Energiebereich gemäss Revision des Energiereglements vom 1. Juli 2011.*

2.2.12 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- > Gemeinde Belfaux–Rte de l’Eglise–Laiterie;
 - > Gemeinde Belfaux;
 - > Gemeinden Bulle und Vuadens–Rue de l’Industrie–Rte de la Pâla;
 - > Gemeinde Hauterive;
 - > Gemeinden Matran und Neyruz;
 - > Gemeinde Romont;
 - > Gemeinde Kerzers–Süd–Industriestrasse;
 - > Gemeinde Kerzers–Nord–Papillorama;
 - > Gemeinde Freiburg–ARA;
 - > Gemeinden Courgevoux und Greng;
 - > Gemeinde Villaz-St-Pierre.
- Das Amt bewilligte ausserdem den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz AG:
- > Gemeinde Rue.
 - > Gemeinde La Folliaz;
 - > Gemeinden Rue und Ursy;
 - > Gemeinden Ecublens (FR) und Rue;
 - > Gemeinde Surpierre;
 - > Gemeinde Prévondavaux;

2011

› Gemeinde Auboranges;

› Gemeinde Tornay.

2.2.13 Hochspannungsleitungen

Das Amt nahm zu folgenden Vorhaben Stellung:

› Gemeinde Bulle (Groupe E);

› Gemeinde Jaun (EW Jaun Energie AG);

› Gemeinde Jaun (BKW FMB Energie AG Gstaad).

im Rahmen des neuen Volkszählungskonzepts entwickelt worden ist. Die neue jährliche Bevölkerungsstatistik, STATPOP genannt, ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund. Aus Sicherheitsgründen, aber auch um die Wanderungsbewegungen zu liefern, die noch nicht über STATPOP erhalten werden konnten, ist die alte ESPOP-Erhebung, die auf eine Umfrage bei den Gemeinden basiert, 2011 noch ein letztes Mal durchgeführt worden.

Die neue Methode hat auch zu geringfügigen Anpassungen der gebräuchlichen Definitionen geführt. Diese neuen Definitionen und die Bevölkerungsbestände am 31. Dezember 2010 sind in zwei Staatsratsverordnungen verabschiedet worden, nämlich der Verordnung vom 16. August 2011 über die zivilrechtliche Bevölkerung sowie der Verordnung vom 16. August 2011 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2010.

VII. Amt für Statistik

1. Aufgaben

Das Amt für Statistik ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik sowie die Aufgaben, die der Kanton im Rahmen der Bundesstatistik zu erfüllen hat und stellt die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken zur Verfügung. Es führt selber Erhebungen und Analysen durch, soweit es die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und der Öffentlichkeit gegenüber tritt das Amt unter dem Namen «Statistik Freiburg» bzw. «STAT-FR» auf.

Das Amt für Statistik wird von Pierre Caille, Amtsvorsteher, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Bevölkerungsstatistik

2011 war ein entscheidendes Jahr im Bereich der Bevölkerungsstatistik, denn zum ersten Mal sind die jährlichen Bevölkerungsbestände einzig und allein anhand der harmonisierten Personenregister festgelegt worden, also nach der Methode, die

2.1.2 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2010/2011 hat das Amt im Statistischen Jahrbuch 2012 und auf seiner Website veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren sind dem BFS die gemäss Bundesgesetz nötigen Daten übermittelt worden. Die Zählung für das Schuljahr 2011/2012 ist im November 2011 in sämtlichen Schulen des Kantons durchgeführt worden.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dem Projekt «HAE». Mit Einführung dieses Systems sollten fast alle Informationen zur Verfügung stehen, die die Statistik auf kantonaler und nationaler Ebene im Bereich des Bildungswesens benötigt, wodurch sich die traditionelle Erhebung durch Befragung der Schüler erübrigen.

2.1.3 Baustatistik und Statistik der Immobilien-transaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik werden regelmässig im «Freiburger Konjunkturspiegel» und auf der Website «Statistik Freiburg» veröffentlicht.

Im Auftrag des Bundesamts für Statistik (BFS) nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage, die früher per Stichprobe in den Gemeinden durchgeführt wurde, ist nun eine Vollerhebung, die sich aus der fortlaufenden Aktualisierung des Gebäude- und Wohnungsregisters ergibt. Die jährliche Bauerhebung wird auf dieselbe Art und Weise durchgeführt.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt.

2011

Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Mit Einbindung der Gebäude- und Wohnungsregister in den Harmonisierungs- und Aktualisierungsprozess für die Personenregister, die von den Gemeinden geführt werden, schafft die Führung eines kantonalen GWR gegenwärtig mehr Probleme als Vorteile. Für den Fall, dass das kantonale Projekt zur Harmonisierung der Verwaltungsregister im Gebäude- und Wohnungswesen keine Änderung dieser Situation herbeiführen sollte, hat das Amt für Statistik zusammen mit dem Bundesamt für Statistik beschlossen, eine Umstellung auf eine zentralisierte Lösung beim Bund zu planen.

2.1.4 Konjunkturttest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturttest in der Industrie durchgeführt, in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Handelskammer Freiburg. Im Jahr 2011 ist er auf die chemische und pharmazeutische Industrie ausgedehnt worden. Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im «Freiburger Konjunkturspiegel» in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

2.1.5 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des «Freiburger Konjunkturspiegels» sind im Februar, Mai, August und November erschienen. Diese Publikation zählt rund 600 Abonnenten. Sie ist im Jahr 2011 sowohl inhaltlich als auch in ihrer Aufmachung komplett überarbeitet worden.

Die Ausgabe 2012 des «Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg» ist im Januar 2012 erschienen. Zahlreiche Anfragen und Umfragen bei den verschiedensten Produzenten von Statistiken und Verwaltungsdaten sind notwendig, um dieses Werk zusammenstellen zu können. Die Ausgabe 2012 enthält zum ersten Mal ein Kapitel, das im Einklang mit der in der ganzen Schweiz gültigen Nomenklatur der statistischen Fachbereiche «21. Nachhaltige Entwicklung» heisst.

Die kostenlose Taschenstatistik «Der Kanton Freiburg in Zahlen» ist ebenfalls im Januar 2012 erschienen und ist zusammen mit dem Jahrbuch versandt worden. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

Im Januar 2012 haben die Freiburger Kantonalbank und das Amt für Statistik in Zusammenarbeit mit dem Institut Créa in Lausanne die vierte Ausgabe der neugestalteten Broschüre «Perspektiven der Freiburger Wirtschaft» veröffentlicht.

Die Website «Statistik Freiburg» (www.stat-fr.ch) wird fortlaufend aktualisiert, sobald neue Informationen zur Verfügung stehen. 2011 ist eine Rubrik «Labor» erschienen, in der mit neuen Verbreitungsformen für statistische Daten experimentiert werden und der Benutzer sich dazu äussern kann.

2.1.6 Auskunft

Wie jedes Jahr hat das Amt für Statistik 2011 rund tausend Anfragen um statistische Informationen bearbeitet. Der damit verbundene Zeitaufwand beträgt je nach Fall zwischen fünf Minuten und zwei Wochen. Grösstenteils kommen die Anfragen von anderen internen Stellen der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Forschern, Studenten, Journalisten, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften.

2.1.7 Koordination

Als Bestandteil des sogenannten «Statistiksystems Schweiz» ist das Amt für Statistik Verbindungsstelle für zahlreiche Erhebungen des Bundes, zu denen es in verschiedenster Form beiträgt (Harmonisierung der Nomenklaturen, Datenerhebung, -validierung und -plausibilisierung, Verbreitung der Resultate, Beratung usw.). Neben den bereits erwähnten Bevölkerungs-, Bildungs- und Baustatistiken wäre noch zum Beispiel die vierteljährliche Beschäftigungsstatistik, die Lohnstrukturerhebung oder die Betriebszählung zu erwähnen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nimmt am Projekt zur Harmonisierung und Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden teil (Projekt «HarmPers»). Dieses neue System wird den kantonalen Verwaltungsstellen und anderen berechtigten Instanzen die nötigen Personenangaben in harmonisierter Form zur Verfügung stellen. Was die Statistik angeht, so kann dieses System bereits die vom Bund gemäss dem Konzept der eidgenössischen Volkszählung 2010 geforderten Informationen liefern. Das Amt für Statistik ist mit einem Teilprojekt beauftragt worden, in dem es darum geht, die Gemeinden bei der Aktualisierung des Einwohnerregisters sowie der Vergabe der neuen AHV-Nummern und Gebäude- und Wohnungsidentifikatoren zu unterstützen. Das Gesamtprojekt steht unter der Schirmherrschaft der Sicherheits- und Justizdirektion, wird jedoch von einer direktionsübergreifenden Struktur getragen.

Im Jahr 2011 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes, die diesem Projekt unterstellt sind, die Gemeinden bei den Arbeiten zur Bereinigung und Harmonisierung ihrer Register tatkräftig unterstützt. Freiburg war einer der ersten Kantone, der die Qualitätsanforderungen des Bundes hinsichtlich

—
2011

der Registerdaten erfüllen konnte. Was die statistischen Aspekte betrifft, befindet sich das Projekt somit in der Produktionsphase.

2.2.2 Messung des wirklichen Fortschritts der Firmen

Das Amt für Statistik führt Überlegungen durch, ob ein Instrument zur Messung des wirklichen Fortschritts der Firmen auf regionaler Ebene realisierbar ist. Diese Überlegungen finden in Zusammenarbeit mit der Firma Paola Ghillani & Friends statt. Die ersten Resultate dieser Studie sind an der Plenarsitzung der Schweizerischen Statistiktage am 24. Oktober 2011 präsentiert worden.

2.3 Weitere Aktivitäten

Das Amt beteiligt sich an zahlreichen Arbeitsgruppen auf kantonaler Ebene, namentlich an der Projektleitung und der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem, an der Projektleitung zur Harmonisierung der Gebäuderegister, an der Task Force für die Wirtschafts- und Konjunkturlage und am Wirtschaftsmonitoring im Kanton. Abgesehen davon leistet das Amt regelmässig methodologischen Beistand bei verschiedenen Umfragen und sonstigen statistischen Tätigkeiten anderer Amtsstellen.

2.4 Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund

Der Amtsvorsteher war Mitglied des wissenschaftlichen Komitees an den Schweizerischen Statistiktagen 2011, die vom 24. Bis 26. Oktober an der Freiburger Hochschule für Technik und Architektur (HTA-FR) stattfanden und sich mit dem Thema der Messung des Fortschritts und der nachhaltigen Entwicklung beschäftigten. Diese Tagung, an der über 200 Personen aus der ganzen Schweiz und den Nachbarländern teilnahmen, ist von einem lokalen Komitee mit Vertretern des StatA und der HTA-FR organisiert worden.

In den Jahren 2010 und 2011 war der Vorsteher des Amtes für Statistik auch Präsident der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). In dieser Rolle war er gleichzeitig Mitglied der eidgenössischen Statistikkommission. Das Amt für Statistik ist abgesehen davon auch Mitglied der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) und des REGIOSTAT-Ausschusses, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

VIII. Wohnungsamt

1. Aufgaben

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen Aspekten der Wohnungspolitik.

Im Rahmen der vom Staatsrat beschlossenen teilweisen Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen und aufgrund des Inkrafttretens des Justizgesetzes wurde die Verwaltung der Schlichtungsbehörden ab dem 1. Januar 2011 von der Volkswirtschaftsdirektion an die Sicherheits- und Justizdirektion übertragen.

Die Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen hatte auch zur Folge, dass *Martin Tinguely*, Vorsteher des Wohnungsamts und des Amtes für Verkehr und Energie, seit dem 1. Januar 2012 als Vorsteher des Amtes für Mobilität tätig ist. Dieses Amt ist nicht der Volkswirtschaftsdirektion, sondern der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion unterstellt. Seit dem 15. Dezember 2011 ist deshalb *Marcel Godel* neu für das Wohnungsamt verantwortlich. Er übernimmt diese Aufgabe neben seiner bisherigen Tätigkeit als wirtschaftswissenschaftlicher Berater der Volkswirtschaftsdirektion.

Wie die meisten Ämter, die der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt sind, ist das Wohnungsamt am 13. Dezember 2011 von seiner ursprünglichen Adresse an der Rue Joseph-Piller 13 in Freiburg an den Boulevard de Pérolles 25 in Freiburg gezogen.

2. Tätigkeiten

2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2011 zählte der Kanton Freiburg 994 Leerwohnungen, das sind 144 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer von 0,92 % im Jahr 2010 auf 0,77 % des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes. Im Greyerzbezirk ist die Leerwohnungsziffer am stärksten zurückgegangen (von 0,84 % im Jahr 2010 auf 0,39 % im Jahr 2011). Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage, die auf das starke Bevölkerungswachstum im Kanton Freiburg zurückzuführen ist, teilweise zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall ausser im Sensebezirk unter 1 %.

2011

	2010	2011
Saane	1,21 %	0,98 %
Glane	0,73 %	0,31 %
Greyerz	0,84 %	0,39 %
Broye	0,49 %	0,60 %
Vivisbach	0,25 %	0,33 %
Sense	1,23 %	1,14 %
See	0,60 %	0,84 %

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

	2010	2011
1- und 2-Zimmer	17 %	17 %
3-Zimmer	28 %	30 %
4-Zimmer	37 %	37 %
5-Zimmer und mehr	18 %	16 %

Insgesamt sind 85 % (83 % im Jahr 2010) aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 15 % (17 % im Jahr 2010) zu verkaufen.

2.2 Wohnbauförderung

Das neue Wohnbauförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Der Bund kann gestützt auf das WFG zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da das Bundesparlament jedoch dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, können die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden. Im Februar 2007 hat der Bund deshalb endgültig auf die direkten Darlehen verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei den Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Westschweizer Sekretariat sich in Lausanne befindet) oder bei der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bundeshilfen gemäss WFG werden seit 2009 nur gewährt, wenn beim Bau oder bei der Renovation bestimmte Kriterien im Energiebereich erfüllt werden (Minergie-Standard, MuKE).

2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt insbesondere zwei Aufgaben:

- > a) Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 729 764 Franken und die der Gemeinden auf 2 116 085 Franken;
- > b) Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen des Bundes und des Kantons (etwa 4000 Wohnungen sowie etwa 4000 weitere Wohnungen, für die nur Bundesleistungen gewährt werden). Im Anschluss an diese Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

Das Wohnungsamt hat 2010 seine neue Software zur Verwaltung der Wohnraumförderung in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2011 wurde diese Software angepasst und optimiert. Die neue Software beinhaltet eine Aktualisierung der Zahlungsinstrumente und ist neu mit Entscheidungshilfen versehen. Seither wird für die Bearbeitung der Gesuche für Wohnungen, die vom Kanton subventioniert werden, eine einzige Anwendung benutzt.

2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2011 gaben fünf Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbeitrag dieser Rückerstattung belief sich auf 21 880 Franken. Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt,

2011

Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrnde Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe seit 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, in dieser Sache nicht zu legiferieren und folglich die gesamten Subventionen auf diesem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk zugesprochen. Die Bauabrechnung wurde 2010 genehmigt.

2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Im Rahmen der vom Staatsrat beschlossenen teilweisen Neuverteilung der Aufgaben unter den Direktionen wurden die Schlichtungsbehörden, die Beschwerden von Mietern bezüglich der Mietzinse, der Nebenkosten und des Kündigungsschutzes behandeln, auf den 1. Januar 2011 von der Volkswirtschaftsdirektion an die Sicherheits- und Justizdirektion zu übertragen. Dieser Wechsel ist auf das Inkrafttreten des neuen Justizgesetzes zurückzuführen.

2.7 Baulandreserven

Im Jahr 2011 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven von Immobiliengesellschaften gestellt.

2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, vom Wohnungsamt festgelegt. 2011 wurden dem Amt folgende Gesuche gestellt:

- > kein Gesuch um Erwerb oder Bau einer Liegenschaft;
- > drei Gesuche um Verkauf einer Liegenschaft.

2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann.

Die Kommission hielt im Berichtsjahr eine Sitzung ab, die am 12. Dezember 2011 stattfand.

IX. Amt für Berufsbildung

1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von *Fritz Winkelmann*, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Ausführung der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und mit der Ausführung der interkantonalen Verträge und Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt. Es sorgt ferner für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner angespornt werden, Lernende auszubilden und so einen Beitrag an die Integration der Jugendlichen in die Berufsbildung zu leisten und gleichzeitig den beruflichen Nachwuchs zu sichern. Es informiert, berät und begleitet seine Partner und die lernenden Personen. Es sorgt ausserdem für den reibungslosen Betrieb Funktionieren der 6 Berufsbildungszentren, der 60 Lehraufsichtskommissionen, der 55 Qualifikationskommissionen und der 31 Kommissionen für überbetriebliche Kurse sowie des Sekretariats der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ).

2. Tätigkeiten

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2011 registrierte das BBA eine neue Zunahme der Lernenden um 265 Personen, so dass die gesamte Zahl der Lernenden im Kanton auf 8796 Personen angestiegen ist. Die folgende Aufstellung bietet einen Überblick über die Resultate der Lehrstellenförderung, die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2010	2011	Entwicklung
Neu gewährte Bildungsbewilligungen	375	302	-19,5 %
Betriebe, die zurzeit Lernende ausbilden	2401	2433	+1,3 %
Durchschnittliche Anzahl Lernende pro Betrieb	3,6	3,7	+2,8 %
Unternehmen mit Bildungsbewilligung	3665	3680	+0,4 %
Unternehmen mit erster Bildungsbewilligung	151	107	-29,1 %
Unternehmen mit weiteren Bildungsbewilligungen	146	147	+0,7 %
Kontaktierte Unternehmen für die Schaffung neuer Lehrstellen	1598	1472	-8 %

2011

Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 26 Berufen sind im Berichtsjahr in Kraft getreten, 8 davon für zweijährige Lehren, die mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA) abschliessen, und 18 für drei- und vierjährige Lehren, die mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) abschliessen. Das BBA, das auf nationaler Ebene in die Erarbeitung dieser Verordnungen eingebunden ist, hat zu allen Vernehmlassungen Stellung genommen, insbesondere um die finanziellen Auswirkungen für den Staat und die Unternehmen in Schranken zu halten.

Die Partner des BBA können sich seit 2007 über einen Newsletter regelmässig informieren lassen. Im Jahr 2011 wurden 4 Newsletter an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Der Newsletter ermöglicht es, die Partner direkt zu kontaktieren, sie auf zahlreiche Themen im Zusammenhang mit der Bildung aufmerksam zu machen und die Informationen mit dynamischen Links auf entsprechende Websites zu versehen. Den Statistiken zufolge registriert die Website des BBA im Monatsdurchschnitt etwa 13 500 Zugriffe.

Für Berufsbildner in Lehrbetrieben wurden 24 Kurse organisiert, 5 davon auf Deutsch. Über 450 Personen haben ihren Ausweis als Berufsbildnerin oder Berufsbildner erhalten. Für ein Grossunternehmen wurde ein Privatkurs organisiert, der von 5 auf 2 Tage reduziert wurde. Die Kursteilnehmenden haben eine Teilnahmebestätigung erhalten. Aufgrund der positiven Erfahrung wird der Kurs 2012 mit diesem Unternehmen erneut durchgeführt.

Der Kanton Freiburg ist offizielles Mitglied des Austauschprogramms Eurodyssée. Es handelt sich um ein sehr dynamisches Programm, das es dem Kanton erlaubt, am europäischen Jugendaustausch teilzuhaben, Kontakte zu knüpfen und Partnerschaften mit anderen Regionen aufzubauen. Im Berichtsjahr kamen sieben Praktikantinnen und Praktikanten nach Freiburg und zwei junge Freiburger haben ein Praktikum im Ausland absolviert. Neben dem Eurodyssée-Programm fanden auch weitere Sprach- und Berufspraktika statt, die über das Programm SOL Leonardo da Vinci und von den Berufsbildungszentren organisiert wurden. Insgesamt 85 junge Freiburgerinnen und Freiburger haben ein Praktikum in der Schweiz oder im Ausland absolviert.

Im Frühjahr hat sich das BBA an der Einführung eines innovativen Projekts des Vereins Hauptstadtregion Schweiz beteiligt, das den Sprachaustausch von Lernenden in den Kantons- und Gemeindeverwaltungen der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis fördern will.

Der Erwerb des Sprachunterrichtssystems «Campus Tell-More» im Jahr 2011 wird es den Schülerinnen und Schülern auf der Sekundarstufe II und ihren Lehrpersonen ermöglichen, erste Erfahrungen im computergestützten Fremdsprachenunterricht zu sammeln.

Der Staatsrat hat an seiner Sitzung vom 11. Oktober das Reglement für das Lehrpersonal, das der Volkswirtschaftsdirektion untersteht (LPR VWD) verabschiedet. Dieses Reglement ist am 1. September 2011 in Kraft getreten.

Im Frühling und Sommer wurden drei Lehrstellenförderaktionen durchgeführt, darunter der interkantonale Lehrstellentag vom 4. Mai, den das BBA zusammen mit allen seinen Partnern organisiert hat. Dank diesen Aktionen konnten 160 Meldungen von Lehrstellen für den Schulanfang 2011 und 150 Meldungen für den Schulanfang 2012 registriert werden. Ausserdem werden zurzeit 75 neue Bildungsbewilligungen ausgestellt, die ebenfalls auf diese Aktionen zurückzuführen sind. Die Zusammenarbeit des BBA mit der Arbeitgeberschaft (Handelskammer und Freiburgerischer Arbeitgeberverband) fand ihren Höhepunkt mit der Veröffentlichung eines Artikels, der in den Zeitschriften *ECHO* und *Info patronale* (Juni-Ausgaben) für die Berufsbildung warb und darlegte, dass die mittleren und grossen Unternehmen im Kanton Freiburg über ein grosses ungenutztes Ausbildungspotenzial verfügen: Gemäss den Statistiken bilden sie etwa zweimal weniger Lernende aus als Mikro- und Kleinunternehmen.

Das Schuljahr 2010–2011 stand im Zeichen der Inbetriebnahme des «Case Managements» für die Berufsbildung. Diese Einrichtung erlaubt es den Berufsbildungszentren, dem BBA, aber auch anderen Partnern, wie den Sozialdiensten und den Arbeitgebern, Jugendliche zu melden, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, die insbesondere den erfolgreichen Abschluss einer Berufsbildung gefährden können. Die übliche Betreuung durch die Schule und das BBA reicht in den meisten Fällen aus. Deshalb richtet sich die Begleitung über das «Case Management» nur an Jugendliche, die Mehrfachproblematiken aufweisen, für die geeignete Massnahmen getroffen werden müssen.

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte Themen in Verbindung mit der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung. Sie ernannte neue Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurückgetretenen Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung. Sie genehmigte den Voranschlag und die Jahresrechnung des Interprofessionellen Weiterbildungszentrums (IWZ). Sie nahm ausserdem Stellung zur Berufsbildungspolitik.

 2011

 2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Im Schuljahr 2010–2011 wurden den Lehrbetrieben im Rahmen der Massnahme Nr. 1 des Plans zur Stützung der Wirtschaft 1 745 000 Franken als zusätzlichen Beitrag an die überbetrieblichen Kurse ausgezahlt. Diese Massnahme, die 2090 Betrieben zugutekam, war den betroffenen Kreisen sehr willkommen.

2.2.2 Validierung von Bildungsleistungen (VAB)

Für die praktische Umsetzung der Validierung von Bildungsleistungen (VAB) musste ein Freiburger Konzept zur Allgemeinbildung ausgearbeitet werden, das auf diese Art von Qualifikationsverfahren zugeschnitten ist. Dieses Konzept wird für die beiden zurzeit laufenden Validierungsverfahren für Fachpersonen Gesundheit EFZ (FaGe) und Logistikerinnen und Logistiker EFZ angewandt. Diese beiden Validierungsangebote wurden über gezielte Informationssitzungen bekannt gemacht und sind bei den rund 200 anwesenden Personen auf reges Interesse gestossen. Zum Validierungsverfahren für FaGe haben sich 73 Personen angemeldet, von denen 69 eine Bilanz ihrer Kompetenzen aufgestellt und eingereicht haben. Etwa 40 Personen warten auf eine Informationssitzung für eine zweite Validierungsrunde. Bei den Logistikerinnen und Logistikern ist die erste Phase angelaufen (Information und Beratung) und die ersten Anmeldungen sind bereits beim Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung eingegangen.

2.2.3 UNO-Jahr

Am 12. Januar 2011 hatte unser Kanton die Ehre, den Präsidenten der UNO-Generalversammlung, Joseph Deiss, empfangen zu dürfen. Dieses wichtige Ereignis, an dem Jugendliche aller Ausbildungstypen und -stufen teilgenommen haben, erstreckte sich über drei Tage und bot eine einmalige Gelegenheit zum Austausch über die Millenniumsthemen der UNO. Unter dem Titel «The 3 UN Days 11/12/13 January 2011» wurde ein Event-Blog geschaffen, um eine bleibende Erinnerung an diese wichtige Veranstaltung zu schaffen.

2.2.4 Forum der Berufe START

Im Rahmen des Forums der Berufe START, das vom 8. bis 13. Februar stattfand, hat das BBA zwei Veranstaltungen organisiert: eine Informationssitzung über die «Weisungen für die Lehraufsichtskommissionen» und eine Konferenz gefolgt von einem Runden Tisch zum Thema: «Eingliederung der Jugendlichen und beruflicher Nachwuchs: die soziale und wirtschaftliche Verantwortung der Unternehmen». Diese beiden Veranstaltungen waren ein voller Erfolg sowohl hinsichtlich der hohen Teilnahmequote als auch hinsichtlich der Qualität des Austauschs.

2.2.5 50-jähriges Jubiläum der VKBZ / Ende der Umgebungsarbeiten «Boucle» / Einweihung des Kunstwerks

Am 14. September feierte die VKBZ ihr 50-jähriges Jubiläum und bewies damit, dass die öffentlich-private Partnerschaft, die sie verkörpert, erfolgreich und effizient ist. Dieses historische Datum setzte auch den Schlussstrich unter die Umgebungsarbeiten zum Gebäude «BOUCLE». Ebenfalls im Rahmen dieser Veranstaltung wurde das Kunstwerk «QUILT» eingeweiht, das diesem Gebäude gewidmet ist.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1961 hat die VKBZ rund 140 Millionen Franken in ihre Immobilien investiert und Gebäude wie die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule in Bulle, die Kaufmännische Berufsfachschule in Freiburg und die Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule in Freiburg gebaut. Die effektiven Kosten für den Bau des Gebäudes «Boucle» lagen am Ende unter den ursprünglich budgetierten 55 Millionen Franken. Die zur Feier des Jubiläums herausgegebene Broschüre enthält ausserdem einen historischen Überblick – vom ersten Bau bis in die Gegenwart.

2.2.6 Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF), Bezug der neuen Räumlichkeiten und Einweihung

Am 29. August begann die Schule im neuen Gebäude am Chemin du Musée 2 in Freiburg. Das neue Gebäude der Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg, von seinen Planern «Eisenherz» genannt, wurde am 4. November offiziell eingeweiht. Es ergänzt die Bildungsinfrastrukturen auf der Pérolles-Ebene und bietet Raum für die Werkstätten, die Labors und die Klassenzimmer, die für die berufliche Grundbildung an der EMF benötigt werden. Die Schule verfügt nun auch über eine Sporthalle.

Die EMF kann die Räumlichkeiten im Zeughaus vorläufig weiterhin benutzen, bis sie die neuen Räumlichkeiten an der Route des Daillettes 6 beziehen kann. Diese Räumlichkeiten, deren Erwerb zurzeit im Gange ist, werden die Industriephase der Ausbildungen beherbergen.

2011

3. Ausbildung

3.1 Berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Bestände der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise			
	2010	2011	2010		2011	
Berufsmaturität BMS 2	289	293	1939	390	2005	497
Lehre (mit lehrbegleitender Berufsmaturität)	7508	7700				
Hörer	226	270	98		110	
Praktische Ausbildung	17	12	13		14	
Anlehre	93	94	47		40	
Vorlehre	70	59				
Vorkurs (SeMo)	240	265				
Integrationskurs	88	103				
Total	8531	8796	2487		2666	

Für 2011 liegt die Erfolgsquote bei 89,7 % (2010 = 90,2 %), (2009 = 88,87 %).

1436 Lernende besuchen den Berufsschulunterricht in einem anderen Kanton, davon 227 in einer Lehrwerkstätte.

Das BBA und die Berufsbildungszentren bilden 17 Lernende aus.

3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht wird von fünf Berufsfachschulen sichergestellt, die auch 222 Lernende aus anderen Kantonen ausbilden. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Schulen.

Berufsfachschulen	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS), Freiburg	2551	719	3270
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS), Freiburg	730	395	1125
Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg (EMF)	495	71	566
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (GKBS), Bulle	1146		1146
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG), Posieux	421	33	454
Andere Schulen und Institutionen des Kantons	989	86	1075
Total	6332	1304	7636

Die Kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet seit dem Schuljahr 2011–2012 die Vollzeitausbildung für die kaufmännische Berufsmaturität nach Lehrabschluss zum ersten Mal auch auf Deutsch an. Der zweite Jahrgang der berufsbegleitenden zweisprachigen kaufmännischen Berufsmaturitätsklasse nach Lehrabschluss (2 Jahre) absolvierte die Prüfungen im Juni 2011 mit einer Erfolgsquote von 80 %. Dieses Jahr konnte eine neue Klasse gebildet werden.

Die Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS) konnte erstmals eine homogene deutschsprachige Klasse für die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität nach Lehrabschluss bilden. Ausserdem unterrichtet sie zum ersten Mal auch Lernende im Beruf Restaurationsfachfrau oder Restaurationsfachmann.

Die Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule in Bulle (EPAC) hat für die Freiburger Lernenden im Bereich Logistik fünf Lern- und Simulationssysteme für Logistik und Lagerung erworben. Die EPAC wird in ihrer Rolle als Kompetenzzentrum diese neue Ausstattung auch im Rahmen des Verfahrens zur Validierung von Bildungsleistungen der französischsprachigen Kandidaten einsetzen. Ausserdem hat die EPAC für die französischsprachigen Lernenden und Lehrpersonen einen Sprachkurs in Schweizerdeutsch eingeführt, um die beiden wichtigsten Sprachgemeinschaften des Kantons einander näher zu bringen und den interkulturellen Austausch zu fördern.

Die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) hat im Bildungsgang «Gesundheit» für Fachangestellte Gesundheit (FaGe) neben dem System der Schule mit Praktikum die duale Lehre

2011

eingeführt. Erstmals wurde eine deutschsprachige Klasse für die auf 2 Jahre verkürzte duale Ausbildung für Erwachsene eröffnet. Die ESSG beteiligte sich aktiv an der Durchführung der überbetrieblichen Kurse bis zu deren Übertragung an die Organisation der Arbeitswelt (OdA). Das BBA, die OdA und die ESSG haben eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Ausserdem hat ein weiterer Jahrgang von Pflegefachpersonen den Ausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes erhalten. Der Bildungsgang «Soziales» für Fachpersonen Betreuung wächst weiter. 2006 zählte er 2 Klassen und 29 Lernende, heute sind es bereits 157 Lernende, die auf 8 Klassen verteilt sind. Das duale Bildungssystem hat in den Gesundheitsberufen zunehmend Erfolg, was aber keinen Einfluss auf die Gesamtzahl der mit der Schule mit Praktikum kumulierten Ausbildungsplätze hat. Ende Juni 2011 hat die ESSG die ISO 9001:2008-Zertifizierung erlangt.

Die Ausbildung für Hauspflegerinnen und Hauspfleger wurde eingestellt, nachdem sie während langen Jahren am Bildungszentrum für Hauswirtschaft, Milch- und Lebensmitteltechnologie des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg unterrichtet wurde. Die Kompetenzen im Bereich der Hauspflege werden heute im Rahmen der Ausbildungen zur Fachfrau und zum Fachmann Gesundheit EFZ sowie zur Fachfrau und zum Fachmann Hauswirtschaft EFZ vermittelt.

Die Berufsbildungszentren, denen das Wohlbefinden ihrer Lernenden und Lehrpersonen wichtig ist, haben Anfang des Jahres eine Umfrage bei diesen Personen durchgeführt und haben daraufhin verschiedene Projekte definiert. Diese Projekte befassen sich mit Gesundheitsfragen und beinhalten einen Aktionsplan, um insbesondere die Auswirkungen von Stress zu bekämpfen. Dank dieser Aktionen haben sie das Label «gesundheitsfördernde Schulen» erhalten.

3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2010-2011 besuchten 7352 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton. Von diesen besuchten 156 die überbetrieblichen Kurse direkt in ihrem Lehrbetrieb.

3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das Interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 3588 Anmeldungen für 467 Kurse, die im Laufe des Schuljahres 2010/2011 organisiert wurden. Dies entspricht einer Zunahme um 7 % gegenüber dem Vorjahr. Mit dem IWZ haben 135 Auszubildende für durchschnittlich 86 Ausbildungsperioden pro Auszubildender zusammengearbeitet, wobei die Zufriedenheitsquote nach der Bewertung durch die Teilnehmenden bei 99 % liegt.

Das IWZ verfügte über ein Betriebsbudget von 2 853 888 Franken und realisierte 2010 einen Nettobetriebsgewinn von 38 835 Franken. Der Umsatz ist somit zwischen 2009 und 2010 um 16 % gewachsen. Ausserdem ist ein ausserordentlicher Gewinn von 610 585 Franken zu erwähnen, der auf einen Forderungsverzicht der VKBZ zurückzuführen ist.

3.5 Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)

Im Februar bezog die Gewerbebibliothek ihre Räumlichkeiten im neuen Gebäude «Boucle». Die zahlreichen Leserinnen und Leser haben viel Freude am neuen Standort der Bibliothek, die während der Übergangsphase nicht frei zugänglich war und nur den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern für die persönlichen Arbeiten zur Verfügung stand. Die Bibliothek hat 2719 neue Titel angeschafft. Für das gesamte Jahr wurden 6324 Ausleihen registriert und die Zahl der am 31. Dezember gemeldeten Leserinnen und Leser belief sich auf 9297 Personen. 9125 Personen besuchten die Bibliothek.

Die Bibliothek der EPAC erwarb 343 neue Titel und lieh 2756 Werke aus. 5301 Personen besuchten die Bibliothek und 2034 Leserinnen und Leser sind heute registriert. Im Rahmen der Weiterbildung einer der Mitarbeiterinnen konnte die Bibliothek einer kompletten Revision unterzogen werden. Bei dieser Aktualisierung wurden 544 Werke an Leserinnen und Leser verschickt, und der Rest der ausgemusterten Werke wurde nach Afrika verschickt.

X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Aufgaben

Die FHF-TW, unter der Leitung von *Jean-Etienne Berset*, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragenen Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

2011

2. Tätigkeiten**2.1 Tätigkeit der FHF-TW**

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Das herausragende Ereignis des Jahres 2011 war für die Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) die Genehmigung des Entwurfs der interkantonalen Vereinbarung durch die Mitglieder des strategischen Ausschusses der HES-SO und der FH-GS am 26. Mai. Nach jahrelanger Arbeit erhält die Fachhochschule Westschweiz damit eine einzige Rechtsgrundlage, die einerseits das HES-SO-Konkordat aus dem Jahre 1997 und die Vereinbarung der FH-GS aus dem Jahre 2001 ersetzen wird und andererseits neue Ausbildungsbereiche (Design und Bildende Kunst/Musik und Theater) und die Theaterhochschule der Westschweiz (HTSR) aufnehmen wird. Die neue Vereinbarung wird voraussichtlich am 1. Januar 2013 in Kraft treten, sofern zu diesem Zeitpunkt alle Regierungsräte der Partnerkantone die Vereinbarung genehmigt und ihre Parlamente sie ratifiziert haben. Der Staatsrat des Kantons Freiburg hat die Vereinbarung am 16. November 2011 genehmigt. Da nun das Dossier der «neuen interkantonalen Vereinbarung der HES-SO» einen grossen Schritt vorangekommen ist, besteht die Hoffnung, dass das Gesetz über die HES-SO//FR, das seit einigen Jahren in Vorbereitung ist, ebenfalls im Jahre 2012 fertig ausgearbeitet werden kann.

Im Berichtsjahr arbeitete die Generaldirektion weiter an der Optimierung der Leistungsfähigkeit der vier Freiburger Hochschulen, die mit der Konkurrenz der entsprechenden Schulen der anderen Partnerkantone konfrontiert sind. Bereits seit mehreren Jahren konzentriert sich diese Tätigkeit auf die folgenden Aktionsbereiche: Qualität (Zufriedenheitsumfrage beim HES-SO-Personal durch eine externe Organisation von März bis April 2011 und Audit des Qualitätsmanagementsystems im April 2011); Chancengleichheit (Erlangung des Labels «Modell f» durch zwei Studiengänge der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg); «Ethik-Sommerakademie» der HES-SO//FR (erneute Durchführung 2011).

Lucien Wuillemin, Direktor der HSW-FR, und Michel Rast, Direktor der HTA-FR, haben sich beide im Jahre 2011 pensionieren lassen. Ersterer auf den 31. Oktober und letzterer auf den 31. Dezember. Der Staatsrat hat am 24. Mai 2011 folgende Nachfolger ernannt: Olaf Meyer ist neu Direktor der HSW-FR und Jean-Nicolas Aebischer Direktor der HTA-FR.

2.2 Tätigkeit der HTA-FR

Das Jahr 2011 war in vielerlei Hinsicht ein Übergangsjahr: Die Schule sah sich mit einem neuen Wechsel im Studiengang Architektur konfrontiert, da der gewählte Verantwortliche im Laufe des Jahres von seiner Stelle zurückgetreten war. Die Anstellung der neuen Leiterin des Studiengangs bot die Gelegenheit, einen neuen Studienplan für den Studiengang auszuarbeiten. Dieser neue Studienplan wird ab dem Studienjahr 2012–2013 in Kraft treten. Eine Expertengruppe begleitet die Arbeiten, mit denen die Ausbildungsziele festgelegt werden, und gewährleistet so, dass die Ausbildung den Bedürfnissen der Arbeitgeber entspricht, die die Studienabgängerinnen und Studienabgänger anstellen. Darüber hinaus hat der Direktor der HTA-FR wie weiter oben erwähnt, Ende Januar angekündigt, dass er auf den 31. Dezember von seiner Stelle zurücktreten werde. So wurde die Stelle im ersten Halbjahr ausgeschrieben und die Wahl des Staatsrats fiel auf Jean-Nicolas Aebischer, Dozent beim Studiengang Chemie und ehemaliger Leiter dieses Studiengangs. Die Wahl wurde bereits im Juni bekannt gegeben, so dass im Herbst die Dossiers in Ruhe von der alten auf die neue Direktion übertragen werden konnten.

2.2.1 Unterricht

Die HTA-FR zieht weiterhin viele Studierende an. Die Zahl der Immatrikulationen war bei einer Zunahme um 7 % auf den Schulbeginn 2011 noch nie so hoch. Über ein Viertel der Studierenden sind im Studiengang Architektur immatrikuliert. Angesichts der bereits eingegangenen Anmeldungen wird diese Studienrichtung auch im kommenden Jahr attraktiv bleiben.

Im Bereich der Zweisprachigkeit ist eine anteilmässige Zunahme der französischsprachigen Studierenden, die das zweisprachige Bildungsangebot nutzen, zu vermerken. Der Anteil der deutschsprachigen Studierenden bleibt unverändert oder nimmt geringfügig ab. Dies gilt jedoch nicht für den Studiengang Maschinenteknik, in dem ein Drittel der Studierenden deutschsprachig ist. Alle Studiengänge bieten eine französischsprachige oder zweisprachige Ausbildung an. Eine Ausnahme bildet der Studiengang Architektur, der die Zweisprachigkeit voraussichtlich auf den Schulbeginn 2012 einführen wird.

2011 wurde die Eröffnung eines Masterstudiengangs Geomatik bewilligt. Diese Ausbildung schliesst an die Bachelorstudiengänge in Geomatik und Tiefbau an, von denen letzterer an der HTA-FR angeboten wird. Dies ist der letzte Masterstudiengang, der im Bereich Technik & Architektur eingeführt wird. Die Masterstudiengänge sind auf Ebene der HES-SO organisiert, was bedeutet, dass der Unterricht auf die verschiedenen Standorte der Fachhochschule verteilt ist. Der Anteil der HTA-FR ist dabei gross.

2011

2.2.2 Weiterbildung

Die HTA-FR hat ihr Weiterbildungsangebot weiterentwickelt: Dieses deckt neu die gesamten technologischen Gebiete ab, die im Rahmen der Bachelor- und Masterstudiengänge unterrichtet werden. Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Informationssicherheit, die Architektur von Informatiknetzwerken und das E-Government. Das Weiterbildungsangebot beinhaltet einen MAS (Master of Advanced Studies) in Informations- und Kommunikationstechnologien, die zertifizierten Kurse der Networking Academy, die Kurse im Bereich der Infrastruktursicherheit, die Kurse zu den Anwendungen der IT Security Academy und das Bildungsangebot im Bereich der E-Government-Technologien.

Im Bereich der industriellen Technologien startete 2011 das CAS (Certificate of Advanced Studies) in Konzeption von Kunststoffprodukten, das im Frühjahr 2012 durch ein CAS in Öko-Kunststofftechnologie ergänzt wird.

Im Bereich Bau und Umwelt wurde das CAS in Luftqualität genehmigt und kann im Frühjahr 2012 starten, während zwei weitere CAS in Vorbereitung sind: eines in Bauprojektmanagement und eines in Bahntechnik. Ebenfalls in Vorbereitung sind ein CAS in Mobilität und ein CAS in Naturgefahren. Daneben wurde der MAS in Energie und nachhaltiger Entwicklung im Hochbau mit mehreren Wahlmodulen erweitert und mit einem Brückenangebot versehen, um mehr potentielle Kandidatinnen und Kandidaten anzusprechen.

2.2.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

217 Forschungsprojekte und 51 Dienstleistungen für Dritte wurden im Jahr 2011 realisiert. Dieser Bereich erzielte einen Umsatz von 8,8 Millionen Franken. 77 % dieses Umsatzes wurde mit Forschungsprojekten und 23 % mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 47 % durch privates Fremdkapital, zu 30 % durch Eigenmittel (HES-SO) und zu 23 % durch öffentliches Fremdkapital (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 80 Dozierende (7,2 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 173 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (50,2 VZÄ) arbeiteten voll- oder teilzeitlich an den Projekten mit.

Das Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien (iTIC) hat seine Tätigkeit im Bereich der Cleantech verstärkt, insbesondere in Bezug auf das intelligente Energiemanagement von Gebäuden und auf die Elektromobilität. Es arbeitete dafür eng mit den Unternehmen der Region zusammen mit dem Ziel, ihnen neue Märkte zu eröffnen. Darüber hinaus verstärkte das Institut seine Position auf den Forschungsgebiete-

ten der IT-Sicherheit, des E-Governments und der eingebetteten und mobilen Systeme. Auf Bachelor-, Master- und Doktoratsstufe fand ein reger Austausch mit europäischen und amerikanischen Universitäten statt.

Das Institut für industrielle Technologien (iTIN) hat im Berichtsjahr 45 Forschungsprojekte durchgeführt. Nachdem sich das Institut in der aF&E im Bereich der Elektronik positioniert hat, wurden ein Dutzend Freiburger Unternehmen gebeten, die vorrangigen Themen für eine effiziente Zusammenarbeit zu definieren. Die vorgebrachten Themen sind die Sensoren, die Antriebstechnik und die eingebetteten Systeme. Das iTIN hat an der Umsetzung zweier wichtiger öffentlich-privater Partnerschaften gearbeitet. Im Mai 2011 wurde eine Partnerschaft zwischen der Firma Liebherr Machines Bulle und der HTA-FR beschlossen, um eine neue Vertiefungsrichtung für den Studiengang Maschinentechnik zu schaffen. Diese zweisprachige Vertiefungsrichtung dauert ein Semester und wird unter der Bezeichnung «Antriebstechnik» ab Februar 2012 zusätzlich zu den beiden bereits existierenden Vertiefungsrichtungen angeboten. Im Dezember 2011 sind die EOS Holding und die Fachhochschule Westschweiz eine Partnerschaft eingegangen, um Forschungsarbeiten im Bereich der Stromnetze und der Smart-Grid-Technologien durchzuführen. Das iTIN, das über spezifische Anlagen mit einem Kleinnetzwerk und ausgedehnte Kompetenzen in den technologischen und wirtschaftlichen Aspekten von Stromnetzen verfügt, wird Forschungsarbeiten im Bereich der elektrischen Verbundnetze, des Unterhalts und der Diagnostik sowie im Bereich der wirtschaftlichen Aspekte von Stromnetzen durchführen.

Nachdem das BBT für September 2011 die Eröffnung eines neuen Masterstudiengangs in Geometrik bewilligt hat, der sich zum Jointmaster in Architektur gesellt, dehnt die HES-SO und insbesondere das Institut für Bau und Umwelt (iCEN) das spezialisierte Ausbildungsangebot auf den Studiengang Bauingenieurwesen aus. Dieser Masterstudiengang kann dank seiner interkantonalen Forschungseinheit die Kompetenzen der Standorte Genf, Yverdon und Freiburg nutzen, um seine Forschungstätigkeit zu koordinieren und zu entwickeln.

Für den Unterricht auf Bachelor- und Masterstufe wie auch für die verschiedenen Projekte in den Bereichen Feinchemie und Pharma, erneuerbare Energien, Umwandlung von Biopolymeren und neue Materialien in Verbindung mit den Nanotechnologien setzt das Institut für Chemie (iCHIMIE) ganz auf die nachhaltige Entwicklung und das totale Qualitätsmanagement. Das iCHIMIE arbeitet auf wissenschaftlicher Ebene mit dem Adolphe Merkle Institut (AMI) und der Universität Freiburg zusammen.

2011

2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Die HTA-FR zählt zurzeit drei Doktorandinnen und Doktoranden, die ihr Masterdiplom an der HES-SO erlangt haben. Mit diesem Diplom konnten sie sich an Schweizer und europäischen Universitäten als Doktoranden einschreiben.

Ausserdem hat die HTA-FR eine international offene Politik eingeführt, mit der sie Personen von sehr hohem Niveau anziehen will, die fähig sind, auf ihren bevorzugten Gebieten an der weltweiten wissenschaftlichen Forschung teilzunehmen. Die HTA-FR zählt zurzeit in all ihren Bereichen rund zwanzig Doktorandinnen und Doktoranden und Post-Doktorandinnen und Post-Doktoranden von mehreren ausländischen Universitäten (Grossbritannien, Italien, Frankreich, Polen, Belgien, China, Libanon usw.). Diese Personen nehmen aktiv an der Ausarbeitung von Projekten teil und tragen zur Steigerung des wissenschaftlichen Forschungsniveaus und an dessen Aufwertung durch Veröffentlichungen in internationalen Fachzeitschriften bei.

All dies leistet einen Beitrag an den guten Ruf der HTA-FR mit dem Effekt, dass das wissenschaftliche Niveau ihrer Dozentenschaft allgemein anerkannt ist. Als Folge davon ist die HTA-FR immer öfter in Prüfungskommissionen von Doktoratsarbeiten, in Revisionsausschüssen und Expertenausschüssen von internationalen Forschungsprojekten vertreten.

2.2.5 Andere Ereignisse

Die Dozierenden der HTA-FR hielten über fünfzig Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 47 Artikel wurden in Fachzeitschriften publiziert und 42 wichtige Konferenzen wurden zu unterschiedlichen Themen organisiert. Die Schule war beim KTI-Projektauftrag zur Frankenstärke sehr präsent. Sie hat 27 Projekte eingereicht und war an zwei weiteren Projekten beteiligt. Im Rahmen des Calls 2011 der HES-SO zum Thema «Smart City» erhielt die HTA-FR 4 der 5 finanzierten Projekte. Ausserdem nimmt Sie am fünften Projekt als Partner teil.

Wie gewohnt hat die HTA-FR ihre Tätigkeit im Rahmen des Forums der Berufe präsentiert, das in verschiedenen Kantonen für angehende Studierende organisiert wird. Im Jahr 2011 nahm die HTA-FR an der Messe START (Freiburg, 8.–13. Februar), am Salon des métiers (Lausanne, 4.–9. Oktober) sowie am Salon des étudiant-e-s (Lausanne, 30.–31. März) und am Forum Horizon (Lausanne, 17.–18. Februar) teil. Die letzten beiden Veranstaltungen richteten sich an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Mit ihren Partnern der HES-SO hat die HTA-FR bestimmte Forschungstätigkeiten im Rahmen der Messe Energissima, die vom 13. bis am 16. April 2011 stattfand, präsentiert. An der diesjährigen Messe war der Bereich «Ingenieurwissenschaften und Architektur» als Ehrengast eingeladen.

2.3 Tätigkeit der HSW-FR

Das Jahr 2011 war für die HSW-FR ein besonderes Jahr, denn sie feierte ihr 20-jähriges Bestehen. Eine grosse Feier krönte das Jubiläumsjahr am 21. Oktober 2011. Die Gelegenheit wurde genutzt, um einen Rückblick auf die Anfänge der HTA-FR zu werfen und sich der ausserordentlichen Entwicklung dieser Schule bewusst zu werden, die heute rund 650 Studierende zählt (11 Studierende bei ihrer Eröffnung im Jahre 1991). Dieses Ereignis fällt ausserdem mit dem Altersrücktritt von Lucien Willemin zusammen, der zwanzig Jahre bei der HWS tätig war, siebzehn davon als Direktor. Ihm folgt Olaf Meyer, der die Schulleitung am 1. November 2011 übernommen hat. Verschiedene Veranstaltungen in Verbindung mit dem Jubiläum wurden im Laufe des Jahres organisiert. Die HSW-FR hat sich insbesondere zusammen mit dem Verein «KMU Next – Relève PME» an der Organisation des nationalen Tags der Unternehmensnachfolge beteiligt.

2.3.1 Unterricht

Seit der Einführung des «Bologna-Systems» hat die HSW-FR zum vierten Mal Bachelordiplome verliehen. Mit diesem Titel wurden die Anstrengungen von 95 Studierenden belohnt, von denen 59 die Ausbildung berufsbegleitend während vier Jahren und 36 die Vollzeitausbildung während drei Jahren besucht haben. 22 Studierende besuchten einen komplett zweisprachigen Studiengang auf Französisch und Deutsch und erhielten ein zweisprachiges Diplom, das landesweit eine Besonderheit für diesen Ausbildungstyp darstellt. 9 Studierende haben die Prüfungen oder die Bachelor-Arbeit nicht bestanden. 29 Personen waren deutschsprachig und 66 französischsprachig. Von den 95 Studierenden waren 43 Frauen und 52 Männer.

Eine Neuerung, die im Herbst 2010 eingeführt wurde, ist der dreisprachige Ausbildungsgang, der es talentierten Studierenden erlaubt, ihre Ausbildung je zu einem Drittel auf Französisch, Deutsch und Englisch zu absolvieren. Um ausserdem Kurse auf Englisch anbieten zu können und ausländische Studierende anzuziehen, organisiert die HSW-FR ein Semester im Bereich Finanzen und Banken auf Englisch. Rund dreissig mexikanische Studierende nehmen im Durchschnitt an diesem Ausbildungsgang teil.

Seit Herbst 2008 ist es möglich, an der HSW-FR einen Masterstudiengang (2. Stufe des Bologna-Systems) zu besuchen. Der zweite Jahrgang von Studierenden hat am 11. November 2011 den «Master of Science HES-SO in Business Administration, Major in Entrepreneurship (Innovation & Growth)» erhalten. Der von der HSW-FR angebotene Master ist auf Unternehmertum und Innovation in den Unternehmen ausgerichtet. Das Programm wird als zweisprachiger oder dreisprachiger Ausbildungsgang angeboten und dauert vier Semester. Das Masterstudium erlaubt

2011

es, nebenbei einer Halbzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Die Ausrichtung auf Entrepreneurship ist im Übrigen sehr beliebt. Im vierten Jahrgang sind über 30 Studierende eingeschrieben, und bestätigen damit, dass diese Ausrichtung, die unter der Leitung der HSW-FR steht, einen bemerkenswerten Erfolg hat.

2.3.2 Weiterbildung

Im Jahr 2011 beliefen sich die Einnahmen aus dem Weiterbildungsangebot der HSW-FR auf über 1,4 Millionen Franken. Diese Einnahmen sind insbesondere dem ungebrochenen Erfolg der EMBA (22-köpfige Klasse im Jahr 2011) und der wichtigsten CAS (z.B. CAS in Management auf Deutsch und Französisch, CAS in Projektmanagement, CAS in Kommunikation und CAS in nachhaltiger Unternehmensführung) zu verdanken. Die Anstrengungen der HSW-FR wurden damit also belohnt. Alle diese Bildungsangebote zeichnen sich durch ihre grosse Praxisnähe aus.

Seit drei Jahren ist die HSW-FR ausserdem für die Schulung des Personals und der Vorgesetzten der Freiburger Kantonsverwaltung verantwortlich. Im Jahr 2011 wurden knapp 30 Seminare für Vorgesetzte, 50 Schulungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und rund hundert Informatik- und Sprach-Workshops organisiert. Über 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an diesen Schulungen teilgenommen, die auf Französisch oder Deutsch angeboten wurden. Das Weiterbildungsprogramm des Kantons Freiburg wird in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation aufgestellt.

2.3.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Das Institut Entrepreneurship & KMU hat 2011 einen Auftrag für ein KTI-Projekt erhalten. Dieses Projekt mit der Bezeichnung «X-Risk – Entwicklung eines Exportrisiko-Checks für international orientierte Schweizer KMU» dauert achtzehn Monate. Die daran beteiligten Partner sind die HSW Chur, Contrinex, Extramet, Rieter und die OSEC. Die Veröffentlichung des Projekts GUESS 2011 (Global University Entrepreneurial Students' Spirit Survey) war ebenfalls ein wichtiges Ereignis. Nach 2006 und 2008 wurden 2011 im Rahmen des Projekts GUESS unter der Leitung des Schweizerischen Instituts für KMU der Universität Sankt Gallen (KMU-HSG) zum dritten Mal internationale Daten erhoben. Die Erhebung fand in 26 Ländern statt, in denen über 93 000 Studierende in rund 500 Universitäten und Hochschulen befragt wurden. In der Schweiz wurden über 8000 Studierende in 44 Universitäten und Fachhochschulen befragt.

Die Dozierenden der HSW-FR veröffentlichten ferner zahlreiche wissenschaftliche Artikel und nahmen an teils internati-

onal renommierten Kongressen teil, wie etwa dem Congrès de l'Académie de l'entrepreneuriat et de l'innovation in Paris.

2.3.4 Andere Ereignisse

Im Berichtsjahr lancierte die HSW-FR zahlreiche Projekte, die von grosser Bedeutung sein werden. Erwähnenswerte Projekte sind der Ausbau der internationalen Beziehungen (hauptsächlich mit den USA, China, Mexiko, Rumänien, Frankreich und Deutschland), die Vorbereitung eines CAS in Public Management, der im März 2012 starten wird, und der Beginn der Umbauarbeiten an den neuen Räumlichkeiten, die zuvor von den Lehrwerkstätten genutzt wurden. Im Übrigen wurde der HSW Freiburg am 14. Oktober 2011 die Organisation des 8. Kongresses für Entrepreneurship und Innovation im Jahr 2013 anvertraut, nachdem sie bei der Universität Paris Dauphine dafür kandidiert hatte.

2.4 Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR ¹	
	10/11	11/12	10/11	11/12	10/11	11/12
Lehrpersonal						
Vollzeit	78	77	8	8	70	69
Teilzeit	129	143	36	37	93	106
Total	207	220	44	45	163	175
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	68	76	2	2	66	74
Teilzeit	58	71	9	10	49	61
Total	126	147	11	12	115	135
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	16	16	4	4	12	12
Teilzeit	21	32	9	9	12	23
Total	37	48	13	13	24	35
Lernende						
	26	28			26	28
Total						
Vollzeit	188	197	14	14	174	183
Teilzeit	208	246	54	56	154	190
Total	396	443	68	70	328	373

¹ einschl. Bautechnische Schule (BTS)

2011

2.5 Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2011	Master 2011
HTA-FR								
Architektur	62	42	55	-	27	186	49	7
Chemie	35	32	20	-	-	87	19	-
Bauingenieurwesen	25	24	13	-	-	62	11	-
Informatik	42	22	21	-	-	85	22	-
Telekommunikation	32	19	16	-	-	67	15	-
Elektrobau	53	38	-	-	-	118	-	-
- Elektronik	-	-	15	-	-	-	13	-
- Elektrotechnik	-	-	12	-	-	-	10	-
Maschinenbau	33	46	30	-	-	109	28	-
Total HTA-FR	282	223	182	-	27	714	167	7
HSW-FR								
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	38	73	34	-	-	145	36	-
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	100	47	89	36	43	315	59	17
Total HSW-FR	138	120	123	36	43	460	95	17
BTS								
Bauführung	25	21	21	-	-	67	18	-
Total FHF-TW	445	364	326	36	70	1241	280	23
davon auf FH-Stufe	420	343	305	36	70	1174	262	23

2.6 Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	675	315	337	23
Bern	100	54	45	1
Genf	25	9	16	-
Jura	28	2	23	3
Neuenburg	38	4	31	3
Tessin	80	3	77	-
Waadt	161	46	102	13
Wallis	82	10	48	24
Andere Kantone	26	11	15	-
Ausländer	26	6	20	-

2.7 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine Höhere Fachschule (HFS), die es den Inhaberrinnen und Inhabern eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) oder eines gleichwertigen Abschlusses erlaubt, ein

eidgenössisches Diplom auf Tertiärstufe zu erlangen. Sie bietet Bildungsgänge, die arbeitsmarktorientiert sind und insbesondere die Fähigkeit zum methodischen und vernetzten Denken fördern.

Der Schlussbericht zum Projekt «P 440 Bauführer» des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) wurde im Dezember 2010 herausgegeben. Der SBV und die höheren Fachschulen (HF), die Bauführer in der Schweiz ausbilden, darunter auch die BTS, haben beschlossen, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und ein Kontaktforum für Bauführer zu schaffen. In seiner Rolle als Organisation der Arbeitswelt unterstützt der SBV die HF bei der Ausbildung von Bauführern, damit die Anforderungen und Erwartungen des Arbeitsmarkts berücksichtigt werden. Die HF ihrerseits sorgen dafür, dass die gemeinsamen Anliegen berücksichtigt werden und schaffen bei der Umsetzung ihres Konzepts die nötige Transparenz.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.4 und 2.5.

 2011

3. Stand der Stipendienfonds

Stiftungen	Stand am in Fr.	
	31.12.2010	31.12.2011
Stiftung Habricht del Soto	39 407.45	40 195.60
Fonds James Daler	72 389.05	72 390.95
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	58 061.10	59 222.30
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	21 365.75	21 793.05
Fonds Placide Perroset	9 021.85	9 202.30
Fonds J.-B. Zbinden	4 780.75	4 876.35
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	95 480.76	97 390.36

Schon lange werden diese Stiftungen fast nicht mehr genutzt. Verschiedene Stiftungen, deren Mittel zum Zeitpunkt ihrer Schaffung, die oft knapp hundert Jahre zurück liegt, als ausreichend erscheinen mochten, können bedürftigen Studierenden kaum noch eine effiziente Unterstützung bieten. Die Anwendungskriterien anderer Stiftungen sind zum Teil derart einschränkend, dass sie nur in sehr seltenen Fällen einen (bescheidenen) Unterstützungsbeitrag ermöglichen. Auf Anstoss des Finanzinspektorats des Kantons Freiburg beabsichtigt die HTA-FR deshalb, diese Fonds zu einem einzigen grossen Fonds zusammenzuschliessen. Damit könnte eine echte Förderpolitik eingeführt werden, mit der Studierende, die finanzielle Hilfe benötigen, wirksam unterstützt werden könnten. Mit diesem Ziel hat die HTA-FR das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge gebeten, die Frage in rechtlicher Hinsicht zu prüfen. Eine erste Analyse dieses Amtes kommt zum Schluss, dass einer Auflösung dieser Stiftungen zugunsten einer einzigen Stiftung grundsätzlich nichts entgegensteht, insbesondere da diese Stiftungen schon lange bestehen und die verfügbaren Mittel kaum genutzt werden. Die HTA-FR wird an diesem Vorhaben 2012 weiter arbeiten.

2011

XI. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
VOLKSWIRTSCHAFT	663,31	630,04	33,27
ZENTRALVERWALTUNG	77,89	76,21	1,68
3500 / ETES Generalsekretariat	7,42	7,40	0,02
3505 / PECO Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	8,50	8,50	
3510 / OPEM Amt für den Arbeitsmarkt	13,21	13,20	0,01
3525 / RCOM Handelsregisteramt	5,80	5,80	
3535 / LOGE Wohnungsamt	2,30	2,30	
3542.1 / SFPR Amt für Berufsbildung	24,46	24,12	0,34
3560 / STAT Amt für Statistik	7,95	7,76	0,19
3570 / TRCE Amt für Verkehr und Energie	8,25	7,13	1,12
UNTERRICHTSWESEN	585,42	553,83	31,59
3542.2 / EPAI Gewerbliche und industrielle Berufsschule	163,75	154,10	9,65
3542.3 / EPCO Kaufmännische Berufsschule	51,17	48,75	2,42
3542.4 / EPAC Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule	44,73	41,84	2,89
3542.5 / EPSS Berufsschule Gesundheit – Soziales	33,11	28,15	4,96
3542.6 / EMEF Lehrwerkstätten Freiburg	80,94	76,60	4,34
3557 / ETEC Technische Schulen	7,29	7,87	-0,58
3558 / HESF Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	204,43	196,52	7,91



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la santé et des affaires sociales DSAS
Direktion für Gesundheit und Soziales GSD

WWW.FR.CH/GSD

I. Direktion und Generalsekretariat	1	VI. Sozialvorsorgeamt	31
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	31
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	32
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3	3. Statistik	34
4. Streitfälle	4		
5. Gesetzgebung	4	VII. Kantonales Sozialamt	37
		1. Aufgaben	37
II. Amt für Gesundheit	5	2. Hilfe an bedürftige Personen	38
1. Aufgaben	5	3. Hilfe an die Opfer von Straftaten	42
2. Tätigkeit	5	4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge	43
3. Gesundheitsberufe	7	5. Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen	46
4. Spitäler	8	6. Koordination der Familienpolitik	47
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	9	7. Freiburg für alle	48
6. Gesundheitsplanung	10		
7. Hilfe und Pflege zu Hause	10	VIII. Jugendamt	49
8. Gesundheitsförderung und Prävention	11	1. Aufgaben	49
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	13	2. Allgemeine Tätigkeit	49
10. Krankenversicherung	14	3. Tätigkeit der Sektoren	50
11. Schülerunfallversicherung	14		
		IX. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen	54
III. Kantonsarztamt	16	1. Aufgaben	54
1. Aufgaben	16	2. Tätigkeit	54
2. Tätigkeit	16		
3. Fusion Kantonsarztamt–Dienst für Familienplanung und Sexualinformation	17	X. Personalbestand	56
4. Prävention und Gesundheitsförderung	17		
5. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems	23		
6. Information und Koordination	26		
7. Austausch und Zusammenarbeit	27		
IV. Schulzahnpflegedienst	27		
1. Aufgaben	27		
2. Tätigkeit	27		
V. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation	29		
1. Aufgaben	29		
2. Tätigkeit	29		
3. Statistik	30		

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) sorgt dafür, dass der Freiburger Bevölkerung eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich zur Verfügung steht. Ihre Dienste und Ämter stellen eine Vielzahl an Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich sicher und subventionieren zahlreiche Institutionen und Vereine, die in diesen Bereichen tätig sind. Ausserdem sind der GSD drei öffentlich-rechtliche Anstalten administrativ zugewiesen: das freiburger spital (HFR), das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) und die Kantonale Sozialversicherungsanstalt (KSPA). Diese Anstalten verfassen ihren eigenen Tätigkeitsbericht. Auch das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen ist der GSD unterstellt.

Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Staatsrätin Anne-Claude Demierre, Generalsekretär ist Antoine Geinoz.

Das Generalsekretariat unterstützt die Direktion bei der Führung und der Verwaltung und koordiniert die verschiedenen Verwaltungseinheiten untereinander. Es ist zuständig für Finanzen, Personalwesen, Kommunikation, Übersetzung, juristische Beratung und Streitfälle. Das Generalsekretariat ist ferner Ansprechpartner der zentralen Dienste des Staates und vertritt die GSD in verschiedenen Kommissionen. Schliesslich übt es noch die Aufsicht über die im Kanton tätigen Familienausgleichskassen aus.

2. Tätigkeit

2.1 Gesundheitsplanung

Die im Jahr 2008 vom Staatsrat verabschiedete Gesundheitsplanung kann nun vollständig umgesetzt werden: Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat die Beschwerde gegen die Aufteilung der Spezialgebiete unter den Privatkliniken abgelehnt. Diese Beschwerde hatte keine Auswirkungen auf die Organisation des öffentlichen Spitalsektors.

Die Kommission für Gesundheitsplanung ist im Berichtsjahr zu drei Sitzungen zusammengekommen. Sie hat sich namentlich mit dem Projekt der präklinischen Notfallbehandlung auseinandergesetzt, zu dem sie vor der Übergabe des einschlägigen Gesetzesvorentwurfs an den Staatsrat Stellung genommen hat. Die Kommission hat ausserdem zur Planung der Langzeitpflege und zur Anerkennung von Pflegebetten in den Pflegeheimen Stellung genommen.

2.2 Gesundheitsförderung, Prävention und Jugend

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 wurde bis 2015 verlängert. In Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz steuert die GSD im Besonderen das kantonale Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht», das sich in erster Linie an Kinder im Vorschulalter richtet. Im Weiteren koordiniert sie ein Projekt für die Betreuung suchtkranker Personen und war in eben diesem Rahmen Patin des Zusammenschlusses der im Suchtbereich tätigen Einrichtungen «Le Tremplin», «Le Torry» und «Le Radeau». Auch der kantonale Alkoholaktionsplan konnte im Berichtsjahr Fortschritte verzeichnen: Die derzeitige Situation im Suchtbereich wurde einer Analyse unterzogen. Die GSD subventioniert zahlreiche Einrichtungen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention, denen sie verschiedene Leistungsaufträge erteilt. 2011 hat sie ausserdem über ihre Jugendbeauftragten 29 Jugendprojekte unterstützt.

2.3 freiburger spital

2011 kam es innerhalb des freiburger spitals (HFR) bei mehreren wichtigen Stellen zu einem Wechsel. So hat bspw. der Generaldirektor des HFR per September 2012 seine Pensionierung angekündigt. Für seine Nachfolge hat der Staatsrat Pauline de Vos Bolay aus Genf ernannt. Im Frühling 2011 haben ausserdem die beiden Chefärztinnen der Gynäkologie und Geburtshilfe ihre Kündigung eingereicht. Weil ihre Nachfolge ungewiss war, musste das HFR im August eine vorübergehende Einschränkung der Gynäkologie- und Geburtshilfetätigkeit im Kantons-spital ankündigen. Schliesslich konnte aber auf den 1. Oktober 2011 ein neuer Chefarzt und mehrere Kaderärztinnen und Kaderärzte eingestellt werden, weshalb diese Massnahme dann doch nicht umgesetzt werden musste.

Ende 2011 hat der Staatsrat die Mitglieder des HFR-Verwaltungsrates für die Amtsperiode 2012–2015 ernannt. Des Weiteren konstituierte sich Anfang 2011 die 2010 angekündigte Personalkommission.

Ein wichtiges Ereignis bei der Infrastruktur war die Einweihung der Radiologie am HFR Riaz im November 2011. Der Standort Meyriez-Murten war wegen eines beträchtlichen Umbau- und Vergrößerungsprojektes im Gespräch; das entsprechende Projekt wurde im Verlaufe des Berichtsjahres ausgearbeitet. Im Februar 2012 wird die Bevölkerung des Seebezirks darüber abstimmen, im Frühling desselben Jahres wird der Grosse Rat darüber befinden.

2011

Die Bezeichnung «freiburger spital» (HFR) wurde gesetzlich eingeführt und ersetzt per 1. Januar 2012 offiziell die bisherige Bezeichnung «Freiburger Spitalnetz» (FSN).

2.4 Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Im vierten Jahr seines Bestehens verzeichnete das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) eine intensive klinische Tätigkeit. In den drei Sektoren konnten zahlreiche neue Leistungen angeboten werden, die auf das Alter der Patientinnen und Patienten abgestimmt sind und sich in 12 Behandlungsketten einteilen lassen.

Die Tagesklinik in Freiburg, die ihren Betrieb Mitte Dezember 2010 aufgenommen hatte, kam 2011 auf Kurs und betreute täglich 18 französischsprachige und 14 deutschsprachige Patientinnen und Patienten. Diese Form der Betreuung, eine Mischung zwischen stationärer und ambulanter Behandlung, erweist sich für viele Patientinnen und Patienten als sehr geeignet, denn so können diese eine zuweilen stigmatisierende Hospitalisierung entweder ganz vermeiden oder aber zumindest das stationäre Behandlungszentrum rascher verlassen, weil sie dank der Betreuung in der Tagesklinik wieder nach Hause gehen können.

Die Tagesklinik ist sicher einer der Gründe für den Rückgang der Aufenthaltsdauer im stationären Behandlungszentrum, die von 30 Tagen im Jahr 2010 auf 26,5 gesunken ist. Dies entspricht einem Rückgang von 12 %.

2011 hat das FNPG auch seine Dienstleistungspalette für die Kantonsbevölkerung ausgebaut. Die Informations-, Abklärungs- und Triagestelle des FNPG beantwortet unter 026 305 77 77 alle telefonischen Anfragen von Patientinnen und Patienten, aber auch von Gesundheitsfachpersonen, und organisiert direkt die Einzelheiten (Termine, Einweisungsentscheid u. ä.) einer jeweiligen Leistung. Die Angehörigenhilfe (026 305 78 00) bietet Unterstützung und psychoedukative Programme für Angehörige von Personen mit einer psychischen Störung. 2011 hat die Angehörigenhilfe unter dem Namen «Connexion Familiare©» eine neue Gruppe für Angehörige von Personen mit einer Borderline-Persönlichkeitsstörung gegründet. Das mobile Team für psychosoziale Notfälle (EMUPS), das Personen, denen besonders traumatische Ereignisse widerfahren sind, im Anschluss an den Einsatz der traditionellen Notdienste wie Polizei oder Feuerwehr, rund um die Uhr psychosoziale Unterstützung leistet, hatte im Berichtsjahr 60 Einsätze.

Neben diesem Aufschwung im klinischen Bereich und der Stärkung der Projekte im Allgemeinen lancierte das FNPG im 2011 umfassende Überlegungsarbeiten zu seiner internen Organisation, insbesondere zur medizinischen. Ein von zwei externen Fachpersonen erstellter Evaluationsbericht unterstreicht die

Wichtigkeit des Projektes «RFSM 1.0» und dessen Erträge, gibt aber auch wichtige organisatorische Empfehlungen zur Stärkung der Strukturen ab, damit sich der Bereich der psychischen Gesundheit in unserem Kanton auch mit dem Projekt «RFSM 2.0» weiterhin harmonisch entwickeln kann. 2011 war ferner gekennzeichnet durch die Pensionierung von Dr. Patrick Hammerle, ärztlicher Direktor des Bereichs Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, nach 20 Dienstjahren, sowie von Dr. Graziella Giacometti Bickel, ärztliche Direktorin des Bereichs Erwachsenenpsychiatrie und -psychotherapie.

2.5 Finanzierung der Spitäler

In Anwendung der neuen Bundesgesetzgebung musste sich der Kanton Freiburg mit einem neuen Gesetz über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser ausrüsten. Das Projekt wurde in der GSD vorbereitet und war Ende des Jahres Gegenstand einer Vernehmlassung. Am 4. November 2011 hat der Grosse Rat das Gesetz schliesslich verabschiedet; sein Inkrafttreten wurde auf den 1. Januar 2012 festgesetzt. Die Leistungen der öffentlichen und privaten Spitäler werden künftig vom Staat und den Versicherern nach einem Fallpauschalensystem vergütet. Die Spitäler sind verpflichtet, einen Teil dieser Vergütung für Investitionen aufzuwenden. Patientinnen und Patienten haben in Zukunft «freie Spitalwahl» und können sich unter gewissen Voraussetzungen auch für ein ausserkantonales Spital entscheiden. Diese Reform hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgaben des Staates, die sich bis 2017 auf rund 40 Millionen Franken pro Jahr belaufen werden.

2.6 Familienpolitik

Auch die Familienpolitik konnte ein paar wichtige Erfolge verzeichnen: Am 1. Juli 2011 ist das Gesetz über die Mutterschaftsbeiträge in Kraft getreten; damit wurde der Kanton Freiburg der erste Kanton, der allen Müttern, ohne Ausnahme, einen Mutterschaftsbeitrag gewährt. Das Gesetz über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen ist seinerseits am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten. In der Folge wurde die Revision des Gesetzes über die Familienzulagen in die Vernehmlassung geschickt. Diese beabsichtigt ein Beitragssystem für alle Kinder, unabhängig vom beruflichen Status der Eltern. Schliesslich kam auch der Gesetzesentwurf über die Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen voran; er kann in Kürze in die Vernehmlassung gehen. All diese Instrumente zur Förderung der Familien und der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben entsprechen dem Verfassungsauftrag.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die soziale Anlaufstelle «Freiburg für alle», die am 1. September 2011 in Freiburg ihre Türen geöffnet hat. Dieser Ort der Information und Orientierung steht allen Personen offen, die nicht wissen, an welche der vielen kantonalen Sozialeinrichtungen sie sich wenden sollen. In

2011

den ersten Monaten haben sich schon zahlreiche Personen an «Freiburg für alle» gewendet.

2.7 Alterspolitik

Der Staatsrat hat die Planung der Langzeitpflege der GSD gutgeheissen. Diese legt einerseits die Bereitstellung von zusätzlichen Betten in den Pflegeheimen für die kommenden vier Jahre fest und sieht andererseits eine Anhebung der Zahl der Kurzzeitbetten und der Tagesstättenplätze sowie einen Ausbau des Personalbestands in den Spitex-Diensten im Hinblick auf die Förderung des Verbleibs der Betagten zu Hause vor. In diesem Rahmen hat die GSD auch eine Lösung mit den religiösen Kongregationen, die Mitglieder der Glaubensgemeinschaften mit erheblichem Pflegebedarf betreuen, gefunden. Deshalb soll nun ein Teil dieser Betten vom Kanton anerkannt und die Kongregationen in die Planung der Langzeitpflege integriert werden. Gemäss den Anforderungen der Bundesgesetzgebung wird in den Pflegeheimen ein neues Instrument zur Beurteilung des Pflegebedarfs eingeführt: «RAI». Dieses umfasst neu 12 statt der bisherigen 4 Pflegestufen. In diesem Zusammenhang musste eine umfassende Schulung für das betroffene Personal organisiert werden. Eine Beschwerde gegen die Einführung von RAI wurde vom Kantonsgericht abgewiesen.

Das Projekt Senior+ wurde weitergeführt; bereits konnten die Ziele und die Handlungsbereiche der öffentlichen Hand im Bereich der Alterspolitik definiert werden.

2.8 Asylwesen

Die Bewältigung der Beherbergungssituation war die Herausforderung des Jahres schlechthin. Grund waren der starke Anstieg bei den Personen, die dem Kanton zugeteilt wurden, aber auch die vom Bund getroffenen Massnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Die GSD hat die Schritte zur Eröffnung einer neuen Asylunterkunft in den Bezirken, in denen es noch keine solche Unterkunft gibt, verstärkt.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Für die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) war die Gesetzgebung über die neue Spitalfinanzierung im 2011 eines der wichtigsten Themen. Dabei ging es darum, das Inkrafttreten des Bundesgesetzes auf den 1. Januar 2012 vorzubereiten, wobei darauf geachtet werden musste, dass ein Modell verabschiedet wurde, das die Versicherten langfristig nicht noch stärker belastet. Des Weiteren hat die GDK erfolgreich gegen einen Vorschlag der

Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats für eine dringliche Gesetzesänderung zur Einführung der Spitalfinanzierung angekämpft. Das verlangte Einfrieren der Spitaltarife hätte den Kantonen zusätzliche Finanzierungslasten übertragen.

Die GDK hat sich ausserdem gegen die Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» ausgesprochen, in der sie eine unverhältnismässige Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund sah. Sie war der Meinung, dass die anvisierten Probleme nicht allein mit einem Verfassungsartikel gelöst werden können, sondern konkreter Massnahmen im Bereich der Tarifpolitik und der ärztlichen Ausbildung bedürfen. Die GDK hat ferner zu verschiedenen Gesetzesprojekten Stellung genommen, namentlich zum Transplantationsgesetz, zum Fortpflanzungsmedizinengesetz und zum Präventionsgesetz.

Schliesslich wurden wichtige Entscheidungen über die Konzentration der Spitzenmedizin getroffen: Das Beschlussorgan, in dem auch die Direktorin für Gesundheit und Soziales vertreten ist, hat beschlossen, die hochspezialisierte Behandlung von Hirnslagpatienten künftig auf 8, diejenige von Schwerverletzten auf 12 Zentren zu konzentrieren.

3.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Bei ihrer Jahresversammlung haben die Mitglieder der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) eine erste erfreuliche Bilanz zu ihrem Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gezogen. Die Mehrheit der kurz- und mittelfristigen Massnahmen konnte bereits umgesetzt werden.

Dabei ging es insbesondere um die Sensibilisierung für das Thema Armut und soziale Ausgrenzung und um die Verbesserung der Situation von Familien und Working Poor, der interinstitutionellen Zusammenarbeit und der Integrationsmassnahmen zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen.

Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung hat die SODK Empfehlungen zur Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kantonen herausgegeben. Sie weist ihnen die Handlungsoptionen dieses wichtigen Pfeilers der Familienpolitik: Einrichtungen, die eine Vereinbarung von Berufs- und Familienleben ermöglichen und somit den Familien ein ausreichendes Einkommen garantieren.

Die angespannte Situation im Asylwesen beschäftigte die SODK ebenso; sie hat vom Bund verlangt, dass er die entsprechenden Infrastrukturen vorsieht und die Verfahren möglichst rasch vollzieht.

2011

Die Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Mitglied des SODK-Vorstandes.

3.3 Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)

Wie die GDK hat auch die «la Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) an der Vorbereitung der Einführung der neuen Regelungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung für die Spitalfinanzierung mitgearbeitet. Des Weiteren hat sie sich um die Umsetzung der Gesetzgebung über die Langzeitpflege gekümmert und um die Auswirkungen des Inkrafttretens des revidierten Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (AVIG) auf die Kantone.

4. Streitfälle

Auf der Grundlage von Art. 116 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) behandelt die GSD die Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen und Ämter, sofern das Gesetz keine Beschwerde beim Kantonsgericht vorsieht. Beschwerden 2011:

Hängige Verfahren am 31. Dezember 2010	5
Eingereichte Beschwerden	15
Bearbeitete Beschwerden	15
davon:	
unzulässig	3
gutgeheissen	1
abgewiesen	8
gegenstandslos	3
Hängige Verfahren am 31. Dezember 2011	5

Alle 15 Beschwerden sind auf Französisch eingereicht worden. Sie betreffen Entscheide des Kantonalen Sozialamts, der ORS Service AG, des Amtes für Gesundheit, des Jugendamtes und – infolge Ausstands der Sicherheits- und Justizdirektion – des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen

Gesetz vom 5. Juli 2011 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Zahlungsausstände)

Gesetz vom 4. November 2011 über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser

5.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 25. Januar 2011 über die Neuordnung der Pflegefinanzierung

Verordnung vom 25. Januar 2011 über die Pflégetarife 2011 in den Pflegeheimen

Verordnung vom 15. Februar 2011 zur Änderung der Verordnung über die Impfung gegen den Gebärmutterhalskrebs (Humanes Papillomavirus)

Verordnung vom 22. Februar 2011 über den Kantonsanteil an den Kosten der Leistungen der Akut- und Übergangspflege

Verordnung vom 1. März 2011 zur Genehmigung des Taxpunktwerts TARMED 2011 für die Freiburger öffentlichen und privaten Spitäler für somatische Pflege und das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Verordnung vom 1. März 2011 zur Änderung des Tarifs der Verwaltungsgebühren

Verordnung vom 15. März 2011 zur Genehmigung der Tagespauschale 2011 für Material, Arzneimittel und pharmazeutische Betreuung zwischen santésuisse und der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA)

Verordnung vom 15. März 2011 zur Genehmigung der Vereinbarung über die Pflege, die zu Lasten der Krankenversicherung in einer Tagesstätte des Kantons Freiburg erteilt wird

Verordnung vom 21. März 2011 zur Änderung des Reglements vom 4. Dezember 2001 über Pflegeheime für Betagte und des Beschlusses vom 4. Dezember 2001 über die Beurteilung des Pflege- und Betreuungsbedarfs

Verordnung vom 21. März 2011 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

—
2011

Verordnung vom 29. März 2011 über den Kantonsanteil an der Abgeltung von stationären Leistungen

Reglement vom 3. Mai 2011 über die Mutterschaftsbeiträge

Verordnung vom 6. Juni 2011 zur Aufhebung der Beschlüsse über die Beiträge an die Verwaltungskosten der Kantonalen AHV-Ausgleichskasse

Verordnung vom 6. Juni 2011 zur Aufhebung der Beschlüsse über die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und der Familienzulagen in der Landwirtschaft

Verordnung vom 15. Juni 2011 über den Tarif der Gebühren im Zusammenhang mit der Anwendung des Gesundheitsgesetzes

Verordnung vom 5. Juli 2011 zur Genehmigung der Anhänge der Tarifvereinbarungen zwischen santésuisse und den öffentlichen Spitälern des Kantons Freiburg über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung zur Festlegung der Spitalpauschalen 2011

Verordnung vom 15. Juli 2011 zur Änderung der Verordnung über das Verfahren für die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an den Behandlungskosten bei einem ausserkantonalen Spitalaufenthalt

Verordnung vom 16. August 2011 zur Änderung der Verordnung vom 2. Mai 2006 über die Richtsätze für die Bemessung der materiellen Hilfe nach dem Sozialhilfegesetz

Reglement vom 27. September 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen

Verordnung vom 27. September 2011 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen der Freiburger Krebsliga und tarifsuisse ag betreffend die Übernahme des Brustkrebs-Screenings

Verordnung vom 27. September 2011 zur Änderung des Reglements über Gesundheitsförderung und Prävention

Verordnung vom 27. September 2011 über die Höhe der Familienzulagen

Verordnung vom 4. Oktober 2011 zur Genehmigung der zwischen santésuisse und den Freiburger Privatkliniken vereinbarten Spitalpauschalen 2011 in der allgemeinen Abteilung

Verordnung vom 8. November 2011 über die Verbilligung der Krankenkassenprämien

Verordnung vom 22. November 2011 zur Änderung des Beschlusses über die Kostenbeteiligung der in Sonderheimen untergebrachten Personen

Verordnung vom 6. Dezember 2011 über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2012

Verordnung vom 6. Dezember 2011 über den Gesundheitsrat

Verordnung vom 20. Januar 2011 über die Pflegetarife 2012 in den Pflegeheimen

Verordnung vom 20. Januar 2011 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 20. Dezember 2011 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

II. Amt für Gesundheit

1. Aufgaben

—
Der Auftrag des Amtes für Gesundheit (GesA) besteht in der Ausführung der Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollaufgaben im Gesundheitsbereich. Ziel ist es, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz, Wahrung und Wiederherstellung der Gesundheit Einzelner sowie der Bevölkerung allgemein zu zu Kosten, die sowohl für Einzelpersonen als auch für die Gemeinschaft tragbar sind, zu gewährleisten.

Geleitet wird das GesA vom Vorsteher Patrice Zurich.

2. Tätigkeit

—
Das GesA befasst sich hauptsächlich mit der Planung und dem Management des Gesundheitsbereichs, um für die Bevölkerung den Zugang zu den Pflegeleistungen und eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ausserdem kümmert es sich um die Umsetzung der Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik. In diesem Rahmen betreffen die Tätigkeiten des GesA im Wesentlichen Planung, Subventionierung bzw. Finanzierung, Kontrolle und Gesundheitspolizei.

Haupttätigkeiten des GesA:

 2011

- > Betreuung des Dossiers Spitalplanung;
- > Erstellung der kantonalen Statistiken im Gesundheitsbereich;
- > Subventionierung bzw. Finanzierung der öffentlichen Spitäler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention;
- > Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte;
- > Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheitsfachleute;
- > Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- > Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens;
- > Freistellungen vom Beitritt zur obligatorischen Krankenversicherung;
- > Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Aufsicht über die Apotheken und Drogerien des Kantons, Betäubungsmittelkontrolle;
- > Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (frühere Schülerunfallversicherung; s. Punkt 11).

Über diese regelmässigen Tätigkeiten hinaus befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GesA im Berichtsjahr zudem mit der weiteren Umsetzung und Finanzierung des freiburger spitals (HFR) gemäss dem Gesetz vom 27. Juni 2006 über das freiburger spital (s. Punkt 4). Das Gleiche gilt für das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) nach dem Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

Des Weiteren wurden die Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Berichts zuhanden des Staatsrates sowie eines Gesetzes- und Botschaftsvorentwurfs zuhanden des Grossen Rates über den Betrieb, die Organisation und die Finanzierung der Notfallerstversorgung weitergeführt. Diese Dokumente befanden sich von Oktober 2011 bis Ende Januar 2012 in der Vernehmlassung. Bis Ende des ersten Halbjahres 2012 sollten sich dann der Staatsrat und der Grosse Rat auch zur Frage der Funktionsweise, der Organisation und der Finanzierung der Notfallerstversorgung äussern können.

In Anwendung des Ausführungsgesetzes vom 9. Dezember 2010 zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung hat der Staatsrat die einschlägige Verordnung vom 25. Januar 2011 verabschiedet. Mit dieser Verordnung setzt er die Kosten der Leistungen der ambulanten Pflege und der Langzeitpflege in den Pflegeheimen sowie für die Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause und die selbstständigen Pflegefachpersonen fest. Ebenso werden darin die Einzelheiten des von der obligatorischen Krankenversicherung nicht übernommenen Kostenanteils, die im Gesetz nicht geregelt werden, festgelegt. In der Folge musste das GesA eine Beschwerde ans Bundesgericht von Seiten des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, Sektion Freiburg, und eines selbstständigen Pflegefachmannes gegen die besagte Verordnung behandeln.

Das GesA hat noch zwei weitere wichtige Gesetzesprojekte geleitet: Das Gesetz über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser (s. Punkt 4.1) sowie – in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) – die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung, welche die Kantonalisierung der Zahlungsausstände und die Anpassung der Verfahren in Sachen Befreiung von der Versicherungspflicht und Prämienverbilligung betraf.

Das GesA arbeitete mit dem SVA an zwei Projekten: zum einen an der Planung der Langzeitpflege, die Auswirkungen auf die Betreuung durch die Organisationen für Krankenpflege und Hilfe zu Hause hat, zum anderen an Senior+, einem Konzept für eine umfassende Politik zugunsten älterer Menschen. Diese Zusammenarbeit wird auch in den kommenden Jahren weitergeführt.

Das GesA befasste sich auch im Berichtsjahr mit der Prüfung der Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Darüber hinaus leitete das GesA Friedhofreglemente von 10 Gemeinden sowie 2 Gemeindereglemente über die Beteiligung der betroffenen Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung an die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) weiter.

Auch im Berichtsjahr bearbeitete das GesA nach wie vor Fragen zur Anwendung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der Europäischen Union (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelsassoziation (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Das GesA informiert die Öffentlichkeit über seine Website (<http://www.fr.ch/gesa>), die 2011 von 43 679 Personen besucht wurde.

2011

3. Gesundheitsberufe

3.1 Berufsausübungsbewilligungen

Den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung entsprechend erteilte die GSD die nachfolgenden Bewilligungen zur Ausübung eines Gesundheitsberufes:

> Hörgeräte-Akustiker/-in:	10
> Chiropraktiker/-in:	1
> Ernährungsberater/-in:	2
> Ergotherapeut/-in:	3
> Dentalhygieniker/-in:	2
> Pflegefachfrau/Pflegefachmann:	31
> Logopädin/Logopäde:	1
> Ärztin/Arzt:	53
> Zahnärztin/Zahnarzt:	18
> Tierärztin/Tierarzt:	10
> Augenoptiker/-in:	10
> Osteopath/-in:	11
> Apotheker/-in: 26	
> Physiotherapeut/-in:	16
> Podologin/Podologe:	2
> Psychologin-Psychotherapeutin/ Psychologe-Psychotherapeut:	8
> Hebamme:	10
> Zahntechniker/-in:	2

Seit Inkrafttreten der neuen Richtlinien der GSD am 1. Juli 2011 sind Gesundheitsfachpersonen, die in einer Institution des Gesundheitswesens oder im Auftrag eines Gemeinwesens arbeiten, nicht mehr verpflichtet, über eine persönliche Berufsausübungsbewilligung zu verfügen. Allerdings können alle Gesundheitsfachpersonen in ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Institution bzw. auf deren Wunsch eine persönliche Berufsausübungsbewilligung beantragen. Davon betroffen sein kön-

nen z. B. Kaderärztinnen und Kaderärzte mit einem privatem Nebenerwerb oder aber Personen, die einer Berufsgesellschaft beitreten möchten, die ein solches Vorgehen von ihren Mitgliedern verlangt.

Diese Richtlinien betreffen das HFR, das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG), die anerkannten Pflegeheime, die anerkannten Organisationen für Hilfe und Pflege zu Hause mit öffentlichem Auftrag, die Ambulanzdienste mit öffentlichem Auftrag und die anerkannten Mütter- und Väterberatungsdienste.

Stellen diese Institutionen eine ausländische Fachperson ein, so müssen sie das Gesuch für Aufenthalts- und/oder Arbeitsbewilligung übrigens ans Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) richten. Abgesehen von besonderen Prüfungen auf Wunsch des BMA gibt das GesA keine Stellungnahme zu solchen Gesuchen ab.

Im Gegensatz zu den Vorjahren wird hier somit aufgrund dieser Richtlinien die Zahl der Bewilligungen für die Berufsausübung unter Aufsicht und diejenige der Stellungnahmen zu Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal nicht mehr aufgeführt.

3.2 Aufsicht über die Gesundheitsberufe (2011)

Im Laufe ihres 11. Tätigkeitsjahres hatte sich die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte (die Kommission) mit 27 Klagen, Anzeigen oder anderen Anträgen zu befassen.

2011 erledigte die Kommission insgesamt 22 Fälle:

- > 4 durch Mediation,
- > 7 durch Stellungnahme zuhanden der GSD,
- > 4 durch Sach- oder Nichteintretensentscheid,
- > 5 sind gegenstandslos geworden oder der Strafantrag wurde zurückgezogen,
- > 2 durch ein einfaches Schreiben (Antwort auf Auskunftsgesuch; Weiterleitung an zuständige Behörde).

Die Kommission traf zu 10 ordentlichen Sitzungen zusammen.

Eine Delegation der Kommission wurde im Rahmen der Verwaltung von Patientendossiers besonders stark in Anspruch genommen; diese waren von einem Arzt hinterlassen worden, nachdem dieser seinen Beruf niedergelegt und die Schweiz verlassen hatte (namentlich Inventur der Dossiers, Patientenin-

2011

formation in den Medien, Schaffung einer Anlaufstelle für die Dossierhinterlegung an einem HFR-Standort).

Bis Ende April 2011 wurden das administrative Sekretariat der Kommission vom GesA und das juristische Sekretariat von einem französischsprachigen juristischen Sekretär mit gelegentlicher Unterstützung einer deutschsprachigen Sekretärin geführt.

Am 1. Mai 2011 wurde der Beschäftigungsgrad des französischsprachigen juristischen Sekretärs von 20 auf 50 % angehoben. Die Kommission freut sich über diese Entwicklung, die sie sich schon seit längerer Zeit gewünscht hatte, denn dadurch wird nicht nur Ihre Sichtbarkeit gestärkt; die 50 %-Anwesenheit ihres juristischen Sekretärs wird auch die Bearbeitung der laufenden Angelegenheiten deutlich verbessern.

4. Spitäler

4.1 Allgemeine Tätigkeit

Am 4. November 2011 hat der Grosse Rat den Entwurf des Gesetzes über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser verabschiedet. 2011 bereitete sich das GesA neben den gesetzgeberischen Arbeiten hauptsächlich auf die aufgrund einer Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung beschlossene Einführung der neuen Spitalfinanzierung per 1. Januar 2012 vor. Die Ausarbeitung des Voranschlags stellte sich als besonders kompliziert heraus, da 2012 das erste Geschäftsjahr sein wird, in dem der Kanton die finanziellen Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung berücksichtigen muss. Das GesA traf sich deshalb mehrmals mit dem HFR, dem FNPG, den Privatkliniken und den Geburtshäusern des Kantons, um die im Voranschlag 2012 einzutragenden Beträge zu veranschlagen bzw. auszuhandeln und die Leistungsaufträge zu erstellen.

Die Diskussionen mit dem Kanton Waadt über die Festlegung einer neuen Rechtsstellung für das Interkantonale Spital der Broye (HIB) wurden fortgesetzt. Ausserdem hat das GesA die dringenden Investitionsanträge, die das HIB im Verlaufe des Jahres 2011 eingereicht hat, analysiert, die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2010 geprüft und das Globalbudget entsprechend korrigiert.

Im Übrigen beantwortete das GesA verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Spitalbereich und wirkte in verschiedenen interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen mit.

4.2 Globalbudget

2011 belief sich das Globalbudget, das der Staatsrat dem HFR zugeteilt hat, auf 190 009 870 Franken, einschliesslich Investitionsabschreibungen, jedoch ohne Einnahmen für Investitionen und Investitionsausgaben. Das freiburger Spital schloss seine

Rechnung schliesslich mit einem Betriebskostenüberschuss von 189 651 871 Franken ab.

Im Voranschlag des GesA wurde ferner ein Betrag von 400 000 Franken für die Subventionierung der Umbauarbeiten am HFR Meyriez-Murten vorgesehen; diese Arbeiten sind notwendig, damit das Spital seinen Auftrag gemäss der im März 2008 vom Staatsrat verabschiedeten Spitalplanung erfüllen kann. Dank Kreditüberträgen aus den Vorjahren stand Ende 2011 ein Betrag von 3 999 312 Franken zur Verfügung. Mit der Genehmigung des Staatsrates wurden 715 899.65 Franken für den kantonalen Beitrag an die Projektierungskosten für das Projekt im HFR Meyriez-Murten bezahlt. Die Schlussabrechnung im Zusammenhang mit den Arbeiten am Standort Billens konnte abgeschlossen und die restliche Subvention, d. h. 2 179 515.75 Franken, überwiesen werden. Die Planungskommission für den Umbau am HFR Meyriez-Murten führt derweil seine Arbeiten weiter; im Frühling 2012 sollte dem Grosse Rat ein entsprechender Dekretsentwurf unterbreitet werden.

Um die Finanzierung des Betriebs 2011 des HIB festzulegen, hat sich das GesA mehrmals mit dem Gesundheitsamt des Kantons Waadt getroffen. In der Folge sprach der Staatsrat dem HIB auf Grundlage einer Veranschlagung der künftigen Tätigkeit für 2011 ein Globalbudget von 12 036 571 Franken zu.

Entsprechend der Leistungen, die das HIB tatsächlich für die Freiburger Bevölkerung erbracht hat, und dem prospektiv ausgehandelten Preis, war das Globalbudget 2010 um 12 169 417 Franken korrigiert worden.

Dem FNPG sprach der Staatsrat ein Gesamtbudget von 34 513 200 Franken zu. Dieses verbucht schliesslich einen Betriebskostenüberschuss von 31 780 751 Franken und damit einen Bonus von 2 732 449 Franken.

4.3 Statistik

Das GesA ist mit der Erstellung der kantonalen Statistik über die Spitäler und die Spitem betraut.

Im Berichtsjahr beteiligte sich das GesA auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Spitäler, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen die Verwaltungsdaten über die Spitäler für 2009. Die Daten für die Medizinische Bundesstatistik werden vom Kantonsarztamt (KAA) gesammelt.

2011

Allgemeine Betriebsstatistik 2011 der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Betten im Jahresdurchschnitt	Anzahl Austritte (an jedem Standort)	Anzahl Krankentage (an jedem Standort)	Mittlerer Belegungsgrad (an jedem Standort)	Mittlere Aufenthaltsdauer (an jedem Standort)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
HFR freiburger spital						
HFR Freiburg – Kantonsspital	346	11 171	103 218	82%	9,2	283
HFR Tafers	64	2462	19 086	82%	7,8	52
HFR Riaz	94	4428	28 341	83%	6,4	78
HFR Billens	45	700	14 665	89%	21,0	40
HFR Châtel-St-Denis	46	585	15 802	94%	27,0	43
HFR Meyriez-Murten	41	1141	14 166	95%	12,4	39
Interkantonales Spital der Broye						
Interkantonales Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac (*)	47	701	16 016	93%	22,8	44
Interkantonales Spital der Broye, Standort Payerne (*)	105	4310	29 524	77%	6,9	81
FNPG Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit						
Stationäres Behandlungszentrum Marsens	185	2155	61 828	92%	28,7	169
Privatkliniken Freiburg	106	7990	35 808	93%	4,5	98
Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege	1079	35 643	338 454	86%	9,5	927

(*) Die Angaben beziehen sich auf das HIB als Ganzes (inkl. Waadtländer Patienten).

Des Weiteren hat die GSD das GesA mit der Durchführung einer Umfrage über die vorliegenden statistischen Daten, ihre Nutzung und die Bedürfnisse der Partneereinrichtungen betraut. Ziel ist die Entwicklung eines Tools zur Steuerung des Gesundheitssystems, das den Übergang von einem sektoriellen Einblick zu einem umfassenden Überblick erleichtern würde. Ausserdem könnten dadurch auch die Qualität der Leistungen und die Verwendung der Ressourcen optimiert und somit die Kosten eingedämmt werden.

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Gemäss Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) sowie den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Kanton an den Kosten ausserkantonalen Spitalaufenthalte. Das GesA verwaltet seinerseits die finanzielle Beteiligung und die Zahlung der Rechnungen für ausserkantonale Spitalaufenthalte, deren medizinische Begründung formell anerkannt worden ist und für die das KAA im Namen der GSD eine Kostengutsprache erteilt hat. Das GesA handelt auch die Tarifvereinbarungen mit den Westschweizer Kantonen, dem Kanton Tessin und dem Inselehospital Bern aus. Im Übrigen erstellt und aktualisiert das GesA das

vom Staatsrat festgesetzte Verzeichnis der Spitäler ausserhalb des Kantons Freiburg, die zur Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung nötig sind, soweit das interne Spitalangebot diesem nicht entspricht.

Was die Aufenthalte angeht, so wurden 2011 ungefähr 4500 Gesuche um eine finanzielle Beteiligung geprüft. Rund 53 % dieser Gesuche wurden angenommen, der Rest hingegen wurde abgelehnt, da die Voraussetzungen nach KVG nicht erfüllt waren. Dieser Prozentsatz ist somit zum ersten Mal stabil geblieben. Die Entscheide des KAA werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten und den Krankenversicherern mitgeteilt. 2011 wurden beim Kantonsgericht 4 Beschwerden gegen diese Entscheide eingereicht. 3 davon sind noch hängig.

2011

	Finanzierung gewährt durch			Finanzierung abgelehnt durch		Zurückgezogen	Hängig	Total
	GSD	Kantons- gericht	Bundes- gericht	Kantons- gericht	Bundes- gericht			
Beschwerden 2009	8	-	-	1	-	3	2	14
Beschwerden 2010	1	-	-	-	-	-	1	2
Beschwerden 2011	-	-	-	-	-	1	3	4

2011 belief sich die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte auf 20 944 955 Franken. Rund 18,6 Millionen Franken betrafen Aufenthalte des laufenden Jahres, wohingegen nahezu 2,3 Millionen Franken der Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte vor 2010 dienten.

	Aufenthalte vor 2010	Aufenthalte 2010	Aufenthalte 2011	Total
Rechnung 2010	2 398 109	20 184 039	-	22 546 148
Rechnung 2011	-37 028	2 389 550	18 592 433	20 944 955

Da die Verrechnung der Aufenthalte 2011 Ende 2011 noch nicht abgeschlossen war, beziehen sich die letzten verfügbaren Daten für einen abgeschlossenen Zeitraum auf das Jahr 2010. Die Verteilung der Aufenthalte auf die verschiedenen Spitalkategorien zeigt, dass deutlich mehr Leistungen von Universitätsspitalern als von anderen Spitalern beansprucht wurden.

Spitalkategorie	Aufenthalte 2010	Tage 2010	Betrag 2010
CHUV (VD)	690	6595	7 105 979
Inselspital (BE)	817	7346	9 947 326
Hôpitaux universitaires de Genève HUG (GE)	106	1198	1 140 923
Universitätsspital Zürich (ZH)	25	384	656 634
Andere Universitätsspitäler	34	380	694 712
Universitätsspitäler	1672	15 903	19 545 574
Hôpital de l'Enfance (VD)	7	61	33 311
Hôpital ophtalmique Jules Gonin (VD)	24	74	74 692
Hôpital orthopédique de la Suisse romande HOSR (VD)	0	0	0
Andere spezialisierte Spitäler	4	189	134 629
Spezialisierte Spitäler	35	324	242 632
Spitäler für allgemeine Krankenpflege	324	1568	1 104 203
Berner Klinik Montana (VS)	89	2110	687 925
Berner REHA Zentrum (BE)	38	675	201 195
Bethesda Klinik (BE)	58	1694	661 861

Spitalkategorie	Aufenthalte 2010	Tage 2010	Betrag 2010
Institution de Lavigny (VD)	5	115	37 490
Clinique Le Noirmont, Klinik für kardiale Rehabilitation (JU)	0	0	0
Schweizer Paraplegiker-Zentrum (LU)	0	0	0
Andere Rehabilitationsspitäler	6	248	36 698
Rehabilitationsspitäler	196	4842	1 625 169
Universitäre psychiatrische Dienste (BE)	25	1231	456 613
Andere psychiatrische Spitäler	35	780	275 633
Psychiatrische Spitäler	60	2011	732 246
Total	2287	24 648	23 286 522

Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung können übrigens aus rein persönlichen Gründen (d. h. ohne nachgewiesenen medizinischen Grund) die Dienste eines ausserhalb des Kantons befindlichen Spitals beanspruchen, ohne dass sich der Wohnkanton finanziell beteiligt.

6. Gesundheitsplanung

6.1 Spitalplanung

Die Umsetzung der Spitalplanung wird weitergeführt, namentlich mit dem Umbau des HFR Meyriez-Murten.

Der im März 2008 vom Staatsrat verabschiedete Bericht über die Spitalplanung und die Spitalliste sind auch weiterhin rechtskräftig. Eine neue Spitalliste wird derzeit ausgearbeitet und soll im Verlaufe des Monats Januar 2012 veröffentlicht werden.

6.2 Palliativpflege

Das GesA arbeitet derzeit ein Konzept für die Palliativpflege aus, das namentlich dem Postulat Krattinger-Jutzet/Marbach (P2048.08) Folge leisten soll. Das Konzept wird im Verlaufe des Jahres 2012 in die Vernehmlassung geschickt.

7. Hilfe und Pflege zu Hause

Das GesA ist mit der Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Einzelnen die personenbezogenen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die GSD prüft das GesA die Gesuche um Änderungen der Personaldotation von solchen Diensten und die Gesuche um Betriebsbewilligungen. Es beantwortet ausserdem

2011

Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an interkantonalen und eidgenössischen Arbeiten.

2011 haben 10 Dienste Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause angeboten. Darüber hinaus wurden Leistungen der Ergotherapie zu Hause erbracht, entweder von den Diensten selber oder aber auf Vertragsbasis, von einem privaten Ergotherapeuten. Die gesamte Freiburger Bevölkerung wird von all diesen Diensten, die einen Kantonsbeitrag beziehen, abgedeckt. Die Beiträge werden auf der Grundlage der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, wobei der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung vorgängig abgezogen wird. Der kantonale Beitragsansatz für die Hilfe und Pflege zu Hause beträgt 35 %.

2011 erreichten die kantonalen Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause 6 095 926.35 Franken.

Sie verteilen sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2011 (in Franken)	Hilfe und Pflege zu Hause
Kreditübertrag 2010–2011	-5000.00
Saane	1 357 854.05
Sense	1 125 595.00
Greyerz	1 255 393.25
See	375 485.95
Glane	784 900.50
Broye	646 772.90
Vivisbach	498 052.70
Diabetes-Gesellschaft	51 872.00
Kreditübertrag 2011/12	100 000.00
Total	6 190 926.35

In diesem Betrag sind 5 545 344 Franken für die Berichtigung der Vorjahre und 550 582.35 Franken als Saldo 2010 enthalten.

Ein Betrag von 621 700 Franken wurde von dieser Kostenstelle entnommen, um die Zusatzkredite für die Zentrale 144 (71 700 Franken), für die Technischen Schulen (300 000 Franken) und für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) (250 000 Franken) zu liefern.

Die kantonalen Beiträge an die anderen Dienste für den Verbleib zu Hause verteilen sich wie folgt:

Unterstützte Einrichtung	Kantonsbeitrag (in Franken)
SVF	138 000
Pro Senectute, Reinigungsdienst	80 000
Freiburgisches Rotes Kreuz, Entlastungsdienst für Angehörige	30 000
Schweizerische Alzheimervereinigung, Entlastung zu Hause	8 000
Total	256 000

Die GSD hatte mit diesen Institutionen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, die bis Ende 2010 gültig waren. Um an die Umsetzung des Projektes «Senior+» anzuknüpfen, wurden diese Leistungsverträge mit Pro Senectute, dem Roten Kreuz und der Schweizerischen Alzheimervereinigung erneuert. Die GSD hat ausserdem einen Auftrag mit dem Spitex-Verband Freiburg abgeschlossen, um die jährliche Statistik der Krankenpflege und Hilfe zu Hause zu erstellen und einheitliche Rahmenbedingungen für den Betrieb der Dienste zu schaffen.

Die neue Pflegefinanzierung, die 2011 in Kraft getreten ist, hatte keine finanziellen Auswirkungen, da die Pflegekosten in Höhe der Tarife der Verordnung des EDI vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung festgesetzt worden sind. Allerdings ist im Zusammenhang mit diesem Beschluss beim Bundesgericht noch eine Beschwerde der selbstständigen Pflegefachpersonen hängig. Des Weiteren wurde im Ausführungsregelement eine Entschädigung für in der Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen geleistete Arbeitsstunden vorgesehen.

Ein Betrag in Höhe von 280 000 Franken wurde auf 2012 übertragen, um die Restzahlung der Abrechnungen im Zusammenhang mit der Einführung des Instruments für die Abklärung des Pflegebedarfs «RAI Home Care», die Zahlung der Korrekturen aufgrund der Einwände gegen die Abrechnungen 2010 der ordentlichen Subvention und die Zahlung der allfälligen Retroaktiven für die neue Pflegefinanzierung zu gewährleisten.

8. Gesundheitsförderung und Prävention

8.1 Planung und Leistungsaufträge

In Zusammenarbeit mit dem KAA stellt das GesA die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher, die in Zusammenhang mit den kantonalen Prioritäten in diesem Bereich stehen.

Des Weiteren hat das GesA 2011 den Aktionsplan aus dem kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 fertiggestellt und in die Vernehmlassung geschickt; Letzterer war im Mai 2007 vom Staatsrat genehmigt und danach für

2011

den Zeitraum 2011–2015 verlängert worden. Der Aktionsplan enthält die Ziele, Massnahmen, Indikatoren und erforderlichen Mittel. Eine Führungstabelle wurde ebenfalls ausgearbeitet. Der Aktionsplan soll Anfang 2012 anlässlich einer Medienkonferenz vorgestellt werden.

Das GesA kümmerte sich auch um die Vorbereitung und die Betreuung der Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die in diesem Jahr 4 Mal im Plenum zusammengesessen ist. Diese Kommission ist auch beratendes Organ für die Anträge beim Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit. 2011 hat sie 9 Projekte begutachtet. Aufgrund einer Revision des Reglements über Gesundheitsförderung und Prävention wurde die Zusammenstellung der kantonalen Kommission geändert, wobei betont wurde, wie wichtig eine Stärkung der Auswirkungen der Gesundheitsförderung und Prävention in den einzelnen Direktionen des Staatsrates ist.

Der Voranschlag des GesA enthält zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. 2011 wurden den Leistungen von Institutionen 2 393 700 Franken und den spezifischen Projekten insgesamt 321 386 Franken zugesprochen. In diesen Beträgen sind auch der Anteil am Alkoholzehntel, den die Eidgenössische Alkoholverwaltung dem Kanton entrichtet, und die Beträge von Gesundheitsförderung Schweiz zugunsten des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» enthalten.

Die diesen Institutionen zugeteilten Aufgaben und deren Ziele sowie die damit verbundenen Leistungen sind in einem Leistungsauftrag der GSD definiert. Mit solchen Aufträgen kann die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen sowie deren Rolle in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung genauer bestimmt werden. Ausserdem ermöglichen sie es, anhand von Zielen die Tätigkeiten dieser Institutionen an die im kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehenen Prioritäten zu binden.

Demgemäss hat das GesA 2011 zum dritten Mal acht einjährige Leistungsaufträge mit den wichtigsten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abgeschlossen. Diese Arbeit mündete in der Ausarbeitung von 19 Jahreszielen im Zusammenhang mit den strategischen Zielen des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention.

8.2 Spezifische Projekte

Die spezifischen Projekte sind gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention, die einem bestimmten Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch entsprechend der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Für Unterstüt-

zungsgesuche von weniger als 10 000 Franken wurde ein vereinfachtes Formular kreiert.

Die verschiedenen Projekte in Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung und Prävention, die 2011 Unterstützung erhielten, stammten aus unterschiedlichen Themenbereichen, z. B. «Ernährung» mit dem Projekt «Fourchette Verte» (Label für ausgewogene Ernährung), «Bewegung» mit dem Projekt Purzelbaum (Projekt zur Förderung der Bewegung im Kindergarten) oder aber «Gesundheit der Migrantinnen und Migranten» mit dem Projekt des Frauenraums zum Thema «In Form sein und bleiben».

Des Weiteren hat das GesA die Umsetzung des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» in Zusammenarbeit Gesundheitsförderung Schweiz fortgesetzt. Der Steuerungsausschuss des Aktionsprogramms, dem die Vorsteher des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) sowie des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA), des GesA, des KAA und des Jugendamtes (JA) angehören, ist 2011 vier Mal zusammengesessen. Zu den wichtigsten Ereignissen gehören:

- > Koordination und Unterstützung verschiedener Projekte im Zusammenhang mit «Ernährung und Bewegung»;
- > Schaffung einer Expertengruppe;
- > Organisation einer Netzwerktagung; **Weiterbildungen für verschiedene Sektoren (Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Mütter- und Väterberatung);
- > Zeichenwettbewerb für die Schaffung der visuellen Identität des Programms.

Das GesA hat ferner gemeinsam mit dem KAA und dem FOA und dem DOA ein Konzept für Gesundheit in der Schule in die Vernehmlassung geschickt. Die kantonale Fachstelle für Gesundheit in der Schule, die für die Begleitung des Projektes zuständig ist und aus Vertreterinnen und Vertretern der EKSD und der GSD besteht, hat verschiedene Dossiers, die mit diesem Konzept zu tun haben, betreut. 2011 hat die kantonale Fachstelle für Gesundheit in der Schule ausserdem:

- > verschiedene Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention in den Schulen genehmigt;
- > an der Fertigstellung einer Sekundäranalyse der Daten über den Gesundheitszustand der Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler Freiburgs mitgearbeitet;
- > sich um das kantonale Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen gekümmert;

2011

› sich mit den verschiedenen Partnerinstitutionen der Schule und der Gesundheitsförderung getroffen, um die zukünftige Zusammenarbeit mit der Fachstelle zu besprechen.

Damit die Arbeit erfolgreich durchgeführt werden konnte, waren 4 Sitzungen des Steuerungsausschusses des Projektes für Gesundheit in der Schule und rund 10 Sitzungen der Fachstelle nötig. Parallel dazu nahm das GesA an 4 Sitzungen einer Gruppe teil, die für die Ausarbeitung eines Konzepts für die schulärztliche Betreuung (Frimesco) zuständig war, das 2011 ebenfalls in die Vernehmlassung geschickt wurde.

Zur besseren Steuerung der staatlichen Ressourcen und zur Einhaltung der Gesetzgebung über die Subventionen hat das GesA im Einvernehmen mit der GSD die einjährigen Leistungsaufträge 2011 der Mütter- und Väterberatungsdienste umgesetzt.

Dank einer Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Sozialamt und der Schweizer Plattform zur Gesundheitsfolgenabschätzung kann 2012 eine Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA) gestartet werden. Thema: Eröffnung einer Asylunterkunft. Das GesA wird die Durchführung dieser GFA koordinieren.

Kantonale Kommissionen: Das GesA ist Mitglied der Kommission für die Verwendung des kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, die 2011 ein Mal zusammengekommen ist; ausserdem ist es Mitglied im Steuerungsausschuss des Projektes «Nachhaltige Entwicklung: Strategie und Aktionsplan», der 2011 zwei Mal zusammengekommen ist. Schliesslich ist das GesA noch Mitglied einer Arbeitsgruppe, die für die Ausarbeitung eines kantonalen Alkoholaktionsplans zuständig ist und 2011 neun Mal zusammengekommen ist.

8.3 Interkantonale Beziehungen

Das GesA nahm auch an der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) sowie an anderen Sitzungen der VBGF teil, bei denen es um verschiedene Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention ging.

Daneben ist das GesA im Rahmen der «Commission de prévention et de promotion de la santé» (CPPS) des «Groupement des services de santé publique» (GRSP) aktiv, die 2011 fünf Mal zusammengekommen ist.

Das GesA ist ausserdem Mitglied der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS), die im Laufe des Jahres 2011 vier Mal zusammengetreten ist. Ferner nahm das GesA an den folgenden Konferenzen teil: 12. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz; Fachtagung der Kleinkinderbetreuung; 4. Netzwerktagung der kantonalen Aktionsprogramme «gesundes Körpergewicht»; KAP-plus «Intervention précoce: du repérage à

l'évaluation»; Halbtag zur Besprechung der Ergebnisse der kantonalen Erhebungen zum Bedarf im Migrationsbereich; Konferenz über die Gesundheit der Migrationsbevölkerung; Weiterbildung zum Thema transkultureller Kompetenz im Bereich Ernährung.

Im Rahmen des Nationalen Programms Migration und Gesundheit und in Zusammenarbeit mit den Kantonen Jura und Neuenburg startete das GesA ferner die Beurteilung der besonderen Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung, um gegebenenfalls das Angebot der verschiedenen kantonalen Programme (laufend oder in Vorbereitung) anpassen zu können (gesundes Körpergewicht, Alkohol, psychische Gesundheit, Tabak, Brustkrebs-Screening). Die drei Kantone haben dazu das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien beauftragt.

Im Bereich der Weiterbildung hielt das GesA einen Vortrag an der Hochschule für Gesundheit zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz und im Kanton Freiburg (allgemeiner Rahmen und Projektbeispiele).

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

2011 war der Kantonsapotheker in erster Linie in vier Bereichen tätig:

- › Vorbereitung auf die Akkreditierung als Inspektor der guten Vertriebspraxis gemäss Norm EN 17020, die von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle mit einem Audit abgeschlossen wurde; das Ergebnis war positiv;
- › Einführung von Standardverfahren für die von ihm durchgeführten Inspektionen;
- › Einführung der Anwendung FriMedReg, Modul «Pharmaunternehmen», ergänzend zum Modul «Universitäre Gesundheitsfachpersonen»; diese Anwendung zeichnet sich durch eine automatische Kommunikationsschnittstelle mit dem Schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic aus und ermöglicht dadurch einen einfachen Datenaustausch. Die betreffenden Daten könne so leichter aktualisiert und den jeweiligen Partnern zur Verfügung gestellt werden;
- › Leitung des Projektes «pharmazeutisches Dossiers», über das die Spital- und Notfallärztinnen und -ärzte Zugang zu den Arzneimitteldaten der Patientinnen und Patienten haben; dadurch können unangemessene Behandlungen oder Behandlungsfehler wegen Unkenntnis dieser Daten verhindert werden.

Der Kantonsapotheker hat sich ausserdem weitergebildet und an verschiedenen spezifischen Weiterbildungen teilgenommen.

2011

Der Kantonsapotheker führte ferner Kontrollen im Zusammenhang mit der angemessenen Verwendung von Heilmitteln durch, namentlich in den öffentlichen Apotheken (70), den Pflegeeinrichtungen (47), den privaten Apotheken von Ärztinnen und Ärzten, die zur Arzneimittelabgabe berechtigt sind (12), sowie in den Drogerien (13). Hinzu kommen Kontrollen, die er in den Unternehmen als ISOPTh-Inspektor durchgeführt hat (32). Insgesamt muss der Kantonsapotheker in regelmässigen Abständen 174 Standorte kontrollieren oder inspizieren.

2011 wurden 25 Inspektionen durchgeführt. Bei der Mehrheit der Inspektionen konnte festgestellt werden, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden; nur manchmal waren für die Weiterführung des Betriebs Korrekturmassnahmen nötig.

Schliesslich hat der Kantonsapotheker noch einen Artikel zur Haltung der Gesundheitsbehörden zur sinnvollen Verwendung von anxiolytischen und sedativen Arzneimitteln geschrieben. Dieser ist im September 2011 in der Zeitschrift «Dépendances» unter dem Titel «défi addictions» erschienen. Des Weiteren hat er als Mentor eine Apothekerin bei Ihrer Diplomarbeit für den Titel Fachapothekerin in Offizinpharmazie FPH unterstützt; die Diplomarbeit wurde positiv beurteilt.

10. Krankenversicherung

2011 bearbeitete das GesA 1362 Gesuche im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht. Auf Antrag der Gemeinden hat es ausserdem 18 Stellungnahmen in Sachen Mitgliedschaftskontrolle erteilt.

Rund 85,2 % der Freistellungsgesuche betreffen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Knapp 13,4 % der Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht und ca. 1,4 % betreffen Rentnerinnen und Rentner.

	Angenommen	Abgelehnt	Hängig	Total
Weiterbildung	932	197	32	1161
Arbeitnehmer/-innen	119	63	0	182
Rentner/-innen	11	8	0	19
Total	1062	268	32	1362

In der ersten Personenkategorie beträgt der Prozentsatz für die Annahme des Befreiungsgesuches 80,3 %. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht er 65,4 %, bei den Rentnerinnen und Rentnern wurden 57,9 % der Freistellungen genehmigt. Die Abweichungen zwischen diesen Prozentsätzen erklären sich durch eine unterschiedliche gesetzliche Reglementierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Regel eine Krankenversicherung am Arbeitsort abschliessen,

wohingegen Personen, die Ausbildungsstätten angeschlossen sind, in der Regel auf Vorweisen einer europäischen Versicherungskarte oder der Bescheinigung über eine Krankenversicherungsdeckung, die der Deckung durch einen KVG-Versicherer gleichwertig ist, eine Befreiung verlangen können.

Die Daten im Zusammenhang mit der Prämiensenkung zugunsten von Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sind dem Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) zu entnehmen.

11. Schülerunfallversicherung

11.1 Ordentliche Tätigkeit

Seit der Auflösung der Schülerunfallversicherung ist das GesA mit der Abwicklung der hängigen Fälle betraut; diese betreffen Unfälle, die vor dem 1. September 2006 eingetreten sind. Hinzu kommt die Gewährung von finanziellen Beiträgen in Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten bzw. eingetreten sind.

11.2 Leistungen

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung betreffen:

- > Behandlungskosten für Unfälle, die vor der Aufhebung der Versicherung im 2006 eingetreten sind;
- > finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder.

Auch nach der Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die weitere Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, d. h. die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung am 31. August 2006 noch versichert waren, werden die Kosten ebenfalls noch übernommen, aber nur während maximal fünf Jahren nach Beendigung des Besuchs der Schule, wo sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären (z. B. Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, jedoch mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

Verteilung der im Jahr 2011 ausgerichteten Leistungen nach Unfalljahr und Kostenarten:

2011

Unfall	Fälle	Kosten	Kosten	Kosten	Kosten	Total	% Total
1991–1995	1	2668.05	0.00	0.00	0.00	2668.05	28.48 %
1996–2000	5	3358.55	0.00	0.00	0.00	3358.55	35.85 %
2001	1	53.80	0.00	0.00	0.00	53.80	0.57 %
2002	4	354.10	306.75	0.00	0.00	660.85	7.05 %
2003	1	1516.75	0.00	0.00	0.00	1516.75	16.19 %
2004	4	431.90	666.25	0.00	0.00	1098.15	11.72 %
2005	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00 %
2006	1	13.00	0.00	0.00	0.00	13.00	0.14 %
Total	17	8396.15	973.00	0.00	0.00	9369.15	100.00 %
		89.6 %	10.4 %	0.0 %	0.0 %		

Verteilung der Leistungen nach Altersklasse:

Altersklasse	Fälle	% Fälle
6–10 Jahre	1	5,9 %
11–15 Jahre	0	0,0 %
16–20 Jahre	7	41,2 %
21–25 Jahre	9	52,9 %
> 26 Jahre	0	0,0 %
Total	17	100,0 %

Was die Möglichkeit eines finanziellen Beitrags aus dem Fonds anbelangt, der dazu bestimmt ist, die Lebensbedingungen eines nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindes zu verbessern, ist im Jahr 2011 keine Leistung ausgerichtet worden. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um einen subsidiären Beitrag handelt, der nur dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn keine andere Einrichtung (Krankenkasse, andere Versicherungen, IV usw.) zum Zug kommt.

Derzeit findet eine Lagebeurteilung statt; im Verlaufe des Jahres 2012 sollen dann Vorschläge für Massnahmen oder gar für all-fällige Neuzuteilungen gemacht werden.

11.3 Rückversicherung

Entschädigungen bei Tod oder Invalidität infolge eines vor dem 1. September 2006 eingetroffenen Unfalls sind bei der «Nationale Suisse Assurances» rückversichert. Alle Fälle konnten abgeschlossen und das Dossier zu den Akten gelegt werden.

11.4 Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbstständig verwaltet und verfügt über eine eigene Buchhaltung. Betriebsrechnung und Rechnungsergebnis des Staates sind daher nicht von diesen Transaktionen betroffen.

Durch die Übernahme der Behandlungskosten (Zahnarzt-, Arzt- und Transportkosten) ist die Rückstellung für garantierte Behandlungen im Jahr 2011 um 9369.15 Franken gesunken, die Rückstellung für Restrukturationskosten um 55 702.30 Franken. Die «Nationale Suisse Assurances» hat der Schülerunfallversicherung den Restbetrag der Gewinnbeteiligung in Höhe von 33 819.70 Franken überwiesen. Der Gewinn von 51 140 Franken aus dem Rechnungsjahr 2010 wurde dem Kapital für Laufendes zugeteilt, das somit auf 937 245.60 Franken angestiegen ist.

Das Geschäftsjahr 2011 schloss mit einem negativen Betriebsergebnis von 6545.95 Franken.

Die Betriebsrechnung 2011 und die Bilanz am 31. Dezember 2011 präsentieren sich wie folgt:

Betriebsrechnung	2011	2010
Ertrag		
Kapitalzinsen	229.15	344.75
Gewinnbeteiligung – La Nationale	33 819.70	113 330.25
Verschiedene Einnahmen	332.50	--
Ausgabenüberschuss	6545.95	--
Total	40 927.30	113 675.00
Aufwand		
Verwaltungskosten	40 927.30	62 534.70
Finanzielle Beiträge in Härtefällen	--	--
Ertragsüberschuss	--	51 140.30
Total	40 927.30	113 675.00

2011

Bilanz	2011	2010
Aktiven		
Konto PostFinance	133 367.45	204 033.05
Staatsschatzamt	5 923 102.05	5 923 102.05
Transitorische Aktiven	200.85	120.65
Mobiliar	1.00	1.00
Total	6 056 671.35	6 127 256.75
Passiven		
Transitorische Passiven	1032.00	--.--
Laufendes Fremdkapital	937 245.60	886 105.30
Rückstellungen für garantierte Behandlungen	3 262 697.90	3 272 067.05
Rückstellung für Härtefälle	1 234 606.60	1 234 606.60
Rückstellung für Restrukturation	227 635.20	283 337.50
Sicherheitsreserve	400 000.00	400 000.00
Gewinn/Verlust	-6545.95	51 140.30
Total	6 056 671.35	6 127 256.75

Am 31. Dezember 2011 enthielt der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung 6 056 671.35 Franken.

III. Kantonsarztamt

1. Aufgaben

Das Kantonsarztamt (KAA) ist für medizinische Fragen der öffentlichen Gesundheit zuständig. Es berät die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) in Belangen der Gesundheitsversorgung, der Gesundheitsförderung, der Prävention und des Gesundheitsschutzes. Es nimmt die Aufgaben wahr, die ihm aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung zukommen.

Das KAA ist das Referenzzentrum für alle Fragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit und trägt zur Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Freiburger Bevölkerung bei. Zu diesem Zweck arbeitet es eng mit den übrigen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Ämtern zusammen und koordiniert seine Tätigkeiten, um dem Staatsrat und der GSD die nötigen Informationen und Ratschläge erteilen zu können.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten stellt das KAA die Information der Bevölkerung, der Medien, der Fachleute, der öffentlichen oder privaten Institutionen und Anstalten sowie den Dia-

log mit ihnen sicher. Dabei achtet es nicht nur auf den heutigen, sondern auch auf den künftigen Bedarf im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Das KAA verfügt über ein Qualitätsmanagementsystem. Die Prozesse und Leistungen des KAA werden in verschiedenen Dokumenten beschrieben, damit die Arbeit ordentlich, organisiert, wirtschaftlich und effizient abläuft, die Verlässlichkeit der Ergebnisse gewährleistet, Fehler und Schwächen in der Organisation erkannt und Verbesserungsvorschläge gemacht werden können. Abgesehen von ein paar Ausnahmen wurde jede Tätigkeit und jede Leistung anhand eines Prozesses definiert. Damit das System auch weiterhin zeitgemäss und effizient bleibt, führen die Mitarbeitenden jedes Jahr ein internes Audit durch.

Geleitet wird das KAA vom Kantonsarzt Dr. Chung-Yol Lee.

2. Tätigkeit

2.1 Prävention und Gesundheitsförderung

- › Betreuung suchtmittelabhängiger Personen (Bewilligung der Substitutionsbehandlung, Koordination der berufsübergreifenden Betreuung, Koordination zwischen Kantonen und mit dem Bund);
- › Prävention und Kontrolle übertragbarer Krankheiten (Verwaltung der obligatorischen Meldungen übertragbarer Krankheiten, Vorbereitung auf eine Pandemie und ggf. entsprechende sanitätsdienstliche Bewältigung, epidemiologische Abklärungen, Impfungen und medikamentöse Prophylaxe, Informationen);
- › Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (Krebsregister, Programm zur Brustkrebs-Früherkennung, kantonaler Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheit in der Schule);
- › Organisation der schulärztlichen Betreuung, einschliesslich Impfungen in den Schulen;
- › Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Notsituationen und bei Katastrophen (in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern im Rahmen des kantonalen Führungsorgans und mit dem koordinierten Sanitätsdienst des Bundes);
- › Management der Gesundheitsförderung (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit, GesA).

2011

2.2 Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

- > Kontrolle der Institutionen des Gesundheitswesens (Überwachung der Pflege, Pflegeheimunterbringung vor dem AHV-Alter, Kostengutsprache für ausserkantonale Spitalaufenthalte);
- > Medizinische Gutachten und Leistungsbeurteilungen (Betrieb eines Heims, Aufhebung des Arztgeheimnisses, Bestattungswesen);
- > Mitwirkung in der Gesundheitsplanung des Kantons (Spitalplanung, präklinische Notfallversorgung, ärztliche Grundversorgung, Bettenzuteilung für Pflegeheime und Gerontopsychiatrie).

2.3 Information und Koordination

- > Verschiedene Auskünfte und Informationen über die öffentliche Gesundheit sowie Antworten auf Fragen der Kantonsverwaltung, der Öffentlichkeit und der Medien;
- > Bearbeitung und Lieferung von Statistiken (Substitutionsbehandlung für Betäubungsmittel, freiwilliger Schwangerschaftsabbruch, Ambulanzdienste, Spitalstatistik, Krebserkrankungen).

2.4 Austausch und Zusammenarbeit

- > Mitwirkung in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen auf kantonaler, interkantonaler und auf Bundesebene;
- > Stellungnahmen im Rahmen kantonaler und eidgenössischer Vernehmlassungen im Gesundheitsbereich.

3. Fusion Kantonsarztamt–Dienst für Familienplanung und Sexualinformation

Anlässlich der Pensionierung der Dienstchefin des Dienstes für Familienplanung und Sexualinformation (FSD) wurden KAA und FSD 2011 zusammengeschlossen. Diese Fusion, die unter einwandfreien Bedingungen und in konstruktiver und kollegialer Atmosphäre durchgeführt werden konnte, schafft Synergien im Bereich der Administration und Verwaltung der beiden Dienste und der Leistungen, die Themen betreffen, für die sie beide verantwortlich sind (z. B. sexuell übertragbare Krankheiten). Die Mitarbeitenden sahen diese Fusion allesamt als Chance an.

4. Prävention und Gesundheitsförderung

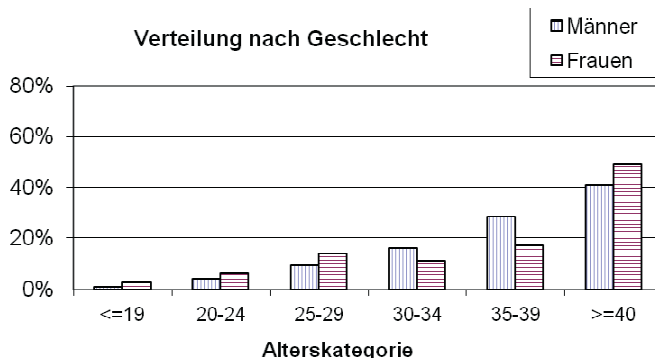
4.1 Sucht

4.1.1 Substitutionsbehandlung drogenabhängiger Personen

Im Jahr 2011 erhielten 484 Personen eine bewilligte Substitutionsbehandlung, knapp 80 % davon waren Männer (384 Männer und 100 Frauen). Die Betroffenen sind zwischen 19 und 68 Jahren alt. Von diesen Personen wurden 111 mit Buprenorphin und 373 mit Methadon behandelt. Was die Betreuung anbelangt, so wurden 164 Betroffene im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG), genauer gesagt in den psychosozialen Zentren von Freiburg und Bulle, betreut, während die restlichen 320 von 103 Ärztinnen und Ärzten betreut wurden, die zu ihrer Behandlung ermächtigt und in Einrichtungen, Spitälern und Gefängnissen bzw. in deren Auftrag tätig sind.

Im Allgemeinen greifen Männer häufiger auf Substitutionsbehandlungen zurück als Frauen.

42,5 % der Patientinnen und Patienten in Substitutionsbehandlung sind über 40 Jahre alt.



Dem ist beizufügen, dass die Einkommen der Personen in Substitutionsbehandlung mehrheitlich einer Vollzeitbeschäftigung entstammen (120 Personen); nur 7 % entstammen einer Teilzeitbeschäftigung. Knapp 24 % der Patientinnen und Patienten beziehen eine IV-Rente, 20 % beziehen Sozialhilfe.

2011

Informationen zum Einkommen	Männer	Frauen
Vollzeitbeschäftigung	106	14
Teilzeitbeschäftigung	21	14
Gelegenheits-/Temporärjob	10	3
Arbeitslos mit Taggeld	20	2
Arbeitslos ohne Taggeld	9	3
Sozialhilfe	78	18
Hausfrau/-mann	2	5
Keine Angaben	48	8
IV-Rente	84	32
Schulden	21	3

4.1.2 Koordinationsprojekt für die Betreuung Suchtkranker

Das derzeitige Freiburger System zur Betreuung von suchtkranken Menschen bietet unterschiedliche Leistungen für unterschiedliche Zielgruppen. Weil sich jedoch der Staatsrat bewusst ist, dass es durchaus noch Verbesserungspotential gibt, hat er 2008 das Projekt «Koordinationsprojekt für die Betreuung Suchtkranker» gestartet.

2011 war das vierte und – in der jetzigen Form – letzte Betriebsjahr des Projektes.

Im Auftrag der GSD wurde das Projekt von einem dem KAA zugehörigen Projektleiter und von einem Steuerungsausschuss, der aus den Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern der GSD sowie einer Vertreterin der Sicherheits- und Justizpolizei besteht, geführt.

Der Zweck des Koordinationsprojektes besteht in der Einsetzung eines kantonalen Systems zur Betreuung abhängiger Personen, das sich auszeichnet durch:

- > Qualitätsangebot, das den heutigen nachgewiesenen Bedürfnissen und Problemstellungen gerecht wird;
- > interinstitutionelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit;
- > personenzentrierte Behandlungskette;
- > optimale Verwendung der verfügbaren Ressourcen (Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit);
- > stetige Bemühung um Verbesserung und Anpassung (Bedarf/Angebot, Funktionsweise, Ergebnisse).

Eine Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Stiftungen «Le Tremplin» und «Le Torry», der Vereine «Le Radeau» und «REPER», des Freiburger Netzwerks für psychische Gesund-

heit (Behandlungsketten für Suchtkrankheiten und Jugendliche sowie Behandlungskette Krisenintervention und Konsultation-Liaison im somatischen Spital), des Freiburger Spitals und der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte hat Massnahmen ausgearbeitet, mit denen die Projektziele erreicht werden sollen.

Finanziert wurde das Projekt über den Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit. Es trägt sowohl den Problemen der Alkoholabhängigkeit als auch denen der Abhängigkeit von illegalen Drogen Rechnung.

Die Arbeiten des vergangenen vierten Jahres betrafen die nachfolgenden Bereiche:

- > Leistungen,
- > Indikation und Case Management,
- > Organisation der Stiftung «Le Tremplin», der Stiftung «Le Torry» und des Vereins «Le Radeau»,
- > Koordinations- und Steuerungsstruktur.

Ein Bericht mit den Ergebnissen der Arbeiten und Verbesserungsvorschlägen wird derzeit fertiggestellt; er soll im Frühling 2012 dem Staatsrat unterbreitet werden.

In der Folge sollen ein Plan für die Umsetzung der Leistungen erstellt und die vorgeschlagenen Projekte im Zusammenhang mit der Indikation und dem Case Management sowie die Koordinations- und Steuerungsstruktur umgesetzt werden.

Die Stiftung «Le Tremplin», die Stiftung «Le Torry» und der Verein «Le Radeau» haben eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet, die von der GSD genehmigt wurde. Mit dieser Vereinbarung wurde die Zusammenarbeit zwischen den drei Einrichtungen formell institutionalisiert und das «Netzwerk der Freiburger Einrichtungen für Suchtkranke» (NFES) geschaffen.

Ziel des NFES ist es, die Effizienz und die Wirksamkeit der Tätigkeiten der Netzwerk-Mitglieder durch eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu optimieren und gleichzeitig die Differenzierung der Leistungen der einzelnen Einrichtungen in Bezug auf das jeweilige Zielpublikum zu respektieren.

4.1.3 Projekt «Kantonaler Alkoholaktionsplan»

Ziel des «Kantonalen Alkoholaktionsplans» ist die Ausarbeitung eines Planes, mit dem die strategischen Ziele des Nationalen Programms Alkohol 2008–2012 (NPA) im Kanton Freiburg umgesetzt werden.

2011

2011 wurde im Kanton Freiburg eine Situationsanalyse der Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum von Alkohol durchgeführt. Diese Analyse war die Grundlage für die Ausformulierung einer Vision, von Zielen und von Handlungsfeldern, welche die Verringerung der festgestellten Probleme zum Ziel haben. Diese Elemente schaffen den zukünftigen Bezugsrahmen des Bereichs des problematischen Alkoholkonsums und dessen Konsequenzen. Der Plan soll dem Staatsrat im Verlauf des 1. Halbjahrs 2012 unterbreitet werden.

Die nächste Etappe, die 2012 ablaufen wird, beinhaltet die Ausarbeitung von Massnahmen, mit denen die gesteckten Ziele erreicht werden können.

Die Arbeiten wurden von einer Projektgruppe durchgeführt; diese bestand aus Vertreterinnen und Vertretern des GesA, des Jugendamtes, des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht, des Amtes für Gewerbe Polizei sowie der Kantonspolizei.

Aus Gründen der Kohärenz innerhalb des Suchtbereichs hat dieses Projekt denselben Steuerungsausschuss und denselben Projektleiter wie das Projekt für die koordinierte Betreuung abhängiger Personen. Der Projektleiter erhielt Unterstützung von einem Stellvertreter.

4.2 Übertragbare Krankheiten

4.2.1 Jährliche Aufstellung der Meldungen übertragbarer Krankheiten

JAHRE	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Total
Akute Hepatitis B	1	2	0	2	1	0	0	6
Hepatitis B insgesamt ¹	21	31	49	45	35	47	46	274
Akute Hepatitis C	0	1	1	1	1	2	0	6
Hepatitis C insgesamt ¹	43	33	42	46	40	54	48	306
Chlamydiose	86	95	116	105	151	168	238	959
Gonorrhoe	9	8	12	13	25	20	23	110
Syphilis	0	17	6	21	16	15	41	116
HIV-Positive	0	0	2	19	12	11	11	55
AIDS ausgebrochen	0	0	0	3	4	5	1	13
Campylobacteriose	131	171	181	170	204	155	209	1221
Hepatitis A	9	3	5	6	7	3	5	38
Escherichia coli	6	2	0	2	0	1	1	12
Salmonellose	43	34	41	67	26	32	44	287
Shigellose	5	5	3	4	8	7	5	37
Listerien	0	2	1	3	1	0	0	7
Haemophilus Influenzae	2	3	1	1	3	2	4	16
Legionellen	3	2	3	8	5	9	6	36
Pneumokokken	32	38	46	35	38	17	32	238
Meningokokken	1	0	2	1	1	3	2	10
Tuberkulose	11	13	14	8	19	18	9	92
Masern	5	9	5	23	12	1	14	69
Zeckenenzephalitis	3	10	3	1	3	3	8	31
Malaria	5	10	6	3	7	7	9	47
Total	416	489	539	587	619	580	756	3986

¹ Akute und chronische Fälle.

Quellen:

Statistik des Bundesamtes für Gesundheit – BAG (Jahresaufstellungen 2005–2010), Stand: 28.12.2011

Kantonale Daten für 2011 sowie für HIV und Aids von 2005–2011, Stand: 9. Januar 2012.

2011

2011 wurden in der Westschweiz einige Keuchhusten-Herde identifiziert. Auch der Kanton Freiburg blieb nicht verschont; in den verschiedenen Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter mussten Informationsblätter verteilt werden. Ausserdem wurden in einer Geburtenabteilung Umgebungs-massnahmen durchgeführt.

4.2.2 Impfkampagne gegen Humane Papillomaviren (HPV) für junge Mädchen

Seit der Lancierung des kantonalen Impfprogramms gegen HPV (Gebärmutterhalskrebs) Ende August 2008 wurden schätzungsweise 8340 Mädchen geimpft (~6380 im Rahmen der Schulgesundheitspflege, ~1950 in den Arztpraxen), was einer Durchimpfungsrate aller Mädchen und jungen Frauen, denen die Impfung empfohlen wird, von etwa 54 % entspricht (Angaben des Impfstoffherstellers). Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass die Durchimpfungsrate im Kanton Freiburg im Vergleich zu den anderen Kantonen hervorragend ist. Die Impfkampagne geht in unserem Kanton auch im Schuljahr 2011/12 weiter.

4.2.3 Vorbereitung auf eine Grippe-Pandemie

2011 war auch das Jahr der Fertigstellung des kantonalen Pandemie-Einsatzplans. Dieser wurde unter der Ägide des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA), in enger Zusammenarbeit mit dem KAA ausgearbeitet. Die nach Themen unterteilten Projektgruppen, in denen verschiedene Dienststellen des Staates sowie Dachverbände und Berufspersonen aus der Praxis vertreten sind, haben zum Plan beigetragen. Dieser wurde dem Steuerungsausschuss und danach dem kantonalen Führungsorgan (KFO) zur Validierung unterbreitet. Am 16. November 2011 hat der Staatsrat schliesslich den kantonalen Pandemie-Einsatzplan zur Kenntnis genommen. Nun kann dieser übersetzt und danach veröffentlicht werden. Das KAA wird die Arbeiten für die Vorbereitung auf eine Pandemie weiterführen, namentlich durch seine Mithilfe an der regelmässigen Aktualisierung des Pandemie-Einsatzplans. Der Staatsrat hat dem BSMA nämlich den Auftrag erteilt, diesen gemeinsam mit dem KAA grundsätzlich einmal pro Legislaturperiode zu aktualisieren (sofern die Entwicklung der pandemischen Situation dies nicht schon vorher erfordert).

4.2.4 Europäische Impfwoche

Die Europäische Impfwoche fand vom 23. bis zum 30. April 2011 statt. In diesem Jahr schlug der Slogan der Schweizerischen Informationskampagne den Eltern vor, ihrem Kind zu seinem 1. Geburtstag ein Geschenk zu machen: eine Masern-Impfung. Weil sich die Freiburger Bevölkerung in den vergangenen Jahren eher weniger für die Europäische Impfwoche interessiert hatte,

hat sich das KAA damit zufrieden gegeben, auf seiner Website bloss die Informationen des BAG weiterzugeben.

4.3 Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten

4.3.1 Krebsprävention

4.3.1.a Kantonales Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs

2011 hat die Krebsliga Freiburg die vierte Phase der systematischen Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung per Mammographie weitergeführt; diese dauert von März 2010 bis März 2012.

Im Berichtsjahr hat das Kompetenzzentrum 15 564 Frauen eine reguläre Einladung geschickt, für 3119 von diesen war es die erste Einladung (2247 Einladungen richteten sich an Frauen, die ins 50. Lebensjahr eingetreten waren).

Nach Berichtigung waren insgesamt 14 196 Frauen zum Früherkennungsprogramm zugelassen, 8906 von ihnen liessen eine Mammographie zur Früherkennung durchführen, was einer Beteiligung von 62,7 % entspricht.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Jährliche Beteiligung	43,8 %	68,0 %	48,2 %	66,2 %	56,4 %	62,7 %
Beteiligung der Bevölkerung insgesamt	55,9 %		57,2 %		59,6 %	

Die betroffenen Frauen werden alle 2 Jahre aufgefordert, am Programm teilzunehmen. In den vergangenen Jahren hat sich das Kompetenzzentrum darum bemüht, die ungleiche Verteilung der jährlichen Beteiligung zu korrigieren, in dem es die Zahl der jährlich verschickten Einladungen entsprechend angepasst hat. Die durchschnittliche Beteiligung hat ihrerseits zugenommen und ist von 55,9 % in den Jahren 2006/07 auf 59,6 % in den Jahren 2010/11 angestiegen.

Von den 3119 Frauen, die zum ersten Mal vom Programm betroffen waren, liessen 1335 (42 %) ihre erste Screening-Mammographie durchführen, 1135 von ihnen waren 50 Jahre alt (50,5 %).

Bei einer Betriebszeit von 44 Wochen führte das Screening-Zentrum durchschnittlich 202 Mammographien pro Woche durch.

Bei 559 Teilnehmerinnen war der Befund positiv, für 140 von ihnen war es die erste Untersuchung. Der Anteil positiver Befunde, der zu einer Aufforderung für weitere Untersuchungen führt, beträgt in dieser Gruppe 10,5 % und liegt über dem Referenzwert der europäischen Guidelines (≤ 7 %).

2011

Für die übrigen 419 Teilnehmerinnen beträgt der Anteil erneuter Aufforderungen 5,5 % und liegt knapp über der Norm des europäischen Referenzanteils (EU ≤ 5 %). Die zugelassene Recall-Rate liegt bei 5 %.

Diese hohe Recall-Rate könnte eine Folge der Anpassung an die Digitaltechnik sein. Das Zentrum für Brustkrebsfrüherkennung schenkt dieser Rate vollste Aufmerksamkeit und wird sich darum bemühen, durch Weiterbildungsmaßnahmen und Massnahmen zur Gewährleistung der Qualität Abhilfe zu schaffen.

All Frauen mit positivem Erstbefund wurden aufgefordert, zusätzliche Untersuchungen durchführen zu lassen und bis zum heutigen Tage wurden 45 Krebsfälle bestätigt (provisorische Zahl, da die Untersuchungen für die Ergebnisse aus den letzten Wochen 2011 noch am Laufen sind).

Ende 2011 funktionierten sechs der acht Freiburger Röntgeninstitute mit dem im 2010 eingeführten digitalen Bildaufzeichnungssystem. Sie sind nun in der Lage, Mammographie-Aufzeichnungen digital zu schaffen, aufzuzeichnen und zu verschicken und Berichte via Internet zu erstellen. Dieses Verfahren ist für alle Beteiligten mit zahlreichen Vorteilen verbunden. Die beiden anderen Institute mussten bei der Zusammenführung der bisherigen mit den neuen Mammographien oder beim Lesen der Bilder auf der dafür vorgesehenen Konsole mit technischen Problemen kämpfen. Diese sollten jedoch im Verlaufe des Jahres 2012 behoben werden.

Ab 2012 werden alle Röntgeninstitute mit einem digitalen Vollfeldgerät ausgestattet sein, die der 2011 in Kraft getretenen Weisung R-08-02 «Qualitätsprüfungen an Mammographie-Einrichtungen» entsprechen.

Im März 2011 hat die Krebsliga Freiburg ihren 50. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlass wurden zwei Ärztekongresse und zwei öffentliche Konferenzen organisiert, an denen das Programm zur Brustkrebs-Früherkennung die Ergebnisse der dritten Phase der systematischen Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung sowie die Vorteile der Brustkrebs-Früherkennung im Rahmen eines öffentlichen Gesundheitsprogramms präsentiert hat.

Im Oktober 2011 erinnerte ein reichhaltiges Informations- und Sensibilisierungsprogramm die Freiburgerinnen daran, wie wichtig ihre Teilnahme an diesem Programm ist.

4.3.1.b Freiburger Krebsregister

2010 hat das Freiburger Krebsregister 2300 neue Fälle verzeichnet (alle Lokalisationen und alle Tumorarten zusammengekommen), davon 1293 invasive Krebsfälle (ohne Haut und ohne gutartige Tumore des zentralen Nervensystems, jedoch mit Melanomen).

Aus der Auswertung der Daten geht hervor, dass der Jahresdurchschnitt der Zahl der neuen Fälle von invasivem Krebs bei ungefähr 1200 liegt.

Verteilung invasiver Krebsfälle nach Geschlecht und Alter für 2006–2010

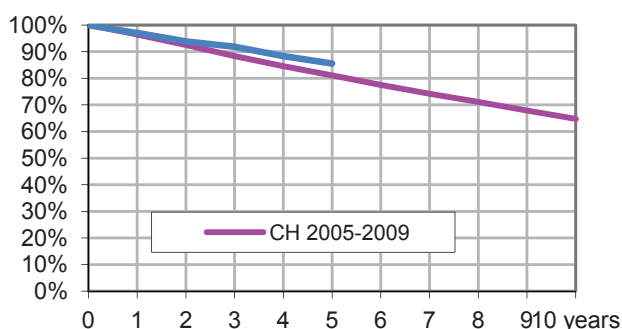
Altersgruppe	0–19		20–49		50–59		60–69		70–79		80+		Total FR		Total M+W
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	
2006	3	4	66	88	100	117	187	125	159	100	82	61	597	495	1092
2007	7	5	60	108	101	109	195	118	199	114	101	84	663	538	1201
2008	5	3	59	99	94	116	220	120	191	121	101	92	670	551	1221
2009	6	6	70	110	110	88	209	137	192	94	112	103	699	538	1237
2010	7	8	70	112	116	123	228	149	175	121	85	99	681	612	1293
Total 2006–2010	54		842		1074		1688		1466		920		6044		
Jahresdurchschnitt	10.8		168.4		214.8		337.6		293.2		184		1208.8		
Prozent	0.89 %		13.93 %		17.77 %		27.93 %		24.26 %		15.22 %		100.00 %		

2011

Die genauen Ergebnisse der Datenanalyse 2006 bis 2010 sowie die Häufigkeitsraten nach Altersgruppe für alle Lokalisationen können im Verlaufe des ersten Quartals auf der Website des Freiburger Krebsregisters eingesehen werden.

Die Gesamtüberarbeitung des EDV-Programms des Registers, mit Einbindung der Daten der Gemeinden, hat eine erste Überlebensanalyse im Kanton Freiburg ermöglicht (Anteil Frauen mit Brustkrebsdiagnose, die X Jahre nach der Diagnose noch am Leben sind). Diese Erste Analyse betraf den Brustkrebs; obwohl die Ergebnisse noch gefestigt werden müssen, lässt sich schliessen, dass die 5-Jahres-Überlebensrate im Kanton Freiburg ein wenig höher ist als in der Schweiz.

Überlebensrate bei Brustkrebs, CH und FR



Die Überlebensanalysen bei den häufigsten Lokalisationen werden künftig nach einem Veröffentlichungsplan bekannt gegeben, der im Januar 2012 vom wissenschaftlichen Vorstand des Krebsregisters verabschiedet wird.

Weil das Nationale Institut für Krebs epidemiologie und Registrierung (NICER) die Qualität der Daten des Freiburger Krebsregisters als ausgezeichnet eingestuft hat, kann dieses an der nächsten Ausgabe des «Cancer Incidence in Five Continents» der *International Agency for Research on Cancer (IARC)* teilnehmen.

4.4 Hitzewelle

Das Kantonale Informationsdispositiv im Falle einer Hitzewelle fällt in die Zuständigkeit des KAA. Es arbeitet hierzu mit dem MBSA, dem GesA und dem Kantonsapotheker zusammen. Während des gesamten Jahres können auf der Website des KAA Informationen zu einer allfälligen Hitzewelle eingesehen werden, darunter Broschüren und nützliche Links. Zum Sommerbeginn schickt das KAA gezielte Informationen an die Bevölkerung und an alle seine Partner, die sich um Personen kümmern, die im Falle einer Hitzewelle besonders gefährdet sind. Gibt Meteo Schweiz eine Hitzewarnung heraus, so erinnert das KAA die Bevölkerung und seine Partner noch einmal an die zu treffenden Präventionsmassnahmen. Am 18. August 2011 hat Meteo

Schweiz eine solche Warnung herausgegeben; durch wurden die vom kantonalen Dispositiv vorgesehenen zusätzlichen Informationsmassnahmen des KAA ausgelöst. Glücklicherweise hat die Hitzewelle nur drei Tage angehalten.

4.5 Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten im ganzen Kanton Vorsorgekontrollen in den Kindergarten- und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie impften ausserdem 599 Schülerinnen und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln, 1581 gegen Diphtherie und Tetanus, 412 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 281 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung, 27 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten und 5 gegen Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung gegen Hepatitis B der Jugendlichen in den Orientierungsschulen auf gutes Echo, liessen sich doch 2490 Jugendliche impfen, was einer Impfquote von rund 69 % entspricht.

Informationen über die Impfkampagne für junge Mädchen gegen Humane Papillomaviren (HPV) stehen unter 4.2.2.

Die schulärztliche Betreuung wird derzeit neu überdenkt; Ziel ist eine Reorganisation des jetzigen Systems im Rahmen des Konzeptes «Frimesco», das im Auftrag der GSD und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) vom stv. Kantonsarzt gesteuert wird. Ende 2011 hat die Projektgruppe das Konzept in die Vernehmlassung gegeben.

4.6 Tätigkeit in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung

Gemäss Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz koordiniert das KFO in ausserordentlichen Situationen den Einsatz aller Partner des Bevölkerungsschutzes (Kantonspolizei, Feuerwehr, Gesundheitsdienste, Zivilschutz, technische Dienste). Das KFO ist auch für die kantonale Organisation für den Katastrophenfall (ORKAF) zuständig. Dieses Führungsorgan, das vom Staatsrat einberufen und diesem direkt unterstellt ist, besteht aus Vertreterinnen und Vertretern aller Dienste und Ämter und erhält je nach Situation Unterstützung von Fachpersonen. Als Mitglieder des KFO waren der Kantonsarzt und sein Stellvertreter bei diversen Tätigkeiten im Einsatz, namentlich bei den Sitzungen, alle zwei Monate stattfinden. Des Weiteren nahmen sie an einer Stabsübung zur Bekämpfung der Maul- und Klauenpest teil.

Im Rahmen der ORKAF haben die Ärzte des KAA ausserdem an der Organisation einer Trainingsübung der Einsatzkräfte für Grossunfälle, im vorliegenden Fall bei einem Deckeneinsturz eines vielbesuchten Gebäudes teilgenommen (Übung «Noria»).

 2011

Durch das neue Gesetz vom 13. Dezember 2007 über den Bevölkerungsschutz, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, kam es zu einer Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999, mit der ein Sanitätsdienstliches Führungsorgan (SFO) für eine bessere Bewältigung von ausserordentlichen Situationen im Sanitätsbereich geschaffen wurde. Mit dem Projekt ORCSan, das Ende 2009 unter der Verantwortung des KAA angelaufen ist, sollen die genauen Zuständigkeiten, die genaue Zusammensetzung und die Funktionsweise dieses Organs sowie ein detailliertes Gesundheitskonzept ausgearbeitet werden. Bislang waren in erster Linie Einheiten der Kantonsverwaltung am ORCSan-Projekt beteiligt (KAA, Generalsekretariat der GSD, GesA und MBSA). 2011 widmete man sich hauptsächlich der Abstimmung auf den Gesetzesentwurf über die präklinische Notfallversorgung der GSD, das seinerseits die präklinischen Situationen im Alltag behandelt. In ausserordentlichen Situationen wie Unfälle, Grossunfälle oder Katastrophen werden nämlich die Akteure der präklinischen Notfallversorgung im Einsatz sein, die von zusätzlichen Einsatzkräften und mit ausserordentlichen Mitteln unterstützt werden. Das Projekt ORCSan sollte Ende 2012 abgeschlossen werden.

Das 2010 verabschiedete interkantonale Reglement über das Fahrzeug für den Sanitäts-Support («véhicule de soutien sanitaire», VSS), das beim interkantonalen Spital der Broye stationiert ist und von den Kantonen Waadt und Freiburg gemeinsam finanziert wird, hat einen Teil der Fragen in Bezug auf die Rolle, die Intervention und die Arbeitsweise des «Groupement d'intervention sanitaire professionnel» (GISP) beantwortet. Die restlichen Aspekte bzgl. GISP werden in Kürze per Verordnung des Staatsrates geregelt. Im Rahmen des Projektes ORCSan werden umfassendere Überlegungen über die Akteure, die im Falle einer ausserordentlichen Situation im Gesundheitsbereich intervenieren, gemacht.

Das KAA ist Teil des Steuerungsausschusses sowie des Projektausschusses und der Fachgruppe des Projektes einer elektronischen Situationsplattform (ORKAF-Plattform). Dieses vom Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) geführte Projekt startete im Juni 2010. Es beabsichtigt die Schaffung einer EDV-Plattform, auf der alle an der ORKAF beteiligten Einheiten und Partner sämtliche Informationen und Daten für eine sichere und optimale Vorbereitung und Führung der Operationen im Katastrophenfall (oder [Gross-]Unfall) einsehen können. Der Zugriff erfolgt über einen zentralisierten und gesicherten Zugang.

4.6.1 Einsatz des KAA im Rahmen eines Anthrax-Alarms

Wie schon im 2010 hatte das KAA auch in diesem Jahr einen Einsatz wegen eines Anthrax-Fehlalarms in der Stadt Freiburg. Der stv. Kantonsarzt begab sich vor Ort. Die Polizei war kurz vor 10 Uhr eingetroffen und hatte die ganze Rue St-Pierre gesperrt.

Alle Personen, die mit dem verdächtigen Umschlag in Kontakt gekommen waren – insgesamt neun Personen – wurden in einen separaten Raum gebracht. Rasch wurden Tests durchgeführt, die zum Ergebnis kamen, dass es sich nicht um Anthrax sondern um Drogen, genauer gesagt um Kokain und Heroin, handelte. Dank dieser Schnelltests konnte eine Dekontamination der potentiell ausgesetzten Personen und eine Chemoprophylaxe vermieden werden.

4.7 Management der Gesundheitsförderung

Das KAA trug zum Management und zur Steuerung verschiedener Projekte bei, darunter auch:

- › Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention (in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention und dem GesA)
- › Gesundheit in der Schule (in Zusammenarbeit mit den Ämtern für den deutschsprachigen und den französischsprachigen obligatorischen Unterricht und dem GesA).
- › Mitbeurteilung der Präventionsprojekte, die der GSD im Hinblick auf eine Subventionierung unterbreitet werden (in Zusammenarbeit mit dem GesA).
- › Sanierung der ehemaligen Deponie «La Pila» und andere Fragen im Zusammenhang mit der Umweltbelastung, namentlich durch cPCB.

5. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

5.1 Bewilligung zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens (s. Tabelle am Kapitelende)

Aufgrund des Gesundheitsgesetzes und dessen Ausführungsgesetzgebung begutachtet das KAA in Zusammenarbeit mit dem GesA nach feststehenden Anforderungskriterien die Dossiers von Gesuchen um die Bewilligung zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens.

5.2 Aufsicht über die Pflegeheime (s. Tabelle Kapitelende)

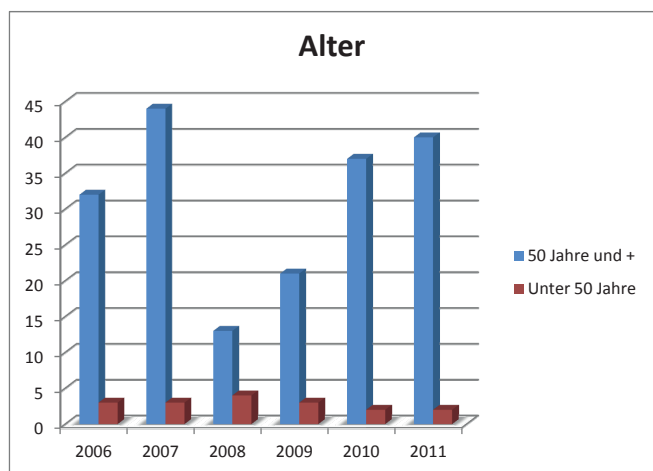
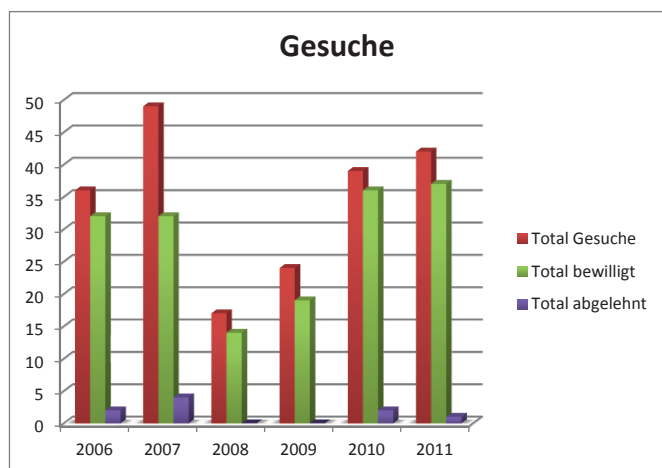
Im Rahmen des Gesundheitsgesetzes und seiner Ausführungsgesetzgebung sowie der Gesetzgebung über die Pflegeheime (Gesetz über Pflegeheime für Betagte, PflHG, und Reglement über die Pflegeheime für Betagte, PflHR) ist das KAA mit der Aufsicht über die Pflegeheime betraut. Die damit einhergehenden Kontrollbesuche, die nach interkantonalen Anforderungsnormen durchgeführt werden, sind massgebend für die Ertei-

2011

lung und die Beibehaltung der Bewilligung zum Betrieb der Institution.

5.2.1 Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter (s. Tabelle Kapitelende)

Nach Artikel 10 Abs. 2 PflHR kann der Kantonsarzt Ausnahmen gewähren, damit Personen, die noch nicht im AHV-Alter sind, aber wegen Krankheit oder schwerer Behinderung definitiv in einem Heim untergebracht werden müssen, in ein Pflegeheim für Betagte eintreten können. Im Berichtsjahr musste der Kantonsarzt mehreren Personen, die noch lange nicht im AHV-Alter sind, eine solche Bewilligung erteilen, weil sie aufgrund ihres Pflegebedarfs nicht in einer anderen Sondereinrichtung untergebracht werden konnten. Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Unterbringungsgesuche sowie das Alter der Personen, die noch nicht im AHV-Alter sind, in den vergangenen sechs Jahren auf:



5.2.2 Anfechtung des Pflegebedarfsgrades

Der Pflege- und Betreuungsbedarf der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner wird anhand eines Rasters ermittelt. Dieses

führt 14 Bereiche auf, die entsprechend der Interventionszeit der Pflegenden nach einem Punktesystem von 1–6 beurteilt werden. Je nach Anzahl erzielter Punkte wird die Person einem Pflegebedarfsgrad zugeordnet: A, B, C oder D (höchste Stufe). Der Pflegebedarfsgrad bestimmt in Verbindung mit der Dotation, die für die Versorgung der Person erforderlich ist, die Pflege- und Betreuungskosten.

Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner können gegen den ihnen vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad Beschwerde einlegen. Die Pflegefachfrauen des KAA nehmen dann ihrerseits eine Beurteilung vor, die den vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad bestätigt oder aber entkräftet. Aufgrund ihres Berichts wird die Beschwerde von der Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte behandelt; diese wird vom Kantonsarzt präsiert und setzt sich ferner aus einem Vertreter der Krankenversicherer und einem Vertreter der Pflegeheime zusammen.

5.2.3 Beurteilung der postgraduierten Ausbildungen, die Anspruch auf eine Aufwertung der Löhne in den Pflegeheimen geben (s. Tabelle Kapitelende)

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation (POA), dem Sozialvorsorgeamt (SVA) und der Vereinigung Freiburgischer Alterseinrichtungen (VFA) hat das KAA Richtlinien ausgearbeitet, die die Rahmenbedingungen für die Aufwertung der Löhne von Pflegefachpersonen und Pflegeleitungen oder spezialisierten Pflegefachpersonen, die in Pflegeheimen arbeiten, festlegen. Dadurch sollen in den Einrichtungen namentlich Kompetenzen in den Bereichen Psychogeriatric und Palliativpflege geschaffen und die Attraktivität der Pflegeheime als Arbeitgeber gesteigert werden. Zur Bestimmung der aufzuwertenden Ausbildungen erfasste das KAA alle von den Schweizerischen Hochschulen angebotenen Ausbildungen und beurteilte diese in Zusammenarbeit mit dem POA.

5.3 Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsheimnisses

Das KAA sprach sich bei der GSD in 37 Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsheimnisses stattzugeben.

5.4 Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen (s. Tabelle Kapitelende)

In dieser sporadischen Tätigkeit interveniert das KAA im Auftrag der kantonalen AHV-/IV-/EO-Ausgleichskasse und gemäss der Verordnung vom 26. Oktober 2004, mit der das KAA als zuständige Stelle für die Festlegung der bei den Ergänzungsleistungen vergüteten Pflege und Betreuung bezeichnet wurde. Als solche legt es den Teil der Pflege und Betreuung fest, der bei den Ergänzungsleistungen vergütet werden kann.

2011

Diese Leistungen ermöglichen die Vergütung von Pflegekosten, die direkt für die Bezügerin oder den Bezüger einer Hilflosenentschädigung (mittlere oder schwere Hilflosigkeit) anfallen. Sie gehören zur Förderung des Verbleibs von Menschen mit Behinderungen zu Hause.

Institutionen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen

Leistungsart	Anzahl
Gutachten Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens	15
Besuche im Rahmen der Aufsicht über die Pflegeheime	10
Bewilligungen für Pflegeheim-Unterbringungen vor dem AHV-Alter	36
Anfechtung des Pflegebedarfsgrades für Pflegeheimbewohner/innen	0
Beurteilung der postgraduierten Ausbildungen	5
Beurteilungen für die Gewährung von Sozialleistungen	3

5.5 Projekt «Spezialabteilungen für Demenzkranke» (SAD)

Das KAA ist Teil des Steuerungsausschusses und der Arbeitsgruppe des Projektes für die Schaffung von Spezialabteilungen für Demenzkranke. Dieses wurde am 15. März 2011 lanciert und will Kriterien für die Anerkennung von solchen Spezialabteilungen ausarbeiten.

5.6 Projekt «Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung» (AVAO)

Das KAA ist Teil des Steuerungsausschusses und der Arbeitsgruppe des Projektes für die Schaffung einer Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung. Dieses Pilotprojekt beabsichtigt die vorübergehende Aufnahme von hospitalisierten Betagten, die auf einen Heimplatz oder aber auf ihre Rückkehr nach Hause warten. Die Abteilung soll die Betroffenen an die bestgeeigneten sozialen und gesundheitlichen Leistungserbringer weiterleiten. Sie soll im Pflegeheim «La Providence» entstehen. Die Arbeitsgruppe hat die Kriterien für den Betrieb der geplanten Abteilung ausgearbeitet.

5.7 Implementierung eines neuen Instruments zur Evaluation des Pflegebedarfs in den Freiburger Pflegeheimen

In der Neuordnung der Pflegefinanzierung, im entsprechenden Bundesgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen – insbesondere in der Änderung der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) – ist eine gesamtschweizerisch harmonisierte Bewertungsskala des Pflegebedarfs der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewoh-

ner vorgesehen. Diese Skala ist in 12 Stufen und in Zeiteinheiten von 20 Minuten eingeteilt. Der Bundesrat hat das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2011 festgesetzt. Die kantonale Projektgruppe hat als Ersatz für das Freiburger Instrument das Bedarfsabklärungsinstrument «RAI» (Resident Assessment Instrument) ausgewählt. Aufgrund einer Beschwerde anlässlich der Ausschreibung hat sich die Implementierung von RAI verzögert. Die Personalschulung konnte somit erst im August 2011 beginnen, was eine erhebliche Arbeitsüberlastung des Pflegeheimpersonals zur Folge hatte. Ende 2011 waren alle Bewohnerinnen und Bewohner der Freiburger Pflegeheime mit dem neuen 12-stufigen Instrument beurteilt worden.

5.8 Arbeitsgruppe zusätzliche Pflege- und Betreuungspersonaldotation

Es wurde eine Arbeitsgruppe geschaffen, welche die Bedingungen festlegen sollte, zu denen Fachpersonen wie Ergo-, Kunst-, Musik- und Aktivierungstherapeutinnen und -therapeuten in der Pflege- und Betreuungspersonaldotation der Pflegeheime berücksichtigt werden können. Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit im Mai 2011 aufgenommen und sollte diese bis im Frühling 2012 weiterführen.

5.9 Pilotprojekt «Analyse der Aufgaben des zuständigen Arztes in den Pflegeheimen»

Es handelt sich um ein Pilotprojekt der Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg und der VFA, das in Zusammenarbeit mit der GSD durchgeführt wird. Ziel ist die Erhebung der Daten zu den Aufgaben und zur Entlohnung der zuständigen Ärztinnen und Ärzte in den Pflegeheimen und die darauf folgende Schaffung von Empfehlungen für die Einrichtungen. Auf Anfrage der beiden ursprünglichen Projektpartner präsidiert der Kantonsarzt den Steuerungsausschuss. Das Projekt sollte auch im 2012 weitergeführt werden.

5.10 Kantonales Konzept der Palliativpflege

In Beantwortung des Postulats Krattinger-Jutzet/Marbach, «Palliatives Betreuungskonzept für den Kanton Freiburg» vom Februar 2009 hat die GSD 2011 die Arbeiten für die Ausarbeitung eines kantonalen Betreuungskonzepts im Bereich der Palliativpflege lanciert. Oberstes Ziel ist es, dass alle Regionen des Kantons Zugang zur Palliativpflege haben. Im Hinblick auf eine Bestandsaufnahme des bestehenden Angebots wurde bei den verschiedenen Leistungsanbietern eine Umfrage durchgeführt. Nun geht es darum, diese auszuwerten und Massnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Der kantonale Ansatz muss an die «Nationale Strategie Palliative Care 2010–2012» anknüpfen, die die Bereiche Versorgung, Finanzierung, Sensibilisierung, Bildung und Forschung berücksichtigt.

2011

Das KAA ist Teil der vom GesA gesteuerten Arbeitsgruppe.

5.11 Projekt Senior+

Das KAA ist Teil des Projektausschusses und der Arbeitsgruppe von «Senior+». Dieses verfolgt die Ausarbeitung und die anschliessende Genehmigung durch den Staatsrat einer kantonalen Politik zugunsten der älteren Menschen. Letztere soll den besonderen Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren, aber auch den neuen demographischen Gegebenheiten der Freiburger Gesellschaft entsprechen.

5.12 Ausserkantonale Spitalaufenthalte

2011 bearbeitete das KAA insgesamt 4573 Kostengutsprachege-suche für ausserkantonale Spitalaufenthalte; davon wurden 2437 (53 %) bewilligt und 2136 (47 %) abgelehnt.

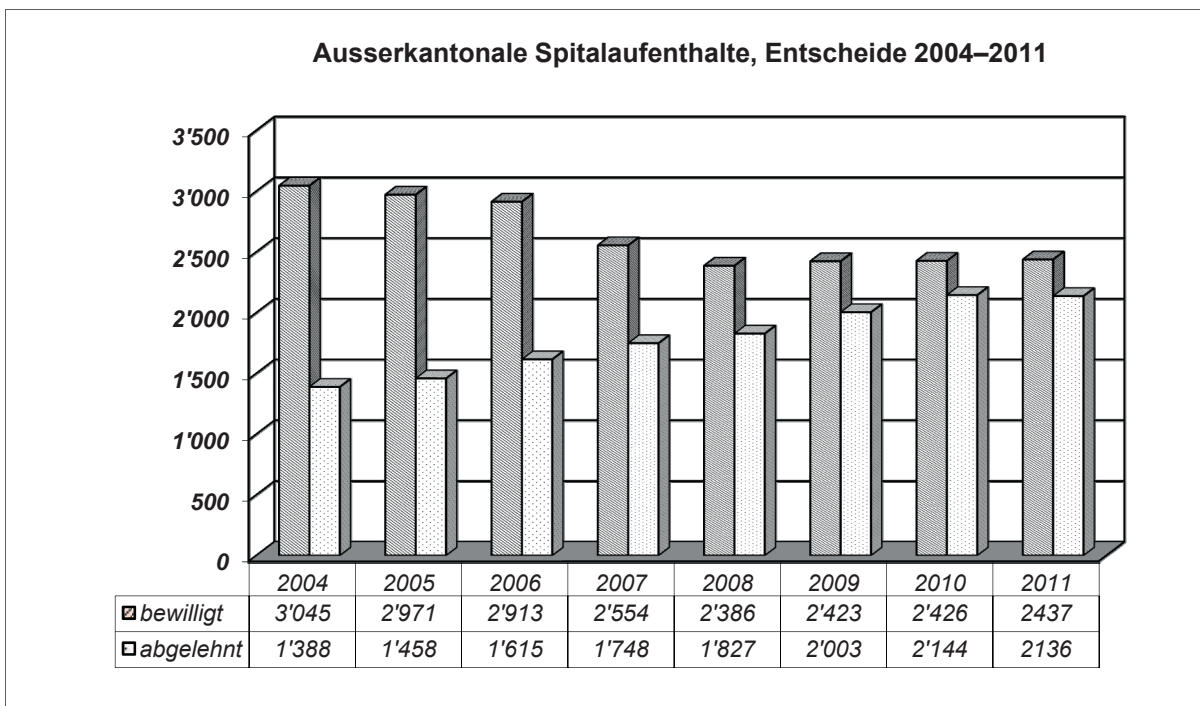
Die Gesamtanzahl Fälle sowie der negativen und positiven Ent-scheide sind in den letzten Jahren relativ konstant geblieben (s. Grafik 1).

Dritter sicherzustellen. Das KAA sortiert die Dossiers, bei denen eine mögliche Haftung Dritter besteht (z. B. Unfall) und leitet die Namen der betroffenen Patientinnen und Patienten an die SSS weiter. Nachdem die Patientin oder der Patient in die Aufhebung des Arztgeheimnisses eingewilligt hat, kümmert sich die SSS um die Informationsbeschaffung und um die Rückerstat-tung durch die Haftpflichtversicherung an den Staat.

Das Jahresende 2011 war durch das Inkrafttreten der neuen Ge-setzgebung über die Finanzierung der ausserkantonale Spital-aufenthalte (freie Wahl des Leistungserbringers) und die Ein-führung eines neuen elektronischen Tools für die Bearbeitung der Gesuche und die Rechnungsstellung (eKOGU) gekennzeich-net; die einschlägigen Verfahren müssen entsprechend angepasst werden..

6. Information und Koordination

Die zahlreichen Informationstätigkeiten im Rahmen der im Bericht aufgeführten Projekte und die erteilten Auskünfte betreffen sehr unterschiedliche Themen.



Die Bearbeitung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte bedeu-tet für das KAA einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Eine 50 %-Sekretärinnenstelle ist für die Verwaltung der Dossiers bestimmt und rund 10 % einer Arztstelle sind den Entscheiden und der Bearbeitung von Beschwerden vorbehalten.

Seit Juni 2010 hat die GSD einen Vertrag mit der Schaden Ser-vice Schweiz AG (SSS), um die Rückerstattung der Kosten im Rahmen von ausserkantonalen Spitalaufenthalten mit Haftung

6.1 Statistik

Wie jedes Jahr sammelte und überprüfte das KAA die Daten der jährlichen medizinischen Statistik der Spitäler des Kantons und leitete sie an das Bundesamt für Statistik (BFS) weiter. Seit dem 1. Januar 2011 müssen die Spitaleinrichtungen ihre Daten in Übereinstimmung mit «SwissDRG» (DRG=*Diagnosis Rela-ted Groups*), dem neuen Tarifsysteem für stationäre akutsomati-sche Spitalleistungen, liefern. Seit diesem Jahr müssen auch die

2011

Geburtshäuser, die gemäss der Revision des KVG in die medizinische Statistik aufgenommen worden sind, ihre Daten liefern.

Dank der neuen Software, die 2009 in den Ambulanzdiensten eingeführt worden ist, ist die auf den Fichen für präklinische IVR-Einsätze (IVR=Interverband für Rettungswesen) basierende Statistik über die Einsätze der Ambulanzdienste nun elektronisch und zentral zugänglich. Die Gesamtheit der Daten 2011 werden im Verlaufe des ersten Quartals 2012 vorliegen.

Das KAA sammelte auch im Berichtsjahr Meldungen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen und übermittelte diese an das BFS; dieses führt kantonsspezifische Analysen durch. 2011 wurden 212 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Diese Zahl ist in den letzten 5 Jahren relativ stabil geblieben.

7. Austausch und Zusammenarbeit

7.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Mitarbeitenden des KAA waren ausserdem in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen tätig, darunter:

- › Kantonale Kommission für Gesundheitsplanung;
- › Ständige Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung;
- › Beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte (CO-MEMS);
- › Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte;
- › Kommission des GRSP («Groupement romand des services de santé publique») für präklinische Gesundheitsversorgung;
- › Eidgenössische Kommission für Tabakprävention;
- › Koordinationskomitee des Regionallabors West (Ereignisse mit biologischen Agenzien, B-Ereignisse);
- › Wissenschaftlicher Ausschuss des Krebsregisters;
- › Vorstand IVR (Vertretung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren);
- › Kommission der Kantonsärzte des GRSP;
- › Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS);
- › beratende Kommission im Bereich der Prostitution;

› Externe Beratungsgruppe für die Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz).

7.2 Gesetz und Verordnung über die Ausübung der Prostitution

Am 1. Januar 2011 sind das Gesetz und die Verordnung über die Ausübung der Prostitution in Kraft getreten. Gemäss Artikel 20 des Gesetzes über die Ausübung der Prostitution hat der Staatsrat die Mitglieder der beratenden Kommission im Bereich der Prostitution bestimmt. Das KAA wird von einer Pflegefachfrau vertreten. Die Kommission traf sich 2011 zwei Mal. Hauptsächlich befasste sie sich mit dem Verfahren für die Meldung der berufsmässigen Sexanbietenden bei der Kantonspolizei, mit dem Bewilligungsverfahren für die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind, und mit der Ausarbeitung eines Informationsflyers.

IV. Schulzahnpflegedienst

1. Aufgaben

Die Schulzahnmedizin beschäftigt sich hauptsächlich mit Kindern im schulpflichtigen Alter, die nicht bei einer privaten Zahnärztin oder einem privaten Zahnarzt in Behandlung sind und deren Eltern im Kanton wohnhaft sind. Sie umfasst drei Bereiche: die Prophylaxe, die Kinderzahnmedizin (Pädodontie) und die Kieferorthopädie. Der Schulzahnpflegedienst (SDS) hat zur Aufgabe, auf dem gesamten Kantonsgebiet Leistungen in diesen drei Bereichen anzubieten.

*Geleitet wird der SZPD von der Dienstchefin **Claude Bertelletto Küng**.*

2. Tätigkeit

2.1 Prophylaxe

3 teilzeitlich angestellte Schulzahnpflegeassistentinnen besuchen nahezu alle Kindergarten- und Primarschulklassen des Kantons. Mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 165 % benötigen sie dazu rund 15 Monate.

Die Weiterbildung der Mitarbeitenden steht beim SZPD im Vordergrund: Dank der 2010 eingeleiteten Modernisierung des Lernmaterials wurde nicht nur der Unterricht interessanter, auch die Dienstreisen des Personals wurden leichter.

2011

2009 besuchten die Schulzahnpflegerinnen 1052 Klassen und unterwiesen 17 986 Kinder.

2.2 Pädodontie

Neben den Kontrollen und Behandlungen durch die Zahnärztinnen und Zahnärzte des SZPD, die mehrheitlich im Schulrhythmus arbeiten, wurden am Betrieb des Pädodontie-Sektors zahlreiche Verbesserungen vorgenommen. Besonders erwähnenswert sind die erheblichen Arbeiten zur Stabilisierung des EDV-Systems in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation. Heute liefert dieses System monatliche und jährliche Statistiken, die für eine effiziente Verwaltung der Kliniken für Pädodontie notwendig sind. Dank der Modernisierung können zudem auch die – vor allem in den mobilen Kliniken – oftmals platzraubenden Papierdossiers der Patientinnen und Patienten langsam, aber sicher abgeschafft werden. In manchen Kliniken gibt es sogar nur noch elektronische Patientendossiers. Andere wiederum warten noch auf die Installation der digitalen Radiologie, um diesen Schritt zu tätigen.

In den zwei mobilen Kliniken der Saane und der Broye wurde die über 30-Jährige zahnärztliche Einheit ersetzt. Dieser Wechsel hat das Image des SZPD deutlich verbessert.

Viele der unterschiedlichen Praktiken der einzelnen Kliniken wurden vereinheitlicht, sowohl was das Rechnungswesen als auch die Materialbestellung anbelangt. Dadurch konnte die Arbeit rationalisiert und die Kosten gesenkt werden.

Weil das Personal ab März 2011 stabil geblieben ist, konnten die Touren innerhalb der Fristen durchgeführt werden.

2.3 Kieferorthopädie

Dank des ausgezeichneten Rufs der kieferorthopädischen Kliniken in Freiburg und Bulle sowie der hervorragenden Arbeit der Kieferorthopädinnen und -orthopäden konnte der SZPD 363 neue Patientinnen und Patienten gewinnen. Bei 9602 Kontrollen wurden 2164 Kinder behandelt. Der Umsatz der Kliniken beläuft sich auf 2 100 000 Franken.

Mit dem Weggang einer Kieferorthopädin und der darauffolgenden Ankunft einer neuen Kieferorthopädin sowie zweier Dentalassistentinnen ist es beim Personal zu einigen Änderungen gekommen. Die Übergangsperioden bei den Wechseln waren mehr oder weniger lang, was namentlich auch an der schwierigen Rekrutierung des kieferorthopädischen Personals lag.

Ein besonderes Augenmerk galt ferner der Dossierverwaltung (inkl. Agenden) und dem Debitorenwesen.

2.4 Verwaltung

Gemeinsam mit dem Amt für Personal und Organisation wurden die folgenden Prozesse definiert und teilweise umgesetzt:

- > Inventar des Materials der Kliniken;
- > Methoden für die Fakturierung der Leistungen;
- > Bestellung des medizinischen Materials;
- > Verwaltung der Briefpost;
- > Erstellung von Statistiken mit dem PC;
- > Ausbildung von Dentalassistentinnen.

In Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv wurde ein äusserst umfassendes Konzept für die Aufbewahrung und die Archivierung der Dokumente des SZPD ausgearbeitet. Seine Auswirkungen werden ab Frühjahr 2012 zu spüren sein. Des Weiteren wurden Richtlinien über die Weiterbildung der Zahnärztinnen und Zahnärzte und die Anwendung der SSO-Tarife in der Pädodontie erstellt.

Ein leicht höherer Umsatz als im 2010 zeugt von der besseren Wirtschaftlichkeit des SZPD. Trotz der zahlreichen internen Verbesserungen im 2011 müssen noch andere Massnahmen umgesetzt werden, namentlich die Totalrevision des Gesetzes über die Schulzahnpflege und prophylaxe. Für diese Revision, die zwischen 2012 und 2015 ablaufen wird, wurden bereits verschiedene vorbereitende Arbeiten und Nachforschungen durchgeführt.

2011

Kliniken	1 Kinder, die die Möglichkeit hatten, einen Termin in der Schulzahnklinik zu vereinbaren	2 Anzahl kontrollierte Kinder	3 Anzahl Kinder mit Reinigung	4 Anzahl Kinder mit Füllungen	5 Anzahl Kinder mit Behandlungen	6 Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	7 Total der Rechnungen	8 In der Schulzahnklinik kontrollierte und behandelte Kinder in %
Freiburg, Les Buissonnets	2402	1450	1142	329	777	952	231 736.55	60,37 %
Freiburg, Pérolles	3880	1743	1118	287	1166	2137	276 510.50	44,92 %
Romont OS	3021	1739	1012	240	1089	1282	252 417.50	57,56 %
Saane/Vivisbach, mobile Klinik	5840	1570	935	218	607	4270	164 158.95	26,88 %
Bulle, Vudalla	3645	1179	938	156	1020	2466	203 426.65	32,35 %
Broye, mobile Klinik	3461	1044	859	78	281	2417	137 283.50	30,16 %
Marly (DO/FR)	1755	722	389	147	351	1033	96 466.15	41,14 %
Villars-sur-Glâne (MO/DI)	1001	790	448	211	469	211	133 365.50	78,92 %
Bulle OS	2012	1367	1142	229	919	645	227 625.10	67,94 %
Düdingen (MI/DO/FR)	2515	470	512	283	289	2045	115 774.15	18,69 %
Total	29 532	12 074	8495	2178	6968	17 458	1 838 764.55	40,88 %

Die Zahlen stammen aus der Software «ZaWin» und für die Spalte 1 aus dem Dokument «Bestände Klassen und Schüler 2010-2011» der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport.

und den administrativen Aufwand vermindert. Seit dem 1. Oktober 2011 sind die Familienplanung und die Sexualinformation ein Sektor des KAA, der von *Christine Noyer*, der stellvertretenden Dienstchefin, geleitet wird.

V. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation

1. Aufgaben

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD) hat zur Aufgabe, präventiv und fördernd auf die sexuelle, affektive und reproduktive Gesundheit im Kanton einzuwirken. Er bietet jeder Person auf Verlangen Information und Beratung, Unterstützung und Begleitung sowie Orientierung in Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit an. Der FSD umfasst zwei Sektoren, deren Tätigkeiten sich ergänzen: die Familienplanung und Schwangerschaftsberatung und die Sexualinformation. Er befindet sich in Freiburg und verfügt ausserdem über Informations- und Beratungsstellen in Bulle und Payerne.

Der FSD wurde bis zum 30. September 2011 von seiner Vorsterherin *Marie Perriard* geleitet. Sie ist nach 25 Jahren beim FSD, 8 davon als Dienstchefin, in den Ruhestand getreten. Anlässlich dieses Weggangs wurde im Berichtsjahr ein Integrationsprozess eingeleitet, der schliesslich zu einer Fusion zwischen dem FSD und dem Kantonsarztamt (KAA) führte, die Synergien schafft

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Dienst nimmt Aufgaben wahr, die in Verbindung mit der Sexualerziehung, der Verhütung ungewollter Schwangerschaft, der Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten und HIV/Aids und der Prävention von sexueller Ausbeutung und Misshandlung stehen. Die ärztlichen Sprechstunden werden an zwei Tagen pro Woche (12 Stunden) von einem Assistenzarzt für Gynäkologie unter Verantwortung des Chefarztes der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe des HFR wahrgenommen. Die Website des FSD bietet Informationen über seine Leistungen sowie zu verschiedenen Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Über eine E-Mail-Adresse können sich Klientinnen und Klienten von zwei Beraterinnen individuell informieren und beraten lassen (Französisch und Deutsch).

2.2 Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Auch in diesem Jahr hat der FSD der Nachfrage von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen nach Auskünften auf den Gebieten der sexuellen Gesundheit, des Gefühlslebens und der Schwangerschaft entsprochen. 2011 führte der FSD 1079 Gespräche, von denen 36 % die Empfängnisverhütung, 28 % sexuell übertragba-

2011

re Krankheiten und HIV/Aids, 16 % die Schwangerschaft, 13 % die Sexualerziehung und Probleme in Zusammenhang mit der Sexualität und 7 % andere Aspekte der sexuellen Gesundheit betrafen. Die Kundschaft des FSD ist jung: 42 % der Klientinnen und Klienten sind unter 20 Jahre alt, 15 % von diesen wiederum unter 16 Jahre. Der FSD bietet ausserdem sexuelle Beratung (Einzelpersonen oder Paare) für Menschen mit Behinderungen an (2011: 26 Gespräche).

Das interkantonale Familienplanungszentrum in Payerne wird hauptsächlich von unter 20-Jährigen genutzt, die am Anfang ihres Sexuallebens stehen.

Gemäss seinem Auftrag als Schwangerschaftsberatungsstelle bietet der FSD auch Gespräche an. Diese gelten unter anderem der Information, der Abklärung und der Unterstützung und informieren über die private und die öffentliche Hilfe, auf die schwangere Frauen bei Austragung ihrer Schwangerschaft zählen können. 2011 führte der Dienst 264 Gespräche über das Thema Schwangerschaft, 57 davon betrafen ein Gesuch um einen Schwangerschaftsabbruch.

Der FSD berät auch in Sachen Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten und HIV/Aids. Im Rahmen der Beratungsgespräche bietet er in Freiburg, Bulle und Payerne anonyme Aids-Tests an. 2011 wurden 460 Tests durchgeführt.

2.3 Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit

Der FSD wird das gesamte Jahr hindurch für verschiedene Kurse und Einsätze zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit herangezogen (2011: 64). Diese sind in erster Linie für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS), Jugendliche in Heimen und Lernende bestimmt.

Der FSD arbeitet eng mit Fachleuten aus dem medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich zusammen: mit dem HFR Freiburg - Kantonsspital und dem HFR Riaz, mit dem Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, mit dem Jugendamt, mit Gynäkologinnen und Gynäkologen, Apothekerinnen und Apothekern, mit Heimen und Einrichtungen für Jugendliche, mit der ORS Service AG für Asylsuchende, mit «Fri-Santé» und «Grisélidis» für Personen in prekären Verhältnissen und mit dem «frauenraum» und dem «Centre Empreinte». Er wirkt in verschiedenen Gruppierungen von Fachleuten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention mit, wie etwa im «Groupe-ment de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg» (GES), im «Groupement de coordination du Réseau Santé et Social de la Gruyère», im «Groupement fribourgeois Coordination Sida», im «Verein Sozaltätige Deutschfreiburg» (VSD) und in der «Freiburgischen berufsübergreifenden

Gruppe zur Prävention von Kindesmisshandlung und sexuellem Missbrauch von Kindern» (GRIMABU).

Im Bus von «Grisélidis» hat der FSD zwei Informationsabende für Prostituierte abgehalten. Im Rahmen der Prävention gegen Mädchenbeschneidung (Female Genital Mutilation – FGM) arbeitete er zusammen mit der «Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung» an der Errichtung einer interdisziplinären Plattform.

Die Sexualpädagoginnen und -pädagogen und die Beraterinnen für Familienplanung nahmen an der Weiterbildung der «Association suisse des conseillères en planning familial» (ASCPF) und der «Association romande et tessinoise des éducatrices/teurs, formatrices/teurs en santé sexuelle et reproductive» (ARTANES) teil. Ausserdem musste der FSD in Freiburg einen Weiterbildungstag für die Romandie zum Thema Sexualität und Behinderung organisieren.

2.4 Sexualinformation

Der FSD veranstaltet in den Schulen des Kantons Kurse zur Prävention von sexueller Ausbeutung (2. Kindergartenjahr) sowie zur Sexualinformation (2., 4. und 6. Primar sowie 2. Sekundar). 2011 ging die Zahl der Einsätze insgesamt ein bisschen zurück (-200 Stunden), vor allem im deutschsprachigen Kantonsteil. Der Grund liegt darin, dass mehrere deutschsprachige Gemeinden ihr Sexualerziehungskonzept ändern oder einen dienstexternen männlichen Vortragenden heranziehen. In diesem Jahr hat die Zusammenarbeit mit dem Büro für Mediation in Jugendstrafsachen in Bulle für die Betreuung von Situationen im Zusammenhang mit der Sexualität zugenommen. Es fanden vom Jugendgericht angeordnete Gespräche und Sitzungen im FSD für Jugendliche, die wegen eines Sexualdeliktes verurteilt worden sind, statt.

3. Statistik

3.1 Konsultationen im FSD

Einzel- und Paargespräche	1143
Nationalität	
Schweiz	55,40 %
Ausland	44,60 %
Gruppengespräche	64
Französisch	56
Deutsch	8

2011

Telefongespräche	4660
Ärztliche Konsultationen	1054
Wohnort	
Stadt Freiburg	24,19 %
Saane-Land	16,31 %
Sense	9,73 %
Greyerz	9,08 %
See	2,41 %
Glane	1,85 %
Broye	2,97 %
Visisbach	1,58 %
Andere Kantone	3,24 %

Primarschulen, 3. bis 6. Klasse (Sexualinformation)	299 Klassen
Französisch	267 Klassen
Deutsch	32 Klassen
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	130 Klassen
Französisch	124 Klassen
Deutsch	6 Klassen
Berufsschulen (Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten und HIV/AIDS)	24 Klassen
Französisch	24 Klassen
Deutsch	---
Andere Einrichtungen	48 Klassen
Französisch	43 Klassen
Deutsch	5 Klassen

3.2 Einsätze der Sexualpädagoginnen und -pädagogen

Einsatzart	
Einsätze in Schulklassen	2685 Stunden
Elternabende	69 Abende
Nachbetreuungen	39 Personen
Schulstufe der Teilnehmenden	
OS-Schüler/innen und Lernende	19 %
Kindergarten und Primarschule	74 %
Sonderschulklassen	7 %
Anzahl besuchter Klassen 2011	
Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention von sexuellem Missbrauch)	293 Klassen
Französisch	263 Klassen
Deutsch	30 Klassen

VI. Sozialvorgeamt

1. Aufgaben

Das Sozialvorgeamt (SVA) setzt die kantonale Politik zugunsten Erwachsener mit Behinderungen um und finanziert die Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit (GesA) und dem Kantonsarztamt (KAA) erfüllt es die Aufgaben des Staates im Bereich der Pflegeheime für Betagte.

Geleitet wird das Amt von der Vorsteherin Maryse Aebischer.

1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Der Sektor Sondereinrichtungen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Wohn- und Beschäftigungsstätten für erwachsene Personen mit Behinderungen, die eine deutliche, für längere Zeit bestehende oder bleibende Beeinträchtigung einer oder mehrerer körperlicher, sensorischer, kognitiver oder psychischer Funktionen aufweisen. Er subventioniert auch die Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen, die Erziehungsheime für Minderjährige und junge Erwachsene und die professionellen Pflegefamilien. Der Sektor plant ausserdem den Platzbedarf in diesen Einrichtungen und kontrolliert ihre Tätigkeit. Als Verbindungsstelle im Sinne der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) befasst er sich schliesslich mit der Finanzierung ausserkantonaler Platzierungen.

2011

1.2 Sektor Pflegeheime

Der Sektor Pflegeheime befasst sich mit der Bettenplanung in den Pflegeheimen und der Planung der Betreuungsplätze in den Tagesstätten. Er gewährt Subventionen für die Finanzierung der Betreuung der Pflegeheimbewohnerinnen und Pflegeheimbewohner und übernimmt gemäss Bundesgesetzgebung über die Finanzierung der Langzeitpflege die Restpflegekosten. Er kontrolliert die Pflege- und Betreuungspersonaldotationen in den Pflegeheimen und beteiligt sich an der Finanzierung der Tagesstätten. Ausserdem hat der Staatsrat den Sektor mit der Umsetzung der Freiburger Verfassungsartikel über ältere Menschen beauftragt. In diesem Zusammenhang unterhält er eine enge Zusammenarbeit mit dem GesA und dem KAA.

2. Tätigkeit

2.1 Sektor Sondereinrichtungen

2.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Aufgaben in Zusammenhang mit der Finanzierung der Sondereinrichtungen und der professionellen Pflegefamilien beinhalten hauptsächlich die Prüfung und die Besprechung der Voranschläge mit den Einrichtungsverantwortlichen (Voranschlag für die laufende Rechnung und Investitionsvoranschlag). Die Subventionen, die aufgrund der von der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) genehmigten Budgets berechnet werden, werden den Institutionen in drei Akontozahlungen ausgerichtet, die 80 % des Voranschlags entsprechen. Die Endabrechnung und die Berechnung des endgültigen Beitrags zulasten der öffentlichen Hand erfolgen aufgrund der Geschäftsrechnungen, die von den Revisionsorganen der Institutionen geprüft worden sind.

Um die Planung der neuen Unterbringungs- und Beschäftigungsplätze zur Deckung des Bedarfs der Personen mit Behinderungen zu planen, hat das SVA im 2011 die Daten analysiert, die vornehmlich von den Sondereinrichtungen für Erwachsene und vom Amt für Sonderpädagogik (SoA) stammten. Die Analyse dieser Daten führte zur Ausarbeitung eines Berichts zur Planung des institutionellen Leistungsangebotes für 2011–2015. Dieser Bericht soll Anfang 2012 dem Staatsrat unterbreitet werden.

Als Verbindungsstelle des Kantons Freiburg für den Vollzug der Bestimmungen der IVSE bearbeitet das SVA die Gesuche um Platzierungen in Einrichtungen in anderen Kantonen. Es kontrolliert, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind und ob der im Gesuch aufgeführte Tagespreis der Einrichtung dem offiziellen IVSE-Preis entspricht, prüft, ob die Eigenbeteiligung der Person an den Aufenthaltskosten den gesetzlichen Bestimmungen des Kantons Freiburg entspricht

und willigt in die Finanzierung des Aufenthaltes ein. Als Verbindungsstelle verwaltet es auch die Dossiers der ausserhalb des Kantons Freiburg wohnhaften Personen, die in den Freiburger Einrichtungen untergebracht sind. Ferner behandelt das SVA Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können. 2011 belief sich der Gesamtbetrag, den das SVA für Erwachsene, die in einer ausserkantonalen Einrichtung untergebracht waren bzw. gearbeitet haben, ausgegeben hat, auf 8 070 417 Franken (2010: 7 160 007 Franken), für die in ausserkantonalen Erziehungseinrichtungen platzierten Minderjährigen belief sich der Gesamtbetrag auf 4 523 379 Franken (2010: 3 911 959 Franken). Die Dauer der ausserkantonalen Unterbringungen kann sich je nach Art der erteilten Leistung stark unterscheiden (Probeaufenthalt für ein paar Tage oder Heimunterbringung für das ganze Jahr).

2.1.2 Projekte und besondere Ereignisse

Im Jahr 2011 haben verschiedene Arbeitsgruppen aus Vertreterinnen und Vertretern der Freiburger Akteure im Bereich Betreuung und Interessenvertretung von Personen mit Behinderungen gemeinsam an der Umsetzung der Grundsätze des kantonalen Konzeptes zur Förderung der Integration von Erwachsenen mit Behinderungen gearbeitet.

Eine erste Gruppe befasste sich mit den Fragen im Zusammenhang mit den finanziellen Beiträgen der Personen, die in einer Einrichtung leben oder arbeiten. Diese Beiträge sind derzeit im Beschluss vom 19. Dezember 2000 über die Kostenbeteiligung der in Sonderheimen untergebrachten Personen festgelegt. Die Arbeiten dieser Gruppe führten namentlich zur Aufhebung von Artikel 3 Abs. 2 dieses Beschlusses auf den 1. Januar 2012; dieser besagte, dass Personen mit Behinderungen, die in einer Werkstätte arbeiten, pro Präsenztag 50 % ihrer Hilflosenentschädigung an ihre Betreuung zahlen. Eine zweite Gruppe arbeitete ein Verfahren und ein Instrument zur Bedarfsabklärung aus, mit dem die Leistungserbringer den Bedarf der Personen mit Behinderungen abklären können, um sie so an die für sie am besten geeigneten stationären oder ambulanten Leistungen weiterzuleiten. Eine erste Version des Bedarfsabklärungsinstruments soll im ersten Halbjahr 2012 getestet werden. Eine dritte Gruppe hat Fragen im Zusammenhang mit der Investitionsfinanzierung in den Einrichtungen behandelt, während eine vierte Gruppe sich mit den Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung und der Finanzierung der in den Einrichtungen erbrachten ambulanten Leistungen beschäftigte.

Parallel zur Umsetzung des kantonalen Konzeptes hat eine letzte Gruppe an der Definition der Grundsätze der zukünftigen kantonalen Politik zugunsten der Menschen mit Behinderungen gearbeitet. Ziel dieser Politik ist es, dass den Bedürfnissen, aber auch den Kompetenzen von Menschen mit Behinderungen mehr Rechnung getragen, ihre Autonomie gefördert und ihre

2011

gesellschaftliche Integration begünstigt wird. Auf Grundlage dieser Arbeiten soll ein Gesetzesvorentwurf erarbeitet werden, der 2012 in die Vernehmlassung geschickt wird.

In Zusammenarbeit mit dem SoA und dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) hat das SVA eine neue EDV-Lösung zur Berechnung und Kontrolle der Subventionen eingeführt, die den Sondereinrichtungen und den Sonderschulen des Kantons Freiburg entrichtet werden (Projekt «EDISES»). Die Schulung der Ansprechpersonen in den Einrichtungen und Sonderschulen fand Ende Sommer 2011 statt. «EDISES» wird zum ersten Mal für die Ausarbeitung der Voranschläge 2013 verwendet.

Die von der «Conférence latine des directeurs cantonaux de l'action sociale et de la santé» (CLASS) ins Leben gerufene Arbeitsgruppe der lateinischen Kantone zur Umsetzung der NFA (NFA-AG) hat sich im Berichtsjahr sieben Mal getroffen, um die Umsetzung der Grundsätze aus dem Bericht «Gemeinsame Grundsätze für die Konzepte der lateinischen Kantone» vom 17. November 2008 zu koordinieren. Im Rahmen dieser Massnahmen zur interkantonalen Zusammenarbeit erhielt der Kanton Freiburg den Auftrag, die Arbeiten für die Schaffung eines gemeinsamen Instrumentes zur Messung der Intensität der Unterstützungsmassnahmen, die einer in einer Einrichtung lebenden oder arbeitenden Person mit Behinderung erteilt werden, zu steuern. Aus diesen Arbeiten entstand schliesslich «OLMIS», das Instrument der Westschweizer Kantone und des Tessins zur Beurteilung der Intensität der Unterstützungsmassnahmen, das ab 2012 in den Einrichtungen der Kantone Freiburg, Jura, Neuchâtel, Tessin, Valais und Vaud verwendet wird.

2.2 Sektor Pflegeheime

2.2.1 Ordentliche Tätigkeit

Auf Grundlage der Pflege- und Betreuungspersonaldotationen, die für jedes Heim je nach Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, berechnet der Sektor den Betreuungs- und Pflegepreis für die 48 Pflegeheime des Kantons. Ein System der Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Die Rechnungskontrolle besteht in der Überprüfung der Pflege- und Betreuungspersonaldotation im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufenthalten) reservierten Tagen sowie der Löhne und Lohnnebenkosten im Zusammenhang mit den vom SVA begutachteten Stellungnahmen zu den Anstellungen (jährlich durchschnittlich 500 Stellungnahmen). Das Personal umfasst mehr als 3500 Personen, die sich auf rund 1900 Vollzeitstellen aufteilen. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird von der kantonalen AHV-Ausgleichskasse berechnet.

Am 31. Dezember 2011 zählte der Kanton Freiburg 2501 Betten, davon 50 Betten, die im Verlaufe des Berichtsjahres der «Institution de santé pour les religieuses et religieux» (ISRF) in Freiburg zugeteilt worden sind, sowie 51 Plätze in den Tagesstätten.

Im Rahmen der Budgetdiskussionen 2012 beschloss der Staatsrat, 40 neue Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte und 25 zusätzliche Betten für Kurzaufenthalte anzuerkennen. Des Weiteren hat er eine Anhebung der Tagesstättenplätze um 17 Einheiten bewilligt. Diese Betten und Plätze wurden den Bezirken zugeteilt, die wiederum den Auftrag haben, diese je nach Nachfrage und Prioritäten unter den Pflegeheimen aufzuteilen. Diese Zuteilung wurde von der COMEMS, der beratenden Kommission für Pflegeheime für Betagte, begutachtet.

Bettenaufteilung:

Betten für Langzeitaufenthalte	
Saane:	30 Betten
Sense:	2 Betten
Greyerz:	6 Betten
Glane:	2 Betten
Betten für Kurzaufenthalte:	
Saane:	21 Betten
Sense:	1 Bett
Greyerz:	1 Bett
See:	2 Betten
Tagesstättenplätze:	
Sense:	7 Plätze
Greyerz:	7 Plätze

2.2.2 Projekte und besondere Ereignisse

Aus den Arbeiten am Projekt «Senior+» entstand Ende 2011 ein Dokument, in dem die Ziele der zukünftigen kantonalen Politik zugunsten der älteren Menschen zusammengefasst, die Handlungsbereiche der öffentlichen Hand Freiburgs und die Vorgehensweisen, wie diese Ziele erreicht werden können, zusammengefasst werden. Dieses Dokument muss Anfang 2012 vom Steuerungsausschuss begutachtet werden; danach wird es

2011

als Grundlage für die Abfassung eines Vorentwurfs eines Konzeptes zugunsten der Seniorinnen und Senioren verwendet.

In seiner Sitzung vom 12. April 2011 hat der Staatsrat die Planung der Langzeitpflege für die Jahre 2011–2015 genehmigt. Diese vom Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und vom kantonalen Gesundheitsgesetz vom 16. November 1999 verlangte Planung stellt die Entwicklung des Bedarfs im Bereich der Pflegeheime (Langzeitbetten) dem Leistungsangebot für zu Hause lebende Personen (Tagesstätten, Kurzzeitbetten und Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause) gegenüber. In dieser Planung ist vorgesehen, die Zahl der Langzeitbetten in den Freiburger Pflegeheimen bis 2015 um 142 Betten anzuheben; gleichzeitig soll im selben Zeitraum dank der Anerkennung von 40 neuen Kurzzeitbetten und der Schaffung 46 neuer Tagesstättenplätze der Verbleib zu Hause gefördert werden. So wird es 2015 im Kanton Freiburg 2729 Langzeitbetten in den Pflegeheimen und anderen Einrichtungen für Betagte, 89 Kurzzeitbetten und 89 Tagesstättenplätze geben.

Um der Bundesgesetzgebung über die Pflegefinanzierung zu entsprechen, hat das SVA mit dem Kantonsarztamt an der Einführung eines neuen Instruments zur Beurteilung des Pflegebedarfsgrads der Personen, die in den Freiburger Pflegeheimen betreut werden, gearbeitet. Mit diesem Instrument können ab 2012 die Pflege- und Betreuungskosten jedes Pflegeheims bestimmt werden und zwar auf der Grundlage von 12 von der Bundesgesetzgebung vorgeschriebenen Pflegestufen; bis 2011 waren diese Kosten noch anhand von 4 Stufen festgelegt worden. Was den Pensionspreis anbelangt, der für die Berechnung der Ergänzungsleistungen zugunsten von Pflegeheimbewohnerinnen und bewohnern berücksichtigt wird (4 Preise bis 2011), hat der Staatsrat beschlossen, diesen nicht an die 12 Pflegestufen anzupassen, sondern ab 2012 einen einzigen Pensionspreis anzuwenden.

Am 20. Dezember 2011 hat der Staatsrat das Pilotprojekt für eine Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung» (AVAO) bewilligt. Diese Abteilung wird 19 Betten umfassen und sich im Pflegeheim «La Providence» in Freiburg befinden. Sie wird für eine Dauer von höchstens drei Monaten Betagte nach einem Spitalaufenthalt aufnehmen, die noch nicht nach Hause können, weil die entsprechende Pflege noch nicht organisiert werden konnten oder aber zuerst soziale Begleitmassnahmen auf die Beine gestellt werden müssen. In der Abteilung werden auch Personen aufgenommen, die auf einen Pflegeheimplatz warten, jedoch nicht auf Spitalpflege angewiesen sind. Die Umsetzung dieses Pilotprojektes verfolgt namentlich das Ziel, hospitalisierten Betagten die Möglichkeit einer umfassenden Beurteilung ihrer Bedürfnisse zu geben und eine Aufwertung ihrer Kompetenzen zu ermöglichen, sodass sie schliesslich an die für sie am besten geeigneten Erbringer gesundheitlicher und sozialer Leistungen weitergeleitet werden können.

Die Abteilung ist ein wichtiger Bestandteil für die Koordination mit dem freiburger Spital und den Pflegeleistungserbringern in den Bezirken (Pflegeheime und Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause). Sie wird zudem eine Verbindung schaffen zwischen den kommunalen Diensten und den verschiedenen Partnern, Organisationen und Freiwilligen, die auf kommunaler Ebene in die soziale Betreuung der Betagten involviert sind. Die Pilot-Abteilung wird ihren Betrieb im ersten Quartal 2012 aufnehmen und nach zwei Jahren einer Beurteilung unterzogen.

3. Statistik

3.1 Sektor Sondereinrichtungen

Ende 2011 gibt es im Kanton Freiburg für Erwachsene mit Behinderungen 805 Plätze (2010: 795) in den Wohnstätten (Heim ohne und mit Beschäftigung, geschützte Wohnungen) und 1120 Plätze (2010: 1113) in den Werk- und Tagesstätten. Für Minderjährige und junge Erwachsene zählt der Kanton 214 Einrichtungsplätze, wovon 178 in Erziehungsheimen.

Zusätzlich zu den Plätzen in den Institutionen verfügt der Kanton Freiburg über 33 Plätze (2010: 28) für die Aufnahme Minderjähriger in sechs professionellen Pflegefamilien (2010: 5).

2011

Wohnstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Betreutes Wohnen	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung		
Wohn- und Werkgenossenschaft Sonnegg	Zumholz	8			
Home-Atelier Linde	Tentlingen	42			
Home-Atelier La Colombière	Misery	35			
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac		17	10	2
Home Clos Fleuri	Bulle	39	35		
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Ursy	35		16	
HOMATO, Les Buissonnets	Freiburg	32			
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers		30	22	
Communauté de La Grotte – Foyer Béthanie	Freiburg		15		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten		24		
La Farandole	Freiburg		24	24	4
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		16	4	
	Total Anzahl Plätze	191	161	76	6

Wohnstätte – Psychische Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Betreutes Wohnen	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung		
Fondation Horizon Sud		85	22	32	4
La Traversée 3	Seiry	12			
Foyer St-Louis	Freiburg	5	37		
Applico	Schmitten			12	
La Traversée 1	Freiburg			13	
La Traversée 4	Freiburg			14	
	Total Anzahl Plätze	102	59	71	4

Wohnstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Betreutes Wohnen	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung		
Association St-Camille	Marly/Villars-sur-Glâne	59		12	
Linde, deutschsprachige Abteilung	Tentlingen	7			
SSEB Holzgasse	Kerzers	15			
	Total Anzahl Plätze	81	0	12	0

Wohnstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2011		Betreutes Wohnen	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung		
Le Torry	Freiburg	20			
Centre Le Radeau	Orsonnens	12			
Fondation Le Tremplin	Freiburg	14		6	
	Total Anzahl Plätze	46	0	6	0

2011

Beschäftigungsstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Werkstätte	Tagesstätte	
Home-Atelier Linde	Tentlingen		6	
Home-Atelier La Colombière	Misery		6	
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac	63	6	3
Home Clos Fleuri	Bulle	110		
HOMATO, Les Buissonnets	Freiburg		9	
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers	135		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten	70		
La Farandole	Freiburg	88		
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Romont	50		
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40	5	
	Total Anzahl Plätze	556	32	3

Beschäftigungsstätte – Psychische Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Werkstätte	Tagesstätte	
Fondation Horizon Sud	Marsens	137		
Fondation St-Louis	Freiburg	35	2	
La Traversée 3	Seiry	4		4
Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	91		
Fondation L'Estampille	Freiburg	40		
Applico	Murten	40		
	Total Anzahl Plätze	347	2	4

Beschäftigungsstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2011		Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Werkstätte	Tagesstätte	
Association St-Camille	Marly, Villars-sur- Glâne	163		
	Total Anzahl Plätze	163	0	0

Beschäftigungsstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2011		Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
		Werkstätte	Tagesstätte	
Le Tremplin	Freiburg	20		
	Total Anzahl Plätze	20	0	0

2011

Erziehungsheim	Ort	Stand am 31.12.2011	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
Le Bosquet	Givisiez	20	
Foyer St-Etienne	Freiburg	45	
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10	
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg	28	
Nid Clairval	Givisiez	17	
Wohnheim für Lehrlinge	Freiburg	17	
La Traversée II	Corminbœuf	11	
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12	
Transit accueil d'urgence	Villars-sur-Glâne	10	
Aux Etangs	Freiburg	8	
Total Anzahl Plätze		178	0

Andere Einrichtungen für Minderjährige	Ort	Stand am 31.12.2011	Anzahl neu geschaffene Plätze 2011
Therapeutische Tagesstätte	Givisiez	18	3
Tagesklinik	Freiburg	10	
Le Bosquet (IV-Sektor)	Givisiez	8	
Total Anzahl Plätze		36	3

3.2 Sektor Pflegeheime

Am 31. Dezember 2011 belief sich die Anzahl anerkannter Betten im Sinne des Kantonalen Pflegeheimgesetzes auf 2501 (davon 2448 Langzeitbetten und 53 Kurzzeitbetten). 2012 wird die Anzahl anerkannter Betten 2488 (Langzeitaufenthalte) bzw. 78 (Kurzzeitaufenthalte) betragen.

Anzahl anerkannter Betten für Langzeit- und Kurzaufenthalte nach Bezirk

	2011		2012	
	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzaufenthalte	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzaufenthalte
SAANE	792	12	822	33
SENSE	334	14	336	15
GREYERZ	469	4	475	5
SEE	259	4	259	6
GLANE	186	4	188	4
BROYE	194	11	194	11
VIVISBACH	149	4	149	4
Les Camélias, Marsens	15	0	15	0
ISRF, FRIBOURG	50	0	50	0
KANTON	2448	53	2488	78

Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk Ende 2011

	Einrichtung	Anzahl Plätze	Anzahl Öffnungstage pro Woche
SAANE	Foyer du Gibriloux, Farvagny	5	5
	Pflegeheim des Saanebezirks, Villars-sur-Glâne	8	4
SENSE	Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen	8	5
	Die Familie im Garten, St. Ursen	10	4
SEE	Tagesstätte Les Platanes, Jeuss	5	4
	Foyer les Mouettes, Estavayer-le-Lac	7	4
BROYE	Foyer Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis	8	2

VII. Kantonales Sozialamt

1. Aufgaben

Der Auftrag des Kantonalen Sozialamtes (KSA) besteht darin, das kantonale System der Sozialhilfe, der Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, der Hilfe an Opfer von Straftaten, der In-kassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen und der Familienpolitik laufend zu verbessern und sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen. Seine Aufgabe besteht somit darin, in diesem System für einen einwandfreien Betrieb zu sorgen und sich um die Koordination und die Harmonisierung der Praxis

2011

zu kümmern, wobei das Ziel die Gleichbehandlung unter den Sozialhilfeeinrichtungen ist. Zu diesem Zweck fordert es die öffentlichen, privaten und freiwillig tätigen Akteure zur Zusammenarbeit auf.

Geleitet wird das KSA vom Amtsvorsteher François Mollard.

2. Hilfe an bedürftige Personen

2.1 Aufgaben

Gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) ist das KSA zuständig für Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Ausserdem unterhält das KSA die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger; das betrifft die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe auf die Gemeinden, den Kanton und die übrigen Kantone. Das KSA hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Koordination und die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, sodass eine Gleichbehandlung unter den begünstigten Personen gewährleistet ist. Schliesslich sorgt das KSA für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteuren und mit den Kirchen. Die vom SHG vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention (Art. 21) nehmen daher einen bevorzugten Platz unter den Tätigkeiten des KSA ein.

2.2 Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen

Zu den wichtigsten Aufgaben im 2011 gehörten die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen sowie der Änderungen am SHG und an dessen Ausführungsgesetzgebung. Die Änderungen aufgrund der Einführung von Bestimmungen über Revision und Inspektion von Sozialhilfedossiers im SHG sind am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Gleichzeitig hat das KSA die Änderungen von Art. 32 SHG vorbereitet; diese sehen eine neue Aufteilung der Ausgaben für materielle Hilfe und soziale Eingliederungsmassnahmen zwischen Staat und Gemeinden vor (jeweils 40 % und 60 %) und sind am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Darüber hinaus hat das KSA eine Vernehmlassung zur Vorbereitung der Antwort auf die Motion Cotting und Goumaz-Renz (M 1111.10) über den Wohnsitzwechsel und die Aufhebung von Artikel 9a SHG geführt. Parallel dazu wurden die Weisungen für die Anwendung der SHG-Richtsätze überarbeitet und am 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Schliesslich hat das KSA noch die Antwort auf das Postulat Collomb (P2076.10) vorbereitet, das

neue Regeln für den Bezug von Sozialhilfe vorschlägt, und nach dessen Erheblicherklärung die Ausarbeitung des entsprechenden Berichts eingeleitet.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit des KSA im 2011 war die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung. Es hat seine Arbeiten im Rahmen der Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit, der es vorsass, abgeschlossen. Ein entsprechender Bericht wird dem Staatsrat unterbreitet. Das KSA beteiligte sich ferner an den Arbeiten der Kommission, die für die Koordination der kantonalen Politik angesichts des Problems Jugendlicher mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung zuständig ist. Es hat zur Umsetzung der vom Staatsrat verabschiedeten Strategie beigetragen, indem es namentlich Informationsveranstaltungen und Vernehmlassungen für die regionalen Sozialdienste (RSD) oder aber noch den SHG-Thementag vom 3. November 2011 organisiert hat. Ferner präsierte das KSA die Arbeitsgruppe, die in Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) zuständig ist für die Ausarbeitung der besonderen Betreuungseinrichtung für arbeitsuchende Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler nach Artikel 86 des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG), die Langzeitarbeitslose bei ihrer beruflichen Eingliederung unterstützen soll. Diese Arbeiten stützten sich namentlich auf verschiedene Gespräche mit den RSD und den Sozialkommissionen. Im Weiteren hat das KSA am Mitbericht zur Beantwortung der Anfrage Ganioz (QA 3365.11) über die Auswirkungen und Konsequenzen (der Abstimmung über die Revision) des AVIG für die arbeitslosen und stellensuchenden Personen im Kanton Freiburg mitgearbeitet.

Durch diese Einsätze und durch seine Teilnahme an der neuen kantonalen Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt erhält das KSA eine gute Übersicht über die Problematik im Zusammenhang mit der beruflichen Eingliederung und den dazu eingesetzten Massnahmen. Die Sozialhilfe wird in ihrer Rolle als «letztes soziales Auffangnetz» und aufgrund ihres Auftrags Zeuge einer Vielzahl von Situationen, bei denen die Betroffenen trotz Massnahmen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Das KSA hat das an die Universität Freiburg vergebene Mandat zur Beurteilung dieser Situationen und der Grenzen der damit einhergehenden Massnahmen mitverfolgt. Dieses Mandat will herausfinden, wie Artikel 63 der Kantonsverfassung, der die Unterstützung der verletzlichen und abhängigen Personen garantiert, angewandt werden kann.

Das KSA leistete ausserdem einen Beitrag zur Entwicklung anderer sozialpolitischer Massnahmen, indem es sich an mehreren Vernehmlassungen auf Kantons- und Bundesebene beteiligte.

Das KSA hat die Modernisierung des Sozialhilfedispositivs und die Koordination des Datenaustauschs zwischen den für die

—
2011

im Kanton verfügbaren Sozialleistungen zuständigen Diensten weitergeführt. Diese Arbeiten wurden im Anschluss an das Projekt über das einheitliche massgebende Einkommen (EME) aufgenommen, bei dem die Notwendigkeit eines Ausbaus der Koordination und der Harmonisierung innerhalb des Freiburger Sozialhilfenetzwerkes zu Tage gekommen war. Das KSA will in diesem Bereich auf zwei Handlungsebenen agieren: Schaffung eines Verzeichnisses der Sozialhilferichtlinien und -verfahren und Zentralisierung des Informatiksystems für die Übermittlung der Sozialhilfedaten.

Des Weiteren war das KSA an den Arbeiten der kantonalen Koordinationskommission für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) beteiligt, wo es das Vizepräsidium innehat. Diese Kommission kümmert sich um die Betreuung des Dispositivs zur Stärkung der sozialberuflichen Eingliederung. 2011 war das dritte Betriebsjahr dieses Dispositivs. Es setzt eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen den in den Bereichen Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Invalidenversicherung tätigen Stellen und Ämtern um. Das KSA stellt in diesem Zusammenhang insbesondere die Finanzierung der drei auf den Kanton verteilten Koordinationsplattformen (Nord – Zentrum – Süd) sicher und achtet auf die gute Koordination zwischen dem Dispositiv und den RSD.

Zur Förderung von sozialen Projekten zugunsten der Freiburger Bevölkerung verleiht der Staatsrat alle zwei Jahre den Preis für Sozialarbeit. Das KSA organisiert die Verleihung dieses Preises, der 2011 an den Verein zur Vermittlung von Hilfsdiensten aus Schmitten und ans Suppenfestival des Vereins «La Tuile» in Freiburg ging. Des Weiteren hat das KSA zwei vom Staatsrat eingesetzte Fonds verwaltet. Zum einen handelt es sich um den Sozialfonds, der Beitragsleistungen an private, als gemeinnützig anerkannte und nicht gewinnorientierte Sozialeinrichtungen leistet, die Sozialprojekte zugunsten von Personen, die in unsicheren Verhältnissen oder in Armut leben, entwickeln und durchführen. Dieser Fonds wird durch verschiedene Einnahmequellen gespeist, so z. B. durch den Ertrag der Abgaben auf die Lotterien und Wetten, Legate und Schenkungen, den Ertrag aus dem Vermögen des Fonds und alle weiteren Mittel, die ihm zugeteilt werden können. Dank dieses Fonds kamen im Berichtsjahr 25 Einrichtungen in den Genuss einer finanziellen Unterstützung. Zum anderen handelt es sich um den Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, der durch die Erträge der Spielsuchtabgabe, welche die Lotterie- und Wettunternehmen den Kantonen überweisen müssen, gespeist wird. Der Fonds bezweckt die Unterstützung von Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Spielsucht. 2011 wurde dem Verein REPER ein Betrag in Höhe von 35 000 Franken überwiesen, welcher der Finanzierung eines Projekts zur Prävention, Früherfassung und Frühintervention im Bereich Spielsucht dient. Des Weiteren wurde den Projekten des «Groupement romand d'étude des addictions» (GREA) ein Betrag von 42 213.20

Franken als Kantonsanteil zugesprochen. Ausserdem erhielt das Projekt «Bientraitance» der Charlotte Olivier-Stiftung eine Unterstützung in Höhe von 7500 Franken. Schliesslich wurde REPER noch ein Betrag von 1000 Franken für seine Teilnahme am Nationalen Tag der Medienkompetenz in Freiburg gewährt. Der Amtsvorsteher präsidiert ferner die Kommission für die Verwendung des Fonds.

Im Berichtsjahr hat das KSA zum ersten Mal mit der Erstellung des regelmässigen Berichts über die Armut im Kanton Freiburg begonnen. Dieser Bericht leistet dem Postulat Burgener Woeffray/Fasel (P 2072.10) Folge: Einmal pro Legislaturperiode sollen eine Bestandsaufnahme zu diesem Thema gemacht und die für die Steuerung der Politik in diesem Bereich nützlichen Indikatoren erfasst werden.

2.3 Koordination

Eine wesentliche Tätigkeit des KSA für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems ist die Koordination. In diesem Sinne trug es 2011 zur Entwicklung von Synergien unter den Akteuren dieses Systems und den öffentlichen und privaten Partnern bei. Das KSA bemüht sich nach wie vor um die Koordination unter den RSD und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen anbieten. Es aktualisiert regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der auf der Website des KSA abrufbar ist. Dieser Katalog umfasste Ende 2011 nahezu 150 Tätigkeiten, die sich auf sechs verschiedene Kategorien aufteilen (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das KSA sorgt jeweils dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen bereitgestellten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen.

Um über ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zu verfügen, mit dem interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich angestellt werden können, stellt das KSA die Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT) sicher. Diese Statistiken sind seit 2005 verfügbar; vor Kurzem wurden auch diejenigen aus dem Jahr 2010 publiziert. Gemeinsam mit dem kantonalen Amt für Statistik koordiniert das KSA die Veröffentlichung dieser Statistiken. Gemeinsam mit dem BFS und allen kantonalen Dienststellen, die für einkommensabhängige Leistungen zuständig sind, kümmert sich das KSA des Weiteren um die Koordination der Einführung der Finanzstatistik über die Sozialhilfe in Ergänzung zur SOSTAT. Diese Daten sind 2011 aktualisiert worden.

—
2011

2.4 Information und Ausbildung

Über seine Website (www.fr.ch/ksa) stellt das KSA einen regelmässigen Informationsaustausch sicher. Das KSA unterhält auch eine enge Beziehung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt. Dabei will es die Sozialdienste und Sozialkommissionen und die Organisatoren der sozialen Eingliederungsmassnahmen ansprechen. Darüber hinaus hat das KSA Weiterbildungen für die Fachpersonen der verschiedenen betroffenen Dienste organisiert, namentlich im Rahmen der IIZ. Schliesslich hat das KSA noch die 7. Ausgabe der alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz für Sozialfragen vorbereitet, die 2012 stattfinden wird.

2.5 Prävention

Im Bereich der Prävention stellt das KSA insbesondere den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des kantonalen Entschuldungsfonds sicher. Dieser hat zum Zweck, der ernsthaften Verschlechterung der sozialen Situation verschuldeter Personen vorzubeugen. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und der Verwaltung des neuen Instrumentes für die Sanierung heikler sozialer Situationen. Aufgrund dieser Erfahrung konnte das KSA die Antwort auf das Postulat Collomb/Menoud (P2083.10) über die Vorbeugung der Verschuldung Jugendlicher vorbereiten.

Durch seine Mitarbeit in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» wirkte das KSA bei der Schulung der neuen Staatsangestellten und der RSD mit, damit diese in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen. Ausserdem hat es verschiedenen Anfragen von RSD, die mit Gewaltsituationen konfrontiert waren, entsprochen. Um sich zu informieren und der Entwicklung sozialer Phänomene zu folgen, nahm das KSA ferner an verschiedenen Seminaren teil, die namentlich den folgenden Themen gewidmet waren: Armut und verletzte Personen (Berner Sozialgipfel), Verschuldung, Jugendliche in Schwierigkeiten, Familie im Wandel, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, IIZ, neue soziale Risiken, Kinder in Armut, Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise, Fortbildung und Umschulung von Langzeitarbeitslosen, soziale Ungleichheiten und deren Auswirkungen auf die Gesundheit, Projektmanagement, Bildungswege und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in den Bereichen Gesundheit und Soziales.

Schliesslich hat sich das KSA gemeinsam mit dem RéseauBénévolatNetzwerk der Vorbereitung des Kantonalen Tags der Freiwilligenarbeit gewidmet, der am 28. November 2011 anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit stattgefunden hat. Aus diesem Anlass wurde auch ein Runder Tisch zum The-

ma Jugendurlaub und Freiwilligenarbeit in Betrieben organisiert.

2.6 Sozialhilfesystem

Das KSA sorgt dafür, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfefunktionen erfüllen. Hierfür übermittelt es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Gemäss Art. 34 SHG stellt das KSA ausserdem die Aufteilung der Kosten für die materielle Hilfe unter allen Gemeinden des Bezirks sicher. Überdies nahm es im Berichtsjahr an zwei Sitzungen von Sozialausschüssen teil, wie dies im SHG vorgesehen ist. Im RSD Gubloux hat das KSA übrigens eine Revision und eine Analyse der Ausgaben der materiellen Hilfe vorgenommen. Das KSA unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen. Es handelt sich dabei um: «Le Tremplin» (Hilfe an drogenabhängige Personen), «La Tuile» (Hilfe an Obdachlose und Personen in Not), Pro Infirmis (Hilfe an Personen mit geistiger oder körperlicher Behinderung), Pro Senectute (Hilfe an Betagte), Freiburger Krebsliga (Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen), SOS werdende Mütter (Unterstützung werdender Mütter in Schwierigkeiten), Caritas (Schuldenberatungsdienst), «Banc Publique» in Freiburg (Aufnahme Bedürftiger tagsüber) und «Fri-Santé» in Freiburg (Pflege und Orientierung für die Bedürftigsten).

2.7 Vertretungen

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA ausserdem in den folgenden Kommissionen vertreten: Kantonale Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, kantonale Kommission der «Loterie Romande», Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, IIZ-Kommission, Kommission für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen und Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten». Seit 2009 ist das KSA auch in der Kommission für Ausbildungsbeiträge vertreten. Auf interkantonalen Ebene hat das KSA zur weiteren Ausarbeitung des «Guide social romand» (Westschweizer Sozialführer, www.guidesocial.ch) beigetragen, wobei es mit der Vereinigung der Freiburgerischen Sozialinstitutionen (VFSI) und der «Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale» (ARTIAS), wo es seit 2009 das Vizepräsidium innehat, zusammengearbeitet hat. Schliesslich ist das KSA auch im «Groupement romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS) vertreten. Daneben beteiligte sich das KSA wie jedes Jahr an dem von ARTIAS organisierten Seminar, das darauf hinzielt, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren.

2011

2.8 Statistik und Ausgaben 2011

2.8.1 Materielle Hilfe SHG

Wie jedes Jahr erarbeitete das KSA eine Sammlung statistischer Daten über die materielle Hilfe. Diese Zusammenstellung gibt Auskunft über die Übernahme der Kosten materieller Hilfe, über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen und über die finanzielle Belastung der Gemeinden gemäss der Aufteilung nach Bezirken sowie Informationen aus den Tätigkeitsberichten der RSD.

Der Aufwand für die im 2011 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und unter Berücksichtigung der persönlichen Rückerstattungen) auf 28 721 463.60 Franken (2010: 28 284 284.20 Franken, also eine Zunahme von 1,54 %) und verteilte sich auf 4978 Dossiers (2010: 4761, also eine Zunahme von 4,55 %), die insgesamt 8882 Personen betrafen (2010: 8652, also eine Zunahme von 2,65 %). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen in Höhe von 2 677 071.45 Franken (2010: 2 913 647.53 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland in Höhe von 110 000 Franken (2010: 100 000 Franken).

2.8.2 Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche wie Bank, Versicherung, Sozialdienst, Steuerverwaltung, Amt für Personal und Organisation, Finanzverwaltung, KSA, Schuldenberatungsdienst und Vormundschaftsamt. Die Kommission trat 2011 zu 4 Sitzungen zusammen und entschied über 13 Entschuldungsanträge. Sie fällte 8 positive Entschiede über einen Gesamtbetrag von 187 507.35 Franken, einen negativen Entscheid und einen Nichteintretensentscheid. 3 Entschiede über Darlehensgesuche, über die sich die Kommission eingehender informiert hat, wurden auf die kommende Sitzung im Jahr 2012 verschoben.

AUFTEILUNG STAAT-GEMEINDEN Art. 32 und 33 SHG							
Personenkategorie	Zu Lasten des Staates Fr.	% Total	Zu Lasten der anderen Kantone Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinden Fr.	% Total	Total Fr.
Schweizer	7 769 194.90	47,39	1 149 031.00	7,01	7 475 664.10	45,60	16 393 890.00
Ausländer	6 287 585.45	51,01	185 369.50	1,50	5 854 618.65	47,49	12 327 573.60
Total	14 056 780.35	48,94	1 334 400.50	4,65	13 330 282.75	46,41	28 721 463.60

Materielle Hilfe 2011: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE		
Sozialhilfeursache	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentschädigung	667	13,40
Einelternefamilie/getrenntes Paar	600	12,05
Krankheit/Unfall/Spital	396	7,96
Hilfe an Kinder	37	0,74
Schutzaufsicht	40	0,80
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen	633	12,72
Ungenügende Einkommen	1637	32,89
Unterbringung im Pflegeheim/Heim für Betagte	33	0,66
Drogen/Alkohol	182	3,65
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend anwesende Personen	27	0,54
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	66	1,33
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	660	13,26
Total Dossiers	4978	100

2011

	Fr.
Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2011	1 143 444.30
Vom Fonds geliehene Summe	./ 187 507.35
Dem Fonds rückerstattete Summe	+ 157 446.85
Verschiedene Verwaltungskosten	./ 3 223.65
Wiederauffüllung des Fonds (ohne Darlehen)	+ 3 223.65
Für Darlehen verfügbare Summe am 31. Dezember 2011	1 113 383.80

3. Hilfe an die Opfer von Straftaten

Das KSA ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; SR 312.5) betraut. Die Opferhilfe umfasst drei Bereiche: Soforthilfe und längerfristige Hilfe durch zwei Opferberatungsstellen des Kantons, welche die Opfer aufnehmen und ihnen Leistungen wie psychologische, medizinische oder juristische Hilfe, Notunterkunft oder materielle Hilfe erteilen; Gewährleistung der Rechte im Strafverfahren (insbesondere das Recht auf Respektierung der Persönlichkeit des Opfers in allen Phasen des Strafprozesses), wobei darauf hingewiesen wird, dass diese Rechte nun in der neuen Bundesstrafprozessordnung (SR 312.0) verankert sind; Anspruch des Opfers auf Entschädigung und Genugtuung durch den Kanton, in dem die Straftat stattgefunden hat, wenn weder der Straftäter noch die Versicherungen diese zahlen können oder müssen. Die Opferhilfe greift somit subsidiär ein und kommt dann zum Tragen, wenn eine Person durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist. Die verschiedenen Befugnisse des KSA in diesem Bereich werden in Artikel 3 des kantonalen Ausführungsgesetzes zum OHG (SGF 32.4) aufgeführt. Der Staat hat im Übrigen Richtlinien zur Bestimmung und Beschränkung der Leistungen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe erlassen (s. www.fr.ch/ksa).

3.1 Haupttätigkeit

Das KSA überwacht einerseits den reibungslosen Ablauf der Verfahren, die nötig sind, um Opfern nach dem Verbrechen eine effiziente und bedürfnisgerechte Hilfe zu gewährleisten; andererseits wacht es über den guten Betrieb der beiden kantonalen Opferberatungsstellen (Frauenhaus Freiburg für Frauen und ihre Kinder zum einen und Beratungsstelle für alle anderen Opfer im Sinne des OHG zum anderen). Die zwei Beratungsstellen befinden entsprechend den kantonalen Richtlinien selbst über die Erteilung einer Soforthilfe, wohingegen das KSA allein über

eine längerfristige Hilfe befindet, unter Vorbehalt einer Einsprache und einer allfälligen Beschwerde bei der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD). Das KSA erhält und überprüft alle Rechnungen im Zusammenhang mit der Soforthilfe, welche die beiden Beratungsstellen erteilen. Das KSA hat ausserdem die alleinige Zuständigkeit, um über Entschädigungs- und Genugtuungsgesuche zu befinden; Beschwerden beim Kantonsgericht bleiben vorbehalten. Nach kantonalen Gesetzgebung ist das KSA ebenfalls für die Verbreitung von Informationen über das kantonale Dispositiv und die möglichen Leistungen an Opfer im Rahmen des OHG in der Öffentlichkeit und bei den Partnerstellen zuständig. Darüber hinaus kümmert sich das KSA in- und ausserhalb des Kantons um die erforderliche Koordination und erfüllt Aufgaben in Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals der Opferberatungsstellen, der Entrichtung des kantonalen Pauschalbetrags an das Frauenhaus Freiburg, die Aufteilung der Kosten der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe zwischen dem Staat und den Gemeinden (Art. 9 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes über die Opferhilfe, AGOHG), wobei die Ausgaben für Entschädigung und Genugtuung weiterhin vollständig vom Kanton getragen werden, abgesehen von den Beträgen, die das KSA bei den Straftätern einholt.

3.2 Statistik

Auch 2011 setzte das KSA seine Bemühungen um Rückzahlung der geleisteten Beiträge bei den Straftätern fort. Dank der Unterstützung des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und des Amtes für Bewährungshilfe konnte das KSA insgesamt 39 639 Franken wieder einbringen (2010: 48 639 Franken, 2009: 47 166 Franken, 2008: 52 396 Franken, 2007 25 426 Franken), nach Abzug der Inkassokosten. Darüber hinaus setzt sich das KSA dafür ein, dass der Grundsatz der Subsidiarität der Opferhilfeleistungen immer von Anfang an geltend gemacht wird, namentlich indem es die Opfer an die Sozial- und Privatversicherer weiterleitet, die grundsätzlich zuerst für den Schaden aufkommen müssen. Insgesamt hat das KSA 386 Dossiers behandelt (2010: 359, 2009: 320, 2008: 286, 2007: 278) und 763 Buchungseinträge gemacht (2010: 747, 2009: 662, 2008: 548, 2007: 498), was im Vergleich zu den Vorjahren erneut einen erheblichen Anstieg der Arbeitslast bedeutet. Das KSA hat ferner 81 formelle Entscheide gefällt (2010: 67, 2009: 66, 2008: 68, 2007: 48), davon 51 Entscheide über sofortige oder längerfristige Hilfe (einschliesslich Anwaltskosten) und 30 Entscheide über Entschädigungen und Genugtuungen. In Anbetracht der besonderen Beschaffenheit der OHG-Leistungen, die vom Bundesgericht den Unterstützungsleistungen gleichgestellt werden, fallen die Entschädigungen, die den Opfern zugesprochen werden, im Allgemeinen tiefer aus, als von den Opfern und ihren Anwältinnen und Anwälten ursprünglich gefordert. 2011 wurde in einem Fall eine Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht; das Verfahren ist derzeit im Gange.

2011

3.3 Koordination

Auf Ebene der kantonalen Koordination hat das KSA am 6. Oktober 2011 eine Sitzung geleitet. Die kantonale Koordination vereint 18 Mitglieder, die die wichtigsten Akteure des kantonalen OHG-Dispositivs vertreten (Beratungsstellen, Polizei, Justiz, Ärztinnen/Ärzte, Psychologinnen/Psychologen, Anwältinnen/Anwälte, Schulen und Sozialdienste). Im Rahmen der Weiterbildung fanden ausserdem zwei Sitzungen mit dem Personal der Opferberatungsstellen statt. Des Weiteren wurde das KSA für die Umsetzung des Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel beigezogen (SGF 114.22.14), wobei es die gute Aufteilung der Rollen der einzelnen Akteure in diesem heiklen Bereich überwachte und die auf diesen Bereich spezialisierte Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) aus Zürich traf, um seine zukünftige Zusammenarbeit in Sache Betreuung von Menschenhandelsopfern im Kanton Freiburg mit dieser zu formalisieren. Am 17. November 2011 haben dann der Staat Freiburg und die FIZ eine entsprechende Vereinbarung für eine anfängliche Dauer von zwei Jahren unterzeichnet. Darüber hinaus hat das KSA am 5. Dezember 2011 an einer Sitzung der Schweizerischen Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) in Bern teilgenommen, an der ein nationaler Aktionsplan für die Jahre 2012 bis 2014 ausgearbeitet werden sollte. Das KSA war auch an den vier Sitzungen der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen zugegen. Im Rahmen der Regionalkonferenz der kantonalen OHG-Verbindungsstellen der Westschweiz und des Tessins (Regio 1) hat das KSA an einer Sitzung zur Harmonisierung der Praxis der Kantone teilgenommen. Ferner hat das KSA an vier Sitzungen der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz OHG teilgenommen sowie an einer nationalen Tagung in Bern am 6. September 2011 für alle OHG-Fachpersonen der Schweiz.

2011 beliefen sich die OHG-Ausgaben auf insgesamt 1 324 416 Franken (2010: 1 315 772 Franken, 2009: 1 208 243, 2008: 1 168 858, 2007: 1 160 008 Franken). Dieser Ausgabenanstieg betrifft in erster Linie Entschädigungen, die als Leistungen der Sofort- und der längerfristigen Hilfe erteilt worden sind; es sind aber auch beträchtliche Summen als Genugtuungen in besonders tragischen Fällen entrichtet worden. Darüber hinaus ist für die Jahre 2009 und 2010 ein Anstieg der Ausgaben im Zusammenhang mit der Weiterverrechnung der Leistungen unter den Kantonen festzustellen; dies ist auf das Inkrafttreten am 1. Januar 2009 des Artikels 18 des revidierten OHG vom 23. März 2007 zurückzuführen (s. Tabelle im Folgenden).

OHG		Fr.
Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2011		
Beiträge des Staates an die Beratungsstellen		750 000.00
Kosten für sofortige Hilfe	*	225 919.45
Kosten für längerfristige Hilfe	*	71 390.95
Anwaltskosten	*	35 380.05
Hilfe und Rückerstattungen an andere Kantone (Art.18 OHG)	*	36 300.00
* Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45 %/55 %)		368 990.45
Entschädigung (materieller Schaden)	**	41 876.85
Genugtuung	**	162 770.85
OHG-Streitfälle für Genugtuung und Entschädigung	**	777.85
** Aufwand 100 % zu Lasten des Staates		205 425.55
Total		1 324 416.00

4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge

4.1 Rechtlicher Rahmen

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung von sowie der materiellen Hilfe oder der Nothilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende sowie Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen), die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt worden sind. Nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 (AuG) und der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) obliegt dem KSA auch die Förderung der Integration vorläufig aufgenommener Personen. Das KSA trägt ferner aufgrund derselben Gesetzgebung ebenfalls die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Die Bestimmungen des revidierten Asylgesetzes (Änderung vom 16. Dezember 2005) und des neuen Gesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind, sehen eine spezifische Betreuung nach Personenkategorie und ein neues Finanzierungssystem mit Einführung einer Gesamtpauschale vor. Letztere wird den Kantonen während des laufenden Asylverfahrens und der ersten sieben Jahre der vorläufigen Aufnahme entrichtet.

—
2011

Seit dem 1. Januar 2008 kümmert sich die Organisation für Regie- und Spezialaufträge (ORS Service AG, ORS) um die Aufnahme, die Betreuung und die Beherbergung von Asylsuchenden (Ausweis N), vorläufig aufgenommenen Personen (Ausweis F), abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen. Dieser Auftrag wurde ihr vom Staatsrat erteilt. Caritas Schweiz in Freiburg kümmert sich indes weiterhin um die soziale und finanzielle Begleitung und um die Integration von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als fünf Jahren (Ausweis B) und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (Ausweis F).

4.2 Asylstatistik

Infolge der Ereignisse in Nordafrika ist die Gesamtzahl der in der Schweiz verzeichneten Asylanträge 2011 stark angestiegen: 22 551 gegenüber 15 567 im Jahr 2010. Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich auf 709 (2010: 422). Der Bestand an im Kanton wohnhaften Asylsuchenden ist somit ebenfalls deutlich angestiegen: Am 31. Dezember 2011 belief er sich auf 1385 Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, NEE-Personen und abgewiesene Asylsuchende (2010: 1292).

4.3 Beherbergung

Die Bewältigung der Beherbergungssituation war die Herausforderung des Jahres schlechthin. Grund waren der starke Anstieg bei den Personen, die dem Kanton zugeteilt wurden, und die vom Bund getroffenen Massnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Ab Frühling 2011 wurden verschiedene Schritte für die Eröffnung einer neuen Asylunterkunft unternommen.

Im Übrigen wurden die Asylsuchenden in vier Aufnahmestrukturen des Kantons untergebracht, namentlich im «Foyer des Remparts» und im «Foyer du Bourg», die sich beide in der Stadt Freiburg befinden, im «Foyer du Lac» in Estavayer-le-Lac und im «Foyer des Passereaux» in Broc. Am 31. Dezember 2011 waren in den Gemeinschaftsstrukturen 264 Personen untergebracht, bei einer Beherbergungskapazität von 287 Personen. Darüber hinaus waren in den anderen durch die ORS verwalteten Beherbergungsstrukturen 1048 Personen aus dem Asylbereich (Asylbewerber/innen, vorläufig aufgenommene Personen, Personen mit einem Nichteintretensentscheid und abgewiesene Asylbewerber/innen) untergebracht (Stand 31. Dezember 2011).

4.4 Soziale und finanzielle Begleitung

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen. Für vorläufig aufgenommene Personen, die Sozialhilfe beziehen, wird diese Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über.

Im Verlaufe des Jahres 2011 wurde die Umsetzung neuer Praktiken und Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen dem KSA und der ORS fortgesetzt. Dank dieser engen Zusammenarbeit konnten das neue Dispositiv und die Kontrollmassnahmen gefestigt und strukturelle Massnahmen getroffen werden. Der Rahmen des Asylmandates ist in der Vereinbarung mit ORS festgelegt. Die finanziellen Aspekte sind indes in einem Zusatzvertrag geregelt, der jedes Jahr erneuert wird. Die Sozialhilferichtsätze für Personen aus dem Asylbereich wurden vollständig überarbeitet und sind am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten.

Von den Kontrollverfahren, die das BFM bzw. das KSA umgesetzt haben, sind namentlich zu erwähnen: Sozialhilfestatistik im Asylbereich (eAsyl), Sozialhilfestatistik im Flüchtlingsbereich (Flüstat), Sozialhilfestatistik in Zusammenhang mit der materiellen Hilfe an vorläufig aufgenommene Personen, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind (SOSTAT), Umsetzung des Monitorings über den Sozialhilfestopp (Monitoring 2), Reporting der Integrationsmassnahmen, Prüfung der Finasilisten, die das BFM für die Berechnung der Gesamtpauschale des Bundes an den Kanton erfasst, sowie der verschiedenen Führungstabellen, die das KSA erstellt hat und die eine regelmässige Budgetführung und einen jährlichen Vergleich der Einnahmen des Bundes und der Ausgaben nach Budgetrubriken ermöglichen.

4.5 Abgewiesene Asylsuchende

Asylbewerber, gegen die ein rechtskräftiger negativer Asyl- und Wegweisungsentscheid vorliegt, werden seit dem 1. Januar 2008 von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen, ebenso NEE-Personen. Diese haben somit keinen Anspruch mehr auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft und können lediglich in der Notunterkunft Poya in Freiburg untergebracht werden. Auf Gesuch hin wird ihnen höchstens eine Nothilfe von 10 Franken pro Tag im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung gewährt. Die Richtlinien für die Nothilfe gelten weder für vulnerable Personen (Familien mit minderjährigen Kindern, betagte oder schwer kranke Personen, unbegleitete Minderjährige usw.) noch für Härtefälle (Personen, die eine Härtefallbewilligung bekommen können). Letztere unterliegen auch weiterhin den Sozialhilferichtsätzen für Personen aus dem Asylbereich und haben Anspruch auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft. Im Übrigen bleiben alle abgewiesenen Asylbewerber und NEE-Personen auch weiterhin einer Krankenversicherung angeschlossen.

Zusammen mit dem Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) überwacht das KSA die Anwendung des Verfahrens. Es fällt ausserdem die Entscheide über das Ende des Anspruchs auf Unterbringung, die den betroffenen Personen vom BMA mitgeteilt werden, sowie Ausweisungsentscheide, für deren Meldung und Vollzug die Kantonspolizei zuständig ist. 2011 hat das KSA

—
2011

188 Entscheide über das Ende des Anspruchs auf Unterbringung gefällt (2010: 196). Darüber hinaus wurden 17 Ausweisungsent-scheide gefällt (2010: 0). Anfang Januar 2011 zählte der Kanton Freiburg 232 abgewiesene Asylsuchende. Ende Dezember 2011 waren es noch 176, davon 77 verletzte Personen. Hinzu kommen 38 abgewiesene Asylsuchende, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens auf die Ausweisung in ein Drittstaat warten (Stand: 31. Dezember 2011). 73 Personen wurden in der Notunterkunft «La Poya» untergebracht (Stand: 31. Dezember 2011). Die Kosten in Zusammenhang mit dem weiteren Aufenthalt von abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen in der Schweiz trägt der Kanton. Zum Ausgleich entrichtet der Bund dem Kanton für jeden neuen abgewiesenen Asylsuchenden und jeden neuen NEE-Fall, der ihm zugeteilt wird, eine Gesamtpauschale.

4.6 Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

Im Laufe des Jahres 2011 hat die ORS die in ihrem Aktionsplan angekündigten Beschäftigungsprogramme durchgeführt. Der Aktionsplan war im Vorfeld vom KSA genehmigt worden. Die Aktivitäten richten sich an Asylsuchende mit hängigem Verfahren und vorläufig aufgenommene Personen, die seit weniger als sieben Jahren in der Schweiz sind, und sollen Untätigkeit bekämpfen, den Betroffenen einen Rahmen und Regeln geben, an die sie sich zu halten haben, und ihre Eingliederungsaussichten vor Ort oder aber die Aussichten auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland erhöhen. 2011 wurden die folgenden Programme angeboten: Nähen und Dekoration, Kochen, Velo-Reparaturwerkstätte, Streichen und Renovieren von Wohnungen, Wäscherei-Büglerei, Sprachen-Informatik-Allgemeinwissen. Das Bäckerei-Programm, das 2010 in Zusammenarbeit mit einer privaten Vereinigung auf die Beine gestellt worden war, wurde weitergeführt. In enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern wurden ausserdem verschiedene Beschäftigungsprogramme von gesellschaftlichem Nutzen durchgeführt: Wiederherstellung eines Lehrpfades mit der Gemeinde Avry-sur-Matran, Aktion im Rahmen des Projektes «Ponts sur la Broye» mit der Fondation Cherpillod, Organisation und Gästeservice an den Informationssitzungen der Aktion «Conduire en Suisse» mit dem Integrationsbeauftragten. Weitere gemeinnützige Arbeiten werden derzeit mit verschiedenen kantonalen und kommunalen öffentlichen Diensten vorbereitet. Schliesslich hat das KSA noch an der Umsetzung von vier neuen Stationen des Veloausleihsystems in Marly, Granges-Paccot, Villars-sur-Glâne und Bulle mitgearbeitet. Dank einer intensiven Zusammenarbeit des KSA mit seinen öffentlichen und privaten Partnern und der Unterstützung der GSD erhielt die ORS von der velopass GmbH den Auftrag, sich um die Instandhaltung des Materials und die gleichmässige Verteilung der Velos auf die Stationen zu kümmern, zwei Aufgaben, die für ein gut funktionierendes Netzwerk unerlässlich sind und von den Asylsuchenden, die an der Velo-Reparaturwerkstätte teilnehmen, bewältigt werden.

Diese Tätigkeit fördert nicht nur die Integration der Asylsuchenden, sondern rückt diese auch in ein positives Licht.

4.7 Integrationsmassnahmen für vorläufig aufgenommene Personen, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge

Seit dem 1. Januar 2008 sind vorläufig aufgenommene Personen, die Sozialhilfe beziehen, verpflichtet, an Integrationsmassnahmen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang hat das KSA speziell auf vorläufig aufgenommene Personen zugeschnittene Integrationsmassnahmen bereitgestellt. Das KSA ist verantwortlich für die Ausarbeitung, Einführung und Evaluation spezifischer sozialer und beruflicher Eingliederungsmassnahmen für diese Personenkategorie. Ausserdem muss es die Massnahmen validieren und in einen Katalog aufnehmen. In diesem Sinne arbeitet das KSA mit der ORS zusammen, um die Umsetzung dieser Massnahmen zu koordinieren, aber auch mit den übrigen an der Integration beteiligten Akteuren, um diese Massnahmen zu validieren. Bei der Integration der Flüchtlinge unterhält das KSA eine vergleichbare Zusammenarbeit mit Caritas Schweiz in Freiburg und wendet die gleichen Grundsätze an.

Anlässlich der Revision der Sozialhilferichtsätze für Personen aus dem Asylbereich wurden im Berichtsjahr die spezifischen Integrationsmassnahmen und die Anreize, solche Personen einzustellen, präzisiert und verstärkt. Gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten war das KSA aktiv an der Ausarbeitung des zukünftigen kantonalen Integrationsprogramms beteiligt, das 2014 in Kraft treten soll. Das KSA informiert Letzteren überdies regelmässig über seine Projekte und seine Strategie, die im Übrigen mit den Schwerpunkten des Bundes im Integrationsbereich übereinstimmen und sich ins neue Gesetz vom 24. März 2011 über die Integration der Migrantinnen und Migranten und die Rassismusprävention, das am 1. Januar in Kraft tritt, einfügen lassen. Ziel der Strategie ist es, die Integration von Personengruppen, die oftmals von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, intensiv zu fördern. Bei der wirksamen Einführung dieses spezifischen Integrationsystems geht es auch um finanzielle Aspekte, weil die Investition für die Integrationsmassnahmen zu einem Kostenrückgang in der Sozialhilfe führt, namentlich für vorläufig aufgenommene Personen und für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind und für die der Kanton alleine aufkommt.

Wie bereits erwähnt, entrichtet der Bund seit dem 1. Januar 2008 für jede neue vorläufig aufgenommene Person, für jeden neuen anerkannten Flüchtling und für jeden neuen vorläufig aufgenommenen Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale.

2011

4.8 Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge, die von Caritas Schweiz in Freiburg betreut werden, ist im Verlaufe des Jahres 2011 stark angestiegen. Dies ist auf den Anstieg der Anerkennungsquote (Asylgewährung) zurückzuführen, namentlich aufgrund der hohen Anzahl Gesuche von Staatsangehörigen aus Eritrea, aber auch darauf, dass das BFM mehr Gesuche bearbeitet und das Asylverfahren beschleunigt hat. So ist die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus und der seit weniger als sieben Jahren vorläufig in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge, die von Caritas Schweiz in Freiburg betreut werden, von 350 (31.12.2010) auf 408 (31.12.2011) angestiegen. Die Zahl der seit mehr als sieben Jahren vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge, die von Caritas Schweiz in Freiburg betreut werden, ist seit letztem Jahr von 12 auf 10 gesunken (Stand: 31. Dezember 2011).

Was die Sozialhilfe an diese Personen anbelangt, so hat sich das KSA mehrmals mit Caritas Schweiz in Freiburg getroffen um Fragen wie die Anwendung der neuen Praxis und Verfahren, die Validierung der Integrationsmassnahmen, die Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen und die Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für diese Personen zu regeln. Vom 4. bis zum 8. April hat das KSA eine Revision der von Caritas Schweiz in Freiburg verwalteten Dossiers durchgeführt.

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Staatenlose. Für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen, wird diese Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über.

4.9 Weitere Aufgaben

Das KSA hat im Rahmen verschiedener Vernehmlassungen auf kantonaler und nationaler Ebene Stellung genommen.

Weiter war das KSA aktiver Bestandteil der Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus, der Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten und der kantonalen Koordinationsgruppe für die Massnahmen, die speziell für abgewiesene Asylbewerber eingesetzt werden. Es nahm ausserdem an den Sitzungen der Koordinatorinnen und Koordinatoren der lateinischen Schweiz teil und – auf Bundesebene – an verschiedenen, vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: Asylverfahren und Wegweisungsvoll-

zug, Dublin-Verfahren, Unterbringung, spezifische Förderung der Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen, Asylsuchende aus Nordafrika und Eritrea, neues Berechnungssystem der Gesamtpauschalen.

Das KSA ist ausserdem im Fachausschuss «Asylverfahren und Unterbringung» sowie in der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) vertreten.

4.10 Ausgaben 2011

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich 2011 auf 14 262 654 Franken, wovon 1 457 447 Franken zu Lasten des Staates bleiben.

Die materielle Hilfe an abgewiesene Asylsuchende und NEE-Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Notunterkunft Poya beliefen sich 2011 auf 2 541 782 Franken, wovon 1 066 725 Franken zu Lasten des Staates bleiben. Am 31. Dezember 2011 betrug die Reserven in den Spezialfinanzierungen nach Anwendung des Asylgesetzes für die Finanzierung der materiellen Hilfe an diese Personenkategorie 1 063 000 Franken.

Die Kosten für materielle Hilfe und Betreuung zugunsten von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen beliefen sich 2011 auf 4 683 625 Franken, wovon 106 916 Franken zu Lasten des Kantons waren.

Die Kosten für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen aus dem Asylbereich beliefen sich 2011 auf 1 230 000 Franken. Die Kosten für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen beliefen sich 2011 auf 1 135 240 Franken. Am 31. Dezember 2011 beliefen sich die Reserven im Spezialfonds nach Anwendung des Asylgesetzes für die Finanzierung der speziell auf Asylsuchende und Flüchtlinge zugeschnittenen Integrationsmassnahmen auf 1 768 037 Franken.

5. Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Das KSA hat den Auftrag, beim Inkasso von Alimenten zugunsten von im Kanton wohnhaften Kindern, Ehegatten oder Ex-Ehegatten, die durch ein vollstreckbares Urteil oder eine anerkannte Vereinbarung geregelt wurden, die entsprechende Hilfe zu leisten. Gleichzeitig kann das KSA eine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen leisten, wenn die finanzielle Situation der Bezügerinnen und Bezüger dies rechtfertigt und die Schuldnerin oder der Schuldner die Unterhaltsbeiträge nicht bezahlt. Letztere belaufen sich auf höchstens 400 Franken pro Monat und Kind

—
2011

bzw. auf höchstens 250 Franken pro Monat für die Ehegattin bzw. den Ehegatten oder die Ex-Ehegattin bzw. den Ex-Ehegatten (s. Art. 46, 79 und 81 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, EGZGB und Beschluss vom 14. Dezember 1993 über die Eintreibung von Unterhaltsforderungen und die Ausrichtung von Vorschüssen). Hier muss das KSA einerseits seine Aufgabe in Zusammenhang mit der Eintreibung von Unterhaltsforderungen bewältigen und sich andererseits auch um Information, Beratung und Anhörung der Leistungsempfänger, aber auch der Personen, die die Unterhaltsbeiträge entrichten müssen, kümmern. Hinzu kommen Verwaltung und Betreuung im administrativen, finanziellen und juristischen Bereich sowie in Kostenrechnungs- und Buchungsbelangen. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner und des KSA sind in den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches sowie in dessen Ausführungsgesetz, im erwähnten Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den entsprechenden kantonalen Richtlinien festgehalten.

5.1 Haupttätigkeit

Die Haupttätigkeiten des KSA in diesem Bereich sind: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und Unterhaltsvorschüsse, Vorbereitung und Begründung der damit verbundenen Entscheide, periodische Überprüfung der Dossiers und der Leistungsansprüche der Bezügerinnen und Bezüger, Information und Empfang dieser Personen sowie der Schuldner, monatliche Verrechnung der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse und Verwaltung des Debitorenwesens im Falle von unrechtmässig bezogenen Vorschüssen, Inkasso der Unterhaltsbeiträge, Bearbeitung von juristischen Fragen in diesem Zusammenhang, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (Betreibungen, Lohnpfändungen, Anforderung von Sicherheitsleistungen, Strafanzeigen), Vertretung des KSA vor den Oberämtern und den Zivil- und Strafgerichten. 2011 musste das KSA in den verschiedenen Bezirken des Kantons an 32 Sitzungen vor dem Präsidenten des Bezirkszivilgerichts (2010: 41) und an 69 Sitzungen vor den Strafbehörden (2010: 93) erscheinen. 2011 wurden ausserdem 343 Betreibungsgesuche (2010: 405), 48 Gesuche um Lohnpfändungen (2010: 28) und 117 Strafanzeigen (2010: 145) eingereicht.

5.2 Statistik

Am 31. Dezember 2011 betrug die Gesamtsumme der vom Staat entrichteten Unterhaltsvorschüsse 5 572 417 Franken (2010: 5 541 604 Franken). Dank der Inkasso-Schritte des KSA konnte von dieser Summe ein Betrag von 2 728 609 Franken wieder eingebracht werden, 93 913 Franken davon über die vom Staat mit der Bearbeitung der abgeschlossenen Dossiers beauftragte Inkassostelle (2010: 40 538 Franken); dies entspricht einem Inkassoanteil von 47,65 % auf die Vorschüsse und Inkassokosten (2010: 45,17 %). Der nicht eingebrachte Betrag wird zu glei-

chen Teilen zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt (Art. 81, Abs. 2 EGZGB). Was den Teil der Unterhaltsbeiträge betrifft, die durch die vom Staat ausgerichteten Vorschüsse nicht gedeckt werden konnten und die ausschliesslich die Unterhaltsschuldner betreffen, konnte das KSA 2 439 413 Franken davon zugunsten der Anspruchsberechtigten entrichten (2010: 2 538 057 Franken).

2011 hat das KSA 248 neue Anträge verzeichnet (2010: 231), 187 davon konnten positiv beantwortet werden (2010: 187). Die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2011 auf 1588 (2010: 1511), was im Vergleich zum Vorjahr einen ziemlich starken Anstieg darstellt. Unter diesen «aktiven» Dossiers betreffen 135 (2010: 130) die Anwendung des «New Yorker Übereinkommens», bei dem es um die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bei Fällen geht, in denen der Gläubiger oder der Schuldner der Unterhaltspflicht im Ausland wohnt. Der relativ starke Anstieg dieser Fälle hat natürlich zur Folge, dass die Chancen, die geschuldeten Unterhaltsbeträge einzukassieren bzw. die Vorschüsse, die den im Kanton wohnhaften Bezügerinnen und Bezüger gewährt wurden, zurückzuverlangen, sinken. Im Rahmen der Dossierbearbeitung wurden 819 Revisionen durchgeführt und 233 Dossiers konnten abgeschlossen werden, was bedeutet, dass ebenso viele formelle Entscheide zu den Eröffnungs- und den Nichteröffnungsentscheiden hinzukommen. 2011 wurde 21 Mal Einsprache ergriffen (2010: 18), sechs davon wurden abgelehnt und zwei führten zu einer Beschwerde, von denen eine von der GSD abgelehnt wurde und die andere noch behandelt wird.

2011 war eine wichtige Etappe im Bereich der Inkassohilfe und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen: Die alte Informatik-Anwendung «Host» wurde am 1. Juni 2011 durch das neue System «SAP-ARPA» ersetzt, was für das KSA und das Amt für Informatik und Telekommunikation einen erheblichen Aufwand bedeutete. Darüber hinaus führte das Finanzinspektorat im KSA im selben Bereich eine Revision durch.

Im Bereich der nationalen Koordination ist das KSA Mitglied der Westschweizer Konferenz der kantonalen Ämter für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. In dieser Eigenschaft hat es an zwei Sitzungen in Freiburg und in Lausanne teilgenommen. Des Weiteren wurde das KSA aufgefordert, im Rahmen der Tätigkeiten der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren an drei Sitzungen einer Arbeitsgruppe in Bern teilzunehmen. Ziel war eine Stellungnahme für die Harmonisierung des Anspruchs auf Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen in der Schweiz.

6. Koordination der Familienpolitik

—
Der Kanton Freiburg bemüht sich seit vielen Jahren um die Unterstützung der Familien. Die Massnahmen der Familienpolitik

2011

decken zahlreiche Bereiche ab. Die Familienpolitik ist eine typisch interdisziplinäre Angelegenheit, die sich am Schnittpunkt diverser öffentlicher Intervention und Konzeptionen der Sozialpolitik befindet. Es ist wichtig, dass in Bezug auf die Massnahmen, die Bedürfnisse der Familien des Kantons und die verschiedenen bevorstehenden Herausforderungen eine umfassende Sichtweise begünstigt wird. Das KSA stellt in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) die Koordination sicher, sodass eine echte kantonale Strategie entstehen kann.

Im Berichtsjahr hat das KSA eine neue Bestandsaufnahme der kantonalen Familienpolitik durchgeführt und Bilanz darüber gezogen, was seit der Verabschiedung des Berichts zu einer umfassenden Familienpolitik im Kanton Freiburg, der 2004 von der vom Staatsrat ernannten, einschlägigen kantonalen Kommission eingereicht worden war, erreicht werden konnte. Die Bilanz dient als Vorbereitung für die Ausarbeitung neuer Strategien, die 2012 definiert werden sollen. Zur Stärkung des Steuerungsinstrumentes dieser Politik hat das KSA ferner mit der Ausarbeitung einer kantonalen Familienstatistik begonnen. Unterstützt wird es dabei vom kantonalen Amt für Statistik, dem GFB und den anderen betroffenen Ämtern.

Parallel dazu war das KSA in Zusammenarbeit mit der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVa) weiterhin an der Ausarbeitung eines Projektes für Ergänzungsleistungen zugunsten der Familien beteiligt, das ebenfalls einem Auftrag der neuen Kantonsverfassung entspricht. Das KSA hat darüber hinaus in diesem Bereich in zahlreichen Vernehmlassungen Stellung genommen: Parlamentarische Initiative Maury Pasquier (07.455): Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz; parlamentarische Initiative Hochreutener (07.419): Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik; Verordnungsentwurf über den Umgang mit belastenden zwischenmenschlichen Problemen am Arbeitsplatz und die Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung; Motion Menoud/Collomb (M1113.11): Standesinitiative: Steuerbefreiung für die Kinderzulagen.

Im Weiteren hat das KSA an verschiedenen Treffen auf Bundesebene teilgenommen, dank denen es die wichtigsten Entwicklungen in diesem Bereich mitverfolgen konnte, namentlich am Forum Familienfragen am 21. Juni 2011 in Bern, zum Thema Familien und Gesundheit im Wechselspiel. Schliesslich hat das KSA noch an einem nationalen Treffen mit den Kantonen teilgenommen, das von der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) organisiert worden war.

7. Freiburg für alle

Das KSA hatte den Auftrag, eine «Soziale Anlaufstelle» zu schaffen, die heute den Namen «Freiburg für alle» trägt. Die Errich-

tung dieses für die Freiburger Sozialhilfelandchaft neuartigen Instrumentes hatte der Staatsrat in seinem Bericht Nr. 153 an den Grossen Rat in Beantwortung des Postulates Nr. 284.04 Demierre/Menoud über die Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder beschlossen. Die Umsetzung des Projektes wurde bis im Sommer 2011 weitergeführt, in Zusammenarbeit mit den zahlreichen öffentlichen und privaten Sozialleistungserbringern des Kantons. Am 29. August 2011 konnte «Freiburg für alle» schliesslich eingeweiht werden, im Beisein von zahlreichen offiziellen Gästen und den wichtigsten Projektpartnern.

Ihren Betrieb hat die Anlaufstelle, die sich an der Rue du Criblet 13 in Freiburg befindet, dann am 1. September aufgenommen. Ihr Auftrag ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern des Kantons Freiburg einen einfachen, gerechten, neutralen und benutzerfreundlichen Zugang zu individuell zugeschnittenen Informationen zu ermöglichen, mit denen die Nutzerinnen und Nutzer sich innerhalb des Sozialhilfedispositivs besser zurechtfinden und sich an die professionellen Hilfsdienste wenden können, die ihren Bedürfnissen am besten entsprechen. All dies soll in absoluter Vertraulichkeit und vollkommen unverbindlich geschehen und einer Verschlechterung der sozialen Lage vorbeugen.

7.1 Tätigkeit

Die drei Sozialarbeitenden von «Freiburg für alle» bieten individuelle Beratung an, entweder direkt am Empfangsschalter oder aber per Telefon oder E-Mail. Die Interventionsbereiche sind sehr vielfältig und decken Themen wie Familie, Sozialleistungen, Arbeit, Integration und Gesundheit ab. Die Gespräche können in Deutsch und Französisch, aber auch in Englisch und Portugiesisch geführt werden.

Am 24. September fand ein Tag der offenen Tür statt, an dem «Freiburg für alle» der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Alle Gemeinden und Sozialeinrichtungen des Kantons sind informiert worden und haben Prospekte zum Auflegen erhalten.

Bereits wurden Arbeitssitzungen geplant, an denen die Einzelheiten der Zusammenarbeit mit dem GFB, dem Sozialdienst Murten und IMPULS, Pro Senectute, Caritas Freiburg und «La Tuile» besprochen werden sollen. Das Team hat neue Prospekte erstellt und Überlegungen im Zusammenhang mit seiner Kommunikationsstrategie angestellt. Darüber hinaus hat es an der Ausarbeitung eines Statistiktools mitgeholfen. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben am Suppenfestival des Vereins «La Tuile» drei Mal die Stellung gehalten. Des Weiteren hat das Team an verschiedenen Treffen teilgenommen.

 2011

7.2 Statistik

Während des viermonatigen Betriebs hat «Freiburg für alle» 272 Anfragen registriert. Mehr als die Hälfte (57 %) wurden direkt am Schalter gestellt, etwas mehr als ein Drittel (36 %) per Telefon. Bloss 7 % der Anfragen sind auf elektronischem Weg eingegangen.

VIII. Jugendamt

1. Aufgaben

Die Tätigkeit des Jugendamtes (JA) unterliegt dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 (JuG) und dem Jugendreglement vom 17. März 2009 (JuR). Es erfüllt die folgenden Aufgaben:

- › Umsetzung der nötigen sozialpädagogischen Massnahmen – in Absprache mit den Eltern oder der gesetzlichen Vertretung – für Kinder, die in ihrer Entwicklung gefährdet sind, oder für junge Erwachsene;
- › Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- und strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen;
- › vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten, sowie kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung;
- › Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung familienexterner Betreuungsstätten sowie Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich;
- › Opferberatung gemäss Gesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten;
- › Information der Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und Jugendliche;
- › Umsetzung der Jugendpolitik.

Zur Durchführung seiner Aufgaben ist das JA in fünf Tätigkeitssektoren unterteilt. Die Leitung hat Amtsvorsteher *Stéphane Quéru*.

2. Allgemeine Tätigkeit

2011 hat das JA die Umsetzung der Ergebnisse aus der Analyse der staatlichen Leistungen weitergeführt und zahlreiche Projekte, die 2010 umgesetzt worden sind, gefestigt.

Die Fachpersonen für Kinderschutz des JA sind aufgefordert worden, eine dreitägige Weiterbildung über die Beurteilungsmethode im Kinderschutz zu absolvieren, die im Dezember 2010 und im Januar 2011 stattgefunden hat. Diese Methode verwendet ein gemeinsames Referenzsystem, mit dem die Kriterien der Gefahr, in der sich ein Kind wiederfinden kann, beschrieben werden. Ausserdem können mit dieser Methode entsprechende Schutzmassnahmen mit oder ohne öffentlichen Auftrag umgesetzt werden.

Das Projekt «Dictionnaire» – Informatik-Tool, das dem JA als Intranet dient – wurde weitergeführt, um wichtige Elemente wie z. B. neue Dateien oder Dokumente, die für das gesamte JA-Personal zugänglich sein müssen, zu aktualisieren.

Dank der Schaffung von elektronischen Profilen hatten sowohl die neuen als auch die bisherigen Mitarbeitenden des JA einen Gesamtüberblick über das aktive Personal und konnten rasch auf praktische Informationen wie Funktion, Team, direkte Telefonnummer oder E-Mail-Adresse zugreifen. Dieses Tool wurde im September 2011 eingeführt; das Personal war sehr zufrieden damit und auch die Kommunikation konnte dadurch verbessert werden.

Das JA hat im Berichtsjahr die neuen Leistungsaufträge für den Zeitraum 2012–2014 vorbereitet; es wurden verschiedene Verbesserungen vorgenommen, um die Übermittlung der Daten, welche die beauftragten Institutionen liefern müssen, zu erleichtern. Die Leistungsaufträge sind am 19. Dezember 2011 von der Staatsrätin und Direktorin für Gesundheit und Soziales und von den betroffenen Einrichtungen und Diensten unterzeichnet worden. Sie richten sich zum einen an Einrichtungen, die sozialpädagogische Betreuungsmassnahmen im Familienumfeld erteilen, und zum anderen an die neun Tageselternvereine, die für die Aufsicht über die Betreuungseinrichtungen zuständig sind. Das JA muss sich um deren Umsetzung kümmern und eine regelmässige Beurteilung der Jahresrechnungen und der Tätigkeiten der betreffenden Einrichtungen durchführen.

2011 sind mehrere statistische Berichte erstellt worden. Die Ausarbeitung der verschiedenen Statistiken (monatliche und jährliche Statistiken, Vergleiche, Liste der Interventionen und Überblick) dient der Information der Leitung und der verschiedenen Sektorchefinnen und -chefs, aber auch der Mitarbeitenden des JA und ermöglicht einen besseren Betrieb.

2011

Das JA ist weiter in der lateinischen und in der schweizerischen Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Kinderschutz und Jugendhilfe sowie in der Westschweizer und in der schweizerischen Konferenz der Kinder- und Jugendbeauftragten vertreten. Am 1. Juli 2011 sind diese beiden nationalen Fachkonferenzen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) beigetreten.

Der Amtsvorsteher hat ferner am «Institut universitaire Kurt Bösch» (IUKB) in Sitten im wissenschaftlichen Ausschuss für eine Weiterbildung im Bereich Kinderschutz («Diplôme en protection de l'enfant») Einsicht.

3. Tätigkeit der Sektoren

3.1 Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)

Im SASD kümmern sich verschiedene Fachpersonen für Kinderschutz um die sozialpädagogische Betreuung, den Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- oder strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen, die vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten, und die kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung.

Der SASD ist in drei regionale Teams unterteilt, die zahlreichen Kinderschutzmandaten nachkommen, die ihnen von den Friedensgerichten, den Bezirkszivilgerichten und dem Jugendstrafgericht erteilt werden. Zum SASD gehört ausserdem das Team «Intake», das sich um den Bereitschaftsdienst, die Situationen ohne amtlichen Auftrag, die Vertretung der Minderjährigen, die sich im Kanton aufhalten, die Interventionen als kantonale Behörde in Fällen internationaler Kindesentführung und die Sozialabklärungen im Auftrag der verschiedenen Kinderschutzbehörden kümmert.

Elf Fachpersonen für Kinderschutz, also eine Mehrheit der Mitarbeitenden des SASD, absolvieren Pikettdienst.

3.1.1 Tätigkeit des SASD

2011 hat der SASD seine Arbeit im Zusammenhang mit der Gewichtung und der Messung der für die Interventionen aufgewendeten Zeit weitergeführt. Mit diesem Projekt soll die «Schwere» der einzelnen Dossiers anhand von einheitlichen Kriterien evaluiert und die erforderliche Zeit für die einzelnen Interventionen festgelegt werden. Daneben wird auch der Zeitaufwand aller anderen Aufgaben der Fachpersonen für Kinderschutz gemessen (interne Sitzungen, administrative Arbeiten, Dienstreisen usw.).

Das Gewichtungssystem basiert auf der Gefahrenstufe, der das Kind ausgesetzt ist: «Ausser Gefahr/potentielle Gefahr/erwiesene Gefahr». Das Gewichtungssystem hat ausserdem einen

Einfluss auf verschiedene Aktivitäten des Kinderschutzes (Interventionen, Jahresberichte, Umfragen, Art, wie die Fachperson seine Handlung plant). Diese Handlungsstrategie soll in den kommenden Jahren noch verfeinert werden. Die Einzelheiten der Gewichtung und der Zeitmessung müssen im Hinblick auf eine allfällige Anpassung analysiert werden.

Trotz der erheblichen Anzahl Dossiers trägt der SASD wie auch das JA im Allgemeinen wesentlich zur Wiederankurbelung bei, indem es Personen einstellt, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, oder Praktika für Studienabgänger anbietet. Obwohl dieses Personal nur vorübergehend angestellt ist, muss es ausgebildet und betreut werden, damit es seinen Aufgaben nachkommen kann, was natürlich viel Zeit braucht.

Statistiken zur Tätigkeit des SASD:

Allgemeines	2009	2010	2011
Anzahl betreuter Kinder	2907	3007	2973
Anzahl neuer Kinder	1286	1085	1063
Anzahl Kinder im System seit 1997	9726	10 428	11 128
Anzahl Interventionen	2739	2616	2592
Interventionen mit sozialer Aktion	2709	2593	2551
Interventionen ohne soziale Aktion	28	21	38
Anzahl neuer Interventionen	1204	981	1012
Anzahl abgeschlossener Interventionen	1068	1046	1014
Von den laufenden Interventionen betroffene Familien	1950	1805	2116

Verteilung nach Interventionsarten je Kinderschutzbehörde oder Verwaltungsstelle:

Interventionsarten nach Auftraggeber	2009	2010	2011
Jugendstrafgericht	156	114	88
Friedensgericht	1746	1620	1558
Kantonale Behörden Entführungen	2	2	3
Situationen ohne amtlichen Auftrag	746	797	886
Bezirkszivilgericht	72	81	53
Keine Information im System	17	2	4

Der Tabelle ist derselbe Trend wie im vergangenen Jahr zu entnehmen: Die «gerichtlichen» Aufträge gehen zurück, während die Situationen ohne amtlichen Auftrag zunehmen. Dieser Trend, der sich wohl auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, lässt darauf schliessen, dass die Grundsätze der Schnelligkeit und der Frühzeitigkeit gemäss Artikel 20 durchaus angewandt werden. Ebenso geht daraus hervor, dass sich Kinder und Jugendliche und/oder ihre Eltern rascher an den «Intake» wenden. Schliesslich scheint es so, als ob die Friedensgerichte entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit häufi-

2011

ger Aufgaben ohne amtlichen Auftrag verlangen, bevor sie eine Schutzmassnahme anordnen.

Arbeit im Zusammenhang mit der Zuteilung der Abklärungen an Spezialistengruppen:

Von den Behörden angeordnete Sozialabklärungen	2009	2010	2011
Friedensgericht – Sozialabklärung	112	137	91
Ausländerpolizei – Abklärung	1	2	1
Bezirkszivilgerichte – Abklärung Zuteilung der Kinder	36	65	48
Bezirkszivilgerichte – Abklärung Urteilsänderung	6	9	4
Abklärungsaufträge insgesamt	155	213	144

3.2 Sektor Familienexterne Betreuung (SMA)

Der SMA, in dem ebenfalls Fachpersonen für Kinderschutz tätig sind, kümmert sich um Untersuchungen im Hinblick auf die Bewilligung und Beaufsichtigung familienexterner Kinderbetreuungsstätten und trägt die Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich. Er beteiligt sich an der Information der Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und an der Umsetzung der Jugendpolitik, namentlich im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung.

3.2.1 Tätigkeit des SMA

Die Tätigkeiten des SMA können den Statistiken für das Jahr 2011 entnommen werden. Die Daten werden in Form einer Retrospektive denjenigen seit 2008 gegenübergestellt:

Vom SMA bearbeitete Dossiers	2008	2009	2010	2011
PNADO*	88	105	104	100
PF**	125	137	147	148
PPF***	4	4	7	7
Offene Situationen Tagesbetreuung	17	28	28	35
Anzahl aktiver Tageselternverbände	9	9	9	9
Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter	177	175	183	184
ASB****	-	56	47	49
Sondereinrichtungen	5	3	2	1
Total	425	517	527	533

*PNADO = Pflegeeltern zwecks Adoption

**PF = Pflegefamilien

***PPF = Professionelle Pflegefamilien

****ASB = Ausserschulische Betreuung

Andere, vom SMA bearbeitete Anfragen	2008	2009	2010	2011
Gesuche um gemeinschaftliche Adoption	19	8	14	11
Gesuche um Adoption des Kindes des Ehegatten	5	13	10	10
Gesuche um Adoption Volljähriger	1	3	3	2
Gesuche um Änderung des Familiennamens	2	2	1	1
Gesuche um Freigabe zur Adoption/nationale Adoption zustande gekommen	1	0	0	1
Gesuche um Freigabe zur Adoption/nationale Adoption nicht zustande gekommen	2	0	1	1
Abklärungen des Amtes für Bevölkerung und Migration (BMA) – Aufnahme von ausländischen Kindern ohne Adoptionsabsicht	6	1	5	0
Stellungnahmen Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) – Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter	8	5	0	10
Total	44	32	34	36

Abgelegte Fälle nach Betreuungsart	2008	2009	2010	2011
PNADO	23	19	20	17
Pflegefamilien/BMA	65	14	20	18
PPF	0	0	0	1
Tagesbetreuung	14	7	14	4
Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter	12	9	14	7
ASB	/	5	5	0
Sondereinrichtungen	0	1	1	1
Adoption des Kindes des Ehegatten	4	4	7	12
Adoption Volljähriger	0	0	1	1
Nationale Adoption	0	0	0	0
Total	95	59	82	61

Auch der SMA hat Personen eingestellt, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, oder Praktika für Studienabgänger angeboten.

Die Fachpersonen für Kinderschutz des SMA stellen fest, dass die internationale Adoption zu einer schwierigen Thematik geworden ist, weil immer mehr Herkunftsländer internationale Abkommen zum Schutz der Kinder abschliessen, was die Adoptionsbedingungen erheblich einschränkt. Die Wartezeit für einen legalen Adoptionsvorschlag verlängert sich, und die Kinder, die adoptiert werden können, sind immer älter. Letzteres entspricht nicht unbedingt den Erwartungen der Adoptiveltern.

2011

Der SMA ist Mitglied der «Conférence latine des autorités centrales en matière d'adoption» (CLACA). Unter der Führung des Bundesamtes für Justiz, der eidgenössischen Zentralbehörde im Adoptionsbereich, arbeitet die CLACLA darauf hin, die Praxis in Sachen internationale Adoption in der Westschweiz und der lateinischen Schweiz zu vereinheitlichen.

In einer spezifischen Arbeitsgruppe hat sich der SMA gemeinsam mit seinen Genfer Kollegen an der Ausarbeitung eines einheitlichen nationalen Adoptionskonzepts für die Romandie beteiligt.

Des Weiteren hat der SMA im Rahmen der Betreuung von Kindern im Vorschulalter an den Treffen der Erziehungsberaterinnen teilgenommen.

Auf kantonaler Ebene hat der SMA als Mitglied des Organisationskomitees aktiv an der Freiburger Tagung Kleinkinderbetreuung vom 9. April 2011 in Grangeneuve mitgearbeitet.

Die wichtigste Tätigkeit des SMA im 2011 war ohne Zweifel die Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung über die familienergänzende Betreuung. Aufgrund der Verabschiedung des Gesetzes über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) durch den Grossen Rat am 9. Juni 2011 und der Verabschiedung des einschlägigen Reglements durch den Staatsrat am 27. September 2011 hat sich der SMA während sechs Monaten fast ausschliesslich mit der neuen Gesetzgebung befasst: Er hat über 45 ausserschulischen Betreuungseinrichtungen eine Bewilligung erteilt und ab dem 1. Oktober 2011 1,4 Vollzeitäquivalente (VZÄ) seines Personalbestands von 4,8 VZÄ für die Umsetzung des FBG eingesetzt. Die Projektleitung für die Umsetzung des FBG hatte eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, die seit 2009 für die Unterstützung der Gemeinden bei der Bedarfsabklärung im Bereich ausserschulische Betreuung zuständig ist. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen des FBG, die 2012 zu spüren sein werden, hatte das Inkrafttreten dieser neuen Gesetzgebung im 2011 die nachfolgenden Auswirkungen:

Einrichtungen	Bearbeitete Dossiers	Unbearbeitete Dossiers (in der Warteschlange)	Vom FBG betroffene Betreuungseinrichtungen/ Betreuungsplätze	Gesamtanzahl betreuter Kinder	Vom FBG betroffene Kinder im Vorschul- und im Kindergartenalter
Tageselternvereine	9		629 Tagesfamilien	3062	2109
Krippen	43	3	1125	2783	2783
			Morgen: 773 Plätze		
			Mittag: 1260 Plätze		
Ausser-schulische Betreuungseinrichtungen	36	3	Nachmittag: 902 Plätze	2377	584
Insgesamt	88	6		8222	5476

3.3 Opferberatungsstelle für Kinder, Männer und Strassenverkehropfer

Nach Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) erteilt die Opferberatungsstelle den Opfern und ihren Angehörigen Hilfe. Sie besteht aus einem Sektor, der sich spezifisch um Kinder kümmert, und aus einem Sektor für Männer und Strassenverkehropfer. Die Unterstützung der OHG-Beratungsstelle soll eine rasche Hilfe ermöglichen; Ziel ist es, das Opfer rasch wieder in die Gesellschaft einzugliedern und die negativen Auswirkungen der Straftat wieder gutzumachen.

3.3.1 Tätigkeit des Sektors

2011 hat sich die OHG-Beratungsstelle mit der Strafprozessordnung und ihren Auswirkungen auf die Opferberatung auseinandergesetzt. Das Team hat an zwei Seminaren über die Praxis der Opferhilfe und die neue Strafprozessordnung teilgenommen.

Zwei Fachpersonen haben ausserdem ihre Weiterbildung in den Bereichen Psychotraumatologie bzw. Betreuung von Trauern abgeschlossen.

Des Weiteren hat die OHG-Beratungsstelle Überlegungen angestellt über die Betreuung von Männern, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind und an einer Tagung der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen teilgenommen.

Die Fachpersonen der OHG-Beratungsstelle haben sich ferner mit den Mediatorinnen und Mediatoren des Büros für Mediation in Jugendstrafsachen getroffen.

Im Rahmen der Tätigkeit der Vertretung der Beratungsstelle und der Aussenbeziehungen waren die Fachpersonen auf kan-

2011

tonaler Ebene innerhalb der kantonalen OHG-Koordination, des CAN-TEAMS (Child Abused and Neglected-Team) und der Arbeitsgruppe «Menschenhandel» aktiv.

Auf nationaler Ebene waren sie innerhalb der Interessengruppe/Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz OHG (SVK-OHG), COROLA und Region 2 tätig. Darüber hinaus haben sie an zwei Treffen der OHG-Beratungsstellen für Kinder, die sexuell missbraucht worden sind, teilgenommen.

Statistisch gesehen hat sich die Tätigkeit der OHG-Beratungsstellen wie folgt abgespielt:

Im Sektor Kinder ist die Zahl der Situationen stabil geblieben (+4 % neue Gesuche), wohingegen die Zahl im Sektor Männer und Strassenverkehrsoffer stark angestiegen ist (+28 %).

> Sektor Kinder: 147 neue Gesuche (Total: 266)

> Sektor Männer: 172 neue Gesuche (Total: 227)

Die OHG-Beratungsstelle hat 652 Gespräche, 512 Telefonberatungen (>15 Min.) und 1515 andere Telefongespräche im Zusammenhang mit der Opferbetreuung geführt.

Sie war auch für 57 Betreuungssituationen bei verschiedenen Instanzen (Polizei, Anwälte, Gerichte usw.) zuständig. Im Zusammenhang mit der Nachbetreuung von Fällen hatte sie ausserdem 853 Kontakte zu Fachpersonen des Netzwerks.

Die Zahl der Auskunftsgesuche, E-Mail-Anfragen und Triagen belief sich auf 145.

Schliesslich hat sich die OHG-Beratungsstelle noch an 18 Präsentationen vorgestellt (Weiterbildungen oder individuelle Anfragen).

3.4 Kinder- und Jugendbeauftragte

Zwei Frauen teilen sich die Stelle der Kinder- und Jugendbeauftragten gemäss JuG. Zu ihren Aufgaben gehören die Teilnahme mit beratender Stimme an der Kantonalen Kommission für Jugendfragen (JuK) und die Umsetzung der Vorschläge der JuK, die vom Staatsrat genehmigt worden sind. Sie koordinieren die Projekte von im Kinder- und Jugendbereich tätigen Organisationen, schlagen kantonale Projekte zugunsten der Kinder und Jugendlichen vor und beteiligen sich an deren Ausarbeitung. Des Weiteren können sich die Kinder- und Jugendbeauftragten an der Schaffung von Einrichtungen zugunsten der Kinder und Jugendlichen in den Regionen und Gemeinden beteiligen. Sie vertreten ausserdem den Kanton innerhalb der interkantonalen und eidgenössischen Einheiten, die im Kinder- und Jugendbe-

reich tätig sind, und informieren die Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und Jugendliche.

3.4.1 Tätigkeit der Kinder- und Jugendbeauftragten

Die Kinder- und Jugendbeauftragten sind in fünf Bereichen tätig, die 2011 die nachfolgenden Entwicklungen durchlebten:

3.4.1.a Kantonale Jugendkommission (JuK)

2011 fanden 7 Sitzungen statt, 3 davon betrafen die Ausarbeitung von Richtlinien über die Beitragsgewährung und vier die Bearbeitung von Unterstützungsgesuchen.

Unter der Führung der JuK haben die Kinder- und Jugendbeauftragten am 25. Februar 2011 an der Universität Freiburg eine Konferenz von Jean Zermatten, Präsident des Ausschusses für die Rechte des Kindes, organisiert.

Als Unterstützung bei der Ausarbeitung der Strategie der Kinder- und Jugendpolitik und der Prozessführung haben die Kinder- und Jugendbeauftragten einen Projektleitungs-Posten erhalten.

3.4.1.b Unterstützung von Jugendprojekten

Nach dem sie die Dossiers für die Stellungnahmen der JuK vorbereitet hatten, haben die Kinder- und Jugendbeauftragten der Direktorin für Gesundheit und Soziales 29 Projekte für einen Gesamtbetrag von 152 161 Franken zur Unterzeichnung unterbreitet.

Im Weiteren haben sie am Projekt der Kinder- und Jugendbeauftragten der Romandie «Demain je vote !» teilgenommen, das die Jugendlichen anlässlich der kantonalen und eidgenössischen Wahlen zum Wählen anregen wollte.

In Zusammenarbeit mit dem RéseauBénévolatNetzwerk und den Kinder- und Jugendbeauftragten der Romandie haben die Jugendbeauftragten im Zeichen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit die Kommunikationskampagne über den Jugendurlaub bei den Gemeinden, Arbeitgeberverbänden und Berufsfachschulen durchgeführt. Das Dokument für die Präsentation, das vom Kanton Freiburg ausgearbeitet worden war, wurde von den anderen Kantonen der Romandie als Modell benutzt. In der Zeitschrift «ECHO» der Handelskammer Freiburg und im Infoblatt des Freiburger Arbeitgebersverbandes «Infopatrons» ist je ein Artikel über den Jugendurlaub erschienen. Das Thema war ausserdem Gegenstand eines Runden Tisches am kantonalen Tag der Freiwilligenarbeit.

2011

3.4.1.c Wissensmanagement

Die Kinder- und Jugendbeauftragten haben bei den sieben Direktionen des Staates eine Erhebung über die Kinder- und Jugendpolitik durchgeführt, die jedoch 2011 noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Des Weiteren haben sie eine Umfrage bei den 168 Freiburger Gemeinden durchgeführt und mit der Unterstützung der Oberämter und der «Ecole d'études sociales et pédagogiques» (eesp) in Lausanne drei Fokusgruppen auf die Beine gestellt. Die Ergebnisse sollten 2012 vorliegen.

Die Kinder- und Jugendbeauftragten haben das Tool «Kaléidoscope de l'Expérience» angeschafft, das von Daniel Stoecklin, Professor am IUKB, entwickelt worden ist. Mit diesem Tool können die Kinder und Jugendlichen dem Ausdruck verleihen, was sie tagtäglich erleben, wodurch die Erwachsenen ihre Bedürfnisse besser kennenlernen. Das Tool soll im Verlaufe 2012 in der Gemeinde Bulle zum Einsatz kommen.

3.4.1.d Informationsdienst

Die Kinder- und Jugendbeauftragten haben gemeinsam mit dem Verein «CIAO» die Möglichkeit beurteilt, auf der CIAO-Website ein Freiburger Portal für die Jugend einzurichten. Angesichts der verfügbaren Ressourcen muss sich «CIAO» auf die Prävention konzentrieren und kann sein Angebot nicht auf die Kinder- und Jugendförderung ausdehnen.

Die Freiburger Medien wurden übrigens systematisch via Medienmitteilung über die Projekte der Kinder- und Jugendbeauftragten informiert.

Die Kinder- und Jugendbeauftragten haben an allen Sitzungen des Kantonalen Rats für Prävention und Sicherheit sowie der Verantwortlichen des Projektes der sozialen Anlaufstelle «Freiburg für alle» teilgenommen und mit dem Vertreter des JA einige Koordinationssitzungen innerhalb der Projektgruppe zur Ausarbeitung des Kantonalen Alkoholaktionsplans geführt.

Schliesslich haben die Kinder- und Jugendbeauftragten noch teilgenommen an: 2 Arbeitstagungen der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung (KKJF); 2 Netzwerktagungen des Programms «Jugend und Gewalt» des BSV; 4 ordentlichen Sitzungen der Westschweizer Konferenz der Kinder- und Jugendbeauftragten (Conférence romande des délégués-e-s à l'enfance et la jeunesse, CRDEJ); 3 Sitzungen der Arbeitsgruppe «espaces publics, enfance et jeunesse» der CRDEJ.

IX. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

1. Aufgaben

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) ist ein Organ für Beratung, Auskunft, Information, Förderung, Vollzug und Kontrolle der Anwendung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik. Es setzt sich ausserdem für die Beseitigung jeglicher rechtlicher und tatsächlicher geschlechtlicher Diskriminierung ein. Des Weiteren ist es für die Koordination der Bekämpfung von Gewalt in Ehe und Partnerschaft im Kanton Freiburg zuständig.

Geleitet wird das Büro von Geneviève Beaud Spang.

2. Tätigkeit**2.1 Ordentliche Tätigkeit**

Im Rahmen der Wahrnehmung seines Auftrags ist das GFB in verschiedenen Bereichen tätig. Es berät Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GlG) geschädigt fühlen und erteilt diesen rechtliche Auskünfte. Es bietet Beratungen an, betreut Privatpersonen und erteilt Auskünfte zu Fragen im Zusammenhang mit der Diskriminierung im Berufsleben (privater und öffentlicher Bereich). Es informiert Privatpersonen und Berufsleute zu Fragen zu Gleichstellung und Familien, namentlich über die Website www.familien-freiburg.ch. Es erteilt Personen, die im Sinne des GlG diskriminiert werden, juristischen Rat.

Das GFB verfasst Stellungnahmen und beantwortet verwaltungsinterne Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen auf kantonaler und auf Bundesebene (28 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen im Jahr 2011). Es aktualisiert regelmässig seine Website.

Das GFB wirkt ferner an den Arbeiten der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und der Westschweizer Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (www.egalite.ch) mit. Es beteiligt sich an der Gruppe für Rechtsfragen der SKG und nimmt an den Sitzungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) teil, namentlich an der jährlichen Sitzung der Kontaktpersonen für Familienfragen in den Kantonen.

Des Weiteren führt es das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Letztere hat während dem Berichtsjahr vier Plenarsitzungen abgehalten. Es führt auch das Sekretariat der

2011

Kantonale Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben, die im GLG geschaffen wird. 2011 hat die Kommission nie getagt, trotzdem musste sich das GFB um verschiedene Wechsel in der Organisation kümmern. 2011 sind beim GFB einige Anfragen um juristische Auskünfte und Beratungen eingegangen, jedoch führte keiner dieser Fälle zu einer Schlichtungssitzung. Ein Verfahren beim Kantonsgericht ist noch hängig. Die Schlichtungskommission ist Mitglied der Schweizerischen Konferenz der Schlichtungsstellen. 2011 fand unter der Ägide des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann eine Weiterbildungstagung für die im Bereich des GLG tätigen Berufskreise statt. Mehrere Mitglieder der Schlichtungskommission und des GFB haben daran teilgenommen.

Das GFB führte bis im Juni 2011 gemeinsam mit der Kantonspolizei das Co-Präsidium der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen; seit Juli 2011 führt es das Präsidium und organisiert Sitzungen, leitet Projekte und führt das Sekretariat. 2011 wurden vier Plenarsitzungen abgehalten. Des Weiteren wurde ein öffentliches Symposium organisiert. Das GFB ist an den Arbeiten der Konferenz der Kantonalen Interventionsstellen, Interventionsprojekte und Fachstellen häusliche Gewalt (KIFS) beteiligt und ist Mitglied der Konferenz der lateinischen Kantone gegen häusliche Gewalt («Conférence latin contre la violence domestique», CLVD).

Das GFB leitet ferner die Gruppe der Vertrauenspersonen gegen sexuelle Belästigung in der Kantonsverwaltung, die 2011 keine Sitzung abgehalten hat.

Das GFB führt das Sekretariat des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats. Dieser Klub trat an einer Generalversammlung zusammen und hielt zwei Vorstandssitzungen.

Das GFB hatte diverse Kontakte zu den Medien und mehrere Medienmitteilungen verfasst, namentlich in folgendem Rahmen: 40-jähriges Jubiläum des Frauenstimm- und -wahlrechts und 30-jähriges Jubiläum der Eintragung des Grundsatzes der Gleichbehandlung in der Verfassung; «Nationaler Zukunftstag»; Broschüre «Frauen und Politik im Kanton Freiburg: Haben wir genug? – Analyse des Wahljahres 2011»; Aktionen anlässlich der kantonalen und eidgenössischen Wahlen; Symposium im Bereich Bekämpfung von Gewalt in Ehe und Partnerschaft.

2.2 Besondere Tätigkeit

2.2.1 Gleichstellung und Beruf

Das GFB hat Arbeiten zur Vorbereitung der Strategie des Plans für die Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kantonsverwaltung erledigt. Es steuert dieses Projekt im Rahmen einer von der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) prä-

sidierten Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aller Direktionen sowie des Amtes für Personal und Organisation (POA). Diese Gruppe ist 2011 ein Mal zusammengekommen.

Das GFB hielt ferner im Rahmen eines Kurses über das Personalwesen einen Vortrag an der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR).

2.2.2 Gleichstellung und Bildung

Das GFB hat für den Kanton Freiburg den 11. «Nationalen Zukunftstag» organisiert. Einer der Schwerpunkte dieses Tages richtete sich an 5.-Klässlerinnen und 5.-Klässler: Sie alle waren eingeladen, Arbeitswelten und Berufe kennenzulernen, die traditionellerweise vom anderen Geschlecht ausgeübt werden. Ein anderes Modul richtete sich an die Schülerinnen und Schüler der 2. Sekundarklassen: Die Mädchen durften die Bereiche Technik und Informatik in Unternehmen, an der Hochschule für Technik und Architektur oder an der Universität entdecken, die Jungen wiederum die Arbeit in einer Kinderkrippe oder in einem Heim für Betagte. All diese Projekte wurden in Partnerschaft mit verschiedenen Dachorganisationen, der EKSD und den Berufsberaterinnen und Berufsberatern organisiert. Das GFB ist Teil des Steuerungsausschusses des «Nationalen Zukunftstages», hat das Co-Präsidium des Vereins inne und trägt die Verantwortung für die Koordination in der Romandie.

2011 war das GFB an sechs Tagen mit einem Stand am Forum der Berufe «Start!» vertreten. Ziel war es, die Jugendlichen dafür zu sensibilisieren, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern, indem sie sich von den geschlechtsbedingten Vorurteilen lösen, mit denen noch immer zahlreiche Berufe behaftet sind.

Darüber hinaus präsentierte das GFB mehreren Bildungspartnern des französischsprachigen Kantonsteils das Unterrichtsmaterial «Balayons les clichés» (ein Koffer für die 5- bis 12-jährigen, ein weiterer für die Sekundarstufe I und II), namentlich der Konferenz der Direktorinnen und Direktoren der Orientierungsschulen, der Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren, den Schulleiterinnen und Schulleitern und der Direktion der Fachmittelschule Freiburg.

Das GFB hat im Berichtsjahr einen Wettbewerb für Jugendliche, die die Schuleinrichtungen der Sekundarstufe II und die Berufsfachschulen des Kantons besuchen, organisiert. Dieser Wettbewerb mit dem Namen: «Wahlen, Gleichstellung, Los!» wollte die Jugendlichen für die Frage der Vertretung der Frauen in der Politik sensibilisieren und ihr Interesse für die Wahlen wecken. Eine Klasse hat am Wettbewerb teilgenommen, rund zehn Schülerinnen und Schüler haben einen Preis gewonnen.

2011

2.2.3 Umfassende Familienpolitik

Gemeinsam mit dem Amt für Statistik und im Rahmen einer dienstübergreifenden Arbeitsgruppe hat das GFB an der Ausarbeitung einer Reihe von statistischen Indikatoren zur Ausrichtung und Beurteilung der Massnahmen einer umfassenden Familienpolitik ausgearbeitet. Auch hat es an einem Seminar über die Umfragen des Bundesamtes für Statistik teilgenommen.

2.2.4 Gewalt in Ehe und Partnerschaft

Das GFB hat an einem nationalen und an drei Westschweizer Tagungen der KIFS bzw. der CLVD teilgenommen.

Im Rahmen der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Partnerschaften hat das GFB ein öffentliches Symposium über die neuen gesetzlichen Bestimmungen und deren Auswirkungen auf die Gewalt in Partnerschaften sowie über die medizinische Behandlung von Gewaltopfern organisiert.

2.2.5 Frauen und Politik

Gemeinsam mit dem «Chœur de Jade» und anderen Partnern aus dem Kulturbereich hat das GFB die Veranstaltung «In gleichen Stimmen – 40 Jahre Frauenstimmrecht und 30 Jahre Gleichstellung» organisiert. Die Komponistin Caroline Charrière komponierte zu diesem Anlass zwei Stücke, die in Bulle, Freiburg und Estavayer-le-Lac vorgetragen worden sind. Darüber hinaus erinnerten verschiedene Wahlplakate an die Stimmung der damaligen Epoche. Im Anschluss an die verschiedenen Aktionen wurde ein Gleichstellungs-Netzwerk gegründet.

2.2.6 egalite.ch

Das GFB war an den Arbeiten der Westschweizer Gleichstellungskonferenz («Conférence romande de l'égalité», www.egalite.ch) beteiligt, die im Januar 2011 ihre neue Website www.leg.ch vorgestellt hat. Diese informiert über das Recht auf Gleichstellung und dessen tatsächliche Umsetzung.

X. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN	Finanzstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
GESUNDHEIT UND SOZIALES		2635,63	2534,83	100,80
ZENTRALVERWALTUNG		125,55	122,93	2,62
3600 / SASS	Generalsekretariat	5,96	5,83	0,13
3605 / SANT	Amt für Gesundheit	20,16	19,77	0,39
3606 / DENT	Schulzahnpflegedienst	26,32	26,21	0,11
3630 / PFIS	Familienplanung und Sexualinformation	6,74	6,66	0,08
3645 / SOCI	Sozialvorsorgeamt	9,79	10,90	-1,11
3650 / AISO	Kantonales Sozialamt	15,20	13,52	1,68
3665 / OCMF	Jugendamt	41,38	40,04	1,34
SPITALWESEN		2495,32	2397,17	98,15
3611 / RHFR	Freiburger Spitalnetz	2119,14	2037,19	81,95
3618 / RFSM	Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit	370,47	359,98	10,49
3619 / EMSC	FNPG Pflegeheim «Les Camélias»	5,71		5,71
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		14,76	14,73	0,03
3624 / MABU	Wäscherei Marsens	14,79	14,73	0,03



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

WWW.FR.CH/FIND

Finanzdirektion FIND

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat	1	VIII. Grundbuch	35
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	35
2. Tätigkeit	1	2. Grundbuchämter	35
3. Interkantonale Zusammenarbeit	1	3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde	37
4. Rechtsdienst	3	4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch	37
5. Gesetzgebung	3		
II. Finanzverwaltung	4	IX. Finanzinspektorat	38
1. Aufgaben	4	1. Aufgaben	38
2. Tätigkeit	4	2. Tätigkeit	38
III. Kantonale Steuerverwaltung	10	X. Personalbestand	40
1. Aufgaben	10		
2. Tätigkeit	10		
IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	14		
1. Aufgaben	14		
2. Tätigkeit	14		
V. Amt Für Personal und Organisation des Staates Freiburg	14		
1. Aufgaben	14		
2. Tätigkeit	15		
VI. Amt für Informatik und Telekommunikation	20		
1. Aufgaben	20		
2. Tätigkeit	20		
VII. Amt für Vermessung und Geomatik	29		
1. Aufgaben	29		
2. Amtliche Vermessung	29		
3. GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)	32		
4. ÖREB-Kataster	34		
5. Besondere Ereignisse «Geoinformation»	34		

—
2011

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

Die Finanzdirektion (FIND) sorgt über ihre Verwaltungseinheiten für einen effizienten Umgang mit den staatlichen Mitteln, namentlich den Finanz-, Personal-, Steuer- und Informatikressourcen. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören auch die amtliche Vermessung, das heisst die Katasterpläne des Kantonsgebiets, und die korrekte Grundbuchführung. Das Finanzinspektorat und die Pensionskasse des Staatspersonals sind der FIND administrativ zugewiesen.

Finanzdirektor war im Jahr 2011 Staatsrat Claude Lässer, das Amt des Generalsekretärs hatte Jean-Paul Monney inne.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder EDV-Belange geht, Bereiche also, für die Fachstellen der Finanzdirektion zuständig sind. Das Generalsekretariat kümmert sich auch um die administrative Vorbereitung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, verfolgt die Umsetzung der Erlasse und verwaltet zahlreiche Dossiers im Zuständigkeitsbereich der Direktion, insbesondere in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet ausserdem das Vermögensversicherungsparteille des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft der Loterie Romande und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Zu den administrativen Aufgaben des Generalsekretariats gehören das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, der logistische Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Die beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen des GS-FIND kümmern sich um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entschiede), aber auch von Texten der Dienststellen. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologearbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der Finanzdirektion fallen.

Der Rechtsdienst befasst sich mit den Streitverfahren (s. Punkt 4 weiter unten), der Ausarbeitung und Revision von Erlassen und Reglementen, der Beantwortung von Vernehmlassungen sowie der internen oder externen juristischen Beratung vor allem der Direktion und der Dienststellen, die über keine Juristen verfügen.

Die ebenfalls dem Generalsekretariat angehörende Kommunikationsbeauftragte verfasst Medienmitteilungen, bereitet Medienkonferenzen vor, verfolgt das aktuelle Geschehen und betreut die Website der Direktion. In Zusammenarbeit mit den Dienststellen kümmert sie sich ausserdem um die Beziehungen zu den Medien. Sie befasst sich auch mit den Gesuchen um Zugang zu Dokumenten und um den Datenschutz.

2.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag des Gewinnfonds der Loterie Romande für kulturelle und soziale Zwecke bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2011 auf 5 567 093 Franken (3 099 313 Franken Ende 2010).

Der Betrag des Lotteriegeldfonds zur Verfügung des Staatsrats bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2011 auf 2 140 247 Franken (2 138 431 Franken Ende 2010).

Die Haftpflichtversicherung für den gesamten Staat mit Ausnahme von etwa zehn Dienststellen und Anstalten mit eigenem Vertrag ist hinsichtlich ihrer Erneuerung geprüft worden.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren hat im Jahr 2011 drei Versammlungen abgehalten, nämlich am 28. Januar, am 9./10. Juni und am 23. September. An der Sitzung vom 9./10. Juni fand die jährliche Generalversammlung statt, und zwar in Samnaun. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Staatsrat Claude Lässer war seit Anfang 2007 im Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz. 2011 hat sich der Vorstand zu 8 Sitzungen eingefunden.

—
2011

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- › Das umfassende Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten, nach vielen Anpassungsarbeiten in den Kantonen. Die Finanzdirektorenkonferenz hat 2011 insbesondere den Wirksamkeitsbericht zur NFA für die Periode 2008 2011 geprüft;
- › das Konsolidierungsprogramm für die Bundesfinanzen und seine Folgen für die Kantonsfinanzen;
- › der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb, insbesondere auch der Steuerdialog mit der EU, die Holdingbesteuerung, das Bankgeheimnis, die Amtshilfe, die Doppelbesteuerungsabkommen, die geplante Abgeltungssteuer;
- › die Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung (Unternehmenssteuerreform III);
- › die Pauschalbesteuerung (Besteuerung nach dem Aufwand) und die Wohneigentumssteuer, die Volksinitiative «gegen die Abzockerei», die Quellensteuer, die Vereinfachung der MWST;
- › die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an Bund und Kantone;
- › die Finanzierung des Bahn- und Strassennetzes;
- › Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone, insbesondere die Vereinfachung der MWST, die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten, die Massnahmen zur rationellen Energieverwendung, die Spitalfinanzierung durch die Kantone, die Revision der Gesetzgebung für die Grossbanken (too big to fail);
- › Die Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der Konferenz und ihrer Organe (Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich, Statutenrevision, Revisionsstelle).

3.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz hat sich im Jahr 2011 zu vier Sitzungen getroffen, nämlich am 29. Januar in Genf, am 19. Mai in Neuenburg, am 1. September in Freiburg und am 10. November in Lausanne. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektoren

und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- › die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone und neue Vereinbarung;
- › der neue Finanzausgleich und die neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, insbesondere der entsprechende Wirksamkeitsbericht und die Anhörung zu den Beträgen für 2012;
- › die finanziellen Auswirkungen auf die Westschweizer Kantone namentlich gewisser Geschäfte des Bundes wie Steuerreformen, Ausschüttung des Nationalbankgewinns, geplante Finanzsanierungsmassnahmen, Finanzierung des öV, neue Spitalfinanzierung, Eigenmietwertbesteuerung, Bankengesetzrevision, Unternehmensbesteuerung, MWST;
- › der Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen, und über die Risiken für eine Verschlechterung der Kantonsfinanzen;
- › die Gleichschaltung der Beitragsperioden und der Zahlungsperioden der den Universitätskantonen zugesprochenen Bundesbeiträge.

3.3 Conférence romande de la Loterie et des Jeux

Mit der Konvention zwischen den sechs Westschweizer Kantonen über die Loterie Romande wurde die Conférence romande de la Loterie et des Jeux (CRLJ), die Westschweizer Konferenz der Loterie und der Spiele eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die Koordination von Gesetzgebung und Verwaltungspolitik bezüglich Lotterien und Geldspielen im Rahmen der den Kantonen vom Bundesrecht und der interkantonalen Vereinbarung zugestandenen Befugnisse zu fördern. Der Finanzdirektor vertritt in dieser Konferenz den Kanton Freiburg.

Die Konferenz hat 2011 dreimal getagt, und zwar am 25. März, am 30. Mai und am 28. November. Dabei ging es hauptsächlich um die folgenden Themen:

- › Übereinkommen der Vertreter von Kantonen und Bund im Hinblick auf die eidgenössische Volksinitiative «Für Geldspiele

2011

le im Dienste des Gemeinwohls» und den Gegenentwurf des Bundesrats;

- › Gerichtsverfahren der Eidgenössischen Spielbankenkommission und des Bundesamts für Justiz gegen die interkantonale Lotterie- und Wettkommission (Comlot) wegen gewisser Spiele der Loterie Romande und von Swisslos, worunter vor allem die Tactilo-Spielautomaten, über die das Bundesgericht Anfang 2011 entschieden hat: Demnach fallen diese in die Kategorie Lotterie und gelten nicht als den Kasinos vorbehaltene Geldspielautomaten;
- › Koordination der Positionen bezüglich der von der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt behandelten Themen. Der Kanton Freiburg ist in diesem Gremium mit dem Justizdirektor und dem Finanzdirektor vertreten;
- › Prüfung der kantonalen Regelungen der Gewinnverteilung der Loterie Romande in den Kantonen in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport.

4. Rechtsdienst

Der Rechtsdienst befasst sich mit der Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich Erbschafts- und Schenkungssteuern, Handänderungssteuern und Katasteraufnahmegebühren. Die Zahl der Fälle hat 2011 etwas zugenommen.

5. Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse, die im Jahr 2011 in den der Finanzdirektion unterstehenden Bereichen erlassen wurden, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 2. Februar 2011 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2010;

Dekret vom 2. Februar 2011 über die Gültigkeit der Verfassungsinitiative «FriNetz»;

Dekret vom 11. Mai 2011 zur Staatsrechnung 2010 des Kantons Freiburg;

Gesetz vom 12. Mai 2011 über die Pensionskasse des Staatspersonals (PKG);

Gesetz vom 8. September 2011 zur Anpassung der freiburgischen Gesetzgebung an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Sachenrecht;

Dekret vom 2. November 2011 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2012;

Gesetz vom 2. November 2011 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2012.

5.2 Verordnungen und Beschlüsse

Beschluss vom 8. Februar 2011 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Plasselb, Lose 1 und 2;

Beschluss vom 8. Februar 2011 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Villars-sur-Glâne, Los 4;

Verordnung vom 1. März 2011 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Logopädin/Logopäde);

Beschluss vom 15. März 2011 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2011 (168. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 3. Mai 2011 zur Änderung der Verordnung über den Fonds der Lotterieabgaben;

Verordnung vom 17. Mai 2011 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;

Beschluss vom 15. Juni 2011 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2011 (169. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 21. Juni 2011 zur Änderung des Subventionsreglements und der Verordnung über bestimmte geringfügige Subventionen;

Verordnung vom 28. Juni 2011 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (flexible Pensionierung);

Beschluss vom 20. September 2011 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2011 (170. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 3. Oktober 2011 über die Liste der dem Gesetz über das Staatspersonal unterstehenden Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit und die Einreihung der Direktorinnen und Direktoren dieser Anstalten;

—
2011

Verordnung vom 11. Oktober 2011 über die abziehbaren Prämien der Kranken und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2012;

Verordnung vom 25. Oktober 2011 über die im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals vertretenen Personalkategorien;

Beschluss vom 8. November 2011 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Muntelier, Lose Ia und II;

Verordnung vom 17. November 2011 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2012;

Verordnung vom 29. November 2011 zur Aufhebung von Reglementsbestimmungen über die berufliche Vorsorge des Staatspersonals;

Beschluss vom 29. November 2011 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Châttonnaye;

Verordnung vom 6. Dezember 2011 über die Quellensteuer;

Verordnung vom 13. Dezember 2011 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (21 Funktionen);

Verordnung vom 13. Dezember 2011 über die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2012;

Beschluss vom 13. Dezember 2011 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2011 (171. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 20. Dezember 2011 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters der Gemeinde Lully/Sektoren Bollion und Seiry und der im Einflussbereich der A1 liegenden Sektoren der Gemeinden Châbles, Font, Cheyres und Châtillon.

II. Finanzverwaltung

1. Aufgaben

Die Finanzverwaltung des Staates Freiburg (FinV) ist ein zentraler Dienst, der mit der Verwaltung der Kantonsfinanzen und der Erarbeitung aller für die kantonale Finanzpolitik erforderlichen Grundlagen beauftragt ist.

Die Finanzverwaltung wird von Staatsschatzverwalter Daniel Berset geleitet.

2. Tätigkeit

Die Arbeiten der Finanzverwaltung betrafen im Jahr 2011 hauptsächlich folgende Aufgabenbereiche: Neues harmonisiertes Rechnungslegungsmodell, Aufstellung des Staatsvoranschlags 2012, Analyse der Entlassentwürfe der Direktionen und Finanzbeziehungen mit dem Bund, Vorbereitung der Umsetzung der leistungsorientierten Führung bei der FinV sowie Weiterführung der Einsetzung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement. Die Finanzverwaltung war auch in den Bereichen Führung der Staatsbuchhaltung und Abschluss der Staatsrechnung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Kreditoren, Inkasso und Debitorenverwaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung, Überprüfung der Subventionen und Budgetkontrolle aktiv.

2.1 Neues Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2)

Nach dem Inkrafttreten am 1. Januar 2011 der notwendigen Änderungen am Finanzhaushaltsgesetz und dem entsprechenden Ausführungsreglement wurden die Arbeiten zur Einführung des von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren genehmigten neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) während des ganzen Jahres fortgesetzt. Die Anpassungen der Informatikanwendung (Änderung des Kontenplans in SAP und Datenmigration) wurden am Wochenende vom 26. und 27. März 2011 erfolgreich durchgeführt. Die Verwaltungseinheiten erfassen seither die Buchungsbelege in einer neuen Umgebung mit Verwendung des neuen Rechnungsmodells. Kleinere Anpassungen, die noch auf der Ebene des Subventionsreglements und der Verordnung über bestimmte geringfügige Subventionen vorgenommen werden sollten, sind vom Staatsrat am 21. Juni verabschiedet worden und am 1. Juli 2011 in Kraft getreten. Der Voranschlag 2012 ist HRM2-konform aufgestellt worden. Ende 2011 wurde nur noch an den formellen Anpassungen der Staatsrechnungspublikation gearbeitet, von der eine neue Version ab Staatsrechnung 2011 erscheinen soll.

2.2 Voranschlagsentwurf 2012

Die Aufstellung des Voranschlags 2012 erfolgte in einem schwierigen finanziellen Kontext. Die markant rückläufigen Einnahmen, die insbesondere mit dem möglichen Wegfall des Kantonsanteils am Nationalbankgewinn und den unter den Erwartungen liegenden Einkünften aus dem Ressourcenausgleich der NFA zusammenhängen, machten die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushalts zu einer besonders anspruchsvollen Aufgabe. Zur Gewährleistung von qualitativ und quantitativ

—
2011

zufriedenstellenden Leistungen mussten aus verschiedenen Rückstellungen 10 Millionen Franken entnommen werden. Am 13. September 2011 hat der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf beschlossen, der der neuen harmonisierten Rechnungslegung nach HRM2 entspricht und folgende Hauptergebnisse ausweist: 1 Millionen Franken Gewinn in der Erfolgsrechnung, Nettoinvestitionen von 120,7 Millionen Franken, Finanzierungsfehlbetrag von 25,7 Millionen Franken, kantonale Netto-Subventionsquote von 39,4 % gemessen am kantonalen Steueraufkommen (Obergrenze bei 41 %), Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 78,7 %. Am 2. November 2011 hat der Grosse Rat diesen Entwurf unverändert gutgeheissen. Allerdings hat sich das Parlament tags darauf geweigert, auf einen Antrag auf Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern einzutreten, dessen finanziell positiven Auswirkungen schon im Voranschlagsentwurf 2012 einbezogen waren. Damit war der Haushalt wieder aus dem Lot gebracht und die verfassungsrechtliche Vorschrift nicht mehr eingehalten, und der Staatsrat beschloss eine Reihe von Budgetanpassungen zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts, ohne das am 2. November 2011 verabschiedete Dekret über den Staatsvoranschlag für das Jahr 2012 in Frage zu stellen.

2.3 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der dem Staatsrat unterbreiteten Geschäfte

Im Jahr 2011 hat die Finanzverwaltung zuhanden der Direktionen, Dienststellen und Anstalten ihre Stellungnahme zu über 40 finanzwirksamen Geschäften abgegeben. Sie hat dabei namentlich zu folgenden wichtigen Themen detailliert Stellung genommen: Gesetzesvorentwurf über die Finanzierung der Spitäler und Geburtshäuser, über belastete Standorte, über die Entwicklungszusammenarbeit, über die Hundehaltung, über die Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten sowie über die Familienzulagen. Die Finanzverwaltung hat auch zu mehreren Verordnungsentwürfen Stellung genommen, namentlich zu den Entwürfen betreffend die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die Energie, die Mutterschaftsbeiträge, das Lehrpersonal an den Berufsfachschulen, die Kantonsbeiträge für den Wald, die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen, den Sport, die Weiterbildung, die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt. Diese wichtige Arbeit im «Vorfeld» trägt dazu bei, dass die Entwürfe effizienter vorbereitet und präsentiert werden und auch den finanziellen Aspekten zum Vornherein mehr Rechnung getragen werden kann. Die Finanzverwaltung gibt ausserdem zuhanden des Finanzdirektors ihre Stellungnahme ab zu allen finanzwirksamen Geschäften (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen, Berichte), die dem Staatsrat im Laufe des Jahres unterbreitet werden.

2.4 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

2011 hat sich die Finanzverwaltung im Rahmen des Finanzausgleichssystems zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Punkten befasst:

- › Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für den Staat: Schätzung der Gesamtauswirkungen der NFA auf die Staatsrechnung 2010, Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen für den Ressourcenausgleich, in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV), Überprüfung der vom Bund in die Vernehmlassung geschickten Zahlen 2012 in Zusammenarbeit mit der KSTV, und Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrates;
- › Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für die Gemeinden: Beschaffung zusätzlicher Informationen in den Jahresrechnungen 2010 der Gemeinden, Schätzungen der Auswirkungen 2010 für die Gemeinden insgesamt, Präsentation der Ergebnisse 2008-2010 zuhanden des Staatsrates und des Vorstands des Freiburger Gemeindeverbands, Bestätigung der Stichhaltigkeit der 2010 vorgenommenen Anpassungen des Ausgleichsmechanismus der finanziellen Auswirkungen der NFA für die Gemeinden;
- › Interventionen auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene: Vorbereitung der Antwort des Staatsrates auf die Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2012, Vorbereitung der Antwort des Staatsrates auf die Anhörung zu einer Änderung der Finanz- und Lastenausgleichsverordnung (FiLaV), Unterstützung der Freiburger Bundesparlamentarier in den Beratungen über die Wirksamkeitsbeurteilung des Systems und die Dotierung der Ausgleichsgefässe für die Periode 2012–2015;
- › Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2010 und der Subventionsgesuche 2011 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, Zusammenstellung und Übermittlung der ursprünglichen kantonalen Vorschläge zu den Programmvereinbarungen 2012–2015, Stellungnahmen zu den Zwischenversionen der Programmvereinbarungsentwürfe 2012–2015;
- › Pflege administrativer Kontakte mit der Konferenz der Kantonsregierungen, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, dem Eidgenössischen Finanzdepartement sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone, Beantwortung zahlreicher Anfragen und Umfragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung;
- › Mitwirkung in Arbeitsgruppen: Mitarbeit mehrerer Vertreter der Finanzverwaltung bei der Ausarbeitung und Umsetzung

2011

neuer kantonaler Strategien bezüglich Sonderschulunterricht (EKSD) und Betreuung Behinderter (GSD).

2.5 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

2011 konzentrierte sich die Abteilung Nigefi auf den Softwarebetrieb und -unterhalt der SAP-Plattform sowie auf die Realisierung diverser Projekte.

Mit der von Jahr zu Jahr steigenden Zahl von Usern beziehungsweise steigenden Nutzung der Standardfunktionen oder spezifischen Funktionen von SAP durch die Dienststellen der Kantonsverwaltung nehmen auch die Aufgaben bezüglich Betrieb, Wartung und Support der Anwendung immer mehr zu. Die Abteilung hat 2011 rund 40 % ihrer Ressourcen für diese Aufgaben eingesetzt.

2011 hat die Abteilung folgende Projekte realisiert:

› Migration des Kontenplans (HRM2)

Migration des Kontenplans und der Buchhaltungsdaten der Jahre 2000–2011 in SAP.

Ersetzen des bisherigen Werkzeugs zur Erstellung des Sonderdrucks von Voranschlag und Staatsrechnung durch SAP Business Warehouse, kurz SAP BW, und Business Objects.

› Alimentenverwaltung (ARPA)

Inbetriebnahme der Alimentenverwaltung auf Buchhaltungsebene, namentlich mit Übernahme der Buchhaltungsdaten seit 1985 und Integration der Buchungsabläufe mittels der vom ITA entwickelten Branchensoftware.

Die Abteilung hat auch die Implementierung verschiedener SAP-Module in der Verwaltung weitergeführt:

Das Fakturierungsmodul wurde in folgenden Einheiten eingeführt:

› Amt für Vermessung und Geomatik für die Fakturierung der Katastervermessungen,

› Generalsekretariat der ILFD für die Fakturierung der Gebühren der Behörde für Grundstückverkehr,

› Weinberge Lavaux und Vully.

Das Modul für die Verwaltung des Einkaufs und die Bestandesführung wurde in folgenden Einheiten eingeführt:

› Lehrwerkstätten,

› Weinberge Lavaux und Vully.

Die Buchhaltungsmodule wurden in folgenden Einheiten eingeführt:

› Dezentralisierung der Erfassung der Lieferantenrechnungen bei der Kantonspolizei und beim Museum für Kunst und Geschichte,

› Zurverfügungstellen eines spezifischen Tools für die Erstellung von Zahlungsvereinbarungen beim Konservatorium.

2.6 Periodische Überprüfung der Subventionen

› Überprüfung der Subventionen 2011

Entsprechend der Gesamtplanung zur Überprüfung der Subventionen wurden im Berichtsjahr sechs Subventionsbereiche anhand des vom Staatsrat genehmigten Konzepts überprüft. Drei Prüfungen waren jedoch bis Ende 2011 nicht vollständig abgeschlossen und werden Anfang 2012 zu Ende geführt.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung individuell geschult worden waren, haben sie ihren Auftrag von Mai bis Dezember ausgeführt. Die Finanzverwaltung hat diese Arbeiten während des ganzen Verfahrens entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der damit befassten Personen unterstützt. Ein erster Teil der Ergebnisse wurde im Laufe des Novembers an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet, die sie in ihrer Sitzung vom 30. November 2011 behandelt hat. Der zweite Teil wird grundsätzlich im März 2012 besprochen, und entsprechend dem geltenden Verfahren wird die Kommission dem Staatsrat anschliessend ihre Vorschläge zu dieser elften Prüfungsserie unterbreiten.

› Überprüfung der im Rahmen von Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen

Die Finanzverwaltung führt eine laufend aktualisierte Datei der im Rahmen der Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen, die als Grundlage für die Nachkontrollen dient. Die Nachkontrollen erfolgen in regelmässigen Abständen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und sollen eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gewährleisten.

› Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als

2011

einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird somit mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Die Obergrenze der Nettosubventionen für Funktionsausgaben liegt bei 41 % des kantonalen Steueraufkommens.

Im Staatsvoranschlag 2011 betrug die Quote der Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen 40,7 % und im Staatsvoranschlag 2012 39,4 %, womit die gesetzliche Obergrenze eingehalten wurde.

Ausserdem prüfte die Finanzverwaltung gemäss SubG auch im Detail mehrere Textentwürfe zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen der Gesetzgebung über die Subventionen.

› Weitere Aufgaben im Subventionswesen

Die Finanzverwaltung war auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Projektoberleitungen aktiv, die Subventions- oder Finanzfragen der öffentlichen Hand im weiteren Sinne betrafen.

2.7 Staatsrechnung 2011

Die Staatsbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu zwei Dritteln von der Staatsbuchhaltung und zu einem Drittel von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung sinnvoll ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit

dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt. Sie hat viel Zeit in die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodells, insbesondere in die Anpassung des Kontenplans investiert, und sie unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2011 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Tätigkeitsbericht sind daher nur die Bilanzergebnisse von 2001–2011 und die Gesamtergebnisse von 2005–2011 aufgeführt.

Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15	+ 111 740 624.08
2004	1 342 637 275.24	1 185 169 023.44	+ 157 468 251.88
2005	2 098 675 653.75	1 092 068 811.08	+ 1 006 606 842.67
2006	2 201 131 411.37	1 110 122 346.42	+ 1 091 009 064.95
2007	2 527 832 965.43	1 225 264 539.82	+ 1 302 568 425.61
2008	2 896 071 805.99	1 565 162 137.40	+ 1 330 909 668.59
2009	2 959 038 758.59	1 622 302 319.21	+ 1 336 736 439.38
2010	3 133 197 888.13	1 792 602 341.15	+ 1 340 595 546.98
2011	3 119 167 213.17 ¹	1 463 936 667.59	+ 1 655 230 545.58

¹ Neue Eigenkapitaldefinition aufgrund der Einführung des HRM2 (Überschuss Aktiven)

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Erfolgsrechnung			Investitionsrechnung			Selbstfinanzierung	Finanzierungsfehlbetrag/ +überschuss
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Aufwand	Ertrag	Saldo		
2005	2 497,8	3 346,9	+ 859,1	173,5	85,5	- 88,0	+ 1 006,3	+ 918,3
2006	2 501,7	2 586,1	+ 84,4	162,7	89,1	- 73,6	+ 197,9	+ 124,3
2007	2 624,9	2 698,5	+ 73,6	199,4	89,5	- 109,9	+ 228,1	+ 118,2
2008	2 955,2	2 984,8	+ 29,6	219,7	83,4	- 136,3	+ 285,9	+ 149,6
2009	3 104,0	3 109,8	+ 5,8	209,5	69,7	- 139,8	+ 236,3	+ 96,5
2010	3 218,0	3 221,8	+ 3,8	219,2	74,9	- 144,3	+ 183,1	+ 38,8
2011	3 444,5	3 447,3	+ 2,8	264,7	87,2	- 177,5	+ 243,3	+ 65,8 ²

² Neudefinition der Berechnung der Selbstfinanzierung infolge der Einführung des HRM2

2011

2.8 Finanzdienst und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten Arbeiten in diesem Bereich können wie folgt zusammengefasst werden:

- › Ausführung der Zahlungen für die gesamten Budgetausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten,
- › Erfassung des Bezugs sämtlicher budgetierter kantonaler Einnahmen,
- › Verwaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und entsprechende Buchführung und Betreuung des Tresoreriebudgets.

Die vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte haben sich zwischen 2010 und 2011 umfangmässig wie folgt verändert:

	2010	2011
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1 489,52	1 424,81
Bank- und Postkonten:		
- erfasste Buchungen	8 562	8 749

Weitere Tätigkeiten dieser Dienststelle sind:

- › Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2011 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 920 Millionen Franken (2010: 1,0 Mia. Franken). Die Zahl der Darlehen lag bei 17 gegenüber 18 im Jahr 2010.

Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 54 Fonds und Stiftungen:

- › Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2011 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates infolge der Rückzahlung einer fälligen Anleihe um 170 Millionen Franken zurückgegangen und belaufen sich nun auf 360 Millionen Franken.

- › Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung ist für die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (19,483 Millionen, 239 Darlehen) zuständig.

- › Weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben der Finanzverwaltung sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung

für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der Finanzhilfen aus dem Tourismusfonds sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

2.9 Kantonaler Finanzdienst

Der kantonale Finanzdienst kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Mit der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden, und das Arbeitsvolumen des Finanzdienstes hat stark zugenommen.

Im Jahr 2011 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 160 Millionen Franken (2010: 151 Millionen Franken) für annähernd 148 000 Rechnungen (2010: 145 000). Ende 2011 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 731 000 Franken (2010: 644 490 Franken) eingeleitet. Immer mehr Sektoren des Staates nutzen die Zahlungsmöglichkeit mit Debitkarte, und auf diesem Weg wurden insgesamt 1,46 Millionen Franken eingenommen, das sind 23,7 % mehr als 2010.

2.10 Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle

Auf der Grundlage der Zwischenrechnungsberichte der Dienststellen und Anstalten, die bei Bedarf von den Direktionen ergänzt werden, verfasst die Finanzverwaltung dreimal pro Jahr eine zusammenfassende Mitteilung an den Staatsrat. Dieses Dokument zeigt den Stand der Budgetumsetzung auf: Es lokalisiert die grössten Abweichungen zwischen Ausgaben und Einnahmen per 30. April, 31. Juli und 30. September und gibt an, welche Korrekturmassnahmen geplant sind. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bessere Steuerung der Kantonsfinanzen und ist eine sinnvolle Ergänzung zur Budgetkontrollarbeit. So konnte ab Mitte Jahr festgestellt werden, dass die Ergebnisse der Jahresrechnung 2011 besser ausfallen würden, als dies die Budgetzahlen erwarten liessen.

Die ordentliche Budgetkontrolle wird in einem ersten Schritt von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. 2011 hat der Staatsrat 38 Begehren (49 im Jahr 2010) in einem

2011

Gesamtbetrag von 14,6 Millionen Franken (15,2 Millionen im Jahr 2010) gutgeheissen, was 0,44 % (0,49 % im Jahr 2010) der für das Jahr 2011 budgetierten effektiven Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt um mehr als ein Drittel unter dem Durchschnitt von 0,73 % für den Zeitraum 1990–2010. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2012 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

2.11 Leistungsorientierte Führung (LoF)

Der Auftrag der Abteilung Leistungsorientierte Führung (Abteilung LoF) besteht in der Planung, Organisation und schrittweisen Einführung der leistungsorientierten Führung (LoF) in den Verwaltungseinheiten des Staates.

Haupttätigkeit 2011:

- Jahresrechnungen 2010 der Verwaltungseinheiten mit LoF

In Anwendung der geltenden Gesetzgebung wiesen die Jahresrechnungen der Verwaltungseinheiten mit LoF Ergebnisse bezüglich Aufwand, Ertrag sowie Saldo der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen aus und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihrer Tätigkeit. Die Abteilung LoF hat das Verfahren zu Aufstellung und Abschluss der Rechnung 2010 koordiniert und die betreffenden Einheiten dabei unterstützt.

- Controlling der Einheiten mit LoF per 31.12.2010 und 31.08.2011

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. Dezember 2010 und per 31. August 2011 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Abteilung LoF analysiert. Der Controllingbericht des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) vom 31. Dezember 2010 wurde von der Abteilung LoF einer vertieften qualitativen Kontrolle unterzogen. Die Finanzverwaltung verfasste anschliessend einen Bericht über die Controllingtätigkeit 2011 zuhanden des Staatsrates als Entscheidungsgrundlage für die notwendigen Verbesserungsmassnahmen. Die Abteilung LoF hat die Erstellung dieser Controllingberichte koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt.

- Budgets 2012 der Verwaltungseinheiten mit LoF

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens ihre Budgets 2012 nach Leistungen und Leistungsgruppen aufgestellt. Die Abteilung LoF hat die Erstellung dieser Budgets koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt. Mit der Abgabe seines LoF-Budgets 2012 gehört das Amt für Informatik und Telekommunikation seit 2011 zu den LoF-Einheiten.

- Einführung der LoF

Die Abteilung LoF hat in drei Verwaltungseinheiten die Arbeiten zur Umsetzung der LoF durchgeführt. Es handelt sich um das Amt für Informatik und Telekommunikation (LoF-Budget für 2012), die Anstalten von Bellechasse (LoF-Budget voraussichtlich für 2013) und das Amt für Archäologie (LoF-Budget voraussichtlich für 2013).

Die Abteilung LoF und das Tiefbauamt haben Arbeiten zur Verbesserung der LoF im Tiefbauamt in die Wege geleitet. Diese Arbeiten, in die der Kantonsingenieur und dessen Sektionschefs eingebunden sind, werden zu einer neuen analytischen Gliederung für den Voranschlag 2013 führen.

Entsprechend der vom Staatsrat genehmigten allgemeinen Strategie zur Einführung der leistungsorientierten Führung und gemäss Verordnung vom 20. Mai 2008 über die leistungsorientierte Führung wurde im Hinblick auf die Bezeichnung der nächsten beiden Verwaltungseinheiten, die einen Evaluationsbericht über ihre Eignung für die LoF verfassen müssen, mit der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und mit der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) Kontakt aufgenommen.

- Entwicklung der LoF

Parallel zu ihrer Haupttätigkeit hat die Abteilung LoF verschiedene Arbeiten zur Verbesserung bestimmter LoF-Verfahren, -Konzepte und -Instrumente durchgeführt. Sie hat namentlich das Projekt e-GTApP abgeschlossen, das darin bestand, über das Amt für Informatik und Kommunikation eine Arbeitszeiterfassungssoftware bereitzustellen. Diese Software ist ein für die LoF unentbehrliches Instrument, und die Erfahrungen mit dieser «hauseigenen» Anwendung sind sehr positiv.

2.12 Weitere Tätigkeiten

- › Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen,
- › Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen (namentlich Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Task Force Wiederankurbelungsplan, Tourismusförderungsfonds, Senior+, Agglomerationsprojekte, Betreuung von Menschen mit Behinderung oder in Krisensituationen, Harmonisierung der Verwaltung der Schulen, Leistungs- und Arbeitszeiterfassungssoftware, kantonale Umsetzung von Artikel 5 Abs. 1 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, Steueraussschuss Polycom, Bauprojekte Kollegium Gambah, H189, Poyabrücke, Strassenverbindung Romont–Vaulruz und Lehrwerkstätten, Baukommission des Kantonsgerichts für das ehem. Augustinerkloster, ständige Kommission für die Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben, Baukommission des Gebäudes des Autobahnamtes in Givisiez),

2011

- › Einschätzung der Konjunkturlage im Hinblick auf den Voranschlag 2012,
- › Erfolgskontrolle der im Rahmen des Legislaturfinanzplans 2007–2011 beschlossenen strukturellen oder organisatorischen Massnahmen,
- › Erstellung der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2010 und den Voranschlag 2012,
- › Vorbereitung der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung 2010 und Voranschlag 2012,
- › Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und persönlichen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2011 gefassten Beschlüsse,
- › Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2011,
- › Nachführung und Unterhalt der Website der Finanzverwaltung,
- › Anpassung zahlreicher amtlicher Dokumente an das neue Corporate Design des Staates,
- › monatliche Fakturierung der Kosten für Posttaxen und private Telefongespräche an die Dienststellen,
- › Vertretung des Staates im Verwaltungsrat der Agy Expo SA, der Grenette SA, der kantonalen Lehrmittelverwaltung und der Société des Remontées mécaniques fribourgeoises SA.

III. Kantonale Steuerverwaltung

1. Aufgaben

Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) hat die Aufgabe, die verschiedenen im Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) und im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) vorgesehenen Steuern zu veranlagern und die Rückerstattungsanträge für die Verrechnungssteuer zu bearbeiten. Dazu führt sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sowie der Informationen des Zentralen Ausländerregisters das Register der Steuerpflichtigen nach.

Die KSTV bezieht die Kantonssteuern, die direkte Bundessteuer und die Kirchensteuer der juristischen Personen und nimmt auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung auch die Steuern zahlreicher Gemeinden und Pfarreien ein.

Sie stellt den Gemeinden eine Kopie der Veranlagungsverfügungen zu und übermittelt den AHV-Behörden diejenigen Informationen, die für den Bezug der AHV-Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen erforderlich sind, sowie dem Wehrpflichtersatzbüro die für die Erhebung dieser Ersatzabgabe nötigen Informationen.

Vorsteher der KSTV ist seit dem 1. Februar 2011 *Alain Mauron*, als Nachfolger des in Pension gegangenen *Raphaël Chassot*.

2. Tätigkeit

2.1 Steuerveranlagungen

2.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Zu Beginn des Jahres 2011 hat die KSTV für die Steuerpflichtigen in allen Bezirken insgesamt acht Informationstreffen organisiert, an denen sie ihre Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2010 beantwortete.

Seit der Steuerperiode 2003 können die Steuerpflichtigen ihre Steuererklärung mittels EDV ausfüllen. Die entsprechende Software namens FRItax kann von der Website der KSTV heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die Barcodes, die die Daten enthalten, erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Es konnten über 91 000 Steuererklärungen (2010: 81 000 Steuererklärungen) mit optischen Lesern erfasst werden, was mehr als 53 % (2010: 48 %) der eingegangenen Steuererklärungen entspricht.

Bis Ende Dezember 2011 haben über 92 % (2010: 94 %) der Steuerpflichtigen ihre Steuerveranlagung und die Schlussabrechnung 2010 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuereinstellungen betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

2.1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Im Verfahren der einjährigen Gegenwartsbesteuerung wurden in der ersten Jahreshälfte die Veranlagungen des Vorsteuerjah-

2011

res (2009) abgeschlossen. Die im Jahr 2011 geleistete Arbeit bestand jedoch hauptsächlich darin, die Veranlagungen des Steuerjahres 2010 zu überprüfen. So erhielten Ende Dezember 2011 rund 62 % (2010: 68 %) der juristischen Personen ihre Veranlagungsanzeige für das Steuerjahr 2010, und es wurden 92 (2010: 147) Expertisen durchgeführt.

Mit der Software «e-tax JP» können die juristischen Personen sowie ihre Treuhänder nicht nur die Steuererklärung online einreichen, sondern auch Fristen abfragen, die früheren Veranlagungen einsehen, auf die Wegleitung und spezifische Online-Hilfe zugreifen sowie Dateien und Beilagen beifügen und das Veranlagungsergebnis simulieren. Diese Software ist seit dem Frühjahr 2007 verfügbar und wird von 25 % (2010: 19 %) der Steuerpflichtigen genutzt.

Per 31. Dezember 2011 hat die Abteilung «Juristische Personen» 12 555 Dossiers bearbeitet. Diese Zahl ist gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2010 (12 598 Dossiers) um 0,34 % rückläufig. Diese leichte Rückläufigkeit beruht auf der Aufhebung der besonderen Besteuerung der Immobilien ab dem 1. Januar 2011. Die Dossiers, in denen es nur um diese Steuer ging (108 Dossiers bzw. Vorsorgeeinrichtungen), wurden aus der Statistik entfernt.

2.1.3 Grundstücksgewinnsteuern

Als Grundstücksgewinne besteuert werden nur Gewinne, die sich bei Veräusserung eines Grundstückes des Privatvermögens ergeben. Gewinne aus der Veräusserung eines Grundstückes aus dem Geschäftsvermögen oder dem, was steuerrechtlich als Geschäftsvermögen gilt, unterliegen der ordentlichen Steuer. Wie aus der Staatsrechnung hervorgeht, ist bei der Grundstücksgewinnsteuer eine Zunahme zu verzeichnen.

Die Besteuerung wird aufgeschoben bei Veräusserung einer dauernd und ausschliesslich selbstgenutzten Wohnliegenschaft (Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung), soweit der dabei erzielte Erlös innert zwei Jahren vor oder nach der Veräusserung zum Erwerb oder zum Bau einer gleichgenutzten Ersatzliegenschaft in der Schweiz verwendet wird. 2011 ist die Besteuerung in 150 Fällen so aufgeschoben worden, was betragsmässig 22 040 000 Franken steuerbaren Grundstücksgewinn ausmachte (2010: 220 Fälle mit einem Betrag von 35 502 000 Franken). Der entsprechende Steuerausfall beläuft sich auf 2 002 000 Franken (2010: 2 819 000 Franken).

2.1.4 Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuern

2011 sind 418 (2010: 339) Steuerhinterziehungs- und/oder Nachsteuerverfügungen für die Kantons- und Bundessteuern erlassen worden:

2011	2010	
236	177	Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen
28	32	Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfschaft
89	89	Fälle von strafloser Selbstanzeige
13	15	Fälle von Nachsteuern
52	26	Fälle, in denen das Verfahren eingestellt worden ist

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern beliefen sich auf 2 814 384 Franken (2010: 1 965 001 Franken) und die Steuerbussen auf 526 930 Franken (2010: 418 010 Franken). Der Gesamtbeitrag der Nachsteuern und Steuerbussen bei der direkten Bundessteuer belief sich auf 1 167 622 Franken (2010: 634 618 Franken).

Die straflosen Selbstanzeigen haben 2011 auf Kantonebene zu Einnahmen (samt Verzugszinsen) von 874 692 Franken (2010: 805 182 Franken) auf nicht deklariertem Kapital in Höhe von 12 827 564 Franken (2010: 12 635 498 Franken) und nicht deklariertem Einkommen im Betrag von 3 585 339 Franken (2010: 3 162 891 Franken) geführt.

2.2 Steuerbezug

2.2.1 Bezug der Kantonssteuern

Die KSTV fakturierte die Steuer 2011 in der Regel in 9 Raten, die zwischen Mai 2011 und Januar 2012 jeweils am Monatsende bezahlt werden mussten, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen, und 40 000 (2010: 42 000) Steuerpflichtige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2010 betrafen, wurde eine Schlussabrechnung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltete so rund 148 000 Konten (2010: 142 500 Konten).

Was das Inkassoverfahren betrifft, so hat die KSTV 20 000 (2010: 24 956) verbindliche Zahlungsvereinbarungen weitergeleitet sowie Betreibungsbegehren gestellt, auf die hin 17 700 (2010: 11 458) Zahlungsbefehle ergangen sind. Sie hat auch 83 (2010: 62) Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände eingereicht. Die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheinen eingekommenen Beträge belaufen sich für die Kantonssteuer auf rund 1 235 000 Franken (2010: 657 000 Franken).

2011

2.2.2 Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2011 nahmen 56 Gemeinden die Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch. Nach dem Angebot vom Herbst 2010 zum zusätzlichen Bezug der Steuern auf den Kapitaleistungen, der Nachsteuern bei Steuerhinterziehungsverfahren und der Steuern auf den Liquidationsgewinnen haben 29 Gemeinden Vereinbarungsnachträge unterzeichnet, die auf den 1. Januar 2011 für die Steuern der Steuerjahre 2011 und folgende in Kraft getreten sind.

Mit der Informatikanwendung kann die Dienstleistung für den Steuerbezug auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Die KSTV nimmt die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 134 Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung eingezogen. Die Kirchensteuer der juristischen Personen wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung inkassiert.

2.2.3 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die Entscheidung der Finanzdirektion vor.

2011 wurden 428 (2010: 435) Steuererlassgesuche bearbeitet. 126 (2010: 145) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Bescheid, während 195 (2010: 215) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 190 (2010: 201) Fällen wurden die Steuern eines Jahres erlassen, in vier Fällen (2010: in zwölf Fällen) die Steuern zweier Jahre und in einem Fall (2010: in zwei Fällen) die Steuern von mehr als zwei Jahren. Auf 104 (2010: 75) Gesuche konnte nicht eingetreten werden, da die formellen Voraussetzungen für einen Steuererlass nicht erfüllt waren. In drei Fällen wurde ein Revisionsgesuch eingereicht.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 191 364 Franken (2010: 268 258 Franken).

2.3 Personalschulung

Im Laufe des Berichtsjahres haben mehrere Mitarbeitende an den Kursen teilgenommen, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter besuchen ge-

genwärtig den Ausbildungskurs I (Basiskurs) und zwei Mitarbeiter (2010: eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter) den Ausbildungskurs II (Selbstständigerwerbende und juristische Personen). Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben zwei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs I und eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs II. Die neuen Mitarbeitenden konnten eine zentralisierte interne Schulung absolvieren. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit dem Steuersystem vertraut zu machen.

2.4 Vorarbeiten und Sonstiges

Neben der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch die Antworten auf die parlamentarischen Vorstösse zum Steuerwesen vorbereitet, und viel Arbeit fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2011 an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

2.5 Statistik

Die Steuerstatistiken 2009 sind Anfang November 2011 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken und die Statistiken der Vorjahre sind auf der Website der KSTV unter der Adresse www.fr.ch/kstv zu finden.

2.6 Zusammenarbeit

2.6.1 Innerkantonal

Da die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik, um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2011 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt) mit mehr als

—
2011

1 700 000 (2010: 1 587 000) Postsendungen rund 3 800 000 (2010: 3 450 000) Unterlagen versandt. Diese Postsendungen wurden zur Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets.

2.6.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat sich die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen erheblich intensiviert. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Steuergesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Steuergesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungsstabs sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dieses Gremium eingebunden. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen» (über die Arbeitsgruppen «Unternehmenssteuern» und «Landwirtschaft»), «Einkommens- und Vermögenssteuern» (über die Arbeitsgruppe «Vorsorge») und «Logistik» (über die Arbeitsgruppen «WVK – Bewertung von nicht kotierten Wertpapieren» und «Formulare») vertreten.

2.7 Informatik bei der KSTV

2.7.1 TaxPP&ENC

Die letzten Module der Anwendung TaxPP&ENC für die Veranlagung der Steuern der natürlichen Personen und den Bezug aller Steuern wurden von der Firma Cross geliefert und das Validierungsprotokoll mit dem Softwarelieferanten Ende 2011 unterzeichnet. Dieses grossangelegte Projekt, an dem zahlreiche Personen beteiligt waren und das sich über mehrere Jahre erstreckt hat, geht am 1. Januar 2012 in die Wartungsphase über.

2.7.2 Veranlagung der Grundstückgewinnsteuern

Die Anwendung «Veranlagung der Grundstückgewinnsteuern (GGSt)» wurde vom ITA in Zusammenarbeit mit der KSTV entwickelt und im Sommer 2011 in Betrieb genommen. Sie umfasst den Versand der Steuererklärungen für die GGSt, die eigentliche Veranlagung und die Fakturierung via die Anwendung TaxPP&ENC. Gegenwärtig läuft eine neue Entwicklungsetappe, die die Entgegennahme und die automatische Integration der Veräusserungsanzeigen der Grundbuchämter umfasst.

2.7.3 Bürosoftware

Es ist eine neue, in die Anwendung TaxPP&ENC integrierte Bürosoftware für die Korrespondenz der KSTV getestet und im Laufe des Berichtsjahres eingerichtet worden. Sie wird den Mitarbeitenden der KSTV nach dem erfolgreichen Abschluss der letzten Tests zur Verfügung gestellt.

2.7.4 Kommunikationsplattform mit den Gemeinden (PlatCom)

Seit April 2011 verfügen die 132 Gemeinden, die sich für PlatCom eingeschrieben haben, auch über eine elektronische Version (PDF-Format) der Unterlagen, die per Post verschickt werden (z.B. Kopien der Veranlagungsanzeigen). Ab 2012 werden für diese Gemeinden nur noch die elektronischen Dokumente generiert (keine Papierversion mehr).

2.7.5 Fri-Pers-Plattform

Mit Fri-Pers können die 167 Gemeinden des Kantons über die kantonale Plattform Daten austauschen und so den verschiedenen kantonalen Stellen die Daten, die mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang stehen, zur Verfügung stellen. Gegenwärtig erhält die KSTV die Zuzugs- und Wegzugsmeldungen aller Steuerpflichtigen des Kantons sowie die Adressänderungen per Post. Es wurde ein Projekt zur automatischen Übernahme dieser Meldungen via Fri-Pers ins Informatiksystem der KSTV lanciert, das ab Herbst 2012 operativ sein sollte.

2.7.6 Veranlagung der juristischen Personen

Die Modernisierung der Veranlagungssoftware für die juristischen Personen wurde 2010 mit der Erneuerung der Print-Abläufe aller Veranlagungsunterlagen gestartet. Die Arbeiten gingen weiter mit dem Reengineering der verschiedenen Module der Anwendung TaxjP im Hinblick auf die geltenden Kriterien bezüglich Softwarearchitektur und Ergonomie. Die neue Softwareversion, die im November 2011 geliefert und installiert wurde, kann ab Januar 2012 genutzt werden.

2.7.7 Steuerbezug

2010 erhielten die Freiburger Steuerpflichtigen die Möglichkeit, freiwillige Akontozahlungen für die direkte Bundessteuer zu leisten, was eine Überarbeitung der Berechnungsmethode für die Vergütungszinsen erforderte, die für den Versand der ersten Abrechnungen 2010 im April 2011 angewandt wurde. Seit Januar 2011 gewährleistet bei Betreibungsverfahren eine elektronische Schnittstelle den Datenaustausch zwischen der KSTV und den Betreibungsämtern des Kantons. Sie basiert auf dem eSchKG-Standard 1.1 des Bundes, und der Datenaustausch erfolgt über die Datenplattform SEDEX. Damit werden

—
2011

alle Vorgänge im Betreibungsverfahren bis zum Zahlungsbe-
fehl automatisch und elektronisch verwaltet. Der Bund wird
demnächst den eSchKG-Standard 2.0 veröffentlichen, der alle
folgenden Verfahrensschritte weiter ausführt. Um diesen Stan-
dard möglichst früh anwenden zu können, wurde im Novem-
ber 2011 unter der Federführung des Kantons Waadt ein neues
Projekt lanciert, das die Weiterentwicklung der freiburgischen
und waadtländischen Inkassoanwendungen sowie der Anwen-
dung Themis der Betreibungsämter gemäss eSchKG-Standard
2.0 zum Ziel hat.

2.7.8 Neues Corporate Design des Staates Freiburg

Es sind praktisch alle Dokumente der KSTV entsprechend
den Vorgaben der Staatskanzlei angepasst worden, abgesehen
von den Formularen, die mit der alten Bürosoftware generiert
werden, die ersetzt werden soll. Die Formulare werden entspre-
chend angepasst, sobald sie in die neue, in TaxPP&ENC und
TaxJP integrierte Textverarbeitung übernommen werden, die
Anfang 2012 verfügbar ist.

IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern

1. Aufgaben

Aufgabe des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern
(ESSA) ist die Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern
für den Staat Freiburg und die Gemeinden des Kantons.

Vorsteher des ESSA ist Kurt Aebischer.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2011 bearbeitete das Amt 1886 von den Friedensgerichten
aufgenommene Steuerinventare bei Todesfall und von den Frie-
densgerichten ausgestellte Erklärungen für Nichtvorhandensein
von Vermögen (1929 im Jahr 2010). Auf dieser Grundlage stellte
das Amt 328 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus
(436 im Jahr 2010), die dem Kanton Steuereinnahmen von insge-
samt 8 091 625 Franken einbrachten.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

› Erbschaftssteuern: 249 Rechnungen in einem Gesamtbetrag
von 7 857 030 Franken

› Schenkungssteuern: 79 Rechnungen in einem Gesamtbetrag
von 234 595 Franken

Der Ertrag aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern hat sich
seit 2004 wie folgt entwickelt:

2004	2005	2006	2007
8 939 871	4 192 536	2 745 312	4 438 309
2008	2009	2010	2011
2 086 927	3 839 245	3 985 392	8 091 625

Das Amt steht auch in Verbindung zur Kantonalen Steuerver-
waltung (KSTV) und übermittelt jeweils dem betroffenen Sek-
tor ein Exemplar der Steuerinventare und der Erklärungen für
Nichtvorhandensein von Vermögen.

Es beantwortet sehr viele Anfragen von Treuhandbüros, Nota-
riaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten zum
Thema Erbschafts- und Schenkungssteuer.

2.2 Besondere Ereignisse

2011 wurden mit Unterstützung des Webmasters der KSTV die
Nachführung, das Layout und die thematische Suche auf der
Website des Amtes weiter verbessert.

Im November 2011 hat das Amt seinen Leistungskatalog nach-
geführt.

V. Amt Für Personal und Organisation des Staates Freiburg

1. Aufgaben

Das Amt für Personal und Organisation (POA) unterstützt den
Staatsrat und die Direktionen und Anstalten bei der Festlegung
der Personalpolitik. Es schlägt Umsetzungsstrategien vor, kont-
rolliert den richtigen Vollzug der beschlossenen Massnahmen
und formuliert Verbesserungsvorschläge, wo dies nötig ist. In
diesem Zusammenhang nimmt die Leitung des POA an den
Sitzungen der Delegation des Staatsrats für das Personalwesen
mit der FEDE und den Personalverbänden teil, wobei es diese
Sitzungen und die entsprechenden Dossiers vorbereitet. Als zen-
traler Dienst des Staatsrates und seiner Direktionen hat das POA
namentlich die folgenden Aufgaben:

› Gegenüber dem Staatsrat, den Direktionen und Anstalten übt
es in allen Personalfragen die Funktion eines Beratungs- und

 2011

- Kontrollorgan aus und verfasst Berichte und Stellungnahmen.
- › Es sorgt für die einheitliche Anwendung der Gesetzgebung für das Personal des Staates und seiner Anstalten.
 - › Es entwickelt die zentral bewirtschafteten Führungsinstrumente.
 - › Es verwaltet die Gehälter des Staatspersonals sowie die Software für die Personalbewirtschaftung und die Gehaltszahlungen.
 - › Es erbringt Dienstleistungen im Umfeld der Organisationsentwicklung und ist dort auch beratend tätig.
 - › Es ist Koordinationsorgan für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
 - › Es erstellt und verwaltet das allgemeine Weiterbildungsprogramm.
 - › Es führt das Sekretariat verschiedener Kommissionen, namentlich der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen sowie für den Sozialfonds, und ist als Arbeitgebervertreter im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals vertreten.
 - › Es bereitet zuhanden des Staatsrats die Geschäfte vor, die die Sozialpartner betreffen.

Vorsteher des POA ist Markus Hayoz.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen nach Leistungsarten gliedern lassen:

- › Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- › Leistungen in seiner Funktion als Kontroll- und Beratungsorgan des Arbeitgebers Staat: Controlling und Berichtswesen zuhanden des Staatsrates, Entwürfe der Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten

und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;

- › Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Begleitung bei Kontakten mit den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;
- › Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung, hauptsächlich bei der Umsetzung von HR-Projekten, bei Funktionsbewertungen, bei der Personalweiterbildung sowie bei der Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Obwohl keine eigentliche Rangordnung aufgestellt werden kann, gibt es doch einige Leistungen, die Vorrang haben, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Gehaltsabwicklung. Das POA muss dafür sorgen, dass die Gehälter der rund 16 000 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnet und ausbezahlt werden.

2.1.2 Personaladministration

Die Personalfluktuationsrate hatte 2011 mehr Stellenausschreibungen zur Folge. So wurden 2011 mit 936 Stelleninseraten in den verschiedenen Publikationskanälen 606 Arbeitsstellen ausgeschrieben (586 im Jahr 2010).

Mit Verordnung vom 29. Juni 2010 hat der Staatsrat beschlossen, die Massnahme zur Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals bis zum am 1. Januar 2012 geplanten Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals zu verlängern. Die Massnahme besteht in der Gewährung einer AHV-Überbrückungsrente im Betrag der jährlichen einfachen AHV-Höchstrente. Insgesamt 169 Personen aus allen Abteilungen konnten 2011 von dieser vorzeitigen Pensionierung profitieren (170 im Jahr 2010).

2.1.3 Gehaltsadministration

Das POA verwaltet die Gehaltsdossiers der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung und des Unterrichtswesens. Es nimmt die allgemeinen Aufgaben wahr, die zur Gehaltsadministration gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, die Mutterschaftsentschädigung, den Erwerbssersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.). Hauptaufgabe des POA ist die

—
2011

Verwaltung der in seine Zuständigkeit fallenden Gehälter, die gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden ausserordentlichen Gehaltsskalen ausgezahlt werden müssen.

2.1.4 Informatik

Das POA gewährleistet mit seiner Abteilung «Informatik und Budget» die Planung aller Operationen im Zusammenhang mit der technischen Verwaltung des Personals, den Gehaltszahlungen und der Verwaltung der Module für die Personalbewirtschaftung. Diese Abteilung ist zuständig für den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern, bildet die Benutzerinnen und Benutzer der Software aus und berät sie. Sie ist auch für die Stellenbewirtschaftung verantwortlich und erstellt Vorschlag, Rechnung und Kontrolle des Personalbestandes.

2.1.5 Juristische Tätigkeit

Das POA leistet die für Personalentwicklung und Personalmanagement erforderliche rechtliche Unterstützung und hat auch im Jahr 2011 seine allgemeinen Aufgaben in der Abgabe von Stellungnahmen, in der Beratung und der Unterstützung für die Direktionen, die Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisse subventionierte Institutionen wahrgenommen. So hat es namentlich die Vernehmlassungsantworten zum Verordnungsvorentwurf über den Umgang mit belastenden zwischenmenschlichen Problemen am Arbeitsplatz und die Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung analysiert. Dem Staatsrat wurde eine Zusammenfassung dieser Vernehmlassung übermittelt, so dass er davon ausgehend gewisse Grundsätze bezüglich Struktur und Kompetenzen des Dispositivs zur Prävention und Bekämpfung von Mobbing am Arbeitsplatz verabschieden konnte. Ausgehend von den vom Staatsrat beschlossenen Grundsätzen wird das POA Anfang 2012 einen letzten Verordnungsentwurf unterbreiten, so dass das entsprechende Dispositiv nach seiner Genehmigung durch die Regierung in allen Sektoren des Staates eingeführt werden kann. Im Rahmen von Reorganisationen, die zu Stellenabschaffungen führten (Aufhebung des Autobahnamts und des Amtes für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge, Schliessung von Grabungsstätten des Archäologischen Diensts) hat das POA die betreffenden Anstellungsbehörden beraten und fachlich unterstützt und entsprechend Stellung bezogen. Hinsichtlich der vom VPOD an den Arbeitgeber Staat gerichteten Eingaben und gegen ihn angestrebten Verfahren bezüglich Kompensation von Nacharbeit hat das POA die betroffenen Spitalsektoren bei den Gesprächen mit den Gewerkschaften und den Antragsteller/-innen unterstützt. Das POA hat 2011 bei Anfechtungen der Funktionsbewertung und bei Kündigungsverfahren sowie bei

Verhandlungen in Bezug auf die Leistungen des Arbeitgebers bei Zwangspensionierung vor Erreichen des AHV-Alters auch mehrmals den Arbeitgeber Staat juristisch unterstützt. Schliesslich hat das POA selber auch eine Schulung über die Personalgesetzgebung für das Staatspersonal durchgeführt, die sich an die Verwaltungskader richtete.

2.1.6 Sozialversicherungen

Das POA gewährleistet einen Teil der sozialen und juristischen Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung. Es informiert die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederanstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads und unterstützt sie bei den Kontakten mit den Sozialversicherungen, insbesondere der Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Abteilung musste im Berichtsjahr 61 IV-Rentengesuche behandeln, gegenüber 53 Gesuchen im Vorjahr. Das POA ist auch für die Belange der Anstellung invalider Personen zuständig, und es prüft und bearbeitet zahlreiche Anfragen, kontaktiert die Verwaltungseinheiten, die in Frage kommen, und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 57 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2011 betrug der versicherte Lohn 80 % von maximal 126 000 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 1,176 Milliarden Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Viertel an die SUVA und zu drei Vierteln an einen Pool von Privatversicherern, der seit 2011 durch die Basler Versicherungen vertreten wird. Ein Siebtel der Lohnsumme ist bei der SUVA und sechs Siebtel sind beim Pool der Privatversicherer versichert. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools im Jahr 2011 6,37 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 13,6 ‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools 2011 1,10 ‰ und derjenige der SUVA 6,428 ‰ bzw. 32,139 ‰ für die Bereiche mit erhöhtem Risiko (Wald, Jagd und Fischerei).

Das dem POA unterstellte UVG-Büro ist das Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und den Basler Versicherungen Versicherten. 2011 hat das Büro rund 2500 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 18 % auf die SUVA und 82 % auf die Basler Versicherungen entfielen. Die Unfall-

2011

meldungen betrafen zu 23 % Berufs- und zu 77 % Nichtberufs-unfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 33 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2010	2011
Anzahl Versicherungsfälle UVG	2293	2499
– Berufsunfälle	550	570
– Rückvergütete Taggeldentschädigungen (in Tausend Fr.)	2 714	3106
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	15 220	19 740

Rückvergütungen Dritter:

- > Invalidenversicherung Fr. 82 078.05
- > Militärversicherung Fr. 59 106.70
- > Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter Fr. –.–

Im Laufe des Jahres 2011 wurde das elektronische Unfallmelde-system für Meldungen bei den Basler Versicherungen angepasst, damit auch die SUVA-Versicherten davon profitieren können. Die entsprechenden Arbeiten wurden in Zusammenarbeit des POA mit der SUVA und dem ITA ausgeführt, und ab 1. Januar 2012 kann die Datenbank Sunet Plus für beide Versicherer genutzt werden.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hat das UVG-Büro im Jahr 2011 annähernd 250 Unfall-versicherungsbestätigungen ausgestellt.

2.1.7 Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Der Fonds bezweckt, antrag-stellenden Mitarbeitenden, die sich vorübergehend in finanziel-len Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für ihren Lebens-unterhalt und/oder den ihrer Familie zu gewähren.

Im Jahr 2011 sind beim Sekretariat des Sozialfonds 15 Gesuche eingegangen. 12 Gesuchen wurde stattgegeben und 3 Gesuche wurden zurückgezogen, da sie die Voraussetzungen für eine Darlehensgewährung nicht erfüllten. Unter den bearbeiteten Gesuchen sind 8 an die CARITAS Freiburg weitergeleitet worden. Entsprechend der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Schuldenbera-tungsdienst der CARITAS Freiburg und dem Sozialfonds über-gibt nämlich der Sozialfonds komplexe Fälle zur eingehenden Prüfung und umfassenden Betreuung der CARITAS Freiburg (Unterstützung bei der Entschuldung). Je nach Situation kann die CARITAS Freiburg den Sozialfonds um ein Darlehen bitten, und auf der Grundlage der Empfehlungen von CARITAS Frei-

burg (Bericht über die finanzielle Lage der Gesuchstellerin/des Gesuchstellers) kann der Sozialfonds mit der Gewährung eines Darlehens eine punktuelle Finanzhilfe leisten.

Die Gesuche stehen meist in Zusammenhang mit unvorhergese-henen Ausgaben, schlechter Haushaltsführung oder dem Aus-einanderbrechen der Familie. An den Sozialfonds wenden sich auch immer wieder Personen, die wegen punktueller Schwie-rigkeiten Kredite bei Privatgesellschaften aufgenommen haben und sich nicht mehr alleine aus der Schuldenspirale befreien können. Gesuche um Darlehen für Konsumkredite werden immer abgelehnt. Die Finanzverwaltung zahlt die Darlehen direkt den Gläubigern aus, und die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person.

2.1.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Aufgabe der Abteilung für Arbeitssicherheit und Gesundheits-schutz (POA-S) ist die Umsetzung des Systems für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA-System), die Beratung und die Überwachung der Anwendung der Gesetz-gebung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Ar-beitsplatz (SGA).

2011 wurde die Ausbildung zum Thema «Vorbeugung und Um-gang mit Gewalt im Berufsalltag» in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) weiterge-führt. Für die Neuestellten der 60 als «risikoträchtig» ein-gestufteten Verwaltungseinheiten wurden 6 französischsprachige Kursmodule organisiert, und an dieser zweitägigen Ausbildung nahmen 12 Kadermitglieder und 60 Mitarbeitende teil.

Die 2010 in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gesund-heit Freiburg (HfG-FR) konzipierte Ausbildung zur Erste-Hilfe-Bezugsperson wurde weitergeführt. Es wurden 6 Kurse durch-geführt (wovon einer auf Deutsch), und an dieser eintägigen Basisausbildung nahmen 62 Mitarbeitende aus 13 Verwaltungseinheiten des Staates teil.

Aufbau und Betreuung des SGA-Systems nahmen 2011 ihren Lauf. Die ständige Kommission zur Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der kantonalen Verwaltung (SGA-Kommission) hat zweimal getagt. Ein beson-deres Ereignis war 2011 der Entscheid des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (FNPG) und des Amts für Strassen-verkehr und Schifffahrt (ASS), sich dem SGA-System des Staates Freiburg anzuschliessen. Gleichzeitig wurde die SGA-Organisa-tion für verschiedene HFR-Standorte eingeführt.

2011 wurde die SGA-Abteilung auch häufig gebeten, sich vor Ort zum Thema Ergonomie an Arbeitsplätzen in verschiedenen Ver-waltungseinheiten zu äussern.

2011

Im Rahmen des vom Staat Freiburg und der in das SGA-System eingebundenen Pensionskasse des Staatspersonals gemeinsam finanzierten Care Management (2,3 VZÄ) ist das Personal bei Arbeitsunfähigkeit und/oder Schwierigkeiten am Arbeitsplatz weiter betreut und unterstützt worden. Die Abteilung eröffnete 2011 in Zusammenarbeit mit den verschiedenen vom Care-Management-Prozess betroffenen Partnern 101 neue Dossiers. Vom Care Management wurden im Jahr 2011 insgesamt 142 Fälle betreut. Die Einführung dieses Verfahrens bei allen staatlichen Verwaltungseinheiten steht noch bevor und wird starten, sobald der Schlussbericht vom Staatsrat genehmigt worden ist. Obwohl sich das Care Management noch im Projektstadium befindet, wird es bei den Kadermitgliedern und Mitarbeitenden des Staates Freiburg immer bekannter und gefragter.

2.1.9 Bewertung der Funktionen

Die Abteilung «Funktionsbewertung» (SPO-E) verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig.

Das Berichtsjahr war für die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF) sehr arbeitsintensiv. So schloss sie die Bewertung von 21 Funktionen ab, wovon 6 Funktionen bei subventionierten Institutionen ausgeübt werden. Die Funktionsbewertung erfolgt nach einem eingespielten Verfahren. Eine der Etappen besteht in der Durchführung eines Plausibilitätstests, damit gewährleistet werden kann, dass die laufenden Funktionsbewertungen und die früheren Bewertungen kohärent sind. Aufgrund der steigenden Zahl der bewerteten Funktionen hat das KBF-Sekretariat im Berichtsjahr ein neues Informatiktool eingesetzt, mit dem dieser Plausibilitätstest durchgeführt werden kann.

Ende 2011 übermittelte die KBF dem Staatsrat den Bericht mit den Einreichungsanträgen für 21 Funktionen. Der Staatsrat hiess die Einreichungsentscheide gut und verabschiedete am 13. Dezember 2011 die Verordnung zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals. Die Einreihung der subventionierten Funktionen wurde von der Direktion für Gesundheit und Soziales und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport in der Verordnung vom 14. Dezember 2011 über die Einreihung subventionierter Funktionen genehmigt. Die vierte Etappe des dritten Mandats, mit dem der Staatsrat die KBF am 7. Juni 2005 betraut hatte, ist somit abgeschlossen.

Die KBF hat 11 Vollversammlungen abgehalten sowie in Delegationen an 2 Validierungssitzungen teilgenommen. An der Sitzung der KBF vom 20. Dezember 2011 war letztmals auch Suzanne Pauchard anwesend, die dieser Kommission seit deren Anfängen angehörte.

Nach den Artikeln 17 und 18 StPG müssen die Funktionen beschrieben werden. Um dieser gesetzlichen Pflicht nachzukommen, legte die KBF dem Staatsrat Anfang November ein Dossier mit den ersten 100 Funktionsbeschrieben vor, die von der KBF in Zusammenarbeit mit dem SPO-E verfasst worden waren. Der Staatsrat verabschiedete diese mit den Weisungen vom 8. November 2011 zu den Beschrieben der nach dem System Evalfri bewerteten Funktionen. Die Funktionsbeschriebe sind auf der Website des POA veröffentlicht.

Neben den Bewertungsarbeiten hat sich das SPO-E auch um den weiteren Verfahrensverlauf bezüglich der an den Staatsrat gerichteten Gesuche um einen formellen Entscheid und der Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit der Einreihung der Funktionen gekümmert.

2.1.10 Ausbildung und Entwicklung

Die mit der Ausbildung und Personalentwicklung beauftragte Abteilung (SPO-F) hat sich 2011 auf den Verordnungsentwurf über die Weiterbildung, auf die Analyse der Ausbildungsbedürfnisse mit einer individuellen Umfrage bei den Verwaltungseinheiten sowie auf die Einführung von Zertifikatslehrgängen für Kader konzentriert. Die Ausbildungsaufträge betrafen ein massgeschneidertes Angebot in den Bereichen Sprachausbildung, Informatik und Managementgrundlagen.

Das POA-F hat auch 17 Stellungnahmen zu Kostenübernahmen für lang dauernde Ausbildungen für die Ausstellung von entsprechenden Ausbildungsvereinbarungen abgegeben.

Das Weiterbildungsprogramm wurde wie folgt genutzt:

	2010	2011
Allgemeine Weiterbildung	482	575
Kaderweiterbildung	128	146
Sprachausbildung	100	115
Informatikkurse	507	331

Die Abteilung SPO-F sorgt für die Förderung der beruflichen Grundbildung beim Staat. Dazu unterstützt sie die Bereitstellung von Lehrstellen bei den Verwaltungseinheiten, kümmert sich um das Anstellungsverfahren der Lernenden, berät und informiert die Lernenden und ihre Ausbilder/innen, bietet den Lernenden ein Weiterbildungsprogramm an und wirkt an der Organisation der überbetrieblichen Kurse und der Lehrabschlussprüfungen mit.

2011 haben 145 Lernende eine berufliche Grundbildung beim Staat begonnen (gegenüber 131 im Jahr 2010). Ende 2011 waren 337 Lernenden beim Arbeitgeber Staat in Ausbildung, und zwar in 23 verschiedenen Berufen, namentlich 164 als KV-

2011

Angestellte/r, 40 als Laborant/in, 20 als Informatiker/in, 18 als Fachangestellte/r Gesundheit, 16 als Fachmann/Fachfrau Hauswirtschaft und 16 als Koch/Köchin.

Das Weiterbildungsangebot für Lernende besteht in interner Schulung, Weiterbildung und Sprachentandems. Die interne Schulung, um die sich die Abteilung SPO-F kümmert, umfasst das Kennenlernen des Staates im ersten Lehrjahr, den Besuch des Grossen Rats im zweiten Lehrjahr und eine Information über die berufliche Zukunft der Lernenden im letzten Lehrjahr. Im Rahmen der Weiterbildung können den Lernenden dank der Zusammenarbeit zwischen dem IWZ und der Abteilung SPO-F spezielle Weiterbildungskurse an zwei Tagen pro Jahr angeboten werden. Die Themenwahl zielt auf die Entwicklung der Sozial-, Fach- und Methodenkompetenzen der Lernenden ab. Mit den Sprachentandems können die Sprachkenntnisse in der Partnersprache vertieft werden.

Das Weiterbildungsprogramm der Lernenden wurde wie folgt genutzt:

	2010	2011
Interne Ausbildung der Lernenden	130	190
Weiterbildung der Lernenden	300	340

2011 wurden beim Staat Freiburg gemäss den der Abteilung Ausbildung des POA von den Verwaltungseinheiten übermittelten Anträgen 191 (fast 200 im Jahr 2010) bezahlte und unbezahlte Praktika absolviert. Die Nachfrage nach Praktikumsplätzen wird immer grösser und sprengt das Angebot. 2012 sollen die Dienststellen diesbezüglich erneut angegangen werden. Die Praktika werden normalerweise von den Verwaltungseinheiten übernommen und finanziert. Das POA musste ausnahmsweise für elf Praktikanten finanziell aufkommen.

2.1.11 Organisation

Die für die Organisation zuständige Abteilung SPO-O hat eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften. Sie stellt moderne Instrumente und Methoden im Bereich der Organisation zur Verfügung, die die Verwaltungseinheiten beim Aufbau rationeller, wirksamer und transparenter Organisationsstrukturen unterstützen.

Das POA begleitete und unterstützte mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Organisation, Optimierung oder Reorganisation, der Auswahl eines Beraters oder der Nachverfolgung von an Dritte übertragenen Arbeiten. In diesem Rahmen hat es mehrere Verantwortliche begleitet (Organisationscoaching) und 19 Aufträge in verschiedenen Dienststellen des Staates betreut, die sich wie folgt aufteilen:

- > Coaching: 7 Aufträge, rund 370 Stunden;
- > Beratung und Projekte: 11 Aufträge, rund 1150 Stunden;
- > Teambuilding: 1 Auftrag, rund 20 Stunden;

Ausserdem schulte die Abteilung an rund zwanzig Ausbildungstagen gezielt die Lernenden, die neuen Mitarbeitenden und diverse Organisationseinheiten.

Zur Unterstützung der Verantwortlichen entwickelte die Abteilung rund zehn neue Organisationstools.

Im Rahmen des Voranschlagsverfahrens hat die Abteilung rund 500 Anträge für die Schaffung neuer Stellen aufgenommen und den entsprechenden Bericht zuhanden der Direktionen und des Staatsrates vorbereitet.

Was den Fortgang des Projekts Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) betrifft, so wurde in allen Verwaltungseinheiten des Staates die Nachführung der Leistungskataloge in Angriff genommen und mit der Umsetzung der vom Staatsrat genehmigten Vorschläge fortgefahren.

Die Abteilung SPO-O hat sich um die Ausarbeitung eines HR- und Organisationshandbuchs mit mehr als 100 Themenblättern gekümmert, das allen Dienstchefinnen und Dienstchefs zur Verfügung gestellt werden soll.

2.2 Besondere Ereignisse

Im ersten Halbjahr 2011 wirkte das POA an den Arbeiten im Hinblick auf die Vorlage des Gesetzesentwurfs über die Pensionskasse des Staatspersonals vor dem Grossen Rat mit, der vom Grossen Rat am 12. Mai 2011 angenommen wurde. Im gleichen Kontext wurde im zweiten Halbjahr auf die Einführung der gesamten Ausführungserlasse hingearbeitet, insbesondere der neuen Modalitäten für einen wirklich flexiblen Altersrücktritt für das Staatspersonal: mögliche vollständige oder Teilpensionierung zwischen 58 und 65 (67 mit Zustimmung des Arbeitgebers und Finanzierung eines AHV-Vorschusses durch den Staat).

2011 erwarb das POA das Nutzungsrecht für eine neue Datenbank zum öffentlichen Dienstrecht. Die von der Rechtsfakultät der Universität Freiburg entwickelte Datenbank enthält eine umfassende Sammlung von Entscheiden von Bundes- und Kantonsbehörden im Bereich öffentliches Dienstrecht und Verantwortlichkeit der Amtsträger. Der Staat beteiligte sich auf Antrag des POA wie andere Kantonsverwaltungen auch finanziell am Aufbau dieser Datenbank, die sich als sehr nützlich erweist.

—
2011

Das POA erhielt 2011 auch den Auftrag, mit der Anschaffung eines elektronischen Rekrutierungstools, das dem Staat Freiburg ein moderneres, dynamischeres und attraktiveres Image verleihen soll, insbesondere dank der Möglichkeit, sich online zu bewerben, den Rekrutierungsprozess zu verbessern. Am 4. März 2011 wurde eine öffentliche Ausschreibung lanciert, und der Staatsrat hat den Zuschlag für den Erwerb eines Informatiktools am 21. Juni 2011 erteilt. Die Inbetriebnahme für die Dienststellen des Staates wird etappenweise zwischen Ende 2012 und Anfang 2013 erfolgen.

Die Konzepterarbeitung für das Projekt zielorientierte Führung und Analyse der Leistungen des Freiburger Staatspersonals wurde 2011 abgeschlossen. Dieses Projekt wurde allen höheren Kadern vorgestellt. Die im Allgemeinen positiven Ergebnisse der bei ihnen durchgeführten Umfrage werden zur Verbesserung des Konzepts verwendet.

Im Juni 2011 validierte der Staatsrat die Lancierung des Arbeitszeitverwaltungsprojekts «Gestion des Temps et des Activités» (GTA). Im Rahmen dieses Projekts soll den Verwaltungseinheiten eine einheitliche Informatikanwendung für die Arbeitszeitverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Systemanforderungen sind in der Validierungsphase, und die Wahl der Software sollte im Laufe des Jahres 2012 getroffen werden.

2011 ist die Fachstellenkonferenz ins Leben gerufen worden. Sie schliesst alle Verantwortlichen der Fachstellen für die Personalbewirtschaftung zusammen und hat die Koordination der Tätigkeiten in organisatorischer und finanzieller Hinsicht sowie im Bereich der Informatik zum Ziel. Die Fachstellenkonferenz, die als Austauschplattform funktioniert, hat 2011 zweimal stattgefunden.

Die Massnahme Nr. 3 des Wiederankurbelungsplans für zusätzliche Lehrstellen ist weitergeführt worden. Ende 2011 waren 337 Lernende beim Arbeitgeber Staat in Ausbildung, das heisst 29 mehr als Ende 2010.

Mit der Massnahme Nr. 4 des Wiederankurbelungsplans für junge Stellensuchende und Praktikumsplätze konnte das ordentliche Budget, das sich auf 700 000 Franken beläuft, um 2 300 000 Franken aufgestockt werden. Rechnet man den Saldo von 2010 hinzu, also 360 843 Franken, so beläuft sich der für 2011 verfügbare Betrag auf 3 360 843 Franken. Bis Ende 2011 konnten 39 Jugendliche beim Staat dank dieser Massnahme Berufserfahrung sammeln, ebenso 11 Praktikantinnen und Praktikanten, deren Anstellung nicht von den Dienststellen finanziert werden konnte. Die Verträge der jungen Stellensuchenden sind auf 6 Monate beschränkt. Meistens wird ihr Vertrag noch um 6 Monate verlängert. Bis Dezember 2011 sind 1 762 732 Franken als Gehälter an diese jungen Leute ausgezahlt worden.

VI. Amt für Informatik und Telekommunikation

1. Aufgaben

—

Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ist die zentrale IT-Fachstelle des Staates. Seine Hauptaufgabe ist die Bewirtschaftung (Planung und Anwendung) der Informatik, einschliesslich der Telekommunikationsbelange (Netz, Telefonie) der Kantonsverwaltung und der staatlichen Anstalten.

Direktor des ITA ist Roland Marro.

2. Tätigkeit

—

Die Betriebsbereitschaft und -fähigkeit des Informatiksystems wurde mit sehr raschen Anpassungen und Erweiterungen gewährleistet. In diesem Zusammenhang nahm das ITA folgende Hauptaufgaben wahr:

- > Governance des Informationssystems des Staates Freiburg (Architektur, Normen und Standards, Sicherheit, Steuerung und Koordination, kantonales Informatikbudget);
- > Leistungserbringung entsprechend den definierten Standards (Einrichtung von Informatiklösungen Anwendungen und Infrastrukturen, Betrieb und Support);
- > standardisierte Projektmethodik mit einem Ansatz, der standardisierte und vorhandene Lösungen bevorzugt;
- > eine leistungsfähige, standardisierte und konsolidierte Infrastruktur.

Die Tätigkeiten zielten auf eine nachhaltige Optimierung der Informatikressourcen ab sowie auf die Gewährleistung der Betriebsbereitschaft und -fähigkeit der Informatiksysteme des Staates.

2011 wurden Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der leistungsorientierten Führung (LoF) ab 2012 durchgeführt. Damit können die Informatikkosten noch transparenter identifiziert und den Nutzerinnen und Nutzern der kantonalen Informatik angemessen in Rechnung gestellt werden. Mit dem Einsatz des Messsystems als Entscheidungshilfe und zur operativen und strategischen Steuerung der Tätigkeit des Amtes kann die Führung des Amtes konsolidiert werden.

Für die positive Weiterentwicklung des eingeführten Systems braucht es ein ständiges Bestreben um Verbesserung.

 2011

Die interkantonale und interkommunale Zusammenarbeit im IT-Bereich wird weiter fortgesetzt und vertieft, z.B. im Bereich der Abstimmungen und Wahlen, der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Genf, Jura, Neuenburg, Wallis, Waadt und Freiburg betreffend die Wahl und das Hosting eines integrierten Informationssystems zur Auswertung der Analysen, der Resultate und der Proben der kantonalen Laboratorien, dem «RZGD» (Rechenzentrum Gemeinden Deutschfreiburgs) und CommuNet (französischsprachige Gemeinden), die im ITA gehostet werden.

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

Angesichts des Kontextes sowie der aktuellen Anforderungen und Aufgaben in Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Geoinformationsgesetzgebung hat der SYSIF-Leitungsausschuss im November 2010 beschlossen, das GIS-Kompetenzzentrum vom ITA zum Amt für Vermessung und Geomatik (VGA) zu transferieren. Dieser Transfer erfolgte Ende des ersten Halbjahres 2011 mit dem Umzug der vier betroffenen Mitarbeitenden und dem Abschluss einer Transfer- und Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem ITA und dem VGA. Der Tätigkeitsbericht 2011 des GIS-Kompetenzzentrums ist Bestandteil des Tätigkeitsberichts des Amtes für Vermessung.

2.1.2 Sicherheit der Informationssysteme

Die Sicherheit der Informationssysteme ist ein weites, sich ständig weiterentwickelndes Gebiet.

Die Sicherheit der Informationssysteme bzw. die Informationssicherheit kann einen Wettbewerbsvorteil bringen.

2.1.2 a Realisierte Vorhaben und Projekte

Die Richtlinie «Vorschriften und Grundsätze für die Benutzerinnen und Benutzer von Informationssystemen» wurde vom ITA validiert und soll 2012 der Informatikkommission des Staates zur Validierung unterbreitet werden.

Die Richtlinie «NSP-FR (Network Security Policy)» wurde vom ITA validiert. Sie bezweckt in erster Linie die Einrichtung eines gemeinsamen Sicherheitsstandards der Netzwerke beim Datenaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Bei einer Dienststelle des Staates Freiburg, die auf ihrem Webportal verschiedene öffentlich zugängliche Online-Dienstleistungen anbietet, wurde ein Audit durchgeführt um abzuklären, ob das Sicherheitsniveau dieser Dienstleistungen ausreichend ist. Die Sicherheit ist von verschiedenen Faktoren abhängig, na-

mentlich der Sensibilisierung der Entwickler, der eingesetzten Technologie, der vorhandenen IT-Architektur und dem Aktualisierungsstand der verschiedenen Komponenten. Alle diese Komponenten sind miteinander verbunden, und das ganze System ist jeweils nur so sicher wie seine schwächste Komponente. Mit der wiederholten Durchführung eines solchen Tests, der Ausbildung der Entwickler zu Sicherheitsfragen sowie dank der technologischen Verbesserungen lässt sich das Sicherheitsniveau der Anwendungen deutlich steigern.

Es wurde eine Grobanalyse (Vor- und Nachteile) von drei Risikobeurteilungsmethoden (EBIOS, MEHARI und Octave) durchgeführt. 2012 werden diese verschiedenen Methoden im Detail analysiert und allfällige Schlussfolgerungen hinsichtlich der Einführung einer solchen Methode gezogen.

Im Projekt «Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen des Staates» lagen die Schwerpunkte in der Neubeurteilung der Kritizität gewisser Anwendungen. Das Vorgehen bestand darin, zwecks Erstellung eines Leitfadens «Datensicherungs- und Datenbackupprozeduren» stichprobenweise drei kritische Anwendungen auszuwählen. Gegenwärtig wird das Gleiche mit den Basisdienstleistungen gemacht.

2011 konnten dank der intensiven Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgruppe «Sicherheit der Spital-Informationssysteme und klinischer Daten» und der Groupe Latin – Informatiksicherheit der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) zahlreiche Sicherheitsfragen behandelt werden:

- > Projekt eHealth des Bundes,
- > Business Continuity und Disaster Recovery Plan (BCP / DRP),
- > Sicherheit bei mobilen Geräten (Smartphone, Tablets (PC, iPad), Labtop usw.),
- > die Nutzung von Social Media im Gesundheitswesen (Facebook, Skype usw.),
- > sicherer Datenaustausch.

2.1.3 Sektion «Zentrale Dienste»

Die Sektion «Zentrale Dienste» unterstützt die Direktion in den finanziellen (Finanzplanung, Budgetierung, Finanzbuchhaltung sowie Kosten- und Leistungsrechnung) und vertraglichen Bereichen. Sie erbringt weiter Leistungen in den Bereichen Verwaltung des Personals des ITA, Logistik, Kundenbeziehungen (Direktionen und Dienststellen/Anstalten des Staates, Gemeinden, Kantone und Bund) sowie Führung des Sekretariats des Amtes.

2011

Die verschiedenen Kundenanfragen für Leistungen, die beim ITA beantragt werden, werden in der Sektion «Zentrale Dienste» bearbeitet. Die Sektion ist auch für die Koordination mit den betroffenen Sektoren innerhalb des ITA besorgt.

Das Team «Managementsupport» unterstützt ausserdem die Leitung des ITA in der Führung des Amtes, indem es sich um besondere Aufträge kümmert und Stellungnahmen vorbereitet und Stellungnahmen zu gewissen laufenden Projekten abgibt.

2.1.3 a Leistungsorientierte Führung (LoF)

Mit der leistungsorientierten Führung (LoF) sollen die Aktivitäten der Verwaltungseinheiten gesteuert, die Leistungsergebnisse bewertet, die Flexibilität erhöht sowie die Arbeitszeit und die Aktivitäten verwaltet werden.

Im Rahmen der Einführung des LoF-Konzepts im ITA musste das Amt erstmals für den Voranschlag 2012 folgende Arbeiten vornehmen:

- › Erstellen eines Leistungskatalogs für die LoF ausgehend vom im Rahmen der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) erstellten Leistungskatalog;
- › Definition von Zielen und Indikatoren für die einzelnen Leistungen;
- › Ausdehnung der Arbeitszeitplanung und Arbeitszeiterfassung auf alle Mitarbeitenden;
- › Einrichtung einer pro Leistung bereitgestellten Kosten- und Leistungsrechnung;
- › Verwaltung der gewährten Budgets auf Leistungsgruppenstufe;

Die Rechnung 2012 wird LoF-gemäss vorgelegt, und Abweichungen gegenüber dem Voranschlag werden für jede Leistungsgruppe einzeln begründet. Die Jahresrechnung und die Kosten der erbrachten Leistungen werden einer quantitativen und qualitativen Analyse unterzogen.

2.1.3 b Website

Die Website des ITA wurde im Laufe des Jahres 2011 aufgeschaltet und gibt insbesondere Auskunft über die verschiedenen Fachbereiche und die Organisation des Amtes sowie die Kontaktmöglichkeiten.

Es werden die wichtigsten Tätigkeitsbereiche vorgestellt, nämlich die Führung der kantonalen Informatik, die Einführung von Lösungen sowie der Betrieb und die Unterstützung.

Ein Redaktionskomitee sorgt dafür, dass wichtige Informationen laufend veröffentlicht werden und die Website auf dem aktuellen Stand gehalten wird.

2.1.3 c Bestandesaufnahme des PC-Parks

Die Sektion «Zentrale Dienste» hat den bestehenden PC-Park überprüft.

Alle Verwaltungseinheiten haben Informationen erhalten, anhand derer sie die Arbeitsstationen ihrer Einheit sowie deren Standort überprüfen konnten. Allfällige Abweichungen von diesen Informationen konnten dem technischen Dienst gemeldet werden.

Diese Kontrolle wird künftig jedes Jahr durchgeführt.

2.1.4 Sektion «Computing Service & Network» CS

Hauptaufgabe der Sektion «Computing Service & Network» (CS) ist es, den Informatikbenutzerinnen und -benutzern der Kantonsverwaltung und des freiburger spitals (HFR) die Informatikwerkzeuge zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre Arbeit benötigen, sowie den Support zu gewährleisten. Zu ihrer Aufgabe gehören auch sämtliche Telefonieleistungen für die Dienststellen der Kantonsverwaltung. Die damit verbundenen Aufgaben verteilen sich auf fünf Fachbereiche, die namentlich für die Wartung des PC-Parks und der Drucker, für den Betrieb der zentral geführten Informatikstrukturen und die Middleware, den Betrieb des kantonalen Informatiknetzwerks und den Benutzersupport zuständig sind.

2.1.4 a Sektor «Desktop»

Die Leistungen dieses Sektors sind im Wesentlichen direkt auf die Endbenutzerinnen und -benutzer ausgerichtet, insbesondere mit technischem Schwerpunkt auf den Arbeitsplatzsystemen (PCs, Drucker und Peripheriegeräte) sowie auf dem Benutzersupport mit Fernwartung.

Das Migrationsprojekt Windows 7 (neues PC-Betriebssystem) war ein Grossprojekt, das die Abteilung das ganze Jahr lang beschäftigte. Nach einer Zeit minutiöser Vorbereitung konnte Windows 7 Ende 2011 in einer ersten Pilot-Dienststelle implementiert werden. Dabei wurde der Schwerpunkt auf vermehrte Standardisierung des Arbeitsplatzes und auf die Nutzung der neusten Technologien gelegt (Virtualisierung von Anwendungen).

Neben der Einrichtung neuer PCs ersetzte der Sektor etwas mehr als 500 PCs in den Dienststellen der Kantonsverwaltung sowie für das freiburger spital. Mit dieser Erneuerung des PC-

2011

Bestands kann ein homogener und leistungsstarker Computerpark erhalten und auch der Unterhalt erleichtert werden.

Die Mitarbeitenden des Sektors Desktop im HFR haben an verschiedenen Projekten im Spitalwesen mitgewirkt, so namentlich an der Einrichtung von Informatikinfrastrukturen im Rahmen der Erweiterung des Operationsblocks 4-5-6, an der Anpassung der Ausstattung in Zusammenhang mit dem Projekt PACS der Radiologie (Picture Archiving and Communication System) und am Ausbau des Projekts «Elektronisches Patientendossier» am Standort Merlach. Die anhaltenden Renovierungsarbeiten der Räumlichkeiten des HFR sind mit erheblichen Umzugsarbeiten verbunden und erfordern den laufenden Einsatz des Informatikfachteams.

2.1.4 b Sektor «Middleware»

Dieser Sektor, der die technische Software (z.B. Datenbanken, Plattform für die elektronische Dokumentenverwaltung DMS) zur Verfügung stellt und betreibt, spielt eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen dem Betrieb der Informatikinfrastrukturen und der gesamten Informatiklandschaft und der Entwicklung neuer Lösungen. In dieser Rolle hat er zahlreiche branchenspezifische Projekte begleitet und unterstützt. Die wichtigsten Änderungen 2011 waren: Mitwirkung bei der Verstärkung der Plattform zur Verwaltung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse, Implementierung einer komplett erneuerten Version der Plattform zur elektronischen Dokumentenverwaltung des Staates, Verstärkung der Plattform für den applikationsübergreifenden Datenaustausch im Hinblick auf die Abstimmung auf staatliche Applikationen (zusätzlich zu denjenigen des HFR), Wahl eines neuen «Applikationsservers» für die Implementierung und den Betrieb von besonders komplexen Java-Applikationen, die nicht via Tomcat-Software implementiert werden können. Es gab sehr viel Arbeit mit der technischen Koordination von Aufträgen, um die Nachfrage nach spezifischen Lösungen befriedigen zu können.

2.1.4 c Sektor «Data Center»

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der zentralen Infrastrukturen des DataCenter sowohl für die Dienststellen der Kantonsverwaltung als auch für das HFR zuständig. Die Infrastrukturen bestehen im Wesentlichen aus Servern, Datensicherungssystemen sowie Backup-Einrichtungen. Der gegenwärtige Bestand an Servern umfasst rund 750 Server verteilt auf zwei DataCenter, wovon rund 550 virtuelle Server. Die Technik der Server-Virtualisierung ermöglicht auch einen geringeren Energieverbrauch und passt somit ins Konzept der «Green IT».

2011 hat dieser Sektor im Rahmen der Erneuerung des Serverparks oder für neue Informatiklösungen im Rahmen von Pro-

jekten mehr als 190 neue Server eingerichtet (mehrheitlich virtuelle Server). Weitere Tätigkeiten des Sektors waren:

- › Erweiterung der Terminal-Server-Farmen (verwendet für die Gerichtsbehörden, das HFR, die Gemeinden und für die Fernzugriffe (VPN));
- › Migration der Office-Dateien der Verwaltungsdienststellen auf eine neue Plattform mit redundanter Speicherung (NAS, die Migration geht 2012 weiter);
- › Migration des E-Mail auf die neueste Version des Mailsystems (Exchange 2010);
- › weitere Implementierung der Überwachungswerkzeuge für den Serverpark mit einer Abdeckung von heute bereits 500 Servern;
- › Datenspeicherung auf Disk, um die ständig mehr Zeit beanspruchende Datensicherung aufgrund des immensen Datenwachstums in den Griff zu bekommen.

Die zentralen Informatikinfrastrukturen sind also verstärkt und auf dem neuesten technologischen Stand gehalten worden und sind somit Garant für ein verlässliches, leistungsstarkes und sicheres Informationssystem des Staates Freiburg.

2.1.4 d Sektor «Telekommunikation»

Ein Schwerpunkt war 2011 die Inbetriebnahme des neuen «Backbone» 10Gb/s MPLS, im Herzstück des kantonalen Informatiknetzes. Diese neue Infrastruktur garantiert höchste Verfügbarkeit bei gleichzeitig flexiblerer Verwaltung sowie die Leistungsfähigkeit des Datentransportnetzes.

Bezüglich Datacenter ging die Einführung von Hochgeschwindigkeitsverbindungen mit 10 Gb/s weiter, mit denen eine ausreichende Datentransportkapazität angesichts der zunehmenden Datenmenge gewährleistet werden soll.

In Zusammenarbeit mit dem Sektor DataCenter wurden gemeinsame Studien über eine leistungsstarke Verbindung zwischen dem Netzwerk und der zentralen Datensicherungseinrichtung durchgeführt (SAN).

Im Bereich Telefonie ist die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) in die zentralisierte Lösung von Contact Center integriert worden, und mehrere Dienststellen wie die Kantons- und Universitätsbibliothek, die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg, die Abteilung Gefängnisse des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse sowie die Kantonale Sozialversicherungsanstalt sind auf die «Voice over IP»-Technologie

2011

(VoIP) umgestellt worden, womit die Kommunikationskosten bei den Dienststellen untereinander wegfallen.

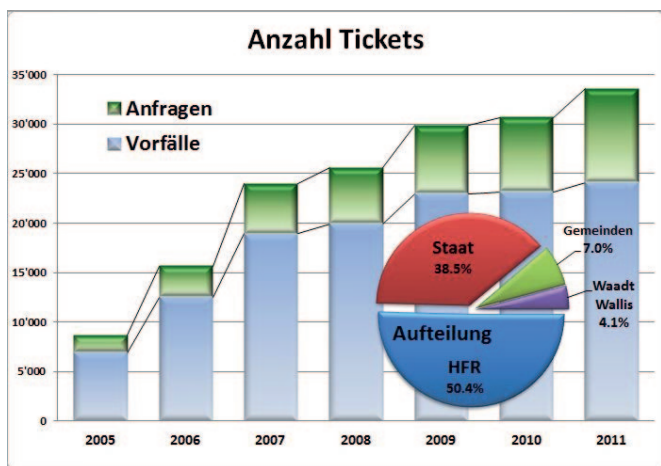
2.1.4 e Service Desk

Der Service Desk ist gemeinsame Anlaufstelle für die Mitarbeitenden des Staates, der Spitäler und der Gemeinden und bietet ihnen Support und Beratung bei der täglichen Arbeit mit den Informatikmitteln. Er ist damit Schnittstelle und Mittler zwischen dem ITA und den Usern.

Im Berichtsjahr hat der Service Desk den Usern ein Internetzugangportal zur Verfügung gestellt, damit sie ihr eigenes Ticket ausstellen und die erhaltene Leistung benoten können.

Im Juli konnte der Service Desk neue und grössere Räume beziehen und ist so auch für die neuen Supportbedürfnisse gerüstet. Ausserdem sind gewisse interne Verfahren, wie das Problemmanagement (sich wiederholende Vorfälle), konsolidiert worden.

Zur Statistik: im Jahr 2011 hat der Service Desk rund 34 000 Tickets bearbeitet (Vorfälle und Anfragen). Fast die Hälfte davon betraf die Freiburger Spitäler.



2.1.4 f Sicherheit auf der operativen und auf der Architekturebene

Die operativen Aufgaben der Sektion wurden durch den Sicherheitsingenieur und den Infrastrukturarchitekten unterstützt, insbesondere in Bereichen wie der Verstärkung der Sicherheit und der Optimierung der Infrastrukturen. Sie haben auch in vielen Projekten ihr Fachwissen eingebracht und Expertenmeinungen abgegeben.

2.1.5 Sektion «Solution Engineering» SE (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

> Leistungen im Bereich der IT-Governance, namentlich Aufbau der Informatikarchitektur des Staates, Verwaltung von Projektportfolios, Vorstudien und Leitschemata;

> Informatikprojekte in Zusammenhang mit der Anschaffung, Entwicklung und Implementierung von sektorspezifischen oder sektorübergreifenden branchenspezifischen Software-Lösungen sowie mit den generischen Informatikplattformen;

> Support und Wartung der generischen Softwareplattformen.

Die Mitarbeitenden waren 2011 an 60 Projekten (wovon 15 Grossprojekte) und 20 Vorstudien beteiligt und haben auch den technischen Support von 200 branchenspezifischen Anwendungen (wovon 25 vom ITA entwickelt) und fünf generischen Softwareplattformen gewährleistet.

Die hauptsächlichen Arbeiten im Berichtsjahr betreffen:

2.1.5 a GTA – Gestion des temps et activités - Arbeitszeitverwaltung

Das Arbeitszeitverwaltungsprojekt GTA soll den Verwaltungseinheiten, deren Personal mit 42-Stunden-Woche dem StPG unterstellt ist, ein gemeinsames Informatiksystem zur Arbeitszeitverwaltung zur Verfügung stellen.

Die Zielsetzungen des GTA-Projekts sind:

> erweiterte Funktionalitäten zur Arbeitszeitverwaltung für die Mitarbeitenden und die Verantwortlichen der Verwaltungseinheiten;

> integrierte Lösung zur Unterstützung der der Verwaltungseinheit eigenen Prozesse bezüglich Arbeitszeit der Mitarbeitenden;

> Integration mit den bestehenden Lösungen;

> raschere Bereitstellung der Informationen an die betroffenen Verwaltungseinheiten;

> Vereinheitlichung der Zeiterfassung;

> gemeinsame Funktionalitäten zur Wiederherstellung und Aggregation der Informationen;

> Bereitstellung eines Standard-Zeitverwaltungstools verbunden mit einer Zugangskontrolle, mit idealer Integration der bestehenden Lösungen.

2011

Aus dem Einsatz eines Standardtools ergeben sich auch Kostenvorteile (z.B. Kosten der Doppelerfassungen, Unterhalts- und Betriebskosten der verschiedenen Systeme usw.).

Die Lancierung des Projekts ist im Juni 2011 vom Staatsrat validiert worden. Die Projektorganisation ist bereit, die Systemanforderungen sind in der Validierungsphase und eine Arbeitsbeschreibung sollte im ersten Quartal 2012 erfolgen.

2.1.5 b Zahlungen per Internet

Im Rahmen der E-Government-Initiativen haben der Bund und die Konferenz der Kantonsregierungen einen Katalog priorisierter Vorhaben und Voraussetzungen erstellt. Im Katalog werden diejenigen öffentlichen Leistungen aufgelistet, die aus Sicht der Zielgruppen und aus Sicht der Verwaltung ein besonders gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen, wenn sie elektronisch erbracht werden. Auf dieser Grundlage hat das ITA im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung und der Staatskanzlei beschlossen, für den Staat ein Online-Zahlungssystem einzuführen.

Die Bedarfsanalyse und die Wahl einer Zielarchitektur sind 2011 erfolgt, so dass im ersten Halbjahr 2012 ein Pilotprojekt für die Betreibungsämter gestartet werden kann. Dieses neue Dienstleistungsangebot wird es den Betreibungsämtern des Kantons Freiburg ermöglichen, rund ein Drittel der jährlich 100 000 Anfragen für Betreibungsregisterauszüge über das Internet abzuwickeln.

2.1.5 c Austausch

Die E-Government-Schnittstelle für den elektronischen Datenaustausch zwischen der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) und den Freiburger Betreibungsämtern wurde Anfang Januar 2011 implementiert. Mit dieser Lösung können die Betreibungsbegehren in standardisierter, elektronischer und gesicherter Form direkt über die vom Bundesamt für Statistik entwickelte Datenplattform SEDEX (Secure Data Exchange) eingereicht werden. Mit dieser neuen Anwendung können die Betreibungsämter des Kantons Freiburg rund 30 % der Betreibungsbegehren (rund 30 000 von insgesamt 103 000) elektronisch bearbeiten. 2011 machten die Betreibungsbegehren der KSTV über 60 % der gesamten elektronischen Betreibungsbegehren (rund 19 000 von insgesamt 30 000) aus.

2.1.5 d ARPA – Avances & recouvrement des pensions alimentaires – Bevorschussung und Einforderung von Alimenten

ARPA ist eine Informatiklösung, mit der das kantonale Sozialamt die Dossiers der Alimentenbevorschussung und -einforderung verwaltet. Mit dieser Software können nicht nur die Grundelemente eines Dossiers verwaltet werden (Begünstigte,

Schuldner, Alimente, finanzielle Lage), sondern die Dossiers können auch finanztechnisch bearbeitet und die Ergebnisse anschliessend in SAP überführt werden. Die Personen, die die Dossiers verwalten, werden bei ihrer täglichen Arbeit durch Arbeitsprozesse unterstützt (z.B. Lohnabtretungsverfahren), durch ein Modul, das Dokumente mit gewissen bereits automatisch übernommenen Informationen generiert. Zusätzlich werden sie durch eine Geschäftsverwaltung für die massgeblichen Ereignisse und Fristen unterstützt.

Die Lösung wurde im Juni 2011 in Betrieb genommen, inklusive Übernahme der historischen Daten jedes Dossiers. Mit dieser Inbetriebnahme wurde das Projekt zur Stilllegung des Host abgeschlossen. In den folgenden Monaten konnte die neue Anwendung stabilisiert und die Entwicklung der nicht vorrangigen Funktionalitäten abgeschlossen werden. Das Projekt befindet sich gegenwärtig in der Endphase und wird voraussichtlich im ersten Quartal 2012 abgeschlossen.

2.1.5 e Tribuna V3 – Dossierverwaltungssystem der richterlichen Behörde

Die von der Delta Logic SA entwickelte Software Tribuna ist das Geschäftsführungsinstrument der Rechtspflege. Das Programm setzt sich aus verschiedenen Folgeprojekten zusammen und bezweckt Folgendes:

- › Migration der Organe der Rechtspflege, die die ältere Version T2000 verwenden, auf die neue Softwareversion Tribuna V3,
- › Einführung von Tribuna V3 in den Friedensgerichten,
- › Harmonisierung der Vorlagen bei den verschiedenen Gerichtsinstanzen,
- › Optimierung von Support, Betrieb und Wartung des Systems.

Die wichtigsten 2011 abgeschlossenen Etappen sind:

- › Formeller Abschluss der zwei Pilotprojekte: Migration der Staatsanwaltschaft auf Tribuna V3 und Ersteinführung der Anwendung in den sieben Friedensgerichten,
- › Initialisierung des Migrationsprojekts bei den sieben Bezirksgerichten und Migration des Pilotgerichts (Bezirksgericht Sane),
- › Anpassung der Informatikinfrastruktur mit Blick auf das Hosting aller Gerichtsinstanzen,
- › Abschluss der Kodierung der neuen Modelle im Anschluss an das Inkrafttreten der neuen Zivil- und Strafprozessordnung am 1. Januar 2011,

—
2011

- › Schaffung des Zwangsmassnahmengerichts und Realisierung der spezifischen Vorlagen für diese Instanz,
- › Initialisierung der Umsetzung des neuen Corporate Design der Gerichtsinstanzen.

2.1.5 f HarmPers – Harmonisierung der Personenregister

Am 23. November 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (RHG) und die entsprechende Botschaft. Mit diesem Gesetz, dem die Bundesversammlung am 23. Juni 2006 zustimmte, sollen die Datenerhebung zu statistischen Zwecken durch die Harmonisierung der amtlichen Personenregister und der Datenaustausch zwischen den Registern vereinfacht werden. In den Geltungsbereich des RHG fallen verschiedene eidgenössische Personenregister sowie die kantonalen und kommunalen Einwohner- und Wählerregister.

Das von der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) geleitete Umsetzungsprojekt auf kantonaler Ebene ist in drei Teilprojekte gegliedert, nämlich die Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Einwohnerkontrolle unter der Leitung der SJD, die Harmonisierung der kommunalen Register unter der Verantwortung des Amtes für Statistik und die Einrichtung der kantonalen Informatikplattform, für die das ITA zuständig ist.

Im Januar 2011 fand die erste registerbasierte eidgenössische Volkszählung statt, mit Stichtag 31. Dezember 2010, und der Kanton Freiburg zeichnete sich dabei durch seine Geschwindigkeit und die Qualität der erhobenen Daten aus.

Die Entwicklung der Fri-Pers-Plattform wurde weitergeführt, und die Zusammenarbeit mit dem Softwarelieferanten, der Bedag Informatik AG, sowie den zehn anderen Kantonen, die dieselbe Lösung einsetzen, mündete in die Inbetriebnahme zahlreicher neuer Funktionalitäten.

Den autorisierten Dienststellen des Staates und den Gemeinden wurde eine erste Version der Fri-Pers-Plattform zur Verfügung gestellt, die schon über 600 berechnete Benutzerinnen und Benutzer zählt. Die vollständige Version kann dann in Betrieb genommen werden, wenn alle Softwarelieferanten von Gemeindeflösungen in der Lage sind, die kantonale Plattform täglich mit allen Mutationsmeldungen der entsprechenden Gemeinden zu speisen.

Der Kanton Freiburg hatte das Präsidium der Nutzer-Community der Kantone inne, die GERES einsetzen.

2.1.5 g HarmAdminEcoles (HAE) – Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme

Die sich über die Jahre 2009 und 2010 erstreckende Studie des Projektes HarmAdminEcoles zwecks Harmonisierung und Verbesserung der Schulverwaltungs-Informationssysteme lief auch noch im ersten Halbjahr 2011 weiter.

Die entsprechenden Arbeiten betrafen 2011 hauptsächlich die Botschaft des Staatsrats zuhanden des Grossen Rates zum Dekret über den für die Realisierung des Projekts notwendigen Verpflichtungskredit, und sie gestalteten sich aufgrund von Umfang, Reichweite, Bedeutung, Finanzierungsbedarf und Sensibilität des Projektes ungewöhnlich langwierig, wurden doch im Rahmen der Vernehmlassung nicht weniger als dreissig Dienststellen angehört. Der Staatsrat hat die Botschaft schliesslich im Herbst 2011 verabschiedet, und das Geschäft wird voraussichtlich im März 2012 im Grossen Rat behandelt.

Im Hinblick auf die Verabschiedung der Botschaft und einen effizienten Start der verschiedenen Projekte ab Frühjahr 2012 wurden im zweiten Halbjahr 2011 bereits einige Arbeiten in Angriff genommen:

- › Erstellung des Dossiers für die öffentliche Ausschreibung (hauptsächlich Pflichtenheft und Verwaltungsvorschriften): Diese Ausschreibung wird voraussichtlich am 6. Januar 2012 publiziert.
- › Mitwirkung an der Lancierung der Vorstudie IAM (Management der Identifizierung, Authentifizierung und der Zugriffsmechanismen). Dieses Projekt wird von HAE mitfinanziert, steht jedoch unter der Leitung des ITA.
- › Mitwirkung an der Vorstudie und der Studie für das MDM (Master Data Management), einem von HAE mitfinanzierten, aber unter der Leitung des ITA stehenden Projekt. Der Baustein MDM ist für HAE von grundlegender Bedeutung für die Einrichtung von Referenzdatenbanken).
- › Abschliessende Einrichtung der Ad-hoc-Massnahme für die Weiterbildung an der PH.

2.1.5 h Wartungszentrum für Schulen

Mit dem Projekt CME (Centre de maintenance des écoles – Wartungszentrum für Schulen) werden folgende Ziele verfolgt:

- › Integration der Informatiksysteme der Schulen ins ITA,
- › Wahl einer spezifischen Organisation für die Wartung der Desktop-PC (Vision Campus),

2011

- › Beibehalten und Aufwertung der Rolle des Informatikkorrespondenten an den Schulen mit Abdeckung des pädagogischen und administrativen Bereichs mit entsprechendem Pflichtenheft,
- › Reorganisation der fachbereichsspezifischen Koordinationsfunktion des Informationssystems, das fri-tic und HAE umfasst, und Neudefinition der Entscheidungsstrukturen,
- › Schaffung eines Koordinationskomitees Schulen und eines Komitees Informationssystem der Schulen.

Die Tätigkeiten des Berichtsjahres lassen sich wie folgt zusammenfassen: Lancierung des Projektes mit der erforderlichen Kommunikation bei den beteiligten Partnern, Lancierung der Bedarfsanalyse für die ersten zwei Schulen (Kollegium St. Michael und PH), die zum Los 1 gehören, Vereinheitlichung der technischen Standards.

2.1.5 i CICLOP Wallis

Das Projekt CICLOP Wallis bestand darin, THEMIS, die vom ITA für die Betriebsämter des Kantons Freiburg entwickelte Anwendung zur Verwaltung der Betreibungen, in den Betriebsämtern des Kantons Wallis zu integrieren und dabei die Daten aus den vier unterschiedlichen laufenden Anwendungen zu übernehmen, gekoppelt mit den entsprechenden Massnahmen für die Bereinigung der Daten, die Schulung und die Inbetriebnahme.

Nachdem die Anwendung in den ersten sechs Betriebsämtern Ende 2010 in Betrieb genommen worden war, verlief auch die Inbetriebnahme bei den sechs anderen Betriebsämtern zwischen Februar und Juni 2011 erfolgreich. Somit wird THEMIS im Kanton Wallis nach Abschluss des Projektes von 12 Betriebsämtern, darunter vier deutschsprachigen, mit insgesamt 126 Benutzerinnen und Benutzern zur vollen Zufriedenheit genutzt, und der Kanton Wallis ist damit nach den Kantonen Freiburg und Waadt der dritte Kanton, der THEMIS für die Verwaltung der Betreibungen einsetzt.

Für die mit der Integration von THEMIS zusammenhängende Datenübernahme mussten eigens vier unterschiedliche Datenübernahmeprogramme erstellt werden. Diese Programme laufen und können künftig auch für eine Anwendung in anderen Kantonen wiederverwendet werden.

2.1.5 j VotelCom

Mit dem Projekt VotelCom sollen die Auszahlungsergebnisse der Oberämter dank der Software Votel verbessert werden. VotelCom soll von allen Gemeinden des Kantons eingesetzt wer-

den, damit die Ergebnisse der Auszahlung entsprechend fortlaufend im Internet publiziert werden können.

Es handelt sich um eine Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei, dem ITA und der Bedag Informatik AG. Im Hinblick auf die kantonalen und nationalen Wahlen vom Herbst 2011 hat das ITA eine breite Palette von Informatikspezialisten aus verschiedenen Bereichen (Projektmanagement, Testmanagement, Anwendungsentwicklung, Systemarchitektur, Serveradministration, Netzwerk und Datenbanken) beigezogen. Die wichtigsten Aufgaben waren:

- › Gewährleistung der Verbindung der Gemeinden zum Netzwerk des Staates,
- › Prüfung des reibungslosen Funktionierens der Software anhand von Belastungstests,
- › Anpassung der Informatikinfrastrukturen zur Gewährleistung eines optimalen Systemesatzes,
- › Prüfung der Vorbereitungsstufe jeder Gemeinde mithilfe der Organisation von gesamtheitlichen Tests und der Durchführung eines Probelaufs,
- › Anpassung der Software zur Erfüllung der funktionellen Anforderungen.

Das ITA stellte schliesslich dank geschützter Verbindungen 356 Stimmzählerinnen und Stimmzählern aus allen Gemeinden sowie dem Personal der Oberämter und der Staatskanzlei sein Rechenzentrum zur Verfügung.

2.1.5 k TaxPP&Enc – Veranlagung der Steuern der natürlichen Personen und Steuerbezug

Die Anwendung TaxPP&Enc besteht aus zwei Teilen:

Der Veranlagung der natürlichen Personen mit

- › dem Versand der Steuererklärungen und der Bewirtschaftung der eingegangenen Steuererklärungen,
- › der interaktiven Veranlagung der ordentlichen Einkommens- und Vermögenssteuer sowie der Rückerstattung der Verrechnungssteuer,
- › der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen,
- › der Ermittlung der Steuerguthaben der verschiedenen Steuerbehörden (Bund, Kanton, Gemeinde, Pfarrei),
- › der Mitteilung an die Partner,

—
2011

- > der Integration mit dem Verzeichnis der Steuerpflichtigen, dem Bezug und einem Werkzeug zur Abwicklung von Druck und Archivierungsaufgaben,
- > der operativen Steuerung,
- > der Zurverfügungstellung von Transaktionen für gewisse berechnete Dienststellen.

Dem Steuerbezug mit

- > der Fakturierung (Akontozahlungen, Schlussabrechnung),
- > der Nachverfolgung des Bezugs (inkl. Berechnung der Zinsen),
- > der Verwaltung des Mahnwesens,
- > der Überweisung der Bezüge zugunsten der Gemeinden und Pfarreien auf die entsprechenden Konten,
- > dem Erteilen von Auskünften,
- > der Mitteilung an die Partner,
- > der Integration mit der Veranlagung der natürlichen Personen, der Veranlagung der juristischen Personen, der Quellenbesteuerung und einem Werkzeug zur Abwicklung von Druck und Archivierungsaufgaben,
- > der operativen Steuerung.

Das Projekt wurde 2004 gestartet und im Januar 2008 umgesetzt. Die entsprechenden Teilprojekte, die Bestandteil des Pflichtenhefts sind, wurden bis Ende 2011 entwickelt. Alle Lieferungen konnten inzwischen validiert werden und der Projektabschluss ist im Gang.

2.1.5 | e-GTApP

Die Anwendung e-GTApP ist ein Zeiterfassungstool für die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung (LoF). Die Mitarbeitenden dieser Einheiten können angeben, für welche Leistungen wie viel Arbeitszeit aufgewendet wird. Diese Angaben werden dann in SAP übertragen für die Berechnung der Kosten nach Leistungen, da die Arbeitsstunden der Hauptkostenfaktor im Kosten-/Leistungsrechnungsmodell sind.

Die Anwendung wird gegenwärtig von neun LoF-Einheiten verwendet (FINV, WaldA, KGA, DMA, HSW, LIG, BEA, TBA, AB); für zwei davon ist sie 2011 in Betrieb genommen worden (TBA, AB). Beim AAFR ist die neue Anwendung am 1. Januar 2012 eingeführt worden.

2.1.6 | Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten.

Die Informatikkommission des Staates tagte im Jahr 2011 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors dreimal. Gemäss ihren Befugnissen nahm die Kommission zu folgenden Tätigkeiten und Projekten Stellung oder wurde darüber informiert:

Wichtige Informatikprojekte:

- > Bevorschussung und Einforderung von Alimenten,
 - > Wartungszentrum für Schulen,
 - > Integration von THEMIS (vom ITA entwickelte Anwendung) in den Betreibungsämtern der Kantone Waadt und Wallis,
 - > Anwendung für die Verwaltung der Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (DATEC),
 - > Arbeitszeitverwaltung beim Staat Freiburg,
 - > elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER Kanzlei),
 - > Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme,
 - > Harmonisierung der amtlichen Personenregister,
 - > Zahlungen per Internet,
 - > Veranlagung der natürlichen Personen und Steuerbezug,
 - > leistungsorientierte Führung des ITA,
 - > Kontinuität der Informatikdienstleistungen in den Bereichen Infrastrukturen und kritische Anwendungen,
 - > Migration der Applikation Tribuna für die richterlichen Behörden,
 - > Wahlen und Abstimmungen.
- Stellungnahmen zu spezifischen Geschäften:
- > im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung geplante Massnahmen im Informatikbereich,

—
2011

- › Sensibilisierungskampagne zu den Aspekten der Informatik-sicherheit bei den Usern,
- › Mobilitätsaspekte (Synchronisation von mobilen Geräten) und Benutzerrichtlinien,
- › eGovernment beim Staat Freiburg.

2.1.7 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)

Die kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU) ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten.

Die KK-IU fand sich im Jahr 2011 zu drei Sitzungen ein.

Gemäss ihren Befugnissen hat die Kommission zu folgenden Tätigkeiten ihre Stellungnahme abgegeben oder wurde darüber informiert:

- › Rechnung 2011 und Voranschlag 2012,
- › Projekte «Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informati-onssysteme» und «Wartungszentrum für Schulen»,
- › iPad in den Schulklassen,
- › Zukunft der Kommission und Steuerungsstruktur für die In-formatik an den Schulen.

2.1.8 Kommission für Informatik und Sicherheit des Informationssystems (CISSI) – HFR

Die Kommission für Informatik und Sicherheit des Informati-onssystems (CISSI) hat 2011 viermal getagt. Im Bereich Sicher-heit ist den Kommissionsmitgliedern die Sicherheitspolitik für die Informationssysteme des Staates Freiburg mit entsprechen-dem Vorgehen vorgestellt worden. Als Aktionsplan für 2012 wurde die Ausarbeitung einer Sicherheitspolitik für die Infor-mationssysteme im Gesundheitswesen vorgeschlagen, basierend auf der ISO-Norm 27799 und den Erfahrungen der verschiede-nen Gesundheitseinrichtungen der anderen Kantone über die HIL-Gruppe.

VII. Amt für Vermessung und Geomatik

1. Aufgaben

Das Amt für Vermessung und Geomatik (VGA) leitet, über-wacht, kontrolliert und koordiniert die Arbeiten der amtlichen Vermessung (AV). Es sorgt für die Erfassung und Nachführung der zur Erstellung und Führung des Grundbuchs notwendigen Informationen. Es ist verantwortlich für den Bestand, die Quali-tät, die Sicherheit und die Aufwertung der georeferenzierten Da-ten der AV. Das Amt arbeitet mit der eidgenössischen Vermes-sungsdirektion (V+D) zusammen, die die Oberaufsicht ausübt, und mit den amtlichen Ingenieur-Geometern, die die meisten Arbeiten ausführen.

Dienstchef ist Remo Durisch, Kantonsgeometer.

2. Amtliche Vermessung

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Fixpunkte

Wie in den vergangenen Jahren hat das Amt, bedingt durch die Rationalisierung der Methoden und durch die quantitative Abnahme der Referenzfixpunkte, nur eine minimale Leistung sichergestellt und nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Bezugspunkt signalisiert wurde. Auch beim Höhen-fixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt. Die Tätigkeit des Amtes konzentrierte sich auf die Begleitung der Geometerbüros bei der Umsetzung des neuen Referenz-systems der Landesvermessung (LV95) in den neuen Vermes-sungsoperaten. Dieser Erfahrungsaustausch erweist sich als sehr wertvoll für die Ausarbeitung eines kantonalen Konzeptes für den Wechsel des Referenzrahmens LV03 in LV95.

2.1.2 Basisplan der amtlichen Vermessung (früher Übersichtsplan)

Der Übersichtsplan 1:5000 in Rasterform des ganzen Kan-tonsgebiets ist für alle Dienststellen des Staates verfügbar und wird auch an Auftragnehmer des Staates und Dritte abgegeben. Seine Nachführung wurde jedoch Anfang 2011 aufgegeben zu Gunsten der Ausarbeitung des neuen, den Bundesnormen ent-sprechenden Produkts: des BP-AV (Basisplan der amtlichen Vermessung). Dieses Produkt geht direkt aus der kantonalen Vermessungsdatenbank hervor, ergänzt durch «Vektor25» von swisstopo in Gebieten ohne numerische AV.

2011

2.1.3 Parzellarvermessung

2.1.3 a Organisation

Die Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, der die strategische Leitung innehat, und den Kantonen, die die operative Verantwortung haben. Der Umsetzungsplan der neuen Parzellarvermessungen ist eng an die zwischen Bund und Kanton abgeschlossenen Programmvereinbarungen gebunden.

Die Programmvereinbarung 2008 2011 sieht die Integrierung von 50 000 Hektaren in die Datenbank und den Abschluss von Verträgen über 24 000 weitere Hektaren vor. Demgegenüber verpflichtet sich der Bund zur Zahlung eines Anteils über einen Gesamtbetrag von etwa 3,8 Millionen Franken (inklusive die 2011 gewährte Erhöhung von 530 000 Franken). Zu Beginn eines jeden Jahres wird zwischen swisstopo und dem Amt eine für das Jahr gültige Rahmenvereinbarung getroffen. Die Vereinbarung 2011 sah eine Leistung über 1000 Hektaren vor; das Ziel wurde erreicht (s. Punkte 2.1.3 b d).

Die Vorbereitungen für die neue Programmvereinbarung 2012–2015 haben Ende 2011 begonnen, und sie sollten im März 2012 abgeschlossen sein.

2.1.3 b 2011 beschlossene Operate

In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Arbeiten für die neue Parzellarvermessung von Ménières vergeben.

2.1.3 c Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 58 318 ha (60 093 ha), was 34,89 % (35,95 %) des Kantonsgebietes (ohne Gewässer) entspricht, während bereits 99 927 ha (98 149 ha) oder 59,79 % (58,72 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden.

2.1.3 d 2011 beendete Operate

Die neuen Parzellarvermessungen von Cugy-Bussy Lose 2 und 6, Le Bry Los 2, Muntelier Los 2 sowie die Erneuerung von Bösinggen Los 3a und Muntelier Los 1a wurden verifiziert und auf dem kantonalen Server zur Verfügung gestellt. Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der neuen Parzellarvermessungen von Ulmiz Lose 2 und 3, Lurtigen (Oberfeld und Wälder ausser GZ), Murten Los 8d (Murtenwald), Cressier (Los 3 Teil ausser GZ und Los 4 Wald), Villar-sur-Glâne Los 4 und Plasselb Lose 1 und 2 verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt. Die Auszahlung der Elemente für die Fakturie-

rung von Brünisried Los 1 wurde durchgeführt und wird 2012 in Rechnung gestellt.

Eine erste Verifikation hat für die Operate Vuisternens-devant-Romont Los 3, Les Montes Lose 1a und 3, Le Châtelard Los 1, Massonnens Los 1, St. Antoni Los 1a, La Roche Los 2, Charmey Los 1a, Mézières (Berlens) Los 3, Villarepos Lose 1 und 2, Cheyres Lose 1, 2, 3 und 5, Courlevon Los 3, Ecuwillens Los 3, Grandvillard-Estavannens Lose 1 und 2, Jaun Los 1a, Montagny (Mannens-Grandsivaz) Lose 1a und 2a, Romont Los 4 und Villaz-St-Pierre sowie für die Übergangskataster von Courlevon Lose 1 und 2 und Villeneuve Los 1 stattgefunden.

Die Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LNF) mittels Vermessungen wurden 2011 fortgesetzt.

2.1.3 e Unterhalt und Nachführung

Im Kanton Freiburg wird die amtliche Vermessung von den privaten Geometerbüros auf folgende Art nachgeführt:

- › Bei Gebieten, die noch immer nur über grafische Dokumente verfügen, werden die Mutationsvorschläge (Verbale) vom Amt technisch geprüft. Die Geometer führen dann einmal im Jahr die Grundbuchpläne nach.
- › Bei Gemeinden und Teilen von Gemeinden mit numerischen Daten gilt die Originaldatenbank als amtlich beglaubigt. Aufgrund von Auszügen aus dieser Datenbank erstellen die Geometer ihre Mutationsvorschläge der vermessenen Objekte. Diese werden vom Amt geprüft und dann im Rahmen eines Nachführungsprozesses, mit dem die etappenweise Gültigerklärung gehandhabt werden kann (Koordination mit dem Grundbuch), in die Datenbank integriert. Dieses System gemischter Mutationen optimiert die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und liefert dem Staat raumbezogene Daten, die er für seine Anwendungen und Projekte mit raumbezogenen Informationen benötigt. Der Datenaustausch erfolgt in einem Standardformat, das den Unternehmern die Freiheit der Methoden und der Wahl der Werkzeuge gewährt.

2011 haben die amtlichen Geometer dem Amt 3164 (3833) Mutationsverbale zugestellt. 1060 (1082) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 948 (939) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 3600 (2846) Mandate und 2264 (2654) Kontrollvisen erteilt. Die Bemühungen zur Verminderung der Dauer für die Nachführung der Gebäude in der Datenbank werden fortgesetzt und wenn möglich noch verstärkt. Mehr als 4 von 5 Mutationen (86 %) betreffen die Datenbank.

2011

Die jährliche Nachführung 2011 der Pläne für das Grundbuch wurde anhand der im Jahre 2010 erstellten Mutationsverbale ausgeführt. Für die 2837 (2784) bereits in der Datenbank abgespeicherten Pläne wurde diese Verifikation vom Amt auf der Grundlage der generierten offiziellen Pläne direkt in den Grundbuchämtern durchgeführt. Die neuen PDF-Dateien mit Stand vom 31. Dezember 2010 wurden für alle Pläne erstellt und den Grundbuchämtern und den amtlichen Geometern zur Verfügung gestellt.

Die Sicherheitskopien der 2011 von den Geometern durchgeführten Feldaufnahmen wurden fortlaufend durch Einscannen mit «Canofile for Windows» erstellt. Die gelieferten Messungen werden jedoch noch immer als von Vermessungsgeräten stammende Dateien abgespeichert. Eine zusätzliche, 2010 begonnene Prüfung für eine Migration auf eine modernere Anwendung, die mehr als vierhundert verschiedene Dateiformate lesen könnte und an die sich die Geometerbüros direkt anschliessen könnten, wird 2012 abgeschlossen.

2.1.4 Geomatik AV

2.1.4 a Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO)

Die Datenbank ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Die Migration und die Anpassung der Daten an das neue Modell haben damals 6 365 182 Objekte generiert, die in 17 verschiedene Informationsthemen (oder Kategorien) aufgefächert sind. Heute enthält die BDMO 10 144 802 (9 634 714) Objekte.

Die Objekte werden in der Datenbank durch ausschliesslich von den privaten Geometern vorbereitete Dossiers erzeugt, abgeändert oder gelöscht. Vor der definitiven Validation durchläuft ein Dossier vier Stadien: reserviert, offen, in Erwartung der Validation und dann definitiv erledigt.

2.1.4 b Nomenklatur und Adressen

Die neue Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV), die seit dem 1. Juli 2008 in Kraft ist, sieht vor, dass alle Strassen von Ortschaften und anderen bewohnten Agglomerationen einen Namen haben müssen. Die Verordnung bestimmt auch, dass einzig und allein die Schreibweise der Strassennamen der amtlichen Vermessung in den amtlichen Dokumenten des Bundes (Die Post), der Kantone und der Gemeinden verwendet werden darf.

Der Kanton hat glücklicherweise nicht auf die neuen Bestimmungen gewartet, um die Gemeinden zu ermutigen, namentlich im Rahmen von neuen Parzellarvermessungen oder Numerisierungen die Strassennamen festzulegen. Die Originaldatenbank umfasst bereits 96 840 (94 727) Punkte von Gebäudeeingängen.

Seit September 2010 werden ebenfalls die projektierten Gebäude mit ihren Adressen erfasst. 2011 wurden 4190 (1261) projektierte Adressen erfasst.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Nomenklaturkommissionen hat das Amt 35 (40) Dossiers geprüft und dazu Stellung bezogen. 5 (20) Dossiers bezogen sich auf Totalrevisionen der Lokalnamen und die Zuteilung von Strassennamen im Rahmen von neuen Parzellarvermessungen.

2.1.4 c Abgabe AV

Entsprechend der mit swisstopo abgeschlossenen Vereinbarung hat das Amt die numerischen Höhen und Flächenmodelle an zahlreiche Kunden abgegeben. Dies gilt auch für das Orthofoto und den Übersichtsplan. Dank einer von Autodesk und dem ITA entwickelten Anwendung können die Dauerbenutzer seit Dezember 2007 die Datenauszüge über einen Auszugsserver, der eine täglich ab der Originaldatenbank replizierte Geodatenbank benutzt, selbständig erstellen. Das Amt stellt natürlich auch weiterhin die Daten der AV, die Teil der Geobasisdaten sind, auf den Abgabeservern der kantonalen Verwaltung zur Verfügung, um sie so den Benutzern und auch den Nichtfachleuten zugänglich zu machen.

2.1.4 d Koordination AV mit dem Grundbuch und den anderen Dienststellen

Das Grundbuch und das Amt verwalten beide an die Liegenschaften gebundene Informationen, und eine Koordination ist unverzichtbar, um die Verbindungen zwischen den Internet-Plattformen des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu garantieren. Über kurz oder lang sollen die Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zusammengeschaltet werden, um eine echte Rationalisierung der Hinterlegungsverfahren der Dokumente beim Grundbuch zu ermöglichen. Diese 2009 begonnene Arbeit wird im Rahmen des Projekts DSK2 zur Ersetzung und Verbesserung der Programme «Mutationsregister der AV» und «Verwaltung der Liegenschaftsbeschreibungen» fortgeführt (s. Punkt 2.2.1).

Der «Computer-GB-Plan» wurde in Zusammenarbeit mit dem Grundbuch eingeführt. Ziel ist es, die Papierversion des Grundbuchplans abzuschaffen (gegenwärtig 2837 Pläne in der BDMO) und sie durch einen Computerzugang zu ersetzen. Die Vorteile liegen vor allem darin, dass die AV-Daten täglich nachgeführt werden und die Druckkosten wegfallen.

Das Grundbuch und das Amt arbeiten auch zusammen, um dem Amt für Landwirtschaft (LwA) die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Berechnung der an die landwirtschaftlichen Nutzflächen gebundenen Direktzahlungen notwendig sind. Es wurde ein ganzer Satz von Abfragen geschaffen, um die land-

 2011

wirtschaftliche Nutzfläche pro Liegenschaft in den numerischen Vermessungszonen zu berechnen. Das Grundbuch ergänzt diese Resultate mit der Gesamtfläche der noch nicht numerisierten Liegenschaften und den Eigentümern. Diese Daten werden dann in das System des LwA (GELAN) eingegeben, mit dem die Angaben der Landwirte geprüft werden können.

2.2 Besondere Ereignisse AV

2.2.1 Ersatz der DESCAs-Anwendung durch DSK2

Nach intensiver Arbeit der Projektgruppe, bestehend aus externen Spezialisten im Auftrag des ITA, aus Mitarbeitern des ITA und des VGA sowie aus Vertretern der Grundbuchämter und der Freiburger Geometervereinigung, konnte die Version 1.1 der Anwendung DSK2 Ende Juni 2011 in Betrieb genommen werden. Diese enthielt nur einen Teil der Funktionalitäten, die zur Stilllegung des IBM-Hosts des ITA notwendig sind. Die Version 1.1.2 wurde Ende November installiert. Die Inbetriebnahme der Version 1.1.3, mit der man über alle im Pflichtenheft vorgesehenen Funktionalitäten verfügen wird, ist für Ende Januar 2012 geplant. DSK2 erfüllt voll und ganz seine Aufgabe und bietet seinen Usern ein modernes und ergonomisches Instrument, um seiner Rolle als Mutationsregister und zentrale Datenbank der Liegenschaftsbeschreibungen gerecht zu werden. Die Anwendung ermöglicht den Geometern das Verfassen, den Ausdruck, die Überwachung und die Archivierung der Verbale und der Nachführungsprotokolle der AV. DSK2 funktioniert als Schnittstelle zwischen der Datenbank der amtlichen Vermessung und Capitastra, der Verwaltungssoftware des Grundbuchs. Die Integration von Funktionen für die Archivierung und das Nachsehen der Dokumente sollte das Angebot an Funktionen von DSK2 vervollständigen und aus ihr ein Hauptwerkzeug für die Mitarbeiter des VGA und der Geometerbüros machen.

2.2.2 Referenzrahmen LV95

Wegen des zunehmenden Einsatzes von Positionierungsgeräten, wie z.B. GPS-Navigatoren, wurde der mehr als hundertjährige schweizerische Referenzrahmen erneuert und an den europäischen Referenzrahmen angebunden, um von diesen technologischen Vorteilen voll profitieren zu können. Der neue, LV95 genannte Referenzrahmen basiert auf der Landesvermessung von 1995 und sollte ab 2016 den gegenwärtigen Referenzrahmen LV03 ablösen. Der Begriff «LV03 ↔ LV95 Transformation» tauchte erstmals in einem Rundschreiben der eidgenössischen Vermessungsdirektion im Juni 2000 auf. Seither hat swisstopo in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen die Vernetzung der für diese Transformation notwendigen Dreiecke für die ganze Schweiz und die Grenzländer finalisiert. Dieser CHENyx06 genannte Datensatz ist jetzt für alle Produzenten von Geodaten verfügbar. Die ersten Arbeiten für die AV werden 2012 ausge-

führt. In einer zweiten Phase wird die Studie auf weitere Geodaten ausgedehnt.

3. GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

Gemäss Entscheid des SYSIF-Leitungsausschusses vom November 2010 ist das GIS-Kompetenzzentrum vom ITA zum VGA transferiert worden. Dieser Wechsel ändert nichts am Auftrag des GIS-Kompetenzzentrums und an den Aufgaben, die es beim Staat erfüllt.

3.1 Aufgaben

Das GIS-Kompetenzzentrum mit dem GIS-Koordinator koordiniert die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Geoinformationssysteme innerhalb der Verwaltung und beteiligt sich an der Planung und Ausführung der Arbeiten. Es fungiert ebenfalls als Kontaktstelle zu den Kunden und den Partnern in der Verwaltung. Unter Führung des Leitungsausschusses verwaltet es die an das freiburgische Geoinformationssystem (SYSIF) gebundenen Daten.

3.2 Ordentliche Tätigkeit

3.2.1 Koordination

Die GIS-Koordination erfolgt:

- > in Zusammenhang mit den Aufgaben der IT-Governance im Bereich der Geoinformation: Zusammenlegung und Verwaltung der Infrastrukturen, Softwareanschaffungs- und Softwarenutzungspolitik, Prüfung im Hinblick auf die Erfüllung der Benutzerbedürfnisse und entsprechende Angleichungen. 2011 hat das GIS-Kompetenzzentrum die Erneuerung seiner ganzen Hardware- und Softwareinfrastruktur abgeschlossen. Es hat ferner eine Sitelizenz mit dem Hauptsoftwarelieferanten abgeschlossen.
- > in Zusammenhang mit der Geodatenverwaltung: Richtlinien für die Strukturierung (Harmonisierung), Edition, Aktualisierung und Aufbewahrung der Daten, Verwaltung der Metadaten, Beratung bezüglich Verbreitung und Tarifierung der Geodaten;
- > im Rahmen von gemeinsamen Zielen dienenden Vorhaben wie Geodatenkatalog und Geoportal des Kantons Freiburg. 2011 hat das GIS-Kompetenzzentrum eine Vorstudie im Hinblick auf die Einrichtung eines Geodatenextraktors (Plattform für zentrale Datenabgabe) in die Wege geleitet.
- > im Rahmen von Projekten (z.B. Entwicklung von Informatiklösungen, Implementierung von Informationssystemen,

—
2011

Beschaffung oder Aufbereitung von Daten) zur Abdeckung der Bedürfnisse von Dienststellen, zu deren Aufgaben das Landmanagement gehört, sowie von Geodatennutzern.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Fachvereinigungen wie der SOGI oder geosuisse, im Rahmen von Programmen (z.B. e-geo.ch, ASA 2011) und Projekten des Bundes (z.B. geocat.ch, nationales Geodatenportal, MISTRA) sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern.

Im Bereich Geoinformation findet der Austausch zwischen den Kantonen hauptsächlich über die Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO) und ihre Fachgruppen (z.B. IGArc «Interessengemeinschaft ArcGIS» und «coordination intercantonale romande») statt.

Die interkantonale Koordination in der Geoinformation (IKGEO) vereinigt die Delegierten der kantonalen Fachverbände aus den Bereichen Geoinformation, Raumplanung, Umwelt, amtliche Vermessung, Grundbuch, Verkehr, Landwirtschaft, Forsten sowie Natur- und Landschaftsschutz; ebenfalls dabei sind Vertreter der Städte und Gemeinden. Die IKGEO wird von den Kantonen finanziert und stellt die Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Anwendung des GeoIG und die Mitarbeit bei der Schaffung der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI) sicher. Der GIS-Koordinator ist der offizielle Ansprechpartner der IKGEO für den Kanton Freiburg.

Schliesslich ist auch die sich konkretisierende interkantonale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und Vorhaben (z.B. für die Verwaltung der Oberflächengewässer und die Aktivitätszonen) zu erwähnen sowie der häufige Austausch mit den Gemeinden, den Hochschulen und den privatwirtschaftlichen Partnern.

3.2.2 Projekte und realisierte Vorhaben

Die wichtigsten kantonalen Projekte des GIS-Kompetenzzentrums waren 2011: SI-Eaux – Gewässerinformationssystem (TBA), SIPO – Führung des Katasters der belasteten Standorte (AfU), Wasserqualität (AfU), DATEC – Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (BRPA), GELAN (Gesamtlösung EDV Landwirtschaft) – Agrarinformationssystem (LwA), ForestMap – Informationssystem zur Verwaltung der Waldgeodaten (WaldA), Zivilschutzeinrichtungen – Verwaltung der Schutzeinrichtungen, für die der Zivilschutz zuständig ist (BSMA), HarmBat – Harmonisierung der Gebäude und Wohnungen, AV-WMS (VGA), Inventar der Sportanlagen des Kantons Freiburg – Anwendungen für die Konsultation und die Verwaltung (SpA) und InfoMat – Materialnutzung (BRPA).

In Zusammenarbeit mit dem ABSM hat das GIS-Kompetenzzentrum an verschiedenen Projekten und Mandaten mitgewirkt wie die Lieferung von Kartenmaterial an die kommunalen Leitstellen (KLS), die Entwicklung von JEF-Anwendungen (Ereignistagebuch Freiburg) oder die Einrichtung einer Web-Plattform für die Katastrophenorganisation Freiburg (KOF). Es hat auch eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Polizei im Bereich der Kriminalanalyse und der Kartographie der Verkehrsunfälle und Verbrechen in die Wege geleitet.

Das technische Projekt ArcGIS wurde 2011 mit folgenden letzten Verwirklichungen abgeschlossen:

- › Migration der geografischen Datenbank;
- › Einrichtung von Datenbanken für die Produktion und die Konsultation und von speziellen Datenbanken (für das Gewässerinformationssystem und für den kantonalen Richtplan);
- › Aufschalten der Anwendung für die Konsultation der verfügbaren Liegenschaften von WIF;
- › Aufschalten der Anwendung für die Konsultation des kantonalen Richtplans (BRPA);
- › Ersatz von ArcView 3.x, veraltete, noch vom BRPA benutzte Anwendung, durch ein internes Konsultationsgeoportal («Préavis SeCA»);
- › Entwicklung eines Werkzeugs zur Konsultation des GB von einer GIS-Stelle aus.

In Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen hat das GIS-Kompetenzzentrum auch in den folgenden eidgenössischen Programmen und Projekten mitgewirkt: MISTRA – Management-Informationssystem Strasse und Strassenverkehr (ASTRA und TBA), ASA 2011 – Agrarsektoradministration (BLW und LwA), eGRIS – elektronisches Grundstückinformationssystem (EGBA und Grundbuchämter).

3.2.3 Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatensätze (rund 500 vektorielle und 150 Rasterdatensätze) sowie die dazugehörigen Metadaten (über 350 in geocat.ch, dem geografischen Datenkatalog erfasste Metadatenblätter) auf einer immer komplexer werdenden Architektur. Im Laufe des Jahres 2011 konnte das kantonale GIS in folgenden Bereichen um einige interessante Datenpakete angereichert werden: Amtliche Vermessung (Basisplan), Kantonsstrassen (primäre und sekundäre Verkehrsachsen, Anhaltspunkte, Knoten, Bezirke, Verkehrsaufkommen usw.), Human Powered Mobility (Anzeiger der

 2011

Wanderwege), Landwirtschaft (Rebbaukataster, Bodenerosion, Bienenhäuser), Oberflächengewässer (Gewässernetz und verwandte Geodaten), Materialnutzung, Baubewilligungsgesuche, Karte der Hochwasser-gefahren im Mittelland, Schutzwälder (SilvaProtect), kulturelles Erbe (Inventar der Ortsbilder – ISOS), Grenzen der kommunalen Leitstellen, Sportanlagen, Lärmkataster (Strassen-, Bahn- und Luftverkehr; sonBase-Datenbank des BAFU), Bodenkarten, geologischer Atlas der Schweiz (in vektorieller Form), topografisches Landschaftsmodell, Pixelkarten in sehr kleinem Massstab.

3.2.4 Information und Promotion

Die Website des kantonalen GIS (<http://www.sysif.ch>) stellt dem breiten Publikum Hintergrundinformationen zur Verfügung. Ihr Inhalt wird regelmässig aktualisiert, insbesondere die Rubrik «SYSIF im Dienst der Öffentlichkeit».

Das Geoportal des Kantons Freiburg (<http://www.geo.fr.ch/>) ist im Jahr 2011 weiter ausgebaut worden: Schnittstelle mit den Anwendungen zur Konsultation der Grundbuchdaten «RFpublic» und «Intercapi», Karte «Umwelt» vervollständigt mit den von der StFV betroffenen stationären Anlagen, Ergänzung der «AV»- und «Raumplanungs»-Karten mit den geplanten Gebäuden und Adressen, neue Informationen betreffend die Schutzwälder und Hochwassergefahren (Mittelland) auf der Karte «Naturgefahren». Mit dem KGA und dem AAFR wurde eine neue Karte «Denkmalpflege» erarbeitet, die im Januar 2012 aufgeschaltet wird.

Das GIS-Kompetenzzentrum hat mehrere Kurse für die Mitarbeiter des Staates Freiburg organisiert. So hat es namentlich im Rahmen des Weiterbildungsprogramms des Staates Einführungskurse zur Nutzung des Geoportals durchgeführt.

4. ÖREB-Kataster

4.1 Aufgabe

Das Amt für Vermessung und Geomatik, das im Gesetzesentwurf (KGeoIG), der sich gegenwärtig in der Vernehmlassung befindet, als Ansprechpartner vorgesehen ist, koordiniert die ersten Arbeiten zur Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBK).

4.2 Vorarbeiten

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) ist ein neues Instrument zur Publikation von zuverlässigen Informationen über das Grundeigentum. Seine Einführung wurde mit dem Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeoIG) beschlossen und mit der Verordnung vom 2. September 2009 über

den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) konkretisiert. Er entspricht den Zielen des GeoIG, das eine bessere Zurverfügungstellung der Geoinformationen vorsieht, um so die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Entscheiden und an wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen eines modernen Staates zu erleichtern. Er entspricht auch voll und ganz den Absichten, die Behördengänge effizienter und volksnäher zu gestalten. Der ÖREB-Kataster erweitert das auf dem Grundbuch und der amtlichen Vermessung basierende bestehende privatrechtliche Katastersystem, indem der Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen eingeführt wird.

Der ÖREB-Kataster wird in zwei Etappen eingeführt. In einer ersten Etappe erfolgt die Einführung in 8 ausgewählten Kantonen im Rahmen von 7 Pilotprojekten. Die gesammelten Erfahrungen dienen dann den anderen Kantonen als Grundlage für die Eröffnung der zweiten Etappe. Der Kanton Freiburg nimmt an der ersten Etappe nicht teil. In der zweiten Etappe, ab 2014, werden Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des ÖREB-Katasters durchgeführt, unter anderem das Erstellen der gesetzlichen Grundlagen für eine kantonale Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (KÖREBKV). Die Einführung wird in der ganzen Schweiz ab 2016, spätestens aber am 1. Januar 2020 erfolgen.

5. Besondere Ereignisse «Geoinformation»

5.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Zur kantonalen Umsetzung des Bundesgesetzes über Geoinformation und der dazugehörenden Ausführungs-Verordnungen hat das Amt einen Vorentwurf zu einem kantonalen Gesetz über Geoinformation (KGeoIG) verfasst und in die Vernehmlassung geschickt, die Revision des Gesetzes über die amtliche Vermessung (AVG) in Angriff genommen und eine erste Version des Katalogs der freiburgischen Geobasisdaten (des Bundes- oder Kantonsrechts) erstellt.

Ferner beteiligte sich das GIS-Kompetenzzentrum an folgenden Arbeiten:

- > Antwort des Staatsrats zur Teilrevision der Verordnung über Geoinformation (GeoIV) betreffend die Anpassung des Anhangs 1, Katalog der Geobasisdaten;
- > Harmonisierung der Geodaten: Mitarbeit bei der Erstellung der Minimalmodelle und Teilnahme an mehreren Anhörungen im Bereich der Geoinformation (Modelle der minimalen Geodaten, Rahmenmodell für den ÖREB-Kataster), der Raumplanung, der Forstwirtschaft, der Naturgefahren, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Landwirtschaft;

—
2011

› Harmonisierung der Geodienste: Teilnahme an der Anhörung «Vereinen harmonisierter Geodienste» («Unir des géo-services harmonisés»).

5.2 HarmBat

Das Amt nimmt aktiv am Projekt «HarmBat» teil, das die Harmonisierung der auf die Gebäude und Wohnungen bezogenen Daten zum Ziel hat. Die Verwirklichung der neuen Anwendung des BRPA, gekoppelt mit dem Register der auf die Gebäude und Wohnungen bezogenen Daten, ist in diesem Sinne und sollte eine integrierte Verwaltung der Merkmale/Attribute der Gebäude und Wohnungen zwischen den verschiedenen Partnern im Kanton Freiburg ermöglichen, d.h. dem BRPA, der KGV, dem VGA, dem GB, dem StatA, der KSTV usw.

5.3 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Aufgrund des Transfers des GIS-Kompetenzzentrums ins VGA hat das Amt 2011 eine umfangreiche Nachführung des Leistungskatalogs des Amtes vorgenommen.

VIII. Grundbuch

1. Aufgaben

—

Das Grundbuch ist das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (z.B. Dienstbarkeiten oder Grundpfandrechte). Das Grundbuch ist nicht ein einzelnes Verzeichnis, sondern besteht aus dem Tagebuch (in dem die Grundbuchanmeldungen nach Reihenfolge ihres Einganges eingeschrieben werden), dem Hauptbuch (d.h. der Gesamtheit aller Grundbuchblätter), den auf der amtlichen Vermessung beruhenden Plänen, den Belegen (Kauf-, Dienstbarkeitsverträge usw.) und den Hilfsregistern (Gläubiger-, Eigentümerregister). Der grösste Teil des Grundbuches wird mit dem Informatikprogramm Capitastra geführt, der Rest in Büchern und eidgenössischen Grundbuchblättern.

Die Führung des Grundbuchs ist im Kanton Freiburg durch die Grundbuchämter (eines pro Bezirk) gewährleistet.

Die Grundbuchämter sind auch Steuerbehörde. Sie verlangen die Handänderungssteuer bei Grundstückübertragungen, die Grundpfandrechtssteuer sowie die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

Sie verfügen dazu über 32,35 Vollzeitäquivalente und bilden 4 Personen aus (kaufmännische Berufsmatura und kaufmännische Grundbildung mit Profil B und E).

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind (in alphabetischer Reihenfolge): *René Aeby (Sensebezirk)*, *Zoltan Barsi (Greyerzbezirk)*, *Joseph Borcard*, ab dem 1. September 2011 als Nachfolger von Jean-Jacques Gumy, der in Pension gegangen ist, (*Broyebezirk*), *Anita Bulliard (Vivisbachbezirk)*, *Josef Haag (Seebezirk)*, *Denise Jan (Glanebezirk)* und *Bertrand Renevey (Saanebezirk)*.

2. Grundbuchämter

—

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die wichtigsten ordentlichen Tätigkeiten der Grundbuchämter sind die Bearbeitung der Eintragungsbegehren, die Ausstellung von Grundbuchauszügen sowie die Beantwortung von Auskunftsbefehlen.

Im Jahr 2011 wurden 35 298 Eintragungsbegehren gestellt, die 119 102 Grundstücke betrafen (2010: 34 442 Eintragungsbegehren für 127 384 Grundstücke).

Die elektronische Ersterfassung des eidgenössischen Grundbuchs wurde fortgesetzt. Am 31. Dezember 2011 waren 150 145 Grundstücke vollständig informatisiert, das heisst 75,41 % aller Grundstücke im Kanton (31.12.2010: 143 531 Grundstücke, 72,40 % aller Grundstücke). Im Jahr 2011 wurden somit 6614 Grundstücke informatisiert.

Bei den Informationen über die Rechte an Grundstücken unterscheidet man die von der Grundbuchverwalterin oder vom Grundbuchverwalter oder ihrer/seiner Adjunktin bzw. ihrem/seinem Adjunkten unterzeichneten, mit öffentlichem Glauben ausgestatteten, offiziellen Grundbuchauszüge, die Einsicht in Grundbuchdaten via Internet (Intercapi und Rfpublic) sowie die elektronische Übermittlung von Grundbuchdaten. Die Konsultation von Intercapi hat 2011 um 8,05 % abgenommen und betraf 213 725 Grundstücke, während diejenige von Rfpublic um 1,41 % abgenommen hat und 405 032 Grundstücke betraf. Die Abnahme ist insbesondere auf die Installation von DSK2 zurückzuführen. Die Grundstücke werden, ohne über Intercapi oder Rfpublic zu führen, in dieses System eingespeist und können zur Erstellung der Verbale von den Geometern abgefragt werden.

Es wurden zudem 10 717 offizielle Grundbuchauszüge ausgestellt, die sich auf 25 001 Grundstücke bezogen (2010: 14 557 Auszüge, die sich auf 26 671 Grundstücke bezogen). Die Abnahme ist mit der vermehrten Verwendung der über Intercapi verfügbaren Daten für Verträge zu erklären.

—
2011

Nebst der täglichen elektronischen Datenübertragung an die Kantonale Steuerverwaltung und ans GIS-Kompetenzzentrum gingen insgesamt 145 Datenlieferungen an das Amt für Vermessung und Geomatik, die Gemeinden und die Geometerbüros.

Die Auskunftsbegehren betreffen verschiedene Fragen in Zusammenhang mit den Grundstücken. Es handelt sich dabei beispielsweise um Fragen zu den eingetragenen Rechten, steuerlichen Aspekten, nachbarrechtlichen Vorschriften, dem bürgerlichen Bodenrecht sowie um Fragen zu anderen im Grundstückswesen geltenden Gesetzgebungen.

In allen Grundbuchämtern ist das Einscannen der Dokumente fortgesetzt worden. So sind 2011 42 504 (2010: 63 529) Belege und Verbale sowie 12 354 (2010: 23 798) eidgenössische Grundbuchblätter eingescannt worden.

2.1.1 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs umfasst die Bereinigung der Rechte mit einer Anerkennung durch die Eigentümer, die Bearbeitung der Pfandrechte sowie die Begründung neuer Rechte.

Im Jahr 2011 wurde das eidgenössische Grundbuch der folgenden Gemeinden oder Teile von Gemeinden in Kraft gesetzt: Villars-sur-Glâne Los 4, Jaun Los I, Plasselb Lose I+II (ganze Gemeinde), Ulmiz, Muntelier Lose Ia+II und Châtonnaye.

2.1.2 Informatik

Um die Informatikbelange kümmert sich ein «Comité informatique», bestehend aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikverantwortlichen für das Grundbuch. Der Informatikverantwortliche war weiter mit seiner Aufgabe der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems beschäftigt, insbesondere mit der Applikation Capi+, der Abwicklung und Verwaltung des Scannings, der Mitarbeit am Projekt DSK2, der Mitarbeit im Projekt eGRIS Terravis, Arbeitsgruppe elektronischer Geschäftsverkehr und Informatiktechnik. Dazu kamen die Migration auf eine neue Version von Oracle, die Testvorbereitung (Terminal Server) für eine neue Plattform und Technologie, Vorarbeiten für die Migration auf eine neue Version (Applikation und Infrastruktur) von Capitastra und Intercapi.

Das «Comité informatique» hielt 2011 vier Sitzungen ab. Die Garantie der Nachhaltigkeit, Qualität und Sicherheit der Daten war nach wie vor eines der Hauptanliegen, dazu kamen die Vorarbeiten für die Migration (Budget und Planung).

Mitglieder des «Comité informatique» wirkten ausserdem am Projekt DSK2 des Amtes für Vermessung und Geomatik mit, das in der Neuentwicklung der Anwendung Desca und im Aufbau einer Verbindung zwischen den Systemen der Grundbuchämter und der amtlichen Vermessung besteht und nunmehr realisiert ist.

2.1.3 Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter hielt im Jahr 2011 vier Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, allgemeine oder juristische Fragen zu beantworten, die Praxis der Grundbuchämter zu vereinheitlichen, kantonale und eidgenössische Projekte zu prüfen (eGRIS, elektronische öffentliche Beurkundung, GBV) und sich über die Entwicklungen im Bereich der Informatik zu informieren. Themen waren insbesondere die Sachenrechtsrevision mit dem Registerschuldbrief, die neue Grundbuchverordnung und die kantonalen Anpassungen zu dieser neuen Gesetzgebung.

Der Vorstand der Vereinigung trifft sich jedes Jahr mit einer Delegation der Freiburger Notariatskammer.

2.1.4 Austausch mit Instanzen anderer Kantone und des Bundes

Eine Delegation der Grundbuchverwalter/innen nimmt zweimal jährlich am «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teil, an dem jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden, sowie an der Tagung des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter, an der die statutarische Generalversammlung stattfindet, Informationen des für das Grundbuch- und Bodenrecht zuständigen Bundesamtes weitergegeben und Vorträge gehalten werden.

Mitglieder des «Comité informatique» nahmen auch mehrfach an Treffen mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung (Capitastra und Intercapi) teil, um Erfahrungen auszutauschen und nach Synergien zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung bei der Entwicklung und beim Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung zu suchen.

Im Rahmen der Umsetzung des Projektes eGRIS sind die Grundbuchverwalter/innen mit einem Mitglied im Steueraus Ausschuss vertreten, und einige sind Mitglieder verschiedener dafür geschaffener Arbeitsgruppen. Der Aufwand für diese Tätigkeit ist im Zunehmen begriffen.

2011**2.1.5 Grundbuchgebühren**

Im Jahr 2011 beliefen sich die erhobenen Grundbuchgebühren auf 8 463 491 Franken (7 777 894 Franken im Jahr 2010). Die Grundbuchverwalter/innen sind auch für die Einsprachen gegen die Gebührenerhebung zuständig.

Die Gebühren für die Datenabfrage via Internet mit Intercapi beliefen sich auf 224 623 Franken (- 2,17 %) und für die Zustellung von Daten auf 35 428 Franken (+ 3,99 %).

2.2 Besondere Ereignisse

Im Hinblick auf die Einführung der Sachenrechtsrevision des Bundes (Registerschuldbrief und die neue Grundbuchverordnung, die am 1. Januar 2012 in Kraft treten), haben die Grundbuchverwalter/innen mehrere Arbeitssitzungen zur koordinierten Anwendung derselben abgehalten. Dazu sind für Januar 2012 Treffen mit den Vereinigungen der Notare und Geometer abgemacht.

Im Auftrag der Finanzdirektion haben Grundbuchverwalter/innen in der Arbeitsgruppe Einsitz genommen, die die Aufgabe hat, die kantonale Gesetzgebung an die neuen sachenrechtlichen Vorschriften des Bundes anzupassen.

3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde**3.1 Ordentliche Tätigkeit****3.1.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes**

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich 2011 auf 4 179 292 Franken (2010: 4 041 110 Franken).

3.1.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. 2011 belief sich der Gesamtbetrag der Handänderungssteuern auf 25 724 420 Franken (2010: 24 068 000 Franken) und der Gesamtbetrag der Grundpfandrechtssteuern auf 12 290 038 Franken (2010: 11 167 636 Franken).

3.1.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer hat 2011 zwei Dossiers bearbeitet, die einen Gesamtschätzwert von 2 390 500 Franken ergaben. Die Schätzungskommission wurde 2011 viermal beigezogen, besonders in der zweiten Jahreshälfte. Die Schätzungsberichte zu diesen vier Fällen können aufgrund der Schwierigkeiten im Hinblick auf die Ortsbesichtigungen und das Einholen der erforderlichen Auskünfte erst 2012 vorgelegt werden.

Die Schätzungskommission ist in ihrer Zusammensetzung unverändert geblieben, abgesehen davon, dass Jean-Jacques Gachoud sein Amt niederlegen möchte. Marc Fahrni, Meisterlandwirt, wird ihn ab 2012 ersetzen.

4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch**4.1 Organisation**

2011 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Bettina Hürlimann-Kaup, Professorin an der Universität Freiburg, präsidiert. Als Mitglieder gehörten der Behörde an: Pierre-Henri Gapany, Anwalt und Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, sowie Catherine Overney, Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, die gleichzeitig auch Sekretärin der Behörde ist. Alexandra Rumojungo, Professorin an der Universität Freiburg, Jérôme Delabays, Kantonsrichter, sowie Ludovic-Jean Egger, Notar, gehörten der Behörde als Ersatzmitglieder an.

4.2 Ordentliche Tätigkeit

Die Aufsichtsbehörde hat 6 Sitzungen abgehalten. Sie hat die laufenden Geschäfte erledigt und die sich stellenden juristischen Fragen behandelt. Sie hat alle Grundbuchämter besucht und Stichkontrollen vorgenommen. Die Behörde hat auch zu mehreren Gesetzesentwürfen Stellung bezogen.

4.3 Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden 7 Beschwerden eingereicht (9 im Jahr 2010). Es wurden 8 Entscheide gefällt: 6 Abweisungen, 1 Nichteintreten, 1 Rückzug. 2 Dossiers wurden in das Jahr 2012 übertragen. Der Appellationshof des Kantonsgerichts hat eine Beschwerde abgewiesen; eine weitere ist noch hängig.

—
2011

IX. Finanzinspektorat

1. Aufgaben

Die Aufgabe des Finanzinspektorats (FI) ist im Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) definiert. Dem Finanzinspektorat obliegt die Kontrolle der Kantonsfinanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden. Das Finanzinspektorat ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Es kann keine operativen Aufgaben wahrnehmen. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene neue Revisionsrecht bringt neue Vorschriften über die Revisionspflicht, die Revisionsarten und die Revisionsstellen. Mit der von der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde erteilten Zulassung können sämtliche Revisionsdienstleistungen nach neuem Recht erbracht werden. Das Finanzinspektorat hat seine Zulassung im Oktober 2008 erhalten. Diese Anerkennung auf eidgenössischer Ebene und der Eintrag im öffentlichen Register bestätigen, dass das Finanzinspektorat seine Dienstleistungen in Einhaltung der hohen Anforderungen des Bundesrechts erbringt.

Vorsteherin des Finanzinspektorats ist Irène Moullet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats ist die rechtliche, technische und wirtschaftliche Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates, der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser privater, vom Staat subventionierter Institutionen.

Mit Blick auf die ordnungsgemässe Rechnungslegung wird die Korrektheit der Organisationsabläufe sowie der Prozesse und Verfahrensabläufe bei der Führung der Buchhaltung und der Rechnungslegung geprüft. Diese Prüfung umfasst die Analyse und die Validierung der zentralen Finanzvorfälle wie Löhne, Einkauf, Fakturierung und Gewährung von Subventionen. Ausserdem wird auch der Rechnungslegungsprozess unter die

Lupe genommen, namentlich bezüglich der Einhaltung der Vorschriften des FHG.

Bei der Überprüfung der Rechtmässigkeit der Ausgaben geht es darum sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen von den dazu befugten Personen und in Einhaltung des FHG sowie der Spezialgesetze eingegangen sowie die gewährten Budgets eingehalten worden sind.

Bei der Planung seiner Kontrollen der Dienststellen und Anstalten legt das Finanzinspektorat nach Massgabe der Grösse der Dienststellen und der Einschätzung des finanziellen Risikos autonom und unabhängig die Häufigkeit seiner Kontrollen fest. So werden gewisse Dienststellen und Anstalten jährlich kontrolliert, während andere, mit weniger finanziellen Risiken behaftete Dienststellen weniger häufig kontrolliert werden. Es müssen jedoch alle Dienststellen in angemessenen Abständen kontrolliert werden.

Das Finanzinspektorat versucht bei seinen Kontrollen Mängel und Schwachpunkte aufzuzeigen. Es gibt Empfehlungen ab, die sich positiv auf die Wertschöpfung auswirken. Es kann eine aussenstehende Fachperson beiziehen, wenn für eine Kontrolle besondere Fachkenntnisse erforderlich sind. So hat das Finanzinspektorat 2011 einen Ingenieur zur Kontrolle der Bauarbeiten des Kollegiums Gambach sowie einen Informatikprüfer zur Kontrolle des Veranlagungs- und Inkassosystems der Kantonalen Steuerverwaltung beigezogen.

Zur Effizienzsteigerung seiner Kontrollen hat das Finanzinspektorat eine Datenbank mit allen seinen Empfehlungen eingerichtet. Damit wird ein einheitliches Verfahren angestrebt, mit dem sichergestellt werden kann, dass die abgegebenen Empfehlungen umgesetzt werden oder dass eine Nichtumsetzung begründet ist. Den Abschluss jeder Kontrolle bilden in der Regel ein Gespräch mit den für die Rechnungslegung zuständigen Personen und die Abgabe eines Prüfberichts. Dieser Bericht wird der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, dem Staatsrat, der Finanzverwaltung und der jeweils verantwortlichen Person der kontrollierten Dienststellen und Anstalten zugestellt. Der Bericht enthält nicht alle Prüfergebnisse, sondern nur diejenigen Punkte, denen besondere Beachtung zu schenken ist.

2011 hat das Finanzinspektorat 84 Prüfberichte und 21 Empfehlungen abgegeben.

2011 hat das Finanzinspektorat die Jahresrechnung 2010 der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) in Bern geprüft.

Die Revisionsberichte 2011 teilen sich wie folgt auf:

2011

Richterliche Behörde – Vollziehende Behörde – Verwaltung:	63
Fonds und Stiftungen:	8
Diverse Aufträge:	13
Die 83 ordentlichen Prüfberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:	
Staatskanzlei	1
Erziehung, Kultur und Sport	18
Sicherheit und Justiz	22
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	13
Volkswirtschaft	14
Gesundheit und Soziales	6
Finanzen	6
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	3

Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten ist dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt worden.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

2011 hat der Kanton Freiburg den neuen harmonisierten Kontenrahmen (HRM2) gutgeheissen. Der Kontenplan musste somit überarbeitet werden. Das Finanzinspektorat kontrollierte, ob bei der Migration vom alten zum neuen Kontenplan alle Daten übernommen wurden.

Bei dezentralisierten Dienststellen nimmt das Finanzinspektorat dienststellenübergreifende Prüfungen vor. So werden alle Dienststellen, die dieselbe Dienstleistung erbringen, nach einem einheitlichen Programm geprüft. Mit diesem Vorgehen können die «best practices» eruiert und die Gleichbehandlung gewährleistet werden. 2011 hat das Finanzinspektorat die sieben Betriebsämter, alle Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte und die sieben Oberämter des Kantons geprüft.

Das Finanzinspektorat kann Aufträge von einem Mitglied des Staatsrats erhalten. 2011 erhielt es zwei Anfragen des Vorstehers der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion. Eine Anfrage betraf Honorarforderungen in Zusammenhang mit dem Poya-Projekt, und im zweiten Auftrag ging es um eine Stellungnahme

des Finanzinspektorats zur Berechnung der MWST im Rahmen eines Leistungsauftrags mit dem Bundesamt für Strassen.

Das Finanzinspektorat nimmt an der «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» teil.

Das Finanzinspektorat nimmt auch an der alljährlich von der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) organisierten Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen teil.

Die EFK setzt verschiedene Fachgruppen ein, und das Finanzinspektorat wirkt in einer Fachgruppe zum Thema Steuern und NFA mit.

2.2 Besondere Ereignisse

Das Tätigkeitsgebiet und die Berufsstandards, denen das Finanzinspektorat entsprechen muss, machen eine ständige Weiterbildung erforderlich. Die «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» organisiert jedes Jahr ein zweitägiges Weiterbildungsseminar für alle Mitarbeitenden der kantonalen Finanzkontrollen. An diesem Seminar nehmen rund hundert Personen aus der internen Finanzkontrolle auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene teil. 2011 präsidierte die Vorsteherin des Finanzinspektorats das Organisationskomitee dieses Seminars, und fünf Mitarbeitende nahmen am Seminar teil.

—
2011

X. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
FINANZEN	382,26	371,81	10,45
ZENTRALVERWALTUNG	382,26	371,81	10,45
3700 / FINS Generalsekretariat	6,35	5,92	0,43
3705 / TRES Finanzverwaltung	24,51	25,75	-1,24
3710 / IFEF Finanzinspektorat	7,20	6,20	1,00
3725 / CIEF Amt für Informatik und Telekommunikation	82,49	79,15	3,34
3730 / OPER Amt für Personal und Organisation	30,93	29,11	1,82
3740 / SCCF Kantonale Steuerverwaltung	178,42	177,51	0,91
3745 / ENRE Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuer	2,59	2,44	0,15
3760 / SCAD Amt für Vermessung und Geomatik	17,18	13,59	3,59
3765 / RFON Grundbuchämter	32,59	32,14	0,45



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions DAEC
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD

WWW.FR.CH/RUBD

Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD

—
2011

I. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD)	1	VI. Hochbauamt	53
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	53
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	53
3. Interkantonale Zusammenarbeit	6	3. Zusammenfassung der Ausgaben	60
4. Streitfälle	6		
5. Gesetzgebung	7		
II. Bau- und Raumplanungsamt	7	VII. Personalbestand	61
1. Aufgaben	7		
2. Tätigkeit	7		
3. Koordination, Verwaltung und Studien	7		
4. Kantonalplanung	8		
5. Ortsplanung	9		
6. Bauten	9		
7. Beschwerden	9		
8. Kommissionen	10		
III. Amt für Umwelt	10		
1. Aufgaben	10		
2. Tätigkeit	11		
3. Gewässerschutz	16		
4. Labor und Stoffe	19		
5. Luftreinhaltung	20		
6. Lärm und nichtionisierende Strahlung	21		
7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit	22		
8. Abfälle und belastete Standorte	24		
IV. Tiefbauamt	26		
1. Aufgaben	26		
2. Tätigkeit	26		
3. Sektion Finanzverwaltung	27		
4. Sektion Verwaltung	28		
5. Sektion Strassennetzmanagement	30		
6. Sektion Strassenprojekte	32		
7. Sektion Strassenunterhalt	39		
8. Sektion Gewässer	40		
V. Autobahnamt	47		
1. Aufgaben	47		
2. Tätigkeit	47		
3. Personal	47		
4. Ressourcen	47		
5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)	49		

—
2011

I. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD)

1. Aufgaben

Über ihre Ämter sorgt die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) für eine verantwortungsvolle Raumentwicklung, einen angemessenen Umweltschutz, leistungsstarke, sichere und bedürfnisgerechte Verkehrsinfrastrukturen sowie für eine effiziente Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien. Sie ist ausserdem für die nachhaltige Entwicklung und die Agglomerationspolitik des Bundes zuständig.

Um die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen, verfügt die RUBD über fünf ihr unterstellte Verwaltungseinheiten: das Bau- und Raumplanungsamt, das Amt für Umwelt, das Tiefbauamt, das Autobahnamt sowie das Hochbauamt.

Bis am 22. Dezember 2011 war Staatsrat Georges Godel Vorsteher der RUBD. Am 23. Dezember 2011 übernahm Staatsrat Maurice Ropraz diese Funktion.

Als Direktionsstab unterstützt das Generalsekretariat unter der Verantwortung des Generalsekretärs die Leitung und Verwaltung der Direktion. Dem Generalsekretariat ist die nachhaltige Entwicklung, die Agglomerationspolitik des Bundes sowie das Büro für Natur- und Landschaftsschutz angegliedert.

Generalsekretär ist Pascal Aeby.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Funktionsweise

Einmal pro Woche wird eine Direktionssitzung abgehalten, an der der Staatsrat und Vorsteher der Direktion, mehrere Mitarbeitende des Generalsekretariats sowie die Vorsteherinnen und Vorsteher der Ämter, die der RUBD unterstellt sind, teilnehmen. Anlässlich der Sitzung werden einerseits die wichtigen Dossiers, die Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses waren, und andererseits die laufenden Geschäfte der Direktion und ihrer Ämter erörtert. Sie dient somit einer breiten Information, Diskussion und Koordination sowie der Nachkontrolle der verschiedenen Dossiers und erlaubt es der Direktion, den Amtsvorsteherinnen und -vorstehern Anweisungen zu geben.

Die Direktion erlässt zahlreiche Verfügungen, namentlich in den Bereichen Raumplanung (Genehmigung von Plänen und Baureglementen, Sonderbewilligung für Bauten ausserhalb der Bauzone, Ausnahmbewilligung für Projekte in der Bauzone, Anordnung der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands

nach widerrechtlichen Arbeiten ausserhalb der Bauzone), Strasseninfrastruktur (Kantons- und Gemeindestrassenpläne) Umweltschutz (Lärmsanierungen, Altlastensanierungen, Bewilligungen im Bereich der Abfallbewirtschaftung, Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer), öffentliches Beschaffungswesen (Zuschlag von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen) sowie Immobilien (Kauf, Verkauf, Miete).

Über ihren juristischen Berater und ihre juristische Beraterin unterstützt die Direktion die Ämter in Rechtsfragen (Rechtsberatung und gutachten, Ausarbeitung von Verfügungen, Vertretung in Streitfällen, Ausarbeitung von Erlassen) und über die wissenschaftlichen Beraterinnen bietet sie eine Unterstützung in Personalfragen, bei öffentlichen Beschaffungen und in Fragen der Kommunikation.

Über ihren Übersetzer stellt die Direktion die Übersetzung aller offiziellen Texte, die von der Direktion und ihren Ämtern verfasst werden, vom Französischen ins Deutsche sicher.

2.1.2 Vertretung des Staats

Die Direktion vertrat den Staat in den Verwaltungsräten verschiedener Transportunternehmungen. Es sind dies die Freiburgerischen Verkehrsbetriebe (tpf), die Montreux-Berner Oberland-Bahn (MOB) und die Schifffahrtsgesellschaft des Neuenburger- und Murtensees (LNM).

Ferner vertrat sie den Staat in den Verwaltungsräten der Aktiengesellschaft, die für die Abfallverbrennung der Abfälle aus dem Kanton Freiburg und der Waadtländer Broye zuständig ist (SAIDEF), der Rose de la Broye und der Aktiengesellschaft für die Fernbeheizung der Pérolles-Ebene (PLACAD SA).

2.1.3 Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Das Generalsekretariat vertrat die Direktion in mehreren Arbeitsgruppen und Steuerungsausschüssen – namentlich Senior+, Deponie La Pila, Poyaprojekt, Pro Recrute, Plan für die Gleichstellung von Frau und Mann, Nachhaltige Entwicklung – und in mehreren Kommissionen des Staats.

2.1.4 Schürfung von Kohlenwasserstoffen

Das Unternehmen Schuepbach Energy LLC aus Dallas besitzt eine bis zum 30. November 2011 gültige Schürfbewilligung für den südwestlichen Teil des Kantons. Auf Antrag der RUBD beschloss der Staatsrat im April 2011, diese Bewilligung nicht zu

2011

verlängern. Das Unternehmen Schuepbach Energy LLC reichte dagegen eine Beschwerde beim Kantonsgericht ein.

Die Aktiengesellschaft für Schweizerisches Erdöl (SEAG) aus Langnau am Albis reichte am 15. Februar 2011 ein Schürfgesuch ein, worauf dem Unternehmen im April 2011 die Aussetzung des Gesuchs bedeutet wurde. Bis zum heutigen Zeitpunkt wurde noch keine formelle Entscheidung zu diesem Gesuch getroffen.

Im Herbst 2011 begann eine Arbeitsgruppe, sich mit einer Gesetzgebung über die Nutzung und Ausbeutung des tiefen Untergrunds zu befassen. Im Zusammenhang mit den Schürfbewilligungen zeigte sich nämlich, dass das geltende Recht an die neusten Entwicklungen angepasst werden muss. Ausserdem müssen die künftigen Bedürfnisse und Nutzungen (z. B. Geothermieprojekte) integriert werden.

2.1.5 Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz (BNLS) ist dem Generalsekretariat der RUBD angegliedert und hat das Ziel, die einheimische Fauna und Flora sowie deren natürliche Lebensräume zu schützen. Zu seinen Aufgaben zählen der Schutz, die Verwaltung, der Unterhalt, die Revitalisierung und die Wiederherstellung von Biotopen und somit die Förderung der Biodiversität im Kanton. Er ist auch für die beiden regionalen Naturpärke des Kantons zuständig.

2011 hat das BNLS zu 361 Dossiers ein Gutachten erstellt oder Stellung bezogen (2010: 357):

- > 108 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten. 2010: 104;
- > 88 Ortspläne, Detailbebauungspläne, Quartierpläne und generelle Entwässerungspläne. 2010: 71;
- > 42 Projekte für Gewässerverbauungen. 2010: 44;
- > 16 touristische Anlagen wie Häfen, Skilifte oder Drahtseilbahnen. 2010: 15;
- > 13 Boden- und Waldverbesserungsprojekte. 2010: 15;
- > 14 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien. 2010: 13;
- > 17 Strassenprojekte. 2010: 21;
- > 19 Gasnetze. 2010: 19;
- > 4 Projekte im Zusammenhang mit dem Stromtransport. 2010: 2;

> 11 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege. 2010: 10;

> 29 anderweitige Dossiers. 2010: 28.

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gestuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen abgehalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BNLS wirkten in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit – vor allem im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich, bei der Ausarbeitung von Richtlinien für den Bau von Anlagen zur Nutzung von Wasserkraft sowie bei verschiedenen Änderungen und Anpassungen des kantonalen Richtplans.

Die Feldequipe der Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden bzw. Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisteten, sowie die eigens dazu beauftragten Försterteams und die zahlreichen freiwilligen Helfer erbrachten wie jedes Jahr unzählige Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen sowie für die Rettung von Amphibien während der Laichzeit im Frühling.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde fortgeführt. Dies gilt namentlich für die Umsetzung der Pflegepläne für Hoch- und Flachmoore sowie Auen und auch für die Aktion «Freiburger Schulen pflanzen Hecken».

Die Zahl der Freiburger Landwirtinnen und Landwirte, die für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen am Rand der geschützten Lebensräume, für besonders sinnvoll angelegte ökologische Ausgleichsflächen sowie für weitere Leistungen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt werden, steigt kontinuierlich an. Ende 2011 gab es 35 genehmigte ÖQV-Vernetzungsprojekte (Vernetzungsprojekte gemäss Öko-Qualitätsverordnung des Bundes); rund 30 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LN) des Kantons waren Bestandteil solcher Projekte.

Die beiden regionalen Naturpärke des Kantons (Gruyère Pays-d'Enhaut und Gantrisch) haben vom Bund den Parklabel erhalten.

2011 konnten die Arbeiten für mehrere bedeutende Projekte im Rahmen des Konjunkturstützungsprogramms des Bundes beziehungsweise des Plans zur Stützung der Wirtschaft des Kantons Freiburg beendet werden. Zudem wurde der Entwurf des kantonalen Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) beendet und dem Grossen Rat unterbreitet; ausserdem

2011

wurden die Verhandlungen mit dem Bund zur Programmvereinbarung «Natur und Landschaft» für die Periode 2012–2015 aufgenommen.

Ende 2011 zog das BNLS vom Gebäude der Staatskanzlei an der Chorherrengasse an die Route de Bourguillon 3 um.

2.1.6 Nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Entwicklung wurde im Staatsratsbeschluss vom 3. Juni 2008 der RUBD zugeteilt. Die Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung, die beim Generalsekretariat arbeitet, soll sicherstellen, dass in der Kantonsverwaltung die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Eine weitere Aufgabe ist die proaktive Unterstützung der staatlichen Dienststellen bei der Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung (unter dem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekt) in ihren Sachpolitiken. Dies betrifft namentlich die Bereiche Siedlung, Mobilität, Gebäude, Büromaterialverwaltung, öffentliches Beschaffungswesen, Energie, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, Familie, Arbeit, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Bildung, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung. Nach Möglichkeit unterstützt und informiert die Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung auch die Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen, die ihren Alltag nachhaltig gestalten wollen.

Die Strategie Nachhaltige Entwicklung wurde im Juni 2011 vom Staatsrat verabschiedet. Für ihre Umsetzung stimmte der Grosse Rat einem Verpflichtungskredit von 7 713 160 Franken zu, wobei die erforderlichen Zahlungskredite in die Voranschläge der Jahre 2012 bis 2018 unter den entsprechenden Kostenstellen der Direktionen aufgenommen werden. Die Strategie wurde von der Verantwortlichen für die nachhaltige Entwicklung zusammen mit dem strategischen Steuerungsausschuss und den sechs verwaltungsinternen themenspezifischen Arbeitsgruppen ausgearbeitet. Im Steuerungsausschuss sind folgende Direktionen vertreten: RUBD (Vorsitz), VWD (Vizepräsidium), FIND, ILFD und GSD. Während die EKSD und die Staatskanzlei in den Arbeitsgruppen mitwirkten, wurde die SJD fallweise beigezogen. Über die verwaltungsexterne Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» mit Vertretern aus Umwelt, Soziales, Wirtschaft, Politik, Gemeinden und Arbeitswelt finden die Standpunkte der Zivilgesellschaft Eingang. Der Steuerungsausschuss und die Konsultativkommission sind ständige Organe, die ein- bis zweimal pro Jahr tagen.

2011 kam der Steuerungsausschuss zweimal zusammen. Die Konsultativkommission hatte zu Beginn des Jahres eine Sitzung und nahm schriftlich zum Strategieentwurf Stellung. Nach der Validierung der Strategie Nachhaltige Entwicklung durch den Staatsrat wurden die Arbeitsgruppen im Juni 2011 aufgelöst. Für die Umsetzung der Strategie sind nun, mit der Unterstützung

der Verantwortlichen für die nachhaltige Entwicklung, die für die jeweilige Massnahme bzw. das jeweilige Instrument zuständigen Angestellten in den Direktionen verantwortlich.

Die Strategie ist auf die Bereiche ausgerichtet, für die der Staat Freiburg zuständig ist, und kann wie folgt zusammengefasst werden:

- › eine Bestandesaufnahme, die knapp und anschaulich aufzeigt, wo der Staat bereits nachhaltig handelt;
- › die 6 Ziele, die der Staat mittelfristig erreichen will;
- › die 21 Massnahmen für einen nachhaltigeren Kanton Freiburg, die so rasch wie möglich umgesetzt werden sollen;
- › das Verfahren zur Beurteilung der Nachhaltigkeit von Gesetzes- und Dekretentwürfen;
- › ein Monitoring, das mit Indikatoren ermittelt, wo der Kanton in seiner Nachhaltigkeitsentwicklung steht.

Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung: Auch wenn die Finanzierung der 21 Massnahmen und 2 Instrumente im Wesentlichen 2012 beginnen wird, konnte bereits 2011 mit der Umsetzung von bestimmten Massnahmen und Instrumenten begonnen werden.

1 Siedlung und Mobilität

1.1 Mobilitätsmanagement beim Staat – Pilotphase: Im Sommer 2011 wurde für den Standort in Givisiez, wo das Amt für Umwelt (AfU), das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) und die Sektion Gewässer des Tiefbauamts (Gew, TBA) 2014 einziehen werden, ein Pilotprojekt gestartet. Hierfür führte eine Arbeitsgruppe bei den betroffenen Staatsangestellten eine Umfrage mit Fragen zur Mobilität durch. Auf dieser Grundlage arbeitet die Arbeitsgruppe derzeit Ziele und Massnahmen zur Planung und Lenkung der Mobilität aus, die im Frühjahr 2012 dem Staatsrat unterbreitet werden sollen.

2 Gebäude, Büromaterialverwaltung, Beschaffungswesen und Energie

2.1 Nachhaltige Beschaffung: Die RUBD ist daran, eine Schulung für die Beschaffungsverantwortlichen zu organisieren, die im Sommer oder Herbst 2012 angeboten werden sollte.

2.2 Sanierung der Staatsgebäude: -

2.3 Verbesserung des staatlichen Umweltmanagements und Sensibilisierung

2.3.1 Papier und Büromaterial: Anlässlich der Einführung des neuen visuellen Auftritts (Corporate Design) des Staats Freiburg beschloss der Staatsrat, seinen Verwaltungseinheiten 100 %-Recyclingpapier als Standard für alle Einsatzbereiche zu empfehlen (Label «Blauer Engel» oder gleichwertiges Label).

2.3.2 Abfälle und Reinigung: Anfang 2011 wurde eine Zustandsanalyse über das Büroabfallmanagement in sämtlichen Verwaltungseinheiten durchgeführt. Derzeit ist ein Bericht mit einer Zusammenfassung der Bestandesaufnahme und mit konkreten Verbesserungsvorschlägen in Ausarbeitung.

2011

2.3.3 Energie und Informatik: Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) hat Ende 2011 mit der Erarbeitung eines Systems begonnen, mit dem die Computer der Staatsangestellten am Abend und über das Wochenende ferngesteuert abgestellt und die tagsüber nicht benutzten Geräte nach einer bestimmten Frist in den Energiesparmodus gesetzt werden können. Ausserdem soll die Einstellung der Drucker so geändert werden, dass sie standardmässig beidseitig drucken. Die Einführung wird 2012 etappenweise in allen Verwaltungseinheiten erfolgen, deren Computer und Drucker vom ITA verwaltet werden.

2.4 Mitwirkung der Bevölkerung am Klimaschutz: –

3 Sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, Familie und Arbeit

3.1 Einführung einer Gesundheitsfolgenabschätzung (GFA): Im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Asylunterkunft im Kanton Freiburg wurden 2011 mehrere Treffen mit den verschiedenen von der GFA betroffenen Einheiten organisiert, um das Angebot der GFA-Plattform festzulegen.

3.2 Migration – Gemeinsam in der Gemeinde: Es wurde das Gespräch mit mehreren Gemeinden gesucht, um das Pilotprojekt von Marly auszudehnen. Fünf neue Gemeinden – darunter Bulle und Düringen – haben sich bereits formell verpflichtet und dürfen eine Ausbildung für «VernetzerInnen» anbieten.

3.3 Weiterbildung beim Staat und nachhaltige Entwicklung: 2012 wird ein Kurs über das Instrument zur Beurteilung der Nachhaltigkeit «Boussole 21» in das Weiterbildungsangebot des Staats Freiburg aufgenommen. Des Weiteren wurden erste Überlegungen über eine Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Weiterbildung angestellt.

4 Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen

4.1 Planung und Kommunikation für die Revitalisierung der

Fliessgewässer: Auf einer Gesamtlänge von 200 Kilometern wurden ökomorphologische Erhebungen von Fliessgewässern durchgeführt. Diese Daten werden für die Planung der Revitalisierung benötigt; 2011 wurden zwei Sitzungen mit den wichtigsten Partnern für die Revitalisierung der Fliessgewässer in den Ebenen von Seedorf und der Biorde organisiert, um die Projekte richtig zu lancieren.

4.2 Gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung: 2011 wurde mit der Erstellung eines Inventars der unterirdischen Wasservorkommen begonnen. Das Inventar sollte bis im Frühjahr 2012 fertig sein, und wird einen effizienteren Schutz dieser Ressourcen ermöglichen.

4.3 Kantonales Konzept für die ökologische Vernetzung: –

4.4 Schonender Unterhalt der Strassenränder: Das Tiefbauamt führte im Herbst 2011 für die Strassenwärter einen halbtägigen Kurs über den adäquaten Unterhalt des Strassengrüns entlang der Kantonsstrassen durch. Eine Arbeitsgruppe befasste sich ein erstes Mal mit der ökologischen Erhebung der Böschungen entlang der Kantonsstrassen, die im Frühjahr 2012 stattfinden soll.

4.5 Einsatz von Holz bei öffentlichen Bauten: Der Staat Freiburg hat sein Ziel, ein vorbildliches Gebäude zu bauen, bei dem Holz ein wesentlicher Baubestandteil ist, im Rahmen des Architekturwettbewerbs für das Gebäude der Kantonspolizei in Granges-Paccot umgesetzt: Im Dezember 2011 erhielt das Projekt «Gangue» den ersten Preis.

5 Bildung und Forschung

5.1 Förderungsgruppe Nachhaltige Entwicklung in der obligatorischen Schule: –

5.2 Nahtstelle I – Intergenerationelles Mentoring: –

5.3 Erfahrungsjahr Nachhaltige Entwicklung: –

5.4 Ausbildung «Betreuungsleistungen auf dem Bauernhof»: –

5.5 Ausbildung Sozialer Betrieb: Im Frühjahr 2012 werden im Rahmen des CAS Nachhaltiges Management zwei zweitägige Module zum Thema Sozialer Betrieb angeboten.

5.6 Plattform Erziehung, Bildung und Forschung in nachhaltiger Entwicklung: –

6 Wirtschaftliche Entwicklung

6.1 Leitfaden «KMU und nachhaltige Entwicklung»: –

6.2 Nachhaltigkeitszertifizierung

6.2.1 Unternehmen: –

6.2.2 Tourismus: Es fanden erste Gespräche mit den Vertretern der Tourismuslabels Steinbock und Ökolabel statt.

6.2.3 Landwirtschaft: –

7 Messinstrumente

7.1 Nachhaltigkeitsbeurteilung: Es wurde eine Schulung von zwei Halbtagen für das Instrument zur Beurteilung der Nachhaltigkeit «Boussole 21» ausgearbeitet. Dieser Kurs, der 2012 im Rahmen des Weiterbildungsangebots des Staats Freiburg angeboten werden wird, richtet sich in erster Linie an Personen, die Erlassentwürfe vorbereiten, die mit diesem Instrument beurteilt werden müssen.

7.2 Monitoring der nachhaltigen Entwicklung: Der Kanton Freiburg nimmt seit 2010 an den Arbeiten für den «Cercle Indicateurs» teil. Es ist dies eine Plattform für die Entwicklung und Anwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kantone und Städte. Die Resultate der Erhebung 2011 für den Kanton Freiburg wurden im November 2011 veröffentlicht. Diese stehen auf der Website des Bundesamts für Statistik (BFS – www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/04/01.html) zur Verfügung.

2.1.7 Agglomerationspolitik

In seiner Sitzung vom 18. August 2009 teilte der Staatsrat die Verantwortung für die Agglomerationspolitik des Bundes der RUBD zu. Mit der Genehmigung 2001 des Berichts «Agglomerationspolitik des Bundes» hat der Bund gezeigt, dass er die Agglomerationsproblematik in den verschiedenen Sektoralpolitiken künftig stärker berücksichtigen will. Die Agglomerationspolitik ist langfristig ausgelegt und umfasst hauptsächlich die Mobilität, die Umwelt, die Raumplanung sowie die institutionelle Organisation. Sie hat ohne Zweifel eine grosse Bedeutung und wird einen grossen Einfluss auf die Städteplanungspolitik in der Schweiz haben. Der Bund hat folgende Ziele definiert:

- > zur nachhaltigen Entwicklung des urbanen Raums der Schweiz beitragen;
- > zur wirtschaftlichen Attraktivität der städtischen Gebiete und zu einer hohen Lebensqualität ihrer Bewohner und Bewohnerinnen beitragen;
- > ein polyzentrisches Netz von Städten und Agglomerationen erhalten;
- > die städtischen Gebiete in ihrer Ausdehnung begrenzen und räumlich strukturieren sowie die Siedlungsentwicklung nach innen fördern.

Für diese Politik sind hauptsächlich die Städte und Kantone zuständig. Der Bund begnügt sich damit, Anreize zu schaffen und

 2011

Unterstützung zu bieten. Die vom Bund gewährten Finanzhilfen sind äusserst grosszügig. Im Gegenzug sind sie an die Erfüllung von strengen Auflagen in den oben erwähnten Bereichen geknüpft. Hierfür müssen die Agglomerationen ein Agglomerationsprogramm (ein Planungs- und Umsetzungsinstrument) ausarbeiten und dem Bund unterbreiten, der das Programm prüft über die Mitfinanzierung entscheidet. Die Agglomerationsprogramme werden alle vier Jahre revidiert.

Im Kanton Freiburg haben die beiden Agglomerationen Freiburg und Bulle dem Bund Ende 2007 ihr Agglomerationsprogramm der 1. Generation vorgelegt. Die Agglomeration Freiburg unterbreitete am 31. Dezember 2011 dem Bund ein neues Dokument (Agglomerationsprogramm der 2. Generation). Das Agglomerationsprogramm Rivelac, für das der Kanton Waadt die Federführung innehat und an welchem die Gemeinde Châtel-St-Denis teilnimmt, wurde ebenfalls unter Einhaltung dieser Frist eingereicht. Dagegen konzentrierte sich Mobul (Agglomeration Bulle) darauf, das Agglomerationsprogramm der 1. Generation umzusetzen. Mobul wird entsprechend bei den Agglomerationsprogrammen der 2. Generation nicht mitmachen. Die Agglomerationsprogramme der 3. Generation sollen 2015 vorliegen. Die Freiburger Gemeinden, die vom Bundesamt für Statistik der Agglomeration Bern zugerechnet werden, sind nicht Teil des Agglomerationsprogramms Bern.

Diese neue Politik des Bundes bedingt auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinwesen (Kanton, Regionen, Gemeinden). Dies gilt sowohl für die Entscheidungsstrukturen als auch für die Begleitung und Nachkontrolle. Diese neuen, vom Bund gewünschten Formen sind jedoch nur bedingt kompatibel mit einer strikten Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, auf dem die Freiburger Instrumente für gemeindeübergreifende Zusammenarbeiten ruhen (Gemeindeverbände, Agglomeration). Auf kantonaler Ebene ist für jedes Agglomerationsprogramm eine adäquate Projektorganisation erforderlich, um die Begleitung und Kontrolle sicherzustellen.

2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

2.2.1 Wichtige Bauprojekte und Anschaffungen

Die Direktion war namentlich in folgenden Bereichen tätig:

- › Begleitung der Bauarbeiten für das Poyaprojekt, dessen Anpassung (St.-Leonhard-Unterführung, Los C) am 10. Juni 2011 genehmigt wurde. Gleichzeitig hat die RUBD die noch offenen Einsprachen behandelt. Gegen die Änderung des Poyaprojekts wurde keine Beschwerde eingereicht.
- › Begleitung der Arbeiten für die Verbesserung der Strassenverbindung Romont–Vaulruz. Die Pläne des Bauprojekts «Kantonsstrasse Achse 1400 Prez-vers-Noréaz–Romont–Vaulruz,

Verbesserung der Strassenverbindung Romont–Vaulruz, Sektor 9, Lose 30 und 40» wurden am 8. Juni 2011 genehmigt. Gleichzeitig hat die RUBD die noch offenen Einsprachen behandelt. Die beim Kantonsgericht eingereichte Beschwerde wurde später zurückgezogen.

- › Erwerb des Cardinal-Areals in einfacher Gesellschaft mit der Stadt Freiburg.
- › Erwerb von Artikel 7036 des Grundbuchs an der Route des Arsenaux in Freiburg (Eigentum der Freiburger Kantonalbank).

2.2.2 Fahrende

Schon seit mehreren Jahren sucht der Kanton einen Standort, der als Durchgangsplatz für Fahrende geeignet ist. Die Oberamtmännerkonferenz hat in ihrem Bericht mehrere Grundstücke, die dem Staat gehören, für einen solchen Standort vorgeschlagen. Infolge des Auftrags des Grossen Rats, mit dem der Staat 2008 verpflichtet wurde, rasch Durchgangsplätze zu schaffen, intensivierte die RUBD ihre Suche nach möglichen Standorten. Im Anschluss daran und im Anschluss an die Debatten zum Auftrag entschied der Grosse Rat, dass die Verhandlungen für die Verwirklichung eines Durchgangsplatzes in Sâles – auf einem Grundstück, das an den Rastplatz «Joux des Ponts» auf der Juraseite der A12 angrenzt – fortzuführen seien. Da dieser Rastplatz in der Nacht häufig vollständig mit Lastwagen besetzt ist und da es insbesondere für den Winter von Vorteil wäre, wenn zusätzliche Stellplätze geschaffen würden, hat die RUBD das Bundesamt für Strassen ersucht, den Rastplatz zu vergrössern. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Für die Verwirklichung des Durchgangsplatzes ist der Bund zuständig.

2.2.3 Öffentliches Beschaffungswesen

Über das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen hat die RUBD mehrere Rechtsgutachten zuhanden der Direktionen und Ämter der Kantonsverwaltung verfasst. Des Weiteren hat die Direktion zahlreiche juristische Fragen von Gemeinden und Privatpersonen beantwortet, namentlich von Büros, die mit der Ausarbeitung eines Pflichtenhefts beauftragt waren.

Die RUBD hat die Änderung des Reglements vom 28. April 1998 über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBR) vorbereitet; diese wurde am 5. September 2011 vom Staatsrat genehmigt.

Die im Kanton Freiburg geltenden Schwellenwerte für Ausbau- und Rohbauaufträge waren tiefer als die in der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) definierten Werte. Seit dem Inkrafttreten der Änderung am 1. Oktober 2011 kann ein Auftrag nach dem freihändigen

 2011

Verfahren vergeben werden, wenn er bei Bauaufträgen für den Ausbau unter 150 000 Franken (bisher: 100 000 Franken) und bei Bauaufträgen für den Rohbau unter 300 000 Franken (bisher: 150 000 Franken) liegt. Diese neuen Schwellenwerte entsprechen den in der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) definierten Werten. Mit dieser Anpassung wird der Kanton einfacher öffentliche Beschaffungen durchführen können. Auf Ausschreibungen des Staats Freiburg gehen nämlich sehr oft wenige bis gar keine Offerten ein, weil die Unternehmen aufgrund der Konjunkturlage viel Arbeit und deshalb keine Zeit haben, um ein Angebot zu erstellen und einzureichen. Mit der Anhebung der Schwellenwerte wird der Staat Aufträge häufiger freihändig vergeben und auf ein Einladungsverfahren verzichten können.

2.2.4 Änderung der Zuständigkeiten der RUBD

2011 wurden verschiedene Änderungen in der Organisation der RUBD in die Wege geleitet. So wird die RUBD ab dem 1. Januar 2012 für die Mobilität zuständig sein: Auf dieses Datum hin wird das Amt für Mobilität geschaffen und der RUBD unterstellt. Infolge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird ausserdem am 31. Dezember 2011 das Autobahnamt (ABA) aufgelöst.

2.2.5 Archivierung

Die Direktion prüfte ihre Archive mithilfe einer Dokumentalisten. Dabei konnten mehr als 15 Laufmeter Dokumente dem Staatsarchiv übergeben werden.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Diese Konferenz ist ein Verbindungsorgan zwischen den Vorsteherinnen und Vorstehern (Regierungs- und Staatsräte) sämtlicher schweizerischer Kantone, die sich mit Aufgaben in den Bereichen Bau, Raumplanung und Umweltschutz befassen.

Sie trat am 4. März, 10. Juni und 15. September zusammen und behandelte folgende Hauptthemen: interkantonale Koordination im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen, technische Handelshemmnisse und Geoinformation, Revision des Raumplanungsgesetzes, neuer Beschluss über die Nationalstrassen sowie Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen.

3.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de la Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)

Die Konferenz tagte am 10. Juni und 15. September. Hauptthemen waren der Bau von Windenergieanlagen, das Baurecht und die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.

3.3 Conférence romande des travaux publics (CRTP)

Am 16. und 17. Juni 2011 fand in Delémont im Beisein der betroffenen Regierungsvertreterinnen und -vertreter die Generalversammlung der CRTP statt, in der sich die Westschweizer Kanton sowie die Kantone Bern und Tessin zusammengeschlossen haben. Dabei referierte namentlich der für den Verkehr zuständige Vertreter des Kantons Jura über das Thema «TGV und Kanton Jura». Im Anschluss daran gab es eine Besichtigung des Unternehmens Willemin-Macodel sowie der Altstadt Delémont.

3.4 Conférence romande des marchés publics (CROMP)

Die Konferenz kam am 26. Januar, 22. Juni und 9. November 2011 zusammen. In ihr sind die Kantone Freiburg, Waadt, Neuchâtel, Jura, Genf, Wallis, Bern und Graubünden vertreten. Sie behandelt die aktuellen Themen des öffentlichen Beschaffungswesens und dient als Plattform für den Austausch unter den Kantonen, namentlich in Bezug auf die kantonale Rechtsprechung. 2011 beauftragte die CROMP Herrn Patrick Vallat, Direktor des Bureau de conseils en marchés publics et en management de projets (CCMP+), mit der regelmässigen Nachführung des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

4. Streitfälle

2011 wurden 29 Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörde zur Ortsplanung sowie deren 3 gegen Verfügungen zu Gemeindestrassenprojekten und gegen Verfügungen des Amtes für Umwelt eingereicht. Die RUBD behandelte 30 Einsprachen gegen Ortspläne und deren 6 gegen Gemeindestrassenprojekte.

Am 31. Dezember 2011 waren 64 Beschwerden gegen Ortspläne bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig. Darüber hinaus sind bei der RUBD 3 Beschwerden gegen Gemeindestrassenprojekte oder Verfügungen des Amtes für Umwelt hängig.

 2011

5. Gesetzgebung

- › Gesetz vom 9. Juni 2011 zur Änderung des Gesetzes über Beiträge an Schulbauten für den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule;
- › Gesetz vom 7. September 2011 über belastete Standorte (AltlastG);
- › Gesetz vom 9. September 2011 zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Zugang für Menschen mit Behinderung);
- › Dekret vom 9. September 2011 über einen Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2012–2015);
- › Gewässerreglement vom 21. Juni 2011;
- › Verordnung vom 6. Dezember 2011 zur Änderung der Verwaltungsorganisation (Verkehr, Energie und Autobahnen);
- › Verordnung vom 20. Dezember 2011 über die Gebühren des Amtes für Umwelt.

II. Bau- und Raumplanungsamt

1. Aufgaben

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) hat die Aufgabe, eine haushälterische und sinnvolle Bodennutzung mit qualitativ hochstehenden Bauten sicherzustellen. Hierzu geht das Amt wie folgt vor:

- › Es legt im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD), des Staatsrats und des Bundesrats die Raumplanung fest und achtet dabei auf eine rationelle Nutzung des Bodens dank der Prüfung und Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten sowie dank der Erstellung von Gutachten.
- › Es kontrolliert die Einhaltung der architektonischen und städtebaulichen Vorgaben für die Oberämter, indem es die Baubewilligungsgesuche prüft und die betreffenden Gutachten koordiniert.

2. Tätigkeit

Unter der Leitung von Giancarla Papi befasste sich das BRPA mit der Koordination der kantonalen, regionalen und lokalen Planung.

Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist im Jahr 2011 die Fortführung der Umsetzung der revidierten Raumplanungs- und Baugesetzgebung hervorzuheben, namentlich über die Ausarbeitung der Arbeitshilfen zuhanden der Gemeinden und Privatpersonen.

Das BRPA hat verschiedene Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baugesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche diesbezüglichen juristischen Probleme und die Probleme im Zusammenhang mit Naturgefahren behandelt. Im Namen der RUBD hat das BRPA zudem die Beschwerden instruiert, die sich gegen Gemeindecasside zu OP und DBP richteten.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen über die Raumplanung und das Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das Amt verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund, dem Kanton Freiburg oder den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

3. Koordination, Verwaltung und Studien

3.1 Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Zudem stand das Amt über die Conférence des offices romands d'aménagement du territoire (CORAT) und der Kantonsplanerkonferenz (KPK) regelmässig in Kontakt mit den Raumplanungsämtern der übrigen Kantone.

3.2 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

3.3 Informatik

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

2011

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- › Fortführung des Projekts DATEC, mit dem die derzeit benutzte Anwendung für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungsgesuche ersetzt werden soll. Der DATEC-Administrator hat bei der Überarbeitung der ersten DATEC-Version mitgearbeitet. Er hat die Inbetriebnahme der Anwendung Harmbat vorbereitet.
- › Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP). Inzwischen sind alle ZNP elektronisch erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend (bei jeder Genehmigung durch die RUBD) nachgeführt.
- › Nachführung des Themas «Raumplanung» im Geoportal des Staats Freiburg.

3.4 Geomatik

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Vermessung und Geomatik und dessen GIS-Kompetenzzentrum wurde verstärkt. Dies zeigte sich insbesondere bei folgenden Dossiers:

- › Vorbereitung des Vorentwurfs des kantonalen Gesetzes über Geoinformation;
- › Einrichtung einer Anwendung für die Angestellten des BRPA zur Abfrage von kartografischen Daten;
- › Migration der Anwendung zur Erfassung der Daten zu den Zonennutzungs- und Detailbebauungsplänen;
- › Vernehmlassung durch den Bund zu den minimalen Geodatenmodellen im Bereich «Nutzungsplanung».

4. Kantonalplanung

4.1 Richtplanung

Im Mai 2011 verabschiedete der Staatsrat sechs Änderungen des kantonalen Richtplans. Die betroffenen Themen waren die Arbeitszonen und die kantonale Bodenpolitik, die grossen Verkehrserzeuger und Einkaufszentren, die Energie, der Materialabbau, das Agglomerationsprogramm Bulle sowie die Parke von nationaler Bedeutung. Diese Änderungen wurden zusammen mit den anderen Dokumenten zur Materialabbauplanung, dem Bundesrat zur Genehmigung (Juli 2011) unterbreitet und darauf den Besitzerinnen und Besitzern des kantonalen Richtplans zugestellt.

Das Amt wirkte bei der Vernehmlassung des kantonalen Verkehrsplans mit und bereitete die öffentliche Vernehmlassung im

September 2011 der Änderungen der damit zusammenhängenden Themen des kantonalen Richtplans vor.

Zusammen mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei hat das BRPA ausserdem mit einer Vorstudie zum Thema «Freizeit und Tourismus» begonnen.

4.2 Regionalplanung

Das Amt nahm auch dieses Jahr an den Sitzungen des Vorstands und des technischen Ausschusses des Verbands Mobul, dessen Agglomerationsprogramm im Übrigen genehmigt wurde, teil.

Das BRPA arbeitete bei folgenden Dossiers mit:

- › Nachführung des Agglomerationsprogramms Freiburg, die 2011 in die öffentliche Vernehmlassung ging;
- › Mitarbeit bei der interkantonalen Agglomeration Rivelac (Agglomeration Vevey-Montreux inklusive Châtel-St-Denis).

Im Bereich der regionalen Richtpläne begleitete das Amt ein weiteres Jahr die Arbeiten für den interkantonalen Regionalrichtplan Broye sowie die Ausarbeitung des regionalen Richtplans des Sensebezirks.

4.3 Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehören insbesondere:

- › die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (namentlich der Gefahrenkarten) in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- › die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baugesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- › die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das Amt hat wiederholt Gemeinden, Privatpersonen und kantonalen Dienststellen Auskünfte erteilt über den Grad der Gefährdung und die Art der Naturgefahren, die für ein einzelnes Projekt oder eine bestimmte Region bestehen.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagenstudien für die Naturgefahren beteiligt. Es war namentlich mit der Begleitung der Projekte zur Kartografierung der Naturgefahren und Hanginstabilitäten im Mittelland sowie mit der Ko-

2011

ordination der Aufträge zur Erfassung der Hochwassergefahren beschäftigt.

4.4 Kiesgruben und Materialausbeutungen

2011 waren im Kanton Freiburg 51 Kiesgruben und 10 Steinbrüche in Betrieb. Das BRPA veröffentlichte den Sachplan Materialabbau, der die kantonale Planung der Materialausbeutungen festlegt. Das damit verknüpfte Thema des kantonalen Richtplans wurde entsprechend angepasst.

Im Übrigen wurde die Methode für die Erstellung des jährlichen Berichts über den Stand des Materialabbaus ausgearbeitet und es wurden die Arbeiten für die Nachführung der Datenbank zu den Materialausbaustandorten begonnen.

5. Ortsplanung

5.1 Ortspläne

Die RUBD hat die OP-Gesamtrevisionen der Gemeinden Corminbœuf, Cressier, Gurmels, La Sonnaz, La Verrerie, Les Montets, Morlon, St. Martin, Ursy und Villorsonnens genehmigt. Der RUBD wurden des Weiteren 41 geänderte Ortspläne (OP) und Gemeindebaureglemente (GBR) zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat 19 OP-Gesamtrevisionen sowie Änderungen an 44 OP (ZNP und GBR) vorgeprüft. Dazu kommen 9 Vorgesuche zu OP-Revisionen.

5.2 Detailbebauungspläne

Das BRPA hat der RUBD 26 Detailbebauungspläne (DBP) und Änderungen zur Genehmigung unterbreitet, wovon 21 Gegenstand einer Vorprüfung waren. Darüber hinaus wurden 23 DBP aufgehoben und 2 annulliert.

Die RUBD genehmigte 2 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen.

Dem ist anzufügen, dass die zur Genehmigung oder Vorprüfung unterbreiteten Dossiers auch auf deren Konformität zum neuen Baurecht (RPBG, IVHB) hin untersucht wurden. Die notwendigen Anpassungen wurden in zahlreichen Sitzungen und Briefwechseln besprochen. Die 2011 bewilligten Dossiers entsprechen mehrheitlich noch nicht dem neuen kantonalen Recht.

6. Bauten

6.1 Baubewilligungsgesuche

2011 gingen beim BRPA 3267 Baubewilligungsgesuche für Neubauten, Umbauten, Vergrößerungen, Renovierungen und Abbrüche ein. 2721 wurden an die Oberämter weitergeleitet.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 590 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien erteilt.

Im gleichen Zeitraum wurden 10 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

451 Dossiers wurden unter dem Gesichtspunkt der architektonischen Schranken überprüft.

Des Weiteren hat das Amt 78 Abweichungen zu Gemeindereglementen behandelt und 2 davon abgewiesen.

6.2 Architekten- und Ingenieurregister

2011 wurden 78 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss den Artikeln 5 ff. des Ausführungsreglements vom 1. Dezember 2009 zum Raumplanungs- und Baugesetz (RPBR) vorgenommen.

7. Beschwerden

7.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2011 waren 64 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2011 wurden 29 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht, wovon 3 zurückgezogen wurden.

2011 hat die RUBD 30 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 2 Beschwerden beim Kantonsgericht eingereicht.

7.2 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Kantonsgericht wurden 7 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

2011

7.3 Entscheide des Kantonsgerichts

2011 hat das Kantonsgericht 10 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt: 2 Beschwerden wurde gutgeheissen und deren 8 abgewiesen.

Darin nicht enthalten sind weitere Beschwerden, die zusammengefasst und in einem Entscheid behandelt wurden.

7.4 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

2011 reichte eine Gemeinde beim Kantonsgericht Beschwerde gegen einen Entscheid der RUBD ein.

7.5 Entscheide der RUBD zu rechtswidrigen Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone

Seit dem 1. Januar 2010 ist die RUBD bei widerrechtlichen Arbeiten ausserhalb der Bauzone dafür zuständig, die Frage der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands zu prüfen. Die Oberämter (die bis anhin zuständige Behörde) übermittelten der Direktion die an diesem Stichtag noch offenen Dossiers.

Ende Dezember 2011 waren bei der RUBD 45 Dossiers wegen widerrechtlicher Arbeiten ausserhalb der Bauzone hängig.

Im Verlauf des Jahres erlies die Direktion in diesem Rahmen 8 Verfügungen (5 Entscheide in der Hauptsache).

8. Kommissionen

8.1 Beratende Raumplanungskommission

2011 hielt die Kommission 5 Sitzungen ab. Sie nahm insbesondere Stellung zum Raumkonzept Schweiz, zum Entwurf des Staatsratsberichts über die Zweckmässigkeit, in Anwendung von Artikel 5 Abs. 1 RPG ein Ausgleichssystem in die kantonale Gesetzgebung aufzunehmen, sowie zu den Änderungen des kantonalen Verkehrsplans und des kantonalen Richtplans.

8.2 Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

2011 hat die Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung 7 Sitzungen abgehalten. Dabei äusserte sie sich namentlich zur Erweiterung des Golfplatzes von Pont-la-Ville für die Parahotellerie, zum Wiederaufbauprojekt für ein Gebäude in Kerzers, zum Altersheimprojekt in Granges-Paccot und zum Detailplan für den Zugang zum Quartier Champ-au-Rey in Rue.

8.3 Naturgefahrenkommission

2011 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab. Mit Oberamtmann Maurice Ropraz (Präsident) und Herrn Alfons Jaggi verliessen zwei Mitglieder die Kommission auf Ende Jahr.

Folgende Themen wurden dabei behandelt:

- > der Beginn und die Begleitung der Kartografierung der Naturgefahren im Mittelland und die Koordination zwischen dem Projekt «Hydrologie» und dem Projekt «Massenbewegungen»;
- > die problematischen Quartiere im Sektor Schwarzsee der Gemeinde Plaffeien.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat insgesamt 325 Dossiers geprüft, wovon 305 Baubewilligungsgesuche waren. 11 Fälle wurden im Plenum behandelt.

8.4 Kommission für die Verwaltung der Naturschutzgebiete des Südufers des Neuenburgersees

2011 hielt die Kommission keine Sitzung ab.

8.5 Kommission für behindertengerechtes Bauen

Die Kommission für behindertengerechtes Bauen wurde eingesetzt, um die allgemeinen Probleme im Zusammenhang mit der Zugänglichkeit von Bauten und Anlagen für behinderte Personen zu prüfen, in diesem Bereich Empfehlungen abzugeben und Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel 129 RPBG fallen, zu begutachten.

2011 hielt die Kommission 6 Plenarsitzungen ab.

III. Amt für Umwelt

1. Aufgaben

Das Amt für Umwelt (AfU) hat die Aufgabe, zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt beizutragen. Dabei stützt es sich auf das Bundesgesetz über den Umweltschutz und das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer. Das AfU ist insbesondere für folgende Bereiche zuständig:

—
2011

- › Bewahrung der Qualität der unter- und oberirdischen Gewässer, Vermeidung von nachteiligen Einwirkungen auf die Gewässer und Instandsetzung nach solchen Einwirkungen;
- › Abfallbewirtschaftung (Planung, Kontrolle von Bau und Betrieb der Abfallanlagen, Sanierung, Kontrolle der Entsorgungswege, Überwachung der Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle);
- › Untersuchung, Überwachung und Sanierung der belasteten Standorte;
- › Luftreinhaltung (Kontrolle und Begrenzung der Emissionen, Überwachung der Immissionen sowie Sanierung);
- › Lärmschutz und Schutz vor nichtionisierender Strahlung;
- › Bodenschutz (allgemeine Koordination und Schutz des Bodens in Siedlungsgebieten);
- › Umweltverträglichkeitsprüfungen und Vorbeugung von nachteiligen Einwirkungen bei Anlagen einer gewissen Bedeutung und Grösse sowie Koordination der rechtlichen Grundlagen;
- › Schutz vor Störfällen, Senkung des Risikos bei der Nutzung gefährlicher Substanzen, biologische Sicherheit; Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen;
- › Analyse der Gewässer (verschmutzt, oberirdisch und unterirdisch), des Bodens und des Klärschlammes.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat sich das Amt vier Hauptziele gesetzt:

- › nachteilige oder lästige Einwirkungen verhindern und reduzieren;
- › zum verantwortungsvollen Gebrauch der natürlichen Ressourcen anregen;
- › jede und jeden dazu ermuntern, die Umwelt im Alltag zu achten;
- › dem Kanton als Kompetenzzentrum im Bereich der Umwelt zur Verfügung stehen.

Vorsteher des Amtes für Umwelt ist Marc Chardonens.

2. Tätigkeit

2.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitete in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv mit:

2.1.1 Auf nationaler Ebene

- › Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), deren Vorsitz das Amt innehat;
- › Arbeitsgruppe der KVU «Landwirtschaft und Ökologie»;
- › Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA), insbesondere Arbeitsgruppe «GEP-Musterpflichtenheft»;
- › Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercl'eau), in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- › Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- › Arbeitsgruppe für Tankanlagen (CITA);
- › Arbeitsgruppe des Bundes «PCB in Gewässern und Fischen»;
- › Arbeitsgruppe «Richtlinie SAB Nationalstrassen»;
- › Eidgenössische Kommission für Lufthygiene;
- › Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercl'Air), deren Vorsitz das Amt innehat;
- › Arbeitsgruppe der Bundesämter für Umwelt (BAFU) und für Landwirtschaft (BLW) für die Ausarbeitung der Vollzugshilfe Umweltschutz in der Landwirtschaft;
- › Kontaktgruppe des BAFU für den Vollzug der Störfallverordnung;
- › Arbeitsgruppe Ammoniumnitrat des BAFU;
- › interkantonale Gruppe für den Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- › interkantonale Gruppe für die Beförderung gefährlicher Güter (ERFA Strasse);
- › interkantonale Gruppe für den Bereich des Bodenschutzes (FaBo);

2011

- › Arbeitsgruppe Boden des Netzwerks Umweltbeobachtung Schweiz (NUS FG Boden);
 - › Arbeitsgruppe Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS), die vom BAFU und der KVV initiiert wurde.
- 2.1.2 Auf interkantonaler Ebene
- › Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), in der das Amt als Mitglied aktiv bei der Plattform «energie-umwelt.ch» mitwirkt;
 - › interkantonale Gruppe der Westschweiz für die Umweltinformation (Info-Environnement);
 - › Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Kantons Bern für den Grundwasserschutz;
 - › interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
 - › Westschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (SIL);
 - › interkantonale Planungs- und Einsatzgruppe für die Bekämpfung von Kohlenwasserstoffverschmutzungen im Neuenburger-, Bieler- und Murtensee sowie in den Kanälen (GIPESI);
 - › Westschweizer Arbeitsgruppe für die Automobilbranche (AGC);
 - › interkantonale Arbeitsgruppen, die mit der Umsetzung des neuen Bundesrechts im Bereich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten betraut ist;
 - › Westschweizer Gruppe der Betreiber von Kläranlagen (GRESE);
 - › Westschweizer technische Gruppe für die Kontrolle der Kläranlagen (GRTCS);
 - › Interkantonale Arbeitsgruppe für die Planung der Abwasserreinigung im Seeland;
 - › interkantonale technische Kommission für den Gewässerschutz innerhalb des GELAN-Programms (GELAN-GS);
 - › Koordinationsgruppe der Westschweizer Kantone für den Gewässerschutz und die Landwirtschaft;
 - › Westschweizer Arbeitsgruppe von Makrozoobenthos-Spezialisten;
 - › Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
 - › Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
 - › Arbeitsgruppe Analysen und Methoden der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);
 - › Interkantonale Arbeitsgruppe Siedlungsentwässerung;
 - › Arbeitsgruppe Waadt/Freiburg für die Sanierung des Murtensees;
 - › Nordwestschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (NWS);
 - › Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
 - › interkantonale Konferenz der Verantwortlichen bei Umweltverschmutzungen;
 - › Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);
 - › Westschweizer Gruppierung der Lufthygieneverantwortlichen (GREMMI);
 - › Westschweizer Gruppierung der kantonalen Heizungsinspektoren (GRICCH);
 - › Westschweizer Arbeitsgruppe der Verantwortlichen für die Luft/Emissionen in Industrie und Gewerbe;
 - › Westschweizer Koordinationsgruppe für den Lärmschutz (GROPB).
 - › Kontaktgruppe für den Militärflugplatz Payerne;
 - › Westschweizer Koordinationsgruppe für den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (GRORNI).
 - › Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
 - › Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden (RO-SOL);

2011

- › Interkantonale Gruppe «Transporte gefährlicher Güter» (TGgCH) und Untergruppe Strassen (TGgCH, UG2);
 - › interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD);
 - › Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;
 - › Westschweizer/Tessiner Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP).
- 2.1.3 Auf Kantonsebene
- › Kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;
 - › «Umweltklub» des Grossen Rates, dessen Sekretariat das AfU führt;
 - › Verwaltungsrat der SAIDEF;
 - › Steuerungsausschuss und technische Gruppe für die Einführung des Informatiksystems DATEC zur Verwaltung der OP- und DBP-Dossiers sowie der Baubewilligungen;
 - › Steuerungsausschuss und Arbeitsgruppen für die nachhaltige Entwicklung;
 - › Club Environnement, Energie et Sécurité (CEES); das Amt ist Mitglied der Umweltkommission;
 - › Fachmesse Greentech-Energissima, in deren Organisationskomitee das Amt mitwirkt;
 - › Konsultativkommission für die Fischerei;
 - › Kommission für die Verwaltung des Fonds der Groupe E zur Vermarktung des Labels «Nature Made Star»;
 - › Gruppe für die ämterübergreifende Koordination in den Bereichen der Raumplanung und Gewässerrevitalisierung;
 - › Gruppe «Trockenheit-Fliessgewässer» (Wasserentnahmen für die Landwirtschaft);
 - › Kommission für Pflanzenschutz;
 - › Projektgruppe «Risikoanalyse» (Prot-Pop);
 - › Projektgruppe «Prävention» (Prot-Pop);
 - › Gruppe «C-Spezialisten» des KFO;
 - › Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV);
 - › technische Gruppe für die Strassenlärmsanierung;
 - › Steuerungsausschuss für die Strassenlärmsanierung, dessen Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
 - › beratende kantonale Raumplanungskommission (CCCAT);
 - › Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen;
 - › Arbeitsgruppe Erosion FR;
 - › technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;
 - › kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
 - › Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz (GCSol), deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
 - › Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
 - › Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
 - › Projektoberleitung, Begleitkommission sowie Arbeitsgruppen «Recht und Verfahren» und «Sanierung und Technik» für die Sanierung der Deponie La Pila.
 - › Kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
 - › Baukommission für das neue Gebäude des ABA sowie Fachkommission.
- ## 2.2 Gesetzgebung
- Der Entwurf zum Gewässerreglement (GewR) wurde von einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des AfU und des TBA ausgearbeitet. Er enthält insbesondere Bestimmungen über: Zuständigkeiten der Vollzugsorgane, Planung, Sanierung, Einsätze bei einem Unfall sowie Finanzierung. Der Entwurf wurde den Direktionen, staatlichen Dienststellen, Gemeinden und interessierten Kreisen zur Stellungnahme vorgelegt. Die Arbeitsgruppe prüfte die Bemerkungen der Vernehmlassungsadressaten eingehend und passte den Entwurf entsprechend an. Der Staatsrat verabschiedete das GewR am 21. Juni 2011. Das Reglement trat am 1. Juli 2011 in Kraft.

2011

Der Staatsrat verabschiedete am 15. Juni 2011 die Verordnung über die Einsatzkosten bei Verschmutzungen. Diese trat am 1. Juli 2011 in Kraft.

Die Vernehmlassung des Entwurfs zum Gesetz über belastete Standorte (AltlastG) dauerte bis zum 31. März 2011. Der Vorentwurf bestimmt die Behörden, die für die Umsetzung des Bundesrechts im Bereich der Altlasten zuständig sind, und legt die von den Behörden zu befolgenden Regeln fest. Er richtet einen kantonalen Altlastenfonds ein, der hauptsächlich der Finanzierung der Massnahmen zur Untersuchung, Überwachung und Sanierung der belasteten Standorte dient, wenn die Verursacher der Verschmutzung oder Eigentümer des Standorts nicht mehr ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. Ausserdem sieht er kantonale Finanzhilfen für Massnahmen im Zusammenhang mit ehemaligen Gemeinde-deponien und Schiessanlagen vor. Am 7. September 2011 verabschiedete der Grosse Rat das AltlastG, das am 1. Januar 2012 in Kraft tritt.

Der Staatsrat verabschiedete am 20. Dezember 2011 die Verordnung über die Gebühren des Amtes für Umwelt, das am 1. Januar 2012 in Kraft tritt.

2.3 Information

Die Information ist eine Aufgabe, die sich aus dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) und dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) herleitet. Die Kommunikation ist für den Umweltschutz von grösster Bedeutung, da die Bevölkerung auf diese Weise über die Situation aufgeklärt werden kann. Die Kommunikation fördert somit umweltgerechte Verhaltensweisen.

Infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) behandelte das AfU im Jahr 2011 7 Gesuche um Zugang zu einem amtlichen Dokument.

2.3.1 Besondere Ereignisse und Tätigkeiten

Die wichtigsten Tätigkeiten 2011 im Bereich der Kommunikation lauteten:

Der Kanton Freiburg beteiligte sich zum siebten Mal an der Aktion «Frühjahrsputz», die zum Ziel hat, die Bevölkerung an den Bemühungen für einen sauberen öffentlichen Raum aktiv mitwirken zu lassen und sie für einen besonnenen Umgang mit Abfällen zu sensibilisieren. 32 Freiburger Gemeinden organisierten eine oder mehrere Aktionen im Mai 2011 oder zu einem anderen Zeitpunkt. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor Georges Godel nahm am Frühjahrsputz in Châtel-St-Denis teil, der am Freitag 14. Mai 2011 stattfand.

Die Informationsplattform der kantonalen Fachstellen für Energie und Umwelt «energie-umwelt.ch» lancierte 2011 die Kampagne «Ganz sachte dosieren!» zur Verhinderung von Mikroverunreinigungen in unseren Gewässern. Sie stellt hierfür Informationsmaterial (Poster, Kleinplakat, Faltprospekt, Symbolbilder und Merkblätter) auf ihrer Website zur Verfügung.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Vollzugs der Bundesverordnung über den Schutz vor Störfällen veröffentlichte das Amt ein Informationsbulletin, das einen Einblick in die Aktivitäten und die Bilanz im Kanton Freiburg gibt. Ausserdem organisierte es im Espace Nuithonie am 17. November 2011 zusammen mit dem «Club Environnement Energie Sécurité» eine Informationsveranstaltung, zu welcher die Unternehmen, die der StfV unterstellt sind, die betroffenen Gemeinden, die Oberämter, die Raumplaner sowie die Medien eingeladen waren.

Das Amt veröffentlichte mehrere Medienmitteilungen:

- > 4. Februar 2011: Erhöhte Feinstaubbelastung;
- > 29. April 2011: Ein kräftiger «Frühjahrsputz» für die Sauberkeit der öffentlichen Orte;
- > 8. Juni 2011: Marc Chardonnens ist neuer Präsident der Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz;
- > 16. Juni 2011: Der Staatsrat verabschiedet den Entwurf des Gesetzes über belastete Standorte;
- > 11. Juli 2011: Erste Erfolgskontrolle für den Massnahmenplan Luftreinhaltung;
- > 20. Juli 2011: Keine Feuchttücher in die Toiletten;
- > 7. November 2011: Ganz sachte dosieren! Eine Informationskampagne zur Verhinderung von Mikroverunreinigungen in unseren Gewässern.

Den Gemeinden und Verbänden wird vierteljährlich ein Informationsschreiben mit Beurteilungsbericht zum Zustand ihrer Kläranlagen geschickt. Für die Besitzer und Betreiber der zentralen Abwasserreinigungsanlagen organisierte das Amt an einem Vormittag eine Informationsveranstaltung.

Neben dem Informationsbulletin gab das AfU 2011 noch weitere Dokumente heraus: Bericht über die Stickstoffdioxidbelastung im Jahr 2010, Vollzugshilfe für die Grundstücksentwässerung bei Wohnungen im Bereich öffentlicher Kanalisationen, Merkblatt zur Lagerung von Fahrzeugen sowie Vollzugshilfe für den Umweltschutz in der Schifffahrt für den Freizeitverkehr.

2011

Das Amt für Umwelt ist für die Kommunikation zur Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila zuständig. In diesem Zusammenhang wurden 3 Medienmitteilungen veröffentlicht:

- › 18. Februar 2011: Das Projekt zur Sanierung der Deponie La Pila wurde den betroffenen Dienststellen unterbreitet;
- › 29. April 2011: Die vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung der Deponie La Pila werden öffentlich aufgelegt;
- › 10. Mai 2011: Die Ergebnisse der Fischanalysen vom März und April 2011 in der Ärgera und der Saane liegen vor.

Es fanden 2 Sitzungen mit Umweltschutzvereinen und dem Freiburgerischen Verband der Fischervereine statt.

2.3.2 Website

Auf seiner Website (www.fr.ch/afu) informiert das AfU kontinuierlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem allgemeine Informationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und auch Informationsbroschüren, Weisungen, Merkblätter und Formulare über die Abfallentsorgung sowie über den Gewässerschutz, die heruntergeladen werden können. Nicht zuletzt wartet die Website auch mit nützlichen Internet-Adressen auf. 2011 wurden 13 Nachrichten veröffentlicht.

Das Amt ist für die Website zur Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila verantwortlich. 2011 wurden in diesem Zusammenhang 4 Nachrichten veröffentlicht.

Eine weitere Website (www.les3lacs.ch), die von den Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den 3 Seen des Mittellands (Bieler-, Murten- und Neuenburgersee). Das Amt arbeitete ausserdem an der Aktualisierung der Datenbank mit, in der alle im Bereich der Abfallbearbeitung tätigen Schweizer Unternehmen aufgeführt sind. Die Datenbank kann über die Startseite des AfU abgerufen werden. Abschliessend sei noch die Informationsplattform der Energie- und Umweltdienststellen der Kantone Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt «energie-umwelt.ch» erwähnt. Auf dieser Website gibt es eine Fülle von praktischen Ratschlägen zur Einsparung von Energie und zum Schutz der Umgebung.

2.3.3 Geoportal

Das Amt verwaltet die Informationen, die im Geoportal des Kantons Freiburg veröffentlicht werden (Nachführung). Im No-

vember 2011 wurde eine neue Schicht mit den Standorten der stationären Anlagen hinzugefügt, die der Bundesverordnung über den Schutz vor Störfällen unterstellt sind.

2.3.4 Schulung

Auf Ersuchen des Freiburgerischen Baumeisterverbands (FBV) führte das Amt 15 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen, über den Gewässerschutz sowie über die Abfallbewirtschaftung durch. Diese Kurse richteten sich an Geräte-, Autokran- und Bauführer und fanden in Düringen im Ausbildungshaus Chiemi statt.

Das Amt führte zudem für die Milchtechnologininnen und -technologin des LIG eine Schulung über die Abwasserbehandlung sowie eine tätigkeitsspezifische Umweltschutzschulung für die Polizeiasspirantinnen und -asspiranten durch.

Am 8. Juni 2011 organisierte das AfU eine Informationsveranstaltung für die Büros, die im Bereich der belasteten Standorte tätig sind. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Abgeltung des Bundes nach VASA, Bauen auf einem belasteten Standort, Verfahren für die Entfernung eines Eintrags aus dem Kataster der belasteten Standorte, Voruntersuchungen nach Artikel 7 AltIV.

2.4 Vorsorgliche Analyse der Dossiers

Die Zahl der Raumplanungs- und Baudossiers, die das AfU im laufenden Jahr bearbeitet hat, ist im Vergleich zu 2010 leicht angestiegen. Die mit dem Informatiksystem DATEC verwalteten Baubewilligungen machten die Mehrheit der behandelten Dossiers aus:

- › 3267 Baubewilligungsgesuchsdossiers; 2010 waren es deren 3200 gewesen;
- › 561 Gesuche unterschiedlicher Art der Gemeinden (Baubewilligungsgesuche im vereinfachten Verfahren) und anderer Gesuchsteller (Strassen usw.); 2010 waren es 539 gewesen;
- › 118 Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP); 2010 waren es 69 gewesen.

Baudossiers, die aus Sicht des Umweltschutzes unproblematisch sind (z. B. Villen), werden neu in einem vereinfachten Prozess bearbeitet.

2.5 Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen (UDV)

Bei Umweltverschmutzungen unterstützt und berät das AfU die Einsatzdienste sowohl im Ereignisfall als auch bei

2011

drohenden bzw. sich abzeichnenden Gewässer- und Bodenverschmutzungen. Der Dienst wird rund um die Uhr und während des ganzen Jahres von insgesamt 18 Mitarbeitenden sichergestellt. In diesem Rahmen intervenierte der UDV im Jahr 2011 61-mal (134-mal im Jahr 2010): bei 24 Ölverschmutzungen, 12 landwirtschaftlichen Verschmutzungen, 4 Grossbränden und 16 Chemieunfällen; weitere 5 Einsätze betrafen die unterschiedlichsten Ereignisse (Abwässer, Schlamm, Abfälle usw.).

3. Gewässerschutz

3.1 Sektor Siedlungsentwässerung

3.1.1 Subventionierung

2011 betragen die für gut 10 generelle Entwässerungspläne (GEP) überwiesenen Kantonsbeiträge rund 70 000 Franken. Darüber hinaus erhielt die Kläranlage von Marly Kantonsbeiträge von knapp 130 000 Franken. Die Gesuche um Bundessubventionen beliefen sich 2011 auf zirka 1 200 000 Franken.

3.1.2 Kantonale Planung

Gemäss neuem Recht muss der Kanton einen Sachplan Abwasserreinigung erstellen, in welchem insbesondere die Perimeter bestimmt werden, in denen mittelfristig eine zentrale Abwasserreinigung sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang kam die Interkantonale Arbeitsgruppe für die Planung der Abwasserreinigung im Seeland 2011 dreimal zusammen. Das Amt bestimmte ausserdem verschiedene ARA-Einzugsgebiete, in denen sich eine Studie für die regionale Planung der Abwasserreinigung aufdrängt.

3.1.3 Gemeindeplanungen und -reglemente

Das Amt prüfte 15 Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Ableitung und Reinigung des Abwassers. Derzeit verfügen 77 Gemeinden über Reglemente und Gebühren, die dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer entsprechen (insbesondere Art. 60a GSchG). Das AfU und das Amt für Gemeinden sind daran, das Musterreglement zu überarbeiten.

2011 wurden dem AfU 2 GEP zur Vorprüfung und 5 im Hinblick auf die definitive Genehmigung durch die RUBD unterbreitet. Damit beträgt die Zahl der Dossiers, die zur Bearbeitung anstehen oder in Bearbeitung sind 157. Rund 40 wurden bis heute genehmigt. Das Amt übermittelte den Gemeinden und betroffenen Ingenieurbüros Stellungnahmen zu 20 GEP.

3.1.4 Abwasserreinigung

Auch 2011 stand das Amt den Betreibern der 27 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Kanton mit Rat und Tat zur Seite, damit die in der Gewässerschutzverordnung des Bundes (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden. Ausserdem inspizierte es 13 ARA.

Im Rahmen der Überwachung der Kläranlagen gemäss GSchV untersuchte das Amt die Qualität des Wassers (knapp 400 Proben) und des Klärschlammes (rund 100 Proben). Den Betreibern und übergeordneten Instanzen wurden die Analyseergebnisse übermittelt; zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden:

- > 17 ARA funktionieren gut bis ausgezeichnet.
- > 10 ARA funktionieren unzureichend bis zufriedenstellend; über kurz oder lang werden die Anlagen ausgebaut oder angepasst werden müssen oder es werden Massnahmen zur Verringerung der zugeführten Last getroffen werden müssen.

Um die Kontrolle der ARA bzw. deren Betrieb sowie die Beratung der Betreiber zu verbessern, kaufte das Amt eine neue Software namens «Clarius». Die Übertragung der Daten vom alten System auf das neue steht kurz vor dem Abschluss.

Mehrere ARA müssen kurz- oder mittelfristig Lösungen finden, um angesichts der Entwicklung in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet und der Unzulänglichkeiten gewisser Einrichtungen eine ausreichende Behandlungskapazität sicherstellen zu können. In diesem Zusammenhang arbeitete das Amt bei verschiedenen Projekten und Studien mit:

- > Vergrösserung und Anpassung der ARA in Autigny (AEGN, im Gang);
- > Projekt für die Vergrösserung und Anpassung der ARA in Bussy (AIPG), das 2012 bis 2013 umgesetzt werden soll;
- > Projekt für die Vergrösserung und Anpassung der ARA in Vuippens (AIS), Broc (AICG) und Posieux;
- > Projekt für den Anschluss der ARA von Corpataux-Magnens an die ARA von Autigny;
- > Projekt für die getrennte Behandlung des Faulwassers und der Schlammrückführung in der ARA von Pensier;
- > Analyse der Möglichkeiten für eine Abwasserreinigung auf regionaler Ebene für das Seeland (in Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern und Neuenburg), für die Mittlere und Obere

2011

Broye (in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt) sowie für die Untere Saane und Haute Gruyère.

Das Amt hat zudem eine Datenbank für Kleinkläranlagen (kARA), die die Abwässer von Gebäuden ausserhalb des Bereichs der öffentlichen Kanalisationen reinigen, geschaffen. Damit kann der Betrieb der 130 erfassten kARA verfolgt werden.

3.2 Sektoren Industrielle Abwässer und Wassergefährdende Flüssigkeiten

3.2.1 Industrie und Gewerbe inklusive Automobilbranche

Das Amt untersuchte 184 Baubewilligungsgesuche im ordentlichen und 77 im vereinfachten Verfahren sowie 8 Sanierungs dossiers und 4 Detailbebauungspläne (DBP).

Es kontrollierte des Weiteren die Inbetriebnahme von 24 neuen privaten Anlagen aus Sicht des Gewässerschutzes und überprüfte von Auge eine gewisse Anzahl Anlagen für die Vorbehandlung der industriellen Abwässer. Das Amt leitete zudem die Sanierung von 14 Anlagen infolge einer Gewässerverschmutzung in die Wege.

Im Rahmen der Nachführung der Industrieabwasser-Kataster besuchte und kontrollierte das Amt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und überkommunalen Abwasserverbänden 135 Unternehmen. Den Besitzern von nicht konformen Anlagen wurden entsprechende Sanierungsmassnahmen bedeutet. Das Amt verlangte ausserdem für 3 neue Chemietanks Prüfberichte, um sicherzustellen, dass die Anlagen den zugelassenen Techniken entsprechen.

Im Zusammenhang mit der Überwachung der industriellen Abwässer überprüfte das AfU die Analyseergebnisse und evaluierte die Berichte über die für die ARA massgebliche Schadstoffbelastung von 26 Unternehmen, die einen Einfluss auf die ARA haben.

Aufgrund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts wurden für den Erhalt von Berufsschildern 25 Betriebe der Automobilbranche durch das Amt inspiziert. 7 Betriebe mussten ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 36 Ortsbegehungen.

Bis heute wurden 2488 Betriebe in die Datenbank für Industrie, Gewerbe und Autobranche eingegeben, mit der die Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften verwaltet und verfolgt werden können. Weiter wur-

den die technischen Daten der Anlagen von rund 100 Unternehmen erfasst.

Das Amt arbeitete ferner ein Formular für Anträge zum Bezug von Händlerschildern aus und lud dieses auf seine Website hoch. Mit Blick auf die grossen Abwassereinleiter (Abwasserbelastung von über 300 Einwohnergleichwerten) arbeitete es einen Entwurf einer Mustervereinbarung für die Einleitung von industriell oder gewerblich verschmutzten Abwässern aus.

3.2.2 Tankanlagen

Das AfU prüfte und begutachtete 131 Bewilligungsgesuche für Tanks. Nach der Kontrolle von 15 Installationen mussten 10 Besitzer schriftlich benachrichtigt werden, dass ihre Tankanlagen nachgebessert werden müssten.

Am 31. Dezember 2011 waren 47 723 Tankanlagen mit einer Gesamtkapazität von 527 062 947 Litern im Register eingetragen. Es wurden 2418 Tankanlagen revidiert und registriert. 182 Tanks wurden ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen. Zudem konnten 234 Mahnungen bearbeitet und die Anlagen saniert werden. Derzeit sind 165 Mahnungen in Bearbeitung. Insgesamt waren 88 Ortsbegehungen nötig.

Es wurden 2114 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt. Derzeit werden 322 Geräte überholt. Es wurden 112 Geräte in der letzten Revisionsphase bearbeitet.

2011 ordnete das AfU den Besitzern in 55 Fällen eine Revision von Tankanlagen in einer Grundwasserschutzzone S3 an.

Es wurden 2 Tankrevisionsunternehmen geprüft (3 Ortsbegehungen).

144 der 958 einwandigen erdverlegten Tanks, die bis zum 31. Dezember 2014 saniert werden müssen, wurden bereits saniert (Ausserbetriebnahme oder Einbau einer zweiten Wand). Hierfür waren 28 Ortsbegehungen nötig.

Das Amt begutachtete infolge einer Anfechtung der Sanierungsmassnahmen, die von den Revisionsunternehmen vorgeschlagen worden waren, 37 Anlagen.

Die Sanierung der belasteten Standorte erforderte insgesamt 3 Ortsbegehungen.

Die technischen rechtlichen Grundlagen für Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten in überflutbaren Zonen wurden verwirklicht. Dadurch haben die betroffenen Besitzer die nötigen Informationen für die Sanierung ihrer Tank-

2011

anlagen (Selbstverantwortung). Die Ausscheidung der Besitzer von Tanks in Hochwasserzonen (Voralpenregion) und die Änderung der Datenbank sind im Gang.

3.2.3 Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt musste 24-mal wegen Verunreinigungen durch Kohlenwasserstoffe intervenieren. Daneben behandelte es 43 administrative Dossiers. In diesem Zusammenhang wurden 97 Rechnungen ausgestellt, deren 4 Gegenstand eines Verwaltungsverfahrens waren.

3.3 Sektor Landwirtschaft

2011 begutachtete das Amt 242 Vorprüfungsgesuche und Baubewilligungsgesuche. Die betroffenen Dienststellen (AfU, LwA, WaldA und LIG) haben gemeinsam die Weisungen über das Ausbringen von Hofdünger und die Zwischenlagerung von Mist ausgearbeitet; diese wurde am 12. Dezember 2011 von den Direktoren der RUBD und ILFD unterzeichnet.

3.4 Sektor Grundwasser

3.4.1 Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000

Die Generalaktualisierung der Karten wird fortgeführt. Dank der heutigen Informatikmittel und dank der Veröffentlichung der Informationen auf dem Geportal des Kantons seit 2009 wird immer weniger auf Papier publiziert.

3.4.2 Grundwasserschutzzonen (definitive und provisorische Zonen S)

Die Situation in diesem Bereich kann wie folgt zusammengefasst werden:

- > 124 Zonen S wurden genehmigt, 2 davon im Jahr 2011;
- > 140 Zonen S müssen noch genehmigt werden.

3.4.3 Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

Ein Geologiebüro wurde mit einer Studie für die Abgrenzung des Zuströmbereichs der Quelle Gertholz in Bösinggen beauftragt.

Die Wasserqualität von 14 Zuströmbereichen und deren Entwicklung wurde wie bis anhin jeden Monat analysiert.

3.4.4 Kiesgruben, Materialausbeutungen und geothermische Sonden

2011 begutachtete das Amt 1 Materialausbeutungsgesuch.

Ausserdem wurden 635 Baubewilligungsgesuche für geothermische Sonden bearbeitet.

Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wird derzeit eine Karte ausgearbeitet, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen.

3.4.5 NAQUA, Beobachtung der Grundwasserqualität

Das in Zusammenarbeit mit dem BAFU ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer (Pestizide) in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich 4 Messkampagnen in 15 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde im Jahr 2005 ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 47 Standorten definiert. 2011 wurden zwei Messkampagnen durchgeführt.

Die Auswertung dieser Überwachungsbefunde wurde fortgesetzt. Sämtliche betroffenen Gemeinden wurden über die Qualität der unterirdischen Gewässer, die auf ihrem Gebiet analysiert wurden, in Kenntnis gesetzt. Zwischen dem Amt und dem Kantonalen Laboratorium wurde die Zusammenarbeit organisiert.

3.4.6 Bewirtschaftung der Grundwasser

Seit 1972 wurden 22 Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer zwecks Trinkwassergewinnung und weitere 5 für eine andere Nutzung (Kühlung, Fischzucht usw.) ausgestellt. Dem ist anzufügen, dass zahlreiche Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern im Kanton Freiburg ohne Konzession erfolgen, was eine grosse Lücke in der Bewirtschaftung der öffentlichen Gewässer darstellt.

5 Geologiebüros erhielten den Auftrag (5 Lose), Daten zu den öffentlichen Gewässern im Kanton zusammenzutragen. Dieser Auftrag erstreckt sich über die Jahre 2011 und 2012. Ziel ist, das Inventar der öffentlichen Wasserressourcen und Wasserfassungen zu vervollständigen, um dann einen Sachplan für die öffentlichen Wasserfassungen ausarbeiten zu können.

Das Amt wirkt beim französisch-schweizerischen Programm interreg (Alpeau) mit, das den Fortbestand der Schutzwälder

2011

und dadurch den Schutz der Trinkwasserquellen in den voralpinen Gebieten zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang wurde der Gibloux zum Untersuchungsgebiet deklariert.

3.4.7 Stellungnahmen

2011 bearbeitete das Amt 850 Dossiers (Baubewilligungen, DBP, OP, GEP, Kiesgruben) unter dem Gesichtspunkt des Grundwasserschutzes.

3.5 Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg nahm das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee. Das Amt beteiligte sich auch an den Probenahmen aus dem Neuenburger- und Bielersee. Ferner führte das Amt die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer- und Schifflensee durch eine jährliche Probenahme weiter.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probenahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt setzte die physikalisch-chemischen Untersuchungen der Einzugsgebiete im Kanton fort und intensivierte sie. So führte es 7 Messkampagnen für das Einzugsgebiet Obere Broye und 10 für das Einzugsgebiet Sense durch.

Das Amt führte zudem ein neues Konzept für das Monitoring der Fliessgewässer ein, das eine fachübergreifende und einzugsgebietsspezifische Herangehensweise erlaubt. In diesem Rahmen wurden chemische, biologische und morphologische Untersuchungen der Fliessgewässer Arbogne, Chandon und Kleine Glane durchgeführt. Die Ergebnisse sollten im Frühjahr 2012 vorliegen.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt und den Landwirtschaftsämtern Waadts und Freiburgs beteiligt sich das AfU über die Suche nach den Phosphorquellen im Einzugsgebiet und nach möglichen Lösungen für eine Reduzierung des Phosphoreintrags aktiv an der Sanierung des Murtensees.

4. Labor und Stoffe

4.1 Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von den

WEPAL (Wageningen Evaluating Programmes for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden und vom Gewässer- und Bodenschutzlabor des Kantons Bern organisiert worden waren. Insgesamt erfolgten 570 Analysen, mit denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen sichergestellt werden konnte.

Das AfU setzte ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fort, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon (ART) zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes zugelassen.

4.2 Kläranlagen

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen – namentlich auf die Gewässerschutzverordnung und die kantonale Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben – kontrollierte das AfU die 27 in Betrieb stehenden ARA der Gemeinden und Gemeindeverbände. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 3363 Analysen durchgeführt.

Das AfU führte die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit 4 Probenahmen für die grossen und mittleren Anlagen und 2 Probenahmen für die kleinen Anlagen weiter, was insgesamt 1248 Analysen erforderte.

4.3 Industrieabwasser/Deponien

Es wurden 32 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine Untersuchungen der Qualität des Abwassers und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Dafür wurden insgesamt 954 Proben analysiert.

Im Bereich der Inertstoffdeponien (ID) führte das Laboratorium 785 Analysen bei 70 Grundwasserproben durch, die in der Nähe der Deponien und im Eluat genommen worden waren.

4.4 Grundwasser und Oberflächengewässer

Das AfU nahm im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 19 424 Untersuchungen in ober- und unterirdischen Gewässern des Kantons vor.

4.5 Verschmutzungen

Das Amt wurde bei 39 Fliessgewässerverschmutzungen gebeten, Analysen vorzunehmen. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 538 Untersuchungen.

2011

4.6 Interkantonale Zusammenarbeit

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit bearbeitete das Amt 139 Proben, wofür 189 Analysen nötig waren. Im Gegenzug gab es den Partnerlaboratorien 22 Proben für spezifische Analysen, für die es nicht über die notwendigen Instrumente verfügte.

4.7 Stoffe

Die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts fehlen weiterhin. In Ermangelung einer Verordnung, die die Aufteilung der im ChemG vorgesehenen Aufgaben festlegt, nahm das Amt innerhalb seiner Kompetenzen an den Aktivitäten der Chemsuisse (Zusammenschluss von Vertretern der kantonalen Fachstellen für Chemikalien, die für die kantonalen Vollzugaufgaben des Chemikalienrechts zuständig sind) teil.

Es registrierte über die Internetplattform zur Bewilligung von Kältemittelanlagen PEBKA 50 Bewilligungen für die Benutzung von Kältemitteln. Ausserdem wurden im Rahmen von öffentlichen Auflageverfahren 31 Gutachten für die Einrichtung von Kältemittelanlagen mit einem Kältemittelvolumen von über 3 Kilo erstellt.

5. Luftreinhaltung

5.1 Sektor Emissionskontrolle

Im Rahmen der Überprüfung der Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 38 Holzfeuerungsanlagen kontrolliert. Im Übrigen wurden die Emissionen von 6 industriellen Produktionsstätten untersucht. Aufgrund dieser Untersuchungen wurden 16 Installationen saniert und reguliert. Des Weiteren wurden 3 Anlagen zur chemischen Kleiderreinigung mit Perchlorethylen kontrolliert.

Die Kaminfeger haben 17 900 Hausfeuerungen kontrolliert. Mit der Änderung 2004 der Luftreinhalte-Verordnung traten schärfere Bestimmungen für die vor 1991 in Verkehr gebrachten Anlagen in Kraft. Im Verlauf dieses Jahres musste in 527 Fällen eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Damit gibt es auf Ende 2011 insgesamt 7586 sanierungsbedürftige Anlagen.

Das AfU behandelte unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung 94 Dossiers für Baubewilligungsgesuche, darunter 21 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 40 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 2 für den Bau von Parkieranlagen sowie 5 für den Betrieb von Gasthöfen. Die landwirtschaftlichen Dossiers betrafen zwei Bereiche: einerseits die Einhaltung des Mindestabstands zwischen einer landwirtschaftlichen Tierhaltung und der nächsten Wohnzone, andererseits die Begrenzung

der Ammoniakemissionen, die namentlich von Stallungen und Jauchegruben stammen.

Es wurden zudem 91 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln begutachtet. Das AfU prüfte ferner 14 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung und es nahm 11 Klagen über Geruchsemissionen entgegen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 19 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung zugestellt.

5.2 Sektor Immissionsüberwachung

Auf der Website des AfU (www.fr.ch/afu) werden die aktuellen Stickstoffdioxid-, Feinstaub- und Ozonwerte laufend veröffentlicht. Während des Sommers werden nicht nur die aktuellen Ozonwerte, sondern auch eine Vorhersage der Maximalwerte für die nächsten 3 Tage publiziert. Die Website wurde mit Grafiken und Statistiken der Messergebnisse ab 1989 ergänzt.

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2010 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2011» sowie auf der Website des Bundesamts für Umwelt (www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick_zurueck) veröffentlicht.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden 2 Messwagen wie folgt eingesetzt:

- > Messung der Schadstoffbelastung im Burgquartier, hinter der Post;
- > Messung der Schadstoffbelastung entlang der Rue de Vevey in Bulle.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste im Jahr 2011 folgende Gemeinden: Bulle (6 Standorte, davon 1 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Châtel-St-Denis (1), Misery Courtion (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (5 Standorte, davon 2 bei den Messstationen, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (1), Romont (1), Villars-sur-Glâne (3) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 25 Messstandorten ergibt. Die Ammoniakmessungen (NH₃) erfolgten an den

2011

beiden oben erwähnten Standorten sowie auf 1 Waldbeobachtungsfläche (vom Amt für Wald, Wild und Fischerei finanziert). Die Messresultate stehen auch auf der Website des AfU zur Verfügung.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu sagen, dass die Höchstwerte für den Schutz der empfindlichen Vegetation vor direkten und chronischen Auswirkungen ebenfalls überschritten wurden.

5.3 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die RUBD beauftragte das AfU mit der ersten Erfolgskontrolle des 2007 vom Staatsrat verabschiedeten Massnahmenplans Luftreinhaltung, der den Plan der 90er-Jahre ersetzte. Dies geschah in Zusammenarbeit mit den Agglomerationen, Gemeinden und betroffenen Dienststellen. Der Bericht «Massnahmenplan – Erfolgskontrolle 2010», der im Juli 2011 veröffentlicht wurde, kommt zum Schluss, dass gewisse technische Massnahmen wie die Sanierung von Feuerungsanlagen und die Ausrüstung von Bussen mit Partikelfilter mit Erfolg umgesetzt werden konnten. Bei der Berücksichtigung der Anliegen der Luftreinhaltung in den Bereichen Mobilität, Energie und Landwirtschaft müssen dagegen noch weitere Fortschritte erzielt werden.

Im Rahmen des «Ressourcenprogramms» zur Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung und gemäss der Massnahme M16 des Massnahmenplans haben die betroffenen kantonalen Dienststellen (Amt für Landwirtschaft, Landwirtschaftliches Institut in Grangeneuve, Amt für Umwelt) im Jahr 2009 das Projekt «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet. Das Amt beteiligte 2011 am Informationstag für die Landwirtinnen und Landwirte, die am Projekt teilnehmen.

6. Lärm und nichtionisierende Strahlung

6.1 Lärmschutz

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz auch dieses Jahr vor allem auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. In diesem Rahmen wurden 76 Dossiers für OP und DBP, 878 Baubewilligungsgesuche und 18 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Anlagen begutachtet.

Im vordringlichen Bereich des Strassenlärms kann die Situation wie folgt zusammengefasst werden: Die Lärmsanierung der Nationalstrassen, für die direkt der Bund (ASTRA) zuständig ist, muss bis 31. März 2015 erfolgen. Die Haupt- und

Kantonsstrassen, für die das Tiefbauamt (TBA) zuständig ist, sowie die Gemeindestrassen, die in der Verantwortung der Gemeinden liegen, müssen bis spätestens am 31. März 2018 saniert werden. 2006 wurde geschätzt, dass etwa 14 000 Personen im Kanton Lärmbelastungen ausgesetzt sind, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen. Die noch verbleibenden 6 Jahre bis zum Ablauf der Sanierungsfrist, innerhalb der der Bund Beiträge gewährt, müssen unbedingt genutzt werden, um die notwendigen Sanierungsmassnahmen zu ergreifen.

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die am 1. Januar 2008 in Kraft trat, wurde der Abschluss einer ersten Programmvereinbarung (für die Periode 2008–2011) zwischen Bund und Kanton nötig. Dank des vom TBA und AfU erstellten ehrgeizigen Programms kam der Kanton Freiburg in den Genuss von beträchtlichen Bundesbeiträgen (1 895 700 Franken). Die beiden Ämter erhielten die personellen Mittel, die für die Umsetzung der Programmvereinbarung im Bereich der Kantonsstrassen nötig sind. Die Finanzierung der Arbeiten ist dank eines Rahmenkredits von 6 Millionen Franken gesichert. Bis heute wurden 45 Sanierungsprojekte in die Wege geleitet.

Zur vom Schienenverkehr erzeugten Lärmbelastung ist zu sagen, dass der Bund derzeit den Abschnitt Vauderens–Flamatt der SBB-Linie Lausanne–Bern saniert. In einer ersten Phase wird das Rollmaterial deutlich verbessert. Punktuell sollen zudem Lärmschutzmauern errichtet werden. Gewisse wurden bereits gebaut. Der Bund beauftragte zudem das Amt, die Fenster der Wohnungen auszuwechseln, bei denen die Lärmmissionen trotz dieser Massnahmen auf einem zu hohen Niveau verharren.

6.2 Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich betrifft die Mobiltelefonie (Basisstationen). 2011 wurden 28 Dossiers behandelt, wobei die Mehrheit die Erweiterung einer bestehenden Anlage für den UMTS-Standard betraf. Unter den behandelten Dossiers sind die Dossiers Polycom, GSM-Rail (SBB) und TETRA (TPF) hervorzuheben.

Die Bevölkerung macht sich seit einiger Zeit etwas weniger Sorgen wegen der NIS als auch schon. Gegen einige Baubewilligungsgesuche wurden indessen Einsprachen erhoben. 2011 wurden 3 Gesuche für eine Kontrollmessung behandelt. In allen Fällen lagen die gemessenen Werte deutlich unter den geltenden Grenzwerten.

Das Vereinbarungsprotokoll von November 2006 zwischen den Mobilfunkanbietern und dem Staat wird umgesetzt. Die regelmässigen Sitzungen, an denen die Betreiber und die zuständigen

—
2011

Dienststellen des Kantons teilnehmen, ermöglichen es, die Koordination zu verbessern.

Die Standorte sämtlicher Mobilfunkanlagen, die im Kanton Freiburg in Betrieb sind, werden ab 2012 von allen interessierten Personen über das Geoportal des Kantons Freiburg abgefragt werden können.

7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit

7.1 Allgemeine Koordination

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- › Koordination, Verteilung, Prüfung und Zusammenfassung der OP, DBP und Baubewilligungsdossiers;
- › Vertretung des AfU in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe für die Einführung des Informatiksystems DATEC zur Verwaltung der OP- und DBP-Dossiers sowie der Baubewilligungen;
- › Integration des DATEC in das Baubewilligungsverfahren: allgemeine Supervision, Einführung der Anwendung innerhalb des Amts, Ausbildung der Mitarbeitenden, Verwaltung der Dossiers;
- › Ausarbeitung und Umsetzung einer Notiz über die Weiterleitung der Gutachten;
- › Ausarbeitung von Entwürfen für umweltschutzspezifische Faktenblätter zuhanden der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller von Baubewilligungen;
- › verschiedene Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Bundes- und Kantonsebene (34 bzw. 18 Entwürfe);
- › Stellungnahmen zu Musterberichten des Bundes;
- › Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs envirocat;
- › Begleitung des Konzepts für die Ergänzung des Geoportals des Staats durch Daten zur Umwelt und für die allgemeine Koordination innerhalb des Amts aller Aspekte, die das GIS betreffen;
- › Überprüfung der Konformitätsbescheinigungsgesuche von Unternehmen, die sich nach ISO 14001 zertifizieren lassen wollen.

7.2 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- › Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- › Auswertung und Stellungnahme des Amts im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 6 Umweltverträglichkeitsberichte (UVB), 6 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie;
- › Koordination der Baustellenbegleitung und ökologische Abnahme der Umweltschutzmassnahmen für das Poyaprojekt und die Lehmgrube Wallenried;
- › Baustellenbegleitung für die Sanierungsarbeiten auf der A12 zwischen Semsales und Riaz;
- › Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1: Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen.

7.3 Bodenschutz

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- › Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton: Organisation von 4 Sitzungen der kantonalen Koordinationsgruppe für den Bodenschutz; Organisation am 7. April 2011 der halbjährlichen Zusammenkunft der kantonalen Bodenschutzfachstellen (Erfahrungsaustausch Bodenschutzfachstellen) in Grangeneuve/FR; Teilnahme am Austausch zwischen den Kantonen und mit dem BAFU (Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden ROSOL, Schweizer Austauschgruppe Erf-FABo, Aktionstag des BAFU);
- › Begleitung der Analysen von städtischen Böden: Fortsetzung und Abschluss des 2. Probenahme- und Analysezyklus an den Standorten des kantonalen Bodenbeobachtungsnetzes FRIBO;
- › Bodenanalysekampagne in der Stadt Freiburg: Im Juli 2011 wurden an dreizehn Standorten in der Stadt Freiburg (Gemüsegärten, Weiden, Spielplätzen) Bodenproben genommen; wegen der zu hohen Blei- oder Quecksilberkonzentration erhielten 3 Grundstückbesitzer Empfehlungen mit Verhaltensregeln zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken; sämtliche

2011

Ergebnisse dieser Messkampagne wurden auf der Website des AfU veröffentlicht;

- › Begleitung des Projekts Bodeninformation Schweiz (BI-CH), das den Aufbau einer digitalen Bodendatenbank zum Ziel hat: Kenntnisnahme der Ergebnisse des Pilotprojekts; es zeigte sich, dass auf der Informatikebene grosse Schwierigkeiten bestehen; aus diesem Grund wurden Gespräche mit dem Auftragnehmer über die Fortsetzung des Projekts geführt; Anfang 2012 wird ein Entscheid gefällt werden;
- › andere Tätigkeiten: Begutachtung von Baubewilligungsgesuchen in städtischen Gebieten, Mitwirkung bei der bodenkundlichen Begleitung der bedeutenden Baustellen;

7.4 Biologische Sicherheit

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- › Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt äusserte sich zu 4 Projekten mit Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen;
- › Wahrnehmung der kantonalen Aufgaben im Bereich der biologischen Sicherheit in geschlossenen Systemen, Mitarbeit bei der Ausarbeitung der technischen Richtlinien über die biologische Sicherheit und interkantonale Harmonisierung der Umsetzung der entsprechenden Bundesverordnung.

7.5 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Störfallverordnung nahm das AfU eine Bewertung von 7 Objekten im Bereich der stationären Anlagen vor. Ende 2011 waren rund 85 % der festen Anlagen und 100 % der Verkehrsachsen (Kantonsstrassen) in Kurzberichten oder anderen Studien (vereinfachte Kurzberichte für Strassen) bewertet worden. Für die Autobahnen, für die das Bundesamt für Strassen Vollzugsbehörde ist, sind die Verfahren im Gang. Das AfU wurde von Fall zu Fall hinzugezogen. Die Gesamtbewertung der Eisenbahnlinien konnte abgeschlossen werden. Derzeit werden zudem Studien zur Problematik der Kantonsstrassen, die durch Grundwasserschutzzonen S führen, ausgearbeitet. Die Beurteilung des geänderten Poyaprojekts (St.-Leonhard-Unterführung) ist beendet.

Das Amt prüfte 40 OP und DBP sowie 60 Baubewilligungsgesuche unter dem Gesichtspunkt der StFV. Ausserdem wurden 4 Unternehmen inspiziert. Es wurde zudem 1 Risikobericht im Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und bewertet.

Die Risikoabklärung im Zusammenhang mit einer Hochdruck-Gasleitung konnte 2008 und 2011 in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie (BFE) erfolgreich durchgeführt werden.

Nach dem Bundesgerichtsentscheid vom 1. Mai 2009 konnten die Untersuchungen und Sanierungsarbeiten 2011 unter der Verantwortung des BFE fortgeführt werden. Die Behandlung der Baubewilligungsgesuche, der OP-Dossiers und der Gesuche zur Änderung der Zonennutzung ist eine komplexe Angelegenheit, weil der Variantenvergleich für die Sanierung noch nicht abgeschlossen ist und sowohl Bund, Kanton, Gemeinden als auch Privatpersonen betroffen sind.

Die erste Etappe des Verfahrens zur Risikobehandlung der 52 Unternehmen, die Pflanzenschutzmittel und Dünger verkaufen, ist beendet. Der Bund änderte 2010 die Grundkriterien (quantitative Schwellenwerte). Die zweite und dritte Etappe wurden deshalb auf 2013 verschoben. Auch werden Branchenlösungen, die nur für Teilbereiche gelten könnten, diskutiert.

Die Umsetzungsverfahren für Schwimmbäder und Betonmischanlagen sind ebenfalls in Vorbereitung.

Das Vorhaben in Domdidier, ein Grundstück in der Nähe einer StFV-Anlage als Industriezone einzonen, ist mit bedeutenden Abklärungen und Studien über die Machbarkeit dieses Vorhabens verbunden. Es bedingt zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und den Raumplanern der Kantone Freiburg und Waadt. Die Schlussstudien stehen vor dem Abschluss.

Für eine bedeutende Anlage mit einem Propantank, der damals ohne Baubewilligung errichtet wurde, musste zwecks Legalisierung ein juristisches Verfahren in die Wege geleitet werden. Diese Situation konnte 2011 bereinigt werden.

Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt. 2011 wurde eine grafische Aufbereitung der Daten im Internet (Geoportal des Kantons Freiburg) publiziert.

2011 kam die kantonale Koordinationsgruppe für Störfälle (KOST) 7-mal zusammen.

Zum 20-jährigen Jubiläum des Vollzugs der StFV im Kanton Freiburg wurden 2011 verschiedene Veranstaltungen organisiert (siehe Punkt 2.3.1).

7.6 Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser

Das Amt arbeitet bei der Nachkontrolle der Freiburger Unternehmen mit, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen; das Projekt wird vom Bundesamt für Umwelt geleitet. Derzeit hat der Bund 7 Freiburger Unternehmen registriert.

 2011

8. Abfälle und belastete Standorte

8.1 Abfall

8.1.1 Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA) und Schlammverbrennungsanlagen (SVA)

2011 gab es verschiedene Bau- und Anpassungsarbeiten, worunter insbesondere der Beginn der Arbeiten für einen zweiten Abfallbunker sowie die Anpassungen des Rostasche-Extraktionssystems erwähnt werden können. Anfang Jahr wurden die Leistungen der Anlagen gemessen. Die Anlagen wurden 2 allgemeinen Betriebskontrollen unterzogen. Daneben fanden für spezifische Fragen (Rauchgaswaschanlage der SVA, neue Anlagen für die Lagerung der Rostasche usw.) Ortsbegehungen statt.

8.1.2 Abfallreglemente der Gemeinden

Die RUBD revidierte und hiess neue Abfallbewirtschaftungsreglemente von 12 Gemeinden gut.

8.1.3 Reaktordeponien

Das AfU kontrollierte 2-mal den Betrieb der Reaktordeponie in Hauterive und führte verschieden Ortsbegehungen zur Analyse spezifischer Probleme durch. Im Juni 2011 wurde die Bewilligung für die Einrichtung einer neuen Kammer für Gemischtkehricht (Kammer 4) erteilt. Des Weiteren wurde die allgemeine Betriebsbewilligung im Dezember 2011 für 5 Jahre verlängert.

8.1.4 Inertstoffdeponien (ID)

Derzeit sind 8 ID in Betrieb (Alterswil, Grange-de-Vesin, Hauterive, La Roche, Montagny, Montet im Glanebezirk, Wallenried und Estavayer-le-Gibloux). Diese werden stichprobenweise kontrolliert.

Das Amt führte zwei Kampagnen für die Analyse der Wasserqualität rund um die ID durch. Dabei wurden insbesondere die Eluate der Deponien sowie die Grundwasser ober- und unterhalb der ID kontrolliert. Diese Kontrollen werden gemäss Vorgaben der TVA durchgeführt.

Für die ID von Montet wurde im März die Betriebsbewilligung für die Etappe IVa ausgestellt. Im Oktober folgte die Errichtungsbewilligung für die Etappe IVb und im Dezember die Betriebsbewilligung für ebendiese Etappe

Die ID von Estavayer-le-Gibloux erhielt im März eine provisorische Betriebsbewilligung, die für sechs Monate gültig war und im Dezember um ein Jahr verlängert wurde.

Im Dezember wurde auch die Betriebsbewilligung der ID von Alterswil verlängert.

Die Betriebsbewilligung für die ID von Montagny lief Ende 2011 aus. Sie wird nur dann verlängert, wenn die Arbeiten für die Einrichtung der Etappe 2 abgeschlossen sind.

Für die ID La Tuffière wurde die Betriebsbewilligung für die Etappe V im Juli erneuert.

8.1.5 Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. In diesem Jahr haben sie 596 Baustelleninspektionen durchgeführt. Bei 6 % der Baustellen stellten die Inspektoren Probleme fest, wobei es sich um wenig bedeutende Probleme im Zusammenhang mit der Abfallverbrennung handelte.

Die Betriebsbewilligungen für die Sortieranlagen für Baustellenabfälle in Vuadens und Murten wurden im April bzw. Dezember erneuert.

8.1.6 Sonderabfälle

Die Statistiken über die von den Freiburger Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle wurden gemäss der Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) nachgeführt. Im Hinblick auf die Erstellung der Statistiken über die kontrollpflichtigen Abfälle setzte sich das Amt mit den Inhabern von Abfällen in Verbindung.

14 Unternehmen erhielten die Bewilligung, Sonderabfälle und andere kontrollpflichtige Abfälle bzw. Elektrogeräte entgegenzunehmen.

8.1.7 Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

Es wurden 28 OP, 4 DBP, 4 UVP sowie mehrere Baubewilligungsgesuche von Gewerbe, Industrie und Gemeinden begutachtet. Weiter wurden rund 100 Abbruchbewilligungsgesuche sowie Gesuche für Schüttungen und Errichtungs- bzw. Betriebsbewilligung für Deponien geprüft. Im Rahmen von Abbruch- und Renovationsvorhaben wurde bei gewissen Gebäuden (je nach Typ, Nutzung und Alter) verlangt, dass die gefährlichen Substanzen (Asbest, Schwermetalle in den Farben usw.) erhoben werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass diese Sonderabfälle fachgerecht entsorgt werden.

2011
8.1.8 Ecosor

Das AfU kontrollierte den Betrieb des Unternehmens Ecosor in Châtel-Saint-Denis, das in der Behandlung von belastetem Erd- und Aushubmaterial spezialisiert ist.

8.1.9 Organische Abfälle

Das Amt führte die üblichen Kontrollen durch.

8.2 Belastete Standorte

2011 wurden rund 100 Stellungnahmen im Zusammenhang mit Baubewilligungsgesuchen für Bauten auf einem belasteten Standort behandelt. In 80 % der Fälle stellte das Amt Bedingungen. Hinzu kommen 21 Gutachten aus Sicht der belasteten Standorte im Rahmen von Ortsplanungsgesamtrevisionen.

Die 59 vordringlichen belasteten Standorte, die untersucht werden müssen, setzen sich zusammen aus 41 Ablagerungs- und 18 Betriebsstandorten. 43 Voruntersuchungen sind im Gang oder abgeschlossen.

Die 70 belasteten Standorte der Priorität 2, die untersucht werden müssen, setzen sich zusammen aus 48 Ablagerungs- und 22 Betriebsstandorten. 8 Voruntersuchungen sind im Gang.

Infolge von Einsprachen gegen die Eintragung in den Kataster unterzeichnete die RUBD im Jahr 2011 2 Feststellungsverfügungen. Für die Durchführung einer Voruntersuchung musste eine Ersatzvornahme verfügt werden.

Beim Bundesamt für Umwelt wurden 2 Beitragsgesuche eingereicht.

Die für die Untersuchung und Sanierung der Schiessanlagen notwendigen Schritte wurden weitergeführt. Bis Ende 2011 konnten 33 belastete Standorte bei Schiessanlagen saniert werden. Die Verfahren für den Erhalt von Bundessubventionen wurden eröffnet.

Das Amt stellte 56 Bescheinigungen aus, aus denen hervorgeht, ob eine Parzelle im Einflussbereich eines belasteten Standorts liegt oder nicht.

Zusammen mit dem ITA führte das AfU die Erstellung einer neuen Software für die Verwaltung der belasteten Standorte fort. Ziel war, diese Anwendung ab 2011 einsetzen zu können. Gegen die Vergabe des Auftrags wurde jedoch eine Beschwerde eingereicht. Die Realisierungsphase wurde entsprechend auf 2012 verschoben.

Im Zusammenhang mit der ehemaligen Deponie La Pila in Hauterive wurden verschiedene Massnahmen getroffen:

› Das Projekt für die Vorbereitung der Sanierung wurde im April 2011 öffentlich aufgelegt. Dieses sieht unter anderem das Auffangen der Grundwasserzuflüsse oberhalb der Deponie vor sowie die Errichtung einer Spundwand an einem klar definierten Ort zwischen der Deponie und der Saane, um die wichtigsten PCB-Flüsse zu unterbrechen. Ausserdem sind der Bau von Filterbrunnen und die Behandlung des gefassten Wassers vorgesehen. Die Arbeiten begannen 2011 (Vorbereitungsarbeiten, Auffangen der Grundwasserzuflüsse, Einrichtung von Pumpbrunnen). Die noch verbleibenden Arbeiten werden 2012 ausgeführt.

› Die RUBD hat zwei öffentliche französische Institute, die im Bereich der Erdwissenschaften und Oberflächengewässer spezialisiert sind, mit der Begutachtung beauftragt. Dabei sollen vor allem die Auswirkungen auf die Saane der Massnahmen zur Sanierung der Deponie bestimmt werden. Auf der Grundlage der Expertise werden die Ziele und Sanierungsvarianten – namentlich die Variante, die das Ingenieurbüro vorschlägt – neu beurteilt werden. Das Amt bereitete eine Antwort auf den von Grossrat Jean-Denis Geinoz und den Mitunterzeichnern eingereichten Auftrag vor, die 2012 vom Grossen Rat behandelt werden wird.

› Die ehemalige Deponie und der nahegelegene Saaneabschnitt wurden in Übereinstimmung mit der Altlastengesetzgebung ständig überwacht.

› Der neue Standort für die Fahrenden wurde im April 2011 fertig erstellt. Die Fahrenden richteten sich im Mai und Juni 2011 ein.

› Ein Rechtsgutachten zur Bestimmung der Verantwortlichkeiten wurde erstellt und den Parteien zur Stellungnahme unterbreitet.

› Die vom Bund eingesetzte Arbeitsgruppe setzte ihre Arbeiten fort. Die weiteren Schritte dürften die Veröffentlichung der Ergebnisse, die Definition der Methodik für die Analyse der Sedimente sowie die Suche nach den Verschmutzungsquellen sein.

› In der Saane und in der Stadt Freiburg wurden Fischproben genommen und analysiert.

› Das AfU stellt die Koordination und das Projektoffice für die Sanierung sicher, was einen grossen Einsatz vom Amt erfordert.

—
2011

IV. Tiefbauamt

1. Aufgaben

Das Tiefbauamt (TBA) hat laut geltendem Recht folgende öffentliche Aufgaben:

- › Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen A1 und A12 (unter der Verantwortung der Gebietseinheit II);
- › Ausbau, betrieblicher Unterhalt, baulicher Unterhalt und Bewirtschaftung der Kantonsstrassen;
- › Überwachung des kommunalen Strassennetzes und Wahrnehmung einzelner Verwaltungsaufgaben;
- › Verwaltung der Fliessgewässer und Seen.

2010 hat das TBA sein Leitbild mit seinem Auftrag sowie seinen Zielen und Werten definiert. Sein Auftrag lautet: «Die Nachhaltigkeit der Strassen und Fliessgewässer sicherstellen.» Das TBA hat sieben Ziele:

- › 1. Tag für Tag eine motivierende Unternehmenskultur schaffen
- › 2. die Fachkompetenzen bewahren und weiterentwickeln, *denn wir wollen:*
 - + 3. Verkehrsnetze schaffen, die ein Gleichgewicht zwischen Mobilität, Besiedlung und Umwelt gewährleisten
 - + 4. eine gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung auf der Ebene der Einzugsgebiete einrichten
 - + 5. den Lärmschutz an allen Kantonsstrassen sicherstellen
 - + 6. sämtliche gefährlichen Stellen entlang der Verkehrswege und Gewässer eliminieren
 - + 7. den Langsamverkehr fördern und einen ausgewogenen Modal Split erreichen.

Seit Mai 2008 wird das TBA von Kantonsingenieur *André Magnin* geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Gesetze und Reglemente

- › Mitarbeit bei der Ausarbeitung des am 1. Juli 2011 in Kraft getretene Ausführungsreglements zum neuen Gewässergesetz, das der Grosse Rat im Dezember 2009 verabschiedet hatte;

- › Vorbereitung der Änderung der im Strassengesetz festgelegten Unterhaltskostenverteilung bei Kreiseln auf Kantonsstrassen infolge der Erheblicherklärung der Motion M1102.10 von Grossrat Jean-Daniel Wicht.

2.1.2 Redaktion von Botschaften zu Dekretsentwürfen

- › Botschaft Nr. 256 vom 31. Mai 2011 zum Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2012–2015), der am 9. September 2011 vom Grossen Rat genehmigt wurde;
- › Botschaft Nr. 279 vom 20. September 2011 zum Dekretsentwurf über einen Beitrag an das Ausbauprojekt für die Morvive auf dem Gebiet der Gemeinde Semsales, der am 3. November 2011 vom Grossen Rat genehmigt wurde.

2.1.3 Vorbereitung der Antworten auf parlamentarische Vorstösse (2 Postulate und 4 Anfragen)

- › Postulat P2088.11 Nicole Lehner-Gigon und Nicolas Rime: Parkplätze für Fahrgemeinschaften;
- › Postulat P2098.11 Fritz Glauser und Yvan Hunziker: Umfahrung Romont, Chavannes–La Parqueterie–La Halle;
- › Anfrage QA 3343.10 Patrice Jordan: Parkplatz für Fahrgemeinschaften;
- › Anfrage QA 3361.10 Markus Bapst: Projekt Wasserkraftwerk in der Warmen Sense;
- › Anfrage QA 3387.11 Pierre Mauron: Kreisel im Dorfzentrum von Riaz;
- › Anfrage QA 3420.11 Daniel Gander und Claudia Cotting: Kreisel.

2.1.4 Petition

Vorbereitung der Antwort des Staatsrats auf die Petition zur Planung der Umfahrungsstrasse Kerzers.

2.1.5 Vernehmlassungen

Das TBA hat im Rahmen von verschiedenen Vernehmlassungsverfahren auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Stellung bezogen oder die Stellungnahme der RUBD bzw. des Staatsrats vorbereitet. Dies war namentlich der Fall bei der Anhörung des Bundes bezüglich Autobahnvignette, bei der Vernehmlassung zu den neuen Strassenverkehrs- und Signalisationsverordnungen, bei der Ausarbeitung der neuen Richtlinien über die touristische Signalisation auf den

2011

Autobahnen und Autostrassen sowie bei der Anhörung zum Kapitel Revitalisierung des NFA-Handbuchs und zur Programmvereinbarung 2011 bezüglich strategischer Planung der Revitalisierung.

2.2 Ausserordentliche Tätigkeit

2.2.1 Prägende Ereignisse im Jahr 2011

Die Tätigkeiten TBA waren im Jahr 2011 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- > Der Entscheid des Staatsrats vom 1. März 2011, auf den 1. Januar 2012 ein Amt für Mobilität zu schaffen, das der RUBD unterstellt ist und in welchem Teile des Amtes für Verkehr und Energie (VEA) und des Tiefbauamts (Sektion Strassennetzmanagement) vereint sind, hatte zahlreiche Änderungen in der Organisation des TBA zur Folge.
 - > Es wurden Vorbereitungen getroffen, um auf den 1. Januar 2012 die noch offenen Arbeiten für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes vom Autobahnamt (am 31.12.2011 als Folge der 2008 in Kraft getretenen NFA aufgelöst) übernehmen zu können.
 - > Das Tiefbauamt unterzog sich einem Zwischenaudit nach ISO-Norm 9001.
 - > Auf mehreren Kantonsstrassenabschnitten wurden lärmarme Strassenbeläge eingebaut, um die vom Strassenverkehr erzeugten Lärmimmissionen eleganter als mit dem systematischen Bau von Lärmschutzwänden zu bekämpfen.
 - > Der strenge Winter 2010/2011 richtete bei den Kantonsstrassen wie schon im Vorjahr grosse Schäden an (es mussten aber 2 Millionen Franken für aussergewöhnliche Arbeiten aufgewendet werden).
 - > Auf Vorschlag des ASTRA wurde die Gebietseinheit II beauftragt, die eigene Funktionsweise zu analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der internen Entscheidungsverfahren vorzuschlagen.
 - > Das Projekt zur Festlegung der Grenzen zwischen den Sachen der Nationalstrassen und den Sachen der übrigen Strassen, um sie dann in die Grundbücher einzutragen, wurde vom Autobahnamt geleitet. Das TBA hat aber zu mehreren Vorschlägen des Bundes Stellung genommen (Arbeit über mehrere Jahre).
- > Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission und Nationalkomitee;
 - > Direktionsübergreifende technische Gruppe Agglomerationen (GTI Agglomération);
 - > Vorstand des Verbands MOBUL (Verfolgung des Agglomerationsprogramms von Bulle);
 - > Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF);
 - > Kommission Kantonalen Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS);
 - > Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen;
 - > Kommission für Verkehrserziehung;
 - > Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycom);
 - > Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg;
 - > Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg;
 - > Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV);
 - > Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung;
 - > Büro und Arbeitsgruppe für die Aufwertung des Strassenraums (Valtraloc);
 - > Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit;
 - > Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss;
 - > Arbeitsgruppe für die Migration der Zeiterfassungssoftware;
 - > Task Force Bertigny-Ouest;
 - > verschiedene Arbeitsgruppen auf nationaler Ebene im Bereich der lärmarmen Strassenbeläge (Forschung und Einbau) im Hinblick auf die Strassenlärmsanierung.

2.2.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

3. Sektion Finanzverwaltung

3.1 Tätigkeit

Die Sektion Finanzverwaltung ist zuständig für die Buchhaltung des Tiefbauamts sowie die Ausbildung von kaufmännischen Lernenden.

 2011

Dies geht mit folgenden Hauptaufgaben einher:

- › die korrekte Erfassung der Rechnungen und Fakturierung der Dienstleistungen sicherstellen;
- › den Abschluss für die finanzielle Buchhaltung und die Buchhaltung der leistungsorientierten Führung (LoF) gemäss Vorgaben der Finanzverwaltung gewährleisten;
- › die Budgetarbeiten gemäss Vorgaben der Finanzverwaltung führen;
- › die Verpflichtungskredite für die Strassen verwalten und die Projektführung kontrollieren;
- › Vorschläge unterbreiten, damit das Finanzwesen noch effizienter wird und als Entscheidungsgrundlage dienen kann.

3.2 Statistik über die Verwendung der Kredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 63 155 488 Franken. Die am 31. Dezember 2011 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 209 882 103 Franken.

3.3 Statistik über die erteilten Bewilligungen

231 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.

12 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten wurden ausgearbeitet und unterzeichnet.

4 Gesuche für einen Anschluss von Reinabwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen wurden geprüft und provisorisch bewilligt.

3.4 Spezialprojekt: Neugestaltung der leistungsorientierten Führung (LoF)

Im Juni 2011 wurde eine Projektgruppe unter der Leitung der Finanzverwaltung gebildet, die die Aufgabe hat, den Katalog der Leistungen des Amtes für den Voranschlag 2013 neu zu definieren. Die Finanzverwaltung hat die vorgeschlagenen Änderungen der Struktur zur Verbesserung der Transparenz im Dezember 2011 gutgeheissen. Das Projekt wird 2012 weitergeführt mit der Ausarbeitung des neu gestalteten Voranschlags LoF 2013.

4. Sektion Verwaltung

4.1 Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

4.1.1 GIS-Projekte

STRADA: Die Strassendatenbank wurde 2011 nicht weiterentwickelt, weil sie von der Anwendung MISTRA, die vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) entwickelt wird, ersetzt werden soll. MISTRA ist ein GIS-basiertes Werkzeug (geografisches Informationssystem), mit dem Daten im Zusammenhang mit den Strassen abgefragt, weiterverwendet und ausgedruckt werden können (siehe Rechenschaftsbericht 2010).

MISTRA: 2011 wurde eine erste allgemeine Bedürfnisabklärung vorgenommen. Ausserdem wurden Kontakte mit den anderen betroffenen Westschweizer Kantonen geknüpft. Es wurde eine Westschweizer Benutzergruppe geschaffen und der Kanton Freiburg organisierte eine Sitzung. Das Projekt wird 2012 weitergeführt und sollte noch im ersten Halbjahr 2013 zum Abschluss gebracht werden können. Der MISTRA-Verantwortliche wird von einem externen Büro unterstützt werden, das auch an der Entwicklung der Anwendung beteiligt war.

Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: 2011 wurde diese Anwendung zur Erfassung und Abfrage der Daten in Betrieb genommen und allen betroffenen Angestellten der Sektion Gewässer zur Verfügung gestellt. Das Gewässernetz und die topologischen Einzugsgebiete werden gegenwärtig mit denjenigen des Kantons Waadt harmonisiert. Dadurch ist eine grössere hydrologische Kohärenz und Logik möglich. Mehrere Datensätze wurden vervollständigt und werden regelmässig nachgeführt. Die Daten wurden bearbeitet, um deren Verwendung in fortgeschrittenen Analysetools zu ermöglichen. Ende Jahr wurden Koordinationsausschüsse mit dem Kanton Waadt gebildet (Projektoberleitung und operatives Organ).

Es wurden bereits einige Datensätze kreiert und auf dem ArcSDE-Server abgelegt, namentlich Daten zu den UHPERI-Objekten und den Valtraloc-Abschnitten. Die Mehrheit der bereits auf dem ArcSDE-Server vorhandenen Daten wurden auf den neuesten Stand gebracht. Ausserdem wurde ein Konzept für ein fachspezifisches Geoportal ausgearbeitet. Über dieses Portal sollen die TBA-Angestellten auch ohne GIS-Kenntnisse schnell und einfach auf die wichtigen Daten zugreifen können. Das Portal wird unter Mithilfe des GIS-Kompetenzzentrums im ersten Quartal 2012 in Betrieb genommen werden.

2011

2011 wurde das Projekt für eine GIS-Anwendung zur Verwaltung der Grundstücke des TBA in Angriff genommen. Die allgemeinen und detaillierten Bedürfnisse wurden definiert. 2012 werden die genauen Vorgaben analysiert und die Umsetzung an die Hand genommen. Parallel dazu wurde das Gesuch des Grundbuchs um eine Harmonisierung der Titulaturen für die Grundstücke des TBA angenommen. Damit wird es einfacher sein, die Grundstücke des Amtes herauszusuchen.

Für die Kartografierung der Naturgefahren wurde ein Datenmodell definiert, mit dem sowohl die Hanginstabilitäten als auch die hydrologischen Vorgänge erfasst werden können. Die externen Büros, die mit der Ausarbeitung der Gefahrenkarten für das Mittelland beauftragt wurden, geben ihre Daten zurzeit in diese Datenbank ein.

Die Sektion Strassennetzmanagement wurde bei der Erstellung der fünfjährigen Verkehrsbelastungskarte der Freiburger Strassen (auf der Grundlage der Verkehrszählungen von 2010) unterstützt. 2011 wurde eine GIS-Methodologie eingeführt und dem Amt für Mobilität übergeben, damit es ab 2012 diese Aufgabe weiterführen kann.

4.1.2 Weitere Projekte

Das GedXML-System, das der Digitalisierung und Strukturierung der TBA-Archive und -dossiers dient, wurde 2011 wie folgt angepasst:

- > Möglichkeit, eine Referenznummer einzutragen, um alle gescannten Dokumente desselben Dossiers zusammenzuführen (dieses Bedürfnis machte sich bei der Digitalisierung der Archive des Sektors Signalisation bemerkbar);
- > direkte Einblendung der Pläne auf dem Bildschirm als Symbol, um sie visualisieren zu können, ohne die Dateien öffnen zu müssen;
- > Einblendung der Dateien in chronologischer Reihenfolge der Ausführung;
- > Vorhandensein sämtlicher Dokumente (sowohl Pläne als auch Dossiers) in den beiden Formaten PDF und TIFF;
- > Möglichkeit bei der Digitalisierung für Dritte, die Verknüpfung gleichzeitig an mehrere E-Mail-Adressen zu verschicken.

4.2 Sektor Grundstückerwerb

Für 16 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen – darunter das Poyaprojekt (Sektoren Palatinat und St.-Leonhard-Unterführung), die H189 (Zuweisung der neuen Parzellen im Rahmen der Güterzusammenlegungen in Bulle) und die neue Verbindung Ro-

mont-Vaulruz (34 Vereinbarungen für die Lose 30 und 40 sowie 37 Vereinbarungen für die Lose 10 und 20) – wurden Verhandlungen mit den Grundeigentümern geführt. 2011 gab es keine Enteignungsverfahren.

Den von den Ausbau- oder Unterhaltsarbeiten betroffenen Grundeigentümern wurden 279 346.50 Franken ausbezahlt.

Für 13 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen sowie Baustellen im Zusammenhang mit städtebaulichen Arbeiten auf Kantonsstrassen (von den Gemeinden ausgeführt) wurden Mutationsverbale aufgelegt und unterzeichnet. Im Zusammenhang mit der Festlegung der Unterhaltssperimeter stehen 10 Verbale kurz vor der definitiven Genehmigung; 16 wurden dem ASTRA zur Unterschrift übergeben.

Zugunsten des Staats Freiburg wurden 10 Dienstbarkeitsverträge auf privaten Parzellen abgeschlossen (Lärmschutzwände, unterirdischer Tunnel für das Poyaprojekt, Kanalisationen). Auch für private Grundstücke des Staats wurden Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen (Kanalisationen, Leitungen, Wege usw.).

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des TBA (gesamthaft 2 069 368 m²) brachte Mieteinnahmen von insgesamt 148 033.45 Franken ein. Um die Verwaltung der privaten Grundstücke des TBA und insbesondere der damit zusammenhängenden Mietverträge zu erleichtern, wird gegenwärtig eine Datenbank in Verbindung mit den Grundbüchern und dem Kataster ausgearbeitet.

2011 gab es 2 Verkäufe. 2 weitere sind in Abklärung. 4 Kaufanfragen wurden abgewiesen.

21 Neuvermessungs- und Güterzusammenlegungs dossiers betreffend Grundstücke der öffentlichen Strassen oder private Grundstücke des TBA wurden besonders verfolgt.

4.3 Qualitätssystem

Am 18 und 19. Mai 2011 wurden interne Audits durchgeführt. Am 24. Oktober 2011 führte die SQS infolge der erneuten Zertifizierung nach ISO 9001 im Jahr 2009 ein Kontrollaudit des TBA durch. Infolge des Audits wurden 41 Verbesserungsvorschläge unterbreitet und es wurden 4 Punkte, bei denen die Vorgaben nicht erfüllt waren, behandelt bzw. sind in Behandlung. Dies erfolgte nach dem Grundsatz der kontinuierlichen Verbesserung des Qualitätsmanagementsystems.

In diesem Jahr wurden sämtliche Dokumente an den neuen visuellen Auftritt (Corporate Design) des Staats Freiburg angepasst.

 2011

4.4 Sicherheit

Der Hygiene- und Sicherheitsausschuss des TBA nimmt verschiedene Aufgaben im Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz wahr. 2011 lauteten die wichtigsten Tätigkeiten:

- › Ausbildung von zwei Angestellten für die Kontrolle von Anschlagseilen und anderen Befestigungssystemen sowie Einführung einer allgemeinen jährlichen Kontrolle;
- › weitere Weiterbildungskurse im Zusammenhang mit der Sicherheit: Erste Hilfe bei Unfällen mit einem Lastwagenkran sowie Sensibilisierung für die Gefahren beim Schweißen und ähnlichen Arbeiten;
- › Erwerb von spezifischem Sicherheitsmaterial: Absaugsystem mit beweglicher Abklärhaube für Schmied- und Schweissarbeiten.

5. Sektion Strassennetzmanagement

5.1 Einführung

Die Sektion nimmt folgende Aufgaben wahr:

- › kantonale Planung des motorisierten Individualverkehrs, des leichten Zweiradverkehrs und des Fussverkehrs;
- › Koordination der kantonalen und kommunalen Planungen und Projekte für die Strassennetze und den Langsamverkehr;
- › Erhebung bzw. Analyse der Verkehrsentwicklung, der Verkehrsabläufe und der Verkehrssicherheit auf den Kantonsstrassen;
- › technische Unterstützung bei den grossen Projekten des TBA (Poyabrücke, Verbindung Romont–Vaulruz);
- › Planung von Massnahmen für eine nachhaltige Weiterentwicklung der kantonalen Verkehrsinfrastrukturen;
- › Begutachtung von kantonalen Sachplänen, Detailbebauungsplänen und Erschliessungsplänen; Bewilligung für generelle Entwässerungspläne sowie Baubewilligungen.

Am 1. März 2011 beschloss der Staatsrat, aus der Fachstelle Verkehr des Amtes für Verkehr und Energie (VEA) sowie aus Teilen der Sektion Strassennetzmanagement vom TBA das Amt für Mobilität (MobA), das der RUBD unterstellt ist, zu schaffen. Das MobA nimmt seine Arbeit offiziell am 1. Januar 2012 auf.

Dadurch werden sämtliche Fragen der Mobilität künftig vom selben Amt behandelt werden, was die Koordination in diesem Bereich verbessern wird. Die Begutachtung der Planungs-

ders aus Sicht der Mobilität wird vom MobA statt vom VEA und TBA vorgenommen werden. Neu wird das MobA für die strategische Verkehrsplanung zuständig sein. Die Studien zu den konkreten Strassenprojekten werden dagegen weiterhin vom TBA durchgeführt werden.

Mitte März 2011 wurde in diesem Zusammenhang eine erste Etappe der Neuorganisation umgesetzt: Die Sektoren Lärmschutz sowie Signalisation und Gemeindestrassen der Sektion Strassennetzmanagement wurden der Sektion Strassenprojekte unterstellt.

Während des ganzen Jahres 2011 beteiligte sich die Sektion Strassennetzmanagement aktiv an der Schaffung des MobA.

Die Sektion Strassennetzmanagement vertrat das Tiefbauamt in den folgenden Kommissionen:

5.1.1 Direktionsübergreifende technische Gruppe Agglomerationen (GTI Agglomérations)

Diese Gruppe prüft die Modalitäten für die Umsetzung der Agglomerationspolitik des Bundes auf kantonaler Ebene. Sie hat dem Staatsrat einen Bericht überreicht, der die RUBD mit der Umsetzung beauftragt hat. Folgende kantonale Stellen sind vertreten: GS-RUBD, TBA, BRPA, GemA, FinV, VEA, WIF.

5.1.2 Kollegium Agglomerationsprogramm Freiburg

In dieser Gruppe sind die betroffenen staatlichen Dienststellen und Gemeinden vertreten. Sie soll mithelfen, den Richtplan der Agglomeration zu prüfen und dem Bund ein neues Programm zu unterbreiten. Dabei begleitete sie private Büros.

5.1.3 Vorstand und technischer Ausschuss des Verbands MOBUL

Der Vorstand umfasst Vertreter von allen Gemeinden der Agglomeration Bulle und der betroffenen staatlichen Dienststellen (VEA, BRPA, AfU, TBA) sowie den Koordinator der Agglomerationspolitik (RUBD). In der Regel tagt der Vorstand nun alle zwei Monate.

Um die Dossiers vor deren Prüfung durch den Vorstand vorzubereiten, wurde ein technischer Ausschuss mit technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinden und staatlichen Dienststellen gebildet. Der technische Ausschuss kommt bei Bedarf zusammen – meistens zwischen zwei Sitzungen des Vorstands.

2011 beschäftigte sich der Vorstand hauptsächlich mit den beiden neuen städtischen Buslinien. Ausserdem trieb der Vorstand die Arbeiten für den Richtplan der Agglomeration voran.

2011

5.1.4 Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV)

In der Koordinationsgruppe, in der das VEA, das BRPA, das TBA und das AfU vertreten sind, hat nach B 2.11.1 des kantonalen Verkehrsplans die Aufgabe, für die Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts zu sorgen. 2011 kam sie dreimal zusammen, um den kantonalen Verkehrsplan zu revidieren und ein Konzept zur Förderung der betrieblichen Mobilitätspläne zu definieren.

5.1.5 Kommission für Verkehrserziehung

In dieser vom TCS präsierten Kommission sind die verschiedenen Akteure der Verkehrserziehung wie beispielsweise TBA, Verkehrspolizei, ASS, Gemeindeverband, Verband der Elternvereine, Schuldirektion und Schulinspektorat vertreten. Sie kommt einmal pro Jahr zusammen und will informieren sowie die verschiedenen Aktionen zugunsten der Verkehrserziehung koordinieren.

5.1.6 Unterkommissionen Fussgänger und Zweiräder in der Stadt Freiburg

In dieser vom Gemeinderat, der für die Mobilität zuständig ist, präsierten Kommission sind die verschiedenen Akteure vertreten, die sich für den Langsamverkehr in der Stadt Freiburg einsetzen. Es sind dies der Stadtgenieur und Stadtarchitekt, das Amt für Mobilität der Stadt Freiburg sowie verschiedene Vereinigungen der Verkehrspolizei, des TBA und der tpf. Diese Kommissionen kommen in der Regel einmal pro Jahr zusammen und wollen informieren sowie die verschiedenen Aktionen zugunsten der Fussgänger koordinieren. 2011 wurde keine Sitzung abgehalten.

5.1.7 Partnergruppe Pedibus-Koordination Freiburg

Die Pedibus-Koordination Freiburg wurde 2010 vom Verkehrsclub der Schweiz (VCS) gegründet. Einmal pro Jahr kommt die Partnergruppe Pedibus-Koordination Freiburg zusammen. Die diesjährige Sitzung fand im April statt und diente dazu, die Aktionen für den kommenden Schulbeginn vorzubereiten.

5.1.8 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Präsident der Kommission ist der Sektionschef Strassennetzmanagement. Sie kam dreimal zusammen. Sie hat verschiedene Gesuche um die Einführung von Verkehrsbeschränkungen begutachtet. Die Gesuche teilten sich wie folgt auf:

- > 1 Dossier für den Saanebezirk;
- > 1 Dossier für den Greyerzbezirk;
- > 4 Dossiers für den Glanebezirk;

> 2 Dossiers für den Broyebezirk;

> 2 Dossiers für den Seebezirk;

> 1 Dossier für den Vivisbachbezirk.

5.1.9 Kommission für Strassensicherheit

Die Kommission für Strassensicherheit befasst sich hauptsächlich mit Fragen der Verkehrssicherheit auf den Strassen und wird von der Kantonspolizei geleitet. Sie kam einmal zusammen.

5.2 Sektor Mobilität

5.2.1 Grundlagen

Verkehrszählungen

Der Sektor Mobilität hat die Verkehrsbelastungskarte 2010 für die Kantonsstrassen erstellt. Er hat zudem die Projekte für die Einrichtung von 6 fixen Zählern für das ASTRA durchgeführt.

Unfallstatistiken

Um die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen zu ermöglichen, wurden 70 Unfallstatistiken erstellt und ausgewertet.

5.2.2 Planung

Der Sektor Planung ist für die Planung des Verkehrs auf kantonalen, regionaler und lokaler Ebene zuständig.

Im Rahmen der kantonalen Planung wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

- > Begleitung der Revision der kantonalen Zweiradplanung (im Gang);
- > Beginn der Zweckmässigkeitsstudie für Umfahrungsstrassen zur Entlastung der Ortsdurchfahrten (im Gang);
- > Beginn einer Studie zur Modellierung des Verkehrs auf Kantonsebene;
- > Mitarbeit bei der vom BRPA geleiteten Revision der Arbeitshilfe für die Ortsplanung.

Es wurden folgende Dossiers zur regionalen und kommunalen Planung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität begutachtet:

2011

- › 4 regionale Richtpläne und 1 Änderung des kantonalen Richtplans;
- › 92 Ortspläne;
- › 34 Detailbebauungspläne;
- › 7 Parkplatzkonzepte und 3 Gemeindereglemente.

Der Sektor begutachtete für die RUBD bzw. das Kantonsgericht 12 Beschwerden unter dem Gesichtspunkt der Mobilität.

5.2.3 Markierung der Radrouten

Im Rahmen des Unterhalts der Radroutenmarkierungen hat SchweizMobil 100 Berichte mit Änderungsvorschlägen unterbreitet (Sicherheit der Radrouten, Änderung der Beschilderung usw.).

Gegenwärtig werden eine neue Route für klassische Zweiräder (Murtenseerundfahrt) und eine Route für E-Bikes, die von Laupen durch den Kanton Freiburg nach Oron führt («Herzroute»), geprüft.

5.3 Sektor Baubewilligung

Der Sektor hat folgende Gesuche und Dossiers geprüft:

- › 2798 Baubewilligungsgesuche und Gesuche für den Umbau von Gebäuden am Rand öffentlicher Strassen (2698 Dossiers wurden positiv und 100 negativ begutachtet);
- › 17 Dossiers für generelle Entwässerungspläne (GEP);
- › Gewährung von 15 Abweichungen für Bauten mit unzureichendem Abstand (Art. 119 StrG);
- › 6 Gutachten zuhanden des Oberamts nach Einsprachen;
- › 5 Stellungnahmen zuhanden des Kantonsgerichts zu Beschwerden im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens.

Der Sektor Baubewilligung untersucht die Baubewilligungsgesuche unter dem Aspekt der Zweckmässigkeit sowie des geltenden Rechts und der kantonalen Planung. Die Vorhaben werden darüber hinaus aus technischer Sicht und gestützt auf die geltenden Normen und Gesetzgebungen beurteilt: Es werden der Einfluss des Projekts auf das bestehende Strassennetz sowie projekteigene Aspekte (Verkehr innerhalb des Projektperimeters, Fussgängerverbindungen, Oberflächenentwässerung usw.) analysiert.

Bei gewissen Projekten sind Änderungen oder Begleitmassnahmen nötig. Diese werden in Zusammenarbeit mit dem Gesuchsteller ausgearbeitet. Das Arbeitsvolumen für ein bestimmtes Projekt hängt stark von dessen Komplexität ab. So nimmt etwa die Überprüfung eines Bauvorhabens für ein Einkaufszentrum und Verwaltungskomplex von mehr als 1000 m² deutlich mehr Zeit in Anspruch als ein Carport-Projekt.

Es gibt grosse Qualitätsunterschiede zwischen den Baubewilligungsgesuchen. Um die Gemeinden, Ingenieur- und Architekturbüros sowie Oberämter und Privatpersonen zu unterstützen, hat der Sektor für die Prüfung der Dossiers knapp 600 Ortsbegehungen vorgenommen.

5.4 Sektor Kantonsstrassen

5.4.1 Strassenausbau

Gestützt auf das geltende Recht und die einschlägigen Normen hat der Sektor Kantonsstrassen über externe Mandate 5 Studien zu kantonalen Strassenprojekten (Verkehrsstudien, technische Studien, Umweltstudien) von der Planung bis zum Vorprojekt durchgeführt. Er hat des Weiteren 19 städtebauliche Projekte für kommunale Einrichtungen auf Kantonsstrassen und 10 kantonale Strassenprojekte begutachtet.

Der Sektor beteiligt sich an der Festlegung der Prioritäten für den Ausbau der Kantonsstrassen und führt die Zweckmässigkeitsstudien für Umfahrungsstrassen durch.

Für die Umsetzung von Artikel 54a des Strassengesetzes, der den Bau von Radwegen und -streifen im Rahmen des Baus, der Instandstellung oder der Korrektur einer Kantonsstrasse für obligatorisch erklärt, wurden 10 Strassenprojekte analysiert und 7 Ausbaukonzepte erstellt.

Der Sektor Kantonsstrassen hat zudem in einer Arbeitsgruppe für die Versetzung der Bahnhaltestelle Givisiez im Rahmen der RER Fribourg|Freiburg mitgewirkt.

6. Sektion Strassenprojekte

6.1 Ausserordentliche Tätigkeit

6.1.1 Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

Der Staatsrat, die RUBD und das TBA (die Vergabestelle ist vom Auftragswert abhängig) haben insgesamt 87 Aufträge vergeben. Des Weiteren wurden 5 Ausschreibungen auf SIMAP veröffentlicht.

2011

6.1.2 Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (Valtraloc)

Die Valtraloc-Projekte tragen durch eine situationsgerechte Anpassung dazu bei, die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner einerseits und die Mobilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse in städtischen Gebieten andererseits optimal in Einklang zu bringen. Unter der Leitung des Amtes beraten die Valtraloc-Untergruppe und das Valtraloc-Büro als Experten die Gemeindebehörden und Verfasser von Valtraloc-Projekten. Dieses Jahr wurden der Untergruppe und dem Büro 8 Bewerbungsdossiers unterbreitet.

6.1.3 Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StfV)

Zweck der StfV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunikationswege ist das Tiefbauamt in Absprache mit dem Amt für Umwelt als Vollzugsbehörde der StfV für die Anwendung der StfV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

Die Studien, die im Rahmen der Strassenprojekte verwirklicht werden, geben Auskunft über das Risiko eines Störfalles und die allenfalls notwendigen baulichen Massnahmen zur Verminderung der Auftretenswahrscheinlichkeit und der Folgen.

6.2 Sektor Lärmschutz

Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Sektors wurden gemäss eidgenössischer Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und gemäss kantonaler Ausführungsverordnung vom 17. März 2009 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes (AVLSV) definiert.

Von den 634 km, die das Kantonsstrassennetz zählt, müssen rund 100 km lärmsaniert werden. Bei rund der Hälfte der 100 km, auf denen ein lärmarmer Strassenbelag eingebaut werden muss, müssen zudem Lärmschutzwände gebaut werden.

2011 hat der Sektor Lärmschutz zahlreiche Strassenlärmsanierungsstudien bei externen Büros in Auftrag gegeben und begleitet. Ziel ist, das Kantonsstrassennetz bis 2018 (vom Bund vorgegebene und in den Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton festgehaltene Frist) vollständig zu sanieren.

Für dieses Jahr können folgende Zahlen und Arbeiten erwähnt werden:

> Studien auf mehr als 240 km des Kantonsstrassennetzes;

> über 80 Lärmsanierungsprojekte im Zusammenhang mit den im Lärmbelastungskataster definierten Prioritäten;

> 16 Studien für die Einhaltung der LSV bei Strassenausbauprojekten;

> 3,6 Millionen Franken (inkl. MWST) Honorare für die Erstellung von Strassenlärmsanierungsstudien;

> 1,4 Millionen Franken (inkl. MWST) Investitionen in Sanierungsmassnahmen (lärmmarme Strassenbeläge, Lärmschutzwände und andere Massnahmen);

> Verpflichtungskredit für eine Summe von 26 Millionen Franken (vom Grosse Rat und Staatsrat verabschiedet) für die Periode 2012–2015; das BAFU hat dem Kanton Freiburg zusätzlich einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen Franken gewährt;

> administrative und finanzielle Verwaltung aller Sanierungsprojekte und Emissionsbegrenzungen nach LSV;

> Nachführung und Veröffentlichung eines Pflichtenhefts für die Ausarbeitung von Berichten zu Strassenlärmsanierungen (sowie Übersetzung ins Deutsche);

> Nachführung und Veröffentlichung eines Pflichtenhefts für die Ausarbeitung von Berichten zu Emissionsbegrenzungen nach LSV (sowie Übersetzung ins Deutsche);

> Ausarbeitung von Richtlinien für die Umsetzung der LSV (Bau und Unterhalt von Lärmschutzbauwerken, Definition des Begriffs «wesentliche Änderung», Genehmigungsverfahren und öffentliche Auflage);

> akustisches Monitoring von allen Abschnitten, auf denen ein lärmarmer Belag eingebaut wurde, und Erhebung der technischen Daten im Zusammenhang mit dem Einbau;

> Nachführung im Rahmen der Sanierungsstudien für Ortsdurchfahrten des Lärmbelastungskatasters für die Kantonsstrassen;

> Organisation in Zusammenarbeit mit dem BAFU und anderen Westschweizer Kantonen (GRAB) des internationalen Tages gegen Lärm am 27. April 2011 in Freiburg, Sugiez und Bulle.

6.2.1 Arbeitsgruppe Strassenlärmsanierung (GTABR)

Diese Arbeitsgruppe, in der verschiedene staatliche Dienststellen (BRPA, AfU, KGA, TBA) vertreten sind, prüft die Dossiers, die Massnahmen zum Schutz vor Strassenlärm vorsehen. Bei diesen Dossiers handelt es sich um Baubewilligungsgesuche

2011

für Gebäude auf Parzellen, die sich in der Nähe einer Kantonsstrasse befinden oder um globale Sanierungsprojekte von Ortsdurchfahrten.

6.2.2 Groupe romand des assainissements du bruit routier (GRAB)

Zusammen mit den Westschweizer Kantonen hat das BAFU eine interkantonale Gruppe ins Leben gerufen, damit Wissen und Erfahrungen im Bereich Strassenlärmsanierung ausgetauscht werden können. Die GRAB tagt zweimal im Jahr, um die lärmarmen Strassenbeläge und ihre Wirksamkeit, die Verfahren im Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen mit dem Bund, die Vereinheitlichung der Musterpflichtenhefte für Ausschreibungen sowie die kantonalen Richtlinien in diesem Bereich zu diskutieren. Ausserdem wird ein Überblick über die Sanierungsbemühungen der Westschweizer Kantone in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem BAFU erstellt.

6.3 Sektor Signalisation und Gemeindestrassen

6.3.1 Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor hat insgesamt 616 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- > 83 Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen;
- > 27 Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen;
- > 2 Beschwerden;
- > 164 diverse Bewilligungen;
- > 238 Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers;
- > 102 Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen.

In diesem Rahmen wirkte der Sektor auch bei bedeutenden Projekten mit (z.B. Poyaprojekt und Strassenverbindung Romont-Vaulruz). Der Sektor hat sich zudem zu Entwürfen zur Änderung von verschiedenen Gesetzgebungen des Kantons und Bundes und von Gemeindereglementen geäussert.

Er hat an 11 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 58 Strassensignalisationsdossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zuhanden von Gemeindebehörden, Privatpersonen, Unternehmen und Ingenieurbüros rund 1000 Einsätze für vertikale Signalisationen, Markierungen, für die Ver-

kehrsregelung usw. auf den Kantons-, Gemeinde- und privaten Strassen geleistet. Diese Einsätze fanden sowohl im Büro als auch vor Ort statt.

6.3.2 Gemeindestrassen

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden hat der Sektor verschiedene Vorschläge und Projekte geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt: Strassen, Sammel- und Zugangsstrassen, Trottoirs, Fussgängerverbindungen, Fussgänger- und Radwege, Bushaltestellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Rückhaltebecken, Ausweichstellen, Industriezonen, Versetzung und Korrektur von Gewerbestrassen, Verengung von Strassen, Errichtung von Inseln, Ausbau von Dorfzentren, Kreisel und Minikreisel, Einrichtung von Bushaltestellen sowie verschiedene Anschlüsse an eine Kantonsstrasse.

Die RUBD nahm zu 47 Gesuchen um Genehmigung solcher Strassenprojekte Stellung.

6.3.3 Bahnübergänge

Im Rahmen der Gesuche für die Sanierung der gefährlichen Bahnübergänge im Kanton Freiburg wurden der Direktion 4 Subventionsdossiers unterbreitet.

6.4 Studien und Projekte

6.4.1 Gutachten zu Baubewilligungsgesuchen, Bebauungsplänen, GEP, Güterzusammenlegungen

- > 301 Vorprüfungs- und Baubewilligungsgesuche für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungs- und Ortspläne;
- > 18 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);
- > kein Dossier zu Güterzusammenlegungen und Bestandsaufnahmen der öffentlichen Sachen.

6.4.2 Öffentliche Auflage

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 14 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben.

2011

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
1000	10	Vaulruz, Parkplatz für Fahrzeuggemeinschaften
1310	8	Le Glèbe, Abbruch und Neubau der Brücke über die Glèbe in Estavayer-le-Gibloux
1400	9	Romont, Kreisel Belle-Croix
1400	14	Vuisternens-devant-Romont, Verbindung Romont-Vaulruz, Bushaltestelle Lanciau
1400	14-16	Vuisternens-devant-Romont, Verbindung Romont-Vaulruz (Los 30), zusätzliche Auflage
1420	1	St. Martin, Bushaltestelle und Trottoir
1500	10	Montet, Strasse Rue-Montet
2010	10	Rue, Verlegung einer Kanalisation
2100	8	Avry, Knoten Schery Est
2200	6	Grolley, Radstreifen
2200	6	Grolley, gemeinsamer Rad- und Fussweg
3000	19	Tafers, Kreisel Chrüz
3000	38	Plaffeien, Bushaltestelle Gypsera bei Schwarzsee
3300	9	Courtepin, Abbruch und Neubau der Brücke über die Crausa

6.4.3 Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die weiter oben genannten Projekte wurden 6 Einsprachen eingereicht. 1 Einsprache konnte in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 5 sind in Bearbeitung; der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion wurde keine Einsprache zur Entscheidfällung vorgelegt.

Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 7 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben.

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

6.4.3 a Kantonale Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
1400	14-17	Vuisternens-devant-Romont und Sâles, Verbindung Romont-Vaulruz (Lose 30 und 40)
1530	4	Verbindung Ursy-Vauderens, Profile 382 bis 492
2010	10	Rue, Verlegung einer Kanalisation
2200	5	Grolley, Kreisel La Rosière
3300	9	Courtepin, Abbruch und Neubau der Brücke über die Crausa

6.4.3 b Städtebauliche Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
3000	17	Tafers, Fussgängerstreifen Mariahilfstrasse
3200	14	Heitenried, Tor Dorfausgang und Trottoir Aebnet

6.4.4 Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Aus der nachfolgenden Tabelle ist der Stand der Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen und Kunstbauwerke per Ende 2011 ersichtlich:

2011

Achse	Sektor	Bezeichnung	Länge m	Breite m	Durchm. m	Vorprojekt	Ausführungs- projekt	%
1000	10	Vaulruz, Parkplatz für Fahrzeuggemeinschaften	50	5,0			x	50
1000	12	Vaulruz, Kreisel Sâles			Ø 22,00		x	30
1000	19–20	Jaun, Ortsdurchfahrt	1700	6,00, 1,65			x	15
1030	1	Gruyères, Abbruch und Neubau der Brücke über die Trême und Strassenausbau	600	6,00 + 2 x 1,50		x		75
1030	6	Gruyères, Sanierung der Brücke über die Albeuve	5,10	10,70			x	80
1100	8	Crésuz/Charmey, Abklärung der Gründe, die zu Rissen in bestimmten Pfeilern führten	169,10	11,60		x		60
1200	1	Freiburg, Abbruch und Wiederaufbau der SBB-Überführung La Fonderie	23,70	15,15		x		60
1210	1–2	Arconciel/Corpataux-Magnedens, Neubau der Strasse und des Sammelkanals sowie Sanierung der Tuffièrebrücke	1500	10,30			x	20
1210	7	St. Sylvester; La Gomma, Bushaltestelle und Trottoir	340	3,00, 1,65		x		50
1220	4	La Roche, Einrichtung eines Trottoirs und Neubau der Strasse sowie der Kanalisationen	700	6 bis 6,50			x	90
1300	24	Riaz, Sanierung der Brücke über die Sionge	15,50	11,00		x		20
1310	8	Autigny, Neubau der Brücke über die Glane	24,00	10,00			x	50
1310	8	Glèbe, Sanierung und Verbreiterung der Brücke über die Glèbe in Estavayer-le-Gibloux	6,40	10,80			x	50
1400	3	Torny-Middes, Studie für das provisorische Entwässerungskonzept Romont-Vaulruz, Projektstudien für die Verbesserung der Strassenverbindung	600				x	100
1400	9–17	Romont-Vaulruz, Projektstudien für die Verbesserung der Strassenverbindung	6680	7,0/9,0			x	50
1450	5	Bossonnens, Bahnhofplatz				x		50
1500	2–4	Attalens, Ortsdurchfahrt	1700			x		5
1500	9–10	Montet (Glanebezirk), Sanierung der Kantonsstrasse Rue-Montet	1180	6,00			x	40
2000	12	Romont, Knoten von Chavannes			Ø 32,00		x	5
2000	21	Cottens, SBB-Unterführung, Senkung der Kantonsstrasse	115	5,8 bis 6,60			x	30
2200	3	Belfaux, Verbreiterung und Sanierung der Brücke über die Sonnaz	6,70	13,00			x	100
2310	2	Cheiry, Ortsdurchfahrt	865	6,00			x	80
3000		Umfahrungsstrasse Düdingen	3700	7,0		x		90
3000	4	Salvenach, Aquädukt Kleine Bibera	25,0		1,20		x	70
3000	5	Cressier, Kreisel Fin de Jentes			Ø 32,00		x	30
3000	37	Plaffeien (Gypsera), Bushaltestellen und Trottoirs	220	3,00, 1,65		x		100
3100	1	St. Sylvester (Aebnet), Bushaltestellen und Trottoirs	120	3,00, 1,65		x		50
3100	8	Schmittlen, Kreisel Oberstockerli	250		Ø 32,00		x	50
3100	10	Schmittlen, Radstreifen Berg-Ried	750	1,50		x		90
3100	28	Giffers (Eichholz), Bushaltestellen und Trottoir	160	3,00, 1,65		x		100
3160	1–2	Freiburg und Marly, Radstreifen Marly-Granges-sur-Marly	750	1,50		x		90
3170	8	Tafers (Weissenbach), Bushaltestellen und Trottoir	180	3,00, 1,65		x		80
3220	1	Düdingen, Radstreifen Luggiwil-Bundtels	450	1,50		x		90
3300		Freiburg, Poyaprojekt (Brücke und Tunnel)	–	–			x	50
3300		Freiburg, St.-Leonhard-Unterführung	800	14	36		x	5
3300	9	Courtepin, Abbruch und Neubau der Brücke über die Crausa	11,30	13,00			x	100
3410	2–3	Haut-Vully, Ortsdurchfahrt Môtier	1400	5,00 bis 6,00			x	60
3420	3	Bas-Vully, Lärmschutzmauer beim Knoten Le Péage	200				x	90

2011

6.4.5 Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten des Kantonsstrassennetzes

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücken	70 Inspektionen: 33 Haupt-, 24 Zwischen- und 13 Jahresinspektionen
Wasserleitungen	66 Inspektionen
Mauern	106 Inspektionen
Spezialbauwerke	47 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten:

Insgesamt hat der Werkhof Tour-Rouge an 91 Bauwerken (27 Brücken, 8 Spezialbauwerke, 39 Aquädukte und 17 Mauern) Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

6.5 Ausführung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 634,814 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,568 km der Strasse Montbovon–Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2010 und per Ende 2011 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Achse	Nummer der Kantonsstrasse (Achse)
G	Nominale Fahrbahnbreite in m
L	Streckenlänge in m
F	Fläche in m ²
SRB	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Staatsratsbeschluss
INFRA	Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
BELAG	Belag (Deckschicht)

6.5.1 Vor dem 1. Januar 2011 begonnene Arbeiten (im Gang)

6.5.1 a Strassen

Achse	Abschnitt	G	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2010	2011	2010	2011
3300	<i>Dekret vom 26. Juni 2006</i> Poyaprojekt (Los A), Sammelkanal Schiffenen		1140		08.07.06	100	–	50	100
1500	<i>Dekret 01.07 Konto Städtebauliche Arbeiten</i> Attalens, Dorfeingang auf der Seite von Bossonens	5,5 / 8,0	170	1100	17.08.10	70	100	90	100
1300	<i>Dekret vom 2. November 2006</i> Kreisel Echarlens-Marsens	Ø 34,00		7600	1.06.10	90	100	80	100
1530	<i>Dekret vom 6. Oktober 2010</i> Verbindung Ursy – Vauderens	6,00 / 7,00	1350	8500	6.07.10	2	100	0	100
3000	<i>Dekret 02.04</i> Alterswil-Hofmatte, Bushaltestellen und Trottoirs	5,15	60	600	21.09.10	80	100	30	100
1100	<i>Dekret 02.04</i> Im Fang, Bushaltestelle und Trottoir	5,30	80	300	21.09.10	20	100	–	100

2011

6.5.1 b Kunstbauten

Achse	Abschnitt	G	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2010	2011	2010	2011
3300	Dekret vom 26. Juni 2006 Poyaprojekt (Los E), Brücke	19,25	852	16400	30.06.09	15	50	-	-
3300	Dekret vom 23. Juni 2006 Poyaprojekt (Los D), Tunnel	14,8	272	4025	29.06.10	5	40	-	-
3000	Dekret vom 18. September 2001 Hürlinenbach (Schwarzsee), Abbruch und Wiederaufbau der Brücke	11,10	5,60	62,20		100	100	60	100
3100	Dekret vom 18. Dezember 2009 Flamatt, Tavernabrücke	11,50	19	218,5	15.09.10	80	100	90	100

6.5.2 2011 durchgeführte Arbeiten

6.5.2 a Strassen

Achse	Abschnitt	G	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2010	2011	2010	2011
1200	Dekret vom 6. Oktober 2010 Kantonsstrasse, Einrichtung eines Trottoirs und Neubau der Strasse sowie der Kanalisationen in La Roche	6,00	700	4200	16.08.11	-	300	-	20
1300	Dekret vom 2. November 2006 Kreisel im Dorfzentrum von Riaz	Ø 27,00		3400	28.06.11	-	15	-	-
1400	Dekret vom 19. Mai 2010 Verbindung Romont-Vaulruz, Kreisel von Vaulruz	Ø 34,00		4600	19.04.11	-	95	--	80
2010	Dekret Laufende Rechnung 2011 StrU Rue, Verlegung des Reinabwassersammelkanals der Kantonsstrasse	75,00				-	100	-	100
2200	Dekret vom 2. November 2006 Grolley, Kreisel La Rosière	Ø 36,00		4000	08.02.11	-	100	-	100
3000	Dekret 08.04 Rahmenkonto Bushaltestelle Alterswil-Wengliswil, Bushaltestellen und Trottoirs	3,00 / 5,30	110	500	26.10.10	-	100	-	100

6.5.2 b Kunstbauten

Achse	Abschnitt	G	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2010	2011	2010	2011
1020	Dekret Laufende Rechnung 2011 (3141.308) Châtel-St-Denis, Sanierung der Mauern von Les Craux	65,00			08.11.11	-	50	-	-
1100	Dekret Laufende Rechnung 2011 (3141.311) Crésuz, Sanierung der Mauer Sous-la-Fin	130,00			27.10.11	-	100	-	40
3300	Dekret vom 26. Juni 2006 Poyaprojekt (Los C1), Vorbereitungsarbeiten	20,00	800		28.6.11	-	50	-	20
3300	Dekret vom 23. Juni 2006 Poyaprojekt (Los C), Tagbautunnel	20,00	700			-	5	-	-
2200	Dekret vom 2. September 2008 Belfaux, Verbreiterung und Sanierung der Brücke über die Sonnaz	13,00	15	195	25.01.11	-	100	-	100
3000	Dekret Laufende Rechnung 2011 (3141.308) Staumauer von Schiffenen, Sanierung der Fahrbahn	3,00	450	1350	27.07.11	-	100	-	100
3100	Dekret Laufende Rechnung 2011 (3141.308) Flamatt, Sanierung des Aquädukts der Taverna	20,00			25.07.11	-	100	-	-
3300	Dekret vom 2. September 2008 Courtepin, Abbruch und Neubau der Brücke über die Crausa	13,00	76	988	15.06.11	-	100	-	100

2011

Achse	Abschnitt	G	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2010	2011	2010	2011
	<i>Dekret Laufende Rechnung 2011 (3131.308)</i>								
1030	Gruyères, Sanierung der Aquädukte der Route du Moléson	Stk,28			22.03.11	-	100	-	100
	<i>Dekret vom 18. Mai 2010</i>								
1400	Verbindung Romont-Vaulruz (Los 30)	10,00	1524		21.04.11	-	50	-	25
	<i>Dekret vom 18. Mai 2010</i>								
1400	Verbindung Romont-Vaulruz (Los 40)	10,00	2262		21.04.11	-	50	-	25
	<i>Dekret Laufende Rechnung 2011 (3131.308)</i>								
1100	Jaun, Sanierung der Holzmauer	4,0	135	540	21.10.11	-	95	-	-

7. Sektion Strassenunterhalt

7.1 Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen (3 Kreise und 1 kantonales Zentrum)

Die Kosten für den Unterhalt der 640 km Kantonsstrassen beliefen sich im Jahr 2011 auf 36 Millionen Franken (Stand der Konten per 11.01.12, vor dem Abschluss).

Sie lassen sich wie folgt aufgliedern:

	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt durch die Strassenwärter (135 000 Std. bei 99 VZÄ), Signalisation und Beleuchtung, Fahrzeuge und allgemeine Auslagen	11	30
Baulicher Unterhalt	19	53
Winterdienst inkl. Einsatz der Strassenwärter (35 000 Std.) und Salzverbrauch (4500 t)	6	17
Total	36	100

Die 19 Millionen Franken, die für diesen Posten aufgewendet wurden, umfassen einzig die von externen Unternehmen ausgeführten Arbeiten und lassen sich wie folgt aufschlüsseln:

	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt von Kunstbauwerken (unter der Verantwortung der Sektion StrP, Sektor Überwachung und Planung von Bauwerken)	2	10
Unterhalt Route d'Allières	0,3	2
Diverse Arbeiten für die Kreise (Mähen, Reinigung der Kanalisationen, kleine Regierarbeiten, Leistungen des Sektors Nationalstrassen)	2,5	13
Baulicher Unterhalt, Komplettsanierung von Fahrbahnen durch den Sektor Kantonsstrassen	9	47
Baulicher Unterhalt, verschiedene Arbeiten, Beteiligungen	1,1	6
Baulicher Unterhalt, Instandsetzung infolge der winterbedingten Schäden (kleine und mittelgrosse Flächen)	4	21
Baulicher Unterhalt, Radstreifen	0,1	1
Total	19	100

Auf einer Länge von 21,5 km wurde die Fahrbahn von Kantonsstrassen für insgesamt 9 Millionen Franken runderneuert (24 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 121 000 m²).

Somit beträgt die Erneuerungsrate 3,28 % (21,5 km / 640 km).

Im Rahmen dieser Sanierungsarbeiten wurde auf 2,2 km ein lärmmindernder Strassenbelag eingebaut (4 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 17 500 m²).

7.2 Unterhalt der Nationalstrassen

Die Einnahmen für den Unterhalt der Nationalstrassen betragen 13,2 Millionen Franken, während sich die entsprechenden Ausgaben auf etwa 11,7 Millionen Franken beliefen (Stand der Konten per 11.01.2012, vor dem Abschluss).

	Fr. (in Mio.)	%
Dienstleistungen für Dritte und Kantonsstrassen	1,1	6
Dienstleistungen für Nationalstrassen (62,34 km A12 und 32,59 km A1)	11,1	86
Dienstleistungen infolge von Unfällen	1	8
Total	13,2	100

Personalbestand für den Strassenunterhalt (Strassenwärter/Fahrer und Elektriker) 36 VZÄ

Vom Unterhaltungspersonal geleistete Stunden 61 451 Std.

Zeitaufwand für den Winterdienst auf den Nationalstrassen 3 962 Std.

Zeitaufwand für bauliche Unterhaltsarbeiten auf der A12 / TE1 5 479 Std.

Zeitaufwand für den betrieblichen Unterhalt und den Winterdienst auf Kantonsstrassen (H189, T10, Autostrasse usw.) 4 150 Std.

Für den Winterdienst eingesetzte Salzmenge 1 900 t

 2011

8. Sektion Gewässer

8.1 Aufgaben

Die Sektion Gewässer (Gew) hat die Aufgabe, die Fliessgewässer im Kanton auszubauen und zu unterhalten, um deren ökologische Funktionen zu bewahren und das Schadenpotenzial bei Hochwasser zu verringern. Sie stellt den Schutz der oberirdischen Gewässer sicher und wirkt auf eine gemässigte Nutzung der Gewässer hin. Ausserdem ist sie dafür besorgt, die Auswirkungen der Tätigkeit des Menschen auf die Fliessgewässer und Uferzonen so gering wie möglich zu halten.

8.2 Ordentliche Tätigkeit

8.2.1 Gewährleistung der Niederwassermengen und Datenerhebung

Die Sektion setzte den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führte monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln.

2011 hat sie Überlegungen zu ihrem Netz zur Beobachtung der Abflüsse angestellt und die Ziele dieses Netzes teils neu definiert. Dabei wurden auch die Art und der Standort der künftigen Messstationen festgelegt. Das Ergebnis dieser Überlegungen wird Eingang in ein neues Konzept finden, das 2012 veröffentlicht werden wird. Dieses Konzept wird die Grundlage für die künftigen Entwicklungen und Investitionen bilden.

8.2.2 Bewertung der Gefahren – Kartografierung

Die Berücksichtigung der Naturgefahren in der Raumplanung ist nach geltendem Recht obligatorisch und sie ist eine Priorität für alle Schweizer Kantone. So müssen die Kantone insbesondere die gefährdeten Gebiete bezeichnen, indem sie die entsprechenden Grundlagen ausarbeiten und auf dem neusten Stand halten, etwa dank der systematischen Kartografierung der Naturgefahren.

Auf Vorschlag der Naturgefahrenkommission (KNG) beschloss der Staatsrat 1999, die Naturgefahren vollständig und auf dem gesamten Kantonsgebiet zu kartografieren. Die erste Etappe, die die Vor-alpen umfasste, konnte 2005 abgeschlossen werden. Die Gefahrenhinweiskarten im Zusammenhang mit den Gewässern, die einen Überblick über die vorhandenen Naturgefahren verschaffen, wurden mit Ausnahme des Seebezirks für den ganzen Kanton erstellt.

2011 wurden unter Berücksichtigung der Gesetzgebung zum öffentlichen Beschaffungswesen drei Ingenieurbüros beauftragt, die detaillierten Gewässergefahrenkarten für die Region des Freiburger Mittellands zu erstellen. Der Auftragswert für die Erstellung dieser Karten betrug 962 399.95 Franken.

Die drei Büros arbeiten parallel mit derselben Projektorganisation (Fristen, Projektphasen). Ende 2011 konnte die Phase 1 «Grundlagen und Perimeter» abgeschlossen werden. In dieser Phase ging es im Wesentlichen darum, alle für die Fortsetzung des Projekts erforderlichen Daten zu erfassen und die Studienperimeter zu validieren. Die Phasen 2 und 3 («Bestimmung und Beschreibung der Gefahren» bzw. «Gefahrenkarten und Risikoanalyse») werden 2012 durchgeführt. Der Abschluss dieser Projekte erfolgt im dritten Quartal 2012. Um die geografische Kohärenz der Schlussresultate sicherzustellen, gab es einen Austausch mit den Kantonen und Bern und Waadt. Ausserdem wurden mit diesen Nachbarkantonen verschiedene Vereinbarungen getroffen.

8.2.3 Bewertung der Gefahren – Hochwasserschutz im Grosse Moos

2007 ersuchte Grossrat Heinz Etter den Staatsrat in seinem Postulat (P2022.07), eine Studie über die Hochwassersituation im Grosse Moos in Auftrag zu geben, mit der die kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen zum Schutz von Kulturen, Infrastrukturen und Gebäuden aufgezeigt werden sollten. Der Grosse Rat erklärte das Postulat erheblich. 2009 wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, aus Sicht des Hochwasserschutzes den Gefährdungsgrad und die Schwachstellen entlang der Kanäle im Grosse Moos zu analysieren. 2010 wurde das Ergebnis dieser Studie der Projektoberleitung unterbreitet, die aus dem Grossrat Heinz Etter sowie aus Vertretern der Gemüseproduzenten, des Wasserbauunternehmens «WBU Bibera», des Biotopverbundes Grosse Moos, des Staats und des Bundes besteht. Die Naturgefahrenkommission validierte im Dezember 2011 die im Rahmen dieser Arbeiten erstellte Gefahrenkarte.

8.2.4 Bewertung der Gefahren – Hochwasserschutz entlang der Kleinen Glane und des Fossé Neuf

In den letzten Jahren kam es entlang der Kleinen Glane und des Fossé Neuf verschiedentlich zu Überschwemmungen, namentlich in den Jahren 2006 und 2007. Aus diesem Grund forderten die Freiburger Gemeinden Bussy, Cugy, Morens, Rueyres-les-Prés, St-Aubin und Vallon den Staat auf, das von 2002 ausgearbeitete Hochwasserschutzprojekt zu überarbeiten. Die interkantonale Kommission, die sich um die Kleine Glane und den Fossé Neuf kümmert, anerkannte, dass sich diese Fliessgewässer in einem schlechten Zustand befinden, und entsprach dem Gesuch der Freiburger Gemeinden.

Ein privates Büro wurde beauftragt, eine Bestandesaufnahme zu erstellen und ein Ausbau- und Unterhaltskonzept für die Kleine Glane vorzuschlagen. Die Resultate dieser Diagnose, die als Grundlage für detailliertere Studien dienen sollen, wurden am 15. Juni 2011 den betroffenen Waadtländer und Freiburger Gemeinden vorgestellt. Im November 2011 wurde den Gemeinden

—
2011

die definitive Version des Berichts zugestellt. In diesem Schreiben wurden die Gemeinden auch gebeten, ihr grundsätzliches Einverständnis für eine Studie für das Vorprojekt und für die Festlegung eines Massnahmenkatalogs zu geben, damit der weitere Verlauf des Projekts organisiert werden kann.

8.2.5 Bewertung der Gefahren – Hochwasserschutz entlang der Saane

Mit ihrem am 9. September 2005 eingereichten und begründeten Postulat verlangten Grossrätin Madeleine Genoud-Page und Grossrat Guy-Noël Jelk, dass die Überschwemmungen, die durch das Hochwasser der Saane vom 22. August 2005 verursacht wurden, sowie die Rolle, die Groupe E dabei möglicherweise spielte, analysiert werden. Das Postulat machte sich ausserdem dafür stark, dass angesichts der besonders einschneidenden klimatischen Ereignisse der vergangenen Jahre alle Stauwerke der Saane überprüft werden.

Am 12. Mai 2006 folgte der Grosse Rat dem Vorschlag des Staatsrats und erklärte das Postulat Madeleine Genoud-Page/Guy-Noël Jelk erheblich. In seiner Antwort schlug der Staatsrat vor, eine Strategie zur vorsorglichen Senkung der Stauseen von Rossens und Montsalvens zu definieren.

In Zusammenarbeit mit Groupe E beauftragte der Staat im Jahr 2010 ein privates Büro, Vorschläge für eine verbesserte Regulierung durch Groupe E der Stauseen entlang der Saane auszuarbeiten, um die Hochwasserschäden zu verringern. Das Büro entwickelte eine Informatiklösung, die es erlaubt, die aktuelle Wassersituation zu beurteilen und die künftigen Entwicklungen vorauszusagen, um so nötigenfalls kritische Situationen vorwegzunehmen. Dieses Instrument wurde 2011 bei Groupe E und bei der Sektion Gewässer in Betrieb genommen.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Bevölkerungsschutz, Groupe E und der Sektion Gewässer wurde ein Verfahren für die zu treffenden Massnahmen und die Bestimmung der Verantwortlichen für eine allfällige vorsorgliche Senkung der Stauseen von Schiffenen und Rossens definiert. Bevor das Verfahren abgesegnet und umgesetzt werden kann, müssen noch die Abgeltungen festgelegt werden, die Groupe E erhält, wenn eine angeordnete vorsorgliche Senkung zu finanziellen Einbussen führt.

8.2.6 Studien und Planung – Revitalisierung der Broye

Die Broye, die mehrere Kantone quert, wurde im Verlauf der letzten Jahrhunderte stark verbaut, sodass sie sich nicht mehr in einem natürlichen Zustand befindet. Das Fliessgewässer weist denn auch ein ausgeprägtes ökologisches Defizit auf. Auf der anderen Seite sind bedeutende Unterhaltsarbeiten nötig, um den aktuellen Zustand des Fliessgewässers zu erhalten. Kommt noch

hinzu, dass die Wasserentnahmen für die Bewässerung einen grossen Druck auf die Broye ausüben, insbesondere in trockenen Perioden.

Die Kantone Waadt und Freiburg haben Anfang 2010 eine interkantonale Arbeitsgruppe mit Vertretern von allen betroffenen Dienststellen gebildet. Diese Arbeitsgruppe hat 2010 ein Projekt zur Bestandaufnahme in der Broyeebene lanciert und fünf private Büros beauftragt.

Das Ergebnis dieser Analyse wurde am 27. Juni 2011 veröffentlicht. Dabei wurden sieben Hauptthemen behandelt:

- › Hydrologie, Hydraulik und Geschiebetransport;
- › Morphologie und Geschichte der Ebene;
- › Potenzial für die Entwicklung eines Vernetzungsprojekts;
- › aquatische Ökosysteme;
- › Wasserbedarf für die Landwirtschaft;
- › Vorgaben und Einschränkungen aufgrund der Bodennutzung und Grundeigentumsverhältnisse;
- › Unterhalt der Ufer.

Anlässlich des Informationsanlasses im Juni 2011 wurden mehrere Möglichkeiten für die Organisation und Fortsetzung des Projekts skizziert. Zuerst soll die administrative Organisation des Projekts festgelegt werden, um die Studie und die Ausführung der künftigen Renaturierungsarbeiten zu leiten. Es ist vorgesehen, auf zwei Ebenen einzugreifen: Auf der übergeordneten Ebene muss eine Gesamtstrategie für die gesamte Broyeebene entwickelt werden, die sämtliche Aspekte der Gewässerbewirtschaftung berücksichtigt. Auf diese Weise werden die Projekte vor Ort gelenkt und deren Kohärenz sichergestellt werden können. Auf lokaler Ebene müssen die prioritären Abschnitte bestimmt werden, um ein konkretes Renaturierungsprojekt aufzulegen zu können, sobald sich eine Möglichkeit bietet.

8.2.7 Gewässerraum

Mit der Sicherung des Gewässerraums können die natürlichen Funktionen der Fliessgewässer wiederhergestellt, der Hochwasserschutz verbessert und das Schadenpotenzial reduziert werden. Das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG), dessen Ausführungsverordnung (GSchV) sowie das kantonale Gewässergesetz (GewG) und dessen Ausführungsreglement (GewR) legen die Mindestvorgaben für den Gewässerraum sowie dessen Nutzung fest. Der Staat ist zuständig für die Bestimmung des Gewässerraums. Die Übertragung des Gewässer-

2011

raums auf die verschiedenen Nutzungspläne gibt den Behörden und Privatpersonen die Möglichkeit, sich zu äussern, bevor er definitiv festgelegt wird. Ausserdem wird so die Einhaltung des Gewässerraums sichergestellt.

Der Staat beauftragt jeweils externe Büros mit der Ermittlung des Gewässerraums, bevor dann die Sektion Gewässer die Abgrenzung des Gewässerraums kontrolliert und validiert. Bis heute wurde der Gewässerraum der Fliessgewässer in 73 Freiburger Gemeinden ermittelt. Für 53 dieser Gemeinden hat die Sektion Gewässer die Definition des Gewässerraums validiert. Für 8 Gemeinden muss der Gewässerraum noch validiert werden. 12 Gemeinden haben den Gewässerraum bereits in ihren OP übertragen.

8.2.8 Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer

Die Sektion Gewässer hat die generellen Projekte ausgearbeitet und die Aufsicht über die Projekte von Gewässerverbauungen wahrgenommen. Daneben hat sie Gemeinden und Wasserbauunternehmen bei Unterhalts- und Ausbauarbeiten beraten. Sie behandelte die Gesuche um Kantonsbeiträge. Und schliesslich wirkte sie auch als Bindeglied zwischen der Bauherrschaft und dem Bund für die Gewährung von Bundesbeiträgen.

8.3 Laufende Studien und Projekte

8.3.1 Grundlagen und Konzepte

- › Bibera, Ulmiz und Gempnach (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept);
- › Bibera, Grosses Moos (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept);
- › Branches, Hauteville (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept);
- › Haute-Sonnaz, mehrere Gemeinden (Massnahmenkonzept);
- › Kleine Glane, mehrere Gemeinden (Massnahmenkonzept);
- › Mittellandregionen: Haute Broye – Arbogne – Glane und Neirigue – Kleine Glane und Neuenburgersee – Sonnaz, Saane und Stadt Freiburg – Galternbach, Ärgera, Sense und Schiffensee – Murtensee (Gefahrenkarten);
- › Saane von Hauterive bis Schiffenen (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept).

8.3.2 Hochwasserschutzprojekte

- › Ärgera, Plasselb (Hochwasserschutz und Revitalisierung);

- › Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Albeuve, Gruyères (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Ange, Attalens (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Arbogne, Corcelles (VD + FR) (Hochwasserschutz);
- › Bi-Chalet, Jaun (Hochwasserschutz);
- › Branches, Hauteville (Hochwasserschutz);
- › Chérésaula, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz);
- › Ciba, Semsales (Hochwasserschutz);
- › Galternbach, Freiburg, St. Ursen und Tafers (Hochwasserschutz);
- › Heitiwilbach (Düdingerbäche), Düdingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Javro und Zuflüsse (Hochwasserschutz);
- › Jaunbach und Zuflüsse, Jaun (Hochwasserschutz);
- › Riaux, Lossy (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Marivue, Albeuve (Hochwasserschutz);
- › Mionna und Zuflüsse, St. Martin und La Verrerie (Hochwasserschutz);
- › Mortivue, Semsales (Hochwasserschutz);
- › Nesslera, Le Mouret (Hochwasserschutz);
- › Palon, Prez-vers-Noréaz (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Plaisance, Riaz (Hochwasserschutz);
- › Pra Melley, Le Pâquier (Hochwasserschutz und Revitalisierung);
- › Rosalys, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz);
- › Saane, Haute Gruyère, Bas-Intyamou (Enney) (Hochwasserschutz);
- › Warme Sense und Zuflüsse beim Rohrmoos, Plaffeien (Hochwasserschutz und Revitalisierung);

2011

- > Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt (Hochwasserschutz);
- > Tana, Grandvillard (Hochwasserschutz);
- > Trême, Bulle (Hochwasserschutz);
- > Veveyse de Châtel, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz);
- > Veveyse de Fégire, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz);
- > Verrollys, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz).

8.3.3 Revitalisierungsprojekte

- > Broye, verschiedene Freiburger Gemeinden;
- > Biorde, Attalens, Granges und Bossonens;
- > Hargartenbach, Ueberstorf;
- > Jaunbach, Charmey;
- > Moulin, Ménières;
- > Moulin, Vuisternens-en-Ogoz;
- > Kleine Glane, mehrere Gemeinden;
- > Sionge, Vuadens – Vaulruz.

8.4 Im Jahr 2011 beendete Projekte und Studien

8.4.1 Grundlagen und Konzepte

- > Arbogne, Cousset (Gefahrenkarte);
- > Broye, mehrere Gemeinden (Bestandesaufnahme Broyeebene);
- > Farvagny (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer);
- > Hapferenbach, Plaffeien (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept);
- > Lembaz, Cheiry (Gefahrenkarte);
- > Sense und Saane in Bösing (Gefahrenkarte).

8.4.2 Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten)

- > Bey, La Roche (Hochwasserschutz);
- > Bioleires, Léchelles (Hochwasserschutz);

- > Crausaz, Cournillens und Courtepin (Revitalisierung);
- > Chésalles, Marly (Hochwasserschutz);
- > Enfer, Gruyères (Hochwasserschutz);
- > Montgeron, Gruyères (Hochwasserschutz);
- > Pontet, Le Mouret (Hochwasserschutz);
- > Sahlbach, Oberschrot (Revitalisierung);
- > Sionge, Echarlens (Hochwasserschutz);
- > Sonnaz-Crausaz, Pensier (Hochwasserschutz);
- > Stoutz (La Guigaz), La Roche (Hochwasserschutz).

8.5 Gesprochene und überwiesene Beiträge

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Mit der NFA wurde eine Vierjahresplanung für den Wasserbau eingeführt. Die Kantone verpflichten sich gegenüber dem Bund über eine Programmvereinbarung; der Bund seinerseits finanziert die grundlegenden Tätigkeiten der Kantone, die aus der Grundlagenbeschaffung sowie dem Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer bestehen.

Die Sektion Gewässer ist für zwei Programmvereinbarungen zuständig (Hochwasserschutzbauten und Revitalisierung). Diese beiden Vereinbarungen sehen einen Höchstsatz für die Bundesbeiträge von 35 % vor. Alle Projekte, deren Baukosten unter 1 000 000 Franken liegen, sind Teil dieser Programmvereinbarungen. Bei der Subventionierung solcher Projekte bestimmt der Staat den Beitrag des Kantons und des Bundes und verteilt sie dann unter den Bauherren.

Für Wasserbauprojekte von über 1 000 000 Franken legt der Bund den Beitragsatz fallweise fest. Der Höchstsatz beträgt bei solchen Projekten 45 %. Die Kantone müssen dem Bund in diesen Fällen ein projektspezifisches Subventionsgesuch stellen.

Gemäss Gewässerreglement beträgt der kantonale Anteil an Sanierungsprojekten zwischen 22 % und 32 %. Für Arbeiten an Wasserläufen in Bergregionen können zusätzliche Beiträge gesprochen werden (plus 5 %). Dasselbe gilt für Arbeiten im Rahmen eines Bodenverbesserungsprojekts (plus 5 %) und bei Revitalisierungsarbeiten (plus 10–20 %).

2011

8.5.1 Beiträge – Beschlüsse

In der nachfolgenden Tabelle sind die Bundes- und Kantonsbeiträge an Wasserbauprojekte aufgelistet, die Gegenstand eines individuellen Subventionsentscheids des Bundes waren (siehe Erklärungen weiter oben).

8.5.1 a Einzelprojekte, Bundesbeitrag

	Voranschlag Fr.	Satz %	Beitrag Fr.
Grandvau, verschiedene Gemeinden	92 914.25	39	36 236.50
Untere Taverna, Wünnewil-Flamatt	3 850 000.00	41	1 578 500.00
Total	3 942 914.25		1 614 736.50

8.5.1 b Einzelprojekte, Kantonsbeitrag

	Voranschlag Fr.	Satz %	Beitrag Fr.
La Tire, Matran	385 971.10	30	115 791.35
La Mortivue, Semsales (Dekret)	4 350 000.00	37	1 609 500.00
Riggisalpbach und Hürmlinbach, Plaffeien	570 028.10	36	205 210.10
Total	5 305 999.20		1 930 501.45

In der nachfolgenden Tabelle sind die Projekte aufgelistet, die neu in die Programmvereinbarungen 2008–2011 aufgenommen wurden. Der Bund und der Kanton beteiligen sich gemäss folgenden Sätzen an den verschiedenen Projekten:

8.5.1 c Beiträge im Rahmen der Programmvereinbarungen (NFA)

	Voranschlag Fr.	Kantonsbeitrag %	Bundesbeitrag %	Beitrag Fr.	Kanton Fr.	Bund Fr.
Sonnaz und Crausa, La Sonnaz und Barberêche	22 785.00	23	25,5	11 050.75	5 240.55	5 810.20
Rio d'Enfer, Waldwegkörperschaft	77 845.00	29	32	47 485.45	22 575.05	24 910.40
Arbagnys, Treyvaux	24 090.00	25	28	12 767.70	6 022.50	6 745.20
Bioleyre, Léchelles	105 000.00	27	35	65 100.00	28 350.00	36 750.00
Lavau, La Verrerie	175 000.00	27	35	108 500.00	47 250.00	61 250.00
Saane, Wasserbauunternehmen	159 892.30	32	30,5	99 932.70	51 165.55	48 767.15
Sionge, verschiedene Gemeinden	665 000.00	45	35	532 000.00	299 250.00	232 750.00
Moulin, Ménières	670 000.00	42	35	515 900.00	281 400.00	234 500.00
Sionge, verschiedene Gemeinden	70 000.00	27	35	43 400.00	18 900.00	24 500.00
Javro, verschiedene Gemeinden	820 000.00	37	35	590 400.00	303 400.00	287 000.00
Jaunbach Zuflüsse, Jaun	300 000.00	32	35	201 000.00	96 000.00	105 000.00
Guigaz, Zufluss Stoutz, La Roche	135 489.60	32	35	90 778.00	43 356.65	47 421.35
Sahlibach, Oberschrot	178 460.10	45	35	142 768.00	80 307.00	62 461.00
Total	3 403 562.00			2 461 082.60	1 283 217.30	1 177 865.30

2011

8.5.2 Subventionen – Wasserbauprojekte

8.5.2 a Beiträge aufgrund der Programmvereinbarungen

2011 betragen die Ausgaben für Wasserbauprojekte, die Teil der Programmvereinbarungen für den Hochwasserschutz und die Revitalisierung waren, 2 345 875 Franken; der Kanton beteiligt sich mit 772 933.70 Franken, der Bund mit 773 353.20 Franken. 2011 überwies der Bund dem Kanton im Rahmen der beiden Programmvereinbarungen 590 750 Franken. Somit beträgt die Differenz zwischen den 2011 im Namen des Bundes ausbezahlten Beitrag und dem vom Bund tatsächlich erhaltenen Betrag 182 603.20 Franken. Diese Differenz kann mit den in den vorangegangenen Jahren (Periode 2008–2011) vom Bund erhaltenen und nicht ausbezahlten Beträgen gedeckt werden. Diese Kompensation ist im Rahmen einer Programmvereinbarung möglich.

Wasserläufe, Gemeinden	Wasserbauarbeiten Fr.	Bundesbeitrag Fr.	Kantonsbeitrag Fr.
Arbagny, Treyvaux	24 090.00	6 745.20	6 022.50
Bioleyre, Léchelles	103 433.65	36 201.75	27 927.10
Braseyres, Châtel-St-Denis	45 462.35	13 411.40	14 093.35
Gefahrenkarten, verschiedene Gemeinden	43 899.75	19 552.90	
Hochwasser vom Sommer 2010, mehrere Gemeinden	691 786.65	207 004.60	217 588.55
Enfer, verschiedene Gemeinden	77 845.00	24 910.40	22 575.05
Guigaz, Zufluss Stoutz, La Roche	135 489.60	47 421.35	43 356.65
Jaunbach Zuflüsse, Jaun	195 942.25	68 579.80	62 701.50
Javro, verschiedene Gemeinden	382 771.40	133 970.00	141 625.40
Lavau, La Verrerie	75 580.80	26 453.30	20 406.80
Moulin, Ménières	80 585.15	28 204.80	33 845.75
Pontet, Le Mouret	12 698.00	3 555.45	3 682.40
Sahlibach, Oberschrot	178 460.10	62 461.00	80 307.00
Saane in Broc, verschiedene Gemeinden	159 892.30	48 767.15	51 165.55
Sionge und Plaisance, verschiedene Gemeinden	52 354.90	18 324.20	14 135.80
Sionge, verschiedene Gemeinden	62 800.00	21 980.00	28 260.00
Sonnaz und Crausa, La Sonnaz und Barberêche	22 783.90	5 809.90	5 240.30
Total	2 345 875.80	773 353.20	772 933.70

8.5.2 b Beiträge für Einzelprojekte

Im Rahmen von Projekten, deren Kosten mehr als 1 Million Franken betragen und somit Gegenstand eines individuellen Subventionsentscheids des Bundes waren, wurden im Jahr 2011 Arbeiten für insgesamt 2 878 705.15 Franken ausgeführt; die Bundesbeiträge beliefen sich in diesem Zusammenhang auf

630 568 Franken und die kantonalen Beiträge auf 891 204.65 Franken.

Wasserläufe, Gemeinden	Wasserbauarbeiten Fr.	Bundesbeiträge	Kantonsbeitrag Fr.
Botheys, Charmey		18 281.50	
Crausa, Courtepin und Misery-Courtion		156 258.45	
Grandvau, verschiedene Gemeinden	97 155.35	94 143.70	27 106.35
Longivue, Farvagny	9 079.50	4 085.75	2 533.20
Mortivue, Semsales	171 243.50		63 360.10
Moulin, Vuisternens-en-Ogoz		50 890.65	
Riggisalpbach, Plaffeien	570 028.10		205 210.10
Stoutz, La Roche	2 188.20	138 663.85	722.10
Tana, Grandvillard		77 266.10	
Taverna, Wünnewil-Flamatt	1 643 039.40		476 481.45
Tiguellet, verschiedene Gemeinden		90 978.00	
Tire, Matran	385 971.10		115 791.35
Total	2 878 705.15	630 568.00	891 204.65

8.5.2 c Subventionen – Erhaltungsarbeiten

Gemäss Gewässerreglement beträgt der Mindestbeitragssatz für den Unterhalt von Fließgewässern 15 %.

2011 subventionierte der Kanton die Unterhaltsarbeiten mit 86 808.35 Franken.

Fließgewässer	Gemeinde/Wasserbauunternehmen	Beitrag Fr.
Hôpital und Arbogne	Gemeinde Dompierre	778.45
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Cheyres	7 277.10
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Semsales	1 011.00
Lac de Morat	Gemeinde Meyriez	1 313.40
Arbagny	Gemeinde Treyvaux	416.80
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Domdidier	32 406.45
La Crausa	Gemeinde Misery-Courtion	2 758.10
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Farvagny	1 539.30
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Riaz	5 902.70
verschiedene Fließgewässer	Gemeinde Vaulruz	13 562.45
Momont	J.-L. Beaud, Albeuve	536.25
Rio de Coppet	Wasserbauunternehmen Rio de Coppet	3 508.40
Trême	Wasserbauunternehmen Trême	1 988.00
Tiguellet	Wasserbauunternehmen Tiguellet	13 809.95
Total		86 808.35

—
2011

8.6 Verwaltung der Schiffbarkeit und der Anlegeplätze

2011 wurde ein Inventar der illegalen Anlagen und Anlegeplätze entlang der Seeufer erstellt. Grundlage für dieses Inventar waren systematische Beobachtungen an den Ufern des Neuenburger-, Greyerzer- und Murtensees. Die Eigentümerinnen und Eigentümer von illegal erstellten Bootsanlagen und -einrichtungen werden jeweils schriftlich aufgefordert, die Situation in einen rechtmässigen Zustand zu überführen.

Ausserdem wurden 36 Bewilligungen für neue individuelle Anlegeplätze erteilt. 2011 brachten die Anlegegebühren 661 782.55 Franken ein.

8.7 Gutachten und Wasserbaupolizei

Die Sektion hat 568 Bau- und 107 Planungsdossiers (OP, DBP, GEP) analysiert und kontrolliert. Dabei ging es hauptsächlich um:

- › Baubewilligungsgesuche und Vorprüfungsgesuch sowie Dossiers, die dem Amt für Verkehr und Energie unterbreitet wurden;
- › Regional- und Ortsplanungen, Detailbebauungspläne (DBP) sowie generelle Entwässerungspläne (GEP).

Die Sektion Gewässer wurde 2011 bei der Bearbeitung der Dossiers für generelle Entwässerungspläne und für Ortspläne durch externe Büros unterstützt. Für diese externen Aufträge wendete der Staat 59 061.65 Franken auf.

Die Gebühren für die Gutachten brachten Einnahmen von 131 920 Franken.

8.8 Bewilligungen und Konzessionen

Die Sektion Gewässer hat Bewilligungen und Genehmigungen für die Benützung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Querungen von Fliessgewässern, Bootsverankerungen und andere Flächenbenützungen, Materialentnahmen usw.) ausgestellt. Insgesamt wurden 108 Bewilligungen zur Benützung der öffentlichen Sachen erteilt.

Das Bundesgesetz zu einer Änderung des Wasserrechtsgesetzes und des Energiegesetzes vom 18. Juni 2010 legt fest, dass der Wasserzins von 2011 bis 2014 jährlich 100 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung nicht übersteigen darf. Der im Kanton Freiburg erhobene Wasserzins wurde 2011 entsprechend angepasst. Die Gebühren für Bewilligungen und Konzessionen betragen insgesamt 1 143 343 Franken. Hinzu kommt die Gebühr für die Wasserkraft, die Groupe E direkt der Finanzverwaltung schuldet.

8.8.1 Sanierung der Wasserentnahmen

Das Projekt zur Sanierung der Wasserentnahmen entlang des Jaunbachs nach Artikel 80 des Gewässerschutzgesetzes des Bundes von 1991 (GSchG) ist noch im Gang. Der Schlussbericht über die Sanierung wurde im Januar 2005 veröffentlicht. 2008 hat der Staat Freiburg mit den Betreibern von grossen Wasserkraftwerken Verhandlungen über die Sanierungsmassnahmen aufgenommen.

Am 24. Januar 2011 haben die RUBD und die ILFD die Verfügung zur Sanierung der Wasserkraftanlage in Montsalvens von Groupe E erlassen. Das Unternehmen hat einen Führungsausschuss für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen gebildet. Die Massnahmen zur Verbesserung des Betriebs wurden bereits 2011 durchgeführt. Die baulichen Massnahmen stehen hingegen noch aus.

Entlang des Jaunbachs müssen nun noch die Anlagen von Gruyère Energie SA und EW Jaun Energie AG saniert werden.

8.8.2 Bewilligungen und Konzessionen

Das Energiegesetz (EnG) des Bundes schreibt eine Erhöhung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vor. Es enthält dazu ein Paket von Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie zur Förderung der Effizienz im Elektrizitätsbereich. Hauptpfeiler ist dabei die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus erneuerbaren Energien. Die Bestimmungen über die kostendeckende Einspeisevergütung sind in der geänderten Energieverordnung (EnV) geregelt und traten am 1. Januar 2009 in Kraft.

Mit diesen neuen Bestimmungen ist auch die Zahl der Konzessionsgesuche für Kleinwasserkraftwerke stark gestiegen. Ende 2008 waren 13 Vorprüfungsgesuche eingereicht worden.

Der Staat hat eine Methode entwickelt, die es erlauben soll, das verbleibende hydroelektrische Potenzial mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Umwelt und möglichst effizient zu nutzen. Diese Methode ist im Bericht «Beurteilung und Bewirtschaftung der Wasserkraft im Kanton Freiburg» beschrieben, der die 2011 in Kraft getretene Änderung des kantonalen Richtplans begleitete.

Die 13 Vorprüfungsgesuche für eine Konzession wurden gemäss dieser Methode beurteilt. Der Staat stellte aufgrund der von den Betreibern eingereichten Unterlagen 10 positive und 3 negative Gutachten aus, wobei zu betonen ist, dass es sich um Vorprüfungsgesuche handelte. Die Stellungnahmen des Staats sind somit noch nicht definitiv.

2011
8.9 Besondere Ereignisse

8.9.1 Gesetzgebung

Am 1. Januar 2011 trat das neue Gewässergesetz (GewG) in Kraft. Das Gewässerreglement (GewR) folgte am 1. Juli 2011.

Der Bund hörte die Kantone zum NFA-Handbuch-Kapitel Revitalisierung an. Er bezog ausserdem die Kantone in die Ausarbeitung der Vollzugshilfe «Renaturierung der Gewässer» ein. In beiden Fällen koordinierte die Sektion Gewässer die Stellungnahmen des Staats.

8.9.2 Trockenheitsperiode 2011 – Verbot von Wasserentnahmen aus Oberflächengewässern

Nachdem bereits das Jahr 2010 ein Niederschlagsdefizit aufwies, waren auch die ersten Monate von 2011 äusserst trocken: Im Mittelland betrug die Niederschlagsmenge von Januar bis April 2011 lediglich ein Drittel des mehrjährigen Mittelwertes. In den Alpen war es die Hälfte. Angesichts der geringen Abflussmengen sah sich das Tiefbauamt gezwungen, bereits am 25. Mai 2011 – deutlich früher als in anderen Jahren – ein allgemeines Verbot für Wasserentnahmen aus Oberflächengewässern zu erlassen. Auch im weiteren Verlauf des Jahres 2011 blieb im Mittelland ein Niederschlagsdefizit, wobei der November besonders trocken war. Ein im Vergleich zu den Vorjahren niederschlagsreicher Juli hob die Niederschlagsmengen in die Nähe des mehrjährigen Mittelwertes an. Das Verbot von Wasserentnahmen konnte schliesslich am Freitag, 2. Dezember 2011, aufgehoben werden.

Während des Verbots galten Wasserentnahmepläne, mit denen die Wasserentnahmen so begrenzt und über den Tag verteilt wurden, dass einerseits die Bedingungen in den Wasserläufen akzeptabel blieben und andererseits die Bedürfnisse der Landwirte möglichst befriedigt werden konnten. Konkret legten diese Pläne für jeden Landwirt den Zeitpunkt und das Volumen der Wasserentnahmen fest. Auf diese Weise konnten die Grundbedürfnisse der Landwirtschaft trotz der Länge der Trockenperiode abgedeckt werden.

8.9.3 Gewässerinformationssystem (SI-Eaux)

2011 wurde bei der Sektion Gewässer ein neues System für die Verwaltung und Bereitstellung der Daten zu den Oberflächengewässern eingeführt. Mit diesem integrierten Datenverwaltungssystem ist es möglich, eine Gesamtschau über die Fliessgewässer des Kantons und über alle relevanten Daten zu haben. Auf diese Weise können die Verwaltung und die Kohärenz auf regionaler und globaler Ebene der Datenbestände verbessert werden. Das neue System wird die Qualität und Wirksamkeit der staatlichen Dienstleistungen verbessern.

Die Kantone Waadt und Freiburg haben eine Vereinbarung unterzeichnet, in der die Zusammenarbeit für die Pflege des gemeinsamen Kerns der Waadtländer und Freiburger Anwendungen (GESREAU bzw. SI-Eaux) definiert und geregelt ist.

V. Autobahnamt

1. Aufgaben

Das Autobahnamt (ABA) ist für die Ausarbeitung der definitiven Projekte, den Bau und – im Auftrag des Bundes – den Ausbau, den Unterhalt sowie die Erneuerung der Nationalstrassen zuständig.

Vorsteher des Autobahnamts ist André Piller, Oberingenieur.

2. Tätigkeit
2.1 Ordentliche Tätigkeit

Einleitend sei daran erinnert, dass der Bund seit dem 1. Januar 2008 alleine für die Schweizer Nationalstrassen verantwortlich ist – mit Ausnahme der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, für die weiterhin die Kantone zuständig sind.

2011 war geprägt vom Abschluss der Unterhaltsbaustelle «TE6» auf der A1 zwischen Murten und der Kantonsgrenze FR/BE (Elektromechanik), vom Abschluss der Arbeiten für den Bau der Lärmschutzwände in Matran entlang der A12, vom Rückbau des Bauernhofs beim Autobahnanschluss Matran, vom Abschluss der ökologischen Ausgleichsmassnahme öAM 14 entlang der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac-Bussy-Payerne sowie vom Abschluss der Arbeiten für die Instandstellung der Kiesgrube La Porta in Grandvillard. Das Projekt für die Instandstellung der Kiesgrube Grenilles in Farvagny wurde öffentlich aufgelegt. Gegenwärtig werden die Einsprachen behandelt.

Die Blocksteine (Betonelemente, die während des Baus der A1 und A12 für die Bedürfnisse der Bauarbeiten und Geometer errichtet wurden) wurden systematisch erfasst und darauf entfernt (meist befanden sie sich auf privaten Grundstücken, in unmittelbarer Nähe der Autobahn).

Der jährliche Baukredit betrug 5,01 Millionen Franken. Damit wurden die oben erwähnten Bauarbeiten finanziert. Die Ausbau-, Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten für die A1 und A12 wurden zu 100 % vom Bund getragen.

2011

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass das Projekt für die neue Verbindungsstrasse Birch–Luggiwil, mit der ein Zugang von Norden her zum Autobahnanschluss Düdingen geschaffen werden soll, nun in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fällt. Dasselbe gilt für die geplante Abdeckung des Autobahnabschnitts bei Chamblieux.

Die Zusammenarbeit mit dem ASTRA sowie den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurde im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt. In diesem Zusammenhang kann die Auflösung in diesem Jahr der Güterzusammenlegungsgenossenschaft Cheyres erwähnt werden.

Im Mai unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Kontrollaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001-2000.

3. Personal

Das Hauptaugenmerk war auf die Vorbereitung des Wiederholaudits und die Anpassung der Dokumente für das Qualitätsmanagement-System gerichtet.

4. Ressourcen

4.1 Erwerb von Liegenschaften

4.1.1 A1

› Seit dem 1. Januar 2008, an dem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft trat, ist der Erwerb von Liegenschaften für die Nationalstrassen nicht mehr Sache der Kantone. Sämtliche Immobilien der Nationalstrassen gingen im April 2008 vom Staat Freiburg in den Besitz des ASTRA über.

4.1.2 A12

› Die Grundstücke auf dem Gelände der Kiesgruben von Grandvillard und Grenilles (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes) bleiben im Besitz des Staats Freiburg, während die Immobilien der beiden Nationalstrassen A1 und A12 in den Besitz des Bundes (ASTRA) übergangen.

› Im Zuge der Landumlegung von Grandvillard-Estavannens wurden dem Staat jedoch andere Grundstücke (ausserhalb des Geländes der Kiesgruben der Nationalstrassen) überschrieben, um der von den Nutzniessern eines Rückkaufsrechts gewünschte Zusammenlegung Rechnung zu tragen.

› Um die Rechte des Staats zu wahren, wurde über die Güterzusammenlegungsgenossenschaft ein Nutzungsrecht im Grundbuch zugunsten des Staats eingetragen.

› Die Nutzniesser eines Rückkaufsrechts haben schliesslich für 63 377 Franken insgesamt 12 Parzellen mit einer Gesamtfläche von 63 148 m² erworben.

› Sämtliche Parzellen wurden verkauft.

4.2 Entschädigung für Schäden an den Kulturen während der Bauarbeiten

› Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstausfälle von insgesamt 32 658 Franken ausbezahlt. Damit wurden hauptsächlich die Landabtretungen für die Umfahrungsstrasse, die im Rahmen der Ausgleichsmassnahme M14 in Bussy provisorisch errichtet wurde und auch die erhebliche Vergrößerung der Kantonsstrassenbrücke über die Kleine Glane umfasste, abgegolten.

4.3 Güterzusammenlegungen

4.3.1 A1

Bollion–Châbles–Seiry

› Das Grundbuchamt des Broyebezirks legte 2011 das Übergangskataster öffentlich auf, das Ende desselben Jahres in Kraft trat.

› Die für 2012 vorgesehene Auflage der Neuvermessung wurde auf 2013 verschoben.

› Die Schlussabrechnung und Auflösung der Güterzusammenlegungsgenossenschaft sollen 2012 erfolgen.

Châtillon–Font–Lully

› Die für 2011 vorgesehene Auflage der Neuvermessung wurde auf 2012 verschoben.

› Es ist vorgesehen, die Güterzusammenlegungsgenossenschaft im Frühjahr 2012 aufzulösen.

Frasses und Umgebung

› Die Neuvermessung für die Gemeinden Les Montets (Sektoren Frasses und Montet), Bussy, Estavayer-le-Lac, Lully und Sévaz wurde vom 2. November bis zum 1. Dezember 2011 öffentlich aufgelegt.

Cugy–Bussy

› Die Vermarktung konnte 2011 abgeschlossen werden.

2011

- › Die Auflage des Übergangskatasters erfolgte vom 3. Januar bis zum 2. Februar 2011.
- › Die Auflage der Vermessung ist für 2012 vorgesehen.

Cheyres–Yvonand

- › Am 23. September 2011 fand die Sitzung zur Auflösung statt.

4.3.2 A12

Farvagny–Grenilles–Posat

- › Nachdem eine rund 5 ha grosse Naturschutzzone von nationaler Bedeutung geschaffen wurde, geht das Autobahnamt nun auf die verschiedenen Besitzer eines Rückkaufsrechts zu, um abzuklären, ob sie gewillt sind, auf den Rückkauf der in den sechziger Jahren verkauften Grundstücke zu verzichten.
- › Gegenwärtig wird eine neue Variante für die Zufahrt zum alten Materialvorkommen geprüft, um eine Lösung für die 29 Einsprachen gegen die öffentlich aufgelegte Instandstellung zu finden, die hauptsächlich wegen der geplanten Zufahrt für den Transport von 8000 m³ Humus (wird für die Wiederbewirtschaftung der Landwirtschaftsflächen benötigt) eingereicht wurden.

4.4 Immissionen

- › Gemeinde Matran (zur Erinnerung): Nach dem Bau der neuen Lärmschutzwand hat ein spezialisiertes Lärmbüro ihre Wirksamkeit überprüft und dabei festgestellt, dass die tatsächliche Wirksamkeit der erwarteten entspricht. Des Weiteren hat die Lärmschutzwand keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die gegenüberliegenden Wohnhäuser.
- › Kontrolle der Lärmimmissionen A1 – Sektor 8, Cheyres–Cugy (zur Erinnerung): Es fand eine allgemeine Kontrolle für die Wohnhäuser entlang der Autobahn statt. Ziel war die Aufhebung der Rechtsvorbehalte, die die Eigentümer bei der öffentlichen Auflage des definitiven Projekts für die A1 angebracht hatten, weil sie wegen des künftigen Verkehrs hohe Lärmimmissionen befürchteten. Die Studie zeigte, dass die Planungswerte nirgends überschritten werden.

4.5 Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

Bis Ende 2011 wurde die grosse Mehrheit der Pläne und Unterlagen elektronisch archiviert und dem Bund übergeben. Das ABA übermittelte der ASTRA-Filiale regelmässig die nachgeführten GEDARC-Datensätze. Des Weiteren fanden 2011 Koordinatonsitzungen mit dem ASTRA/F1 statt.

4.6 Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen (Fertigstellung und Ausbau)			
	A1, in Franken	A12, in Franken	
Projektierung, Bauleitung	1 876 470.45		
Landerwerb und Umlegungen	447 768.35		
Bauausführung	1 679 451.10	1 708 673.35	
Total verwendete Kredite	4 003 689.90	1 708 673.35	5 712 363.25
(Fertigstellung des Netzes) (davon 10 % zulasten des Kantons)			(5 695 112.15)
			(569 511.30)
./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	267 992.50	425 930.85	693 923.35
Total Nettoausgaben			5 018 439.90
b) Total Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:			
(100 % zulasten des Bundes)			0.00
c) Verpflichtungskredit des Kantons (Dekret vom 26. Juni 2001: 13,0 Mio. Franken)			
Saldo per 1. Januar 2011:			-219 534.30
Verwendung 2011:			504 709.30
Am 1. Januar 2012 verfügbarer Saldo:			-724 243.60

 2011

5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPIaNS)

5.1 Pavement Management System (PMS)

5.1.1 A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy und Enklave Domdidier

- › Abschluss der Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten, im Auftrag des ASTRA;
- › Begleitung und Abnahme der Bau- und Abschlussarbeiten für die ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14, Wildwechsel bei der Kleinen Glane im Rahmen der Fertigstellung des Netzes;
- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

Abschnitt Greng–Gurbrü

- › Abschluss der Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten, im Auftrag des ASTRA;
- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

5.1.2 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel–St-Denis–Vaulruz

- › Abschluss der Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten, im Auftrag des ASTRA;
- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

Abschnitt Vaulruz–Bulle

- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

Abschnitt Bulle–Corpataux

- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

- › Rückbau im Jahr 2011 des Bauernhofs beim Autobahnanschluss Matran im Auftrag des Bundes;
- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

- › Höhenkontrollen von Kunstbauten, im Auftrag des ASTRA;
- › Begleitung und Abnahme der Abschlussarbeiten für die Lärmschutzwand bei Matran;
- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;
- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien;
- › Unterstützung bei der Projektierung der Strasse Birch-Luggiwil (Übergabe des Bauprojekt dossiers an das ASTRA am 29. November 2010).

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- › Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abnahme der Arbeiten für die Entfernung der Betonblocksteine, die für den Bau der Autobahn nötig gewesen waren;

2011

- › Bestimmung des Nationalstrassenperimeters (UHPeri) gemäss ASTRA-Richtlinien.

5.1.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE6: Abnahme der elektromechanischen Arbeiten, Inspektion der Starkstromanlagen durch die zuständige Behörde.

5.1.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens

- › gedeckter Einschnitt von Avry-devant-Pont und Gumefens (AvGu): elektromechanische Arbeiten, Inspektion der Starkstromanlagen durch die zuständige Behörde.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- › TE3: Nachführung der Geomatikgrundlagen entlang des Abschnitts Posieux–Villars-sur-Glâne;
- › TE3: Querprofile der Fahrbahnen auf der Alpen- und Jura-Seite alle 20 m auf dem Abschnitt Posieux–Villars-sur-Glâne.

5.1.5 Kiesgruben

Basilea:

- › Nichts zu vermelden.

Grandvillard:

- › Die Arbeiten für die Wiederinstandsetzung der Kiesgrube konnten abgeschlossen werden. Die auf Gesuch des Bundes eingereichte Beschwerde gegen den Entscheid der Enteignungskommission wurde vom Kantonsgericht abgewiesen.

Grenilles:

- › Das Projekt für die Instandstellung der Kiesgrube wurde öffentlich aufgelegt (kantonales Verfahren). Gegen das Projekt wurden 29 Einsprachen eingereicht.

5.1.6 Verschiedenes

- › Kontrollaudit des Qualitätssystems durch die SQS am 10. Mai 2011; das ABA unterzog sich mit Erfolg und ohne Bemerkungen dem Kontrollaudit;
- › Begleitung und Anpassung des Qualitätssystems;

- › Ausarbeitung verschiedener Dokumente zuhanden des ASTRA (Filiale F1).

5.2 Bridge Management System (BMS)

5.2.1 A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy

- › Ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14, Bau des Wildwechsels bei der Kleinen Glane (Brücke über die Kantonsstrasse und Verbreiterung der Kleinen Glane), Abschlussarbeiten.

Abschnitt Greng–Gurbri

- › Nichts zu vermelden.

5.2.2 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel-St-Denis–Vaulruz

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Unterstützung der Filiale 1 des ASTRA.

Abschnitt Vaulruz–Bulle

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Unterstützung der Filiale 1 des ASTRA.

Abschnitt Bulle–Corpataux

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- › Nichts zu vermelden.

5.2.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

2011

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE6 (Löwenberg-Gurbrü-Kantons-grenze FR/BE): Begleitung der Garantiarbeiten; Beglei-tung für die Pläne der ausgeführten Bauwerke und Konser-vierung. Die Abnahme der Starkstromanlagen erfolgte 2011.

5.2.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis-Rossens

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt (La Veyre-Ourte Broye): Beglei-tung der Garantiarbeiten; Begleitung für die Pläne der aus-geführten Bauwerke und Konservierung;
- › Unterhaltsabschnitt TE1 (Ourte Broye-Riaz): Unterstützung der Filiale 1 des ASTRA.

Abschnitt 80 Rossens-Kantons-grenze FR/BE

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3 (Ottisberg-Kantons-grenze FR/BE): Begleitung für die Pläne der ausgeführten Bauwerke und Konservierung.

5.2.5 Verschiedenes

- › Kontrolle der von den Auftragnehmern ausgestellten Rech-nungen;
- › Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die elektro-nische Archivierung in der GEDARC-Datenbank des Auto-bahnamts.

5.3 Electrical Management System (EMS)

5.3.1 A1

Abschnitt Cheyres-Cugy

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Greng-Gurbrü

- › Das Projekt für den Einbau einer neuen Induktionsschleife zur Verkehrszählung wurde vom ASTRA genehmigt. Die Ar-beiten für die neue Induktionsschleife wurden ausgeführt und abgenommen.

5.3.2 A12

Abschnitt 2 Vaulruz-Bulle

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt 76 Kantons-grenze VD/FR-Rossens

- › Die Arbeiten zur Erneuerung der elektromechanischen Anla-gen in den gedeckten Einschnitten von Gumefens und Avry-devant-Pont wurden abgeschlossen und abgenommen. Die Abnahme der Starkstromanlagen erfolgte 2011.

Abschnitt 80 Rossens-Kantons-grenze FR/BE

- › Mitarbeit des ABA beim Projekt für die neue Verbindungs-strasse Birch-Luggiwil (Autobahnanschluss Düdingen), für das der Bund zuständig ist.

5.4 Ausschreibung

- 5.4.1 A1 Bau und Ausbau (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes)

Abschnitt Cheyres-Cugy

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Greng-Löwenberg

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Löwenberg-Gurbrü

- › Nichts zu vermelden.

5.4.2 A1 Unterhalt

Abschnitt 14 Kantons-grenze VD/FR-Kantons-grenze FR/BE

- › Nichts zu vermelden.

5.4.3 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Bulle-Corpataux

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Corpataux-Matran

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Matran-Düdingen

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Düdingen-Flamatt

- › Nichts zu vermelden.

2011

5.4.4 A12 Unterhalt

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens

› Nichts zu vermelden.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

› Nichts zu vermelden.

Kontrolle der Einkäufe

Der Einkaufsverantwortliche hat aus Sicht sowohl der Ausführung als auch der Verwaltung zahlreiche Überprüfungen bei laufenden Projekten vorgenommen.

Diese Kontrollen betrafen hauptsächlich:

- › die Anpassung der A12-Lärmschutzwandprojekte La Fenetta, Impasse de la Montagne Sud-Ouest und Impasse de la Montagne Nord-Est;
- › die Ausgleichsmassnahme öAM 14 und der Wildwechsel bei der Kleinen Glane;
- › die Korrektur der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac–Bussy-Payerne;
- › den Unterhaltsabschnitt TE6 «Löwenberg–Gurbrü» (Tiefbau und Elektromechanik) auf der A1.

Im Übrigen wurde das Vergabeverfahren für den Rückbau des Bauernhofs beim A12-Anschluss von Matran Ende 2011 abgeschlossen, nachdem es bis zum Erhalt der Abbruchbewilligung unterbrochen werden musste.

Öffentliches Beschaffungswesen

Fällt in die Zuständigkeit der RUBD.

Archäologie

Die Kredite in diesem Zusammenhang sowie die Rechnungen zulasten der Nationalstrassen wurden verfolgt und geprüft.

VI. Hochbauamt**1. Aufgaben**

Das Hochbauamt (HBA) ist ein zentraler Dienst, der Dienstleistungen für alle Direktionen und Dienststellen des Staats anbietet. Das Amt ist für die Verwaltung, den Unterhalt und die Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien verantwortlich; es verwaltet Investitionsvorhaben, übt eine Beraterfunktion aus und erstellt Expertisen.

Vorsteher des Hochbauamts ist Charles-Henri Lang, Kantonsarchitekt.

2. Tätigkeit

Heute ist das Amt in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

2.1 Ordentliche Tätigkeit**2.1.1 Technische Abteilung**

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung für folgende Vorhaben in Arbeitsgruppen mitgewirkt:

Kollegium des Südens in Bulle:

- › Detailstudien und Weiterentwicklung des Projekts für die Erweiterung und den Umbau des Gebäudes.

Kantons- und Universitätsbibliothek:

- › Verhandlungen für den Erwerb des Grundstücks, das für die Verwirklichung des Projekts für den Umbau und Vergrößerung der Gebäude, das den Architektenwettbewerb gewann, nötig ist.

Hochschulen für Gesundheit und für Soziale Arbeit:

- › Fortführung der Studie für die Gestaltung des Sektors Arsenaux und Beginn der Detailstudien zum Preisträger des Architekturwettbewerbs für ein neues Gebäude.

Universität, Tour Henri:

- › Fortführung der Studie für die Gestaltung des erweiterten Sektors im Hinblick auf den Bau eines neuen Gebäudes für die Rechtswissenschaftliche Fakultät.

2011

Universität, Miséricorde:

- › Verhandlungen für den Kauf des VKHS-Gebäudes.

Konservatorium:

- › Fortführung der Studie für die Erweiterung in Granges-Paccot für die Fachrichtungen Theater und Tanz.

Polizei:

- › Wahl des Wettbewerbspreisträgers für ein neues Gebäude in Granges-Paccot.

Strafanstalt:

- › Studien für den Bau eines Gefängnisses mit Gesundheitsversorgung für die Insassen.

Lager Schwarzsee:

- › Studien für eine Umnutzung der Räumlichkeiten.

Fischzucht Estavayer-le-Lac:

- › Fortsetzung der Studien für die Versetzung des Gebäudes.

Landwirtschaftliches Institut:

- › Studien für den Bau eines neuen Hofes.

freiburger spital:

- › Studien für Eigentumsübertragungen.

Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit:

- › Studien für die Einrichtung einer Wäscherei.

Cardinal-Areal:

- › Studien zur Aufwertung des Areals nach dem Erwerb der Liegenschaften.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat die technische Abteilung die Ausführungspläne sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Das Amt nahm bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

Freiburg:

Kollegium Gambach:

- › Fortsetzung der Bauarbeiten für 3 neue Gebäude und Umbau des bestehenden Gebäudes.

Sekundarstufe 2:

- › Arbeiten für Informatikausrüstung.

Lehrwerkstätte:

- › Abschluss der Bauarbeiten, Übergabe und Einweihung des Gebäudes.

freiburger spital, Standort Freiburg:

- › Fortsetzung der Umbauarbeiten im bestehenden Gebäude.

Universität:

- › Fortsetzung der Detailstudien für den Umbau der ehemaligen Klinik Garcia, um darin das unabhängige Forschungszentrum Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften unterzubringen, und Gewährung eines Zusatzkredits.

Kantonsgericht:

- › Beginn der Arbeiten für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters.

Sugiez:

Anstalten von Bellechasse:

- › Umbau der ehemaligen Werkstätten im Zusammenhang mit dem Neubau für die Polizeischule.

Givisiez:

Ehemaliges ABA-Gebäude:

- › Fortführung der Studien für die Erweiterung und den Umbau des Gebäudes im Hinblick auf den Einzug des LSVW, des AfU und der Sektion Gewässer des TBA.

Die Mitarbeitenden des Amtes haben regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- › Kulturgüterkommission;

- › kantonale Energiewirtschaftskommission;

2011

- › Kommission für Schulbauten;
- › Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- › Kommission des Universitätsstadions St. Leonhard;
- › kantonale Unterkommission Loro-Sport (Loterie Romande Sport);
- › Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocentre;
- › Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission;
- › Stiftungsrat Pro Vallon;
- › Stiftungsrat und Gesamtkommission der St.-Niklaus-Kathedrale;
- › Kommission für die Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben.

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit:

Vereinigung des kantonalen Berufszentrums:

- › Fertigstellung der Berufsschulen auf dem Gelände bei den Stadtmauern in Freiburg, Vorsitz der Baukommission.

Apartis:

- › Stiftung für studentisches Wohnen.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für Loro-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport begutachtet.

Das Hochbauamt hat an folgenden Sitzungen teilgenommen:

- › Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;
- › Sitzungen der Kommission für Massnahmen zugunsten der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
- › Studie für die Einführung der leistungsorientierten Führung (LoF).

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

2.1.2 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeunterhalt

Der laufende Unterhalt wurde vom Sektor Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

2.1.2 a Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Ämter und Anstalten des Staats wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Hochbauamt das Mobiliar der Ämter kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Die Gesamtausgaben betragen 1 414 502 Franken (darin nicht enthalten ist der Betrag für die Anstalten von Bellechasse). Ausserdem wurden 695 Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 655 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert (davon ausgeschlossen sind seit 2007 die Abonnemente der Universität).

Die Handwerker leisteten 1082 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen lassen:

Malerarbeiten	60 Baustellen
Schreinerarbeiten	586 Einsätze
Elektrikerarbeiten	320 Einsätze
Sanitärarbeiten	116 Einsätze

2.1.2 b Vermietung (Stockwerkeigentum)

Der Sektor Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- › Givisiez, Route André-Piller 21;
- › Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- › Charmey, La Soldanelle;
- › Schmitten, Wirtshausmatte.

2.1.2 c Vermietung (Vermieter)

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 1 079 908 Franken ein. Es wurden 385 Übertragungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Im Jahr 2011 wurden beim

2011

Oberamt des Saanebezirks mehr als 1200 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 23 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

2.1.2 d Heizung

Es wurden 864 221 Liter Heizöl bei 4 Lieferanten bestellt und in 70 Lieferungen an 61 Gebäude verteilt.

Ferner werden 25 Gebäude mit Gas beheizt (darin nicht eingeschlossen ist seit 2007 die Universität).

Jahr	2008 kWh	2009 kWh	2010 kWh	2011 kWh
Niedertarif (8 Gebäude)	10 054 190	11 112 679	11 563 238	9 175 617
Volltarif (12 Gebäude)	2 617 635	2 596 313	3 526 011	3 118 615
Fernheizung (Placad) – 5 Gebäude	3 658 328	3 996 273	4 671 562	3 752 950
Total	16 330 153	17 705 265	19 760 811	16 047 182

2.1.2 e Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 26 Hauswarte und Handwerker sowie 211 Raumpflegerinnen (219 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume sicherstellen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (RAV) sind hier nicht mit eingerechnet.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 336 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

2.1.2 f Versicherungen

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert.

2.1.3 Sektion Verwaltung –
Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss folgende Mietverträge, Vereinbarungen und Nachträge zu Verträgen ab und befasste sich mit folgenden Aufgaben:

> Erwerb der Liegenschaften Artikel 7042 und 7212 der Gemeinde Freiburg (Cardinal-Areal) in einfacher Gesellschaft mit der Stadt Freiburg;

> Erwerb der Liegenschaft Pérolles 25 in Freiburg;

> Kauf des Gebäudes der Groupe E an der Route des Daillettes 6 in Freiburg;

> Erwerb von Artikel 7036 des Grundbuchs der Gemeinde Freiburg (Eigentum der Freiburger Kantonbank).

2.1.4 Sektion Verwaltung – Sektor Subventionierte
Gebäude

Die Kommission für Schulbauten hat 3 Sitzungen abgehalten und dabei 15 Dossiers behandelt.

2.1.4 a Auf Primarstufe

In den Gemeinden Estavayer-le-Lac (Sporthalle), Nuvilly (Schulpavillons), Rue, Bas-Intyamon, Bulle (Condémine und La Tour-de-Trême), Hauteville, Riaz, Courtepin, Misery-Courtion, Corminbœuf, Givisiez, La Brillaz, Matran, Vuisternens-en-Ogoz, Attalens, Le Flon und Semsales wurden Schulbauten gebaut oder umgebaut; einige dieser Arbeiten sind noch im Gang.

Die Gemeinden Domdidier, Montagny, Vernay, Bas-Vully, Haut-Vully, Châtonnaye, Romont, Corbières, Marsens, Avry, Belfaux, Givisiez, Freiburg (Heitera und Botzet), Marly, Châtel-St-Denis und La Verrerie treffen Abklärungen für den Umbau und die Vergrößerung ihrer Schulen oder den Bau neuer Gebäude.

Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 899 250.75 Franken.

2.1.4 b Orientierungsschulen

Die Arbeiten für die OS von Kerzers und Plaffeien sind im Gang.

Die Arbeiten für die OS von Estavayer-le-Lac (Schulgebäude und Sporthalle), Romont (Sportanlagen) und Châtel-St-Denis (Umbau) sind abgeschlossen.

Die Studien für die Erweiterung oder den Umbau der OS Bulle und der Deutschsprachigen Orientierungsschule Freiburg (DOSF) sind im Gang.

Der Staat hat für 4 574 576.35 Franken Beiträge an die Investitionen geleistet und 143 000 Franken an die Mieten.

—
2011

2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

2.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

Kantons- und Universitätsbibliothek:

- › Ersatz der Induktionsgeräte in den öffentlichen Zonen (Rotunde, Ausstellungssaal, Lesesaal, Cafeteria, Empfang), Komplettsanierung der Rotunde (Boden und Mauern) inkl. Elektroeinrichtung, Instandsetzung der Mauern im Ausstellungssaal, Einrichtung von neuen Heizkörpern, Einrichtung eines RFID-Sicherungssystems in der Mediathek, Ersatz der Klimaanlage für den Raum mit den wertvollen Manuskripten sowie der Brennerauffangwannen, Instandsetzung der Trep-pengelenke im Haupteingang, Gesamtsanierung des Emp-fangs, Verbesserung der elektrischen Einrichtungen.

Kollegium des Südens:

- › Einrichtung im Untergeschoss eines Raums für technisches Gestalten, Umzug des Brennofens, Erneuerung der Böden der Verkehrsflächen.

Kollegium St. Michael:

- › Sanierung des Kellers und Einrichtung der Agora, Renovierung und Einrichtung des Konferenzraums für das Rektorat, Einrichtung einer Mikrowellenofenwand in der Cafeteria der Schülerinnen und Schüler, Verbesserung des Zugangs zum Gymnasium für Personen mit Behinderungen, Umbau des ehemaligen Sprachlabors in ein normales Klassenzimmer, Umbau und Modernisierung des Physiklabors des Gymnasi-ums, Ersatz der Belüftung des Schwimmbads im Sportzent-rum.

Güter des Kollegiums St. Michael:

- › Renovierung und Isolierung des Wohnzimmers im Wohnhaus des Hof Monteynan in Arconciel, Sanierung der Wohnküche im Chalet Tissiniva.

Pädagogische Hochschule I:

- › Austausch der Brandmeldeköpfe, Neuanstrich der Gänge im 2. Stockwerk, Kauf von Maschinen und Aussenmaterial, Austausch des Kalkenthärters, Einrichtung des Esszimmers und des Empfangs in der Cafeteria, neue Gas- und Wasserein-

führung, Instandsetzung und Umbau des Badzimmers in der Wohnung des Hauswarts, Machbarkeitsstudie für den Umbau des Aussenparkplatzes.

Pädagogische Hochschule II:

- › Schaffung von drei Büros für das Institut für Mehrsprachig-keit, Instandsetzung der Gärten und Wege.

Pädagogische Hochschule III, Stand 3:

- › Revision und Unterhalt der Sportgeräte, Austausch des Kalkenthärters, Komplettsanierung der Aussensportanlage, Ersatz der Türen der Hallen und Geräteräume.

Kollegium Heilig Kreuz, Gebäude des Kollegiums:

- › Gesamtsanierung der Notbeleuchtung und der Fluchtweg-signalisation, neue Beschriftungen (Büros, Klassenzimmer, gemeinsame Räumlichkeiten, Aussenanlagen), Sanierung des Raums, Einrichtung von drei Schränken für toxische Substan-zen und von Entlüftungskanälen im Chemiezimmer.

Kollegium Heilig Kreuz, Sporthalle:

- › Komplettsanierung des Flachdachs (Isolierung, Abdichtung, Blitzableiter), Gesamterneuerung der Notbeleuchtung und der Fluchtwegsignalisation, Ersatz der Beschallungsanlage.

Kollegium Heilig Kreuz, Park, Gärten und Plätze:

- › Auslichten der Bäume auf der Seite des Waldes und der Sport-halle, Verbesserung der Poller beim Eingang des Platzes, Ein-richtung von Lichtsignalen und Spiegeln, um zu verhindern, dass zwei Fahrzeuge gleichzeitig durchfahren, Sanierung des Parkplatzbelags hinter der Villa Gallia.

Fachmittelschule:

- › Anstrich der Täfelung und der Holzfenster auf der Ost- und Süd-fassaden des Gebäudes B, Sanierung und Ersatz der Laut-sprecher- und Multimedialanlagen im Mehrzwecksaal (Aula).

Naturhistorisches Museum:

- › Abschluss der Abnahme der Arbeiten für die Einrichtung des Walsaals, Ersatz des Lifts zum Ausstellungssaal im Dachge-schoss, Neueinrichtung des Saals 24 (Raum der Präparatoren sowie neuer Konferenzraum und Cafeteria).

2011

Museum für Kunst und Geschichte:

- › Auffrischung der Fassaden des Gebäudes 64, Gesamt-sanierung des Bodenbelags im grossen Ausstellungsraum, Beleuchtung entlang des Weges, der zum Haupteingang führt, Sanierung der Beschallungsanlage im gesamten Ausstellungsgebäude.

Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit:

- › Internetverbindung zu den anderen Gebäuden.

Militärdepot in Belfaux:

- › Einbau von Plexiglas zum Schutz vor Mardern.

Staatsarchiv:

- › Einbau und Anschluss von Temperatursensoren in den Archivräumen, planmässiger Austausch der Brandmelder.

Amt für Archäologie:

- › Auffrischung der Fassaden des Gebäudes, Entfernung des bestehenden Verputzes und Anwendung eines Kalkverputzes, Anstrich mit Mineralfarbe, Sanierung der Uhr und des elektronischen Systems auf der Westfassade.

2.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion

Zentralgefängnis:

- › Umbau und Einrichtung eines Raums für Vernehmungen im 1. Stock, Verlegung der Sprechanlagezentrale in den Informatikraum im 1. Stock, Einbau einer dezentralen Belüftung mit Wärmerückgewinnung in den 45 Zellen des 1. und 2. Stocks, Entwicklung des Projekts für Werkstätten, Erhalt der Baubewilligung.

BAPOL:

- › Diverse Einrichtungsarbeiten und Auffrischung der Räume, Einrichtung des Leitungsraums (3. Stock), des Raums für die Digitalfotos und Fährten, Aktualisierung der Kälteanlagen (Serverräume).

Polizeiposten Prez-vers-Noréaz:

- › Beginn der Erweiterungsarbeiten, Isolierung der Fassaden und Dächer, Ersatz der Fenster.

Polizeiposten Oberschrot:

- › Sanierung der Kanalisationen (Schmutz- und Regenabwasser) und Anschluss im Trennsystem an den Sammelkanal.

Polizeiposten Farvagny:

- › Auffrischung im Innern.

Polizeiposten Porsel:

- › Sanierung der Westfassade, Sanierung der Fenster und des verglasten Gewölbes beim Eingang.

CIG Granges-Paccot:

- › Sanierung des Vordachs auf der Nordfassade, Auffrischung der Büros, Sanierung der Schiessanlage, Ersatz der Notstromgruppe.

Amt für Bevölkerung und Migration:

- › Umbau und Neueinrichtung der Flächen im 2. Stockwerk für die Büros des Sektors «Asyl».

Waffenplatz Freiburg – Kaserne La Poya

- › Sanierung und Renovierung der Krankenabteilung im 3. Stock des Gebäudes 3.

2.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

Chemin du Musée 4:

- › Austausch des Wasserenthärter, Studie für die Sanierung des Dachs, Instandsetzung von fünf HSW-Klassenzimmern, Einrichtung von fünf Büros für die HSW, Instandsetzung der Böden bei den Eingängen im Erdgeschoss.

Amt für Wald, Wild und Fischerei:

- › Umbau der Räume für die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion

Hochschule für Technik und Architektur Freiburg:

- › Entleerung der Fettgrube, Reinigung und Kontrolle der Drainagevorrichtungen und Kanalisationen, Unterhalt der Lifte (Fallschirme, Führungsschiene und Austausch der Rol-

—
2011

len), Austausch und Pflege der Storen, Sanierung und Isolierung des Dachs des Gebäudes A, Beginn der Arbeiten für den Bau eines ICEN-Labors, Austausch verschiedener Maschinen in der Cafeteriaküche, Ersatz der lichtdurchlässigen Elemente in den Gangwänden, Sanierung diverser Klassenzimmer (Anstrich und Boden), Klimaanlage Raum B20, Einbau einer Befeuchtungsanlage in der Bibliothek, Ziehen von Heizleitungen in den Schächten, Austausch der Zugangskontrolle zum Computerraum, Austausch der APS-Zeiterfassungszentrale und Uhr, Ersatz verschiedener Pumpen und Belüftungsmotoren, Austausch der Brandmeldeköpfe im Gebäude B, Austausch der Wechselrichter, Sanierung der Chemie-Belüftung.

Liegenschaft Pérolles 25:

- › Umbau des Gebäudes für den Einzug der Volkswirtschaftsdirektion.

2.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales

Chemin des Cliniques 15:

- › Renovierung der Räume, Aktualisierung der Arbeitssicherheitsmassnahmen (ASA).

Psychiatrisches Spital Marsens:

- › Einrichtung des Dachgeschosses des Gebäude C und Studie für die Abkapselung des Liftschachts im Gebäude B.

Kantonales Sozialamt:

- › Einrichtung des Empfangs für die soziale Anlaufstelle.

2.2.6 Für die Finanzdirektion

Rue Joseph-Piller 13:

- › Einrichtung von zwei Büros für das Amt für Vermessung und Geomatik, Studien und Beginn von Arbeiten nach dem Wegzug der VWD.

Impasse de la Colline 1 in Givisiez:

- › Schaffung von verschiedenen Büros für den Service Desk, Machbarkeitsstudie für einen Generator, Austausch und Kontrolle der Belüftung im Maschinenraum.

2.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Werkhof Tour Rouge:

- › Sanierung des Dachs (3. Stock), Einrichtung der Büros für das Büro für Natur- und Landschaftsschutz in der ehemaligen Wohnung des Hauswarts und im Dachgeschoss, Renovierung der Büros der Sektion Strassenunterhalt (TBA).

Werkhof Stadtberg:

- › Absperrung des Zugangs zum Werkhof.

Werkhof Saussivue:

- › Abschluss der Umbauarbeiten und Einrichtung von Rampen für die Abfälle.

Châtillon:

- › Unterhalt der Schmutzwasserpumpen.

2.2.8 Für die Zentralverwaltung

In Freiburg:

Kantonales Laboratorium, Chemin du Musée 15:

- › Schaffung eines Büros, Stilllegung eines Labors.

Chorherrengasse 17, 19 und 21:

- › Einrichtung und Sanierung der bislang vom BNLS genutzten Räume im 3. Stock, Einbau eines Plattform-Treppenlifts für Menschen mit Behinderungen, Änderung der Büros der amtlichen Sammlungen, Einrichtung eines Büros für das Archiv des TBA, verschiedene Instandsetzungsarbeiten (Anstrich und Boden) in den Gebäuden 19 und 21 für den Einzug des MobA, Studie für die Neugestaltung des BRPA-Empfangs, Machbarkeitsstudie für einen Notausgang auf die hintere Terrasse, Einrichtung von Toiletten für Menschen mit Behinderungen, Anpassung des Nachschlagersaums des BRPA.

Liebfrauengasse 2:

- › Komplettsanierung eines Büros.

Reichengasse 26:

- › Einrichtung eines Wartezimmers, Isolierung verschiedener Räume, Unterhalt der Fenster auf der Südfassade.

2011

Reichengasse 27:

- › Einbau von Storen im Erdgeschoss, Versetzung der Alarmeinrichtungen.

Rathaus:

- › Sanierung der Brandmeldeanlage, Kontrolle der elektrischen Anlagen, Sanierung der Belüftungs- und Heizungssteuerung.

Reichengasse 32:

- › Abdichtungsarbeiten auf der Südterrasse.

Reichengasse 51:

- › Komplettsanierung von drei Büros im 3. Stock, Studie für eine Umgestaltung des Raums und Neudefinition der Büroverteilung.

Johanniterkomturei:

- › Beginn mit den Bauarbeiten für das Hauptgebäude, Sondierungen und Abbrucharbeiten im Innern, Sanierung des Dachgerüsts, Abdeckung, Dämmung und Wiederinstandstellung des Dachs, Instandsetzung der Fassaden (Verputz), Einbau der technischen Einrichtungen (im Gang).

La Grenette:

- › Abschluss der Einrichtung der Räumlichkeiten für die Staatsanwaltschaft.

Bezirksgericht Saane:

- › Änderung und Sanierung der Belüftungsleitungen, Lüftungsanlage in allen Büros, planmässiger Austausch der Brandmelder.

In den Bezirken:

Oberamt Bulle:

- › Teilsanierung des Heizverteilsystems.

Oberamt Châtel-St-Denis:

- › Sanierung der Fassaden, Fortführung des Innenwiederaufbaus des Erdgeschosses sowie des 1. und 2. Stocks (Bergfried und Nordflügel) im Rahmen des Ausbaus des Oberamts.

Oberamt Estavayer-le-Lac:

- › Fällen und Auslichten von Bäumen in der Nordböschung, vollständiger Ersatz der Nordschranke, Studie für ein Archiv im Dachgeschoss, Planung mit der Gemeinde Estavayer-le-Lac der Parkplatzsanierung.

Verwaltungsgebäude, Chemin de la Madeleine 1 in Granges-Paccot:

- › Einrichtung eines neuen Schliesssystems im ganzen Gebäude.

2.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler

St.-Niklaus-Kathedrale:

- › Restaurierung des Seitenschiffs Nord, der Joche I und II, der Nordfassade der Joche I und II sowie Ersatz der Masswerke, Instandsetzung der Glockenstühle (Fortsetzung), Studie für die Sicherung des Turms.

Bollwerk, Derrière-les-Remparts 12:

- › Anpassung an die geltenden Normen der elektrischen Einrichtungen.

Türme und Tore:

- › Sanierung des Dachs und der Pforte des Sonnenbergtors, Sanierung des Dachs des Bürglentors, Studie für die Fortsetzung im Jahr 2012 der Sanierung des Vierpfundturms, dringliche Sanierung des unteren Teils des Murtentors, Nachführung des allgemeinen Berichts zu den Türmen und Toren, Planung der Arbeiten für 2012.

Pfarrkirche St. Moritz:

- › Restaurierung der Kirchenfenster des Chors und der Westfassade, Studie für die Instandsetzung der Chorfassade und der bestehenden Masswerke, Planung der Arbeiten für 2012, Isolierung des Hauptdachs (Fortsetzung und Abschluss), Kontrolle der Turmuhr.

2.2.10 Fernüberwachung Energieverbrauch

Die Arbeiten für den Anschluss des digitalisierten Fernüberwachungssystems des Staats stehen kurz vor dem Abschluss. Es bleiben nur noch ein paar wenige Gebäude, deren Nutzung noch nicht bestimmt wurde.

Die Migration für die Übertragung der Brand-, Einbruchs- und Aggressionsmeldungen steht kurz vor dem Abschluss. Der Bau

—
2011

und Erwerb von neuen Gebäuden verzögern jedoch das Ende dieser Arbeiten.

Es wurden verschiedene Offerten von Lieferanten im Zusammenhang der Umstellung des Heizsystems eingeholt und analysiert. Diese Umstellung steht jeweils bei Umbauarbeiten und bei alten Heizkesseln, die nicht den geltenden Normen entsprechen, an.

Ausserdem wurde der Kostenverteiler infolge der Neuorganisation der Flächen neu berechnet.

3. Zusammenfassung der Ausgaben

Die Kosten der vom Hochbauamt durchgeführten Arbeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	4 406 134.–	5 281 066.–
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 849 732.–	79 999.–
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	30 700 761.–	36 904 943.–

* zulasten des Hochbauamts

** zulasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen

VII. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
RAUMPLANUNG, UMWELT UND BAUWESEN	381,15	384,61	-3,46
ZENTRALVERWALTUNG	380,39	380,26	0,13
3800 / TPSE Generalsekretariat	12,80	10,80	2,00
3805 / OCAT Bau- und Raumplanungsamt	30,33	29,64	0,69
3810 / PCAD Tiefbauamt	47,09	46,32	0,77
3820 / PCRC Kantonsstrassen – Unterhalt	108,15	110,76	-2,61
3830 / PCRN Nationalstrassen – Unterhalt	43,54	44,13	-0,59
3840 / PCEE Sektion Gewässer	8,70	8,44	0,26
3845 / OPEN Amt für Umwelt	39,24	39,49	-0,25
3850 / BATI Hochbauamt	90,54	90,68	-0,14
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	0,76	4,35	-3,59
3825 / RNCO Autobahnamt	0,76	4,35	-3,59



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

WWW.FR.CH/SK

Staatskanzlei SK

—

2011

I. Sekretariat des Staatsrats	1
<hr/>	
1. Auftrag.....	1
2. Tätigkeit.....	1
II. Amt für Gesetzgebung (GeGA)	7
<hr/>	
1. Auftrag.....	7
2. Tätigkeit.....	7
III. Amt für Drucksachen und Material	9
<hr/>	
1. Auftrag.....	9
2. Tätigkeit.....	9
IV. Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	12
<hr/>	
1. Auftrag.....	12
2. Tätigkeit.....	12
V. Personalbestand	12
<hr/>	

—
2011

I. Sekretariat des Staatsrats

Staatskanzlerin: *Danielle Gagnaux*

Vizekanzler: *Olivier Curty*

1. Auftrag

Die Staatskanzlei stellt das Sekretariat des Staatsrats sicher. Zu dieser Aufgabe gehört es, die Sitzungen des Staatsrats zu organisieren, die Protokolle zu führen, die Ausführung der Beschlüsse des Staatsrats zu überwachen und die Entscheide in den amtlichen Veröffentlichungen (Amtsblatt und Amtliche Sammlung des Kantons Freiburg) und auf dem Internet zugänglich zu machen. Die Staatskanzlei ist ebenfalls beauftragt mit der Information der Öffentlichkeit, der Koordination der Aussenbeziehungen und den Beziehungen zum Grossen Rat. Sie organisiert die Veranstaltungen des Staatsrats und die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen und beschäftigt sich mit der Koordination der Übersetzungen beim Staat. Sie sorgt allgemein für eine einheitliche und qualitativ hoch stehende Freiburger Gesetzgebung. Sie ist verantwortlich für den Einkauf von Material, Drucksachen und Beglaubigungen. Die Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz ist ihr administrativ zugewiesen.

2. Tätigkeit

2.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen

2.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Organisation der Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrates, über die im Kapitel «Staatsratsjahr» berichtet wird, bildet die Haupttätigkeit der Staatskanzlei. Die Organisation der Arbeiten und die Nachkontrolle beim Verfassen des Regierungsprogramms bildeten 2011 einen Schwerpunkt. Die Organisation der eidgenössischen und kantonalen Wahlen sowie die Arbeiten für das Ende der Legislaturperiode und die Vorbereitung der neuen Legislaturperiode beanspruchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei stark. Die Vorbereitung und die Organisation der Empfänge nach der Wahl von Alain Berset in den Bundesrat, für die nur eine sehr kurze Frist zur Verfügung stand, bildeten den Höhepunkt eines äusserst ausgefüllten Jahrs.

2.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2011 zu 7 Sitzungen zusammen. Sie nahm Stellung zu verschiedenen Projekten, die die ganze Verwaltung betreffen (Legislaturbilanz, Erneuerung der Verwaltungskommissionen, periodische Beurteilung der Leistungen, Fachstellen,

Vereinheitlichung der Veröffentlichung der Auszüge aus den Leistungskatalogen, Evaluation und Einreihung der Kaderfunktionen beim Staat Freiburg, Vorentwurf eines Gesetzes über die Mediation in der Verwaltung, grafische Darstellung der Organigramme). Sie hat ebenfalls die Grundlagen für die Ausarbeitung des Regierungsprogramms 2012–2016 gelegt.

2.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates wurde weiter optimiert. Die Staatskanzlei nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden. Die Staatskanzlei koordinierte mit dem Sekretariat des Grossen Rates die Organisation der Feiern zur Rekonstitution des Grossen Rates und des Staatsrats.

2.1.4 Software für die Wahlen

Zum ersten Mal konnten alle Freiburger Gemeinden die Ergebnisse der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Wahlen Stimmzettel für Stimmzettel in der Software VOTELCOM erfassen, die vom Staat Freiburg zur Verfügung gestellt wird. Dieses Grossprojekt hat zahlreiche Mittel bei der Staatskanzlei (Verwaltung und politische Rechte, Informatikprojekte und Büro für Information), bei den sieben Oberämtern, beim ITA und in den Freiburger Gemeindeverwaltungen in Anspruch genommen. Nach Problemen bei der Bewältigung der Belastung an den Gemeindewahlen wurde die Software angepasst. Bei den eidgenössischen und den kantonalen Wahlen funktionierte sie einwandfrei. Die Online-Erfassung der Ergebnisse durch die Stimmzähler der Gemeinden ermöglicht die schnelle Verbreitung der Ergebnisse. An den Wahltagen konnten die Internet-User anhand des Fortschritts der Auszählung verfolgen, wie sich die Ergebnisse der Kandidatinnen und Kandidaten entwickelten, und die Schlussergebnisse standen am Nachmittag schnell zur Verfügung. Diese Dienstleistung war bei den Internet-Usern ein grosser Erfolg, und nach den Korrekturen an der Software erklärten alle Benützer, dass sie mit diesem neuen Werkzeug, das die Aufgaben aller Akteurinnen und Akteure erleichtert, zufrieden sind.

2.1.5 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Das Projekt Imagewerbung für den Kanton Freiburg, das im Regierungsprogramm 2007–2011 angekündigt worden war, wurde den zur Mitwirkung vorgesehenen Partnern vorgestellt. Diese Diskussionen führten zur Ausarbeitung eines Richtplans für die Imagewerbung für den Kanton Freiburg, der vom Staatsrat vor der Vernehmlassung angenommen wurde. Dieses Projekt wird 2012 mit einer Zustandsanalyse des Images von Freiburg und

2011

mit der Ausschreibung für die Erarbeitung eines Konzepts weitergeführt. Erste konkrete Ergebnisse des Projekts dürften 2013 sichtbar werden.

2.2 Büro für Information (BfI)

Das BfI unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

2.2.1 Corporate Design

Das Projekt für das Corporate Design ist 2011 ein grosses Stück vorangekommen. Das zeigte sich darin, dass der Staatsrat Ende Jahr eine Verordnung erlassen hat und dass eine Website zum Corporate Design online ging. Der Staatsrat hat ebenfalls einen Plan zur Einführung und eine Grafikcharta zur äusseren Beschriftung der Gebäude erarbeitet und genehmigt. Für die Durchführung dieses Teils des Projekts ist das Hochbauamt zuständig. Das BfI wird seinerseits mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre weiterhin darauf achten, dass das Corporate Design in allen Verwaltungseinheiten, die es anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird. Einige hängige Fälle bei der Umsetzung müssen noch geregelt werden.

2.2.2 Informationsgesetz

Das Gesetz über die Information und den Zugang zu den Dokumenten ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten und hat seine ersten Wirkungen entfaltet. Während dieses ersten Geltungsjahrs hat das BfI regelmässig als Beratungsbehörde für Mitglieder des Staatspersonals und als Ansprechpartner für die Zugangsgesuche, die bei der Staatskanzlei eingereicht wurden, gewirkt. Es schuf und leitete ausserdem eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der verschiedenen Register der Interessenbindungen, die Anfang 2012 veröffentlicht werden.

2.2.3 Wahlen auf Ebene Gemeinden, Kanton und Bund

Das BfI wirkte aktiv am guten Ablauf der verschiedenen Urnengänge im Jahr 2011 mit. Neben einem ausführlichen Kommunikationsplan für das ganze Jahr hat es zahlreiche Medienmitteilungen vorbereitet und verbreitet. Es war ausserdem für die Verwaltung der einschlägigen Websites verantwortlich. Es stellte an den Wahl- und Abstimmungstagen im Rathaus die Koordination mit den Medien sicher.

2.2.4 Beziehungen zu den Mitgliedern der Verwaltung und zu den Medien

Im fünften ganzen Tätigkeitsjahr hat das BfI weiterhin Kontakt mit den Mitgliedern der Kantonsverwaltung und den Medien-schaffenden gepflegt. Es hat namentlich für die Kaderleute des Staates einen dritten Ausbildungstag für die Kommunikation organisiert. Verschiedene Fachleute aus dem Medienbereich gestalten diesen Tag, mit dem das BfI seiner Rolle als Bindeglied zwischen der Kantonsverwaltung und der Medienwelt konkrete Gestalt verleihen kann. Angesichts der positiven Rückmeldungen ist geplant, dass im Juni 2012 erneut ein Ausbildungstag stattfindet.

2.2.5 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Sie bilden natürlich immer noch den wichtigsten Teil der Aufgabe des BfI. Im Jahr 2011 wurden den Medien rund 330 Mitteilungen zugestellt, und 67 Medienkonferenzen wurden organisiert, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war. Das BfI wirkte in irgendeiner Form an fast allen Medienkonferenzen mit und hat selbst mehrere organisiert (Vorstellung der Bilanz der Legislaturperiode, Bilanz des Staatsratspräsidenten...). Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte es 2 Sitzungen mit allen Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

2.2.6 Website und Verwaltung der News

2011 fuhr das BfI mit der Erweiterung und der Entwicklung des Inhalts der Websites des Staates fort (Durchlesen und Hilfe bei der Schaffung von zehn neuen Sites). Im Bestreben, die Ergonomie und die Inhalte der Websites des Staates zu verbessern, fuhr es mit dem Durchlesen von Websites, die bereits online sind, fort und beantragt Korrekturen. Es hat ausserdem die Struktur und die Veröffentlichung des Pandemieplans auf der Website der Organisation im Katastrophenfall Freiburg vorbereitet.

Nach den Ergebnissen mehrerer Erhebungen und Umfragen hat es das Pflichtenheft für eine auswärtige Beurteilung des Portals des Staates verfasst. Es hat die groben Züge der neuen Weisungen über die Websites des Staates vorgezeichnet. Es hat an verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt, namentlich: Migration der Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung, E-Payment, Kalender der Gemeinden, Informatisierung der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg.

2.2.7 Verwaltung des Inhalts des Portals des Staates

Das BfI verwaltet die Mailbox des Staates Freiburg. Bei diesem Briefkasten, der als Schnittstelle zwischen Verwaltung und

—
2011

Bürgerinnen und Bürgern dient, gehen pro Woche mehr als 10 Fragen ein, was im ganzen Jahr 2011 rund 375 Antworten ausmacht.

2.2.8 Arbeit beim kantonalen Führungsorgan (KFO)

Der Verantwortliche des BfI und seine Adjunktin arbeiteten im KFO mit, namentlich in Gruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen und Pandemien anstellten. Sie übernahmen ausserdem einen bedeutenden Teil der Arbeit bei der Organisation von verschiedenen Vorbereitungsübungen.

2.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat bei der Gewährleistung einer Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und der äusseren Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union. Die wichtigsten Tätigkeiten werden im Bericht unter dem Kapitel «Tätigkeiten des Staatsrats: Aussenbeziehungen» vorgestellt; sie bestehen in der Vorbereitung der Geschäfte, der Koordination innerhalb des Kantons und mit den anderen Kantonen und der Betreuung der Angelegenheiten, die zu diesem Bereich gehören. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt.

2.3.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz beim Staat Freiburg. Er leitet auch die Projekte für eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kantonen (VD, BE und NE). Er wirkt an der Ausführung des Gesetzes vom 11. September 2009 über die interkantonalen Verträge und des Vertrags über die Mitwirkung der Kantonsparlamente (ParlVer) mit.

2.3.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Bei den internationalen Beziehungen muss auch darauf hingewiesen werden, dass der Kanton im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mehrere ausländische Delegationen (Frankreich, Argentinien) empfing. In der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat der Volkswirtschaftsdirektor mit Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen die Vertretung des Kantons und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) in der Schweizer Delegation, die in verschiedenen Büros dieser Versammlung anwesend ist, sichergestellt. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von rund

10 jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls bestätigt.

2.4 Sektor Sprachen und Veröffentlichungen

Der Sektor Sprachen und Veröffentlichungen prüft die französischen und deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre formale, inhaltliche und sprachliche Richtigkeit und sorgt für ihre korrekte Veröffentlichung in der Amtlichen Gesetzessammlung (ASF), im Amtsblatt (ABI) und im Internet. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzen und Dekreten für den Druck vor. Der Sektor kontrolliert auch die deutschen Druckfahnen des Grossen Protokolls. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit dem Übersetzungswesen in der Kantonsverwaltung. Er trägt dazu bei, die Fachwortbestände zu erfassen und für die Datenbanken benutzbar zu machen (Terminologie).

2.4.1 Ordentliche Tätigkeit

2.4.1.1 Veröffentlichung in der ASF

In der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) wurden veröffentlicht: Grosser Rat: 20 (26) Gesetze und 16 (15) Dekrete; Staatsrat: 101 (96) Verordnungen und 8 (6) Reglemente; Direktionen: 10 (19) Erlasse, insgesamt 783 (840) Druckseiten in der ASF in jeder Sprache.

2.4.1.2 Veröffentlichungen im ABI

Im Amtsblatt (ABI) wurden veröffentlicht: Grosser Rat: 3 (4) Einbürgerungsdekrete; Staatsrat: 32 (31) Beschlüsse; Angelegenheiten der Staatskanzlei, Angelegenheiten des Bundes, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten: Der Sektor stellt die Veröffentlichung von Anzeigen und amtlichen Texten aus diesen drei Bereichen sicher.

2.4.1.3 Umfangreiche Veröffentlichungen

Unter den wichtigsten Erlassen, die dieses Jahr kontrolliert wurden, sind hier zu erwähnen: das Gewässerreglement (GewR), das Gesetz über belastete Standorte (AltlastG), das Gesetz über das Trinkwasser (TWG), das Gesetz zur Anpassung der freiburgischen Gesetzgebung an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Sachenrecht, die Verordnung zur Genehmigung der Teilrevision der Kirchenverfassung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Freiburg, das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) und das Gesetz über Natur- und Landschaftsschutz (NatG).

2011

2.4.1.4 Einbürgerungen

Für die eingebürgerten Personen wurden offizielle Feiern organisiert, an denen ihnen die Einbürgerungsurkunde und ein Diplom übergeben wurde. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten. Im Jahr 2011 betreute der Sektor die Kontrolle und den Druck von 199 (282) Einbürgerungsdokumenten.

2.4.2 Weitere wichtige Ereignisse

2.4.2.1 Amtsblatt

Seit dem 7. Januar 2011, dem Erscheinungsdatum der ersten Nummer im Berichtsjahr, zeigt sich das Amtsblatt in neuer Gestalt; sie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit der Paulusdruckerei, die sich über nahezu zwei Jahre erstreckte. Das Amtsblatt ist für die abonnierten Personen auch über Internet zugänglich. Dieses anspruchsvolle Unternehmen konnte verwirklicht werden, weil rund 230 Personen aus den Direktionen und Ämtern des Staates jede Woche mit einem Tool namens CMS FO Internet Anzeigen erfassen, die die Druckerei dann für die Veröffentlichung im Amtsblatt und auf Internet bearbeitet.

2.4.2.2 Neue Chefin

Am 1. September 2011 hat Susi Hasanovic, die neue Chefübersetzerin ihre Stelle als Nachfolgerin von Kurt Estermann angetreten, der nach 25 Dienstjahren pensioniert wurde. In ihren ersten Monaten bei der Staatskanzlei machte sich Frau Hasanovic mit den Abläufen und Prozessen vertraut und legte insbesondere Wert darauf, die Übersetzerinnen und Übersetzer in den Direktionen kennen zu lernen und sich mit ihnen zu vernetzen.

2.4.2.3 Finanzhilfe für zwei Projekte

Im Rahmen des Artikels 17 der Sprachenverordnung hat der Sektor Finanzhilfen für zwei Projekte erhalten. Zum einen handelt es sich um die Übersetzung von deutschen Texten ins Französische, zum anderen um Terminologie. Beide Projekte wurden 2011 durch den Einbezug von externen Übersetzerinnen und Übersetzern bzw. Terminologinnen und Terminologen erfolgreich lanciert.

2.4.2.4 Interkantonale Angelegenheiten

Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. Diese Zusammenarbeit wurde bisher durch eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen Freiburg, Bern, Wallis und Graubünden geregelt. Neu ist nun auch die Stiftung ch der Vereinbarung beigetreten. In

diesem Rahmen wurde auch entschieden, dass die Übersetzung von Texten mit interkantonaler Tragweite von einer zentralen Stelle übernommen werden soll. Der Sprachendienst des Kantons Bern stellt sich zur Verfügung, die Entscheidung wird 2012 getroffen.

2.4.2.5 Terminologie

Der Sektor hat seine Terminologiearbeit weitergeführt: Die Fachbegriffe aus dem Grossratsgesetz wurden auf Deutsch und Französisch für die eigene Datenbank und für die Datenbank des Bundes TERMDAT erfasst und eingespeist, nachdem sie durch das Sekretariat des Grossen Rates validiert wurden. Zurzeit wird die Terminologie im Bereich der Raumplanung und des Bauwesens des Staates Freiburg bearbeitet.

2.4.2.6 Neues Organ

Die 15 Übersetzerinnen und Übersetzer (insgesamt 10 Vollzeit-äquivalente) der Kantonsverwaltung und des freiburger spitals haben sich wie bisher regelmässig getroffen. Diese Begegnungen, die bis jetzt informeller Art waren, erhielten 2011 einen neuen, amtlichen Charakter. Die Konferenz der Generalsekretäre hat aus der Versammlung der Übersetzerinnen und Übersetzer ein Organ gemacht. Die Diskussionen und Entscheide werden in einem Protokoll festgehalten, das der Staatskanzlerin, dem Vizekanzler und allen Generalsekretärinnen und Generalsekretären übermittelt wird. Dank diesem neuen Statut erhielten die Anträge der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg mehr Gewicht vor der Kantonsverwaltung.

2.4.2.7 Weiterbildung

2011 benützten mehrere Mitglieder der Gruppe das Weiterbildungsangebot des Schweizerischen Übersetzer- und Terminologenverbandes (ASTTI). Im Herbst fand eine Weiterbildung statt, bei der sich die Übersetzerinnen und Übersetzer für einmal in der literarischen Übersetzung übten; als Leiterin konnte die erfahrene Literaturübersetzerin Yla von Dach verpflichtet werden.

2.5 Sektor Interne Dienste und politische Rechte

Der gemeinsame Empfang für die Staatskanzlei und die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion gehört zu den Aufgaben dieses Sektors ebenso wie die Bedienung der Telefonzentrale der Staatskanzlei und der interne Kurierdienst des Staates Freiburg.

Auf verschiedenen Dokumenten, die hauptsächlich für das Ausland bestimmt waren, wurden Unterschriften beglaubigt (3628 Apostillen und 1620 Beglaubigungen).

2011

Der Sektor Interne Dienste und politische Rechte hat die Neu-erfassung der Beschlüsse des Staatsrats aus den Jahren 1997 bis 2006 fortgesetzt. Diese Arbeit, mit der die Ausarbeitung der jährlichen «grossen Protokolle» nachgeholt wird, dürfte im Laufe des Jahres 2012 beendet sein.

2.5.1 Abstimmungen

Es fand eine eidgenössische Volksabstimmung statt:

- › am 13. Februar 2011 stimmten die Freiburger Stimmberechtigten über die Volksinitiative vom 23. Februar 2009 «Für den Schutz vor Waffengewalt» ab (34 847 Ja/49 851 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 46,61 %.

Es fand eine kantonale Volksabstimmung statt:

- › am 15. Mai 2011 stimmten die Freiburger Stimmberechtigten über das Gesetz vom 9. Dezember 2010 über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse (GZG) ab (das dem obligatorischen Finanzreferendum unterstellt war) (30 151 Ja/11 231 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 22,80 %.

E-Voting der Auslandschweizerinnen und -schweizer über Internet (Pilotversuche):

Im Kanton Freiburg wurde das E-Voting-System erstmals bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September 2010 angewendet. Seither wurden die Versuche fortgesetzt und auf die 1033 Auslandschweizerinnen und -schweizer ausgeweitet, die in einem Unterzeichnerstaat der Abkommen von Wassenaar leben und in einem Bezirkshauptort eingeschrieben sind. Die Versuche wurden bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 und bei der kantonalen Volksabstimmung vom 15. Mai 2011 durchgeführt.

Dieses Abstimmungssystem wurde gemeinsam mit dem Konsortium aus den Kantonen Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen Graubünden, Aargau und Thurgau auf der Grundlage der Software des Kantons Zürich entwickelt.

Es funktioniert bisher zur vollen Zufriedenheit und wurde regelmässig von fast der Hälfte der Abstimmenden genutzt.

2.5.2 Wahlen

Der Sektor Interne Dienste und politische Rechte wurde ausserdem beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Oberämtern, dem ITA, dem Sektor Informatikprojekte und dem Büro für Information die Wahlen zur Gesamterneuerung der Gemeinderäte und der Generalräte, die Wahlen der Freiburger Vertreterinnen und Vertreter im National- und im Ständerat und die Wahlen zur Gesamterneuerung des Grossen Rates, des

Staatsrates sowie die Oberamtswahlen zu organisieren.

- › Am 20. März 2011 (erster Wahlgang) und am 10. April 2011 (zweiter Wahlgang) erneuerten die Freiburger Wahlberechtigten die Gemeinderäte und die Generalräte.

- › Am 23. Oktober 2011 wählten die Freiburger Stimmberechtigten die Freiburger Vertreterinnen und Vertreter in den eidgenössischen Räten.

In den Nationalrat wurden gewählt oder wiedergewählt: Christian Levrat, Vuadens (36 951 Stimmen); Jean-François Steiert, Freiburg (26 836 Stimmen); Jean-François Rime, Bulle (24 152 Stimmen); Dominique de Buman, Freiburg (23 335 Stimmen); Christine Bulliard-Marbach, Ueberstorf (18 591 Stimmen); Jacques Bourgeois, Avry-sur-Matran (17 932 Stimmen) und Valérie Piller Carrard, Font (15 784 Stimmen).

In den Ständerat wurden wiedergewählt: Alain Berset, Belfaux (im ersten Wahlgang mit 46 295 Stimmen) und Urs Schwaller, Tafers (im ersten Wahlgang mit 44 699 Stimmen).

- › Am 13. November 2011 haben die Freiburger Wahlberechtigten den Grossen Rat erneuert.

Die Freiburger Wahlberechtigten haben ausserdem die Mitglieder des Staatsrats gewählt; da aber keine Kandidatin und kein Kandidat im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreichte, fand am 4. Dezember 2011 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem das relative Mehr galt.

Gewählt oder wiedergewählt wurden: Isabelle Chassot (35 622 Stimmen), Beat Vonlanthen (35 191 Stimmen), Georges Godel (33 504 Stimmen), Erwin Jutzet (33 143 Stimmen), Marie Garnier (31 224 Stimmen), Anne-Claude Demierre (30 474 Stimmen) und Maurice Ropraz (28 359 Stimmen).

Schliesslich haben die Freiburger Wahlberechtigten die Oberamtspersonen in den sieben Bezirken des Kantons gewählt.

Im ersten Wahlgang wurden gewählt oder wiedergewählt: Carl-Alex Ridoré, Oberamtmann des Saanebezirks (19 238 Stimmen), Nicolas Bürgisser, Oberamtmann des Sensebezirks (10 313 Stimmen), Patrice Borcard, Oberamtmann des Greyerzbezirks (8078 Stimmen), Daniel Lehmann, Oberamtmann des Seebezirks (5006 Stimmen), Willy Schorderet, Oberamtmann des Glanebezirks (5140 Stimmen), Christophe Chardonnens, Oberamtmann des Broyebezirks (5794 Stimmen) und Michel Chevalley, Oberamtmann des Vivisbachbezirks (3040 Stimmen).

2011**2.5.3 Initiativen – Referenden – Petitionen**

Eine Petition der Sozialdemokratischen Partei an den Staatsrat, mit der verlangt wird, dass der Staatsrat alles unternimmt, um die Postautolinie Cottens–Autigny–Le Glèbe, die durch den neusten Sparplan des Bundes bedroht ist, zu verteidigen, wurde am 22. Februar 2011 eingereicht.

Eine Petition des Komitees für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Jauntal an den Staatsrat, mit der vom Staatsrat verlangt wird, dass er alles unternimmt, um die Bedienung des Jauntals mit öffentlichen Verkehrsmitteln namentlich am Abend und am Nachmittag zu verbessern, wurde am 15. März 2011 eingereicht.

Eine Petition von verschiedenen Berufsorganisationen und Gewerkschaften an den Staatsrat, mit der verlangt wird, dass das Pflegepersonal der Pflegeheime, Spitäler und Pflegenetze des Kantons für die Arbeit zwischen 20 und 6.30 Uhr Zeitgutschriften in der Höhe von 20 % erhält, wurde am 30. Mai 2011 eingereicht.

Eine Petition von Einwohnerinnen und Einwohnern der Regionen Vivisbachbezirk (Freiburg) und Oron-Lavaux (Waadt) an die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für Verkehr und Energie, mit der verlangt wird, dass die gegenwärtige Bedienung des Bahnhofs Palézieux aufrechterhalten wird, wurde am 17. Juni 2011 eingereicht.

Eine Petition des Petitionskomitees für eine Umfahrungsstrasse Kerzers an den Staatsrat, mit der verlangt wird, dass alles unternommen wird, damit die Planung dieser Strasse schnell verwirklicht wird, wurde am 20. Juni 2011 eingereicht.

Eine Petition der Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT) – Pérolles an den Staatsrat, mit der verlangt wird, dass vor jeder Abschiebung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eine ärztliche Untersuchung durchgeführt wird und dass die Arztberichte von den zuständigen Behörden beachtet werden, wurde am 9. September 2011 eingereicht.

Eine Petition von Bürgerinnen und Bürgern an den Staatsrat, mit der verlangt wird, dass die Interregio-Züge Richtung Genf-Flughafen nach dem Fahrplanwechsel 2013 weiterhin in Romont und in Palézieux halten, wurde am 15. November 2011 eingereicht.

2011 wurde bei der Staatskanzlei weder eine Initiative noch ein Referendum eingereicht.

2.6 Informatikprojekte**2.6.1 Abstimmen über Internet**

Der Sektor Informatikprojekte und der Sektor Administration und politische Rechte ermöglichten es den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, die in der Stadt Freiburg angemeldet sind, bei den Abstimmungen vom 13. Februar 2011 und vom 15. Mai 2011 ihre Stimme über Internet abzugeben.

2.6.2 Wahlen auf Ebene Gemeinden, Kanton und Bund

Das Jahr 2011 stand hauptsächlich im Zeichen der Wahlen. Die Anwendung Votel zeigte bei den Gemeindewahlen Lücken, deshalb wurden besondere Anstrengungen unternommen, damit die eidgenössischen und die kantonalen Wahlen optimal verlaufen. Diese Wahlen liefen ohne besondere Probleme ab, und die Ergebnisse und Statistiken wurden in äusserst kurzer Zeit verbreitet.

2.6.3 Websites

Am 31. Dezember 2011 zählte die CMS-Plattform des Staates 97 Websites. 2011 wurden nicht weniger als 18 neue Websites erstmals veröffentlicht. Ausserdem wurde 2011 auch die Anzeige von Bildern in Form einer Galerie online gestellt. Schliesslich wurden die neuen Websites des ASS, des MAHF, des MHN und der KVG im neuen Corporate Design gestaltet; sie werden ebenfalls auf der CMS-Plattform des Staates gehostet.

2.7 Rechtliche Angelegenheiten

Artikel 87 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege wurde durch das Justizgesetz vom 31. Mai 2010 geändert, das am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist: Er bestimmt, dass die an den Staatsrat gerichteten Beschwerden von einer Direktion oder von der Staatskanzlei instruiert werden (und nicht von der Staatsanwaltschaft). Der Staatsrat beschloss im Herbst 2010, dass die Beschwerden, namentlich in Personalangelegenheiten, die an ihn gerichtet werden, zentral von der Staatskanzlei instruiert werden.

2011 wurden 23 Beschwerden an den Staatsrat gerichtet. 12 Beschwerden wurden erledigt. Die Staatskanzlei hat auch die Bemerkungen des Staatsrats zu den ihm unterbreiteten Personalangelegenheiten vorbereitet, die vom Kantonsgericht angefordert wurden.

—
2011

II. Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: Denis Loertscher

1. Auftrag

Die Aufgaben des Amtes für Gesetzgebung (GeGA) bestehen darin, auf die Einheitlichkeit und die Qualität der freiburgischen Gesetzgebung zu achten, den Zugang der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Gesetzgebung auf dem neuesten Stand zu fördern, insbesondere indem das Amt die Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) verwaltet und die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) betreibt. Das Amt wirkt ausserdem bei der Ausarbeitung der Gesetzgebung, die die Direktionen betrifft mit, erarbeitet die Texte der allgemeinen Gesetzgebung und nimmt die Funktion eines Rechtsdienstes wahr.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.

Es prüfte rund dreissig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Zu erwähnen sind insbesondere die Gesetzes- bzw. Reglementsentwürfe über den Sport, das Privatrecht, die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe, die Videoüberwachung, den Tierschutz, die Energie, die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, die Familienzulagen, die Bekämpfung von Mobbing und die Weiterbildung des Staatspersonals.

Das GeGA war in mehreren Arbeitsgruppen vertreten: Entwurf zur Anpassung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch an eine Sachenrechtsrevision; Vorentwurf eines Gesetzes über die Geoinformation; Reglementsentwurf über die belasteten Standorte.

Es gab den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.

Es hat einen Entwurf eines Kurzleitfadens der Gesetzestechnischen Richtlinien ausgearbeitet, der den Zugriff auf die Grundsätze für das Verfassen von Gesetzestexten erleichtert und die Antworten auf die häufigsten Fragen beim Erfassen solcher Texte zusammenstellt.

Schliesslich hat es verschiedene Entwürfe im Auftrag der jeweiligen Direktion ausgearbeitet (vgl. unten, Punkt 2.2.3).

2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Für den Betrieb und die Benutzung der Datenbank BDLF ist eine neue Informatikanwendung erworben worden. Diese Anwendung, die Anfang November in Betrieb genommen wurde, erforderte insbesondere die nochmalige Erfassung und Kontrolle aller Metadaten sowie die Konvertierung der Dateien aller am 1. März 2011 in Kraft stehenden Erlasse (ca. 400 Gliederungstitel und 1000 Erlasse pro Sprache in den Formaten Word und PDF). Als nächstes wurde die BDLF auf einen aktuellen Nachführungsstand gebracht: Ende Jahr war die Datenbank auf den 22. Dezember 2011 nachgeführt. Das Importieren der früheren Versionen dieser Erlasse ab dem 1. Juli 1996 (ca. 4000 Dateien pro Sprache) kommt gut voran und sollte im Lauf des ersten Vierteljahres 2012 abgeschlossen werden. Ausserdem ist den Direktionen und dem Sekretariat des Grossen Rates eine neue Word-Dokumentvorlage für die Erfassung der Erlasse zur Verfügung gestellt worden. Schliesslich hat der stellvertretende Amtsvorsteher bei verschiedenen Gelegenheiten die Benutzung der neuen Version der BDLF demonstriert.

Das GeGA besorgte die Nachführungen Nrn. 45 und 46 der SGF (mit 324 bzw. 75 betroffenen Texten), die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2011 wiedergaben. Es gab ausserdem das Register 2011 der SGF heraus. Ferner veröffentlichte es jede Woche eine aktualisierte Ergänzung zu den SGF-Inhaltsverzeichnissen.

Neben den Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Informatikanwendung führte das GeGA die BDLF in beiden Amtssprachen siebenmal nach. Zudem ist die französische Version der BDLF viermal auf einer DVD der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält.

Schliesslich betreibt das GeGA Internet- und Intranet-Sites, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik bieten.

2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Das GeGA war weiter an den Arbeiten für eine allgemeine Revision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch beteiligt. Nach dem Vernehmlassungsverfahren über den Vorentwurf im Frühjahr hat es bei der Abfassung des Gesetzes- und des Botschaftsentwurfs sowie bei der Beratung dieser Dokumente durch die Justizkommission mit der SJD zusammengearbeitet.

—
2011

Im Übrigen wirkte das GeGA an den letzten Massnahmen zur Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) mit, insbesondere im Rahmen einer Arbeitsgruppe zur Einrichtung des Registers der Interessenbindungen und durch die Erstattung zahlreicher Gutachten zu Fragen aus diesem Bereich.

2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste verschiedene Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung. Mehrere Gutachten betrafen den Justizrat (dessen Rechtsnatur; Öffentlichkeit seiner Vorprüfungen; Rechtsmittel gegen seine Entscheide). Das GeGA hat zudem die Entwürfe zu Antworten auf Vernehmlassungen des Bundes und der Westschweizer Regierungskonferenz erarbeitet.

Es erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Es ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es erstellt ausserdem verschiedene nachgeführte Mehrjahresregister, die im Internet veröffentlicht werden.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete der Amtsvorsteher ein Seminar zur allgemeinen Einführung ins Recht, und der stellvertretende Amtsvorsteher erteilte den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über den Begriff des Staates und die drei Staatsgewalten.

Der Vorsteher des GeGA nahm weiterhin regelmässig als Gast an den Sitzungen der Konferenz der Generalsekretäre teil.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, etwa die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Schliesslich legte der Amtsvorsteher im Rahmen einer Tagung über den Nutzen der Vernehmlassungsverfahren die Lehren dar, die man aus der Situation in unserem Kanton ziehen kann. Der Vortrag wurde in der Folge in der Zeitschrift LeGes veröffentlicht.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Unterstellung des GeGA unter die Staatskanzlei

Wie vom Staatsrat beschlossen, ist das bisher der SJD unterstellte GeGA mit Wirkung auf den 1. Januar 2011 der Staatskanzlei unterstellt worden (eine 50 %-Stelle für einen juristischen Berater ist jedoch der SJD abgetreten worden). Die Eingliederung ist reibungslos verlaufen. Im Rahmen dieses Übergangs ist der Leistungskatalog des GeGA nachgeführt worden.

2.2.2 Umsetzung der neuen Verfassung

Das GeGA bleibt weiterhin an der Umsetzung der neuen Verfassung beteiligt. Der Vorsteher und der juristische Berater bei der Staatskanzlei – Mitglieder der Projektoberleitung – haben weiterhin die Projektleitung und das Sekretariat des Komitees ausgeübt. Sie stellten die Nachkontrolle sicher, verwalteten die Internet- und Intranetsites und kontrollierten das Budget. Sie haben ausserdem im Frühling die Planung der Arbeiten angepasst und den Realisierungsstand der Projekte festgehalten.

Der Schlussbericht über die Umsetzung wurde in der Novembersession dem Grossen Rat vorgelegt, der den Bericht zur Kenntnis nahm.

Die Projektorganisation, die vom Staatsrat bis Ende 2011 verlängert worden war, wurde auf diesen Zeitpunkt aufgelöst. Die zuständigen Direktionen sind nunmehr unmittelbar dem Staatsrat gegenüber für die zwölf noch laufenden Projekte verantwortlich.

2.2.3 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA unterstützte die Arbeitsgruppe, die beauftragt war, die Ergebnisse der Vernehmlassung über den Gesetzesvorentwurf über den Natur- und Landschaftsschutz auszuwerten und wirkte bei der Überarbeitung des Gesetzes- und des Botschaftsentwurfs mit; diese wurden vom Staatsrat im September verabschiedet.

Ausserdem wirkte es aktiv in der Arbeitsgruppe mit, die mit der Ausarbeitung eines Reglementsentwurfs über die belasteten Standorte beauftragt war, insbesondere durch die Abfassung eines Vorentwurfs.

Schliesslich erstellte es einen Verordnungsentwurf zur Überarbeitung der Organigramme der Kantonsverwaltung.

2.2.4 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2007–2011

Anfang Jahr ermittelte das GeGA – zur Aufnahme in den Tätigkeitsbericht des Staatsrats – den Ausführungsstand der

—
2011

rund 75 Rechtsetzungsvorhaben, die das Regierungsprogramm der Legislaturperiode 2007–2011 aufführt, und führte danach zusammen mit den Direktionen die entsprechenden Projekt-fichen nach. Zu Beginn des zweiten Halbjahrs verfasste es zu-dem für die Bilanz der Legislaturperiode die Rubriken über die Rechtsetzungsvorhaben, die dem Grossen Rat während der Periode 2007–2011 unterbreitet worden waren.

III. Amt für Drucksachen und Material

Vorsteher: *Christian Brique*

1. Auftrag

Das Amt für Drucksachen und Material (DMA) ist mit der An-schaffung des administrativen und technischen Büromaterials, von Büromaschinen und -apparaten und von verschiedenem Material beauftragt; es gewährleistet den Empfang, die Kon-trolle, die Lagerung und die Lieferung. Es erstellt ebenfalls ein Inventar für den Unterhalt dieser Maschinen und Apparate, or-ganisiert den Unterhalt und handelt die Verträge aus. Es bestellt Druck-, Kopier-, Veröffentlichungs- und Bindearbeiten und führt sie aus. Es besorgt die durch die kantonale und eidgenössis-che Gesetzgebung vorgeschriebenen Mikrofilmarbeiten, unter Vorbehalt von besonderen Bestimmungen, namentlich auf dem Gebiet des Grundbuchs. Schliesslich berät es die Dienststellen und Anstalten bei der Wahl von Zubehör und Büromaschinen und -apparaten, damit die Vielfalt an Maschinen und Artikeln begrenzt werden kann.

2. Tätigkeit

2.1 Anschaffung von administrativem und technischem Büromaterial

Das DMA stellte für alle Einheiten des Staates die Logistik beim administrativen und technischen Büromaterial sicher, indem es das Lager verwaltet und das Material für den laufenden Ver-brauch verteilt oder liefert.

Die Palette des Materials am Lager umfasst trotz allem mehr als 1000 Artikel. Das DMA hat verstärkt nach umweltfreundlichen Artikeln gesucht und bietet systematisch wiederverwertetes weisses Papier mit dem FSC-Label und dem Label «blauer Engel» sowie zahlreiche umweltfreundliche Produkte an.

Seit diesem Jahr können die verschiedenen Einheiten des Staates verschiedene Artikel mit dem neuen Corporate Design bestellen:

Präsentationsmappen, A4-Blöcke, Bleistifte und Kugelschreiber. Bei der Auswahl dieser Artikel wurde ebenfalls ganz besonders auf die Umweltfreundlichkeit geachtet.

Die Lieferung von Tonern an alle Verwaltungseinheiten des Staates bildet trotz der Suche nach Lösungen, um interessan-tere Preise zu erhalten, immer noch einen bedeutenden Posten. Diese Materialgruppe verursachte 2011 trotzdem Kosten von rund 340 000 Franken; diese Kosten haben seit dem Vorjahr um nahezu 30 % abgenommen. Dieses Ergebnis konnte dank einer um ca. 10 % sinkenden Tendenz der Preise für die Arti-kel erreicht werden, es ist aber vor allem aber der Tatsache zu verdanken, dass man im Einverständnis mit dem ITA weiter-hin defekte Drucker durch Multifunktionsgeräte ersetzt. Die-se werden von Lieferanten, die die Rahmenvereinbarung mit GRAFOSA (Groupe romand des acheteurs de fournitures sco-laires et administratives) unterzeichnet haben, geliefert. Laut dieser Vereinbarung ist die Lieferung von Verbrauchsmaterial im Preis pro Druck enthalten. Mit dieser Lösung konnten die Kosten für Verbrauchsmaterial etwa um 20 % gesenkt werden, obwohl diese Senkung durch die Zunahme der Druckkosten bei diesen Apparaten natürlich teilweise wieder zunichte gemacht wird. Dank ihr können aber auch die Kosten für Erwerb von Material, das schnell veraltet, und die Kosten für den Unterhalt der Drucker vermieden werden.

Das DMA organisierte weiterhin den Unterhalt und wenn mög-lich die Reparatur von defekten Apparaten und führte das Ver-zeichnis der Büroapparate und -maschinen nach.

Es wirkt in der Arbeitsgruppe «nachhaltige Entwicklung» des Staates Freiburg mit und untersucht weiterhin, wie man immer mehr wiederverwertete und wiederverwertbare Produkte ein-führen kann. Es gab Kontakte mit dem ITA, um die Lieferung von generischen, wiederaufgefüllten Tonern nach einer Mach-barkeitsprüfung zum Normallfall zu machen.

2.2 Maschinen

Die hauptsächlichen Maschinen- und Apparatekategorien, für die das DMA zuständig ist, sind:

2.2.1 Fotokopierer und Multifunktionsgeräte (Kopierer, Drucker, Scanner und Fax)

Für diese Apparategruppe schliesst das DMA Verträge über die Bereitstellung gegen Zahlung pro Kopie ab, mit anderen Wor-ten werden diese Apparate bis auf wenige Ausnahmen nicht gekauft.

Laut der Rahmenvereinbarung zwischen GRAFOSA und damit auch zwischen dem DMA und den Lieferanten sind im abge-machten Preis alle Leistungen inbegriffen (Bereitstellung des

2011

Geräts, Toner und Unterhalt); ausgenommen sind das Papier und allenfalls die Heftklammern. 2011 wurden nahezu 40 Apparate installiert oder ersetzt, so dass der Apparatpark weiterhin den Ansprüchen der Benutzer entspricht. Auf allen Fotokopierern in den Verwaltungseinheiten des Staates wurden fast 50 000 000 Seiten gedruckt oder kopiert. Diese Menge nimmt leicht zu, das gilt sowohl für Schwarzweissdrucke, hauptsächlich weil herkömmliche Drucker durch Multifunktionsgeräte ersetzt werden, als auch für Farbdrucke.

2.2.2 Peripheriegeräte in der Informatik

Im Einverständnis mit dem ITA erwirbt das DMA die Multimedia-Projektoren (Beamer) und die elektronischen Agenden, wobei die Auswahl auf zwei bis drei Produkte, die vom ITA genehmigt sind, beschränkt wird. Zurzeit werden meistens Beamer mit einer neuen LED-Lampen-Technologie gewählt; der Energieverbrauch dieser Lampen ist sehr klein, und sie haben eine nahezu unbeschränkte Lebensdauer (mehr als 20 000 Stunden), so dass die Kosten für ihren Ersatz in Grenzen gehalten werden können. Gemäss der Tendenz im ganzen Elektroniksektor sinken die Preise bei diesen Apparaten und bei den Fotoapparaten regelmässig, während gleichzeitig die Leistungen verbessert werden.

2.2.3 Büroapparate

Die Nachfrage nach Schreibmaschinen, Taschenrechnern und Hellraumprojektoren nimmt seit der allgemeinen Einführung der Informatik immer noch stark ab.

Das DMA hat einen Standard für die Fax-Modelle entwickelt, die in den Verwaltungseinheiten ohne Multifunktionsapparate für die normalen Bedürfnisse installiert werden; es bleibt jedoch offen für besondere Lösungen, wenn diese sich als notwendig erweisen.

Es erhielt vom ITA die Bewilligung zur Aktivierung der Fax-Funktion der Multifunktionsgeräte, die systematisch aktiviert wird, wenn ein neues Gerät installiert oder ein altes ersetzt wird, und konnte so Ausgaben für die Anschaffung von speziellen Fax-Geräten einsparen.

2.2.4 Bestellungen und Ausführungen von Druck-, Reproduktions-, Editions-, Binde- und Mikrofilmarbeiten

Wie in den vergangenen Jahren hat sich das Drucksachenbüro bemüht, den Dienststellen des Staates Lösungen anzubieten, die ihren Wünschen am besten entsprechen und die internen Realisierungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Die technischen Kriterien und die geforderte Qualität und Menge werden für jede Arbeit geprüft und berücksichtigt, um zu bestimmen, ob die Arbeit intern oder von einem externen Leistungserbringer ausgeführt wird. Das Drucksachenbüro steht allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten des Büros sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der Einkauf bei externen Leistungserbringern und die technische Beratung für alle Arten von Drucksachen, die für die Verwaltungstätigkeit nötig sind.

Das DMA wird für die Einführung des neuen Corporate Designs des Staates immer noch stark beansprucht, sowohl bei der Realisierung von Veröffentlichungen als auch bei der Beratung der verschiedenen Einheiten.

Die Zahl der Schwarzweiss- und Farbdrucke beim DMA ist 2011 gleich geblieben wie im Vorjahr und beträgt 7 000 000 schwarzweiss gedruckte Seiten und ungefähr 1 500 000 farbig gedruckte Seiten.

Die Zahl der Drucke auf der Offset-Presse (300 000 Drucke) nahm 2011 zu, um der Nachfrage der Einheiten zu entsprechen.

Der Digitaldruck bietet den Vorteil, dass man Dokumente «auf Verlangen» herstellen kann, und so keine Lagerbestände anlegen muss, bei denen es oft nicht sicher ist, ob sie auch wirklich gebraucht werden.

Entwicklung der Zahl der Offsetdrucke in Schwarz oder in Farben im Format A4:

2010	200 000
2011	300 000

Das Personal der Druckerwerkstatt hat auf dem Farbplotter ungefähr 300 Grossformatdrucke (Breite 108 cm) hergestellt und mehr als 3800 digitale Datenträger (CD) kopiert und deren Inhalte gedruckt. Es hat auch um die zwanzig grossformatige Plakate, die auf eine jeweils passende Unterlage aufgezogen wurden (roll-up), hergestellt und geliefert.

Entwicklung der Zahl der Grossformatdrucke:

2010	400
2011	300

Zahl der kopierten und gedruckten CD-Inhalte:

2010	2 500
2011	3 800

2011

Entwicklung der Zahl der Plastikbadges im Kreditkartenformat:

2010	340
2011	120

2.3 Bindewerkstatt

Diese Abteilung hat ihre Tätigkeit, die vor allem in handwerklichen Bindearbeiten besteht, fortgesetzt. Gemäss den Empfehlungen der Leistungsanalyse des DMA wurden die Bindearbeiten zum Gestehungspreis verrechnet.

Es hat namentlich mehrere Bände des Protokolls des Staatsrats gebunden und so den Rückstand, der sich seit einigen Jahren angehäuft hat, aufgeholt.

Die Schwankung bei den Mengen der verschiedenen Bindungstypen, die man unten anhand der Broschüren sehen kann, steht in Zusammenhang mit den anzufertigenden Dokumenten und den Wünschen der Einheiten. Aus Umweltschutzgründen wird die Lösung «Klebebindung» gegenüber vorgefertigten Bindungen aus Kunststoff wenn immer möglich bevorzugt.

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Spiralbindungen:

2010	2 100
2011	3 750

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Fastback-Bindungen (vorgefertigte Bindungen aus Plastik):

2008	4 900
2009	3 100
2010	7 700
2011	2 500

Buchklebebindungen:

2008 (2008 installiert)	4 500
2009	3 600
2010	2 500
2011	5 200

2.4 Mikrofilm- und Digitalisierungszentrale

Dieser Sektor hat die Digitalisierung der ältesten Dokumente des Grundbuchamts des Saanebezirks fortgesetzt und bisher mehr als 25 000 Dokumente digitalisiert und indiziert. Er begann gemäss dem Anfang Jahr erstellten Plan mit der Digitalisierung der ältesten Dokumente des Grundbuchamts des Visisbachbezirks. Er setzt weiterhin die Aufbewahrungsarbeiten um, die von der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons vor allem für das Grundbuch und das Zivilstandswesen vorgeschrieben werden. Er führt ausserdem regelmässig Arbeiten für andere Verwaltungseinheiten des Staates aus, hauptsächlich für das Kantonsarchiv und die Kantons- und Universitätsbibliothek. 2011 wurden ungefähr 40 000 Aufnahmen gemacht. Die Abteilung hat ausserdem 15 Sicherungsfilme vervielfältigt und entwickelt.

Entwicklung der Zahl der Mikrofilmaufnahmen:

2010	50 000
2011	40 000

Entwicklung der Zahl der digitalisierten Dokumente:

2010	15 000 entspricht 2300 Dateien (Installation im Frühjahr 2010)
2011	25 000 entspricht 3800 Dateien.

Die Mitarbeiterin der Mikrofilmzentrale hat ausserdem 15 Fotoreportagen gemacht, die von der Staatskanzlei in Auftrag gegeben wurden. Dazu stellt sie jedes Mal einen Katalog mit den gemachten Fotos zusammen und kümmert sich um die Nachbestellungen.

—
2011

IV. Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

Präsident der Kommission von 1. Januar bis 31. Oktober 2012:

Johannes Froelicher

Präsident der Kommission seit 1. November 2011:

Marc Sugnaux

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz:

Annette Zunzer Raemy

Kantonale Datenschutzbeauftragte:

Dominique Nouveau Stoffel

1. Auftrag

Die Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz (ÖDSB) ist eine unabhängige Behörde, die der Staatskanzlei administrativ zugewiesen ist. Sie ist sowohl für die Transparenz als auch für den Datenschutz zuständig.

Die oder der Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz ist mit der Information und mit der Ausbildung in ihrem Bereich sowie mit der Mediation im Streitfall beauftragt.

Zusammen mit der Kommission ist die oder der Datenschutzbeauftragte mit der Aufsicht über die öffentlichen Organe und die Privaten, die öffentlich-rechtliche Aufgaben ausführen, beauftragt.

2. Tätigkeit

Die Tätigkeiten der Behörde umfassen die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Sie werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Mai herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg bestellt werden. Er kann ausserdem zum selben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/atprd/de/pub/publikationen.htm> eingesehen werden.

V. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen	Rechnung 2011 VZÄ	Rechnung 2010 VZÄ	Differenz VZÄ
Vollziehende Behörde – Staatskanzlei	44,88	42,63	2,25
ZENTRALVERWALTUNG	44,88	42,63	2,25
3100/CETA Staatsrat	7,00	7,00	
3105/CHAN Staatskanzlei	19,37	19,44	-0,07
3110/ECON Amt für Drucksachen und Material	11,00	10,63	0,37
3115/OLEG Amt für Gesetzgebung	5,16	5,56	-0,40
3120/ATPD Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,35		2,35

Staatskanzlei SK

Chorherrengasse 17, CH-1701 Freiburg

www.fr.ch/sk

April 2012

auf 100% umweltfreundlichem Papier gedruckt